

ungen

um

an.

D







EX*LIBRIS

— WOJEWÓDZKIEJ —
— I MIEJSKIEJ —
— BIBLIOTEKI —
— PUBLICZNEJ —
IM. EMANUELA SMOŁKI
— W OPOLU —

14. 13.

Sammlung

kirchlicher Verordnungen, Erlasse und
Bekanntmachungen

für das

Bisthum Breslau

nach dem Inhalt geordnet und herausgegeben

im Auftrage

des fürstbischöflichen Ordinariats in Breslau

und im

Selbstverlage desselben.



Breslau 1902.

Druck von R. Nischkowsky.



4131 S

ZBIORY ŚLĄSKIE

348

Akc U Nr 334 / 70 / S

68/380/d

Vorwort.

Auf der letzten Diöcesan-Conferenz, die am 11. und 12. October 1899 im hiesigen theologischen Konvikt abgehalten worden ist, wurde der Wunsch ausgesprochen, es mögen die geltenden kirchlichen Verordnungen, Erlasse und Bekanntmachungen übersichtlich zusammengestellt, in einem handlichen Buche neu herausgegeben werden. Dieser Wunsch war berechtigt, weil von dem seit dem 20. November 1847 unter dem Titel „Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Bisariats-Amtes zu Breslau“ bestehenden amtlichen Publikations-Organes inzwischen nahezu 400 Nummern von theilweise erheblichem Umfange und in verschiedenem Format erschienen sind, die auch Vieles enthalten, was von vorübergehender Bedeutung war, oder durch neuere Verordnungen außer Kraft gesetzt worden ist. Zudem fehlen einzelne Nummern des regelmäßigen amtlichen Publikations-Organes an manchen geistlichen Stellen. Insbesondere sind seit 1847 etwa 250 neue selbstständige Seelsorgestellen begründet worden, welche der vor ihrer Gründung ausgegebenen Verordnungen in der Regel ganz entbehren.

Daselbe gilt von vielen kirchlichen Erlassen, die nicht im regelmäßigen Publikations-Organ, sondern in besonderen Circularen bekannt gemacht worden sind.

Da aber in diesen Verordnungen, Erlassen und Bekanntmachungen der größte Theil des Diöcesan-Rechtes niedergelegt ist, so ist deren Kenntniß dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus unentbehrlich.

Das vorliegende Werk will nun die Erfüllung des oben erwähnten Wunsches, soweit dies möglich war, darstellen.

Das vorgedruckte vollständige Inhalts-Verzeichniß, sowie der beigefügte Nachweis der aufgenommenen Verordnungen und besonders das ausführliche alphabetische Sachregister dürften den Gebrauch des Buches wesentlich erleichtern. Zu etwa erforderlich scheinenden handschriftlichen Ergänzungen des Sachregisters ist in demselben an den geeigneten Stellen freier Raum gelassen.

Breslau, Ostern 1902.

Abkürzungen.

A. L. R. = Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten.

Arch. f. k. R. = Archiv für katholisches Kirchenrecht, herausgegeben von Bering.

B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch.

Centr.-Bl. = Centralblatt für die gesammte innere Verwaltung.

Entsch. d. R.-G. = Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen.

Entsch. d. D.-B.-G. = Entscheidungen des Preussischen Ober-Verwaltungs-
gerichtes.

F.-B. Erl. = Fürstbischöflicher Erlaß.

G. B. = (Gedruckte) Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Bisariat-
Amtes zu Breslau.

Min.-Erl. = Ministerial-Erlaß.

Nr. = Nummer des Aktenstückes im vorliegenden Buche.

S. C. C. = Sacra Congregatio Concilii.

S. C. S. O. = Suprema Congregatio Sacri Officii.

S. O. = Sanctum Officium.

S. R. et U. I. = Sacra Romana et Universalis Inquisitio.

S. R. C. = Sacra Rituum Congregatio.

Inhalts-Verzeichniß.

Erster Theil.

Kirchenamtliche Correspondenz.

(Neuere Form.)

Erster Abschnitt. Druck der Verordnungen, deren Bezug und Mittheilung.

Nr.		Seite
1.	Erlaß über den Druck der Verordnungen	1
2.	Die Druckkosten fallen der Kirchklasse zur Last	1
3.	Einziehung und Einsendung der Druckkosten	2
4.	Mittheilung der Verordnungen	2
5.	Bezug der Verordnungen seitens Geistlicher ohne Pfarrbenefizium . . .	3

Zweiter Abschnitt. Kurialien.

6.	Form für die amtlichen Berichte (vgl. Nachtrag)	3
7.	Vorschriftsmäßige Einsendung der Berichte	4
8.	Form der Erwiderung auf brevi manu Verfügungen	4
9.	Nothwendigkeit des Aubrums oder der kurzen Angabe des Inhalts eines Berichtes	5
10.	Angabe der Poststation in jeder Eingabe	6
11.	Das Falten von Berichten mit mehreren Beilagen	6
12.	Schließung des Couverts	6
13.	Unzulässigkeit telegraphischer Anfragen	7
14.	Erinnerungsschreiben (Excitatorien, Monitorien)	7
15.	Liquidation von Copialien bei Bescheid im Privatinteresse	7
16.	Adressirung: „An das katholische Pfarramt“	8
17.	Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerkes	8

Dritter Abschnitt. Postverkehr.

18.	Frankatur von Postsendungen	13
19.	Instruction zu vorsehender Verordnung	15
20.	Genügende Frankatur von Postsendungen	15
21.	Nachnahmegebühren	16
22.	Gebühren für Geldsendungen mittels Postanweisung	17
23.	Begleitschreiben bei Geldsendungen durch Postanweisungen	17
24.	Portofreiheit bei Sendungen an Behörden und Gerichte	18
25.	Portofreiheit in Sachen fiskalischer Patronats- und staatlicher Aufsichtsrechte	19

Vierter Abschnitt. Amtsferien.		Seite
Nr. 26.	Anordnung von Ferien für die bischöflichen Behörden	19
27.	Bezeichnung der Feriensachen	20

Zweiter Theil.

Lehramt.

Erster Abschnitt. Theologisches Studium.

28.	Knabenkonvikte	21
29.	Stipendiengefuche von Gymnasiasten	23
30.	Theologisches Konvikt	23
31.	Fürsorge für Theologie-Studierende in den Ferien	25
32.	Irregularität in Folge von studentischen Mensuren	27

Zweiter Abschnitt. Predigt.

33.	Katechetische Predigten und Christenlehren	28
34.	Verkündung der Fürstbischöflichen Hirtenbriefe	28
35.	Behandlung von Privatangelegenheiten auf der Kanzel (vgl. Nachtrag)	29
36.	Verbot von Antritts- und Abschiedspredigten seitens nicht festangestellter Geistlicher	30
37.	Belehrungen über Heiligkeit des Eides	31
38.	Belehrungen über Verhältniß zwischen Herrschaften und Gefinde . .	31
39.	Warnung für Auswanderer nach England	32
40.	Seelsorgliche Einwirkung auf Arbeiter (Sachsen- und Pommerngänger)	33
41.	Domherr Steiner'sche Predigt-Prämien-Stiftung	34

Dritter Abschnitt. Volksschule.

A. Religionsunterricht an Kinder in katholischen Schulen.

42.	Wahrnehmung der Katechese in der Schule	35
43.	a) Mittheilung an die Unterrichtsverwaltung von der Uebernahme der Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichtes	36
	b) Anzeige der Uebernahme des Religionsunterrichtes durch die Kaplanne	37
44.	Umfang der Berechtigung zur Leitung des schulplanmäßigen Religions-Unterrichtes	37
45.	Mittheilung der Volksschul-Stundenpläne an die Pfarrer u. im Regierbezirk Oppeln	39
46.	Vermehrung der Religionsstunden in den Volksschulen Oberschlesiens .	39
47.	a) Anordnung besonderer Religionsprüfungen durch die Erzpriester .	40
	b) Declaration zu vorstehender Verordnung	41
48.	Benachrichtigung der Kreisschul-Inspectoren von der bevorstehenden Religionsprüfung	41
49.	Theilnahme der Schulkinder am Gottesdienste und Ertheilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichtes seitens der Geistlichen. Angabe darüber im Visitations-Protokoll	41
50.	Verbot der Religionsprüfung seitens eines Geistlichen in Gegenwart eines weltlichen Kreisschul-Inspectors	41
51.	Vertheiligung der Schulkinder am kirchlichen Leben während der Schulzeit	42
52.	Vertheiligung der Schulkinder am Gottesdienste am Aschermittwoch und am Allerseelestage	42
53.	Pfarrer Scholz-Sachwitz'sche Katechesen-Stiftung	43
54.	Empfehlung des Verzeichnisses von Jugend- und Volksschriften, herausgegeben vom Verein katholischer Lehrer Breslau	43

B. Religionsunterricht an katholische Kinder in protestantischen Schulen.

Nr. 55.	Verpflichtung des Seelsorgsclerus zur Sorge für diesen Religionsunterricht	44
= 56.	Grundsätze und Bestimmungen über Einrichtung besonderen Religionsunterrichtes für Schulkinder confessioneller Minderheiten	45
= 57.	Feststellung der Zahl der Kinder ohne besonderen Religionsunterricht (vgl. Nachtrag)	63
= 58.	Verbot der Theilnahme an dem Religionsunterrichte einer anderen Confession	63
= 59.	Remuneration für Ertheilung dieses Religionsunterrichtes	64
= 60.	Form der Quittung für diese Remuneration	65

C. Aufsichtsrechte.

= 61.	Beaufsichtigung der Schule ist eine Seelsorgspflicht	65
= 62.	Schulinspection der Pfarrer	66
= 63.	Anzeige an die Kreis-Schul-Inspection über Niederlegung der Orts-Schul-Inspection	66
= 64.	Theilnahme des Clerus an den Lehrer-Conferenzen	66

Vierter Abschnitt. Höhere Schulen.

= 65.	Ablegung der Religionslehrerprüfung	67
= 66.	Theilnahme der Schüler an den confessionellen Gesangsübungen der Mehrheit	68
= 67.	Besonderer Commissarius für Revision des Religionsunterrichtes	69
= 68.	Gewerbliche und ländliche Fortbildungsschulen (vgl. Nachtrag)	69

Fünfter Abschnitt. Approbation religiöser Bücher und Druckschriften.

= 69.	Constitutio Apostolica de prohibitione et censura librorum	70
= 70.	Decretum S. C. Indicis circa constitutionem Officiorum ac munerum	79
= 71.	Facultas tenendi et legendi libros prohibitos	79
= 72.	Erneute Erinnerung an die Nothwendigkeit der Approbation	79
= 73.	Diöcesan-Biblische-Geschichte	80
= 74.	Diöcesan-Katechismus	80
= 75.	Preis der Biblischen Geschichte und des Katechismus	81
= 76.	Zurückweisung sogenannter Traktättlein	81
= 77.	Verbot nicht approbirter Schriften	81
= 78.	Verbot der Besprechung theologischer Gegenstände und kirchlicher Defiderien in politischen Zeitungen	82
= 79.	Empfehlung von Büchern	83

Dritter Theil.

Kultus.

Erster Abschnitt. Heilige Zeiten (Sonn- und Festtagsfeier).

= 80.	Festordnung der Diöcese Breslau preussischen Antheils nebst Delegaturbezirk	84
= 81.	Gebrauch des Weihrauchs bei Hochämtern ohne Diaconen	85
= 82.	Gebet für den hl. Vater	86
= 83.	Sonn- und Festtags-Nachmittagsgottesdienste	86
= 84.	Einwirkung durch den Clerus auf eine würdige Sonntagsfeier seitens der kaufmännischen Jugend	88

	Seite
Nr. 85. Angabe der Gottesdienstordnung im Visitations-Protokolle	89
= 86. Decretum Generale S. R. C. super festo Titularium in Ecclesiis et Oratoris publicis celebrando	90
= 87. Verlegung der Patronatsfeste auf den vorhergehenden Sonntag	90
= 88. Verlegung des Buß- und Bettages	91
= 89. Offurenz zwischen dem St. Michaelsfeste und dem Rosenkranzfeste	93
= 90. Offurenz zwischen dem Kirchweihfeste und dem Rosenkranzfeste	93
= 91. Dubia circa praescriptiones liturgicas pro Feria V. in Coena Domini	94
= 92. Gebrauch des Te Deum bei der Auferstehungsfeier	94
= 93. Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs	95
= 94. Öffentliche Verhandlungen der Gerichtsbehörden an katholischen vom Staate nicht als gesetzlich anerkannten Feiertagen	95
= 95. Verbot störender, nicht dringender Arbeiten an Sonn- und Festtagen	96
= 96. Tanzlustbarkeiten an Parochialfesten	96
= 97. Lustbarkeiten, Schaufstellungen u. s. w. an Ablass- und Patronatsfesten	97
= 98. Strafbarkeit von Gottesdienststörungen, auch wenn sie außerhalb des zum Gottesdienste bestimmten Raumes stattfinden	97

Zweiter Abschnitt. Heilige Orte.

= 99. Consecration und Execration der Kirche und des Altars	99
= 100. Wandkreuze in consecrirten Kirchen	100
= 101. Oratoria semipublica	100
= 102. Privat-Oratorien	102
= 103. Beleuchtung der Kirchen	103
= 104. Gedächtnistafeln für Krieger	104
= 105. Aufbewahrung militärischer Ehrenzeichen	104

Dritter Abschnitt. Heilige Geräthe.

= 106. Visitation der Altäre	105
= 107. Vergoldung der Kelche, Patenen und Ciborien	105
= 108. Verbrennung unbrauchbarer Paramente	105
= 109. Jährliche Orgel-Revision	105
= 110. Subdelegation zur Glockenweihe. Decretum S. R. C.	107
= 111. Weihe der in Breslau gegossenen Glocken	107
= 112. Vermeidung von Unglücksfällen beim Glockenläuten	107
= 113. Reparatur zersprungener Glocken	108
= 114. Erhaltung alter Glocken	108
= 115. Trauergeläut für den Landesfürsten	109

Vierter Abschnitt. Kirchliche Kunstgegenstände.

= 116. Conservirung und Inventarisirung	110
= 117. Bemerkte über Herkunft und Zeit des Erwerbes	113
= 118. Ernennung von Provinzial-Conservatoren (vgl. Nachtrag)	113
= 119. Verbot eigenmächtiger Veränderungen	115
= 120. Verbot kirchliche Gegenstände zu entfernen, zu verschenken oder zu veräußern	116
= 121. Restauration guter alter Kelche	117
= 122. Ausbesserung werthvoller alter Paramente	118
= 123. Eröffnung des Diöcesan-Museums (vgl. Nachtrag)	118
= 124. Ueberlassung von Kunstgegenständen an das Diöcesan-Museum	119

Fünfter Abschnitt. Die heiligen Sakramente.

A. Die heilige Taufe.

Nr. 125.	Gültigkeit der Taufe	121
" 126.	Nothtaufe	123
" 127.	Entbehrlichkeit der Staatsgenehmigung zur Taufe von Kindern nicht katholischer Eltern	124
" 128.	Pfathenschaft	124
" 129.	Eintragung von Kindern aus kirchlich nicht anerkannten Ehen	124
" 130.	Bezeichnung der durch matrimonium subsequens legitimirten Kinder	125
" 131.	Verabfolgung von Taufschein an die Berechtigten	125
" 132.	Verabfolgung von Taufschein an Deutsche in der Niederlande und Belgien	126
" 133.	Gebührenfreiheit von kirchlichen Zeugnissen (vgl. Nr. 292.)	127
" 134.	Gebührenfreie Einsichtnahme in die Standesamtsregister	129
" 135.	Vergleichung der Taufmatrikeln mit den standesamtlichen Registern	129
" 136.	Judentaufen	130

B. Die heilige Firmung.

" 137.	Litterae Pastorales d. a. 1855, §§ 36—38.	130
" 138.	Nothwendigkeit von Firmungszeugnissen	130

C. Das allerheiligste Sakrament des Altars.

α. Das heilige Messopfer.

" 139.	Applikationspflicht an den aufgehobenen Feiertagen	130
" 140.	Applikation der Pfarrmesse	133
" 141.	Missae pro fundatoribus Alumnatus	134
" 142.	Priesterhaus-Messen	134
" 143.	Verbot eigenmächtigen Vinirens	134
" 144.	Applikationspflicht bei Vinationsmessen	135
" 145.	Instructio de calicis purificatione bei Vination	136
" 146.	Viniren in Nothfällen	137
" 147.	Vination bei besonderen kirchlichen Festen	137
" 148.	Mehrere heilige Messen in derselben Kirche	138
" 149.	De missa in aliena ecclesia	138
" 150.	De missa in oratorii privatis	139
" 151.	Missae cantatae de Requite	139
" 152.	Missa lecta loco cantatae (vgl. Nachtrag)	141
" 153.	De Orationibus et Sequentiis in Missis Defunctorum	141
" 154.	Missa votiva für schwache oder augenleidende Priester	142
" 155.	Orgelbegleitung bei Praefation und Pater noster	142
" 156.	Änderungen im Meßbuch und Brevier	142
" 157.	Hostien und Meßwein (vgl. Nachtrag)	143

β. Aufbewahrung, Exposition und Communion.

" 158.	Aufbewahrung im Ciborium	145
" 159.	Aufbewahrung auf dem Altare	145
" 160.	Aufbewahrung in Filialkirchen und öffentlichen Kapellen	146
" 161.	Unterhaltung des ewigen Lichtes nebst zwei anderen Erinnerungen	147
" 162.	Aussetzung des allerhl. Sakramentes und Ertheilung des sakramentalen Segens	147
" 163.	Ostercommunion	150

Nr. 164.	Ausspendung der hl. Communion in Todtenmessen	151
" 165.	Feier der ersten hl. Communion der Kinder	153

γ. Messstipendien.

" 166.	Stipendium justum dioecesanum	155
" 167.	Stipendium für gestiftete stille hl. Messen	155
" 168.	Stipendium für gestiftete Hochämter	155
" 169.	Betrag bei Weitergabe gestifteter hl. Messen	156
" 170.	Decretum generale S. C. Concilii d. d. 25. Maji 1893	158
" 171.	Fürstbischöflicher Erlaß zu vorstehendem Decret	160
" 172.	Annahme von Stipendien an aufgehobenen Feiertagen und für Vinationsmessen	160
" 173.	Controllblätter für Fundations-Messen und Manual-Stipendien	162
" 174.	Verbot unbefugten Sammelns von Messstipendien	163

δ. Messstiftungen.

" 175.	Anmeldung neuer Stiftungen	163
" 176.	Vollständigkeit der Stiftungsurkunden	163
" 177.	Genaue Fassung letztwilliger Bestimmungen über zu errichtende Stiftungen	164
" 178.	Beifügung einer Testamentsabschrift	165
" 179.	Bezeichnung der Verwaltung und Aufsicht	165
" 180.	Ausschluß der patronatlichen Aufsicht	166
" 181.	Genaue Bezeichnung der Empfangsberechtigten	166
" 182.	Zuweisung der Procura-Gebühren	167
" 183.	Annahme-Vermerke	167
" 184.	Papier und Schrift in Stiftungsurkunden	168
" 185.	Dreifache Ausfertigung von Stiftungsurkunden	168
" 186.	Anzeige über Anlegung von Stiftungskapitalien	168
" 187.	Zusammenfassung der Bestimmungen über Stiftungsurkunden	168

ε. Messreduction.

" 188.	Umfang der Vollmacht und Verfahren bei Messreduction	171
" 189.	Facultas transferendi missas fundatas ad alios dies, ecclesias et altaria	174
" 190.	Facultas transferendi missas fundatas extra dioecesim	174
" 191.	Facultas reducendi missas dotationis	175
" 192.	Der terminus a quo bei Messreductionen	175

D. Die Buße.

" 193.	Jurisdictions-Examen	176
" 194.	Gegenseitige Aushilfe zwischen Civil- und Militärgeistlichen	176
" 195.	Jurisdiction für Priester in den Grenzdistricten benachbarter Diöcesen	177
" 196.	Erste Beicht der Kinder	177
" 197.	Constitutio Pii P. P. IX. „Apostolicae Sedis“ d. 12. Octobris 1869	178
" 198.	Absolution päpstlicher Reservate in Nothfällen (vgl. Nachtrag)	184
" 199.	De duobus casibus S. Sedi specialiter reservatis	188
" 200.	Declaration zur Vollmacht absolvendi a casibus reservatis	193
" 201.	Reconciliation reumthiger „Altkatholiken“	193
" 202.	Instructio de Secta Massonum	194
" 203.	Forma abjuratonis haeresis	197
" 204.	Peccata in Dioecesi Wratislaviensi reservata	198

	Seite
Nr. 205. Designatio temporum	199
206. Reichstühle	199

E. Ablässe.

207. De regulis seu normis ad dignoscendas veras Indulgentias ab apocryphis	200
208. Decretum ejusdem congregationis pro Urbe et Orbe	202
209. Erneuerung der ad tempus ertheilten Ablässe	203
210. De tempore confessionis ad lucrandas indulgentias requisitae	203
211. Ablass für die erste hl. Communion der Kinder	204
212. Ablässe bei Volksmissionen	205
213. Ablässe bei Verlegung eines Festes	205
214. Ablässe für das Titularfest und einen andern Tag in jeder Kirche	207
215. Erklärung zu vorstehendem Erlaß	208
216. Ablässe für das Fest der hl. Hedwig	208
217. Ablass für die Todesstunde	209

F. Die letzte Oelung.

218. Litterae Pastorales d. d. 1. Martii 1855. §§ 62—64	210
219. De sacris oleis	210

G. Priesterweihe.

220. Gebet um würdige Diener des Heiligthums	211
221. Aufgebot der Cleriker vor der Subdiaconatsweihe	211
222. De clericorum excommunicatione et ordinatione	212

H. Die Ehe.

223. Grundsätze und Vorschriften der Kirche über den heiligen Ehestand	213
224. Aufgebot	216
225. Braut-Examen	217
226. Paternitäts-Verhältnisse unehelicher Kinder der Brautleute	217
227. De indicis ad probandum quasi-domicilium	219
228. Ehehinderniß affin. I. grad. in linea recta	220
229. De impedimentis matrimonialibus inter duos nepotes ex avis inter se consobrinis	222
230. Ehedispens in Todesgefahr und Exquirung der Ehedispensen (Subdelegation der Dispens-Vollmacht an die Seelsorgsgeistlichen)	223
231. Berechtigung zur Trauung in verwaisen Pfarreien	228
232. Trauung ohne Nachweis der standesamtlichen Verbindung	229
233. Bescheinigung über Nichtvorhandensein gesetzlicher Ehehindernisse	230
234. Brautmesse und Brautsegen	230
235. Ehedispensgesuche	231
236. Copula incestuosa reticita non jam invalidat dispensationem	235
237. Drohung mit Civilehe als Dispensgrund	236
238. Quasi-Domicil rückichtlich der Ehedispensgesuche	237
239. Unzulässigkeit des Aufgebots vor Eintreffen der Dispens	237
240. Unzulässigkeit telegraphischer Einholung von Ehedispensen	238
241. Dispensstaren	239
242. Mißgehen	239
243. Ehejubiläum	241
244. Abstellung von Concubinaten	243

Nr. 245.	Ehedissidien	244
" 246.	Decretum de matrimonii nullitate declaranda (vgl. Nachtrag)	245

Sechster Abschnitt. Benedictionen.

" 247.	Wasserweihe an der Vigilie vor Epiphanie	246
" 248.	Weihe am Urbani-Feste	246
" 249.	Benedictio mulieris post partum	247
" 250.	Weihe der Fahnen	248

Siebenter Abschnitt. Liturgische Bücher.

" 251.	Neues Rituale Wratislaviense	250
" 252.	Rituale parvum	250
" 253.	Graduale Romano-Wratislaviense	250
" 254.	Kirchenmusikalien auf Kosten der Kirchenkasse	250

Achter Abschnitt. Gebet und besondere Andachten.

" 255.	Das ewige Gebet in der Diöcese Breslau	251
" 256.	De cultu Sanctissimi cordis Jesu	256
" 257.	Andacht zum hl. Geiste	259
" 258.	Errichtung von Kreuzwegen	262
" 259.	Rosenkranzgebet (vgl. Nachtrag)	264
" 260.	Verehrung des hl. Joseph	267
" 261.	Gebete nach der hl. Messe	268
" 262.	Wetterandachten	268
" 263.	Gebetbuch- und asketische Literatur	269
" 264.	Hausirhandel mit Bildern und Devotionalien	269
" 265.	Wallfahrten nach dem Annaberge	269

Neunter Abschnitt. Reliquien-Verehrung.

" 266.	Decretum S. C. Indulgentiarum	271
" 267.	Decretum S. C. Indulgentiarum	272

Vierter Theil.

Verwaltung.

Erster Abschnitt. Fürstbischöfliche Commissarien, Erzpriester und Actuarii Circuli.

" 268.	Revision der Erzpriester durch die Fürstbischöflichen Commissarien	273
" 269.	Rechte und Pflichten der Erzpriester im allgemeinen	273
" 270.	Erzpriesterliche Visitationen	
	a) der Strafanstalten	274
	b) der Anstalten mit Gottesdienst oder Religionsunterricht	275
	c) der für erloschen erklärten Pfarreien	275
" 271.	Kassenrevision	275
" 272.	Vorschriftsmäßige Angaben in den Visitations-Protokollen	277
" 273.	Beibericht zu den Visitations-Protokollen	279
" 274.	Archipresbyterats-Convente	279
" 275.	Anzeige über die erfolgte Investitur eines Pfarrers	280
" 276.	Zurücksendung der Investitur-Urkunden (vgl. Nachtrag)	280
" 277.	Bauliche Revision der Pfarrhäuser	280
" 278.	Einsendung der Collecten und milden Gaben (vgl. Nr. 412.)	281

Nr. 279.	Einsendung der Convertiten-Listen	282
= 280.	Anzeige des Todes von Diöcesan-Priestern	282
= 281.	Meldung des Todes bezw. Wechsels eines Beneficiaten	
	a) beim Patronate	282
	b) bei Königl. Regierung	282
	c) beim Oberpräsidenten	283
= 282.	Meldung der Commoranten beim Erzpriester des Bisthums	283
= 283.	Verechtigung, Schriftstücke zc. durch besondere Boten einzuziehen	283
= 284.	Revision der pfarrlichen Registratur, Sicherung derselben bezw. kirchlichen Vermögensstücke beim Tode eines Pfarrers	283
= 285.	Wahlrecht bei der Wahl des Actuarius Circuli	284

Zweiter Abschnitt. Pfarrer und Seelsorgsgeistliche.

= 286.	Pfarrkonkurs-Prüfung und Bewerbung um Pfarreien (vgl. Nachtrag)	284
= 287.	Bewerbung um eine Stelle als Militärgeistlicher oder an einer staatlichen Anstalt	285
= 288.	Form der patronatlichen Präsentation	285
= 289.	Verbot der Vermittelung der Gemeinden bei Bewerbungen um Pfarreien	286
= 290.	Gesetz, betr. das Dienst Einkommen der katholischen Pfarrer	286
= 291.	Führung der Kirchenbücher	295
= 292.	Gebührenfreiheit kirchlicher Zeugnisse	296
= 293.	Convertitenlisten (vgl. Nr. 272)	296
= 294.	Parochial-Geschichten	297
= 295.	Anschaffung des Diöcesan-Schematismus	297
= 296.	Statistische Erhebungen über kirchliche Angelegenheiten	297
= 297.	Verweigerung des gerichtlichen Zeugnisses	298
= 298.	Kreis-Vicare	299
= 299.	Regulativ über das Verhältniß zwischen Pfarrern und Kaplanen	302
= 300.	Kaplan-Reisekosten	304
= 301.	Urlaubsgesuche (vgl. Nachtrag)	305
= 302.	Bade-Unterstützungen	306
= 303.	Pensions-Verhältnisse	307

Dritter Abschnitt. Fakultäten.

= 304.	Fakultäten, welche dem Seelsorgs-Clerus verliehen sind	311
= 305.	Gesuche um Fakultäten beim hl. Stuhle	313
= 306.	Reffort für Fakultäten für Militär-Personen	313
= 307.	Militär-Gemeinden	313

Vierter Abschnitt. Uebergabe von Benefizien.

= 308.	Grundsätze bei Uebertragung eines Benefiziums	314
= 309.	Abschätzung der Pfarrbeilaststücke	316
= 310.	Declaration hierzu	317
= 311.	Rückgewähr von Wiedmuthsnaturalien	318
= 312.	Revers bei Uebernahme eines Benefiziums	320
= 313.	Erlös aus verkauften Wiedmuthsnaturalien	321
= 314.	Erhaltung und Verbesserung pfarrlicher Inventar-Gegenstände	322
= 315.	Inventar-Verzeichnisse	322
= 316.	Investitur-Gebühren	322
= 317.	Maßgebende Bestimmungen über die Intercalare	323

Fünfter Abschnitt. Stolzgebühren.

Nr. 318.	Angabe der einzelnen Aktus in der Gebühren-Liquidation	324
„ 319.	Prüfung der Liquidationen seitens der Pfarrer	325
„ 320.	Anspruch des kompetenten Pfarrers auf Stolzgebühren	325
„ 321.	Parochialrechte bei Tausen aus gemischten Ehen	325
„ 322.	Zuständigkeit eines Pfarrers zur Trauung, falls die Braut minderjährig oder Dienstbote ist	326

Sechster Abschnitt. Auswärtige Geistliche.

„ 323.	Zulassung auswärtiger Priester zu seelsorglichen Verrichtungen und zum Celebiren	328
„ 324.	Aufenthalt von Geistlichen in Rom	329

Siebenter Abschnitt. Standesrechte und -Pflichten der Geistlichen.

„ 325.	Verpflichtung zu geistlichen Uebungen	330
„ 326.	Verbot des Besuchs öffentlicher Wirthshäuser	330
„ 327.	De vita et honestate clericorum	332
„ 328.	Titulatur und Kleidung der Geistlichen	333
„ 329.	Aufsichtsrecht der Erzpriester über die Geistlichen ihres Birkels	334
„ 330.	Anticipation der Matutin und Laudes	335
„ 331.	Testamente der Geistlichen	335
„ 332.	Testaments-Vollstrecker	337

Achter Abschnitt. Wehrpflicht der Geistlichen.

„ 333.	Reichsgesetz über die Wehrpflicht der Geistlichen	338
„ 334.	Abänderung der deutschen Wehrordnung	338
„ 335.	Controll-Versammlungen	339
„ 336.	Befreiung von militärischen Uebungen	339
„ 337.	Unabkömmlichkeits-Listen	340

Neunter Abschnitt. Ordenspersonen.

„ 338.	Decretum circa admissionem ad s. ordines et circa ordinatum dimissionem	342
„ 339.	De Religiosis saecularizatis	344
„ 340.	De Religiosorum Institutis vota simplicia profitentium	345
„ 341.	Canonische Prüfung der Ordens-Candidatinnen und Novizen	349
„ 342.	Form der feierlichen Ablegung bezw. Erneuerung der Gelübde	350
„ 343.	Fürstbischöfliche Commissarien über die Niederlassungen der Orden und religiösen Genossenschaften	351
„ 344.	Der dritte Orden des hl. Franziskus	352
„ 345.	Pfarrliche Aufsicht über Sammler	353

Zehnter Abschnitt. Kirchenbeamte.

„ 346.	Vertretung der Pfarrschulen in vermögensrechtlicher Beziehung	354
„ 347.	Anzeige der Erledigung von Lehrer- bezw. Kirchenbeamtenstellen	354
„ 348.	Bestimmungen über die Einkommensnachweise	355
„ 349.	Lehrerbefordergesetz	356
„ 350.	Vermeidung von Collisionen der Functionen vereinigter Lehrer- und Kirchenbeamtenstellen	358
„ 351.	Küsterdienst-Ordnung	359
„ 352.	Versicherungspflicht kirchlicher Beamten (vgl. Nachtrag)	363
„ 353.	Unterstützungsgesuche von Kirchenbeamten bezw. Lehrern	364

Elfter Abschnitt. Bruderschaften und Vereine.

Nr. 354.	Errichtung von Bruderschaften und deren Anschluß an Erzbruderschaften	364
= 355.	Afrika-Verein	366
= 356.	Verein für Befreiung der Sklaven in Afrika	369
= 357.	Deutscher Verein vom hl. Lande	370
= 358.	Bonifatius-Verein (vgl. Nachtrag)	371
= 359.	Verein vom hl. Carl Borromäus	373
= 360.	Cäcilien-Verein	375
= 361.	Canisius-Verein	377
= 362.	Eucharistischer-Verein	377
= 363.	Verein der christlichen Familien zu Ehren der hl. Familie von Nazareth	378
= 364.	Gebets-Verein zur Wiedervereinigung der getrennten Christen	387
= 365.	Gesellen-Verein	389
= 366.	St. Egidius-Verein	390
= 367.	Kindheit-Jesu-Verein	391
= 368.	St. Josephs-Verein	396
= 369.	Leo-Verein	396
= 370.	Mäßigkeits-Verein	396
= 371.	St. Michaelis-Verein	404
= 372.	Paramenten-Verein	405
= 373.	Priester-Verein der Anbetung	405
= 374.	St. Raphael-Verein	405
= 375.	Rosenkranz-Verein und -Bruderschaft	407
= 376.	St. Franz Xaver-Missions-Verein	412
= 377.	Sammel-Verein für Schlesien	413
= 378.	Arbeiter-Vereine	413
= 379.	Bahnhofsmission	419
= 380.	Katholischer kaufmännischer Verein	420
= 381.	Gesellschaft für christliche Kunst	420
= 382.	Landwirthschaftliche Vereine, Volksbüreau-Verein und Volksverein für das katholische Deutschland	422
= 383.	Betheiligung der Krieger-Vereine an kirchlichen Feiern	425

Zwölfter Abschnitt. Fürsorge-Erziehung.

= 384.	Anlegung von Waisenlisten, Uebernahme des Waisenrathsamtes und Betheiligung an den Waisenrathssitzungen seitens der Pfarrer (vgl. Nr. 394 und Nachtrag)	425
= 385.	Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von erfolgter Bestellung eines Vormundes	427
= 386.	Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von der Unterbringung eines der Zwangs-Erziehung (bzw. Fürsorge-Erziehung) unterstehenden Kindes seiner Pfarrei	427
= 387.	Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von strafgerichtlichen Untersuchungen gegen Kinder seiner Pfarrei	428
= 388.	Gesetz über Fürsorge-Erziehung Minderjähriger (vgl. Nachtrag) . . .	429
= 389.	Katholisches Krieger-Waisenhaus zu Canth	447
= 390.	Anstalt für schwachsinrige Kinder in Lechnitz	449
= 391.	Sorge für taubstumme Kinder	449
= 392.	Religiöse Erziehung unehelicher Kinder	449

Nr. 393.	Erziehungsrecht der Mutter	449
= 394.	Theilnahme an Waisenrathssitzungen und Uebernahme des Waisenrathsamtes	450

Dreizehnter Abschnitt. Sorge für Strafgefangene.

= 395.	Gottesdienst und Seelsorge in Strafanstalten und Gefängnissen ohne besonderen Seelsorger	452
= 396.	Bereidigung der Strafanstalts-Geistlichen	455
= 397.	Correspondenz der Pfarrer mit den Strafanstalts-Seelsorgern	456
= 398.	Seelsorgerl. Einwirkung auf entlassene Strafgefangene (Uebersverdienstgelder) (vgl. Nachtrag)	457
= 399.	Ausbildung von weiblichem Aufsichtspersonal	459

Vierzehnter Abschnitt. Milde und sociale Stiftungen.

= 400.	Nothwendigkeit der bischöfl. Genehmigung zur Errichtung kirchlicher Institute	460
= 401.	Curatoren kirchlicher Anstalten sind öffentl. Behörden im Sinne der Grundbuchordnung	460
= 402.	Katholisches Mädchenheim in Berlin	461
= 403.	Landwirthschaftliche Haushaltungsschule in Grottkau	461

Fünfzehnter Abschnitt. Sammlungen und Beiträge für kirchliche Zwecke.

= 404.	Feststehende jährliche Collecten	462
= 405.	Collecte für den Afrika-Verein	463
= 406.	= = = Bonifatius-Verein	464
= 407.	= = = Verein vom hl. Grabe und für den deutschen Verein vom hl. Lande	464
= 408.	Collecte für den St. Josephs-Verein	464
= 409.	= = = = Michael-Verein	465
= 410.	= = = = Raphael-Verein	465
= 411.	Collecten für geistliche Bildungsanstalten und zur Hebung des Priester-mangels	465
= 412.	Einfindung der Collecten (vgl. Nr. 278.)	466
= 413.	Wegfall von "	466
= 414.	Nothwendigkeit der bischöflichen Genehmigung zu Sammlungen außerhalb der Diocese	467
= 415.	Sammlungen seitens Ordenspersonen	467
= 416.	Verbot unbefugter Sammlungen	471
= 417.	Erneutes Verbot unbefugter Sammlungen für kirchliche Zwecke	472

Sechszehnter Abschnitt. Kirchenvorstand und Kirchengemeindevertretung.

= 418.	Gesetz über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. Vom 20. Juni 1875	473
= 419.	Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staates 30. Januar 1893	487
= 420.	Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Schlesien	487
= 421.	Desgl. in der Provinz Brandenburg	497
= 422.	Instruction für den Geschäftsgang bei der Rechnungslegung und die Revision der Rechnungen katholischer Kirchengemeinden und Institute der Provinz Schlesien	498

Nr. 423.	Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen. Vom 7. Juni 1876	505
• 424.	Verordnung über Aufsichtsrechte des Staates vom 30. Januar 1893	508
• 425.	Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes	509
• 426.	Ersatz-Wahlen	511
• 427.	Neuwahlen	512
• 428.	Wahlrecht der von Kirchenlasten befreiten Parochianen	512
• 429.	Amtseinführung der Kirchenvorstands- und Gemeindevertretungs-Mitglieder	513
• 430.	Form der Willenserklärung der Kirchenvorstände und Nachweis ihrer Legitimation zu derartigen Erklärungen	513
• 431.	Legitimationsbescheinigungen über die Zusammensetzung des Kirchenvorstandes	515
• 432.	Zustellung von Possessionen an die katholischen Kirchenvorstände	515
• 433.	Possessionen der Kirchenvorstände an die Staatsbehörden	516
• 434.	Abänderung der Geschäftsanweisung für die kirchlichen Körperschaften der Delegatur	516
• 435.	Die Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde ist stets vor derjenigen des Staates einzuholen	517

Siebzehnter Abschnitt. Erwerb von Kirchenvermögen.

(Kauf, Schenkung, Vermächtniß.)

• 436.	Form der Zuwendungen an den fürstbischöflichen Stuhl	517
• 437.	Verfahren bei Annahme von Erbschaften und Schenkungen	518
• 438.	Schenkungen und Zuwendungen von Todeswegen	520
• 439.	Erwerb von Grundstücken durch juristische Personen	522
• 440.	Bezeichnung der Grundstücke nach dem gesetzlich gültigen Flächenmaße	523
• 441.	Kirchlicher Anspruch auf Grundstücke	523

Achtzehnter Abschnitt. Zinsbare Belegung von kirchlichen Geldern.

• 442.	Gesetzliche Vorschriften	
	a) aus dem Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896	524
	b) aus dem Preussischen Ausführungsgesetze vom 20. September 1899	524
• 443—448.	Hypothekarische Ausleihe	526
• 449—451.	Abtretung, Entpfändung, Löschung von Hypothekenkapitalien	531
• 452—453.	Entbehrlichkeit der Patronats-Genehmigung bei Quittungen	532
• 454.	Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung (Subhastation)	535
• 455—457.	Ankauf von Werthpapieren	537
• 458.	Hinterlegungsstellen	538
• 459.	Begriff „Gerichtliche Tage“	539

Neunzehnter Abschnitt. Ablösung von Realberechtigungen.

• 460.	Ablösungsgesetz vom 27. April 1872	540
• 461.	Sicherstellung der Realrechte der kirchlichen Anstalten	543
• 462.	Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten. Gesetz vom 17. Januar 1881	543

Zwanzigster Abschnitt. Kirchliche Bauten.

• 463.	Verfahren bei kirchlichen Bauten	545
• 464.	Nothwendigkeit der kirchenbehördlichen Genehmigung zur Vornahme von Baulichkeiten und Reparaturen, sowie zur Anschaffung von kirchlichen Gegenständen. Einreichung von Bauplänen und Kostenanschlägen und Nachweis der Mittel zur Kostenbedeckung.	548

	Seite
Nr. 465. Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde	550
" 466. Flächenmaße der Plätze in Kirchen	551
" 467. Behandlung streitiger Kirchen-, Pfarrei- und Klosterei-Ansachen (Interimistieum und resolutorische Entscheidung)	551
" 468. Gaugreeben'scher Unterstützungsfonds zum Bau katholischer Kirchen	554
" 469. Öffentliche Auspielungen und Lotterien zu Kirchenbauten	554
" 470. Verwendung des durch Abbruch kirchlicher Gebäude erzielten Erlöses	554
" 471. Baukosten im Sinne des § 47 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883	556
" 472. Obervanz in Kirchenbausachen. Einfluß des Irrthums auf Bildung einer Obervanz	556
" 473. Bau- und Unterhaltungspflicht an katholischen Pfarrschulen (Schul- und Kisterhäuser)	557
" 474. Baupflicht an Schul- und Kisterhäusern in Dörfern mit Tochterkirchen	559
" 475—476. Urtheile des Ob.-Verw.-Ger., betreffend Beschlußfassung der Königl. Bezirksregierung über Nothwendigkeit eines Schulbaues, Vertheilung der Kosten, Geltung der katholischen Schulreglements für Schlessen, und Unterschied zwischen Reglements-schulen und landrechtlichen Schulen	559
Einundzwanzigster Abschnitt. Kirchhöfe (Begräbnißplätze).	
" 477. Veräußerung pfarrlicher Grundstücke zur Anlegung oder Erweiterung von Kirchhöfen	560
" 478. Berechtigung der Kirchengemeinden zur Anlegung confessioneller Kirchhöfe	561
" 479. Die Kosten für die sanitätspolizeiliche Untersuchung fallen der Staatskasse zur Last	563
" 480. Entwurf einer Begräbnißordnung	564
" 481. Recht zur Anstellung des Todtengräbers	565
" 482. Verwaltung und Beaufsichtigung der Kirchhöfe. Recht des Pfarrers auf Anweisung von Grabstellen	566
" 483. Erhaltung alterthümlicher Grabdenkmäler	568
" 484. De sepultura danda membris humanis amputatis	569
" 485. Beerdigung unbekannter Leichen	570
" 486. Zulässigkeit der Errichtung eines Kreuzes auf Simultankirchhöfen	571
" 487. Mitbenutzung katholischer Kirchhöfe seitens der A katholiken	571
" 488. Bestattung der Leichen ist ein Recht der Kirchengemeinde	573
" 489. De usu comburendi hominum cadavera	573
Zweiundzwanzigster Abschnitt. Versicherung.	
" 490. Diöcesan-Feuerversicherungs-Gesellschaft	574
" 491. Versicherung kirchlicher Gebäude gegen Feuergefähr	575
" 492. Empfehlung der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft	576
" 493. Versicherung kirchlicher Institute gegen die Haftpflicht aus Unfällen	577
" 494. Sicherheitsmaßregeln gegen Diebstähle	578
" 495. Verfahren zur Entdeckung von Kirchendiebstählen	578
Dreiundzwanzigster Abschnitt. Kirchliche Abgaben.	
" 496. Verfahren bei kirchlichen Umlagen	579
" 497. Vertheilungsmaßstab bei kirchlichen Umlagen	580
" 498. Vermeidung der Doppelbesteuerung bei mehrfachem Wohnsitze	582
" 499. Freilassung der Verstümmelungs-Zulagen von kirchlichen Steuern	584
" 500. Geheimhaltung der Veranlagung bei kirchlichen Umlagen	584

Nr. 501.	Verpflichtung der Kirchengemeinde, die auf die Pfarrländereien aus- geschriebenen Decimalkassenbeiträge aufzubringen	585
502.	Verpflichtung der Kirchengemeinde, die sogenannten Separations-Neben- kosten für Pfarr- und Küsterländereien zu tragen	586
503.	Verpflichtung der Kirchengemeinde, den Miethzins für den Pfarrer und die Kosten für den Pausplatz zu zahlen	587
504.	Beitragspflicht des katholischen Besitzers eines mit einem Baukanon behafteten Gutes	587
505.	Vertheilung der Abgaben und Leistungen an geistliche Institute bei Dismembration von Grundstücken	588
506.	Verpflichtung jüdischer Grundbesitzer zu Leistungen bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten	590
507.	Vertheilung verweigerter pfarrlicher und kirchlicher Abgaben	590

Vierundzwanzigster Abschnitt. Verpachtung.

508.	Kirchliche und pfarrliche Ländereien dürfen nur mittels schriftlicher, von der geistlichen Aufsichtsbehörde zu genehmigender Verträge verpachtet werden	591
509.	Formular eines Pachtvertrages	592
510.	Beifügung von Abschriften bei Einsendung von Pachtverträgen	596
511.	Tabelle zur Berechnung der Taxgebühren	596
512.	Angabe über theilweise Selbstbewirthschaftung	597

Fünfundzwanzigster Abschnitt. Veräußerung.

513.	Rescriptum Apostolicum, circa bona ecclesiastica saecularizata	598
514.	Vermeidung von Verjährungsnachtheilen	599

Sechszwanzigster Abschnitt. Vorrechte des Kirchenvermögens.

515.	Mittheilungen aus dem Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895	601
516.	Unterschriftsbeglaubigungen von Geistlichen sind stempelfrei	613
517.	Stempelpflichtigkeit von gewissen Zuwendungen an Kirchen und Kirchen- gemeinden	614
518.	Gerichtskostenfreiheit in kirchlichen Angelegenheiten	615
519.	Befreiung der Geistlichen, Kirchenbeamten und kirchlichen Grundstücke von Communalabgaben	617
520.	Aus der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen	619
521.	Abzugsfähigkeit von Ausgaben für Dienstaufwendungen vom steuer- pflichtigen Einkommen	620

Siebenundzwanzigster Abschnitt. Voranschlag und Rechnung.

522.	Rechnungslegung, Ausloosung von Werthpapieren und Anlegung baarer Kassenbestände	621
523.	Einsendung der Rechnungen und Voranschläge	621
524.	Form der kirchlichen Rechnungsbefäge	622
525.	Beglaubigung von Quittungen Schreibensunkundiger Personen	623
526.	Anstellung von Kirchenrendanten	623
527.	Nothwendigkeit von Rechnungs-Journalen und Manualien	624
528.	Anfertigung von Fraktionsrechnungen	625
529.	Rechnungsrevisionskosten	625

Achtundzwanzigster Abschnitt. Patronats-Rechte und -Pflichten.

530.	Patronatliche Aufsichtsrechte	626
531.	Patronatliche Baulast hinsichtlich eines neuen zweiten Pfarrhauses	627

Nr. 532.	Verpflichtung des Patrons der Tochterkirche hinsichtlich der pfarrlichen Gebäude bei der Mutterkirche	628
= 533.	Patronatliche Beitragspflicht hinsichtlich der Pertinenzstücke	628
= 534.	Veränderung der patronatlichen Baulast bei Umwandlung einer Stadtgemeinde in eine Landgemeinde	629
= 535.	Verjährung von Patronats-Rechten und -Pflichten	630
= 536.	Sicherstellung der Patronatslasten bei Dismembrationen	630

Nachtrag.

= 537.	Reffortverhältnisse	632
= 538.	Form von Gesuchen	632
= 539.	Knaben-Konvikt in Beuthen	633
= 540.	Mißbrauch der Kanzel	633
= 541.	Ausbeutung der Sachfengänger	634
= 542.	Feststellung der Zahl der katholischen Schulkinder ohne besonderen Religionsunterricht	634
= 543.	Religionsunterricht in Handwerker-Fortbildungsschulen	635
= 544.	Anwendung des „ne sede vacante aliquid innovetur“ auf die Pfarradministration	636
= 545.	Provinzial-Conservatoren	636
= 546.	Diöcesan-Archiv	636
= 547.	Diöcesan-Museum	637
= 548.	Dubia circa Missas lectas de Requie	637
= 549.	Hostien und Meßwein	638
= 550.	Meßstipendien an aufgehobenen Feiertagen und für Vinations-Messen	639
= 551.	Facultas audiendi confessiones fidelium navigantium	639
= 552.	Absolution von Päpstlichen Reservaten	639
= 553.	Ablaßverlängerung	641
= 554.	Ablaß für Kirchweihfest und Octave	641
= 555.	Decretum quoad causas matrimoniales evidentinullitate laborantes	641
= 556.	Erectio stationum viae crucis	642
= 557.	Rosenkranz-Andacht im November oder December statt im October	643
= 558.	Urlaub der nebenamtlichen Religionslehrer	643
= 559.	De consensu Ordinarii requisito ad exercendam facultatem benedicendi Coronas etc.	644
= 560.	Verbot der Jagd seitens der Geistlichen	644
= 561.	Organisten- und Rükter-Unterstützungs-Verein	645
= 562.	Sammlung für ein deutsches Pilgerhaus mit Schule in Jerusalem	645
= 563.	Consensus Ordinarii zur Ausübung der den Mitgliedern des Bonifatius-Vereins ertheilten Vollmachten	646
= 564.	Privilegien zu Gunsten des Kindheit-Jesu-Vereines	646
= 565.	Zürsorge-Erziehung	646
= 566.	Zürsorge für entlassene Strafgefangene	647
= 567.	Eintragung der mit Dispens geschlossenen Ehen	649

Erster Theil.

Kirchenamtliche Korrespondenz.

(Äußere Form.)

Erster Abschnitt. Druck der Verordnungen, deren Bezug und Mittheilung.

Nr. 1. Erlaß über den Druck der Verordnungen.

G. B. Nr. 1. I.

Nach den in Folge unserer Currende vom 12. Dezember 1846 Nr. VI. eingegangenen Erklärungen aus sämmtlichen Archipresbyteraten ist der Wunsch fast allgemein: daß für die Zukunft der Druck der amtlichen Currenden veranlaßt und damit sobald als möglich angefangen werden möge. In Rücksicht auf diesen Wunsch haben wir den Druck der General-Verfügungen beschlossen, und bei den vorliegenden damit den Anfang gemacht. Es werden jedesmal so viele Exemplare in jedes Archipresbyterat versendet werden, als sich darin Parochien, Curatien und Lokalien befinden, nebst einem Exemplar für das Archipresbyterats-Archiv.

Die Herren Erzpriester werden hierdurch beauftragt, diese gedruckten Verfügungen, sobald sie ihnen zugehen, sofort an die betreffenden Herren Geistlichen ihrer resp. Sprengel zu versenden, und von Amtswegen darauf zu sehen, daß dieselben gehörig gesammelt und zu seiner Zeit geheftet oder eingebunden werden. Für gleichmäßiges Papier-Format werden wir möglichst Sorge tragen. Es versteht sich von selbst, daß die gedruckten Currenden ebenso wie früher die geschriebenen, auch den Herren Kaplanen zur Kenntnißnahme mitzutheilen, und daß diese verpflichtet sind, dies darauf zu beschleunigen.

Nr. 2. Die Druckkosten fallen der Kirchenkasse zur Last.

G. B. Nr. 311. IV.

Johannesberg, den 19. Juli 1895.

Ich finde mich veranlaßt, die durch Verordnung Nr. 1. I. getroffene Anordnung, wonach die Kosten für den Druck der amtlichen Verordnungen von den Pfarrern, Curaten und Lokal-Kaplanen aufzubringen sind, hierdurch

aufzuheben und zu bestimmen, daß in der Folge die gedachten Druckkosten als allgemeine Verwaltungskosten auf die Kirchcassen zu übernehmen sind.

Mein Hochwürdiges General-Vikariats-Amt wolle dieses im nächsten Verordnungsblatte zur Kenntniß des Hochwürdigen Diöcesan-Clerus bringen.

An
mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

zu

G. R. 4615.

Breslau.

Nr. 3. Einziehung und Einsendung der Druckkosten.

G. B. Nr. 328. II.

Nachdem der Fonds für den Druck der amtlichen Verordnungsblätter bereits erschöpft ist, ersuchen wir die Herren Erzpriester, die üblichen Beträge für den Bezug derselben in Höhe von 1 Mk. 20 Pf. pro Exemplar wiederum einzuziehen und an die Bisthums-Hauptkasse abzuliefern. Bezüglich der Entnahme der qu. Beträge machen wir auf Verordnungen Nr. 311. IV. aufmerksam. Diejenigen Herren, welche die Verordnungen nicht durch Vermittelung der Herren Erzpriester beziehen, haben den Betrag direkt an die Bisthums-Hauptkasse abzuliefern.

Nr. 4. Mittheilung der Verordnungen

a. an die Hilfsgeistlichen. G. B. Nr. 272. V.

Wir sehen uns veranlaßt, die Bestimmungen unserer Verordnungen Nr. 165. II. und 166. IV. in Erinnerung zu bringen, wonach den Herren Pfarrern die Verpflichtung obliegt, den Herren Hilfsgeistlichen die amtlichen Verordnungen zur Kenntnißnahme vorzulegen und letztere ihren Vermerk durch ein legi und ihre Namensunterschrift auf der Verordnung beizufügen haben, sowie daß die Herren Erzpriester uns in den jährlichen Visitationsverhandlungen über die Beachtung dieser Verordnung berichten.

b. an die Kirchenvorstände. G. B. Nr. 234. X.

In Folge vielfacher, mißlicher Erfahrungen verpflichten wir hierdurch die H. H. Seelsorger alle unsere amtlichen Verordnungen, welche sich auf die Verwaltung des kirchlichen Vermögens beziehen, den Kirchen-Vorständen zur Kenntniß- und Abschriftsnahme zugehen zu lassen.

c. an die Religionslehrer und Anstaltsgeistlichen. G. B. Nr. 322. IV.

Johannesberg, den 13. Juli 1896.

Von Seiten der Religionslehrer an Gymnasien pp. und anderer Anstaltsgeistlichen wird wiederholt darüber Beschwerde geführt, daß sie keine Kenntniß von den amtlichen Verordnungen erhielten, da die betreffenden Ortspfarrer ihnen dieselben nicht mittheilten. Sie beantragen daher, daß auch ihnen die amtlichen Verordnungsblätter zugesandt würden.

Laut Verordnung Nr. 21. III. vom 18. November 1850 liegt es den Herren Erzpriestern ob, bei den Religionslehrern des Sprengels das zu den Archipresbyterats-Acten bestimmte Exemplar des jeweiligen Verordnungsblattes gegen Präsentationsvermerk in Umlauf zu setzen, — soweit die Religionslehrer nicht vorziehen, die fraglichen Blätter selbst mitzuhalten und

laut Verordnungsblatt 295. X. dem Hochwürdigem General-Bisariat-Amt hiervon in kürzester Weise unter Beifügung von vorerst 1 Mk. 20 Pf. Druckkosten Mittheilung zu machen.

Am einfachsten wird es sein, wenn nunmehr die Herren Pfarrer meinem gegenwärtigen Auftrage gemäß den Umlauf bei den Herren Religionslehrern und anderen Anstaltsgeistlichen bewerkstelligen.

Selbstverständlich werden die aus kirchlichen oder anderen öffentlichen Kassen bezahlten Verordnungsblätter nicht den Personen, sondern den Stellen geliefert und sind also aufzubewahren.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 5. Bezug der Verordnungen seitens Geistlicher ohne Pfarrbenefizium.

G. B. Nr. 295. X.

Diejenigen Herren Geistlichen, welche außer den Herren Pfarrern für die Folgezeit unsere amtlichen Verordnungen zu beziehen wünschen, wollen sich an die Herren Erzpriester ihres Sprengels wenden, gleichzeitig aber uns unter Einwendung von vorerst 1 Mk. 20 Pf. davon Mittheilung machen, worauf die Versendung der nächstfolgenden Nummern an die Herren Erzpriester zur Vertheilung erfolgen wird.

Zweiter Abschnitt. Kurialien.

Nr. 6. Form für die amtlichen Berichte.

G. B. Nr. 165. I.

Ueber die Art, wie amtliche Berichte eingerichtet werden sollen, geben die Nummern unserer gedruckten Verordnungen: 11. X.; 90. VI.; 100. VI.; 125. VII.; 144. VIII. ausreichende Belehrung. Gleichwohl wird noch immer sehr oft dagegen gefehlt und uns durch nothwendig werdende Rectificirungen nicht bloß eine Menge unnöthiger Arbeiten verursacht, sondern auch durch ungebührliche Verschleppungen die Sache selbst gefährdet.

Indem wir auf die allegirten Verordnungen nochmals verweisen, heben wir nachstehende Requisite zur genauesten Beachtung hervor:

1. Deutliche und leserliche Handschriften mit Anwendung schwarzer Dinte und Vermeidung mikroskopischer Schrift;
2. Bestimmte Angabe des berichtlichen Inhalts im Rubrum;
3. Genaue Bezeichnung der Zahl der Beilagen durch Beilagestriche unmittelbar unter dem Rubrum;
4. Ganze Bogen für jeden Bericht;
5. Begleit-Berichte für jede Sache, die eingesendet wird;
6. Vermeidung unnöthiger, zur Sache nicht gehörigen Breiten.

Sollten fernere Verstöße gegen die unter 1 bis incl. 5 erforderlichen Requisite vorkommen, so werden die dagegen Fehlenden die unliebsamen Folgen sich selbst zuzuschreiben haben.

Eine unnöthige Ueberbürdung unserer ohnehin sich täglich vermehrenden Arbeiten wird uns namentlich durch die große Menge von Excitatorien veranlaßt. Wenn wir auch wissen, daß manche Angelegenheit sich nicht immer in der ressortmäßigen Frist erledigen lasse, so müssen wir doch darauf dringen, daß in solchen Fällen ein kurzer Bericht über die Behinderungsgründe eingehe, wodurch uns wiederholte Erinnerungen erspart werden.

Nr. 7. Vorschriftsmäßige Einsendung der Berichte.

G. B. Nr. 217. VI.

Vielsache Erfahrungen in Betreff des Schriftwechsels der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit und der Kirchen-Vorstände u. mit der geistlichen Behörde machen es, um allen Unzuträglichkeiten für die Zukunft möglichst vorzubeugen, — nothwendig, das Beachtenswerthe in Betreff der Curialien hier in Erinnerung zu bringen:

1. Zu den Berichten und Eingaben ist kein halber, sondern ein ganzer Bogen von gewöhnlichem Kanzlei-Papier — und von mittlerem Format zu nehmen (Brief- oder Postpapier ist ungeeignet).
2. Der Bogen ist in der Mitte und zwar der Länge nach zu brechen; links oben ist die Orts- und Zeitangabe (Datum) nebst Angabe der Poststation und darunter das Rubrum oder der kurze Inhalt des Berichts oder Gesuchs anzusetzen. Ist der qu. Bericht eine Beantwortung auf eine amtliche Verfügung, so ist letztere nach Datum und Journal-Nr. zu bezeichnen; auf die rechte Seite des halben Bogens ist der eigentliche ausführliche Bericht zu fertigen, und in diesem, falls mehrere amtliche Verfügungen citirt werden, deren Datum und Journal-Nr. anzugeben.
3. Hat das Exhibitum mehrere Beilagen, so sind selbige zusammenzuheften und durch Ziffern oder Buchstaben zu unterscheiden und unter dieser einfachen Bezeichnung und durch Beilagestriche im Berichte anzuführen; der historische Sachverhalt und die Hauptfrage, worüber entschieden werden soll, müssen jedoch immer aus dem Exhibitum klar und unzweifelhaft hervorgehen.
4. Verschiedene Gegenstände, welche zu verschiedenen Acten gehören, können nicht in einem einzigen Bericht behandelt werden. Die Acten unterscheiden sich als: Grundacten (Pacht-Verträge u.), Befehls-Acten (Pfarr-Nachlaß-Regulirungen u.), Bau-Acten, Rechnungs-Acten, Stiftungs-Acten u.
5. Bei Berichten über die weitere zinstragende Anlegung zurückgezahlter Capitalien sind die neuervorbenen lettres au porteur genau anzugeben.

Nr. 8. Form der Erwiderung auf brevi manu Verfügungen.

G. B. Nr. 178. II.

Es kommt nicht selten vor, daß, wenn Wir veranlaßt sind, einzelnen Geistlichen, die von Ihnen Uns eingereichten Vorstellungen zur Erläuterung oder Vervollständigung brevi manu zurückzugeben, dieselben ihre Antwort ebenfalls brevi manu auf dieselbe Piece niederschreiben. Wenn dies nun auch zulässig erscheint, falls die gedachte Antwort nur aus einer kurzen,

wenige Zeilen umfassenden Bemerkung besteht, so ist es doch ungeziemend, im Falle die Rückäußerung einen größeren Raum einnimmt und daher eigentlich als ein erneuerter Bericht aufzufassen ist. In allen solchen Fällen ist vielmehr eine separate Vorstelllung abzufassen und derselben die frühere, von Uns brevi manu und sub lege remissionis zurückgesendete als Beilage wieder beizufügen. Unser Hochwürdiges General-Bisariat-Amt beauftragen Wir, diese Anordnung, welche auf Wohldeffen Correspondenz mit der Diöcesan-Geistlichkeit ebenfalls Anwendung finden muß, durch die gedruckten Verordnungen zu publiciren.

An

Fürstbischof + Heinrich.

Unser Hochwürdiges General-Bisariat-Amt
hier.

Nr. 9. Nothwendigkeit des Rubrums oder der kurzen Angabe des Inhalts eines Berichtes.

G. B. Nr. 125. VII.

Es ist wiederholt (vgl. General-Bisariat-Amts-Verordnungen Nr. 11. X., 90. VI. und 100. VI.) daran erinnert worden, daß jede amtliche Vorstelllung links gegenüber dem Eingange eine kurze Angabe des Inhaltes des Berichtes oder Gesuches als Rubrum enthalten müsse; der große Umfang der Uns und Unseren Diöcesan-Behörden obliegenden Arbeiten läßt die Beobachtung dieser Vorschrift unentbehrlich erscheinen, damit alsbald bei dem Empfange der Vorstelllung der Gegenstand schnell übersehen und das Schriftstück in den zuständigen Geschäftsgang gewiesen werden könne, sowie auch jeder Unserer Beamten, in dessen Hand das Schriftstück gelangt, durch die Rubricirung eine wesentliche Erleichterung gewinnt, und dadurch allein zugleich die nothwendige größere Uebersichtlichkeit der Acten sich auf die Dauer erreichen läßt. Die Gewöhnung an jene Geschäftsform bietet obenein den Vortheil, daß diese überall übliche Form demnächst auch in dem Verkehre mit anderen Behörden nicht unbeachtet gelassen und so den betreffenden Geistlichen der Vorwurf oder Verdacht der Geschäfts-Unkunde erspart werden wird. Unsere Ehrwürdige Geistlichkeit wird hierauf nochmals in der nächsten gedruckten Verordnung mit dem Bemerken aufmerksam zu machen sein, daß, wenn alle Ermahnungen erfolglos sind, zuletzt nichts übrig bleibt, als der früheren Andeutung gemäß jede Vorstelllung, welche des Rubrums entbehren sollte, unberücksichtigt portopflichtig zurückzusenden.

Nicht minder wird fast in allen Fällen die Vorschrift Nr. 110. V. außer Acht gelassen und daher durch Unsere Ehrwürdige Geistlichkeit von Neuem den Lehrern und Kirchendienern einzuschärfen sein, daß deren Gesuche nur durch die vorgeordneten Herren Geistlichen und mit der pflichtmäßigen Bescheinigung Seitens derselben an Uns, bezüglich Unser Hochwürdiges Bisariat-Amt einzureichen sind, anderen Falles aber unerlediget bleiben.

Breslau, den 10. November 1860.

An

Fürstbischof + Heinrich.

Unser Hochwürdiges General-Bisariat-Amt
hier selbst.

Nr. 10. Angabe der Poststation in jeder Eingabe.

G. B. Nr. 237. XI.

Schließlich sehen wir uns noch veranlaßt, die in Nr. 4 sub VI. der gedruckten Verordnungen enthaltene und in Nr. 48. IX. und 144. VIII. 3 eingeschränkte Vorschrift, nach welcher in jeder Eingabe an uns die nächste Poststation bezeichnet werden soll, aufs neue in Erinnerung zu bringen.

Ist der Wohnort des Exhibenten selbst zugleich Poststation, so ist das kenntlich zu machen durch den Zusatz: P. a. D.

Sollte durch Nichtbeachtung dieser Vorschrift irgend welcher Nachtheil entstehen, so müssen die Exrahenten für denselben aufkommen.

Nr. 11. Das Falten von Berichten mit mehreren Beilagen.

G. B. Nr. 149. IX.

Es werden oft Berichte mit vielen Beilagen eingereicht und letztere alsdann vierfach zusammengelegt und mit einem gewöhnlichen Briefcouvert eingeschlossen. Abgesehen davon, daß in solcher Weise namentlich Urkunden leicht beschädigt werden können, wird es schwer, den Anlagen ihre richtige Form wieder zu geben. Bei den vielen Eingängen solcher Schriftstücke sehen Wir uns genöthigt, die Anordnung zu treffen, daß, wenn mehrere Beilagen einem Berichte beizuschließen sind, diese nur einmal der Länge nach gebrochen werden.

Außerdem geschieht es nicht selten, daß die Herren Pfarrrer ihren Hilfsgeistlichen die ergangenen Verfügungen trotz der Circularverordnung vom 18. November 1850 (Nr. 21. III.) nicht mittheilen. Wir bringen diese Anordnung abermals in Erinnerung und weisen Unser Hochwürdiges General-Bisariat-Amt hierdurch an, diese Unsere Verfügung zur genauesten Nachachtung der Ehrwürdigen Geistlichkeit zur Kenntniß zu bringen.

Breslau, den 23. April 1864.

An

Fürstbischof † Heinrich.

Unser Hochwürdiges General-Bisariat-Amt

Nr. 1823.

hier.

Nr. 12. Schließung der Couverts.

G. B. Nr. 180. VI.

Die in neuerer Zeit in Gebrauch gekommenen Briefcouverts, welche mit Gummi arabicum geschlossen werden, geben den Herren Geistlichen zuweilen Anlaß, ihre Eingaben an Se. Fürstbischof. Gnaden und uns so fest zu verkleben, daß es nur möglich ist, sie durch gänzliches Zerreißen zu öffnen, bei welchem öfter aber auch die Eingabe selbst zu Schaden kommt. Wir sind deshalb von Sr. Fürstbischof. Gnaden angewiesen worden, die Geistlichkeit zu veranlassen, daß derartige Couverts immer nur so weit zugeklebt werden dürfen, um noch einen Raum übrig zu lassen, mittelst dessen sie durch Einführung einer Scheere in den oberen Theil des Couverts bequem und ohne Verletzung des Inhalts geöffnet werden können. Wir gewärtigen für die Zukunft die Nachachtung dieser Anordnung.

Nr. 13. Unzulässigkeit telegraphischer Anfragen.

G. B. Nr. 217. III.

Der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit wird hierdurch bekannt gemacht, daß telegraphische Anfragen nicht berücksichtigt werden können.

Nr. 14. Erinnerungsschreiben (Excitatorien, Monitorien).

G. B. Nr. 260. IX.

Durch die Säumigkeit vieler Kirchenvorstände, insbesondere der Vorsitzenden derselben in Erledigung amtlicher Aufträge und Erlasse, welche uns nöthigt, tagtäglich eine die Arbeitslast nicht nur bedeutend vermehrende, sondern auch die Akten unnöthiger Weise überfüllende Anzahl Erinnerungsschreiben ergehen zu lassen, sehen wir uns veranlaßt, die in unseren Verordnungen Nr. 195. IV. und Nr. 211. X. ausgesprochenen Maßnahmen in der Weise zu verschärfen,

daß wir fortan bezüglich der Erledigung einer Verfügung nur einmal ein Erinnerungsschreiben ergehen lassen werden. Erfolgt binnen der festgesetzten Frist keine Antwort, oder werden eventuell die Hinderungsgründe nicht dargethan, so wird ohne Weiteres eine Ordnungsstrafe durch Postnachnahme erhoben, welche bei weiterhin nothwendig werdenden Erinnerungen entsprechend erhöht werden wird.

Wir erwarten daher, daß der bloße Hinweis auf diese Maßnahmen genügen werde, auch diejenigen, welche bisher in gewohnter Weise keine Verfügung ohne öftere Monitorien zu erledigen sich veranlaßt fanden, fortan zur pünktlichen Erfüllung ihrer Pflichten anzuregen.

Hierbei machen wir noch darauf aufmerksam, daß für Erledigung amtlicher Erlasse an die Kirchenvorstände in erster Reihe die Vorsitzenden derselben verantwortlich sind. Bereits in Nr. 240. II. unserer Verordnungen ist dies dargelegt. Hinsichtlich des Rechnungswerkes aber verweisen wir noch auf die Bestimmungen des Conc. Trid. sess. 22 de ref. c. 9, wonach die Pfarrer bezw. die Administratoren jährlich dem Bischof Rechnung zu legen haben, dem die Oberaufsicht über das Kirchengut der Diöcese obliegt.

Nr. 15. Liquidation von Copialien bei Bescheid im Privatinteresse.

G. B. Nr. 6. IV.

Nachdem sich in neuerer Zeit die Fälle, in welchen ohne Beziehung zum kirchlichen Interesse, sondern lediglich im Privatinteresse vom Ordinariate Bescheide, Genehmigungen, Autorisationen, Abschriften u. s. w. extrahirt werden, beträchtlich vermehrt und einen nicht unbedeutenden Mehraufwand an Arbeitskräften und Materialien verursacht haben, so ist von des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs Fürstlichen Gnaden genehmigt und resp. verfügt worden, daß unsererseits vom Beginn dieses Jahres ab in allen gedachten Fällen Copialien liquidirt und eingezogen werden, was hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Nr. 16. Adressirung: „An das katholische Pfarramt“.

G. B. Nr. 293. VI.

Es ist vielfach vorgekommen, daß pfarramtliche Schreiben, welche an den Clerus der Erzdiocese Posen-Gnesen unter der Adresse „an das katholische Pfarramt“ gerichtet waren, als unbestellbar zurückgelangt sind. Dadurch entstanden, insbesondere wenn es sich um kirchliche Atteste handelte, nicht nur unliebsame Verzögerungen, sondern für unbemittelte Gläubige auch empfindliche Nachtheile. Auf eine an Se. Erzbischöflichen Gnaden von Posen und Gnesen gerichtete Vorstellung haben Hochdieselben uns in entgegenkommendster Weise beschieden, daß der Seelsorgsclerus seiner Erzdiocesen angewiesen worden ist, dergleichen Schreiben unter der Adresse „an das katholische Pfarramt“ entgegenzunehmen und rechtzeitig zu erledigen.

Nr. 17. Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerkes.

G. B. Nr. 338. I.

Nachstehend bringen wir einen Seitens des Königlichen Staatsministeriums ergangenen Erlaß über die behufs Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerkes im Verkehr mit den preussischen Staats- und Kommunalbehörden fortan zu beobachtenden Bestimmungen hiermit zur Kenntniß:

Berlin, den 12. August 1897.

Das Königliche Staatsministerium hat die anliegenden Grundzüge zu Anordnungen über den Geschäftsverkehr der Preussischen Staats- und Kommunalbehörden festgestellt und bestimmt, daß die Herren Staatsminister, ein jeder für die ihm nachgeordneten Behörden, die Minister der Finanzen und des Innern für die Behörden der Allgemeinen Verwaltung, der Minister des Innern für die Kommunalbehörden, die zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur Verminderung des Schreibwerkes erforderlichen Anordnungen erlassen und dabei diese Grundzüge, soweit es nach den Verhältnissen des Dienstzweiges thunlich erscheint, zur Richtschnur nehmen sollen. Die Anordnungen sollen Geltung haben für den Verkehr der Behörden mit einander, auch mit Behörden anderer Dienstzweige, und für den Verkehr mit dem Publikum.

Auf Grund des Staatsministerialbeschlusses ordnen wir, die Minister der Finanzen und des Innern, hiermit für den Geschäftskreis der Behörden der Allgemeinen Verwaltung an, daß deren gesammter Geschäftsverkehr, vorbehaltlich für einzelne Dienstzweige von den zuständigen Ministern zu treffender besonderer Bestimmungen, nach den festgestellten Grundzügen zu regeln ist. Dabei ist Folgendes zu beobachten:

Zu Nr. 1.

a) Die Grundzüge bezwecken, den Geschäftsgang zu vereinfachen und das Schreibwerk zu vermindern. Die Verfolgung dieses Zieles darf nicht dazu führen, daß die Ausdrucksweise in dem Verkehr der Behörden untereinander, namentlich in den Berichten der nachgeordneten an die vorgesetzten Behörden, ungehörig oder gegenüber dem Publikum unhöflich wird.

b) Die Kurialien „gehorsamst u. s. w.“ und die Anreden „Hoch- und Wohlgeboren“ sind im Verkehr unter den Behörden wegzulassen; inwieweit sie im Verkehr mit dem Publikum wegzulassen sind, muß dem Taktgefühl überlassen bleiben.

c) Für den Verkehr mit den kirchlichen Behörden und den Geistlichen sind die von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zu bestimmenden Formen allgemein maßgebend.

d) Die richtige Wiedergabe entbehrlicher Fremdwörter wird durch Wörterbücher wie das vom Allgemeinen deutschen Sprachverein herausgegebene „Die Amtssprache“ (Berlin 1897) erleichtert.

Zu Nr. 4.

Berichte auf Erlasse, die von mehreren Ministern ausgehen, sind unter der äußeren Adresse des Ministers abzusenden, dessen Amtsbezeichnung sich auf der ersten Seite des Erlasses oben links befindet.

Zu Nr. 15.

Bureauordnungen sind in neuerer Zeit innerhalb verschiedener Dienstzweige erlassen, namentlich innerhalb der Eisenbahnverwaltung. Inwieweit diese als Anhalt dienen können für die dortigen Verhältnisse, bleibt näherer Prüfung überlassen.

2c.

Der Minister des Innern.
Freiherr von der Necke.

Der Finanzminister.
J. A. Grandke.

An die sämtlichen Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, sowie an den Herrn Dirigenten der königlichen Ministerial-, Militär- und Baukommission hier.

— J. M. I. 9204, M. d. J. I. A. 5699, I. Ang. —

Grundzüge zu Anordnungen über den Geschäftsverkehr der Preussischen Staats- und Kommunalbehörden.

1. Amtsstil.

Die Schreibweise der Behörden soll knapp und klar sein, ihrer Stellung zu einander und zum Publikum auch in der Form entsprechen und sich der allgemein üblichen Sprache des Verkehrs anschließen. Entbehrliche Fremdwörter, veraltete Kanzleiausdrücke und überflüssige Kurialien sind zu vermeiden.

Der in engen Grenzen zu haltende Gebrauch von Höflichkeitswendungen muß wesentlich dem Taktgefühl überlassen bleiben. Sie können auf Ausdrücke „gehorsamst, ergebenst“ oder „geneigtest, gefälligst“ beschränkt oder, sofern nur die erforderliche Höflichkeit der Ausdrucksweise im Uebrigen gewahrt wird, ganz weggelassen werden. Unter dieser Voraussetzung kann, namentlich in dem Verkehr der Behörden unter einander, von den Anreden „Hochgeboren“ und „Hochwohlgeboren“ abgesehen werden; die Anrede „Wohlgeboren“ ist allgemein zu beseitigen. Häufungen und Steigerungen, wie z. B. „beehre mich ergebenst, sehr gehorsamst, ganz ergebenst“, sind zu vermeiden, desgleichen eine häufigere Anwendung der Anreden „Hochwohlgeboren, Hochgeboren, Excellenz u. s. w.“, die im Uebrigen durch die einfachen Fürwörter zu ersetzen sind.

Für Berichte an den Landesherrn, Schreiben an Fürstliche Personen und für ähnliche besondere Fälle behält es bei den bisherigen Formen sein Bewenden.

Als Vorbild für die Sprachreinheit kann das Bürgerliche Gesetzbuch dienen; die Schrift Rothe's „Ueber den Kanzleistil“ giebt geeignete Fingerzeige für eine richtige Ausdrucksweise.

2. Form der Schriftstücke im Allgemeinen.

Alle Berichte, Schreiben und Verfügungen tragen auf der ersten Seite des Schriftstücks oben rechts die Orts- und Zeitangabe, oben links die Amtsbezeichnung der schreibenden Behörde, darunter die Geschäftsnummer, bei längeren Schriftstücken eine kurze Inhaltsangabe, sowie, wenn Anlagen beizufügen sind, deren Zahl und nöthigenfalls deren kurze Bezeichnung, unten links die Adresse.

In den Schriftstücken unterbleibt die bisher übliche Eingangsformel, die Wiederholung des in der Inhaltsangabe bereits Gesagten, der Ergebnissstrich und vor der Unterschrift die Wiederholung der auf der ersten Seite bereits angegebenen Amtsbezeichnung der schreibenden Behörde.

Schriftstücke von mehr als vier Seiten sind mit Blatt- oder Seitenzahlen zu versehen.

3. Beifügung von Anlagen.

Soweit es für die geschäftliche Behandlung förderlich erscheint, sind die Anlagen zu Heften zu vereinigen, auf deren Umschlag der Inhalt kurz zu bezeichnen ist. Die losen Anlagen und die Anlagehefte sind nach Bedürfnis mit der Geschäftsnummer des Schriftstücks, zu dem sie gehören, mit einem Zeichen (z. B. I, II, III oder A, B, C) und mit Blatt- oder Seitenzahlen zu versehen.

Bei der Bezugnahme auf Anlagen genügt meist die Angabe des Zeichens und des Blattes (der Seite), z. B. „Nach Anlage B. Bl. 9 ist . . .“

4. Form der Berichte.

Berichte sind in der Regel auf den ersten drei Seiten in halber Breite, von da ab in Dreiviertelbreite des Bogens zu schreiben.

Auf der linken Hälfte der ersten Seite ist außer den allgemein vorgeschriebenen Angaben (Nr. 2) noch die veranlassende Verfügung oder, daß ohne solche berichtet werde, zu vermerken, auch der Name des Berichterstatters anzugeben, soweit dessen Benennung vorgeschrieben ist.

Der in dem Bericht etwa gestellte Antrag ist äußerlich hervorzuheben; unter Umständen kann es sich empfehlen, ihn an den Eingang des Berichts zu stellen.

Handelt es sich um kurze Anzeigen, so kann die Form einer Meldung auf einem Viertelbogen gewählt werden, auf welche die Vorschriften der beiden ersten Absätze keine Anwendung finden. Für Berichte an den Landesherrn und ähnliche besondere Fälle behält es bei der bisherigen Form sein Bewenden.

5. Form der Erwiderungen.

Erwiderungen auf Schreiben gleichgestellter und auf Berichte nachgeordneter Behörden sind außer mit den allgemein vorgeschriebenen An-

gaben (Nr. 2) noch mit einem Hinweis auf das veranlassende Schriftstück zu versehen, z. B. „Auf das Schreiben (den Bericht) vom . . . Nr. . . .“

6. Einreichung von Verzeichnissen.

Bei Einreichung von Verzeichnissen, Uebersichten, Nachweisungen u. dergl. unterbleiben alle Begleitsberichte, sofern sie nicht einen selbständigen Inhalt haben. Auf der ersten Seite ist der Inhalt des Schriftstücks und die veranlassende Verfügung, nach Bedürfniß auch die Amtsbezeichnung der absendenden und der empfangenden Behörde anzugeben.

7. Adresse für Einzelbeamte.

Bei Schriftstücken an Einzelbeamte, die eine Behörde vertreten, ist in der Innen- und Außenadresse der Name des Beamten nur dann anzugeben, wenn es sich um persönliche Angelegenheiten des Empfängers handelt, oder wenn besondere Verhältnisse dies erfordern.

Wird der Name nicht angegeben, so sind etwaige persönliche Titel des Empfängers, z. B. „Wirklicher Geheimer Rath“, und dem Namen beizufügende Prädikate, z. B. „Excellenz“, gleichfalls wegzulassen, also „An den Herrn Minister des Innern in Berlin“. „An den Herrn Oberpräsidenten in Breslau“ u. s. w.

Soll erkennbar gemacht werden, daß das Schriftstück nur von dem Empfänger geöffnet werden darf, so ist die persönliche Adresse mit dem Vermerk „Eigenthändig“ anzuwenden.

8. Mündlicher Verkehr.

Der schriftliche Verkehr zwischen Abtheilungen derselben Behörde und je nach Lage der Verhältnisse auch zwischen verschiedenen Behörden, namentlich den an demselben Orte befindlichen, ist zu vermeiden, soweit seine Ersetzung durch mündliche Besprechung thunlich erscheint. Nöthigenfalls ist ein kurzer Vermerk über die Unterredung zu den Akten zu bringen.

9. Telephon- und Telegraphenverkehr.

Von Telephon- und Telegraphenverbindungen ist, sofern dies als zweckentsprechend gelten kann, ausgiebiger Gebrauch zu machen.

Unter der Kürze des Telegrammstils darf die Deutlichkeit nicht leiden.

10. Urschriftlicher Verkehr.

Soweit angängig, namentlich wenn der Inhalt abzufendender Schriftstücke für die Akten entbehrlich ist oder die Zurückbehaltung von Vermerken genügt, ist für Schreiben und Erlasse, für kurze Berichte und Beischriften die urschriftliche Form zu wählen, wobei die Niederschrift je nach Lage des Falles entweder auf das veranlassende Schriftstück selbst oder auf einen darum zu legenden Bogen gesetzt wird.

Bei Anwendung der urschriftlichen Form fallen die sonst vorgeschriebenen Angaben (Nr. 2, 4 und 5), soweit sie entbehrlich sind, weg.

Bei der Genehmigung von Anträgen wird es oft genügen, den Antrag mit dem Vermerk „Genehmigt“ dem Berichterstatter nöthigenfalls unter Bedingung der Rückgabe und zur Entnahme von Anlagen zurückzusenden.

11. Postkarten.

Die Benutzung der Postkarten ist zulässig, soweit eine unverschlossene Mittheilung in dieser Form unbedenklich erscheint.

12. Abschriften und Aktenvermerke.

Die Anfertigung von Abschriften solcher Schriftstücke, die an andere Behörden oder zu anderen Akten abgegeben werden, ist in allen geeigneten Fällen durch einen kurzen Vermerk in den Akten oder in den Geschäftsbüchern zu ersetzen. Zur Vermeidung von Abschriften können Verfügungen durch Vermittelung der nachgeordneten Behörden, für welche dann die Entnahme eines Vermerks zu ihren Akten oder Geschäftsbüchern genügt, den Empfängern übermittelt werden.

13. Formulare.

Für häufig wiederkehrende Fälle sind in möglichster Ausdehnung, und zwar zu Entwürfen, Urschriften und Reinschriften, Formulare zu verwenden. Formulare, deren Ausfüllung einfach ist, sind, namentlich im urschriftlichen Verkehr, thunlichst von dem Bearbeiter (Referenten, Dezernenten) unmittelbar auszufüllen. In geeigneten Fällen (z. B. Klassenverfügungen) verfügt der Bearbeiter die Benutzung eines Formulars, welches dann, ohne Anfertigung eines Entwurfs, sogleich in Reinschrift ausgefüllt zur Vollziehung vorgelegt wird (vergl. Nr. 12).

14. Mechanische Hilfsmittel.

Von mechanischen Hilfsmitteln (Schreibmaschinen, Stempeln, Kopirpressen, Hektographen u. dergl.) ist ausgiebiger Gebrauch zu machen. Namensstempel statt Unterschrift dürfen nur mit Genehmigung der Centralstelle verwendet werden.

Bei Runderlassen, deren Veröffentlichung in amtlichen Blättern nicht erfolgt oder nicht ausreicht, empfiehlt es sich, die für den Gebrauch der nachgeordneten Behörden erforderliche Anzahl von Abdrücken an der obersten Stelle fertigen und den Erlassen beifügen zu lassen.

15. Bureau-Einrichtungen.

Durch wiederholte Prüfungen und nöthigenfalls durch den Erlaß von Bureauordnungen, in denen über die Geschäftsvertheilung, Anlegung der Akten, Geschäftsbücher, Verzeichnisse, Formulare u. s. w. Bestimmung getroffen wird, ist auf möglichste Vereinfachung des Geschäftsganges in den Bureaux hinzuwirken.

16. Bureauverkehr.

Für einfache Rückfragen kann ein unmittelbarer Verkehr zwischen den Bureaux von Behörden desselben Dienstzweiges innerhalb bestimmter Grenzen und unter sorgfältiger Beaufsichtigung nachgelassen werden.

17. Kosten.

Bei dem gesammten Geschäftsverkehr ist auf die möglichste Vermeidung von Kosten gebührend Bedacht zu nehmen.

Zu Nr. 1c hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten für den Verkehr der Behörden seines Ressorts mit

den kirchlichen Behörden und Geistlichen durch Runderlaß vom 11. Oktober d. J., J.-Nr. B. 2347 I. Aug., das Folgende bestimmt:

Hinsichtlich der Adressirung von Schriftstücken an Einzelpersonen, welche eine kirchliche Behörde oder ein kirchliches Amt vertreten, gilt der unter Nr. 7 der Grundzüge aufgestellte allgemeine Grundsatz, daß — soweit nicht besondere Verhältnisse, wie u. a. Gründe der richtigen Bestellung, die Adressirung mit Namensnennung erfordern — der Name auf der Innen- und Außenadresse fortgelassen werden kann. Wird der Name fortgelassen, so unterbleibt die Beifügung von Prädikaten. Erfolgt die Adressirung mit Namensnennung, so sind die bisher üblichen Prädikate beizufügen.

Auch in dem Verkehr mit den katholisch-kirchlichen Behörden und Geistlichen kann, sofern nicht besondere Gründe Abweichungen erforderlich machen, in der Außen- und Innenadresse der Name und das Prädikat weggelassen werden. Die Adressen lauten also beispielsweise:

An den Herrn Erzbischof von Gnesen und Posen in Posen,
 „ „ „ Cardinal und Fürstbischof von Breslau in Breslau,
 „ „ „ Propst zu St. Hedwig und Fürstbischöflichen Delegaten
 in Berlin.

Die Adresse an die einzelnen Geistlichen wird in der Regel mit Namensnennung unter Beifügung des üblichen Prädikats zu geschehen haben.

Die Anrede im Text der Schreiben erfolgt im Verkehr mit den Bischöfen, dem Propst zu St. Hedwig in Berlin, dem Großdechanten und Fürsterzbischöflichen Vikar in der Grafschaft Glatz, sowie dem Fürsterzbischöflichen Kommissarius für den preussischen Antheil der Erzdiocese Olmütz mit den den Bischöfen u. s. w. zukommenden Prädikaten (Eminenz, Erzbischöfliche Gnaden, Fürstliche Gnaden, Bischöfliche Hochwürden), deren häufigere Anwendung durch den Gebrauch der einfachen Fürwörter ersetzt werden kann. In den Schreiben sind Kurialien in einfacher Form zu gebrauchen.

In allen übrigen Schreiben kann unter Abstandnahme von Kurialien die Anrede mit den einfachen Fürwörtern geschehen.

Die Hochwürdige Geistlichkeit und die kirchlichen Verwaltungsorgane wollen demnach in Zukunft für ihren amtlichen Verkehr mit den Preussischen Staats- und Kommunalbehörden vorstehend mitgetheilte Bestimmungen in Anwendung bringen.

Dritter Abschnitt. Postverkehr.

Nr. 18. Frankatur von Postsendungen.

G. B. Nr. 182. II.

Das mit dem 1. Januar 1870 in Kraft tretende Gesetz über die Aufhebung der Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 hat auch die Portofreiheit, welcher die katholische Kirche mit allen ihren Anstalten seither sich zu erfreuen hatte, beseitigt. Zur möglichsten Abwehr der nachtheiligen Folgen dieses Gesetzes sind bereits Verhandlungen eingeleitet, deren Er-

gebniß sich indeß nicht voraussehen läßt. Es wird daher vorläufig Folgendes verordnet:

1. Vom 1. Januar 1870 an sind alle Briefe, welche an uns oder an das Fürstbischöfliche Hochwürdiges Consistorium gerichtet werden und angenommen werden sollen, bei den betreffenden Postanstalten frankirt aufzugeben.
2. Um die Portoausslagen auf den zulässig niedrigsten Betrag zu beschränken, ist alle unnöthige Beschwerung der Briefe zu vermeiden. Br. m. — resp. Randverfügungen können in gleicher Weise erledigt werden, indem von der Befolgung der Verordnung Nr. 178. II. (Nr. 8), insoweit dieselbe uns angeht, hiermit dispensirt wird.
3. Die Portoausslagen fallen a. der Kirchkasse,
b. der Schulkasse,
c. einer besonderen Stiftung

zur Last, je nachdem die briefliche Korrespondenz lediglich im Interesse der Kirche, Pfarrei oder Küsterei — oder der Schule — oder einer besonderen Stiftung gepflogen werden mußte.

Bei neuen Stiftungen sind die entstandenen Portoausslagen, wie alle übrigen unvermeidlichen Kosten, aus den ersten Zinsen des Stiftungskapitals zu bestreiten, wenn dieselben vom Stifter nicht übernommen worden sein sollten. Spätere derartige Auslagen können auf die Kirchkasse übertragen werden, sofern derselben aus der resp. Stiftung Bezüge zustehen; sonst verbleibt es bei der Bestimmung ad c.

4. In allen, also auch in Fundations-Angelegenheiten, welche das persönliche Interesse der Herren Geistlichen, Küster und Lehrer betreffen, haben diese das Porto ihrer Korrespondenz zu tragen. Dasselbe gilt bezüglich aller Anfragen und Bescheide über Dinge, welche dem Fragesteller nicht unbekannt sein durften.

Zur Vermeidung von Streitigkeiten und Weiterungen wird strengstens untersagt, dergleichen Portoausslagen auf eine der in Nr. 3 genannten oder auf eine etwa sonst noch bestehende Kasse zu übertragen.

5. Das Porto für alle Monitorien, welche aus Unachtsamkeit gegen unsere Verordnung Nr. 19. VII. (Nr. 14) nothwendig werden, trifft allemal den resp. Herrn Geistlichen, selbst dann, wenn jene Erinnerungsschreiben an das betreffende Kirchenkollegium gerichtet worden sein sollten, weil derselbe dessen erstes Mitglied und zur genauesten Befolgung unserer Verordnungen vorzugsweise verpflichtet ist.
6. Die Couverts bilden Beläge über stattgefundene Auslagen und sind daher bis nach erfolgter Revision der resp. Rechnungen aufzubewahren.
7. Das in Darlehnsfachen entstehende Porto ist von den resp. Darlehnsuchern zu tragen.
8. Wer in Pachtangelegenheiten der Pfarrwiedemuthsländereien das Porto tragen soll, bleibt der ausdrücklichen Vereinbarung der Interessenten überlassen.

9. Das Porto, welches den Herren Erzpriestern als solchen aus der Korrespondenz mit uns erwächst, haben dieselben zu notiren und bei den Conventen auf die Herren Concircularen zur Erstattung zu repartiren.

Nr. 19. Instruktion zu vorstehender Verordnung.

G. B. Nr. 183. III.

Mit Bezug auf unsere Verordnung Nr. 182. II. wird folgende nähere Instruktion ertheilt:

1. (Zu Nr. 2 a. a. O.) Die Korrespondenzen an dieselbe Adresse, deren Einsendung nicht dringlich ist, sind anzusammeln, um dann in einem Couvert oder als Packet verschickt zu werden, ohne daß jedoch hierbei der Verordnung Nr. 11. X. 5. (Nr. 65 und Nr. 74) ein Abbruch geschehen darf.

Geld- und andere Werthsendungen sind stets zur Post zu geben.

2. (Zu Nr. 3 und 4 a. a. O.) Die Kosten der Frankatur für Alles, was das Interesse der einzelnen kirchlichen und Schulen-Anstalten, Stiftungen und Personen betrifft, fallen den theilhaftigen Anstalten, Stiftungen und Personen zur Last. Es gilt dies sowohl von den Zu- als Rücksendungen, und da das Rubrum: „Portopflichtige Dienst-sache“ auch ferner bei unfrankirten Dienstbriefen von dem Zuschlagsporto befreit, so werden die resp. Rücksendungen in allen zulässigen Fällen mit dieser Bezeichnung unfrankirt von hier aus erfolgen.

3. (Zu Nr. 3 und 6 a. a. O.) Die Portoauslagen sind von den betreffenden Verwaltungen wie andere Ausgaben vorschriftsmäßig zu spezifiziren und zu justificiren.

4. Für die offizielle Korrespondenz, welche nicht im besonderen Interesse der oben in Nr. 2 genannten Anstalten, Stiftungen und Personen geführt wird, werden vorläufig von uns die Kosten der Frankatur getragen. Diese Korrespondenz wird demnach hierorts frankirt werden. Die darauf zu erstattenden Berichte sind mit dem in der linken oberen Ecke der Adresse anzubringenden Rubrum „Portopflichtige Dienst-sache“ zu versehen und unfrankirt anher einzusenden, so daß die in solchen offiziellen Angelegenheiten mit uns Korrespondirenden kein Porto zu zahlen haben.

5. Nach denselben Grundsätzen ist die amtliche Korrespondenz unter Anwendung des amtlichen Siegels zwischen den einzelnen Pfarrern, Kuraten u. s. w. und anderen Behörden zu reguliren.

Nr. 20. Genügende Frankatur von Postsendungen.

G. B. Nr. 245. V.

Bei den hiesigen bischöflichen Behörden gehen öfter Briefe ein, welche nicht oder nicht vollständig frankirt sind. Bisher konnten die Briefumschläge an die Kaiserliche Postanstalt zurückgegeben werden, um von dem Absender das Porto nachträglich einzuziehen. Für künftige erachtet das Reichs-Postamt, an welches ich mich vergebens gewendet habe, das bisherige Verfahren nicht mehr zulässig. Es wird daher in Fällen gedachter Art nichts anderes übrig bleiben, als entweder die Annahme solcher Sendungen zu verweigern oder den Absendern durch Einhebung

des fehlenden Portos mittelst Postnachnahme größere Ausgaben zu verursachen. Die Herren Geistlichen ersuche ich daher, der ausreichenden Frankirung ihrer Briefe eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Selbstverständlich bewendet es nach wie vor unverändert bei der Bestimmung Nr. 4 der General-Visariats-Verordnung Nr. 183. III., laut deren diejenigen amtlichen Briefe, welche nicht das besondere Interesse der einzelnen Kirchen, Stiftungen oder Personen betreffen, unfrankirt mit der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ und unter Anwendung des amtlichen Siegels einzusenden sind.

Nr. 21. Nachnahmegebühren*).

G. B. Nr. 263. IV.

Nach der Verordnung des Herrn Reichskanzlers vom 30. April 1890 (Reichs-Post-Amtsblatt Nr. 19 für 1890) kommen vom 1. Juni 1890 ab für Nachnahmeforderungen an Porto und Gebühren zur Erhebung:

1. Das Porto für Briefe und Pakete ohne Nachnahme.

Falls eine Werthangabe oder Einschreibung stattgefunden hat, tritt dem Porto die Versicherungsgebühr bezw. Einschreibgebühr hinzu.

2. Eine Vorzeigegebühr von 10 Pfennigen.

***). Porto-Sätze für das deutsche Reichsgebiet und Oesterreich-Ungarn.**

(Auszug.)

Postkarten 5 Pf., mit Rückantwort 10 Pf.

Briefe bis 20 g 10 Pf., über 20—250 g 20 Pf., unfrank. Briefe 10 Pf. Strafporto extra¹⁾.

Eingeschriebene Briefe bis 20 g 30 Pf., über 20 bis 250 g 40 Pf., unfrankirte Briefe 10 Pf. Strafporto extra¹⁾.

Eilbestellung für Briefe, Postkarten, Drucksachen zc. 25 Pf., nach dem Landbestellbezirk 60 Pf., Pakete bis 5 kg 40 Pf., nach dem Landbestellbezirk 90 Pf. außer dem üblichen Porto.

Drucksachen unter Kreuzband bis zu 50 g 3 Pf., über 50—100 g 5 Pf., über 100 bis 250 g 10 Pf., über 250—500 g 20 Pf., über 500—1000 g 30 Pf.

Behandigungsgebühr 20 Pf.

Postanweisungen bis 5 Mk. 10 Pf., bis 100 Mk. 20 Pf., über 100—200 Mk. 30 Pf., über 200—400 Mk. 40 Pf., über 400—600 Mk. 50 Pf., über 600 bis 800 Mk. 60 Pf.

Pakete bis 5 kg auf Entfernungen bis 10 Meilen 25 Pf., über 10 Meilen 50 Pf. Schwerere Pakete kosten pro Kilo mehr 5 Pf. bis 10 Meilen, 10 Pf. über 10 bis 20 Meilen, 20 Pf. über 20—50 Meilen, 30 Pf. über 50—100 Meilen, 40 Pf. über 100—150 Meilen, 50 Pf. über 150 Meilen, Sperrgut um die Hälfte höher. Unfrankirte Pakete bis 5 kg kosten 10 Pf. Strafporto.

Werthsendungen. Für Briefe bis zu 250 g beträgt das Porto bis zu 10 Meilen Entfernung 20 Pf., auf weitere Entfernungen 40 Pf., bei Paketen werden außer dem gewöhnlichen Porto eine Versicherungsgebühr von 10 Pf. (ohne Unterschied der Entfernung) bis zu 600 Mk., für je 300 Mk. mehr 5 Pf. erhoben.

Im Ortsverkehr:

Briefe bis 250 g einschließlich: im Frankirungsfalle 5 Pf., im Nichtfrankirungsfalle 10 Pf.

Postkarten im Frankirungsfalle 2 Pf., im Nichtfrankirungsfalle 4 Pf.

Drucksachen bis 50 g einschließlich 2 Pf., über 50—100 g einschließlich 3 Pf., über 100—250 g einschließlich 5 Pf., über 250—500 g einschließlich 10 Pf., über 500 g bis 1 kg einschließlich 15 Pf.

¹⁾ Amtliche Briefe mit Aufschrift „Portopflichtige Dienstsache“ und Amtssiegel sind frei von diesem Aufschlag.

3. Die Gebühren für Uebermittlung des eingezogenen Betrages an den Absender, und zwar:

	bis	5 Mark	10 Pf.
über	5	= 100	= 20
	= 100	= 200	= 30
	= 200	= 400	= 40

Die Vorzeigegebühr wird zugleich mit dem Porto erhoben und ist auch dann zu entrichten, wenn die Sendung nicht eingelöst wird. Die Geldübermittlungsgebühr dagegen wird von dem eingezogenen Nachnahmebetrage einbehalten und in Freimarken auf der Nachnahme-Postanweisung verrechnet.

Um nun den richtigen Betrag zur Einziehung zu bringen, ist es erforderlich, den Nachnahmebetrag um so viel höher anzugeben, als die obengedachte Uebermittlungsgebühr beträgt.

Nr. 22. Gebühren für Geldsendungen mittels Postanweisung.

G. B. Nr. 359. IV.

Wir sehen uns veranlaßt, die Hochwürdige Geistlichkeit und die Kirchenvorstände zur Vermeidung unnöthiger Portoauslagen für Geldsendungen darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt Beträge bis zu 800 Mark mittels einer Postanweisung gesandt werden können und das Porto bei Sendungen bis zu 5 Mark nur 10 Pf., von 5—100 Mark 20 Pf., von 100—200 Mark 30 Pf., von 200—400 Mark 40 Pf., von 400—600 Mark 50 Pf., von 600—800 Mark 60 Pf. beträgt. Das Aufkleben von Fünfpennigmarken als Abtragsgebühr wolle man unterlassen.

Auf dem Coupon der Anweisung wolle man den Zweck der Sendung kurz bemerken, da der Begleitbericht nicht immer gleichzeitig mit der Anweisung eintrifft und dann die Buchung erschwert wird.

Nr. 23. Begleitschreiben bei Geldsendungen durch Postanweisungen.

G. B. Nr. 152. III. und 240. VI.

- Da der Fall öfters eintritt, daß Gelder ohne Beibericht durch Postanweisungen eingehen, von denen nicht constirt, wohin sie gehören und wo sie gebucht werden sollen, so sehen wir uns genöthigt, die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit anzuweisen, daß bei Postanweisungen gleichzeitig und separat ein dahin gehöriger Bericht einzureichen ist.
- Wir sehen uns veranlaßt, Nr. 152. III. unserer amtlichen Verordnungen in Erinnerung zu bringen, wonach Geldsendungen durch Postanweisung an uns immer Begleitschreiben, in welchen der Zweck der Sendung zu vermerken ist, beizufügen sind.

Solche Beischreiben sind der Vollständigkeit unserer Akten wegen auch dann nicht entbehrlich, wenn die Bestimmung der eingesendeten Beträge auf der Rückseite des Abschnitts der Postanweisung angegeben ist.

Nr. 24. Portofreiheit bei Sendungen an Behörden und Gerichte.

G. B. Nr. 186. II.

Breslau, den 20. Mai 1870.

Zur Ausführung des Regulativs wegen der geschäftlichen Behandlung der Postsendungen in Staatsdienstangelegenheiten vom 28. November v. J. ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterm 7. Mai cr. noch Folgendes bestimmt worden:

Die Geistlichen erhalten weder Dienst-Freimarken, noch ist denselben Porto-Contirung für Rechnung der Staats-Kasse gestattet. Die aus der staatlichen Oberaufsicht hervorgehenden Sendungen an Geistliche sind von der absendenden Behörde zc. zu frankiren; von den Geistlichen werden dergleichen Sendungen unfrankirt, mit der Bezeichnung: „Portopflichtige Dienst-Sache“, unter vorschriftsmäßigem Verschuß, abgelassen.

Euer Fürstliche Gnaden setze ich hiervon ganz ergebenst in Kenntniß mit dem Anheimstellen, die Geistlichen Ihrer Diocese mit Nachricht versehen zu lassen.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident
der Provinz Schlesien.

Gr. Stolberg.

An den
Fürstbischof von Breslau Herrn Dr. Förster
Fürstliche Gnaden
hier.

Breslau, den 7. Mai 1870.

Dem Fürstbischöflichen General-Bikariat-Amt theilen wir in der Anlage ergebenst Abschrift einer durch das Amtsblatt veröffentlichten Bekanntmachung in Porto-Angelegenheiten für die Herren Geistlichen zur gefälligen Kenntnißnahme und mit dem Anheimstellen mit, die Veröffentlichung auch von dort aus noch besonders zu veranlassen.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
v. Willich.

An
das Fürstbischöfliche General-Bikariat-Amt
hier.

Breslau, den 7. Mai 1870.

Durch Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 26. April cr. ist im Einvernehmen mit dem Herrn Justizminister angeordnet worden, daß in allen Fällen, in denen die Geistlichen vermöge der ihnen durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift auferlegten Pflicht, oder in Folge besonderer Aufforderung, Sendungen an die Gerichte ablassen, gleichviel ob diese Sendungen im Interesse der eigentlichen Rechtspflege oder anderer Verwaltungszweige, z. B. des Steuerfiskus, erfolgen, das Porto auf die Staatskasse und zwar auf die Justiz-Fonds zu übernehmen, und demgemäß den Geistlichen zu gestatten ist, in allen diesen Fällen ihre Sendungen unter vorschriftsmäßigem Verschuß und unter dem Rubrum „Portopflichtige Dienstsache“ unfrankirt abzulassen.

Vorstehendes wird hierdurch für die Herren Geistlichen beider Confessionen zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 25. Portofreiheit in Sachen fiskalischer Patronats- und staatlicher Aufsichtsrechte.

G. B. Nr. 363. VI.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden — G. B. S. 241 — ändere ich im Einvernehmen mit den bischöflichen Behörden für die Diözese Breslau, die Grafschaft Glatz und den Distrikt Ratibor die Vorschrift im Artikel 29 der Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeinde-Vertretungen in der Provinz Schlesien vom 30. Juli 1878 wie folgt ab:

Artikel 29. Postsendungen des Kirchenvorstandes an die Staatsbehörden sind mit dem Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“ unfrankirt abzusenden, wenn die Postsendungen

1. Angelegenheiten des fiskalischen Patronats betreffen,
2. ausschließlich im Staatsinteresse liegen oder aus der staatlichen Oberaufsicht hervorgehen. Dahin gehören insbesondere:
 - a) die Einsendung der Kirchengemeinde-Etats und Rechnungen an die staatlichen Aufsichtsbehörden;
 - b) Berichte der Kirchenvorstände an die Regierungs-Präsidenten über Ersatzwahlen und Veränderungen in den Kirchengemeinde-Organen;
 - c) Berichte der Kirchenvorstände wegen Einholung der im § 50 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vorgeschriebenen Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden.

Alle übrigen Postsendungen an die Aufsichtsbehörden sind mit dem Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“ zu frankiren.

Breslau, den 18. November 1898.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien,
Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg.

Vierter Abschnitt. Amtsferien.**Nr. 26. Anordnung von Ferien für die bischöflichen Behörden.**

G. B. Nr. 71.

Seine Fürstbischöfliche Gnaden haben uns beauftragt, nachstehende Anordnung der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit zur Kenntniß und Nachachtung mitzutheilen:

Die Beschränkung der Arbeitskräfte bei Unseren hiesigen Diöcesan-Behörden während der Zeit, in welche theils Visitations-, theils nothwendige Erholungsreisen und andererseits Geschäftsferien bei den Gerichten und staatlichen Verwaltungs-Behörden fallen, und gleichzeitig der Wunsch, Unserem Ehrwürdigen Clerus eine Zeit größerer Muße von schriftlichen Arbeiten behufs geistlicher Uebungen und anderweiter Erholung zu ermöglichen, haben

Uns veranlaßt, Unser Hochwürdiges General-Vikariat-Amt zu der Verordnung zu ermächtigen,

daß jährlich in der Zeit vom 20. Juli bis 1. September alle nicht schleunigen Angelegenheiten ruhen dürfen, Gesuche und Anträge daher nur in schleunigen Sachen während jener Zeit an Uns und Unsere Behörden eingereicht werden und die innerhalb des angegebenen Zeitraums endenden Fristen, soweit nicht Dringlichkeits-Gründe obwalten, als behufs Erledigung der betreffenden Verfügungen erst mit 1. September d. J. ablaufend erachtet werden.

Breslau, den 13. Juli 1855.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

An
Unser Hochwürdiges General-Vikariat-Amt
hier selbst.

M. v. Montbach,
Sekretair.

Hierzu bemerken wir, daß unter schleunigen Sachen solche zu verstehen sind, bei denen Gefahr im Verzuge, was bei den betreffenden Eingaben auf die Couverts zu sehen ist.

Nr. 27. Bezeichnung der Feriensachen.

G. B. Nr. 103. IV.

Während der Ferien ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen. Die Herren Geistlichen und Kirchen-Kollegien haben sich daher in dieser Zeit in dergleichen Sachen aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Schleunige Sachen müssen als solche, bei denen Gefahr im Verzuge ist, begründet und als „Ferien-Sachen“ bezeichnet resp. überschrieben werden. Ein derartiger Vermerk auf den Couverts genügt nicht.



Zweiter Theil.

Lehramt.

Erster Abschnitt. Theologisches Studium.

Nr. 28. Knabenkonvikte:

a) in Breslau. G. B. Nr. 241. II.

Nachdem durch Gottes gnädige Fügung die Hindernisse beseitigt sind, welche die Schließung des von meinen Hochseligen Vorgängern begründeten und erweiterten Knabenseminars herbeigeführt, habe ich nunmehr das Knabenseminar unter dem Namen „Fürstbischöfliches Knabenkonvikt“ wiedereröffnet. Zum Curator des Knabenkonviktes habe ich den Herrn Canonicus Dr. Franz ernannt, als Präfect bleibt der bisherige Präfect Herr August Meer in der Anstalt. Es befinden sich in dem Knabenkonvikte bereits incl. der Zöglinge des St. Johannes-Stiftes 36 Zöglinge. Zum 1. October d. J. soll die Zahl der Zöglinge auf 80 erhöht werden. Die Gesuche sind an den Curator des Knabenkonviktes zu richten und denselben folgende Zeugnisse beizulegen:

1. das Taufzeugniß und ev. das Zeugniß über den Empfang der ersten heil. Communion,
2. ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand,
3. der Impfschein,
4. ein verschlossenes Zeugniß des Ortsseelsorgers über den Petenten, dessen Anlagen, Wandel und Neigung zum geistlichen Stande, sowie über die Vermögensverhältnisse und über die kirchliche Haltung der Familie, welcher der Petent angehört.

Die Herren Pfarrer bezw. Seelsorger ersuche ich, bei Ausstellung der immer verschlossen auszuhändigenden und einzureichenden Zeugnisse mit größter Vorsicht zu verfahren, damit nur würdige, fähige und berufene Zöglinge in die Anstalt gelangen. Endlich bemerke ich, daß z. B. nur solche Gymnasiasten in das Knabenkonvikt aufgenommen werden können, welche bereits durch mehrjährigen erfolgreichen Besuch des Gymnasiums ihre Befähigung und Würdigkeit nachgewiesen haben.

Breslau, den 20. Juli 1886.

Fürst-Bischof.
† Robert.

b) in Beuthen O.-S. G. B. Nr. 246. I.

Breslau, den 24. October 1887.

Zu meiner großen Freude ist es dank der liebevollen Fürsorge meines in Gott ruhenden Vorgängers, des Fürstbischofs Robert, gelungen, in Beuthen O.-S. ein neues Knabenkonvikt zu begründen. Dasselbe ist bereits



am 8. d. M. eröffnet worden. Zum Präfecten der Anstalt ist der bisherige Kaplan Hermann Schwarzer ernannt worden. Die Verwaltung des Konviktes ist, vorbehaltlich meiner Oberaufsicht, einem Curatorium, welches aus den Herren Fürstbischöflicher Commissarius und Erzpriester Heinrich Marx in Niechowiz, Erzpriester Franz Kania in Chorzow, Erzpriester Johann Gruby in Bielschowitz, Pfarrer Norbert Bonket und Pfarrer Reinhold Schirmeisen in Beuthen D.-S. besteht, anvertraut. Zum Vorsitzenden des Curatoriums ist der erstgenannte Herr Fürstbischöfliche Commissarius und Erzpriester Heinrich Marx in Niechowiz ernannt worden. Da zur Dotation der Anstalt ausreichende Fonds nicht zur Verfügung stehen, bin ich genöthigt, an die zu allen Zeiten bewährte Opferwilligkeit des Hochwürdigsten Diöcesanclerus und insbesondere des Hochwürdigsten Clerus Oberschlesiens zu appelliren. Je schwerer der Mangel an Seelsorgern in den großen Gemeinden Oberschlesiens empfunden wird, um so bereitwilliger werden, so hoffe ich, die unter der Last der Arbeit fast erliegenden Seelsorger eine Anstalt unterstützen, die bestimmt ist, die Reihen des Clerus zu stärken und dem Weinberge des Herrn neue und tüchtige Arbeiter zuzuführen. Die Organisation der Unterstützung des Konviktes wird der Herr Vorsitzende des Curatoriums veranlassen.

Die Gesuche um Aufnahme in das Konvikt sind an den Herrn Vorsitzenden des Curatoriums zu richten. Den Gesuchen sind folgende Zeugnisse beizulegen:

1. Das Taufzeugniß und eventuell das Zeugniß über den Empfang der ersten heil. Communion;
2. Ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand;
3. Der Impfschein;
4. Das letzte Gymnasial-Zeugniß;
5. Ein verschlossenes Zeugniß des Seelsorgers des Heimathsortes des Bewerbers, in welchem über die Anlagen des letzteren, seinen Wandel, seine Neigung zum geistlichen Stande, sowie über die kirchliche Haltung und über den Vermögensstand seiner Familie zu berichten ist.

Die Herren Pfarrer ersuche ich, bei Ausstellung der immer verschlossen einzureichenden Zeugnisse mit größter Gewissenhaftigkeit zu verfahren, damit nur tüchtige und würdige Zöglinge in die Anstalt kommen. Ich bemerke zugleich, daß z. B. nur solche Zöglinge in das Konvikt aufgenommen werden können, welche bereits ein Gymnasium besuchen und gute Zeugnisse aufzuweisen haben. Ich bitte Gott, die junge Anstalt zu segnen, damit aus derselben eine große Zahl Priester hervorgehe, die durch reiches Wissen, durch sittenreinen Wandel und durch hingebenden Eifer der Kirche zur Zierde und dem Volke zum Heile gereichen.

Der Fürstbischof.

† Georg.

In
den Hochwürdigsten Diöcesan-Clerus.
G. K. 4381 b.

e) Modifizierte Bedingungen der Aufnahme. G. B. Nr. 326. IV.

Se. Eminenz haben uns beauftragt, unter Bezugnahme auf den hohen Erlaß vom 24. October 1884 in Verordnung Nr. 246. I. betreffend das Knaben-Konvikt zu Beuthen D.-S., hinsichtlich der Erfordernisse für Aufnahme von Zöglingen in gedachte Anstalt bekannt zu geben, daß fortan

1. gesondert von dem Gesuch um Aufnahme in das Konvikt der Religionslehrer des Bewerbers ein Zeugniß über die Anlagen des letzteren, den bisherigen Erfolg seines Studiums und seinen sittlichen Wandel und der Seelsorger seines Heimathsortes ein Zeugniß, in dem über die kirchliche Haltung, das sittlich-religiöse Leben und den Vermögensstand seiner Familie zu berichten ist, unmittelbar an den Vorsitzenden des Curatoriums einzureichen haben und
2. das Attest über den Gesundheitszustand des aufzunehmenden Zöglings von dem durch das Curatorium ausgewählten Arzt in Beuthen D.-S. ausgestellt werden muß.

Außer in Breslau und Beuthen D.-S. sind noch in Glogau und Neisse
fb. Knabenkonvikte.

Nr. 29. Stipendiengesuche von Gymnasiasten.

G. B. Nr. 301. IX.

Breslau, den 4. October 1894.

Wie gern ich auch bereit bin, arme, brave, fleißige Gymnasiasten mit Stipendien zu unterstützen, so nimmt doch die Zahl der Gesuche so überhand und gehen die Bewerbungen so unregelmäßig ein, daß es unmöglich ist, eine Uebersicht zu gewinnen und die verfügbaren, keineswegs unbeschränkten Mittel richtig einzutheilen. Ich ersuche daher die Herren Religionslehrer, künftig die Stipendiengesuche zu sammeln, mit einem gutachtlichen Gesamtberichte bis Ende Januar jeden Jahres mir einzureichen und von dieser neuen Ordnung der Stipendien-Verleihung die Schüler alsbald in Kenntniß zu setzen mit dem Hinzufügen, daß ich ferner auf solche einzelne Gesuche, welche unmittelbar bei mir eingehen, keine Rücksicht mehr zu nehmen vermag.

Auch gilt die Bewilligung stets nur auf ein Jahr.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 30. Theologisches Konvikt.

a) Verpflichtung zum Eintritt in dasselbe. G. B. Nr. 312. II.

Durch den Neubau des theologischen Konvikts, welcher gegenwärtig seiner Vollendung entgegengeht, ist das von mir lange ersehnte und, wie ich hoffe, auch von meinen Diöcesanen freudig begrüßte Ziel erreicht worden, den Theologiestudirenden meiner Diöcese ein allen Bedürfnissen entsprechendes Heim zu bieten, in welchem dieselben während der Dauer ihres theologischen Studiums nicht allein eine angemessene körperliche Pflege finden, sondern auch mehr und mehr in den Geist ihres ernstesten und wichtigen künftigen Berufes eingeführt werden sollen.

Ich ordne demnach hierdurch an, daß alle Angehörige der Diöcese Breslau, welche sich dem Studium der Theologie widmen und in den Clerus der Diöcese Breslau aufgenommen werden wollen, vom ersten Beginne ihres theologischen Studiums ab ihren Aufenthalt im theologischen Konvikte zu Breslau zu nehmen haben.

Dieselben wollen daher bis zum 15. October d. J. ihren Eintritt in das theologische Konvikt dem Director desselben, dem Herrn Canonicus

Dr. Herbig anmelden und am 21. desselben Monats im Konvikte eintreffen.

Dieser Erlaß ist an einem der nächsten Sonntage von der Kanzel vorzulesen.

Johannesberg, den 12. September 1895.
G. K. 5844.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

b) Erneute Erinnerung an vorstehende Verpflichtung. G. B. Nr. 331. VII.

Im Auftrage Sr. Eminenz wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Aspiranten des geistlichen Standes unmittelbar nach bestandener Reiseprüfung die Aufnahme in das Fürstbischöfliche theologische Konvikt nachzusuchen haben. Wenn im Herbst vorigen Jahres einigen, die vorher anderen Studien obgelegen, die Aufnahme gewährt worden ist, so ist dies nur mit Rücksicht darauf geschehen, daß die neue Ordnung der geistlichen Vorbildung erst seit einem Jahre bestand. In Zukunft verzichten solche, welche nicht sofort nach Absolvierung des Gymnasiums sich für den geistlichen Stand entscheiden und ins theologische Konvikt eintreten, auf die Ausbildung im Konvikt und die Aufnahme in den Clerus der Diocese.

Breslau, den 10. April 1897.

Das Curatorium des Fürstbischöflichen theologischen Konvikts.
Probst.

c) Bedingungen der Aufnahme. G. B. Nr. 323. II.

Johannesberg, den 20. Juli 1896.

Alle der Diocese Breslau angehörigen Aspiranten des geistlichen Standes haben unmittelbar nach bestandener Reiseprüfung die Aufnahme in mein theologisches Konvikt bei dem Curatorium desselben nachzusuchen. Die Gesuche find im Frühjahr spätestens bis zum Palmsonntage, im Herbst bis zum 4. October einzureichen. Denselben sind beizufügen:

1. ein Taufzeugniß, aus welchem die eheliche Geburt erhellt,
2. ein verschlossenes Sittenzeugniß des Ortspfarrers und des bisherigen Religionslehrers,
3. das Reisezeugniß in beglaubigter Abschrift oder in Ermangelung eines solchen vorläufig eine Bescheinigung über die bestandene Reiseprüfung,
4. ein ärztliches Zeugniß, welches den Gesundheitszustand genau angiebt und sich insbesondere äußert über das Vorhandensein organischer Fehler und ansteckender Krankheiten, sowie über die Beschaffenheit des Gehörs, der Sehkraft und der Athmungsorgane.

Das Kostgeld ist im voraus zu entrichten und beträgt für das Winterhalbjahr 200 Mark, für das Sommerhalbjahr 150 Mark. Stundung, Ermäßigung oder Erlaß des Kostgeldes wird nur auf Grund eines ortspolizeilichen Armuthszeugnisses bewilligt, worin insbesondere anzugeben ist, ob der Petent eigenes Vermögen besitzt, wie groß der Besitz, das Vermögen und das Einkommen der Eltern sei, welche Steuern dieselben zahlen, und ob noch unversorgte Kinder in elterlicher Pflege sich befinden.

Für den Besuch einer auswärtigen Hochschule oder Studienanstalt ist meine Genehmigung vorher nachzusuchen. Studierende, welche am Oster-

termine die Reifeprüfung bestanden haben, werden nicht vor dem vollendeten vierten Semester ihres theologischen Studiums zur ersten theologischen Prüfung zugelassen. Die Pfarrer, die Religionslehrer an Gymnasien und die Vorsteher der Knabenseminare sind verpflichtet, die ihrer Pfarrei oder Anstalt angehörigen Gymnasial-Abiturienten, welche Theologie zu studiren beabsichtigen, rechtzeitig mit dem Inhalt dieser Verfügung bekannt zu machen.

Der Fürbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 31. Fürsorge für Theologie Studierende in den Ferien.

a) Pastorale vom 25. November 1895.

Inter cetera quae annus ad finem vergens laeta Deo O. M. propitio nobis attulit, principale locum obtinet dies illa, qua aedes novae educandis convictoribus sacrae theologiae vacantibus exstructae usui tradi potuerunt. Quae clerus huiusque dioecesis praesules diu desideraverunt praeclarisque verbis extulerunt, ad finem tandem perducta sunt, „seminarium futuri cleri pro patria ecclesia nostra, officina sacra ex qua prodituri sunt futuri operarii in vineam Domini vocandi, campus plenam spem praebens uberrimae segetis coelestis“. Itaque expleta sunt quae praescripsit S. Synodus Tridentina quod praeceptum teste Cardinale Pallavicini patribus in Concilio congregatis tanti momenti esse videbatur, ut exclamarent, si nullus alius fructus ex eo Concilio decerptus fuisset, solum hunc qui institutis Seminariis obtineretur, labores omnes et incommoda compensaturum.

Nec vos quoque, Venerabiles Confratres, latet, quantum sit Convictus theologi Deo propitio constructi et amplificati beneficium. Non sufficit in sacerdotium vocari, sed priusquam suscipiendis ordinibus sacerdos quispiam fiat, sacerdos jam esse debet et mente et virtutibus. Ad quid autem vocatur, qui sacerdotio initiatus est? Magister ac Dominus Noster expressis verbis vocationis nostrae finem explanavit. „Sicut me misit Pater, inquit, et ego mitto vos.“ (Joan. 20, 21.) Ipse autem a Patre missus erat, ut pro redimendo genere humano regnoque Dei in terra restaurando laboraret et pateretur. Ad laborandum et patiendum pro regno Dei et salute hominum et nos in sacerdotium vocati sumus.

Labor incumbit sacerdoti et quidem nostris temporibus non sufficit ordinarius. Mutatae gregis indigentiae pastorum curas multiplicaverunt exiguntque ab eis ut pericula perspiciant et arceant, pascua unde gregem salubri pabulo nutrant inveniant agnoscantque, per vias rectas populum ad salutem ducant, e fontibus coelestibus aquam ad vitam aeternam salientem hauriant. Qua scientia ergo minister Dei debet esse exstructus, „ne caecus caecum ducat neve ambo in foveam cadant!“ „Labia sacerdotis custodient scientiam“, testatur Malachias propheta (2, 7). Scientia sacerdoti ad bene recteque persolvenda muneris sacri officia necessaria est, quamobrem juvenes ad id vocati omni doctrina imbui debent. Cui fini assequendo instituta illa a S. Synodo Tridentina commendata et praescripta praeprimis inserviunt. Nec quisquam ignorat, quam juvet temporis apta distributio, aliorum exemplum, paterna Superiorum assistentia, ut impedimenta et distractiones amoveantur studiaque floreat et sacrarum rerum scientia magis magisque augeatur. Insuper occupatio bene com-

posita corroborat vires, diligentiam alit, juvenesque ad labores futuri ministerii sustentandos bene disponit et praeparat.

Verumtamen sacerdotis vita non solum laboriosa est, sed etiam postulatur ut sacerdos tollat crucem et abneget semetipsum. „Potestis bibere calicem quem ego bibiturus sum?“ (Matth. 20, 22) interrogabat Christus apostolos suos et discipulos et sic unumquemque interrogat quem in eorum successionem vocat. Nemo ergo esse potest bonus sacerdos, nisi bibat cum Christo calicem passionis et abnegationis et quidem toto vitae suae tempore. Necesse autem est a juventute exerceat patientiam et abnegationem, qui Christi jugum sumere vult. „De mundo non estis, sed ego elegi vos de mundo“ (Joan. 15, 19). Ita Dominus Noster cleri conditionem distinctis verbis enuntiavit. Poteruntne autem illi qui mundi illecebris ac negotiis plane sunt consumpti, gaudentes calicem Domini accipere eumque bibere?

Jamvero convictorum collegium mirum in modum alumnos ad vocationis semitas strenue persequendas instituit, pericula amovendo, virtutes excolendo, carnem spiritui reluctantem vincendo, concupiscentiam domando, ita ut bene conditum sit sal quo populus christianus est condiendus. Et re vera nihil differt ordo in convictu servandus ab ordine vitae sacerdotalis.

Christus ipse Apostolos suos quamquam Spiritum Sanctum eis traditurus erat, per triennium omni ratione instituit et educavit. Quanto magis ergo nostris temporibus mores et ingenia excoli debent eorum qui in sanctuarium Dei admitti volunt! Christus Dominus quos sibi adsociavit operis sui ministros vinculo charitatis arctissimo inter se conjunctos esse voluit, „ut credat mundus, quia tu (Pater) me misisti“. (Joan. 17, 21.) Quanto magis nostris temporibus oportet ministri Ecclesiae in hac amplissima dioecesi inter se uniantur et idem sensus sint in illis eademque studia et conatus!

Considerate itaque, Venerabiles Confratres, num causa sit exultationis justa, quod „seminarium futuri cleri“ juxta mentem et propositum, quibus praesules clerusque Wratislavienses ab initio expetiverunt, ad calcem feliciter perductum est.

Attamen, Venerabiles Confratres, ut convictus spem nostram impleat propositoque fini respondeat, vos non exiguum portionem conferre potestis; nam et vos in partem sollicitudinis Nostrae vocamini. Quae Christus ad Apostolos suos dixit: „Rogate Dominum messis ut mittat operarios in messem suam“, (Matth. 9, 38), ad vos eadem spectant. Virorum praepriis ecclesiasticorum est juvenes idoneos consilio et ope juvare, ut ad studia theologica pervenire queant, uti hactenus in dioecesi usus fuit. Sed his breviter grate memoratis ad singulare aliquod munus transeo, quod modo instantissime venerabili clero commendo. Tempore enim feriarum vestrum erit, Reverendi Confratres, aliqua ratione vices Superiorum convictus gerere et sacerdotii candidatis rectores et duces esse.

Primum commendo vobis ex animo, eos quantum poteritis ad vos attrahere curamque ipsorum habere, dum cogitatis, eos brevi muneris sacri quo fungimini coadjutores fieri et collegas. Discant ergo conversationem vestram omnibus mundi hujus solatiis vanis caducisque praeferre. Insuper sunt plures occupationes statui futuro congruentes et utiles ad quas illos

adhibere possitis, e. gr. bibliothecam parochialem componere, archivum perlustrare et cetera.

Dein estote solliciti ut tempore feriarum justis remissionibus minime neglectis scientiis se excolere et rebus theologicis aliisque utilibus studere non omittant. Vos ipsis libros tum sacrae scripturae tum de disciplina spirituali agentes perlegendos subministrare.

Ut porro sacramenta recipiant secundum statum quem anhelant, non erit vobis minima cura, qua conscientia vestra oneratur. Ut autem magis futuri sacri ministerii memores sint, ad augendum sacrarum functionum splendorem eos adhibeatis, ut illis, ubi opportunum videtur, rochetto induti assistant, quo ipsi ad pietatem excitentur et fideles aedificentur. Catechesi puerorum adsint et nonnunquam in praeparandis puerorum animis vos adjuvare poterunt.

Moribus eorum sedulo vigilate ut juxta vocationem suam, ubicunque degunt, vitam agant honestam vitentque omni studio quaecunque sacri ministerii tirores dedecent, et sic agite, non ut speculatores, sed ut sacrae vestrae conditionis vigilantes tutores. Hinc sub finem feriarum et paschaliū et autumnaliū testimonium clausum eis tradetis, quod ipsi directori convictus reddant.

Non deterreat vos, Fratres Venerabiles, labor qui curae memoratae est annexus, sed alliciat vos fructus laboris, ut Nostra dioecesis et S. Mater Ecclesia dignos fidelesque operarios usque excolant habeantque.

Benedicat vos omnipotens Deus † Pater et † Filius et † Spiritus Sanctus. Amen.

Datum Wratislaviae, festo Stae. Catharinae Virg. et Mart., die 25. Novembris 1895.

G. Card. Kopp,

Princeps Episcopus Wratislaviensis.

b) Anordnung auf Grund der Diöcesan-Conferenz vom 11. und 12. October 1899.

Die im Pastorale an den Diöcesan-Clerus vom 25. November 1895 gegebenen Anweisungen über die Fürsorge der Pfarrgeistlichkeit für die Studenten der katholischen Theologie zur Förderung ihrer Vorbereitung für den geistlichen Stand während der Ferien sollen gewissenhaft beachtet, und der jedesmalige Erfolg dieser Fürsorge soll in den Zeugnissen über das Verhalten der Studenten während der Ferien angegeben werden.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

(Vgl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz vom 11. und 12. October 1899 „Erziehung und Sortbildung des Clerus“, sowie sb. Erlaß vom 27. November desselben Jahres unter gleichem Titel.)

Nr. 32. Irregularität in Folge von studentischen Menjuren.

G. B. Nr. 264. II.

In Betreff der Menjuren an den deutschen Universitäten, wobei es nur auf eine Verwundung abgesehen ist, welche selten tödtlich verläuft, konnte man zweifelhaft sein, ob sie unter den Begriff „Duell“ fallen, und bejahenden Falls, ob sie die Irregularität ex defectu lenitatis oder ex defectu famae nach sich ziehen. Aus Anlaß einiger von hier

berichteten Spezialfälle hat sich die S. Congregatio Concilii mit dieser Frage in eingehender Weise beschäftigt und auf das

Dubium:

An, a quibus et ex quonam titulo irregularitas contrahatur quando duellum ea ratione committitur, qua his temporibus inter Germaniae Universitatis alumnos fieri solet in casu — am 9. August 1890 entschieden:

Affirmative, a duellantibus eorumque patrinis ex infamia juris.

Zweiter Abschnitt. Predigt.

Nr. 33. Katechetische Predigten und Christenlehre.

Fb. Erlaß vom 27. November 1899 II. 12.

Dem Hochwürdigem Pfarrclerus wird die Abhaltung katechetischer Predigten und die Beachtung der für dieselben auf der Diöcesan-Conferenz ertheilten Winke (Protokoll S. 29 bis 32) dringend empfohlen, und die Pflicht, an den Nachmittagen der Sonntage die Christenlehre zu halten und dieselbe in der von der Diöcesan-Conferenz empfohlenen Weise fruchtbar zu machen, in Erinnerung gebracht.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Nr. 34. Verkündung der 16. Hirtenbriefe.

G. B. Nr. 166. IV.

Seine Fürstbischöflichen Gnaden haben uns angewiesen, die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit von nachstehendem Erlasse in Kenntniß zu setzen:

Wie unglaublich es scheinen mag, so ist Uns doch von sehr vielen durchaus glaubwürdigen Seiten versichert worden: daß manche Unserer Geistlichen Unsere Hirtenbriefe verwässern, verstümmeln oder gar nicht beachten. Sie verwässern dieselben, indem sie während dem Vorlesen Zusätze, Erklärungen und ganze Commentare willkürlich einschalten und so die Vorlesung ungebührlich verlängern und die Zuhörer ermüden. Sie verstümmeln dieselben, indem sie ganze Theile und Stellen weglassen und nur vorlesen, was ihnen genehm und entsprechend scheint. Sie beachten dieselben gar nicht, indem sie die Pastorale nicht von der Kanzel verkünden und so den Gläubigen die Ansprache ihres Bischofs entziehen. Indem Wir Unser Hochwürdiges General-Bikariat-Amt von einem so beklagenswerthen Verhalten einzelner Priester in Kenntniß setzen, beauftragen Wir Wohlthatelbe, den Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus anzuweisen: Unsere Hirtenschreiben den Gemeinden an dem Sonntage, welchen Wir dafür bezeichnen, ohne jeden Zusatz und ohne jede Verkürzung, ganz so, wie Wir dieselben abgefaßt haben, zu verkünden. Glauben manche Seelsorger, ihren Gläubigen über einzelne Stellen und Weisungen der beregten Pastorale noch Erklärungen, Erläuterungen oder mit Bezug darauf weitere Ausführungen geben zu sollen, so steht ihnen dies in nachfolgenden Predigten selbstverständlich frei — das Pastorale aber soll unverkürzt und unverändert vorgetragen, am allerwenigsten aber darf es ganz vorenthalten und unterdrückt werden.

Auch ist Uns glaubwürdig mitgetheilt worden, und Wir selbst haben unmittelbar Klagen darüber vernommen, daß die Verordnungen, welche entweder Unser Hochwürdiges General-Bikariat-Amt oder Wir durch Wohl-dasselbe an den Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus ergehen lassen, von den Pfarrern Unseren Hilfspriestern und Anderen, auf welche vielleicht Bezug genommen ist, z. B. Kirchenbeamten, Lehrern u. nicht communicirt werden. Darum sind die Herren Erzpriester von neuem anzuweisen, bei ihren jährlichen Visitationen darauf zu sehen: daß die Pastorate und amtlichen Verordnungen nicht nur ordnungsmäßig gesammelt und geheftet, sondern auch mit den Unterschriften der betreffenden Geistlichen und auch der Beamten, auf welche etwa Bezug genommen worden ist, versehen sind.

Breslau, den 12. Juni 1867.

Fürst-Bischof.

† Heinrich.

Nr. 35. Behandlung von Privatangelegenheiten auf der Kanzel.

G. B. Nr. 166. V.

Unser Hochwürdiges General-Bikariat-Amt wird sich ebenso wie Wir aus der Erfahrung überzeugt haben, daß ein Hauptquell sehr vieler Miß-helligkeiten, Streitigkeiten und Zerrwürnisse zwischen den Seelsorgern und ihren Gemeinden in dem Mißbrauche der Kanzel liegt. Wir denken hierbei nicht an jene Polterpredigten und geistlichen Sturmböcke, mit welchen manche Prediger ihre Gemeinden weniger erbauen als abstumpfen und sich am Ende selber in eine beklagenswerthe Morosität hineinreden — eine Predigtweise, durch welche wohl noch Niemand bekehrt worden ist. Wir meinen vielmehr die nicht genug zu tadelnde Gewohnheit mancher Verkünder des göttlichen Wortes: ihre persönlichen Angelegenheiten, ihre Streitigkeiten mit Einzelnen oder mit der ganzen Gemeinde, ihre Prozesse u. zum Gegenstande ihrer Vorträge zu machen, wobei sie oft, wenn auch nicht Namen nennen, doch so schildern, daß jeder Zuhörer schließen kann, wer gemeint ist; und wobei sie sich zu so beleidigenden Worten und Ausfällen hinreißen lassen, daß sie bei den Zuhörern bald schadensfrohen Spott, bald grossenden Haß erwecken, der sich in der Folgezeit nie wieder ganz beschwichtigen läßt. Die mehrfachen Klagen darüber, welche in neuester Zeit bei Uns erhoben worden sind, machen es Uns zur Pflicht, gegen ein so sakrilegisches Treiben an heiliger Stätte Unsere Stimme zu erheben und Unseren tiefsten Schmerz, ja Unsere innerste Empörung darüber auszusprechen. Die Kanzel ist der Ort, wo die höchsten Angelegenheiten des Menschen im Auftrage und Namen Gottes verhandelt werden. Sie ist der heilige Berg, von welchem dem hörenden Volke die Seligkeiten verkündet werden sollen — mit würdigem und wo es Noth thut, mit erschütterndem Ernste, aber mit einem Ernste, aus welchem der Geist der Liebe athmet, die nicht verletzen, nicht kränken, nicht trennen, sondern bessern, heilen, versöhnen, erheben und segnen will. Der Prediger muß sich und seine persönlichen Verhältnisse und Angelegenheiten ganz und gar vergessen, er muß es fühlen, an wessen Stelle er redet und wessen Sache er führt; eine Sache, so groß und heilig, daß sie durch alles Fremdartige profanirt und erniedrigt wird. Ebendarum müssen Wir es auch tadeln, und sehr ernst tadeln, wenn auch nur heterogene Gegenstände, z. B. die Angelegenheiten der Wahlen für den Reichs- oder Landtag auf der Kanzel besprochen werden. Erscheint es nothwendig, das Volk auch

in solchen Angelegenheiten vor Täuschungen und Irthümern zu warnen, und über das, was Noth thut, zu belehren, so wird ein eifriger und umsichtiger Seelsorger andere geeignete Orte und Wege finden, als das Gotteshaus und die Kanzel. Incredibile dictu est, sagt der heil. Franz Borgias, quanto studio Daemon Evangelico melli fel admiscere in reprehendo conetur, ut multos hac ratione ab audiendis concionibus deterreat, vel invidiam et odium zelotis ecclesiasticis conciliet.

Wir hoffen zu Gott, daß Uns hinfüro begründete Klagen über den Mißbrauch der Kanzel nicht mehr betrüben werden, sollte es aber gleichwohl der Fall sein, so mögen die Pflichtvergessenen es sich selber zuschreiben, wenn mit unnachlässlicher Strenge gegen solche Entwürdigungen des Predigtamtes eingeschritten wird.

Breslau, den 16. Juni 1867.

Fürstbisch.
† Heinrich.

Nr. 36. Verbot von Antritts- und Abschiedspredigten seitens nicht festangestellter Geistlicher.

a) Seitens der Kapläne. G. V. Nr. 179. V.

Es kommt nicht selten vor, daß die Herren Kapläne, wenn sie eine Station antreten oder verlassen, Gelegenheit nehmen, Antritts- oder Abschiedspredigten zu halten. Bei dem Umstande, daß die Hilfsgeistlichen nicht in jenes nahe Verhältniß zur Gemeinde treten, wie solches zwischen dem Pfarrer und der Letzteren im Geiste der Kirche stattfinden soll, müssen wir dergleichen Predigten, durch welche zuweilen überdies noch anderweitige Unzukömmlichkeiten veranlaßt werden, als unpassend bezeichnen und die H. Kapläne anweisen, sich derselben für die Zukunft gänzlich zu enthalten.

b) Seitens der Kapläne und Pfarradministratoren. G. V. Nr. 348. V.

In neuester Zeit sind Beschwerden bei uns erhoben worden, daß Kapläne und Pfarradministratoren bei dem Abgange von ihrer Stelle feierliche Abschiedspredigten von den Gemeinden halten. Es werden dadurch vielfach ungehörige Erregungen und Partheiungen in den Gemeinden hervorgerufen, welche nicht nur dem Ortspfarrer Bitterkeiten bereiten, sondern auch einem Nachfolger wenigstens anfänglich die Wirksamkeit erschweren. Sowohl Kapläne als auch Pfarradministratoren sollen sich von vornherein bewußt sein, daß ihre Stellung zumeist nur eine vorübergehende ist, daß sie jederzeit wieder abberufen werden können, und daß ihr Verhältniß zu den Gemeinden ein ganz anderes ist, wie das eines Pfarrers zu denselben. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, hierdurch unsere Verordnung Nr. 179. V. betreffs des Verbotes von Antritts- und Abschiedspredigten seitens der Herren Kapläne in Erinnerung zu bringen, wobei wir bemerken, daß dieses Verbot sich nur auf die Predigten von der Kanzel oder vom Altare aus beziehen soll, nicht aber auf Ansprachen und etwaige Feierlichkeiten in Vereinen.

Hierbei machen wir die Archipresbyterats-Vorstände darauf aufmerksam, daß bei Einführung der Pfarradministratoren von einer kirchlichen Feier Abstand zu nehmen ist, da eine solche nur bei der Investitur eines Pfarrers statthaft und vorgeschrieben ist, wodurch der letztere in eine innige und dauernde Verbindung zu der Gemeinde tritt.

Nr. 37. Belehrungen über Heiligkeit des Eides.

G. B. Nr. 264. IV.

Johannesberg, den 6. September 1890.

Mit tiefstem Schmerze habe ich aus den Mittheilungen der staatlichen Behörden ersehen müssen, daß in den Schwurgerichts-Bezirken Oppeln und Ratibor seit längerer Zeit eine auf gegenseitige Eideshilfe gegründete und geradezu bandenmäßig organisirte Gesellschaft besteht, welche darauf abzielt, mit dem verbrecherischen Mittel des Meineids bei eingeleiteten Untersuchungen — namentlich durch den Alibi-Beweis — oder bei schwebenden Prozessen Wahrheit und Recht zu untergraben und die Rechtsordnung und Rechtssicherheit auf das Aeußerste zu gefährden.

Wie hätte ich wohl ahnen können, daß es in meiner Diocese und namentlich unter meinen ober-schlesischen Diöcesanen, deren tiefe Frömmigkeit und Religiosität ich wiederholt kennen gelernt habe, Personen geben könne, bei denen das Bewußtsein von der Heiligkeit des Eides so tief gesunken oder vielmehr völlig geschwunden wäre und welche die Warnung der heil. Schrift ganz vergessen hätten:

„Es soll kommen das Strafgericht in das Haus des falsch in meinem Namen Schwörenden, und es soll bleiben mitten in seinem Hause und es verzehren, sein Holz sammt seinen Steinen!“

Um so nothwendiger wird es sein, die Heilighaltung des Eides in den Gläubigen wieder zu heben und zu wecken, und beauftrage ich deshalb den Hochwürdigen Pfarrelerus, aus diesen traurigen Vorkommnissen einen neuen Anlaß zu wiederholten nachdrücklichen Belehrungen und Mahnungen über den entsetzlichen Frevel des Meineids in Predigt, Christenlehre, Religionsunterricht und allen sonst sich darbietenden Gelegenheiten zu entnehmen.

An
den Hochwürdigen Pfarrelerus der Diocese Breslau
(preußischen Antheils).

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 38. Belehrungen über Verhältniß zwischen Herrschaften und Gefinde.

G. B. Nr. 28. V.

Die in neuerer Zeit laut gewordenen allgemeinen Klagen über die Widersetzlichkeit und Zügellosigkeit des Gefindes haben den Herrn Minister des Innern bewogen, unterm 14. Mai d. J. die Provinzial-Vorstände aufs Neue auf diejenigen Mittel aufmerksam zu machen, welche die Gefinde-Ordnung vom 8. November 1810 zur Heilung und Abwehr des beregten Mißstandes bietet, mit der Weisung, von diesen Mitteln mit Eifer und Nachdruck Gebrauch zu machen. Diese Mittel bestehen darin, daß

1. die §§ 64, 70, 73, 76, 77, 78 und 79 dem Gefinde Treue, Fleiß, Aufmerksamkeit im Dienste, Sorge für das Wohl der Herrschaft, Bescheidenheit und Ehrerbietung in Annahme ihrer Befehle als Pflicht vorschreiben; ihm die Befugniß absprechen, wenn es die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorne reize, für Scheltworte oder geringe Thätlichkeiten Genugthuung zu fordern und ihm ausdrücklich verbieten, sich, wenn es nicht an Leben oder Gesundheit durch Mißhandlungen der Herrschaft gefährdet würde, derselben zu widersetzen;
2. daß Vergehungen des Gefindes gegen die Herrschaft durch Gefängniß

oder öffentliche Strafarbeit nach den Grundsätzen des Criminalrechts geahndet werden sollen (§ 80);

3. daß andrerseits die §§ 82 bis 90, 94, 95, 97 auch den Herrschaften die Sorge für das geistige und leibliche Wohl des Gefindes und dessen Unterstützung unter Umständen zur Pflicht machen;
4. daß nach §§ 33, 37 und 38 über gewisse vermögensrechtliche Ansprüche zwischen Herrschaft und Gefinde die Polizeibehörde zu entscheiden hat, und daß es dazu nicht der Antretung des Richters bedarf, und
5. daß nach §§ 51, 160, 167 das Gefinde zum Antritt und zur Fortsetzung des Dienstes durch die Polizei-Behörde gezwungen werden kann, auch die Herrschaft ihrerseits zur Annahme des Gefindes zu veranlassen ist, in jener Beziehung es also nicht der gerichtlichen Klage bedarf.

Es leuchtet von selbst ein, daß sich von den desfallsigen polizeilichen Bemühungen ein um so größerer Erfolg versprechen läßt, wenn denselben kirchlicherseits durch Belehrung und Warnung in Predigt, Katechese, Beichtstuhl und Privatunterhaltung zu Hilfe gekommen wird. Daß die Ehrwürdige Diöcesangeistlichkeit diesem zeitgemäßen Gegenstande der Seelsorge ein besonderes Augenmerk widme, legen wir Wohl derselben im Auftrage Sr. Eminenz, unsers Hochwürdigsten Herrn Ordinarius, angelegentlichst ans Herz.

Nr. 39. Warnung für Auswanderer nach England.

G. B. Nr. 251. VII.

Nachstehendes Schreiben des Pfarrers Dr. Verres zu St. Boniface ist uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen, und ersuchen wir deßhalb den Ehrwürdigen Clerus, in den Distrikten, wo die Bevölkerung zur Auswanderung hinneigt, in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen.

ST. BONIFACE'S GERMAN CHURCH.

47, UNION STREET, WHITECHAPEL, LONDON, E.

5. October 1888.

Das hochwürdigste General-Bisariat des Fürstbisthums Breslau erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete im Auftrage Sr. Eminenz des Cardinals Manning um geneigte, möglichst weite Verbreitung der beifolgenden „Warnung“ zu bitten, besonders unter der polnischen Bevölkerung, da die Zahl derer, welche leiblich und geistig hier in das tiefste Elend gerathen, eine geradezu erschreckende ist.

Ergebenst

Dr. J. Verres, Pfarrer.

Warnung.

Im Auftrage Sr. Eminenz des Hochw. Herrn Cardinal Erzbischofs Manning erlaube ich mir ein Wort der Warnung an diejenigen katholischen Deutschen zu richten, welche eine Uebersiedelung nach London im Sinne haben sollten, besonders an Commis, Handwerker und Arbeiter. Schaarenweise kommen solche Leute hierher, ohne Kenntniß der Sprache oder der landesüblichen Gebräuche, auf's Gerathewohl und in dem guten Glauben, daß man im reichen England sich nur zu hüthen braucht, um das Gold auf der Straße aufzulesen; und nur zu bald erhalten sie einen Begriff von

dem grenzenlosen Elend, das bei der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes den Ausländer erwartet. Kein Tag vergeht, daß nicht solche Unglückliche, manchmal dem Hungertode nahe, sich um Hülfe an mich wenden. Wer nicht contractlich feste Zusage von Arbeit hat, komme nicht nach London. Niemand lasse sich von gewissenlosen Agenten, die nur wegen der Procente von den Schiffahrts-Gesellschaften den Mund voll Honig nehmen, bereben, in's Blaue hinein nach England auszuwandern. Wer sich nicht warnen läßt, möge die Folgen sich selbst zuschreiben. Es giebt in London verschiedene Wohlthätigkeits-Gesellschaften zu Gunsten von hülfsbedürftigen Ausländern. Aber diese Gesellschaften beschränken weise ihre Wohlthaten auf diejenigen, welche durch Alter oder Krankheit in Noth gerathen sind, und müssen in der Gewährung von freier Rückfahrt sparsam sein, um nicht durch die Gewißheit von leicht zu erlangender Rückbeförderung kopflose Einwanderung zu ermuthigen. Zu der Gefahr der sicheren Verarmuthung kommt noch die weitere und größere, daß katholische Deutsche in London mit der Zeit ihren Glauben vollständig verlieren. Leider finden sich die Beweise dafür zu Tausenden. Im Auftrage Sr. Eminenz ersuche ich die Hochw. Herrn Confratres, im gegebenen Falle ihre Pfarrkinder zu warnen, und diejenigen, welche sich dennoch zur Auswanderung entschließen, anzuweisen, daß sie sich wenigstens an die hiesige deutsche katholische Gemeinde zu St. Bonifaz anschließen.

Dr. J. Berres, Pfarrer.

St. Boniface, Union Street, Whitechapel, London, E.

Nr. 40. Seelsorgerliche Einwirkung auf Arbeiter (Sachsen- und Pommerngänger).

G. B. Nr. 253. V.

Breslau, den 22. Februar 1889.

Der Mangel an lohnender Arbeit in der Heimathgegend veranlaßt jährlich eine große Anzahl katholischer Oberschlesier beiderlei Geschlechts, in Niederschlesien sowie in den Nachbarprovinzen und dem Königreich Sachsen während der Sommermonate Beschäftigung zu suchen. Leider wird bei der Wahl der Arbeitsgelegenheit in vielen Fällen weder darauf Rücksicht genommen, ob an dem betreffenden Orte die Erfüllung der kirchlichen Pflichten möglich ist, noch werden die nothwendigsten Schutzmaßregeln für das sittliche Wohl beansprucht oder ergriffen. Die höchst beklagenswerthen Folgen dieser Nachlässigkeit treffen namentlich in neuerer Zeit Eltern und Gemeinden schwer.

Wenn nun gegenwärtig Alles aufgeboten wird, dem Arbeiterstande Glauben und Sittlichkeit zu erhalten und sein Loos in jeder Beziehung zu bessern, so muß auch den periodisch an bestimmten Orten sich ansammelnden Arbeitern und Arbeiterinnen eine gleiche Fürsorge zu Theil werden. Und in der That giebt es Gegenden, wo die Arbeitgeber bei der Annahme der nothwendigen Arbeitskräfte sich nur der Vermittlung der Pfarrer oder Gemeinde-Vorstände bedienen, sodann für ein angemessenes Wohnen mit Trennung der Geschlechter sowie eine sorgfältige Ueberwachung des sittlichen Verhaltens Sorge tragen und auf ihre Kosten Gelegenheit verschaffen, dem Gottesdienste beizuwohnen. Sollten die Arbeitgeber unserer Provinz und der übrigen Landestheile nicht ein gleiches Interesse an dem sittlich-religiösen Verhalten der bei ihnen, wenn auch nur zeitweilig beschäftigten Arbeiter

und Arbeiterinnen nehmen? Die christliche Gesinnung derselben schließt einen Zweifel hieran aus.

Die Quelle der hervorgetretenen Uebelstände muß daher anderswo zu suchen sein, und sie dürfte vor Allem darin liegen, daß sich die Arbeit-suchenden bedingungslos von solchen Menschen anwerben lassen, welche auf das religiöse und sittliche Wohl derselben keine Rücksicht nehmen und daher diejenigen, welche sich ihnen anvertrauen, in Gegenden und Verhältnisse bringen, in denen ihre Religion und ihre Sittlichkeit gefährdet wird.

Diesen beklagenswerthen Zuständen wird nur abgeholfen werden können, wenn beim Aufsuchen oder Annehmen einer Arbeitsgelegenheit zunächst der Pfarrer oder der Gemeindevorstand in Rath genommen wird; wenn ferner dem Heimathspfarrer durch die Eltern oder Angehörigen rechtzeitig angezeigt wird, wo Arbeit gefunden worden ist, damit dieser seine Pfarrkinder dem der Arbeitsstelle nächsten katholischen Geistlichen empfehlen kann, namentlich aber wenn die Eltern darauf sehen, daß ihre Söhne und Töchter nicht ohne Schutz und Aufsicht in die Fremde ziehen.

Ich habe damit nur die Ansichten und Wünsche meines hochwürdigen Clerus zum Ausdruck gebracht, der seinerseits stets bereit ist, bei aller Ueberbürdung seinen Pfarrkindern auch noch dieses Opfer an Zeit und Mühe zu bringen, da es sich hier um nichts weniger als darum handelt, Seelen zu retten und gegen die sie in der Fremde umgebenden Gefahren zu schützen, und es gewiß nicht so sehr darauf ankommt, mit den Ersparnissen des Arbeitslohnes, sondern, was unendlich wichtiger ist, mit unverdorbenen Sitten und treubewahrter Tugend an den heimathlichen Heerd zurückzukehren.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 41. Domherr Steiner'sche Predigt-Prämien-Stiftung.

a) Bedingungen der Theilnahme. G. B. Nr. 9. II.

Die diesfälligen Arbeiten sind in der in früheren Currenden und zuletzt in der vom 2. Juli 1847 angedeuteten Weise bis zum 1. November 1849 an uns einzureichen, und erwarten wir, daß der noch nicht 6 Jahre in der Seelsorge angestellte Hülfsclerus sich bei der diesjährigen Preisbewerbung zahlreicher betheiligen werde, als bei der vorjährigen, für welche leider zu unserm Bedauern nur 4 Predigten eingegangen sind.

Wir finden uns übrigens veranlaßt, die diesfälligen lektwilligen Bestimmungen des Stiffters in Nachstehendem wörtlich zur Kenntniß des Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus zu bringen.

„28. Zum hiesigen Alumnat vermache ich noch unter Verwaltung und Procuratie Eines Hochwürdigen General-Bikariat-Amtes ein Kapital von 1200 Rthlr. (Zwölfhundert Reichsthalern), das wo möglich auf 5 Prozent Zinsen auszuliegen. Davon sollen jährlich zwei Preise, einer zu dreißig Thlr. (Dreißig Thalern) für die beste Ausarbeitung und 20 Thlr. (Zwanzig Thalern) für das Accessit einer dogmatisch-biblischen populären Predigt gemacht werden, und sollen diejenigen, welchen diese Prämien zu Theil werden, verbunden sein, für meine Seele eine heilige Messe zu lesen. Alle Alumni, wünsche ich, sollen die Pflicht haben, um den Preis zu concurriren; dagegen soll außer den Alumnen Niemand sonst zu concurriren berechtigt sein,

als diejenigen Kapläne, welche noch nicht über 6 (sechs) volle Jahre in cura animarum sind. Den noch übrig bleibenden Zinsbetrag per 10 Rthlr. (Zehn Reichsthaler) bestimme ich zur Disposition des Herrn Procuratoris dieser Fundation.“

b) Substitution einer Conventsarbeit für die Nicht-Concurrirenden. G. B. Nr. 44. IV.

Seit mehreren Jahren hat sich eine auffallend geringe Betheiligung seitens des jüngeren Diöcesan-Clerus an der Bearbeitung der zur Bewerbung um den Domherrn Steiner'schen Predigtpreis von uns alljährlich ausgeschriebenen Thematn kund gegeben, was sich auch wiederum im verflossenen Jahre, wo nur zwei diesfällige Arbeiten eingegangen sind, deutlich herausgestellt hat. Da solch eine Erscheinung nur als trauriger Beweis einer beklagenswerthen Gleichgültigkeit gegen jede wissenschaftliche Thätigkeit angesehen werden kann, solch eine Thätigkeit aber sowohl zur weitem Fortbildung des jungen Priesters, als auch zu einer gesegneteren Wirksamkeit seines Amtes ebenso heilsam als erprießlich erachtet werden muß: so hat der Hochwürdige Capitular-Bikar Herr Dr. Förster auf unseren Antrag bis auf anderweitige Anordnungen festgesetzt, daß diejenigen Herren Kapläne, welche zur Bewerbung des p. Steiner'schen Predigt-Preises berechtigt sind, aber keine Arbeiten an uns einsenden, bei dem jährlichen Archipresbyterats-Convente entweder ein ausgearbeitetes Predigt-Thema oder eine andere ihre amtliche Thätigkeit berührende schriftliche Arbeit einliefern sollen, und daß sowohl die Predigt-Thematn als auch diejenigen Gegenstände, über welche die Herren Concircularen Aufsätze zu fertigen haben, von dem Archipresbyterats-Convente selbst zu bestimmen, von ihm die eingegangenen Predigten resp. die anderen schriftlichen Arbeiten zu censuriren und die Censuren in der betreffenden Convents-Verhandlung anzugeben sind.

Indem wir diese Anordnung zur genauen Befolgung der Betheiligten hierdurch bekannt machen und den Herren Kreis-Erzpriestern die Weisung ertheilen, über die Befolgung derselben mit Ernst und Nachdruck zu wachen, bemerken wir nur noch, daß natürlich die p. Steiner'schen Preis-Predigten nach wie vor werden ausgeschrieben werden, sowie, daß hierdurch jene Vorschrift, nach welcher sämmtliche Herren Concircularen und besonders die Herren Kapläne bei den Conventen durch schriftliche Arbeiten sich zu bethätigen haben, nicht aufgegeben wird.

Dritter Abschnitt. Volksschule.

A. Religionsunterricht an Kinder in katholischen Schulen.

Nr. 42. Wahrnehmung der Katechese in der Schule.

Consultatio dioecesana d. a. 1855. §§ 79—81.

Quanti momenti sit scholarum visitatio et in ipsis doctrinae christianae traditio, unde quem fructum percipiat Ecclesia Dei, quod salutis adjumentum et liberi et saepenumero etiam per liberos parentes, si animadverterint

parochi, nullam operam majorem putabunt, quam quae in hoc officio persolvendo collocetur. In scholis praesentis temporis remedium, spes autem futuri. Quapropter visitent parochi scholas suas et catechizent in eis religiosissime.

Catechesis in scholis non est committenda ludimagistris; sed sacerdotes catechizent bis per hebdomadam, in scholis remotioribus semel saltem.

Scholam loci parochus visitet veste talari indutus, quae decet quidem omnem presbyterum doctrinam christianam tradentem; sed in scholis remotioribus, praesertim quum desit vehiculum, exceptio feratur.

Nr. 43. a) Mittheilung an die Unterrichtsverwaltung von der Uebernahme der Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichtes.

Instruction vom 10. Januar 1884.

Gemäß Artikel 24 der preußischen Verfassungsurkunde steht den Religionsgesellschaften das Recht der Leitung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen zu. Unter dieser Leitung ist stets nicht bloß die Aufsicht, sondern auch die Ertheilung des Religionsunterrichtes verstanden worden. In letzter Zeit hat indessen die staatliche Unterrichtsverwaltung den Anspruch erhoben, Geistliche eventuell von der Leitung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen auszuschließen. Es sind denn auch im Laufe des verflossenen Decenniums viele Geistliche, Pfarrer und Kapläne, von der Leitung und Ertheilung des Religionsunterrichtes ausgeschlossen worden. Demgegenüber muß kirchlicherseits an dem unbestreitbaren und stets vertheidigten Grundsatz festgehalten werden, daß der Kirche und deren Organen, also den Pfarrern und Kaplänen und sonstigen Hilfsgeistlichen die Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichtes in den Schulen ihrer Pfarochien kraft ihres Amtes und ohne jede staatliche Concurrenz zusteht.

Um aber der Unterrichtsverwaltung soweit entgegenzukommen, als es der eben betonte Grundsatz zuläßt, wird es sich empfehlen, derselben Mittheilung von dem Antritte eines geistlichen Amtes und von der Uebernahme der damit verbundenen Verpflichtung der Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichtes zu machen. Die neuangestellten Pfarrer, Hilfsseelsorger und Kapläne werden daher nach Antritt ihres Amtes den betreffenden Kreischuleninspectoren eine Anzeige nach dem folgenden Schema zugehen lassen:

Erw. p. p. zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich am 18 . . mein Amt als (Pfarrer, Hilfsseelsorger, Kaplan) hieselbst angetreten habe, und daß ich demgemäß die mit diesem Amte verbundene Pflicht der Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen der Pfarochie zu erfüllen gedenke.

Ort und Datum.

Namen und Stand.

Sollte darauf eine Genehmigung zur Ertheilung des Religionsunterrichtes eingehen, so ist dieselbe einfach zu den Acten zu nehmen, dagegen ist jede Ausschließung von dem schulplanmäßigen Religionsunterrichte dem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof anzuzeigen.

Circular vom 13. April 1891.

Unter Hinweis auf meine früheren Anordnungen ersuche ich die Herren Erzpriester, sämtliche Pfarrer, Pfarrverweiser und Kapläne ihres Sprengels darauf aufmerksam zu machen, daß es im Interesse der Schulordnung und des gedeihlichen Zusammenwirkens von Kirche und Schule geboten ist, bei dem Amtsantritt dem Kreisschulinspektor Mittheilung von der Uebernahme der Leitung und Ertheilung des Religionsunterrichts in den zu bezeichnenden Schulen der Pfarrei zu machen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß fortan Beschwerden über die Unterlassung dieser Mittheilung bei mir nicht mehr eingehen werden. Ich bemerke ausdrücklich, daß diese Mittheilung weder in Inhalt noch Form ein Gesuch um Genehmigung zu der Uebernahme des Religionsunterrichts sein darf.

Bei den vielfachen Beziehungen der Pfarrämter zu den Königlichen Landrathsämtern empfiehlt es sich dringend, daß die in ihr Amt eintretenden Pfarrer den Herren Landrathen ihren Besuch machen. Ich zweifle nicht, daß dies zumeist geschieht, ersuche aber die Herren Erzpriester, den Herren Concircularen nahe zu legen, von welcher Wichtigkeit für die Erledigung vieler Angelegenheiten die persönliche Bekanntschaft mit dem Leiter der Kreisverwaltung ist.

An die Herren Erzpriester der Diöcese
und des Delegaturbezirktes.

Der Fürstbischof.

† Georg.

G. R. 1947.

b) Anzeige der Uebernahme des Religionsunterrichtes durch die Kapläne.

Circular vom 11. März 1892.

Die Königliche Regierung hierselbst hat im Interesse des einheitlichen Zusammenwirkens der kirchlichen und staatlichen Organe in der Volksschule mir den Wunsch ausgesprochen, daß die Herren Pfarrer, denen Kapläne beigegeben werden, an dieselbe, wie dieses bereits von einzelnen Pfarrern geschieht, bei jedem Wechsel der Kapläne mittheilen möchten, in welchem Umfange und in welchen Schulen bzw. Schulklassen die Kapläne die Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichts übernehmen sollen.

Ich weise demnach die Herren Pfarrer hiermit an, die beregte Mittheilung an die Regierung zu machen, wobei es im Interesse der Schulordnung liegt und zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten dient, daß die Kapläne nicht vor dieser Benachrichtigung den Religionsunterricht schon thatsächlich übernehmen.

An die Herren Pfarrer
des Regierungsbezirks Breslau.

Der Fürstbischof.

† Georg.

G. R. 1492.

Nr. 44. Umfang der Berechtigung zur Leitung des schulplanmäßigen Religionsunterrichtes.

G. B. Nr. 259. III.

Vielfach bin ich irrigen Auffassungen begegnet über die Berechtigungen, welche dem Pfarrelerus hinsichtlich der Leitung des Religionsunterrichts nach dem Art. 24 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 zustehen. Auch der Ministerial-Erlaß vom 18. Februar 1876 hebt dieselben nicht auf, sondern giebt im § 9 eine eingehende Declaration über die Ausübung dieser Berechtigungen:

„Der als Organ der betreffenden Religionsgesellschaft anerkannte
 „Pfarrer oder sonstige Geistliche ist berechtigt, dem schulplanmäßigen
 „Religionsunterrichte in den dafür festgesetzten Stunden beizuwohnen,
 „durch Fragen und, soweit dieses erforderlich, durch stellenweises
 „Eingreifen in den Unterricht sich davon zu überzeugen, ob dieser
 „von dem Lehrer vollständig und sachgemäß erteilt wird, und
 „welche Fortschritte die Schüler gemacht haben, ferner den Lehrer
 „(jedoch nicht in Gegenwart der Kinder) sachlich zu berichtigen,
 „Wünsche und Beschwerden in Bezug auf den Religionsunterricht
 „der staatlichen Aufsichtsbehörde vorzutragen und endlich bei der
 „Entlassungsprüfung, wo eine solche stattfindet, nach vorherigem
 „Examen die Censur in der Religion mit festzustellen.“

Nun ist zwar in den Art. 7 und 8 desselben Ministerial-Rescripts gesagt,
 „daß der staatlichen Aufsichtsbehörde das Recht zustehe, einen Geist-
 „lichen, der die Zwecke gefährde, welche der Staat mit der Erziehung
 „der Jugend durch die Volksschule verfolgt, zur Leitung des Religions-
 „unterrichts nicht ferner zuzulassen;“

es ist jedoch zugleich erklärt,

„daß diese Ausschließung durch einen besonderen Beschluß der staat-
 „lichen Aufsichtsbehörde, der auch dem kirchlichen Obern mitzutheilen
 „ist, damit er einen andern Delegirten bestimmen kann, erfolgen muß.“
 Ferner ist durch den Ministerialerlaß vom 22. December 1879 festgestellt,
 „daß die Entbindung eines Geistlichen von dem staatlichen Aufsichts-
 „amte, etwa der Lokalschulinspektion, keineswegs regelmäßig zugleich
 „die Ausschließung desselben von der den Religionsgesellschaften zu-
 „stehenden Leitung des Religionsunterrichts in den Schulen zur Folge
 „habe oder bedinge.“

Sonach stellen sich die später erlassenen staatlichen Verordnungen über
 das Volksschulwesen dem Rechte der Pfarrgeistlichen zur Leitung des Religions-
 unterrichts im Allgemeinen nicht entgegen; der Hochwürdige Clerus aber
 wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß ernste und gewichtige Gründe zur
 Ausübung dieses Rechtes überall da drängen, wo der Religionsunterricht
 nicht durch die Geistlichen selbst erteilt wird.

Es liegt mir durchaus fern, gegen die Pflichttreue, die kirchliche Ge-
 sinnung und die Befähigung der Herren Lehrer meiner Diocese irgend
 welche Zweifel zu setzen; ich erkenne vielmehr die kirchliche Gesinnung der-
 selben, wie sie mir überall auf meinen Firmungsreisen entgegengetreten ist,
 gern und freudig an. Es liegt jedoch im Interesse des Pfarrers, mit der
 Jugend seiner Gemeinde in lebendige Verbindung zu treten und auf deren
 religiöse Erziehung und Ausbildung im Vereine mit der Schule einzutwirken,
 wie es auch dem Religionsunterrichte in der Schule nur förderlich sein kann,
 wenn die Herren Pfarrgeistlichen zum klaren Verständniß der Glaubenslehren
 beitragen und die Thätigkeit der Lehrer hierin unterstützen. Dabei besorge
 ich nicht, daß das gute Verhältniß zwischen Geistlichen und Lehrern durch
 den Besuch des Religionsunterrichts seitens der Geistlichkeit gestört werde,
 wenn nur beide Theile das Interesse gemeinsamen Wirkens für ein erhabenes
 Ziel voranstellen.

Ich wünsche daher, daß der Hochwürdige Pfarrclerus meiner Diocese
 von dieser Berechtigung der Leitung des Religionsunterrichts einen aus-

giebigen Gebrauch macht, den schulplanmäßigen Religionsunterricht, wo derselbe durch die Lehrer erteilt wird, fleißig besucht und etwaige Wünsche auszugleichen bestrebt ist, erforderlichenfalls aber mir zur Anzeige bringt.

Leider kann ich bei dem Priester-mangel und der Größe der Pfarreien keine genaueren Bestimmungen treffen, sondern muß es dem pflichttreuen Ermessen des Hochwürdigsten Pfarrreclerus überlassen, wie oft derselbe die Religionsstunden besuchen kann. Die Herren Erzpriester werden jedoch auf die Ausübung dieses Rechtes bei den Pfarrvisitationen ihre Aufmerksamkeit richten.

Diese Verordnung gilt nicht allein für die öffentlichen Volksschulen, sondern auch für die Privatschulen und die mittleren und höheren Töchter-schulen.

Breslau, den 9. October 1889.

Der Fürstbisch. of.
† Georg.

**Nr. 45. Mittheilung der Volksschul-Stundenpläne an die Pfarrer 2c.
im Regierungsbezirk Oppeln.**

G. B. Nr. 274. II.

Königliche Regierung
N. A. III. Nr. 3871b.

Oppeln, 30. Juni 1891.

Auf das gefällige Schreiben vom 22. d. Mts. — G. K. 3592 — betreffend die Mittheilung der Stundenpläne der Volksschulen unseres Departements an die Pfarrer pp. beehren wir uns Euer Fürstliche Gnaden ergebenst davon in Kenntniß zu setzen, daß wir die Hauptlehrer mehrklassiger, sowie die Lehrer einklassiger Volksschulen angewiesen haben, den Pfarrern und Curaten wie Lokalistern behufs Wahrnehmung der Leitung des Religionsunterrichts die Stundenpläne ihrer Schulen alsbald mitzutheilen, sowie denselben von jeder während oder bei Beginn des Schuljahres eintretenden Aenderung der Pläne Kenntniß zu geben.

Königliche Regierung.
(Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.)
gez. von Gizycki.

An den Herrn Fürstbisch. von Breslau
Dr. Georg Kopp, Fürstliche Gnaden
zu Johannesburg.

Nr. 46. Vermehrung der Religionsstunden in den Volksschulen Ober-Schlesiens.

G. B. Nr. 320. III.

Breslau, den 22. April 1896.

Euer Eminenz beehre ich mich im Anschluß an mein Schreiben vom 19. v. Mts. (O. P. I. 2694) ganz ergebenst mitzutheilen, daß der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sich mit meinem Vorschlage, eine Vermehrung der Religionsunterrichtsstunden auf wöchentlich fünf für die Mittel- und Oberstufe der zwei- und mehrklassigen Volksschulen Oberschlesiens¹⁾ mit Vollunterricht eintreten zu lassen, einverstanden erklärt hat.

¹⁾ Vgl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz 1899. S. 21—23.

Die Königliche Regierung zu Oppeln ist mit dementsprechender Weisung bereits versehen worden.

Der Ober-Präsident.

J. B.: Baur Schmid.

An
den Cardinal-Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Eminenz
hier.

Nr. 47. a) Anordnung besonderer Religions-Prüfungen durch die Erzpriester.
G. B. Nr. 201. IV.

Nachdem die Kirche der ihr bisher zugestandenen Rechte auf die Schule durch die neuere Gesetzgebung verlustig geworden und deren Folgen in der staatlichen Ernennung weltlicher Revisoren und Inspectoren an die Stelle der mit diesen Aemtern betraut gewesenen kirchlichen Organen bereits eingetreten sind, wird der Religionsunterricht der heranwachsenden Jugend ein besonderer Gegenstand Unserer schwer wiegenden Sorgen.

Obwohl Wir Uns von der Berufstreue Unserer Ehrwürdigen Geistlichkeit überzeugt halten dürfen, daß sie durch ihre Enthebung vom Schulkonsistorat sich keineswegs von den ihr gegen die Kinder obliegenden Pflichten entbunden erachten wird, so müssen Wir doch Angesichts der kirchenseindlichen Strömung der Gegenwart die Herren Pfarrer und deren Hilfspriester dringend mahnen, nicht bloß den von den Lehrern erteilten Religionsunterricht genau zu überwachen, sondern auch mit verdoppeltem Eifer selbst einzutreten und da, wo die Größe der Pfarrei und die Entfernung der Ortschaften die eigenen Kräfte lähmt, nöthigenfalls fromme Laien zum Einprägen des Katechismus zu gewinnen.

Um den nothwendigen Einblick in die diesfällige Thätigkeit der Ehrwürdigen Geistlichkeit zu erlangen, verordnen Wir, daß von den geistlichen Herren Schulen-Inspectoren, dort aber, wo an deren Stelle schon weltliche Staatsbeamte getreten sind, von den Herren Erzpriestern hinsichtlich des Religionsunterrichts besondere Prüfungen und Ermittlungen vorgenommen werden. In den deshalb Unserem Hochwürdigen General-Vicariat-Amt einzureichenden Separatberichten wird gewissenhaft anzugeben sein, in welcher Weise in den einzelnen zur Pfarrei gehörigen Ortschaften für den Religionsunterricht gesorgt ist, wie oft der Pfarrer, bezüglich dessen Kaplan denselben wöchentlich oder monatlich erteilt, wie der Katechumenen-Unterricht stattfindet und welche Zeitdauer ihm mit Angabe der wöchentlichen Stundenzahl geschenkt wird.

Indem Wir Uns der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß Unsere Ehrwürdige Geistlichkeit, eingedenk der ihr für die Kinder obliegenden schweren Verantwortung, ihren Eifer verdoppeln wird und die geistlichen Herren Schulen-Inspectoren, resp. die Herren Erzpriester gewissenhaft die Revisionsergebnisse berichten werden, beauftragen Wir Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, diesen Erlaß durch die gedruckten Verordnungen zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

Auf Grund vorstehenden Ordinariats-Erlasses tragen wir den Herren Erzpriestern, bezüglich Schulen-Inspectoren auf, über die Resultate der Religionsprüfungen in den Schulen, sowie namentlich über die gewissen-

hafte Abhaltung des Religionsunterrichts durch die Herren Seelsorgsgeistlichen uns alljährlich Separatberichte zu erstatten, welche jedoch nicht den Archipresbyterats-Visitations-Protokollen einzufügen sind.

b) Declaration zu vorstehender Verordnung.

G. B. Nr. 204. X.

Da die Zahl der geistlichen Schulen-Inspectoren sich mehr und mehr vermindert, dieselben auch nach Lage der neueren staatlichen Gesetzgebung als Organe der kirchlichen Behörde nicht mehr anzusehen sind, so finden wir uns zu der Bestimmung veranlaßt, daß die in unserer Verordnung 201. IV. vorgeschriebenen Religions-Prüfungen vom künftigen Jahre ab lediglich durch die Herren Erzpriester als unsere Organe abgehalten und die diesfälligen Berichte nur von ihnen an uns zu erstatten sind. Dabei wollen wir die größte und treueste Gewissenhaftigkeit in Ertheilung des Religionsunterrichts den Herren Pfarrern mit Rücksicht auf die traurigen Zeitverhältnisse neuerdings an's Herz legen und die gleiche Gewissenhaftigkeit von den Herren Erzpriestern bei Erstattung der oben erwähnten Berichte gewärtigen.

Nr. 48. Benachrichtigung der Kreisschul-Inspectoren von der bevorstehenden Religionsprüfung.

G. B. Nr. 259. I.

Johannesberg, den 18. September 1889.

Die Herren Erzpriester weise ich hierdurch an, von den bevorstehenden Kirchenvisitationen bezw. von den bei denselben vorgeschriebenen Prüfungen der Schuljugend in der Religion den betreffenden Kreisschul-Inspectoren rechtzeitig Kenntniß zu geben, damit diese in der Lage sind, das Erforderliche zur Benachrichtigung der Lehrer bei Zeiten veranlassen zu können.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 49. Theilnahme der Schulkinder am Gottesdienste und Ertheilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichtes seitens der Geistlichen. Angabe darüber im Visitations-Protokoll.

G. B. Nr. 268. XI.

Die Herren p. t. Erzpriester ersuchen wir, in den jährlichen Visitations-Verhandlungen speziell anzugeben, ob und wie oft die Schulkinder dem Gottesdienste, insbesondere auch der Schulmesse, beiwohnen. Desgleichen erinnern wir an die eingehende Berichterstattung über Ertheilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichtes durch die Herren Geistlichen und über das Ergebnis der Prüfung in der Religion.

Nr. 50. Verbot der Religionsprüfung seitens eines Geistlichen in Gegenwart eines weltlichen Kreisschul-Inspectors.

G. B. Nr. 233. III.

Breslau, den 24. September 1884.

Auf die durch die Verhandlungen eines Archipresbyterats-Conventes veranlaßte Anfrage vom 12. v. Mts. eröffne ich meinem Hochwürdigem

General-Vicariat-Amte, daß, da der Religionsunterricht lediglich Sache der Kirche ist, der Geistliche das Ansinnen des weltlichen Kreis-schulen-Inspectors, in Gegenwart desselben die Kinder in der Religion zu prüfen, abzulehnen hat. Um Conflicten vorzubeugen, wird es sich empfehlen, daß die Geistlichen, wenn es opportun erscheint, den Kreis-schulen-Inspector vorher in geeigneter Weise darüber informieren, falls sie besorgen, daß ein solches Ansinnen an sie gestellt werden könnte.

Bei diesem Anlasse erinnere ich auch an die Bestimmung des Circulars vom 15. Juli 1874, „daß, wenn ein weltlicher Kreis-schulen-Inspector ohne Zustimmung des Pfarrers sich in Gegenwart des Geistlichen herausnehmen sollte, die Schüler in der Religion zu prüfen, der Geistliche hiergegen Verwahrung einlegen und sich aus der Schule entfernen muß“.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle dies zur Kenntniß des ehrwürdigen Diöcesan-Clerus bringen.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 51. Betheiligung der Schulkinder am kirchlichen Leben während der Schulzeit.

G. B. Nr. 343. II.

Breslau, den 28. März 1898.

In Anlaß einer Beschwerde und zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten weise ich den Hochwürdigem Pfarrclerus hierdurch an, überall da, wo eine Betheiligung der Schulkinder am kirchlichen Leben während der Schulzeit gewünscht wird (Sacramentenempfang u. s. w.), rechtzeitig eine Verständigung mit den Herren Kreis-schulbeamten herbeizuführen.

Der Fürstbisch.
G. Card. Ropp.

Nr. 52. Betheiligung der Schulkinder am Gottesdienste am Ashermittwoch und am Allerseelentage.

G. B. Nr. 267. V.

Oppeln, den 17. Mai 1884.

Behufs Regelung des Schulunterrichts am Ashermittwoch und Allerseelentage bestimmen wir in Folge des im Einverständniß mit dem Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten seitens des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ergangenen Erlasses vom 12. v. Mts. unter Abänderung unserer Circular-Verfügung vom 6. November 1873 sub 2 (Heft IV. der Schulverordnungen S. 15) hierdurch Folgendes:

Um den katholischen Kindern und Lehrern derjenigen Schulorte, für welche an den genannten Tagen ein Parochial-Gottesdienst stattfindet, den Besuch des letzteren zu ermöglichen, ist der Beginn des Schulunterrichts an diesen Tagen

1. in katholischen Schulen auf 9 Uhr Morgens festzusetzen;
2. in Simultanschulen und in evangelischen Schulen, welche von katholischen Kindern besucht werden, sind die Lehrer und Kinder katholischer Confession behufs Theilnahme an dem qu. Gottesdienste vom Schulbesuch in der ersten Morgenstunde event. bis 9 Uhr zu befreien.

Wir beauftragen Euer Wohlgeboren, die Lokalschulinspektoren, Orts-
schulbehörden und Lehrer hiernach zu verständigen.

Königliche Regierung.
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
(Unterschrift.)

An
sämmliche Kreis Schulinspektoren des Bezirks.
R. A. IV. 1701b.

Nr. 53. Pfarrer Scholz=Sachwitz'sche Katechesen=Stiftung.

Aus dem Verwaltungsstatut vom 12. December 1845.

§ 3. Zweck der Katechesen-Fundation ist: diejenigen Kapläne der
Diöcese, welche noch nicht sechs Jahre in der Seelsorge sind, zur schrift-
lichen Ausarbeitung und Einsendung von Katechesen über eine katholische
Glaubens- oder Sittenlehre, wozu das Thema jährlich per Circulare
ausgeschrieben wird, zu veranlassen.

§ 6. Die Ausschreibung des Themas erfolgt, wo möglich, mit der
ersten Currunde jeden Jahres; terminus ad quem der Einsendung aber
ist Michaelis, sodas die eingehenden Arbeiten noch vor Beendigung des
Jahres mit Muße beurtheilt und der Preis verzahlt werden können.

§ 7. Da der Stifter nur von einem Kaplan spricht, dem der Preis
zuerkannt werden soll, so wird auch nur ein Preis für diejenige Arbeit,
welche sich nach dem Urtheile der Censoren als die beste ergibt, aus-
geworfen und zwar wie bei der Steiner'schen Fundation in Höhe von
30 Thalern.

Nr. 54. Empfehlung des Verzeichnisses von Jugend- und Volksschriften, herausgegeben vom Verein katholischer Lehrer Breslaus.

G. B. Nr. 286. IV.

Breslau, den 16. November 1892.

Der Verein katholischer Lehrer Breslaus hat sich der dankenswerthen
Aufgabe unterzogen, ein Verzeichniß von Jugend- und Volksschriften mit
einer kurzen Kritik vom katholischen Standpunkte herauszugeben. Ueber
die zuerst erschienenen drei Bändchen habe ich bereits am 27. Juni 1889
meine empfehlende Anerkennung ausgesprochen. Nachdem jetzt das 4. Bändchen
erschienen ist, wiederhole ich meine Empfehlung und veranlasse den Hoch-
würdigen Clerus, dahin wirken zu wollen, daß dieses Verzeichniß auf Kosten
der Schulkassen angeschafft werde, damit dasselbe bei Anlage und Ergänzung
von Schulbibliotheken zu Rathe gezogen werden kann. Der Fürstbischof.

G. R. 7215.

† Georg.

Anmerkung zu A. Auf eine Anfrage des bischöflichen Ordinariates zu Brünn
ertheilte der apostolische Stuhl über den Katechismus-Unterricht vor dem weltlichen
Schulinspector folgende Entscheidung: Relato ad S. Sedem dubio . . . videlicet,
an presbyter religionis magister continuare possit catechismum edocere coram
inspectore scholastico? S. Sedes respondit: quod episcopus . . . ob peculiare
rationes et circumstantias ab ipso expositas permittere possit presbyteris
ipsius dioecesis, qui officio magistrorum religionis funguntur, ut lectionem
religionis adveniente etiam inspectore scholastico continuent, sub conditione
tamen, ne ipsi magistri religionis cuicunque interpellationi vel observationi
respondeant, quam ipsis inspector circa lectiones abusive facere praetendat.

Nach einem Ministerial-Erlaß vom 30. December 1896 soll ein geistlicher Schulinspector nicht in der andern Religion prüfen, sondern der Kreisschulinspector; ist dieser andersgläubig, der Schulkath, von dem, auch wenn er andersgläubig ist, soviel Takt erwartet wird, daß er konfessionelle Konflikte vermeiden werde. (Seelsorger, Paderborn 1890, S. 583.)

Eine Ministerial-Verordnung vom 18. October 1879 erklärt sich damit einverstanden, daß Lehrer und Schüler der Oberstufe, die nicht 15 Minuten von der Kirche entfernt sind, an zwei Wochentagen der hl. Messe beiwohnen. Die Lehrer haben die Pflicht der Aufsicht; die Plätze anzuweisen ist alleiniges Recht des Geistlichen.

Wo die Sitte besteht, daß die Schulkinder an Sonn- und Feiertagen einem besonderen Schulgottesdienste auf ihnen eigens angewiesenen Plätzen in der Kirche beiwohnen, haben nach einem Ministerial-Rescript vom 17. März 1890 die Lehrer und Lehrerinnen die Pflicht der Aufsicht, aber auch in dem Falle, wenn die Kinder in ihrer Gesamtheit an bestimmten Plätzen sich an dem Gemeinde-Gottesdienste theilnehmen, ohne Beeinträchtigung der elterlichen Rechte.

Für sprachlich gemischte Gegenden bestimmt ein Ministerial-Rescript vom 23. Februar 1881: In der Religion einschließlich des Kirchenliedes wird der Unterricht auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache derselben erteilt; auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache, und darf hier die Muttersprache nur soweit gebraucht werden, als die Vermittelung des Verständnisses es erfordert.

B. Religionsunterricht an katholische Kinder in protestantischen Schulen.

Nr. 55. Verpflichtung des Seelsorgsclerus zur Sorge für diesen Religionsunterricht.

a) Consultatio dioecesana d. a. 1855. § 85.

Parochi non solum suo jure usi sed etiam officio moniti A catholicorum scholas, quibus ipsarum parochiarum parvuli commissi fuerint, diligentissime visitare, imo de discipulis Catholicis singularem curam habere et eos separatis horis vel etiam locis docere tenentur. Cui officio, si sunt, qui defuerint, hi illud in posterum religiosius exsequantur.

b) Zb. Erlaß vom 20. Januar 1892. G. B. Nr. 279. II.

Aus den Berichten über die Versorgung der evangelischen Schulen besuchenden katholischen Kinder mit katholischem Religionsunterricht ersehe ich, daß trotz meiner wiederholten Anweisungen immer noch katholische Kinder an dem evangelischen Religionsunterrichte theilnehmen. Ich nehme gern an, daß mein Hochwürdigster Clerus meinen Anordnungen gemäß in Erfüllung seiner Amtspflicht diesen unzulässigen Mißstand nach Kräften abzustellen sucht und hoffe auch, daß die Herren Seelsorger auch ferner ihr Augenmerk auf diese hochwichtige Angelegenheit richten werden. Der Seelsorger kann und darf nicht zulassen, daß katholische Kinder — wenn auch nur in den ersten Schuljahren — an dem Religionsunterrichte einer andern Confession theilnehmen, und muß darum, wenn die Eltern dies nicht aus eigenem Antriebe hindern, durch Belehrung und seelsorgerischen Zuspruch die Eltern zur Erfüllung ihrer Pflichten bezüglich der religiösen Erziehung ihrer Kinder anhalten. Gegenüber der irrigen Ansicht, daß die Schule katholische Kinder ohne Zustimmung der Eltern zur Theilnahme am evangelischen Religionsunterricht verpflichten könne, sind die Eltern zu belehren, daß die staatlichen Bestimmungen dies ausdrücklich untersagen, und daß es darum nur an der Säumigkeit und religiösen Gleichgültigkeit der Eltern liegt, wenn ihre Kinder an dem Religionsunterrichte einer Confession theil-

nehmen, welcher sie nicht angehören. Die Eltern werden fernerhin darauf hingewiesen werden müssen, wie leicht durch Duldung des bezeichneten Mißstandes religiöse Gleichgiltigkeit und eine gefährliche Verwirrung des kindlichen Gemüths herbeigeführt werden können. Endlich bitte ich meinen Hochwürdigen Clerus dringend, Alles aufzubieten, um den ihrer Hirtenforge anvertrauten Kindern einen ausgiebigen Religionsunterricht zu verschaffen, eingedenk des Wortes des Heilandes: „Lasset die Kleinen zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich“ und eingedenk der schweren Verantwortung, welche jedem Seelsorger gerade bezüglich der Belehrung und Heiligung der Kinderseelen obliegt.

Meinen Hochwürdigen Clerus weise ich an, diese meine Verordnung in allen Pfarreien, in welchen der beklagte Mißstand vorhanden ist, von der Kanzel zu verlesen und, wenn es zweckmäßig erscheint, in geeigneter Weise zu erläutern.

Der Fürstbischof.

† Georg.

An

den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus.

c) Zb. Erlass vom 27. November 1899 auf Grund der Diöcesan-Conferenz, Nr. 11.

Der den katholischen Kindern in protestantischen Schulen ertheilte Religionsunterricht ist von den betreffenden Pfarrern thunlichst oft zu revidiren, — wenigstens ein Mal im Jahre in Form einer öffentlichen Prüfung der Kinder, besonders, wenn möglich, bei der kirchlichen Visitation nach vorhergegangener Benachrichtigung des Kreis Schulinspectors. Das Revisionsprotocoll ist an das Ordinariat einzusenden. Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Vgl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899, S. 23–29 und 53–63.

Nr. 56. Grundsätze und Bestimmungen über Einrichtung besonderen Religionsunterrichtes für Schulkinder confessioneller Minderheiten.

a) Zb. Erlass vom 6. Februar 1885.

Die Wahrnehmung, daß eine große Zahl katholischer Kinder, welche genöthigt sind, protestantische Schulen zu besuchen, eines genügenden katholischen Religionsunterrichtes entbehrt, hat mich veranlaßt, durch die Verfügung vom 24. Februar 1883 eine Enquête anzuordnen und meinen ehrwürdigen Diöcesan-Clerus zu belehren, in welcher Weise den beklagenswerthen Uebelständen gesteuert werden könne. Das Resultat der Enquête war betäubend. Die Zahl der katholischen Kinder, welche am 1. Mai 1883 protestantische Schulen besuchten, betrug — ausschließlich des Delegaturbezirktes — 8656; von diesen 8656 Kindern nahmen an dem protestantischen Religionsunterricht activ theil 3923, passiv 760; nur 3447 Kinder genossen einen nothdürftigen Religionsunterricht, während 5219 katholische Kinder ohne jeden schulplanmäßigen katholischen Religionsunterricht blieben.

Seitdem habe ich mich unablässig bemüht, den verlassenen Kindern Unterricht in den Wahrheiten unserer hl. Religion zu verschaffen. Ich habe dazu die Mitwirkung der kgl. Regierungen und die Hilfe meiner ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit angerufen. Mit Dank gegen Gott freue ich mich, mittheilen zu können, daß am 1. Januar 1885 bereits circa 1700 katholische Kinder mehr, als am 1. Mai 1883, geordneten katholischen Religions-

unterricht erhalten. Freilich bleiben immer noch gegen 3500 Kinder unversorgt; ich hoffe aber, auch diesen Kindern im Laufe der nächsten Zeit die hohe Wohlthat des katholischen Religionsunterrichts verschaffen zu können, und rechne dabei in erster Linie auf den Eifer und die Hingebung meines ehrwürdigen Clerus.

Um ein einheitliches, zielbewußtes Handeln in dieser hochwichtigen Angelegenheit herbeizuführen, lasse ich dem ehrwürdigen Clerus eine zweite Instruction zugehen, welche die vom 24. Februar 1883¹⁾ in wesentlichen Punkten ergänzt, und theile zugleich einige wichtige Verfügungen des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten und einzelner kgl. Regierungen mit.

Ich gebe mich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die Herren Pfarrer und Hilfsseelsorger sich genau über die Zahl und die religionsunterrichtliche Versorgung der katholischen Kinder ihrer Pfarodie, welche protestantische Schulen besuchen, informiert halten und nach Lage der Verhältnisse und nach Maßgabe meiner Instructionen die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts beantragen werden. Die Herren Erzpriester aber beauftrage ich hiermit, über die Versorgung dieser Kinder mit katholischem Religionsunterricht bei den jährlichen Revisionen sich zu vergewissern, darüber eingehend in separato zu berichten und von den Herren Pfarrern und Hilfsseelsorgern strengstens die Befolgung meiner Anweisungen zu fordern. Wie groß auch hie und da die Schwierigkeiten, die sich der Erreichung des Zieles entgegenstellen, sein mögen, ich vertraue, daß meine ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit nicht ermüden wird, des Herren Wort: „Lasset die Kleinen zu mir kommen“ zu immer reicherer Erfüllung zu bringen.

An
den ehrwürdigen Diöcesan-Clerus.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Instruction.

1. Der Religionsunterricht wird von der Unterrichtsverwaltung als ein integrierender Theil des Volksschulunterrichtes betrachtet (Ministerial-Erlaß vom 1. Juli 1870). Demzufolge ist dieselbe auch verpflichtet, zu sorgen, daß diejenigen Kinder, welche die Schule einer anderen Confession besuchen, den ihrer eigenen Confession entsprechenden Religionsunterricht erhalten.

Wenn also katholische Kinder protestantische Schulen besuchen, wird die Einrichtung des katholischen Religionsunterrichts unter Anrufung der Local- und Kreisschul-Inspection und der königlichen Regierung zu erstreben sein.

2. Die allgemeinen Grundsätze, nach welchen die confessionelle Minderheit der Kinder einer Schule anderer Confession zu behandeln ist, giebt der Ministerial-Erlaß vom 3. März 1844 an (s. Anlage I). Demzufolge darf kein katholisches Kind seitens der Schulbehörde oder des Lehrers zur Theilnahme an dem protestantischen Religionsunterricht — einerlei, ob Katechismus- oder biblischer Geschichtsunterricht — genöthigt werden, die Theilnahme an dem Unterrichte kann vielmehr nur gestattet werden, wenn die Eltern oder Vormünder dies ausdrücklich

¹⁾ Das Wesentliche derselben ist in der vorliegenden Instruction enthalten.

verlangen. Die Voraussetzung einer stillschweigenden Genehmigung der Eltern oder Vormünder ist darum unstatthaft; ebenso ist es unzulässig, daß der Lehrer der anderen Confession zur Theilnahme an dem von ihm ertheilten Religionsunterricht Kinder anderer Confession auffordert. Der im Absatz 2 des Ministerial-Erlasses vom 4. October 1881 (s. Anlage V) ausgesprochene abweichende Grundsatz ist unhaltbar und muß event. bestritten werden.

Die katholischen Eltern sind vorkommenden Falls darüber zu belehren, und wenn sie in Verletzung ihrer Pflichten die Theilnahme ihrer Kinder an dem protestantischen Religionsunterrichte dulden oder gar ausdrücklich fordern, durch ernsten Zuspruch und event. durch Anwendung der zulässigen kirchlichen Strafmittel zur Erfüllung ihrer Pflichten zu bestimmen.

3. Sie und da nehmen katholische Kinder an dem protestantischen Katechismus- oder biblischen Geschichtsunterrichte theil und werden gehalten, protestantische Kirchenlieder zu lernen. Diese Mißstände sind unbedingt zu beseitigen. Es ist auch nicht mehr zu gestatten, daß katholische Kinder an dem protestantischen biblischen Geschichtsunterrichte theilnehmen, weil auch dieser Unterricht ein dogmatisches Gepräge trägt. Wenn trotz des Widerspruchs der Eltern oder des Seelsorgers protestantische Lehrer katholische Kinder zur activen Theilnahme am protestantischen Religionsunterrichte nöthigen, ist Remedur zu beantragen und event. an den Ordinarius zu berichten. Sache der Seelsorger wird es sein, die bezeichneten Mißstände in klugem Vorgehen durch angemessene Belehrung unter thunlichster Schonung der confessionellen Empfindlichkeit zu beseitigen.
4. Es ist dahin zu wirken, daß auch die passive Theilnahme an dem protestantischen Religionsunterricht thunlichst vermieden werde. Dies wird sich am leichtesten erreichen lassen, wenn der protestantische Religionsunterricht gemäß dem Ministerial-Erlaß vom 3. März 1844 sub Nr. 1 in die erste und letzte Unterrichtsstunde angesetzt wird.
5. Behufs Erwirkung eines schulplanmäßigen Religionsunterrichts für die katholischen Kinder ist zunächst deren Zahl festzustellen. Bei Feststellung derselben sind die Kinder aus Mischehen als katholische zu bezeichnen, wenn seitens der Eltern die katholische Kindererziehung gewollt ist. So lange die Eltern leben, wird sich dies leicht feststellen lassen; bei Halb- und Ganz-Waisen kommt durchaus nicht eineseitig die Declaration vom 21. November 1803 in Betracht, nach welcher die Kinder in der Confession des Vaters zu erziehen sind, sondern vor Allem gemäß §§ 78 und 82 Tit. 2. Th. II. A. L. R. der Wille der Ehegatten (s. Anlage II).
6. Im Allgemeinen ist von Schulwegen katholischer Religionsunterricht für die katholischen Kinder zu beschaffen, wenn 12 katholische Kinder eine protestantische Schule besuchen. (Circ.-Verf. der Königl. Reg. zu Breslau vom 5. April 1884. Ministerial-Erlaß vom 11. September 1873, s. Anlage III und IV). Die Königliche Regierung zu Oppeln nimmt die Zahl 10 als genügend an. (Verf. vom 24. Dezember 1883.) Ist die Zahl der katholischen Kinder in den einzelnen protestantischen Schulen geringer als 12, so wird durch Combination der katholischen

Kinder mehrerer nahegelegener Schulen die Einrichtung des katholischen Religionsunterrichts erreicht werden müssen.

7. Die Seelsorger werden, bevor sie die nothwendigen Anträge stellen, zunächst die katholischen Eltern über ihre Pflichten belehren und dieselben ermahnen, in etwaigen Terminen ihren Wunsch nach Einrichtung des katholischen Religionsunterrichts in der protestantischen Ortschule ohne Besorgniß zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere werden die katholischen Hausväter zu belehren sein, daß die Kosten dieses Unterrichts nicht ihnen allein, sondern der ganzen Schulgemeinde zur Last fallen. (S. unten Nr. 10.) Wiederholt ist bemerkt worden, daß katholische Hausväter aus Furcht vor Belastung und aus unstatthafter Nachgiebigkeit es abgelehnt haben, einen besonderen Religionsunterricht für ihre Kinder zu fordern; in solchen Fällen wird der Seelsorger die Hausväter ermuntern, belehren und an ihre Pflichten erinnern müssen.
8. Die Seelsorger müssen beantragen, an Terminen, in welchen über die Beschaffung des Religionsunterrichts für die katholischen Kinder verhandelt wird, theilnehmen zu dürfen, wie dies auch seitens der königlichen Regierung zu Duppeln (Verf. vom 28. Dezember 1883) angeordnet ist.
9. Bleiben die Anträge der Seelsorger erfolglos, so haben sich dieselben unter Einsendung des etwaigen Schriftwechsels an den Ordinarius zu wenden.
10. Die Kosten des Religionsunterrichts trägt die Schulgemeinde (Ministerial-Erlasse vom 11. September 1873, vom 4. October 1881, vom 27. Mai 1882). Dabei concurrirt der Patron mit dem gesetzlichen Antheile (Ministerial-Erlaß vom 5. April 1883, s. Anlage V—VII). Es ist grundsätzlich darauf zu halten, daß die Kosten von der Schulgemeinde getragen werden; darum ist den Versuchen, kirchliche Klassen an Stelle der Schulgemeinde zu belasten, oder nur die katholischen Hausväter heranzuziehen, entgegenzutreten. Dem Bedenken, daß durch Mehrbelastung der Schulgemeinde der Unmuth der protestantischen Eingeseffenen und confessioneller Unfriede provocirt werde, ist mit dem Hinweis zu begegnen, daß in Gegenden mit überwiegender katholischer Bevölkerung die katholischen Hausväter die gleichen Lasten zu Gunsten der protestantischen Minderheit tragen müssen. Ist die Gemeinde ohnedies schwer belastet, so wird zunächst bei der königl. Regierung eine Beihilfe zu erbitten sein, und zwar nicht für die Bestreitung der Kosten des Religionsunterrichts für die Kinder der confessionellen Minderheit, sondern überhaupt zur Bestreitung der allgemeinen Kosten der Volksschule. Nur im äußersten Falle sind Anträge auf Beihilfe aus Diöcesanfonds zulässig.

Anlage I.

Ministerial-Erlaß vom 3. März 1844. (Siehe, Die Verordnungen betreffend das gesammte Schulwesen in Preußen. 4. Auflage. Seite 435.)

Als in der ersten Hälfte des Jahres 1841 die religiöse Ausbildung solcher die Elementarschulen besuchenden Kinder, welche sich nicht zur Confession des angestellten Lehrers be-

kennen, von verschiedenen Seiten mit darauf gerichteten Anträgen bei mir zur Sprache gebracht wurde, veranlaßte ich die Königlichen Regierungen unter dem 13. Juni 1841 sowohl zur Berichterstattung über das in dieser Beziehung seither beobachtete Verfahren, als auch zu Vorschlägen über diejenigen Anordnungen, welche etwa zur Förderung der religiösen Unterweisung solcher Kinder, soweit diese der Schule obliegt, zu treffen sein möchten. Die Berichte der Königlichen Regierungen haben folgende Resultate ergeben:

1. An einigen Orten ist für den Religionsunterricht der bezeichneten Kinder von keiner Seite etwas geschehen, sondern es ist die Sorge dafür den Eltern überlassen worden.

2. An anderen Orten sind diese Kinder in Beziehung auf Lehre und Gebräuche den Kindern der andern Confeßion völlig gleich behandelt worden, so daß evangelische Kinder an dem katholischen und katholische Kinder an dem evangelischen Religionsunterrichte fortdauernd, oder doch bis zum 11. oder 12. Jahre Theil nahmen, von welchem Lebensalter an sie demnächst eine andere Schule ihrer Confeßion besuchten, oder doch zu dem kirchlichen Religionsunterrichte ihres Pfarrers angehalten wurden.

3. Hier und da ist ein allgemeiner Religionsunterricht für alle Kinder ohne confessionellen Charakter ertheilt worden.

4. Die Kinder haben blos an der kirchlichen Catechese Theil genommen, oder den Religionsunterricht von ihren Eltern oder einem anderen gebildeten Manne ihrer Confeßion erhalten.

5. Sie haben zwar nicht an dem confessionellen Religionsunterrichte der Schule, aber doch an dem Unterrichte in der biblischen Geschichte Theil genommen.

6. Die Lehrer lassen entweder nach eigenem Ermessen oder nach Anweisung des Pfarrers den betreffenden Catechismus auswendig lernen, enthalten sich aber jeder Erläuterung.

7. Der zunächst wohnende Lehrer, welcher der betreffenden Confeßion angehört, versammelt die seiner Confeßion angehörnden Kinder der benachbarten Schulen an den Nachmittagen des Mittwochs und Sonnabends und ertheilt nach Anleitung des Pfarrers den Unterricht in der Religionslehre und in der biblischen Geschichte. Der oft weiten Entfernungen wegen besuchen die Kinder diesen Unterricht erst nach zurückgelegtem 10. oder 11. Jahre. Die Lehrer haben diese Mühe theils unentgeltlich, theils gegen eine von den Eltern aufgebraachte Remuneration übernommen.

8. Die Pfarrer haben die Kinder der Umgegend an bestimmten Tagen in ihrem Hause oder in einer benachbarten Schule zum Religionsunterricht versammelt.

Wenn diese Uebersicht auf der einen Seite ein Verfahren erkennen läßt, welches, wie in den 1, 2 und 3 angegebenen Fällen wohl nicht gebilligt werden kann, so zeigen sich doch auch aner kennenswerthe Versuche, für die religiöse Ausbildung dieser Kinder dasjenige zur Ausführung zu bringen, was die obwaltenden Verhältnisse gestatten. Da der Religionsunterricht wesentlich Sache der Kirche ist, der Schule dagegen eine vorbereitende und unterstützende Mitwirkung unter ihrer Aufsicht zusteht, so erforderte die Natur des Gegenstandes ein weiteres Benehmen mit den kirchlichen Organen, und deswegen habe ich sowohl die Königlichen

Provincial-Consistorien in ihrem Gutachten gehört, als auch die Aeußerung der katholisch-geistlichen Diöcesan-Behörden in der Sache veranlaßt. Auf den Grund der im Allgemeinen übereinstimmenden Gutachten und Aeußerungen derselben bestimme ich nunmehr:

1. Ein die Elementarschule besuchendes Kind, welches nicht zur Confession des angestellten Lehrers gehört, soll von Seiten des Lehrers oder der Schulbehörden zur Theilnahme an dem Unterricht in der Religionslehre oder in der biblischen Geschichte, wie er in der Schule ertheilt wird, nicht angehalten, diese Theilnahme vielmehr nur dann gestattet werden, wenn die Eltern oder Vormünder des Kindes dieselbe ausdrücklich verlangen¹⁾. Der bezeichnete Unterricht ist in die erste, oder, wenn dies besondere Verhältnisse nicht gestatten sollten, in die letzte Vormittagsstunde zu verlegen.

2. Die Sorge für die religiöse Unterweisung dieser Kinder ist außer den Eltern oder Vormündern dem rechtmäßigen Pfarrer derselben zu überlassen, welcher nach den von seiner geistlichen Behörde ihm ertheilten Weisungen diejenigen Anordnungen zu treffen hat, welche ihm nach Maßgabe des Alters der betreffenden Kinder und der örtlichen Verhältnisse die angemessensten zu sein scheinen.

3. Der Lehrer soll das Auswendiglernen des vorschriftsmäßigen Catechismus bei den seiner Confession nicht angehörigen Kindern nur alsdann veranlassen und überwachen, wenn der Pfarrer dieser Kinder dazu die Erlaubniß ertheilt.

4. Wenn ein Lehrer oder Pfarrer die seiner Confession angehörigen Kinder einer oder mehrerer Schulen, denen ein Lehrer der andern Confession vorsteht, an bestimmten Tagen zum Religionsunterricht versammeln will, so soll ihm nach vorherigem Benehmen mit der vorgesetzten Schulbehörde die Benützung eines öffentlichen Schullokalis in solchen Stunden, in welchen dasselbe von der Schule, für welche es bestimmt ist, nicht gebraucht wird, gestattet werden.

5. Wenn der Lehrer für den Religionsunterricht, welchen er seiner Confession angehörigen Kindern anderer Schulen ertheilt, eine besondere Remuneration in Anspruch nimmt, so bleibt es ihm oder dem betreffenden Pfarrer überlassen, dieselbe bei den Eltern oder Vormündern dieser Kinder zu vermitteln. Ob bei künftigen Anstellungen der Lehrer eine nach Maßgabe der Verhältnisse denselben aufzuerlegende Verpflichtung vorzusehen sei, bleibt dem Ermessen der Königl. Regierung anheimgestellt.

Ich veranlasse die Königl. Regierung, hiernach die Superintendenten und Schul-Inspectoren Ihres Verwaltungs-Bezirks und durch diese die Ortsschul-Vorstände und Lehrer zu instruiren.

Berlin, den 3. März 1844.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

An die Königl. Regierung zu N.

(Circulare.) U. 24108.

¹⁾ Die Theilnahme der Kinder am Religionsunterrichte beider Confessionen zugleich ist selbst mit ausdrücklicher Zustimmung der Eltern nicht statthaft (vgl. Anzeiger für die kathol. Geistlichkeit, Frankfurt a/M. 1900, S. 129 und 1894, S. 111).

Die in Anlage II der genannten Instruction abgedruckten Entscheidungen der ersten Instanz sind inzwischen durch anderweite Entscheidungen der obersten Instanz, des Kammergerichts, überholt. Zur Orientirung über vorliegende Frage erwähnen wir Folgendes.

Ueber die religiöse Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen schreibt das Allg. L.-R. Theil II. Titel 2 vor:

§ 76. Sind die Eltern verschiedenen Glaubensbekenntnissen zugethan, so müssen bis nach zurückgelegtem 14. Jahre die Söhne in der Religion des Vaters, die Töchter aber in dem Glaubensbekenntniß der Mutter unterrichtet werden.

Abändernd hierzu bestimmt die Allerhöchste Declaration vom 21. November 1803: Se. Königl. Majestät von Preußen etc. haben in Erwägung gezogen, daß die Vorschrift des A. L. R. II. 2. § 76, nach welcher bei Ehen zwischen Personen verschiedenen Glaubensbekenntnisses die Söhne in der Religion des Vaters, die Töchter aber im Glaubensbekenntnisse der Mutter bis nach zurückgelegtem 14. Jahre unterrichtet werden sollen, nur dazu diene, den Religionsunterschied in den Familien zu verewigen und dadurch Spaltungen zu erzeugen, die nicht selten die Einigkeit unter den Familiengliedern zum großen Nachtheil derselben untergraben. Höchstidieselben setzen daher hierdurch allgemein fest: daß eheliche Kinder jedesmal in der Religion des Vaters unterrichtet werden sollen und daß zu Abweichungen von dieser gesetzlichen Vorschrift kein Ehegatte den anderen durch Verträge verpflichten dürfe. Uebrigens verbleibt es auch noch fernerhin bei der Bestimmung des § 78 a. a. O., nach welcher Niemand ein Recht hat, den Eltern zu widersprechen, solange selbige über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind.

Mit dieser Modifikation gelten dann weiter die §§ 77 und ff.

§ 77. Zu Abweichungen von dieser gesetzlichen Vorschrift kann keiner der Eltern den andern, auch nicht durch Verträge, verpflichten.

§ 78. So lange jedoch die Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind¹⁾, hat kein Dritter ein Recht, ihnen darin zu widersprechen.

§ 80. Auch nach dem Tode der Eltern muß der Unterricht der Kinder in dem Glaubensbekenntnisse desjenigen von ihnen, zu dessen Geschlecht sie gehören, fortgesetzt werden. (Seit der Declaration vom 21. November 1803 in der Religion des Vaters.)

§ 81. Auf eine in der letzten Krankheit erfolgte Religions-Änderung wird dabei keine Rücksicht genommen²⁾.

¹⁾ Wie diese Willenseinigung festzustellen sei, ist nicht vorgeschrieben, weshalb Schriftlichkeit oder gar ein Notariatsakt oder eine gerichtliche Erklärung nicht verlangt werden kann. Das Kgl. Kammergericht erkannte in dem Beschl. v. 6. Oct. 1890 an, daß die Einigung der Eltern keiner ausdrücklichen Erklärung überhaupt bedarf, sondern sich durch konkludente Handlungen vollziehen kann. Jahrb. Bd. 10, S. 77.) Entgegenlautende Verfügungen der Kgl. Regierungen, wonach Erklärungen von Ehegatten gemischter Religion, daß die Kinder in der Confession der Mutter zu erziehen seien, vor dem Landrath, Notar oder Amtsgericht (Magistrat) abzugeben seien, entbehren der gesetzlichen und rechtlichen Grundlage. Der Seelsorgsklerus wird sich dieserhalb immer wieder an den Landtag wenden und trasse Beispiele des Versuchs der Beeinflussung der Väter seitens des Landrathes zc. öffentlich bekannt machen müssen behufs Abänderung des Min.-Erl. v. 6. August 1886 (Centralbl. S. 710). Die Kgl. Regierung zu Liegnitz erklärte übrigens wiederholt, daß sie die förmliche ausdrückliche Erklärung nur dann fordere, wenn im Laufe des Schuljahres die Umschulung erfolgen solle.

²⁾ Wohl aber muß darauf Rücksicht genommen werden, wenn der Vater in der letzten Krankheit die künftige Erziehung der Kinder wieder in seiner Religion bestimmt und die frühere Zustimmung in eine andere Erziehung schriftlich oder vor Zeugen zurücknimmt.

§ 82. Hat aber der verstorbene Ehegatte ein zu seinem Geschlechte gehöriges Kind wenigstens durch das ganze letzte Jahr vor seinem Tode in dem Glaubensbekenntnisse des anderen Ehegatten unterrichten lassen, so muß dieser Unterricht in eben der Art nach seinem Tode bis zum vollendeten 14. Jahre des Kindes fortgesetzt werden.

§ 84. Nach zurückgelegtem 14. Jahre hingegen steht es lediglich in der Wahl der Kinder, zu welcher Religionspartei sie sich bekennen wollen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch hat hierin nichts geändert. Artikel 134 des Einführungsgesetzes sagt: Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die religiöse Erziehung der Kinder.

Ueber Anwendung dieser Gesetzesstellen sei hinzugefügt:

a) Gefordert wird ein ausschließlicher Religionsunterricht.

Das Kammergericht (Jahrb.¹⁾ Bd. 13, S. 410) entschied dahin, daß für eine religiöse Erziehung der Religionsunterricht allein keineswegs maßgebend ist, vielmehr dabei besonders in Betracht kommen soll, daß der gesammte gebotene Unterricht in Uebereinstimmung steht oder doch nicht in Widerspruch tritt mit den Lehren der Religion, welcher die Kinder zugeführt werden sollen, und Bd. 17, S. 37 dahin, daß mit der Vorschrift der Declaration vom 21. November 1803 über den Unterricht der Kinder aus gemischten Ehen grundsätzlich in der Religion des Vaters ein ausschließlicher Religionsunterricht gemeint ist und es somit dem Gesetze nicht entspricht, wenn Kinder des verstorbenen Vaters zwar in dessen Glauben, zugleich aber auch in einer anderen Confession unterrichtet werden. (Archiv f. l. R.-M. Bd. 72, S. 140.)

Die Ansicht des Feriensenats vom 13. August 1897, wonach Kinder aus Misch-ehe an dem Religionsunterricht beider Confessionen theilnehmen sollen, um sich nach vollendetem 14. Jahr frei für eine Confession entscheiden zu können (Anzeiger f. d. kathol. Geistlich. 1897, S. 322) ist als unhaltbar fallen gelassen. (Jahrb. Bd. 17, S. 38.)

b) Nicht unbedingt nothwendig ist der Besuch einer Confessionsschule.

Die religiöse Erziehung der Kinder bedingt nicht den gänzlichen Ausschluß derselben aus Schulen anderer Confessionen, sondern nur den Ausschluß von der Theilnahme an dem Religionsunterrichte der anderen Confession. Auch sichert das Gesetz der Mutter die Erziehung der Kinder. Nach § 1684 B. G. B. steht der Mutter die elterliche Gewalt zu, also auch das Recht der Erziehung (§ 1631 a. a. O.). Wenn für ein protestantisch zu erziehendes Kind die protestantische Erziehung, besonders der protestantische Religionsunterricht gewährleistet ist, so darf die katholische Mutter ein solches Kind auch in eine katholische Schule, ausschließlich des katholischen Religionsunterrichtes, senden. (Kammergericht, Jahrb. d. Entsch., Bd. 5, S. 56 — vgl. auch B. G. Nr. 256. VII. und Archiv f. l. Kirchenrecht, Bd. 77, S. 778.)

c) Von dem in der Declaration vom 21. November 1803 aufgestellten Grundsatz giebt es gesetzlich nur zwei Ausnahmen.

α. Einmal während bestehender Ehe eine etwaige abweichende Willenseinigung der Eltern. Diese aufrecht erhaltene Ausnahme, wonach, solange die Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind, kein Dritter ein Recht hat, ihnen darin zu widersprechen, ordnet nur das Verhältniß bis zum Tode des Vaters. Stirbt dieser, bevor die Kinder das Alter erreicht haben, in welchem ihnen Religionsunterricht ertheilt wird, so tritt wieder die Vorschrift der Declaration vom 21. November 1803 in Kraft, auch wenn der Vater vor seinem Tode ausdrücklich oder stillschweigend einen abweichenden Willen erklärt hat. Nur wenn der Vater ein Kind wenigstens während des ganzen letzten Jahres vor seinem Tode in dem Glaubensbekenntnisse der Mutter hat unterrichten lassen, so ist dieser Unterricht in derselben Art auch nach seinem Tode bis zum vollendeten 14. Lebensjahre des Kindes fortzusetzen (Jahrbuch Bd. 5, S. 65 und Bd. 6, S. 53).

β. Sodann der Fall des § 82. II. 2. Allgem. Landrechts, wenn der Vater ein Kind während des ganzen letzten Jahres vor seinem Tode in der von der seinigigen verschiedenen Confession des anderen Ehegatten hat unterrichten lassen; darauf, in

¹⁾ Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts.

welcher Religion die Kinder getauft worden sind, kommt es nicht an, auch die Beweggründe, aus denen der verstorbene Vater die Kinder in der Religion der Mutter unterrichten ließ, sind unerheblich, sofern er nicht etwa geistig unzurechnungsfähig war oder unter einem unüberwindlichen Zwange handelte. Andere Ausnahmen sind selbst dann nicht gerechtfertigt, wenn unter Anwendung jenes Grundsatzes in Verbindung mit der letztgedachten Ausnahme Zustände hervorgerufen werden, deren Vermeidung bei Erlass der Declaration gerade bezweckt wurde. (Jahrbuch Bd. 9, S. 44.) Letzteres war Jahrbuch Bd. 7, S. 40 angenommen worden.

d) Unterricht im Sinne des § 82 A. L. R. II. 2

bezw. der Declaration vom 21. November 1803 ist nicht nothwendig Schulunterricht. Es genügt, wenn das Kind von seiner Mutter oder von mehreren anderen Personen unter Zustimmung des Vaters in der Confession der Mutter auch vor Eintritt in das schulpflichtige Alter unterrichtet und erzogen wurde, z. B. mit Wissen und Willen des Vaters katholische Gebete gesprochen und das Kreuzzeichen gemacht (kathol. Gottesdienst besucht) hat. (Entsch. des Kammergerichts, vgl. Anzeiger f. d. kathol. Geistlich. 1899, S. 187 und Archiv f. kath. Kirchenrecht, Bd. 79).

e) Die religiöse Erziehung des älteren Kindes präjudiziert nicht der religiösen Erziehung der jüngeren Geschwister.

Früher hatte das Kammergericht (Beschluss v. 5. April 1886 und 10. October 1887) angeordnet, daß die jüngeren Kinder zur Vermeidung der Spaltung in der Familie in der Religion der älteren, bereits schulpflichtigen Kinder zu erziehen seien (Brandenburg, Geschäftsverwaltung des kathol. Pfarramtes, 3. Aufl. S. 78). In neuerer Zeit nimmt es wieder den Standpunkt ein, wonach die Thatsache, daß der Vater einen Sohn während des ganzen letzten Jahres vor seinem Tode nicht in seinem Glaubensbekenntnisse, sondern in dem der Mutter hat erziehen lassen, seinen Einfluß hat auf die Frage, in welchem Glaubensbekenntnisse die jüngeren Geschwister desselben zu unterrichten sind, so daß der religiöse Zwiespalt grade durch richterliche Entscheidung in die Familie hineingetragen wird. (Jahrb. Bd. 4, S. 78 und Bd. 5, S. 70 — Archiv f. l. Kirchenrecht Bd. 77, S. 157 und S. 778.)

Bei dieser Rechtsunsicherheit bleibt nur übrig, daß der Pfarrer in jedem einzelnen Falle, in dem es sich um die katholische Erziehung von Kindern aus Mischehen handelt, die Sache durch alle Instanzen hindurch verfolgt, wenn nicht von vornherein die katholische Erziehung gesetzlich unmöglich ist. Dem Pfarrer steht das Beschwerderecht zu, wenn es sich um die religiöse Erziehung handelt (Erk. d. Kammergerichts vom 20. Januar 1890), selbstverständlich auch der Mutter und dem Vormunde, ja sogar Jedem, da es sich um die Wahrung öffentlich rechtlicher Vorschriften handelt; denn nach § 83 A. L. R. II. 2 darf keine Religionsgesellschaft ein Kind vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre zur Annahme oder zum öffentlichen Bekenntniß zulassen, als wozu dasselbe nach den gesetzlichen Bestimmungen gehört.

Wird dagegen verstoßen, so ist deren Beachtung auf zwei Wegen erzwingbar: einmal durch Beschwerde gegen den Schulvorstand bei der Regierung, Abth. für Kirchen- und Schulsachen, bezw. bei dem Oberpräsidenten, und schließlich dem Kultusminister; sodann durch Beschwerde über den Vormund oder die Mutter beim Amtsgericht, Abth. für Vormundschaftsachen, bezw. beim Landgericht, Kammer für Civilsachen, und schließlich beim Kammergericht zu Berlin.

Wird vom Vormundschaftsgericht ein Vormund bestellt, so ist bei Auswahl desselben auf das religiöse Bekenntniß des Mündels Rücksicht zu nehmen (B. G. B. § 1779) und wenn der Vormund nicht dem Bekenntniß angehört, in dem der Mündel zu erziehen ist, so kann die Sorge für die religiöse Erziehung dem Vormunde entzogen werden (§ 1801 a. a. D.).

Die für den Fall einer anderweiten Einigung der Eltern bestehende Ausnahme von dem Grundsatz, daß Kinder aus gemischten Ehen in der Religion des Vaters zu erziehen sind, greift Platz, auch wenn die Eltern geschieden sind und wenn der Vater

die väterliche Gewalt und das Erziehungsrecht verloren hat und in unbekannter Abwesenheit lebt. Die Einigung der Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht bedarf keiner ausdrücklichen Erklärung, sondern kann sich durch konkludente Handlungen vollziehen. Ob sie vorhanden ist, ist unter Berücksichtigung der gesammten Sachlage zu beurtheilen. Die Einigkeit muß nicht bloß beim Eintritt des Kindes in das schulpflichtige Alter, sondern fortdauernd vorhanden sein. (Jahrbuch Bd. 10, S. 77.)

Ein uneheliches Kind ist in dem Glaubensbekenntniß der Mutter zu erziehen bis zum 14. Jahre (§ 642 A. L. R. II. 2) und zwar selbst dann, wenn das Kind bereits eine Zeit lang in einer anderen Religion unterrichtet worden ist (Jahrbuch Bd. 8, S. 50), und es folgt einem Confessionswechsel seiner Mutter sogar auch, wenn dieser durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts das Erziehungsrecht entzogen worden ist. (Jahrbuch Bd. 10, S. 71; anders früher, Jahrbuch Bd. 4, S. 79.)

Durch Adoption (Annahme an Kindesstatt) erhält das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden (B. G. B. § 1757). Adoptiv-Eltern haben somit hinsichtlich der religiösen Erziehung des Adoptiv-Kindes dieselben Rechte wie Eltern hinsichtlich ihrer Kinder.

Auch Pflegeeltern gebührt nach § 104, Anh. zu A. L. R. „die Befugniß, die Religion zu bestimmen, in welcher die von ihnen angenommenen Kinder bis zum 14. Jahre ihres Lebens erzogen werden sollen.“ Aber nur „wer ein von seinen Eltern verlassenes Kind in seine Pflege nimmt, erlangt über dasselbe alle persönlichen Rechte leiblicher Eltern“ (§ 753 A. L. R. II. 2). Da jedoch die Kommunen und Armenverbände gesetzlich verpflichtet sind, für elternlose u. Kinder zu sorgen und diese ihrem Bekenntniß gemäß erziehen zu lassen, so sind diese keine verlassenen Kinder, welche wegen Hilflosigkeit von anderen aus reiner Barmherzigkeit aufgenommen werden. Darum wird es kaum noch Pflegeeltern im Sinne genannter Paragraphen geben.

Anlage III.

Verfügung der Königlichen Regierung zu Breslau vom 5. April 1884.
(Siehe, I. Nachtrag, Seite 159.)

Auf den Bericht vom 22. Februar d. J. betreffend Ertheilung des confessionellen Religionsunterrichts an solche Minderheiten, welche sich nicht zu demjenigen Glauben bekennen, welcher in der von ihnen zu besuchenden Volksschule gelehrt wird, wird Ew. Hochwürden eröffnet, daß bei Beurtheilung derjenigen Fälle, in denen die Ertheilung eines besonderen Religionsunterrichts an die andersgläubigen Minderheiten in Erwägung zu ziehen ist, nicht ohne Weiteres das zufällige Vorhandensein einer nicht unbeträchtlichen Minderheit maßgebend sein kann. Es kann von den zur Schulunterhaltung Verpflichteten (Gemeinden, Societäten) nicht gefordert werden, daß sie außergewöhnliche Aufwendungen für die Einrichtung eines besonderen Religionsunterrichtes auch dann übernehmen, wenn nicht zuverlässig anzunehmen ist, daß diejenigen Umstände, welche jene Einrichtung erfordern würden, auch eine gewisse Beständigkeit derselben voraussetzen lassen. Es ist also jeder einzelne Fall, in welchem ein Bedürfniß zur Ertheilung confessionellen Religionsunterrichts an die andersgläubige Minderheit zu Tage tritt, nach den besonderen vorliegenden Verhältnissen zu beurtheilen.

Zu geringe Minderheiten können niemals den Anspruch machen, daß die Schulunterhaltungspflichtigen außergewöhnliche Ausgaben für die Einrichtung des besonderen Religionsunterrichtes übernehmen, wenn sie nicht etwa von denjenigen, für welche die Ausgaben übernommen werden, ausgiebige Beihilfen zur Bestreitung der Ausgaben erhalten. Als Anhalt wird im Allgemeinen gelten können, daß schon 12 der confessionellen Minderheit angehörige Kinder einer besonderen Berücksich-

tigung bedürfen, wobei allerdings zu beachten ist, daß Kinder aus Mischehen im Allgemeinen nach der Allerhöchsten Declaration vom 21. November 1803 der Religion des Vaters folgen. Muß in der Zahl der andersgläubigen Minderheit eine gewisse Beständigkeit anzunehmen sein, so wird als Anhalt zur Beurtheilung dieses Erfordernisses die Zahl der der confessionellen Minderheit angehörigen ortsangesessenen Bevölkerung und außerdem die Durchschnittszahl der die betreffenden Volksschulen seit 3 Jahren besuchenden der confessionellen Minderheit angehörigen Kinder in Berücksichtigung zu ziehen sein. Endlich sind wir mit Ew. Hochwürden darin einverstanden, daß, wenn Schulen beider Confessionen am Orte vorhanden, die Erzieher also in der Lage sind, die ihrer Erziehung anvertrauten Kinder in die eine oder die andere Confessionsschule zu senden, die betreffenden Kinder in jedem Falle auch dem Religionsunterrichte derjenigen Schule beizuwohnen müssen, welche sie besuchen, damit die Aufsicht über einen geordneten Schulbesuch ermöglicht werde.

An
den Königl. Kreisschulinspector Herrn R.
in R.

Anlage IV.

Ministerial-Erlaß vom 11. September 1873. (Siehe, Seite 416.)

Mit der Königlichen Regierung bin ich, wie ich auf den Bericht vom 26. März d. J. erwidere, darin einverstanden, daß die Umwandlung bisher katholischer Confessionsschulen in Simultanschulen durch Anstellung evangelischer Lehrer besonders geeignet ist, um den in der Diaspora befindlichen evangelischen Kindern einen confessionellen Religionsunterricht, den sie noch vielfach entbehren müssen, angeeignen zu lassen. Es ist daher da, wo das Bedürfnis vorhanden ist und die Verhältnisse dies gestatten, mit derartigen Einrichtungen vorzugehen. Wo dies nicht angängig ist, da wird von dem bisherigen Auskunftsmitel, daß evangelische Lehrer den in katholischen Schulen befindlichen evangelischen Kindern confessionellen Religionsunterricht ertheilen, weiter Gebrauch zu machen sein.

Zur Aufbringung der Remuneration ist überall die Schulgemeinde verpflichtet, wenn die Zahl der betreffenden Kinder nicht verschwindend klein ist. Bei Entscheidung über die Nothwendigkeit der Beschaffung confessionellen Religionsunterrichts wird nicht in mechanischer Weise zu verfahren sein, indem lediglich auf die Zahl dieser Kinder gerücksichtigt wird, sondern es werden auch noch andere für die Einrichtung sprechende Umstände ins Auge zu fassen sein, und es ist gestattet, daß die evangelischen Kinder aus verschiedenen katholischen Schulen an einem bestimmten Orte zur Empfangnahme des Religionsunterrichtes gesammelt werden, in welchem Falle sodann die einzelnen Schulgemeinden, denen die Kinder angehören, zur Aufbringung der Remuneration pro rata heranzuziehen sind. Sind einzelne Gemeinden zur Gewährung der Remuneration nicht im Stande, so ist denselben ein Zuschuß aus den zur Unterstützung leistungsunfähiger Gemeinden bestimmten Fonds zu gewähren. Besondere Mittel können für den besagten Zweck nicht zur Verfügung gestellt werden. Von der Anstellung von Wanderlehrern ist in der Regel abzusehen und statt dieses mangelhaften Nothbehelfs überall, wo das

Bedürfniß vorhanden ist, eine ordentliche Schuleinrichtung ins Leben zu rufen.

Selbstredend finden diese Vorschriften auch für die umgekehrten Fälle, wo katholische Kinder in evangelischen Schulen in der Minderzahl vorhanden sind, ihre Anwendung.

Berlin, den 11. September 1873.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

An
die Königl. Regierung zu R.
U. 24547.

Anlage V.

Ministerial-Erlaß vom 4. October 1881. (Siehe, I. Nachtrag, S. 156.)

Der Königl. Regierung bemerke ich in Erwiderung der in dem Berichte vom 8. Juli gestellten Frage bezüglich der Ertheilung des Religionsunterrichtes an die Kinder der confessionellen Minderheit in den Volksschulen des dortigen Bezirks Folgendes:

So lange von den Eltern oder deren Seelsorgern ein Widerspruch dagegen nicht erhoben wird, daß der Katechismusunterricht der confessionellen Minorität von dem Lehrer der Majorität wie bisher ertheilt wird, ist es, falls es sich nicht um erhebliche Minoritäten handelt und sonst Unzuträglichkeiten daraus nicht erwachsen, bei der bisherigen Praxis zu belassen. Zur Aufbringung der durch die Ertheilung des confessionellen Religionsunterrichtes entstehenden Kosten ist die Schulgemeinde verpflichtet, da der Religionsunterricht ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand der Volksschule ist. In dieser Beziehung ist überhaupt an den Bestimmungen des Erlasses vom 11. September 1873 (Centr.-Bl. S. 683) thunlichst festzuhalten und auch in solchen Fällen, wo die confessionelle Minderheit eine verschwindend kleine ist und in Folge dessen der confessionelle Unterricht für mehrere Schulen gemeinschaftlich eingerichtet wird, die Vertheilung der Kosten auf die einzelnen Schulgemeinden pro rata zu bewirken.

In Anerkennung der Schwierigkeiten, welche die Beitreibung dieser Kosten vielfach verursacht, ist principaliter auf eine gütliche Verständigung mit den Gemeinden hinzuwirken, auch auf die Mitwirkung von privaten Mitteln Bedacht zu nehmen und erst event. eine Belastung der Schulgemeinden herbeizuführen.

Was schließlich die Unzuträglichkeiten anbelangt, die sowohl vom pädagogischen Standpunkte gegen die Ertheilung des Unterrichts an einem andern als dem Schulorte geltend gemacht werden können, als auch aus der nebenamtlichen Beschäftigung einiger Lehrer hergeleitet werden, so wird zunächst abzuwarten sein, ob solche resp. in welchem Grade sie hervortreten werden.

Berlin, den 4. October 1881.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

An
die Königl. Regierung zu Breslau
U. III. a. 15164.

Anlage VI.

Ministerial-Erlaß vom 27. Mai 1882. (Siehe, I. Nachtrag, S. 158.)

Auf den Bericht vom 21. April d. J. betreffend die Deckung der Kosten eines besonderen confessionellen Religionsunterrichts in öffentlichen Volksschulen für solche Schüler, welche einer anderen Confession als derjenigen angehören, zu welcher sich die an der Schule angestellten Lehrer bekennen, erwidere ich der Königl. Regierung, daß zu diesem Zweck nach dem Circ.-Erlaß vom 5. Mai 1869 unter II. a. (Centr.-Blatt 1869, S. 271) eine Bewilligung besonderer Staatsbeihilfen aus den Fonds Cap. 121, Tit. 27, Abth. III des Etats für die dortige geistliche und Unterrichts-Verwaltung grundsätzlich nicht erfolgen darf. Ist die Einrichtung eines besonderen confessionellen Unterrichts nach den dieserhalb bestehenden allgemeinen Anordnungen nothwendig, so haben die zur Bestreitung der Schul-Unterhaltungskosten Verpflichteten diese Kosten zu tragen. Sollten dieselben infolge dessen erweislich unfähig werden, die Besoldungen der an den betreffenden Schulen angestellten ordentlichen Lehrkräfte zu sichern, so würde zu diesem Zweck je nach Umständen und Bedürfnis eine jederzeit widerrufliche Staatsbeihilfe zum Stelleneinkommen der ordentlichen Lehrkräfte zu gewähren oder die zu diesem Behuf etwa schon gewährte Staatsbeihilfe entsprechend zu erhöhen sein, wie dies nach den Erlassen vom 27. Mai 1873, 2. November 1875 und 3. Januar 1876 in Fällen zulässig ist, wo durch Remunerirung der Lehrerinnen für den weiblichen Handarbeitsunterricht die Leistungskräfte der Beitragspflichtigen derart geschwächt werden, daß sie die Gehälter der ordentlichen Lehrkräfte nicht mehr aufzubringen vermögen.

Berlin, den 27. Mai 1882.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

An

die Königl. Regierung zu P.

U. III. a. 13159.

Anlage VII.

Ministerial-Erlaß vom 5. April 1883. (Siehe, I. Nachtrag, Seite 157.)

Ev. Wohlgeboren Beschwerde vom 23. November v. J. über die wegen Einrichtung des Evangelischen Religionsunterrichts an der katholischen Schule in N. und wegen Heranziehung des Fürstlich Pleß'schen Dominiums N. und bezw. der Gemeinde N. zu den durch die gedachte Einrichtung entstehenden Kosten vermag ich, wie ich Ihnen hiermit ergebenst erwidere, als begründet nicht anzuerkennen.

Unter den zur katholischen Schule in N. gewiesenen Kindern befindet sich eine erhebliche Zahl evangelischer Kinder. Die Zahl der letzteren betrug zur Zeit einer am 29. April d. J. stattgehabten Revision 26.

Da der Religionsunterricht ein integrierender Theil des Volksschulunterrichtes ist, so ist nicht erst, wie Ev. Wohlgeboren anzunehmen scheinen, durch den Erlaß vom 11. September 1873 der Grundsatz eingeführt, sondern bereits seit mehreren Jahrzehnten von der Unterrichts-Verwaltung der Grundsatz festgehalten worden, daß, wenn zu einer Volksschule

Kinder beider christlichen Confessionen gewiesen sind, in der Regel der entsprechende confessionelle Religionsunterricht nicht bloß für die der einen, sondern auch für die der anderen Confession angehörenden Kinder Aufgabe der betreffenden Volksschule, obligatorischer Lehrgegenstand derselben ist.

Wenn daher die Königliche Regierung in N. angeordnet hat, daß an der katholischen Schule in N. für die zu dieser Schule gewiesenen evangelischen Kinder besonderer Religionsunterricht einzurichten sei und zwar in der Art, daß die Ertheilung dieses Unterrichtes dem an der benachbarten Schule in N. angestellten evangelischen Lehrer N. gegen Gewährung einer entsprechenden, von der Regierung festgesetzten Remuneration zu übertragen sei, so entspricht diese Anordnung dem vorgedachten allgemeinen Grundsatz und den wegen Anwendung desselben erlassenen ministeriellen Weisungen.

Die Einwendungen, welche Ew. Wohlgeboren gegen die gesetzliche Zulässigkeit der Einführung des evangelischen Religionsunterrichtes an der im Sinne des Schulreglements vom 18. Mai 1801 katholischen Schule in N. unter Berufung auf vermeintlich entgegenstehende Vorschriften dieses Reglements erheben, kann ich für stichhaltig nicht erachten. Dieselben finden ihre Widerlegung in den auch für die vorliegende Frage zutreffenden Ausführungen, durch welche das Königliche Oberverwaltungsgericht seine Entscheidung vom 2. Dezember 1876 in Betreff der gesetzlichen Zulässigkeit der Einführung des Unterrichtes in weiblichen Handarbeiten auch im Bereiche der Geltung des Schulreglements vom 18. Mai 1801 unter Bezugnahme auf eine frühere Entscheidung vom 29. September 1876 begründet hat.

Ew. Wohlgeboren versuchen die Gesetzmäßigkeit der von der Königlichen Regierung in N. getroffenen Anordnung insbesondere unter Berufung darauf in Frage zu stellen, daß der Inhalt der Schlußsätze unter Nr. 7 des Reglements vom 18. Mai 1801 der gedachten Anordnung entgegenstehe. Dies ist indeß nicht der Fall. Die Natur der Sache begründet die Annahme, daß die gedachten Sätze überhaupt nur reglementaren Charakter haben — eine Annahme, welche, wie das Königliche Oberverwaltungsgericht in dem Erkenntniß vom 5. April 1878 zutreffend bemerkt, dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß eine Verordnung ihres übrigen Inhaltes wegen als Gesetz publizirt ist. Abgesehen hiervon enthalten aber auch die gedachten Sätze eine ausdrückliche Verbotsbestimmung, an einer Schule, auf welche die Vorschriften des Reglements wegen der Confession, welcher der an derselben anzustellende Lehrer angehören müsse, Anwendung finden, den Religionsunterricht auch für die der Confession des Lehrers nicht angehörenden Schulkinder als obligatorischen Lehrgegenstand einzuführen, keineswegs.

Ist hiernach die von der Königlichen Regierung in N. wegen Einführung des evangelischen Religionsunterrichtes an der katholischen Schule in N. getroffene Anordnung unter den obwaltenden Verhältnissen sachlich gerechtfertigt und gesetzlich begründet, so ist auch die Heranziehung des fürstlichen Dominiums N. und der Gemeinde N. zur antheiligen Aufbringung der Kosten der Remuneration für den mit der Ertheilung des evangelischen Religionsunterrichtes beauftragten Lehrer als den Vorschriften des Reglements vom 18. Mai 1801 entsprechend zu erachten.

Ew. Wohlgeboren Berufung darauf, daß diese Heranziehung mit der Entscheidung des Königlichen Oberverwaltungsgerichtes vom 24. November 1877 (Entscheidungen Bd. 3, S. 117) im Widerspruche stehe, kann ich um deshalb nicht für zutreffend erachten, weil die gedachte Entscheidung nur den Fall der Einrichtung einer paritätischen oder Simultanschule betrifft. Eine solche Schule ist die Schule in N. nicht, vielmehr nach wie vor eine im Sinne des Reglements vom 18. Mai 1801 katholische geblieben.

Ich befinde mich hiernach nicht in der Lage, die wegen Festsetzung und Repartition der Remuneration für den evangelischen Religionsunterricht an der katholischen Schule in N. erlassene Verfügung aufzuheben und die Rückzahlung der auf Grund dieser Festsetzung und Repartition eingezogenen Beiträge anzuordnen.

Berlin, den 5. April 1883.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

An

den Fürstlich Pleß'schen General-Bevollmächtigten
Herrn N. Wohlgeboren zu N.
U. III. a. 10519.

b) Fb. Erlaß vom 28. Februar 1891. G. B. Nr. 270. II.

Verschiedene Vorfälle veranlassen mich, der hochwürdigsten Pfarrgeistlichkeit die Verordnungen der staatlichen Schulverwaltung bezw. meiner verewigten Vorgänger wegen des Religionsunterrichts für die Schulkinder confessioneller Minderheiten in Erinnerung zu bringen:

1. Laut Ministerial-Erlasses vom 18. Mai 1886 soll in der Volksschule der Religionsunterricht für die Kinder confessioneller Minderheiten überall da eingerichtet werden, wo die Zahl derselben nicht unter 12 herabgeht.
2. Zur Tragung der Kosten dieses Unterrichts sind an erster Stelle die (Schul-)Gemeinden verpflichtet; bei Unvermögen derselben tritt Staatshilfe ein. (Ebendaselbst.)

Eine Heranziehung der Eltern und Confessionsangehörigen solcher Kinder zu diesen Kosten kommt also nur insofern in Betracht, als diese zu den gemeinsamen Kosten des Schulverbandes beizutragen haben, nicht aber, als ob die Hausväter der betreffenden Confession allein diese Kosten zu tragen hätten.

3. Schulkinder, die in ihren Schulen eine sehr geringe Minderheit bilden, sind mit Kindern aus einer oder mehreren anderen Schulen zu einem gemeinschaftlichen Religionsunterrichte zu vereinigen, falls der Schulweg nicht mehr als 4 Kilometer beträgt. (Ministerial-Erlaß vom 29. Januar 1887.)
4. Auch in diesem Falle haben zunächst die Schulgemeinden, denen die betreffenden Kinder angehören, nach Verhältniß der Zahl der letzteren für die Kosten dieses Religionsunterrichts aufzukommen.
5. Die Unterrichtsräume sind von den Schulgemeinden unentgeltlich herzugeben. (Ministerial-Erlaß vom 18. Mai 1886.)
6. Wo zum gemeinschaftlichen Religionsunterricht eine confessionelle Minderheit von 18 Kindern vereinigt ist, soll eine zweite Religions-

stunde eingeführt werden, falls nicht die Entfernung des Lehrers oder der Schulkinder von dem Unterrichtsorte zu erheblich ist¹⁾).

7. Die Anträge wegen Einrichtung eines solchen Religionsunterrichts sind von den Herren Pfarrgeistlichen durch Vermittelung der zuständigen Schulaufsichtsbeamten an die betreffende Königliche Regierung zu richten.

Die hochwürdige Pfarrgeistlichkeit wird demnach sich angelegen sein lassen, nach diesen Grundsätzen für den Religionsunterricht der katholischen Schulkinder in nichtkatholischen Schulen Sorge zu tragen; die Herren Erzpriester aber beauftrage ich, bei ihren jährlichen Visitationsberichten durch eine angelegte Tabelle den Nachweis zu liefern, wie in den einzelnen Gemeinden des Archipresbyterats dieser pflichtmäßigen Sorge entsprochen worden ist.

Der Fürstbischof.

† Georg.

c) Circular vom 26. Februar 1894.

(Als Ergebnis angestellter Erhebungen theilt das Circular mit, daß noch gegen 1800 katholische Kinder in protestantischen Schulen ohne besonderen Religions-Unterricht sind und mehr als 1500 noch am protestantischen Religions-Unterrichte theilnehmen und fährt dann fort:)

Diejenigen Herren Seelsorger demnach, in deren Pfarreien katholische Kinder, welche protestantische Schulen besuchen, noch in größerer oder geringerer Zahl entweder ohne katholischen Religionsunterricht sind, oder an dem protestantischen Religionsunterrichte, — sei es auch nur in der biblischen Geschichte, — sich betheiligen, weise ich unter Bezugnahme auf die amtlichen Verordnungen Nr. 270. II. und 279. II. hierdurch auf's Neue eindringlichst an, unter Anwendung aller Mühe und Umsicht in der erforderlichen Weise abhelfend einzutreten.

Jedoch auch jene Seelsorger, in deren Pfarreien die katholischen Kinder protestantischer Schulen mit katholischem Religionsunterrichte wohl versehen sind, sollen nicht aufhören, diesem Unterrichte ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zu bewahren.

Zur Erhaltung der beständigen nothwendigen Wachsamkeit aller betheiligten Herren Seelsorger nach dieser Richtung hin, habe ich für gut befunden, Nachstehendes zu bestimmen:

1. Die Herren Pfarrer werden es sich angelegen sein lassen, den von katholischen Lehrern in protestantischen Schulen übernommenen katholischen Religionsunterricht, insbesondere bezüglich der regelmäßigen Ertheilung durch die Lehrer und des Besuches seitens der Kinder zu überwachen und, sofern es der größeren Entfernung vom Pfarrorte wegen nicht öfter geschehen kann, jährlich wenigstens einmal zu revidiren.

2. Meiner Verfügung vom 25. April 1892 G. R. 2708 in dem Verordnungsblatte Nr. 282. I. entsprechend werden die Herren Pfarrer nach (nicht vor) dem Beginn eines jeden Schuljahres die Zahl der katholischen Kinder in den protestantischen Schulen ihrer Pfarreien genau feststellen.

3. Bis zum 1. Juni jeden Jahres ist von dem laufenden Jahre ab seitens der Herren Pfarrer eine Nachweisung nach dem beifolgenden

¹⁾ Ministerial-Erlaß vom 1. Juli 1890 und 30. September 1890. (Hier wird ein wöchentlich zweimaliger, und zwar jedesmal zwei Stunden während Religionsunterricht angeordnet.)

Formulare¹⁾ bezw. ein Negativ-Attest an die Herren Erzpriester einzusenden, welche die gesammelten Nachweisungen und Atteste bis zum 1. Juli des betreffenden Jahres mir überreichen werden.

4. Um eine gewisse Ordnung in der Auszahlung der von mir bewilligten Remunerationen herbeizuführen, werden von dem laufenden Jahre an der 1. Juli und 2. Januar als Zahlungstermine festgesetzt; die von den betreffenden Religionslehrern ausgestellten Quittungen sind von den Herren Ortspfarrern an die Bisthums-Hauptkasse einzusenden, worauf der entsprechende Betrag dem letzteren zur Behändigung an den Lehrer zugehen wird. Die Quittung ist von dem Herrn Pfarrer mit folgender Bescheinigung zu versehen: „Der Lehrer N. hat in der protestantischen Schule zu N. den katholischen Religionsunterricht an (wie viel?) Kinder in (wie viel?) Unterrichtsstunden erteilt. N. den . . . ^{ten} . . . 189 . N. N. Pfarrer.“

5. Die Herren Pfarrer werden sich weiterhin über die Ab- und Zunahme der an dem katholischen Religionsunterrichte in protestantischen Schulen theilgenommenen Kinder im Laufe des Jahres von Zeit zu Zeit informiren und, falls die Zahl derselben 12 oder mehr beträgt, die Einrichtung katholischen Religionsunterrichts, — wenn solcher bisher noch nicht erteilt worden, — der Verordnung Nr. 270. II. sub 7 gemäß — selbst bei der kgl. Regierung beantragen, oder, wenn katholischer Religionsunterricht bereits erteilt wird, bei der kgl. Regierung dahin vorstellig werden, daß dieselbe für die Remuneration des katholischen Religionsunterrichts Sorge trage. Sinkt die Zahl der an einem von mir remunerirten Religions-Unterrichte theilgenommenen Kinder in einer protestantischen Schule unter 6 herab, so ist mir durch den betreffenden Herrn Pfarrer davon Mittheilung zu machen, weil ich bei der weitgehenden, über 5000 M. umfassenden Inanspruchnahme meiner Mittel für den in Rede stehenden Zweck, im Allgemeinen daran festhalten muß, für geringere Minoritäten meinerseits Leistungen nicht mehr zu gewähren, es vielmehr der Gewissenspflicht der Herren Pfarrer überlassen muß, für die religiöse Unterweisung einzelner katholischer Kinder ihrer Pfarreien Sorge zu tragen.

Zu dem oben sub 3 berührten Punkte bemerke ich, daß in Rücksicht auf die daselbst vorgeschriebenen jährlichen Formularberichte von dem gegenwärtigen Jahre ab die bisher mit den Visitationsprotokollen nach Verordnung 271. III. einzureichenden Separatberichte in Wegfall kommen und über die in vorgedachter Verordnung sub 1—3 aufgestellten Fragen²⁾ in den Visitationsprotokollen an der entsprechenden Stelle genau Auskunft zu geben ist.

Die in vielen Fällen mangelhaft erfolgte Ausfüllung der einzelnen Colonnen der letztlich eingereichten Formulare, so wie die zuweilen höchst mangelhafte äußere Verfassung, in welcher dieselben vorgelegt worden, veranlaßt mich, die Herren Erzpriester zu ersuchen, daß sie zur Vorlage ungeeignete oder ungenügende Formulare alsbald zur Verbesserung zurückstellen.

Indem ich schließlich dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus nochmals dringend ans Herz lege, der katholischen Kinder in protestantischen Schulen mit aller Hingebung und priesterlicher Opferwilligkeit sich anzunehmen, spreche ich für die zu einer befriedigenden Erledigung meiner oben be-

¹⁾ Formular siehe nächste Seite.

²⁾ Siehe unten unter Abschnitt: Erzpriester.

Formulariet betreffend die katholischen Kinder in protestantischen Schulen.

Pfarrrei

Archipresbyterat

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Sanfte Nr.	Bezeichnung der protestantischen Schulen, welche von katholischen Lehrern besucht werden.	Zahl der katholischen Kinder mit Be- such der Schule (jährlich 1894/5).	Welchen katho- lischen Kinder am protestan- tischen Religionsunter- richte theil? und wie viele?	Wird katholischer Religionsunter- richt erteilt?	Wie viele ka- tholische Kinder nehmen am katholischen Religions- unterrichte theil?	Von wem und in wie vielen wöchentlichen Stunden wird katholischer Religionsunterricht erteilt?	Wird die Ge- theilung des katholischen Religions- unterrichtes honoriert? wie hoch? und von wem?	In wie vielen Wochen hat im vorange- gangenen Schuljahre katholischer Religions- unterricht stattgefunden?	Wie oft hat im vorange- gangenen Schuljahre @dellahre der Pfarrer diesen Religionsunter- richt erteilt?	Bemerkungen.

N. N., den

189

Pfarrer.

zeichneten früheren Verfügung aufgewendete Mühewaltung hierdurch meinen Dank aus und hege die zuversichtliche Erwartung, daß die in Vorstehendem bezeichneten weiteren Bestimmungen allseitige, sorgfältige Beachtung finden werden.

An die Hochwürdigsten Herren Pfarrer und
Pfarradministratoren. G. R. 1448.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 57. Feststellung der Zahl der Kinder ohne besonderen Religionsunterricht.

G. B. Nr. 308. III.

Breslau, den 23. April 1895.

Auf das geneigte Schreiben vom 23. November v. J. (G. R. 6790) beehren wir uns, Euer Eminenz ganz ergebenst davon in Kenntniß zu setzen, daß wir die Kgl. Kreisschulininspectoren angewiesen haben, hinfort alljährlich vier Wochen nach Beginn des Schuljahres¹⁾ den zuständigen Erzpriestern ein vollständiges Verzeichniß derjenigen Schulkinder ihres Bezirks zuzustellen, für welche ein besonderer Religionsunterricht seitens der Schulverwaltung bisher nicht eingerichtet werden konnte, und ihnen außerdem jede im Laufe des Schuljahres etwa eintretende Veränderung alsbald mitzutheilen.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
v. Wallenberg.

An
den Cardinal-Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Eminenz
II. III. IV. 909. II. hier.

Nr. 58. Verbot der Theilnahme an dem Religionsunterrichte einer anderen Confession.

G. B. Nr. 286. I.

Regierung Breslau.

Breslau, den 16. September 1892.

Unter Bezugnahme auf das geneigte Schreiben vom 14. Januar d. J. (G. R. 6826) versehen wir nicht, Euer Fürstliche Gnaden ganz ergebenst davon in Kenntniß zu setzen, daß wir durch an sämtliche Königliche Kreisschulininspectoren unseres Bezirkes gerichtete Verfügung vom 5. d. Mts. die Bestimmung des Ministerial-Erlasses vom 3. März 1844, — wonach Schulkinder, die nicht zur Confession des Lehrers gehören, zur Theilnahme an dem Unterrichte in der Religionslehre oder in der biblischen Geschichte, wie er in der Schule ertheilt wird, nicht angehalten werden dürfen, diese Theilnahme vielmehr nur dann zu gestatten ist, wenn die Eltern oder Vormünder dieselbe ausdrücklich verlangen, — in Erinnerung gebracht und gleichzeitig die Königlichen Kreis-Landräthe, bezw. den Königlichen Polizeipräsidenten hierselbst allein mit der Entgegennahme etwaiger Erklärungen der Eltern oder Vormünder betraut haben.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
gez. v. Wallenberg.

An
den Fürstbischof Herrn Dr. Kopp,
Fürstliche Gnaden
II. III. 3332. hierselbst.

¹⁾ Vgl. vorstehendes Circular vom 26. Februar 1894, Nr. 2.

Nr. 59. Remuneration für Ertheilung dieses Religionsunterrichtes.

Circular vom 16. März 1897.

Nachdem durch den Landtag eine Summe von 50000 Mk. zur Verwendung als Remunerationen für die Ertheilung confessionellen Religionsunterrichts an Schulkinder, welche der Confession des Lehrers nicht angehören, bewilligt worden, muß darauf Bedacht genommen werden, die bisher für die Ertheilung katholischen Religionsunterrichts in protestantischen Schulen aus kirchlichen Mitteln irgend welcher Art gewährten Remunerationen überall da in Wegfall zu bringen, wo die Zahl der katholischen Kinder in einer protestantischen Schule 12 oder mehr beträgt.

Ich veranlasse daher hierdurch die Herren Seelsorger, in deren Pfarreien Remunerationen für katholischen Religionsunterricht an 12 oder mehr Kinder, — sei es durch die Bisthums-Hauptkasse, den Bonifacius-Verein oder sonstige kirchliche Institute, — gezahlt werden, alsbald bei der betreffenden Königlichen Regierung dahin vorstellig zu werden, daß von dem Beginne des neuen Schuljahres ab die qu. Remunerationen auf Staatsmittel übernommen werden.

Sofern ein Seelsorger dies zu thun unterläßt, wird er seinerseits für die Zahlung der Remuneration aufzukommen haben.

Nach Verlauf von 8 Wochen wollen die betreffenden Herren mir berichten, daß und mit welchem Erfolge sie an die Königliche Regierung sich gewendet haben.

Unter Bezugnahme auf meine Circular-Verfügung vom 26. Februar 1894, G. R. 1448, ermahne ich alle Herren Seelsorger von neuem eindringlich, die Einrichtung besonderen Religionsunterrichts für die katholischen Kinder in protestantischen Schulen sowie die Abstellung der Theilnahme an dem protestantischen Religionsunterrichte sorgsamst sich angelegen sein zu lassen, da nach den Formularberichten des vorigen Jahres von den 9746 katholischen Kindern in protestantischen Schulen noch 1941 keinen katholischen Religionsunterricht erhalten und 825 noch an dem protestantischen Religionsunterrichte theilnehmen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß durch die Vereinigung der katholischen Kinder mehrerer protestantischer Schulen im Pfarrorte oder in einer der betreffenden protestantischen Schulen, — sofern die bestehenden Entfernungen dies zulassen, — die Einrichtung eines besonderen Religionsunterrichts für dieselben ermöglicht werde.

Die Beschaffenheit einer nicht unerheblichen Anzahl von Berichten läßt erkennen, daß viele Seelsorger nicht mehr im Besitze meiner Circular-Verfügung vom 26. Februar 1894, G. R. 1448, und des derselben beigegebenen Schema zu den Formularberichten sich befinden, wiewohl auf letzterem ausdrücklich bemerkt ist, daß es in der Pfarr-Registratur aufbewahrt werde, um als Norm zu dienen. Da noch eine Anzahl Exemplare hier vorhanden ist, veranlasse ich die betreffenden Herren, zum Bezuge eines solchen an meine Geheime Kanzlei sich zu wenden. Jedenfalls sind indessen die Berichte in Zukunft in der vorgeschriebenen Form zu erstatten und ist dabei zu beachten, daß die in einzelne Colonnen aufzunehmenden Zahlen nicht mit Buchstaben, sondern mit Ziffern eingetragen und möglichst genaue Angaben gemacht werden.

Bezüglich jener Archipresbyterate, in welchen thatsächlich keine Pfarrei mit katholischen Kindern in protestantischen Schulen sich befindet, genügt

es, daß nur der Erzpriester ein dahin lautendes Negativ-Attest überreicht. Die Negativ-Atteste einzelner Pfarreien eines Archipresbyterats können auf einem einfachen Halbbogen ausgestellt werden. Die Herren Erzpriester wollen die in ungenügender Form übergebenen Berichte alsbald zur Nichtigstellung zurücksenden.

Einer Zusammenstellung des Inhalts der Formularberichte auf einem besonderen Bogen seitens der Erzpriester bedarf es nicht.

Endlich wollen die Herren Erzpriester Sorge tragen, daß die Berichte rechtzeitig und nicht, — wie ungeachtet der ergangenen Erinnerungen mehrfach geschehen, — erst am Schlusse des Jahres eingesendet werden.

An
die Hochwürdigsten Herren Pfarrer
und Pfarradministratoren.
G. R. 1798.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 60. Form der Quittung für die Remuneration.

G. B. Nr. 310. I.

Auf den behufs Erhebung der Remunerationen für den in protestantischen Schulen erteilten Religionsunterricht eingesendeten Quittungen fehlt vielfach die in der Cirkular-Verfügung vom 26. Februar 1894 — G. R. 1448 — sub 4 vorgeschriebene Bescheinigung des Pfarrers, wodurch unnötige Correspondenzen und Portokosten verursacht werden. An die Beachtung dieser Vorschrift wird mit dem Bemerken erinnert, daß auf den genannten Quittungen auch Datum und Nummer der Verfügung anzugeben ist, durch welche die Remuneration bewilligt worden ist.

Der Fürstbischof.
Im Auftrage: Speil.

C. Aufsichtsrechte.

Nr. 61. Beaufsichtigung der Schule ist eine Seelsorgspflicht.

G. B. Nr. 28. IX.

Schon in den frühesten Verordnungen bis auf die neueste Zeit ist der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit die Beaufsichtigung der Schule und ihrer Lehrer als eine der wichtigsten Pflichten der Pastoration eingeschärft worden. Auf's Neue haben Se. Eminenz der Hochwürdigste Herr Cardinal und Fürst-Bischof in Folge einer Mittheilung des Königlich-lichen Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 1. October 1851 sich veranlaßt gefunden, auf diese von den Hochwürdigsten Herren Vorgängern erlassenen Vorschriften um so mehr hinzuweisen, damit die Diöcesan-Geistlichkeit sich die Beaufsichtigung der Schulen auf das Eifrigste nicht bloß nebenbei, sondern als den wesentlichsten Theil ihrer Seelsorgers-Pflichten angelegen sein lasse — die ihr untergeordneten Schulen und alle dabei angestellten Lehrer genügend oft und mit der gehörigen Sorgfalt revidire, wobei es nicht bloß auf die Absolvirung eines regelmäßigen und feststehenden Turnus, als vielmehr darauf ankommt, daß sie denjenigen Schulen, deren Lehrer einer besonderen Ueberwachung und Nachhilfe bedürfen, ihre öftere und nachhaltige Beaufsichtigung zuwende, die schwachen Lehrer sorgsam anleite und überall die Ertheilung des Religionsunterrichts sich recht angelegen sein lasse.

Die Herren Erzpriester wollen auf die Befolgung dieser Vorschriften genau achten und bei den jährlichen Revisionen in ihren Berichten die speziellen Bemerkungen beifügen.

Nr. 62. Schulinspektion der Pfarrer.

a) Hirtenbrief der preussischen Bischöfe vom 11. April 1872, nachdem das Gesetz vom 11. März 1872 die Schulaufsicht und Erneuerung der Organe dazu allein dem Staate übertragen hat.

1. Jeder Pfarrer kann ohne Weiteres die Lokal-Schul-Inspektion in seiner Parochie vom Staate annehmen.
2. Wird ihm eine Kreis-Schul-Inspektion oder eine Lokal-Schul-Inspektion außer der eigenen Parochie angeboten, so hat er Bischöfliche Genehmigung einzuholen.
3. Hält er es für nöthig, die Schul-Inspektion niederzulegen, so soll er zuvor mit dem Ordinariate sich benehmen.
4. Widerruft der Staat seinen Auftrag oder ändert sich Wesentliches in seiner Amtswirksamkeit, so soll er der Bischöflichen Behörde Bericht erstatten.

b) K. B. Erlaß vom Jahre 1896. G. B. Nr. 324. I.

Aus Anlaß eines Spezialfalles gebe ich zur Behebung irgend welcher Zweifel über das Verhalten in der aus dem Folgenden ersichtlichen Angelegenheit dem Hochwürdigsten Diöcesan-Clerus bekannt:

1. Wenn die Lokal-Schul-Inspektion über die Schulen einer Pfarrei dem zuständigen Pfarrer übertragen wird, soll derselbe zur Uebernahme ohne Weiteres sich bereit erklären.
2. Wird mit der bezeichneten Inspektion indessen an Stelle des zuständigen Pfarrers ein anderer Geistlicher betraut, so hat letzterer vor Abgabe irgend einer Erklärung an mich zu berichten.

Der Fürstbisch.
G. Card. Kopp.

Nr. 63. Anzeige an die Kreis-Schul-Inspektion über Niederlegung der Orts-Schul-Inspektion.

G. B. Nr. 252. III.

Breslau, den 12. Januar 1889.

Bei Versetzungen und sonstigem Ausscheiden aus einer Seelsorgsstelle wollen die Herren Geistlichen selbstverständlich nicht versäumen, der Königlich-kreis-Schul-Inspektion, innerhalb deren Bezirkes sie eine Orts-Schul-Aufsicht geführt haben, den Abgang und die Niederlegung dieser Orts-Schul-Aufsicht mitzutheilen, auch die über die Aufsicht gebildeten Akten auszufolgen.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat ersuche ich, diese Erinnerung in die nächste gedruckte Verordnung aufzunehmen.

An
das Fürstbischöfliche General-Vicariat
R. G. 206. hiersebst.

Der Fürstbisch.
† Georg.

Nr. 64. Theilnahme des Clerus an den Lehrer-Conferenzen.

G. B. Nr. 176. IV.

Aus einem Schreiben der Königl. Regierung vom 29. v. Mts. haben Wir mit großem Mißfallen ersehen, daß der Clerus an den Lehrer-Conferenzen eine auffallend geringe Betheiligung zeigt und müssen diese

Theilnahmslosigkeit um so mehr beklagen, als gerade die Lösung des bisherigen Verhältnisses der Kirche zur Schule zu den brennendsten Tagesfragen gehört. Eine solche Indolenz ist ganz geeignet, die vielfach aufgestellte Behauptung zu rechtfertigen, daß die Leitung der Schule durch Organe der Kirche nicht mehr zeitgemäß sei, und liegt daher in der Gegenwart der Geistlichkeit ganz vorzüglich die Pflicht ob, ihre Thätigkeit für die Schule zu verdoppeln. Indem Wir daher von dem guten Sinne Unserer Ehrwürdigen Geistlichkeit die volle Würdigung der Zeitverhältnisse und auf Grund derselben die eifrigste Theilnahme an allen die Schule angehenden Angelegenheiten, also auch an den auf den Schulunterricht einwirkenden Lehrer-Conferenzen erwarten, veranlassen Wir Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, Unseren desfalligen Erlaß zur Kenntniß der Ehrwürdigen Curatgeistlichkeit zu bringen und dessen genaue Nachachtung zu überwachen.

Breslau, den 14. November 1868.

Fürst-Bischof.
Heinrich.

An
Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 4652. hier.

Zusatz. Hinsichtlich der Zahl der Religionsstunden macht das Kirchliche Amtsblatt der Diocese Münster (Jahrg. 1888, S. 3) darauf aufmerksam, daß der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten durch Erlaß vom 27. October 1884 gestattet hat, dem Religionsunterricht in der Volksschule wöchentlich noch eine Stunde zuzulegen. Es dürfen daher auch in der mehrklassigen Schule, für welche nach den allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872 nur vier wöchentliche Religionsstunden in jeder Stufe oder Klasse statthaft waren, seit dem erwähnten Ministerial-Erlasse fünf Stunden wöchentlich dem Religionsunterrichte gewidmet werden. Von diesen fünf Stunden werden zweckmäßig drei für den Unterricht im Katechismus und zwei für die biblische Geschichte in Verwendung kommen. Wird sodann, wie es durch Ministerial-Erlaß vom 28. November 1883 für zulässig und empfehlenswerth erklärt wird, eine der beiden Geschichtsstunden in zwei Halbstunden zerlegt, von denen eine für die Erklärung der sonn- und festtäglichen Perikopen zu benutzen wäre, so ist damit die Möglichkeit geboten, daß die Kinder an jedem Tage in der Woche Religionsunterricht erhalten können, wie es früher der Fall war.

Nach Siebe, Verordnungen betreffend das gesamte Volksschulwesen in Preußen, erste Aufl., S. 178, hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten sich dahin ausgesprochen, daß keine Bedenken dagegen zu erheben sind, daß den schulpflichtigen Kindern, welche das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt haben, an vier Wochentagen — Mittwoch und Sonnabend einschließlich — die Zeit von 11—12 Vormittags für den Besuch der Confirmandenstunden bezw. des Beicht- und Communionunterrichts freigegeben werde.

Zufolge Eb. Erlaß vom 27. November 1899 auf Grund der Diöcesan-Conferenz sollen die Kinder wenigstens 1 Jahr vor der Entlassung aus der Schule zur ersten hl. Communion geführt werden, nachdem sie wenigstens 2 oder 3 Jahre vorher und zwar vierteljährlich zur hl. Beichte geführt worden sind. Vgl. Abschnitt: Hl. Sacramente.

Vierter Abschnitt. Höhere Schulen.

Nr. 65. Ablegung der Religionslehrerprüfung.

G. B. Nr. 252. IV.

Breslau, den 7. Dezember 1888.

Der Mangel an disponiblen katholischen Geistlichen, welche vorchriftsmäßig für das Religionslehreramt an höheren Lehranstalten qualifiziert sind, ist gegenwärtig, soweit unsere Kenntniß reicht, geradezu ein vollständiger.

Euer Fürstliche Gnaden ersuchen wir deshalb ergebenst, auf junge Priester gefälligst dahin einwirken zu wollen, daß sie sich durch Ablegung der erforderlichen Prüfung zur Bekleidung einer Religionslehrerstelle geeignet machen.

Dieselben würden nach § 10, 2 d der Prüfungs-Ordnung für das Lehramt an höheren Schulen vom 5. Februar 1887 behufs Erlangung eines Oberlehrer-Zeugnisses die Befähigung für den Religionsunterricht in den oberen Klassen und für ein ihrer Wahl überlassenes Fach des sprachlich-historischen Gebietes in den mittleren Klassen nachzuweisen haben. Außerdem würden sie sich die fac. doc. für den hebräischen Unterricht erwerben müssen.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.
von Sendewitz. Willdenow.

An
den Fürstbischof der Diözese Breslau,
Herrn Dr. Kopp, Fürstliche Gnaden
Hier.

Nr. 66. Theilnahme der Schüler an den konfessionellen Gesangs- und Religionsübungen der Mehrheit.

G. B. Nr. 280. VI.

Im hohen Auftrage Sr. Fürstlichen Gnaden, des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs, bringen wir nachstehenden Erlaß des Provinzial-Schul-Collegiums zu Breslau mit dem ausdrücklichen Bemerkten zur Kenntniß, daß derselbe den Religionslehrern an akatholischen Anstalten zur Kenntnißnahme vorgelegt werden soll.

Provinzial-Schul-Collegium.
P. S. C. IV/III/VI. 1669.

Breslau, den 12. Februar 1892.

Es laufen immer noch Beschwerden darüber ein, daß zu den Andachten an höheren Lehranstalten Schüler der konfessionellen Minderheit zugezogen und zum Mitsingen von Gesängen, die der konfessionellen Religionsübung der Mehrheit entsprechen, veranlaßt werden.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, zu bestimmen, daß die Schüler der konfessionellen Minderheit in den Gesangsstunden, wenn religiöse Gesänge, die dem Bekenntniß der Mehrheit entsprechen, geübt werden, weder zum Lernen, noch zum Singen derselben herangezogen und zu den Andachten der Schule nur in dem Falle zugelassen werden dürfen, wenn ein darauf gerichteter Wunsch seitens des Vaters schriftlich ausgesprochen ist.

Diese letztere Bestimmung bezieht sich indeß nur auf die umfangreicheren gemeinsamen Andachten, wie sie an den meisten Anstalten am Anfang und am Schluß der Woche abgehalten zu werden pflegen, nicht auf die einfachere Eröffnung (bezw. Schließung) des Unterrichts in den einzelnen Klassen mit einem kurzen Gebet.

(Vergl. Circular-Berf. vom 28. Juni 1826, Nr. 2 Wiese-Kühler I, 161.)

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.
gez. v. Sendewitz. gez. Willdenow.

An
die Herren Direktoren und Rektoren der
höheren Unterrichts-Anstalten der Provinz.

Vorstehende Abschrift theilen wir Ew. Fürstlichen Gnaden mit Bezug auf die gefällige Zuschrift vom 23. Januar d. J. — G. R. 498 — ganz ergebenst mit.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.
gez. v. Seydewitz. gez. Willdenow.

An
den Herrn Fürstbischöf Dr. Georg Kopp,
Fürstliche Gnaden,
hierselbst.

Nr. 67. Besonderer Commissarius für Revision des Religionsunterrichtes.

a) An höheren Lehranstalten. G. B. Nr. 323. III.

Breslau, den 30. Juli 1896.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 13. April d. J. (Verordn. = Blatt Nr. 320. II.) benachrichtige ich die fürstbischöflichen Commissarien und Erzpriester, daß ich für die Revision des Religionsunterrichts an Gymnasien und Progymnasien, höheren Bürgerschulen, sowie Real- und Ober- Realschulen einen besonderen Commissarius ernannt habe, so daß die Revision der genannten Anstalten seitens der Herren Erzpriester bezw. fürstbischöflichen Commissarien zu unterbleiben hat.

Der Fürstbischöf.
G. Card. Kopp.

b) An Lehrer-Seminarien und Präparandeen. G. B. Nr. 326. I.

Breslau, den 6. November 1896.

Ich habe mich entschlossen, auch die Revision des katholischen Religionsunterrichts an den Schullehrer-Seminaren und Präparandeen durch einen besonderen Commissarius wahrnehmen zu lassen, und habe einstweilen den emeritirten Seminar-Director Herrn Schulrath und Geistlichen Rath Klose zu Görlitz mit diesem Amte betrauet. Demnach entfällt künftig diese Revision bei den jährlichen kanonischen Visitationen durch die Herren Erzpriester bezw. fürstbischöflichen Commissarien.

Der Fürstbischöf.
G. Card. Kopp.

Nr. 68. Gewerbliche und ländliche Fortbildungsschulen.

G. B. Nr. 331. III.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts-
und Medizinal-Angelegenheiten.

M. d. g. A. U. III. A. Nr. 482. G. I. G. II.

M. f. Landw. I. B. Nr. 1949.

M. f. Handel E. Nr. 1125.

Berlin, den 26. März 1897.

Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden und hat auch in den Verhandlungen des Landtags Ausdruck gefunden, es möchte den Zöglingen der gewerblichen und ländlichen Fortbildungsschulen eine Förderung ihrer religiösen Erziehung zu Theil werden. Dies kann, da die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehr- und Stundenplan der Fortbildungsschule nicht möglich ist, am besten dadurch erreicht werden, daß die Geistlichen beider Confessionen durch Unterweisung und belehrende Vorträge, die womöglich in den Räumen der Fortbildungsschulen und im Anschluß an

den Unterricht stattfinden, die religiöse Erkenntniß der Zöglinge zu vertiefen und ihren religiösen Sinn zu wecken und zu fördern suchen.

Euer Hochwohlgeboren

Das Königliche Regierungs-Präsidium ersuchen wir daher ergebenst, gefälligst die Vorstände der Fortbildungsschulen dahin geneigt zu machen, daß sie den Geistlichen auf ihren bezüglichen Wunsch die Schulräume zur Verfügung stellen und ihnen auch sonst die Ausrichtung ihrer Arbeit auf jede Weise ermöglichen und erleichtern.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.
gez. Boffe.

Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.
Fehr. von Hammerstein.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Breseld.

An die sämmtlichen Königlichen Herren Regierungs-Präsidenten
und das Königliche Regierungs-Präsidium zu Münster i. W.

Abchrift übersende ich Eurer Eminenz zur gefälligen Kenntnißnahme und mit dem ganz ergebensten Anheimstellen, die Ihnen unterstehenden Geistlichen hiernach mit weiterer Weisung zu versehen.

Selbstverständlich würden die religiösen Uebungen lediglich in der deutschen Sprache gehalten werden müssen.

gez. Boffe.

An den Cardinal Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Eminenz
zu Breslau.

Vorstehendes Schreiben theile ich meiner Hochwürdigem Geistlichkeit mit, indem ich natürlich gern die Zöglinge der genannten Fortbildungsschulen auf jede Weise in ihrer religiösen Erziehung gefördert sehen werde.

Breslau, den 3. April 1897.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Fünfter Abschnitt. Approbation religiöser Bücher und Druckschriften. (Beförderung der guten und Bekämpfung der schlechten Presse.)

Nr. 69. Constitutio Apostolica de prohibitione et censura librorum.

G. S. Nr. 330. I.

LEO EPISCOPUS SERVUS SERVORUM DEI AD PERPETUAM REI
MEMORIAM.

Officiorum ac munerum, quae diligentissime sanctissimeque servari in hoc apostolico fastigio oportet, hoc caput atque haec summa est, assidue vigilare atque omni ope contendere, ut integritas fidei morumque christianorum ne quid detrimenti capiat. Idque, si unquam alias, maxime est necessarium hoc tempore, cum, effrenatis licentia ingenii ac moribus, omnis fere doctrina, quam servator hominum Iesus Christus tuendam Ecclesiae suae ad salutem generis humani permisit, in quotidianum vocatur

certamen atque discrimen. Quo in certamine variae profecto atque innumerabiles sunt inimicorum calliditates artesque nocendi: sed cum primis est plena periculorum intemperantia scribendi, disseminandique in vulgus quae prave scripta sunt. Nihil enim cogitari potest perniciosius animos ad inquinandos per contemptum religionis perque illecebras multas peccandi. Quamobrem tanti metuens mali, et incolumitatis fidei ac morum custos et vindex Ecclesia, maturime intellexit, remedia contra eiusmodi pestem esse sumenda: ob eamque rem id perpetuo studuit, ut homines, quoad in se esset, pravorum librorum lectione, hoc est pessimo veneno, prohiberet. Vehemens hac in re studium beati Pauli viderunt proxima originibus tempora: similique ratione perspexit sanctorum Patrum vigilantiam, iussa episcoporum, Conciliorum decreta, omnis consequens aetas.

Praecipue vero monumenta litterarum testantur, quanta cura diligentiaque in eo evigilaverint romani Pontifices, ne haereticorum scripta, malo publico, impune serperent. Plena est exemplorum vetustas. Anastasius I scripta Origenis perniciosiora, Innocentius I Pelagii, Leo magnus Manichaeorum opera omnia, gravi edicto damnavere. Cognitae eadem de re sunt litterae *decretales* de recipiendis et non recipiendis libris, quas Gelasius opportune dedit. Similiter, decursu aetatum, Monothetarum, Abaelardi, Marsilii Patavini, Wicleffi et Hussii pestilentes libros, sententia apostolicae Sedis confixit.

Saeculo autem decimo quinto, comperta arte nova libraria, non modo in prave scripta animadversum est, quae lucem aspexissent, sed etiam ne qua eius generis posthac ederentur, caveri coeptum. Atque hanc providentiam non levis aliqua causa, sed omnino tutela honestatis ac salutis publicae per illud tempus postulabat: propterea quod artem per se optimam, maximarum utilitatum parentem, christianae gentium humanitati propagandae natam, in instrumentum ingens ruinarum nimis multi celeriter deflexerant. Magnum prave scriptorum malum, ipsa vulgandi celeritate maius erat ac velocius effectum. Itaque saluberrimo consilio cum Alexander VI, tum Leo X decessores Nostri, certas tulere leges, utique congruentes iis temporibus ac moribus, quae officinatores librariorum in officio continerent.

Mox graviore exorto turbine, multo vigilantius ac fortius oportuit malarum haereseon prohibere contagia. Idcirco idem Leo X, posteaque Clemens VII gravissime sanxerunt, ne cui legere, neu retinere, Lutheri libros fas esset. Cum vero pro illius aevi infelicitate crevisset praeter modum atque in omnes partes pervasisset perniciosorum librorum impura colluvies, ampliore ac praesentiore remedio opus esse videbatur. Quod quidem remedium opportune primus adhibuit Paulus IV decessor Noster, videlicet elencho proposito scriptorum et librorum, a quorum usu cavere fideles oporteret. Non ita multo post Tridentinae Synodi Patres gliscentem scribendi legendique licentiam novo consilio coercendam curaverunt. Eorum quippe voluntate iussuque lecti ad id praesules et theologi non solum augendo perpoliendoque Indici, quem Paulus IV ediderat, dedere operam, sed Regulas etiam conscripsere, in editione, lectione, usuque librorum servandas: quibus Regulis Pius IV apostolicae auctoritatis robur adiecit.

Verum salutis publicae ratio, quae Regulas Tridentinas initio genuerat, novari aliquid in eis, labentibus aetatibus, eadem iussit. Quamobrem romani Pontifices nominatimque Clemens VIII, Alexander VII, Benedictus XIV,

gnari temporum et memores prudentiae, plura decrevere, quae ad eas explicandas atque accommodandas temporis valuerunt.

Quae res praeclare confirmant, praecipuas romanorum Pontificum curas in eo fuisse perpetuo positas, ut opinionum errores morumque corruptelam, geminam hanc civitatum labem ac ruinam, pravis libris gigni ac disseminari solitam, a civili hominum societate defenderent. Neque fructus fefellit operam, quam diu in rebus publicis administrandis rationi imperandi ac prohibendi lex aeterna praefuit, rectoresque civitatum cum potestate sacra in unum consensere.

Quae postea consecuta sunt, nemo nescit. Videlicet cum adiuncta rerum atque hominum sensim mutavisset dies, fecit id Ecclesia prudenter more suo, quod, perspecta natura temporum, magis expedire atque utile esse hominum saluti videretur. Plures Regularum Indicis praescriptiones quae excidisse opportunitate pristina videbantur, vel decreto ipsa sustulit vel more usuque alicubi invalescente antiquari benigne simul ac provide sivit. Recentiore memoria, datis ad Archiepiscopos Episcoposque e principatu pontificio litteris, Pius IX Regulam X magna ex parte mitigavit. Praeterea, propinquo iam Concilio magno Vaticano, doctis viris, ad argumenta paranda delectis, id negotium dedit, ut expenderent atque aestimarent Regulas Indicis universas iudiciumque ferrent, quid de iis facto opus esset. Illi commutandas, consentientibus sententiis, iudicavere. Idem se et sentire et petere a Concilio plurimi ex Patribus aperte profitebantur. Episcoporum Galliae extant hac de re litterae, quarum sententia est, necesse esse et sine cunctatione faciendum, ut *illae Regulae et universae Indicis novo prorsus modo nostrae aetati melius attemperato et observatu faciliori instaurarentur*. Idem eo tempore iudicium fuit Episcoporum Germaniae, plane petentium, ut *Regulae Indicis . . . recenti revisioni et redactioni submittantur*. Quibus Episcopi concinunt ex Italia aliisque e regionibus complures.

Qui quidem omnes, si temporum, si institutorum civilium, si morum popularium habeatur ratio, sane aequa postulant et cum materna Ecclesiae sanctae caritate convenientia. Etenim in tam celeri ingeniorum cursu, nullus est scientiarum campus, in quo non litterae licentius excurrant: inde pestilentissimorum librorum quotidiana colluvies. Quod vero gravius est, in tam grandi malo non modo connivent, sed magnam licentiam dant leges publicae. Hinc ex una parte, suspensi religione animi plurimorum: ex altera, quidlibet legendi impunita copia.

Hisce igitur incommodis medendum rati, duo facienda duximus, ex quibus norma agendi in hoc genere certa et perspicua omnibus suppetat. Videlicet librorum improbatæ lectionis diligentissime recognosci Indicem; subinde, maturum cum fuerit, ita cognitum vulgari iussimus. Praeterea ad ipsas Regulas mentem adiecit, easque decrevimus, incolumi earum natura, efficere aliquanto molliores, ita plane ut iis obtemperare, dummodo quis ingenio malo non sit, grave arduumque esse non possit. In quo non modo exempla sequimur decessorum Nostrorum, sed maternum Ecclesiae studium imitamur: quae quidem nihil tam expetit, quam se impertire benignam, sanandosque ex se natos ita semper curavit, curat, ut eorum infirmitati amanter studioseque parcat.

Itaque matura deliberatione, adhibitisque S. R. E. Cardinalibus e sacro Consilio libris notandis, edere *Decreta Generalia* statuimus, quae infra scripta, unaque cum hac Constitutione coniuncta sunt: quibus idem sacrum Consilium posthac utatur unice, quibusque catholici homines toto orbe religiose pareant. Ea vim legis habere sola volumus, abrogatis *Regulis sacrosanctae Tridentinae synodi iussu editis, Observationibus, Instructione, Decretis, Monitis*, et quovis alio decessorum Nostrorum hac de re statuto iussuque, una excepta Constitutione Benedicti XIV *Sollicita et provida*, quam, sicut adhuc viguit, ita in posterum vigere integram volumus.

DECRETA GENERALIA

DE PROHIBITIONE ET CENSURA LIBRORUM.

TITULUS I.

DE PROHIBITIONE LIBRORUM.

CAPUT I.

De prohibitis apostatarum, haeticorum, schismaticorum aliorumque scriptorum libris.

1. Libri omnes, quos ante annum MDC aut Summi Pontifices, aut Concilia oecumenica damnarunt, et qui in novo Indice non recensentur, eodem modo damnati habeantur, sicut olim damnati fuerunt: iis exceptis, qui per haec Decreta Generalia permittuntur.

2. Libri apostatarum, haeticorum, schismaticorum et quorumcumque scriptorum haeresim vel schisma propugnantes, aut ipsa religionis fundamenta utcumque evertentes, omnino prohibentur.

3. Item prohibentur acatholicorum libri, qui ex professo de religione tractant, nisi constet nihil in eis contra fidem catholicam contineri.

4. Libri eorundem auctorum, qui ex professo de religione non tractant, sed obiter tantum fidei veritates attingunt, iure ecclesiastico prohibiti non habeantur, donec speciali decreto proscripti haud fuerint.

CAPUT II.

De Editionibus textus originalis et versionum non vulgariarum Sacrae Scripturae.

5. Editiones textus originalis et antiquarum versionum catholicarum Sacrae Scripturae, etiam Ecclesiae Orientalis, ab acatholicis quibuscumque publicatae, etsi fideliter et integre editae appareant, iis dumtaxat, qui studiis theologicis vel biblicis dant operam, dummodo tamen non impugnentur in prolegomenis aut adnotationibus catholicae fidei dogmata, permittuntur.

6. Eadem ratione, et sub iisdem conditionibus, permittuntur aliae versiones Sacrorum Bibliorum sive latina, sive alia lingua non vulgari ab acatholicis editae.

CAPUT III.

De Versionibus vernaculis Sacrae Scripturae.

7. Cum experimento manifestum sit, si Sacra Biblia vulgari lingua passim sine discrimine permittantur, plus inde, ob hominum temeritatem, detrimenti, quam utilitatis oriri; Versiones omnes in lingua vernacula, etiam a viris catholicis confectae, omnino prohibentur, nisi fuerint ab Apostolica Sede approbatae, aut editae sub vigilantia Episcoporum cum

adnotationibus desumptis ex Sanctis Ecclesiae Patribus, atque ex doctis catholicisque scriptoribus.

8. Interdicuntur versiones omnes Sacrorum Bibliorum, quavis vulgari lingua ab acatholicis quibuscumque confectae, atque illae praesertim, quae per Societates Biblicas, a Romanis Pontificibus non semel damnatas, divulgantur, cum in iis saluberrimae Ecclesiae leges de divinis libris edendis funditus posthabeantur.

Hae nihilominus versiones iis, qui studiis theologicis vel biblicis dant operam, permittuntur: iis servatis, quae supra (n. 5) statuta sunt.

CAPUT IV.

De Libris obscenis.

9. Libri, qui res lascivas seu obscenas ex professo tractant, narrant, aut docent, cum non solum fidei, sed et morum, qui huiusmodi librorum lectione facile corrumpi solent, ratio habenda sit, omnino prohibentur.

10. Libri auctorum sive antiquorum, sive recentiorum, quos classicos vocant, si hac ipsa turpitudinis labe infecti sunt, propter sermonis elegantiam et proprietatem, iis tantum permittuntur, quos officii aut magisterii ratio excusat: nulla tamen ratione pueris vel adolescentibus, nisi solerti cura expurgati, tradendi aut praelegendi erunt.

CAPUT V.

De quibusdam specialis argumenti libris.

11. Damnantur libri, in quibus Deo, aut Beatae Virgini Mariae, vel Sanctis, aut Catholicae Ecclesiae eiusque Cultui, vel Sacramentis, aut Apostolicae Sedi detrahitur. Eidem reprobationis iudicio subiacent ea opera, in quibus inspirationis Sacrae Scripturae conceptus pervertitur, aut eius extensio nimis coarctatur. Prohibentur quoque libri, qui data opera Ecclesiasticam Hierarchiam, aut statum clericalem vel religiosum probris afficiunt.

12. Nefas esto libros edere, legere aut retinere in quibus sortilegia, divinatio, magia, evocatio spirituum, aliaeque huius generis superstitiones docentur, vel commendantur.

13. Libri aut scripta, quae narrant novas apparitiones, revelationes, visiones, prophetias, miracula, vel quae novas inducunt devotiones, etiam sub praetextu quod sint privatae, si publicentur absque legitima Superiorum Ecclesiae licentia, proscribuntur.

14. Prohibentur pariter libri, qui duellum, suicidium, vel divortium licita statuunt, qui de sectis massonicis, vel aliis eiusdem generis societatibus agunt, easque utiles et non perniciosas Ecclesiae et civili societati esse contendunt, et qui errores ab Apostolica Sede proscriptos tuentur.

CAPUT VI.

De Sacris Imaginibus et Indulgentiis.

15. Imagines quomodocumque impressae Domini Nostri Iesu Christi, Beatae Mariae Virginis, Angelorum atque Sanctorum, vel aliorum Servorum Dei ab Ecclesiae sensu et decretis diffformes, omnino vetantur. Novae vero, sive preces habeant adnexas, sive absque illis edantur, sine Ecclesiasticae potestatis licentia non publicentur.

16. Universis interdicitur indulgentias apocryphas, et a Sancta Sede Apostolica proscriptas vel revocatas quomocumque divulgare. Quae divulgatae iam fuerint, de manibus fidelium auferantur.

17. Indulgentiarum libri omnes, summaria, libelli, folia etc., in quibus earum concessionibus continentur, non publicentur absque competentis auctoritatis licentia.

CAPUT VII.

De libris liturgicis et precatoriis.

18. In authenticis editionibus Missalis, Breviarii, Ritualis, Caeremonialis Episcoporum, Pontificalis romani, aliorumque librorum liturgicorum a Sancta Sede Apostolica approbatorum, nemo quidquam immutare praesumat: si secus factum fuerit, hae novae editiones prohibentur.

19. Litaniae omnes, praeter antiquissimas et communes, quae in Breviariis, Missalibus, Pontificalibus ac Ritualibus continentur, et praeter Litanias de Beata Virgine, quae in sacra Aede Lauretana decantari solent, et litanias Sanctissimi Nominis Iesu iam a Sancta Sede approbatas, non edantur sine revisione et approbatione Ordinarii.

20. Libros, aut libellos precum, devotionis, vel doctrinae institutionisque religiosae, moralis, asceticae, mysticae, aliosque huiusmodi, quamvis ad fovendam populi christiani pietatem conducere videantur, nemo praeter legitimae auctoritatis licentiam publicet: secus prohibiti habeantur.

CAPUT VIII.

De Diariis, foliis et libellis periodicis.

21. Diaria, folia et libelli periodici, qui religionem aut bonos mores data opera impetunt, non solum naturali, sed etiam ecclesiastico iure proscripti habeantur.

Curent autem Ordinarii, ubi opus sit, de huiusmodi lectionis periculo et damno fideles opportune monere.

22. Nemo e catholicis, praesertim e viris ecclesiasticis, in huiusmodi diariis, vel foliis, vel libellis periodicis, quidquam, nisi suadente iusta et rationabili causa, publicet.

CAPUT IX.

De facultate legendi et retinendi libros prohibitos.

23. Libros sive specialibus, sive hisce Generalibus Decretis proscriptos, ii tantum legere et retinere poterunt, qui a Sede Apostolica, aut ab illis, quibus vices suas delegavit, opportunas fuerint consecuti facultates.

24. Concedendis licentiis legendi et retinendi libros quoscumque prohibitos Romani Pontifices Sacram Indicis Congregationem praeposuerunt. Eadem nihilominus potestate gaudent, tum Suprema Sancti Officii Congregatio, tum Sacra Congregatio de Propaganda Fide pro regionibus suo regimini subiectis. Pro Urbe tantum, haec facultas competit etiam Sacri Palatii Apostolici Magistro.

25. Episcopi alique Praelati iurisdictione quasi episcopali pollentes, pro singularibus libris, atque in casibus tantum urgentibus, licentiam concedere valeant. Quod si iidem generalem a Sede Apostolica impetraverint facultatem, ut fidelibus libros proscriptos legendi retinendique licentiam

impertiri valeant, eam nonnisi cum delectu et ex iusta et rationabili causa concedant.

26. Omnes qui facultatem apostolicam consecuti sunt legendi et retinendi libros prohibitos, nequeunt ideo legere et retinere libros quoslibet, aut ephemerides ab Ordinariis locorum proscriptas, nisi eis in apostolico indulto expressa facta fuerit potestas legendi et retinendi libros a quibuscumque damnatos. Meminerint insuper qui licentiam legendi libros prohibitos obtinuerunt, gravi se praecepto teneri huiusmodi libros ita custodire, ut ad aliorum manus non perveniant.

CAPUT X.

De denunciatione pravorum librorum.

27. Quamvis catholicorum omnium sit, maxime eorum, qui doctrina praevalent, perniciosos libros Episcopis, aut Apostolicae Sedi denunciare; id tamen speciali titulo pertinet ad Nuntios, Delegatos Apostolicos, locorum Ordinarios, atque Rectores Universitatum doctrinae laude florentium.

28. Expediit ut in pravorum librorum denunciatione non solum libri titulus indicetur, sed etiam, quoad fieri potest, causae exponantur ob quas liber censura dignus existimatur. Iis autem ad quos denunciatio deferatur, sanctum erit, denunciantium nomina secreta servare.

29. Ordinarii, etiam tamquam Delegati Sedis Apostolicae, libros, aliaque scripta noxia in sua Dioecesi edita vel diffusa proscribere, et e manibus fidelium auferre studeant. Ad Apostolicum iudicium ea deferant opera vel scripta, quae subtilius examen exigunt, vel in quibus ad salutarem effectum consequendum, supremæ auctoritatis sententia requiri videatur.

TITULUS II.

DE CENSURA LIBRORUM.

CAPUT I.

De Praelatis librorum censurae praepositis.

30. Penes quos potestas sit sacrorum bibliorum editiones et versiones adprobare vel permittere ex iis liquet, quae supra (no. 7) statuta sunt.

31. Libros ab Apostolica Sede proscriptos nemo audeat iterum in lucem edere: quod si ex gravi et rationabili causa singularis aliqua exceptio hac in re admittenda videatur, id nunquam fiet, nisi obtenta prius sacrae Indicis Congregationis licentia, servatisque conditionibus ab ea praescriptis.

32. Quae ad causas Beatificationum et Canonizationum Servorum Dei utcumque pertinent, absque beneplacito Congregationis Sacris Ritibus tuendis praepositae publicari nequeunt.

33. Idem dicendum de Collectionibus Decretorum singularum Romanarum Congregationum: hae nimirum Collectiones edi nequeant, nisi obtenta prius licentia, et servatis conditionibus a moderatoribus uniuscuiusque Congregationis praescriptis.

34. Vicarii et Missionarii Apostolici Decreta sacrae Congregationis Propagandae Fidei praepositae de libris edendis fideliter servant.

35. Approbatio librorum, quorum censura praesentium Decretorum vi Apostolicae Sedi vel Romanis Congregationibus non reservatur, pertinet ad Ordinarium loci in quo publici iuris fiunt.

36. Regulares, praeter Episcopi licentiam, meminerint teneri se, sacri Concilii Tridentini decreto, operis in lucem edendi facultatem a Praelato, cui subiacent, obtinere. Utraque autem concessio in principio vel in fine operis imprimatur.

37. Si Auctor Romae degens librum non in Urbe, sed alibi imprimere velit, praeter approbationem Cardinalis Urbis Vicarii et Magistri Sacri Palatii Apostolici, alia non requiritur.

CAPUT II.

De censorum officio in praevio librorum examine.

38. Curent Episcopi, quorum muneris est facultatem libros imprimendi concedere, ut eis examinandis spectatae pietatis et doctrinae viros adhibeant, de quorum fide et integritate sibi polliceri queant, nihil eos gratiae daturus, nihil odio, sed omni humano affectu posthabito Dei dumtaxat gloriam spectaturos et fidelis populi utilitatem.

39. De variis opinionibus atque sententiis (iuxta Benedicti XIV praeceptum) animo a praeiudiciis omnibus vacuo, iudicandum sibi esse censores sciant. Itaque nationis, familiae, scholae, instituti affectum excutiant, studia partium seponant. Ecclesiae sanctae dogmata, et communem Catholicorum doctrinam, quae Conciliorum generalium decretis, Romanorum Pontificum Constitutionibus, atque Doctorum consensu continentur, unice prae oculis habeant.

40. Absoluto examine, si nihil publicationi libri obstare videbitur, Ordinarius, in scriptis et omnino gratis, illius publicandi licentiam, in principio vel in fine operis imprimendam, auctori concedat.

CAPUT III.

De libris praeviae censurae subiiciendis.

41. Omnes fideles tenentur praeviae censurae ecclesiasticae eos saltem subiicere libros, qui divinas Scripturas, Sacram Theologiam, Historiam ecclesiasticam, Ius Canonicum, Theologiam naturalem, Ethicam, aliasve huiusmodi religiosas aut morales disciplinas respiciunt, ac generaliter scripta omnia, in quibus religionis et morum honestatis specialiter interset.

42. Viri e clero seculari ne libros quidem, qui de artibus scientiisque mere naturalibus tractant, inconsultis suis Ordinariis publicent, ut obsequentis animi erga illos exemplum praebeant.

Iidem prohibentur quominus, absque praevia Ordinariorum venia, diaria vel folia periodica moderanda suscipiant.

CAPUT IV.

De Typographis et Editoribus librorum.

43. Nullus liber censurae ecclesiasticae subiectus excudatur, nisi in principio nomen et cognomen tum auctoris, tum editoris praeferat, locum insuper et annum impressionis atque editionis. Quod si aliquo in casu, iustas ob causas, nomen auctoris tacendum videatur, id permittendi penes Ordinarium potestas sit.

44. Noverint Typographi et Editores librorum novas eiusdem operis approbati editiones, novam approbationem exigere, hanc insuper textui originali tributam, eius in aliud idioma versionem non suffragari.

45. Libri ab Apostolica Sede damnati, ubique gentium prohibiti censeantur, et in quodcumque vertantur idioma.

46. Quicumque librorum venditores, praecipue qui catholico nomine gloriantur, libros de obscenis ex professo tractantes neque vendant, neque commodent, neque retineant: ceteros prohibitos venales non habeant, nisi a Sacra Indicis Congregatione veniam per Ordinarium impetraverint, nec cuiquam vendant nisi prudenter existimare possint, ab emptore legitime peti.

CAPUT V.

De poenis in Decretorum Generalium transgressores statutis.

47. Omnes et singuli scienter legentes, sine auctoritate Sedis Apostolicae, libros apostatarum et haeticorum haeresim propugnantes, nec non libros cuiusvis auctoris per Apostolicas Litteras nominatim prohibitos, eosdemque libros retinentes, imprimentes et quomodolibet defendentes, excommunicationem ipso facto incurrunt, Romano Pontifici speciali modo reservatam.

48. Qui sine Ordinarii approbatione Sacrarum Scripturarum libros, vel earundem adnotationes vel commentarios imprimunt, aut imprimi faciunt, incidunt ipso facto in excommunicationem nemini reservatam.

49. Qui vero cetera transgressi fuerint, quae his Decretis Generalibus praecipuntur, pro diversa reatus gravitate serio ab Episcopo moneantur; et, si opportunum videbitur, canonicis etiam poenis coerceantur.

Praesentes vero litteras et quaecumque in ipsis habentur nullo unquam tempore de subreptionis aut obreptionis sive intentionis Nostrae vitio aliove quovis defectu notari vel impugnari posse; sed semper validas et in suo robore fore et esse, atque ab omnibus cuiusvis gradus et praecminentiae inviolabiliter in iudicio et extra observari debere, decernimus: irritum quoque et inane si secus super his a quoquam, quavis auctoritate vel praetextu, scienter vel ignoranter contigerit attentari declarantes, contrariis non obstantibus quibuscumque.

Volumus autem ut harum litterarum exemplis, etiam impressis, manu tamen Notarii subscriptis et per constitutum in ecclesiastica dignitate virum sigillo munitis, eadem habeatur fides quae Nostrae voluntatis significationi his praesentibus ostensis haberetur.

Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae constitutionis, ordinationis, limitationis, derogationis, voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. — Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem omnipotentis Dei et beatorum Petri et Pauli apostolorum eius se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctum Petrum anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo nonagesimo sexto, VIII. Kal. Februarias, Pontificatus Nostri decimo nono.

A. Card. MACCHI.

A. PANICI, Subdatarius.

VISA

DE CURIA I. DE AQUILA E VICECOMITIBUS.

Loco ✠ Plumbi

Reg. in Secret. Brevium.

I. CUGNONIUS.

Nr. 70. Decretum S. C. Indicis circa constitutionem „Officiorum ac munerum.“

G. B. Nr. 352. I.

Cum circa Constitutionem *Officiorum ac munerum* huic Sacrae Indicis Congregationi sequentia dubia proposita fuerint, videlicet:

1. Utrum haec verba articuli 5 „*qui studiis theologicis aut biblicis dant operam*“ intelligenda *tantum* sint de doctis viris, iis scientiis deditis, aut extendi valeant ad universos S. Theologiae Tyrones?

2. An opera (quae permulta sunt) erroribus infecta a Syllabo damnatis, verbis art. 14 prohibita censeantur quatenus errores ab Apostolica Sede proscriptos continentia?

3. Utrum excerpta e periodicis capita seorsim edita (*vulgo tirages a part*) censeri debeant „*novae editiones*“, atque proinde nova approbatione indigeant, prout art. 44 requiritur?

4. Utrum dicta Constitutio vim obligatoriam habeat etiam pro regionibus britannici idiomatis, quas tacita dispensatione frui quidam arbitrantur?

Sacra Congregatio omnibus mature perpensis, sub die 19 Maii 1898 respondere mandavit:

Ad 1^{um} Negative ad 1^{am} partem; Affirmative ad 2^{am}.

Ad 2^{um} Affirmative: si hos errores tueantur seu propugnent.

Ad 3^{um} Negative.

Ad 4^{um} Affirmative.

Datum Romae ex Secretaria eiusdem Sacrae Cong. Indicis die 23. Maii 1898.

L. † S.

A. Card. Steinhuber, *Praef.*

Fr. M. Cicognani, *O. P. Secret.*

Nr. 71. Facultas tenendi et legendi libros prohibitos.

G. B. Nr. 334. II.

Breslau, den 19. Juni 1897.

Aus Anlaß eines entsprechenden Antrages will ich jenen Diöcesan-Priestern, welche im Besitze der Jurisdiction sich befinden, bisher jedoch die facultas tenendi et legendi libros prohibitos nicht erhalten haben, dieselbe hierdurch ertheilen.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 72. Erneute Erinnerung an die Nothwendigkeit der Approbation.

G. B. Nr. 350. II.

Breslau, den 15. October 1898.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß alle Drucksachen religiösen Inhalts, namentlich Gebetbücher, Zeitschriften, Gebetszettel, Bilder und sonstige Andachtsmittel für katholische Christen, welche in der Diöcese Breslau einschließlich der Delegatur gedruckt werden, vor dem Drucke zunächst behufs Prüfung und Ertheilung der kirchlichen Approbation mir vorzulegen sind.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

(Vergleiche auch unten: Gebet und besondere Andachten.)

Nr. 73. Diöcesan-Biblische-Geschichte.

G. B. Nr. 249. II.

Breslau, den 19. Mai 1888.

Mein hochwürdiges General-Vicariat ersuche ich, den hochwürdigen Diöcesan-Clerus zu benachrichtigen, daß an Stelle der bisherigen Diöcesan-Biblischen Geschichte die kleine und große Schuster'sche biblische Geschichte in den Ausgaben von Knecht und May eingeführt sind.

An
das hochwürdige General-Vicariat-Amt
G. R. 3008.

hier.

Der Fürstbisch. of.
† Georg.

Nr. 74. Diöcesan-Katechismus.

G. B. Nr. 252. I.

Breslau, den 20. December 1888.

Bereits unter meinem verewigten Vorgänger ist die Frage zur Erörterung gekommen, ob der im Jahre 1856 eingeführte Diöcesan-Katechismus nicht im Interesse des Religionsunterrichts durch einen anderen, dem Fassungsvermögen der Schulkinder mehr angemessenen und weniger umfangreichen Katechismus zu ersetzen sei. Diese Frage ist gleich bei meinem Antritte der Bisthumsverwaltung von neuem angeregt und ist mir sowohl aus geistlichen wie Lehrerkreisen die dringende Bitte vorgetragen worden, dieselbe baldigst zum Austrage zu bringen.

Indem ich mich nun mit dem Clerus und der Lehrerschaft der Diöcese für die Nothwendigkeit einer Ersetzung des bisherigen Diöcesan-Katechismus aussprechen mußte, habe ich bei der Auswahl eines Ersatzes mich der Erwägung nicht entziehen können, bei dieser Gelegenheit einen möglichst engen Anschluß an die übrigen preußischen Kirchenprengel zu erstreben. Die bestehende Freizügigkeit, das Vordringen der Arbeiterbevölkerung namentlich Oberschlesiens nach den westlichen Landestheilen, die häufige Versetzung der Beamten der staatlichen Behörden und Verkehrsanstalten machen das Bedürfniß eines gemeinsamen Katechismus für alle Diöcesen der Monarchie dringend geltend.

Diese Erwägung hat mich bestimmt, mich für den jüngst in den rheinischen Diöcesen eingeführten Katechismus zu entscheiden, dem ohnehin wegen seiner Klarheit, Kürze und systematischen Stoffanordnung allgemeine Anerkennung zu Theil geworden und welcher in den meisten übrigen preußischen Diöcesen schon im Gebrauche ist. Auch eine zur Prüfung der Frage von mir berufene, aus Geistlichen und Lehrern zusammengesetzte Kommission, sowie die von mir zu Rathe gezogenen Vertreter des Diöcesan-Pfarr-Klerus haben sich im gleichen Sinne ausgesprochen.

Zwar sind bei diesen Berathungen einzelne nicht wesentliche Aenderungen als wünschenswerth bezeichnet worden; allein die Unmöglichkeit, die sich hiebei kundgegebene Verschiedenheit der Ansichten in einer gerechten und angemessenen Weise auszugleichen, und ganz besonders die Rücksicht, die angestrebte Einheitlichkeit mit den übrigen Diöcesen nicht zu schädigen, haben mich veranlaßt, von jeder Aenderung, einige in der Diöcese gebräuchliche Gebetsformulare ausgenommen, abzusehen und den in den rheinischen Diöcesen jüngst eingeführten Katechismus auch zum Diöcesan-Katechismus der Diöcese Breslau und des Delegatur-Bezirktes zu erklären und unverändert zur Ein-

führung zu bestimmen, in der Ueberzeugung, daß die Nichtberücksichtigung der wohlgemeinten und nicht unbegründeten Abänderungsvorschläge im Hinblick auf das oben angedeutete schöne Ziel, welches durch diesen Verzicht näher gerückt ist, gern übersehen werden wird.

Damit übergebe ich denn den neuen Breslauer Diöcesan-Katechismus in einer kleinen und größeren Ausgabe meinen Diöcesanen unter den innigsten Segenswünschen, daß derselbe insbesondere dem hochwürdigen Clerus und der pflichttreuen Lehrerschaft die Erfüllung ihrer hochwichtigen Aufgabe für die Jugend der Diöcese erleichtern und gläubigen Sinn, lebendige Gottesfurcht und zarte Gewissenhaftigkeit in den Herzen der Kinder erwecken, den Erwachsenen aber die Befestigung in den Wahrheiten ihres heiligen Glaubens vermitteln möge!

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 75. Preis der Biblischen Geschichte und des Katechismus.

G. B. Nr. 253. IV.

Breslau, den 5. Februar 1889.

Vom 10. d. Mts. ab sind die neuen Diöcesan-Katechismen vorrätzig. Der Einzelpreis beträgt für das gebundene Exemplar des großen Katechismus 40 Pf., des kleinen 25 Pf., in Partien von wenigstens 20 Exemplaren 35 bezw. 20 Pf.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 76. Zurückweisung sogenannter Traktätlein.

G. B. Nr. 53. I.

Von vielen Seiten sind Klagen bei Uns eingegangen über das unverschämte Treiben der sogenannten Traktätlein-Vertheiler. Nicht nur auf den Landstraßen und in den Wirthshäusern werden eine Menge kleiner Schriften, meist Erzählungen oder Abhandlungen verbreitet, welche die katholische Lehre bald offener bald verdeckter verdächtigen und herabwürdigen, sondern sie werden den Leuten bis in die Häuser und Hütten gebracht, oft aufgedrungen. Hierzu kommt in neuester Zeit noch eine eigene Art von Missionairen, welche angeblich katholische Bibeln um einen sehr niederen Preis ausbieten, oft auch verschenken. Sie geben vor, von der Königl. Regierung konzeffionirt zu sein, und sind zumeist auf dem Lande, besonders in Oberschlesien, thätig.

Diese Erscheinungen legen Uns die Pflicht auf, die ehrwürdige Geistlichkeit zu ermahnen, auf diese Umtriebe zu achten, die Gläubigen sowohl in den Predigten als Christenlehren und bei anderen geeigneten Gelegenheiten zu verwarnen, über den Zweck dieser Umtriebe im Geiste christlicher Liebe zu unterrichten und Allen zur Pflicht zu machen: die dargebotene Waare zurückzuweisen, die augenöthigte aber den Seelsorgern zur Kenntnißnahme und Beurtheilung vorzulegen. Auch gestatten wir, daß diese Unsere Verordnung da, wo es heilsam erscheinen sollte, dem Volke von den Kanzeln proklamirt werde.

Breslau, den 6. März 1854.

Fürst-Bischof.
Heinrich.

Nr. 77. Verbot nicht approbirter Schriften.

G. B. Nr. 115. II.

Obgleich Wir durch Unser Hirtenschreiben vom 20. Dezember pr. Unsere Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit auf die Verbreitung von Traktätlein und

unkirchlichen Schriftstücken überhaupt und derer, welche unter Unserem Namen umhergeben werden, insbesondere aufmerksam gemacht, dieselbe auch ermahnt und gebeten haben, hierüber wachsam zu sein und allen ihr zu Gebote stehenden Einfluß aufzubieten, diesem Unwesen zu steuern: so erhalten Wir doch wiederholt von einzelnen Gläubigen Schriftstücke zugesendet, die ihnen unter Unserem Namen zugendet werden.

So cursirt, wie Wir eben auf solchem Wege erfahren, ein Gebet, das vorgeblich in der Kirche zu Jerusalem geoffenbaret worden sein soll, und dessen Recitation Wir unter der Androhung angeordnet hätten, daß derjenige, welcher diese Recitation unterlasse, eine der schwersten Sünden begehe. Wir können nicht umhin, auf's Neue auf dieses Unwesen und dies um so mehr aufmerksam zu machen, als durch solch' ein Gebahren Unsere bischöfliche Auctorität auf's unredlichste gemißbraucht wird. Wir tragen demnach Unserem Hochwürdigen General-Vicariat-Amte auf, dies der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit mitzutheilen und dieselbe anzuweisen, diese Verwarnung den Gläubigen mit dem Bemerken von der Kanzel zu publiciren, daß nur diejenigen Drucksachen und Schriftstücke religiösen Inhalts, welche ihnen von ihren Seelsorgern in Unserem Namen mitgetheilt werden, von Uns herrühren; daß dagegen alle Gegenstände dieser Art, die ihnen in anderer Weise zukommen, falsch und untergeschoben sind, — daß sie dieselben daher sofort ihren Seelsorgern auszuantworten haben.

Die Herren Seelsorger haben sich über die geschehene Publikation dieser Verwarnung, mit welcher zugleich die in Unserem oben erwähnten Hirten-schreiben vom 20. Dezember pr. enthaltenen kirchlichen Bestimmungen über das Lesen, Halten und Verbreiten religiöser Schriften zu verbinden sind, auszuweisen.

Breslau, den 11. Juni 1859.

Fürst-Bischof.

An

† Heinrich.

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amte
Nr. 2626. hier.

Nr. 78. Verbot der Besprechung theologischer Gegenstände und kirchlicher Desiderien in politischen Zeitungen.

G. B. Nr. 135. I. und Nr. 218. VII.

a) Es ist in letzter Zeit leider mehrere Male vorgekommen, daß rein theologische und kirchliche Gegenstände in politischen Zeitungen besprochen werden. Da das Publikum auf diesem Gebiete nicht Richter ist und damit nichts erreicht wird als Aergerniß bei allen Wohlgesinnten, so untersagen Wir hiermit die Besprechung rein theologischer und kirchlicher Gegenstände in in- und ausländischen Zeitungen und werden im Uebertretungsfalle gegen die Ungehorsamen strafend einschreiten.

Breslau, den 12. Dezember 1861.

gez. † Heinrich.

Fürstbischöf.

b) In jüngster Zeit sind kirchliche Desiderien in politischen Zeitungen, und zwar in einer ärgernißgebenden Weise besprochen worden, weshalb wir es als unsere Pflicht erachten, die ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit zu ermahnen, diesen unstatthaften Weg nicht zu betreten, sondern etwaige Desiderien den kirchlichen Aufsichtsorganen zu unterbreiten, bei denen, soweit es möglich ist, Berücksichtigung gefunden werden wird.

Nr. 79. Empfehlung von Büchern.

a) Laemmer, Institutionen des kathol. Kirchenrechts. G. B. Nr. 242. IX.

Hervorragend in der katholisch-kirchlichen Litteratur ist das neu erschienene Werk:

„Institutionen des katholischen Kirchenrechts von Dr. Hugo Laemmer, o. ö. Professor an der Universität Breslau, Prälat und Apostol. Protonotar zc. Freiburg im Breisgau. Herder'sche Verlagshandlung 1886.“

Dieses Werk umfaßt das theologische und juristische Element des Kirchenrechts in eingehender Weise und klarer, präciser Darstellung unter Berücksichtigung der kirchenpolitischen Zustände der Gegenwart, zumal des Preussischen Kirchenrechts und des Breslauer Diöcesanrechts. Der dem Clerus unserer Diocese allgemein bekannte Herr Verfasser, welchem neben großer Gelehrsamkeit eine langjährige praktische Erfahrung in der Diöcesan-Verwaltung zur Seite steht, hat durch dieses Werk sich ein neues Verdienst um die kirchliche Wissenschaft erworben. Das Studium desselben kann allen Seelsorgsgeistlichen und besonders auch den Candidaten, welche sich für die Pfarrconcursprüfung vorbereiten, nur auf das Dringendste empfohlen werden¹⁾.

b) Schmidt, Confession der Kinder nach den Landesrechten im Deutschen Reiche.

G. B. Nr. 305. III.

Wir empfehlen dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus das vortreffliche Werk des vor kurzem verstorbenen Oberlandesgerichtsrath Dr. Carl Schmidt „Die Confession der Kinder nach den Landesrechten im Deutschen Reiche“ (Freiburg i. Br., 1890, Herder) als eine sehr gründliche Zusammenstellung und Beleuchtung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung über die confessionelle Erziehung der Kinder namentlich aus gemischten Ehen in den einzelnen deutschen Staaten.

c) Förster, Kirchliche Vermögensverwaltung. G. B. Nr. 307. VII.

Den Hochwürdigem Clerus und die Kirchenvorstände machen wir hierdurch aufmerksam auf die neuerdings erschienene Schrift des Geheimen Ober-Regierungsrathes und vortragenden Rathes im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. A. Förster „Die preussische Gesetzgebung über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden und Diöcesen“, Carl Heymanns Verlag in Berlin.

d) Charitas-Zeitschrift. G. B. Nr. 316. VII.

Die Hochwürdige Diöcesan-Geistlichkeit machen wir hierdurch aufmerksam auf die im Verlage der Herder'schen Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau, erscheinende Zeitschrift: „Charitas“, welche in allmonatlichen Heften herausgegeben wird und zum Abonnementspreise von jährlich 3 Mark durch die Post oder im Buchhandel bezogen werden kann. Gleichzeitig bemerken wir, daß Se. Eminenz den Herrn Curatus Dr. Fink bei St. Abalbert in Breslau zum Diöcesan-Referenten ernannt haben.

¹⁾ Inzwischen ist im Jahre 1892 eine „Zweite, vielfach verbesserte und vermehrte Auflage“ erschienen, welche das uneingeschränkte Lob und die beste Empfehlung in erhöhtem Maße verdient.

Dritter Theil.

Kultus.

Erster Abschnitt. Heilige Zeiten (Sonn- und Festtagsfeier).

Nr. 80. Festordnung der Diöcese Breslau preussischen Antheils nebst Delegaturbezirk.

G. B. Nr. 85. I.

a) Nach der Bulle Urban VIII. vom 13. September 1642 waren als *festi de praecepto* vorgeschrieben¹⁾:

Dominici dies totius anni, Nativitatis D. N. Jesu Christi, Circumcisionis, Epiphaniae, Resurrectionis cum duabus sequentibus feriis, Ascensionis, Pentecostes cum duabus pariter sequentibus feriis, Sanctissimae Trinitatis, Solemnitatis Corporis Christi et Inventionis Sanctae Crucis nec non festivitatum Purificationis, Annuntiationis, Assumptionis et Nativitatis Deiparae Virginis, Dedicationis S. Michaelis Archangeli, Nativitatis S. Joannis Baptistae, S. S. Petri et Pauli, S. Andreae, S. Jacobi, S. Joannis, S. Thomae, S. S. Philippi et Jacobi, S. Bartholomaei, S. Matthaei, S. S. Simonis et Judae, et Sancti Matthiae Christi Domini Apostolorum, item S. Stephani Protomartyris, S. S. Innocentium, S. Laurentii Martyris, S. Sylvestri Papae et Confessoris, S. Josephi etiam Confessoris et S. Annae, Deiparae respective Sponsi, ac Genitricis, Solemnitatis omnium S. S. atque unius ex principalioribus Patronis in quocumque Regno, sive Provincia, et alterius pariter principalioris in quacumque Civitate, Oppido vel Pago, ubi hos Patronos haberi et venerari contigerit.

b) Die nach dem Breve Pius VI. vom 19. April 1788 noch heute zu feiernden Feste sind:

Retineantur nempe ac celebrentur Festivi dies Resurrectionis cum sequenti, et Pentecostes item cum sequenti, aliique per Annum dies Dominici, nec non Nativitatis Domini Nostri Jesu Christi, Circumcisionis, Epiphaniae, Ascensionis et Corporis Christi, tum quinque dicati Beatae Mariae Virgini, scilicet Purificationis, Annuntiationis, Assumptionis, Nativitatis et Conceptionis, praeterea S. S. Apostolorum Petri et Pauli, Omnium Sanctorum, S. Stephani Protomartyris, et Unius tantum Principalioris Patroni. Sed si alicubi plures Patronos aequae Principales haberi contigerit, diligenter inquiras necesse est, venerabilis Frater, quinam ex dictis

¹⁾ Ueber die Verpflichtung zur applicatio Missae pro parochianis an den aufgehobenen Feiertagen siehe unten, Abschnitt: Das hl. Altarssakrament.

Principalioribus Patronis potiore cultum ac venerationem in ea vel Civitate vel Oppido vel Pago habeat, et ejus tantum Festivitatis praeceptum designes. Dies autem Festivitatis Patroni cujusque loci non ea imposterum sit, quae propria dicitur, sed Dominica dies, quae propriam diem proxime subsequetur, in eamque Festum cum Officio et Missa cadere, nec non et praeceptum intelligatur. Quoniam autem isthic pro Regionum natura contingit, ut Mensium Augusti et Septembris tempore maturescentibus frugibus assidua navanda sit in Agris, ad eas colligendas, opera, eoque in labore magna Populi pars necessario distineatur, indulgemus etiam ac volumus, ut solemnia Assumptionis et Nativitatis B. Mariae Virginis Festa (quae omnino retinenda sunt) transferas in Dominicam diem infra Octavam, ita ut ea ipsa die Officia et Missae, tanquam illa Festa suo loco mota non fuerint, celebrentur, facta in Officio et Missa Commemoratione Dominicae, ipsoque etiam translato in antecedentem Sabbathi diem Jejunio. Sed ne (quod interdum contingere deberet) in eandem Dominicam diem, in qua celebranda erit Assumptionis Festivitas cadere etiam possit Festivitas S. Laurentii Martyris, si in aliquo loco sit ipse Principalior Patronus, pro eo loco statuimus ac mandamus, ut is Principalior Patronus, Sanctus nimirum Laurentius, suam habeat fixam statamque Festivitatem in ea Dominica die, quae diem propriam, decimam nempe Mensis Augusti proxime antecedit. Praeterea cum Borussiae Rex significaverit Nobis se vehementer cupere, ut designetur dies pro solemnibus quotannis ad Deum faciendis precibus ad obtinendos uberes ex Agris proventus, qui dies, scilicet Feria quarta tertiae hebdomadae post Pascha sit Festivus¹⁾, huic Regis voluntati nihil videmus obstare, quominus Nostram apud Te, venerabilis Frater, interponamus Auctoritatem. Itaque Tibi committimus, ut eum ipsum assignes pro solemnibus ejusmodi precibus quolibet Anno celebrandis diem, tuisque Dioecesanis Borussico Regi subjectis indicas. In praefatis igitur omnibus Festis, diebus pro veteri Catholicae Ecclesiae Instituto Christi fideles Sacris adesse, a servilibus Operibus abstinere et Jejunium in eorumdem Vigiliis, quibus adnexum sit, observare debeant ac teneantur.

Nr. 81. Gebrauch des Wehrauchs bei Hochämtern ohne Diaconen.

G. B. Nr. 291. II.

Wratislavien.

Quum in pluribus Wratislavien. Dioeceseos Ecclesiis ab antiquis temporibus praxis invaluerit thurificationem adhibendi in Missis quae cantantur absque Diacono et Subdiacono, Emus et Rmus Dnus Cardinalis Georgius Kopp, Episcopus Wratislavien., probe noscens id minime licere sine Apostolicae Sedis speciali Indulto, Sanctissimum Dominum Nostrum Leonem Papam XIII. suppliciter rogavit, ut in Ecclesiis ipsius Dioeceseos, ubi commodum sacri ministri arcessiri nequeunt, ejusmodi thurificationem adhiberi permetteret saltem Dominicis aliisque festis de praecepto servandis. Sacra porro Rituum Congregatio, vigore facultatum ab eodem Sanctissimo Domino Nostro sibi specialiter tributarum, Emi et Rmi Episcopi Oratoris precibus benigne annuit. Contrariis non obstantibus quibuscumque. Die 22 Aprilis 1893.

† Caj. Cardinalis Aloisi Masella, Praef.

Vinc. Nussi, Secr.

¹⁾ An dessen Stelle (Patrocinium S. Josephi) seit 1892 festum Praesentationis B. Mariae V. f. S. 91.

Nr. 82. Gebet für den hl. Vater.

G. B. Nr. 145. XI.

Um den sonntäglichen Vormittagsgottesdienst nicht zu sehr in die Länge zu ziehen und dadurch Veranlassung zu geben, daß Viele sich vor Beendigung desselben entfernen, fühlen Wir Uns zu der Anordnung bewogen, daß in denjenigen Kirchen Unserer Diöcese, in welchen die früher von Uns vorgeschriebenen Gebete für den hl. Vater dem sonntäglichen Vormittagsgottesdienste unmittelbar angeschlossen werden, fortan nicht mehr die Litanei zu allen Heiligen, sondern nur die üblichen Gebete¹⁾ nebst Tantum ergo und Ertheilung des hl. Segens stattfinden sollen. Wo aber obige Andacht bei dem sonntäglichen Nachmittags-Gottesdienste, oder besondere Gebete für das Oberhaupt der Kirche auch beim Wochentagsgottesdienste abgehalten werden, möge es bei dem bisherigen, in den einzelnen Pfarreien bestandenen Gebrauche verbleiben. Die bisherige oratio pro Papa in der hl. Messe ist auch in Zukunft abzuhalten, und wird demnach diese Anordnung durch diese Verfügung nicht alterirt²⁾. Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle von obiger Verordnung dem Ehrwürdigen Diöcesanfiskus durch die Circular-Verordnungen Kenntniß geben.

Breslau, den 2. Juni 1863.

Fürst-Bischof.
i. h. Auftr.
Peschke.

Nr. 83. Sonn- und Festtags-Nachmittagsgottesdienste.

G. B. Nr. 229. I. Vergl. Rituale Wratisl. S. 501.

Breslau, den 6. März 1884.

Aus den mir durch das Hochwürdiges General-Vicariat-Amt vorgelegten, bei den Archipresbyterats-Conventen stattgefundenen Verhandlungen über eine möglichst zweckmäßige und fruchtbringende Abhaltung der sonn- und festtägigen Nachmittags-Gottesdienste habe ich zunächst die erfreuliche Uezeugung gewonnen, daß nicht nur recht eingehende und sachgemäße Erörterungen über diesen Gegenstand stattgefunden haben, sondern daß diese Gottesdienste auch in der That an vielen Orten der Diöcese in erspriesslicher Weise abgehalten und von den Gläubigen fleißig besucht werden. Mit den in die Protocolle der einzelnen Conventverhandlungen aufgenommenen und auch in mehreren ausführlichen und gründlichen Arbeiten, die denselben beiliegen, ausgesprochenen Grundsätzen kann ich mich im Allgemeinen wohl einverstanden erklären, will es aber gleichwohl nicht unterlassen, auf einige Gesichtspunkte hinzuweisen, welche mir vor Allem maßgebend erscheinen und von denen ich wünsche, daß dieselben, wo die lokalen Verhältnisse es irgend gestatten, Beachtung finden mögen.

Zunächst ist als feststehend zu betrachten, daß eine absolute Gleichförmigkeit der Nachmittagsandachten in allen Kirchen der Diöcese weder ausführbar, noch überhaupt wünschenswerth sei. Abgesehen von lokalen Zweckmäßigkeitsgründen, welche vorwiegend für diese oder jene Form der Andachtsübungen sprechen, gestatten auch die bei vielen Kirchen vorhandenen Foundationen, sowie auch löbliche, seit langer Zeit eingebürgerte Gewohnheiten es sehr häufig nicht, von dem bereits Bestehenden wesentlich abzu-

¹⁾ Rituale Wratislaviense d. a. 1891 pag. 514.²⁾ Die Einlegung von orationes imperatae ist gegenwärtig nicht vorgeschrieben.

weichen. Wo daher lateinische Vespere mit Figuralmusik an den höheren Festen des Jahres oder auch wohl allsonntäglich üblich sind und solche Feierlichkeit dem Volke liebgeworden ist, wird dieselbe bestehen bleiben müssen, nur muß dabei streng nach den Rubriken des Brevieres verfahren werden. Im Allgemeinen erscheint es jedoch nicht zweckmäßig, solche Vespere dort einzuführen, wo dieselben bisher nicht abgehalten wurden und das Volk daran nicht gewöhnt ist. Wo aber die Vesperandacht besteht, darf dieselbe nicht (mit Ausnahme des Fronleichnamsfestes) *coram exposito Sanctissimo* stattfinden. Die Exposition muß erst am Ende derselben stattfinden, und dann ist, nach vorhergegangennem Segensliede und der Collecte de SS. Sacramento, der heil. Segen zu ertheilen.

Für noch ersprißlicher und fruchtbringender als solche Vesperandachten, welche in den gewöhnlichen Pfarrkirchen, und namentlich auf dem Lande, auch meist nur in mangelhafter Weise zur Ausführung kommen können, halte ich das gemeinschaftliche Rosenkranzgebet, das der Ertheilung des heil. Segens vorangeht, welches überdies durch die *Litterae apostolicae* des heil. Vaters Leo XIII. d. d. 24. December 1883 in besonderer Weise anempfahlen und von dem dort gesagt wird: „*Nobis esse in optatis, ut in Dioeceseon singularum templo principe quotidie, in templis Curialibus diebus festis singulis recitetur.*“ Für diese vom heil. Vater gewünschte Recitation ist aber der Nachmittagsgottesdienst die geeignetste Zeit. Wo es daher immer angeht und nicht andere fundamentsmäßige oder sonst eingebürgerte Observanzen entgegenstehen, verdient als nachmittägliche Andacht der heil. Rosenkranz vor allen anderen unbedingt den Vorzug. Dabei ist aber höchst wünschenswerth, daß derselbe abwechselnd vom Priester und der Gemeinde recitirt werde, und das Amt eines sogenannten Vorbeters möglichst beschränkt und womöglich ganz abgeschafft werde, und ist unter allen Umständen darauf zu sehen, daß die Recitation in würdiger und erbaulicher Weise geschehe und sich nirgends ein Schlendrian einschleiche, wie er leider an manchen Orten als ein wirkliches Aergerniß, das jede Erbauung ausschließt, anzutreffen ist.

Ein sehr löblicher und, wo er besteht, jedenfalls beizubehaltender Gebrauch ist das gemeinschaftliche Beten des heiligen Kreuzweges an gewissen Zeiten und Tagen des Jahres. Auch hier aber erscheint es zur Erhöhung der Andacht und Erbaulichkeit höchst wünschenswerth, daß das Vorbeten vom Priester selbst vorgenommen werde.

Was endlich die Abhaltung von Christenlehren oder Katechesen betrifft, welche dem Nachmittagsgottesdienste vorhergehen oder an denselben sich anschließen, so erinnere ich zunächst an die in der Diöcese schon längst bestehende, die Seelsorger streng verpflichtende Vorschrift, solche Christenlehren wenigstens in den Sommermonaten allsonntäglich abzuhalten. Diese Vorschrift erhält unter den gegenwärtigen Zeitumständen eine um so größere Wichtigkeit und Bedeutung, als die Kirche sich leider noch vielfältig gehemmt sieht, den Religionsunterricht in der Schule in ausreichender Weise zu ertheilen. Der Stoff dieser Christenlehren ist vor allem Anderen dem Catechismus ad parochos, gewöhnlich Catechismus Romanus genannt, zu entnehmen, der sich in den Händen eines jeden Seelsorgers befinden sollte und von der Kirche selbst den Pfarrern als Handbuch vorgegeschrieben ist, um aus demselben alles Wesentliche zu entnehmen,

worüber das christliche Volk unterrichtet werden muß. Diese Christenlehren aber müssen sich, um nicht ermüdend zu wirken, möglichst kurz fassen und nicht bloß auf die Kinder, sondern auch auf die Erwachsenen Rücksicht nehmen. Bloße Vorlesungen aus Erbauungsbüchern sind für den Nachmittagsgottesdienst weniger zu empfehlen, weil das frei gesprochene Wort viel anregender wirkt und bei nur einiger Vorbereitung von Seiten des Katecheten auch viel fruchtbringender ist. Wohl weiß ich, daß bei den beklagenswerthen Zuständen, welche die Kräfte sehr vieler Seelsorger gegenwärtig über Gebühr in Anspruch nehmen, es zuweilen unmöglich und oft sehr schwer sein wird, daß dieselben in völliger Erschöpfung ihre Kräfte auch noch am Nachmittag der Christenlehre und dem Abhalten des Gottesdienstes widmen, und ich bin weit entfernt, bei solchen Ausnahmезuständen Unmögliches von meinen Priestern zu verlangen; ich weiß aber auch, daß Gottlob! der Eifer einer großen Zahl derselben auch vor großen Schwierigkeiten nicht zurückschreckt, und daß die Liebe und die göttliche Gnade auch das Schwere versüßen und leicht machen kann. Ich muß daher die Pflege des Nachmittagsgottesdienstes und insbesondere der Christenlehren, mit Ausnahme jener Fälle, wo die Nothlage sie schlechterdings unmöglich macht, allen Seelsorgern auf das Dringendste ans Herz legen und bemerke schließlich nur noch, daß die Ersprießlichkeit und Fruchtbarkeit dieser Gottesdienste keineswegs von der Länge derselben abhängt, und daß eine angemessene Kürze ebenfalls viel dazu beitragen kann, Manche zur Theilnahme an denselben einzuladen, welche durch eine zu lange Dauer sich zurückschrecken lassen.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle Vorstehendes in den gedruckten Verordnungen dem Clerus bekannt machen.

An mein Hochwürdiges
General-Vicariat-Amt
G. R. 1105. hiersebst.

Fürst-Bischof.
† Robert.

**Nr. 84. Einwirkung durch den Clerus auf eine würdige Sonntagsfeier
seitens der kaufmännischen Jugend.**

G. B. Nr. 281. VI.

Breslau, den 24. März 1892.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ersuche ich ergebenst, das anliegende, mir von dem Herrn Regierungs-Präsidenten Dr. von Bitter zugegangene Circular der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln in den amtlichen Verordnungen zu publiciren mit dem Bemerken, daß ich mich freuen werde, wenn mein Hochwürdiges Clerus trotz der drückenden Arbeiten der Seelsorge sich, wie ich nicht zweifle, bereit zeigt, an der Erhaltung und Belebung des religiösen Sinnes und der christlichen Zucht unter der kaufmännischen Jugend in Vereinen 2c. mitzuwirken.

An mein Hochwürdiges
General-Vicariat-Amt
G. R. 2007. hiersebst.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Abschrift zu J. XV. 483a.

Oppeln, den 13. Januar 1892.

Im Anschluß an unser letztes Rundschreiben beehren wir uns im Weiteren, die Aufmerksamkeit der dortigen Kaufmannschaft auf folgende Fragen zu lenken.

Wie Ihnen bekannt ist, wird demnächst durch weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit den Gehülfen und Lehrlingen des Handelsgewerbes eine entsprechend größere Freiheit an Sonn- und Festtagen gewährt werden.

Es ist uns in dieser Beziehung aus kaufmännischen Kreisen wiederholt die Besorgniß geäußert worden, ob auch der unreife Lehrling von dieser aufsichtslosen freien Zeit den rechten Gebrauch machen wird, ob nicht vielmehr für ihn dadurch die Gelegenheit zu unnützen Geldausgaben und zu Extravaganzen geschaffen wird. Wir verhehlen uns den Ernst dieser Frage nicht, sind vielmehr ebenfalls der Ueberzeugung, daß, wenn die gesetzlichen Bestimmungen betreffend Sonntagsruhe nicht nur eine äußerliche oder gar schädliche Wirkung für den Lehrlingsstand haben sollen, in gewissem Umfange auch den Lehrlingen Gelegenheit gegeben werden muß, ihre Zeit auch ab und zu auch nützlich auszufüllen.

In welcher Weise dies zu ermöglichen ist, ob etwa durch gelegentliche Unterhaltungs- und Bildungsabende, durch Bildung von Lehrlingsabtheilungen im Anschluß an die bestehenden Vereine kaufmännischer Angestellter, durch Uebernahme regelmäßiger Vorträge seitens befähigter Gehülfen oder wohlmeinender Principale u. ähnl. und ob bezw. in welchem Umfange die kaufmännischen Vereine und die Kaufmannschaft selbst in der Lage und gewillt ist, dem Wortlaute des Gesetzes hier erst seinen Inhalt zu geben, das festzustellen, erachten wir für unsere Pflicht.

Wir verkennen die Schwierigkeit der Frage gewiß nicht, vielleicht wird aber durch unsere Anregung hier und da ein nützlicher Gedanke geweckt, durch dessen Bekanntgebung in weiteren Kreisen wir einem in mehreren Orten gefühlten Bedürfnisse abhelfen könnten.

Wir ersuchen Sie demgemäß, auch diese Frage in den Kreis Ihrer Berathungen ziehen zu wollen.

Der Sekretär der Handelskammer für den Regierungsbezirk Opperln.
J. N. 307. 92. gez. Dr. Stegemann.

1071.

Nr. 85. Angabe der Gottesdienstordnung im Visitationsprotokolle.

G. B. Nr. 6. VIII.

Die Herren Erzpriester begnügen sich in den Visitationsprotokollen von den Pfarreien, zu welchen mehrere Kirchen gehören, da, wo von der Gottesdienstabhaltung die Rede ist, in der Regel mit der allgemeinen Angabe, daß der Gottesdienst regelmäßig oder nach der ortsüblichen Reihenfolge gehalten werde. Wenn nun diese Reihenfolge hier nicht überall bekannt ist und, je nachdem mehr oder weniger Geistliche angestellt sind, eine Abänderung erleidet, auch nicht selten, wenn auch erst nach Jahren, Gegenstand der Beschwerde und Untersuchung wird, so tragen wir den Herren Erzpriestern resp. den Herren Archipresbyterats-Aktuarien hiermit auf, künftighin in den Visitationsprotokollen die Gottesdienstordnung, wie sie in den einzelnen Kirchen jeder Pfarochie stattfindet, mit Rücksicht auf die Zahl der angestellten Geistlichen genau anzugeben.

Nr. 86. Decretum Generale S. R. C. super festo Titularium in Ecclesiis et Oratoriis publicis celebrando.

G. B. Nr. 370. I.

Cum S. Rituum Congregatio comperit, nonnullos irrepsisse abusos circa Titularium Festa celebranda, sicut in Ecclesiis ita in Oratoriis publicis, Decreta hucusque evulgata, in praesenti renovans et confirmans declarat:

I. In quibusvis Ecclesiis publicisque Oratoriis, vel consecratis vel saltem solemniter benedictis, relativum Titularis festum quotannis esse recolendum sub ritu duplici primae classis cum octava.

II. Ecclesias autem omnes esse ab Episcopo, nisi consecratae eae fuerint, saltem benedicendas, quemadmodum etiam Oratoria publica, sub formula in Rituali Romano praescripta.

III. Hinc pro Ecclesiis et Oratoriis publicis ad effectum celebrandi Titularium festa, illas sacras aedes esse intelligendas, quae pro Missis celebrandis sacrisque aliis, etiam solemnioribus functionibus peragendis ab Ordinariis locorum destinatae vel consecrantur vel solemniter benedicuntur, ut publico fidelium usui libere plus minusve deserviant.

IV. Relativi Titularis Festum a toto Clero, si extiterit, vel a Sacerdote Rectore Ecclesiae aut publico Oratorio addicto, per integrum Officium celebrabitur: secus in defectu cujusvis Cleri, per solas Missas juxta Rubricas.

V. In Oratoriis autem, quae existunt in aedibus episcopalibus, Seminariis, Hospitalibus Domibusque Regularium, relativum Titularis Festum non celebrabitur, nisi in casu, quo aliqua ex iis consecrata vel benedicta solemniter fuerint.

VI. Denique S. Rituum Congregatio mandat, ut nullum ex oratoriis privatis consecratur, aut Benedictione donetur solemniter, quae in Rituali Romano legitur; sed ea tantum formula benedicatur, quae pro Domo nova aut loco in eodem Rituali habetur.

Et ita declaravit. Die 5. Junii 1899.

Nr. 87. Verlegung der Patronatsfeste auf den vorhergehenden Sonntag.

G. B. Nr. 225. II.

Wratislavien.

Sanctissimus Dominus Noster Leo Papa XIII., clementer deferens supplicibus votis Reverendissimi Domini Roberti Herzog Episcopi Wratislavien. ab infrascripto Sacrorum Rituum Congregationis Secretario relatis, de speciali gratia, benigne indulgere dignatus est, ut Festa Patronorum Ecclesiarum Parochialium ipsius Wratislavien. dioeceseos transferri valeant, quoad extrinsecam solemnitatem, cum unica Missa solemniter de iisdem Patronis respective propria, et cum Indulgentiis jampridem concessis, in Dominicis proxime praecedentes, haud impeditas ab aliquo Festo Duplici primae classis, aut dominica aliqua ex privilegiatis primae vel secundae classis: servatis Rubricis. Contrariis non obstantibus quibuscunque.

Die 26. Aprilis 1883.

L. S.

D. Cardinalis Bartolinius, S. R. C. Praefectus.

Laurentius Salvati, S. R. C. Secretarius.

Nr. 88. Verlegung des Buß- und Bettages.

G. B. Nr. 290. III.

Litterae Apostolicae de die poenitentiae et precum in Dioecesibus
Borussiae celebranda.

Leo PP. XIII.

Venerabilis Frater Salutem et Apostolicam Benedictionem.

Qua, ex singulari Divinae Providentiae consilio, totius Catholici gregis cura urgemur, Nos admonet, ut sedulo attentoque studio praestemus, quae in exploratam Christifidelium utilitatem cedant. Jam vero Praedecessores Nostri Romani Pontifices, etsi nihil iis unquam antiquius visum sit, quam ut Christianus populus veneretur Sabbatha Domini, tamen cum graves momenti rationes id suaserint, in praescribendis festis diebus eorumque celebratione, non spirituali tantum emolumento gentium consulere, verum etiam temporalibus earum necessitatibus opportune ac salubriter pro temporum ac locorum circumstantiis obvenire non renuerunt. Hae mente Leo PP. XII. fel. record. Praedecessor Noster Apostolicis litteris eadem hac forma ad praedecessorem tuum Ferdinandum angustum Archiepiscopum Coloniensem die 11. mensis Decembris Anno MDCCCXXVIII datis, ipsi aliisque Regni quoad tum patebat Borussici Sacrorum Antistibus, nempe Trevirensi, Monasteriensi, Paderbornensi, Gnesnensi et Posnaniensi, Culmensi, Wratislaviensi nec non Varmiensi mandavit, ut in sua quisque dioecesi eundem festorum ordinem auctoritate Apostolica ediceret, qui in provinciis Regni Borussici Orientalibus ex Apostolicis Clementis PP. XIV., et Pii PP. VI. Nostrorum Praedecessorum litteris tum vigeat. Porro cum per similes litteras ad Antonium Episcopum Paphensem Vicarium Apostolicum et Decanum Wratislaviensem die XIX. mensis Aprilis Anno MDCCCLXXXVIII datas, Pius PP. VI. recol. mem. Praedecessor Noster, Borussici Regis optatis annuens, statuendum curaverit, ut pro dioecesanis Borussico Regi eidem subjectis designaretur quotannis dies pro solemnibus Deo supplicationibus peragendis ad uberes ex agris fructus obtinendos, hicque dies scilicet feria quarta tertiae hebdomadae post Pascha ex tunc sienti festivus habitus fuerit, hinc factum est, ut tam praedictus Praedecessor tuus Archipraesul Coloniensis, quam alii supradictarum dioecesium Antistites in disponendis festis pro iisdem Borussici Regni dioecesibus, inter alia idipsum Pii PP. VI. decretum pro lege habuerunt et festorum ordini, quem Friderico Guilelmo III. Rege Borussico auspice earundem dioecesium praesules anno MDCCCXXIX promulgarunt, feriam quartam tertiae post Pascha hebdomadae tamquam festum diem pro solemnibus Deo supplicationibus ad uberes ex agris proventus obtinendos inseruerunt. Huic autem feriae quartae deinceps sollempniter celebrandae in singulis iisdem dioecesibus festum aliquod addixere, nempe I. pro Archidioecesi Coloniensi Patrocinium S. Josephi; II. „Pro dioecesi Trevirensi festum Tunicae et Lanceae Domini Nostri Jesu Christi“; III. Pro dioecesi Monasteriensi festum Sancti Ludgeri“; IV. „Pro dioecesi Paderbornensi festum S. Liborii“; V. „Pro Archidioecesi Gnesnensi et Posnaniensi festum S. Adalberti“; VI. „Pro dioecesi Culmensi festum item S. Adalberti“; VII. „Pro dioecesi Wratislaviensi Patrocinium S. Josephi“; VIII. „Pro dioecesi denique Varmiensi festum Sancti Adalberti“. Verum cum in

praesentia Serenissimus Imperator ac Rex Guilelmus II. admodum cupiat, ut dictus poenitentiae precumque dies „Buss- und Betttag“ vulgo appellatus, qui in variis Regni partibus variis diebus huc usque celebrabatur, uno eodemque pro toto Regno die in posterum celebretur, nempe feria quarta hebdomadae anni ecclesiastici penultima, neque graves officiant rationes, quin optatis huiusmodi obsecundemus, et in dioecesibus supradictis e feria quarta, tertiae post Pascha hebdomadae, idem festum ad uberes ex agris obtinendos fructus vel potius in gratiarum actionem pro fructibus jamjam perceptis, interposita Nostra auctoritate in quartam hebdomadae anni ecclesiastici penultima feriam transferamus, immo peropportuna Nobis eadem immutatio visa sit, hinc quae infra scripta sunt discernenda in posterum existimavimus. Nimirum votis Serenissimi Imperatoris ac Regis Guilelmi II., qui in catholicos suae ditioni obnoxios et propensam gerit voluntatem et eorum utilitati sapienti consilio prospicit, quantum in Domino possumus, annuentes, Apostolica Nostra auctoritate praesentium vi ac de certa scientia et matura deliberatione Nostris, omnibus rei momentis attento ac sollicito studio perpensis, cum Venerabilibus Fratribus Nostris Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalibus supremae Inquisitioni praepositis, feriam quartam hebdomadae tertiae post Pascha huc usque in Archidioecesi tua Coloniensi et in aliis supra memoratis dioecesibus Treviren. Monasterien. Paderbornen. Gnesnen. et Posnanien. Culmen. Wratislavien. ac Varmien. festive in foro celebratam, negotiis saecularibus peragendis reddimus ac festa pro singulis iis dioecesibus huc usque in eandem diem translata, ut suis quaeque locis restituantur, edicimus. Praeterea de Apostolicae Nostrae potestatis plenitudine praesentium item vi feriam quartam penultimae anni ecclesiastici hebdomadae in diem festum pro supradictis dioecesibus evehimus adjecta Christifidelibus tum sacro adstandi tum a servilibus operibus abstinendi obligatione. Tandem praecipimus, ut hac feria quarta penultimae anni ecclesiastici hebdomadae solemnes eadem preces instituantur, quae huc usque quarta feria hebdomadae post Pascha tertiae fieri solebant, nec non ut pro singulis praefatis dioecesibus festum Praesentationis Beatae Mariae Virginis Immaculatae e loco suo, nempe a vigesima prima Novembris mensis die, in ipsam feriam quartam penultimae ecclesiastici anni hebdomadae deinceps similiter Apostolica Nostra Auctoritate transferatur. Non obstantibus Nostra et Cancellariae Apostolicae regula de jure quaesito non tollendo aliisque constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis ceterisque contrariis quibuscunque. Tuae autem, Venerabilis Frater, curae committimus, ut aliis praedictis Sacrorum Antistitibus ceterisque ad quos pertinet hanc Nostram voluntatem significes, Tibique et gregi Tibi concredito Apostolicam benedictionem peramanter impertimur. Datum Romae apud Sanctum Petrum sub Annulo Piscatoris die IX. Decembris MDCCCXCII, Pontificatus Nostri Anno Decimo quinto.

(L. S.)

(Sign.) S. Card. Vannutelli.

Venerabili Fratri Philippo, Archiepiscopo Coloniensi.

Im Anschlusse an vorstehendes Breve verordne ich hiermit das Nachstehende:

1. Der Mittwoch in der vierten Osterwoche hört vom Jahre 1893 an auf, ein gebotener Feiertag zu sein, weshalb an demselben die Pflicht der

Application und der Anhörung der heil. Messe, sowie das Verbot knechtlicher Arbeit entfallen.

2. Das festum patrociniū S. Joseph Sponsi B. M. V. wird auf den III. Sonntag nach Ostern zurückverlegt; für das laufende Jahr tritt der bereits herausgegebene Nachtrag zum Direktorium in Kraft.

3. Dagegen ist der Mittwoch vor dem letzten Sonntage im Kirchenjahre fortan ein gebotener Festtag, und ist auf denselben von Seiner Heiligkeit Papst Leo XIII. das Fest Maria Opferung (festum praesentationis B. M. V.) verlegt worden. An diesem Tage tritt also fortan die Pflicht der Application und der Anhörung der heil. Messe, sowie das Verbot knechtlicher Arbeiten in Geltung.

Vorstehende Verordnung ist in allen Pfarrkirchen bezw. den Kirchen mit besonderem Gottesdienste durch Verlesung bekannt zu machen.

Breslau, den 1. April 1893.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 89. Offurrenz zwischen dem St. Michaelsfeste und dem Rosenkranzfeste.
G. B. Nr. 300. I.

Wratislavien.

Ne festum Sanctissimi Rosarii Beatae Mariae Virginis transferendum sit iis in ecclesiis, quae, intra fines Wratislaviensis Dioeceseos, Sancti Michaelis Archangeli Patroni solemnitate ex Apostolico Indulto Dominica diem 29. Septembris proxime insequenti recolere solent; Eminentissimus et Reverendissimus Dominus Cardinalis hodiernus Episcopus Wratislaviensis a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. privilegium humillime expetivit, quo in memoratis ecclesiis solemnitas Sancti Michaelis Dominica diem 29. Septembris immediate antecedenti peragi valeat, ut propria sede et cum Ecclesia universali festum Sanctissimi Rosarii recolatur. Sacra porro Rituum Congregatio, vigore facultatum ab eodem Sanctissimo Domino Nostro sibi specialiter tributarum, Eminentissimi Cardinalis oratoris precibus benigne annuit: servatis Rubricis. Contrariis non obstantibus quibuscumque. Die 28. Junii 1894.

† Caj. Cardinalis Aloisi-Masella, Praefectus.
Aloisius Tripepi, Secretarius.

Nr. 90. Offurrenz zwischen dem Kirchweihfeste und dem Rosenkranzfeste.
G. B. Nr. 303. I.

Wratislavien.

Ne solemnitas Sanctissimi Rosarii B. M. V. e propria sede cum Fidelium moerore transferri contingat in iis Ecclesiis Wratislavien. Dioeceseos, ubi festum ipsarum Dedicationis Dominicae diem 29. Septembris immediate sequenti affixum fuit; Eminentissimus et Reverendissimus Dominus Cardinalis Georgius Kopp, Princeps Episcopus Wratislavien., a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. humillime expetivit, ut earundem Ecclesiarum Dedicationis festum in Dominica enunciata diem 29. immediate antecedenti fixe reponi valeat. Sacra porro Rituum Congregatio, utendo facultatibus sibi specialiter ab eodem Sanctissimo Domino Nostro

tributis, Eminentissimi ac Reverendissimi Oratoris precibus benigne annuit: servatis Rubricis. Contrariis non obstantibus quibuscumque.
Die 26. Novembris 1894.

Pro Eminentissimo et Reverendissimo
Domino Card. C. Aloisi-Masella, Praefecto.
L. M. Card. Parocchi.

Al. Tripepi, Secretarius.

Nr. 91. Dubia circa praescriptiones liturgicas pro Feria V. in Coena Domini.

G. B. Nr. 368. I.

Revmus Dominus Theodorus Valfrè di Bonzo, Episcopus Comen., exoptans, ut in sua Dioecesi praescriptiones liturgicae observentur, circa alias consuetudines ibidem vigentes sequentia dubia pro declaratione Sacrorum Rituum Congregationi humillime exposuit; nimirum:

Dubium I. An Feria V in Coena Domini in Ecclesiis Parochialibus aliisque non Parochialibus celebrari possit Missa lecta vel cum cantu, quin peragantur functiones Ferae VI in Parasceve et Sabbati Sancti?

Dubium II. An praedicta Missa legi vel decantari possit in Ecclesiis vel Oratoriis spectantibus ad Regulares, ad Seminaria et ad Pias Communitates?

Dubium III. An publicae Fidelium adorationi proponi queat Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum etiam post Missam Praesantificatorum?

Dubium IV. An cum Hostia consecrata, quae reservatur pro dicta Missa Praesantificatorum, reponi possit in urnula seu sepulero pixis cum particulis consecratis si opus fuerit pro infirmis?

Et Sacra Rituum Congregatio ad relationem Secretarii, audito etiam voto Commissionis Liturgicae omnibusque perpensis, rescribendum censuit:

Ad I. In Ecclesiis Parochialibus, ubi adest Fons baptismalis, servantur Rubricae Missalis et Decreta, adhibito Memoriali Rituum Benedicti Papae XIII pro functionibus praescriptis, si extet defectus sacerorum ministrorum et clericorum. In aliis vero Ecclesiis non Parochialibus omitti potest functio Sabbati Sancti, non tamen illa Ferae VI in Parasceve; et fiat Sepulcrum: expetita facultate pro usu dicti Memorialis, si idem sacerorum ministrorum et clericorum defectus existat.

Ad II. Affirmative, quoad Regulares proprie dictos, iuxta Decretum sub N. 2799 diei 31. Augusti 1839; Negative, quoad Seminaria et Pias Communitates, nisi habeatur Apostolicum Indultum.

Ad III et IV. Negative; et servantur Rubricae et Decreta.

Atque ita rescripsit.

Die 9. Decembris 1899.

L. † S. C. Ep. Praenest. Card. MAZZELLA, S. R. C. Praef.
Diomedes PANICI, S. R. C. Secret.

Nr. 92. Gebrauch des Te Deum bei der Auferstehungsfeier.

G. B. Nr. 287. XII.

Zufolge mehrfacher Anträge seitens des Hochwürdigsten Diöcesan-Clerus haben Se. Fürstlichen Gnaden, der Hochwürdigste Herr Fürstbischof, genehmigt, daß bei der Auferstehungsfeier am Osterfeste das im neuen Diöcesan-Rituale ausgelassene Te Deum überall da, wo es bisher üblich war, auch fernerhin beibehalten werden darf.

Nr. 93. Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs.

G. V. Nr. 177. II.

Breslau, den 11. Januar 1869.

Unserem Hochwürdigem General-Vicariat-Amte theilen wir mit, daß nach einer zwischen den Hochwürdigsten Herren Bischöfen der preussischen Monarchie getroffenen Uebereinkunft die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs in allen Diöcesen fortan eine gleichmäßige sein soll.

Dieselbe hat in nachstehender Weise stattzufinden:

1. Am Vorabende des königl. Geburtstages, sowie unmittelbar vor dem an diesem Tage selbst abzuhaltenden Hochamte findet ein halbstündiges Geläute mit den Glocken in sämtlichen Pfarrkirchen statt.
2. Am Geburtstage des Königs wird ein feierliches Motiv-Hochamt de S. S. Trinitate cum Collecta pro gratiarum actione und nach demselben das Te Deum abgehalten.

In denjenigen Städten, in welchen mehrere Pfarrkirchen sind, bleibt diese Feier sowie auch das Geläute auf die Haupt-, in Breslau aber auf die Cathedral-Kirche beschränkt.

3. Fällt das gedachte Geburtsfest auf einen der drei ersten Tage der Charwoche, wie z. B. in diesem Jahre, so findet das Geläute zwar, wie oben, statt, von einem feierlichen Hochamte aber wird, weil solches die Rubriken nicht gestatten, Abstand genommen und lediglich ein feierliches Te Deum cum collecta pro gratiarum actione am Tage selbst abgehalten.
4. Fällt endlich das Fest auf einen der drei letzten Tage der Charwoche, so wird von einer kirchlichen Feier gänzlich abstrahirt, und sind nur am Palmsonntage die Gläubigen von der Kanzel auf den für das Königreich bedeutungsvollen Tag aufmerksam zu machen und zum Gebete für den König und seine Regierung aufzufordern.

Unserem Hochwürdigem General-Vicariat-Amte tragen wir auf, der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit diese Anordnungen durch die Circular-Berordnungen demnächst kund zu machen.

An

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
hier.

Fürst-Bischof.

† Heinrich.

Nr. 94. Öffentliche Verhandlungen der Gerichtsbehörden an katholischen vom Staate nicht als gesetzlich anerkannten Feiertagen.

G. V. Nr. 17. III.

Nachdem zur Erledigung der Frage: in wie fern bei der Ansetzung von Terminen für die Schwurgerichte die Feiertage der Katholiken, welche vom Staate nicht als gesetzliche angesehen werden, zu beachten seien, unterm 12. April 1849 seitens des Herrn Justiz-Ministers eine Instruktion an sämtliche Gerichtsbehörden dahin ergangen, daß in Gegenden und in Orten, wo die Bevölkerung eine überwiegend katholische ist, auch an den ausschließlich katholischen Feiertagen, nämlich am Feste der heil. drei Könige, Mariä Reinigung, Mariä Verkündigung, am Fronleichnamsfeste, am Feste der heil. Apostel Petrus und Paulus, an Allerheiligen und am Feste Mariä Empfängniß, jedoch mit Ausnahme von dringenden Fällen und Verhandlungen, die auch an Sonntagen vorgenommen zu

werden pflegen, weder Schwurgerichts-Sitzungen noch andere öffentliche Sitzungen in Criminal- und Civil-Sachen, ingleichen auch keine öffentlichen Vicitationen abgehalten werden sollen, so machen wir dies hierdurch zur Nachachtung bekannt.

Nr. 95. Verbot störender, nicht dringender Arbeiten an Sonn- und Festtagen.

G. B. Nr. 269. IV.

Breslau, den 14. Februar 1891.

Aus Anlaß mehrfacher Klagen über die Entheiligung des Sonntags durch störende nicht dringliche Arbeiten habe ich mich an den Herrn Oberpräsidenten mit dem Ersuchen um geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der beklagten Uebelstände gewandt. In Folge dessen ist mir das nachstehende Schreiben des Herrn Oberpräsidenten zugegangen:

Breslau, den 24. Januar 1891.

Auf das geneigte Schreiben vom 12. August v. J. G. K. 3283, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage betreffend, beehre Euer Fürstlichen Gnaden ich mich nach näherer Prüfung dieser Angelegenheit ganz ergebenst zu erwidern, daß ich den Herrn Regierungs-Präsidenten zu Oppeln ersucht habe, die Ortspolizeibehörden anzuweisen, von der ihnen nach dem § 2 Abs. 3 der Polizei-Ordnung vom 27. Juli 1882 — Amtsblatt der Königl. Regierung hier selbst Stück 33 S. 229 — vorbehaltenen Dispenzationsbefugniß nur in wirklich dringenden Fällen und auch dann in der Regel nur für die Zeit nach dem Hauptgottesdienste Gebrauch zu machen.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ersuche ich, dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus dies bekannt zu geben.

Der Fürstbischof.
Georg.

Nr. 96. Tanzlustbarkeiten an Parochialfesten.

G. B. Nr. 121. VI.

In Folge vieler seitens der Ehrwürdigen Curatgeistlichkeit erhobenen Beschwerden über allzuleichte Licenzertheilung zu Tanzlustbarkeiten wendeten sich Seine Fürstbischöfliche Gnaden unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich an die Königliche Regierung in Oppeln und ersuchte diese Behörde, dahin wirken zu wollen, daß solche Licenzen beschränkt werden möchten. Welche Anordnungen die Königliche Regierung getroffen, theilen wir nachstehend der Ehrwürdigen Curatgeistlichkeit zur Kenntniß und Nachachtung mit:

Euer Fürstlichen Gnaden beehren wir uns auf das an den Präsidenten unseres Collegii gerichtete, und ressortmäßig an uns zur weiteren Veranlassung abgegebene Schreiben vom 30. v. Mts. (Nr. 285) anliegend Abschrift der von uns heute an die Landräthe unseres Departements erlassenen Verfügung, die Beschränkung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten betreffend, mit dem ergebensten Anheimstellen zu übersenden, die Ortsgeistlichen dahin anzuweisen, daß dieselben die Polizei-Verwaltungen von den stattfindenden kirchlichen Parochialfesten mindestens 14 Tage vorher in Kenntniß setzen, damit letztere, bei Entscheidung über die Anträge auf Gestattung öffentlicher Tanzlustbarkeiten, hierauf die nöthige Rücksicht nehmen können.

Oppeln, den 22. Februar 1860.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.
Heidfeld.

Unter Bezugnahme auf unsere früheren Anweisungen über die Beschränkung der Tanzlustbarkeiten, insbesondere unsere Circular-Befugung vom 1. März 1842 (Sach, polizeiliche Straf-Verordnungen S. 353), bestimmen wir hiermit, daß an den hohen kirchlichen Parochialsfesten auf dem platten Lande (auch Patronatsfeste oder Ablassfeste genannt) keine öffentlichen Tanzlustbarkeiten in denjenigen Landgemeinden, in welchen diese Feste stattfinden, veranstaltet werden dürfen.

Euer zc. zc. haben die Polizei-Verwalter des dortigen Kreises anzuweisen, hiernach für die betreffenden Orte und Tage keine Erlaubniß zur Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten zu ertheilen.

Oppeln, den 22. Februar 1860.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.
gez. Heidfeld.

An
sämmliche Landräthe resp. Landraths-
Aemter des Regierungs-Bezirks.
Ad J. XV/VII/X 560c.

Nr. 97. Lustbarkeiten, Schaustellungen zc. an Ablass- und Patronatsfesten.

G. B. Nr. 281. V.

Mein Hochwürdiges General-Bicariat-Amt ersuche ich ergebenst, die in Abschrift anliegende Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten von Bitter in den Amtlichen Verordnungen mit dem Hinzufügen zu publiciren, daß gegebenen Falles die nothwendigen Anträge an die Ortspolizei-Behörden zu richten sein werden.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß an den sogenannten Patronats- und Ablassfesten Karussellfahrten, Schaustellungen aller Art, sowie sonstige lärmende Veranstaltungen in einer den kirchlichen Charakter des Tages beeinträchtigenden Weise überhand nehmen, ohne daß seitens der Polizei-Behörde dagegen mit der nöthigen Entschiedenheit eingeschritten wird. Ich nehme daraus Veranlassung, allgemein in Erinnerung zu bringen, daß die Polizei-Behörden auf Grund der §§ 60a bezw. 33b Gew.-Ordn. in der Lage sind, der Abhaltung derartiger Lustbarkeiten an den genannten Tagen entgegenzutreten, und von dieser Befugniß überall da Gebrauch zu machen haben, wo nach den örtlichen Verhältnissen von den in Rede stehenden Veranstaltungen eine Störung, bezw. Beeinträchtigung der gottesdienstlichen Feier, sowie eine Störung der an den betreffenden Tagen gebotenen äußeren Ruhe zu erwarten steht. Wo diese Voraussetzung zutrifft, wird es sich in der Regel empfehlen, auch an den Vorabenden der Patronats- zc. Feste den betreffenden Gewerbetreibenden die Ausübung ihres Gewerbes nicht zu gestatten.

Oppeln, den 5. Januar 1892.

Der Regierungs-Präsident.
gez. von Bitter.

Nr. 98. Strafbarkeit von Gottesdienststörungen, auch wenn sie außerhalb des zum Gottesdienste bestimmten Raumes stattfinden.

G. B. Nr. 255. IX.

Der Angeklagte hatte, während der katholische Pfarrer M. auf dem katholischen Kirchhofe eine Beerdigungsfeier abhielt, in dem an den Kirchhof

anstoßenden Hufe seiner Eltern laut schreiend die Rede des Geistlichen, sowie die Grabgesänge nachgeahmt und war deshalb von der Strafkammer bei dem Amtsgericht in Kreuzburg unter der Feststellung, daß er durch Erregung von Lärm eine gottesdienstliche Verrichtung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorsätzlich gestört, auf Grund des § 167 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich¹⁾ verurtheilt worden. Er legte dagegen die Revision ein, indem er ausführte, die Verurtheilung enthalte eine Verletzung des § 167 cit., weil er, als er gesungen und geschrien, sich im elterlichen Hause befunden habe und an dieser Stelle zum beliebigen Singen und Schreien berechtigt gewesen sei. Das Reichsgericht verwarf die Revision durch Urtheil vom 2. December 1881 aus folgenden

Gründen:

Die Revision ist . . . unbegründet. Zunächst kann die allerdings nicht ganz korrekte Ausdrucksweise des § 167 St. G. B.'s nicht dahin verstanden werden, daß der störende Lärm innerhalb einer Kirche oder innerhalb eines anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Ortes verursacht werden mußte. Denn es erscheint nicht verständlich, welcher rechtliche oder auch nur tatsächliche Unterschied davon abhängig sein sollte, je nachdem dies der Fall ist, oder aber der störende Lärm von außen in die Kirche oder den zu religiösen Versammlungen bestimmten Ort hereindringt, und es ist vielmehr in beiden Fällen die durch den Lärm herbeigeführte Störung von der nämlichen Beschaffenheit. Darum verdient die Auslegung des § 167 St. G. B.'s den Vorzug, nach welcher nur der Gottesdienst und bezw. die einzelne gottesdienstliche Verrichtung, welche gegen Störung durch Lärm geschützt werden soll, innerhalb der Kirche oder an einem zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmten Orte stattfinden muß. Hiermit ist dann aber zugleich weiter nachgewiesen, daß auch außerhalb der fraglichen Orte jeder Lärm zu unterbleiben hat, durch welchen die betreffende Störung verursacht werden würde, mag auch dieser Lärm, wenn er zu anderer Zeit sich ereignet, als zu welcher Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Verrichtung stattfindet, ein durchaus berechtigter sein. Nur dann würde also die Auffassung der Revisionschrift Beachtung beanspruchen können, wenn der von dem Angeklagten verursachte Lärm sogar im Hinblick auf die hierdurch herbeigeführte Störung der religiösen Feierlichkeit ein berechtigter gewesen wäre, derselbe mithin geradezu diese Feierlichkeit hätte stören dürfen. Daß eine derartige Berechtigung, etwa im Falle eines Brandausbruches, bestehen kann, erscheint nicht zweifelhaft, wie auch nicht jede durch das Geräusch des täglichen Lebens verursachte Störung der fraglichen Art ausnahmslos strafbar sein wird. Inwiefern aber das dem Angeklagten zur Last gelegte Singen und Schreien, durch welches er vorsätzlich die religiöse Feierlichkeit störte, ein berechtigtes gewesen sein könnte, ist nicht ersichtlich, und es brauchte jedenfalls dieser von der Revision aufgestellte Gesichtspunkt in dem

¹⁾ Der Paragraph lautet: „Wer durch eine Thätlichkeit oder Drohung Jemand hindert, den Gottesdienst einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft auszuüben, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte durch Erregung von Lärm oder Unordnung den Gottesdienst oder einzelne gottesdienstliche Verrichtungen einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorsätzlich verhindert oder stört, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.“

Urtheil nicht zur besonderen Erörterung gezogen zu werden, weil sich der Angeklagte vorher auf das jetzt in Anspruch genommene Recht nicht berufen hatte.

Das Rechtsmittel war sonach zu verwerfen.

Dieses Urtheil ist abgedruckt in den Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. V. S. 258.

Zweiter Abschnitt. Heilige Orte.

(Ueber kirchliche Bauten und Kirchhöfe siehe im vierten Theil.)

Nr. 99. Konsekration und Exekration der Kirche und des Altars.

G. B. Nr. 325. III.

Decretum S. R. C. Instantibus nonnullis Rmis Episcopis pro resolutione authentica aliquorum dubiorum consecrationem Ecclesiae respicientium, Sacra Rituum Congregatio, suffragia unius et alterius tum ex Apostolicarum Caeremoniarum Magistris, tum ex Sacrae ipsius Congregationis Consultoribus, necnon cl. cuiusdam professoris in Iure Canonico exquisivit et typis edenda curavit. Hinc Emus et Rmus Dnus Cardinalis Franciscus Segna in Ordinariis Sacrorum Rituum Congregationis Comitii, subsignata die ad Vaticanum habitis, eadem dubia discutienda ita proposuit, nimirum:

I. An Ecclesia, in cuius consecratione omissa fuit consecratio Altaris, habenda sit valide consecrata?

II. Utrum Ecclesia, e cuius parietibus vel partim, vel integre disii-citur simul incrustatio, vulgo *intonaco*, ut renovetur, consecrata maneat, vel execrata?

III. An Altare, sive fixum sive portatile, enormiter fractum, sed firmiter coementatum, aut ex pluribus lapidibus efformatum, valide ac licite consecrari possit?

Et Sacra eadem Congregatio, omnibus maturo examine perpensis, propositis dubiis, respondendum censuit:

Ad I. Affirmative, nempe valide; sed non licite, nisi habeatur Apostolica dispensatio, quamvis aliqua, vel omnia Altaria iam consecrata reperiantur; ideoque servandus omnino est ordo Rituum Pontificalis Romani, ut integritas consecrationis perficiatur.

Ad II. Ecclesia consecrata remanet, quamvis in eius parietibus opus tectorium sit renovatum.

Ad III. Negative; scilicet non potest Altare, de quo fit mentio, valide ac licite consecrari. Die 19. Maii 1896.

Facta postmodum de his Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. per infrascriptum Cardinalem Sacrae Rituum Congregationi Praefectum relatione, Sanctitas Sua sententiam Sacrae eiusdem Congregationis ratam habuit et confirmavit, die 8. Iunii, eodem anno.

L. † S.

Cai. Card. Aloisi-Masella, S. R. C. Praef.
Aloisius Tripepi, S. R. C. Secretarius.

Nr. 100. Wandkreuze in konsekrierten Kirchen.

G. B. Nr. 307. III.

Decretum S. R. C. 1. An duodecim cruces, quae in consecratione ecclesiae pinguntur in parietibus et ab Episcopo consecrante sacro chrismate liniuntur, expleta consecratione possint evelli, si sint factae ex marmore, aut deleri, si sint depictae; an vero remanere debeant perpetuis temporibus in testimonium consecrationis ejusdem ecclesiae? — Resp. Omnino perpetuis futuris temporibus remanere debere. (Die 18. Febr. 1696 in Januen.)

2. Cruces ad sacras unctiones praescriptae in dedicatione ecclesiae N. non fuerunt dispositae prout fert liber pontificalis, et aliunde incuria plane supina quaedam fuerunt destructae effosso muro: quaeritur, an novis crucibus loco et ordine requisitis depictis suppleri debeat illarum unctionis caeremonia iuxta formam Pontificalis? — Resp. Depingantur iterum cruces in ecclesia, quarum sex in parte dextera, sex aliae in sinistra appareant; ita tamen, ut duae sint prope altare maius et duae prope ecclesiae ianuam, omissa unctionis caeremonia. (Die 5. Sept. 1867 in Mechlinien.)

3. Accendenda sunt lumina ante cruces positas in parietibus ea die ad quam transfertur celebratio officii dedicationis ecclesiae. (Die 28. Febr. 1628 in Girgentina.)

Nr. 101. Oratoria semipublica.

G. B. Nr. 355. II.

Decretum S. R. C. A sacra Rituum Congregatione saepe postulatum est, quatenus Oratoria seu semipublica habenda sint. Constat porro Oratoria publica ea esse, quae auctoritate Ordinarii ad publicum Dei cultum perpetuo dedicata, benedicta, vel etiam solemniter consecrata, ianuam habent in via, vel liberum a publica via Fidelibus universim pandunt ingressum. Privata e contra stricto sensu dicuntur Oratoria, quae in privatis aedibus in commodum alicuius personae vel familiae ex Indulto Sanctae Sedis erecta sunt. Quae medium inter haec duo locum tenent, ut nomen ipsum indicat, Oratoria semipublica sunt et vocantur. Ut autem quaelibet ambiguitas circa haec Oratoria amoveatur, Sanctissimus Dominus Noster Leo Papa XIII. ex Sacrorum Rituum Congregationis consulto statuit et declaravit: Oratoria semipublica ea esse, quae etsi in loco quodammodo privato, vel non absolute publico, auctoritate Ordinarii erecta sunt; commodum tamen non Fidelium omnium nec privatae tantum personae aut familiae, sed alicuius communitatis, vel personarum coetus inserviunt. In his sicut auctoritate Ordinarii sacrosanctum Missae Sacrificium offerri potest, ita omnes qui eidem intersunt, praecepto audiendi Sacrum satisfacere valent. Huius generis Oratoria sunt quae pertinent ad Seminaria et Collegia ecclesiastica; ad pia Instituta et Societates votorum simplicium aliasque Communitates sub regula sive statutis saltem ab Ordinario approbatis; ad Domus spiritualibus exercitiis addictas; ad Convictus et Hospitia iuventuti litteris, scientiis, aut artibus instituendae destinata; ad Nosocomia, Orphanotrophia, nec non ad Arces et Carceres; atque similia Oratoria, in quibus ex instituto aliquis Christifidelium coetus convenire solet ad audiendam Missam. Quibus adiungi debent Capellae

in Coemeterio rite erectae, dummodo in Missae celebratione non iis tantum ad quos pertinent, sed aliis etiam Fidelibus aditus pateat. Voluit autem Sanctitas Sua sarta et tecta iura ac privilegia Oratoriorum, quibus fruuntur Eminentissimi S. R. E. Cardinales, Rñi Sacrorum Antistites, atque Ordines Congregationesque Regulares. Ac praeterea confirmare dignata est Decretum in una Nivernen. diei 8. Martii 1879. Contrariis non obstantibus quibuscunque. Die 23. Januarii 1899.

C. Ep. Praenestinus Card. Mazzella, S. R. C. Praef.

Diomedes Panici, S. R. C. Secretarius.

Nivernen.

Rñus D. Stephanus Antonius Lelong, Episcopus Nivernen., quae sequuntur Sacrae Rituum Congregationi exposuit, opportunitam declarationem seu resolutionem humillime expostulans, videlicet:

I. Potestne Episcopus iure ordinario concedere licentiam etiam plures Missas qualibet die celebrandi 1° in Capellis seu Oratoriis publicis piarum Communitatum, etiam earum quae clausuram non habent; 2° in Capellis seu Oratoriis piarum Communitatum, quae licet non habeant ingressum in via publica, inserviunt tamen quotidianis exercitiis totius Communitatis; 3° in Capellis seu Oratoriis ad personas quidem privatas pertinentibus, sed quae sunt publica vel semipublica in eo sensu, quod habeant ingressum in via publica vel prope viam publicam, ut semper cuilibet volenti intrare permittatur?

II. Potestne Episcopus alia Oratoria praeter Capellam seu principale Oratorium erigere in piis Communitatibus sive ob numerum Sacerdotum ibi degentium ut ab omnibus Missa dici possit, sive in gratiam infirmorum qui nequeunt adire Capellam seu Oratorium principale?

III. Potestne Episcopus iure proprio concedere facultatem asservandi Ssum Sacramentum 1° in Ecclesiis seu Capellis publicis, quae tamen titulo parochiali non gaudent, etsi utilitatibus Paroeciae inserviant; 2° in Capellis piarum Communitatum publicis, id est quarum porta pateat in via publica vel in area cum via publica communicante, et quae habitantibus omnibus aperiuntur, 3° in Capellis seu Oratoriis interioribus piarum Communitatum, quando non habent Capellam seu Oratorium publicum in sensu exposito ut evenit ex. gr. in Seminariis?

IV. Potestne Episcopus iure proprio licentiam concedere uni Sacerdoti secundam Missam diebus Dominicis aut festivis de praecepto celebrandi 1° in Oratoriis seu Capellis quae a S. Sede vel vi Indulti ab ea concessi fuerunt approbata, quando propter distantiam a parochiali Ecclesia ista secunda Missa proficere potest voto Parochianorum qui aliter Missam non audirent vel saltem difficillime; 2° in duabus Ecclesiis in eadem Parochia existentibus quando pro utraque deservienda unus adest Sacerdos, et tamen non sine detrimento religionis Missa in una tantum celebraretur; 3° in eadem Ecclesia quando aliter pars sat notabilis Parochianorum Missam non audiret; 4° quando valde utilis est, sin autem necessaria ista secunda Missa ut communicari a Fidelibus cum maiori facilitate et aedificatione frequentius possit?

Sacra itaque Rituum Congregatio, referente subscripto Secretario, hisce postulatis sic respondit:

Ad I. Episcopus utatur iure suo in omnibus casibus expositis.

Ad II. Si porro ex piarum Communitatum conditione necessaria sit erectio alterius Oratorii, pro eius erectione facultas erit a Sancta Sede obtinenda.

Ad III. Implorandum est indultum a Sancta Sede quoad omnia postulata.

Ad IV. Posito quod Episcopus iam facultatem obtinuerit a S. Sede concedere Sacerdotibus suae Dioecesis indultum bis in die festo Sacrum litandi, erit suae prudentiae hac speciali facultate in casu necessitatis pro populi bono uti; si vero eiusmodi facultate ipse non sit instructus, eam impetrare poterit. Atque ita respondit ac declaravit. Die 8. Martii 1879.

Ita reperitur in Actis et Regestis Sacrorum Rituum Congregationis. Die 23. Januarii 1899.

Diomedes Panici, S. R. C. Secretarius.

Nr. 102. Privat-Oratorien.

(S. S. Nr. 65. I.)

Um unnöthige Anfragen und Rückschreiben zu vermeiden, theilen wir im Auftrage Seiner Fürstbischöflichen Gnaden uneres hochwürdigsten Fürstbischofs Heinrich das Breve des heiligen Vaters vom 3. Februar 1854, betreffend die Privat-Oratorien, seinem ganzen Inhalte gemäß nachstehend mit:

Pius P. P. IX.

Venerabilis Frater, salutem et apostolicam Benedictionem. Exponendum nuper curasti Nobis, te ad solatium spirituale Christifidelium pastoralis tuae procuratori commissorum impense cupere, ut in Dioecesi tua pro re atque circumstantiis indulta privati Oratorii concedere, et Oratoria publica declarare, siquidem necessitas postulet, quamvis aditum immediate ad viam publicam non habeant, de Nostra Apostolica auctoritate posses. Quare a Nobis impensius postulandum curavisti, ut tibi in praemissis benigne indulgeremus. Nos porro hisce votis ac precibus tuis, attentis locorum ab Urbe Nostra distantia nec non aliis peculiaribus adjunctis, obsecundare atque annuere, ut infra, censuimus. Quamobrem peculiari te, Venerabilis Frater, favore prosequi volentes, ac item te et omnes ac singulos quibus hae Litterae favent a quibusvis excommunicationis et interdicti aliisque ecclesiasticis sententiis censuris et poenis quovis modo vel quavis de causa latis, si quas forte incurrerint, hujus tantum rei gratia absolventes ac absolutos fore censentes, tibi facultatem triennio tantum duraturam facimus, qua tu pro re ac loco de tuo arbitrio privati Oratorii indultum in hac tua Dioecesi Wratislaviensi de Nostra Apostolica auctoritate concedere possis, ubi una quotidie Missa, Paschatis resurrectionis et Pentecostes, Nativitatis, Epiphaniae, Ascensionis, ac SSmi. Corporis D. N. J. C., SSmae. Trinitatis, Assumptionis B. M. V., Nativitatis S. Jo. Baptistae, et Celebritatis SSrum. Omnium, nec non SS. Petri et Pauli Apostolorum, et Patroni Civitatis aut Oppidi festis diebus dumtaxat exceptis, celebrari possit, valitura in praecepti adimplementum indultariis et consanguineis, atque affinis cum iis habitantibus, et quoad Oratoria ruri sita etiam nobilibus indultariorum hospitibus, et casu infirmitatis eadem Missa ibi celebrari etiam diebus supra exceptis queat; ita tamen

ut illa in praecepti adimplementum valeat solum aegroto, et praeter Missae inservientem uni personae ejus famulatu necessariae vel addictae: praeterea ut favore nobilium familiarum, quae religione praestent, illud idem indultum extensum etiam ad dies solemniore, exceptis tamen Nativitatis et Paschatis resurrectionis D. N. J. C., atque Assumptionis B. M. V. J. diebus festis, et item, quod ad praecepti adimplementum etiam ad famulos, dare de eadem Nostra Auctoritate possis; denique tibi indulgemus, ut pariter de Auctoritate Nostra, gravibus tamen causis accedentibus, Oratoria publica declarare infra dictum Triennii tempus valeas, quamvis ea januum publicae viae respondentem non habeant. Volumus autem, ut super his omnibus singula respective serventur, quae de jure servanda sunt. Non obstantibus Constitutionibus et Sanctionibus Apostolicis, ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die III. Februarii 1854.

Pontificatus Nostri Anno Octavo.

Pro Domino Cardinali Lambruschini
Jo. B. Branesleoni, Castellani Substitutus.

Alle diejenigen nun, welche irgend Anträge in solch' einer Angelegenheit bei Seiner Fürstbischöflichen Gnaden zu machen oder Anfragen zu stellen haben, haben dies in Gemäßheit des vorstehend mitgetheilten Inhalts zu thun.

Anmerkung: Dieses Indult ist am 11. Juni 1898 ad quinquennium erneuert. — Privatkapellen müssen mit allen kirchlichen Erfordernissen zur Darbringung des hl. Messopfers gehörig versehen und würdig ausgestattet sein.

Sie müssen dem profanen Gebrauche gänzlich entzogen sein und dürfen nichts enthalten, was nicht zu ihrem Zwecke dient.

Sie sollen von wenigstens drei gemauerten Wänden umgeben sein, während statt der vierten Mauer ein Vorhang zulässig ist. Ueber diesem abgegrenzten Raume und unmittelbar daneben soll sich keine Schlafstätte befinden.

Die Weihe erfolgt durch eine einfache Benediction, durch die benedictio loci vel domus, wie sie jedem christlichen Hause zu Theil werden kann.

Privatkapellen werden mit der Clausel sine tamen jurium Parochialium praejudicio bewilligt, d. h., pfarramtliche Funktionen, als Taufen, Einleitungen, Aufgebote, Trauungen, Ofter-Communion dürfen ohne besondere Erlaubniß in Privatkapellen nicht abgehalten werden. Abgesehen den Fall dringender Noth soll darin ohne bischöfliche Erlaubniß überhaupt weder das Bußsakrament noch die hl. Communion gespendet werden.

Auch die Aufbewahrung des Allerhl. Altarssakramentes ist in Privatkapellen ohne besonderes apostol. Indult nicht gestattet.

Nr. 103. Beleuchtung der Kirchen.

G. B. Nr. 73. II.

Seine Fürstbischöflichen Gnaden wünschen, daß die Ehrwürdige Curat-Geistlichkeit darauf aufmerksam gemacht werde, wie es gegen den Geist unseres Cultus und gegen die kirchlichen Vorschriften verstößt, sich zur Beleuchtung der Altäre und Kirchen anderer Materie als des Wachses, etwa Stearin u. zu bedienen, und daß, wo dies bereits der Fall gewesen, es sofort abzustellen sei.

Indem wir hiervon die Ehrwürdige Geistlichkeit in Kenntniß setzen, tragen wir Wohlberselben auf, sich darnach zu richten.

Breslau, den 31. August 1855.

Nr. 104. Gedächtnistafeln für Krieger.

a) G. B. Nr. 130. I.

Rücksichtlich der Gedächtnistafeln für Krieger sind Se. Fb. Gnaden ersucht worden, ein durch eine Allerhöchste Cabinets-Ordre veranlaßtes Ministerial-Rescript der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit zur Kenntniß zu bringen. Hochderjelbe hat uns in Folge dessen beauftragt, gedachtes Rescript zur Kenntnißnahme und Nachachtung zu publiciren:

Nachdem zur Allerhöchsten Kenntniß gekommen, daß in Betreff solcher Personen, welche die Feldzüge von 1813 bis 1815 mitgemacht haben, aber nicht vor dem Feinde geblieben, sondern später in der Heimath verstorben sind, Gedächtnistafeln mit ihren Namen und den von ihnen getragenen Ehrenzeichen in der Ortskirche aufgestellt gewesen, dann aber entfernt worden, haben des Königs Majestät mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 9. März d. J. nicht nur die Wiederherstellung solcher Tafeln zu gestatten geruht, sondern mich auch ermächtigt, wenn an andern Orten ähnliche Aufstellungen zum Gedächtniß der Krieger aus den Feldzügen von 1813/15 Statt gefunden haben sollten, es bei denselben zu belassen.

Von dieser Allerhöchsten Bestimmung setze ich hierdurch die Königliche Regierung mit Bezug auf die Verfügung vom 23. Februar 1839 (Nr. 3224) zur Nachachtung in Kenntniß.

Berlin, den 20. April 1861.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.
gez. von Bethmann-Hollweg.

b) G. B. Nr. 204. VII.

Durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 2. September 1873 ist die Errichtung von Gedächtnistafeln in den Kirchen zu Ehren der in den letzten Kriegen Gefallenen in der Weise, wie dies nach den Kriegen von 1813 bis 1815 geschehen ist, genehmigt worden, was wir der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit in Folge hoher Autorisation Sr. Fürstbischöfl. Gnaden bekannt machen.

Nr. 105. Aufbewahrung militärischer Ehrenzeichen.

G. B. Nr. 175. VII.

Mit Rücksicht auf die Ausführung der Allerhöchsten Statuten für das Döppler Sturmkreuz, das Alsenkreuz, die Kriegsmedaille für 1864 und das Erinnerungskreuz für 1866 vom 18. October 1864, vom 7. December 1864 und 20. September 1866 veranlassen Wir Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, mittelst Circular-Verordnung der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit aufzugeben, in der Sakristei einer jeden Pfarrkirche die Aufstellung einer schwarzen Tafel zu bewirken, und auf dieser nach dem Tode der Inhaber die genannten Ehrenzeichen zu befestigen, auch deren Namen oder die Nummer des dieselben enthaltenden besonderen Verzeichnisses vermerken zu lassen.

Breslau, den 28. August 1868.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

An

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 3508.

hier.

Dritter Abschnitt. Heilige Geräthe.

Nr. 106. Visitation der Altäre.

G. B. Nr. 109. III.

Bei Unseren Visitationen haben Wir mehrfach wahrgenommen, daß die Herren Geistlichen in dem Bemühen, sich von der Vorschriftsmäßigkeit der portatilen Altäre zu überzeugen, dieselben unter Verletzung der darauf befindlichen Siegel und Urkunden mit Herausziehen der über denselben befindlichen Schieber, Deckel und Nägel untersuchen und auf diese Weise nicht wenige Altäre durch ihre Unvorsichtigkeit erst exekrirt haben, so daß sie nunmehr einer neuen Consekration bedürfen. In einzelnen Kirchen sind auf diese Weise auch uralte unbewegliche Altäre erbrochen und entweiht worden.

Um solchen Mißgriffen für die Zukunft vorzubeugen, verordnen Wir, daß bei Untersuchung von Portatilien dieselben von nun an nicht mehr geöffnet werden dürfen, wenn sie noch durch eine unversehrte Urkunde oder ein unversehrtes Siegel verschlossen sind, und daß sich der visitirende Erzpriester bei solchen Altären mit Feststellung der äußeren Unverletztheit zu begnügen hat. Bei festen Altären, welche in der Regel äußerlich weder mit Urkunden noch auch mit Siegeln versehen werden, ist darauf zu achten, ob über ihre Consekration anderweite Urkunden oder unverdächtige Ueberlieferungen vorhanden sind, und ob sie etwa äußerlich Spuren einer Verletzung des Mauerwerks an der Stelle des Sepulcrum, Sprünge oder sonstige wesentliche Verletzungen der steinernen Tafel (mensa, tabula) haben. Ueber den Befund in dieser Beziehung ist zu berichten, eine weitere Untersuchung aber und Oeffnung des Sepulcrum ist durchaus unzulässig. Wenn ein Altar schon geöffnet oder erbrochen worden ist, ohne wieder consecrirt worden zu sein, so hat der Ortsgeistliche, bezw. der Visitator Unserem Hochwürdigen General-Bisariat dies anzuzeigen, damit dasselbe die Consekration von solchen entweihten Altären vermittele.

Breslau, den 26. October 1858.

Fürst-Bischof.

Nr. 4373.

† Heinrich.

Nr. 107. Vergoldung der Kelche, Patenen und Ciborien.

G. B. Nr. 44. III.

Wir finden uns veranlaßt, die Ehrwürdige Curat-Geistlichkeit aufmerksam zu machen, daß die heil. Gefäße, namentlich Kelche, Patenen und Ciborien, nicht galvanisch, sondern im Feuer vergoldet werden müssen.

Nr. 108. Verbrennung unbrauchbarer Paramente.

G. B. Nr. 235. II.

Um unnützen Anfragen zu begegnen, bringen wir die kirchliche Vorschrift in Erinnerung, daß unbrauchbar gewordene Paramente, die keinerlei Kunstwerth haben, zu verbrennen sind. Die Asche davon ist im Sacrarium oder an sonst einem geeigneten vor Verunehrung sicheren Orte zu bergen.

Nr. 109. Jährliche Orgel-Revision.

G. B. Nr. 185. III.

Es kommt nicht selten vor, daß bedeutende Orgel-Reparaturen nur deshalb nöthig werden, weil nicht rechtzeitig dafür gesorgt worden war,

daß die Orgel von einem Sachverständigen durchgesehen und gereinigt, kleinen Fehlern und Mängeln aber alsbald abgeholfen wurde. Deshalb haben manche Kirchencollegien mit einem tüchtigen und zuverlässigen Orgelbauer sich darüber geeinigt, daß derselbe die Orgel alljährlich, wie angegeben, revidirt und in Stand setzt, wofür ihm ein angemessenes Fixum aus der Kirchenkasse gezahlt wird. Das letztere richtet sich nach der Größe der Orgel und der Entfernung vom Wohnorte des Orgelbauers und steigt hiernach von etwa fünf bis auf zwanzig Thaler jährlich. Wir fügen hierunten das Schema eines solchen Vertrages bei und veranlassen die Ehrw. Geistlichkeit, dafür zu sorgen, daß in ähnlicher Weise bei den Orgeln der Diöcesan-Kirchen größeren und kostspieligen Reparaturen vorgebeugt werde. Selbstverständlich bedarf es der Patronats-Genehmigung zur Verausgabung der oben erwähnten Entschädigung aus der Kirchenkasse.

Das katholische Pfarrkirchen-Collegium zu N. N., vertreten durch den dasigen Pfarrer N. und die Kirchenvorsteher N. N., schließt mit dem Orgelbaumeister N. in N. nachstehenden Vertrag:

§ 1.

Das katholische Kirchen-Collegium übergiebt die Aufsicht und Instandhaltung der Orgel in der Pfarrkirche zu N. N. dem Orgelbaumeister N.

§ 2.

Die Orgel wird jährlich einmal im Herbst in allen Theilen durchgesehen, alle etwa eingetretenen kleineren Mängel sofort behoben, Alles so viel als thunlich vom Staube, Insecten zc. gereinigt, die Klaviaturen normal gestellt und alle Register, besonders die Rohrwerke, in der Intonation regulirt und überstimmt.

§ 3.

Sollte eingetretener Umstände wegen die Durchsicht und Nachhülfe in der Orgel zu einer andern Zeit als im Herbst nöthig werden, so verpflichtet sich N., dieses zu jeder ihm vom Kirchen-Collegium angezeigten Zeit bestens zu besorgen, wohingegen die Revision im Herbst ausfallen würde.

§ 4.

Für die nach § 2 sorgfältig ausgeführten Bemühungen erhält N. incl. Reisekosten ein jährliches Honorar von Thalern, welche ihm sofort nach geleisteter Arbeit aus der Kirchenkasse zu N. N. gezahlt werden.

§ 5.

Sollten im Laufe der Zeit größere Reparaturen als die im § 2 erwähnten nothwendig werden, d. h. solche, deren Herstellungskosten das ausgeworfene Honorar überschritten, so sind diese im Abkommen nicht mit inbegriffen, sondern besonders zu veranschlagen und nach eingeholter Genehmigung der Patronatsbehörde auszuführen.

§ 6.

Dieser Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und kann von beiden Kontrahenten nach vorangegangener sechsmonatlicher Kündigung aufgehoben werden.

So geschehen zu N. N. den

Das kathol. Kirchen-Collegium.
(L. S.) gez.

Der Orgelbaumeister.

Nr. 110. Subdelegation zur Glockenweihe. Decretum S. R. C.

a) Fakultät. G. B. Nr. 77. I.

Sanctissimus Dominus Noster Pius Papa IX. ad humillimas enixasque preces Reverendissimi Episcopi Wratislaviensis. per me subscriptum Sacrorum Rituum Congregationis Secretarium relatas de speciali gratia benigne annuit, ut ipse Episcopus Orator ad proximum Quinquennium ¹⁾ subdelegare valeat suae Dioecesis Sacerdotes ad benedictionem Nolarum pro usu Ecclesiarum ipsius Dioeceseos Wratislaviensis, atque etiam permittere, si aliqua gravis causa id exigat, ut memoratam benedictionem iidem exequantur quin adhibeant Aquam ab Episcopo ad hoc benedictam; dummodo tamen formam servant in Romano Pontificali praescriptam. Contrariis non obstantibus quibuscumque. Die 22. Maji 1855.

(L. S.)

C. Episcopus Albanen.: Card. Patrizi, S. R. C. Praef.
H. Capaltis, S. R. C. Secretarius.

b) Formulare zu dieser Weihe. G. B. Nr. 216. VII.

Die Formulare, welche nach dem Pontificale Romanum bei der Glockenweihe anzuwenden sind, können, das Exemplar zu 25 Pf., durch die Fürstbischöfliche Geheime Kanzlei bezogen werden. Es empfiehlt sich, jedem Gesuche um die Fakultät zur qu. Weihe bald 50 Pf. in Briefmarken für 2 Exemplare (1 für den Celebranten, 1 für den Chor) beizulegen.

Nr. 111. Weihe der in Breslau gegossenen Glocken.

G. B. Nr. 199. VIII.

Es kommt zuweilen vor, daß für katholische Kirchen bestimmte Glocken hier in Breslau gegossen und nach ihrer Vollendung an ihren Bestimmungsort abgesendet werden, worauf die betreffenden Pfarrer Uns angehen, ihnen die Fakultät zur Weihe der Glocken zu ertheilen. Da jedoch diese Benediction zu den dem Bischofe reservirten gehört und Wir nur vermöge päpstlicher Autorisation in den Stand gesetzt sind, dieselbe anderen Priestern zu subdelegiren, so erscheint es bei Glocken, deren Guß in Breslau erfolgt, weit angemessener, daß deren Weihe hier entweder durch Uns oder Unseren Herrn Weihbischof vorgenommen wird.

Demnach beauftragen Wir Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, der Ehrwürdigen Diocesan-Geistlichkeit bekannt zu machen, daß in den eben erwähnten Fällen die Vornahme der Benediction der Glocken durch Uns stattfinden wird und solche Fälle daher Uns zur Anzeige zu bringen sind.

Breslau, den 17. Juni 1872.

An

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 2520.

hier.

Fürst-Bischof.

† Heinrich.

Nr. 112. Vermeidung von Unglücksfällen bei Glocken.

a) Sicherheitsvorrichtung. G. B. Nr. 275. IV.

In jüngster Zeit sind mehrfach Unfälle durch das Herabfallen von Glockenklppeln vorgekommen. Um etwaigen weiteren Gefahren, welche nach Abnützung und langjährigem Gebrauch der Glocken für Glockenluter

¹⁾ Diese facultas subdelegandi ad Nolas benedicendas wird immer rechtzeitig erneuert (G. B. Nr. 344. I). Ueber die benedictio simplex campanae siehe Rituale Wratislaviense pag. 348.

und Passanten entstehen könnten, vorzubeugen, machen wir die Herren Pfarrer und Kirchenvorstände auf eine Sicherheitsvorrichtung aufmerksam, welche von dem hiesigen Glockengießer Beittner erfunden, von staatlichen Behörden geprüft, und für welche demselben durch das Kaiserliche Patent-Amt ein D. Reichs-Patent erteilt worden ist.

b) Deftere Untersuchung der Klöppelriemen. G. B. Nr. 323. VIII.

Nachdem neuerdings wieder an einem Kirchorte ein Unglücksfall durch den Herabsturz eines Glockenklöppels vorgekommen, ist seitens der Königlichen Regierung zu Liegnitz das Ersuchen ergangen, die kirchlichen Verwaltungsorgane, insbesondere die Vorsitzenden der Kirchenvorstände, denen die Pflicht obliegt, über den Zustand der kirchlichen Gebäude und deren Inventariensstücke eine sorgfältige Aufsicht zu führen, behufs Vermeidung solcher Unfälle auf die Nothwendigkeit einer öfteren Untersuchung der Klöppelriemen hinsichtlich ihrer Haltbarkeit hinzuweisen und dieselben darauf aufmerksam zu machen, daß sie für jeden aus der Nichterfüllung dieser Verpflichtung entstandenen Schaden sowohl moralisch als auch mit ihrem Vermögen und event. sogar strafrechtlich verantwortlich sind¹⁾.

Wir verweisen hierbei auf die bereits in unserer Verordnung Nr. 275 IV. empfohlene Sicherheits-Vorrichtung an Glocken.

Nr. 113. Reparatur zerprungener Glocken.

G. B. Nr. 284. V.

Die Kirchenvorstände machen wir hierdurch auf ein von dem Glockenreparateur D. Ohlsson in Lübeck erfundenes Verfahren aufmerksam, nach welchem zerprungene Glocken ohne Umguß reparirt werden, so daß sie ihren früheren vollen Klang wieder erhalten.

Wie aus mehreren, uns durch den Herrn Regierungs-Präsidenten zu Liegnitz übersandten Zeugnissen ersichtlich, hat sich dieses Verfahren nicht nur seit mehreren Jahren vollkommen bewährt, sondern es stellen sich auch die Kosten einer solchen Reparatur bedeutend niedriger als dies für einen Umguß der Fall sein würde.

Eine derartige Wiederherstellung der Glocken erscheint um so wichtiger, als alte Glocken von historischem Werth dadurch erhalten bleiben.

Die qu. Reparaturarbeiten werden von D. Ohlsson auf Wunsch sowohl auf dem Thurme selbst vorgenommen, als es auch überlassen bleibt, besonders kleinere Glocken ihm zu übersenden.

Nr. 114. Erhaltung alter Glocken.

G. B. Nr. 149. X.

Indem wir darauf aufmerksam machen, daß Kirchenglocken, namentlich wenn sie durch Kunst oder Alterthum merkwürdig sind, zu denjenigen Monumenten gehören, deren möglichste Erhaltung sich empfiehlt, weisen wir die Kirchen-Collegien hierdurch an, in allen Fällen, in denen ein Umguß der Glocken durch Schadhaftheit bedingt ist, die Form der

¹⁾ Auch empfiehlt es sich, im Laufe des Jahres wiederholt die Aufhängestellen der Klöppel (Haken, Dese, Leberung) auf ihre gute Beschaffenheit und Bauweise durch einen benachbarten Schlosser, Schmied oder Stellmacher untersuchen zu lassen und den Befund zu den Akten zu verzeichnen.

neuen Glocke möglichst als Abdruck der alten mit den etwa vorhandenen historischen Zusgen, Inschriften 2c. anfertigen zu lassen und zur Ausführung des Umgusses sich stets nur an bewährte Meister zu wenden. Jedenfalls aber ist darauf zu halten, daß Abschriften der auf den gedachten Glocken etwa befindlichen Inschriften copirt und als historische Documente in dem Pfarr-Archiv aufbewahrt werden.

Nr. 115. Trauergeläut für den Landesfürsten.

G. B. Nr. 142. III.

Bei Gelegenheit des letzten Trauergelutes bezeichneter Art sind mehrere Herren Pfarrer mit Civilbehrden in Conflict gerathen, weil sie dieses Geläute erst dann anordneten, als sie dazu von der geistlichen Behörde angewiesen worden. In Folge dessen sind Seine Fürstbischöfliche Gnaden mit dem Herrn Cultus-Minister in Verhandlung getreten. Wir finden uns veranlaßt, das desfallige letzte Schreiben des genannten Herrn Ministers der Ehrwürdigen Pfarrgeistlichkeit zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

Erw. Fürstliche Gnaden benachrichtige ich ergebenst auf das gefällige Schreiben vom 25. Januar d. J. (Nr. 294), daß durch eine unterm 26. Mai d. J. von mir und dem Herrn Minister des Innern an die Königliche Regierung zu Breslau erlassene und den übrigen Regierungen zur Beachtung mitgetheilte Verfügung ausgesprochen worden ist, daß das Trauergelute nach dem Ableben des Landesherrn als ein kirchlicher Akt anzusehen, daß demgemäß durch die kirchlichen Oberbehörden auf Veranlassung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten den Pfarrgeistlichen der Trauerfall amtlich zu notificiren und das Trauergelute, sowie die sonstigen kirchlichen Trauerfeierlichkeiten anzuordnen seien. Von diesem Gesichtspunkte erledigt sich auch, wie den Regierungen gleichzeitig eröffnet worden ist, die Frage

von welchem Beamten das Trauergelute zu verrichten ist, ob dafür eine besondere Vergütung resp. ein Ersatz etwaiger Auslagen verlangt werden kann, und eventuell wem dergleichen Kosten zur Last zu legen sind.

Es sind hierbei dieselben Normen als maßgebend zu erachten, welche für das Läuten bei andern außerordentlichen Kirchenfeierlichkeiten gelten. Den Kirchenbehörden bleibt überlassen, diese Grundsätze mit Rücksicht auf die im Allgemeinen oder bei der Anstellung der betreffenden Kirchenbeamten über den Umfang ihrer Amtspflichten im Einzelnen getroffenen Bestimmungen auf die vorkommenden Spezialfälle anzuwenden und für die Deckungen der etwaigen Kosten in gleicher Weise zu sorgen, wie für die Bestreitung anderer Kirchenbedürfnisse.

Erw. Fürstlichen Gnaden stelle ich ergebenst anheim, Hochdero General-Bikariat auf seine Anfrage, aus welchen Mitteln die Vergütung für das Läuten bei der Landestrauer zu bestreiten und von wem diese Auslagen zu übertragen seien, wenn die Kirchenkasse sich hierzu als unvermögend erweist, hiernach gefällig zu bescheiden.

Berlin, den 5. Juli 1862.

v. Mhler.

Vierter Abschnitt. Kirchliche Kunstgegenstände.

(Vergleiche hierzu die im Abschnitt „Kirchliche Bauten“ befindlichen Verordnungen, welche zugleich für Neuanschaffung von Bildwerken, Gewändern, Geräthen u. s. w. gelten.)

Nr. 116. Conservirung und Inventarisirung.

a) G. B. Nr. 13. I.

Es ist schon mittelst der Currenden vom 15. November 1841 und 2. September 1844 insinuiert worden, daß kirchliche Gegenstände von artistischem Werthe nicht ohne vorherige Anzeige an uns renovirt, verändert oder veräußert werden sollen. Wenn es nun erfahrungsmäßig ist, daß dergleichen Gegenständen auch bei Renovirungen der Kirchen oder einzelner Theile derselben nicht immer mit der erforderlichen Vorsicht, Schonung und Rücksicht begegnet wird, so legen wir den Kirchenvorständen im Auftrage Seiner Fürstbischöflichen Gnaden hiermit noch besonders ans Herz, bei den angedeuteten Veranlassungen mit aller Sorgfalt darüber zu wachen, daß Bilder, Statuen, Schnitzwerke oder Monumente von künstlerischem Werthe nicht beschädigt oder einem modernen, oft unfkirchlichen, meist jeder künstlerischen Anschauung entbehrenden Geschmacke geopfert werden.

b) G. B. Nr. 77. II.

Nicht bloß die Pietät, die wir unseren Altvordern schuldig sind, sondern auch das kirchenhistorische Interesse erfordert es, daß kirchliche Alterthümer als: alte Leichensteine, außer Gebrauch gekommene Taufsteine, kirchliche Gefäße, Gewände u. s. w. nicht nur erhalten, sondern so viel als möglich in ihrem ursprünglichen Zustande conservirt werden. Gern sind darum Seine Fürstbischöfliche Gnaden auf den Antrag Seiner Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten eingegangen, daß dergleichen Alterthümer, welche durch die auf ihnen befindlichen Inschriften häufig einen urkundlichen Werth haben, auch nicht selten durch künstlerische Ausstattung und Darstellung beachtenswerth sind, nicht veräußert oder anderweitig verwendet werden.

Indem wir die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit von dieser Ordinarats-Anordnung in Kenntniß setzen, weisen wir dieselbe an, keinerlei Veränderungen mit dergleichen kirchlichen Alterthümern ohne Anzeige an Seine Fürstbischöfliche Gnaden und Hochdessen Entscheidung vorzunehmen.

c) Circular vom 20. November 1867.

Nachdem Wir bereits im Jahre 1855 durch die Verordnungen Unseres Hochwürdigsten General-Vicariat-Amtes (Nr. 77 II.) der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit die Conservirung kirchlicher Alterthümer dringend empfohlen und deren Veräußerung oder Beseitigung ohne Unser Vorwissen gänzlich untersagt haben, sind Uns doch auf Unseren kanonischen Visitationsreisen und in neuerer Zeit durch anderweite Anzeigen wieder betrübende Fälle bekannt geworden, in welchen diese Vorschrift unbeachtet geblieben. Unsere oberhirtliche Fürsorge war von jeher wie auf die würdige Ausstattung der Gotteshäuser, die Entfernung indecenten Bildwerks, so auch auf Erhaltung

und Herstellung der von den Voreltern vererbten Kunstgegenstände gerichtet. Bei aller Anerkennung dessen, was eifrige Seelsorger im Vereine mit opferwilligen Gemeinden für kirchliche Cultzwecke bisher gethan, vermögen Wir doch anderseits nicht die gewaltsame Vernichtung oder geflüchtliche Verschleppung resp. Entfremdung älterer Inventarstücke zu billigen, deren Werth und Bedeutung vorerst noch festzustellen ist.

Wir nehmen daher wiederholt Veranlassung im Hinblick auf die erfolgreichen Bemühungen in anderen Diözesen, die culturhistorischen Reste der Vorzeit zu retten, — und gegenüber den Anregungen, welche zu diesem Zwecke vielfach von den staatlichen Behörden ausgegangen, nicht nur obige Verordnung in Erinnerung zu bringen, sondern auch die längst nothwendige Ermittlung der in Unserer ausgedehnten Diözese zerstreuten Kunstsätze wirksam anzubahnen.

Da Wir überzeugt sind, daß die Summe beachtenswerther, für den Besitzstand der Kirchen oft höchst wichtiger Denkmäler einheimischer Kunststrebung an Sculpturen, Malereien und Paramenten noch groß ist, davon aber Jahr um Jahr Vieles zu Grunde oder verloren geht, so beauftragen Wir Unser Hochwürdiges General-Bicariat-Amt, von den Herren Erzpriestern entsprechende Verzeichnisse, welche von der ihnen untergebenen Pfarrgeistlichkeit mit möglichster Genauigkeit anzufertigen sein werden, einzufordern. Indem Wir hierzu die Frist von einem Jahre feststellen, sollen sich diese Angaben zunächst auf folgende Gegenstände beschränken:

1. Mittelalterliche Klappaltäre, Altarschreine mit Figuren, Malereien und ihren Zustand;
2. Sacramentshäuschen, Ciborien von Stein;
3. Holztafelbilder auf Goldgrund und was sie darstellen;
4. Taufsteine;
5. Einzelne Statuen, Gruppen, Reliefs, Predellabilder;
6. Grabmäler in und an den Kirchen mit Figuren und Inschriften;
7. Cultgeräth: Monstranzen, Kelche, Ostensorien, Kreuze, Pacificalien, Leuchter, Lampen, Rauchfässer, Messornate und Stickerien u., wobei die Andeutung der Metalle, der an den Gefäßen befindlichen Signaturen, Gravierungen, Emaillen, Wappen und Jahreszahlen wichtig;
8. die ältesten Glocken, womöglich mit Datirung und Aufschrift;
9. den Baustil der betreffenden Kirche, bei welcher genannte Gegenstände erhalten sind. Auch ist der Vermerk über Erbauer und Alter derselben, wo sie bekannt, beizufügen;
10. sonstige Reste früherer Frömmigkeit, Kapellen, Kreuze, Bildstöcke, Delberge, heil. Gräber und heil. Stiegen, Glasmalerei u.

Wir beabsichtigen bei diesen Nachforschungen nicht nur die spezielle Aufmerksamkeit des Ehrwürdigen Curatelerns auf den ihm zur Obhut anvertrauten Kirchenschmuck zu lenken, sondern auch einen Ueberblick über das Vorhandene zu gewinnen. Gleichzeitig müssen Wir auf eine sorgfältigere Ueberwachung der bei Renovationen, Umbauten, Abbruch von Kirchen oder sonstigen Herstellungen beschäftigten Personen dringen, da es bereits geschehen ist, daß solche gegen geringfügige Abfindungen sich in Besitz von Alterthümern zu setzen suchen und diese mit Hilfe der Unkenntniß an auswärtige Händler befördern.

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle Uns seiner Zeit die eingegangenen Verzeichnisse zur Kenntnißnahme überreichen, um darnach auch bei Unseren General-Visitationen die erforderliche Controlle üben zu können.

Breslau, den 20. November 1867.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

An
Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 4728. hier.

d) G. B. Nr. 232. III.

Breslau, den 7. August 1884.

Schon seit längerer Zeit ist man bemüht, eine Erhaltung des immer mehr gefährdeten Bestandes unserer Baudenkmäler sicher zu stellen und zu diesem Zwecke zuvörderst eine Feststellung dieses Bestandes, eine Inventarisirung der deutschen Baudenkmäler ins Werk zu setzen. Seitens der Provinzial-Verwaltung von Schlesien sind nunmehr Mittel bewilligt, um diesen Zweck zu erreichen, und ist der Regierungs-Baumeister Hans Lutsch mit diesen Erhebungen, zunächst für den Regierungs-Bezirk Breslau, beauftragt worden und bereits in Thätigkeit getreten. Die Aufgabe würde wesentlich erleichtert werden, wenn die mit den Kunstschätzen ihrer Kirchen vertrauten Herren Pfarrer beauftragt würden, den betreffenden Baumeister dabei freundlich zu unterstützen, wo möglich auch eine kurze Beschreibung derselben aufzustellen und dabei auch diejenigen Theile, als Altäre, Kanzeln, Taufsteine, Grabmonumente 2c. hervorgehoben werden möchten, welche einen besonderen kunsthistorischen Werth beanspruchen.

Durch Mittheilung solcher kurz gefaßter Beschreibungen würde der mit der Inventarisirung beauftragte Regierungs-Baumeister in die Lage kommen, auch historische Notizen über die Baudenkmäler zu gewinnen, und auf einzelne werthvolle Theile derselben von vornherein hingewiesen werden. Das Fürstbischöfliche General-Vicariat wird daher ganz ergebenst ersucht, auf die Herren Pfarrer in diesem Sinne sehr gefälligst einwirken und auch dem vorgenannten Regierungs-Baumeister die Erlaubniß zur Besichtigung der Kirche und einzelnen Denkmäler ertheilen und zu diesem Zwecke überhaupt förderlich sein zu wollen. Die von den Herren Pfarrern aufgestellten Beschreibungen würden diessseits mit dem verbindlichsten Danke aufgenommen und nach kurzer Zeit zurückgereicht werden.

Kgl. Regierungs-Präsident.
Junker.

An
das Fürstbischöfliche General-
Vicariat-Amt
Pr. I. XIII. 491.

hier.

e) G. B. Nr. 233. VI.

Breslau, den 24. September 1884.

Das Königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten macht in einer Verfügung vom 1. d. M. darauf aufmerksam, daß bei Ausschmückung von Kirchen- 2c. Fenstern mit Glasmalereien häufig nicht mit ausreichendem Verständniß und Beachtung der architectonischen Rücksichten verfahren werde, daß insbesondere steinerne Fensterposten von künstlerischem Werthe zur Gewinnung breiter Flächen beseitigt werden. Diese Behandlung verstößt gegen die Grundsätze, welche für die Erhaltung alter

Baudenkmäler maßgebend sein müssen. Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle daher den ehrwürdigen Diöcesan-Clerus darauf hinweisen und demselben bei Reparaturbauten zc. die thunlichste Schonung der bezeichneten sowie anderer architectonisch werthvoller Bauthheile aufgeben.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 117. Vermerke über Herkunft und Zeit des Erwerbes.

G. B. Nr. 269. V.

Im hohen Auftrage Sr. Fürstlichen Gnaden, des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs, bringen wir nachstehendes Ministerial-Rescript der Hochwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit behufs Nachachtung zur Kenntniß:

Ministerium der geistlichen,
Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.
U. IV. Nr. 5294 I. G. I. G. II.

Berlin, den 28. Januar 1891.

Es hat sich als nothwendig erwiesen, Vorkehrungen zu treffen, um in späteren Zeiten mit Sicherheit das Alter von Kunstgegenständen bestimmen und insbesondere alte Kunstwerke von neueren Erzeugnissen und Nachbildungen unterscheiden zu können.

Demgemäß veranlasse ich das Königliche Consistorium, dafür Sorge zu tragen, daß künftig an allen in Seinem Bezirke für kirchliche Zwecke neu zu beschaffenden Ausstattungsgegenständen: Altären, Kanzeln, Orgeln, Altargeräthschaften zc. an scheidlicher Stelle die Jahreszahl des Erwerbes und, soweit thunlich, auch die Herkunft (Künstler, Fabrikant, Firma zc.) haltbar vermerkt wird.

Unterschrift:

An
das Königliche Consistorium zu Hannover,
Stade, Aurich, Kiel, Kassel, Wiesbaden.

Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg.
O. P. 1380.

Potsdam, den 10. Februar 1891.

Abschrift vorstehenden Erlasses beehre ich mich Ew. Fürstlichen Gnaden mit dem Bemerken ganz ergebenst zu übersenden, daß es dem Herrn Minister erwünscht sein würde, wenn die geistlichen Oberen der katholischen Kirche auch ihrerseits in dem vorangegebenen Sinne auf die katholischen Kirchenvorstände zc. einwirkten.

An Ew. Fürstliche Gnaden gestatte ich mir daher das ganz ergebene Ersuchen zu richten, das Erforderliche sehr gefälligst anordnen zu wollen.

Der Ober-Präsident.
Staatsminister Achenbach.

An
den Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Georg Kopp, Fürstliche Gnaden
zu Breslau.

Nr. 118. Ernennung von Provinzial-Conservatoren.

a) Für Schlesien. G. B. Nr. 283. V.

Se. Fürstliche Gnaden, der Hochwürdigste Herr Fürstbischof, haben uns beauftragt, nachstehendes Rescript des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien der Hochwürdigen Geistlichkeit zur Kenntnißnahme mitzutheilen:

Breslau, den 14. Juni 1892.

Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten theile ich Ew. Fürstlichen Gnaden ganz ergebenst mit, daß, nachdem der Königliche Regierungs-Baumeister Lutsch hier selbst für die Zeit vom 1. September 1891 bis dahin 1896 zum Provinzial-Conservator der Provinz Schlesien gewählt, derselbe in dieser Eigenschaft von dem genannten Herrn Minister für den Umfang der Provinz Schlesien auf Grund der Allerhöchsten Ordre vom 19. November 1891 Namens des Staates durch Anerkennungsurkunde vom 7. d. Mts. bestätigt worden ist.

Euer Fürstliche Gnaden ersuche ich ganz ergebenst, die kirchlichen Organe Ihrer Diocese Preussischen Antheils von dieser Anerkennung, welche demnächst in sämtlichen Regierungs-Amtsblättern und Kreisblättern der diesseitigen Provinz zur Veröffentlichung gelangen wird, mit dem Hinzufügen geneigtest in Kenntniß zu setzen, daß, da der Provinzial-Conservator in jeder Hinsicht für den Umfang der Provinz den Königlichen Conservator der Kunstdenkmäler zu Berlin vertritt, alle Anzeigen, Anträge und Ansuchen in erster Linie zunächst an den Ersteren zu richten sind, welcher in geeigneten Fällen bei dem Conservator der Kunstdenkmäler Instruction einholen wird.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung: Baurtschmid.

An

den Fürstbischhof von Breslau

Herrn Dr. Kopp, Fürstliche Gnaden, hier.

b) Für Brandenburg. G. B. Nr. 291. VI.

Potsdam, den 9. April 1893.

Der vorjährige Brandenburgische Provinzial-Landtag hat auf Anregung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten behufs Erhaltung der vaterländischen — geschichtlichen wie vorgegeschichtlichen — Denkmäler beschlossen, eine Provinzial-Commission zu wählen, deren laufende Geschäfte von einem Ausschusse besorgt werden sollen. Zu den Mitgliedern und Berathern beider Körperschaften soll ein Provinzial-Conservator gehören, welcher zugleich als staatlicher Delegirter des Conservators der Kunstdenkmäler zu Berlin fungirt.

Demgemäß ist der Landes-Baurath, Geheime Baurath Bluth zu Berlin, für die Zeit vom 1. April 1892 bis dahin 1895 zum Provinzial-Conservator der Provinz Brandenburg gewählt und von dem Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten in dieser Eigenschaft für den Umfang der Provinz bestätigt worden.

Indem ich Ew. Eminenz hiervon ganz ergebenst Mittheilung mache, gestatte ich mir im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten damit das Ersuchen zu verbinden, gefälligst veranlassen zu wollen, daß, da der Provinzial-Conservator in jeder Hinsicht für den Umfang der Provinz den Königlichen Conservator der Kunstdenkmäler zu Berlin vertritt, Anträge und Ansuchen der kirchlichen Behörden in erster Linie zunächst an Ersteren gerichtet werden, welcher in geeigneten Fällen bei dem Conservator der Kunstdenkmäler Instruction einholen wird.

Der Ober-Präsident.

Staatsminister Achenbach.

An

den Cardinal-Fürstbischhof von Breslau

Herrn Dr. Kopp, Eminenz, Breslau.

c) Für Pommern. G. B. Nr. 298. VII.

Breslau, den 26. Mai 1894.

Nachdem Herr Gymnasial-Director Professor Dr. Lemde in Stettin als Provinzial-Conservator von Pommern zur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler der Provinz erwählt und bestätigt worden ist, werden an denselben alle diesbezüglichen Anträge, Ansuchen und Anzeigen zu richten sein.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 119. Verbot eigenmächtiger Veränderungen.

a) G. B. Nr. 249. IV.

An die katholischen Kirchenvorstände und Verwalter kirchlicher Stiftungen.

Es kommt nicht selten vor, daß Kirchenvorstände an den Kirchengebäuden und Denkmälern Umbauten oder Veränderungen vornehmen lassen, welche, da der künstlerische Werth oder die historische Bedeutung derselben nicht hinlänglich gewürdigt wird, die Eigenartigkeit derselben ganz aufheben oder doch ihren Werth beeinträchtigen. Die Königlichen Bezirks-Regierungen können der ihnen in solchen Fällen nach dem Ministerial-Erlasse vom 24. Januar 1844 (Ministerial-Blatt der inneren Verwaltung 1844 S. 38) in Betreff der Denkmalspflege obliegenden Pflicht deshalb nicht nachkommen, weil sie von den beabsichtigten Veränderungen nicht rechtzeitig Kenntniß erhalten. Da es ebenso sehr in speziell kirchlichem, als im allgemein künstlerischen und geschichtlichen Interesse liegt, daß die in kirchlichem Besitze befindlichen Denkmäler und Bauwerke der Art in ihrer Reinheit möglichst lange erhalten bleiben, die etwa nothwendigen Veränderungen oder Erneuerungen aber in würdiger Weise und stilgerechter Form ausgeführt werden, so veranlasse ich hiermit die Kirchenvorstände, besonders die Vorsitzenden derselben, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Fällen, in welchen Aenderungen an Kirchengebäuden und Denkmälern, die ihrer Obhut unterstehen, vorgenommen werden sollen, der betreffenden Bezirks-Regierung rechtzeitig davon Kenntniß gegeben werde, und zwar auch dann, wenn nicht schon die technische Prüfung des Bauprojects ein vorheriges Benehmen mit der Behörde erheischt.

Breslau, den 10. Juni 1888.

Der Fürstbischof.
† Georg.

G. R. 2999a.

b) G. B. Nr. 293. III.

Johannesberg, den 10. Juli 1893.

Aus Anlaß eines von der Königlichen Regierung unter dem 24. Juni d. J. mir mitgetheilten, auf Grund des Ministerial-Rescripts vom 26. Januar d. J. ergangenen Oberpräsidial-Erlasses — d. d. Breslau, den 31. Mai 1893, O. B. I. 4447 — weise ich die Kirchenvorstände, insbesondere deren Vorsitzende, hierdurch an, so oft sie Anträge um Begutachtung bezw. Genehmigung von Restaurationen und Abänderungen von den in ihren Kirchengemeinden vorfindlichen und in dem Verzeichnisse der Kunstdenkmäler Schlesiens aufgeführten Bau- und anderen Denkmälern, der Verfügung vom 10. Juni 1888 in Verordnung 249, IV. gemäß bei der Königlichen Regierung angebracht haben, dem Provinzial-Conservator der Kunstdenkmäler

für Schlesien, Königlichem Regierungs-Baumeister Lutsch zu Breslau, von dem Beginne der betreffenden Bau- und Renovationsarbeiten und deren voraussichtlichen Vollendung Mittheilung zu machen.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Ropp.

c) G. B. Nr. 314. III.

Ober-Präsidium der Provinz
Schlesien.

Breslau, den 1. October 1895.

O. P. I. 9987.

In jüngster Zeit haben sich die Fälle mehrfach wiederholt, daß die in Bezug auf die Denkmalspflege erlassenen Bestimmungen bei geplanten Veränderungen an katholischen Kirchen in der Provinz Schlesien und an ihren Ausstattungsstücken nicht befolgt sind und somit vor der Ausführung der Arbeiten die erforderliche Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen pp. Angelegenheiten durch Vermittelung der zuständigen Königlichem Regierung nicht eingeholt worden ist.

Um die hieraus sich ergebenden Unzuträglichkeiten künftighin zu vermeiden, ersuche ich Euer Eminenz im Auftrage des Herrn Ministers und unter Bezugnahme auf das von Euer Eminenz in dieser Richtung bereits erlassene Circular vom 10. Juni 1888 ganz ergebenst, den Kirchenvorständen pp. Ihrer Diocese das Unstatthafte ihres Vorgehens vorzuhalten und sie zu veranlassen, in Zukunft zu derartigen Arbeiten jedesmal die ministerielle Genehmigung durch Vermittelung der zuständigen Königlichem Regierung vorher einzuholen.

Ueber das von Euer Eminenz Veranlaßte darf ich wohl einer sehr gefälligen Mittheilung entgegensehen.

Der Ober-Präsident.
gez. Fürst Hatzfeldt.

An
den Cardinal-Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Ropp, Eminenz, hiersebst.

Vorstehendes Schreiben theile ich meiner Hochwürdigem Geistlichkeit zur Nachachtung mit, indem ich auf die Verordnungsblätter Nr. 249 IV, 283 V und 293 III Bezug nehme.

Breslau, den 15. October 1895.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 120. Verbot kirchliche Gegenstände zu entfernen, zu verschenken oder zu veräußern.

a) G. B. Nr. 295. VI.

An zahlreiche Kirchenvorstände ist seitens des Vorstandes des Vereins für das Museum schlesischer Alterthümer die Aufforderung ergangen, alte Leinwandereien (Altardecken, Kelchtücher u. s. w.), welche nicht mehr in Gebrauch genommen werden, dem Museum zu fernerer Aufbewahrung zu überlassen. Abgesehen davon, daß die Errichtung eines eigenen Diocesan-Museums längst von mir geplant ist, hat kein Kirchenvorstand das Recht, ohne Erlaubniß der bischöflichen Behörde kirchliche Gegenstände zu verschenken oder sonst in dritte Hände zu übergeben. Die gedachten Aufforderungen werden daher nur ablehnend beantwortet werden können. Selbstverständlich sind auch, soweit wider Verhoffen in einzelnen Fällen

eine Auslieferung bereits stattgehabt hätte, die unbefugt verabfolgten Gegenstände ohne Säumen zurückzufordern und wolle mein Hochw. General-Bicariat-Amt, daß dies geschehen, durch die Herren Erzpriester überwachen lassen.

Breslau, den 5. Januar 1894.

Der Fürst-Bischof.

G. Card. Ropp.

b) G. B. Nr. 316. VI.

Aus Anlaß neuerdings vorgekommener Fälle sehen wir uns genöthigt, die Hochwürdige Geistlichkeit resp. die Kirchenvorstände wiederholt darauf hinzuweisen, daß dieselben keinerlei kirchliche Ausstattungsstücke, Bilder oder andere Gegenstände ohne unsere Genehmigung zu entfernen oder gar zu veräußern berechtigt sind und verweisen wir hierbei auf den letzten diesbezüglichen Erlaß in Verordnung Nr. 314. III.

c) Circular vom 19. April 1894.

Bei der Ausscheidung nicht mehr für den Gottesdienst brauchbarer Paramente und mit Stickerie versehener Leinwandstücken wird oft der antiquarische, kunstgeschichtliche oder Musterwerth derselben außer Acht gelassen und werden diese Gegenstände ohne Untersuchung außer kirchlichen Gebrauch gesetzt und vernichtet. Zur Verhütung derartiger Verluste für die Alterthumskunde und Kunstgeschichte finde ich mich zu der Anordnung veranlaßt, daß künftig die genannten Gegenstände, wenn dieselben außer Gebrauch gesetzt werden sollen, zunächst dem Vorstande des Archipresbyterats zur Prüfung vorgelegt und erst auf dessen schriftliche Bescheinigung, daß dieselben in vorgenannter Beziehung ohne Werth seien, vernichtet oder einer anderweitigen Verwendung zugeführt werden. Im Zweifelsfalle haben die Herren Erzpriester meine nähere Weisung einzuholen.

Der Fürst-Bischof.

G. Card. Ropp.

An

die Hochwürdige Pfarrgeistlichkeit
der Diöcese Breslau.

G. R. 2599.

Nr. 121. Restauration guter alter Kelche.

G. B. Nr. 295. VIII.

Der Provinzial-Conservator der
Kunstdenkmäler für Schlesien.

Breslau, den 8. November 1893.

In der Erwägung, daß einerseits alljährlich eine größere Zahl von besseren älteren Kelchen durch gutgemeinte, aber unverständige Restauration in ihrem Kunstwerthe verringert wird, daß andererseits der Provinzial-Conservator der Meinung ist, für die relativ vollkommenste und dabei billigste Ausbesserung sei das Königliche Kunstgewerbe-Museum in Berlin mit seinen eventuell auch Privaten zur Verfügung stehenden Werkstätten für Ausbesserung älterer Kunstschätze die geeignetste Stelle, da ihm nicht nur ein besonderes Maß von Erfahrung zur Verfügung steht, sondern da es auch die Ausbesserungs-Arbeiten zum Selbstkostenpreis besorgt, hat der geschäftsführende Ausschuß der Provinzial-Commission zur Erforschung und Erhaltung der Denkmäler die Aussetzung von Prämien beschlossen für jeden bis auf Weiteres in dieser Anstalt ausgebesserten älteren Kelch, sofern derselbe einigen Kunstwerth besitzt. Die Höhe dieser Prämien ist festgesetzt auf 30 Mark für Kelche, deren Herstellungszeit bis etwa in den Anfang des dreißigjährigen Krieges (ca. 1630) reicht, auf 20 Mark für bessere Kelche in den Formen des Barock- und Rococostils.

Anträge auf Gewährung der Prämien sind unter möglichst genauer Beschreibung der Reliquie nach Größe, Material, Technik und Zeit der Verfertigung an den Provinzial-Conservator (Breslau, Neue Matthiasstr. 9, I.) zu richten, wovon ich Eure Eminenz die unterstellte Geistlichkeit in Kenntniß zu setzen bitte.

An
den Herrn Cardinal-Fürstbischof
Dr. Kopp, Eminenz, hier.

Lutsch.

Nr. 122. Ausbesserung werthvoller alter Paramente.

G. B. Nr. 356. I.

Der Herr Provinzial-Conservator der Kunstdenkmäler Schlesiens hat, wie er Sr. Eminenz mitgetheilt hat, wiederholt Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß ältere Paramente, bei denen es sich um werthvolle Stickereien und Stoffe handelt, in ihrem Werthe dadurch beeinträchtigt worden sind, daß ihre Ausbesserung Händen anvertraut worden sind, welche hierzu das erforderliche Können und die künstlerische Schulung nicht besitzen.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz machen wir deshalb den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus darauf aufmerksam und ersuchen denselben, auch die Paramenten-Vereine hiervon in Kenntniß setzen zu wollen, daß solche Arbeiten nur durch besonders tüchtige Künstlerinnen besorgt werden können, wobei wir gleichzeitig anordnen, daß man sich vorkommenden Falls an Se. Eminenz mit der Bitte um Auskunft, bezw. Bezeichnung geeigneter Stickerinnen wenden soll.

Nr. 123. Eröffnung des Diöcesan-Museums.

G. B. Nr. 347. I.

Johannesberg, den 1. August 1898.

Den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus benachrichtige ich hierdurch, daß im Einvernehmen mit dem Hochwürdigen Domkapitel zu Breslau in den Räumen der in das Diöcesan-Archiv überführten Dombibliothek ein Diöcesan-Museum für kirchliche Alterthümer eingerichtet und heute eröffnet worden ist.

Dasselbe hat die Bestimmung, alte für die Diöcesan- und Kulturgeschichte wichtige Gegenstände, als Paramente, Stickereien, Leinen und Spitzen, kirchliche Geräthschaften aller Art, Bilder und Bildwerke, Schnitzereien, Münzen u. s. w. aufzubewahren, die Erinnerungen an die ruhmreiche Vergangenheit der Heimath-Diöcese lebendig zu erhalten und für das Studium der künstlerischen und gewerblichen Technik sowie für die Verwerthung alter stilgerechter Muster zu kirchlichem Gebrauche Anregung zu gewähren.

Ich darf dabei das Vertrauen aussprechen, daß der Hochwürdige Diöcesan-Clerus dieser neuen Diöcesan-Anstalt ein lebhaftes Interesse und eine wirksame Unterstützung entgegenbringen, derselben geeignete kirchliche Alterthümer nach Möglichkeit zuwenden und dadurch insbesondere dazu beitragen werde, die weitere Entfernung oder Zerstörung der für die Kirchen- und Kunstgeschichte der Diöcese Breslau höchst werthvollen kirchlichen Alterthümer zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit kann ich im Hinblick auf wiederholte Vorkommnisse aus jüngster Zeit nicht unterlassen, von neuem die Verordnungen Blatt Nr. 314 IV. und Blatt 316 VI. in Erinnerung zu bringen und insbesondere den Herren Erzpriestern die genaueste Ueberwachung der Ausföhrung derselben zur Pflicht zu machen.

Die Leitung des Diöcesan-Museums habe ich vorerst einem Curatorium übertragen, welches aus dem Archiv-Director Dr. Jungniß, dem General-Vicariats-Rathe Buchmann, dem Pfarrer Puschmann und dem Diöcesan-Baurathe Ebers besteht. Jedes Mitglied des Curatoriums ist berechtigt, in den Kirchen und Pfarrarchiven, sowie auch in den klösterlichen Anstalten nach kirchlichen Alterthümern Nachforschungen anzustellen und ist daher unbedingt zuzulassen und in diesem Bemühen zu unterstützen.

Für das Diöcesan-Museum bestimmte Gegenstände sind einstweilen an den Archiv-Director Dr. Jungniß zu senden.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 124. Ueberlassung von Kunstgegenständen an das Diöcesan-Museum.
G. B. Nr. 362. VII.

Dem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus bringen wir nachstehendes Schreiben des Curatoriums des Fürstbischöflichen Diöcesan-Museums zur Kenntniß, welches mit dem betreffenden Verzeichniß jenen Herren noch besonders zugehen wird, in deren Pfarreien für das Museum geeignete Gegenstände gefunden worden sind:

Se. Eminenz haben, wie dem hochw. Clerus bekannt, das Diöcesan-Museum errichtet zur dauernden Ehre der großen Vergangenheit der schlesischen Kirche und zur bleibenden Erhaltung der sonst doch allmählich verloren gehenden Alterthümer und kirchlichen Kunstgegenstände.

Demgegenüber dürfte es Ehrenpflicht der H. Pfarrer sein, die Ausföhrung und Vollendung dieses hochbedeutenden Werkes Sr. Eminenz fördern zu helfen.

Es hat jedoch in vielen Fällen den Anschein, als ob die Bedeutung jenes Diöcesan-Instituts nicht gewürdigt würde, da dasselbe leider vielfach nicht die erforderliche Unterstützung und Theilnahme findet, theilweise auch ganz gleichgiltig behandelt wird. So wurden die Sammler an einigen Stellen abgewiesen, an anderen wurde die zugesicherte Absendung der bereits zugesagten (meist längst außer Gebrauch gesetzter) Gegenstände unterlassen.

Se. Eminenz, der diese Fälle mitgetheilt werden mußten, sind über diese Zeichen mangelnden Interesses sehr befremdet und haben das unterzeichnete Curatorium beauftragt, zur Beförderung einer recht lebendigen Theilnahme für dieses wichtige Diöcesan-Institut alles aufzubieten.

Um den hochw. Herren Pfarrern die Sache zu erleichtern, glauben wir folgenden Weg einschlagen zu sollen:

Erw. Hochwürden ersuchen wir um eine gefällige Erklärung, welche von den umseitig als in Ihrer Kirche resp. Pfarrhause vorhanden notirten 2c. Gegenständen, event. nach Rücksprache mit dem Kirchenvorstande, abgegeben werden können, und zwar:

- a) unentgeltlich (wenn ausrangirt und relativen Werthes),
- b) gegen Revers des der p. Kirche bleibenden Eigenthumsrechts,
- c) gegen entsprechenden Ersatz durch ein gleiches neues Stück,
- d) gegen Baarzahlung und in welchem Betrage?

Das Curatorium wird dann betreffs des einen oder andern Stückes mit dem qu. Pfarramte in Verhandlung treten — die übrigen notirten Gegenstände dürfen absolut, an einen Händler oder sonst anderweitig, nicht mehr veräußert werden — cf. die Fürstbischöflichen Erlasse vom 14. Januar 1850

(Verordn. Blatt Nr. 13 I), 6. März 1888 (B. B. 247 I), 12. Juni 1888 (B. B. 249 IV), 18. August 1890 (B. B. 265 I), 19. April 1894, 14. October 1895 (B. B. 314 III), 15. Januar 1896 (B. B. 316, VI), 1. August 1898 (B. B. 347 I).

Etwasige Schwierigkeiten gegenüber der Königl. Regierung oder den Patronaten erwachsen dem Absender keineswegs, da Se. Eminenz mit dem Herrn Ober-Präsidenten für alle Fälle betr. der qu. Einverleibung in sein Museum sich vereinbart haben; es bedarf im Inventarium nur des Vermerks: „Ins Fürstbischöfl. Diöcesan-Museum abgegeben.“

Breslau, den 4. November 1899.

Das Curatorium des Fürstbischöflichen Diöcesan-Museums.

Dr. Jungnitz. Buchmann. Ebers. Puschmann.

Anmerkung zu vorstehenden Abschnitten 1 bis 4. Der Wichtigkeit wegen mögen hier folgende gesetzliche Bestimmungen Platz finden.

A. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.

§ 123. Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder das befriedete Besitzthum eines Anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugniß darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruch mit Gefängniß bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft. — Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Dieser Paragraph ist nach Erkenntniß des Reichsgerichtes v. 10. Januar 1881 auf Kirchen anwendbar, die nach § 174 A. L. R. II. 11 den sonstigen öffentlichen Gebäuden gleichstehen.

§ 166. Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergerniß giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft.

§ 167. Wer durch eine Thätlichkeit oder Drohung Jemand hindert, den Gottesdienst einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft auszuüben, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte durch Erregung von Lärm oder Unordnung den Gottesdienst oder einzelne gottesdienstliche Verrichtungen einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorsätzlich verhindert oder stört, wird mit Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft.

Gottesdienstliche Verrichtungen sind auch Prozessionen und Beerdigungen (Reichs-Gerichts-Erkenntniß vom 23. Februar 1881), die Sonntagskatechese in der Kirche ist religiöse Handlung (R. G. E. v. 11. November 1892). Die Störung kann herbeigeführt werden durch lautes Plaudern (R. G. E. v. 19. April 1888), selbst durch lautes Beten (R. G. E. v. 11. Mai 1880), aber nicht durch berechnete Handlungen (R. G. E. v. 5. April 1887). Auch der Kirchhof ist ein zu religiösen Versammlungen bestimmter Ort und steht unter dem Schutz des § 123 des R. St. G. (R. G. E. v. 3. Februar 1891).

§ 304. Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, oder Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, oder Grabdenkmäler, öffentliche Denkmäler beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängniß bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis 1500 Mk. bestraft. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — Der Versuch ist strafbar.

§ 360. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. wird bestraft:

11. wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt. (Vgl. hierzu § 89, A. L. R. II. 11.)

§ 366. Mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

1. wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Die Regierungen haben auf Grund der Kabinetts-Ordre vom 7. Februar 1837, betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage (G. S. S. 19), wohl überall diesbezügliche Anordnungen erlassen.

Die Anzeige ist anzubringen in den Sälen der §§ 166, 167, 304 beim Landgerichte (Strafkammer), im Salle der §§ 123, 360 und 366 beim Amtsgerichte. Die öffentlichen Gottesdienste sind übrigens staatsrechtliche Gegenstände der öffentlichen Ordnung, welche den staatlichen Schutz durch strafrechtliches und auch polizeiliches Einschreiten erfahren können, sodaß die Polizei auch ex officio einschreiten darf (Erk. des Ob.-Verwalt.-Ger. vom 10. Dezember 1884).

B. Reichsgesetz vom 1. Juni 1891, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung.

§ 136. An Sonn- und Festtagen, sowie während der vom ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Confirmanden-, Beicht- und Communion-Unterricht bestimmten Stunden dürfen Arbeiter unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden.

Die Ausführung beaufsichtigen die Gewerbe-Inspektoren. Das Handelsgewerbe ist nicht einbegriffen.

Die §§ 60a und 33b der Gewerbe-Ordnung setzen die Polizei in den Stand, für Feste und ihre Vorabende lärmende, störende Vergnügungen zu untersagen.

Fünfter Abschnitt. Die heiligen Sakramente.

A. Die heilige Taufe.

Vergl. Rituale Wratisl. S. 5—12.

Nr. 125. Gültigkeit der Taufe.

a) Decretum S. C. Inquisitionis. G. B. Nr. 268. IV.

Literis datis die 18. Aprilis currentis anni Vicarius Capitularis ad animarum quieti et securitati prospiciendum declarari rogabat a S. Sede, quod per dispensationem super impedimento mixtae religionis, si dubium de baptismo haereticae partis persistat, ut istis in regionibus non raro contingit, etiam dispensatio super impedimento disparitatis cultus ad cautelam concessa intelligenda sit.

Res ad hanc Supremam Congregationem S. Officii delata est, quae adprobante Sanctissimo D. N. Tibi pro norma communicanda sequentia decreta mandavit; scilicet:

1. Proposito dubio: An calvinistae et lutherani quorum baptisma dubium et suspectum est, infideles habendi sint, ita ut inter eos et catholicos disparitatis cultus impedimentum dirimens adesse censeatur? — Feria IV. die 17. Novembris 1830, responsum fuit: Quoad haereticos, quorum sectae ritualia praescribunt collationem baptismi absque necessario usu materiae et formae essentialis, examinari debet casus particularis; quoad alios, qui iuxta eorum ritualia baptizant valide, validum censendum esse baptisma. Quod si dubium persistat, etiam in primo casu censendum est validum baptisma in ordine ad validitatem matrimonii; si autem

certo cognoscatur nullum baptisma ex consuetudine actuali illius sectae, nullum est matrimonium.

2. Proposito dubio, utrum si dubium de valore baptismi remaneat, et non visum sit opportunum solvere dubium de his qui sic dubie baptizati sunt, in rebus quae ad matrimonium spectant habendi sint ac si vere et valide baptizati fuerint? — Feria IV. 9. Septembris 1868, responsum fuit: Censendum est validum baptisma in ordine ad validitatem matrimonii.

Fausta quaeque Tibi precor a Domino Romae die 18. Septembris 1890.

Amplitudinis Tuae addictissimus in Domino

R. Card. Monaco.

Reverendissimo Fr. Domino Archiepiscopo
Monacensi et Frisingensi.

b) Decretum S. O. de 20. Nov. 1878.

In conversione haereticorum, a quocunque loco vel a quacunque secta venerint, inquirendum est de validitate baptismi in haeresi suscepti. Instituto igitur in singulis casibus examine:

1. si compertum fuerit, aut nullum aut nulliter collatum fuisse, baptizandi erunt absolute;
2. si autem pro temporum aut locorum ratione investigatione peracta, nihil sive pro validitate sive pro invaliditate detegatur, aut adhuc probabile dubium de baptismi validitate supersit, tunc sub conditione secreto baptizentur;
3. demum si constiterit validum fuisse, recipiendi erunt tantummodo ad abjuracionem seu professionem fidei.

c) Instructio S. O. de 20. Julii 1859.

Triplex in reconciliandis haereticis distinguitur procedendi methodus:

1. Si baptismus absolute conferatur, nulla sequitur abjuratio nec absolutio.
2. Si baptismus sit sub conditione iterandus, hoc ordine procedendum erit:
 - a) abjuratio seu confessio fidei,
 - b) baptismus conditionatus,
 - c) confessio sacramentalis cum absolutione conditionata.
3. Quando validum iudicatum fuerit baptisma, sola recipitur abjuratio seu fidei professio, quam absolutio a censuris sequitur.

d) Entscheidung der Congregatio in rebus fidei et morum.

(Pad. Seelsorger 1899, S. 376.)

Auf die Frage, ob jemand gültig getauft habe, indem er nach Art der Salbung auf der Stirn des Täuflings mit dem in das Taufwasser getauchten Daumen seiner Hand das Kreuz machte, ertheilte die genannte Congr. am 14. Dezember 1898 die Antwort: Curandum ut iterum baptizentur privatim, sub conditione, adhibita sola materia cum forma absque caeremoniis et ad mentem. Papst Leo XIII. approbirte am 16. dess. Mts. diese Antwort.

e) Consultatio dioecessana resp. Literae Pastorales d. a. 1855. §§ 31 u. 32.

Quod proselytos attinet, si dubitatio certa ratione caret, rite et valide eos esse baptizatos existimandum est. Sin causa probabilis dubium peperit, sub conditione baptizentur.

Proselyti ex sectis eorum, qui vel nullum, vel minus verum baptismum agnoscunt, velut Anabaptistarum sive Rongeanorum, sine ulla conditione baptizentur.

f) Fb. Erlaß vom 4. September 1891.

Auf der diesjährigen August-Conferenz des preussischen Episkopates wurden bezüglich der Wiedertaufe von protestantisch Getauften die Vorschriften der S. Congreg. Inquis. vom 20. November 1878 als ausreichend erachtet und dabei bestimmt, daß die Entscheidung über das Vorhandensein begründeter Zweifel dem Ordinariate zustehe, dessen Weisung in jedem einzelnen Falle einzuholen sei.

Unter Aufhebung aller bezüglich der Wiedertaufe von nichtkatholisch Getauften bisher erlassenen Verfügungen (Verordn. Nr. 211. XVIII) des hiesigen Ordinariates wird vorstehender Beschluß dem Hochwürdigen Pfarr-Clerus zur Nachachtung mitgetheilt.

Johannesberg, den 4. September 1891.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 126. Nothtaufe.

a) *Litterae pastorales* d. a. 1855. § 31.

Ne infantes ex necessitate privatim baptizati rebaptizentur, parochi diligenter perscrutentur, quatenus rite et valide baptizati sint.

b) G. F. Nr. 230. VI.

In Erledigung der seitens eines Archipresbyterats-Convents an uns gestellten Anfrage, haben Se. Fürstliche Gnaden uns zur Erklärung ermächtigt, daß, wenn die richtige Ertheilung einer Nothtaufe durch die Hebamme nicht wenigstens von einem glaubwürdigen und dazu qualificirten Zeugen¹⁾ bestätigt werden kann, das Kind *sub conditione* nachträglich zu taufen sei.

c) Fb. Erlaß vom 27. November 1899. Nr. 3.

Das Büchlein „Unterricht über die Spendung der Nothtaufe und über die Standespflichten der Hebammen“ (Freiburg, Herder) ist der Unterweisung der Hebammen¹⁾ zu Grunde zu legen und die Anschaffung desselben zum Nachschlagen für die Hebammen zu empfehlen. Ferner sind sowohl die Kinder im Beichtunterricht, als auch die Brautleute im Brautunterricht über die Nothwendigkeit und die Art und Weise der Spendung der Nothtaufe zu belehren. Den Hebammen, welche der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind, ist die demnächst erscheinende polnische Ausgabe des genannten Büchleins zu empfehlen.

Hierzu werden noch folgende Bestimmungen beigelegt:

- a) *Obstetrices moneantur, ne infantibus Judaeorum, infidelium et dissidentium, quorum filii in religione christiana non educantur, baptismum absque consensu parentum conferant, nisi infantes in evidenti et valde urgenti periculo mortis versentur.*
- b) *Obstetrices, quae in instituto publico a sacerdote catholico satis se esse instructas testimonio parochis exhibendo probant, ad ulterius examen ne obligentur.*

¹⁾ Falls nicht die betreffende Hebamme selber als solcher Zeuge in Betracht kommen kann.

²⁾ Vergl. auch Protokoll der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899, S. 5—10.

Nr. 127. Entbehrlichkeit der Staatsgenehmigung zur Taufe von Kindern nichtkatholischer Eltern.

G. B. Nr. 8. II.

Der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit machen wir hiermit zur Nachachtung bekannt, wie Seine Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Herr Fürstbischof Melchior Eich mit uns darin einverstanden erklärt haben, daß in Folge der Verfassung vom 5. Dezember 1848 eine fernere weitige Einholung der Staatsgenehmigung zur Taufe von Kindern nichtkatholischer Eltern, wie sie durch die Cabinets-Ordnung vom 6. November 1841 resp. durch den Oberpräsidial-Erlaß vom 31. Januar 1842 anbefohlen worden, nicht mehr nothwendig sei.

Nr. 128. Pathenschaft. Vergl. Rituale Wr. S. 9.

a) Literae Pastorales d. a. 1855. § 29.

Ne porro aeditui et obstetrices, nisi ex causa rationabili exceptio sit toleranda, ut patrini admittantur.

b) De patrino haeretico admittendo.

S. Rom. et Univ. Inquisitio feria IV. die 3. Maji 1893 respondere censuit: Negative, et praestare ut baptismus conferatur sine patrino, si aliter fieri nequeat.

c) Zurückweisung von der Pathenschaft. G. B. Nr. 134. III.

Wenn ein katholischer Geistlicher eine geschiedene und demnächst wieder verheirathete Frau von der Theilnahme an dem Sakramente der Taufe ausschließt, so ist eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse darin nicht zu finden¹⁾. (Justiz-Minist.-Blatt 1861, S. 225.)

Der Königl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte erkannte am 13. October 1860 für Recht: daß der Rechtsweg in dieser Sache für unzulässig und der erhobene Konflikt daher für begründet zu erachten. (Das Erkenntniß ist abgedruckt in G. B. a. a. D.)

Nr. 129. Eintragung von Kindern aus kirchlich nicht anerkannten Ehen.

G. B. Nr. 52. IV.

Das Hochwürdige Fürstbischöfliche Consistorium hat durch erschöpfende Gründe dargethan, daß das Concil von Trident für die Katholiken der ganzen Diöcese Breslau als publicirt zu erachten ist, daß demnach Ehen, welche Seitens katholischer Diöcesanen nicht secundum formam Concilii Tridentini Cap. 1. Sess. XXIV. de Reform. Matrim. geschlossen worden, als null und nichtig anzusehen sind. Sobald hiernach katholische Diöcesanen, wenn auch erst nach ihrem Abfall vom Glauben oder der Kirche, eine sog. Civilehe eingehen, oder sich von einem evangelischen Pastor, oder von dem Prediger irgend einer Sekte trauen lassen: so ist solch eine Ehe kirchlicherseits nichtig und können die aus solcher Verbindung hervorgehenden Kinder als ehelich nicht angesehen und darum auch als eheliche in das Taufbuch nicht eingetragen werden.

¹⁾ Vergl. hierzu Anzeiger für die kathol. Geistlichkeit der Diöcesen Gnesen-Posen, Culm und Ermland vom Mai 1894.

Wir machen hierbei die Ehrwürdige Curatgeistlichkeit nur noch aufmerksam, daß die gewissenhafte Ausübung dieser Eintragung kirchenrechtlich von Wichtigkeit ist, weil es in der Kirche Verhältnisse giebt, bei denen es auf die kirchlich legitime Geburt der Kinder ankommt, die aus den Kirchenbüchern zu beweisen ist. Sollte übrigens aus öffentlichen Rücksichten gegen die Kinder, bei nachfolgender oder vorangegangener Civilehe der Eltern, zu gestatten sein, daß eine Notiz davon ins Kirchen-Tauchbuch aufgenommen werde, so würde der betreffende Vermerk nur lauten dürfen: „die Mutter dieses Kindes N. N. sowie der zur Anzeige gebrachte sich zur Vaterschaft bekennende Vater desselben N. N. haben am vor die Civilehe mit einander abgeschlossen“ oder wenn die Trauung von dem Pastor vollzogen wurde: „haben am in der protestantischen Kirche zu N. N. vom dasigen Pastor N. sich trauen lassen.“

Nr. 130. Bezeichnung der durch matrimonium subsequens legitimirten Kinder.

a) G. B. Nr. 296. VI.

Aus Anlaß eines Spezialfalles machen wir den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus darauf aufmerksam, daß uneheliche Kinder, deren Legitimation durch nachfolgende Ehe erfolgt, in allen Beziehungen als eheliche zu behandeln und dementsprechend in der Regel in öffentlichen Urkunden, z. B. Taufscheinen, Verkündigungen u. s. w. als ehelich geborene, ohne irgend eine besondere Meldung ihrer durch nachfolgende Ehe geschehenen Legitimation, zu bezeichnen sind.

b) G. B. Nr. 315. III.

Ueber die Fassung von Taufscheinen, Verkündigungen und anderen Urkunden für solche uneheliche Kinder, welche durch nachfolgende Ehe legitimirt wurden, sind aus Anlaß des Verordnungsblattes Nr. 296. VI. Zweifel entstanden, zu deren Beseitigung folgende Fassung vorzuziehen und künftig zu benutzen ist:

Auf Grund des hiesigen Tauchbuches bescheinige ich, daß dem N. N. und seiner Ehefrau N. N. am 18 . . ein Sohn (Tochter) geboren wurde, welcher in hiesiger katholischen Pfarrkirche am 18 . . auf den Namen getauft worden ist.

Selbstverständlich aber müssen, wenn es sich um Feststellung von Erb-rechten handelt, den Königlichen Amtsgerichten auf Erfordern die Abstammungs-Verhältnisse vollkommen klar dargelegt werden.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 131. Verabfolgung von Taufscheinen an die Berechtigten.

Jb. Erlaß vom 4. September 1891.

Auf der diesjährigen August-Conferenz des preussischen Episkopates sind aus verschiedenen Diöcesen Fälle zur Besprechung gelangt, in welchen seitens nichtkatholischer Geistlichen bezw. nichtkatholischer Kirchenbehörden von den katholischen Pfarrgeistlichen über die seit dem Jahre 1875 vorgenommenen Kirchenbucheintragungen Bescheinigungen behufs Aufnahme in eine protestantische Schule, Zulassung zur Confirmation oder akatholischer Trauung u. s. w. begehrt worden sind. Die Konferenz hielt dafür, daß

die Verabfolgung solcher Bescheinigungen an protestantische Geistliche bezw. Kirchenbehörden nicht statthaltig und daß der katholische Kirchenbuchführer dazu nicht verpflichtet sei; dagegen beschloß dieselbe, „daß diese Bescheinigungen zur Vermeidung von Nachtheilen und Unzuträglichkeiten an den Berechtigten selbst bezw. dessen Eltern oder Vormünder ausshändig werden können.“

Die Hochwürdige Pfarrgeistlichkeit wird von diesem Beschlusse des preußischen Gesamt-Episcopates zur Nachachtung hiermit verständigt.

Johannesberg, den 4. September 1891.

Der Fürstbisch.
 † Georg.

Nr. 132. Verabfolgung von Taufscheinen an Deutsche in der Niederlande und Belgien.

G. B. Nr. 249. VIII.

Breslau, den 20. Juni 1888.

Es sind wiederholt Fälle bekannt geworden, in denen Niederländische und Belgische Werbeagenten Legitimationspapiere deutscher Staatsangehöriger, in deren Besitz sie durch direkte Correspondenz mit deutschen Behörden gelangt waren, in betrügerischer Weise dazu benutzt haben, um anderen, einen genügenden Ausweis nicht besitzenden, jungen Leuten den Eintritt in die Niederländische Kolonialarmee unter falschem Namen zu verschaffen. Um diesem Treiben entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, daß Gesuche um Ausstellung von Legitimations-, Auswanderungs- und Militair-Papieren, welche im Wege des Schriftwechsels von den Niederlanden bezw. Belgien aus an diesseitige Behörden gerichtet werden, im Falle denselben Folge gegeben wird, nicht direkt, sondern durch Vermittelung der zuständigen Kaiserlichen Consular-Agenten beantwortet werden. Dadurch werden die letzteren in den Stand gesetzt, vor der Verabfolgung der Urkunden die Identität der theilnehmenden Persönlichkeit in jedem einzelnen Falle zu prüfen.

Die Herren Minister des Innern und des Krieges haben daher im Einverständniß mit dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt, daß fortan Bescheide der in Rede stehenden Art, insoweit solche für die Niederlande bestimmt sind, dem Kaiserlichen General-Consulat in Rotterdam, die nach Belgien zu richtenden Bescheide aber den je nach dem Aufenthaltsorte des betreffenden Antragstellers zuständigen Kaiserlichen Consulaten zur Vermittelung der Zustellung zu übersenden sind.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß in letzterer Zeit mehrfach Gesuche Eingangs erwähnter Art den Pfarrämtern der diesseitigen Provinz um Ausstellung von Taufzeugnissen zugegangen, und hierauf diesen Anträgen durch unmittelbare Uebersendung der erbetenen Taufscheine an die Gesuchsteller entsprochen worden ist, ersuche ich Euer Fürstliche Gnaden im Auftrage des Herrn Ministers des Innern ganz ergebenst, die Pfarrämter Ihrer Diocese der vorstehend mitgetheilten ministeriellen Anordnung entsprechend baldgefälligst mit Anweisung zu versehen.

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath
 von Seydewitz.

An
 den Fürstbisch. von Breslau
 Herrn Dr. Kopp, Fürstliche Gnaden, hier.

Nr. 133. Gebührenfreiheit von kirchlichen Zeugnissen.

a) G. B. Nr. 255. V.

Die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit machen wir darauf aufmerksam, daß das infolge Königlicher Bestimmung von den Ministerien der geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern erlassene Cirkular-Reskript vom 15. Juli 1827 (v. Kampß, Annalen der Preussischen inneren Staatsverwaltung Bd. XI. S. 666), wonach die den Militair-Ersatzpflichtigen und Wehrmännern behufs des Ersatzgeschäftes bezw. der Berichtigung der Stammrollen auszustellenden Taufatteste unentgeltlich verabreicht werden sollen, auf die zum freiwilligen Eintritt in den Militairdienst erforderlichen Taufscheine ebenfalls Anwendung leidet, weil nach den bestehenden Bestimmungen auch die freiwillig eintretenden Militairpflichtigen auf Grund ihrer Meldung in die Stammrollen eingetragen werden.

b) G. B. Nr. 269. VIII.

In Folge mehrfach an uns ergangener Anfragen bezüglich der Ausstellung von kirchlichen Zeugnissen für solche Personen, welche gemäß des Gesetzes vom 22. Juni 1889 (Reichsgesetzbl. 1889, S. 97 ff.), betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, versicherungspflichtig sind, machen wir die Hochw. Pfarrgeistlichkeit darauf aufmerksam, daß nach § 140 dieses Gesetzes „alle zur Begründung und Abwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen den Versicherungs-Anstalten einerseits und den Arbeitgebern oder Versicherten andererseits erforderlichen scheidungsgerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen und Urkunden gebühren- und stempelfrei sind. Dasselbe gilt für privatrechtliche Vollmachten und amtliche Bescheinigungen, welche auf Grund dieses Gesetzes zur Legitimation oder zur Führung von Nachweisen erforderlich werden¹⁾.“

Demnach haben auch die Pfarrämter die für diesen Zweck nachgesuchten kirchlichen Zeugnisse gebührenfrei auszustellen. — Um indeß den Gebrauch solcher Zeugnisse zu anderen als dem angegebenen Zwecke zu verhindern, wird es sich empfehlen, den Urkunden den Vermerk beizufügen: „Nur zum Zweck der Invaliditäts- und Alters-Versicherung.“

c) G. B. Nr. 326. III.

Se. Eminenz haben uns beauftragt, nachstehendes Schreiben des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt für die Provinz Schlesien zu bringen und dieselben auf die gebührenfreie Ausstellung der darin erwähnten Urkunden aufmerksam zu machen:

Vorstand der Invaliditäts-
und Altersversicherungs-Anstalt
für die Provinz Schlesien.

J.-Nr. I. 7129.

Breslau, den 24. September 1896.

Es ist hier die Wahrnehmung gemacht worden, daß entgegen den Bestimmungen des § 140 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes vom 22. Juni 1889 und des ministeriellen Erlasses vom 18. August 1893 (Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten für 1893 Seite 236 Nr. 113) die Ausstellung der

¹⁾ Wörtlich übereinstimmend mit § 171 des neuen Invalidenversicherungs-Gesetzes vom 19. Juli 1899 (Reichs-Gesetzblatt 1899, Nr. 34, S. 463).

zur Begründung von Ansprüchen aus dem erwähnten Gesetze erforderlichen Urkunden nicht immer gebührenfrei geschieht, sondern daß, wenn auch nicht allgemein, so doch in vielen Fällen von den Standesämtern oder kirchlichen Organen für die Ausfertigung der Urkunden die sonst für Auszüge aus den Registern festgesetzten Gebühren erhoben werden.

Euer Hochwohlgeboren geben wir von diesen Wahrnehmungen Kenntniß mit dem Anheimstellen gefälliger Erwägung, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die betreffenden Stellen erneut auf die gebührenfreie Ausstellung der Urkunden hinzuweisen.

gez. Kray.

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten
Herrn Dr. von Heydebrand und der Lasa
Hochwohlgeboren Breslau.

d) G. B. Nr. 359. III.

Johannesberg, den 8. August 1899.

Die in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung erforderlichen amtlichen Bescheinigungen, Verhandlungen und Urkunden sind nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung, worauf die hochwürdige Pfarrgeistlichkeit durch Verordnung Nr. 269. VIII. aufmerksam gemacht worden, gebühren- und stempelfrei zu ertheilen (§ 78 Absatz 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes, § 102 des Unfallversicherungs-Gesetzes¹⁾ und § 140 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes).

Nachdem zur Behebung entstandener Zweifel der Herr Justizminister sowie die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe mittels Runderlasses vom 14. Juni 1899 — I. A. 6603, J. M. I. 3573, M. f. H. I. 3941 — darauf aufmerksam gemacht, daß diese Bestimmungen ohne Weiteres auch auf die den Mitgliedern der landesgesetzlichen Knappschafts-Vereine und deren Angehörigen zu ertheilenden standesamtlichen Urkunden bezw. Bescheinigungen Anwendung zu finden haben, wenn solche zur Erfüllung der den Knappschaften zugewiesenen socialpolitischen Aufgaben in den eingangs bezeichneten Angelegenheiten oder zu anderen knappschaftlichen Zwecken, wie zu der Aufnahme minderberechtigter Mitglieder unter die meistberechtigten, der Festsetzung von Wittwen- und Waisengeld, der Abfindung von eine neue Ehe eingehenden Wittwen u. s. w. erforderlich sind, finde ich mich veranlaßt, die hochwürdige Pfarrgeistlichkeit hierdurch anzuweisen, kirchliche Personensstandszeugnisse zu knappschaftlichen Zwecken fortan gebührenfrei zu ertheilen.

Einer mißbrauchlichen Verwendung dieser Zeugnisse wird durch den Vermerk: „Nur zu knappschaftlichen Zwecken“ vorzubeugen sein.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Kopp.

e) Fb. Erlaß v. 27. November 1899 auf Grund der Diöcesan-Conferenz. Nr. 4.

Die Taufzeugnisse zur ersten heiligen Beicht und zur ersten heiligen Communion sollen gebührenfrei ausgestellt werden. Taufzeugnisse für die Eheschließung sind gebührenfrei auszustellen im Falle notorischer Armuth, oder wenn Gefahr vorhanden ist, daß durch Verweigerung der Gebührenfreiheit die Unterlassung der kirchlichen Trauung herbeigeführt werde.

¹⁾ Jetzt §§ 145, bezw. 155, 45, 142 der neuen Unfallversicherungs-Gesetze vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 29, S. 573).

Nr. 134. Gebührenfreie Einsichtnahme in die Standesregister.

G. V. Nr. 235. VIII. und 282. II.

Anlässlich eines Spezialfalles bringen wir zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit nachstehendes Cirkular an die sämtlichen Herren Ober-Präsidenten und an die Königliche Regierung zu Sigmaringen, die Einsichtnahme der Standesregister durch die Geistlichen betreffend, vom 18. Juli 1875:

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren anbei eine von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ressortgemäß hierher abgegebene Beschwerde des Standesamtes der Stadt P. vom 22. April d. J. ergebend übersende, bemerke ich im Einverständnisse mit dem Herrn Justiz-Minister, daß mit Rücksicht auf den § 11 der zum Reichsgesetze vom 6. Februar cr. unterm 22. Juni d. J. ergangenen, im Centralblatte für das Deutsche Reich Seite 386 publizierten Ausführungs-Verordnung allerdings auch den Geistlichen in Preußen und zwar noch unter der Herrschaft des Preussischen Gesetzes vom 9. März pr. die gebührenfreie Einsichtnahme der Standesregister nicht versagt werden kann. Die Einsichtnahme, welche sich aber lediglich auf die Standesregister, nicht etwa auf die Sammelakten, erstrecken darf, ist übrigens nur den Geistlichen selbst, nicht aber anderen beliebig von denselben gewählten Bevollmächtigten zu gestatten.

Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach das gedachte Standesamt gefälligst anderweit mit Bescheid versehen und die oben ausgesprochenen Grundsätze auch den übrigen Standesbeamten der Provinz zur Nachachtung mittheilen.

Berlin, den 18. Juli 1875.

Der Minister des Innern.

J. M. Ribbed.

Nr. 135. Vergleichung der Taufmatrikeln mit den standesamtlichen Registern.

G. V. Nr. 300. III.

Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß in pfarrlichen Taufbüchern mehr Geburtsfälle als standesamtlich angemeldet, eingetragen waren. Um die von den Standesämtern aufgestellten Stammrollen der Wehrpflichtigen zu berichtigen und der Umgehung der Militairpflicht vorzubeugen, haben die Herren Regierungs-Präsidenten die Königlichen Landrathsämter zu der Vergleichung der standesamtlichen Register für die Zeit vom 1. October 1874 bis Ende 1875 mit den Taufbüchern veranlaßt. Möglicher Weise wird auch in den nächsten Jahren die derartige Vergleichung fortgesetzt werden. Meine Hochwürdige Pfarrgeistlichkeit ermächtige und erjuche ich, hierbei den landrätthlichen Organen, seien es Gemeindevorstände oder andere, bereitwillig an die Hand zu gehen und entsprechenden Ansuchen zu willfahren.

Die Besorgniß, den Eltern oder sonstigen Anzeige-Pflichtigen, welche die rechtzeitige standesamtliche Meldung unterlassen haben, eine Bestrafung zuzuziehen, ist ausgeschlossen, da die Strafverfolgung von Uebertretungen in drei Monaten, von dem Tage der Uebertretung an beginnend, verjährt, die Verjährung jener etwaigen Unterlassungen also längst eingetreten ist.

Duderstadt, den 8. August 1894.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 136. Judentaufen.

a) Entbehrlichkeit der Anzeige bei der Regierung. G. B. Nr. 10. I.

Wir sind veranlaßt, der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit hiermit bekannt zu machen, daß es für die Zukunft der Einreichung von Nachweisungen über stattgefundene Uebertritte jüdischer Glaubensgenossen zur katholischen Kirche an die Königlichen Regierungen nicht weiter bedarf.

b) Angabe derselben in Convertitenlisten. G. B. Nr. 42. V.

Wir weisen hierdurch die Herren Pfarrer resp. Pfarr-Administratoren an, in die durch Nr. 35 ad VII unserer gedruckten Verordnungen vorgeschriebenen Convertiten-Listen auch diejenigen, welche aus dem Judenthume durch die heil. Taufe in die Kirche aufgenommen worden, in gleicher Weise wie die anderen Convertiten zu verzeichnen.

B. Die heilige Firmung.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 81 und 82.

Nr. 137. Literae Pastorales d. a. 1855. §§ 36—38.

Confirmandi omnes et pueri et adulti, antequam Sacramentum Confirmationis suscipiant, de ipso doceantur catechesi peculiari; quos parochi etiam hortentur, ut toti administrationi Sacramenti adsint et benedictionem Episcopi exspectent, ne de vera susceptione dubitatio nascatur.

Regula est, ut non admittantur ad suscipiendum hoc Sacramentum nisi confessi.

Dum administratur, disciplina servetur, tranquillitas, decentia propter devotionem.

Nr. 138. Nothwendigkeit von Firmungszeugnissen.

G. B. Nr. 153. IV.

Es haben sich mehrere Archipresbyterate darüber beschwert, daß bei Ausspendung des heil. Sakraments der Firmung auch solche Individuen zugelassen werden, welche keine Firmungszeugnisse seitens ihrer Pfarrer beigebracht haben. In Folge dessen ist beschloffen worden, daß alle diejenigen, welche dergleichen Zeugnisse nicht besitzen, zurückgewiesen werden sollen. Demzufolge beauftragen wir die Ehrwürdige Curat-Geistlichkeit, diese Anordnung den Gemeindegliedern in gehöriger Weise bekannt zu machen, sowie Zeugnisse hierüber nicht in folle, sondern einem jeden zu Firmenden ein besonderes Zeugniß auszustellen.

C. Das allerheiligste Sakrament des Altars.**a. Das hl. Meßopfer.**

Vergl. Rituale Wratislav. S. 107—110.

Nr. 139. Applikationspflicht an den aufgehobenen Feiertagen.

a) Breve vom 2. Juni 1856. G. B. Nr. 85. I.

Um eines Theils mehrfach entstandene Zweifel, ob die Pfarrer auch an den aufgehobenen Festtagen und am Bußtage pro Parochianis zu appliciren gebunden seien, vollständig zu beheben, anderen

Theils ein in vielen Fällen neues und oft unausführbares Onus nach Möglichkeit zu beseitigen, haben Seine Fürstbischöfliche Gnaden dem Apostolischen Stuhle die Sachlage vorgestellt und im bejahenden Falle um die facultas dispensandi super dicto onere gebeten. Der desfallsige Bescheid ist nun eingegangen, und theilen wir denselben der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit mit.

Beatissime Pater.

Episcopus Wratislaviensis Sanctitati Vestrae humiliter exponit, quod Sa. Me. Clemens P. P. XIV. et Pius VI. in Brevibus dierum 24. Junii 1772, 19. Aprilis 1788 et 22. Novembris 1789 festorum de praecepto numerum imminuerunt pro Dioecesi Wratislaviensi et iis Cracoviensis Dioecesis Parochiis, quae nunc per Bullam incipientem: „de Salute animarum“ Dioecesi Wratislaviensi unitae sunt, ea tamen adjecta conditione, ut Sanctorum et Solemnitatum Officia et Missae a Clero retineantur, et sicut prius in quacumque Ecclesia celebrentur. S. Rituum congregatio hanc ob rem in Monasterien. diei 14. Januarii 1845 ad dub. 3, an Parochi teneantur in festis per Regnum Borussiae a S. Sede abrogatis Missam pro populo applicare respondit teneri. De facto autem in Dioecesi Wratislaviensi Parochi fere omnes bona fide in festis praefatis Sacrum pro grege applicare omiserunt, et post violentam saecularizationem bonorum ecclesiasticorum anno 1811 factam singulis parochiis, quae ex hujusmodi bonis fundatae sunt, onus tot Missarum additum est, ut Parochi Missam pro parochianis in festis abrogatis applicare vix valeant absque magno congruae dispendio. Quae cum ita sint, conscientiis et inopiae beneficiatorum hujus Dioeceseos consulere studens, Sanctitatem S. enixissime rogat, ut quatenus adhuc existit onus applicationis pro festis abrogatis, eadem Sanctitas Vestra gratiose hoc onus omnino tollere, et quoad praeteritum benigne super omissis sacris absolvere dignetur. Cum vero Dioecesi Wratislaviensi post praedicta apostolica Indulta unitae sint aliae Parochiae ad Dioeceses quondam Misnensem, Litomericensem et ad Missiones Septentrionales spectantes, et novae fundatae sint in partibus acatholicorum Parochiae catholicae, quae partim Dioecesi proprie dictae Wratislaviensi, partim districtui Delegaturae Apostolicae adnumerantur, quae nomine Episcopi Wratislaviensis a Praeposito Ecclesiae parochialis Berolinensis administratur, et difficile sit dignoscere, an similis immi-
nutionis festorum gratia omnibus his parochiis data sit, et id, quod in praxi ibidem sicut in antiquis partibus Episcopatus Wratislaviensis observatur, jure introductum sit, petit pariter humillime, ut Sanctitas Vestra dignetur etiam declarare, has novas partes Dioecesis et Delegaturae sub eadem immi-
nutionis festorum gratia comprehendendi, nec non quatenus onus applicationis pro populo per Apostolicae Sedis misericordiam parochis, ut praefertur, in aliquot Dioecesis partibus demitur, pariter in reliquis Dioecesis et Delegaturae partibus auferatur.

Die 2. Junii 1856. S. Smus. Dominus Noster, audita relatione infrascripti Secretarii Sacrae Congregationis Concilii, declaravit, omnes Parochos, de quibus in precibus, teneri ad applicationem Missae pro populo diebus a festorum albo expunctis per superius recensita Brevia. Attentis vero peculiaribus circumstantiis, supplendo de thesauro Ecclesiae

facultates necessarias et opportunas impertitus est Episcopo Oratori ad hoc, ut, veris existentibus narratis, eisdem Parochis absolutionem ac condonationem super omnibus omissionibus, injuncta singulis celebratione unius Missae, de qua coram memorato Episcopo docere teneantur, pro suo arbitrio et conscientia gratis impertiatur. Quo vero ad futurum eadem Sanctitas Sua benigne commisit praefato Episcopo, ut firma obligatione applicationis in feria quarta tertiae hebdomadae post Pascha¹⁾, quoad reliquos dies quousque tamen generalis ordinatio a S. Sede edita fuerit, pro suo itidem arbitrio et conscientia gratis pariter dispensare possit et valeat.

(L. S.)

A. Ah. Eps. Tuscul. Card. Cagiano, Praef.

A. Quaglia, Secretarius.

b) Ordinatio generalis vom 3. Mai 1858. G. B. Nr. 105. II.

Nach der mittelft Nr. 85 I. dieser Verordnungen mitgetheilten Fakultät, von der Unterlassung der an aufgehobenen Festtagen pro parochianis zu absolvirenden heiligen Messen zu absolviren et pro futuro zu dispensiren, dauerte dieselbe jedoch nur quousque generalis ordinatio a S. Sede edita fuerit. Diese Ordinatio generalis ist in der Encyclica vom 3. Mai cr. ertheilt worden. Seine Fürstbischöfliche Gnaden haben uns nun angewiesen: der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit den Passus, in welchem der heil. Vater seine Willensmeinung in dieser Beziehung kundgibt, mitzutheilen. Derjelbe lautet also:

„Quamobrem hisce Litteris declaramus, statuimus atque decernimus, parochos, aliosque omnes animarum curam actu gerentes sacrosanctum Missae sacrificium pro populo sibi commisso celebrare et applicare debere tum omnibus Dominicis aliisque diebus, qui ex praecepto adhuc servantur, tum illis etiam, qui ex huius Apostolicae Sedis indulgentia ex dierum de praecepto festorum numero sublatis ac translatis sunt, quemadmodum ipsi animarum curatores debebant, dum memorata Urbani VIII. Constitutio in pleno suo robore vigeat, antequam festivi de praecepto dies imminuerentur et transferentur. Quod vero attinet ad festos translatis dies id unum excipimus, ut scilicet quando una cum solemnitate divinum officium translatum fuerit in Dominicum diem, una tantum Missa pro populo sit a parochis applicanda, quandoquidem Missa, quae praecipua divini officii pars est, una simul cum ipso officio translata existimari debet.

Nunc vero paterni animi Nostri caritate illorum parochorum tranquillitati prospicere volentes, qui ob asseritam consuetudinem memoratis diebus Missam pro populo applicare omiserunt, eosdem parochos ab omnibus quibusque praeteritis omissionibus Auctoritate Nostra Apostolica plenissime absolvimus. Et quoniam non desunt animarum curatores, qui peculiare aliquod reductionis, uti dicunt, Indultum ab hac Apostolica Sede obtinere, concedimus, ut ipsi huiusce Indulti beneficio perfrui pergant iuxta tamen condiciones in Indulto expressas, et donec parochorum officium exercuerint in parocciis, quas in praesentiarum regunt et administrant.

Dum autem haec statuimus, et indulgemus in eam profecto spem erigimur fore, Venerabiles Fratres, ut parochi maiore usque animarum

¹⁾ Dafür jetzt das festum Praesentationis B. M. V. siehe S. 91.

studio et amore incensi huic obligationi applicandi Missam pro populo diligentissime ac religiosissime satisfacere gloriantur serio considerantes uberrimam caelestium praesertim munerum ac bonorum copiam, quae ex hac incruenti divinique Sacrificii applicatione in christianam plebem eorum curae commissam abunde redundat. Cum vero Nos minime lateat, peculiare casus contingere posse, in quibus pro re ac tempore aliqua huius obligationis remissio parochis sit tribuenda, sciatis velimus, ab omnibus Nostram Concilii Congregationem unice esse adeundam ad huiusmodi obtinenda indulta, illis dumtaxat exceptis, qui a Nostra Congregatione fidei propagandae praeposita pendent, cum opportunas utrique Congregationi contulerimus facultates.“

Nr. 140. Applikation der Pfarrmesse.

G. B. Nr. 202. X.

Die Pfarrmesse zu appliciren ist bekanntlich eine zunächst persönliche Pflicht des Pfarrers oder Pfarrverwalters (Inst. past. Eystett. pag. 16 Absf. Cui). Als Ort der Abhaltung ist die Pfarrkirche bestimmt. Es ergeben sich aber manchmal Schwierigkeiten in Fällen, in welchen der Pfarrer vom Pfarrorte aus legitimen Gründen abwesend ist, oder in unvermutheten Fällen, in welchen ein erkrankter Pfarrer einen andern Priester nicht gleich substituiren kann. Diese Schwierigkeiten löst das nachstehende

Decretum s. Congr. Concil. Trident.

1. An parochus die festo a sua parochia absens satisfaciat suae obligationi missam celebrando pro populo in loco, ubi degit, seu potius teneatur substituere alium, qui missam pro populo dicat in propria ecclesia?

Et quatenus negative ad secundam partem.

2. An teneatur missam applicare pro populo in loco, ubi degit, seu potius ad parochiam rediens teneatur applicare in propria ecclesia?

3. An parochus morbi causa legitime impeditus, ne missam celebret, teneatur post recuperatam sanitatem tot missas applicare pro populo, quot durante morbo omisit, sive in casu, quo nec per se nec per alium celebrare poterat sine gravi incommodo, sive in casu, quo poterat per alium, sed ex aliquo vano timore vel negligentia non curavit vel non obtinuit, ut alius pro se celebraret?

S. C. C. die 14. Decembris 1872 causa cognita censuit respondere ad dubia:

„Parochum die festo a sua parochia legitime absentem satisfacere suae obligationi missam applicando pro populo suo *in loco, ubi degit*, dummodo ad necessariam populi commoditatem alius sacerdos in ecclesia parochiali celebret et verbum Dei explicet.“

„Parochum vero utcunque legitime impeditum, ne missam celebret, teneri eam die festo per alium celebrari et applicari facere pro populo in ecclesia parochiali: quod si ita factum non fuerit, quamprimum poterit, missam pro populo applicare debere.“

Nr. 141. Missae pro fundatoribus Alumnatus¹⁾.

G. B. Nr. 269. VII.

Breslau, den 14. Februar 1891.

Unter Abänderung der Verfügung vom 16. April 1883 (G.-B.-Verordn. Nr. 224 II.) ermähige ich die Zahl der für die Stifter und Wohlthäter des Alumnates zu lesenden heil. Messen dahin, daß

1. wer ohne nähere Bezeichnung eine volle Freistelle in dem Alumnate genossen hat, die ersten zwei Jahre hindurch jährlich vier heil. Messen,

2. der Inhaber einer halben Freistelle nur in dem ersten Jahre nach Empfang der heil. Priesterweihe vier Messen zu lesen verpflichtet ist.

Auch den früheren Inhabern von ganzen oder halben Freistellen kommt diese Ermäßigung fortan zu Statten, so daß, wer die acht oder bezüglich vier heil. Messen gelesen hat, der ferneren Verpflichtung entbunden ist.

Unverändert dagegen dauert für diejenigen Herren Geistlichen, welche auf Grund einer ihnen besonders namhaft gemachten Stiftung eine Freistelle oder einen Beitrag zu den Kosten der Alumnats-Verpflegung genossen haben oder ferner genießen, die Verpflichtung zu den stiftungsmäßigen Messen fort.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 142. Priesterhaus-Messen.

G. B. Nr. 270. IV.

Breslau, den 21. März 1891.

Diejenigen Diöcesan-Priester, welche auf den Tischtitel des Priesterhauses zu Meisse geweiht worden sind, haben altem Gebrauche gemäß jährlich 4 heilige Messen für die Foundation des Priesterhauses zu lesen. Ich finde mich veranlaßt zu bestimmen, daß diese Verpflichtung vom 1. Januar d. J. ab für diejenigen Diöcesan-Priester aufhört, welche ein kirchliches Beneficium oder eine Stellung innehaben, mit welcher Pensionsberechtigung verbunden ist. Ich erinnere aber auch zugleich, daß kein in staatlicher Stellung befindlicher Geistlicher seine Stelle ohne meine Genehmigung niederlegen darf.

An
den hochwürdigsten Diöcesan-Clerus.

Der Fürst-Bischof.
Georg.

G. R. 1581a.

Nr. 143. Verbot eigenmächtigen Binirens.

G. B. Nr. 134. II.

Da Klagen eingegangen sind, daß nicht selten eigenmächtig binirt wird, haben uns Se. Fürstbischöfliche Gnaden beauftragt, nachstehenden Entscheid der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit zur Nachachtung mitzutheilen:

Obgleich Wir in Unserer ersten Diöcesan-Conferenz die strengen kirchlichen Vorschriften gegen das unerlaubte eigenmächtige Biniren nachdrücklich hervorgehoben haben, und obgleich auch in Unserem Pastoral-Erlasse vom 1. März 1855, Art. I, § 8, wiederholt wird:

Binandi facultas in dira solum necessitate — conceditur praemissis ad nos litteris supplicibus. — Omnis proinde abusus, qui circa hanc materiam invaluerit, speramus fore ut tollatur, —

¹⁾ Seit 25. April 1895 genießen sämtliche Alumnaten der Diöcese Breslau preussischen Antheils im Alumnate eine Freistelle. Die jährlichen Pflichtmessen pro fundatoribus (920), werden auf die Zahl der Alumnaten gleichmäßig vertheilt und sind von diesen innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Priesterweihe zu persolvieren, womit dann alle weiteren Verpflichtungen erloschen sind.

so ereignen sich zu Unserem großen Schmerze doch immer noch Fälle der Uebertretung, welche die gegenwärtige abermalige Erinnerung nöthig machen. Ebenso eindringlich als überzeugend lautet cap. 53. Dist. 1. de consecrat.:

Sufficit sacerdoti unam missam in die una celebrare, quia Christus semel passus est et totum mundum redemit. Non modica res est unam missam facere, et valde felix est, qui unam digne celebrare potest (cf. cap. 3 et 12. X. de celebr. miss. III. 41).

In gleichem Sinne spricht die Bulle Papst Benedict's XIV. Declarasti nobis vom 16. März Marg. 17. alin. 2:

Certissimum illud est, Missionariis tantum a Sede Apostolica potestatem aliquando fieri, ut uno die sacrificium bis operentur; reliquis vero sacerdotibus opus esse, ut hac de re facultatem ab Episcopo consequantur, etiamsi causa necessitatis intercedere videatur.

Die sehr gemessenen Bestimmungen über diesen Punkt in den Quinquennal-Facultäten ergeben sich aus der gedruckten Verordnung Unseres Hochwürdigsten General-Vicariat-Amtes Nr. 69, II. 15, wonach dem Bischof die Erlaubniß bewilligt ward:

Celebrandi bis in die, si necessitas urgeat, ita tamen ut in prima missa non sumserit ablutionem. — Caveat vero ne praedicta facultate seu dispensatione celebrandi bis in die aliter quam ex gravissimis causis et rarissime utatur. Quodsi hanc eandem facultatem alteri sacerdoti — communicari visum fuerit, serio ipsius conscientiae injungitur, ut paucis duntaxat iisque maturioris prudentiae ac zeli et qui absolute necessarii sunt nec pro quolibet loco, sed ubi gravis necessitas tulerit, et ad breve tempus eandem communicet.

Je schwerer es Unserem bischöflichen Gewissen auferlegt ist, die Beobachtung der fraglichen Vorschriften zu überwachen, desto pünktlichere Nachachtung müssen Wir von Unserer Ehrwürdigen Geistlichkeit gewärtigen. Durch die Uebertretung wird nicht nur ein sündhafter Mißbrauch des heiligen Opfers, sondern auch eine Aufsehnung gegen die kirchlichen Anordnungen begangen und leicht obenein dem Volke Aergerniß, den Feinden Anlaß zu übler Deutung gegeben. Nach alledem wird strenge Ahndung unvermeidlich eintreten müssen, wenn wiederum ohne Unsere Erlaubniß das Biniren vorkommen sollte.

Insbesondere bei Ablässen und anderen Festen wird der Pfarrer sich des Celebranten für das Hochamt vollständig zu versichern und möglichst die Ankunft des Beiraters abzuwarten haben, ehe er selbst die Frühmesse feiert, — damit im Falle eines für jenen etwa eintretenden Hindernisses er, der Pfarrer, zur Uebernahme des Hochamtes im Stande sei. Schlimmsten Falles bei einem ganz unvorhergesehenen Hindernisse bleibt nichts übrig, als dem Volke zu verkünden, daß das Hochamt nicht gefeiert werden könne, und nur eine Segens-Andacht abzuhalten, damit nicht gegen die Kirchengesetze verstoßen und Volk und Glaube verlegt werde. Fürst-Bischof.

Breslau, den 9. September 1861.

† Heinrich.

Nr. 144. Applikationspflicht bei Vinationsmessen.

G. V. Nr. 135. III.

Da in unserer Diocese noch in manchen Pfarreien die Nothwendigkeit des Binirens obwaltet, so ist es von Wichtigkeit, daß die Ehrwürdige

Diöcesan-Geistlichkeit von den diesfälligen Entscheidungen der S. Congregatio Concilii Kenntniß erhalte. Demzufolge haben uns Seine Fürstbischöfliche Gnaden beauftragt, nachstehende Dezfitionen zu publiciren:

Decretum S. C. Concilii d. 25. Septembris 1858 de applicatione Missae in Binatione.

Quum multi sacerdotes, obtenta Superiorum venia, diebus Dominicis et Festis de praecepto binam celebrent Missam, cuncti ut sciant, quibus hac in re teneantur quoad Missae applicationem et Stipendium, recentissimum, quod S. Concilii Congregatio 25. Septembris 1858 edidit, Decretum ad singulorum, quorum interest, notitiam hisce perducimus. Coloniae d. 5. Septembris 1859. Vic. Arch. in Spir. Generalis.

Dubia autem dirimenda haec erant:

- I. An parochus, qui duas parochias regit, et ideo bis in die celebrat, utrique parochiae suam Missam applicare teneatur, non obstante redituum exiguitate, in casu,
- II. An parochus, qui una eademque in parochia bis eadem die celebrat, utramque Missam populo sibi commisso gratis applicare omnino teneatur, in casu,
- III. An Vicarii aut alii Sacerdotes curam animarum non habentes, si quando bis in die celebrent, ut fit quandoque, seu ut numero sufficienti Missae in Ecclesia parochiali celebrentur, seu ut hospitalia, carceres, Sanctimonialium Conventus Missa non careant, secundam et ipsi Missam populo gratis applicare teneantur, in casu,
- IV. Et quatenus affirmative ad I. II. et III. IV. An et quomodo concedendum sit Parochis, qui diebus Dominicis aliisque bis celebrant, ut unius Missae liberam habeant applicationem et stipendium pro ea recipere valeant, in casu,
- V. An et quomodo idem concedendum sit sacerdotibus, curam animarum non habentibus, quoad utramque Missam, in casu,
- VI. An et quomodo concedenda sit absolutio quoad praeteritum, in casu.

Die 25. Septembris 1858 S. Congregatio ad supra dicta dubia rescripsit.

Ad primum: Affirmative.

Ad secundum: Negative, firma prohibitionem recipiendi eleemosynam¹⁾ pro secunda Missa.

Ad tertium: Negative, quatenus animarum curam non habeant, firma semper prohibitionem recipiendi eleemosynam pro secunda Missa.

Ad quartum: Negative et Episcopus provideat ad formam Constitutionis Benedicti XIV.: Cum semper oblatas § 8.

Ad quintum: Provisum in tertio.

Ad sextum: Celebrata unica Missa ab unoquoque affirmative, facto verbo cum Sanctissimo²⁾.

Nr. 145. Instructio de calicis purificatione bei Bination.

G. B. Nr. 200. I.

Instructio de Calicis Purificatione, data a S. R. C. die 11. Martii 1858 pro iis, qui in dissitis locis Missam iterare debent.

¹⁾ Stipendium. ²⁾ Patre.

„Quando Sacerdos eadem die duas Missas dissitis in locis celebrare debet, in prima, dum divinum Sanguinem sumit, eum diligentissime sorbeat. Exinde super corporale ponat calicem et palla tegat, ac iunctis manibus in medio altari dicat: Quod ore sumpsimus etc. et subinde admoto aquae vasculo digitos lavet, dicens: Corpus tuum et abstergat. Hisce peractis calicem super corporale manentem adhuc, deducta palla cooperiat, ceu mos est, scilicet primum purificatorio linteo, deinde patena ac palla et demum velo. Post haec Missam prosequatur, et completo ultimo evangelio rursus stet in medio altaris et detecto calice inspiciat, an aliquid divini Sanguinis nec ne ad imum se receperit, quod plerumque contingit. Quamvis enim sacrae species primum sedulo sorptae sint, tamen dum sumuntur, cum particulae, quae circum sunt, undequaque sursum deserantur, non nisi deposito calice ad imum redeunt. Si itaque divini Sanguinis gutta quaedam supersit adhuc, ea rursus ac diligenter sorbeatur, et quidem ex eadem parte, qua ille primum sumptus est.

Postmodum Sacerdos in ipsum calicem tantum saltem aquae fundat, quantum prius vini posuerat, eamque circumactam ex eadem parte, qua S. Sanguinem biberat, in paratum vas demittat. Calicem subinde ipsum purificatorio linteo abstergat ac demum cooperiat, uti alias fit, atque ab altari discedat. Depositis vestibibus sacris et gratiarum actione completa, aqua e calice demissa pro rerum adiunctis vel ad diem crastinum servetur (si nempe eo rursus Sacerdos redeat Missam habiturus) et in servanda purificatione in calicem demittatur, vel grossipio aut stuppa absorpta comburatur, vel in sacrario, si sit exsiccanda, relinquatur, vel demittatur in piscinam.

Cum autem calix, quo Sacerdos primum est usus, purificatus iam sit, si illo ipso pro Missa altera indigeat, eum secum deferat: secus vero in altera Missa diverso calice uti poterit.“

Nr. 146. Viniren in Nothfällen.

G. B. Nr. 272. II.

Se. Fürstliche Gnaden haben uns beauftragt, den Hochwürdigem Diöcesan-Clerus in Kenntniß zu setzen, daß in Nothfällen, wie bei der plötzlichen Erkrankung eines Pfarrers, die benachbarten Geistlichen die facultas binandi zu präsumiren berechtigt sein sollen, jedoch nur unter der Bedingung, daß darüber sofort an uns berichtet wird.

Nr. 147. Vination bei besondern kirchl. Festen.

G. B. Nr. 224. VI.

Breslau, den 15. Mai 1883.

Mein Hochwürdiges General-Bicariat-Amt wolle dem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus Folgendes bekannt machen:

In Folge zahlreicher Gesuche um die facultas binandi bei besondern kirchlichen Festen, sehe ich mich veranlaßt, bis auf Widerruf für alle Patrocinien-, Kirchweih- und Ablassfeste demjenigen auswärtigen Geistlichen, welcher das Hochamt beim festlichen Hauptgottesdienste hält, auf Grund der mir vom heiligen Apostolischen Stuhle unter dem 21. Mai v. J. verliehenen Vollmachten die facultas binandi zu ertheilen. In Kraft dieser Facultät wird sonach der bezeichnete Geistliche im Stande sein, in seiner eigenen Gemeinde vorher die heil. Messe zu

celebriren. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind diejenigen Geistlichen, in deren Kirchen sonntäglich ohnedies mehr wie zwei heil. Messen gelesen werden.

Dabei kommen die Bestimmungen in Anwendung, welche in den Verordnungen meines Hochwürdiges General-Vicariat-Amtes Nr. 200. I. enthalten sind.

An
mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
G. R. 2441. hiersebst.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 148. Mehrere heilige Messen in derselben Kirche.

G. B. Nr. 227. II.

Breslau, den 5. November 1883.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat ersuche ich, der Ehrwürdigen Bisthums-Geistlichkeit die von meinem in Gott ruhenden Herrn Amtsvorfahr oftmals ausgesprochene Regel in Erinnerung zu bringen, daß, wo an einer Kirche mehrere Herren Geistliche amtiren, selbstverständlich

1. die heilige Messe zu verschiedenen Stunden und

2. die erste heilige Messe als Frühmesse zu einer je nach den örtlichen Verhältnissen möglichst frühen Stunde gelesen werde, um den Familiengliedern die Gelegenheit zu abwechselnder Theilnahme an dem Gottesdienste heilsam darzubieten. Zu dem bewährten frommen Eifer meiner Herren Geistlichen vertraue ich, daß, wenn im Laufe der jüngsten Jahre an einzelnen Orten sich eine Abweichung eingeschlichen hat, die obige Regel auf Grund meiner Erinnerung schnell wieder zur Geltung gelangen wird.

An
mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
G. R. 5278. hiersebst.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 149. De missa in aliena ecclesia.

G. B. Nr. 317. II.

Decretum Urbis et Orbis. Quod Benedictus XIV. diserte docet (*Op. d. Beat. et Can. Lib. IV, part. II, C. II, n. 5*), Missas nempe in honorem Beatorum vel etiam Sanctorum nonnullis Ordinibus Regularibus ex indulto concessas, ab aliis presbyteris sive saecularibus sive regularibus celebrari non posse, Sacrorum Rituum Congregatio iampridem declaraverat, ac postea quampluribus particularibus seu generalibus decretis retinuit confirmavitque.

Cum nihilominus, eodem Benedicto XIV. fatente, incongruum videretur, ut exteri sacerdotes ad Regularium ecclesias, die pro festo statuta, confluentes, aliam celebrarent Missam ab illa, iisdem Regularibus concessa: hinc factum est, ut Summi Pontifices in ipso Beatificationis Brevi Indultum pro Regularibus datum ad omnes et singulos sacerdotes in praefatis Ecclesiis celebrantes extenderent.

Id autem progressu temporis consultius ac prope necessarium iudicatum est, cum novae pluresque Missae iisdem Regularibus seu etiam permultis particularibus ecclesiis quum Sanctorum, tum Beatorum indultae sint, ne videlicet latae super celebratione Missarum leges aut confusionem aut facile transgressionem paterentur, nisi et forte earundem observantia fere impossibilis fieret.

Quae quidem omnia cum pluries, ac praesertim in una *Romana Dubiorum*, in conventu habito die 22. Augusti 1890, perpensa fuissent, sacra Rituum Congregatio, dilata resolutione, decrevit, ut ad omnem difficultatem penitus amputandam certae normae hac in re universis sacerdotibus in singulis casibus constituerentur. Idcirco in Ordinariis Comitibus ad Vaticanum subsignata die habitis hanc generalem Regulam ab omnibus servandam constituit:

Omnes et singuli sacerdotes, tam saeculares quam regulares, ad ecclesiam confluentes, vel ad oratorium publicum, Missas quum Sanctorum tum Beatorum, etsi Regularium proprias, omnino celebrent Officio eiusdem ecclesiae vel oratorii conformes, sive illae in Romano, sive in Regularium Missali contineantur, exclusis tamen peculiaribus ritibus Ordinum propriis.

Si vero in dicta ecclesia vel oratorio Officium ritus duplici inferioris agatur, unicuique ex celebrantibus liberum sit Missam de Requie peragere, vel votivam, vel etiam de occurrente feria, iis tamen exceptis diebus, in quibus praefatas Missas Rubricae Missalis Romani, vel S. R. C. decreta prohibent.

Super quibus omnibus facta postmodum Sanctissimo Domino Nostro LEONI PAPAE XIII. per me subscriptum Cardinalem Praefectum relatione, Sanctitas Sua sententiam eiusdem Sacrae Congregationis ratam habuit et confirmavit, rescripta seu decreta, tum particularia tum etiam generalia, in contrarium facientia, suprema auctoritate sua penitus abrogando.

Die 9. mensis Decembris anno 1895.

† CAI. Card. ALOISI MASELLA, S. R. C. Praef.
ALOISIUS TRIPEPI, S. R. C. Secret.

Nr. 150. De missa in oratoriis privatis.

Q. S. Nr. 325. III.

RUTHENEN.

Emus et Rmus Dnus Cardinalis Christianus Ernestus Bourret, Episcopus Ruthenen., Sacram Rituum Congregationem pro sequentis Dubii solutione enixe rogavit, nimirum:

Utrum, post Decretum generale die 9. Decembris 1895 editum *De Missa conformi Officio Ecclesiae vel Oratorii publici*, Calendario loci, an vero Celebrantis respondere debeant Missae, quae celebrantur in Capellis Episcoporum, Seminariorum, Collegiorum, piarum Communitatum, Hospitalium et Carcerum?

Et Sacra eadem Congregatio, referente subscripto Secretario, exquisita sententia Commissionis Liturgicae, reque maturo examine perpensa, proposito Dubio respondendum censuit: Dummodo agatur de Capella principali, quae instar Oratorii publici ad effectum memorati Decreti habenda est, *Affirmative* ad I., *Negative* ad II.

Atque ita rescripsit, die 22. Maii 1896.

L. † S. Cai. Card. Aloisi Masella, S. R. C. Praef.
A. Triepi, Secretarius.

Nr. 151. Missae cantatae de Requie.

a) Decretum S. R. C. de 2. Maji 1898. Q. S. Nr. 344. I.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz, des hochwürdigsten Herrn Cardinal und Fürstbischof, bringen wir nachstehendes Decret der hl. Ritencongregation

der Hochwürdigem Diöcesan-Geistlichkeit unter gleichzeitigem Hinweis auf unsere Verordnung Nr. 292. I. mit dem Bemerken hierdurch zur Kenntniß, daß Se. Eminenz die facultas, qua in ecclesiis dioecesis Wratislaviensis Missae de requie tribus in quavis hebdomada diebus cantari possint, licet occurrat officium ritus duplicis („dummodo eadem Parochiales ecclesiae alio simili privilegio non gaudeant, et exceptis omnino a praesenti concessione duplicibus primae et secundae classis, Festis de praecepto servandis, Feriis, Vigiliis et Octavis privilegiatis“) hiermit allgemein ertheilen bezw. die schon ertheilte prorogiren.

Beatissime Pater!

Georgius Cardinalis Kopp, Princeps Episcopus Wratislaviensis, a S. V. humillime prorogationem implorat facultatis, qua in omnibus Ecclesiis Dioeceseos sibi commissae Missae de Requie tribus in quavis hebdomada diebus cantari possint, licet occurrat Officium ritus duplicis.

Et Deus etc.

Wratislaviensis.

Sacra Rituum Congregatio, utendo facultatibus sibi specialiter a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. tributis, benigne Eminentissimo Domino Oratori expetitam facultatem ad aliud proximum quinquennium prorogavit, verum servatis clausulis et conditionibus in superiori Rescripto contentis. Contrariis non obstantibus quibuscumque.

C. Card. Mazzella, Praef.

D. Panici, Secr.

b) Decretum S. R. C. de 19. Maji 1896. G. B. Nr. 325. III.

Aucto, postremis hisce temporibus, maxime in calendariis particularibus, Officiorum Duplicium numero, quum pauci supersint per annum dies, qui Missas privatas de Requie fieri permittant, et ipsa Officia semiduplicia interdum ab aliis potioris ritus impediuntur, nonnulli ecclesiastici viri pietate, doctrina ac dignitate praestantes, Sanctissimum Dominum Nostrum Leonem Papam XIII. humillimis enixisque precibus rogarunt, ut, ad iuvamen fidelium defunctorum et ad spirituale solatium vivorum, in Ecclesiis et Oratoriis sive publicis sive privatis, praesertim iis, quae in sepulcretis rite erecta sunt vel eriguntur, Missae lectae de Requie diebus etiam duplicibus aliquoties per annum de Apostolica Benignitate celebrari valeant. Placuit autem eidem Ssmo Domino Nostro huius negotii examen Sacrae Rituum Congregationi committere; quae exquisito voto Commissionis Liturgicae, omnibus mature perpensis, attentisque hac de re etiam peculiaribus locorum circumstantiis, in Ordinario Coetu subsignata die ad Vaticanum coadunato, ad propositam per infrascriptum Cardinalem Sacrae eidem Congregationi Praefectum quaestionem respondendum censuit:

Si Sanctissimo placuerit: I. In quolibet Sacello sepulcreti rite erecto vel erigendo Missas, quae inibi celebrari permittuntur, posse esse de Requie diebus non impeditis a Festo duplici 1^{ae} vel 2^{ae} classis, a Dominicis aliisque festis de praecepto servandis, necnon a Feriis, Vigiliis, Octavisque privilegiatis; item II. quibuslibet Ecclesiis et Oratoriis quum publicis tum privatis et in Sacellis ad Seminaria, Collegia et Religiosas vel pias utriusque sexus Communitates spectantibus, Missas privatas de Requie, praesente, insepulto, vel etiam sepulto non ultra biduum, cadavere,

fieri posse die vel pro die obitus aut depositionis: verum sub clausulis et conditionibus, quibus, iuxta Rubricas et Decreta, Missa sollemnis de Requie iisdem in casibus decantatur. Contrariis non obstantibus quibuscumque.

Facta postmodum de his Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. per meipsum infrascriptum Cardinalem relatione, Sanctitas Sua sententiam Sacrae ipsius Congregationis in omnibus ratam habere et confirmare dignata est die 8. Iunii eodem ann.

L. † S.

Cal. Card. Aloisi Masella, S. R. C. Praef.
A. Tripepi, Secretarius.

Rr. 152. Missa lecta loco cantatae.

Decretum S. R. C. d. 9. Maji 1899. G. B. Rr. 362. III.

Instantibus aliquibus Parochis, Sacrorum Rituum Congregationi sequens dubium propositum fuit: „An pro paupere defuncto, cuius Familia impar est solvendi expensas Missae exequialis cum cantu, haec Missa legi possit sub iisdem clausulis et conditionibus quibus praefata Missa cum cantu conceditur.

Et Sacra eadem Congregatio, exquisito voto Commissionis Liturgicae, omnibusque rite expensis, rescribendum censuit: Affirmative seu permitti posse in casu Missam exequialem lectam, loco Missae cum cantu, dummodo in dominicis aliisque Festis de praecepto non omittatur Missa officio diei currentis respondens.

Quibus omnibus Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. per infrascriptum Cardinalem Sacrae Rituum Congregationi Praefectum relatis, Sanctitas Sua rescriptum Sacrae ipsius Congregationis ratum habuit et confirmavit, die 12. Iunii eodem anno.

L. † S.

C. Card. Mazzella, Praef.
D. Panici, S. R. C. Secr.

Rr. 153. De Orationibus et Sequentiis in Missis Defunctorum.

Decretum S. R. C. G. B. Rr. 325. III.

Ut omne tollatur dubium super Orationibus et Sequentia dicendis in Missis Defunctorum, Sacra Rituum Congregatio declarat:

I. Unam tantum esse dicendam Orationem in Missis omnibus, quae celebrantur in Commemoratione Omnium Fidelium Defunctorum, die et pro die obitus seu depositionis, atque etiam in Missis cantatis, vel lectis permittente ritu diebus III, VII, XXX, et die anniversaria, nec non quandocumque pro defunctis Missa *solemniter* celebratur, nempe sub ritu qui duplici respondeat, uti in officio quod recitatur post acceptum nuntium de alicuius obitu, et in Anniversariis late sumptis.

II. In Missis quotidianis quibuscumque, sive lectis sive cum cantu, plures esse dicendas Orationes, quarum prima sit pro defuncto vel defunctis certo designatis, pro quibus Sacrificium offertur, ex iis quae inscribuntur in Missali, secunda ad libitum, ultima pro omnibus defunctis.

III. Si vero pro defunctis in genere Missa celebretur, Orationes esse dicendas, quae pro Missis quotidianis in Missali prostant; eodemque ordine quo sunt inscriptae.

IV. Quod si in iisdem quotidianis Missis plures addere Orationes Celebranti placuerit, uti Rubricae potestatem faciunt, id fieri posse tantum

in Missis lectis, impari cum aliis praescriptis servato numero, et Orationi pro omnibus defunctis postremo loco assignato.

V. Quod denique ad Sequentiam attinet, semper illam esse dicendam in quibusvis cantatis Missis, uti etiam in lectis quae diebus ut supra privilegiatis fiunt: in reliquis vel recitari posse vel omitti ad libitum Celebrantis iuxta Rubricas. Contrariis non obstantibus quibuscumque.

Die 30. Iunii 1896. Cai. Card. Aloisi Masella, S. R. C. Praef.
L. † S. Aloisius Tripepi, S. R. C. Secretarius.

Nr. 154. Missa votiva für altersschwache oder augenleidende Priester.

G. B. Nr. 344. I.

Beatissime Pater!

Georgius Cardinalis Kopp, Princeps Episcopus Wratislaviensis, humillime a S. V. prorogationem implorat facultatis, vi cuius permittere valeat sacerdotibus suae Dioeceseos senio fatiscentibus, vel gravibus oculorum incommodis irretitis, celebrationem quotidianam Missae votivae B. M. V., vel de Requie. Quod Deus etc.

Wratislaviensis.

Sacra Rituum Congregatio, utendo facultatibus sibi specialiter a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. tributis, benigne Eminentissimo Domino Oratori expetitam facultatem ad aliud proximum quinquennium prorogavit, verum servatis clausulis et conditionibus in superiori Rescripto contentis. Contrariis non obstantibus quibuscumque.

Die 2. Maii 1898. C. Card. Mazzella, Praef.
D. Panici, Secr.

Nr. 155. Orgelbegleitung bei Praefation und Pater noster.

G. B. Nr. 355. III.

Proposito dubio: An in cantu Praefationis et Orationis Dominicalis, quoties Missae decantantur, organi pulsari queant? Sacra Rituum Congregatio, referente subscripto Secretario, et audito voto Commissionis Liturgicae, respondendum censuit: Obstat Caeremoniale Episcoporum lib. I. cap. 28. n. 9., quod servandum est. Atque ita rescipit.

Die 27. Januarii 1899. C. Card. Mazzella, S. R. C. Praef.
Diomedes Panici, Secr.

Nr. 156. Aenderungen im Meßbuch und Brevier.

G. B. Nr. 349. II.

Rubricae Breviarii et Missalis Romani emendatae.

Decretum Urbis et Orbis.

Cum per generale Decretum super primariis et secundariis Festis iusserit Sanctissimus Dominus Noster Leo Papa XIII. ad illius normam Rubricas Breviarii et Missalis Romani esse interpretandas, Decretaque in contrarium facientia penitus abroganda, factum est, ut plura Sacrorum Rituum Congregationi proposita fuerint resolvenda dubia, quibus per alia subsequencia Decreta idem Sacrum Tribunal satisfacere officii sui duxit.

His autem quum alia quoque controversias exortas penitus evellendi causa accessissent recentiora Decreta pro quarundam tam Breviarii quam Missalis Rubricarum authentica interpretatione, Emus ac Rmus Dnus

Cardinalis Cajetanus Aloisi Masella, tunc Sacrorum Rituum Congregationi Praefectus, Summi Pontificis proposito inhaerens, ut inter latas Decretorum leges Rubricarumque praescriptiones maxima exstaret conformitas, munus concedidit Commissioni Liturgicae praefatas revisendi examinandique Rubricas easque ad recentiorum Decretorum normam concinnandi.

Opus vero ab ipsa Commissionē absolutum, prouti in superiori exstat exemplari, cum idem Emus ac Rmus Dnus Card. Aloisi Masella Relator in Ordinariis Sacrorum Rituum Comitii ad Vaticanum subsignata die habitis proposuisset, Emi ac Rmi Patres tuendis Ritibus praepositi, omnibus mature perpensis, Rubricas sic emendatas approbari posse censuerunt. Die 7. Decembris 1897.

Quam sententiam deinde per infrascriptum Cardinalem Sacro eidem Coetui Praefectum Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. relatum, Sanctitas Sua ratam habuit ac suprema Auctoritate Sua confirmavit: simulque praecepit, ut suprascriptae variationes, hoc Decreto approbatae, in novis editionibus Breviarii et Missalis Romani, servatis de cetero servandis, inserantur. Contrariis non obstantibus quibuscumque, etiam speciali mentione dignis.

Die 11., iisdem mense et anno.

L. † S.

C. Card. MAZZELLA, S. R. C. Praef.

D. PANICI, S. R. C. Secret.

Von dem vorstehenden Decrete geben wir der Hochwürdigem Geistlichkeit hiermit Kenntniß und machen darauf aufmerksam, daß die Zusätze und Aenderungen, welche die Rubriken des Breviers und des Meßbuches sowie einzelne Formulare in ihrem Texte gemäß dieser Verordnung erfahren haben, in einer kleinen Schrift zusammengestellt sind, die den Titel führt: Variationes et Additiones in Rubricis Generalibus et Specialibus Breviarii et Missalis Romani inducendae; sie ist bei Fr. Pustet in Regensburg erschienen und kostet 40 Pf. Da der Wortlaut der für die Festordnung, das Officium und die Meßfeier geltenden neuen Bestimmungen des öfteren zu Rathe gezogen werden muß, so erscheint die Anschaffung des Schriftchens geboten.

Nr. 157. Hostien und Meßwein.

a) G. B. Nr. 33. VIII.

Es ist der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bekannt, daß zur Feier der heiligen Messe nur Hostien von reinem Weizenmehle und Vinum de vite gebraucht werden können und dürfen. Wenn nun aber besonders in neuerer Zeit eine unchristliche Sucht, sich zu bereichern, selbst diese Substanzen durch Vermischung mit andern nicht nur zu verfälschen sucht, sondern wirklich verfälscht hat, um durch größere Wohlfeilheit mehr Absatz zu gewinnen, so liegt es nahe, daß eine besondere Vorsicht und Prüfung über die Qualität der Opfergaben, welche zur Feier der heiligen Messe gebraucht werden, durchaus nothwendig ist, weil sonst die Gültigkeit des heil. Opfers ängstigender Ungewißheit oder wohl gar wirklicher Ungültigkeit ausgesetzt werden kann. Nicht nur diese allgemeine Betrachtung, sondern auch wirkliche Bemerkungen veranlassen uns, der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit jene Prüfung und gewissenhafte Vorsicht in Erinnerung zu bringen und sie anzuweisen, Hostien, wie den zum heiligen Opfer anzu-

wendenden Wein nicht nur aus einer Quelle zu beziehen, die ihnen hinreichende Sicherheit gewährt, daß Verfälschungen der Substanzen nicht vorgenommen worden sind, sondern auch zur größeren Sicherheit Prüfungen vorzunehmen, durch welche die Echtheit oder Verfälschtheit herausgestellt wird.

Wir erwarten, daß die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit dieser unserer Erinnerung gewissenhaft nachkommen werde.

b) G. B. Nr. 148. V.

Von dem Ordinariate Mainz ist Uns bezüglich der gegenwärtig üblichen Weinfälschung nachstehendes Schreiben zugegangen:

„Bekanntlich hat die Kunst, den Wein zu verfälschen, in letzterer Zeit in Unseren weinproduzirenden Gegenden solche Fortschritte gemacht, daß dadurch nicht selten fast das Unglaubliche geleistet wird. Nicht nur wird von vielen Weinhändlern und oft schon von den Weinbauern selbst aus schlechtem und sauerem Weine mittelst Beimischung von Zucker, Wasser mit spirituösen Flüssigkeiten, oft sogar von schädlichen Ingredienzien, ein süßer und angenehm schmeckender Wein bereitet, sondern es wird sogar vielfach aus Stoffen, welche mit dem Erzeugnisse der Weinrebe nicht die mindeste Verwandtschaft haben, eine Flüssigkeit hergestellt, welche dem wirklichen Traubenweine so ähnlich ist, daß nur geübte Prober, und selbst diese nicht immer mit Sicherheit den Betrug zu entdecken im Stande sind. Da wir nun erfahren haben, daß von nicht wenigen Weinverkäufern gerade solche Gegenden, wo der Weinbau nicht betrieben wird, und wo man zuweilen geneigt ist, die Echtheit des Weines hauptsächlich nach einer gewissen Süße, Stärke, Farbe u. zu bemessen, mit solchen theils ganz falschen und durchaus inconsecrabeln, theils wenigstens für die Feier des heil. Meßopfers nicht geeigneten Flüssigkeiten versehen werden, so haben wir uns für verpflichtet gehalten, die Hochwürdigsten Ordinateure solcher Gegenden auf diesen höchst wichtigen Umstand aufmerksam zu machen, und dabei die Erklärung auszusprechen, daß nach der Versicherung zuverlässiger und unparteiischer Männer der fragliche Mißbrauch so häufig ist, daß kaum mehr ein Zweifel obwaltet, daß viele Messen, die namentlich im Norden von Deutschland gelesen werden, an dem defectus einer solchen entweder inconsecrabeln oder wenigstens illiciten Materie leiden. — Unter diesen Umständen möge ein Hochwürdigstes Fürstbischöfliches Ordinariat selbst ermessen, wie unumgänglich nothwendig es sei, allen, die es angeht, auf das Angelegentlichste einzuschärfen, daß sie, unbeirrt durch die schönen Worte und Versicherungen gewisser sogenannter Weinreisenden, den zur Darbringung des heil. Meßopfers zu verwendenden Wein entweder unmittelbar von solchen katholischen Geistlichen, welche selbst Wein produziren, oder — da Ersteres nicht selten Schwierigkeiten hat — wenigstens nur von solchen Weinverkäufern beziehen, deren Religiosität, Glaube und Gewissenhaftigkeit die nöthigen Garantien bieten.

Indem Wir einem Hochwürdigsten Ordinariate versichern, daß nur die Erwägung der in den Verhältnissen liegenden Nothwendigkeit dieser Warnung uns zu Gegenwärtigem veranlaßt hat, harren wir unter Bereitwilligkeit zu jedem Dienste in ganz vorzüglicher Verehrung.

Leenig, Gen. Vic.“

Mainz, den 28. Januar 1864.

c) G. B. Nr. 217. V.

Nachdem der Weinkaufmann Grunwald in Grünberg sich eidlich verpflichtet hat, consecrable Weine (vinum de vite) zum kirchlichen Gebrauch zu liefern, wird dies hiermit der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bekannt gemacht und das qu. Kaufhaus andurch empfohlen.

d) G. B. Nr. 221. VI.

Außer dem in Nr. 217. V. genannten Weinkaufmann Grunwald in Grünberg wird im hohen Auftrage vom 18. November cr. (Nr. 3951a.) auch noch der Weinkaufmann Theodor Hohoff zu Erbach im Rheingau behufs Lieferung von consecrablem Meßwein hierdurch empfohlen.

e) G. B. Nr. 320. VI.

Nachdem der Weinkaufmann Robert Opitz zu Grünberg als Inhaber der Firma Wilh. Roszbund daselbst sich eidlich verpflichtet hat, consecrable Weine (vinum de vite) zum kirchlichen Gebrauch zu liefern, wird dies der Hochwürdigen Geistlichkeit unter Empfehlung des genannten Kaufhauses hierdurch bekannt gemacht.

ß. Aufbewahrung, Exposition und Communion.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 108 bis 121.

Nr. 158. Aufbewahrung im Ciborium.

G. B. Nr. 14. III.

Wir haben aus den in neuester Zeit eingegangenen Visitations-Verhandlungen ersehen, daß in Folge der häufigen Kirchendiebstähle manche Herren Geistlichen selbst die zur Aufbewahrung des Hochwürdigsten Gutes dienenden Ciborien und Kapseln aus dem Tabernakel entfernen und die heiligen Hostien lediglich in einem Corporale aufbewahren. Es kann ein solches Verfahren nicht blos zu Mißdeutungen und bedenklichen und gefährlichen Urtheilen, sondern auch zu wirklicher Geringschätzung des Allerheiligsten Veranlassung geben. Wir verordnen daher hiermit, daß die zur Aufbewahrung des Hochwürdigsten erforderlichen Gefäße unter allen Umständen im Gebrauche verbleiben, resp. im Tabernakel aufbewahrt und, insoweit sie noch fehlen, neu angeschafft werden.

Nr. 159. Aufbewahrung auf dem Altare.

G. B. Nr. 148. X.

Quum, renunciantibus nonnullis Reverendissimis Episcopis, aliisque Ecclesiasticis, et Laicis viris, Sanctam Sedem non lateret quasdam in Anglia, Galliis, Germania, et Belgio Dioeceses immutasse formam sacram vestium, quae in celebratione Sacrosancti Missae Sacrificii adhibentur, easque ad stylum, quem dicunt gothicum, elegantiori quidem opere conformasse; itemque in nonnullis Belgii Ecclesiis vel Oratoriis, Augustissimum Eucharistiae Sacramentum non in medio altaris, verum aut in dextera aut laeva pariete in custodia servari eodem modo, quo Sacra Olea recondi solent; Sacra Congregatio legitimis protuendis Ritibus praeposita super huiusmodi immutationibus accuratum examen instituere haud praetermisit.

Ex hoc porro examine quamvis eadem Sacra Congregatio probe nosceret sacras illas vestes stylum gothicum praeseferentes praecipue

saeculis XIII, XIV, et XV obtinuisse, aequè tamen animadvertit Ecclesiam Romanam, aliasque latini ritus per orbem Ecclesias, Sede Apostolica minime reclamante, a saeculo XVI, nempe ab ipsa propemodum Concilii Tridentini aetate, usque ad nostra haec tempora illarum reliquisse usum; proindeque, eadem perdurante disciplina, necnon Sancta Sede inconsulta, nihil innovari posse censuit; uti pluries Summi Pontifices in suis edocuerunt Constitutionibus sapienter monentes immutationes istas, utpote probato Ecclesiae mori contrarias, saepe perturbationes producere posse, et fidelium animos in admirationem inducere.

Sed quoniam Sacrorum Rituum Congregatio arbitratur alicujus ponderis esse posse rationes, quae praesentem immutationem persuaserunt, hinc, audito Sanctissimi Domini Nostri Pii Papae IX. oraculo, verbis amantissimis invitare censuit Amplitudinem Tuam, ut, quatenus in tua Dioecesi hujusmodi immutationes locum habuerint, rationes ipsas exponere velis, quae illis causam dederunt.

Quod vero attinet ad Custodiam Sanctissimi Sacramenti, eadem Sacra Congregatio Sanctitatis Suae nomine omnino prohibet illud alio in loco servari praeter quam in tabernaculo in medio altaris posito.

Interim Amplitudini Tuae fausta omnia a Domino adprecor.

Amplitudinis Tuae.

Romae die 21. Augusti 1863.

Uti Frater

C. Epus Portuen. et S. Rufinae Card. Patrizi, S. R. C. Praefectus.

D. Bartolini, S. R. C. Secretarius.

Reverendissimo Domino uti Fratri.

Hoc exemplum cum originali concordat.

In quorum fidem etc. Vindobonae die 31. Octobris 1863.

M. Falconelli Antoniaee,

Archiepiscopus Athenarum Nuntius Apostolicus

Nr. 160. Aufbewahrung in Filialkirchen und öffentlichen Kapellen.

G. S. Nr. 269. VI.

Breslau, den 17. Februar 1891.

Auf mein Ansuchen hat Se. Heiligkeit Papst Leo XIII. genehmigt, daß in Filialkirchen und öffentlichen Kapellen¹⁾ das Allerheiligste Sakrament aufbewahrt werden darf, wenn nur wenigstens drei Mal im Monat in denselben die hl. Messe gelesen wird. Das darüber erlassene Apostolische Rescript lautet:

Die 26. Januarii 1891 Ssmus Dnus Noster, audita relatione infrascripti Subsecretarii S. Congnis Concilii, suprascripti Episcopi Oratoris precibus benigne annuere dignatus est juxta petita; ita tamen ut in sacellis Missa saltem ter in mense celebretur. Et praesens rescriptum Sanctitas Sua suffragari voluit perinde ac si Litterae Apostolicae in forma Brevis desuper expeditae fuissent.

A. Card. Epus Sab. Praef.

Für diejenigen Filialkirchen, für welche die genannte Bedingung zutrifft und wo bereits früher das Allerheiligste Sakrament aufbewahrt wurde, gestatte ich hiermit, daß dieß auch fernerhin geschehe, erinnere aber dabei an

¹⁾ Vergl. oben S. 101.

die streng verpflichtende Vorschrift, daß in diesem Falle die ewige Lampe fortwährend Tag und Nacht brennend vor dem Tabernakel zu erhalten ist. Es muß also an jeder solchen Filialkirche eine zuverlässige Person beauftragt werden, die tägliche Besorgung der ewigen Lampe wahrzunehmen.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle vorstehenden Erlaß durch Abdruck im nächsten Verordnungs-Blatt dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus zur Kenntniß bringen.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 161. Unterhaltung des ewigen Lichtes nebst zwei anderen Erinnerungen.

G. B. Nr. 33. IX.

Se. Eminenz haben sich veranlaßt gefunden, uns aufzutragen, die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit auf die Beachtung nachstehender Punkte aufmerksam zu machen:

1. Es ist allgemeine kirchliche Vorschrift und als solche auch im Diöcesan-Ritual p. 108 Nr. 6 ausdrücklich vermerkt, daß in allen Kirchen, wo das allerheiligste Sakrament des Altars aufbewahrt wird, Tag und Nacht ununterbrochen ein sogenanntes „ewiges Licht“ brenne, wodurch das praesens numen und der Glaube und die Andacht der Gemeinde vor demselben sinnbildlich angedeutet wird. Wie Wir leider vernehmen, wird diese heilige katholische Sitte und Vorschrift nicht überall beachtet, und es ist daher eine neue Einschärfung derselben notwendig.
2. Ebenso ist es laut Rituale pag. 88 Nr. 8 Vorschrift, daß die Beichtstühle mit einem durchbrochenen Gitter versehen seien, welches nach beiden Seiten die unmittelbare Berührung des Beichtvaters und der Beichtenden verhindere.

Auch diese Vorschrift wird, wie Wir wahrgenommen, nicht überall beachtet, und ist daher dringend im Allgemeinen zu erneuern, weil die Nichtbeachtung derselben die auffallendsten Unziemlichkeiten zur Folge hat, wenn z. B. der Geistliche Kopf an Kopf mit Frauenspersonen in Berührung kommt.

3. Endlich wird es notwendig sein, den Geistlichen überhaupt, auch im alltäglichen Verkehre, das Tragen einer anständigen priesterlichen Kleidung, die wenigstens ihren Stand erkennen läßt, in Erinnerung zu bringen, da manche, wie Wir mit Bedauern vernehmen, sich so weltlich kleiden, daß man sie von Laien gar nicht unterscheiden kann.

Indem wir unseren Ehrwürdigen Curat-Clerus hiervon in Kenntniß setzen, tragen wir den Herren Fürstbischöflichen Commissarien und Erzpriestern auf, über die Beobachtung dieser Punkte zu wachen und besonders über die ad 1 und 2 bei den Visitationen zu vigiliren, sowie darüber in ihren Berichten sich zu äußern.

Nr. 162. Aussetzung des allerh. Sakramentes und Ertheilung des sakramentalen Segens.

a) Fb. Erlaß vom 10. Juli 1886. G. B. Nr. 241. I.

Meinem Hochwürdigem General-Vicariat-Amt übersende ich anbei eine von mir auf Wohldeßelben Veranlassung erlassene Verordnung in Betreff

der Expositio SS. Sacramenti und der Ertheilung des Segens mit dem Sanctissimum und veranlasse dasselbe, sie dem Ehrwürdigen Clerus in den gedruckten Verordnungen demnächst bekannt zu machen.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Es bestehen in Betreff der Expositio SS. Sacramenti und der Ertheilung des heil. Segens mit dem Sanctissimum in den einzelnen Pfarreien und Kirchen der Diöcese so verschiedenartige Observanzen, daß ich mich veranlaßt sehe, zumal auch das Verlangen nach einer allgemein bindenden Verordnung mehrfach laut geworden ist, Folgendes zu bestimmen resp. in Erinnerung zu bringen.

Zunächst steht durch mehrfache ausdrückliche Entscheidungen der S. Congreg. Rituum fest (dd. 18. December 1647 in Toletana, 1. April 1662 in Taurinen., 2. August 1692 in Pisaren., 7. Juni 1681 in Saminiaten., 9. Juni 1654 in Montis Regalis etc. etc.), daß die Expositio Sanctissimi in keiner Kirche, auch die Klosterkirchen nicht ausgenommen, jemals ohne die ausdrücklich ertheilte oder wenigstens mit Sicherheit vorauszusetzende licentia Ordinarii, d. h. des Bischofs, stattfinden darf, an welchen daher in zweifelhaften Fällen stets zu recurriren ist. Selbstverständlich besteht diese Licenz eo ipso am heil. Fronleichnamsfest und durch alle Tage der Octave desselben, am vierzigstündigen und am zwölfstündigen Gebet, wo dasselbe eingeführt ist. Ich ertheile dieselbe auch, wie dies früher schon geschehen, hierdurch ausdrücklich für alle sonn- und festtäglichen Nachmittagsgottesdienste, auch wenn dieselben in Bruderschaftsandrachten bestehen. Auch will ich gestatten, daß an den höchsten Festen des Jahres und der besonderen Kirchen (Kirchweih, Patrocinium, Hauptfesten bestehender Bruderschaften), jedoch nur an solchen Orten, wo dies bisher üblich gewesen ist und voraussichtlich ohne Anstoß des daran gewöhnten Volkes nicht beseitigt werden kann, das Sanctissimum am Ende des Hochamtes ausgesetzt und nach Absingung eines Segensliedes der heil. Segen mit demselben ertheilt werde. Ebendasselbe gilt auch ohne Einschränkung für die Gebete für den heil. Vater, wo dieselben nach dem Hochamte abgehalten werden, so lange dieselben noch dauern. Dagegen ist es unstatthaft (mit Ausnahme des Fronleichnamsfestes und seiner Octave und des vierzigstündigen und zwölfstündigen Gebetes), auch an den höchsten Festen das Hochamt coram exposito Sanctissimo abzuhalten, vielmehr muß die Expositio erst am Ende desselben erfolgen. Nur in jenen Kirchen, wo die Bruderschaft vom allerheiligsten Sakramente besteht, darf an dem betreffenden Monatssonntage (dem ersten oder dritten im Monat) das Hochamt coram exposito Sanctissimo gesungen werden. Der in einigen ehemaligen Klosterkirchen etwa noch bestehende Gebrauch, allsonntäglich und an allen Festtagen das Hochamt coram exposito Sanctissimo abzuhalten, ist als Mißbrauch anzusehen (2. August 1692 in Pisaren.) und demgemäß abzuschaffen, es sei denn, daß ganz besondere Gründe für diese Expositio vorhanden sind, worüber ich mir jedoch die Entscheidung vorbehalte.

Bei allen neu eingeführten oder noch einzuführenden Andachten, die coram exposito Sanctissimo gehalten werden sollen, ist meine Genehmigung dafür, insofern sie nicht schon verliehen ist, einzuholen.

Was die Ertheilung des heil. Segens mit der Monstranz betrifft, so ist als Norm festzuhalten, daß sie bei jedem Gottesdienste nur einmal und zwar am Ende desselben stattfinden darf. Vor derselben muß den

Rubriken gemäß die Collecte de SS. Sacramento gesungen werden, wenn dieselbe nicht schon in dem vorangehenden Officium resp. Vespern oder in der heil. Messe vorgekommen. Die Farbe der Paramente kann die des Officium des betreffenden Tages sein, doch ist für das Velum humerale die weiße Farbe ausdrücklich von den Rubriken vorgeschrieben. Wird ein Hochamt vom betreffenden Sonn- oder Festtage in der ihm entsprechenden Farbe der Paramente coram exposito Sanctissimo gehalten, so soll wenigstens das Antependium die weiße Farbe haben, bei Nachmittags-Andachten cum expositione Sanctissimi, die sich nicht an die Vesper vom Tage anschließen, ist die weiße Farbe anzuwenden (9. April. 1808 in Hispalen.)

Bei jeder Expositio Sanctissimi sind wenigstens 6 Kerzen auf dem Altare anzuzünden (15. Martii 1698 in Narniens.). Die Benediction mit der Pyxis ist durchaus verboten (23. Maji 1835 in una Ord. Minor Helvet.). Doch ist es gestattet, bei minder feierlichen Andachten den Tabernakel zu öffnen, so daß die Pyxis, die stets mit einem Mäntelchen von weißer Farbe oder Goldstoff versehen sein muß, vom Volke gesehen werden kann, auch dieselbe zu incensiren, doch darf am Schlusse keine Benediction mit derselben stattfinden.

Ist das Sanctissimum exponirt, so dürfen sich keine Reliquien auf dem Hochaltar befinden. Auch hören coram exposito Sanctissimo alle gegenseitigen Reverenzen im Chore auf und darf das Birett nicht aufgesetzt werden. Selbstverständlich darf niemals ein Requiem cantatum coram exposito Sanctissimo, selbst nicht an einem Seitenaltare, celebrirt werden. Doch dürfen Gebete für die Verstorbenen auch coram Sanctissimo exposito (Allerseelen-Andachten) stattfinden (16. December 1828 in Volaterana), es dürfen aber bei solchen Andachten die Paramente nicht die schwarze Farbe haben.

Indem ich meinen Ehrwürdigen Clerus zur gewissenhaften Beobachtung vorstehender Bestimmungen verpflichte, setze ich voraus, daß der von Allen zu fordernde Gehorsam gegen die Vorschriften der Kirche und der Eifer für die würdige Behandlung des Heiligsten, das unserer Verwaltung anvertraut ist, des nie genug zu preisenden und zu verehrenden allerheiligsten Sacramentes, ein hinreichender Antrieb sein werde, für die Durchführung der oben getroffenen Bestimmungen alle Kräfte einzusetzen, sollte dieselbe auch, was nicht immer ausgeschlossen sein dürfte, hin und wieder auf Schwierigkeiten stoßen, von denen ich jedoch überzeugt bin, daß sie niemals unüberwindlich sein werden.

Fürst-Bischof.
† Robert.

b) Modification dieses Erlasses. G. B. Nr. 242. II.

In Folge des Erlasses Sr. Fürstbischöflichen Gnaden, des seligen Herrn Fürstbischofs Robert, betreffend die Expositio SS. Sacramenti und die Ertheilung des Segens mit dem Sanctissimum d. d. 10. Juli 1886 (gedr. Verordnungen Nr. 241, I.) sind, durch den Tenor dieses Erlasses selbst motivirt, sowohl von ganzen Archipresbyteraten als von einzelnen Pfarrern und Seelsorgsgeistlichen bereits verschiedene Gesuche um größere Vergünstigungen an den Herrn Fürstbischof gerichtet, und soweit dieselben begründet waren, auch bereitwillig von Hochdemselben gewährt worden. Da auch jetzt noch dergleichen Gesuche gestellt werden und auch wohl künftig in Aussicht stehen, will ich, den Grundsätzen folgend, welche bei

diesen Vergünstigungen seither maßgebend waren, um weitere specielle Eingaben und Beantwortungen derselben überflüssig zu machen, die Expositio Sanetissimi und die Benedictio mit demselben gestatten:

1. Bei allen besonderen, bereits eingeführten Andachten, wo dieselbe bisher üblich war (als Mai-Andachten, Kreuzweg-Andachten, nach den Fastenpredigten, in der St. Johannes von Nepomuk-Oktave, Jahres-schluß-Andachten, am Erntedankfest).
2. Während des Hochamtes an den ersten Feiertagen der drei Hochfeste, sowie am Patrocinium und Kirchweihfeste und anderen feierlichen Ablassfesten, jedoch nur an denjenigen Orten, wo dieser Gebrauch bereits längst bestanden hat und das Volk an seiner Beibehaltung besonders hängt.
3. An solchen Orten, wo der Besuch des Nachmittagsgottesdienstes für einen Theil der Eingepfarrten unmöglich oder sehr beschwerlich ist, gestatte ich die Ertheilung des heil. Segens nach dem Hochamt an allen Sonntagen und Festtagen, wie das auch selbstverständlich überall dort gilt, wo die vorgeschriebenen Gebete für den heil. Vater nach dem Hochamt stattfinden.
4. Die Benediction mit der Pyxis ist nur in solchen Kirchen zulässig, wo eine Monstranz fehlt oder nur mit Schwierigkeit herbeigeschafft werden kann.

In allen übrigen Fällen bleibt es bei den Bestimmungen des Erlasses vom 10. Juli v. J.

Nr. 163. Ostercommunion.

a) Zb. Erlass vom. 4. März 1852. G. B. Nr. 32. I.

Nachdem Seine Eminenz erfahren haben, daß die Promulgation der kirchlichen Conciliar-Vorschrift über die Osterbeichte und Communion an vielen Orten nicht stattfindet, obgleich dieselbe im Directorium angeordnet ist, so haben Höchstselben mittelst Rescripts vom 4. huj. an uns die Weisung erlassen, auf die genaue Befolgung dieser Anordnung zu achten.

Indem wir in Erfüllung dieser hohen Anweisung den Ehrwürdigen Curat-Clerus beauftragen, die Promulgation der gedachten kirchlichen Vorschrift dies Jahr und künftig alljährlich Dominica Passionis bei dem öffentlichen Gottesdienste zu vollziehen, zugleich aber auch die Herren Kreis-Erzpriester anweisen, über die genaue Erfüllung dieser Anordnung zu wachen, fügen wir noch, da die Promulgation in der Muttersprache erfolgen soll, den Wortlaut des gedachten Conciliar-Beschlusses in deutscher und polnischer Sprache nachstehend bei:

„Jeder katholische Christ hat, wenn er das Entscheidungs-Jahr zurückgelegt hat, wenigstens einmal im Jahre seinem eigenen Priester alle seine Sünden getreu zu beichten und die ihm aufgelegte Buße nach Kräften zu verrichten; ebenso soll er zu mindest in der österlichen Zeit das heil. Sakrament des Altars ehrerbietig empfangen, es sei denn, er dürfe sich nach dem Rathe seines eigenen Beichtvaters in Folge einer begründeten Ursache von dem Genuße des Sakraments zu dieser Zeit enthalten, im sonstigen Unterlassungsfalle soll er, so lange er lebt, von dem Eintritt in die Kirche abgehalten und ihm, wenn er gestorben, das christliche Begräbniß verweigert werden.“

„Każdy prawowierny płeć obojętą przyszedłszy do wieku dojrzałości, powinien się wiernie wszystkich swoich grzechów najmniej raz w rok własnemu Kapłanowi wypowiadać i zadana sobie pokutę podług możności wypełnić, oraz przynajmniej na Wielkanoc Przenajświętszy Sakrament ciała i krwi pańskiej z uszanowaniem przyjmować; wyjawszy gdyby za radą właściwego Kapłana, z powodu jakiej słusznej przyczyny, od przyjęcia Onegóż na jaki czas wstrzymać mu się należało; inaczey tak za życia przystęp do kościoła, jak po śmierci pogrzeb chrześcijański mają mu być odmówione.“

b) Erläuterungen dieses Erlasses. G. B. Nr. 55. VI.

In der Nr. 32 I. dieser Verordnungen wurde der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit das kirchliche Gesetz über die Ofter-Communion in Erinnerung gebracht und dabei der Canon: „omnis utriusque sexus etc.“ in einer wörtlichen Uebersetzung zur Publikation mitgetheilt. Es sind seitdem Zweifel über den Sinn des im gedachten Gesetze gebrauchten Ausdrucks: *proprio Sacerdoti* entstanden, ob unter dem *Sacerdos* der *parochus* oder jeder vom *Ordinarius* rite approbirte und jurisdictionirte Priester zu verstehen sei. Auf Grund der in dieser bereits früher ventilirten Frage erlassenen päpstlichen Constitutionen, besonders der *Constitutio Superna* vom 21. Juni 1670, erklären wir in Uebereinstimmung vieler *Conciliar-Beschlüsse* und der Entscheidung der *S. S. Congregatio Conc. Trid.* vom 24. August 1686, daß unter dem *proprius Sacerdos* nicht sowohl der *Parochus proprius*, als vielmehr jeder vom *Ordinarius* approbirte jurisdictionirte, sei es Welt-, sei es Regularpriester zu verstehen ist; nur sind die Pönitenten verpflichtet, in ihrer Pfarrkirche die Ofter-Communion zu empfangen.

Hiernach werden die Herren Pfarrer und Pfarr-Curaten vorkommenden Falles zu entscheiden haben.

c) Dauer der österlichen Zeit. G. B. Nr. 216. III.

In Anbetracht des großen Priester mangels wird die Dauer der österlichen Zeit in unserer Diöcese von den ersten Vespern des Sonntags *Septuagesimae* bis zum Dreifaltigkeitssonntag einschließlich bestimmt.

Nr. 164. Auspendung der hl. Communion in Todtenmessen.

Decretum Generale S. R. C. G. B. Nr. 176. II.

Post liturgicas recentiores leges a Summis Pontificibus Pio V, Clemente VIII, Paulo V et Urbano VIII conditas, gravis exarsit controversia inter Doctores et Rubricistas „An in Missis defunctorum aperiri possit tabernaculum ad Fideles pane Eucharistico reficiendos.“ Sacrorum Rituum Congregatio prima vice interrogata, in una Albiganen. 24. Julii 1683. ad IV. respondit. „Non esse contra ritum ministrare communionem in Missa de Requiem, vel post illam cum paramentis nigris, omitta benedictione, si administraretur post missam.“ Verum controversia nondum composita identidem Sacra Rituum Congregatio peculiaribus in casibus responsa dedit, quin unquam ad generale Decretum deveniret. Interea ex nonnullorum doctorum placitis, tum pervasit opinio, posse nempe fidelibus Sanctam Eucharistiam ministrari particulis tantum in Missa pro defunctis consecratis; tum in aliquibus locis mos invaluit missas defunctorum cele-

brandi in paramentis violaceis, ut non solum intra Missam, sed etiam ante vel post eandem pietati fidelium Sacra Eucharistia refici cupientium satisfieret. Quapropter Episcopis praesertim Sacrorum Rituum Congregationem saepissime rogantibus, ut per generale Decretum quid hac in re faciendum sit statueret, Sacra eadem Congregatio die 12. Aprilis anni 1823 in una Panormitana edixit, ut gravis haec quaestio videretur peculiariter et ex Officio. Quod iterum obtinuit anno 1837 in una Mutinen, ubi ad III. Dubium „An mos qui perdurat adhuc communicandi in Missis defunctorum cum particulis praeconsecratis, possit permitti, vel etc.“ responsum est: Dilata et servetur rescriptum in Panormitana 12. Aprilis 1823. Nihilominus ob temporum ac rerum circumstantias isthaec peculiaris negotii hujusmodi salebrosi disquisitio ad aetatem usque nostram dilata fuit; siquidem in Conventu die 16. Septembris anni 1865, collecto cum ageretur de usu coloris violacei in Missis defunctorum in altari ubi Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum asservatur, responsum fuit tertio „Dilata, et reproponatur una cum alio dubio an Sacerdos possit aperire ciborium ad communicandos fideles cum paramentis nigris.“ Tandem novis supervenientibus Sacrorum Antistitum precibus die 3. Martii anni 1866 in Ordinariis Sacrorum Rituum Congregationis Comitibus propositum fuit Dubium una cum sententia quam ex officio aperuit alter e Consultoribus „An sacerdos possit aperire Ciborium ad communicandos Fideles in paramentis nigris?“ Verum Emi. et Rmi. Patres Cardinales responderunt: Dilata, et scribat alter Consultor, nec non Assessor, reassumptis omnibus ad rem facientibus; habita praesertim ratione relate ad opportunitatem. Typis traditis communicatisque hisce sententiis tum Rmi. Assessoris tum alterius ex Apostolicarum Caeremoniarum Magistris specialiter deputati, Sacrorum Rituum Congregatio in Ordinario Coetu hodierna die ad Vaticanum coadunata est: ubi Emus. et Rmus. D. Cardinalis Nicolaus Clarelli-Paracciani loco et vice Emi. et Rmi. Cardinalis Constantini Patrizi Praefecti absentis idem proposuit Dubium, et Emi. ac Rmi. Patres Sacris tuendis Ritibus praepositi re mature accurateque perpensa etiam quoad opportunitatem responderunt: Affirmative seu posse in Missis defunctorum, cum paramentis nigris Sacram Communionem Fidelibus ministrari, etiam ex particulis praeconsecratis, extrahendo pyxidem a tabernaculo. Posse item in paramentis nigris, ministrari Communionem immediate post Missam defunctorum; data autem rationabili causa, immediate quoque ante eandem Missam; in utroque tamen casu omittendam esse benedictionem. Missas vero defunctorum celebrandas esse omnino in paramentis nigris; adeo ut violacea adhiberi nequeant, nisi in casu quo die 2. Novembris Sanctissimae Eucharistiae Sacramentum publicae Fidelium adorationi sit expositum pro solemni Oratione Quadraginta Horarum prout cautum est in Decreto Sacrae hujus Congregationis diei 16. Septembris anni 1801. Et ita decreverunt, ac ubique locorum si Sanctissimo Domino Nostro placuerit, servari mandarunt die 27. Junii 1868.

Facta autem per me Secretarium Sanctissimo Domino Nostro Pio Papae IX. relatione, Sanctitas Sua Decretum Sacrae Congregationis approbavit et confirmavit die 23. Julii anni ejusdem.

C. Episcopus Portuen. et S. Rufinae Card. Patrizi, S. R. C. Praefectus.

L. † S.

Dominicus Bartolini, S. R. C. Secretarius.

Nr. 165. Feier der ersten hl. Communion der Kinder.Fb. Erlaß vom 27. November 1899, Nr. 6 u. 7¹⁾.

Es ist im Anschlusse an die oberhirtlichen Mahnungen dahin zu streben, daß die Kinder wenigstens 1 Jahr vor der Entlassung aus der Schule zur ersten hl. Communion geführt werden, nachdem sie wenigstens 2 oder 3 Jahre vorher und zwar vierteljährlich zur ersten hl. Beichte geführt worden sind. Hierüber ist in den Visitationsprotokollen zu berichten.

Es bleibt dem Pfarrer überlassen, zu bestimmen, ob und in welchem Umfange unter Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln die Kinder bei der Feier der ersten hl. Communion Ketzen tragen.

Für die Erneuerung des Taufbundes bei der ersten hl. Communion ist künftig die folgende Formel zu gebrauchen.

Form der Erneuerung des Taufbundes bei der Feier der ersten heiligen Communion der Kinder.

Die Erneuerung des Taufbundes erfolgt nach einigen vorausgeschickten entsprechenden Einleitungsworten in folgender Weise:

Frage: Widersagt ihr dem Teufel, aller seiner Pracht und allen seinen Werken?

Antwort: Wir widersagen.

Fr. Glaubt ihr an Gott den Vater, den allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erde?

Antw.: Wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr an Jesum Christum, seinen eingebornen Sohn, unsern Herrn, der empfangen ist vom heiligen Geiste, geboren aus Maria der Jungfrau, gelitten unter Pontius Pilatus, gekreuzigt, gestorben und begraben, abgestiegen zu der Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahren in den Himmel, sitzt zur rechten Hand Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten?

Antwort: Wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr an den heiligen Geist, eine heilige katholische Kirche, Gemeinschaft der Heiligen, Nachlaß der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben?

Antwort: Wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr alles, was und wie es euch die römisch-katholische Kirche lehrt?

Antwort: Ja, wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr, daß die Kirche in ihren Lehren und Auslegungen wahrhaft und unfehlbar ist?

Antwort: Ja, wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr, daß das Lehramt des römischen Papstes, des obersten Hirten und Lehrers der Kirche, ebenso unfehlbar ist?

Antwort: Ja, wir glauben.

Fr.: Glaubt ihr, daß Jesus Christus sieben heilige Sakramente zum Heile der Menschheit eingesetzt hat, nämlich: die Taufe, die Firmung, das

¹⁾ Vgl. Protokoll über die Diöcesan-Conferenz vom Jahre 1899, S. 10—13.

allerheiligste Sakrament des Altars, die Buße, die letzte Oelung, die Priesterweihe und die Ehe?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Glaubt ihr, daß der Priester als Stellvertreter Gottes kraft der ihm von Jesus Christus übertragenen Gewalt dem Sünder seine Sünden wirklich und wahrhaft nachläßt, wenn der Sünder sie herzlich bereut, sich zu bessern entschlossen ist, die Sünden aufrichtig beichtet, und den Willen hat, für sie Genugthuung zu leisten?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Glaubt ihr, daß die Kirche die Gewalt hat, aus den überreichen Verdiensten Jesu Christi und der Heiligen dem reumüthigen Sünder alle für die vergebenen Sünden noch übrig gebliebenen zeitlichen Sündenstrafen oder einen Theil derselben nachzulassen, — und daß eine solche Nachlassung, die wir Ablass nennen, den Gläubigen nützlich und heilsam ist?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Glaubt ihr, daß die hl. Messe ein wahres und eigentliches Opfer ist, in welchem Jesus Christus unter den Gestalten des Brotes und Weines seinem himmlischen Vater unblutiger Weise sich opfert, wie er einst am Kreuze blutigerweise sich geopfert hat?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Glaubt ihr, daß, wenn der Priester als Stellvertreter Jesu Christi in der hl. Messe über Brot und Wein die Worte gesprochen hat: „Das ist mein Leib, das ist mein Blut,“ nicht mehr Brot und Wein, sondern Jesu Leib und Blut gegenwärtig ist?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Glaubt ihr, daß demnach im allerheiligsten Altarssakrament Jesus Christus wirklich und wesentlich mit Gottheit und Menschheit, mit Leib und Seele, mit Fleisch und Blut gegenwärtig ist und bei der hl. Communion von den Gläubigen wirklich genossen wird?

Antw.: Wir glauben es.

Fr.: Wollt ihr immer an diesem eurem Glauben festhalten bis zum letzten Hauche eures Lebens?

Antw.: Wir wollen und geloben es.

Fr.: Wollt ihr darum eurem hl. katholischen Glauben treu bleiben, und niemals durch Irrlehren von demselben euch trennen lassen, bis der Tod euch rufen wird vor das Gericht Gottes?

Antw.: Wir wollen und geloben es.

Fr.: Wollt ihr auch allzeit als wahre katholische Christen leben?

Antw.: Wir wollen und geloben es.

Nun so sprecht mir nach:

„Ich danke Dir, Gott, himmlischer Vater, von ganzem Herzen, daß Du mich zum wahren Glauben an Dich, Deinen Sohn Jesum Christum und den hl. Geist, und zu Deiner heiligen, unfehlbaren Kirche berufen hast. Ich bekenne hiermit öffentlich und feierlich vor Dir, Deinen heiligen Engeln und allen Heiligen, und vor dieser katholischen Gemeinde, daß ich fest und unerschütterlich für wahr halte alles, was Du durch Deine heilige unfehlbare Kirche uns zu glauben vorstellst; ich verspreche Dir, Deinen heiligen Geboten und den Geboten Deiner heiligen Kirche mit bereitwilligem Gehorsam allzeit treulich Folge zu leisten, und gelobe Dir ernstlich und mit

aufrichtigem Herzen, als ein guter katholischer Christ mit Deiner hl. Gnade stets zu leben und einst zu sterben. Amen."

Hierauf folgen einige Worte der Ermunterung an die Kinder, den geschlossenen Bund zu halten.

7. Messstipendien¹⁾).

Nr. 166. Stipendium justum dioecesanum.

Fb. Erlaß vom 15. Februar 1874. G. B. Nr. 206. IV.

Nachdem Wir mit Rücksicht auf die Entwerthung des Geldes vielfach ausgesprochenen Wünschen Unseres Diöcesan-Clerus, sowie dem Antrage Unseres Hochwürdigsten General-Vicariat-Amtes entsprechend das stipendium justum dioecesanum für eine heil. Messe bereits vor längerer Zeit von 6 auf 10 Silbergroschen erhöht haben, ist es den Herren Pfarrern fortan nicht mehr gestattet, für diejenigen heil. Messen, welche an dem stiftungsmäßigen Orte nicht persolvirt werden können und deshalb an das Ordinariat laut Verordn. 114. II. einzusenden sind, die Stipendien nur in Höhe von 6 Silbergroschen pro unaquaque Missa anzurechnen, sondern es sind vielmehr von jetzt ab für jede heil. Messe nach dem nunmehrigen justum dioecesanum 10 Silbergroschen einzusenden.

Diejenigen Herren Pfarrer, welche diese Erhöhung zu oneros finden, müssen für anderweitige Persolvirung der gedachten heil. Messen Sorge tragen. Selbstverständlich bezieht sich diese Anordnung nur auf diejenigen Messen, deren stiftungsmäßiges Stipendium den Betrag von 10 Silbergroschen erreicht. Sind bei einer Pfarrkirche Fundationsmessen vorhanden, deren Stipendium unter diesem Betrage zurückbleibt, so mögen die Herren Pfarrer deren Reduction bei Uns beantragen.

Wir beauftragen Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, diesen Erlaß zur Kenntniß der Diöcesan-Geistlichkeit zu bringen.

An
Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 594. hier.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

Nr. 167. Stipendium für gestiftete stille hl. Messen.

G. B. Nr. 224. IX.

Da der Zinsfuß bei lettres au porteur durch Convertirung vielfach reducirt wird, und das Geld überhaupt in seinem Werth herabgeht, — so bestimmen wir hierdurch, daß in Zukunft bei Errichtung von neuen Messfoundationen das Stipendium für eine stille heil. Messe zum mindestens auf 2 (zwei) Mark festgesetzt wird, damit diese Stiftungen für den Seelsorger später nicht eine bloße Last werden.

Nr. 168. Stipendium für gestiftete Hochämter.

G. B. Nr. 229. IV.

Im Nachtrag zu unserer Verordnung Nr. 224. IX. bestimmen wir hierdurch, daß in Zukunft das Stipendium für gestiftete Hochämter und Requiem auf mindestens 4 Mark festgesetzt werde.

¹⁾ Vergl. Paenmer, Kirchenrecht, 2. Aufl., S. 686 f.

Auch ist darauf zu achten, daß für fundirte allsonntägliche Kanzelfürbitten dem Priester der Bezug von jährlich wenigstens 5 Mk. 20 Pf. gesichert wird.

Nr. 169. Betrag bei Weitergabe gestifteter hl. Messen.

a) Decretum S. Concilii C. vom 28. März 1859. G. B. Nr. 114. II.

Der Ausführung des Grundsatzes, „daß alle diejenigen heil. Messen, welche an dem stiftungsmäßigen Orte nicht persolvirt werden können, mit dem vollen Betrage des fundirten Stipendiums uns zu übergeben seien“, hatten sich mehrfache Schwierigkeiten entgegengestellt. In Folge dessen hatten Seine Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Herr Fürstbischof Heinrich Sich an den Apostolischen Stuhl gewendet und um Entscheid gebeten. Hochdieselben haben uns bevollmächtigt, die ergangene Antwort mitzutheilen. Dieselbe lautet nun:

In revisione computorum Ecclesiarum et locorum piorum postulatum est ab hac Curia, ut Parochi et Rectores legata annua pro missis perpetuis integra transmittant Curiae, quatenus Missae non potuerunt persolvi in propriis Ecclesiis. Parochi autem volunt tantum transmittere justum seu Dioecesanum Stipendium pro singulis missis, sibi vero retinere reliquam partem in favorem sui beneficii. Queritur, an hoc ipsis liceat absque ulla Simoniae labe, aliaque contraventione legum canonicarum.

Foris — Wratislaven. V. S. S. Liminum — 3203/3 Die 26. Martii 1859 — Juxta resolutiones alias in similibus editas, licere, dummodo majus Stipendium non fuerit in respectivis foundationibus statutum — Ita reperitur in fasciculo positionum ac in registro S. Congregationis Concilii esistenti in Secretaria ipsius S. Congregationis sub supradictis die et anno. In quorum fidem etc. Datum Romae ex eadem secretaria hac die 28. Martii 1859.

(L. S.)

Q. Quaglia, Secretarius.

b) Decretum S. C. C. vom 25. Juli 1874. G. B. Nr. 210. V.

Reverendissimus Archiepiscopus Monacensis et Frisingensis Sacratissimum Principem supplici libello (d. d. 30. Maji 1873) adivit haec exponens: „Beatissime Pater, in hac mea Archidioecesi Monacen. et Frisingen., sicuti etiam in caeteris Regni Bavariae Dioecesibus, Parochorum redditus a civili Magistratu collatis cum Ordinariatu consilii computantur et constituuntur. In iis etiam Missarum foundationes singularum parochiarum propriae et publicae functiones occasione exequiarum vel benedictionis matrimoniorum peragendae numerantur, et quidem pro his Missis seu fundatis seu casualibus certa stipendia ordinario majora parcho assignantur, quae inde stipendia proprie partem integram beneficii parochialis constituunt. Nam proventus ex his foundationibus vel functionibus prodeuntes parcho non ex solo titulo Missae persolvendae, sed etiam respectu ceterorum officiorum parochiali beneficio inhaerentium assignati sunt. Bene notandum, Missas adventitias a Fidelibus expetitas, pro quibus ordinarium stipendium solvitur, nunquam istis supradictis Missis annumerari.“

„Haud raro autem evenit, ut parochi, quibus istae Missae modo praedicto assignatae sunt in partem salarii parochialis, ob causas legitime excusantes impedianur, quominus ipsi easdem persolvant.“

„Quaeritur igitur, utrum Sacerdotes parochi impediti celebrationem harum Missarum alteri Sacerdoti sic tradere debeant, ut totum stipendium ut supra constitutum pro celebratione talium Missarum solvant, an potius sufficiat ordinarium vel aliquanto majus ex g. pro cantata Missa, ab Ordinario statuendum, ita ut quae supersint ab ipsis parochis, quibus Missae eadem in partem reddituum assignatae sunt, tuta conscientia retineri possint?“

„In his quidem regionibus usus fere generalis et antiquus invenitur, ut parochi, quibus ista stipendia majora etiam in publicis tabulis censuabilibus attributa inveniuntur, legitime impediti Sacerdotibus coadjutoribus vel aliis beneficiatis ordinarium pro ratione Missae vel cantatae vel lectae stipendium solvant. . . . Cum tamen aliqui dubitent, ut supradicta quaestio Tuo Supremo Judicio definiatur, vehementer desidero.“

„Quod si hujus regionis usus rejiciendus fuerit, quod vix timeo, supplicare audeo, ut mihi gratiose concedatur facultas, singulis Parochis licentiam impertiendi, si eadem indigere videantur, retinendi in dictis casibus, quae legitimum et ordinarium substituto Sacerdoti exsolvendum stipendium excedunt.“

„Hujusmodi supplicatione accepta, statim decretum edidi sub die 30. mensis Junii 1873 „Per Summaria precum.“ In hodiernis autem Comitii EE. VV. proponitur quaestio.

Die 25. Julii 1874. S. Congregatio Eminentissimorum S. R. E. Cardinalium Concilii Tridentini Interpretum, attento quod eleemosynae Missarum, de quibus in precibus, pro parte locum teneant Congruae Parochialis, licitum esse censet Parocho, si per se satisfacere non possit, eas Missas alteri Sacerdoti committere, attributa eleemosyna ordinaria loci sive pro Missis lectis sive cantatis.

P. Card. Caterini, Praef.

P. Archiepiscopus Sardinianus, Secretarius.

c) Decretum S. C. C. vom 18. Dezember 1899. G. B. Nr. 365. I.

Cardinalis Episcopus Wratislaviensis Sanctitati Vestrae humillime exponit, lege civili statutum fuisse in congrua parochorum computandos esse etiam redditus 180 missarum fundatarum. Porro saepissime evenit, ut parochi, legitime impediti, has missas aliis sacerdotibus celebrandas committere cogantur. Quapropter S. V. enixe precatur pro gratia, qua parochi, si ob legitimas causas aliis sacerdotibus missas fundatas, quarum redditus partem congruae singulo cuique parocho secundum annos sacerdotii et conditionem muneris competentis constituunt, persolvendas committunt, non teneantur totum stipendium eisdem tradere, sed possint eam partem retinere, quae taxam dioecesanam excedit. Quam gratiam implorat pro parochis suae dioecesis et totius ditionis Borussiae.

Die 18. Decembris 1899 S. Congregatio Eminentissimorum S. R. E. Cardinalium Concilii Tridentini Interpretum, vigore facultatum sibi a Sanctissimo Domino Nostro tributarum veniam juxta petita pro Dioecesi Wratislaviensi tantum Eminentissimo Episcopo Oratori benigne impertita est.

(L. S.)

sig. A. Card. di Pietro, Praefectus.
sig. † B. Archiep. Nazianzen., Secretarius.

Nr. 170. Decretum generale S. C. Concilii d. d. 25. Maji 1893.

G. B. Nr. 293. II.

Vigilanti studio convellendis eradicandisque abusibus missarum celebrationem spectantibus iugiter incubuit haec S. C., pluraque edidit decreta, quibus omne hac in re damnabile lucrum removeri voluit, piasque testantium voluntates et obstrictam benefactoribus fidem ad amussim servari religioseque custodiri mandavit.

Quapropter ad cohibendam pravam quorundam licentiam qui ad ephemerides, libros aliasque merces facilius cum clero commutanda missarum ope utebantur, nonnulla constituit, eaque, Pio PP. IX. fel. rec. approbante, edi et Ordinariis nota fieri curavit ut ab omnibus servarentur. Propositis namque inter alia sequentibus dubiis:

„I. an turpe mercimonium sapiat, ideoque improbanda et poenis etiam ecclesiasticis, si opus fuerit, coercenda sit ab Episcopis eorum bibliopolarum vel mercatorum agendi ratio, qui adhibitis publicis invitamentis et praemiis, vel alio quocumque modo missarum eleemosynas colligunt, et sacerdotibus, quibus eas celebrandas committunt, non pecuniam, sed libros aliasve merces rependunt:

II. an haec agendi ratio ideo cohonestari valeat, vel quia, nulla facta imminutione, tot Missae a memoratis collectoribus celebrandae committuntur, quot collectis eleemosynis respondeant, vel quia per eam pauperibus sacerdotibus eleemosynis missarum carentibus subvenitur:

III. an huiusmodi eleemosynarum collectiones et erogationes tunc etiam improbandae et coercendae, ut supra, sint ab Episcopis, quando lucrum quod ex mercium cum eleemosynis permutatione hauritur, non in proprium colligentium commodum, sed in piarum institutionum et bonorum operum usum vel incrementum impenditur:

IV. an turpi mercimonio concurrant, ideoque improbandi atque etiam coercendi, ut supra, sint ii, qui acceptas a fidelibus vel locis piis eleemosynas missarum tradunt bibliopolis, mercatoribus, aliisque earum collectoribus, sive recipiant, sive non recipiant quidquam ab iisdem praemii nomine:

V. an turpi mercimonio concurrant, ideoque improbandi atque etiam coercendi, ut supra, sint ii qui a dictis bibliopolis, et mercatoribus recipiunt pro missis celebrandis libros aliasve merces, harum pretio sive imminuto sive integro:

VII. an liceat Episcopis sine speciali S. Sedis venia ex eleemosynis missarum, quas fideles celebrioribus Sanctuariis tradere solent, aliquid detrahere, ut eorum decori et ornamento consulatur, quando praesertim ea propriis redditibus careant“:

in peculiari conventu anni 1874 S. C. resolvit:

„Ad I. Affirmative.

Ad II. Negative.

Ad III. IV. et V. Affirmative.

Ad VII. Negative, nisi de consensu oblatores.“

Sed cum postremis hisce annis constiterit, salutare huiusmodi dispositiones ignorantia aut malitia saepius neglectas fuisse, et abusus hac in re valde lateque invaluisse, Eñi Patres S. C. Tridentini interpretes ac

vindices, rebus omnibus in duplici generali conventu mature perpensis, officii sui esse duxerunt, quod pridem decretum erat in memoriam plenamque observantiam denuo apud omnes revocare, et opportuna insuper sanctione munire.

Praesenti itaque decreto statuunt, ut in posterum si quis ex sacerdotali ordine contra enunciata decreta deliquerit, suspensioni a divinis S. Sedi reservatae et ipso facto incurrendae obnoxius sit: clericus autem sacerdotio nondum initiatus eidem suspensioni quoad susceptos ordines similiter subiaceat, et inhabilis praeterea fiat ad superiores ordines recipiendos: laici demum excommunicatione latae sententiae Episcopis reservata obstringantur.

Praeterea cum experientia docuerit, mala quae deplorantur ex eo potissimum originem viresque ducere, quod in quorundam privatorum manus maior missarum numerus congeritur quam iusta necessitas exigit, ideo iidem Eñi Patres, inhaerentes dispositionibus a Romanis Pontificibus, ac praesertim ab Urbano VIII. et Innocentio XIII. in const. Cum saepe contingat, alias datis, sub gravi obedientiae praecepto decernunt ac mandant, ut in posterum omnes et singuli ubique locorum beneficiati et administratores piarum causarum aut utcumque ad missarum onera implenda obligati, sive ecclesiastici sive laici, in fine cuiuslibet anni missarum onera, quae reliqua sunt, et quibus nondum satisfecerint, propriis Ordinariis tradant iuxta modum ab iis definiendum. Ordinarii autem acceptas missarum intentiones cum adnexo stipendio primum distribuent inter sacerdotes sibi subiectos qui eis indigere noverint: alias deinde aut S. Sedi, aut aliis Ordinariis committent, aut etiam, si velint, sacerdotibus aliarum dioeceseon, dummodo sibi noti sint omnique exceptione maiores, et legitima documenta edant inter praefixum congruum tempus quibus de exacta earumdem satisfactione constet.

Denique, revocatis quibuscumque indultis et privilegiis usque nunc concessis quae praesentis decreti dispositionibus utcumque adversentur, S. Congregatio curae et officio singulorum Ordinariorum committit, ut praesens decretum omnibus ecclesiasticis suae iurisdictioni subiectis, aliisque quorum ex praescriptis interest, notum sollicito faciant, ne quis in posterum ignorantiam allegare, aut ab huius decreti observantia se excusare quomodolibet possit: et insuper ut sive in sacra Visitatione sive extra sedulo vigilant, ne abusus hac in re iterum inolecant.

Facta autem de his omnibus relatione SSmo D. N. Leoni PP. XIII. per infrascriptum S. Congregationis Praefectum, Sanctitas Sua hoc Eñorum Patrum decretum ratum habuit confirmavit atque edi mandavit, contrariis quibuscumque minime obstantibus.

Aloysius, Card. Episcopus Sabinensis, Praefectus.

L. Salvati, Secretarius.

Vorstehendes Decret sind von Sr. Eminenz wir beauftragt worden dem Hochwürdigem Diöcesan-Clerus mit dem Bemerken zur Kenntniß zu bringen, daß bezüglich der am Schlusse des Jahres zu bewirkenden Einföndung aller überschüssigen Intentionen das Nähere seiner Zeit noch wird bekannt gegeben werden.

Nr. 171. Hb. Erlaß zu vorstehendem Dekret.

G. B. Nr. 294. IV.

Im Anschlusse an das Dekret der Congr. S. Conc. vom 25. Mai 1893, welches im amtlichen Verordnungs-Blatte Nr. 293. II. dem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus zur Kenntniß gebracht worden ist, bestimme ich hiermit, daß die Stipendien der nicht persolvirten Intentionen sowohl für Manual- als Fundations-Messen am Ende eines jeden Jahres mit einem genauen Verzeichnisse der Intentionen und einzelnen Stipendienbeträge an mich einzusenden sind.

Dabei gestatte ich, daß solche Intentionen sowohl an Diöcesan-Priester wie auch an solche Priester abgegeben werden dürfen, bei denen die gewissenhafte Persolvirung keinem Zweifel unterliegt, und daß so viele Intentionen zurückbehalten werden, als von dem betreffenden Geistlichen in den nächsten zwei Monaten gelesen werden können.

Die Abgabe von Stipendien an Laien, namentlich an Buchhändler und andere Geschäftsleute ist nach dem oben angegebenen Dekrete absolut untersagt.

Bei dieser Gelegenheit will ich auch wiederholt in Erinnerung bringen, daß die Meßverpflichtungen stets evident zu halten sind, damit der etwaige Rückstand jederzeit leicht ersehen werden kann.

Breslau, den 7. October 1893.

Der Fürst-Bischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 172. Annahme von Stipendien an aufgehobenen Feiertagen und für Binationsmessen.

G. B. Nr. 272. I.

Praecedentibus aliis Ordinariis precibusque a pluribus Dioecesis Nostrae parochis Nobis oblatis haec duo indulta a Sanctissimo Domino Nostro P. Leone XIII. impetravimus:

I.

Beatissime Pater!

Episcopus Wratislaviensis, attentis suae dioecesis circumstantiis, humiliter implorat facultatem concedendi sacerdotibus, quibus ex indulto licet iterare diebus dominicis vel festis de praecepto SS. Missae sacrificium, ut accipere possint eleemosynam pro secunda Missa Oratori tradendam et erogandam in auxilium adolescentium, qui ad sacerdotium aspirant, vel ad aedificandas Ecclesias et scholas catholicas in diaspora suae dioecesis.

Die 27. Aprilis 1891. Sanctissimus Dominus Noster, audita relatione Secretarii S. Congregationis Concilii Episcopo Wratislaviensi Oratori facultatem benigne impertitus est, qua per quinquennium proximum tantum indulgere possit, ut missam iterantes eleemosynam pro secunda missa percipere queant, ad effectum de quo in precibus, et sub lege ut, quatenus binantes duabus paroeciis sint praepositi, unica missa applicetur pro populo utriusque paroeciae.

(L. S.)

A. Card. Episc. Sabin., Praef.

C. De Lai, Sub-Secret.

II.

Beatissime Pater!

Episcopus Wratislaviensis attentis suae dioecesis circumstantiis humiliter implorat facultatem dispensandi Parochos suae dioecesis ab obli-

gatione applicandi Missam pro populo in diebus festis suppressis, ad effectum percipiendi eleemosynam hisce diebus obventuram, Oratori tradendam, et erogandam in auxilium adolescentium, qui ad sacerdotium aspirant, vel ad aedificandas Ecclesias et scholas catholicas in diaspora suae dioecesis.

Die 27. Aprilis 1891. Sanctissimus Dominus Noster audita relatione Secretarii Congregationis Concilii, attentisque peculiaribus circumstantiis Episcopo Wratislaviensi indulgit, ut per quinquennium proximum tantum, si tamdiu enunciatae circumstantiae perduraverint, cum omnibus suae dioecesis parochis super obligatione applicandi missam pro populo solis diebus festis suppressis pro suo arbitrio et conscientia gratis dispensare possit et valeat, ad effectum, accedente eorumdem parochorum consensu, deponendi et erogandi in expositas causas eleemosynas ex dictis diebus pro peculiari benefactore, vel pro legatis perpetuis celebrandis obventuras ita tamen, ut singulis dictis diebus applicentur cura ipsius Episcopi tres missae pro cuncto populo dioecesis detracto stipendio ex pecuniis, ut supra deponendis et de peracto eleemosynarum deposito unusquisque parochus dicto perdurante quinquennio coram Ordinario pro tempore docere teneatur.

(L. S.)

A. Card. Episc. Sabin., Praef.

C. De Lai, Sub-Secret.

Hisce adjungimus quae sequuntur:

1. Vigore harum facultatum sacerdotibus dioecesis Wratislaviensis licentiam damus et in diebus festis suppressis et pro secunda missa in binatione accipiendi stipendium sive manuale sive fundatum, eorum arbitrio relinquentes, num hac licentia uti velint.
2. Parochi duabus paroeciis praepositi et hac licentia utentes unam missam pro populo utriusque paroeciae applicare et pro secunda missa stipendium accipere possunt.
3. Eleemosynae pro harum missarum applicatione oblatae vel ex fundatione ortae ad Vicariatum Nostrum Generalem singulis trimestribus per archipresbyterum ex integro mittendae sunt¹⁾, retenta tamen remuneratione ex fundatione vel ex fidelium oblationibus forsitan statuta. Solum stipendium idque integrum mittendum est.
4. Quae stipendia primo in auxilium adolescentium, qui ad sacerdotium aspirant, designamus.
5. Si sacerdotes, qui privilegiis supradictis ad memoratum finem uti nolunt, in diebus festis suppressis pro populo missam applicare tenentur nec iis licet pro secunda missa stipendium accipere.
6. Quae indulta usque in diem 27. Aprilis 1896 sunt valitura²⁾.

Datum ex arce montis S. Joannis, die 2. Junii 1891.

Princeps Episcopus Wratislaviensis.

G. R. Nr. 3230.

† Georgius.

¹⁾ Die diesbezüglichen Beträge sind also unbedingt an das Hochwürdigste Ordinariat zum angegebenen Zwecke einzusenden. Eine anderweite Verwendung ist nicht zulässig. —

²⁾ Durch Rescript vom 22. Juni 1896 ad aliud quinquennium erneuert (G. R. Nr. 332. II. III.).

Demgemäß ersuchen wir die Herren Erzpriester um rechtzeitige Ein-
sendung der qu. Beträge, deren Verwendung der Hochwürdigste Herr
Fürstbischof sich vorbehalten hat. Für Persecurierung von drei heil. Messen
pro cuncto populo dioecesis an jedem der aufgehobenen Feiertage wird
von hier aus Sorge getragen werden.

Nr. 173. Controllbücher für Fundations-Messen und Manual-Stipendien.

G. B. Nr. 202. XIII.

Die Erfahrung hat die bedauernswerthe Thatsache herausgestellt,
daß über die Persecurierung der Fundations-Onera in vielen Pfarreien
und Curatieen, resp. Localieen entweder gar keine oder eine höchst un-
genügende Controlle vorhanden ist und daß öfters erst nach dem Tode
einzelner Seelsorger sich ergiebt, es seien viele Fundations-Onera noch
nicht persecurirt, deren Feststellung dann häufig nicht mehr möglich ist.
Dies veranlaßt uns in weiterer Consequenz unserer Verordnung Nr. 90 X.
zu der Bestimmung, daß jeder Pfarrer, resp. Localist und selbstständige
Curatus fortan ein Controllbuch anzulegen hat, in welches sämmtliche
bei der Pfarrei, resp. Localie oder Curatie jährlich zu persecurirende
Stiftungs-Messen und Onera chronologisch geordnet einzutragen sind.
Bei Anlegung dieser Controlle kann auf eine zehnjährige Benützung
Rücksicht genommen werden, und ist die Persecurierung der betreffenden
Onera in jedem Jahre in der diesfälligen Colonne zu vermerken. Bei
den Visitationen ist die Controlle dem Erzpriester zur Einsicht und Prü-
fung vorzulegen. Letzterer hat über sich ergebende Unregelmäßigkeiten
im Visitations-Protokolle event. zu berichten. Auch ist die Controlle
bei Auseinandersetzungen in Folge Benefiziatenwechsels zu Grunde zu
legen. Fehlt in den Jahrescolonnen die Angabe über Persecurierung der
betreffenden Onera, so ist die Nichtpersecurierung bis zum Nachweise des
Gegentheils anzunehmen. (Wegen Reduction und Transferirung von
Messstiftungen cfr. Verordnung 52 III., 69 I., 146 I. resp. 114 II.;
wegen der Controlle bei der Rechnungs-Revision cfr. Verordnung 90 X.)
Bei dieser Veranlassung wollen wir auch auf die in des verew. Dom-
capitulars und Officials Dr. Sauer Schrift: „Pfarramtliche Geschäfts-
Verwaltung“ im § 73 zur Sprache gebrachte Verpflichtung hinweisen,
wonach jeder Priester ein Messintentionsbüchlein für die Manual-
Stipendien führen soll, welches ebenfalls dem Erzpriester bei der Visi-
tation vorzulegen ist.

G. B. Nr. 306. VII.

Die durch unsere Verordnung Nr. 202 XIII. vorgeschriebenen Controll-
bücher für die Fundations-Messen sind in vielen Pfarreien und Localien,
bezw. Curatieen so mangelhaft und so unzuweckmäßig angelegt, daß bei
den canonischen Visitationen den Herren Erzpriestern eine wirksame Con-
trolle unmöglich gemacht ist und eintretenden Falls, namentlich bei Todes-
fällen, nicht mit Sicherheit genau festgestellt werden kann, in wie weit
die Fundations-Verpflichtungen erfüllt sind. Wir sehen uns daher ver-
anlaßt, zu bestimmen, daß fortan zu dem gedachten Zwecke das nach
Maßgabe unserer Verordnung Nr. 202 XIII. entworfen und im Ver-
lage der Schlesischen Volkszeitungs-Buchdruckerei hieselbst (Hummerei

Nr. 39/40) erschienene Schema „Nachweis über die Leistung der heiligen Messen und Foundationen“ allgemeine und ausschließliche Anwendung zu finden hat.

Nr. 174. Verbot unbefugten Sammelns von Messstipendien.

G. B. Nr. 87. IV.

Es geschieht, wie wir zu erfahren auch in jüngster Zeit Gelegenheit hatten, daß unberufene Individuen unter mancherlei Vorpiegelungen bei den Gläubigen Messstipendien sammeln. Wir machen unsere Ehrwürdige Geistlichkeit auf das Treiben solcher Individuen aufmerksam und weisen sie an, die Gläubigen vor solchen Menschen zu warnen, erforderlichen Falls dergleichen Subjecte der betreffenden Polizei-Behörde zur Anzeige zu bringen.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir zugleich an die kirchliche Anordnung, nach welcher es Pfarrern und anderen kirchlichen Oberen untersagt ist, fremde Geistliche ohne specielle Erlaubniß des Hochwürdigsten Ordinarius oder seines General-Vicars zum Celebriren der heiligen Messe zuzulassen.

(Vergl. G. B. Nr. 369. I. in Theil IV, Abschnitt: Auswärtige Geistliche.)

2. Messstiftungen¹⁾.

Nr. 175. Anmeldung neuer Stiftungen.

G. B. Nr. 32. VII.

In Folge verschiedener Vorkommnisse finden wir uns veranlaßt, die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit auf eine Pflicht aufmerksam zu machen, die eben so sehr vom Gewissen, wie von geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben wird. Es betrifft dies die rechtzeitige Anzeige der zur Errichtung von Foundationen in Empfang genommenen Kapitalien.

Rücksichtlich dessen verordnen wir nun, daß neu errichtete Foundationen resp. die zu diesem Zweck eingezahlten Kapitalien sofort, spätestens aber innerhalb 14 Tagen nicht nur angemeldet, sondern deren Bestätigung auch auf die vorgeschriebene Art bei uns nachgesucht werde²⁾. Jede künftige Nichtbeachtung dieser erneuerten Anordnung wird nicht nur eine je der Größe der Schuld oder Vernachlässigung angemessene und den gesetzlichen Bestimmungen gemäße Geldstrafe, sondern auch nach Umständen noch andere unliebsame Maßregeln nach sich ziehen.

Nr. 176. Vollständigkeit der Stiftungsurkunden.

G. B. Nr. 8. IV.

Zur Vermeidung von Bemängelungen über Foundations-Urkunden, wie sie in neuerer Zeit öfters nothwendig geworden sind, machen wir hiermit auf Folgendes aufmerksam:

¹⁾ Vergl. Laemmer a. a. O. S. 688.

²⁾ Unterbleibt die Einholung der Genehmigung des Ordinariats, so hat die Stiftung keine rechtliche Gültigkeit. (A. L. R. II. 11. §§ 167, 217 und Ministerial-Verf. vom 15. Mai 1851, Min.-Bl. für inn. B. 1851. S. 110.) Auch verbieten die Constitutio Urbani P. P. VIII. „Cum saepe“ vom Jahre 1625 und die Constitutio Innocentii P. P. XII. „Nuper a congregatione“ vom Jahre 1697 streng, onera perpetua missarum ohne vorherige Prüfung und Genehmigung des Diöcesan-Bischofs anzunehmen. (Instructio pro Archipresbyteris n. IV.)

1. Zur Vollständigkeit der Urkunden gehört wesentlich:

- a) Die deutlich ausgesprochene Erklärung des Stifters über den Zweck der Stiftung. Liegt darüber eine letztwillige Bestimmung vor, so ist selbige wörtlich und womöglich unter Zuziehung der nächsten Verwandten oder des Universalserben in die Urkunde aufzunehmen. Lebt der Stifter, so ist seine Willensmeinung genau zu Protokoll zu bringen und von ihm zu unterschreiben, oder unter Zuziehung eines Unterschriftszeugen zu unterkreuzen.
- b) Die Zinsenrepartition, insofern mehrere daran partizipiren. Auch diese muß zur Vermeidung von Dunkelheiten und Weitläufigkeiten möglichst bestimmt sein und jedem Partizipanten, mag der Zinsfuß sein, welcher er wolle, ein bestimmter Theil zugesprochen werden (vergl. Nr. 181).
- c) Die Erklärung des Pfarrautes und des Kirchenvorstandes über Annahme der Foundation (vergl. Nr. 183).

2. Solche Urkunden sind in dreifacher Ausfertigung (in triplo) aufzunehmen und an uns einzureichen (vergl. Nr. 185).

Nr. 177. Genaue Fassung letztwilliger Bestimmungen über zu errichtende Stiftungen.

G. B. Nr. 173. IV.

Zur Ehre und Verherrlichung Gottes, zur Verehrung seiner Heiligen, zum Heile der unsterblichen Seelen, zum Besten der Jugend und zum Wohle der armen und leidenden Menschheit werden in unserer Diöcese, wie gern und dankbar anerkannt wird, fortwährend fromme und milde Stiftungen, sowohl unter Lebenden als von Todeswegen errichtet. Erfolgt die Stiftung unter Lebenden, so geschieht die Ausstellung der darüber lautenden Urkunde in der Regel vor dem betreffenden Seelsorger und entspricht in diesem Falle wohl stets der wahren und wirklichen Absicht des Stifters, so daß der Zweck [und das ausschließliche kirchliche Recht der Verwaltung derselben und ihres Vermögens, wie nicht minder der Aufsicht und Rechnungsabnahme über dieselbe]¹⁾ jedem Zweifel entrückt wird.

Ganz anders aber verhält es sich hiermit leider häufig bei solchen Stiftungen, welche von Todeswegen, d. h. letztwillig errichtet werden. Die diesfälligen Testamente und Kodizille lassen, namentlich wenn die Zuwendung zu einem frommen Zwecke erfolgen soll, oft nicht entfernt die wahre und wirkliche Absicht des Testators in Beziehung auf diesen Zweck [geschweige denn auf das ausschließliche Recht der Verwaltung und Aufsicht durch die geordneten kirchlichen Organe]¹⁾, erkennen. Will Jemand z. B. bei einer Kirche eine Anniversarien-, oder Mess-, oder Fürbitt- oder dergleichen Stiftung errichten und er unterläßt, diese seine Willensmeinung klar, deutlich und bestimmt auszusprechen, begnügt sich vielmehr damit, schlechtweg der Kirche Etwas zuzuwenden, oder die Zuwendung in dieser Fassung durch den mit dem Glauben und den Einrichtungen der katholischen Kirche mehr oder weniger unbekannten

¹⁾ Wegen der in Klammern eingeschlossenen Worte siehe Nr. 179.

Richter niederschreiben zu lassen, so erreicht er seine Absicht nicht einmal hinsichtlich des Zweckes der Stiftung, indem alsdann das Vermächtniß lediglich in die Kirchencasse fließt und ein wesentlicher Bestandtheil desjenigen Kirchenvermögens wird, das zur Unterhaltung theils der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude, theils des Gottesdienstes bestimmt ist; er bereichert somit gegen seinen Willen eigentlich nur den Patron und die Eingepfarrten, welche bei der Unzulänglichkeit des Kirchenraths das Fehlende, das nun durch das Legat gedeckt wird, zu vertreten hätten.

Um solchen letztwilligen Bestimmungen vorzubeugen, durch welche die Testatoren nicht erreichen, was sie von Herzen wünschen und begehren, und um zu verhindern, daß ihre Stiftungen der beabsichtigten ausschließlichen kirchlichen Verwaltung und Beaufsichtigung entfremdet werden, wolle unser Ehrwürdiger Diöcesan-Clerus es sich recht sehr angelegen sein lassen, die Gläubigen über das, was in beregter Sache durchaus nothwendig ist, in entsprechender Weise zu belehren und auf die Unerläßlichkeit einer sehr genauen Fassung ihrer Testamente aufmerksam zu machen. Mündlicher Rath wird jedoch, besonders Kranken und solchen gegenüber, deren Sprache der Richter nicht vollkommen mächtig ist, in den seltensten Fällen ausreichen. Deshalb empfehlen wir, dem Betreffenden schriftlich anzugeben, wie er seinen letzten Willen in Ansehung des Zweckes, der Verwaltung und Beaufsichtigung der beabsichtigten Stiftung dem Richter zu verlautbaren habe (Verordnung Nr. 38 II.).

Nr. 178. Beifügung einer Testamentsabschrift.

G. B. Nr. 189. VI.

Bei Errichtung der Fundationsurkunden über letztwillige Stiftungen ist bisher nicht selten unterlassen worden, denselben die Ausfertigung des Testaments oder Testamentsextracts, welche der Pfarrer in Gemäßheit des Edicts dd. Güntersblum, den 14. Juli 1793 Abschn. VI. von den Gerichten kostenfrei erhält oder zu beanspruchen hat (A. L. R. Th. 1, Tit. 12 § 230), zu annectiren, wie es nach der ausdrücklichen Vorschrift der Verordnung Nr. 38 II. geschehen soll. Um diesem unsere Geschäfte wie die Portoauslagen unnöthig vermehrenden Uebelstande künftighin vorzubeugen, verordnen wir nun, daß fortan die Ausfertigung des Testaments oder Testamentsextracts dem Hauptexemplare der zu unserer Genehmigung einzureichenden Fundationsurkunde angeschlossen und ebenso dem Duplikate derselben, im Falle ihr nicht, gemäß der Verordnung Nr. 8 IV. 1. a., die resp. letztwillige Bestimmung wörtlich inserirt worden wäre, eine Abschrift dieser letzteren angeheftet werde.

Die genaue Befolgung dieser Verordnung muß zugleich mit Rücksicht auf die Verordnung Nr. 186 IX. erwartet werden; jede Vernachlässigung derselben hat die Einziehung der durch die Weiterung entstandenen Kosten, bestehend in Kopialien, Abtraggebühren und Portoauslagen, durch Postvorschuß, ohne Hoffnung auf Ersatz aus dem Stiftungsfonds, unnachlässiglich zur Folge.

Nr. 179. Bezeichnung der Verwaltung und Aufsicht.

a) G. B. Nr. 211. XI.

Verhältnisse, deren nähere Bezeichnung kaum erforderlich sein dürfte, geben uns Veranlassung, die Herren Pfarrer auf die Nothwendigkeit auf-

merkjam zu machen, daß künftig bei Abfassung von Stiftungs-Urkunden bezüglich der Verwaltung stets ausdrücklich festgesetzt werde, daß sie von dem betreffenden römisch-katholischen Pfarrer unter Oheraufsicht des römisch-katholischen Bischofs der Breslauer Diöcese verwaltet werden sollen. Bei geeigneter Belehrung durch die Herren Pfarrer wird diese Fassung Seitens der Stifter gewiß keinerlei Schwierigkeit finden, da sie nur dazu bestimmt ist, deren Intentionen nach Möglichkeit gegen feindliche Eingriffe sicher zu stellen.

b) G. B. Nr. 217. VII.

Da nach dem Gesetz über die Vermögens-Verwaltung der katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 die katholischen Kirchen-Vorstände das gesammte Kirchen-, auch das Fundations-Vermögen zu verwalten haben, so muß jede Fundations-Urkunde, wenn sie auch vom Pfarrer aufgenommen, unterschrieben und unterschiegelt ist, gleichwohl auch vom Kirchen-Vorstande zum Zeichen der Annahme unterschrieben und unterschiegelt werden. In dem Vermerk, daß die *re*. Fundation vom Pfarrer allein unter alleiniger Oheraufsicht der bischöflichen Behörde verwaltet werden soll, ist das Wort allein wegzulassen.

Nr. 180. Ausschluß der patronatlichen Aufsicht.

G. B. Nr. 277. IV.

Breslau, den 3. November 1891.

In der Instruction vom 21. October 1883 für den Geschäftsgang bei der Rechnungslegung katholischer Kirchengemeinden der Provinz Schlesien heißt es Bemerkung a zu 3 bis 7:

Dem Patronate sind diejenigen Rechnungen über besondere Stiftungen und Fonds nicht mit vorzulegen, bezüglich deren die patronatliche Aufsicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Der altherkömmliche Wortlaut der Stiftungs-Urkunde also:

„diese Stiftung steht unter alleiniger Oheraufsicht des fürstbischöflichen Stuhles (oder der fürstbischöflichen Behörde), die patronatliche Aufsicht ist ausgeschlossen,“

bleibt auch für die neuen Stiftungs-Urkunden bedeutungsvoll und empfehlenswerth. Soweit der Kirchenvorstand frei ist von der Rechnungslegung an das Patronat, ist darin, wie jüngst staatsseitig anerkannt, zugleich eingeschlossen die Befreiung von Einholung der patronatlichen Genehmigung zu einzelnen Handlungen der laufenden Verwaltung, namentlich zu der Ausleihung der Stiftungs-Kapitalien. Gegen unnöthige Beschränkungen darf die kirchliche Verwaltung sich verwahren; besondere Stiftungen, welche zu den Pflichten und Lasten des Patronates nicht eine Beziehung haben, entziehen sich folgerichtig dem Einflusse des Patronats.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 181. Genaue Bezeichnung der Empfangsberechtigten.

a) G. B. Nr. 220. V.

Wir finden uns veranlaßt, anzuordnen, daß in Zukunft in den Stiftungs-Urkunden, sofern einer der Participanten mehrere Obligationen zu erfüllen hat, für jede Obligation der specielle Betrag anzugeben ist,

z. B. für eine stille heil. Messe, für ein Requiem, für Kanzelfürbitte, Procuratorium &c. Noch bemerken wir, daß von den Fundations-Urkunden zu unseren Akten wirkliche Duplicate und Triplicate, nicht bloße Abschriften, wie es bei Pachtverträgen geschieht, einzureichen sind.

b) G. B. Nr. 294. VII.

Wegen des öfter hervortretenden Bestrebens, eine Trennung der „niederen Kirchendienste“ von dem Schulanthe herbeizuführen, sehen wir uns noch veranlaßt, die Herren Pfarrer bezw. Vorstehenden der Kirchenvorstände anzuweisen, bei Abfassung neuer Stiftungsurkunden die Kirchendienste, für welche in den Urkunden Gebühren ausgeworfen werden, thunlichst genau zu bezeichnen, damit für die Zukunft möglichst jeder Zweifel über die Berechtigung zum Bezuge ausgeschlossen werde.

Auch bei sonstigen Verhandlungen, namentlich bei Ablösungen und Landumlegungen, ist streng auf die Feststellung des bezugsberechtigten Kirchenbeamten zu halten.

Nr. 182. Zuweisung der Procura-Gebühren.

G. B. Nr. 218. X.

Bei Errichtung neuer, insbesondere Messfundationen, wird es sich, um allen Zweifeln in Betreff der Procura-Gebühren zu begegnen, empfehlen, außer dem stipulirten Stipendium die qu. Gebühren ausdrücklich dem Pfarrer zuzuschreiben als Entschädigung für seine Mühewaltung in der kirchlichen Anordnung der Stiftungen. Wegen der Höhe des Stipendiums, falls der Ortsgeistliche die heilige Messe nicht selbst celebriren kann, ist unsere Verordnung Nr. 114 II. zu beachten. (Siehe Nr. 169.)

Nr. 183. Annahme-Vermerke.

G. B. Nr. 236. III.

Um fortwährenden Weiterungen vorzubeugen, wird hiermit in Erinnerung gebracht, daß Urkunden über kirchliche Stiftungen, von wem immer sie abgefaßt sein mögen, mit der Annahme-Erklärung des Pfarramtes und des Kirchen-Vorstandes zu versehen sind, wobei bemerkt wird, daß Letzterem keinerlei Befugniß zusteht, über den Inhalt der Urkunde oder über die Vertheilung des Stiftungs-Ertragnisses zu befinden, sondern nur die Pflicht obliegt, durch Sitzungsbeschluß die Fundation in vermögensrechtlicher Beziehung in Verwaltung und das Fundations-Kapital in Verwahrung zu nehmen.

Für die unter Beidrückung der Amtssiegel zu vermerkenden Erklärungen wird folgende Fassung zu wählen sein:

a) des Pfarramtes:

Vorstehende Stiftung wird vorbehaltlich der Genehmigung des Hochwürdigsten fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes hierdurch angenommen.

N., den

(L. S.)

Das katholische Pfarramt.

N. N., Pfarrer.

b) des Kirchen-Vorstandes:

Laut Beschlusses vom wird vorstehende Stiftung in vermögensrechtlicher Beziehung hierdurch in Verwaltung genommen.

N., den

(L. S.)

Der katholische Kirchen-Vorstand.

N. N., Vorsitzender.

N. N.,
N. N., } Mitglieder.

Siehe § 19 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, wonach eben die in Rede stehende Erklärung des Kirchen-Vorstandes der Unterschrift des Vorsitzenden (welcher seinem Namen das Wort „Vorsitzender“ beizufügen hat), und noch zweier Mitglieder bedarf, sowie der Beidrückung des Amtssiegels.

Nr. 184. Papier und Schrift in Stiftungsurkunden.

G. B. Nr. 239. IV.

Es kommt häufig vor, daß Stiftungs-Urkunden auf ganz gewöhnlichem und schlechtem Papier, oft auch in sehr unleserlicher Schrift abgefaßt werden. Da solche Urkunden für dauernde Zeiten gelten und deshalb gleichwie die der Kirche gehörigen Werthpapiere unter sicherem Verschuß in Verwahrung gehalten werden sollen (cf. Günthersblumer Edikt vom 14. Juli 1793 Abschn. II. Nr. 16), so bestimmen wir hierdurch, daß in Zukunft zu dergleichen Urkunden gutes und haltbares Papier, sogenanntes Urkunden-Papier, verwendet und dieselben in großer und deutlicher Schrift abgefaßt werden. Ferner sind dieselben nicht auf halb gebrochene Bogen, sondern über die ganze Seite mit einigem Raum an der linken Seite zu schreiben. Im Uebrigen machen wir bezüglich der Erfordernisse für Fundations-Urkunden auf die in unseren gedruckten Verordnungen enthaltenen Bestimmungen aufmerksam und zwar Nr. 8 IV., 38 II., 173 IV., 189 VI., 197 XIII., 220 V., 223 VIII., 224 IX., 229 IV. u. 236 II.

Nr. 185. Dreifache Ausfertigung von Stiftungsurkunden.

G. B. Nr. 223. VIII.

Wir verordnen hierdurch, daß von jetzt ab alle neu errichteten Fundationsurkunden an uns in triplo zur Bestätigung einzureichen sind, damit ein Exemplar den betreffenden Archipresbyterats-Akten zur besseren Controlle überwiesen werden kann.

Nr. 186. Anzeige über Anlegung von Stiftungskapitalien.

G. B. Nr. 144. VIII.

Bei Anmeldungen von Foundationen ist stets zugleich zu bemerken, ob und auf welche Art das Fundationskapital angelegt worden ist oder werden soll und in letzterem Falle die geschehene Anlegung rechtzeitig zur Anzeige zu bringen.

Nr. 187. Zusammenstellung der Bestimmungen über Stiftungsurkunden.

G. B. Nr. 260. X.

Die fortdauernden Verluste, welche durch Ausloosung von Werthpapieren zur Baarzahlung und Kündigung hypothekarisch ausgeliehener Kapitalien

den Kirchen- und Fundations-Kassen entstehen, veranlassen uns, die Kirchenvorstände, insbesondere die Vorstehenden derselben anzuweisen, bei Annahme neuer Stiftungskapitalien für die Zinsvertheilung nur noch einen Ertrag von drei Prozent zu Grunde zu legen, damit nicht später die Stiftungen bezw. deren Erfüllung für die Benefizien eine Last werde. Gemäß früherer Bestimmungen in Verordnung Nr. 224 IX. und 229 IV. sollen die Anthelle für den Pfarrer für eine stille heil. Messe mindestens 2 Mark, — für eine gesungene heil. Messe oder ein Requiem 4 Mark — und für die sonntägliche Kanzelfürbitte 5,20 Mark betragen.

Auch wird in Zukunft darauf zu achten sein, daß bei zu fundirenden gesungenen heil. Messen oder Requiems der Kirche ein entsprechender Antheil ausgesetzt werde und zwar für das einfache Requiem oder Hochamt mindestens 1 Mark; werden aber weitere Feierlichkeiten beansprucht, wie der Gebrauch von Weihrauch, Tombe, mehr als vier Kerzen, Altarteppich zc., so müssen die Ansätze auch demgemäß erhöht werden und ist hierbei die Stoltaxe maßgebend.

Ferner wird es sich zur Vereinfachung der jährlichen Rechnungslegung und um jeder Unzufriedenheit bei eintretender Zinsveränderung Seitens der Interessenten für immer vorzubeugen, dringend empfehlen, daß die Ansätze für die Kirche, für Küster, Organist, Sänger, Calsanten, Ministranten zc. als für alle Zeiten unabänderlich aufgeführt und der Rest als dem Pfarrer gehörig bezeichnet werde, welch' letzterer alsdann auch die durch Zinsveränderungen entstehenden Vortheile oder Verluste allein zu tragen hat. (cf. hierzu die Bestimmung unten sub 3.) Selbstverständlich wird demgemäß das Stiftungskapital von solcher Höhe sein müssen, daß auch bei jeder künftigen Zinserniedrigung der dem Pfarrer zustehende Satz noch erreicht wird, was bei einer Zugrundelegung von 3% Zinsen wohl immer der Fall sein dürfte.

Endlich bringen wir noch einige Bestimmungen, gegen die vielfach bei Einsendung von Stiftungsurkunden verstoßen und deshalb deren Rücksendung zur Folge hat, hier in Erinnerung, nämlich:

1. daß über jede Stiftung eine besondere Stiftungs-Urkunde (Stiftungsbrief) erforderlich ist und daß dergl. Urkunden auf dauerhaftes, sogenanntes Urkundenpapier und zwar nicht auf gebrochenem Bogen, sondern über die ganze Seite zu schreiben sind (G. B. Nr. 239 IV.);
2. daß die Schrift deutlich und korrekt sein muß, weshalb die Urkunden von dem bei weitem größten Theil der Herren Pfarrer nicht selbst, sondern durch eine andere Person niederzuschreiben sein werden (Verordn. 239 IV.);
3. daß die Beträge für die verschiedenen Obligationen, Requiem, stille heil. Messen, Kanzelfürbitte zc., einzeln und speciell aufzuführen sind (Verordn. 220 V.);
4. daß bei Stiftungen, welche auf Grund testamentarischer Bestimmungen errichtet werden sollen, stets die Testaments-Ausfertigung oder eine gerichtlich beglaubigte Testaments-Abschrift bezw. Aus-

- zug gleichzeitig mit einzureichen ist (Verordn. 8 IV., 38 II., 189 VI.);
5. daß am Schluß die in Verordnung Nr. 236 IV. vorgeschriebenen Annahme-Vermerke seitens des Pfarramtes und des Kirchen-Vorstandes beizufügen;
 6. daß die Urkunden in dreifacher Ausfertigung, (nicht in Abschriften, sondern als Unikat, Duplikat und Triplikat) einzureichen sind (G. B. Nr. 223 VIII.);
 7. daß die Urkunden vom Stifter zu unterschreiben sind, bezw. bei Stiftungen auf Grund testamentarischer Bestimmungen möglichst vom Universalerben oder Testaments-Exekutor (G. B. Nr. 8 IV.);
 8. daß die patronatliche Aufsicht ausdrücklich auszuschließen ist (G. B. Nr. 277 IV.);
 9. daß die Partizipanten und der auf jeden derselben entfallende Betrag genau zu bezeichnen sind (G. B. Nr. 8 IV., 194 VII.);
 10. daß jede neu errichtete Stiftung spätestens innerhalb 14 Tagen dem Fb. Gen.-Wit.-Amte anzumelden ist (G. B. Nr. 32 VII.), und
 11. dabei zugleich zu berichten ist, ob und auf welche Art das Stiftungskapital angelegt werden soll (G. B. Nr. 144 VIII.).

Anmerkung: 1. Das zu bestimmten milden oder frommen Zwecken (*ad pias causas*) legitirte oder gestiftete Vermögen, welches bei der Pfarrkirche verwaltet wird, gehört nicht zum Kirchenvermögen im engeren Sinne und darf deshalb mit diesem in keiner Weise vereinigt, sondern muß ganz selbständig gehalten und verwaltet werden (G. B. Nr. 66 IV., 103 I., 173 IV.).

Die Kirchenpatrone haben an das Fundations-Vermögen keine Ansprüche zu machen, sollen nach Diöcesanrecht an dessen Verwaltung nicht theilnehmen (G. B. Nr. 12 III.). Vergl. oben Nr. 180.

Die Kosten, welche durch eine Fundation entstehen, müssen, wenn der Fundator sie nicht übernimmt, durch die Fundation selbst getragen und können dazu die zuerst fälligen Zinsen verwandt werden, sodaß die Verpflichtungen erst beginnen, wenn oder soweit die Kosten gedeckt sind.

2. Archipresbyteri in visitationibus annuis quam diligentissime inquirent, quae forte recentes fundationes ad manus parochi factae fuerint, et num de earum assecuratione parochus ea, quae legis sunt, sine mora procuraverit. Advigilent insuper, ut annui sodalitatum redditus et piae fidelium eleemosynae summa fide et integritate administrentur (Instructio pro Archipresbyteris seu Decanis Episcopatus Wratislaviensis d. d. 29. Januarii 1858. Nr. IV.).

Sodann sollen die Erzpriester bei der Kirchenvisitation, sowie bei Erledigung einer Pfarrei durch Tod oder Fortgang des Stelleninhabers die Controllbücher über perfolvirte Fundationen, sowie die Intentionsbücher einsehen (G. B. Nr. 202 XIII., 306 VII., 340 II.).

Die früher vorgeschriebenen Archipresbyterats-Fundations-Verzeichnisse (G. B. Nr. 10 IV.) sind zwar nicht mehr unbedingt nothwendig, da jetzt Triplikate der einzelnen Stiftungs-Urkunden zu den Archipresbyterats-Älten gesandt werden (G. B. Nr. 223 VIII.), würden aber die Uebersicht über die im Archipresbyterat vorhandenen Stiftungen und die jährliche Revision derselben erleichtern.

3. Von Stempelsteuer frei sind Stiftungen bei Kirchen, wenn sie keine specielle Zweckbestimmung oder nur eine solche für gottesdienstliche Zwecke haben. Sonst unterliegen sie einer Stempelsteuer von 4 $\frac{1}{2}$ %, falls nicht das Stempel- und Erbschafts-Steueramt im einzelnen Falle davon absieht (G. B. Nr. 204 VI., 244 III., 324 VII.). Siehe Theil 4, Abschnitt: Vorrechte des kirchlichen Vermögens.

4. Stiftungen mit Vorbehalt der Zinsen, falls der Zinsengenuß nach dem Tode des Stifters noch einer dritten Person (z. B. nach dem Tode eines Pfarrers dessen Schwester ad dies vitae) zustehen sollen, unterliegen als Leibrenten-Verträge einer verhältnißmäßigen Stempelsteuer (G. B. Nr. 324 VII.).

5. Wenn das Stiftungs-Kapital in Geld oder Grundstücken einen Werth von mehr als 5000 Mk. hat, so bedarf die betreffende Kirche, bezw. der Kirchenvorstand zur Annahme dieses Stiftungs-Kapitals der staatlichen Genehmigung (G. B. Nr. 364 V. und VI.). Das Nähere hierüber unten Theil 4, Abschnitt: Erwerb von Vermögen.

z. Mehrreduktionen¹⁾.

Nr. 188. Umfang der Vollmacht und Verfahren bei Mehrreduktionen.

a) G. B. Nr. 52. III.

Nachstehende Ordinariats-Berordnung ist uns zur Promulgation an die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit zugesertigt worden:

Die häufigen Gesuche um Reduction von missae perpetuae wegen Verminderung der Stiftungsfonds veranlassen Uns zur Vermeidung von irrigen Vorstellungen in Betreff des Umfangs Unserer Vollmachten dieselben wörtlich²⁾, wie folgt, mitzutheilen:

Nuper referebat Eminentia Vestra, nonnulla perpetua missarum onera in sua dioecesi varias ob causas et signanter propter diminutionem et insufficientiam reddituum aut possessorum inopiam adimpleta praeterito tempore non fuisse nec in posterum ad amussim impleri facile posse.

Qua de re Sanctissimus Dominus Noster, ut conscientiae horum fidelium citius ac facilius consuli queat, oblatis sibi precibus annuens, per praesentes litteras S. Congregationis Concilii facultatem benigne concedit eidem Eminentiae Vestrae, ut super enunciatis praeteritis omissionibus vere pauperes absolvere gratis possit, imposita tamen singulis juxta uniuscujusque vires et culpaе gravitatem, pro suo arbitrio et prudentia, obligatione nonnullas missas celebrare faciendi, et aliqua pia opera obendi in suffragium eorum, pro quibus sacra erant litanda: pariterque potestatem Eminentiae Vestrae concedit ad triennium duraturam ut praefata missarum onera in expositis adjunctis, et quoties nemo sit qui ad eleemosynae supplementum jure ac faciliter cogi queat, per tres annos³⁾ et non ultra ad rationem eleemosynae synodalis seu actu in ista dioecesi legitime vigentis⁴⁾ moderari ac reducere valeat eadem Eminentia Vestra, ejus manus humillime deosculor.

A. Card. Di Pietro, Praef.

Romae, 5. Maji 1900.

¹⁾ Vergl. Laemmer a. a. O. S. 689 ff.

²⁾ An Stelle der veralteten folgt hier der Wortlaut der neuesten Vollmacht.

³⁾ Nur vorübergehend war dieser Zeitraum auf 10 Jahre ausgedehnt worden (G. B. Nr. 69 I.).

⁴⁾ Also nach Maßgabe des stipendium justum dioecesanum. — Regula, ut scilicet, quoties reductionis peragendae urgeat necessitas, integro relicto Missarum numero, reducantur potius reliqua pia opera, inititur praesumptae menti ac voluntati fundatoris, qui proclivior fuisse censendus est in illud pium opus, ex quo majora animae suae suffragia obventura prospiceret, quale est incruentum altaris sacrificium (Benedict. XIV. de synod. dioec. lib. 13. cap. ult.).

Für das Verfahren bei Meßreductionen ist das Indultum Benedict P. P. XIII. in Romana Synodo impressum maßgebend:

„Quoad onera vero perpetuarum Missarum usque in praesentem diem acceptata et in posterum adimplenda, Sanctitas Sua eidem Patri Abbati Generali demandavit, ut adhibito suorum Assistentium, quatenus juxta Constitutiones adsint in sua Religione Assistentes, sin minus aliorum gravium Patrum, quos in arduis consulere consuevit, consilio, e singulis Italiae Provinciis binos aut etiam plures eligat Religiosos, pietate zelo, doctrina et probitate praeditos qui testamentis, instrumentis, libris, tabellis, ceterisque documentis, quibus onera Missarum unicuique Monasterio suae Provinciae respective incumbentia descripta continentur, perspectis ac sedulo examinatis et redditibus, unicuique oneri attributis, nec non eorum diminutionibus diligenter perquisitis atque perpensis, et praesertim an ipsae diminutiones perpetuae sint vel temporanae, distinctam atque fidelem descriptionem ad eundem Patrem Generalem transmittant, qui una cum dictis Patribus Assistentibus, aut aliis supra memoratis, quos in arduis consulere consuevit, pro eorum omnium conscientia (cujus rationem supremo Judici Christo Domino se districte reddituros meminisse debent) unamquamque Missam perpetuam moderari valeat et reducere ad rationem eleemosynae scutorum sexaginta monetae Romanae pro qualibet Missa quotidiana intra terminum trium annorum a data praesentium; factaque post reductionem distincta onerum descriptione in Tabella onerum cujusque Monasterii.“

Dasselbe Verfahren ist sonach congrua congruis referendo von Uns einzuhalten, und verordnen Wir demgemäß, daß alle derartigen Gesuche quoad onera imposterum adimplenda genau in der Weise, wie sie das apostolische Indult für die bini aut etiam plures Religiosi vorschreibt, von dem betreffenden Erzpriester und Actuarius Circuli geprüft, und von dem Berichte derselben begleitet hierher eingeschickt werden. Suchen Erzpriester oder Actuarii Circuli für sich selbst solche Reductionen nach, so sind deren Gesuche in gleicher Weise von dem nicht petirenden Actuarius Circuli oder Erzpriester desselben Archipresbyterats unter Zuziehung eines geeigneten Geistlichen zu prüfen und mit Bericht zu begleiten.

b) G. B. Nr. 221. V.

Laut hoher br. m. Verfügung vom 14. November cr. (Nr. 3476) übersenden wir in der Anlage eine Tabelle, welche bei Anträgen auf Reduction von Fundations-Verpflichtungen genau zu beachten ist.

Bei Anträgen um Verminderung von heil. Messen aus Foundationen sind stets beizufügen:

- a. eine Tabelle nach beifolgendem Schema, welche von dem Archipresbyterats-Vorstande — Erzpriester und Actuarius Circuli — attestirt sein muß, in 2 Exemplaren,

und b. die betreffenden Stiftungs-Urkunden, sofern solche vorhanden.

Tabelle

betreffend

die Reduction von Fundations-Verpflichtungen bei der kathol. Pfarr=Zivil-Kirche

in N., Archipresbyterat N.

Name der Fundation.	Angaben aus der Fundations-Rechnung pro 188 ...										Datum der Urkunde.		Nach der Urkunde sollen jährlich verortheilt werden		Gutachten des Archipr.-Vorstandes.				Bestimmung der künftig zu leistenden Onera durch d. hochwürdigsten Herrn Fürstbischof heill. Messen		Bemerkungen.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
	Urspr. Kapital. M. A.	Gegen- wärtig vor- handenes Kapital. M. A.	o/o	Zinss. M. A.	die Kirche. M. A.	den als solv. M. A.	den als pro cura. M. A.	die übrigen Verrech- tigten. M. A.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
1. 3. Haberborn, R.	350 —	300 —	4	12 —																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			

Die Richtigkeit des Ausganges nach der Urkunde und der letzten
Zabres-Rechnung versichert.

Geprüft, richtig befunden und mit gutachtlichen Reductions-
Zahlen versehen.

N. den

N. den

N. Pfarrer.

Archipresbyterats-Vorsitzer.

N. Actuarius Circuli.

N. Erzprieester.

Nr. 189. Facultas transferendi missas fundatas ad alios dies, ecclesias et altaria.

a) Decretum S. C. Concilii d. 5. Maji 1900. (Bgl. G. B. Nr. 69. Ib.)

Exposuit E. V., in sua Dioecesi nonnullarum Missarum onera certis ecclesiis, altaribus et diebus affixa esse quibus ob sacerdotum penuriam vel aliam justam causam nequit satisfieri: unde fit ut hujusmodi Missarum onera celebratio retardetur vel etiam omittatur.

Porro Sanctissimus Dominus Noster ad occurrendum huic malo precibus E. V. benigne annuens per praesentes litteras S. C. Concilii indulget, ut quoties necessitas id exigerit nec divinus cultus idcirco minuatur aut populi commoditati praejudicium afferatur, possis eadem E. V. enunciatorum onerum satisfactionem ad alios dies, ecclesias et altaria, intra ipsam tamen dioecesim transferre. At ab hoc indulto S. V. excepta voluit legata, quorum implementum in designatis locis haberi facile potest per augmentum eleemosynae: ac jussit hanc facultatem E. V. ad triennium tantum concedi atque ita ut concessionibus vigore praesentis rescripti a se faciendi pariter triennii terminum non excedant et de enunciatarum Missarum celebratione quotannis a singulis doceatur coram Eminentia Vestra, cujus manus humillime deoseculor.

Romae, 5. Maji 1900.

A. Card. Di Pietro, Praef.

b) Ordinariats-Erklärung hierzu. G. B. Nr. 90. X.

Es ist diejenige Anordnung, nach welcher die Fundations-Messen, welche wegen Mangel an Geistlichen oder anderen Ursachen in einer Kirche nicht gelesen werden können, an den Hochwürdigsten Ordinarius einzufenden sind, damit sie von diesem auf Grund der in Nr. 69 I. dieser Verordnungen mitgetheilten Facultät vertheilt werden, nicht überall richtig verstanden worden. Da die Facultät ausdrücklich nur von solchen Messen spricht, welche an eine Kirche, Altar oder Tag gebunden sind und daselbst nicht gelesen werden können, so versteht es sich von selbst, daß, wenn sie in der bestimmten Kirche gelesen werden können, sei es vom Pfarrer, oder einem anderen Priester, dieselben auch zu lesen und darum nicht einzufenden sind. Nur muß der Beweis bei der Rechnungslegung geführt werden, daß sie in der Kirche u. s. w. wirklich gelesen worden sind. Hieraus folgt ferner, daß der Pfarrer solche Fundationsmessen auch von anderen Priestern lesen lassen darf, nur muß dies in der fundationsmäßig bestimmten Kirche geschehen.

Nr. 190. Facultas transferendi missas fundatas extra dioecesim.

G. B. Nr. 117. V.

Impertita fuit Sanctitas Vestra Episcopo Wratislaviensi. Oratori facultatem de una in aliam Ecclesiam transferendi missarum celebrationem quando vel ob Sacerdotum penuriam, vel ob aliam justam et rationabilem causam nequirent in designatis a testatoribus Ecclesiis, locis, et Altaribus celebrari.

Huic tamen concessionem adjecta est conditio, ut Missae intra Dioecesim celebrentur. Non raro accidit ut huic conditioni satisfieri nequeat: hinc est quod expostulat, ut sibi indulgeatur facultas celebrare faciendi exuberantia Missarum onera etiam extra Dioecesim. Et Deus etc.

„Die 18. Julii 1859. — Sanctissimus Dominus Noster, audita relatione infrascripti Secretarii Sacr. Congregationis Concilii, attentisque expositis, benigne indulgit Episcopo oratori, ut, veris existentibus narratis, celebratoque majori qui fieri poterit missarum numero in designatis Ecclesiis, vel in aliis intra Dioecesim, reliquas superextantes missas pro suo arbitrio et conscientia etiam extra ipsam Dioecesim per triennium¹⁾ proximum tantum celebrare facere possit et valeat juxta petita; ita tamen ut quisque ex Indultariis coram eodem Episcopo vel Ordinario pro tempore quotannis de integro et fidei adimplemento missarum docere teneatur.

(L. S.)

A. M. Eps. Tuscul. Card. Cagiano, Praef.

A. Quaglia, Secretarius.

Nr. 191. Facultas reducendi missas dotationis.

G. V. Nr. 206. III.

Breslau, den 13. Februar 1874.

Um vielfachen Gesuchen zu entsprechen, welche seit längerer Zeit von den seitens des Staates aus dem sogen. Säkularisations-Fonds dotirten S. S. Geistlichen Unserer Diöcese preussischen Antheils, seien es Pfarrer, Kreisvikare oder Kaplanen, an uns gerichtet wurden, haben wir Uns von Sr. Heiligkeit die Vollmacht erbeten und durch Rescript der S. Congregatio Concilii vom 10. Januar 1874²⁾ ad Septennium erhalten, diejenigen heil. Messen, welche die oben erwähnten S. S. Geistlichen auf Grund ihrer Dotation aus dem gedachten Fonds jährlich zu persolviren verpflichtet sind, auf die Hälfte zu reduzieren.

Indem Wir Unserem Hochwürdigem General-Vicariat-Amte auftragen, dieses den S. S. Interessenten durch die Circular-Berordnungen bekannt zu machen, geschieht dies mit dem Bemerken, daß jeder einzelne Geistliche, welcher diese Reduction zu erlangen wünscht, sich mit seinem diesfälligen Gesuche an Uns unter Einreichung des Verzeichnisses der ihm obliegenden Obligationen zu wenden hat.

An

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 407b. hier.

Fürst-Bischof.

† Heinrich.

Nr. 192. Der terminus a quo bei Mehrreductionen.

G. V. Nr. 210. XII.

Auf mehrfache Anfragen machen wir der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit im hohen Auftrage Sr. Fb. Gnaden bekannt, daß der terminus a quo³⁾

¹⁾ Indultum hoc die 11. Maji 1898 ad aliud triennium concessum est.

²⁾ Das neueste Indult vom 24. Mai 1898 giebt die Vollmacht reducendi missas dotationis ad quintam partem favore tam titularium quam adjutorum ad decennium. In Fällen besonderer Dringlichkeit giebt ein anderes Indult vom 12. April 1897 die facultas reducendi fundationes missarum titulari destitutas und ein Indult vom 20. Juli 1898 die facultas reducendi missas cum cantu ad missas lectas pro intranti quantitate redituum.

³⁾ Für die Zukunft ist der terminus a quo der Tag, an welchem das bischöfliche Indult ausgefertigt ist. Der terminus ad quem ergibt sich dann aus dem Indult von selber. Der Ordinarius kann z. B. auf Grund der vorstehenden päpstlichen Vollmacht (Nr. 189), welche für ihn am 4. Mai 1903 endet, noch an diesem letzten Tage eine Reduction ad triennium bewilligen, welche bis zum 3. Mai 1906 gelten würde.

der in unserer Verordnung Nr. 206. III. u. IV. erwähnten Mefßreduction der 1. Januar 1874 ist. Der terminus ad quem ergiebt sich aus den diesfalls von Sr. Fb. Gnaden erlassenen einzelnen Dekreten.

D. Die Buße.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 87—105.

Nr. 193. Jurisdiktions-Examen.

G. B. Nr. 251. VI.

Breslau, den 17. November 1888.

Ich habe mich veranlaßt gefunden, für das Jurisdiktions-Examen pro cura animarum folgende Anordnungen zu treffen:

1. Das Jurisdiktions-Examen findet fortan nur in Breslau und zwar jährlich zweimal, nämlich im Frühjahr und im Herbst statt; die Termine werden rechtzeitig von meinem hochwürdigen General-Vicariat-Amte bekannt gemacht werden.
2. Mit dieser Bekanntmachung wird zugleich die Angabe der Gegenstände verbunden werden, in denen aus den einzelnen theologischen Disciplinen geprüft werden soll.
3. Das Jurisdiktions-Examen wird fortan von einer besonderen Prüfungs-Commission unter dem Voritze des Fürstbischofs oder des Fürstbischöflichen General-Vicars abgehalten werden.
4. Dem Jurisdiktions-Examen haben sich alle in der Seelsorge beschäftigten Diöcesangeistlichen, so lange sie nicht Pfarrer sind, zu unterziehen; jedoch soll ein zweimaliger, sehr befriedigender Ausfall desselben, sowie ein sehr gut bestandenes Pfarrconcurs-Examen von demselben befreien.
5. Diejenigen Diöcesanpriester, deren Jurisdiktion abläuft, haben dies rechtzeitig vor dem nächstbevorstehenden Jurisdiktions-Examen meinem hochwürdigen General-Vicariat-Amte unter Einwendung des Jurisdiktions-Dokumentes anzuzeigen und die Vorladung zum Examen oder die Rücksendung des Jurisdiktions-Dokumentes mit Verlängerung der Jurisdiktion abzuwarten.

An
das hochwürdige General-Vicariat-Amte
G. R. 6157 a. hier selbst.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 194. Gegenseitige Aushilfe zwischen Civil- und Militär-Geistlichen.

G. B. Nr. 261 a. VI.

Breslau, den 4. Februar 1890.

Zwischen dem katholischen Feldpropste der Armee, dem Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Aßmann und dem Unterzeichneten ist die Vereinbarung getroffen worden, daß die Civil- wie die Militärgeistlichen zu gegenseitiger Aushilfe und vorübergehender Vertretung in der Civil- bzw. Militärseelsorge durch die von ihrem zuständigen Ordinarius erhaltene Jurisdiktion zugleich approbirt sind.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 195. Jurisdiktion für Priester in den Grenzdistrikten benachbarter Diöcesen.

G. B. Nr. 233. VII.

Breslau, den 29. September 1884.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle die nachstehende Verordnung dem ehrwürdigen Diöcesanclerus bekannt geben:

In den letzten Jahren haben wiederholt Regular- und Sacular-Priester benachbarter Diöcesen ohne meine oder meines Hochwürdigsten General-Vicariat-Amtes Genehmigung in Parochieen meiner Diöcese längere Zeit Aushilfe geleistet. In mehreren Fällen sind daraus Unzulänglichkeiten entstanden, die mich bestimmen, die besondere Aufmerksamkeit meines ehrwürdigen Diöcesanclerus auf diese Verhältnisse zu richten. Ich trage Bedenken, ein für allemal mit der Tradition zu brechen, gemäß welcher einzelne vorübergehende aushilfsweise Beschäftigungen von Priestern der Nachbardiöcesen in den Grenzdistrikten ohne besondere Genehmigung meines Hochwürdigsten General-Vicariat-Amtes gestattet sind, muß aber unbedingt fordern, daß die Herren Pfarrer und Seelsorger dabei die größte Vorsicht walten lassen. Insbesondere werden dieselben den Nachweis der Priesterweihe, das Jurisdiktions-Dokument, eine Empfehlung der Vorgesetzten aus jüngerer Zeit, und bei Regular-Priestern die Genehmigung zu zeitweisem Aufenthalte außerhalb des Klosters fordern und selbst in geeigneter Weise Erkundigungen über die betreffenden Priester einziehen. Nur wenn jede Besorgniß bezüglich der Person ausgeschlossen ist, sind die Herren Pfarrer und Seelsorger ermächtigt, solche Priester zu vorübergehender Aushilfe bei Ablässen und sonstigen Beichtconcurse, nicht aber zur Vertretung in der Seelsorge einer Pfarrei zuzulassen.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 196. Erste Beicht der Kinder.

a) Litterae Pastorales d. d. 1. Martii 1855. §§ 46, 47.

Meminerint sui muneris parochi, ut parvulos pro rei gravitate ad confitendum diligentissime instituant, inprimis quidem eos, qui a catholicorum scholas frequentare coguntur, ut sollicitationibus inevitabilibus resistere valeant.

Qui parvuli ad institutionem confessionalem admittantur, non certus aetatis annus, sed ipsorum captus decernat. Confiteantur parvuli, ubi fieri potuerit, multo ante primam Communionem; nec vero haec semper in annum decimum quartum differenda est.

b) Zb. Erlaß vom 27. November 1899. Nr. 6.

Es ist im Anschlusse an die oberhirtlichen Mahnungen dahin zu streben, daß die Kinder wenigstens 1 Jahr vor der Entlassung aus der Schule zur ersten hl. Communion geführt werden, nachdem sie wenigstens 2 oder 3 Jahre vorher und zwar vierteljährlich zur ersten hl. Beichte geführt worden sind. Hierüber ist in den Visitationsprotocollen zu berichten.

Nr. 197. Constitutio Pii P. P. IX. „Apostolicae Sedis“ d. 12. Octobris 1869,
qua ecclesiasticae censurae latae sententiae limitantur.

G. B. Nr. 197. I.

Apostolicae Sedis moderationi convenit, quae salubriter veterum canonum auctoritate constituta sunt, sic retinere, ut, si temporum rerumque mutatio quidpiam esse temperandum prudenti dispensatione suadeat, Eadem Apostolica Sedes congruum supremae suae potestatis remedium ac providentiam impendat. Quamobrem cum animo Nostro iampridem revolveremus, ecclesiasticas censuras, quae per modum latae sententiae, ipsoque facto incurrendae ad incolumitatem ac disciplinam ipsius Ecclesiae tutandum, effrenemque improborum licentiam coercendam et emendandam sancte per singulas aetates indictae ac promulgatae sunt, magnum ad numerum sensim excrevisse; quasdam etiam, temporibus moribusque mutatis, a fine atque causis, ob quas impositae fuerant, vel a pristina utilitate, atque opportunitate excidisse; eamque ob rem non infrequentes oriri sive in iis, quibus animarum cura commissa est, sive in ipsis fidelibus dubietates, anxietates, angoresque conscientiae; Nos eiusmodi incommodis occurrere volentes, plenam earundem recensionem fieri, Nobisque proponi iussimus, ut diligenti adhibita consideratione, statueremus, quasnam ex illis servare ac retinere oporteret, quas vero moderari, aut abrogare congrueret. Ea igitur recensione peracta, ac Venerabilibus Fratribus Nostris S. R. E. Cardinalibus in negotiis Fidei Generalibus Inquisitoribus per universam Christianam Rempublicam deputatis in consilium adscitis, reque diu ac mature perpensa, motu proprio, certa scientia, matura deliberatione Nostra, deque Apostolicae Nostrae potestatis plenitudine, hac perpetuo valitura Constitutione decernimus, ut ex quibuscumque censuris sive excommunicationis, sive suspensionis, sive interdicti, quae per modum latae sententiae, ipsoque facto incurrendae hactenus impositae sunt, nonnisi illae, quas in hac ipsa Constitutione inserimus, eoque modo, quo inserimus, robur exinde habeant; simul declarantes, easdem non modo ex veterum canonum auctoritate, quatenus cum hac Nostra Constitutione conveniunt, verum etiam ex hac ipsa Constitutione Nostra, non secus ac si primum editae ab ea fuerint, vim suam prorsus accipere debere.

Excommunicationes latae sententiae speciali modo Romano Pontifici reservatae.

Itaque excommunicationi latae sententiae speciali modo Romano Pontifici reservatae subiacere declaramus:

1. Omnes a christiana fide apostatas, et omnes ac singulos haereticos, quocumque nomine censeantur, et cuiuscumque sectae existant, eisque credentes, eorumque receptores, fautores, ac generaliter quoslibet illorum defensores.

2. Omnes et singulos scienter legentes sine auctoritate Sedis Apostolicae libros eorumdem apostatarum et haereticorum haeresim propugnantes, nec non libros cuiusvis auctoris per Apostolicas litteras nominatim prohibitos, eosdemque libros retinentes, imprimentes et quomodolibet defendentes.

3. Schismaticos et eos qui a Romani Pontificis pro tempore existentis obedientia pertinaciter se subtrahunt, vel recedunt.

4. Omnes et singulos, cuiuscumque status, gradus seu conditionis fuerint, ab ordinationibus seu mandatis Romanorum Pontificum pro tempore existentium ad universale futurum Concilium appellantes, nec non eos, quorum auxilio, consilio vel favore appellatum fuerit.

5. Omnes interficientes, mutilantes, percutientes, capientes, carcerantes, detinentes, vel hostiliter insequentes S. R. E. Cardinales, Patriarchas, Archiepiscopos, Episcopos, Sedisque Apostolicae Legatos, vel Nuncios, aut eos a suis Diocesisibus, Territoriis, Terris, seu Dominiis ejicientes, nec non ea mandantes, vel rata habentes, seu praestantes in eis auxilium, consilium vel favorem.

6. Impedientes directe vel indirecte exercitium iurisdictionis ecclesiasticae sive interni sive externi fori, et ad hoc recurrentes ad forum saeculare eiusque mandata procurantes, edentes, aut auxilium, consilium vel favorem praestantes.

7. Cogentes sive directe, sive indirecte iudices laicos ad trahendum ad suum tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones: item edentes leges vel decreta contra libertatem aut iura Ecclesiae.

8. Recurrentes ad laicam potestatem ad impediendas litteras vel acta quaelibet a Sede Apostolica, vel ab eiusdem Legatis aut Delegatis quibuscumque profecta eorumque promulgationem vel executionem directe vel indirecte prohibentes, aut eorum causa sive ipsas partes, sive alios laedentes, vel perterrefacientes.

9. Omnes falsarios litterarum Apostolicarum, etiam in forma Brevis ac supplicationum gratiam vel iustitiam concernentium, per Romanum Pontificem, vel S. R. E. Vice-Cancellarios seu Gerentes vices eorum aut de mandato Eiusdem Romani Pontificis signatarum: nec non falso publicantes Litteras Apostolicas, etiam in forma Brevis, et etiam falso signantes supplicationes huiusmodi sub nomine Romani Pontificis seu Vice-Cancellarii aut Gerentis vices praedictorum.

10. Absolventes complicem in peccato turpi etiam in mortis articulo, si alius Sacerdos licet non adprobatus ad confessiones, sine gravi aliqua exortura infamia et scandalo, possit excipere morientis confessionem.

11. Usurpantes aut sequestrantes iurisdictionem, bona, redditus, ad personas ecclesiasticas ratione suarum Ecclesiarum aut beneficiorum pertinentes.

12. Invadentes, destruentes, detinentes per se vel per alios Civitates, Terras, loca aut iura ad Ecclesiam Romanam pertinentia; vel usurpantes, perturbantes, retinentes supremam iurisdictionem in eis; nec non ad singula praedicta auxilium, consilium, favorem praebentes.

A quibus omnibus excommunicationibus huc usque recensitis absolutionem Romano Pontifici pro tempore speciali modo reservatam esse et reservari; et pro ea generalem concessionem absolvendi a casibus et censuris, sive excommunicationibus Romano Pontifici reservatis nullo pacto sufficere declaramus, revocatis insuper earundem respectu quibuscumque indultis concessis sub quavis forma et quibusvis personis etiam Regularibus cuiuscumque Ordinis, Congregationis, Societatis et Instituti, etiam speciali mentione dignis et in quavis dignitate constitutis. Absolvere autem praesumentes sine debita facultate, etiam quovis praetextu, excommunicationis vinculo Romano Pontifici reservatae innodatos se sciant, dummodo non agatur de mortis articulo, in quo tamen firma sit quoad absolutos obligatio standi mandatis Ecclesiae, si convaluerint.

Excommunicationes latae sententiae Romano Pontifici
reservatae.

Excommunicationi latae sententiae Romano Pontifici reservatae subiungere declaramus:

1. Docentes vel defendentes sive publice, sive privatim propositiones ab Apostolica Sede damnatas sub excommunicationis poena latae sententiae; item docentes vel defendentes tanquam licitam praxim inquirendi a poenitente nomen complices, prouti damnata est a Benedicto XIV. in Const. „Suprema“ 7. Julii 1745; „Ubi primum“ 2. Julii 1746; „Ad eradicandum“ 28. Septembris 1746.

2. Violentas manus, suadente diabolo, iniicientes in Clericos, vel utriusque sexus Monachos, exceptis quoad reservationem casibus et personis, de quibus iure vel privilegio permittitur, ut Episcopus aut alius absolvat.

3. Duellum perpetrantes, aut simpliciter ad illud provocantes, vel ipsum acceptantes, et quoslibet complices, vel qualemcumque operam aut favorem praebentes, nec non de industria spectantes, illudque permittentes, vel quantum in illis est, non prohibentes, cuiuscumque dignitatis sint, etiam regalis vel imperialis.

4. Nomen dantes sectae Massonicae, aut Carbonariae, aut aliis eiusdem generis sectis quae contra Ecclesiam vel legitimas potestates seu palam, seu clandestine machinantur, nec non iisdem sectis favorem qualemcumque praestantes; earumve occultos coryphaeos ac duces non denunciantes, donec non denunciaverint.

5. Immunitatem asyli ecclesiastici violare iubentes, aut ausu temerario violantes.

6. Violantes clausuram Monialium, cuiuscumque generis aut conditionis, sexus vel aetatis fuerint, in earum monasteria absque legitima licentia ingrediendo; pariterque eos introducentes vel admittentes, itemque Moniales ab illa exeuntes extra casus ac formam a S. Pio V. in Constit. „Decori“ praescriptam.

7. Mulieres violantes Regularium virorum clausuram, et Superiores aliosve eas admittentes.

8. Reos simoniae realis in beneficiis quibuscumque, eorumque complices.

9. Reos simoniae confidentialis in beneficiis quibuslibet, cuiuscumque sint dignitatis.

10. Reos simoniae realis ob ingressum in Religionem.

11. Omnes qui quaestum facientes ex indulgentiis aliisque gratiis spiritualibus excommunicationis censura plectuntur Constitutione S. Pii V. „Quam plenum“ 2. Januarii 1554.

12. Colligentes eleemosynas maioris pretii pro missis, et ex iis lucrum captantes, faciendo eas celebrari in locis ubi Missarum stipendia minoris pretii esse solent.

13. Omnes qui excommunicatione mulentur in Constitutionibus S. Pii V. „Admonet nos“ quarto Kalendas Aprilis 1567, Innocentii IX. „Quae ab hac Sede“ pridie nonas Novembris 1591, Clementis VIII. „Ad Romani Pontificis curam“ 26. Junii 1592 et Alexandri VII. „Inter ceteras“

nono Kalendas Novembris 1660 alienationem et infeudationem Civitatum et Locorum S. R. E. respicientibus.

14. Religiosos praesumentes clericis aut laicis extra casum necessitatis Sacramentum extremae unctionis aut Eucharistiae per viaticum ministrare absque Parochi licentia.

15. Extrahentes absque legitima venia reliquias ex Sacris Coemeteriis sive Catacumbis Urbis Romae eiusque territorii, eisque auxilium vel favorem praebentes.

16. Communicantes cum excommunicato nominatim a Papa in crimine criminoso, ei scilicet impendendo auxilium vel favorem.

17. Clericos scienter et sponte communicantes in divinis cum personis a Romano Pontifice nominatim excommunicatis et ipsos in officiis recipientes.

Excommunicationes latae Sententiae Episcopis sive Ordinariis reservatae.

Excommunicationi latae sententiae Episcopis sive Ordinariis reservatae subiacere declaramus:

1. Clericos in Sacris constitutos vel Regulares aut Moniales post votum solemne castitatis matrimonium contrahere praesumentes; nec non omnes cum aliqua ex praedictis personis matrimonium contrahere praesumentes.

2. Procurantes abortum, effectu sequuto.

3. Litteris apostolicis falsis scienter utentes, vel crimini ea in re cooperantes.

Excommunicationes latae sententiae nemini reservatae.

Excommunicationi latae sententiae nemini reservatae subiacere declaramus:

1. Mandantes seu cogentes tradi Ecclesiasticae sepulturae haereticos notorios aut nominatim excommunicatos vel interdictos.

2. Laedentes aut perterrefacientes Inquisitores, denunciantes, testes, aliosve ministros S. Officii; eiusve Sacri Tribunalis scripturas diripientes, aut comburentes; vel praedictis quibilibet auxilium, consilium, favorem praestantes.

3. Alienantes et recipere praesumentes bona ecclesiastica absque Beneplacito Apostolico, ad formam Extravagantis „Ambitosae“ De Reb. Ecc. non alienandis.

4. Negligentes sive culpabiliter omittentes denunciare infra mensem Confessarios sive Sacerdotes a quibus sollicitati fuerint ad turpia in quibilibet casibus expressis a Praedecess. Nostris Gregorio XV. Constit. „Universi“ 20. Augusti 1622 et Benedicto XIV. Constit. „Sacramentum poenitentiae“ 1. Junii 1741.

Praeter hos hactenus recensitos, eos quoque quos Sacrosanctum Concilium Tridentinum, sive reservata Summo Pontifici aut Ordinariis absolute, sive absque ulla reservatione excommunicavit, Nos pariter ita excommunicatos esse declaramus; excepta anathematis poena in Decreto Sess. IV. „De editione et usu Sacrorum Librorum“ constituta, cui illos tantum subiacere volumus, qui libros de rebus Sacris tractantes sine Ordinarii approbatione imprimunt, aut imprimi faciunt¹⁾.

¹⁾ Vergl. oben S. 77, 78.

Suspensiones latae Sententiae Summo Pontifici reservatae.

1. Suspensionem ipso facto incurrunt a suorum Beneficiorum perceptione ad beneplacitum S. Sedis Capitula et Conventus Ecclesiarum et Monasteriorum aliique omnes, qui ad illarum seu illorum regimen et administrationem recipiunt Episcopos aliosve Praelatos de praedictis Ecclesiis seu Monasteriis apud eandem S. Sedem quovis modo provisos, antequam ipsi exhibuerint Litteras apostolicas de sua promotione.

2. Suspensionem per triennium a collatione ordinum ipso iure incurrunt aliquem Ordinantes absque titulo beneficii vel patrimonii, cum pacto, ut ordinatus non petat ab ipsis alimenta.

3. Suspensionem per annum ab ordinum administratione ipso iure incurrunt Ordinantes alienum subditum etiam sub praetextu beneficii statim conferendi, aut iam collati, sed minime sufficientis, absque eius Episcopi litteris dimissorialibus, vel etiam subditum proprium qui alibi tanto tempore moratus sit, ut canonicum impedimentum contrahere ibi potuerit, absque Ordinarii eius loci litteris testimonialibus.

4. Suspensionem per annum a collatione ordinum ipso iure incurrit, qui excepto casu legitimi privilegii, ordinem Sacrum contulerit absque titulo beneficii vel patrimonii clerico in aliqua Congregatione viventi, in qua sollemnis professio non emittitur, vel etiam religioso nondum professo.

5. Suspensionem perpetuam ab exercitio ordinum ipso iure incurrunt Religiosi eiekti, extra Religionem degentes.

6. Suspensionem ab ordine suscepto ipso iure incurrunt, qui eundem ordinem recipere praesumpserunt ab excommunicato vel suspenso vel interdicto nominatim denunciatis, aut ab haeretico vel schismatico notorio: eum vero, qui bona fide a quopiam eorum est ordinatus, exercitium non habere ordinis sic suscepti, donec dispensetur, declaramus.

7. Clerici saeculares exteri ultra quatuor menses in Urbe commorantes ordinati ab alio quam ab ipso suo Ordinario absque licentia Card. Urbis Vicarii, vel absque praevio examine coram eodem peracto, vel etiam a proprio Ordinario, posteaquam in praedicto examine reiekti fuerint; nec non clerici pertinentes ad aliquem e sex Episcopatibus suburbicariis, si ordinentur extra suam dioecesim, dimissorialibus sui Ordinarii ad alium directis quam ad Card. Urbis Vicarium; vel non praemissis ante Ordinem Sacrum suscipiendum exercitiis spiritualibus per decem dies in domo urbana Sacerdotum a Missione nuncupatorum, suspensionem ab ordinibus sic susceptis ad beneplacitum S. Sedis ipso iure incurrunt: Episcopi vero ordinantes ab usu Pontificalium per annum.

Interdicta latae sententiae reservata.

1. Interdictum Romano Pontifici speciali modo reservatum ipso iure incurrunt Universitates, Collegia et Capitula, quocumque nomine nuncupentur, ab ordinationibus seu mandatis eiusdem Romani Pontificis pro tempore existentis ad universale futurum Concilium appellantia.

2. Scienter celebrantes vel celebrari facientes divina in locis ab Ordinario, vel delegato Iudice, vel a iure interdictis, aut nominatim excommunicatos ad divina officia, seu ecclesiastica sacramenta, vel ecclesiasticam sepulturam admittentes, interdictum ab ingressu Ecclesiae ipso

iure incurrunt, donec ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserunt, competenter satisfecerint.

Denique quoscumque alios Sacrosanctum Concilium Tridentinum suspensos aut interdictos ipso iure esse decrevit, Nos pari modo suspensioni vel interdicto eosdem obnoxios esse volumus et declaramus.

Quae vero censurae sive excommunicationis, sive suspensionis, sive interdicti Nostris aut Praedecessorum Nostrorum Constitutionibus, aut sacris canonibus praeter eas, quas recensuimus, latae sunt, atque hactenus in suo vigore perstiterunt sive pro R. Pontificis electione, sive pro interno regimine quorumcumque Ordinum et Institutorum Regularium, nec non quorumcumque Collegiorum, Congregationum, coetuum locorumque piorum cuiuscumque nominis aut generis sint, eas omnes firmas esse, et in suo robore permanere volumus et declaramus.

Ceterum decernimus, in novis quibuscumque concessionibus ac privilegiis, quae ab Apostolica Sede concedi cuivis contigerit, nullo modo ac ratione intelligi unquam debere, aut posse comprehendere facultatem absolvendi a casibus, et censuris quibilibet Romano Pontifici reservatis, nisi de iis formalis, explicita, ac individua mentio facta fuerit: quae vero privilegia aut facultates, sive a Praedecessoribus Nostris, sive etiam a Nobis cuilibet Coetui, Ordini, Congregationi, Societati, et Instituto, etiam regulari cuiusvis speciei, etsi titulo peculiari praedito, atque etiam speciali mentione digno a quovis unquam tempore huc usque concessae fuerint, ea omnia, easque omnes Nostra hac Constitutione revocatas, suppressas, et abolitas esse volumus, prout reapse revocamus, supprimimus, et abolemus, minime refragantibus aut obstantibus privilegiis quibuscumque, etiam specialibus, comprehensis vel non in corpore iuris, aut Apostolicis Constitutionibus, et quavis confirmatione Apostolica, vel immemorabili etiam consuetudine, aut alia quacumque firmitate roboratis quibilibet etiam formis ac tenoribus, et cum quibusvis derogatoriis, aliisque efficacioribus et insolitis clausulis, quibus omnibus, quatenus opus sit derogare intendimus et derogamus.

Firmam tamen esse volumus absolvendi facultatem a Tridentina Synodo Episcopis concessam Sess. XXIV. cap. VI. de reform. in quibuscumque censuris Apostolicae Sedi hac Nostra Constitutione reservatis, iis tantum exceptis, quas Eidem Apostolicae Sedi speciali modo reservatas declaravimus.

Decernentes has Litteras, atque omnia et singula, quae in eis constituta ac decreta sunt, omnesque et singulas, quae in eisdem factae sunt ex anterioribus Constitutionibus Praedecessorum nostrorum, atque etiam Nostris, aut ex aliis sacris Canonibus quibuscumque, etiam Conciliorum Generalium, et ipsius Tridentini mutationes, derogationes ratas et firmas, ac respective rata atque firma esse et fore, suosque plenarios et integros effectus obtinere; sique et non aliter in praemissis per quoscumque Iudices Ordinarios, et Delegatos, etiam Causarum Palatii Apostolici Auditores, ac S. R. E. Cardinales, etiam de Latere Legatos, ac Apostolicae Sedis Nuntios, ac quosvis alios quacumque praeceminentia, ac potestate fungentes, et functuros, sublata eis et eorum cuilibet quavis aliter iudicandi et interpretandi facultate et auctoritate, iudicari ac definiri debere; et irritum atque inane esse ac fore quidquid super his a quoquam quavis

auctoritate, etiam praetextu cuiuslibet privilegii, aut consuetudinis inductae vel inducendae, quam abusum esse declaramus, scienter vel ignoranter contigerit attentari.

Non obstantibus praemissis, aliisque quibuslibet ordinationibus, constitutionibus, privilegiis, etiam speciali et individua mentione dignis, nec non consuetudinibus quibusvis, etiam immemorabilibus, ceterisque contrariis quibuscumque.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae Constitutionis, Ordinationis, limitationis, suppressionis, derogationis, voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei et Beatorum Petri et Pauli Apostolorum eius se noverit incursurum.

Datum Romae apud S. Petrum anno incarnationis Dominicae Millesimo Octingentesimo Sexagesimo Nono, Quarto Idus octobris Pontificatus nostri anno vigesimo quarto.

Marius Card. Mattei,
Pro-Datarius.

N. Card. Paracciani Clarelli.

Loco † Plumbi.

Visa de Curia
Dominicus Bruti.
I. Cugnoni.

Nr. 198. Absolution päpstlicher Reservate in Nothfällen.

a) Decretum S. R. et U. Inquisitionis d. d. 17. Junii 1891. G. S. 281. III.

Sacra Congregatio Inquisitionis ad Quaesitum:

I. Utrum tuto adhuc teneri possit sententia docens, ad Episcopum aut ad quemlibet sacerdotem approbatum devolvi absolutionem casuum et censurarum, etiam speciali modo Papae reservatorum, quando poenitens versatur in impossibilitate personaliter adeundi S. Sedem?

II. Quatenus negative, utrum recurrendum sit, saltem per litteras, ad Eminentissimum Cardinalem Majorem Poenitentiarium pro omnibus casibus Papae reservatis, nisi Episcopus habeat speciale indultum, praeterquam in articulo mortis, ad obtinendam absolvendi facultatem?

die 30. Junii 1886 Responsum dedit a Papa approbatum et confirmatum:

Ad I. Attenta praxi S. Poenitentiariae, praesertim ab edita Const. Apost. sac. mem. Pii PP. IX., quae incipit „Apostolicae Sedis“: Negative.

Ad II. Affirmative; at in casibus urgentioribus, in quibus absolutio differri nequeat absque periculo gravis scandali vel infamiae, supra quo confessariorum conscientia oneratur, dari posse absolutionem, injunctis de jure injungendis, a censuris etiam speciali modo Summo Pontifici reservatis, sub poena tamen reincidentiae in easdem censuras, nisi saltem infra mensem per epistolam et per medium confessarii absolutus recurat ad S. Sedem. —

Quum vero inter doctores de hisce responsis dubia fuerint exorta, S. Congregationi Inquisitionis sequentia ad resolvendum proponuntur:

I. Utrum responsum ad I. valeat etiam pro casu, quando poenitens fuerit perpetuo impeditus personaliter Romam proficisci?

II. Utrum in responso ad II. clausula „sub poena tamen reincidentiae in easdem censuras etc.“ referatur solummodo ad absolutionem a censuris et casibus speciali modo Summo Pontifici reservatis, an etiam ad absolutionem a censuris et casibus simpliciter Papae reservatis? — Quaeritur denique:

III. Utrum auctores moderni post Const. „Apostolicae Sedis“ (contra jus commune Cap. „Eos qui“ 22. de sent. exom. in VI^o V. 11.; Cap. „Ea noscitur“ 59 X. V. 39.; et contra Rituale Romanum, de Poenit. tit. III. C. 1 n. 23) recte doceant, ei qui in articulo mortis a quolibet confessario a quibusvis censuris quomodocunque reservatis absolutus fuerit, tunc solummodo imponendam esse obligationem se sistendi Superiori recuperata valetudine, si agatur de absolutione a censuris speciali modo Papae reservatis, an huiusmodi recursus ad Superiorem etiam necessarius sit in absolutione a censuris simpliciter Summo Pontifici reservatis?

Feria IV. die 17. Junii 1891.

In Congregatione Sacrae Romanae et Universalis Inquisitionis propositis suprascriptis dubiis praehabitoque Reverendissimorum Dominorum Consultorum voto Eminentissimi ac Reverendissimi Cardinales in rebus fidei et morum Generales Inquisitores respondendum mandarunt:

Ad I. Affirmative.

Ad II. Negative ad 1. partem, affirmative ad 2. partem (d. h. die Pflicht, schriftlich an den heil. Stuhl nachträglich zu recurriren unter Strafe der reincidentia in excommunicationem, betrifft alle päpstlichen Reservate, auch die simpliciter reservata).

Ad III. Affirmative ad 1. partem, negative ad 2. partem; juxta resolutionem Fer. IV. 28. Junii 1882 (d. h. bei Absolutionen in articulo mortis ist nur für die specialiter reservata noch nachträglich an den heil. Stuhl zu recurriren).

Sequenti vero feria V. facta de his SSmo D. N. Leoni PP. XIII. relatione in audientia R. Patri Domino Assessori S. Officii impertita, eadem Sanctitas Sua Eminentissimorum Patrum resolutiones approbare dignata est.

J. Mancini, S. R. et U. I. Notarius.

b) Drei weitere Decrete. G. B. Nr. 365. II.

1. Simplex Confessarius directe absolvere potest a censuris Rom. Pont. reservatis, servatis servandis, quoties durum est poenitenti in gravi peccato permanere usque dum obtineretur facultas absolvendi.

Beatissime Pater.

Episcopus Mimatensis in Gallia, ad pedes Sanctitatis Vestrae provolutus, humiliter exponit:

Ex decreto S. Inquisitionis 23. Junii 1886 cuilibet confessario directe absolvere licet a censuris etiam speciali modo S. Pontifici reservatis in casibus vere urgentioribus, in quibus absolutio differri

nequit absque periculo gravis scandali vel infamiae, iniunctis de iure iniungendis, sub poena tamen reincidentiae in easdem censuras, nisi saltem infra mensem per epistolam et per medium confessarii absolutus recurrat ad S. Sedem.

Dubium tamen oritur pro casu quo nec scandalum nec infamia est in absolutionis dilatione, sed poenitens censuris papalibus innodatus in mortali diu permanere debet, nempe per tempus requisitum ad petitionem et concessionem facultatis absolvendi a reservatis; praesertim quum theologi, cum S. Alphonso de Ligorio, ut quid durissimum habeant pro aliquo, per unam vel alteram diem in mortali culpa permanere.

Hinc, post decretum 23. Junii 1886, deficiente hac in quaestione theologorum solutione, quaeritur:

1. Utrum in casu quo nec infamia nec scandalum est in absolutionis dilatione, sed durum valde est pro poenitente in gravi peccato permanere per tempus necessarium ad petitionem et concessionem facultatis absolvendi a reservatis, simplici confessario liceat a censuris S. Pontifici reservatis directe absolvere, iniunctis de iure iniungendis, sub poena tamen reincidentiae in easdem censuras, nisi saltem infra mensem per epistolam et per medium confessarii absolutus recurrat ad S. Sedem?

2. Et quatenus negative, utrum simplex confessarius eundem poenitentem indirecte absolvere debeat, eum monens ut a censuris directe in posterum a superiore absolvi curet, vel apud ipsum revertatur, postquam obtinuerit facultatem a reservatis absolvendi?

Feria IV, 16. Junii 1897.

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis habita ab Em. ac Rm. DD. Cardinalibus in rebus fidei Gen. Inquisitoribus, propositis suprascriptis dubiis, praehabitoque RR. DD. Consultorum S. O. voto, iidem Em. ac Rm. DD. respondendum censuerunt:

Ad I. Affirmative, facto verbo cum Sanctissimo.

Ad II. Provisum in primo.

Insequenti vero feria VIa, die 18. eiusdem mensis et anni, in solita audientia R. P. D. Adessori S. O. impertita, facta de omnibus Sanctissimo D. N. D. Leoni PP. XIII relatione, idem Sanctissimus Dominus Em. Patrum resolutionem adprobavit.

Jos. Can. Mancini, S. R. et U. I. Not.

2. Decretum S. Rom. et Univers. Inquisitionis, quo statuitur absolvi posse a casibus reservatis sine obligatione mittendi epistolam ad S. Poenitentiarium, quando neque confessarius neque poenitens talem epistolam mittere possunt.

Beatissime Pater.

Sacerdos N. N. ad Sanctitatis Vestrae pedes provolutus sequentium dubiorum solutionem humiliter efflagitat:

I. Utrum decretum S. R. et U. Inquisitionis datum sub die 23. Junii 1886 intelligendum sit tantum de iis, qui corporaliter

S. Sedem adire nequeunt, vel etiam de iis, qui ne per litteras quidem per se, neque per confessarium, ad S. Sedem recurrere valent?

II. Et quatenus decretum praedictum extendi debeat etiam ad eos, qui ne per litteras quidem ad S. Sedem recurrere valent, quomodo se gerere debeat Confessarius?

Et Deus etc.

Feria IV, die 9. Novembris 1898.

In Congregatione Generali coram EEmis ac RRmis DD. Cardinalibus in rebus fidei et morum Inquisitoribus Generalibus habita, propositis suprascriptis dubiis, praehabitoe RR. DD. Consultorum voto, EE. ac RR. Patres respondendum mandarunt:

Ad I. et II. Quando neque confessarius neque poenitens epistolam ad S. Poenitentiarium mittere possunt, et durum sit poenitenti adire alium confessarium, in hoc casu¹⁾ liceat confessario poenitentem absolvere etiam a casibus S. Sedi reservatis absque onere mittendi epistolam, facto verbo cum SSmo.

Sequenti vero sabbato die 12. eiusdem mensis et anni in audientia a SS. D. N. Leone Div. Prov. Pp. XIII. R. P. D. Adessori impertita, SSmus D. N. resolutionem EE. ac RR. Patrum adprobavit et confirmavit. I. Can. Mancini, S. R. et U. Inquis. Not.

3. Decretum S. Rom. et Univers. Inquisitionis circa dubium an absolvi queat, nullo adiecto onere, etiam sacerdos in casu quo nec confessor, nec poenitens scribere possunt ad S. Poenitentiarium.

Beatissime Pater.

Sacerdos Titius in regionem extraneam se contulit ad confitendum peccatum Summo Pontifici reservatum. Porro confessori declaravit: 1^o. nec opera ministerii sui, nec substantiam facultatum sibi permittere iterum aggrediendi iter ad recipiendam responsionem S. Poenitentiae; 2^o. nimis onerosum sibi fore ad alium confessarium se praesentare in propria regione, quod signanter voluit devitare iter assumens.

Hisce expositis, Episcopus N. pro sua norma humiliter a Sanctitate Vestra petit, utrum supradictus casus, etiamsi agatur de absolute complicitis, inter eos annumerari debeat praevisos in Decreto S. Officii diei 9. Nov. 1898 et confessarius niti possit praeclaudato Decreto ad absolutionem impertiendam sine recursu ad S. Poenitentiarium, nec ne.

Feria IV, die 7. Junii 1899.

In Congregatione Generali habita ab Emis ac Rmis Dominis Cardinalibus Generalibus Inquisitoribus, proposito suprascripto dubio,

¹⁾ Verificari potest casus v. g. tempore Missionis, vel exercitiorum spiritualium, quae a sacerdotibus extraneis praebentur, qui abire debent quin expectare possint responsionem S. Poenit, dum poenitens nesciat scribere vel impediatur ne scribere possit.

idem Emi Dni, praehabito RR. DD. Consultorum voto, respondendum mandarunt:

Non comprehendi.

Sequenti vero feria V loco VI, die 8 eiusdem mensis et anni in solita audientia R. P. D. Assessori S. O. impertita, facta de omnibus relatione SSmo D. N. Leoni Div. Prov. PP. XIII., idem SSmus Dominus responsionem Emorum PP. approbavit.

I. Can. Mancini, S. R. et U. I. Notarius.

Nr. 199. De duobus casibus S. Sedi specialiter reservatis.

G. B. Nr. 172. IV.

Summus Pontifex Benedictus XIV. constitutione die 1. Junii 1741 edita, quae incipit: „Sacramentum Poenitentiae“ sibi suisque Successoribus duos reservavit casus, videlicet peccatum falsae accusationis de crimine sollicitationis contra innoxium confessarium et attentatam a confessario absolutionem complicitis in peccato turpi atque inhonesto. De his duobus casibus Sanctissimus Dominus Noster Pius divina providentia Pp. IX. decreto supremae Congregationis S. Officii die 27. Junii 1866 novam edidit declarationem sancivitque, hos duos casus minime comprehendi in facultatibus, quae Ordinariis ultramontanis et ultramarinis a S. Sede Apostolica quovis quinquennio conceduntur.

Quam declarationem ad Nos transmissam una cum memorata constitutione Benedicti XIV. in folio typis impresso heic annexo Reverendo Vicariatus Generali Nostro communicamus, injungentes Eidem, ut Declarationem atque Bullam praefatas, quoad eas in margine stylo rubro indicavimus, Clero Nostro dioecessano per constitutiones publicas, quibus nomen „Gedruckte Verordnungen“, notas faciat, deinde vero folium annexum Nobis remittat.

Wratislaviae die 19. Aprilis 1868.

Princeps Episcopus

Reverendo Vicariatus Generalis Episcopalis Officio
No. 1760. hic Wratislaviae.

† Henricus.

Decretum Supremae Congregationis S. Officii.

Editum fer. IV. 27. Junii 1866.

Sanctissimus Dominus Noster Pius Papa IX. in solita audientia R. P. D. Adessori sancti Officii impertita, auditis suffragiis Eminentissimorum Patrum Cardinalium Inquisitorum generalium, attentis rerum et temporum circumstantiis, decrevit, in facultatibus, quibus Episcopi alique locorum Ordinarii ex concessione Apostolica pollent, absolvendi ab omnibus casibus sanctae Sedi reservatis, excipiendos semper in posterum et exceptos habendos esse casus reservatos in bulla Benedicti XIV., quae incipit „Sacramentum Poenitentiae“. Et sacrae Congregationi de Propaganda Fide iniunctum voluit, ut in expediendis facultatibus formularum post verba „absolvendi ab omnibus casibus Apostolicae Sedi reservatis etiam in bulla Coenae“, addatur „exceptis casibus reservatis in bulla Benedicti XIV.“, quae incipit „Sacramentum Poenitentiae“.

Benedictus Episcopus Servus Servorum Dei.

Ad perpetuam rei memoriam.

Sacramentum Poenitentiae, quam secundam, post naufragium perditae gratiae, tabulam Sancti Patres apte nuncuparunt, Nos licet immerentes ad universi Dominici Gregis curam superna dispositione vocati, omne studium et Pastoralem sollicitudinem adhibere tenemur, ne quod post amissam Baptismi innocentiam datum est divina benignitate perflugium, per Daemonum fraudem et hominum Dei beneficiis perverse utentium malitiam naufragis ac miseris peccatoribus luctuosum evadat exitium; et quod in salutem et curationem Animarum a Deo, qui dives est in misericordia, institutum est, execrabili scelestorum quorundam Sacerdotum improbitate in earum perniciem atque interitum vertatur.

§ 1. Dudum quidem a fel. recor. Gregorio Papa XV. Praedecessore Nostro per suas literas in forma Brevium sub datum Romae apud Sanctam Mariam Majorem die XXX. Augusti MDCXXII. Pontificatus sui anno secundo sapienter provisum fuit contra quoscumque Sacerdotes audiendis Confessionibus deputatos, ad turpia et inhonesta sollicitantes; et deinceps successivis temporibus, ad earum literarum interpretationem ac declarationem, plura subinde a Congregatione Venerabilium Fratrum Nostrorum Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium adversus haereticam pravitatem generalium Inquisitorum sub die XI. mensis Februarii Anno Domini MDCLXI. prodierunt decreta, et a rec. mem. Alexandro PP. VII. pariter Praedecessore Nostro in Congregatione Generali Sanctae Romanae Universalis Inquisitionis die XXIV. Septembris MDCLXV. coram eo habita, inter alias ab Evangelica veritate et Sanctorum Patrum doctrina alienas et dissonas propositiones, sexta videlicet, et septima, huc revocandae, damnatae et prohibitae fuerunt. Nos itaque mature perpendentes, quanti momenti sit ad aeternam animarum salutem ea ubique exacte observari, et quanti ad infirmas oves curandas et decorem Sanctae Ecclesiae Dei retinendum intersit, ne aliqui Sacerdotes Poenitentiae Sacramento nefarie abutentes, Poenitentibus pro curatione vulnus, pro pane lapidem, pro pisce serpentem, pro medicina venenum porrigant, sed animo secum recolentes, se a Christo Domino Praesides et Iudices animarum constitutos, ea sanctitate, quae sublimitati ac dignitati muneris convenit, tam venerandum Sacramentum administrent; motu proprio, et ex certa scientia, ac matura deliberatione Nostra, praefatas literas hujusmodi ac omnia et singula decreta praedicta ad illarum interpretationem et declarationem emanata, Apostolica Auctoritate tenore praesentium approbamus et confirmamus, illisque omnibus et singulis inviolabilis Apostolicae firmitatis robur adjicimus; atque etiam, quatenus opus sit, denuo committimus et mandamus omnibus haereticae pravitatis Inquisitoribus et Locorum Ordinariis omnium Regnorum, Provinciarum, Civitatum, Dominiorum, et Locorum universi Orbis Christiani, in suis respective Dioecesisibus, ut diligenter, omnique humano respectu postposito, inquirant et procedant contra omnes et singulos Sacerdotes tam Saeculares, quam Regulares quomodolibet exemptos, ac Sedi Apostolicae immediate subjectos, quorumcunque Ordinum, Institutorum, Societatum, et Congregationum, et cujuscumque Dignitatis et Praeeminentiae, aut quovis Privilegio, et Indulto munitos, qui aliquem Poenitentem, quaecumque persona illa sit, vel in actu Sacramentalis Confessionis, vel ante, vel

immediate post Confessionem, vel occasione, aut praetextu Confessionis, vel etiam extra occasionem Confessionis in Confessionali, sive in alio loco ad Confessiones audiendas destinato, aut electo, cum simulatione audiendi ibidem Confessionem, ad inhonesta et turpia sollicitare, vel provocare, sive verbis, sive signis, sive nutibus, sive tactu, sive per scripturam, aut tunc aut post legendam, tentaverint, aut cum eis illicitos et inhonestos sermones, vel tractatus temerario ausu habuerint; et quos in aliquo ex huiusmodi nefariis excessibus culpabiles repperint, in eos pro criminum qualitate et circumstantiis severe animadvertant per condignas poenas, juxta memoratam Gregorii Praedecessoris Nostri Constitutionem, quam hic de verbo ad verbum pro inserta haberi volumus¹⁾: Dantes etiam, si opus sit, et rursus concedentes facultatem, ne delictum tam enorme et Ecclesiae Dei injuriosum remaneat ob probationum defectum impunitum, jam alias in praefata Constitutione tributam, procedendi cum testibus etiam singularibus, dummodo praesumptiones, indicia, et alia adminicula concurrant.

§ 2. Meminerint praeterea omnes et singuli Sacerdotes ad Confessiones audiendas constituti, teneri se ac obligari, suos Poenitentes, quos noverint fuisse ab aliis, ut supra, sollicitatos, sedulo monere, juxta occurrentium casuum circumstantias, de obligatione denunciandi Inquisitoribus, sive Locorum Ordinariis praedictis Personam, quae sollicitationem commiserit, etiamsi Sacerdos sit, qui jurisdictione ad absolutionem valide impertiendam careat, aut sollicitatio inter Confessarium et Poenitentem mutua fuerit, sive sollicitationi Poenitens consenserit, sive consensum minime praestiterit, vel longum tempus post ipsam sollicitationem jam effluxerit, aut sollicitatio a Confessario non pro se ipso, sed pro alia persona peracta fuerit. Caveant insuper diligenter Confessarii, ne Poenitentibus, quos noverint jam ab alio sollicitatos, sacramentalem absolutionem impertiant, nisi prius denunciationem praedictam ad effectum perducentes delinquentem indicaverint competenti Judici, vel saltem se, cum primum poterunt, delaturos spondeant ac promittant.

§ 3. Et quoniam improbi quidam homines reperiuntur, qui vel odio, vel ira, vel alia indigna causa commoti, vel aliorum impiis suasionibus, aut promissis, aut blanditiis, aut minis, aut alio quovis modo incitati, tremendo Dei judicio posthabito, et Ecclesiae auctoritate contempta, innoxios Sacerdotes apud Ecclesiasticos Judices falso sollicitationis insimulant: ut igitur tam nefaria audacia et tam detestabile facinus metu magnitudinis poenae coerceatur, quaecumque persona, quae execrabili huiusmodi flagitio se inquinaverit, vel per se ipsam innocentes Confessarios impie calumniando, vel sceleste procurando, ut id ab aliis fiat, a quo-

¹⁾ In memorata Constitutione Gregorii XV. contra confessarios ad turpia sollicitantes hae statutae sunt poenae, ut scilicet locorum Ordinarii, in eos pro criminum qualitate et circumstantiis, suspensionis ab executione ordinis, privationis beneficiorum, dignitatum et officiorum quorumcumque ac perpetuae inhabilitatis ad illa, nec non vocis activae et passivae si regulares fuerint, exilii, damnationis ad triremes et carceres etiam in perpetuum absque ulla spe gratiae aliasque poenas decernant, eos quoque, si pro delicti enormitate graviore poenas meruerint, debita praecedente degradatione, curiae saeculari puniendos tradant.“

cumque Sacerdote quovis privilegio, auctoritate, et dignitate munito, praeterquam a Nobis Nostrisque Successoribus, nisi in fine vitae et excepto mortis articulo, spe absolutionis obtinendae, quam Nobis, et Successoribus praedictis reservamus, perpetuo careat.

§ 4. Demum magnopere cupientes a Sacerdotalis Judicii et Sacri Tribunalis sanctitate omnem turpitudinis occasionem, et Sacramentorum contemptum, et Ecclesiae injuriam longe submovere, et tam exitiosa hujusmodi mala prorsus eliminare, et quantum in Domino possumus, animarum periculis occurrere, quas sacrilegi quidam, Daemonis potius, quam Dei Ministri, loco eas per Sacramentum Creatori suo ac nostro reconciliandi, majori peccatorum mole onerantes, in profundum iniquitatis barathrum nefarie submergunt, nonnullorum Venerabilium Fratrum Nostrorum Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium et aliquorum in Theologia Magistrorum consilio desuper adhibito, accedentibus quoque iteratis plurium Episcoporum supplicationibus, hac Nostra in perpetuum valitura sanctione, quemadmodum a pluribus Episcopis per Synodales suas Constitutiones jam factum esse novimus, omnibus et singulis Sacerdotibus, tam Saecularibus, quam Regularibus cujuscumque Ordinis ac Dignitatis, tametsi alioquin ad Confessiones excipiendas approbatis, et quovis Privilegio, et Indulto, etiam speciali expressione, et specialissima nota, et mentione digno suffultis, Auctoritate Apostolica et Nostrae Potestatis plenitudine interdiximus et prohibemus, ne aliquis eorum, extra casum extremae necessitatis, nimirum in ipsius mortis articulo, et deficiente tunc quocumque alio Sacerdote, qui Confessarii munus obire possit, Confessionem Sacramentalem personae complicit in peccato turpi atque inhonesto, contra sextum Decalogi Praeceptum commisso, excipere audeat, sublata propterea illi ipso jure quacumque auctoritate et jurisdictione ad qualemcumque personam ab hujusmodi culpa absolvendam; adeo quidem, ut absolutio, si quam impertierit, nulla atque irrita omnino sit, tamquam impertita a Sacerdote, qui jurisdictione ac facultate ad valide absolvendum necessaria privatus existit, quam ei per praesentes has nostras adimere intendimus. Et nihilominus, si quis Confessarius secus facere ausus fuerit, majoris quoque excommunicationis poenam, a qua absolviendi potestatem Nobis solis Nostrisque Successoribus dumtaxat reservamus, ipso facto incurrat.

§ 5. Declarantes etiam et decernentes, quod nec etiam in vim cujuscumque Jubilaei, aut etiam Bullae, quae appellatur Cruciatæ Sanctae, aut alterius cujuslibet Indulti, Confessionem dicti complicit hujusmodi quisquam valeat excipere eique sacramentalem absolutionem elargiri; cum ad hunc effectum et in hoc casu nullus Confessarius, utpote qui in hujusmodi peccati et Poenitentis genere jurisdictione, ut praefertur, careat et absolviendi facultate a Nobis privatus existat, habendus sit pro Confessario legitimo et approbato. Non obstantibus Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, praesertim, quae nuncupantur Cruciatæ Sanctae, vel Jubilaei Universalis et plenarii necnon quibusvis Ecclesiarum, et Monasteriorum, et Ordinum quorumlibet, quorum ipsi Sacerdotes fuerint, etiam juramento, confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis, Statutis, et Consuetudinibus, Privilegiis quoque, Indultis, et Literis Apostolicis sub quibuscumque tenoribus et formis, ac cum quibusvis clausulis, et decretis, etiam motu proprio, aut alias quomodolibet concessis,

etiam iteratis vicibus approbatis et innovatis; quibus omnibus, eorum tenores praesentibus pro expressis habentes, hac vice dumtaxat specialiter et expresse derogamus, caeterisque contrariis quibuscumque.

§ 6. Volumus demum ac praecipimus, ut omnes Locorum Ordinarii, tam praesentes, quam futuri pro tempore existentes, in approbatione Confessoriorum tam praedictam Constitutionem Gregorii Praedecessoris, quam praesentem hanc nostram ab omnibus Sacerdotibus approbandis attente legi et accurate observari curent, moneantque eos in Domino atque hortentur, ut Sacrum Ministerium ipsorum fidei commissum summa animi innocentia, morum puritate, iudicii integritate peragant, exhibeantque semetipsos ut Ministros Christi et Dispensatores Mysteriorum Dei; memores praeterea sint, se locum tenere ac vices obire Summi atque aeterni Sacerdotis, qui Sanctus, innocens, impollutus, per Spiritum Sanctum semetipsum obtulit immaculatum Deo, ut emundaret conscientiam nostram ab operibus mortuis, ad serviendum Deo viventi. Sedulo igitur studeant diligenterque caveant, ne quaerentibus et pulsantibus eorum culpa coelum claudatur; ne deperditae Oves ad Ovile Dominicum redire properantes eorum manibus ferarum dentibus dilaniandae tradantur; ne prodigi Filii egentes et saucii ad coelestem Patrem revertentes nefaria eorum improbitate gravioribus peccatorum vulneribus, dum adhuc in via sunt, confodiantur.

§ 7. Ut autem praesentes Literae ad omnium notitiam facilius deveniant, et nemo illarum ignorantiam allegare valeat, volumus illas seu earum exempla ad valvas Ecclesiae Lateranensis, et Basilicae Principis Apostolorum, necnon Cancellariae Apostolicae, Curiaeque Generalis in Monte Citatorio, ac in Acie Campi Florae de Urbe, ut moris est, affigi et publicari, sicut publicatas et affixas, omnes et singulos, quos illae concernunt, perinde aretare et afficere, ac si unicuique eorum nominatim et personaliter intimatae fuissent: utque ipsarum praesentium Literarum transsumptis seu exemplis, etiam impressis, manu alicujus Notarii publici subscriptis, et sigillo alicujus Personae in Ecclesiastica Dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides, tam in iudicio, quam extra illud, ubique adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae.

§ 8. Nulli ergo omnino hominum liceat paginam hanc Nostrae voluntatis, sanctionis, praecepti, mandati, et derogationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac BB. Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum. Datum Romae apud S. Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominicae millesimo septingentesimo quadragesimo primo, Kalendis Junii, Pontificatus Nostri Anno I.

X. Sub-Datarius. Pro D. Card. Passioneo. Cajetanus Amatus.

Visa de Curia.

N. Antonellus. J. B. Eugenius.

Loco † Plumbi.

Registrata in Secretaria Brevium.

Publicata die XVII. ejusdem Mensis et Anni.

Nr. 200. Declaration zur Vollmacht absolvendi a casibus reservatis.

G. B. Nr. 260. V.

Breslau, den 11. Januar 1890.

Um Zweifeln vorzubeugen, bemerke ich erläuternd, daß die laut General-Vicariat-Amts-Berordnungen Nr. 248 I. 2 II.¹⁾ erneuerte Vollmacht absolvendi a casibus reservatis nicht auch die beiden Fälle der Constitution Papstes Benedict XIV. Sacramentum Poenitentiae umfaßt, diese vielmehr gemäß General-Vicariat-Amts-Berordnungen Nr. 172 IV. nach wie vor ausgeschlossen bleiben.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 201. Reconciliation reumüthiger „Altkatholiken“.

G. B. Nr. 210. XI.

Nonnullis sacerdotibus auct. Aplica subdelegavimus opportunas facultates praemissis praemittendis absolvendi eos, qui contra s. Concilii Vaticani decreta protestati sunt et qui novae sectae „veteres catholicos“ se appellanti nomen dederunt. Diversis quaestionibus respondendo hisce eosdem sacerdotes monemus, istas facultates subdelegatas non posse applicari

1. ad sacerdotes, qui propter suam oppositionem contra Concilii Vaticani decreta specialiter excommunicati vel sacris functionibus aut alio quocumque modo publice in schismatis favorem operati sunt,
2. ad laicos, quos per scripta typis promulgata sectae huiusmodi propagandae opem praebuisse constat vel qui sectae Episcopum eligere attentaverunt aut eiusdem consecrationi operam commodaverunt.

Si huiusmodi sacerdotes aut laici — (No. 1 et 2) — resipuerint et in ecclesiae communionem reconciliari desiderant, ad Nos vel Vicarium Nostrum generalem referatur, ut speciales facultates cum necessaria instructione impertiantur.

Quod attinet ad ceteros homines laicos, qui contra s. Concilii Vaticani decreta protestati sunt aut alio quovis modo, non autem dogmatizando, haereseos censuram incurrerunt, si poenitentia ducti ad s. Ecclesiae sacramenta percipienda admitti petant, praesentium tenore omnibus ac singulis Dioeceseos Nostrae confessariis actu approbatis, quorum interest, necessarias facultates auctoritate Aplica subdelegamus ad beneplacitum Nostrum duraturas huiusmodi poenitentes a censuris haereseos peccato contractis absolvendi praevia secreta coram confessario haereseos abiuratione et iniuncta gravi ac salutari poenitentia cum sacramentorum frequentia et obligatione retractandi apud personas, coram quibus haeresin manifestaverunt, et reparandi illata scandala. Ad s. communionem vero tales poenitentes ante scandali istius reparationem admitti non possunt. Quae quidem reparatio, si causae rationabiles alium publicae retractationis

¹⁾ Siehe Theil IV, Abschnitt: Facultäten.

modum dissuadentes adsint, ita fieri poterit, ut quis extra confessionem coram parcho vel alio sacerdote sive viva voce sive per literas retractet et sinceram suam erga s. Ecclesiae fidem et sacrae Sedis Apostolicae auctoritatem submissionem profiteatur, necnon, si sectae adscriptus fuerit, se eandem sine mora relicturum promittat. Iste autem sacerdos, coram quo talis retractatio facta fuerit, retractantis parochum de ea statim certiore reddere teneatur, ne retractanti a parcho dein s. communio denegetur.

Parochi eos, qui ob supradictas causas ad s. communionem admitti nequeunt, modo congruo sive generatim e suggestu, sive privatim singulos moneant, ut ab accessu ad s. communionem usque ad scandali reparationem peractam abstineant.

Wratislaviae, 1. Novembris 1874.

† Henricus.

Nr. 202. Instructio de Secta Massonum.

G. B. Nr. 232. II.

Instructio

Sanctae Romanae et Universalis Inquisitionis ad omnes catholici orbis episcopos.

Ad gravissima avertenda mala, a Massonum secta aliisque ex ea prognatis in Ecclesiam et in omnes civium ordines illata, Sanctissimus Dominus Noster Leo XIII sapienti prorsus consilio Encyclicas Litteras „Humanum genus“ ad omnes catholici orbis Episcopos nuperrime dedit. Quibus Litteris earundem sectarum doctrinas, finem, consilia detegit, curas Romanorum Pontificum liberandae a tam nefaria peste humanae familiae enarrat, easdem sectas iterum et Ipse damnationis et censurae nota inurit, simulque docet, qua ratione et quibus armis sit contra illas dimicandum, quibusque remediis illatis ab iisdem vulneribus sit medendum. — At cum Sanctitati Suae perspectum sit, tum demum ex curis suis uberes fructus sperandos esse, cum in rem tanti momenti omnium Ecclesiae Pastorum opera, consilia, labores unanimi nisu conferantur, mandavit huic Supremae Congregationi S. Romanae et Universalis Inquisitionis, ut quae agenda ipsis Pastoribus potissimum essent, apte eisdem proponeret. Quibus Summi Pontificis mandatis uti par est Eminentissimi Patres una mecum Inquisitores Generales morem gerentes, omnibus Episcopis aliisque locorum Ordinariis hanc Instructionem dandam esse censuerunt.

1^o. Imprimis peroptans clementissimus Pontifex animarum saluti prospicere, vestigia sequutus Salvatoris Nostri Iesu Christi, qui non venit vocare iustos sed peccatores ad poenitentiam, paterna voce eos omnes, qui Massonicae aliisque damnatis sectis nomen dedere, ad detergendas animae sordes et ad divinae misericordiae sinum peramanter invitat. In hunc finem eadem usus benignitate, qua eius Decessor Leo XII, ad integrum anni spatium post rite vulgatas supra memoratas Apostolicas Litteras in unaquaque dioecesi suspendit tum obligationem denunciandi earundem sectarum occultos coryphaeos et duces, tum etiam reservationem censurarum, peculiarem facultatem concedendo omnibus confessariis ab Ordinariis locorum adprobatis, ut eos, qui vere resipuerint et sectas deseruerint, ab iisdem censuris absolvere et Ecclesiae reconciliare valeant.

— Erit igitur sacrorum Praesulum hanc Pontificis Maximi benignitatem fidelibus suae fidei concreditis nuntiare. Facerent autem rem pastoralis suae sedulitatis dignam, si hoc vertente anno, quem clementiae peculiari modo addictum vult Pontifex, sacris exercitationibus, Missionum in morem, oves suas ad aeternas veritates meditandas et spiritum rectum innovandum excitarent.

2^o. Mens porro est eiusdem Sanctitatis Suae, ut Encyclicae Litterae quam diligentissime evulgentur, quo facilius omnes christifideles intelligant, quam dirum inter eos venenum serpat, quantaque eos eorumque prolem perniciēs maneat, nisi tempestive sibi caveant. Tum sollertissima et impensissima opera danda erit, ut remedia tam quae a Pontifice proponuntur, quam quae propria cuiusque prudentia suaserit, adhibeantur. — Primum omnium excitare in hanc rem oportet industriam sedulitatemque parochorum; deinde addiscenda generatim eorum opera est, quibus a bonorum omnium largitore Deo facultas dicendi aut scribendi tributa est, vel quibus divini verbi annuntiandi vel christianae plebis a culpis expiandae vel etiam inventutis instituendae cura demandata fuerit, ut et ipsi labores suos conferant ad detegenda Massonum aliarumque damnatarum societatum impia placita et infanda molimina, et ad reducentes in viam salutis eos, qui sive temere et incaute, sive consulto et cogitato ad eas accesserint, atque ad illos praemonendos, qui nondum in earum laqueos inciderunt.

3^o. Ne quis vero errori locus fiat, cum diiudicandum erit, quanam ex his perniciosis sectis censurae, quae vero prohibitioni tantum obnoxiae sint, certum imprimis est, excommunicatione latae sententiae multari Massonicam aliasque eius generis sectas quae capite 2. n. IV. Pontificiae Constitutionis „Apostolicae Sedis“ designantur, quaeque contra Ecclesiam vel legitimas potestates machinantur, sive id clam sive palam fecerint, sive exegerint, sive non, a suis asseclis secreti servandi iuramentum.

4^o. Praeter istas sunt et aliae sectae prohibitae atque sub gravis culpae reatu vitandae, inter quas praecipue recensendae illae omnes, quae a sectatoribus secretum nemini pandendum et omnimodam obedientiam occultis ducibus praestandam iureiurando exigunt. Animadvertendum insuper est, adesse nonnullas societates, quae licet certo statui nequeat, pertineant necne ad has, quas memoravimus, dubiae tamen et periculi plenae sunt, tum ob doctrinas quas profitentur, tum ob agendi rationem quam sequuntur ii, quibus ducibus ipsae coaluerunt et reguntur. Ab his etiam Sacrorum Antistites, quibus germana Christi fides et morum integritas maximae curae esse debet, noverint oves suas deterrendas et arcendas esse, et eo quidem diligentius, quod ob servatam ab iisdem quandam honestatis speciem corruptelae periculum, quod in ipsis latet, difficilius a simplicibus praesertim hominibus et adolescentibus persentiri et praecaveri poterit.

5^o. Rem proinde facient sacri Pastores suis ovibus apprimè utilem et Sanctitati Suae periucundam, si praeter commune et usitatum concionandi genus, quod omnino retinendum est, illud adiungent, quod defendendis catholicis veritatibus adhiberi solet, et aptissimum est profligandis erroribus, quos latius et maximo cum animarum detrimento hodie disseminari Apostolicae Litterae „Humanum genus“ deplorant. Quod quidem concionandi genus tum erit christianae plebi saluberrimum, cum refutatis erroribus, christianae doctrinae vim, praestantiam et utilitatem dilucide et

ordine explanabit, et amorem erga catholicam Ecclesiam, quae eandem doctrinam integram incorruptamque servat, in animis auditorum excitabit.

6°. Cum vero vaferrimis sectarum artibus fraudibusque adolescentes, pauperes artifices et operarii facilius allici et capi soleant, ad hos etiam peculiare curae sunt convertendae. Atque ad inventutem quod attinet, adnitendum summopere est, ut a teneris annis tam intra domesticos mores accurate informetur, et mature doceatur, qua ratione sibi ab insidiis tenebricosarum sectarum cavere debeat, ne si in earum laqueos inciderit, sit ipsi imposterum tam iniquis dominis maximo cum aeternae salutis et humanae dignitatis detrimento turpissime serviendum. Iuvenum incolumitati perbene consultum erit, si ex iis conflatae fuerint societates, quae a Beatissima Virgine aliove caelesti Patrono nomen sumpserint. In his coetibus veluti in palaestris, si praesertim iis praeficiantur Sacerdotes laicique homines sapientia et dexteritate praestantes, adolescentes animum sument virtutibus colendis, et religioni aperto ore, contemptis impiorum irrisionibus, profitendae, simulque assuescent horrere quidquid a catholica veritate et sanctitate alienum sit.

7°. Perutile etiam est, hinc patres, illinc matresfamilias fraterno foedere coniungere eum in finem, ut viribus unitis aeternae propriae sobolis salutis rectaeque institutioni aptius studere et efficacius consulere possint. Plures huius generis consociationes huc illuc inductae sunt, sive de viris, sive de feminis agatur, quae Caelitis alicuius tutelae sese commiserunt et laetissimos religionis ac pietatis fructus edunt.

8°. De artificibus autem et operariis, inter quos potissimum delectus haberi solet ab iis, quibus vel ipsa religionis et societatis fundamenta convellere propositum est, ponant sibi ante oculos Sacrorum Antistites prisca illa collegia fabrum, vel artificum universitates aut sodalitates, quae adscito sibi caelesti Patrono anteaetis temporibus praeclaro fuerunt civitatibus ornamento, et artibus sive politioribus sive humilioribus incremento. Hos aliosque coetus ex iis etiam hominibus, qui mercaturae negotiis vel humanioribus disciplinis sese dediderunt, iterum excitabunt, in quos qui coiverint religionis officia sedulo edocebuntur et obibunt, et una simul in humanis necessitatibus, quas ferre aut corporis aegritudo aut senium aut paupertas solet, mutuo sibi sint auxilio. Qui his coetibus praesunt, sedulo advigilabunt, ut socii morum probitate, operum affabre effingendorum peritia, laborum ferendorum docilitate et assiduitate maxime commendentur, quo facilius, quae ad vitam sunt necessaria, sibi parare queant. Nec detrectabunt iidem Antistites huiusmodi societatibus advigilare, leges proponere aut adprobare, gratiam divitum conciliare, patrocinio suo eas prosequi, ope iuvare.

9°. Neque peculiarem eorum curam fugiet mirabilis illa precum et operum societas, quae nonnullis in locis nata, in aliis iam adolescere coepit. Curandum summo studio est, ut in hanc adscribantur quotquot recte de religione sentiunt. Nam cum ei propositum sit, generali quadam animorum consensione in universa qua late patet catholica Ecclesia religionis ac pietatis opera fovere et amplificare, divinaeque indignationi placandae assidue studere, facile intelligitur quantae ea miseris hisce temporibus futura sit utilitati. Ex precandi autem formulis eam Episcopi

commendabunt maxime, quae a Deiparae Rosario nomen habet, quamque tamquam praestantissimam amplissimis laudibus haud ita pridem Sanctissimus Dominus Noster prosequutus est et impensissime inculcavit. Inter opera vero pietatis ea eligant, quae obiri ab iis solent qui tertium S. Francisci Ordinem profitentur, inter quos sicut et inter sodales S. Vincentii a Paulo vel Marianos quo plures fieri poterit conscribendos curabunt, ut praeclarissima opera, quae tanto cum catholici orbis plausu et animarum fructu ab iisdem peraguntur, latius in dies manent.

10". Optimum denique factu esset, si ubi id locorum et personarum adiuncta siverint, catholicae scientiarum Academiae excitarentur, illique peritiles conventus seu Congressus, uti vocant, haberentur, ad quos unius vel plurium regionum lectissimi homines deputarentur, eosque praesentia sua Sacrorum Antistites honestare non dedignarentur, ut simul consilia rei catholicae provehendae sub eorum auspiciis iniri et quae tum huic tum publicae utilitati magis conferunt, statui possent. — Neque abs re esset si, qui sibi provinciam depoposcerunt assiduis scriptis et lucubrationibus defendendi Dei et Ecclesiae iura, et recidendi novos qui in dies subolescunt errores et cavillationes, sociato agmine, Episcopis ducibus, dimicarent. Fieri enim non potest, quin, si vires omnes, quae vividae adhuc, Deo opitulante, in Ecclesia vigent valentque, in idem consenserint, uberrimi referantur fructus ad hodiernam hominum societatem ab exitiali iniquarum sectarum contagione vindicandam, et in Christi libertatem asserendam.

11". Quae hactenus proposita sunt, haud ita facile optatum finem assequuntur, nisi vires uniantur, ac proinde nisi Archiepiscopi cum suis Suffraganeis una consuluerint et statuerint, quid facto opus sit, ut Supremi Pastoris desideriis obsecundetur. Cuius, sicut et Supremae huiusce Congregationis in votis est, ut eorum singuli quantocius renuntient, et imposterum quoties statum describent dioeceseon, referre ne praetermittant, quid quisque vel singillatim vel una cum suis in Episcopatu collegis egerit, et quem exitum eorum studia sortita fuerint.

Datum Romae ex Cancellaria S. Officii die 10. Maii 1884.

Raphael Card. Monaco.

Nr. 203. Forma abjuratationis haeresis.

Decretum S. R. et U. Inquis.

d. d. 28. Martii 1900 circa modum recipiendi abiurationem haereticorum qui ad fidem catholicam convertuntur.

Per Responsum S. Congregationis datum Episcopo Bituntino die 2. Januarii 1669 (quod Decretum juxta responsum a S. Officio die 21. Dec. 1895 Episcopis Borussiae datum adhuc viget) declaratum est: posse Episcopos auctoritate ordinaria haereticos sponte comparentes in exteriori foro absolvere „post abiurationem iuridice factam.“

Diversae ultimis annis erant in hisce regionibus opiniones de huiusce clausulae vigore. Nam alii opinabantur praedictam Episcoporum ordinariam facultatem tunc tantum executioni posse mandari, quando modo indiciali Episcopus procedit; sic ex. gr. unus ex Germaniae Ordinariis, vir in iure canonico peritissimus, literis ad hanc Curiam missis sententiam suam esse exposuit, quod Episcopus hac ordinaria facultate uti volens debeat haereticum inducere ad abiurationem coram Notario et duobus

testibus pronuntiandam. Quae opinio habet aliquod fundamentum in citato S. Officii Decreto, quippe quod poscit praecedere absolutioni abiurationem iuridice factam.

Sed eiusmodi iudicialis aut iuridica abiuratio nusquam in Germania in usu est. In regionibus acatholicis, ubi conversiones ad fidem saepius fiunt, nulla est copia Notariorum catholicorum. Accedit quod valde consultum est ut haereticis conversis modus abiurandi facilis et commodus reddatur et ut conversiones nullum strepitum vel admirationem excitent, quod fieret, si iudiciales aut iuridicae formae adhiberentur.

Hinc ubique locorum usus est, ut abiuratio erroris et fidei catholicae professio perficiatur coram parocho et uno teste, vel, si necessitas ita expostulat, coram solo parocho sed semper ita, ut abiuratio in exteriori foro compareat et probari valeat. Idcirco abiuratio non tam actus iudicialis aut iuridicus, sed magis actus pastoralis officii censi debet, sed semper validus etiam pro exteriori foro.

Quae cum ita sint, subscriptus Episcopus N. N., ut sensus citati Decreti non ansam praebeat dubiis, a Sacra Inquisitionis Congregatione humillime petit, ut declaretur, num possit Episcopus ordinaria sua facultate absolvendi haereticos etiam tunc uti, si non fiat abiuratio in stricto sensu iuridica, sed coram solo sacerdote ab Episcopo delegato, aut coram tali sacerdote et teste.

Feria IV, die 28. Martii 1900.

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis, ab Eminentissimis ac Reverendissimis DD. Cardinalibus in rebus fidei et morum Generalibus Inquisitoribus habita, propositis suprascriptis precibus, praehabitoque RR. DD. Consultorum voto omnibus rite diligenterque perpensis, iidem Eminentissimi ac Reverendissimi Patres respondendum mandarunt:

Respondeatur Episcopo ad mentem. Mens est quod abiuratio fieri potest coram quopiam ab Episcopo delegato ut notario et aliquibus personis uti testibus; et detur instructio 8. Aprilis 1786 ad Episcopum Limericem.

Praefata instructio sic se habet: „Non est necesse ut qui a catholica fide defecerunt, ad eamque postmodum reverti cupiunt, publicam abiurationem praemittant, sed satis est ut privatim coram paucis abiurent, dummodo tamen promissa servant, ac revera abstineant, communicare cum haereticis in spiritualibus aut quidquam facere quod haeresis protestativum sit. Idem sentiendum de iis qui haeresim, in qua usque ab initio educati fuere, privatim abiurent.“

Sequenti vero feria VI, die 30. eiusdem mensis et anni, in solita Audientia a Sanctissimo D. N. Leone Div. Prov. PP. XIII R. P. D. Adessori impertita, facta de his omnibus relatione, Sanctissimus Dominus responsionem Eminentissimorum Patrum adprobavit.

I. Can. Mancini, S. R. et U. Inquis. Notarius.

Nr. 204. Peccata in Dioecesi Wratislaviensi reservata

(sine censurae inflictione).

Rituale Wratislav. §. 104.

I. Clerici peccatum, quo irregularis evadit, e. gr. si excommunicatus aut suspensus actum ordinis exercet.

2. Incendiarii dolosi et omnes ad incendium efficaciter cooperantes.
3. Incestuosi in primo gradu consanguinitatis, lineae rectae, si actus est completus et sufficiens ad generationem.
4. Homicidium voluntarium committentes et omnes ad id crimen efficaciter cooperantes.

Nr. 205. Designatio temporum,

in quibus in dioecesi Wratislaviensi cuivis approbato sacerdote potestas absolvendi in casibus Episcopo reservatis conceditur.

Rituale Wratislav. S. 105.

1. Festo nativitatis Domini usque ad Epiphaniam inclus.
2. Dominica in Quinquagesima et feria secunda et tertia sequenti.
3. Ab initio usque ad finem temporis pro Confessione et Communionem Paschali designati.
4. In festo Ascensionis Domini, Pentecostes et Corporis Christi.
5. In festo Annuntiationis et Assumptionis B. Mariae Virg.
6. In festis Ss. Apostolorum Petri et Pauli et Omnium Sanctorum.
7. In festis Dedicationis et Patrocinii Ecclesiae.
8. In die Commemorationis Omnium Fidelium Defunctorum et Dominica sequenti.
9. Pro lucrandis indulgentiis de Portiuncula.
10. In festis titularibus Confraternitatum.
11. In Ecclesiis piarum peregrinationum omni tempore.
12. Tempore Adventus (G. B. Nr. 287. IX.).
13. Die Adorationis perpetuae et die praecedenti (G. B. Nr. 341. III.).

Nr. 206. Beichtstühle.

- a) Dieselben sollen mit einem Gitter versehen sein (G. B. Nr. 33. I.). Siehe Nr. 161².
- b) Das Verzeichniß der Reservatfälle soll in Beichtstühlen nicht affixirt sein, da die Beichtväter ohne eine mögliche Gefährdung des Beichtsiegels davon doch keinen Gebrauch machen können. (G. B. Nr. 233. XI.).

Anmerkung: 1. Zu den Casus reservati Summo Pontifici gehören noch als peccata sine censurae irrogatione (Rituale Wr. S. 101):

- a) falsa denuntiatio confessarii de sollicitatione,
- b) acceptatio donorum a religiosis ex proprietate conventus.
2. Reconciliation solcher Katholiken, welche coram ministro acatholico eine Mißhehe geschlossen haben siehe Instructio de modo tractandi matrimoniam mixta d. 11. Febr. 1893.
3. Ritus recipiendi Professionem fidei catholicae a neoconversis siehe Rituale Wratislav. S. 94.

E. Ablässe.

Vergl. hierzu Abschnitt: „Gebet und besondere Andachten“ und Abschnitt: „Kirchliche Bruderschaften und Vereine“.

Nr. 207. De regulis seu normis ad dignoscendas veras Indulgentias ab apocryphis.

G. B. Nr. 365. IV.

Decretum Urbis et Orbis.

Inter cetera quae huic S. Congregationi Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae munera sunt tributa, illud supereminet secernendi nimirum veras Indulgentias ab apocryphis easque proscribendi. Cui quidem muneri satis ipsa fecit plurimis editis ad haec usque tempora decretis de apocryphis Indulgentiis in authentica Decretorum collectione contentis. Verum etsi haec S. Congregatio vigilans ab ipso suae institutionis exordio semper exstiterit quoad Indulgentiarum publicationem, ne falsae in Christianum populum irreperent, nihilominus, quum hac etiam nostra aetate non desint, qui, vel mala voluntate, aut etiam irrationabili zelo perculsi, falsas, vel ut minimum valde suspectas Indulgentias sive orationibus, sive piis exercitiis adnexas propalare inter fideles non vereantur, hinc factum est ut plures Antistites hanc S. Congregationem adiverint, ut de aliquibus Indulgentiis suum iudicium ederet. Id potissimum praestiterunt ea causa permoti ut non solum verae a falsis Indulgentiis discernerentur, sed praesertim ut Ecclesiae hostibus via praecluderetur eam calumniandi, et aspernandi coelestem Indulgentiarum thesaurum.

Porro S. Congregatio ut huic malo, quoad fieri posset, praesens remedium adhiberet, regulas seu normas quasdam statuere excogitavit, quibus prae oculis habitis nedum locorum Ordinariis, sed et ipsis Christifidelibus facilis aperiretur via ad dignoscendum, quodnam sit ferendum iudicium de aliquibus Indulgentiis, quae passim in vulgus eduntur, dubiamque praeseferunt authenticitatis notam.

Hoc vero S. Congregationis propositum Sanctissimo Domino Nostro Leoni XIII delatum, eadem Sanctitas Sua illud approbavit iussitque quam primum executioni mandari.

Quare S. Congregatio, adhibito studio Rmorum Consultorum, Indicem praedictarum regularum elucubrandum curavit; quem deinde in generali Congregatione ad Vaticanum coadunata die 5. Maii 1898 examini Eminentissimorum PP. Cardinalium subiecit. Hi vero postquam praefatum Indicem mature perpenderint, eundem, in aliquibus immutatum, in altera Congregatione denuo expendendum sibi reservarunt.

Quod quidem actum est in generalibus Comitiis ad Vaticanum habitis die 3. Augusti 1899, in quibus Emi et Rmi Patres Indicem uti infra proponendum censuerunt:

Regula I. Authenticae sunt omnes indulgentiae, quae in novissima Collectione a S. Indulgentiarum Congregatione edita continentur.

Regula II. Indulgentiae generales, quae in supradicta Collectione non exhibentur, vel quae concessae feruntur post editam Collectionem, tunc solummodo habendae erunt ut authenticae, cum earundem concessionis authographum monumentum recognitum fuerit a S. Indulgentiarum Congregatione, cui sub nullitatis poena exhibendum erit, antequam publicentur.

Regula III. Authenticae habeantur Indulgentiae concessae Ordinibus et Congregationibus religiosis, Archiconfraternitatibus, Confraternitatibus, Archisodalitiis, Sodalitiis, piis Unionibus, piis Societatibus, nonnullis Ecclesiis celebrioribus, Locis piis et Obiectis devotionis, quae continentur in Summariis recognitis et approbatis a S. Congregatione Indulgentiarum, eiusque auctoritate vel venia typis editis.

Regula IV. Non habeantur ut authenticae Indulgentiae sive generales, sive particulares, quae continentur in libris, in libellis, in summariis, in foliis, in chartulis, sive etiam in imaginibus, impressis sine approbatione auctoritatis competentis; quae approbatio concedenda erit post diligentem recognitionem et distincte exprimenda¹⁾.

Regula V. Apocryphae, vel nunc prorsus revocatae, sunt omnes Indulgentiae mille vel plurium millium annorum, quocumque tempore concessae dicantur.

Regula VI. Suspectae habeantur Indulgentiae plenariae quae asseruntur concessae recitantibus pauca dumtaxat verba: exceptis Indulgentiis in articulo mortis.

Regula VII. Reiiciendae sunt ut apocryphae Indulgentiae, quae circumferuntur in libellis, foliis seu chartulis impressis vel manuscriptis, in quibus ex levibus aut etiam superstitiosis causis et incertis revelationibus, vel sub illusoriis conditionibus promittuntur Indulgentiae et gratiae usum et modum excedentes.

Regula VIII. Ut commentitia reiicienda sunt folia, et libelli, in quibus promittitur fidelibus unam alteramve precem recitantibus liberatio unius vel plurium animarum a Purgatorio: et Indulgentiae quae dictae promissioni adiici solent ut apocryphae habendae sunt.

Regula IX. Apocryphae, vel saltem ut graviter suspectae, habeantur Indulgentiae recentioris assertae concessionis, si ad inusitatum numerum annorum vel dierum producantur.

Quas quidem regulas per me infrascriptum Cardinalem eiusdem S. Congregationis Praefectum SSmo Dno Nostro Leoni PP. XIII relatas in Audientia die 10. Augusti 1899 eadem Sanctitas Sua approbavit mandavitque per generale Decretum publicari.

Datum Romae ex Secretaria eiusdem S. Congregationis
die 10. Augusti 1899.

L. † S.

Fr. Hieronymus M. Card. Gotti, Praefectus.

† Ant. Archiep. Antinoen., Secretarius.

¹⁾ Siehe oben S. 74: De sacris Imaginibus et Indulgentiis.

Nr. 208. Decretum ejusdem congregationis pro Urbe et Orbe.

G. B. Nr. 109. II.

Quum Decretum quod in Indice librorum prohibitorum publicatum existit inter Decreta de libris prohibitis nec in Indice nominatim expressis, § III. No. 12, nempe: Indulgentiarum libri omnes, diaria, summaria, libelli, folia etc. in quibus earum concessiones continentur, non edantur absque licentia S. Congregationis Indulgentiarum, pleno suo robore vigeat, episcopus Petrocorensis et Sarlatensis in Gallia quorundam dubiorum solutionem a Sanctissimo Domino Nostro humiliter postulavit, ad impressionem summariorum, cathalogorum, foliorumque Indulgentiarum quod attinet, uti sequitur:

Beatissime Pater.

„In Decretis de libris prohibitis, quae post Regulas Indicis addita sunt, haec leguntur § III. No. 12.“

„Indulgentiarum libri omnes, diaria, summaria, libelli, folia etc., in quibus earum concessiones continentur, non edantur absque licentia S. Congregationis Indulgentiarum.“

„Cum vero circa hujus regulae interpretationem plura dubia exorta sint, Episcopus Petrocorensis et Sarlatensis in Gallia ab Ipsa efflagitat humillime:“

„1^o. Utrum praefata regula ita intelligenda sit, ut nulla summaria, cathalogi, folia Indulgentiarum ipsa auctoritate Ordinarii imprimi possint, absque speciali licentia S. Congregationis Indulgentiarum, etiam quando ipsi certo constat authenticas etc. illas Indulgentias esse, verbi gratia, quia penes se habet cathalogos, aut summaria Romae impressa.“

„2^o. An vero haec impressio et evulgatio solum prohibeatur Ordinario quando non ipsi certo constat jam a S. Congregatione Indulgentiarum evulgatas fuisse has Indulgentias?“

Itaque propositis ejusmodi dubiis in generalibus comitiis S. Congregationis Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae in Palatio Apostolico Vaticano habitis die 14. Decembris praeteriti anni 1857 Eminentissimi Patres, audito Consultoris voto, rebusque mature perpensis, fuerunt in voto quoad utrumque dubium ut infra, videlicet: — Articulum 12. § III. Decretorum post Regulas Indicis editorum ita esse intelligendum et in praxim deducendum ut si agatur de edenda concessione alicujus Indulgentiae vel summarii Indulgentiarum, quod ex Brevi Apostolico vel Rescripto S. Congregationis jam vulgato, in potestate Ordinarii sit licentiam concedere earundem Indulgentiarum concessiones typis imprimendi (dummodo pro aliquo elencho non sit specialis et expressa prohibitio); e contra vero si sermo sit de summario vel antea collecto, sed nunquam approbato, vel nunc primum ex diversis concessionibus colligendo, requiritur expressa S. Congregationis Indulgentiarum licentia —: addita tamen conditione: Faeto verbo cum Sanctissimo — Factaque per me infrascriptum S. Congregationis Secretarium Sanctissimo Domino

Nostro Pio PP. IX. de his omnibus fideli relatione in Audientia diei 22. Januarii 1858 Sanctitas Sua Eminentissimorum Patrum votum adprobavit.

Datum Romae ex Secretaria S. Congregationis Indulgentiarum.

F. Card. Asquinius, Praefectus.

A. Colombo, Secretarius.

Nr. 209. Erneuerung der ad tempus ertheilten Ablässe.

Q. B. Nr. 49. III.

Da die den einzelnen Kirchen, Altären, Bruderschaften u. s. w. früher auf einen bestimmten Zeitraum ad Quinquennium aut Septennium ertheilten Ablässe im Laufe der Jahre an verschiedenen Orten erloschen sind, ohne daß dieselben wiederum erneuert wurden, so haben uns Se. Fürstbischöfliche Gnaden, der Hochwürdigste Fürstbischof beauftragt, die Herren Pfarrer, Curaten oder sonstigen Vorsteher der Kirchen aufzufordern, die Erneuerung der fraglichen Ablässe immer rechtzeitig nachzusehen und dabei zu bemerken, welche Ablässe und zu welchem Zwecke dieselben verliehen worden, jetzt aber erloschen seien.

Der Ehrwürdige Curat-Clerus wird diese Aufforderung um so mehr zu beachten haben, als erloschene Ablässe ohne alle Giltigkeit sind, und doch leicht zu Täuschungen führen können.

Nr. 210. De tempore confessionis ad lucrandas indulgentias requisitae.

a. Q. B. Nr. 341. II. bezw. 317. III. und 297. I.

Episcopus Wratislaviensis ad pedes S. V. provolutus supplicat, ut ob inopiam Confessariorum, Xistifideles suae Dioecesis, qui infra unam vel duas hebdomadas uniuscujusque mensis S. Confessionem peragere solent, Plenarias Indulgentias eo temporis intervallo concessas lucrari valeant absque S. Confessione pro singulis Indulgentiis praescripta.

Et Deus etc.

Vigore specialium facultatum a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. sibi tributarum Sacra Congregatio Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praeposita, attenta Confessariorum inopia, benigne annuit pro gratia ita ut Christifideles Dioecesis Wratislaviensis, qui infra unam vel duas hebdomadas uniuscujusque mensis Sacramentalem Confessionem peragere solent, omnes et singulas Plenarias Indulgentias eo temporis intervallo concessas absque sacramentali Confessione pro singulis Indulgentiis Plenariis praescripta, lucrari possint et valeant, dummodo lethalis culpa post ultimam Confessionem conscii non sint, et cetera opera injuncta rite exequantur. Praesenti ad triennium valituro. Contrariis quibuscumque non obstantibus. Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. C. die 15. Januarii 1898. Fr. Hieronymus Ma. Card. Gotti, Praef.

b) Q. B. Nr. 360. II. bezw. 323. I.

Georgius Cardinalis Kopp, Princeps Episcopus Wratislaviensis, deficiente copia confessariorum in sua dioecesi, humillime petit prorogationem indulti ipsi die 20. Julii 1896 ad triennium concessi,

vi cuius Christifideles suae dioeceseos, qui infra septem dierum spatium ante aliquod festum, cui indulgentia plenaria adnexa est, sacramentalem confessionem obierint et S. Communionem refecti fuerint, indulgentiam dicto festo adnexam et omnes et singulas alias indulgentias, quae per id temporis intercidunt, absque alia confessione, servatis tamen ceteris praescriptis, lucrari possint.

Et Deus etc.

S. Congregatio Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praeposita, utendo facultatibus a SS. D. N. Leone Pp. XIII. sibi specialiter tributis, benigne annuit pro petita prorogatione ad aliud triennium a data praesentium computandum, servata forma et tenore praecedentis concessionis. Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. C. die 12. Augusti 1899.

Fr. Hieronymus M. Card. Gotti, Praefectus.

† Antonius, Archiepiscopus Antiochen., Secretarius.

Nr. 211. Ablaß für die erste hl. Communion der Kinder.

G. B. Nr. 270. VIII.

Breslau, den 28. März 1891.

Um den hochwürdigen Herren Seelsorgern Gelegenheit zu bieten, die Kinder, welche sie alljährlich zur heil. Communion führen, auch praktisch zur Gewinnung von Ablässen anzuleiten und den Tag der ersten heil. Communion noch segensreicher zu machen, habe ich beim heil. Vater um einen vollkommenen Ablaß gebeten, sowohl für die Erstcommunicanden, als für diejenigen, welche mit denselben zum Tische des Herrn treten. Zu meiner Freude hat der heil. Vater diese Bitte erfüllt und den gewünschten Ablaß, auch den Armen Seelen zuwendbar, unter den sonst üblichen Ablaßbedingungen bewilligt.

Der Fürst-Bischof.

† Georg.

Das diesbezügliche Dekret lautet:

Leo PP. XIII.

Ad futuram rei memoriam. Supplices Nobis preces admovendas curavit Ven. Frater Episcopus Wratislaviensis ut pueris et puellis, qui primum sancta de altari libaverint nec non omnibus Christifidelibus, qui una cum ipsis in Ecclesiis Parochialibus dioecesis istius Wratislaviensis caelesti Pane se refecerint et caetera pietatis opera praestiterint, Plenariam Indulgentiam de benignitate Nostra Aplica concedere dignaremur. Nos piis huiusce precibus benigne obsecundare volentes, omnibus et singulis pueris et puellis, qui vere poenitentes et confessi in qualibet ex Parochialibus Ecclesiis dioecesis Wratislaviensis ad sacram Synaxim primum accedent, nec non ceteris fidelibus vere etiam poenitentibus et confessis, qui una cum ipsis sancta de altari libaverint, ac respectivam Ecclesiam Parochialem devote visitaverint, ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, peccatorum conversione ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, Plenariam omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem, quam etiam animabus Christifidelium, quae Deo in charitate coniunctae ab hac luce migraverint, per modum suffragii applicare possint, misericorditer

in Domino concedimus. In contrarium facien. non obstan. quibuscumque. Praesentibus ad Decennium tantum valituris. Volumus autem ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis, manu alicuius Notarii publici subscriptis, et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur quae adhiberetur ipsis praesentibus, si forent exhibitae vel ostensae. Datum Romae apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die XIII. Martii MDCCCXCI. Pontificatus Nostri Anno Decimo-Quarto.

(L. S.)

M. Card. Ledóchowski.

Nr. 212. Ablässe bei Volksmissionen.

G. S. Nr. 313. I.

Leo PP. XIII.

Ad futuram rei memoriam. Caelestium munerum thesauros, quorum dispensatores esse Nos voluit Altissimus, cum ad Catholicae Religionis incrementum et animarum salutem profuturos speramus, libenter elargimur. Cum itaque, sicut Nobis nuper exponi fecit Venerabilis Frater Georgius, hodiernus Episcopus Wratislaviensis, ipse nonnullos Presbyteros seculares, seu de superiorum suorum licentia regulares, in diversa loca suae Dioecesis ptae ad procurandam fidelium salutem mittere intendat; Nos eiusdem Venerabilis Fratris zelum et vigilantiam plurimum in Domino commendantes, ac eorundem Presbyterorum secularium vel regularium, illorumque ad quos ipsi mittentur, devotionem confovere atque augere cupientes, omnibus et singulis Presbyteris praefatis ac aliis utriusque sexus Christifidelibus, ad quos ipsi mittendi accesserint, Nostram et Apostolicam Benedictionem per praesentes impertimur, eisdemque vere poenitentibus et confessis ac S. Communionem reffectis, qui pro S. Romanae Ecclesiae exaltatione, Principum Christianorum unione, infidelium et peccatorum conversione et haeresum extirpatione, prout unicuique suggeret devotio, pias ad Deum preces effuderint, et dummodo ultra medietatem temporis, quo Missiones perduraverint, devote eisdem interfuerint, Plenariam, una vice dumtaxat tempore uniuscuiusque Missionis, omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem misericorditer in Domino concedimus. Praesentibus ad Septennium tantum valituris. Volumus autem ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis, manu alicuius Notarii publici subscriptis, et sigillo Personae in Ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae adhiberetur ipsis praesentibus si forent exhibitae vel ostensae. Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die XXI. Junii MDCCCXCV. Pontificatus Nostri Anno Decimo-octavo.

Pro Domino Card. de Ruggiero
Nicolaus Marini, Sub.

Nr. 213. Ablässe bei Verlegung eines Festes.

G. S. Nr. 145. IV.

Es war an uns die Frage gestellt worden, ob, wenn ein Fest, mit welchem Indulgentiae plenariae verbunden sind, transferirt wird, die In-

Indulgenzen zugleich mit transferirt werden, oder ob diese Indulgenzen an den Tag gebunden bleiben, welcher der dies fixus für das Fest ist. Da diese Frage ein allgemeines Interesse berührt, so theilen wir nachstehend das Decret, welches die Congregation der Indulgenzen u. in dieser Angelegenheit erlassen hat, nachstehend in extenso mit:

Decretum generale Urbis et Orbis.

Cum potestas conferendi Indulgentias a Christo Ecclesiae concessa sit in fidelium utilitatem, atque earum usum Christiano populo maxime salutarem esse affirmet Sancta Tridentina Synodus (Sess. 26 decr. de Indulg.), congruum omnino videtur omne studium impendere ut Indulgentias, quae occasione dierum festorum vel concessae jam sunt vel concedentur, fideles facilius lucrari possint, eoque magis cum ingens populi Christiani concursus ad ea festa celebranda conveniat. Jam vero cum, hac nostra praesertim aetate, maxime ob Ecclesiasticas Conventiones ab Apostolica Sede cum exteris nationibus initas, festorum legitimae translationes occurrant; et generatim cum per hujusmodi translationes ex justis causis, debitis tamen cum facultatibus factas (licet etiam pro sola externi cultus celebratione, quin et una simul Officium cum Missa transferatur), fidelium devotio excitetur ad laudandum Dominum in Sanctis ejus, huic fidelium pietati fovendae atque animarum saluti quam maxime interest ut etiam Indulgentiae his festis adnexae transferantur. Quamvis autem alias tum a S. Rituum Congregatione tum ab hac Sacra Congregatione Indulgentiis sacrisque Reliquiis praeposita quaesitum fuerit, utrum in translatione festorum etiam translatae intelligantur adnexae Indulgentiae, et vel negativa intercesserit responsio, vel in singulis casibus recurrendum esse ad hanc Sac. Congregationem sancitum esset, nec unquam generali decreto publice evulgato usquedum huic translationi Indulgentiarum provisum fuerit; attamen Eminentissimi Patres in Generalibus Comitibus hujus Sacrae Congregationis, attentis actualibus temporum hujusmodi et peculiaribus locorum et Ecclesiarum et fidelium circumstantiis, atque etiam die 16. Februarii currentis anni pro concessione generali translationis Indulgentiarum occasione translationis festorum supplicandum Sanctissimo unanimiter censuerunt. Sanctissimus itaque Dominus Noster Pius PP. IX. audita de his omnibus relatione per me infrascriptum Secretariae ejusdem Sac. Congregationis Substitutum in Audientia diei 9. Augusti 1852 facta, benignè mandavit ut omnes Indulgentiae, quae hucusque quibusdam festis concessae fuerunt ac in posterum concedentur, vel quae pro iisdem festis aliquibus Ecclesiis et publicis Oratoriis pariter concessae fuerunt et in posterum concedentur, vel etiam si libuerit de consensu Ordinarii illae concessae in Sacris Supplicationibus, aut in Novendialibus, vel Septenariis, sive Triduanis precibus ante vel post festum vel ejus Octavario perdurante; translatae intelligantur pro eo die quo festa hujusmodi vel quoad solemnitate tantum et externam celebrationem (non tamen quoad Officium et Missam) in aliquibus locis, vel Ecclesiis, publicisque Oratoriis, sive in perpetuum sive aliqua occasione, sive ad tempus, eoque durante, legitime transferuntur.

Cum vero transfertur tantum Officium cum Missa non autem Solemnitas et exterior celebratio festi, Indulgentiarum nullam fieri translationem decrevit.

Hanc autem Apostolicae benignitatis concessionem Eadem Sanctitas Sua quibuscumque in contrarium non obstantibus, ac perpetuis futuris temporibus, absque ulla Brevis expeditione valituram per hoc Sac. Congregationis Decretum typis impressum publicari voluit, dummodo ceterae omnes aliae conditiones in particularibus vel generalibus concessionibus praedictarum Indulgentiarum pro iis adipiscendis praescriptae omnino serventur.

Datum Romae ex Eadem Secretaria Sac. Congregationis Indulg. die 9. Augusti 1852.

F. Card. Asquinius, Praef.
Aloysius Archipr. Prinzivalli, Substit.

Nr. 214. Ablass für das Titularfest und einen anderen Tag in jeder Kirche.

G. S. Nr. 61. II.

Seine Heiligkeit Papst Pius IX. haben unserem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof Heinrich ausgedehnte Facultäten zu Indulgenz-Ertheilung für Kirchen, Kapellen und Oratorien mittelst Breve vom 14. März d. J. bewilligt. Um die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit in Stand zu setzen, solche Indulgenzen in geeigneter Weise nachzusehen, theilen wir Derselben das betreffende Decret mit dem weiteren Bemerkten nachstehend mit, daß in den desfalligen Gesuchen außer dem Patrocinialfeste auch noch ein anderer Tag angegeben werde, an welchem ein vollkommener Ablass für die Kirche oder Kapelle am zweckmäßigsten sein dürfte.

Das betreffende Breve nun lautet:

Pius P. P. IX.

Ad perpetuam rei memoriam. Ad augendam Fidelium religionem et animarum salutem coelestibus Ecclesiae thesauris pia charitate intenti, omnibus et singulis utriusque sexus Christifidelibus vere poenitentibus et confessis ac S. Communione reffectis, qui quamlibet ex Parochialibus aliisque Ecclesiis ac Sacellis seu Oratoriis publicis Wratislaven. Diocesis uno anni die per Ordinarium respective designando a primis vespere usque ad occasum solis diei huiusmodi singulis annis devote visitaverint, et ibi pro Christianorum Principum concordia, haeresum exstirpatione, ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, plenariam: praeterea iisdem Christifidelibus die festo earum Ecclesiarum Sacellorumque respective titulari si in Dominicam cadat, sin minus Dominica proxime sequenti, septemque diebus continuis immediate subsequentibus omnia praemissa peragentibus, plenariam similiter praedicti uniuscujusque octidui spatio, semel tantum lucranda, omnium peccatorum suorum indulgentiam, et remissionem, quam etiam animabus Christifidelium, quae Deo in charitate conjunctae ab hac luce migraverint, per modum suffragii applicare possint, misericorditer in Domino concedimus. In contrarium facientibus non obstantibus quibuscumque. Praesentibus perpetuis futuris temporibus valituris. Volumus autem, ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii publici subscriptis, et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae adhiberetur ipsis praesentibus, si forent exhibitae, vel ostensae. Datum Romae apud Sanctum Petrum sub Annulo Piscatoris die XIV. Martii MDCCCLIV. Pontificatus Nostri Anno octavo.

Pro Domino Cardinali Lambruschini

Jo. Ba. Brancaleoni, Castellani Substitutus.

Nr. 215. Erklärung zu vorstehendem Erlaß.

G. B. Nr. 278. I.

Aus Anlaß von Zweifeln, welche in einem Archipresbyterats-Convente über die Verleihung von Ablässen durch den Hochwürdigsten Ordinarius geäußert worden sind, haben Se. Fürstliche Gnaden, der Hochwürdigste Herr Fürstbischof, uns beauftragt, den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus darauf hinzuweisen, daß die in dem päpstlichen Breve vom 14. März 1854 ertheilte Vollmacht (Amtliche Verordnung Nr. 61. II) heute noch in Kraft ist.

Nr. 216. Ablässe für das Fest der hl. Hedwig.

G. B. Nr. 70. I.

Zur Beförderung der Verehrung der heiligen Hedwig, unserer Landespatronin, haben Seine Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich beim heiligen Stuhle Ablassgnaden für die Grabkirche der heiligen Hedwig in Trebnitz, wie für die ganze Diöcese nachgesucht, und ist diesem Gesuche vollständigst deferirt worden.

Seine Fürstbischöfliche Gnaden haben uns beauftragt, dies der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bekannt zu machen, sowie das Apostolische Schreiben nebst den zwei ergangenen Breven derselben zur Kenntniß und geeigneten Promulgirung an die Gemeinden mitzutheilen.

Der Inhalt der betreffenden Schriftstücke ist aber folgender:

Pius PP. IX.

Venerabilis Frater, Salutem et Apostolicam Benedictionem.

Binas Nostras Apostolicas Litteras Annulo Piscatoris obsignatas atque heic insertas Tibi mittimus, Venerabilis Frater, ex quibus intelliges quemadmodum Tuis atque istorum fidelium desideriis a Nobis fuerit obsecundatum quoad sacras Indulgentias in festo S. Hedwigis lucrandas. Hac autem occasione libentissime utimur, ut iterum testemur et confirmemus praecipuam, qua Te prosequimur, benevolentiam. Cujus etiam pignus esse volumus Apostolicam Benedictionem, quam Tibi ipsi, Venerabilis Frater, et gregi Tuae curae commisso peramanter impertimur.

Datum Romae apud S. Petrum die 7. Maii Anno 1855.

Pontificatus Nostri Anno Nono

Pius PP. IX.

Venerabili Fratri
Henrico Episcopo Wratislaviensi
Wratislaviam.

Pius PP. IX.

Ad perpetuam rei memoriam. Ad augendam fidelium religionem animarumque salutem caelestibus Ecclesiae thesauris pia charitate intenti; omnibus et singulis utriusque sexus Christifidelibus vere poenitentibus, et confessis, ac S. Communione refectis, qui Parochialem Ecclesiam sub invocatione S. Bartholomaei oppidi Trebnicen. Wratislaviens. Dioeceseos die quo ibidem festum S. Hedwigis celebratur septemque diebus continuis immediate subsequen. singulis annis devote visitaverint, ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, Plenariam hujus octidui spatio semel tantum quolibet anno per unumquemque Christi-

fidelem ad sui libitum eligen. lucrificien. omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem misericorditer in Domino concedimus.

In contrarium facien. non obstan. quibuscumque. Praesentibus perpetuis futuris temporibus valituris.

Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die IV. Maii MDCCCLV. Pontificatus Nostri Anno Nono.

(L. S.)

Pro Dno. Card. Macchi.

Jo. B. Brancaleoni, Castellani Substus.

Pius PP. IX.

Ad perpetuam rei memoriam.

Quae ad Fidelium salutem procurandam maxime faciunt ea cum a Nobis expostulantur libenter concedimus. Jam vero cum relatum sit Nobis Christifideles e Wratislaviën. Dioec. S. Hedwigem peculiari religione prosequi ac quo ejus cultus in dies major existat supplices Nobis admotae sint preces, ut die, quo illius festum per Dioec. Wratislaviën. celebratur, eorundem Fidelium pietatem Plenaria Indulgentia juvare dignaremur, Nos piis hisce votis quae in spirituale Fidelium bonum cedunt obsecundare in Domino volumus. Quamobrem auctoritate Nostra Aplica. omnibus et singulis utriusque sexus Christifidelibus vere poenitentibus et confessis ac Sacra Communione refeetis qui quamlibet ex Ecclesiis, Sacellis, Oratoriisque publicis Wratislaviën. Dioec. die quo ibidem festum Sanctae Hedwigis celebratur a primis Vesperis usque ad occasum solis diei hujusmodi singulis annis devote visitaverint ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, Plenariam omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem misericorditer in Domino concedimus. In contrarium facientibus non obstantibus quibuscumque. Praesentibus perpetuis futuris temporibus valituris. Volumus autem ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii publici subscriptis et sigillo Personae in Ecclesiastica dignitate constitutae munitis eadem prorsus fides abhabeatur quae adhiberetur ipsis praesentibus si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die IV. Maii MDCCCLV. Pontificatus Nostri Anno Nono.

Pro Dno. Cardinali Macchi.

Jo. B. Brancaleoni, Castellani Substus.

Nr. 217. Ablass für die Todesstunde,

(auch Generalabsolution genannt).

G. B. Nr. 248. I. n. 6.

Jeder mit der Jurisdiction zum Beicht hören versehene Priester ist zur Ertheilung der Benedictio Apostolica in articulo mortis berechtigt.

Bemerkung: Die Formula Benedictiois Apostolicae ist im Rituale Wratislav. S. 135 abgedruckt. Nur diese Formel ist allein und zwar mit Ausschluß irgend einer Uebersetzung zu gebrauchen, weil nur an die genaue Anwendung der Originalformel der Ablass geknüpft ist. Für die Moniales ist der Confessarius Ordinarius zuständig (G. B. Nr. 90. XI.). Ueber die Ablässe für diejenigen, qui Sacrosanctum Sacramentum, dum ad infirmos defertur, comitantur siehe Rituale Wratislav. S. 121.

F. Die letzte Oelung.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 123—161.

Nr. 218. Litterae Pastorales d. d. 1. Martii 1855. §§ 62—64.

Meminerint sacerdotes, curam infirmorum singularem quidem caritatem, patientiam, suique abnegationem postulare, sed singulari etiam esse consolationi, ut diu noctueque, et bona tempestate et mala, imo ipsorum non nimis debilitata valetudine semper atque lubenter parati ad visitandos infirmos inveniantur. Ne cunctentur, ne timeant quidquam, ut animas immortales consolentur ac reficiant remediis, quae religio tam munifice largitur. Legant saepius monita in Rit. Wratisl. De Communione infirmorum.

Ne totam infirmorum curam, Sacramentis administratis, absolutam esse sacerdotes opinentur. Infirmis enim spontanea pastoralis vigilantiae et caritatis visitatio, susceptis Sacramentis, maxime proderit, quinetiam, quum morte imminente adversarius vehementius omnes suae versutiae nervos intendat, maxime necessaria erit.

Ubi pia consuetudo est, ut campana morientis agonem indicet ad hortandos fideles, ut precibus suis in angustiis mortis positum adiuvent, retineatur, quae ut ab omnibus parochis inducatur, optandum est. Satis divites parvum laborem pecunia compensent, pauperibus consolatio illa sit gratis.

Nr. 219. De sacris oleis.

a) Instructio pro Archipresbyteris n. X.

Sacra olea ab Ecclesia Cathedrali accepta Archipresbyteri in hebdomada sancta quamprimum singulis Parochis distribuant.

b) G. S. Nr. 234. V.

Breslau, den 29. Januar 1885.

Aus Verhandlungen einzelner Archipresbyterats-Convente habe ich zu meinem Befremden gesehen, daß die heil. Oele erst bei den längere Zeit nach Ostern abgehaltenen Conventen zur Vertheilung gelangten. Indem ich dies als unstatthaft erkläre, erwarte ich, daß künftig die heil. Oele sofort nach deren Eintreffen von den Erzpriestern an die Pfarrer vertheilt werden.

Fürst-Bischof.
† Robert.

c) Decretum S. R. C. d. 31. Januarii 1896.

Auf das dubium quoad usum ss. Oleorum anni praecedentis in benedictione fontis hat die Ritencongregation unter dem genannten Datum entschieden: Parochus curet, ut Presbyter vel Clericus, si possibile sit in sacris constitutus, nova Olea sacra recipiat. Quod si aliquod adhuc exstet impedimentum, idem parochus per se vel per alium sacerdotem benedicat fontem sine sacrorum oleorum infusione, quae privatim opportuno tempore fiet: nisi aliquem baptizare debeat, tunc enim in ipsa benedictione solenni vetera olea infundat. Demgemäß ist auch bei der letzten Oelung bis zum Eintreffen des novum oleum das oleum anni praecedentis zu gebrauchen.

Bemerkung: Ueber die Benedictio Apostolica in articulo mortis, womit ein vollkommener Ablass verbunden ist, auch Generalabsolution genannt, siehe unter E. Ablässe.

G. Priesterweihe.

Nr. 220. Gebet um würdige Diener des Heiligthums.

Nachstehendes Gebet ist an allen Quatembertagen nach der Pfarrmesse und an dem vorhergehenden Sonntage nach der Predigt zu verrichten.

O Gott, Du Hirt und Lehrer Deiner Gläubigen, der Du zur Erhaltung und Verbreitung Deiner Kirche das Priestertum eingesetzt und zu Deinen Aposteln gesprochen hast: „Die Ernte ist groß, aber der Arbeiter sind wenige.“ Bittet daher den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende; siehe, wir kommen mit inbrünstigem Verlangen und flehen inständig zu Dir: Sende Arbeiter in Deine Ernte; sende würdige Priester in Deine heilige Kirche! Laß alle, die Du von Ewigkeit her zu Deinem heiligen Dienst berufen hast, Deine Stimme willig hören und von ganzem Herzen befolgen; bewahre sie vor den Gefahren der Welt; verleihe ihnen den Geist der Weisheit und des Verstandes, den Geist des Rathes und der Stärke, den Geist der Wissenschaft und Frömmigkeit und erfülle sie mit dem Geiste Deiner heiligen Furcht, damit sie ausgerüstet mit der Gnade des Priestertums durch Wort und Beispiel uns lehren, den Weg Deiner Gebote zu wandeln, und uns hinführen zur ewigen glückseligen Vereinigung mit Dir, der Du lebst und regierst von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen.

Vater unser. Begrüßt seist Du Maria. Ehre sei dem Vater &c.

Nr. 221. Aufgebot der Cleriker vor der Subdiaconatsweihe.

G. B. Nr. 52. I.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden, der Hochwürdigste Fürstbischof Heinrich haben uns angewiesen, nachstehende Verordnung zu promulgiren:

Einmal, weil das Pontificale Romanum pag. 6 ausdrücklich vorschreibt: Hi vero, qui ad singulos majores ordines erunt assumendi, per mensem ante ordinationem Episcopum adeant; qui parochi aut alteri, cui magis expedire videbitur, committat, ut nominibus ac desiderio eorum, qui volunt promoveri, publice in ecclesia propositis, de ipsorum ordinandorum natalibus, aetate, moribus et vita a fide dignis inquirat, et literas testimoniales, psam inquisitionem factam continentes, ad ipsum episcopum quam primum transmittat.

Dann, weil es oft geschehen ist und noch geschieht, daß gegen einzelne Cleriker, nachdem sie die Subdiaconatsweihe erhalten haben, Ausstellungen und Klagen erhoben werden, die dem Betroffenen wie dem Ordinate schwere Verlegenheiten bereiten, so verordnen Wir hiermit, daß die oben allegirte kirchliche Vorschrift befolgt und unter den Requisiten für den Empfang der Subdiaconatsweihe ein Zeugniß des Aufgebotes in der Pfarrkirche des parochi proprii darüber beigebracht werde, daß ein canonisches Hinderniß gegen den zu Weihenden nicht vorliege. Das Aufgebot aber soll in folgender Weise geschehen:

„Der Cleriker N. N. ehelicher Sohn des N. N. und der N. N. geboren zu N. N. den N. N. 18 . . wünscht von der Kirche Gottes die heiligen Weihen zu empfangen. Indem dies der p. Kirchengemeinde hiermit bekannt gemacht wird, geschieht es mit der Bitte, für den Genannten zu beten, und mit der Aufforderung, etwaige Hindernisse und Einsprüche bei dem betreffenden Pfarramte wahrheitsgetreu und gewissenhaft zur Kenntniß zu bringen. Dabei wolle Gott in seiner Gnade verhüten,

daß sich irgend Jemand aus bloßem Leichtsinne, Uebelwillen oder gar sündhaftem Hasse zu ungerechten Verdächtigungen und Anklagen hinreißen ließe, wodurch er die Züchtigungen des Himmels und die Strafen der Kirche über sich hereinrufen würde."

Dieses Aufgebot muß an drei aufeinanderfolgenden Sonn- oder Feiertagen geschehen und mindestens 4 Wochen vor der Subdiaconatsweihe beginnen.

Für Breslau geschieht das Aufgebot aller zu Ordinirenden noch besonders in der Cathedral.

Indem wir dies der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit zur Nachachtung bekannt machen, bemerken wir, daß in etwa zweifelhaften Fällen an uns rechtzeitig zu recurriren ist.

Nr. 222. De clericorum excardinatione et ordinatione.

Decretum S. C. Concilii. G. B. Nr. 348. I.

A primis Ecclesiae saeculis plura Sacra Concilia decreverunt, quod recentius confirmavit Tridentinum cap. 8, sess. 23 de reform., neminem nisi a proprio Episcopo posse ordinari.

Proprius autem alicuius Episcopus, iuxta ea quae praefinivit in primis Bonifatius VIII in Sexto Decret. cap. Cum nullus, De tempore Ordin., „intelligitur in hoc casu Episcopus de cuius dioecesi est is, qui ad ordines promoveri desiderat, oriundus, seu in cuius dioecesi beneficium obtinet ecclesiasticum, seu habet (licet alibi natus fuerit) domicilium in eadem“. Deinde cum consuetudo invaluerit, ut Episcopi familiares suos, etsi alienae dioecesis, sacris initiarent, et sancta Tridentina synodus cap. 9, sess. 23 de reform. id certis sub conditionibus probaverit, obtinuit, ut tribus prioribus titulis, originis, domicilii, et beneficii, quibus ius fiebat Episcopis aliquem ad ordines promovendi, quartus quoque accenseretur, scilicet familiaritatis. Cum autem de huiusmodi titulis disceptaretur, Innocentius XII app. litt. incipientibus „Speculatores“ datis die 4^a Nov. 1694, determinavit ac constituit quo sensu et extensione iidem essent accipiendi ad eum effectum, ut quis proprius fieret alicuius Episcopi subditus, quo legitime ordinari valeret. Quae constitutio ut suprema lex deinde habita est, eaque duce omnes quaestiones diremptae.

Verum nostris temporibus novae contentioni frequens se praebuit occasio. Pluribus enim in locis usu receptum est ut clerici, qui e sua dioecesi digredi et in alia sibi sedem constituere desiderarent, excardinationem, quam vocant, id est plenam et perpetuam dimissionem a suo Ordinario peterent; eaque innixi in alia dioecesi incardinationem seu adscriptionem implorarent: qua obtenta, eo ipso ut proprii novi Episcopi subditi ad ultiores ordines suscipiendos admitterentur. Quae agendi ratio, ubi caute prudenterque adhibita fuit, absque querelis processit, sed nonnullis in locis, ubi necessaria cautio defuit, controversiis et abusibus viam saepenumero patefecit.

Quapropter Eminentissimi S. C. Concilii Patres, rebus omnibus mature perpensis, praesenti generali decreto haec statuenda censuerunt:

1^o. Excardinationem fieri non licere nisi iustis de causis, nec effectum undequaque sortiri, nisi incardinatione in alia dioecesi executioni demandata.

2°. Incardinationem faciendam esse ab Episcopo non oretenus, sed in scriptis, absolute et in perpetuum, id est nullis sive expressis sive tacitis limitationibus obnoxiam; ita ut clericus novae dioecesi prorsus mancipetur, praestito ad hoc iuramento ad instar illius quod Constitutio „Speculatores“ pro domicilio acquirendo praescribit.

3°. Ad hanc incardinationem deveniri non posse, nisi prius ex legitimo documento constiterit alienum clericum a sua dioecesi fuisse in perpetuum dimissum, et obtenta insuper fuerint ab Episcopo dimittente, sub secreto, si opus sit, de eius natalibus, vita, moribus ac studiis opportuna testimonia.

4°. Hac ratione adscriptos posse quidem ad ordines promoveri. Cum tamen nemini sint cito manus imponendae, officii sui noverint esse Episcopi, in singulis casibus pendere, an, omnibus attentis, clericus adscriptus talis sit, qui tuto possit absque ulteriori experimento ordinari, an potius oporteat eum diutius probari. Et meminerint quod sicut „nullus debet ordinari qui iudicio sui Episcopi non sit utilis aut necessarius suis Ecclesiis“ ut in cap. 16, sess. 23 de reform. Tridentinum statuit; ita pariter nullum esse adscribendum novum clericum, nisi pro necessitate aut commoditate dioecesis.

5°. Quo vero ad clericos diversae linguae et nationis, oportere ut Episcopi in iis admittendis cautius et severius procedant, ac numquam eos recipiant, nisi requisiverint prius a respectivo eorum Ordinario, et obtinuerint, secretam ac favorabilem de ipsorum vita et moribus informationem, onerata super hoc graviter Episcoporum conscientia.

6°. Denique quoad laicos, aut etiam quoad clericos, qui excardinationis beneficio uti nequeunt vel nolunt, standum esse dispositionibus const. „Speculatores“ quae, nihil obstante praesenti decreto, ratae ac firmae semper manere debent.

Facta autem de his omnibus relatione Sanctissimo Domino Nostro per infrascriptum Cardinalem S. C. Concilii Praefectum, Sanctitas Sua resolutionem Em. Patrum benigne approbare et confirmare dignata est, contrariis quibuscumque minime obstantibus.

Datum Romae ex aedibus S. C. Concilii die 20. Iulii 1898.

A. Card. Di Pietro, S. C. Concilii Praefectus.

† Beniaminus Arch. Nazianzenus, Pro Secretarius.

H. Die Ehe.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 259—272.

Nr. 223. Grundsätze und Vorschriften der Kirche über den heil. Ehestand.

36. Erlaß vom 25. November 1896.

„Die Unkenntniß der Lehren des Glaubens über die Heiligkeit der Ehe, die Nichtachtung der Gesetze der Kirche beim Eingehen der Ehe, der Leichtfinn der Menschen und die Strömungen eines verkehrten Zeitgeistes liefern den Giftstoff, welcher das Familienleben an der Wurzel angreift und zerstört.“ (Hirtenbrief vom Jahre 1894.) Deshalb fordert der oberste Hirte der Kirche die Bischöfe auf, „die ihnen anvertrauten Gläubigen sorgfältig und unaufhörlich zu ermahnen, daß sie den Lehren über die Reinheit der

christlichen Ehe ein geneigtes Ohr leihen und den Gesetzen der Kirche Gehorsam leisten.“ (Rundschreiben Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. vom 21. April 1878.)

Obwohl es den Gläubigen nun nicht an Belehrung über diese wichtige Angelegenheit fehlt, zeigt doch die tägliche Erfahrung, wie oft die Unwissenheit in derselben große Verlegenheiten bereitet; darum habe ich die für die Ehe geltenden Grundsätze und Vorschriften der katholischen Kirche im Nachstehenden kurz zusammengestellt und verordne hiermit, daß dieser Erlaß alljährlich am zweiten Sonntage nach Epiphanie bei dem Früh- wie dem Hauptgottesdienste im Anschlusse an das Sonntagsevangelium und eine Predigt über das heil. Sakrament der Ehe vorgelesen und auch sonst in geeigneter Weise den Gläubigen in Erinnerung gebracht werde.

1. Nach der Lehre der katholischen Kirche ist die Ehe ein heiliges Sakrament und die rechtmäßig geschlossene eheliche Verbindung unauflöslich.

2. Durch die Erklärung vor dem Standesamte, durch welche dem bürgerlichen Gesetze genügt wird, kommt eine kirchliche, d. h. eine vor Gott und der Kirche gültige Ehe unter Katholiken nicht zu Stande. Kein katholischer Christ darf sich daher mit der Erfüllung der bürgerlichen Gesetzesvorschrift begnügen, wenn er sich nicht von den Gnadenmitteln der Kirche ausschließen bzw. von denselben ausgeschlossen werden will.

3. Die kirchlichen Ehegesetze und Ehevorschriften sind durch das Gesetz über die bürgerliche Eheschließung nicht aufgehoben, sondern bestehen nach wie vor in voller Geltung.

4. Dieses gilt zunächst hinsichtlich der Ehegelöbniße, welche, wenn gültig eingegangen, zu halten oder der Entscheidung bzw. der Lösung durch die Kirche zu unterwerfen sind. Darum wollen sich die Gläubigen vor dem Eingehen solcher Verlöbniße erst sorgfältig und gewissenhaft prüfen, sich vor leichtfertigen, frühzeitigen Bekanntschaften hüten und sich über das Nichtvorhandensein von Ehehindernissen vergewissern.

5. Aus weisen Absichten hat die Kirche Ehehindernisse aufgestellt; dieselben machen die Ehe theils ungültig (trennende Ehehindernisse), theils sündhaft und unerlaubt (aufschiebende Ehehindernisse).

Zu den trennenden Ehehindernissen gehören die Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft bis zum vierten Grade einschließlich, die zwischen den Pathen und den Getauften bzw. Gefirmten und deren Eltern bestehende geistliche Verwandtschaft, die Religionsverschiedenheit zwischen Christen und Nichtchristen u. A.

Zu den aufschiebenden Ehehindernissen gehören das Gelübde der Jungfräulichkeit bzw. in einen kirchlichen Orden einzutreten, die Verschiedenheit des christlichen Religionsbekenntnisses, sowie das Verbot der Eheschließung in den verbotenen Zeiten, nämlich vom ersten Adventssonntage bis zum Feste der heil. Dreikönige einschließlich und vom Aschermittwoch bis zum Weissen Sonntage einschließlich. Namentlich hinsichtlich des letzteren Verbotes bedarf es der dringenden Mahnung, daß die Gläubigen sich das rechte Verständniß der kirchlichen Festzeiten aneignen und die Rücksicht der Kirche für die Eheschließung in jener geschlossenen Zeit nur in den dringendsten Nothfällen in Anspruch nehmen.

6. Die Verschiedenheit des christlichen Religionsbekenntnisses bei der ehelichen Verbindung sieht die Kirche als ganz besonders nachtheilig für

das Seelenheil der Eheleute und der Kinder an, und darum kann sie eine solche sogenannte gemischte Ehe weder billigen noch begünstigen. Nur mit schwerem Herzen und zur Verhütung größerer Uebel gestattet sie eine solche Ehe, aber nur dann, wenn die zuverlässigsten Bürgschaften dafür gegeben worden sind, daß

- a) sämtliche Kinder in der katholischen Religion erzogen werden,
- b) die Trauung nur in der katholischen Kirche stattfinde, und
- c) der katholische Theil in der Ausübung seiner Religion nicht gehindert werde.

7. Zur Entdeckung etwa bestehender Ehehindernisse hat die Kirche ein dreimaliges Aufgebot in den Pfarrkirchen vorgeschrieben. Zur Erwirkung desselben sowie zu dem von der Kirche vorgeschriebenen Brautexamen haben beide Brautleute persönlich vor ihrem zuständigen Pfarrer zu erscheinen und zwar aus mehrfachen, erheblichen Gründen vor der Anmeldung auf dem Standesamte.

8. Da die Ehe ein Sacrament der Lebendigen ist, sollen sich die Brautleute auf dasselbe nach der Mahnung des Concils von Trient durch würdigen Empfang der heil. Sacramente der Buße und des Altars vorbereiten; auch sollen sie während des Brautstandes durch Gebet und fromme Gefinnungen sich des Segens des Himmels für ihr wichtiges Vorhaben würdig machen und ehrbar mit einander verkehren. Vor der kirchlichen Trauung dürfen dieselben nicht zusammen wohnen.

9. Die Ehe muß — thunlichst bald nach der standesamtlichen Handlung — vor dem zuständigen Pfarrer oder dessen Stellvertreter und vor zwei Zeugen geschlossen werden, und zwar in der Kirche, wo möglich in Verbindung mit der heil. Messe (Brautmesse) und unter Vermeidung alles übermäßigen Gepräuges. — Es empfiehlt sich nicht, den Sonnabend zum Trauungstage zu wählen wegen der Gefahr, daß die Hochzeitsfeier bis in die späte Nacht ausgedehnt und dadurch die Erfüllung des Kirchengebotes am Sonntage vernachlässigt werde.

Die kirchliche Trauung darf aus keinem Grunde versäumt werden, am wenigsten wegen der Trauungsgebühren, da unbemittelte Brautleute stets auf die größte Rücksicht rechnen können.

10. Die kirchliche Gerichtsbarkeit in Ehesachen und die Zuständigkeit der geistlichen Ehegerichte dauern fort. Wenn demnach Verlobte oder Eheleute die weltlichen Gerichte in Verlöbniß- und Ehesachen angerufen haben, dürfen sie sich nicht mit dem weltlichen Urtheile begnügen, sondern müssen die streitige Angelegenheit dem geistlichen Ehegerichte zur Entscheidung und Regelung unterbreiten.

11. Vom weltlichen Gerichte geschiedene Katholiken können zu Lebzeiten des andern Theils eine neue eheliche Verbindung nicht eingehen; eine solche ist vor der Kirche ungültig, und schließen sich diese Personen von den heil. Sacramenten mit allen sich daraus ergebenden Folgen aus.

Die heilige Hochzeitsfeier, von der uns das Evangelium des zweiten Sonntags nach Epiphanie erzählt, möge die Gläubigen belehren, in wie hohen Ehren die Ehe bei Gott steht, und sie mit wahrer Hochachtung gegen dieselbe und treuem Gehorsam gegen die Gesetze und Vorschriften der Kirche erfüllen.

Der Fürst-Bischof.
G. Carb. Kopp.

Kr. 224. Aufgebot.

a) Rechtzeitige Anmeldung. G. B. Nr. 289. III.

Breslau, den 11. Februar 1893.

Nach § 45 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Verkündung des Personenstandes und die Eheschließung haben die Verlobten dem Standesbeamten vor dem Aufgebote ihre Geburtsurkunden in beglaubigter Form beizubringen; in die Acten des Standesbeamten sind diese Urkunden gemäß § 9 der Ausführungs-Verordnung des Bundesrathes vom 22. Juni 1875 aufzunehmen.

Behufs der kirchlichen Trauung können daher die Brautleute von den Standesämtern nicht die Urkunden selbst, sondern nur beglaubigte Abschriften gegen Erstattung der Schreibgebühren erhalten. Von Herrn Regierungs-Präsident ist insbesondere den Standesämtern des hiesigen Regierungs-Bezirktes neuerlich empfohlen worden, den diesbezüglichen Wünschen und Anträgen zu willfahren.

Allen bisher entstandenen Schwierigkeiten würde übrigens durch die Beobachtung des Circulars vom 24. August 1874 I. 2. vorgebeugt worden sein, wonach die Anmeldung zu dem Aufgebot zuerst bei dem Pfarrer erfolgen soll und die Gläubigen sich nicht eher an das Standesamt wenden dürfen, bis der Pfarrer ihnen erklärt hat, daß der kirchlichen Trauung kein Hinderniß entgegenstehe.

Der Cardinal und Fürst-Bischof.
J. A. Lorinser.

b) Bei Brautleuten verschiedener Pfarreien. G. B. Nr. 228. VII.

Seitens eines Archipresbyterats-Convents ist darüber geklagt worden, daß viele Bräutigame, deren kirchliche Trauung in einer anderen Pfarchie erfolgen soll, das Aufgebot in der Pfarrkirche ihres Wohnortes für überflüssig erachten und leider in dieser Ansicht von einzelnen Seelsorgsgeistlichen nicht bloß bestärkt, sondern sogar zur Unterlassung der Aufgebotsbestellung aufgefordert werden.

Indem wir einer solchen Praxis, die sich hoffentlich nur in ganz vereinzelter Fällen geltend zu machen sucht, hierdurch entgegenzutreten, machen wir es den Pfarrverwaltern zur Pflicht, die betreffenden Bräutigame ihren Seelsorgern ausdrücklich zuzuweisen, damit diese ihre Pflicht gegen die Nupturienten wahrnehmen und dieselben auf den würdigen Empfang des Ehesakramentes rechtzeitig vorbereiten können.

c) Zb. Erlaß auf Grund der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899. Nr. 9.

Hinsichtlich des Aufgebotes der Brautleute wird verordnet¹⁾:

- a) Das Aufgebot hat stattzufinden in den Pfarreien, in welchen die Nupturienten ihr Domizil oder Quasi-Domizil haben.
- b) Haben die Nupturienten das Domizil oder Quasi-Domizil gewechselt, und halten sie sich am neuen Wohnorte noch nicht 6 Wochen auf, so muß das Aufgebot auch in der Pfarrei geschehen, wo sie sich innerhalb des letzten Jahres wenigstens 10 Monate lang aufgehalten haben.

¹⁾ Vergl. Protokoll dieser Konferenz S. 15—18.

- c) An Orten, wo mehrere Pfarreien sind, genügt das Aufgebot in der Pfarrei, innerhalb welcher die Nupturienten zur Zeit des Aufgebotes ihren Wohnsitz haben, wenn sie auch während des letzten Jahres in verschiedenen Pfarreien desselben Ortes wohnten.
- d) Entsteht in dieser Beziehung irgend ein Zweifel oder Bedenken, so ist an das Ordinariat zu recurriren und von demselben Weisung einzuholen. (Conc. Trid. sess. 24 de ref. matr. c. 1 et 7.)
- e) Mit Rücksicht auf die Instr. S. O. vom 29. August 1890 genügt es, daß das Aufgebot nur in jener auswärtigen Pfarrei stattfindet, wo der auswärtig in Arbeit stehende Nupturient im letzten Jahre sich wenigstens 10 Monate lang aufgehalten hat.

Bei gemischten Ehen ist das Aufgebot nur in der Pfarrei des katholischen Theiles erforderlich.

Ueber die Berechtigung der Erzpriester zur Dispens vom zweiten und dritten Aufgebote siehe unten Theil IV, Abschnitt: Sacultäten.

Nr. 225. Braut-Examen.

Litterae Pastorales d. d. 1. Martii 1855. § 66.

Examen¹⁾ nupturientibus superandum ne contemnatur. Sciant saltem, quae sciri debent necessitate medii. Examine parochi addant, si opus videatur, institutionem utilem, certe adhortationem.

Nr. 226. Paternitäts-Verhältnisse unehelicher Kinder der Brautleute.

a) G. B. Nr. 181. X.

Im Auftrage Sr. Fürstbischöflichen Gnaden theilen wir der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit nachstehendes Schreiben des Herrn Cultusministers unter der Weisung mit, die darin erwähnte Mitwirkung²⁾ zu der qu. Legitimierung überall zu gewähren:

Berlin, den 3. August 1869.

Nach § 596, Theil II, Tit. 2 des Allgemeinen Landrechts³⁾ erlangen unehelich erzeugte Kinder durch die zwischen dem Schwängerer und der Geschwächten vollzogene Ehe, wie nach gemeinem kanonischem Recht, die Rechte ehelicher Kinder. Es ist daher sowohl für das Wohl der betreffenden Kinder von Wichtigkeit, als auch im öffentlichen, staatlichen und kirchlichen Interesse wünschenswerth, daß, so oft eine Frauensperson, welche bereits außer der Ehe von ihr geborene Kinder hat, sich verheirathet, der Bräutigam vor der Trauung von dem dieselbe vollziehenden Geistlichen darüber, ob er diese Kinder als von ihm erzeugt anerkenne, zu Protokoll vernommen und diese Verhandlung dem Vormundschaftsgerichte der Kinder oder, falls sie majorenne sind, ihrem persönlichen Richter mitgetheilt wird.

¹⁾ Vergl. hierzu Rituale Wratislav. S. 260 Nr. 12 u. Laemmer a. a. O. S. 502.

²⁾ Auch nach Erlaß des Reichsgesetzes über Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 noch von Bedeutung.

³⁾ § 1719 des G. B. B.: Ein uneheliches Kind erlangt dadurch, daß sich der Vater mit der Mutter verheirathet, mit der Eheschließung die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes.

In diesem Sinne ist bereits unterm 5. October 1838 seitens des Ministers der geistlichen p. p. Angelegenheiten verfügt und in einem fernerem Erlaß vom 4. März 1839 auf die Nothwendigkeit, den Schreibens-Unerfahrenen bei der gedachten Verhandlung einen Beistand zuzuordnen, hingewiesen worden. Der Justiz-Minister hat hiervon die Gerichte durch die Verfügungen vom 22. October 1838 (Jahrbücher Bd. 52, S. 467) und vom 18. März 1839 (Justiz-Minist.-Bl. 1839, S. 119) in Kenntniß gesetzt.

Ew. Fürstliche Gnaden beehre ich mich daher ganz ergebenst zu ersuchen, die Geistlichen der Diöcese wegen Anwendung jenes Verfahrens gefällig mit Anweisung versehen und mir davon Mittheilung machen zu wollen.

An

den Fürstbischhof von Breslau Herrn Dr. Förster
Bischöfliche Gnaden

gez. Müller.

in Breslau.

b) G. B. Nr. 246. III.

Kgl. Regierungs-Präsident.

Breslau, den 8. November 1887.

Nach der gesetzlichen Vorschrift des Allgemeinen Landrechts (Anhangs-Paragraph 94 zu § 592 II 2) sollen alle außer der Ehe erzeugten Kinder nie auf den Namen der Väter, sondern auf den ihrer Mutter getauft werden und den Namen ihrer Mutter führen. Nur wenn ein Schwängerer die Geschwächte, auch ohne Prozeß und Erkenntniß, wirklich heirathet und ein ausdrückliches — wenn auch nicht gerichtlich oder notariell oder vor dem Standesbeamten abgegebenes — Anerkenntniß der Vaterschaft Seitens des späteren Ehemannes vorliegt, erlangt das aus dem unehelichen Beischlaf erzeugte Kind nach § 596 a. a. O. die Rechte eines ehelichen Kindes und damit auch das Recht, den Namen des Vaters zu führen. — Nach den diesseits gemachten Erfahrungen ist aber im directen Gegensatz zu diesen gesetzlichen Bestimmungen der Mißbrauch, daß uneheliche Kinder, ohne daß eine legitimatio per subsequens matrimonium vorliegt, sich gesetzwidrig und eigenmächtig den Namen eines späteren Ehemannes ihrer Mutter oder, falls sie von ihrem natürlichen Vater etwa auf Grund eines die Verurtheilung zur Alimentation aussprechenden gerichtlichen Erkenntnisses erzogen worden sind, den Namen dieses ihres Erzeugers beilegen und daß sie auf Grund dieser durch Eigenmächtigkeit und Gesetzwidrigkeit herbeigeführten Thatfache dann, wenn die Sache in irgend einer Weise zur Contestation kommt, nachträglich die staatliche Genehmigung zur Weiterführung des zu Unrecht angenommenen Familiennamens verlangen, im diesseitigen Bezirke in auffallender Weise verbreitet. Bei dieser Sachlage wird es grundsätzlich zu vermeiden sein, diesem gesetzwidrigen Verfahren durch Entgegenkommen Vorschub zu leisten, da sonst Gefahr vorhanden ist, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen geradezu illusorisch gemacht werden, daß dadurch die Unsitlichkeit mittelbar gefördert und die connivente Behörde nach diesen beiden Richtungen hin verstoßt, daß Verdunkelungen von Familiennamen eintreten, welche auch in erbrechtlicher wie in militärischer Beziehung nachtheilig wirken können.

Da sich, seit die Namensänderungen durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 12. Juli 1867 den Regierungs-Instanzen übertragen sind, derartige Anträge in außerordentlichem früher ganz ungewohntem Maße häufen, wird diesseits Anlaß genommen, darauf hinzuweisen, daß der Regel nach

derartige Gesuche unehelicher Kinder um Genehmigung zur Annahme des Namens des späteren Ehemannes der Mutter oder des natürlichen, mit der Mutter nachträglich nicht durch das Band der Ehe verbundenen Vaters zurückzuweisen sind und denselben nur bei wirklich anzuerkennendem dringenden Bedürfnisse in seltenen Fällen öffentlich rechtlicher Natur stattgegeben werden kann.

Ew. Hochwohlgeboren wollen Selbst, namentlich bei Gelegenheit des Erbschaftsgeschäftes darauf achten, daß die Annahme unrichtiger bezw. die Fortführung zu Unrecht angenommener Familiennamen unterbleibe bezw. abgestellt werde. Sie wollen daher auch die Ihnen nachgeordneten Polizei- und Gemeindebehörden — etwa durch Veröffentlichung durch das dortige amtliche Publikationsorgan — mit diesbezüglicher Weisung versehen.

Der Herr Minister des Innern hat übrigens aus Anlaß eines Specialfalles dahin Entscheidung getroffen, daß eine Abänderung von Familiennamen im Wesentlichen auf solche Fälle zu beschränken sei, wo ein Name geradezu unanständig klingt und geeignet ist, zu frivolsten und unangemessenen Wortspielen und Scherzen Anlaß zu geben. — Weiter hat der Herr Minister bestimmt, daß Anträge auf Namensänderung, welche in Bezug auf im Ehebruch erzeugte Kinder gestellt werden, nur ganz ausnahmsweise und nur dann Aussicht auf Berücksichtigung haben, wenn Umstände nachgewiesen sind, welche den vorgekommenen Fehltritt zu entschuldigen vermögen.

Hiernach wollen Ew. Hochwohlgeboren Anträge, welche an Sie heran treten und bei denen derartige Gründe nicht vorliegen, von vornherein zurückweisen.

Kgl. Regierungs-Präsident.
gez. v. Zunder.

An
sämmliche Königl. Herren Landräthe und den
Kgl. Herrn Polizei-Präsidenten hier. I. XI. 483.

Vorstehende Circular-Verfügung theile ich meiner Hochwürdigem Geistlichkeit zur Nachachtung mit, indem ich empfehle, bei der Annahme der Kinder zum Beicht- und Communion-Unterricht darauf zu achten, daß die Kinder denjenigen Familiennamen führen, welcher ihnen gemäß der Eintragung in dem standesamtlichen Register zukommt. Auch ist es bei der Eheschließung von Personen, welche bereits voreheliche Kinder haben, sehr wichtig, das Anerkenntniß der Vaterschaft Seitens des Bräutigams sowohl schriftlich festzustellen (vergl. Gen.-Vic.-Verordnung Nr. 181, X.), als auch in dem Taufbuche¹⁾ zu vermerken. Zugleich wird zu der Eintragung der Legitimation in das staatliche Geburtsregister die Anerkennung des unehelichen Kindes vor dem Standesbeamten oder in einer gerichtlich oder notariell aufgenommenen Urkunde (§ 25 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875, R.-G.-Bl. S. 23) erfordert.

Breslau, den 1. December 1887.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 227. De indiciiis ad probandum quasi-domicilium.

Ex litt. encycl. S. C. S. Officii 7. Junii 1867. G. B. Nr. 298. I.

Saepe ad hanc Sedem Apostolicam delatae sunt controversiae de illorum matrimoniis, qui, cum pertineant ad loca in quibus publi-

¹⁾ Siehe oben Nr. 130, S. 125.

catum est decretum Concilii Tridentini de clandestinitate¹⁾, ad locum se conferunt in quo illud publicatum non est, ut liberius ibi possint maritali foedere coniungi citra illas difficultates, quibus in patria praepediuntur. Inde et gravissimae de validitate quaestiones et gravissima simul incommoda oriri solent, quae non modo incertum tenent sacrorum Antistitum animum in iudicando, verum etiam pastoralem eorundem zelum vehementer commovent.

Certum quidem est, perrara ea fore matrimonia, de quibus hic agitur, si canonicae praescriptiones de quasi-domicilio ab iis qui e loco profecti, ubi lex tridentina de clandestinitate viget, ad eum pergunt ubi non viget, diligenter accurateque servari contingeret. Perspectum enim tibi exploratumque est, quod a. S. Congregatione Concilii iampridem definitum et summi Pontificis Urbani VIII. auctoritate confirmatum est in Brevi, quod incipit „Exponi nobis“ et rogatu Archiepiscopi Coloniensis editum fuit die 14. Augusti anno 1627. Juxta ea, quae in hoc decreto sanciuntur, qui domicilium habent et retinent in loco ubi Tridentina lex viget, nequeunt valide matrimonium inire in loco, ubi non viget, nisi ibi nedum habitationem sed etiam vere domicilium fixerint, quo fraudem, si quae intercesserit, purgare omnino debeant. Ad constituendum vero quasi-domicilium, quod in hisce casibus necessario adipiscendum est, duo haec simul requiruntur, habitatio nempe in eo loco ubi matrimonium contrahitur, atque animus ibidem permanendi per maiorem anni partem. Quapropter si legitime constet, vel ambos vel alterutrum ex sponsis animum habere permanendi per maiorem anni partem, ex eo primum die quo duo haec simul concurrunt, nimirum et huiusmodi animus et actualis habitatio, iudicandum est quasi-domicilium acquisitum fuisse, et matrimonium quod proinde contrahatur esse validum . . . Praeterea manifestum quoque est, actuale habitationem ineptam esse ad quasi-domicilium pariendum, si quis in ea regione more vagi ac itinerantis commoretur, non autem vere proprieque habitantis, quemadmodum scilicet ceteri solent, qui in eodem loco verum proprieque dictum domicilium habent.

Nr. 228. Ehehinderniß affn. I. grad. in linea recta.

G. S. Nr. 210. II.

Declaratio S. Officii de impedimento affinitatis primi gradus lineae rectae matrimonium dirimente.

Cum saepius Nobis preces exhibitae fuissent, quibus super affinitatis primi gradus lineae rectae ex justo matrimonio ortae impedi-

¹⁾ Ueber die Verkündigung des Dekrets Tametsi in der Diöcese Breslau und die Ausdehnung der Instructio Clementina auf dieselbe siehe Laemmer a. a. O. S. 546 f., wonach „eine einheitliche Rechtsbasis für die Diöcese und die Delegation geschaffen ist, so zwar, daß, während Ehen von Katholiken stets der Trienter Form unterliegen, Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken gleich denen der akatholischen Christen, wenn ohne Präsenz des parochus proprius geschlossen, für gültig anzusehen sind.“

mento dispensatio petebatur, quas quidem sacrae Curiae Romanae sensus et usus bene gnari penitus rejiciebamus, postremo hoc tempore oratorum eodem impedimento obstrictorum supplices libellos, cedentes magis importunitati eorum, quam istius dispensationis remedium sperantes, Romam detulimus.

Quae exinde sacra Congregatio Romanae et universalis Inquisitionis seu sancti Officii Nobis declaravit, ea publici juris eo animo facimus, ut parochi certi sint, quomodo cum talibus oratoribus agere debeant, et ut ejusdem sacrae Congregationis monitis declarationi additis pro suo munere satisfaciant.

Datum Monachii die 6. Junii 1874.

Vicariatus Archidioecesis Monacensis et Frisingensis generalis.
Dr. M. Rampf, Vic. gen. C. Osterauer, Secret.

Illustrissime ac Reverendissime Domine uti frater! Quas pro dispensatione ab impedimento primi affinitatis gradus lineae rectae litteris diei . . . preces commendavit Amplitudo Tua oratorum Sanctissimus Dominus Noster Pius Papa IX. post exquisitum suffragium Eminentissimorum Patrum una mecum Inquisitorum Generalium negativo responso dimittendas esse omnino judicavit. Nec inopinatum id Tibi esse potest, qui vel ipsis Tuis litteris petitionis gravitatem fateris. Qua super re scias oportet Sedem Apostolicam nunquam super simili gradu facultate dispensandi usam fuisse, licet quandoque longe graviora rerum adjuncta id suadere posse viderentur. Licet enim agatur de impedimento juris ecclesiastici, copulatio tamen inter eo gradu conjunctos adeo honestati nuptiarum repugnat, ut ne inter gentes quidem admitteretur. Quapropter auctores Tibi sunt Eminentissimi Patres, ut modis omnibus, quos suggesserit pastoralis charitas oratores suadeas ad omnem spem gratiae deiciendam suaeque conscientiae consulendum.

Ceterum hanc arripit occasionem Sacer ordo Tibi significandi haud parum expedire ad ejusmodi copulationum attentata praepe-dienda, ut parochi in suis concionibus ac catechesibus plebes sibi commissas saepe infra annum edoceant super gradibus, qui matrimonium dirimunt, et praesertim verba faciant de iis, pro quibus dispensatio sperari non potest.

Hisce pro munere panditis, ad me quod attinet, impensos animi mei sensus acceptos habeat Amplitudo Tua, dum fausta ac felicia omnia a Domino precor eidem.

Amplitudini Tuae

Romae die 7. Junii 1874.

addictissimus uti frater C. Card. Patrizi.

Illustrissimo ac Reverendissimo Domino Archiepiscopo
Monacensi et Frisingensi Monachium.

Nach vorstehender Entscheidung des heil. Officiums kam zur Eingehung der Ehe eines Stiefvaters mit seiner Stieftochter, sowie einer

Stiefmutter mit ihrem Stiefsohn niemals Dispense¹⁾ ertheilt werden. Mithin haben die Herren Pfarrer derartige Ehevererber sofort bei etwaiger Anmeldung des Aufgebots auf die Unstatthaftigkeit der beabsichtigten ehelichen Verbindung aufmerksam zu machen und mit ihrem Verlangen unter entsprechender Belehrung abzuweisen, nicht aber erst, wie dieses zuweilen vorkommt, ein Dispensgesuch an Se. Fürstbischöfliche Gnaden einzureichen.

**Nr. 229. De impedimentis matrimonialibus inter duos nepotes
ex avis inter se consobrinis.**

G. B. Nr. 359. I.

Non raro contingit in Gallia matrimonium iungi sponso in secundo aequali consanguinitatis gradu devinctos, quorum subinde soboles, post secundam generationem, easdem iterum in eodem gradu prohibitas nuptias appetit contrahere; ex quo fit ut in hoc posteriore casu sponsis duplex communis stipes originis existat, unus quidem principalis et remotior, in quarto gradu, alter vero intermedius et proximus in secundo.

Iamvero, in his circumstantiarum adiunctis, non una est Auctorum sententia circa numerum impedimentorum eaque declarandi necessitatem.

Alii enim unicum putant dari in casu dirimens impedimentum consanguinitatis, nimirum in secundo aequali gradu, nec ulterius tacto semel stipite proximiori, esse attendendum ad stipitem remotiorem quarti gradus, eo quia, aiunt, prohibet canonica iurisprudentia quominus stipes idem bis in enumeratione impedimentorum adhibeatur.

Alii e contra, praeter impedimentum praefatum secundi gradus, de quo nulla esse potest controversia, duplex aliud haberi contendunt quarti gradus aequalis impedimentum, necessario, sub periculo nullitatis declarandum; unum quidem, dum sponsi linea per avum, et linea sponsae per aviam usque ad communem stipitem quarti gradus protenditur, alterum autem dum, inversa ratione, ad eundem gradus quarti stipitem ducitur linea sponsi per aviam, et per avum linea sponsae; nec isti auctores laesam reputant allatam superius regulam, quae vetat utique ne utraque linea simul per eandem personam transeat, minime vero impedit transitum per duas diversas, mariti et uxoris (avi et aviae) personas intermedium stipitem constituentes.

Quidam demum utramque sententiam existimant in iure probabilem, nec ad validitatem matrimonii referre utrum prima (de unico impedimento) an posterior (de triplici impedimento) adhibeatur in praxi.

¹⁾ § 1310 des B. G. B. sagt: Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in grader Linie, zwischen vollbürtigen oder halbblütigen Geschwistern sowie zwischen Verschwägerten in grader Linie.

Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abstammungen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat.

Verwandtschaft im Sinne dieser Vorschriften besteht auch zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Abstammungen einerseits und dem Vater und dessen Verwandten andererseits.

Befreiung (Dispens) von dieser Vorschrift wird nicht bewilligt.

His positis, quodcumque in dies crescit legendus sane numerus matrimoniorum inter consobrinis, ad compescendos angores conscientiae, Episcopus Cenomanensis ad pedes Sanctitatis Tuae provolutus, humiliter postulat sequentis dubii solutionem:

In casu stipitis intermedi (secundi gradus) ex duobus inter se iterum (in secundo gradu) consanguineis constituti, utrum unicum existat et declarari debeat in libello supplici dispensationis, impedimentum consanguinitatis, videlicet illud solum quod ex hoc proximiori stipite intermedio procedit;

An insuper duo alia habeantur et declaranda sint impedimenta, provenientia ab remotiori stipite communi (quarti gradus) per lineas in stipite intermedio coniunctas.

Feria IV, die 11. Martii 1896.

In Congregatione generali S. R. et U. Inquisitionis, proposita suprascripta instantia, Eminentissimi ac Reverendissimi Domini Cardinales Inquisitores Generales, praehabito RR. DD. Consultorum voto, respondendum decreverunt:

Negative ad 1^{um}; Affirmative ad 2^{um}.

Sequenti vero feria V, 12 dicti Mensis, Sanctissimus D. N. Leo Div. Prov. PP. XIII., in audientia R. P. D. Assessori S. O. impertita, relatum sibi Eminentissimorum Patrum resolutionem benigne approbare dignatus est.

I. Can. Mancini, S. R. et U. Inquis. Notarius.

Nr. 230. Ehedispens in Todesgefahr

und Erequirung der Ehedispensen.

a) G. B. Nr. 248. II.

De mandato Sanctissimi D. N. Leonis XIII. Supremae Congregationi S. Rom. et Univ. Inquisitionis nuperrimis temporibus duplex quaestionum genus expendendum propositum fuit. Primum respicit facultates, quibus urgente mortis periculo, quando tempus non suppetit recurrendi ad S. Sedem, augere conveniat locorum Ordinarios dispensandi super impedimentis publicis matrimonium dirimentibus cum iis, qui iuxta civiles leges sunt coniuncti aut alias in concubinato vivunt, ut morituri in tanta temporis angustia in faciem Ecclesiae rite copulari, et propriae conscientiae consulere valeant: alterum spectat ad executionem dispensationum, quae ab Apostolica Sede impertiri solent.

Ad primum quod attinet, re serio diligenterque perpensa, adprobatoque et confirmato Eminentissimorum Patrum una mecum Generalium Inquisitorum suffragio, Sanctitas Sua benigne annuit pro gratia, qua locorum Ordinarii dispensare valeant sive per se, sive per ecclesiasticam personam sibi benevisam aegrotos in gravissimo mortis periculo constitutos, quando non suppetit tempus recurrendi ad S. Sedem super impedimentis quantumvis publicis matrimonium iure ecclesiastico dirimentibus, excepto sacro presbyteratus Ordine, et affinitate lineae rectae ex copula licita proveniente.

Mens autem est eiusdem Sanctitatis Suae, ut si quando, quod absit, necessitas ferat, ut dispensandum sit cum iis, qui sacro subdiaconatus aut diaconatus Ordine sunt insigniti, vel solemnem professionem religiosam emisierint, atque post dispensationem et matrimonium rite celebratum con-

valuerint, in extraordinariis huiusmodi casibus, Ordinarii de impertita dispensatione Supremam Sancti Officii Congregationem certiores faciant et interim omni ope curent, ut scandalum, si quod adsit, eo meliori modo quo fieri possit removeatur tum inducendo eosdem ut in loca se conferant, ubi eorum conditio ecclesiastica aut religiosa ignoratur, tum si id obtineri nequeat, iniungendo saltem iisdem spiritualia exercitia aliasque salutes poenitentias, atque eam vitae rationem, quae praeteritis excessibus redimendis apta videatur, quaeque fidelibus exemplo sit ad recte et christiane vivendum.

De altero vero quaestionum genere, item adprobato et confirmato eorumdem Eminentissimorum Patrum suffragio Sanctissimus sanxit:

1. dispensationes matrimoniales omnes in posterum committendas esse vel Oratorum Ordinario vel Ordinario loci.

2. Appellatione Ordinarii, venire Episcopos, Administratores seu Vicarios Apostolicos, Praelatos seu Praefectos habentes iurisdictionem cum territorio separato, eorumque officiales seu Vicarios in Spiritualibus generales, et sede vacante Vicarium Capitularem vel legitimum Administratorem.

3. Vicarium Capitularem seu Administratorem eas quoque dispensationes Apostolicas exequi posse, quae remissae fuerint Episcopo aut Vicario eius generali vel Officiali nondum executioni mandatas, sive hi illas exequi coeperint, sive non. Et vicissim sede deinde provisa, posse Episcopum vel eius Vicarium in spiritualibus generalem seu Officiale exequi dispensationes quae Vicario Capitulari exequendae remissae fuerant, seu hic illas exequi coeperit seu minus.

4. Dispensationes matrimoniales Ordinario oratorum commissas, exequendas esse ab illo Ordinario, qui litteras testimoniales dedit, vel preces transmisit ad S. Sedem Apostolicam, sive sit Ordinarius originis sive domicilii, sive utriusque sponsi, sive alterutrius eorum; etiamsi sponsi quo tempore executioni danda erit dispensatio, relicto illius dioecesis domicilio, in aliam dioecesim discesserint non amplius reversuri, monito tamen, si id expedire iudicaverit, Ordinario loci, in quo matrimonium contrahitur.

5. Ordinario praedicto fas esse, si ita quoque expedire iudicaverit, ad dispensationis executionem delegare alium Ordinarium, eum praesertim, in cuius dioecesi sponsi actu degunt.

Haec quae ad pastorale ministerium utilius faciliusque reddendum Sanctissimus Dominus Noster concedenda et statuenda iudicavit, dum libens tecum communico, bona cuncta Amplitudini Tuae precor a Domino.

Datum Romae die 20. Februarii 1888.

Raph. Card. Monaco.

b) Subdelegation dieser Vollmacht an die Pfarrer.

G. B. Nr. 256. I.

Supremae huic Congregationi Sancti Officii propositum fuit dubium: „Utrum Ordinarii in casibus extremae necessitatis facultatem dispensandi super impedimentis publicis matrimonialibus in mortis periculo, literis Supremae Congregationis die 20. Februarii 1888 concessam, parochis et universim confessariis adprobatis modo generali subdelegare valeant, an non.“ Quo dubio

mature perpenso, Eminentissimi Patres una mecum Generales Inquisitores fer. IV, die 9. Januarii 1889 dixerunt: „Supplicandum Sanctissimo ut decernere et declarare dignetur, Ordinarios, quibus memorata facultas praecitatis literis diei 20. Februarii 1888 data fuit, posse illam subdelegare habitualiter parochis tantum, sed pro casibus, in quibus desit tempus ad ipsos Ordinarios recurrendi et periculum sit in mora.“ Eadem feria ac die Sanctissimus D. N. D. Leo divina providentia PP. XIII., in solita audientia R. P. D. Adessori S. O. impertita, benigne annuere dignatus est iuxta Eminentissimorum PP. suffragium.

Haec tibi dum nota facio, fausta cuncta ac felicia precor a Domino.
Datum Romae ex S. O. die 1. Martii 1889. R. Card. Monaco.

Meinem Hochwürdigem General-Bicariate zu gefälligem Abdrucke in nächster Verordnung, indem ich den Herren Pfarrern obige facultas dispensandi für die Fälle des periculum in mora hierdurch subdelegire.
Breslau, den 15. Juni 1889. Der Fürst-Bischof.
† Georg.

c) Subdelegation an die Seelsorgsgeistlichen in der Diöcese.

G. B. Nr. 281. I.

Im hohen Auftrage Sr. Fürstlichen Gnaden, des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs, bringen wir der Hochwürdigsten Geistlichkeit nachstehendes Rescript der S. Rom. et Univ. Inquisitio vom 18. Februar d. J. mit dem Eröffnen zur Kenntniß, daß Hochdieselben unter Hinweis auf die allegirten Decrete vom 20. Februar 1888 (Verordnung Nr. 248. II.) und vom 1. März 1889 (Verordnung Nr. 256. I.) die bezeichnete facultas dispensandi super publicis matrimoniorum dirimentibus impedimentis in mortis periculo hiermit allen in der Seelsorge thätigen Priestern subdelegirt¹⁾, dummodo tempus desit recurrendi ad Ordinarium vel Parochum et periculum sit in mora:

Episcopus Princeps Wratislaviensis, ad pedes Sanctitatis Tuae humiliter provolutus, gratiam enixe implorat, qua sibi liceat, quoties rationabilis causa suppetat, nedum parochis, sed et viceparochis, capellanis aliisque in cura animarum occupatis Sacerdotibus facultatem subdelegare dispensandi super impedimentis publicis matrimonialibus in mortis periculo Ordinariis concessam per organum Supr. Congregationis S. Officii juxta literas die 20. Februarii 1888 et decretum die 1. Martii 1889 signatum.

Feria V. die 18. Febr. 1892.

Sanctissimus D. N. Leo div. prov. PP. XIII. in audientia r. p. d. Adessori S. O. impertita benigne indulgere dignatus est, ut r. p. d. Ordinarius Wratislaviensis facultatem, de qua in precibus, pro suo prudenti arbitrio et conscientia subdelegare valeat Sacerdotibus idoneis in locis dioecesis remotioribus, dummodo tempus desit recurrendi ad Ordinarium vel parochum, et periculum sit in mora; idque ad quinquennium Contrariis quibuscumque non obstantibus.

J. Mancini, S. R. et U. I. Not.

¹⁾ Am 10. September 1897 auf weitere 5 Jahre erneuert. (G. B. Nr. 337. II.)

d) Aufhebung der Clausel: „in remotioribus locis.“

G. B. Nr. 291. I.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz des Herrn Cardinal-Fürstbischofs theilen wir der Hochwürdigem Diöcesan-Geistlichkeit unter gleichzeitigem Hinweis auf Verordnung Nr. 281. I. nachstehend ein Rescript der S. Rom. et Univ. Inquisitio vom 26. März cr., betreffend die facultas dispensandi super publicis matrimoniorum dirimentibus impedimentis in mortis articulo, exceptis presbyteratu et affinitate lineae rectae ex copula licita proveniente mit, demzufolge die bezeichnete Dispensations-Vollmacht allen in der Seelsorge thätigen Priestern subdelegirt ist¹⁾, dummodo tempus desit recurrendi ad Ordinarium vel Parochum et periculum sit in mora:

Redditae sunt Supremae huic Congregationi S. O. literae istius Curiae episcopalis die 27. Januarii p. p. signatae, quibus petitur ut in rescripto, quo conceditur facultas subdelegandi nedum parochis sed et parochorum capellanis aliisque curam animarum habentibus sacerdotibus potestatem dispensandi in mortis periculo super impedimentis matrimonialibus publicis Ordinariis per organum huius Supremae Congregationis concessam, duae deleantur clausulae „in remotioribus dioecesis locis“ et „dummodo tempus desit recurrendi ad parochum.“

Res delata est ad Eminentissimos DD. Cardinales una mecum generales Inquisitores, qui feria IV. die 22. curr. mensis decreverunt: dematur clausula „in remotioribus dioecesis locis“ et firma remaneat clausula „dummodo tempus desit etc.“

Quae dum cum E. T. pro meo munere communico manus Tibi humillime deosculor.

Eminentiae Tuae

Romae, die 26. Martii 1893.

Domino Cardinali Archiepiscopo
Wratislaviensi.

humillimus et addictissimus servus verus
R. Card. Monaco.

e) Erklärung zu vorstehender Vollmacht.

G. B. Nr. 281. II.

Ad Archiepiscopum Compostellanum.

Litteris datis non multis abhinc diebus quaerebat Amplitudo Tua, utrum vi decretorum die 20. Februarii 1888 et 1. Martii 1889 valeant Ordinarii per se vel per parochos dispensare super impedimentis publicis juris ecclesiastici, exceptis presbyteratu et affinitate in linea recta, omnes in articulo mortis constitutos, licet matrimonium civile, quod vocant, non celebraverint nec vivant in concubinato.

Res delata est ad Eminentissimos D. D. Cardinales una mecum Inquisitores generales, qui in Congr. habita feria IV. die 17. curr. mensis respondendum mandarunt: Negative.

Quod dum significo, fausta quaeque Ampl. Tuae precor a Domino.

Datum Romae die 22. Septembris 1890.

Addictissimus in Domino
R. Card. Monaco.

¹⁾ Siehe Note bei vorstehendem Erlaß.

f) Dubia circa Decretum S. Off. d. 20. Febr. 1888 solvuntur.

G. S. Rr. 362. II.

Vicarius Capitularis Dioecesis N. N. ad pedes S. V. provolutus quae sequuntur exponit.

Decreto S. R. et U. Inquisitionis diei 20. Februarii 1888 Sanctitas Vestra benigne annuit pro gratia, qua locorum Ordinarii dispensare valeant sive per se, sive per ecclesiasticam personam sibi benevisam, super impedimentis publicis matrimonium dirimentibus cum iis, qui in gravissimo mortis periculo constituti, et quando non suppetit tempus recurrendi ad Sanctam Sedem, iuxta leges civiles sunt coniuncti, aut alias in concubinato vivunt, ut morituri in tanta temporis angustia in faciem Ecclesiae rite copulari et propriae conscientiae consulere valeant.

Nunc vero in hac civitate N. N. nonnulli concubinarie viventes prolem genuerunt, et postea, relicto contubernio, iam iam graviter aegrotantes, cum eadem persona, cum qua in concubinato vixerunt, ad prolem legitimandam, vel mulieris famam aut damnum reparandum, vel ad scandalum tollendum, vel ad propriae conscientiae consulendum, matrimonium contrahere desiderant.

Hisce praehabitis, subscriptus Vicarius Capitularis Sanctitati Vestrae dubia, quae sequuntur enodanda proponit:

I. Utrum sub citato decreto S. R. et U. Inquisitionis diei 20. Februarii 1888 etiam comprehendi valeant aegroti in mortis periculo constituti, qui actualiter non vivunt in concubinato, sed tamen in eo vixerunt, prolemque genuerunt quam legitimare oportet?

II. Utrum comprehendi etiam valeant aegroti qui actualiter non vivunt, sed tamen vixerunt in nefario concubinato, quin prolem genuerint, vel genita iam obierit?

Et Deus etc.

Feria IV, die 3. Maii 1899.

In Congregatione Generali Sacrae Romanae et Universalis Inquisitionis, propositis suprascriptis dubiis, rite perpensis omnibus tum iuris tum facti rationum momentis, praehabitoque RR. DD. Consultorum voto, Eminentissimi ac Reverendissimi DD. in rebus fidei et morum Generales Inquisitores respondendum censuerunt:

Detur Decretum fer. IV., diei 17. Septembris 1890 latum super dubio proposito ab Archiep. Compostellan.

Porro huiusmodi dubium ita se habebat: „Utrum vi decretorum diei 20. Februarii 1888 et 1. Martii 1889 valeant Ordinarii per se vel per parochos dispensare super impedimentis . . . in articulo mortis constitutos, licet matrimonium civile quod vocant non celebraverint, nec vivant in concubinato? — Eminentissimi PP. respondendum mandarunt: Negative“.

Feria vero VI, die 5 eiusdem mensis Maii Sanctissimus D. N. Leo div. prov. PP. XIII. in audientia R. P. D. Assessori S. O. impertita, habita hac de re relatione, resolutionem Eminentissimorum PP. adprobavit et confirmavit.

I. Can. Mancini, S. R. et U. Inq. Not.

g) Dubium circa clandestinitatem.

G. B. Nr. 367. I.

Auf die Frage: „Utrum in citatis Decretis vere comprehendatur etiam facultas dispensandi ab impedimento clandestinitatis, adeo ut ex. gr. Parochus, ab Episcopo habitualiter delegatus, possit in sua Paroecia vel coniungere non suos sed extraneos inibi casu existentes, dispensando a praesentia Parochi proprii, ad quem nullimode valeat haberi recursus; vel etiam coniungere suos, sed sine testibus, pariter dispensando ab eorum praesentia, cum omnino non sint qui testium munere fungi possint“ erging FERIA IV, die 13. Decembris 1899 folgende Entscheidung:

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis ab Eminentissimis ac Reverendissimis DD. Cardinalibus in rebus fidei et morum Generalibus Inquisitoribus habita, proposito suprascripto dubio, prae-habitoque RR. DD. Consultorum voto, iidem Eminentissimi ac Reverendissimi Patres respondendum mandarunt:

Affirmative.

Sequenti vero feria VI, die 15. eiusdem mensis et anni, per facultates Eminentissimo ac Reverendissimo Domino Cardinali S. Officii Secretario concessas, Sanctissimus D. N. Leo Div. Prov. Pp. XIII. resolutionem Eminentissimorum ac Reverendissimorum Patrum ad-probavit.

I. Can. Mancini, S. R. et U. Inquisit. Notarius.

Nr. 231. Berechtigung zur Trauung in verwaisten Pfarreien.

a) Fb. Erlaß vom 7. October 1871. G. B. Nr. 194. VI.

Auf den Bericht vom 28. v. Mts. Nr. 10, 709 eröffnen Wir unserem Hochwürdigem General-Vicariat-Amte, daß nach dem Tode eines Pfarrers, wenn derselbe während des Aufgebots oder zwischen dem letzten Aufgebot und der Trauung stirbt, dessen Kaplan, sofern ein solcher angestellt ist, und unter mehreren Kaplänen der erste noch vor Decretirung und Ankunft des Administrators zur Vollziehung der Trauung und zwar de licentia ordinarii berechtigt ist; einer besonderen Anfrage in casu bedarf es nicht.

Dagegen ist für einen anderen Pfarrer als den an sich competenten beim Mangel eines ausdrücklichen Auftrages weder die licentia parochi, noch auch die ordinarii vorhanden, ein Nachbarnpfarrer kann also ohne besondere Ermächtigung nach dem Tode des competenten Pfarrers keine gültige Trauung von Rupturienten, welche nicht unter seiner ordentlichen Jurisdiction stehen, vornehmen.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

b) Fb. Erlaß vom 24. Juni 1889. G. B. Nr. 256. II.

Nachdem die fürstbischöfliche Circular-Berordnung vom 5. October 1875, laut deren für Rupturienten aus verwaisten Pfarreien jeder von denselben darum ersuchte römisch-katholische Priester als parochus proprius zu fungiren berechtigt sein sollte, unter den günstig veränderten Verhältnissen für künftige Fälle nicht mehr anwendbar erscheinen konnte, ermächtige ich, wenn in verwaisten Pfarreien, deren Verweser noch nicht eingetroffen ist, oder wenn bei ähnlichen Verlegenheiten dringende Trauungen vorzunehmen

sind und zu dem Berichte an die bischöfliche Behörde keine Zeit mehr obwaltet, die Herren Erzpriester und Archipresbyterats-Verweser, sich als für den parochus proprius von mir besonders beauftragt zu erachten und die Trauung zu vollziehen.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 232. Trauung ohne Nachweis der standesamtlichen Verbindung.

a) G. B. Nr. 368. II.

Das Gesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung wird durch das Bürgerliche Gesetzbuch zum Theil abgeändert, zum Theil aufgehoben. Nach Art. 46 des Einführungs-gesetzes zum B. G.-B. hat der § 67 des Gesetzes vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzblatt S. 23), welcher lautet:

„Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet, bevor ihm nachgewiesen worden ist, daß die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen sei, wird mit Geldstrafen bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft“,
folgenden Absatz 2 erhalten:

„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Geistliche oder der Religionsdiener im Falle einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines der Verlobten zu den religiösen Feierlichkeiten der Eheschließung schreitet.“

b) G. B. Nr. 254. VI.

Die Strafbarkeit eines Geistlichen, welcher eine Trauung ohne den Nachweis abhält, daß die standesamtliche Verbindung geschlossen worden, hängt davon ab, daß er das Bewußtsein von dem Mangel der standesamtlichen Verbindung hatte, mit rechtswidrigem Vorsatz oder dolos handelte.

(Vergl. Urtheil des Reichsgerichtes vom 27. Mai 1881, abgedruckt in Entsch. Bd. IV. S. 233 und G. B. Nr. 254. VI.)

c) G. B. Nr. 259. IX.

Eine im Auslande¹⁾ bürgerlich gültig geschlossene Ehe von Ausländern darf ein Geistlicher in Deutschland kirchlich einsegnen, ohne sich aus § 67 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über Beurkundung des Personenstandes strafbar zu machen. Er muß sich aber bewußt sein, daß die Thatfache des bürgerlich gültigen Eheabschlusses ihm nachgewiesen ist, sonst handelt er dolos oder fahrlässig und ist strafbar.

(Vergl. Urtheil des Reichsgerichtes vom 11. November 1887, abgedruckt in Entsch. Bd. XVII. S. 153 und G. B. Nr. 259. IX.)

¹⁾ Einführungs-Gesetz zum Bürgerl. Gesetzbuche, Art. 13: Die Eingehung der Ehe wird, sofern auch nur einer der Verlobten ein Deutscher ist, in Ansehung eines jeden der Verlobten nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dem er angehört. Das Gleiche gilt für Ausländer, die im Inlande eine Ehe eingehen.

In Ansehung der Ehefrau eines nach Art. 9, Abs. 3 für todt erklärten Ausländers wird die Eingehung der Ehe nach den deutschen Gesetzen beurtheilt.

Die Form einer Ehe, die im Inlande geschlossen wird, bestimmt sich ausschließlich nach den deutschen Gesetzen.

Nr. 233. Bescheinigung über Nichtvorhandensein gesetzlicher Ehehindernisse.
 G. B. Nr. 254. III.

Aus Anlaß von speciellen hierher gerichteten Anfragen wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß laut Ministerial-Rescripts vom 12. Juni 1879 in Preußen nicht die Standes-Ämter, sondern die betreffenden Ortspolizeibehörden die Bescheinigung auszustellen haben, daß, soviel die angestellten Ermittlungen ergeben, der beabsichtigten Eheschließung eines Preußen im Auslande hierseits kein gesetzliches Hinderniß entgegenstehe. (Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung pro 1880 S. 2.)

Nr. 234. Brautmesse und Brautsegen.
 a) G. B. Nr. 210. III c.

Sanctissime Pater! Humillime infrascriptus Episcopus Sanctitati Vestrae sequentem expono casum, ejusque solutionem devotissime expeto. Juxta rubricas Missalis missa votiva pro sponsis nonnisi tunc dici potest, quando in ea fit et benedictio nuptiarum et communio sponsorum. Jam vero sicut in provincia Salisburgensi generatim, ita et in dioecesi mea Lavantina, quae ad illam pertinet, ab immemoriali tempore viget consuetudo, nuptiis extra missam benedicendi, a sede quoque Apostolica tolerata. Haec porro consuetudo aliam ab immemoriali pariter tempore connexam habet, vi cujus nupturientes non ipsa die celebrationis matrimonii, sed unum duosve dies ante illam sacramenta poenitentiae et Eucharistiae percipere solent.

Si igitur rubrica de communione sponsorum in toto suo rigore observanda est, missa pro sponsis, utut ob peculiarem impetrationis fructum nupturientibus salutaris, in praefata dioecesi nonnisi rarissimis in casibus celebrari poterit, utpote quum nupturientes ob apparatus in celebrandis nuptiis his in regionibus adhiberi solitum, hora plerumque nimis sera ad ecclesiam venire soleant, ideoque regulariter jejuni esse non possint.

Nihilominus multi animarum pastores dioecesis meae, uti ex conferentiis pastoralibus hujus anni patet, reditum ad praxim ecclesiae Romanae exoptant, eumque eo faciliorem fore existimant, si saltem communio sponsorum infra missam non stricte exigeretur.

Jam quaeritur, utrum missa votiva pro sponso et sponsa dici et in ea benedictio nuptialis fieri possit etiam in casu, ubi sponsi infra hanc missam s. communionem non perciperent?

Ad pedes Sanctitatis Vestrae etc.

Lavantin. Reverendissimus D. Jacobus Maximilianus Stepischnegg Episcopus Lavantinus a Sacra Rituum Congregatione humillime insequentis dubii solutionem expetiit, nimirum: „Utrum missa votiva pro sponso et sponsa dici et in ea benedictio nuptialis fieri possit etiam in casu, ubi sponsi infra hanc missam sacram Communionem non perciperent?

Sacra vero eadem Congregatio audita sententia in scriptis alterius ex Apostolicarum Ceremoniarum Magistris rescribere rata est: Affirmative; curent tamen Parochi et animarum Rectores adhortari fideles nupturos, ut in Missa, in qua benedictiones nuptiales impertiuntur, communicent.

Die 21. Martii 1874.

Card. Patrizi, S. R. C. Praef.
 D. Bartolini, S. R. C. Secret.

b) Fb. Erlass vom 26. Januar 1885. G. B. Nr. 234. III.

Da neuerdings wiederholt Zweifel darüber entstanden sind, welches Formular für die Einsegnung der Braut nach vollzogener Trauung anzuwenden sei, so veranlasse ich mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, dem Clerus der Diocese bekannt zu geben, daß, nachdem die S. C. R. früher in einem einzelnen Falle (in Eystetensi 6. September 1838) erlaubt hatte, die in der Missa pro sponso et sponsa im Missale befindliche (nach dem Pater noster anzuwendende) Benedictions-Formel auch außerhalb der Messe anzuwenden, diese Erlaubniß durch eine spätere allgemeine Entscheidung (14. August 1858 Montis Albani in Galliis) wieder aufgehoben und überdies (25. September 1845 in Mexicana) auf die Anfrage: *Utrum responsa Reverendissimo Episcopo Dioeceseos Montis Albani data sint generalia, ut omnes omnino Dioeceses afficiant, etiam eas in quibus immemorabiles in contrarium adsunt consuetudines*, geantwortet worden: *Affirmative et consuetudinem contrariam esse eliminandam uti abusum*. Es darf mithin die in der Brautmesse befindliche Benediction außerhalb dieser Messe niemals Anwendung finden, und wird für die Benediction der Braut nach der Trauung, wo solche üblich ist, nur der im Rituale Wratislaviense p. 156 (im neuen Rituale p. 267) unter dem Titel: *Modus introducendi mulierem in ecclesiam post consummatum matrimonium* vorgeschriebene Ritus angewendet werden können, zumal derselbe nichts enthält, was die wirkliche Consummation der Ehe ausdrücklich voraussetzt und daher auch, wie die Benediction in der Brautmesse, unmittelbar nach der Trauung passend ist.

Fürst-Bischof.

† Robert.

Nr. 235. Ehedispensgesuche.

Die Verordnungen Nr. 47. I., 171. I., 181. XII. u. a. m. machen den Seelsorgern bei Ermittlung von Ehehindernissen und Prüfung der Dispensmotive die größte Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit zur Pflicht. Eine auf unwahre Gründe hin ertheilte Dispens ist ungültig und daher auch die Ehe ungültig, welche in Folge einer solchen Dispens geschlossen wird.

Das Ehedispensgesuch muß alle diejenigen Umstände enthalten, welche nach den ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen, sowie nach dem römischen Kanzeistile als wesentlich gelten.

Beim Ehehinderniß der Blutsverwandtschaft, der Schwägerschaft oder der öffentlichen Ehrbarkeit aus einer nicht vollzogenen Ehe ist dem Gesuche auch ein Stammbaum beizufügen.

Dispensgesuche mit mangelhaften Angaben oder ungenügender Motivierung gelangen ohne Bescheid an den Antragsteller zurück. (G. B. Nr. 181. XII. und 190. VIII.)

Anstatt wörtlicher Wiedergabe der einzelnen diesbezüglichen Verordnungen folgt hier die

Instructio super dispensationibus matrimonialibus.

S. C. de Prop. Fide d. d. 9. Maji 1877.

Cum dispensatio sit iuris communis relaxatio cum causae cognitione, ab eo facta, qui habet potestatem, exploratum omnibus est dispensationes ab impedimentis matrimonialibus non esse indulgendas,

nisi legitima et gravis causa interveniat. Quin imo facile quisque intelligit, tanto graviorem causam requiri, quanto gravius est impedimentum, quod nuptiis celebrandis opponitur. Verum haud raro ad s. Sedem perveniunt supplices literae pro impetranda aliqua huiusmodi dispensatione, quae nulla canonica ratione fulciuntur. Accidit etiam quandoque, ut in huiusmodi supplicationibus ea omittantur, quae necéssario exprimi debent, ne dispensatio nullitatis vitio laboret. Idecirco opportunum visum est in praesenti Instructione paucis perstringere praecipuas illas causas, quae ad matrimoniales dispensationes obtinendas, iuxta canonicas sanctiones et prudens ecclesiasticae provisionis arbitrium, pro sufficientibus haberi consueverunt; deinde ea indicare, quae in ipsa dispensatione petenda exprimere oportet.

Atque ut a causis dispensationum exordium ducatur, operae pretium erit imprimis animadvertere, unam aliquando causam seorsim acceptam insufficientem esse, sed alteri adiunctam sufficientem existimari; nam quae non prosunt singula, multa iuvant, *arg. l. 5. C. de probat.* Huiusmodi autem causae sunt quae sequuntur:

1. *Angustia loci* sive absoluta sive relativa (ratione tantum Oratricis), cum scilicet in loco originis, vel etiam domicilii cognatio feminae ita sit propagata, ut alium paris conditionis, cui nubat, invenire nequeat, nisi consanguineum vel affinem, patriam vero deserere sit ei durum. — * Ea vero loca censentur angusta, in quibus focorum numerus non excedit tercentum, vel inhabitantes non sunt ultra 1500. (Dataria Apl. 30. Aug. 1847.) — S. C. C. die 8. Iulii 1876 declaravit, angustiam locorum non esse desumendam a numero focorum ejusque parochiae, sed a numero focorum ejusque loci vel etiam plurium locorum si non distent ab invicem ultra milliare i. e. spatium itineris pedestris circiter $\frac{1}{2}$ horae.

2. *Aetas feminae superadulta*, si scilicet 24^{um} aetatis annum iam egressa hactenus virum paris conditionis, cui nubere possit, non invenit. Haec vero causa haud suffragatur viduae, quae ad alias nuptias convolare cupiat. — * Quae quidem causa sola non sufficit in gradibus propinquioribus, nempe secundo gradu; quamquam causa eo gravior est, quo oratrix provectior supra aetatem 24 annorum.

3. *Deficientia aut incompetentia dotis*, si nempe femina non habeat actu tantam dotem, ut extraneo aequalis conditionis, qui neque consanguineus neque affinis sit, nubere possit in proprio loco, in quo commoratur. Quae causa magis urget, si mulier penitus indotata existat, et consanguineus vel affinis eam in uxorem ducere, aut etiam convenienter ex integro dotare paratus sit. — * Non autem admittitur haec causa pro muliere, quae dotem habet sufficientem, ut inveniat virum paris conditionis, sed vellet ducere consanguineum, utpote ditiozem.

4. *Lites super successione bonorum iam exortae, vel earumdem grave aut imminens periculum.* Si mulier gravem litem super successione bonorum magni momenti substineat, neque adest alius, qui

* bedeutet annotatio a manu aliena.

litem huiusmodi in se suscipiat, propriisque expensis prosequatur, praeter illum qui ipsam in uxorem ducere cupit, dispensatio concedi solet; interest enim Reipublicae, ut lites extinguantur. Huic proximè accedit alia causa, scilicet *dos litibus involuta*, cum nimirum mulier alio est destituta viro, cuius ope bona sua recuperare valeat. Verum huiusmodi causa nonnisi pro remotioribus gradibus sufficit.

5. *Paupertas viduae*, quae numerosa prole sit onerata, et vir eam alere polliceatur. Sed quandoque remedio dispensationis succurritur viduae ea tantum de causa, quod iunior sit, atque in periculo incontinentiae versetur.

6. *Bonum pacis*, quo nomine veniunt nedum foedera inter regna et principes, sed etiam extinctio gravium inimicitiarum, rixarum et odiorum civilium. Haec causa adducitur vel ad extinguendas graves inimicitias, quae inter contrahentium consanguineos vel affines ortae sint, quaeque matrimonii celebratione omnino componerentur; vel quando inter contrahentium consanguineos et affines inimicitiae graves viguerint, et, licet pax inter ipsos inita iam sit, celebratio tamen matrimonii ad ipsius pacis confirmationem maxime conducere.

*6a. *Bonum prolis*, si oratrix vel etiam orator filios habet ex alio matrimonio, ob quorum nutritionem atque educationem denuo matrimonium necessario inire debet.

7. *Nimia, suspecta, periculosa familiaritas, nec non cohabitatio* sub eodem tecto, quae facile impediri non possit.

8. *Copula* cum consanguinea vel affine vel alia persona impedimento laborante praehabita, et *praegnantia, ideoque legitimatio prolis*, ut nempe consulatur bono prolis ipsius et honori mulieris, quae secus innupta maneret. Haec profecto una est ex urgentioribus causis, ob quam etiam plebeis dari solet dispensatio. — * Si copula non sit nota neque proxime divulganda saepe tamen exinde ultiora pericula incontinentiae exoriri possunt. — Dispensationes matrimoniales etiamsi copula incestuosa vel consilium et intentio per eam facilius dispensationem impetrandi reticita fuerint, validae sunt. (S. C. S. Off. 18. Mart. 1891.)

9. *Infamia mulieris*, ex suspitione orta, quod illa suo consanguineo aut affini nimis familiaris, cognita sit ab eodem, licet suspicio sit falsa, cum nempe nisi matrimonium contrahatur, mulier graviter diffamata, vel innupta remaneret, vel disparis conditionis viro nubere deberet, aut gravia damna orirentur.

10. *Revalidatio matrimonii*, quod bona fide et publice, servata Tridentini forma, contractum est: quia eius dissolutio vix fieri potest sine publico scandalo, et gravi damno, praesertim feminae, c. 7, de *consanguin.* At si mala fide sponsi nuptias inierunt, gratiam dispensationis minime merentur, sic disponente Conc. trident. sess. XXIV. cap. V. de *reform. matrim.* — * Attentis vero temporum adjunctis, praesertim prole jam nata et matrimonio civili contracto, datur dispensatio etiam in casu malae fidei utriusque partis.

11. *Periculum matrimonii mixti*, vel *coram acatholico ministro celebrandi*. Quando periculum adest, quod volentes matrimonium

in aliquo etiam ex maioribus gradibus contrahere ex denegatione dispensationis ad ministrum acatholicum accedant pro nuptiis celebrandis, spreta Ecclesiae auctoritate, iusta invenitur dispensandi causa, quia adest non modo gravissimum fidelium scandalum, sed etiam timor perversionis et defectionis a fide taliter agentium, et matrimonii impedimenta contemnentium, maxime in regionibus, ubi haereses impune grassantur. Id docuit haec s. Congregatio in Instructione die 17. apr. 1820 ad Archiepiscopum Quebecensem data. Pariter cum Vicarius apostolicus Bosniae postulasset, utrum dispensationem elargiri posset iis catholicis, qui nullum aliud praetexunt motivum, quam vesanum amorem, et simul praevideatur, dispensatione denegata, eos coram iudice infideli coniugium fore inituros, s. Congregatio s. Officii in fer. IV. 14. aug. 1822 decrevit: „respondendum Oratori, quod in exposito casu utatur facultatibus sibi in Form. II. commissis, prout in Domino expedire iudicaverit“. Tantumdem dicendum de periculo, quod pars catholica cum acatholica matrimonium celebrare audeat.

12. *Periculum incestuosi concubinatus.* Ex superius memorata Instructione an. 1820 elucet, dispensationis remedium, ne quis in concubinato insordescat cum publico scandalo atque evidenti aeternae salutis discrimine, adhibendum esse.

13. *Periculum matrimonii civilis.* Ex dictis consequitur, probabile periculum quod illi, qui dispensationem petunt, ea non obtenta, matrimonium dumtaxat *civile*, ut aiunt, celebraturi sint, esse legitimam dispensandi causam.

14. *Remotio gravium scandalorum.*

15. *Cessatio publici concubinatus.*

16. *Excellentia meritorum,* cum aliquis aut contra fidei catholicae hostes dimicatione, aut liberalitate erga Ecclesiam, aut doctrina, virtute, aliove modo de Religione sit optime meritus.

Haec sunt communiores potioresque causae, quae ad matrimoniales dispensationes impetrandas adduci solent; de quibus copiose agunt theologi ac sacrorum canonum interpretes¹⁾.

Sed iam se convertit Instructio ad ea, quae praeter causas in literis supplicibus pro dispensatione obtinenda de iure vel consuetudine, aut stylo Curiae exprimenda sunt, ita ut si etiam ignoranter taceatur veritas, aut narretur falsitas, dispensatio nulla efficiatur. Haec autem sunt:

1. *Nomen et cognomen* Oratorum, utrumque distincte ac nitide ac sine ulla literarum abbreviatione scribendum. — * At in supplicatione pro dispensatione super impedimento occulto nomina oratorum tacentur et eorum loco ponitur N. vel Titius.

* 1a. *Aetas, conditio, religio* petentium.

2. *Domicilium* oratorum sive originis sive actualis habitationis.

¹⁾ Inter ceteros consulendi Pyrrhus Corradus — *Praxis dispensationum apostolicarum* — lib. VII et VIII. ac Vincentius De Iustis — *De dispensationibus matrimonialibus* — lib. III.

3. *Species etiam infima* impedimenti, an sit consanguinitas vel affinitas, orta ex copula licita vel illicita¹⁾; publica honestas originem ducens ex sponsalibus vel matrimonio rato; in impedimento *criminis*, utrum provenierit ex coniugicidio cum promissione matrimonii, aut ex coniugicidio cum adulterio, vel ex solo adulterio cum promissione matrimonii; in cognatione spirituali, utrum sit inter levantem et levatum, vel inter levantem et levati parentem.

4. *Gradus consanguinitatis vel affinitatis* aut *honestatis* ex matrimonio rato, et an sit simplex vel mixtus, non tantum remotior, sed etiam propinquior, uti et linea, an sit recta vel transversa; item an Oratores sint coniuncti ex duplici vinculo consanguinitatis, tam ex parte patris, quam ex parte matris. — * Et addendum est *schema*, in quo linea et gradus videri possint.

5. *Numerus impedimentorum*, e. gr. si adsit duplex aut multiplex consanguinitas vel affinitas, vel si praeter cognationem adsit etiam affinitas, aut aliud quodcumque impedimentum sive dirimens sive impediens.

6. *Variae circumstantiae*, scilicet an matrimonium sit contrahendum vel contractum; si iam contractum, aperiri debet, an bona fide, saltem ex parte unius, vel cum scientia impedimenti; item an praemissis denuntiationibus, et iuxta formam Tridentini; vel an spe facilius dispensationem obtinendi; demum an sit consummatum, si mala fide, saltem unius partis, seu cum scientia impedimenti.

*7. Si oratorum alter vel uterque est *viduus* resp. *vidua* semper allegetur, a quo tempore in viduitate vivat, num et quot liberis sit gravatus, et cujus aetatis hi sint.

*8. *Causae* seu *motiva* ad petendam et concedendam dispensationem *sub numeris distinctis* clare ita exhibenda sunt, ut primo obtutu res tota pateat.

*9. Denique addatur *testimonium* propria manu subscriptum ac sigillo parochiali munitum *de fide vel veritate expositorum* et de statu fortunae petentium.

Haec prae oculis habere debent non modo qui ad s. Sedem pro obtinenda aliqua matrimoniali dispensatione recurrunt, sed etiam qui ex pontificia delegatione dispensare per se ipsi valent, ut facultatibus, quibus pollent, rite, ut par est, utantur.

Rr. 236. Copula incestuosa reticita non jam invalidat dispensationem.

G. S. Rr. 236. I.

Infandum incestus flagitium peculiari semper odio sancta Dei Ecclesia prosequuta est, et summi romani Pontifices statuerunt, ut qui eo sese temerare non erubissent, si ad apostolicam Sedem confugerent petendae causa dispensationis super impedimentis matrimonium dirimentibus, eorum preces, nisi in eis de admissio scelere mentio facta esset, obreptionis et subreptionis vitio infectae haberentur atque ideo dispensatio esset invalida

*1) Si petitur dispensatio super impedimento affinitatis ex copula illicita, exprimi debet etiam tecto nomine persona cum qua copula habita sit, scil. num sponsus matrem, filiam, sororem germanam, amitam, materteram mulieris desponsatae carnaliter cognoverit et vice versa.

idque ea sanctissima de causa cautum fuit, ut ab hoc gravissimo crimine christifideles arcerentur.

Hanc s. Sedis mentem testantur tum alia documenta, tum decretum, quod novissime supremum sanctae romanae et universalis Inquisitionis consilium, ipso adprobante romano Pontifice, feria IV. die 1. Augusti 1866 tulit, quod est huiusmodi „subreptitias esse et nullibi ac nullo modo valere dispensationes, quae sive directe ab apostolica Sede, sive ex pontificia delegatione super quibuscumque gradibus prohibitis consanguinitatis, affinitatis, cognationis spiritualis nec non et publicae honestatis conceduntur, si sponsi ante earundem dispensationum executionem, sive ante sive post earum impetrationem incestus reatum patnaverint; et vel interrogati, vel etiam non interrogati, malitiose vel etiam ignoranter reticuerint copulam incestuosam inter eos initam sive publice ea nota sit sive etiam occulta, vel reticuerint consilium et intentionem, qua eandem copulam iniierunt, ut dispensationem facilius assequerentur“. S. Poenitentiaria vestigiis insistens supremae Inquisitionis id ipsum die 20. Julii 1879 statuit.

Verum cum plurimi sacrorum antistites sive seorsum singuli, sive coniunctim s. Sedi retulerint, maxima ea de causa oriri incommoda cum ad matrimonialium dispensationum executionem proceditur, et hisce praesertim miseris temporibus in fidelium perniciem non raro vergere, quod in eorum salutem sapienter inductum fuerat, Sanctissimus D. N. D. Leo divina providentia Papa XIII. eorum postulationibus permotus, re diu ac mature perpensa, et suffragio adhaerens Eminentissimorum S. R. E. Cardinalium in universa christiana republica una mecum inquisitorum generalium, hasce litteras omnibus locorum ordinariis dandas iussit, quibus eis notum fieret, decretum superius relatum s. romanae et universalis Inquisitionis et s. Poenitentiariae, et quidquid in eundem sensum alias declaratum, statutum aut stylo Curiae inductum fuerit a se revocari, abrogari nulliusque roboris imposterum fore decerni; simulque statui et declarari dispensationes matrimoniales posthac concedendas, etiamsi copula incestuosa vel consilium et intentio per eam facilius dispensationem impetrandi reticita fuerint, validas futuras: contrariis quibuscumque etiam speciali mentione dignis minime obstantibus.

Dum tamen ob gravissima rationum momenta a pristino rigore hac super re Sanctissimus Pater benigne recedendum ducit, mens Ipsius est, ut nihil de horrore, quem incestus crimen ingerere debet, ex fidelium mentibus detrahatur; imo vero summo studio excitandos vult animarum curatores, aliosque quibus fovendae inter christifideles morum honestatis cura demandata est, ut prudenter quidem, prout rei natura postulat, efficaciter tamen elaborent huic facinori insectando et fidelibus ab eodem, propositis poenis quibus obnoxii fiunt, deterrendis.

Datum Romae ex cancellaria S. O. die 25. Junii 1885.

Addictissimus in Domino.

R. Card. Monaco.

Nr. 237. Drohung mit Civilehe als Dispensgrund.

G. B. Nr. 210. XIII.

Unter der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit scheint vielfach die Meinung verbreitet zu sein, daß durch das Zusammentreten der sog. Civilehe eine

Änderung der kirchlichen Ehegesetzgebung in sofern eintreten müsse, als solchen Nupturienten, denen ein kirchliches Eheverbot entgegensteht, auf die bloße Drohung hin, sich event. mit der Civilehe begnügen zu wollen, nun auch der Bischof sofort die Dispensation von dem betreffenden Ehehindernisse zu gewähren habe, welchen Grad das gedachte Impediment auch immer berühren möge. Eine derartige Lockerung der kirchlichen Ehedisciplin aber ist durchaus unzulässig, und können wir in dieser Beziehung nur auf das Pastoral Schreiben Sr. Fürstbischöfl. Gnaden über die Einführung der Civilehe vom 24. August cr. ad passum II. 1—3 verweisen, wonach die bisherige kirchliche Ehegesetzgebung in allen Stücken unverändert bleibt, und nur aus den gewichtigsten Gründen der hochwürdigste Herr Ordinarius von seinen außerordentlichen Vollmachten Gebrauch zu machen in der Lage ist. Wollte allen Eheverbern, welche, im Falle ihnen nicht alsbald die erforderliche Dispense gewährt wird, mit der Civilehe, also implicite mit dem Abfall vom Glauben drohen, durch sofortige Ertheilung der Dispense gewillfahrt werden, so würde hierin eine äußerst bedenkliche und unstatthafte Nachsicht der kirchlichen Organe liegen und das religiöse Leben und Verhalten der Katholiken tief geschädigt werden.

Noch weisen wir darauf hin, daß alle Gesuche um Dispense, in welchen es sich um den ersten und zweiten, oder auch nur um den dritten, berührend den zweiten Grad der Consanguinität oder Affinität handelt, direct an Se. Fürstbischöfl. Gnaden, nicht aber an den unterzeichneten General-Vicar zu richten sind.

Nr. 238. Quasi-Domicil rücksichtlich der Ehedispensgesuche.

G. B. Nr. 117. I.

Es hat sich ereignet, daß fremde Diöcesanen, denen in ihrer Heimath Ehe-Dispensen von ihren Ordinariaten verweigert wurden, in unserer Diöcese ein quasi-Domicil aus dem Grunde nachsuchten, um hier die gewünschte Ehe-Dispens zu erhalten. In Folge einer deshalb geführten Beschwerde haben uns Seine Fürstbischöflichen Gnaden beauftragt, die Ehrwürdige Pfarr-Geistlichkeit hierauf aufmerksam zu machen und dieselbe anzuweisen, bei Gesuchen dieser Art, das Domicil der Petenten genau festzustellen und namentlich zu erforschen, ob das quasi-Domicil lediglich der Erhaltung der Ehe-Dispens wegen genommen worden ist. In solch' einem Falle sind die Gesuchsteller abzuweisen; im Zweifel aber ist an den Hochwürdigsten Ordinarius ausführlich zu berichten.

Nr. 239. Unzulässigkeit des Aufgebotes vor Eintreffen der Dispens.

G. B. Nr. 197. XI.

Wir sind von Sr. Fb. Gnaden angewiesen worden, den Herren Seelsorgern bekannt zu machen, daß zum großen Mißfallen des Hochwürdigsten Herrn Ordinarius Fälle wiederholt vorgekommen sind, in welchen Pfarrer Brautpaare, deren Eheschließung ein canonisches Ehehinderniß entgegensteht, vor Eintreffen der dasselbe behebenden Dispensurkunde aufgeboten haben. Durch eine solche Zuwiderhandlung der kirchlichen Vorschriften machen sich die Contravenienten straffällig und haben sich die daraus entstehenden Strafmaßnahmen selber zuzuschreiben.

Nr. 240. Unzulässigkeit telegraphischer Einholung von Dispensen.

a) G. B. Nr. 171. II.

Es ist neuerdings unter der Geistlichkeit die Unsitte eingerissen, Anträge auf Ertheilung von Ehedispensen auf telegraphischem Wege an Uns zu richten und deren sofortige Erledigung auf demselben Wege von Uns zu verlangen. Abgesehen davon, daß es sich bei denselben wiederholt um Ehehindernisse handelte, zu deren Behebung Wir wegen der Nähe des Verwandtschaftsgrades gar nicht bevollmächtigt, die vielmehr nur von dem heil. Stuhle zu dispensiren waren, so ist es auch an und für sich völlig unzulässig, derartige Gesuche durch den Telegraphen zu expediren, da auf diesem Wege unmöglich diejenige ausführliche Motivirung durch canonische Dispensgründe erfolgen kann, wie sie die kirchliche Ehedisziplin erfordert. Und ebenso unzulässig ist es, Unsererseits die Dispensen durch den Telegraphen zu ertheilen, da in den meisten Fällen eine nähere Instruction hinsichtlich der executio dispensationis erforderlich ist, wie solche die lateinischen Formularien enthalten, welche den Geistlichen bei Ertheilung der Ehedispensen übermittelt werden, und die begreiflicher Weise in ein Telegramm nicht aufgenommen werden können.

Die hier berührten Verhältnisse veranlassen Uns zu der Bestimmung, daß telegraphische Depeschen in Dispens-Angelegenheiten in Zukunft in der Regel nicht mehr von Uns berücksichtigt, sondern unbeantwortet gelassen werden.

Dies wolle Unser Hochwürdiges General-Bicariat-Amt der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bekannt machen.

Breslau, den 26. Februar 1868.

Fürst-Bischof.

† Heinrich.

An

Unser Hochwürdiges General-Bicariat-Amt
Nr. 989. hier.

b) G. B. Nr. 195. VIII.

In Nr. 171. II. ist die Ehrw. Geistlichkeit von Sr. Fürstbischöflichen Gnaden auf die Unstatthaftigkeit der telegraphischen Einholung von Dispensen hingewiesen worden. Auch der General-Bicar empfängt öfters Gesuche um Dispensen oder anderen Inhalts¹⁾ auf telegraphischem Wege oder mit „per express zu bestellen“ bezeichnet. Dies veranlaßt zu der Bemerkung, daß ein solches Verfahren nur in den allerdringendsten Nothfällen gestattet, im übrigen aber mit Rücksicht auf die bei uns waltende prompte Geschäftsführung, welche die täglich zweimalige Abholung der Postfächer mit sich bringt, gar nicht einmal nothwendig ist.

c) Nuntiatura Apostolica.

Monachii, die 5. Jan. 1892.

Illustrissime et Reverendissime Domine! Ad nonnulla evitanda incommoda, quae hisce temporibus evenerunt, Eminentissimus Cardinalis a Secretis Status mihi in mandatis dedit nomine Sanctitatis Suae, ut Amplitudini Tuae sicut et aliis Ordinariis in Germania significarem, quod si quae gratiae a Sacris Congregationibus Romanis vel ab aliis ecclesiasticis Institutis impetrandae sunt, eadem non per telegraphum, sed in scriptis petantur.

Antonius, Archiepiscopus Caesariensis.

¹⁾ Vergl. G. B. Nr. 217. III., oben S. 7.

Nr. 241. Dispensstagen.

In den Dispensgesuchen ist die Angabe der ungefähren Vermögens-Verhältnisse der Nupturienten wegen Ansetzung der üblichen Dispensgebühren erforderlich (G. B. Nr. 90. IV., 128. I., 171. I., 181. XII.).

Den Antragstellern ist es freigestellt, dem Gesuche eine ihren Verhältnissen entsprechende Gebühr beizufügen; anderenfalls wird dieselbe festgesetzt und durch Postnachnahme erhoben, bezw. wenn es sich um Beträge unter 1 Mark handelt, zu Anfang jeden neuen Jahres durch die H.H. Erzpriester eingezogen.

Die Ausfertigung der Dispensen ist nur dann gebührenfrei, wenn dieses ausdrücklich beantragt wird. Die einfache Angabe „Nupturienten sind arm“, oder die Bitte um Ausfertigung „in forma pauperum“ genügt nicht (G. B. Nr. 181. XII.).

Schließlich wird noch bemerkt, daß bei allen Dispensen, welche einen Recurs nach Rom nothwendig machen (affin. I. gr., cons. I—II gr.), zur Begleichung der entstehenden Unkosten wenigstens 4,50 Mark erhoben werden.

Nr. 242. Mißgehen¹⁾.

a) Form der Dispensgesuche bei Mißgehen.

G. B. Nr. 235. VI. (Vergl. auch G. B. Nr. 200. XII.)

Die Herren Seelsorger haben bei Gesuchen um Dispens bei beabsichtigten gemischten Ehen der Willenserklärung der Nupturienten, sämtliche in dem Dispensformulare verzeichneten Bedingungen zu erfüllen, sich zu vergewissern und bei Einholung der Dispens anzugeben, daß der kirchlichen Vorschrift allseitig genügt worden, widrigenfalls die Gesuche zurückerfolgen müssen. Diese Bedingungen aber lauten: *dummodo cautum omnino sit conditionibus ab Ecclesia praescriptis, ac praesertim de amovendo a catholico (a) conjuge perversionis periculo, de conversione conjugis acatholici (ae) ab illo (a) pro viribus curanda, ac de universa prole utriusque sexus in catholicae religionis sanetitate omnino baptizanda et educanda, et dummodo neque ante neque post matrimonium coram parochio catholico initum partes adeant ministrum acatholicum.*

b) Form der Cautelen-Leistung.

Fb. Erlaß vom 27. November 1899. Nr. 8.

Die Ertheilung der Dispense bei gemischten Ehen und die katholische Trauung ist von der Voraussetzung abhängig, daß die Erfüllung der von der Kirche geforderten Bedingungen wirklich gesichert ist. Indem die Form²⁾, in welcher diese Sicherung gewährt werden soll, dem Ermessen der Pfar르게istlichkeit vorerst noch freigestellt wird, fällt auf dieselbe die volle Verantwortlichkeit für den Mißbrauch der kirchlichen Segnungen und Gnaden.

c) Ehen zwischen Katholiken und sogen. „Altkatholiken“.

G. B. Nr. 204. IV.

Da auch in unserer Diocese neuerdings zuweilen der Fall vorkommt, daß Anhänger der sogen. „altkatholischen“ Secte Ehen mit Mitgliedern der

¹⁾ Vergl. Laemmer a. a. O. S. 516 f. und 545. f.

²⁾ Vergl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz S. 15—17.

römisch-katholischen Kirche schließen wollen, so finden wir uns veranlaßt, der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit bekannt zu machen, daß nach einer an den bayrischen Episcopat ergangenen Entscheidung des heil. Officiums vom 17. September 1871 solche Ehen nach der Analogie der gemischten Ehen zwischen Katholiken und Protestanten zu beurtheilen, resp. zu behandeln sind. Within hat jeder Pfarrer, bei welchem derartige Nupturienten sich zur Eheschließung melden, zunächst den „altkatholischen“ Theil in geeigneter Weise zu belehren und wenn möglich zur Rückkehr in den Schoß der katholischen Kirche zu bewegen. Bleiben diese Bemühungen fruchtlos, so sind von dem „altkatholischen“ Theil diejenigen Garantien zu fordern, welche bei Mischehen geleistet werden müssen, nämlich:

1. daß sämtliche Kinder beiderlei Geschlechts in der römisch-katholischen Religion getauft und erzogen werden, und
2. daß der „altkatholische“ Eheheil dem römisch-katholischen keinerlei Hindernisse in Ausübung seiner, d. h. der römisch-katholischen Religion in den Weg lege, und der letztere sich bemühe, den ersteren durch Ermahnung, Beispiel und Gebet zum römisch-katholischen Glauben zurückzuführen.

Sind diese Garantien geleistet, so hat der Pfarrer darüber ein von den Nupturienten zu unterzeichnendes Protokoll¹⁾ aufzunehmen und unter Ueberreichung desselben die Dispensation von dem Ehehindernisse der gemischten Religion bei Sr. Fürstbischöflichen Gnaden nachzusuchen.

Werden die Garantien verweigert, so ist selbstverständlich auch die Einsegnung der Ehe in der römisch-katholischen Kirche zu verweigern, zugleich aber auch der katholische Eheheil auf die Folgen hinzuweisen, welche er sich durch die Eingehung einer von der Kirche verbotenen Ehe zuzieht. Hierbei wollen wir noch bemerken, daß nach der oben citirten Entscheidung der S. Congregatio Inquis. „Alt-katholiken“ als Tauf- oder Firm-Päthen nicht zugelassen werden dürfen.

Breslau, den 17. December 1873.

Fürstbischöfliches General-Vicariat-Amt.

Vorstehende Praxis ist durch Schreiben der Congregatio S. Officii vom 5. März 1891 bestätigt worden. (G. B. Nr. 271. I.)

e) Nachträgliche Einsegnung.

G. B. Nr. 242. VII.

Es sind verschiedene Zweifel erhoben worden, wie zu verfahren sei, wenn der katholische Theil einer nicht coram paracho catholico geschlossenen Mischehe das begangene Unrecht erkennt und die Reconciliation mit der Kirche begehrt²⁾. Zur Beseitigung dieser Zweifel und zur Herbeiführung einer einheitlichen Praxis bestimme ich, wie folgt:

1. Es ist anzustreben, daß die Eheleute die Trauung in der katholischen Kirche nachholen, jedoch darf — da die Ehe, wenn canonische trennende Ehehindernisse nicht vorhanden sind, gültig ist —

¹⁾ Vergl. oben b.

²⁾ Bgl. die Instructio de modo tractandi matrimonia mixta d. d. 11. Febr. 1893.

die Nachholung der katholischen Trauung nicht als Vorbedingung zum Empfange der heil. Sakramente betrachtet werden.

2. Einer Einholung der Dispense super impedimento mixtae religionis bedarf es nicht.
3. Was die Forderung der katholischen Kindererziehung anlangt, so bleiben die bestehenden kirchlichen Vorschriften in voller Geltung. Gemäß diesen Grundsätzen ist fernerhin zu entscheiden.

Nach den Festsetzungen der Diöcesan-Conferenzen von 1854 und 1856 betragen die Gebühren in der Regel 25 bezw. 50 Pf., welche den Dispensanträgen beigelegt werden können oder am Ende des Jahres durch die Hh. Erzpriester eingezogen werden. (G. V. Nr. 90. IV. — Vergl. oben Dispensstaren.)

Die staatsgesetzlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen siehe oben S. 51 f. unter Abschnitt: Volksschule.

Nr. 243. Ehejubiläum.

Vergl. Rituale Wratislav. S. 271.

a) G. B. Nr. 223. V.

Ministerium

der geistlichen, Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten.

J. No. 374. G. I.

Berlin, den 16. Februar 1883.

Seine Majestät der Kaiser und König haben neuerdings bezüglich der Behandlung der Anträge auf Verleihung der Ehejubiläums-Medaille zu bestimmen geruht, daß hierbei die Civil-Behörden theilhaftig werden sollen. Demgemäß sind die diesfälligen Gesuche den Herren Ober-Präsidenten vorzulegen.

Gleichzeitig haben Seine Majestät Allerhöchstihre Intentionen über die Stiftung der gedachten Medaille des Näheren dahin kundgegeben, daß Letztere nur solchen Ehepaaren zu Theil werden soll, welche sich stets durch einen sittlich reinen, friedlich frommen Wandel ausgezeichnet und sonach in einer über das gewöhnliche Maaß hinausgehenden Weise durch ihr eheliches Leben, wie auch durch einen häuslichen wirthschaftlichen Sinn vor Anderen sich besonders hervorgethan haben, so daß sie durch eine solche musterhafte Führung als ein Vorbild in der Gemeinde betrachtet werden können. Dagegen soll eine Berücksichtigung solcher Ehepaare ausgeschlossen sein, deren Jubelfeier bereits stattgefunden hat.

Indem ich Ew. Fürstliche Gnaden unter Bezugnahme auf meinen Erlaß vom 8. November v. Js. — G. I. 2312 — hiervon in Kenntniß setze, ersuche ich zugleich ganz ergebenst, den Geistlichen des dortigen Sprengels gefälligst weitere Mittheilung zu machen.

An

den Fürstbischöf von Breslau Herrn Dr. Herzog,
Fürstliche Gnaden zu Breslau.

v. Gossler.

b) G. B. Nr. 255. I.

Ministerium

der geistlichen, Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten.

G. I. Nr. 812.

Berlin, den 25. März 1889.

Nach einer an das Königliche Staatsministerium gelangten Mittheilung wollen Seine Majestät der Kaiser und König in Gemeinschaft mit Ihrer

Majestät der Kaiserin und Königin die Verleihung der von weiland Seiner Majestät dem hochseligen Kaiser und König Wilhelm und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta gestifteten Ehejubiläums-Medaille¹⁾ fortzusetzen geruhen. Die Verleihung wird in derselben Weise und nach denselben Grundsätzen, wie dies bisher geschehen, an würdige, einer Unterstützung nicht bedürftige Ehepaare in Preußen, in den freien Städten und in dem Reichslande zur Erinnerung an die Feier ihrer goldenen oder diamantenen Hochzeit durch Seine Majestät den Kaiser und König erfolgen, und sind die neuen Medaillen mit dem Doppelbildniß der Allerhöchsten Herrschaften bereits fertig gestellt. Indem ich dies unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 21. Januar 1885 — G. I. 3732 — zur Kenntniß Ew. Fürstlichen Gnaden bringe, ersuche ich zugleich ganz ergebenst, den Geistlichen des dortigen Sprengels hiervon gefälligst Mittheilung zu machen.

An
den Fürstbischhof von Breslau Herrn Dr. Kopp,
Fürstliche Gnaden
zu Breslau.

Im Auftrage: Barthhausen.

c) G. B. Nr. 361. III.

Der Minister
der geistlichen, Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten.
G. I. Nr. 2062. G. II.

Berlin, den 31. August 1899.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, für diejenigen Ehepaare, welche ihre diamantene Hochzeit begehen und anlässlich ihrer goldenen Hochzeit bereits die Ehejubiläums-Medaille erhalten haben, eine besondere Auszeichnung unter dem Namen „Ehejubiläums-Medaille mit der Zahl 60“ zu stiften. Dieselbe besteht in einer die Ehejubiläums-Medaille umgebenden Tafel, auf welcher die Zahl „60“, Myrthenzweige und Eheringe auf die Bedeutung der Allerhöchsten Stiftung hinweisen. Die Verleihung der Medaille mit der Zahl „60“ soll nach denselben Grundsätzen erfolgen, wie sie bei Verleihung der einfachen Medaille in Anwendung kommen. Die Anfertigung der neuen Ehejubiläums-Auszeichnung ist bereits in Auftrag gegeben worden.

¹⁾ Andachtsblätter, Bibel bezw. Nachfolge Christi von Thomas a Kempis (G. B. Nr. 167. I.), werden nicht mehr gewährt (G. B. Nr. 234. VII.).

In denjenigen Fällen, in welchen eine kirchliche Feier des Ehejubiläums stattfindet hat die Uebergabe der Ehejubiläums-Medaillen durch die Geistlichen zu geschehen, (Min.-Erl. vom 4. October 1883. G. B. Nr. 227. I.).

Leben die Jubel-Eheleute in solcher Dürftigkeit, daß ihnen die Mittel zur Feier ihres Jubel-Hochzeitstages fehlen, so kann statt der Medaille ein Gnadengeschenk Seiner Majestät des Königs durch Vermittelung des Regierungs-Präsidenten erbeten werden. In beiden Fällen müssen die Gesuche rechtzeitig von den zuständigen Geistlichen angebracht werden und stets genaue Angaben enthalten:

1. über Namen, Stand und Wohnort der Jubel-Eheleute, resp. unter Beifügung eines Trauscheines zum Beweise des Bestehens der 50jährigen Ehe;
2. über die Confession der Jubilare und bestimmte Bezeichnung des gewünschten Gnaden-Andenkens;
3. des Pfarramtes oder des Namens und Wohnortes des Geistlichen, durch welchen die feierliche Uebergabe erfolgen kann, auch nähere Orts-Bezeichnung nach Poststation und Kreis resp. Regierungs-Bezirk. (G. B. Nr. 167. I.)

Ew. Eminenz ersehe ich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 25. März 1889 — G. I. 812 — den Geistlichen des dortigen Sprengels hiervon Mittheilung zu machen.

An
den Herrn Cardinal-Fürstbischof von Breslau
in Breslau.

In Vertretung: Bartsch.

Nr. 244. Abstellung von Concubinen.

a) G. B. Nr. 55. III.

Durch Nr. 28. II. dieser Verordnungen wurde der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit mitgetheilt, daß ein außereheliches Zusammenleben von Personen verschiedenen Geschlechtes, deren Verheirathung ein gesetzliches Eheverbot entgegensteht, von den Polizeibehörden nicht geduldet, vielmehr gegen ein solches nöthigenfalls durch gesetzliche Zwangsmittel eingeschritten werden sollte.

Da unter einem gesetzlichen Eheverbot nur ein solches verstanden wurde, das in das allgemeine Landrecht¹⁾ aufgenommen worden ist, so fanden sich die Polizeibehörden nur in den seltensten Fällen veranlaßt, gegen Concubinate mit Zwangsmitteln einzuschreiten. Hierdurch geschah es, daß die bei weitem meisten Concubinate bestehen blieben und unangefochten ihren entfittlichenden Einfluß ausüben konnten. Aus dieser Wahrnehmung ist Seitens der höchsten Staatsbehörde Veranlassung genommen worden, das auf die Concubinate bezügliche Verfahren neuerdings einer umfassenden Erörterung zu unterziehen, und ist die Anordnung getroffen worden, gegen jedes Concubinat, welches ein öffentliches Aergerniß giebt, polizeilich einzuschreiten.

Um die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit in Stand zu setzen, auch diesem Uebel in den respectiven Gemeinden mit Erfolg zu begegnen, theilen wir derselben die deshalb erlassene Ministerial-Circular-Verfügung vom 11. April 1854 (sfr. Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung Nr. 4 pro 1854, Seite 71) nachstehend im Wortlaut mit:

„Aus den von vielen Seiten einlaufenden Klagen über große Vermehrung der Concubinate und über den entfittlichenden Einfluß, den die Duldung derselben auf die Bevölkerung ausübt, ist Veranlassung genommen worden, das auf die Concubinate bezügliche Verfahren neuerdings einer umfassenden Erörterung zu unterwerfen.“

„Wenn schon durch Verfügung an die Königliche Regierung in Potsdam vom 24. Juli 1851, welche auch den meisten übrigen Königlichen Regierungen mitgetheilt worden ist, die fortdauernde Gültigkeit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 4. October 1810 nachgewiesen und daher das polizeiliche Einschreiten gegen das Zusammenleben von Personen verschiedenen Geschlechtes, deren Verheirathung ein gesetzliches Eheverbot entgegensteht, angeordnet worden ist, so wurde doch Anstand genommen, ein solches Einschreiten auch hinsichtlich anderer Concubinate ausdrücklich vorzuschreiben. Bezüglich auf solche Concubinate, welche öffentliches Aergerniß erregen, auch wenn dieses durch die Existenz von Eheverböten zwischen den concubirenden Personen nicht hervorgerufen wird, ist es jedoch unbedenklich, gleichfalls auf polizeilichem Wege einzuschreiten. Diese Ansicht liegt schon dem Circular-Erlasse vom 5. Juli 1841 (Ministerial-Blatt S. 174) zu Grunde und

¹⁾ Jetzt B. G. B. §§ 1309—1313, siehe oben S. 222.

hat auch neuerdings die Zustimmung des Königlichen Staats-Ministeriums gefunden.“

„Diejenigen Fälle speziell zu definiren, in welchen ein öffentliches Aergerniß anzunehmen ist, erscheint weder angemessen noch auch möglich, da vielmehr nach den besonderen Umständen jedes einzelnen Falles von den Behörden beurtheilt werden muß, ob ein Concubinat öffentliches Aergerniß erzeuge.“

„Hiernach ist fortan ein polizeiliches Einschreiten gegen Concubinate nicht auf die Fälle eines zwischen den Betheiligten bestehenden Ehehindernisses zu beschränken, sondern soll überall da eintreten, wo nach dem pflichtgemäßen Ermessen der Behörden das Zusammenleben im Concubinate Veranlassung zu einem öffentlichen Anstoße giebt. Die nächste Einwirkung hierbei wird der Regel nach von den Geistlichen im Wege des seelsorgerlichen Zuspruchs und der Ermahnung vorzunehmen sein. Wo aber ein solcher Zuspruch des Geistlichen ohne Erfolg bleibt, oder wo die betheiligten Personen dem Geistlichen die Annäherung als Seelsorger verschließen, ist alsdann, auf diesfällige Anzeige des Geistlichen, die Aufhebung des anstößigen Verhältnisses von der betreffenden polizeilichen Behörde anzuordnen, und eventuell diese Anordnung unter Anwendung der zu Gebote stehenden Executions-Mittel durchzuführen.“

„Die Königliche Regierung veranlasse ich, hiernach in vorkommenden Fällen zu verfahren und auch die ihr untergebenen Polizeibehörden mit Anweisung zu versehen.“

Berlin, den 11. April 1854.

Der Minister des Innern.
gez. v. Westphalen.

Wir erwarten, daß die Herren Pfarrer und Pfarr-Curaten von den in der vorstehenden Anordnung enthaltenen Mitteln unaufgefordert Gebrauch machen und gegen jedes in ihren Gemeinden befindliche und Aergerniß gebende Concubinat einschreiten werden.

b) G. B. Nr. 255. X.

In einem Urtheil vom 16. März 1881 führt das Ober-Verwaltungs-Gericht aus, daß mit Bezug auf die Cabinetzordre vom 4. October 1810 und § 10 A. L. R. II. 17 die Polizei befugt ist, auf Lösung von Concubinaten zu dringen, sobald dieselben thatsächlich öffentliches Aergerniß geben, auch wenn der Verheirathung der betreffenden Personen ein gesetzliches Eheverbot nicht entgegensteht. Steht der Verheirathung ein gesetzliches Eheverbot entgegen, so soll die Polizei gegen Concubinate einschreiten ohne Rücksicht darauf, ob sie öffentliches Aergerniß bereiten oder nicht.

Das Urtheil ist abgedruckt in Entsch. des Ober-Verwaltungs-Gerichts Bd. VII. S. 370 und G. B. Nr. 255. X.

Nr. 245. Ghedissdien¹⁾.

G. B. Nr. 52. II.

Seine Fürstbischöfliche Gnaden haben uns nachstehende Auseinandersetzung als Declaration auf die Verordnung Nr. 36. V. zur Bekanntmachung überwiesen.

¹⁾ Vergl. Baemmer a. a. O. S. 564 f.

Mehrfach erhobene Zweifel über den Umfang und die Anwendung der Bekanntmachung vom 10. September 1852, betreffend das bei Sühneversuchen zu beobachtende Verfahren (Nr. 36. V. der Verordnungen Unseres Hochwürdigem General-Vicariat-Amtes), bestimmen Uns in Nachstehendem Unserer Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit über diesen Gegenstand nähere Erläuterung zu geben.

In allen Fällen, wo unter Eheleuten der eheliche Friede erheblich gestört ist, erheischt es die Pflicht des Seelsorgers, insofern ein Ehehinderniß (*impedimentum matrimonii*) oder eine kirchliche Vorschrift nicht entgegensteht, es sich angelegen sein zu lassen, durch religiöse Ermahnung und Belehrung auf das Gemüth der Ehegatten, sei es, daß sie beide, sei es, daß nur ein Theil katholisch ist, versöhnend einzuwirken und den Frieden wieder herzustellen.

Es hat dieses insbesondere zu geschehen, wenn der Seelsorger hierzu durch die Eheleute oder einen Theil derselben, oder von einem Civilgericht angerufen, oder vom geistlichen Gericht der Diocese, Unserem Hochwürdigem Consistorium, damit beauftragt wird.

Bei den Sühneverhandlungen ist demjenigen katholischen Eheheile, der sich trennen oder sondern will, außer den andern einschlagenden Geboten der Kirche auch die kirchliche Vorschrift an das Herz zu legen, daß er solches nicht eigenwillig ausführen dürfe, sondern hierzu die Erlaubniß des geistlichen Richters erfordert werde, und daß er hiernach im Gewissen verpflichtet sei, seine Ehestreitigkeit, insofern sie nicht durch Versöhnung erledigt würde, nicht bei den Civilgerichten, sondern lediglich bei Unserem Consistorium zur Verhandlung zu bringen.

Ueber den Ausfall der Sühne ist eine Verhandlung oder ein Vermerk aufzunehmen und bei den amtlichen Acten zu verwahren. Jedoch ist weder diese Verhandlung noch dieser Vermerk, noch ein Attest oder sonstiges Schriftstück über den Ausfall des Sühneversuchs in irgend einem Falle einer Partei, einem Dritten, oder einem Civilgericht, es mag vor diesem bereits, ein Ehescheidungsproceß schweben oder nicht, auszuantworten, sondern nur auf Erfordern oder in Erledigung eines Auftrages an Unser Hochwürdiges Consistorium einzusenden. Wenn eine Antwort auf das Anrufen einer Partei oder auf ein Anschreiben eines Civilgerichts um ein Attest oder eine Aeußerung über den Ausfall eines Sühneversuchs nicht zu umgehen ist, so kann sie in bescheidener Fassung dahin erfolgen, „daß es nach den Grundsätzen der katholischen Religion, über Ehefachen als Gegenständen eines Sacramentes dem katholischen Seelsorger nicht erlaubt sei, sich behufs eines nahen oder entfernten Civil-Ehescheidungsprocesses in der Sache über die Ehehissidien N. N. zu äußern.“

Nr. 246. Decretum de matrimonii nullitate declaranda.

G. S. Nr. 267. II.

Congregatio Inquisitionis Feria IV. die 5. Junii 1889 edidit sequens decretum:

Eminentissimi ac Reverendissimi D. D. Cardinales Inquisitores Generales decreverunt: Quando agitur de impedimento disparitatis cultus, et evidenter constat, unam partem esse baptizatam, et alteram non fuisse baptizatam; quando agitur de impedimento

ligaminis, et certo constat primum conjugem esse legitimum et adhuc vivere; quando denique agitur de consanguinitate aut affinitate ex copula licita, aut etiam de cognatione spirituali vel de impedimento clandestinitatis in locis, ubi Decretum Tridentinum „Tametsi“ publicatum est, vel uti tale diu observatur; dummodo ex certo et authentico documento, vel in hujus defectu, ex certis argumentis evidenter constet de existentia hujusmodi impedimentorum, Ecclesiae auctoritate non dispensatorum, hisce in casibus praetermissis solemnitatibus in Constit. Aplica „Dei miseratione“ requisitis, matrimonium poterit ab Ordinariis declarari nullum cum interventu tamen defensoris vinculi matrimonialis, quin opus sit secunda sententia.

(L. S.)

J. Manzini, S. R. et U. J. Not.

Sechster Abschnitt. Benedictionen.

Vgl. Rituale Wratislav. S. 275—383.

Nr. 247. Wasserweihe an der Vigilie vor Epiphanie.

G. B. Nr. 287. II.

Breslau, den 26. November 1892.

Die S. R. C. hat am 6. December 1890 eine „formula benedictionis aquae in vigilia Epiphaniae Domini“ approbirt, welche einen willkommenen Ersatz bietet für die bisher in der Diöcese übliche Benedictio sollemnis Salis et Aquae in vigilia Epiphaniae, welche nach einer Entscheidung der genannten Congregation vom 11. Juni 1890 dem allgemeinen Ordo ad faciendam aquam benedictam¹⁾ weichen sollte. (Nr. 279. III. dieser Verordnungen.) Die oben erwähnte, neu approbirte formula wird in dem nächsten Jahr zur Ausgabe gelangenden kleineren Rituale²⁾ abgedruckt sein, aber ohne die im Original für die feierliche Weihe enthaltenen Noten.

Darum mache ich den Hochw. Clerus aufmerksam, daß die formula benedictionis bei Fr. Pustet in Regensburg in zweierlei Ausgaben, beide in Schwarz- und Rothdruck mit den entsprechenden Noten für den Gesang, erschienen ist, und zwar

a) eine Ausgabe in 4^o mit schützendem Umschlag, 12 Seiten,

b) eine Ausgabe in 8^o im Format der größeren Rituale, 20 Seiten.

Beide Ausgaben sind durch den Buchhandel erhältlich.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 248. Weihe am Urbani-Feste.

a) G. B. Nr. 94. II.

In vielen Pfarreien der hiesigen Diöcese findet am St. Urbani-Feste eine besondere Feierlichkeit statt. Der Ritus, der bisher dabei beobachtet wurde, war eben so mannigfach, als ein solcher überhaupt kirchlich gar nicht bestätigt war. Nachdem Seine Fürstbischöfliche Gnaden genaue Kenntniß hiervon erhalten hatten, trugen Hochdieselben sofort Sorge, daß dieser Mangel

¹⁾ Rituale Wratislav. p. 276. ²⁾ Rituale parvum Wratislav. p. 179.

gehoben und die Einheit hergestellt werde. In Folge der desfallsigen Anträge hat nun die heil. Congregation der Riten unterm 11. Juli d. J. das vorgelegte Formulare Benedictionum in festo St. Urbani nach erfolgter Sichtung und Ausscheidung alles Ungehörigen approbirt. Unter Hinweis auf die erlassenen Decrete der genannten Congregation und die Regel des Index librorum prohibitorum, nach welchen die Anwendung von Benedictionen, die nicht vom heil. Stuhle approbirt sind, unerlaubt ist, setzen wir die betreffenden Herren Seelsorgspriester hiervon in Kenntniß und theilen denselben zugleich mit, daß das vorgeschriebene Formular gegen Erstattung der Kosten in der Geheimen Fürstbischöflichen Kanzlei in Empfang zu nehmen und der Diöcesan-Agende als Anhang beizufügen ist. Es versteht sich von selbst, daß in Zukunft kein anderes Formular bei der St. Urbani-Feier in Anwendung kommen darf.

b) G. S. Nr. 284. VIII.

Johannesberg, den 30. August 1892.

Auf Anregung mehrerer Archipresbyterats-Convente ist der von der S. Rituum Congr. unterm 11. Juli 1857 für die Breslauer Diöcese approbirte Ritus benedictionum in festo S. Urbani¹⁾ (Vergl. Verordnung des fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes zu Breslau Nr. 94 II. und 102 I.) neu gedruckt worden und kann gegen Einsendung von 20 Pfennig pro Exemplar von der Geheimen Kanzlei zu Breslau bezogen werden.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ersuche ich, den Hochwürdigsten Diöcesan-Clerus davon in Kenntniß zu setzen, indem ich ein Exemplar des qu. Ritus für die dortigen Acten beischließe.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 249. Benedictio mulieris post partum.

a) Decretum S. Congr. Concilii 18. Juni 1859. G. S. Nr. 117. IV.

Wratislaven.

Sacra Congregatio Eminentissimorum S. R. E. Cardinalium Concilii Tridentini Interpretum censuit rescribendum: Ad benedictionem post partum jus tantummodo habere mulieres, quae ex legitimo matrimonio pepererunt.

b) Decretum S. R. C. G. S. Nr. 207. I.

Molinen. Consueverunt mulieres post partum coram sacerdote se sistere pro benedictione accipienda, etiamsi proles mortua fuerit quandoque sine baptismate. In illo tamen casu verba orationum ritualis romani, nunc in hac dioecesi vigentis, verificari non possunt; et aliunde benedictio non omitteretur sine aliqua offensione plebis et sine aggravatione moeroris mulierum hujusmodi.

Quaeritur: Quid agendum et utrum liceret, demptis iis, quae non verificantur, postquam mulier in ecclesiam introducta foret, substituta aliqua oratione ex iis, quae in missali continentur, benedictionem prout in rituali impertiri?

S. C. respondit: Servandum omnino rituale romanum.

Die 12. Septembris 1857.

¹⁾ Ueber die Missa votiva in festo S. Urbani siehe Directorium unterm 25. Mai. Das Decretum S. R. C. 21. August 1897 steht in fine Directorii 1898.

c) Decretum S. R. C. G. B. Nr. 325. III.

Vicentina. In Kalendario Dioeceseos Vicentinae anno 1894 edito proposita et menstruis coetibus casuum conscientiae quaestio agitata fuit super benedictione puerperae, cuius proles sine baptismo decesserit. Sententiis in contraria abeuntibus, Reverendissimus Canonicus qui eisdem coetibus praeerat, de legum liturgicarum observantia sollicitus, sequens dubium pro opportuna solutione Sacrae Rituum Congregationi, de consensu Reverendissimi Episcopi Vicentini, humillime proposuit; nimirum: „Utrum, vi decreti ab ipsa Sacra Rituum Congregatione dati die 12. Septembris 1857 in Molinen. ad XX^{um}, liceat Benedictionem mulieris post partum, iuxta Rituale Romanum, impertiri puerperae, cuius proles mortua fuerit sine baptismo; an vero abstinendum sit ab ea Benedictione?“ Et Sacra eadem Congregatio, exquisito voto unius ex Apostolicarum Caeremoniarum magistris et alterius ex Sacrae ipsius Congregationis Consultoribus, enuntiato dubio ab Eminentissimo et Reverendissimo Domino Cardinali Andrea Steinhuber, in Ordinariis Comitiis subsignata die ad Vaticanum coadunatis, proposito, respondendum censuit: Non esse negandam benedictionem.

Die 19. Maii 1896.

Hisee vero omnibus Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. per infrascriptum Cardinalem Sacrae eidem Congregationi Praefectum relatis, Sanctitas Sua Rescriptum Sacrae ipsius Congregationis ratum habuit et confirmavit. Die 8. Junii eodem anno.

Cai. Card. Aloisi Masella, S. R. C. Praef.

Quod attinet ad mulieres, quarum mariti omnium liberorum educationem in fide catholica ratam non habent confer rubricas in Rituali Bratisl. pag. 269.

Nr. 250. Weihe von Fahnen.

a) G. B. Nr. 178. VII.

Vor einiger Zeit wurde hier eine königliche Cabinets-Ordre vom 30. März 1861 bekannt, welche auch bereits zur Kenntniß des Ehrw. Diöcesan-Clerus auf dem Wege der öffentlichen Blätter gelangt sein dürfte und welche die kirchliche Weihe auf die Fahnen der Armee beschränken zu wollen schien. Da hierdurch Mißverständnisse bezüglich des der Kirche unabhängig von der Staatsgewalt zustehenden Rechtes der Benediction von Insignien hervorgerufen werden konnten, so haben Seine Fürstbischöfliche Gnaden sich bewogen gefunden, über die beregte Cabinets-Ordre mit dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten in Correspondenz zu treten, und von Letzterem ein Schreiben erhalten, welches derartigen Mißverständnissen zu begegnen beabsichtigt, und welches wir der Ehrw. Geistlichkeit nachstehend zur Beachtung mittheilen:

Aus Anlaß der kirchlichen Weihe einer von dem Vereine ehemaliger Waffengefährten zu Potsdam beschafften Fahne haben des Königs Majestät mittels Allerhöchster Ordre vom 30. März 1861 zu bestimmen geruht, daß eine kirchliche Weihe nur die Fahnen der Armee erhalten, denen als Panier des Kriegsherrn militairische Honneurs erwiesen werden und an deren Vertheidigung bis in den Tod den Soldaten Eid und Ehre binden, dagegen eine kirchliche Einweihung der an Vereine, Schützengilden u. vertriebenen oder von ihnen beschafften Fahnen nicht stattfinden solle. Diese Allerhöchste

Ordre ist den Königlich Regierungen mittels Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 8. April 1861 zur Nachachtung mitgetheilt und neuerdings durch Verfügung desselben vom 15. Juni 1868 wieder eingeschärft worden.

Da in Folge dessen von kirchlicher Seite hier und da der irrthümlichen Auffassung Raum gegeben ist, als ob der gedachte Allerhöchste Erlass sich auch auf rein kirchliches Gebiet erstrecken solle, so nehme ich nach Communication mit dem Herrn Minister des Innern nicht Anstand, Ew. Fürstliche Gnaden ergebenst zu benachrichtigen, daß sich das in der Allerhöchsten Ordre vom 30. März 1861 ausgesprochene Verbot der kirchlichen Einweihung von Vereinsfahnen nur auf die Fahnen der Vereine mit eigentlich militairischem Charakter, Krieger-, Militair-, Begräbniß-Vereine, Schützengilden und dergleichen bezieht und auf kirchliche Vereine, Bruderschaften, Gesellen-Vereine etc., wie sie sich im Bereich der katholischen Kirche vielfach vorfinden, so wie überhaupt auf Fahnen, welche rein kirchlichen Zwecken dienen, nicht anzuwenden ist. Bilden Mitglieder von Vereinen mit militairischem Charakter, z. B. von Schützengilden zugleich eine kirchliche Bruderschaft und führen sie als solche, abgesehen von ihrer eigentlichen Vereinsfahne, eine besondere, ausschließlich zu gottesdienstlichen Zwecken bestimmte Kirchenfahne, so fällt deren kirchliche Einsegnung, als eine das bürgerliche Gebiet überhaupt nicht berührende Handlung nicht unter das obige Verbot. Dies ist dagegen allerdings der Fall bei allen Fahnen der Schützengilden und ähnlicher Vereine, welche dieselben als Symbol ihrer Eigenschaft als Wehrverein führen. Indem ich annehmen darf, daß durch diese Mittheilung der Gegenstand des gefälligen Schreibens vom 5. September pr. Nr. 3616 seine zufriedenstellende Erledigung findet, ersuche ich Ew. Fürstliche Gnaden ergebenst, eine kirchliche Einweihung solcher Fahnen, selbst wenn neben dem auf militairische Zwecke gerichteten Gebrauch eine Benützung derselben für kirchliche Feierlichkeiten beabsichtigt werden sollte, nicht zuzulassen und überhaupt durch entsprechende Weisung an die Ihnen untergebene Geistlichkeit dahin wirken zu wollen, daß in Betreff der Fahnen der obengedachten Vereine mit militairischem Charakter den Allerhöchsten Intentionen Seiner Majestät des Königs entsprochen werde.

An

v. Mühler.

den Fürstbischof von Breslau Herrn Dr. Förster
Fürstliche Gnaden in Breslau.

b) G. B. Nr. 265. III.

Im hohen Auftrage Sr. Fürstlichen Gnaden bringen wir der Hochwürdigen Geistlichkeit unsere Verordnung Nr. 178. VII. in Erinnerung, wonach gemäß Allerhöchster Ordre vom 30. März 1861 nur die Fahnen der Armee, denen militairische Honneurs erwiesen werden, die kirchliche Weihe erhalten dürfen, es aber verboten ist, Fahnen von Vereinen mit militairischem Charakter (Krieger-, Militair-Begräbniß-Vereine und Schützengilden) zu benediciren. Dieses Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf die Fahnen kirchlicher Vereine, Bruderschaften, Gesellen-Vereine und dergl., welchen nach wie vor die kirchliche Weihe ertheilt werden kann.

Siebenter Abschnitt. Liturgische Bücher.

Nr. 251. Neues Rituale Wratislaviense.

G. B. Nr. 277. III.

Nachdem die Diöcesan-Agende von 1847 vergriffen war, habe ich eine neue Ausgabe des Rituale Wratislaviense veranstaltet, welche fortan in allen Pfarreien meines Bisthums nebst Delegaturbezirk maßgebend sein soll.

Durch meine Geheime Kanzlei ist ein in Leder mit Goldschnitt gebundenes Exemplar um 6,50 Mark, ein ungebundenes um 4,50 Mark zu erlangen, welchem Betrage auswärtige Besteller das Porto behufs der Freisendung beifügen wollen. Für den Buchbinder wird vorsichtshalber bemerkt, daß jeder Bogen satinirt ist, das Buch daher nach dem Heften, ohne gewalzt oder geschlagen zu werden, nur noch der Pressung in der Handpresse bedarf.

Breslau, den 28. October 1891.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 252. Rituale parvum.

G. B. Nr. 287. X.

Breslau, den 29. December 1892.

Den Hochwürdigem Diöcesan-Clerus benachrichtige ich, daß das vor einiger Zeit in Aussicht gestellte Rituale parvum ad usum commodiorem sacerdotum totius dioecesis Wratislaviensis schon erschienen und darin mehrfach geäußerten Wünschen der Hochwürdigem Pfarrgeistlichkeit Rechnung getragen ist.

Dasselbe ist in meiner Geheimen Kanzlei erhältlich. Der Preis beträgt für das ungebundene Exemplar 2 Mark, für das in gepreßtem Lederband mit Goldschnitt gebundene Exemplar 3,50 Mark. Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 253. Graduale Romano Wratislaviense.

G. B. Nr. 255. III.

Breslau, den 24. April 1889.

Nachdem die Cantus chorales vergriffen sind, ist nunmehr für die Abfassung eines neuen Graduale Romano Wratislaviense gesorgt worden. Dasselbe ist broschirt zu dem Preise von 3 Mark zu beziehen.

Schon am 29. December 1884 (General-Vicariats-Verordnung Nr. 233. XIII.) war genehmigt worden, daß die betreffenden Musikalien auf Kosten der Kirchentassen beschafft werden. Es wird sich empfehlen, daß für jeden Kirchenchor zwei Exemplare des neuen Graduale vorhanden seien. Die Herren Pfarrer wollen dies den Kirchenvorständen mittheilen und die Anschaffung veranlassen.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 254. Kirchenmusikalien auf Kosten der Kirchentasse.

G. B. Nr. 233. XIII.

Da in neuester Zeit die Kirchenchöre in löblicher Weise bemüht sind, bei den gottesdienstlichen Verrichtungen mehr und mehr den kirchlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen und u. A. zum Graduale und Offer-

torium die von der Kirche vorgeschriebenen Texte zu wählen, deren Beschaffung aus eigenen Mitteln den Chordirigenten nicht zugemuthet werden darf, haben Se. Fürstl. Gnaden genehmigt, daß diese Kirchenmusikalien auf Kosten der Kirchenkassen beschafft werden.

Demgemäß weisen wir die Herren Seelsorger an, den Kirchen-Vorständen die erforderliche diesbezügliche Mittheilung zu machen.

Achter Abschnitt. Gebet und besondere Andachten.

Vergleiche hierzu die Abschnitte: Approbation religiöser Bücher und Druckschriften, Heilige Seiten, Ablässe und kirchliche Bruderschaften und Vereine.

Nr. 255. Das ewige Gebet in der Diöcese Breslau¹⁾.

a) Einführung.

In meinem diesjährigen Fastenhirtenbriefe habe ich die Absicht angekündigt, das ewige Gebet, wie dasselbe in sehr vielen Diöcesen und in fast allen preussischen bereits seit Jahren besteht, auch in die Diöcese Breslau einzuführen, um den Gläubigen Gelegenheit zu geben, ihren frommen Eifer in der Verehrung des Allerheiligsten Sakramentes noch mehr zu bethätigen und vor demselben Trost und Schutz in den Gefahren und Nöthen unserer Zeit zu suchen.

Für die Abhaltung dieser Andacht sollen bis auf Weiteres folgende Bestimmungen maßgebend sein:

1. Das ewige Gebet soll in der Weise gehalten werden, daß das ganze Jahr hindurch zu jeder Stunde des Tages und der Nacht in einer oder in mehreren Kirchen bezw. Kapellen der Diöcese vor dem ausge-setzten Allerheiligsten Sakramente eine gemeinschaftliche Andacht stattfindet.

Die Tage und Stunden für die einzelnen Kirchen und Kapellen werden durch ein Kalendarium so geordnet, daß im Laufe des Jahres das ewige Gebet in allen Kirchen und Kapellen der Diöcese, in welchen das Allerheiligste Sakrament aufbewahrt wird, in ununterbrochener Reihenfolge abgehalten wird und eine jede wenigstens ein Mal an die Reihe kommt.

Mit dem Beginne eines jeden Jahres erscheint ein neues Kalendarium für das laufende Jahr; auch sollen die Bettage bezw. Betstunden für die einzelnen Kirchen und Kapellen regelmäßig im Diöcesan-Sonntagsblatt in jeder Nummer für die nächstfolgende Woche in Erinnerung gebracht werden, wie dieses auch den übrigen katholischen Blättern der Diöcese anheimgegeben wird.

Außerdem ist das ewige Gebet am Sonntage vorher von der Kanzel zu verkünden und dabei auf die hohe Bedeutung und die reichen Segnungen desselben aufmerksam zu machen.

2. Bei der Anfertigung des Kalendariums wird auf die örtlichen Verhältnisse thunlichst Rücksicht genommen, indem die Tage und Stunden

¹⁾ Hinsichtlich des vierzig- und zwölfstündigen Gebetes vergleiche die Praenotanda im Directorium.

so gewählt werden, daß die Gläubigen im Stande sind, an dem ewigen Gebete sich möglichst zahlreich zu betheiligen.

Für die nächtlichen Gebetstunden werden, soweit nicht besondere Verhältnisse einzelner Pfarrgemeinden eine Ausnahme gestatten, die religiösen Orden und Genossenschaften eintreten.

3. Das ewige Gebet ist am Vorabend in der betreffenden Kirche bezw. Kapelle einzuläuten. Dem Beginn desselben hat ein feierliches Glockengeläute voranzugehen, und können nach Ermessen der Herren Pfarrgeistlichen die einzelnen Stunden kurz vor Anfang mit einem Glockenzeichen angekündigt werden.

4. Das ewige Gebet soll mit möglichster Feierlichkeit stattfinden. Der Expositionsaltar ist festlich zu schmücken und die erforderliche Anzahl Kerzen zu verwenden. Wo ein Antependium gebraucht wird, muß dasselbe von weißer Farbe sein.

Von Seiten der Hochwürdigsten Pfarrgeistlichkeit wird vorgeordnet werden, daß zu jeder Zeit eine entsprechende Anzahl Beter vor dem Allerheiligsten Sakramente versammelt ist.

Für jede Betstunde ist ein Vorbeter zu bestimmen, welchen die Herren Geistlichen mit näherer Weisung versehen werden. Zum Gebrauche bei den Betstunden wird ein Gebetbuch besonders empfohlen bezw. eingeführt werden.

Auch dürfen während der Tages-Betstunden Kirchenlieder gesungen werden.

5. Fällt der einer Kirche zugewiesene Betttag auf einen Sonn- oder Festtag, so sollen, damit das ewige Gebet keine Unterbrechung erleide, Predigt und Katechese an diesem Tage ausfallen und die Verkündigungen und Fürbitten an das Hochamt angeschlossen werden.

6. An den drei letzten Tagen der Charwoche fällt das ewige Gebet aus, und findet nur der vorgeschriebene liturgische Gottesdienst statt. Die ausgefallenen Tage werden jedoch in den betreffenden Kirchen nachgeholt.

Am St. Marcus-Tage sowie an den Bitttagen wird während der Prozession das Sanctissimum reponirt, falls nicht eine erhebliche Anzahl Beter in der Kirche zurückbleibt, was der Anordnung des hochwürdigsten Clerus überlassen bleibt.

Am Nachmittage des Allerheiligen-Festes wird das Sanctissimum während des Todtenoffiziums (bezw. der Trauerprozession) reponirt und nach Beendigung desselben (bezw. derselben) wieder exponirt.

Am Allerseelentage wie bei Exequien wird das Sanctissimum erst nach dem Seelenamte und nach Himmwegräumung aller Trauerzeichen exponirt, und etwa noch zu lesende Stillmessen werden dann in violetter Farbe mit dem Formulare De Requiem gelesen.

Fällt das ewige Gebet mit dem dreizehn- oder vierzigstündigen Gebete zusammen, so sind beide zu vereinigen, und ist an der herkömmlichen Weise der Abhaltung des dreizehn- oder vierzigstündigen Gebetes nichts zu ändern, mithin auch nicht die Predigt zu unterlassen, wo dieselbe üblich ist.

7. Das ewige Gebet beginnt mit der im Kalendarium bestimmten Stunde. Es wird das Sanctissimum in der Monstranz unter Beobachtung der rituellen Vorschriften aufgestellt und zu der bestimmten Schlußstunde

das ewige Gebet mit der Litanei von Allen Heiligen, dem Te Deum und dem sakramentalen Segen geschlossen.

Fällt der Beginn des ewigen Gebetes in die Vormittagszeit, so ist ferner ein feierliches Hochamt zu der für den sonn- und festtäglichen Gottesdienst üblichen Zeit zu halten, und zwar als missa votiva solemnis de Sanctissimo Sacramento (cum Gloria, Credo et unica oratione), wo die Rubriken dieses gestatten¹⁾; sonst ist die oratio Sanctissimi Sacramenti zu commemoriren.

8. Wo die nächtliche Anbetung in einer Pfarrkirche oder öffentlichen Kirche zulässig ist oder gewünscht wird, haben die Herren Pfarrgeistlichen die Genehmigung in einem besondern Gesuche bei mir zu beantragen und dabei nachzuweisen, daß Unzuträglichkeiten nicht zu befürchten sind.

9. Bei der nächtlichen Anbetung ist das mit dem seidenen Velum verhüllte Ciborium zu exponiren, und kann die Zahl der Kerzen beschränkt werden.

Die Kirchthüren sind sämmtlich bis auf eine zu verschließen.

Die Theilnahme an der nächtlichen Anbetung in öffentlichen Kirchen ist auf die Männer zu beschränken.

Es ist darauf zu achten, daß wenigstens 3 Personen an der Anbetung sich theilnehmen.

Gesang findet während der Nachtstunden nicht statt.

Der Schluß der nächtlichen Anbetung schließt sich zweckmäßig am Morgen an die heilige Messe an, nach welcher der sakramentale Segen gegeben wird. Es soll daher gestattet sein, die Anbetung über die festgesetzte Schlusstunde hinaus bis zur (ersten) heiligen Messe zu verlängern.

10. Wegen der anlässlich des ewigen Gebetes zu gewinnenden Ablässe wird weitere Mittheilung erfolgen.

11. Die in der Diöcese bestehende „Bruderschaft zum Allerheiligsten Altarssakramente“ wird durch die Einführung des ewigen Gebetes nicht berührt, und bleiben die Verpflichtungen der Mitglieder bestehen. Dasselbe ist aber ein sehr wirksames Mittel, die Andacht vom ewigen Gebete zu fördern; deshalb wird die Einführung dieser Bruderschaft, wo sie noch nicht besteht, dringend empfohlen.

Breslau, den 1. Februar 1897.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Kopp.

b) Ablässe. G. B. Nr. 334. I.

Beatissime Pater!

Georgius Cardinalis Kopp humillime exponit quae sequuntur: Ex quo tempore per concessionem et dispensationem Sedis Apostolicae Ecclesiae Wratislaviensi praefuit, nihil antiquius habuit quam ut cultum erga SS.

¹⁾ Durch Rescript der heil. Ritencongregation vom 6. November 1900 ist gestattet, daß „unica Missa votiva de Sanctissima Eucharistia cum Gloria et Credo cantari valeat, etsi officium ritus duplicis occurrerit, exceptis duplicibus primae et secundae classis, itemque dominicis privilegiatis primae classis et quolibet festo Domini necnon Feriis, Vigiliis Octavisque privilegiatis et nunquam omittatur missa Conventualis vel Parochialis Officio diei respondens, ubi et quatenus eam celebrandi onus recurrat: servatis Rubricis.“

Diese Vergünstigung gilt auch für das sogen. zwölf- bezw. vierzigstündige Gebet (Sb. Erlaß vom 19. November 1900. G. B. Nr. 375. IV.)

Eucharistiae Sacramentum, ex quo tanquam thesauro coelestium divitiarum bonorum omnium copia petenda est et speranda, apud fideles dictae Dioecesis augetur et promoveret. Et Dei opitulante gratia felicissimo omnino successu, ita ut consilium Adorationis perpetuae in Dioecesi Wratislaviensi instituendae iam diu praemeditatum nunc tandem exequi non dubitet. Hinc, uti in variis dioecesibus Germaniae iam mos est, sancivit, ut SS. Sacramentum quotidie in Ecclesiis Dioecesis Wratislaviensis per vices fidelium venerationi solemniter proponatur. Porro ut pium huiusmodi exercitium in uberius bonum fidelium cedat atque ita in dies magis invalescat, enixis precibus S. V. efflagitat ut hac occasione praefatas Ecclesias aliqua coelestium Ecclesiae munerum largitione locupletare dignetur, scilicet sicut die 5. Maii 1857 in favorem Archidioecesis Coloniensis concessum fuit.

Ut quilibet Christi fidelis confessus ac S. Communionem refectus, qui quamlibet ex dictis Ecclesiis, in quibus expositio supramemorata de Ordinarii licentia et auctoritate fiat, devote visitaverit, ceterasque conditiones consuetas impleverit, plenariam Indulgentiam; quilibet vero, qui saltem corde contrito eadem opera praestiterit, Indulgentiam decem annorum totidemque quadragenarum, utramque animabus defunctorum in purgatorio degentibus applicabilem, consequi possit et valeat.

Et Deus etc.

S. Congregatio Indulgentiarum Sacrisque Reliquiis praeposita, utendo facultatibus a SS. D. N. Leone Pp. XIII. sibi specialiter tributis, omnibus utriusque sexus Christifidelibus, qui vere poenitentes, confessi ac S. Synaxi refecti Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum in Ecclesiis praefatae Dioecesis quotannis per gyrum publicae Venerationi exponendum devote visitaverint et inibi aliquamdiu ad mentem Sanctitatis suae pie oraverint, Plenariam Indulgentiam semel tantum in triduo Expositionis acquirendam benigne concessit. Iis vero Christifidelibus qui idem Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum in praedictis Ecclesiis item visitaverint et uti supra oraverint, quoties id egerint, Indulgentiam decem annorum totidemque quadragenarum clementer est elargita. Quas Indulgentias defunctis quoque applicabiles eadem S. C. declarare dignata est. Praesenti ad decennium valituro absque ulla Brevis expeditione. Contrariis quibuscumque non obstantibus. Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. C. die 11. Februarii 1897.

Fr. Hieronymus M. Card. Gotti, Praef.

† A. Archiep. Nicopolis, Secretarius.

Beatissime Pater!

Episcopus Wratislaviensis, Cardinalis Kopp, S. V. humiliter exponit quod eadem S. V. per Rescriptum S. C. Indulg. d. d. 11. Februarii 1897 benignissime concessit, ut fideles occasione adorationis perpetuae in Sua Dioecesi adhuc instituendae indulgentiam plenariam „semel in triduo“ alias indulgentias toties quoties lucrari possent.

Porro circumstantiae speciales prohibent, quominus expositio Sanctissimi seu adoratio per totum triduum continuetur; sed ita eam instituere intendit Orator, ut in una ecclesia ab ortu solis usque ad occasum, in alia ab occasu solis usque ad denuo nascentem seu in unaquaque ecclesia per

gyrum per 12—15 circiter horas, sive per diem sive per noctem, expositio Sanctissimi et adoratio instituat.

Hinc humillime petit Orator ut fideles concessas indulgentias etiam tunc lucrari valeant, quando adoratio per 12—15 solum horas continuetur.

Quaerit insuper num sub vocabulo „ecclesiae“ comprehendantur etiam oratoria sive publica sive privata, in quibus expositio et adoratio praedicta de licentia Episcopi instituitur.

Et Deus etc.

Sanctissimus D. N. Leo P. XIII. in audientia habita die 7. Aprilis 1897 ab infrascripto Card. S. Congregationis Indulgentiis, Sacrisque Reliquiis praepositae Praefecto, confirmata Indulgentia decem annorum totidemque quadragenarum per Rescriptum huius S. Congregationis sub die 11. Februarii 1897 iam concessa, lucranda sive diurno sive nocturno tempore favore christifidelium, qui SS. Eucharistiae Sacramentum publicae adorationi propositum visitaverint, concedere praeterea dignatus est ad decennium Indulgentiam plenariam, semel in mense lucrandam, die cuiusque arbitrio eligendo, ab iis qui in decursu mensis ejusdem decies saltem SS. Sacramentum item visitaverint; dummodo die praedicto vere poenitentes, confessi ac S. Synaxi refecti etiam aliquandiu ad mentem Sanctitatis Suae pie oraverint. Quod vero dubium propositum an sub nomine Ecclesiarum, in quibus Ss. Eucharistiae Sacramentum adorandum proponitur, comprehendantur etiam publica et privata oratoria; S. Congregatio respondit: sub nomine Ecclesiarum comprehendendi oratoria tantum publica. Praesenti valituro absque ulla Brevis expeditione. Contrariis quibuscumque non obstantibus. Datum Romae ex Secretaria eiusdem S. Congregationis die 7. Aprilis 1897.

Fr. Hieronymus M. Card. Gotti, Praef.

† A. Archiep. Nicopolis, Secretarius.

Beatissime Pater!

Georgius Cardinalis Kopp Episcopus Wratislaviensis ad Pedes S. V. provolutus exponit nuper per Rescriptum S. C. Indulg. obtinuisse Plenariam Indulgentiam semel in mense lucrandam a Christifidelibus qui suetis conditionibus adimpletis in decursu mensis decies visitaverint Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum publicae venerationi expositum in Ecclesiis sive publicis Oratoriis Suae Dioecesis, non jam per Triduum sed ita ut in una Ecclesia ab ortu solis usque ad occasum, in alia ab occasu solis usque ad denuo nascentem; seu in unaquaque Ecclesia Dioecesis per gyrum spatio 12 vel 15 horarum circiter, sive diurno, sive nocturno tempore expositio et adoratio Sanctissimi Sacramenti instituitur.

Jam hac ratione instituta Expositione Sanctissimae Eucharistiae in dioecesi Wratislaviensi, redditur in aliquibus locis impossibile, in aliis difficile ad implementum conditionis appositae visitandi Sanctissimum Sacramentum decies in mense ad lucrandam Plenariam Indulgentiam. Nam ex expositis liquet solemnem Sanctissimi Sacramenti expositionem per totum quidem annum in universa Dioecesi, sed semel tantum locum habere in quavis Ecclesia vel publico Oratorio, et, si nonnullas civitates excepias, ut plurimum nonnisi una Ecclesia vel unum Oratorium extat in aliquibus hujus Dioecesis oppidis et pagis, quae longissime distant inter se; si vero in quibusdam urbibus plures inveniuntur Ecclesiae, in his expositio Sanc-

tissimi Sacramenti non eodem, sed diverso mense locum habet, ac proinde a Christifidelibus in aliquibus locis Dioecesis vel una tantum in anno vel ad summum tribus aut quatuor vicibus Plenaria Indulgentia acquiri poterit.

Ne itaque fideles Indulgentia hac plenaria, semel in mense jam a S. V. benigne concessa, omnino priventur, Episcopus Orator humillime petit ut quisque fidelis eam semel lucrari valeat visitando Sanctissimum Sacramentum eo die et Ecclesia vel publico Oratorio, quo praefata expositio sollemnis habebitur, expletis ceteris conditionibus jam injunctis per Rescriptum S. C. Indulg. sub die 7. Aprilis hujus anni.

Et Deus etc.

S. C. Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praeposita, utendo facultatibus a Sanctissimo D. N. Leone Pp. XIII. sibi specialiter tributis, attentis expositis, benigne annuit pro gratia iuxta preces, servata in reliquis forma et tenore praecedentis concessionis d. d. 7. Aprilis an. curr. Praesenti ad decennium valituro absque ulla Brevis expeditione. Contrariis quibuscumque non obstantibus. Datum Romae ex Secretaria eiusdem S. C. die 19. Junii 1897.

Fr. Hieronymus M. Card. Gotti, Praef.

Jos. M. Com. Corelli, Subsecretarius.

Nr. 256. De cultu Sanctissimi Cordis Jesu.

a) Ex litteris S. R. C. d. 20. Julii 1899. G. S. Nr. 360. I.

Ipse vero Beatissimus Pater commendat quam maxime eum morem, qui iam in pluribus ecclesiis obtinuit, ut per integrum mensem Junium varia pietatis obsequia divino Cordi publice praestentur: quod ut lubentius perficiatur, thesauros Ecclesiae reserans, tercentorum dierum indulgentiam christifidelibus impertit, toties lucrandam quoties sacris eiusmodi exercitiis interfuerint: plenariam vero iis qui saltem decem in mense vicibus idipsum praestiterint.

Magnopere etiam in votis habet Sanctissimus Dominus, ut praxis, alte commendata ac pluribus iam in locis usurpata, qua, prima qualibet sexta feria cuiusvis mensis, nonnulla obsequia peraguntur in honorem sanctissimi Cordis, largius assidue propagetur: recitatis publice Litaniis, quas nuper Ipse probavit, et iterata consecrationis formula a se proposita. Quae praxis si in christiano populo augescat, et quasi in morem transeat, iugis erit et frequens affirmatio divini illius et regii iuris, quod Christus in omne humanum genus a Patre accepit, et effuso sanguine acquisivit. Quibus obsequiis ipse lenitus, utpote qui dives est in misericordia, mireque propensus ad homines beneficiis cumulandos, et eorum nequitiae obliviscetur et ipsos nedum ut fideles subditos, verum ut amicos et filios carissimos amplectetur.

Praeterea Beatissimus Pater vehementer exoptat ut adolescentes, ii maxime qui litteris scientiisque dant operam, in eas societates congregentur, quae pii coetus vel sodalitia a Sacro Jesu Corde nuncupantur. Constant nimirum ex illo delectorum adolescentium agmine, qui, dato sponte nomine, statutâ per hebdomadam die et hora, in aediculas aut templa, aut ipsorum litterariorum ludorum sacella conveniunt, ibique, alienius sacerdotis ductu, pia quaedam in honorem sacri Cordis Jesu exercitia devote peragunt. Si gratum acceptumque divino Redemptori pium quodvis accidit obsequium,

quod ipsi a suis fidelibus exhibeatur, iucundissimum profecto illud est, quod e iuvenili pectore elicitur. Nec vero sermone assequi possumus quantopere id ipsum iuvenili eidem aetati sit profuturum. Assidua enim divini Cordis contemplatio, et penitior virtutum eius et ineffabilis amoris cognitio nequit fervescentes iuvenum cupiditates non frangere, et virtuti sectandae stimulos non adiciere. — Qui pariter coetus iniri ac frequentari poterunt inter adultos, in iis quae, varii generis, Societates catholicae nuncupantur.

Ceterum piae eiusmodi exercitationes, quas memoravimus, nullimode a Sanctissimo Patre indicuntur; sed omnia Ipse episcoporum prudentiae et sagacitati permittit, in quorum studiosa propensissimaque voluntate plane confidit: illud unice exoptans, ut in populis christianis pietas erga sacratissimum Cor Domini Jesu indesinenter floreat et virescat.

b) Ex litteris encyclicis Leonis PP. XIII. d. 25. Maji 1899. G. S. Nr. 357. I.

Formula consecrationis Recitanda.

Jesu dulcissime, Redemptor humani generis, respice nos ad altare tuum humillime provolutos. Tui sumus, tui esse volumus; quo autem Tibi coniuncti firmitus esse possimus, en hodie Sacratissimo Cordi tuo se quisque nostrum sponte dedicat. — Te quidem multi novere numquam: Te, spretis mandatis tuis, multi repudiarunt. Miserere utrorumque, benignissime Jesu: atque ad sanctum Cor tuum rape universos. Rex esto, Domine, nec fidelium tantum qui nullo tempore discessere a te, sed etiam prodigorum filiorum qui Te reliquerunt: fac hos, ut domum paternam cito repetant, ne miseria et fame pereant. Rex esto eorum, quos aut opinionum error deceptos habet, aut discordia separatos, eosque ad portum veritatis atque ad unitatem fidei revoca, ut brevi fiat unum ovile et unus pastor. Rex esto denique eorum omnium, qui in vetere gentium superstitione versantur, eosque e tenebris vindicare ne renuas in Dei lumen et regnum. Largire, Domine, Ecclesiae tuae securam cum incolumitate libertatem; largire cunctis gentibus tranquillitatem ordinis: perface, ut ab utroque terrae vertice una resonet vox: Sit laus divino Cordi, per quod nobis parta salus: ipsi gloria et honor in saecula: amen.

c) Decretum urbis et orbis. G. S. Nr. 355. I.

Sanctissimus Dominus Noster Leo Papa XIII per Decretum Sacrorum Rituum Congregationis d. d. 27. Junii superioris anni Litanias Sacratissimi Cordis Jesu adprobavit illasque publice recitari vel decantari in Ecclesiis et Oratoriis dioecesium Massilien. et Augustodunen. atque Ordinis Visitationis B. M. V. benigne indulsit. Ex eo tempore Reverendissimorum Sacrorum Antistitum et religiosarum familiarum piarumque consotiationum petitiones ita frequentes ad Apostolicam Sedem pervenerunt ut in omnium votis pateret esse maiorem gloriam et laudem ipsius Sanctissimi Cordis cum incremento pietatis per invocationes approbatas ubique diffundi, prouti Ss. Nomen Jesu per Litanias proprias, Rituali Romano insertas, in

toto orbe catholico a Christifidelibus publica et communi laude celebratur. Accedit etiam quod Sanctissimus Dominus Noster pro devotione qua fervet erga Amantissimum Cor Jesu atque studio remedium afferendi malis quibus magis in dies premimur, eidem Sacratissimo Cordi consecrare intendit mundum universum. Haec autem consecratio ut solemnioris ritu fiat, triduanas preces, praedictis invocationibus adhibitis, propediem indicere decrevit. Eapropter Sanctissimus Dominus Noster ut Litaniae Sacratissimi Cordis Jesu iam probatae et indulgentiis tercentum dierum auctae ubique terrarum tum privatim tum publice recitari et decantari in posterum valeant, concedere dignatus est. Contrariis non obstantibus quibuscunque. Die 2. Aprilis 1899.

C. Episcopus Praenestinus Card. Mazzella, S. R. C. Praefectus.

L. † S.

Diomedes Panici, S. R. C. Secretarius.

Um einem von vielen Seiten geäußerten Wunsche, daß in die für das „Ewige Gebet“ vorgeschriebenen Betstunden die Vitanei vom hl. Herzen Jesu aufgenommen werden möchte, Rechnung zu tragen, hatte ich bereits am 27. Februar d. J. an den hl. Stuhl die Bitte gerichtet, die schon für verschiedene Diöcesen genehmigte Herz-Jesu-Vitanei auch in unserer Diöcese in derselben approbirten Form bei den öffentlichen Andachten gebrauchen zu dürfen, und habe hierzu die Genehmigung am 10. März d. J. erhalten. — Zudem ich den hochw. Diöcesanclerus hiervon in Kenntniß setze, bemerke ich, daß ich die Drucklegung der Vitanei in der von mir genehmigten deutschen und polnischen Uebersetzung veranlaßt und Vorsehrung getroffen habe, daß für alle bereits verkauften Exemplare der „Betstunden“ je ein Exemplar der Herz-Jesu-Vitanei gratis nachgeliefert werde.

Ich ersuche demnach die hochwürdigen Herren Pfarrer und Pfarradministratoren bei der Expedition des kath. Sonntagsblattes diejenige Anzahl von Exemplaren zu bestellen, welche nach Angabe ihrer Agenten den verkauften „Betstunden“ entspricht, mit dem Beifügen, wie viele gegebenenfalls deutsch und wie viele polnisch sein sollen.

Breslau, den 17. April 1899.

Der Fürst-Bischof.
G. Card. Kopp.

d) Indulgentia pro prima feria sexta cujusque mensis. G. B. Nr. 352. II.

Beatissime Pater! Guilelmus Pifferi Episcopus Prophyriensis ad S. V. pedes provolutus humillime exponit, quod Romani Pontifices Plenarium Indulgentiam benigne concesserunt lucrandam prima sexta feria cujusque mensis ab omnibus Christifidelibus, qui Confraternitati Ss. Cordis Jesu nomen dederunt.

Ut magis magisque haec devotio augeatur, Sanctitatem Vestram humiliter exorat, ut eandem Indulgentiam omnibus Christifidelibus concedere dignetur, qui dictae Confraternitati adscripti non sint, dummodo tamen die supra dicta vere poenitentes confessi ac S. Synaxi refecti infinitam Ss. Cordis Jesu charitatem pia meditatione recoluerint et aliquamdiu ad mentem Sanctitatis Vestrae oraverint, insuper ut iisdem Christifidelibus, qui praefata praestiterint, quacumque sexta anni feria indulgentiam septem annorum totidemque quadragenarum benigne elargiri dignetur. Et Deus.

Ex audientia SSmi die 7. Septembris 1897. Ss. Dominus Noster Leo Papa XIII. benigne annuit pro gratia in omnibus juxta preces. Praesenti in perpetuum valituro, absque ulla Brevis expeditione. Contrarii quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae ex Secretaria S. Congr. Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae die 7. Sept. 1897.

(P. S.)

Fr. Hieronymus Cardinalis Gotti, Praefectus.
Pro Rmo P. D. A. Archiepiscopo Antinoen., Secr.
Josephus M. Canonicus Coselli, Substitutus.

Nr. 257. Andacht zum Heiligen Geiste.

a) Apostol. Breve. Fürstb. Erlaß vom 9. Mai 1896.

Leo XIII., Papst.

Allen Gläubigen, welche dieses Schreiben lesen, Gruß und apostolischen Segen!

Vollkommen würdig der eifrigen mütterlichen Fürsorge der Kirche ist die Bitte, welche diese nicht müde wird an Gott zu richten, daß überall die christlichen Völker, wo immer sie sich ausbreiten, eins seien im Glauben und eins in guten Werken. In der gleichen Weise unterlassen auch Wir, als Stellvertreter des göttlichen Hirten auf Erden, dessen Beispiel Wir nachzuahmen suchen, es in keiner Weise, jenes Ziel unter den Katholiken zu fördern; und Wir verfolgen dies gerade jetzt um so dringender unter jenen Völkern, welche die Kirche schon so lange und mit so großer Sehnsucht zu sich zurückzurufen sich bemüht. Von wo wir bei diesen Unseren Absichten und Bestrebungen vor allem ausgehen und von wem Wir deren Erfüllung erwarten, ist bekannt und wird mit jedem Tage offenkundiger: von Ihm nämlich, der mit Recht als Vater der Erbarmungen angerufen wird und dessen Werk es ist, die Geister zu erleuchten und den Willen zum Heile zu lenken. — Und wahrlich kann es den Katholiken nicht entgehen, von welcher hoher Bedeutung diese Unsere Bestrebungen sind: denn hiervon hängt außer der Vermehrung der göttlichen Ehre und des Ruhmes des christlichen Namens das ewige Heil Unzähliger ab. Je ernstlicher die Katholiken dies religiösen Sinnes erwägen, desto mächtiger werden sie in sich den Antrieb und die Flamme jener überirdischen Liebe verspüren, welche um Gottes Willen vor nichts zurückschreckt und zum Nutzen der Brüder alles wagt. So wird es auch, wie Wir sehnlichst wünschen, geschehen, daß diese sich freudig mit Uns vereinen nicht nur in der Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang, sondern auch darin, daß sie Unserm Werke alle nur mögliche Hilfe bringen, vor allem jenen Beistand, den demüthiges und frommes Gebet von Gott herabfleht. — Und zu diesem Liebesdienst erscheint keine Zeit geeigneter als die, zu welcher schon die Apostel, nach der Himmelfahrt des Herrn, sich zu gemeinsamem Gebete mit Maria der Mutter Jesu¹⁾ vereinigten in Erwartung der Verheißung von oben und aller himmlischen Gaben. In jenem erhabenen Cenaculum und im Geheimniß des zur Erde herabgekommenen heiligen Geistes begann die Kirche, schon von Christus gestiftet, durch seinen Tod ins Leben gerufen, gleichsam von dem göttlichen

¹⁾ Apostelgesch. I, 14.

Hauche entfacht, glücklich ihre Aufgabe unter den Menschen, um sie alle zu demselben Glauben und zur Erneuerung durch das christliche Leben zu führen. Und binnen Kurzem folgten aus ihr reiche und herrliche Früchte; unter ihnen jene, niemals genug zur Nachahmung zu empfehlende vollständige Gesinnungsgemeinschaft: es war die Menge der Gläubigen ein Herz und eine Seele¹⁾.

Aus diesem Grunde erachten wir es für angemessen, durch Unsere Ermahnung die Katholiken aufzurufen und zum frommen Gebete zu sammeln, damit sie, nach dem Beispiel der jungfräulichen Gottesmutter und der heiligen Apostel in den neun Tagen vor dem hl. Pfingstfeste gemeinsam und mit besonderer Inbrunst sich mit dem Flehen an Gott wenden: *Sende, o Herr, Deinen Schöpfergeist, auf daß er das Angesicht der Erde erneuere.*

Die höchsten und heilsamsten Gaben dürfen wir von jenem hoffen, der der Geist der Wahrheit ist, der die göttlichen Geheimnisse in der heiligen Schrift uns offenbart und durch seine immerwährende Gegenwart die Kirche stärkt; durch den, wie aus einem lebendigen Quell der Heiligkeit, die Seelen zu der himmlischen Eigenschaft der Kinder Gottes wiedergeboren werden, wunderbar wachsen und sich für die Ewigkeit vervollkommen. Denn aus den mannigfaltigen Gnaden des heiligen Geistes schöpfen sie unaufhörlich Licht und Wärme, Heilung und Stärke, Trost und Ruhe; den Willen zu allem Guten und die Fruchtbarkeit an Werken des Heils. Endlich wirkt derselbe Geist derart in der Kirche, daß, wie bei diesem mystischen Leibe Christus das Haupt ist, man ihn gleichsam dessen Herz nennen kann, weil das Herz einen solchen geheimnißvollen Einfluß besitzt und weil der heilige Geist auch darin dem Herzen gleicht, daß er unsichtbar die Kirche belebt und eint²⁾.

Da er so die Liebe ist und als solcher ihm besonders alle Werke der Liebe zuzuschreiben sind, so ist auch zu hoffen, daß durch ihn, indem er den zerstörenden Geist des Irrthums und der Bosheit bezähmt, die Uebereinstimmung und die Einigkeit der Seelen, welche für die Söhne der Kirche sich geziemt, enger geknüpft und aufrecht erhalten wird, jener Söhne, die gemäß der Mahnung des Apostels niemals in Zwietracht, sondern in gemeinsamer Gesinnung handeln und alle einmüthig durch dasselbe Band der christlichen Nächstenliebe verbunden sein sollen³⁾; und welche so, Unsere Freude vollkommen machend, auch die bürgerliche Gemeinschaft sicherer und blühender ausgestalten. Von solcher christlichen Eintracht unter den Katholiken, von solcher Inbrunst im Flehen zu dem göttlichen Tröster ist endlich auch zu hoffen, daß die Wiedervereinigung der getrennten Brüder sich vollziehe, der Wir unsere Sorgfalt zugewendet haben, damit sie selbst sich in Christo Jesu eins fühlen⁴⁾ und eines Tages mit uns denselben Glauben und dieselbe Hoffnung theilen, umschlungen von den sanften Banden vollkommener Liebe. — Zu den Vortheilen, welche sicherlich durch solch eifrige Andacht und brüderliche Liebe die Gläubigen, die Unserer Ermahnung gerne Folge leisten wollen, von Gott erringen werden, gefällt es Uns,

¹⁾ Apostelgesch. IV, 32.

²⁾ Summa theol. des hl. Thomas p. III, q. VIII, art. 1 bis 3.

³⁾ Philipp. II, 32.

⁴⁾ Philipp. II, 5.

aus dem Gnadenschatze der Kirche noch den Lohn der hl. Ablässe hinzuzufügen.

Demgemäß bewilligen Wir allen denen, welche an den neun auf einander folgenden Tagen vor Pfingsten öffentlich oder privatim täglich andächtig ein besonderes Gebet zum heiligen Geiste sprechen, für jeden Tag einen Ablass von sieben Jahren und ebensoviel Quadragenen, sowie einen einmaligen vollkommenen Ablass an irgend einem der genannten Tage oder am Pfingsttage selbst, oder an einem der acht folgenden Tage, wenn sie, nach Empfang von Beichte und Communion, ausdrücklich in der von Uns genannten Absicht beten. Ferner gestatten Wir, wenn jemand aus besonderer Frömmigkeit dieselben Gebete unter den gleichen Bedingungen an den acht folgenden Tagen nach Pfingsten verrichten will, daß er noch einmal derselben Ablässe theilhaftig werden kann. Diese Ablässe können auch, wie Wir ausdrücklich erklären und bestimmen, den armen Seelen im Fegefeuer zugewendet werden und können in gleicher Weise auch in allen folgenden Jahren erworben werden.

Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischerringe, am Tage des 5. Mai 1895, im 18. Jahre Unseres Pontifikats. G. Card. di Ruggiero.

Im Anschlusse an dieses Breve verordne ich für dieses Jahr und für die folgenden Jahre,

1. daß das Breve am Feste Christi Himmelfahrt oder an dem vorhergehenden Sonntage von der Kanzel verlesen und in der Predigt eingehend erklärt werde;
2. daß in allen Kirchen und Kapellen mit öffentlichem Gottesdienste während der neun Tage vor dem Pfingstfeste an die hl. Messe oder die Maiandacht ein Gebet zum hl. Geiste angeschlossen werde;
3. daß die Gläubigen ermahnt werden, an diesem Gebete sich eifrig zu betheiligen und nach den Absichten des hl. Vaters für die Einheit des Glaubens und die Wiedervereinigung der christlichen Völker zu beten.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

b) Ex litteris encyclicis Leonis P. P. XIII. d. 9. Maji 1897.

G. B. Nr. 333. I.

Decernimus igitur et mandamus ut per orbem catholicum universum, hoc anno itemque annis in perpetuum consequentibus, supplicatio novendialis ante Pentecosten in omnibus curialibus templis et, si Ordinarii locorum utile iudicarint, in aliis etiam templis sacrariisve fiat. Omnibus autem qui eidem novendiali supplicationi interfuerint, et ad mentem Nostram rite oraverint, eis annorum septem septemque quadragenarum apud Deum indulgentiam in singulos dies concedimus; tum plenariam in uno quolibet eorumdem dierum vel festo ipso die Pentecostes, vel etiam quolibet ex octo subsequentibus, modo rite confessione abluti sacræque communionis refecti ad eandem mentem nostram pie supplicaverint. Quibus beneficiis frui pariter eos posse volumus quos publicis illis precibus legitima causa prohibeat, vel ubi non ita commode, secundum Ordinarii prudentiam, in templo res fieri possit; dum tamen suppli-

cationi novendiali privatim detur opera ceteraeque conditiones expleantur. Hoc praeterea placet de thesauro Ecclesiae in perpetuum tribuere; ut si qui vel publice vel privatim preces aliquas ad Spiritum Sanctum pro pietate sua iterum praestent quotidie per octavam Pentecostes ad festum inclusive sanctae Trinitatis, ceterisque ut supra conditionibus rite satisfecerint ipsis liceat utramque iterum consequi indulgentiam. Quae omnia indulgentiae munera etiam animabus piis igni purgatorio addictis converti in suffragium posse, misericorditer in Domino concedimus.

c) G. B. Nr. 355. IV.

Unter Bezugnahme auf die in unserer Verordnung Nr. 333. I. veröffentlichte Encyclica des hl. Vaters Leo XIII. vom 9. Mai 1897 bringen wir hierdurch in Erinnerung, daß darnach alljährlich in der Zeit zwischen dem Feste der Himmelfahrt des Herrn und dem Pfingstfeste in allen Kirchen eine neuntägige Andacht zum heiligen Geiste abgehalten werden soll, auf daß durch das vereinigte Gebet zum heiligen Geist als unserem Fürsprecher, Tröster und Lehrer die Gläubigen im Glauben befestigt, die Frömmigkeit vermehrt und die Herzen mit dem Feuer der göttlichen Liebe entflammt werden; daß ferner der Geist der Bosheit und Lüge überwunden und die ersehnte Vereinigung aller, von der gemeinsamen Mutter, der heiligen römisch-katholischen Kirche, getrennten Brüder im Glauben und in der Liebe sich vollziehen möge.

Denjenigen, welche an dieser neuntägigen Andacht zum heiligen Geiste theilnehmen, sind in besonderer Weise die Gnadensätze der Kirche geöffnet.

Nr. 258. Errichtung von Kreuzwegen.

a) Decretum S. C. Indulg. d. 6. Augusti 1890. G. B. Nr. 277. I.

Circa necessaria ad validam erectionem Stationum viae Crucis.

Episcopus Constatiensis et Abrincensis, provinciae Rothomagensis in Gallia, huic S. Indulgentiarum Congregationi humiliter exposuit:

Quum in una Apamiensi de die 25. Septembris 1871, Decret. Authent. S. C. Indulgentiarum, edit. Ratisb., n. 294, legatur dispositio sequentis tenoris „Circa erectionem stationum Viae Crucis, impetratis antea ab Apostolica sede necessariis et opportunis facultatibus, omnia et singula, quae talem erectionem respiciunt, scripto fiant, tam nempe postulatio, quam ejusdem erectionis concessio, quarum instrumentum in codicibus, seu in actis Episcopatus remaneat, et testimonium saltem in codicibus parociae, seu loci, ubi fuerint erectae praefatae stationes“; hinc quaeritur:

I. An postulatio erectionis scripto fieri debeat sub poena nullitatis?

II. An ipsa concessio Episcopi, qui ab Apostolica Sede facultatem obtinuit erigendi stationes Viae Crucis, item scripto fieri debeat sub poena nullitatis?

III. An in ipsa Episcopi concessione mentio fieri debeat facultatis obtentae ab ipsa Apostolica Sede erigendi stationes Viae Crucis sub poena nullitatis?

IV. An tandem testimonium erectionis in actis Episcopatus aut in codicibus parociae seu loci, in quo fit erectio stationum Viae Crucis, inserendum sit sub eadem nullitatis poena?

Porro S. Congregatio propositis quaesitis ita respondendum censuit:

Ad I. Negative; cf. Decretum sub n. 175¹⁾.

Ad II. Affirmative; cf. Decretum sub n. 445.

Ad III. Congruit ut fiat mentio, sed non est necessaria.

Ad IV. Praescribitur insertio testimonii erectionis in actis episcopalibus et in codicibus parociae seu loci, etc., sed non sub poena nullitatis; cf. Decretum sub n. 294.

Romae, ex secretaria eiusdem S. Congregationis, die 6. Augusti 1890

b) Nonnulla alia Decreta ejusdem congregationis.

Indulgentiae Viae Crucis adnexae sunt solis crucibus, non imaginibus, neque loco, in quo stationes sunt collocatae. (1839. 30. Januarii.)

Indulgentiae Viae Crucis adnexae aequae diei ac noctis tempore lucriferi possunt. (1819. 1. Mart.)

Erigi debet Via Crucis in ea forma, qua utitur Ordo Minorum (1731. 3. April.)

Consensus Ordinarii in scriptis requiritur sub poena nullitatis in singulis casibus pro unaquaque stationum Viae Crucis erectione; minime sufficit consensus generice praestitus pro erigendis stationibus in certo numero ecclesiarum vel oratoriorum sine specifica designatione loci. (1879. 21. Junii.)

Omnia, quae erectionem Viae Crucis respiciunt, nempe postulatio erectionis et concessio erectionis scripto fieri et documenta in codicibus seu in actis Episcopatus remanere debent et testimonium saltem in codicibus parochiae. (1841. 25. Sept.)

Cruces stationum Viae Crucis sub poena nullitatis debent esse lignae. (1838. 20. Jun.) (1878. 23. Nov.)

¹⁾ En citatum Decretum: „Cum diversis non obstantibus regulis a. S. C. Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praeposita sub die 3. Aprilis 1731 ex Brevis m. Clementis XII. die 16. Januarii eiusdem anni, et sub die 10. Maji 1742 ex Brevis Ssmi D. N. diei 30. Augusti 1741, ad varia explananda dubia circa modum erigendi stationes, quas Vias Crucis, seu Calvarii, vocant, emanatis, non semel controversiae ad ipsammet S. Congregationem delatae fuerint super subsistentia, vel nullitate erectionis stationum huiusmodi, ex defectu licentiae vel consensus respective obtinendi ut in praeallegatis brevibus clare praecipitur: eadem S. Congregatio ad quascumque in futurum eliminandas in hac re difficultates, die 30. Julii 1748 censuit praescribendum esse, quod in erigendis in posterum eiusmodi stationibus, tam sacerdotis erigentis deputatio ac superioris localis consensus, quam respectivi Ordinarii, vel Antistitis, et parochi, nec non superiorum ecclesiae, monasterii, hospitalis et loci pii, ubi eiusmodi erectio fieri contingerit, deputatio, consensus et licentia, ut praefertur, in scriptis et non aliter expediri, et quodcumque opus fuerit, exhiberi debeant, sub poena nullitatis ipsiusmet erectionis ipso facto incurrendae.

De quibus facta per me infrascriptum ipsius Congregationis Pro-Secretarium Ssmo. D. N. die 3. Augusti eiusdem anni relatione, Sanctitas Sua votum S. Congregationis benigne approbavit.

Si stationes Viae Crucis per cruces erectae a loco, ubi canonice erectae fuerunt, removeantur et in alium transferantur, indulgentiae nec primo loco affixae remanent nec cruces sequuntur, sed requiritur nova erectio canonica. (1839. 30. Jan.)

Si cruces Viae Crucis in minori quantitate ob vetustatem removeantur et renoveantur, nec nova erectio est necessaria nec indulgentiarum beneficium amittitur. (1837. 13. Nov.)

Mutatio crucium Viae Crucis de loco in locum in eadem ecclesia non importat secum annihilationem indulgentiarum. (1842. 22. Aug.)

Qui quatuordecim stationes Viae Crucis uno eodemque die, vero non uno tractu, sed interposito majori vel minori inter stationes temporis intervallo visitat, non lucratur indulgentias. (1858. 22. Jan.)

Tabulae vel imagines non sunt necessariae pro Via Crucis; possunt igitur removeri et renovari et aliae pro ipsis substitui. (1837. 1. Nov.) (1838. 18. Sept.)

Localis motus singularum personarum exercitium Viae Crucis publice peragentium non est necessarius; servari tamen debet methodus a S. Leonardo a Portu Mauritio proposita. (1757. 6. Aug.)

In erigendis stationibus Viae Crucis extra ambitum Conventuum Fratrum Ordinis S. Francisci requiritur licentia Ordinariorum nec non Parochorum aliorumque respective Superiorum consensus in scriptis. (1752. 28. Aug.)

Testimonium de erectione Viae Crucis inserendum est archivio loci, in quo facta est. (1841. 25. Sept.)

Nr. 259. Rosenfranzgebet.

a) Ex Decreto Urbis et Orbis. G. B. Nr. 236. VIII.

Quapropter Sanctitas Sua, quaecumque duobus praeteritis annis constituit de mense quo solemnia celebrantur beatae Virginis Mariae a Rosario, hoc pariter Anno, et annis porro sequentibus praecipit et statuit, quoadusque rerum Ecclesiae rerumque publicarum tristissima haec perdurent adiuncta, ac de restituta Pontifici Maximo plena libertate Deo referre gratias Ecclesiae datum non sit. Decernit itaque et mandat, ut quolibet anno a prima die Octobris ad secundam sequentis Novembris, in omnibus catholici orbis parochialibus templis, et in cunctis publicis oratoriis Deiparae dicatis, aut in aliis etiam arbitrio Ordinarii eligendis, quinque saltem Mariani Rosarii decades cum Litanis Lauretanis quotidie recitentur: quod si mane fiat, Missa inter preces celebretur, si a meridie, sacrosanctum Eucharistiae Sacramentum adorationi proponatur, deinde fideles rite lustrentur. Optat quoque ut a Sodalitatibus sacratissimi Rosarii religiosae pompae, ubi id per civiles leges licet, publice ducantur.

Indulgentias singulas, alias concessas, renovando, omnibus qui statis diebus publicae Rosarii recitationi interfuerint, et ad mentem eiusdem Sanctitatis Suae oraverint, et his pariter qui legitima causa impediti privatim haec egerint, septem annorum ac septem quadragenarum apud Deum Indulgentiam singulis vicibus concedit. Eis

autem qui supradicto tempore decies saltem vel publice in templis, vel legitime impediti, privatim eadem peregerint, sacramentali confessione expiatis et sacra synaxi reffectis, plenariam admissorum Indulgentiam de Ecclesiae thesauro impertit. Plenissimam hanc culparum veniam et poenarum remissionem his omnibus pariter largitur, qui vel ipso die festo beatae Virginis a Rosario, vel quolibet ex octo insequentibus diebus, sacramenta, ut supra, perceperint, et in aliqua sacra aede iuxta Suam mentem Deo eiusque Sanctissimae Matri supplicaverint.

Qua de re et illis consulens fidelibus qui ruri viventes agri cultione praecipue Octobris mense distinentur, Sanctitas Sua concedit ut singula superius disposita, cum sacris etiam Indulgentiis, eorum in locis ad insequentes vel Novembris vel Decembris menses prudenti Ordinarios arbitrio differri valeant.

De hisce vero omnibus et singulis Sanctissimus Dominus Noster per Sacram Rituum Congregationem praesens edi decretum, et ad omnes locorum Ordinarios pro fidei executione transmitti mandavit. Die 20. Augusti 1885.

D. Cardinalis Bartolinus, S. R. C. Praefectus.
Laurentius Salvati, S. R. C. Secretarius.

(L. † S.)

b) Ex Decreto Urbis et Orbis. G. S. Nr. 241. IX.

Confirmando iterum Sanctitas Sua in omnibus sacras Indulgentias ac privilegia, quae in praecitato Decreto concessa sunt, indulgere insuper dignata est, ut in iis templis, seu Oratoriis, ubi ob eorum paupertatem, Expositio cum Sanctissimo Eucharistiae Sacramento, ad tramitem Decreti ipsius, solemni modo, nempe per Ostensorium fieri haud valeat, eadem per modum exceptionis peragi possit, prudenti iudicio Ordinarii, cum Sacra Pyxide; aperiendo scilicet ab initio ostiolum ciborii, et cum ea populum in fine benedicendo. Die 26. Augusti 1886.

D. Card. Bartolinus, S. R. C. Praefectus.
Laurentius Salvati, S. R. C. Secretarius.

(L. S.)

c) Aus dem Pastorale des Hochw. Herrn Fürstbischöfs Robert vom 22. September 1883.

Ich spreche gern meine Freude darüber aus, daß in vielen Pfarreien meiner Diöcese Bruderschaften vom heil. Rosenkranz bestehen und gebe mich der Hoffnung hin, daß die Worte des hl. Vaters Anlaß zur Belebung der bestehenden und zur Gründung neuer Bruderschaften, sowie zur weiteren Verbreitung des Rosenkranzgebetes sein werden.

Das soll vor Allem Eure Sorge sein, geliebte Mitbrüder: Ihr werdet darum am Rosenkranzfest selbst und bei andern Gelegenheiten den Gläubigen die Bedeutung und den Segen dieses Gebetes erläutern und die Vorurtheile beseitigen, welche in vielen Kreisen gegen dasselbe herrschen; Ihr werdet aber auch dafür sorgen, daß das öffentliche Beten des Rosenkranzes mit der Andacht und der Würde geschehe, welche die Ehre der hl. Jungfrau und das Gebet überhaupt erfordern.

Ich bestimme nun auf Grund der Anordnungen des hl. Vaters Folgendes:

In allen Pfarrkirchen der Diöcese und, soweit es thunlich ist, in allen sonstigen Kirchen und öffentlichen Oratorien, welche der hl. Jungfrau geweiht sind, sollen in der Zeit vom 1. October bis 2. November täglich fünf Decaden des Rosenkranzes, sowie die Lauretanische Litanei gebetet werden. Insoweit nicht Hindernisse örtlicher Natur entgegenstehen, soll die Abbetung des Rosenkranzes während der Feier der hl. Messe erfolgen, und, wenn möglich, von einem Priester geleitet werden. An den Sonn- und Feiertagen aber soll der Rosenkranz während der nachmittäglichen Segensandacht stattfinden. Den Pfarrern und deren Vertretern bleibt es überlassen, das Nähere nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse anzuordnen.

Euch Alle, geliebte Diöcesanen, ermahne und bitte ich, mit frommem Eifer der segensreichen Uebung obzuliegen und die besonderen Gnaden zu gewinnen, welche der hl. Vater, liebevollen Herzens, den Betern des Rosenkranzes während des bevorstehenden der Mutter des Herrn geweihten Monates bewilligt hat.

d) Einschaltungen in den einzelnen Ave Maria. G. B. Nr. 121. I.

Ex Audientia Sanctissimi. Die 8. Augusti 1859.

Sanctissimus Dominus SSv. Pius PP. IX. attentis expositis, elementer indulsit, ut in praefata Wratislaviensi Dioecesi, nec non in caeteris locis, ubi mos invaluit recitandi Rosarium cum brevi Mysteriorum explicatione¹⁾ in qualibet Salutatione Angelica prout in precibus expositum est, Christifideles hoc modo idem Rosarium recitantes, omnes et singulas Indulgentias pro ejusdem Rosarii recitatione jam elargitas, lucrari possint et valeant, ac etiam si patrio invaluit cujusque idiomate tam publice, quam privatim recitari; dummodo tamen caeteras injunctas condiciones adimpleant. Praesenti in Perpetuum valituro absque ulla Brevis expeditione. Non obstantibus in contrarium facientibus quibuscumque. Datum Romae ex Secretaria S. Congregationis Indulgentiarum.

(L. S.)

F. Card. Asquinius, Praef.

e) Beicht zur Erlangung des Ablasses am Rosenkranzfeste. G. B. Nr. 335. I.

Behufs Gewinnung des Toties-Quoties-Ablasses am hl. Rosenkranzfeste ist der Beichtconcurß in vielen Pfarreien ein so großer, daß es bei dem Priester-mangel, wo Anshilfe für den Beichtstuhl nicht zu erlangen ist, vielen Gläubigen unmöglich ist, am gedachten Festtage selbst die hl. Beicht zu verrichten. Der hl. Vater hat deshalb huldvollst gewährt, daß die hl. Beicht schon am Freitag vor dem Feste abgelegt werden darf. Das betreffende Dekret theilen wir nachstehend zur Kenntnißnahme mit:

¹⁾ Exempli gratia in primo Mysterio Rosarii gloriosi decem Ave Maria singula recitantur in hac forma: Ave Maria gratia plena Dominus tecum Benedicta tu in mulieribus et benedictus fructus ventris tui Jesus, qui tertia die post mortem gloriosus resurrexit; Sancta Maria Mater Dei ora pro nobis peccatoribus nunc et in hora mortis nostrae, Amen.

Sanctissimus D. N. Leo Papa XIII. in audientia habita ab infrascripto Cardinali Praefecto S. Congregationis Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae die 25. Martii 1897, attenta Confessoriorum inopia benigne indulsit, ut Confessio, quae ad lucrandam plenariam Indulgentiam concessam pro die festo B. Mariae sub titulo SS. Rosarii foret peragenda Dominica prima Octobris, anticipari quoque valeat feria sexta eandem Dominicam immediate praecedente, ceteris servatis de jure servandis. Praesenti in perpetuum valituro absque ulla Brevis expeditione. Contrariis quibuscunque non obstantibus.

Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. Congr. die 25. Martii 1897.
(L. S.)

Fr. H. Ma. Card. Gotti, Praef.

† A. Archiepisc. Nicopolis, Secretarius.

Nr. 260. Verehrung des hl. Joseph.

Ex Epistola encyclica Leonis PP. XIII. Quamquam pluries
d. 15. Aug. 1889.

Wir versprechen uns also, Ehrwürdige Brüder, sehr viel von Eurer Autorität und Eurer bischöflichen Sorgfalt, und da wir zuversichtlich erwarten, daß die guten und frommen Gläubigen aus freien Stücken mehr thun und Größeres als wir verlangen, so verordnen wir, daß den ganzen Monat Oktober hindurch beim Abbeten des Rosenkranzes, über welches wir früher Vorschriften erlassen haben, ein Gebet zum heiligen Joseph hinzugefügt werde, dessen Formel Euch zugleich mit diesem Rundschreiben zugehen wird, und es soll dieses in Zukunft jedes Jahr geschehen. Allen, welche das genannte Gebet fromm beten, ertheilen wir einen Ablass von 7 Jahren und 7 Quadragenen für jedesmal. Sehr heilsam und löblich ist es auch, den Monat März, wie es schon an einigen Orten geschieht, der Verehrung des heiligen Joseph durch tägliche Andachtsübungen zu weihen. Ist dieses nicht leicht möglich, so ist es wenigstens wünschenswerth, daß vor dem Feste des Heiligen in der Hauptkirche jeder Stadt eine dreitägige Andacht gehalten werde. Dort aber, wo der 19. März, das Fest des heiligen Joseph, kein gebotener Feiertag ist, ermahnen wir die Gläubigen, daß sie diesen Tag zu Ehren des himmlischen Patrons soviel als möglich durch private Andachten nach Art eines gebotenen Feiertags begehen.

Unterdessen ertheilen wir Euch, Ehrwürdige Brüder, dem Clerus und Eurer Volke, als Vorboten der göttlichen Gnaden und zum Zeugnisse Unseres Wohlwollens, von ganzem Herzen den apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, den 15. August des Jahres 1889, des 12. Unseres Pontifikats.

Leo XIII. Papst.

Gebet zum heiligen Joseph¹⁾.

Zu Dir, o heiliger Joseph, fliehen wir in unserer Noth. Nachdem wir Deine heiligste Braut um Hilfe angefleht haben, bitten wir auch

¹⁾ Sanctissimus Dominus Leo PP. XIII. die 21. Septembris 1889 motu proprio eidem orationi aliam indulgentiam, defunctis etiam applicabilem, adiacere dignata est dierum trecentorum semel in die quovis anni tempore

voll Vertrauen um Deinen Schutz. Um der Liebe willen, welche Dich mit der unbefleckten Jungfrau und Gottesgebärerin verband, und um der väterlichen Liebe willen, mit der Du das Jesukind umarmt hast, bitten wir Dich flehentlich, Du wollest das Erbe, welches Jesus Christus mit seinem Blute erkaufte hat, gnädig ansehen und Unserer Noth mit Deiner Macht zu Hilfe kommen.

O fürsorglicher Beschützer der heiligen Familie, wache über die auserwählte Nachkommenschaft Jesu Christi; halte fern von uns, o geliebter Vater, jede Ansteckung des Irrthums und der Verderbniß. Stehe uns vom Himmel aus gnädig bei, o unser starker Beschützer im Kampfe mit den Mächten der Finsterniß, und wie Du ehemals das Jesukind aus der höchsten Lebensgefahr errettet hast, so vertheidige jetzt die heilige Kirche Gottes gegen alle Nachstellungen der Feinde und nimm uns alle unter Deinen beständigen Schutz, damit wir nach Deinem Beispiele und mit Deiner Hilfe heilig leben, selig sterben und im Himmel die ewige Seligkeit erlangen mögen. Amen.

Indem ich dem hochw. Clerus die vorstehende Encyclica des hl. Vaters zugehen lasse, verordne ich hiermit, daß dieselbe am Sonntag, den 29. September, von den Kanzeln vorgelesen und das betreffende Gebet zum hl. Joseph den Monat October hindurch alltäglich nach dem Rosenkranz vorgebetet werde.

Jo hannesberg, den 8. September 1889.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

Nr. 261. Gebete nach der hl. Messe.

G. B. Nr. 228. II.

Ein Dekret der S. R. C. vom 6. Januar 1884 ordnete im Auftrage des hl. Vaters an, daß nach jeder stillen hl. Messe drei Ave Maria mit einigen anderen kurzen Gebeten verrichtet werden sollen. Die letzteren sind später etwas abgeändert worden. Die diesbezüglichen Formulare sind in der Fürstbischöflichen Geheimen Kanzlei erhältlich und sollen auf starkem Deckel aufgezogen an der Seite jedes einzelnen Altars aller Kirchen und Kapellen aufgehängt sein, damit sie von den Ministranten nach jeder hl. Messe dem Priester gereicht werden können.

SS. Dominus Noster Leo PP. XIII. omnibus preces ut supra recitantibus tercentum dierum indulgentiam largitur.

Nr. 262. Wetterandachten.

G. B. Nr. 294. V.

In Berücksichtigung des Gesuchs eines Archipresbyterats-Convents haben Se. Eminenz, der Hochwürdigste Herr Cardinal-Fürstbischof, uns beauftragt, dem Hochwürdigsten Diöcesanclerus zur Kenntniß zu bringen, daß die Herren Erzpriester berechtigt sein sollen, den Pfarrern ihres Sprengels auf deren Ersuchen die Erlaubniß zur Abhaltung von Bittandachten coram Sanctissimo exposito bei eintretender Dürre oder anhaltender Kälte zu ertheilen.

lucrandam ab universis christifidelibus, qui corde saltem contriti ac devote supramemoratam orationem etiam private recitaverint (Decretum S. C. Indulg. 21. Septbr. 1889).

Nr. 263. Gebetbuch- und asketische Litteratur¹⁾.

G. B. Nr. 352. III.

Auf der Bischofsconferenz zu Fulda vom 8/9. November 1898 sind die Erfordernisse, welche an die Gebetbuch- und asketische Litteratur zu stellen sind, zur Sprache gebracht und ist dabei beschlossen worden:

- a) daß den betreffenden Verlagshandlungen von den Ordinariaten bedeutet werden soll, was für Anforderungen im Interesse der Seelsorge an ein Gebetbuch zu stellen sind; damit es nicht in Folge seines mangelhaften Inhalts ungenügend oder gar schädlich sei;
- b) daß die diesbezüglichen Grundsätze auf den Dekanats- (Archipresbyterats-) und Pfarrconferenzen von dem Clerus in Verhandlung gezogen und dabei erwogen werden soll, wie die Gläubigen vor Anschaffung untauglicher Bücher bewahrt werden.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz bringen wir Vorstehendes dem Hochwürdigem Clerus hierdurch zur Kenntniß und Nachachtung, insbesondere auf den diesjährigen abzuhaltenden Conventen.

Nr. 264. Hausirhandel mit Bildern und Devotionalien.

G. B. Nr. 270. V.

Breslau, den 21. März 1891.

Wiederholt wird Klage geführt, daß Bilder- und Devotionalienhändler die katholischen Gemeinden unter dem Vorgeben belästigen, zum Besten von Kirchenbauten den Hausirhandel mit Bildern zc. zu betreiben. Ich erlaube die Herren Pfarrer, ihren Gemeinden bekannt zu geben, daß ich solchen Hausirern niemals die Genehmigung zur Betreibung eines solchen Handels gebe, und daß ich die Belästigung meiner Diöcesanen durch diese Händler bedauere. Mein hochwürdiger Clerus wolle nach Kräften diesem Unfug steuern.

Der Fürst-Bischof.
† Georg.

An

den hochwürdigem Diöcesan-Clerus.

G. R. 1696 a.

Nr. 265. Wallfahrten nach dem Annaberge.

a) G. B. Nr. 6. III.

Bei Gelegenheit einer Visitation des Annaberges in Oberschlesien hat sich der Uebelstand vorgefunden, daß ungeachtet der Bestimmung des für diesen Wallfahrtsort festgesetzten Statuts vom Jahre 1836 die Pfarrer solcher Gemeinden, welche zu den Festen nach Annaberg wallfahren, ihre Parochianen nicht vorher an deren Pfarrorten Beichte hören, und in Folge dessen auf dem Annaberge ein so großer Concurrs entsteht, daß nicht Alle der Sacramente der Buße und des Altars theilhaft werden können. Die Visitatoren haben daher nicht nur die Festhaltung der Bestimmungen des gedachten Statuts, nach welchem die Pfarrer zum Beicht hören vor der Wallfahrt in ihren Pfarrkirchen verpflichtet sind, sondern auch die neue Einschränkung derselben durch Currende, besonders in den Commissariaten Oppeln, Ratibor und Pleß, beantragt, welche hiermit auf besondere Veranlassung Sr. Fürstbischöflichen Gnaden erfolgt.

¹⁾ Vergl. oben Nr. 69, Nr. 72 und Nr. 77.

b) G. B. Nr. 131. VIII.

Nachdem die Väter Franziskaner die Leitung der auf dem Annaberge stattfindenden Wallfahrten übernommen haben, ist es für nothwendig erachtet worden, gewisse Anordnungen zu treffen, um Unordnungen oder andere Ungehörigkeiten nach Möglichkeit zu verhüten. Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben demzufolge eine Verfügung an den Präses des Franziskaner-Convents auf dem Annaberge erlassen und uns beauftragt, nachstehende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung, sowie zur Belehrung der Gemeinden zu bringen.

Damit die Wallfahrten stets zweckentsprechend geführt und geleitet werden, hat der jedesmalige Obere des 2c. Franziskaner-Convents geeignete Anordnungen zu treffen, denen, da sie zuversichtlich nur die Ehre Gottes und das Seelenheil der Wallfahrer zu befördern geeignet sein werden, Priester und Laien sich zu fügen haben.

Um größere Unordnungen und Inconvenienzen zu vermeiden, genehmigen Wir, daß die nur deutsch redenden von den nur polnisch sprechenden Wallfahrern gesondert ihre Calvarie an den Festen: Kreuzerfindung, Pfingsten und Kreuzerhöhung abhalten. An den beiden Kreuztagen haben die polnisch redenden Wallfahrer ipsa die, die deutsch sprechenden dagegen 8 Tage vorher, am Pfingstfeste aber die Deutschen ipsa die, die Polen dagegen 8 Tage nachher ihre Andacht zu verrichten. Für die allgemeine Bekanntmachung dieser Bestimmung haben Wir gesorgt.

Die Priester, welche die Wallfahrer begleiten und führen oder bei den Andachten aushelfen, werden im Kloster aufgenommen und in entsprechender Weise verpflegt.

Stipendien, Opfer für Fürbitten und andere Almosen werden in bisheriger Weise gesammelt, nur wird der Ordensobere auch einen oder mehrere Laienbrüder zur Empfangnahme solcher Almosen bestimmen, und erwarten, daß jedem Mißbrauch vorgebeugt und der jedesmalige Ordensobere darüber gewissenhaft wachen werde.

Da das Tragen der Muttergottesstatue Seitens der Jungfrauen auf dem unebenen Wege der Calvarie zu Uebelständen und Beschwerden Veranlassung gegeben hat, so ordnen Wir an, daß während der Calvarienandacht die gedachte Statue fortan nur von den Vätern Franziskanern getragen werde. Wenn es bisher gebräuchlich war, daß Wallfahrer aus der Heimath Bilder oder Statuen mit sich führen, so kann dies auch fernerhin geschehen, und können dieselben auch von Jungfrauen, jedoch nur bis zur Calvarie getragen werden.

c) G. B. Nr. 139. I.

Der Guardian der Ehrwürdigen Väter Franziskaner auf dem St. Annaberge hat Uns angezeigt, daß verschiedene Störungen bei den Wallfahrten eingetreten seien, weil die durch die gedruckten Verordnungen Unseres Hochwürdigen General-Vicariat-Amtes Nr. 131. VIII. festgesetzte Ordnung nicht eingehalten worden ist. Demgemäß veranlassen Wir Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, in der mit Nächstem erscheinenden Nummer der gedruckten Verordnungen neuerdings den Ehrwürdigen Clerus auf die Wichtigkeit und Nothwendigkeit jener Anordnung hinzuweisen und deren genaue

Befolgung bei den bevorstehenden Ablassfesten auf dem St. Annaberge einzuschärfen.

Zugleich hat uns der P. Guardian die Anzeige gemacht, wie vielfacher Unfug dadurch getrieben werde, daß Rosenkränze, Kreuze u. dem Volke unter dem Vorgeben verkauft würden, dieselben seien von den PP. Franziskanern geweiht und mit Ablässen versehen. Bekanntlich widerspricht es den kirchlichen Bestimmungen, geweihte Gegenstände zu verkaufen¹⁾; es liegt also auf der Hand, daß jene Verkäufer sich ein betrügerisches Spiel mit der Frömmigkeit des Volkes erlauben. Auch hierauf werden die Seelsorger aufmerksam zu machen sein, um nöthigen Falles dem Volke die entsprechende Belehrung zu ertheilen.

Der Fürst-Bischof.

Breslau, den 31. März 1862.

† Heinrich.

Anmerkung. Nach § 10 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 bedürfen kirchliche Prozeffionen, wenn sie in der „hergebrachten Art“ stattfinden, nicht der polizeilichen Genehmigung. Die hergebrachte Art läßt sich nur nach dem, was für sie wesentlich ist, bestimmen. Unwesentliche Abweichungen lassen begriffsmäßig die hergebrachte Art unberührt. Eine Prozeffion wird der andern niemals vollständig gleichen; das Hergebrachte kann also nicht in einer vollständigen Uebereinstimmung in allen nebensächlichen Punkten bestehen. Wenn der Ministerialerlaß vom 26. August 1874 verlangt, daß sich Prozeffionen nach Zeit, Ort, Form und Bedeutung genau innerhalb der hergebrachten Grenzen bewegen, so ist dies mit der eben genannten Einschränkung auf die wesentlichen Merkmale zu verstehen. — Auch nach dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes kann sich eine „hergebrachte Art“ von Prozeffionen bilden (vgl. Päd. Seelsorger, Jahrg. 1900, S. 286 f. u. 533 f.).

Neunter Abschnitt. Reliquien-Verehrung.

Nr. 266. Decretum S. C. Indulgentiarum.

G. B. Nr. 325. III.

Reliquiae antiquae, quarum Litt. authenticae non amplius habentur, conservandae sunt in eadem veneratione, in qua hactenus fuerunt.

Episcopus Jacensis in relatione status suae Ecclesiae sequens postulatam exhibuit Sacrae Congregationi Concilii die 27. Aprilis 1894, quod ab eadem Sacra Congregatione ad hanc indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositam transmissum fuit, nimirum: — Sunt plures Reliquiae in pretiosis argenteis thecis inclusae, fere in omnibus Ecclesiis Dioecesis, etsi pauperrimis, quarum authenticae non habentur, nec notitia habetur eas olim extitisse, nec tempus cognoscitur a quo illae Reliquiae possidentur. Numerus earum, praesertim in ecclesia paroch. vulgo Siresa, quae per aliquod tempus residentia fuit Episcoporum Oscensium tempore invasionis mahometanorum, est considerabilis, et quamvis thecae antiquitatem redoleant, in archivis tamen parochiarum, vel in historiis nullum extat certum documentum earumdem authenticitatem comprobans. — Magna tamen pietate a populis coluntur, ita ut nequeat sine scandalo hic cultus prohiberi. Cum igitur antiquissimae sint, ita

¹⁾ wobei die Ablässe verloren gehen.

ut ipsa antiquitas possit constituere argumentum sufficiens ad certitudinem moralem gignendam, et apud omnes in maxima semper fuerint et sint veneratione, opinatur Episcopus orator huiusmodi cultum permitti posse: ad omnem tamen anxietatem tollendam, implorat quoad hoc iudicium S. V.

Quibus praefata Sacra Congregatio Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praeposita, omnibus perpensis, ita respondendum censuit die 20. Januarii 1896: „Reliquias antiquas conservandas esse in ea veneratione in qua haecenus fuerunt, nisi in casu particulari certa adsint argumenta eas falsas vel supposititias esse“.

Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. Congregationis die et anno uti supra.

A. Card. Steinhuber, Praefectus.

V. Archiep. Nicopolit., Secretarius.

Nr. 267. Decretum S. R. C.

de iis, quae inter insignes reliquias adnumeranda sunt.

Q. B. Nr. 368. I.

A pluribus locorum Ordinariis Sacrae Rituum Congregationi sequentia dubia diluenda proposita sunt; videlicet:

Dubium I. Utrum pars anterior brachii, quae antibrachium dicitur, ab alia parte superiori eiusdem brachii separata, haberi possit uti Reliquia insignis?

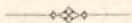
Dubium II. Utrum idem sit dicendum de eadem parte superiori brachii, quatenus nempe et ipsa uti insignis Reliquia haberi queat?

Dubium III. Utrum cor, lingua, manus, si ex miraculo intactae conserventur, haberi debeant uti Reliquiae insignes?

Et Sacra Rituum Congregatio, re mature perpensa exquisitoque voto Commissionis Liturgicae, ad tria proposita dubia rescribendum censuit:

„Affirmative.“ Et ita respondit ac declaravit.

Die 27. Junii 1899.



Vierter Theil. Verwaltung.

Erster Abschnitt. Fürstbischöfl. Commissarien, Erzpriester, Actuarii Circuli¹⁾.

Nr. 268. Revision der Erzpriester durch die Fürstbischöfl. Commissarien.

G. B. Nr. 233. XII. vom 29. December 1884.

In Rücksicht auf die schwere Arbeitslast, welche bei gegenwärtigen Verhältnissen auf den Fürstbischöflichen Commissarien ruht, werden wir uns bis auf weiteres begnügen, wenn dieselben in den ihnen unterstellten Archipresbyterats-Kirchen und Pfarreien alle zwei oder drei Jahre die canonische Visitation abhalten²⁾.

Nr. 269. Rechte und Pflichten der Erzpriester im allgemeinen.

Litterae Pastorales d. d. 4. November 1856. § 28.

De officiis archipresbyteri praecepta specialia et ampliora quum edicenda et in acta synodi dioecesanæ redigenda³⁾ sint, haec tantum moneantur:

- 1) princeps esse archipresbyteri officium vigilare in personas, unde fraternæ correctionis saluberrimum munus exoritur, et rerum ecclesiasticarum curam gerere;
- 2) in rebus ecclesiasticis quaestiones, querelas, lites, quæ minoris sunt momenti, ad forum archipresbyteri pertinere et ab hoc in casu dubio vel circa ius ancipite ad Nos deferendas esse;
- 3) archipresbyteri visitationes spectare etiam ad ecclesias monasteriorum, ad oratoria privata, ad sacella, quæ sunt in custodiis et ergastulis, postquam superioribus, dominis magistratibusve hac de re nuntiatum est;
- 4) distributionem sanctorum oleorum in paraseve quum solemniter fieri ritus expostulet, mensa in ecclesia paretur albis lintea-

¹⁾ Vgl. zu diesem Abschnitt Paemmer a. a. O. 270 ff.

²⁾ Nach G. B. Nr. 26. II. und 117. III. war diese Revision alljährlich vorgeschrieben.

³⁾ Instructio pro Archipresbyteris seu Decanis Episcopatus Wratislaviensis d. d. 29. Januarii 1858.

mentis tegenda, unde olea archipresbyter dispertiat, dum cantatur: O crux ave! vel psalmus: Deus meus, respice in me! vel: Stabat mater etc. Oleorum autem asportatores qui clerici esse desiderantur, oleo accepto protinus in parochias suas redeant.

Nr. 270. Erzpriesterliche Visitationen

a) der Strafanstalten.

α. G. B. Nr. 80. III.

Es waren Zweifel entstanden, ob die Erzpriester auch die in ihrem Sprengel befindlichen königlichen Strafanstalten, bei welchen Geistliche behufs Ausübung der Seelsorge angestellt sind, zu visitiren hätten. Um diese Zweifel zu beheben, wendeten sich Seine Fürstbischöfliche Gnaden an den königlichen Ober-Präsidenten, Herrn Freiherrn von Schleinitz, Excellenz, und wurde von Hochdemselben nachstehende Antwort ertheilt:

Euer Fürstbischöflichen Gnaden erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 23. December pr. ganz ergebenst, daß gegen die Vornahme von Revisionen der bei den Strafanstalten angestellten katholischen Geistlichen in Bezug auf die spirituelle Verwaltung der Seelsorge durch die zuständigen Erzpriester durchaus kein Bedenken obwaltet, wenn, wie ich voraussetzen darf, die streng festzuhaltende Hausordnung in den Strafanstalten dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt und von jeder beabsichtigten Revision den Strafanstalts-Directoren vorher Mittheilung gemacht wird.

Die letzteren sind durch die königlichen Regierungen hiernach mit Anweisung versehen worden.

Breslau, den 12. März 1856.

Der königliche Wirkliche Geheime Rath und
Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

(gez.) v. Schleinitz.

An
den Fürstbischof von Breslau, Herrn Dr. Förster,
Fürstbischöfliche Gnaden

O. P. 1578. hier.

Indem wir die Herren Erzpriester und Strafanstalts-Geistlichen mit diesem Schreiben bekannt machen, erwarten wir, daß dieselben die in ihm enthaltenen Bestimmungen sorgfältig beachten werden.

Die Visitations-Protokolle sind Seiner Fürstbischöflichen Gnaden zu übersenden.

β. G. B. Nr. 309. I.

Die Herren Erzpriester erlaube ich, die jährlichen Visitationen nach wie vor auch auf die Seelsorge der bei den königlichen Straf- und Gefangenen-Anstalten angestellten katholischen Geistlichen auszudehnen, und bedarf es nach Gener.-Vicar.-Verordnung Nr. 80. III. nur der jedesmal vorherigen Mittheilung an die Herren Anstalts-Directoren über die beabsichtigte Revision¹⁾. Ob die jährliche Revision stattgefunden

¹⁾ Vgl. Ministerial-Erlaß vom 14. Juli 1900. Ist zu dieser Revision eine besondere Dienstreise erforderlich, so werden die verordnungsmäßigen Tagegelder und Reisekosten gewährt. (Anzeiger f. d. t. Geistlichkeit. Frankfurt a. M., 1900, S. 271.)

habe, bildet zudem eine der Fragen, welche die Anstaltsgeistlichen laut Formulars für den Jahresbericht an die vorgesetzte Staatsbehörde zu beantworten haben.

Breslau, den 6. Juni 1895.

Der Fürstbischöf.
G. Card. Ropp.

b) der Anstalten mit Gottesdienst oder Religionsunterricht.

G. B. Nr. 320. II.

Breslau, den 13. April 1896.

Unter Bezugnahme auf meine Verordnung vom 6. Juli v. J. (Verord.-Blatt Nr. 309. I.) ersuche ich die Herren Erzpriester bezw. die fürstbischöflichen Commissarien wiederholt, die jährlichen Visitationen auf alle in dem betreffenden Pfarrsprengel befindlichen Anstalten, in welchen katholische Seelsorge ausgeübt¹⁾ oder katholischer Religionsunterricht²⁾ erteilt wird, auszudehnen. Die betreffenden Anstaltsleiter sind von dem Visitationstermine vorher rechtzeitig in Kenntniß zu setzen, und ist der Befund in Separatberichten anher mitzutheilen. Der Fürstbischöf.
G. Card. Ropp.

c) der für erloschen erklärten Pfarreien.

Fürstbischöfl. Erlaß vom 27. November 1899.

Die Herren Erzpriester haben wenigstens jedes zweite Jahr eine Visitation der für erloschen erklärten Pfarreien³⁾ vorzunehmen, und dabei auch den baulichen Zustand der vorhandenen kirchlichen, pfarrlichen und sonstigen der betreffenden Pfarrei gehörigen Gebäude festzustellen. Bei dieser Visitation kann ein Sachverständiger herangezogen werden. Auch den übrigen in diesen Pfarreien bestehenden und aus den betreffenden Regulativen ersichtlichen besonderen Verhältnissen ist dabei Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die durch diese Visitation erwachsenden unvermeidlichen Kosten werden bei dem Mangel anderer Fonds oder Mittel aus dem Centralfonds zu bestreiten sein.

Nr. 271. Kassenrevision.

a) G. B. Nr. 26. II. vom 1. August 1851.

Se. Eminenz, unser Hochwürdigster Ordinarius, haben in Folge der im Jahre 1849 angeordneten außerordentlichen Kassen-Revision, sowie der von uns formirten Anträge, und da zu durchgreifenderen Abänderungen erst nach der Regelung der Patronats-Verhältnisse und der gänzlichen Auseinandersetzung mit dem Staate würde geschritten werden können, behufs einer besseren Verwaltung des Kirchen- und Fundations-Vermögens Nachstehendes anzuordnen für gut befunden:

a) Die Kassen-Revisionen bei den Erzpriestern sind nicht mehr durch die Actuarii Circuli, sondern durch den betreffenden Commissarius vorzunehmen;

¹⁾ Vergl. G. B. Nr. 138. II. und 143. VI.

²⁾ Mit Ausnahme der höheren Lehranstalten, Lehrer-Seminarien und Präparanden. Siehe oben S. 69, Nr. 67.

³⁾ Vergl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899 S. 51. 52. Zur Verwaltung des Vermögens der für erloschen erklärten Pfarreien besteht unter dem Vorstich des General-Vikars eine besondere Kommission, an welche alle Anträge, die eine solche Pfarrei betreffen, zu richten sind. Siehe G. B. Nr. 65. III.

- b) hinsichtlich der Fürstbischöflichen Commissarien ist dies einem der benachbarten Commissarien von uns zu übertragen;
- c) die Revisoren haben auf Grund ihrer obliegenden Verpflichtung die betreffenden Revisionen mit unnachsichtlicher Strenge vorzunehmen und vorkommende Unordnungen uns sofort anzuzeigen;
- d) außer den gewöhnlichen Visitationen haben die Erzpriester resp. die Fürstbischöflichen Commissarien jährlich bei einem Theile der ihnen untergeordneten Kassen unangekündigte außerordentliche Revisionen vorzunehmen;
- e) es ist die pünktliche Einreichung der Protokolle der jährlichen Kassen-Revision besonders zu überwachen und bei sich herausstellender Unordnung ein Commissar mit der Untersuchung an Ort und Stelle zu beauftragen;
- f) (Die hier in Erinnerung gebrachte Vorschrift, daß das Sundations-Vermögen durch den Pfarrer allein, nicht durch das Kirchenkollegium zu verwalten sei, ist durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 in Wegfall gekommen. Es können aber auch jetzt noch dem Pfarrer allein gewisse Rechte stiftungsmäßig vorbehalten werden, z. B. die Auswahl der aus einer Stiftung zu betheilenden Schulkinder oder Armen und dergleichen, da der Kirchenvorstand die Stiftungen nur in vermögensrechtlicher Beziehung zu vertreten hat.)
- g) damit die Kapläne und andere Hülfsggeistliche, schon bevor sie zu einer selbstständigen Pfarr-Verwaltung gelangen, Gelegenheit erhalten, von der Verwaltung des Kirchen-Vermögens sich praktisch zu unterrichten, sind dieselben zu den Kassengeschäften der Pfarreien in der Art zuzuziehen, daß sie bei den Sitzungen des Kirchenkollegiums, jedoch ohne Sitz und Stimme, anwesend sind, und daß der Pfarrer ihnen unter seiner Anleitung Abfassung von Rechnungen, Führung von Journalen und andere einzelne Kassengeschäfte übertragen kann;
- h) bei der Pfarr-Concurs-Prüfung ist die Kenntniß der über die Kassen-Verwaltung bestehenden Bestimmungen, sowie der auf dieselbe sich beziehenden Grundsätze und Gegenstände nach wie vor als ein besonderer Zweig dieser Prüfung zu behandeln.

Indem wir diese Ordinariats-Beschlüsse zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bringen, weisen wir die Herren Fürstbischöflichen Commissare, Erzpriester, Pfarrer und beziehungsweise Kirchen-Kollegien hierdurch an, bei vorkommenden Revisionen resp. Verwaltung der Kirchenkassen dieselben genauestens zu beobachten, und werden wir in einzelnen Fällen die nothwendigen Anordnungen treffen, sowie die erforderlichen Verfügungen erlassen.

b) G. B. Nr. 185. X. vom 13. April 1870.

Wir sind durch mannigfache mißliebige Erfahrungen veranlaßt, den Herren Erzpriestern und anderen Visitatoren kirchlicher Kassen die stricte Befolgung unserer Verordnung I. IV. in Betreff einer ordnungsmäßigen Vermögensverwaltung einzuschärfen und weisen dieselben namentlich an, bei jeder Revision der Kirchenkassen genau die Journale und die Kassen-

bestände zu prüfen und den Herren Rechnungslegern die Versicherung abzunehmen, daß Letztere Gelder, welche ihnen in Folge ihrer Stellung übergeben sind, außer den gebuchten und in Rechnung gestellten, nicht hinter sich haben.

c) G. B. Nr. 218. II. Jb. Erlaß vom 17. Juni 1882.

Das Recht der Herren Erzpriester, bei den Visitationen auch die Verwaltung des Kirchenvermögens zu prüfen, und die entsprechende Pflicht ist durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 nicht berührt und nicht geändert. Der § 154. II. 11. A. L. R. lautet:

Besonders müssen die Aufseher (Erzpriester) die Kirchenvisitationen ordentlich und sorgfältig vornehmen, dabei auch von der Beschaffenheit und Verwaltung des Kirchenvermögens, sowie von dem Baustande der Kirchen- und Pfarrgebäude genaue Erkundigung einziehen und davon — ihren vorgesetzten Oberen treulich berichten.

Die gesetzlichen Aufsichtsrechte der bischöflichen Behörde über die Vermögens-Verwaltung in den Kirchengemeinden dauern nach §§ 47, 48, 58 des Gesetzes von 1875 fort.

An
Ein Hochwürdiges General-Vicariat
G. R. 1415.

Fürst-Bischof
† Robert.

Nr. 272. Vorschriftsmäßige Angaben in den Visitations-Protokollen¹⁾.

Das mit G. V. Nr. 220. VI. ausgegebene Schema zu Visitations-Protokollen, welches heute noch maßgebend ist, enthält eine Reihe Erläuterungen, welche zugleich eine Anweisung für Abhaltung der Visitation sind.

a) Benachrichtigung der Kirchen-Patrone und Kirchengemeinde von der bevorstehenden Visitation. G. B. Nr. 14. IV. vom 3. April 1850.

Es ist zwar schon eine alte Vorschrift, daß zu den jährlichen Kirchenvisitationen die Herren Patrone, resp. deren Vertreter von den betreffenden Pfarrern rechtzeitig eingeladen und auch die Gemeindeglieder von der Kanzel mit Abhaltung der Visitation bekannt gemacht werden sollen. Der Umstand jedoch, daß in sehr vielen Fällen bei den Visitationen weder Patrone, resp. Patronats-Repräsentanten, noch Gemeinde-Deputirte erscheinen, und noch öfter in den Protokollen keine Erwähnung geschieht, ob eine Anmeldung, resp. Bekanntmachung der Visitation erfolgt sei, läßt uns vermuthen, daß die diesfällige Vorschrift immer noch nicht gehörig befolgt wird, weshalb wir selbige hiermit aufs neue einschärfen. Die Herren Erzpriester werden darauf zu halten haben, daß dieser Verordnung Genüge geschieht, insbesondere in den Fällen, wo bauliche Bedürfnisse bei Kirche, Pfarrei und Küsterei obwalten und zu erledigen sind, und ist in diesen Fällen das Nöthige über die Art und Weise der Erledigung zu verhandeln und im Protokolle zu deponiren.

b) Bezeichnung der Kirchenpatrone. G. B. Nr. 264. VII. vom 30. September 1890.

Die Herren Erzpriester bezw. Fürstbischöflichen Commissarien und Archipresbyteratsvertreter wollen künftig stets in den Visitations-Ver-

¹⁾ Die Formulare hierzu sind erhältlich in der Druckerei der Schlesischen Volkszeitung in Breslau.

handlungen eine genaue Bezeichnung der Kirchenpatrone nach Namen, Stand und Wohnort aufnehmen und zwar für die Hauptkirche im Eingange der Verhandlung in der Rubrik 1, für die Nebenkirchen in der Rubrik I. Nr. 3.

c) Leitung und Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes.

G. B. Nr. 271. III. vom 28. April 1891¹⁾.

In den jährlichen Visitationsberichten ist an der entsprechenden Stelle über folgende Fragen Auskunft zu ertheilen:

1. Wer ertheilt in den einzelnen katholischen Schulen den schulplanmäßigen katholischen Religionsunterricht?
2. Wie oft hat der Pfarrer, wosfern er diesen Religions-Unterricht nicht selbst ertheilt, im abgelaufenen Jahre den schulplanmäßigen Religionsunterricht behufs Wahrnehmung der Leitung desselben besucht?
3. Welche Wahrnehmungen sind im Falle Nr. 2 gemacht bezw. wie sind dieselben verfolgt?

d) Angabe der sozialen Vereine. G. B. Nr. 360. IV. vom 15. September 1899.

Im hohen Auftrage Seiner Eminenz veranlassen wir die Hochwürdigsten Herren Fürstbischöflichen Commissarien und Erzpriester hierdurch, in den Kirchenvisitations-Verhandlungen unter der Rubrik:

„II. f. Sonstige Angaben“

bezüglich der in den einzelnen Pfarochien bestehenden Bruderschaften und Vereine fortan

a) über Bruderschaften und sonstige kirchliche Vereine,

b) über soziale Vereine

getrennt zu berichten.

e) Angaben über Besuch des Gottesdienstes und der Schulmesse. G. B. Nr. 268. I. Vergl. oben Nr. 49, S. 41.

f) Angabe der Gottesdienstordnung. G. B. Nr. 6. VIII.

Vergl. oben Nr. 85, S. 89.

g) Angabe über Befund der Meß-Intentions-Verzeichnisse.

G. B. Nr. 202. XIII. und 306. VII.

Vergl. oben Nr. 173, S. 162.

h) Angabe über Neuanschaffungen oder Bauten. G. B. Nr. 247. I., 277. VI., 332. II. Vergl. unten Abschnitt: Bauten.

i) Angabe über Testamente der Geistlichen. G. B. Nr. 291. III., 361. II., 372. I.

Vergl. unten Abschnitt: Standespflichten der Geistlichen.

k) Visitator soll das Erforderliche anordnen, wenn noch Stiftungs-Urkunden oder die amtliche Genehmigung fehlen. G. B. Nr. 32. VII.

Vergl. oben Nr. 175, S. 163.

¹⁾ Zu G. B. Nr. 271. III. vgl. Fürstb. Erlaß v. 26. Februar 1894. Oben Nr. 56c, S. 60.

l) Versicherung kirchlicher Gebäude gegen Feuergefähr. G. B. Nr. 236. IV.
Vergl. unten Abschnitt: Versicherung.

m) Prüfung der Kirchenbücher. G. B. Nr. 228. VI.
Vergl. unten: Pfarramtliche Bücher.

n) Angabe, ob die Wiedmuth in Selbstbewirthschaftung oder verpachtet ist, ob schriftliche und amtlich genehmigte Pachtverträge vorhanden, ob seit der letzten Visitation statt der Selbstbewirthschaftung Verpachtung eingetreten ist.

G. B. Nr. 109. VII., 123. VIII., 334. V.

Vergl. unten: Verpachtung der Wiedmuth.

o) Visitator soll bemerken, ob die Kirchhöfe im Eigenthum der Kirche sind, ob Nichtkatholiken darauf beerdigt werden, ob Grabsteuergelder erhoben und wo sie verrechnet werden. G. B. Nr. 112. IV., 158. I.

Vergl. unten unter: Kirchhöfe.

Nr. 273. Beibericht zu den Visitationsprotokollen.

G. B. Nr. 144. IX. vom 16. März 1863.

Es ist durchaus nothwendig, daß die Herren Kreis=Erzpriester resp. kirchlichen Visitatoren in ihren Beiberichten sich über die geschehenen Visitationen gutachtlich äußern, ihre Bemerkungen beifügen und besonders jene Mängel hervorheben, die baldigst zu beheben sind. Wir erwarten, daß dieser unserer Anordnung allseitig Rechnung getragen werden wird.

Nr. 274. Archipresbyterats-Convente.

a) Litterae Pastorales d. 1. Martii 1855. § 13.

Ad conservandam augendamque inter presbyteros concordiam et fraternam dilectionem, ad mutuam cujusvis virtutis aedificationem, ad laetissimum pastoralis curae progressum magnam certe utilitatem praebent conferentiae sive conventus, quibus omnes qui in singulis decanatibus degunt presbyteri, etiam pastoralis munere soluti, adesse tenentur sub titulo vel officii vel invitationis. Neque tamen istud quod commemoravimus emolumentum apparebit, nisi omnes, qui conventui intersunt, eo curam velint intendere, ut materia ad discutiendum utilis proponatur, vel e theologia theoretica vel a pastoralis usu eligenda, deinde ut omissis quibuscumque argutiis et captionibus et casuum figmentis, quae singuli in cura animarum experti sunt memorabilia in communem notitiam ac mutuam disquisitionem proveniant, ut denique internae etiam sacerdotalis vitae necessitatibus consulatur.

b) Litterae Pastorales d. 4. Novembris 1856. § 12.

Atque ista quidem clericalis doctrina quo magis floreat et excolatur, praeterea conventus habeantur, ubi propositiones ex universa theologia desumtae vel oppugnando et defendendo illustrentur, vel familiari colloquutione explanentur, ubi libri ad clericalem eruditionem idonei mutuo seu per orbem legendi proponantur. Idecirco eiusmodi conventus, quorum apud Belgas et Franco-Gallos exempla prostant

imitanda, illis praecipue clericis utilitatem afferunt, qui reddituum modicorum causa multos libros emere non possunt.

c) Der Convent soll besonders ein oder mehrere Themata aus dem Bereiche der praktischen Seelsorge behufs ihrer Bearbeitung im Laufe des Jahres und Besprechung auf dem nächstjährigen Convente aufstellen. G. B. Nr. 7. V. u. 195. VII.

d) Diejenigen Herren Kapläne, welche zur Bewerbung des Steiner'schen Predigtpreises berechtigt sind, aber keine Arbeit einsenden, sollen bei dem jährlichen Archipresbyterats-Convente entweder ein ausgearbeitetes Predigt-Thema oder eine andere ihre amtliche Thätigkeit berührende schriftliche Arbeit einliefern.

G. B. Nr. 44. IV., siehe oben S. 35.

e) Abschrift der Convents-Verhandlungen. G. B. Nr. 271. IV. vom 28. April 1891.

Die Herren Erzpriester werden hierdurch ersucht, von jetzt ab mit der jährlichen Convents-Verhandlung gleichzeitig eine Abschrift derselben an uns einzureichen, welche letztere durch uns dem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof zur hohen Kenntnißnahme unterbreitet werden soll.

Nr. 275. Anzeige über die erfolgte Investitur eines Pfarrers.

G. B. Nr. 246. II.

Breslau, den 26. November 1887.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle die Herren Erzpriester bzw. Archipresbyterats-Verweser veranlassen, die Anzeige von der erfolgten Investitur eines Pfarrers sofort am Tage der Investitur zu erstatten, auch wenn es nicht möglich ist, die Uebergabe-Verhandlungen sammt dem Berichte gleichzeitig einzusenden.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Vorstehender hoher Erlaß wird den Herren Erzpriestern zur pünktlichen Nachachtung empfohlen.

An

mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt

G. B. 5069. I. C. 16

hier.

Nr. 276. Zurücksendung der Investitur-Urkunden.

G. B. Nr. 99. I. vom 1. Februar 1858.

Wir finden uns veranlaßt, eine bereits früher namentlich mittelst Circular-Verfügung vom 28. Juni 1791 erlassene Anordnung in Erinnerung zu bringen, nach welcher Investitur-Urkunden und definitive Anstellungs-Dekrete bei eingetretenem Todesfalle, Resignation u. s. w. der Pfarrer, Kuraten und anderer mit Anstellungs-Dekreten versehenen Kirchenbeamten zu unseren Akten einzusenden sind. Wir beauftragen daher die resp. Kreis-Erzpriester bei Veränderungen dieser Art dafür zu sorgen, daß die bezeichneten Urkunden anher eingereicht werden.

Nr. 277. Bauliche Revision der Pfarrhäuser.

G. B. Nr. 270. III.

Breslau, den 21. März 1891.

Der bauliche Zustand einer großen Anzahl von Pfarrhäusern entspricht zu meinem lebhaften Bedauern auch den mäßigsten Forderungen

der Hygiene nicht. Es sind darüber öfters Klagen an mich gelangt; in einigen Fällen verschulden diese Verhältnisse den frühzeitigen Tod von Pfarrern, in vielen lästige, die Amtskraft und Amtsfreudigkeit lähmende Krankheiten. Ich muß daher dringend wünschen, daß die Herren Erzpriester bei den Revisionen auf den Bauzustand der Pfarrhäuser ihr Augenmerk lenken und darüber mir, besonders über die hygienischen Verhältnisse dieser Häuser, berichten. In Fällen, in welchen die bezeichneten Uebelstände vorliegen, sind ungesäumte Anträge auf durchgreifende Remedur bei den zuständigen Stellen einzureichen.

Mein hochwürdiges General-Vicariat ersuche ich ergebenst, dies dem hochwürdigem Diöcesan-Clerus bekannt zu geben.

An
das hochwürdiges General-Vicariat-Amt
G. R. 1761. hiersebst.

Der Fürstbischöf.
† Georg.

Nr. 278. Einsendung der Collecten und milden Gaben.

a) G. B. Nr. 227. VI. vom 9. November 1883.

Die Herren Erzpriester werden hierdurch angewiesen, bei Einsendung von Collectengeldern ein Verzeichniß mit einzureichen, aus welchem ersichtlich wird, mit welchem Beitrag jede einzelne Pfarrei ihres Sprengels sich bei der Sammlung theilhaftig hat.

Zugleich bringen wir in Erinnerung (cf. amtliche Verordnung Nr. 176. VI.), daß der Ertrag der von uns ausgeschriebenen Kirchen-Collecten auch direct an uns zu gelangen hat.

b) G. B. Nr. 282. V. vom 12. Mai 1892.

Die immer noch häufig vorkommende Unterlassung der Beifügung specieller Nachweisungen bei Einsendung der Collecten und die dadurch entstehende Erschwerung der Kassenverwaltung veranlassen uns, die Herren Erzpriester nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß die Erträge der verschiedenen Kirchen-Collecten, sowohl der feststehenden als auch der besonders ausgeschriebenen, sowie der sonst eingesammelten milden Gaben (cf. Verordnung Nr. 280. V.)¹⁾ zwar mittelst Geldcouvert oder Postanweisung zusammen an die Bisthums-Hauptkasse eingesandt werden können, daß aber hierzu **besondere Nachweisungen**, wie dies wiederholt, insbesondere aber in Nr. 145. VIII., 179. VI., 240. VI. und 266. IV. angeordnet worden ist, gleichzeitig beigelegt werden müssen, da eine allgemeine tabellarische Uebersicht nicht genügt.

c) G. B. Nr. 285. VI. vom 8. October 1892.

Die Einsendung der Kirchen-Collecten an die Bisthums-Hauptkasse geschieht von einem Theile der Herren Erzpriester noch immer mittelst einer einzigen Specification auf einem und demselben Bogen, statt je einer be-

¹⁾ Betrifft Uebergang der früheren Collecten-Affervation an die Bisthums-Hauptkasse, so daß diese jetzt die Sammelstelle für alle Collecten und milden Gaben ist, sofern für letztere keine besondere Sammelstelle besteht, wie beim Bonifatius-Verein und Kindheit-Jesu-Verein. Uebrigens übermitteln die Bisthums-Hauptkasse Beträge, welche für den Bonifatius- oder Kindheit-Jesu-Verein bei ihr eingehen, an die besonderen Sammelstellen weiter.

sonderen Nachweisung, wodurch der gedachten Kasse große Schwierigkeiten und Belästigung bereitet werden.

Wir sehen uns darum wiederholt veranlaßt, auf die Bestimmungen in unseren Verordnungen Nr. 239. V., sowie auch in Nr. 145. VIII., 179. VI., 240. VI. und 266. IV. zu verweisen; im Falle der Nichtbeachtung aber würden die betreffenden Herren die Rücksendung der Nachweisungen zu gewärtigen haben.

Nr. 279. Einsendung der Communikanten-Listen.

G. B. Nr. 10. II. vom 9. Juli 1849.

Nachdem uns Seitens Sr. Fürstbischöflichen Gnaden, unsers Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs Melchior der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß die Communikanten-Listen künftig unmittelbar an Hochdenselben eingereicht werden, so setzen wir die Herren Erzpriester hiermit zur Nachachtung davon in Kenntniß.

Nr. 280. Anzeige des Todes von Diöcesan-Priestern.

G. B. Nr. 218. VI. vom 7. Juli 1882.

Da es mehrfach vorgekommen ist, daß wir Todesfälle von Diöcesan-Priestern nur aus den Zeitungen erfahren haben, so erinnern wir hierdurch die Herren Erzpriester oder deren Stellvertreter an die Pflicht, Todesfälle von Concircularen schleunigst uns anzuzeigen¹⁾. Sind beide, Erzpriester und Actuarius Circuli nicht vorhanden, so muß der Nachbarpfarrer des Verstorbenen diese Pflicht der Anzeige übernehmen.

Nr. 281. Meldung des Todes bzw. Wechsels eines Benefiziaten

a) beim Patronate. G. B. Nr. 2. IV. vom 18. Februar 1848.

Da die Kirchenpatronate ein wesentliches Interesse haben, von den bezüglich der Verwalter der resp. Pfarreien vorgehenden Veränderungen ohne Verzug in Kenntniß gesetzt zu werden, so weisen wir die Herren Erzpriester hiermit an, von jedem Wechsel des Pfarrgeistlichen auf einer Pfarrei oder Curatie ihres Bezirkes nach erfolgter Uebergabe der Stelle dem betreffenden Kirchenpatronate sofort Anzeige zu machen.

b) bei der Kgl. Regierung. G. B. Nr. 179. III. vom 22. Mai 1869.

Die Kgl. Regierung hat in einem Schreiben an uns den Wunsch ausgesprochen, jedesmal alsbald davon in Kenntniß gesetzt zu werden, wenn ein Pfarrbenefizium vacant wird. Sie giebt an, daß in der Regel die Herren Erzpriester nur die in Folge von Todesfällen, nicht aber in anderer Weise eingetretenen Erledigungen zur Anzeige bringen, und sie den Pfarrwechsel oft erst bei Revision der Rechnungen erfahre, sie jedoch, abgesehen von allem Anderen, schon als Schulaufsichtsbehörde ein nahe liegendes Interesse daran habe, den jeweiligen Pfarrverwalter zu kennen.

Mit Rücksicht hierauf beauftragen wir die H.H. Erzpriester, der Königl. Regierung in jedem Falle, wenn ein Benefizium durch Tod, Resignation, Versetzung u. s. w. erledigt wird, die diesfällige Anzeige unter Mittheilung des derzeitigen Benefiziaten oder Administrators zu machen²⁾.

¹⁾ Und zwar doppelt. Vergl. G. B. Nr. 13. VI.

²⁾ Vergl. G. B. Nr. 33. III. wegen Gehalts-Zuschüssen aus königlichen Kassen.

c) beim Oberpräsidenten, falls das Benefizium landesherrlichen Patronats ist.

G. B. Nr. 37. II. vom 9. October 1852.

Wir weisen hierdurch die Herren Erzpriester resp. Actuarii Circuli an, eingetretene Erledigung derjenigen Curat-Benefizien, welche landesherrlichen Patronats sind, sofort dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz zur unmittelbaren Anzeige zu bringen. Unter gleichzeitiger Hinweisung auf die Nr. 2. IV. der gedruckten Verordnungen vom 18. Februar 1848, betreffend Anzeige an die Herren Kirchenpatrone überhaupt, erwarten wir genaue Befolgung dieser Anordnung.

Nr. 282. Meldung der Commoranten beim Erzpriester des Zirkels.

G. B. Nr. 35. VIII. vom 12. August 1852.

Es sind vielerlei Beschwerden eingegangen, daß Commoranten bei denjenigen Erzpriestern, in deren Sprengel sie ihr neues Domicil nehmen, sich nicht melden. Da dies oft zu Uebelständen führt, so verordnen wir, daß jeder Commorant, sei es persönlich oder sei es in Krankheitsfällen schriftlich, dem betreffenden Kreis-Erzpriester seine Ankunft, sowie seinen Wohnort zu melden und auf dessen Begehr sonstige Auskunft über seine persönlichen Verhältnisse zu geben hat.

Nr. 283. Berechtigung, Schriftstücke u. durch besondere Boten einzuziehen.

G. B. Nr. 23. IV. vom 31. Januar 1851.

Es ist bei uns vorgestellt worden, daß viele Pfarrgeistlichen bei Einreichung erforderter Schriftstücke, sowie bei Einsendung von Collecten die festgesetzten Termine nicht innehalten und die deshalb von den Herren Erzpriestern ausgehenden Excitatorien übel aufnehmen. Wir sehen uns dadurch veranlaßt, hiermit zu verordnen, daß jeder Fürstbischöfliche Commissarius, Erzpriester, sofern die von ihnen oder von uns zur Einlieferung von Schriftstücken oder Collecten festgesetzten Termine von den Herren Concircularen nicht innegehalten werden, befugt sein soll, auf Kosten der Säumnigen die einzureichenden Schriftstücke oder Gelder durch besondere Boten einzuziehen zu lassen.

Nr. 284. Revision der pfarrlichen Registratur, Sicherung derselben resp. kirchlicher Vermögensstücke beim Tode eines Pfarrers.

G. B. Nr. 340. II. vom 15. Januar 1898.

Es tritt sehr häufig der Fall ein, daß nach dem Tode eines Pfarrers die amtliche Registratur in großer Unordnung vorgefunden wird, weil durch eine Reihe von Jahren die amtlichen Schriftstücke nicht zu den betreffenden Akten geheftet worden sind. Abgesehen davon, daß hierdurch dem Nachfolger die Ordnung der Registratur sehr erschwert wird, gehen vielfach für die kirchlichen Institute höchst wichtige Dokumente, namentlich in Bezug auf Bau-Objervanzen und das Grundvermögen für immer verloren.

Auch sind wiederholt Beschwerden darüber uns zugegangen, daß pfarrliche Akten kein klares Bild über die Entwicklung oder den Verlauf einer Sache bieten, weil die Amtsvorgänger von Anträgen und Berichten keine Concepte zurückbehalten, ja nicht einmal eine Notiz zu den Akten gemacht haben.

Wir verpflichten deshalb die Herren Erzpriester wiederholt, bei Abhaltung der jährlichen Kirchenvisitationen mit aller Sorgfalt und Strenge darauf zu achten, daß die pfarrliche Registratur ordnungsmäßig geführt, alle amtlichen Schriftstücke regelmäßig zu den gehörigen Akten geheftet und diese an einem sicheren Orte verwahrt werden. — cf. Formular für die Visitations-Protokolle, Abschnitt IV. Lit. A.

Ferner erinnern wir hierbei die Archipresbyterats-Vorstände an die Vorschriften über das Verfahren beim Eintritt des Todes eines Pfarrers, wonach dieselben sich ohne Verzug in das Sterbehaus zu begeben haben, um in Gegenwart des stellvertretenden Vorsitzenden oder mehrerer Mitglieder des Kirchenvorstandes und der Hausgenossen bezw. der Erben des Verstorbenen die amtliche Registratur, sowie etwa im Nachlasse befindliche kirchliche Vermögensstücke zu sichern und hierüber eine Verhandlung aufzunehmen¹⁾.

Schließlich sehen wir uns genöthigt, nochmals auf den Erlaß Sr. Eminenz in Nr. 291. III. der Verordnungen, betreffend die Pflicht der Geistlichen, Testamente zu errichten und dieselben gerichtlich zu hinterlegen²⁾, hinzuweisen. Es ist dabei nicht maßgebend, ob Vermögen vorhanden ist oder nicht, sondern daß die Regelung des Nachlasses die Abwicklung der amtlichen Verpflichtungen erleichtert und Streitigkeiten vermieden werden, welche in allen Fällen ärgerlicher Natur sind und, wenn sie in Bezug auf den Nachlaß eines Geistlichen entstehen, das Ansehen des geistlichen Standes im hohen Grade schädigen.

Nr. 285. Wahlrecht bei der Wahl des Actuarius Circuli.

G. B. Nr. 351. III. vom 15. December 1898.

Seitens mehrerer Archipresbyterats-Convente ist an uns die Frage gerichtet worden, welche Geistliche aus dem Archipresbyterats-Sprengel im Falle der Erledigung des Amtes eines Actuarius Circuli zur Theilnahme an der Neuwahl eines solchen wahlberechtigt und welche wählbar sind. Im Einverständniß mit Sr. Eminenz ist die Frage von uns dahin entschieden worden, daß wahlberechtigt und zugleich wählbar nur die ordnungsmäßig investirten Pfarrer sind, andere Geistliche aber in keiner Weise mitzuwirken haben. Ueber etwaige Ausnahmefälle bleibt die Entscheidung der geistlichen Behörde vorbehalten.

Zweiter Abschnitt. Pfarrer und Seelsorgsgeistliche.

Nr. 286. Pfarrkonkurs-Prüfung und Bewerbung um Pfarreien.

a) G. B. Nr. 166. XIII. vom 2. Juli 1867³⁾.

Ungeachtet der klaren und ausdrücklichen Bestimmungen in unseren gedruckten Verordnungen Nr. 22. II. und Nr. 67. III., wonach Niemand vor Ablauf von drei in der Seelsorge zugebrachten Jahren und vor

¹⁾ Vergl. G. B. Nr. 13. VI.

²⁾ Vergl. unten Abschnitt: Standespflichten der Geistlichen.

³⁾ Vergl. G. B. Nr. 267. vom 23. December 1890.

genügend bestandenen Pfarr-Examen sich um ein Kuratbenefizium bewerben darf, sind in jüngster Zeit Präsentationen von solchen Geistlichen eingegangen, die dieser kirchlichen Anordnung nicht genügt haben. Se. Fürstbischöflichen Gnaden haben uns deshalb beauftragt, die gedachten Verordnungen mit der ausdrücklichen Androhung in Erinnerung zu bringen, daß, wer künftig sich um ein Kuratbenefizium bewirbt oder eine Präsentation dazu annimmt, ohne den vorgeschriebenen Requisiten genügt zu haben, nicht nur zurückgewiesen, sondern auch, weil er durch sein unzeitiges und ungehöriges Haschen nach Pfründen seine Unreise zur Verwaltung einer selbständigen Pfarrei oder Kuratie bekundet hat, erst nach vier Jahren zur Ablegung der qu. Prüfung zugelassen und überdies zur Abhaltung von achttägigen Exercitien de statu sacerdotali veranlaßt wird.

b) G. B. Nr. 59. VII. vom 24. August 1854.

Da viele präsentirte Pfarr-Administratoren zögern, die kirchlich vorgeschriebene Pfarr-Concurs-Prüfung abzulegen, so haben im Befolg kirchlicher Vorschriften Se. Fürstbischöfliche Gnaden befohlen, daß solche Säumige zur pünktlichen Prüfungsablegung angehalten und wenn sie innerhalb Jahresfrist zur Ableistung der bezeichneten Prüfung sich nicht eingestellt, oder in derselben nicht bestanden haben, von der selbständigen Verwaltung der Pfarodie entfernt werden.

Indem wir dies zur allgemeinen Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß unsererseits nach dieser Anordnung vorkommenden Falles verfahren werden wird.

Nr. 287. Bewerbung um eine Stelle als Militärgeistlicher oder an einer staatlichen Anstalt.

G. B. Nr. 256. III. vom 11. Juli 1889.

Se. Fürstliche Gnaden haben uns beauftragt, den Erlaß des verewigten Fürstbischofs Robert vom 24. September 1884 in Nr. 233. IV. unserer Verordnungen zu erneuern, wonach jeder Priester unserer Diöcese, welcher sich um eine Stelle als Militärgeistlicher oder an einer staatlichen Anstalt (als Strafanstaltsgeistlicher, Religionslehrer an höheren staatlichen oder kommunalen Lehranstalten u.) zu bewerben beabsichtigt, zunächst dem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof davon Anzeige zu machen hat. Die Genehmigung zur Annahme einer solchen Stelle wird von dem gegenseitigen Einvernehmen des Herrn Fürstbischofs und der zuständigen weltlichen Behörde abhängen.

Nr. 288. Form der patronatlichen Präsentation.

G. B. Nr. 11. VII. vom 8. November 1849.

Es kommt immer noch vor, daß patronatliche Präsentations-Urkunden zu kirchlichen Stellen von uns zurückgewiesen werden müssen, weil darin die das eigentliche Sachverhältniß nicht bezeichnenden, vielmehr zurückkenden Ausdrücke „Bociren“, „Denominiren“, „Ernennen“, „Berufen“, u. s. w. gebraucht sind.

Der kirchlich allein gültige Ausdruck ist „präsentiren“, und genügt es zur Vollständigkeit derartiger Urkunden vollkommen, wenn in ihnen

gesagt ist, daß nach dem Ableben oder der anderweitigen Beförderung oder der Amotion des R. N. zu der dadurch vacant gewordenen Stelle Seitens des Patrons den geistlichen Obern der R. N. präsentiert wird.

Indem wir zur Vermeidung von unnöthigen Verzögerungen und Weiterungen dies hiermit wiederholt insinuiren, erwarten wir, daß künftighin Bewerber um kirchliche Stellen bei Privatpatronen letztere in geziemender Weise auf diese unsere Insinuation aufmerksam machen werden.

Nr. 289. Verbot der Vermittelung der Gemeinden bei Bewerbungen um Pfarreien.

G. B. Nr. 7. VI. vom 19. Februar 1849.

Nachdem sich in neuerer Zeit mehrfach Fälle ereignet haben, in denen sich Geistliche haben dazu verleiten lassen, Gemeindeglieder zu dem Zwecke anzufragen, daß dieselben Se. Fürstbischöflichen Gnaden oder die resp. Patrone um Verleihung von Benefizien an diese Geistlichen ersuchten, so sind wir von Sr. Fürstbischöflichen Gnaden angewiesen worden, auf das Strafbare solchen Beginns aufmerksam zu machen. Indem wir dieser Weisung hiermit nachkommen, gewärtigen wir deren Beachtung um so mehr, als die gegenwärtigen Zeitverhältnisse es dringender als je erheischen¹⁾, auch selbst den Schein zu vermeiden, als leiteten den katholischen Clerus bei seinen Bestrebungen sein zeitlicher Vortheil und die irdischen Interessen mehr als die geistigen und religiösen.

Nr. 290. Gesetz, betr. das Dienst Einkommen der katholischen Pfarrer vom 2. Juli 1898.

a) G. B. Nr. 348. II. vom 15. September 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Behufs Gewährung von widerruflichen Beihilfen an leistungsunfähige katholische Pfarrgemeinden zur Aufbesserung des Dienst Einkommens ihrer Pfarrer wird ein Betrag von 3438400 Mark jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt, welcher nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu verwenden ist.

Artikel 2.

Jeder für ein dauernd errichtetes Pfarramt bestellte katholische Pfarrer erhält ein Stelleneinkommen von mindestens 1500 Mark jährlich neben freier Dienstwohnung oder angemessener Miethschädigung.

Artikel 3.

Mit Genehmigung der bischöflichen Behörde kann zur Erhöhung des Stelleneinkommens einer Pfarrstelle eine Ortszulage dauernd bewilligt, auch dem Stelleninhaber eine Ortszulage auf die Dauer oder auf Zeit gewährt werden.

¹⁾ Vergl. G. B. Nr. 210. IV.

Artikel 4.

Bei Pfarrstellen, für welche das Stelleneinkommen nach den örtlichen Verhältnissen als unauskömmlich oder wegen der besonders schwierigen oder anstrengenden Verwaltung nicht als angemessen zu erachten ist, kann die bischöfliche Behörde anordnen, daß das Stelleneinkommen bis auf den Betrag von 2100 Mark jährlich durch eine Ortszulage auf die Dauer oder auf Zeit erhöht werde.

Artikel 5.

Die seit ihrer Ordination bereits fünf Jahre in einem kirchlichen Amte befindlichen Stelleninhaber erhalten Alterszulagen, welche das Stelleneinkommen in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten ergänzen, dergestalt, daß sie, unbeschadet der nach den Artikeln 3 und 4 gewährten Ortszulagen ein Jahreseinkommen zu beziehen haben:

vom vollendeten	5. Dienstjahre ab von	1900 Mark,
"	"	10. " " " 2300 "
"	"	15. " " " 2600 "
"	"	20. " " " 2900 "
"	"	25. " " " 3200 "

Die von den Stelleninhabern vor oder nach ihrer Ordination als fest angestellten Lehrern in einem öffentlichen Schulamte in Preußen zugebrachte Zeit ist der Dienstzeit im kirchlichen Amte gleich zu achten.

Artikel 6.

Die Pfarrgemeinde ist verpflichtet, den durch die Erträge des Stellenvermögens oder durch anderweitige kirchliche Einnahmen des Stelleninhabers nicht gedeckten Betrag des Mindest-Stelleneinkommens (Artikel 2) sowie der Orts- (Artikel 3 und 4) und Alterszulagen (Artikel 5) zu gewähren. Auf besonderen Rechtstiteln oder auf öffentlichem Rechte beruhende Verpflichtungen Dritter gegenüber der Pfarrstelle bleiben bestehen.

Einnahmen aus Nebenämtern (z. B. Militärseelsorge, Religionsunterricht, Anstaltsseelsorge) bleiben außer Betracht.

Artikel 7.

Die Beihilfen werden widerruflich an leistungsunfähige katholische Pfarrgemeinden gewährt, welche zur Aufbringung von Zuschüssen zur Erreichung des Mindest-Stelleneinkommens und von Alters- oder Ortszulagen für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden, mit einem Stelleneinkommen von weniger als 3200 Mark jährlich verbundenen Pfarrstellen Umlagen ausschreiben müssen. Der jährliche Antheil an dem in Artikel 1 bereitgestellten Betrage, über welchen in jeder Diocese verfügt werden kann, wird unter Berücksichtigung der Höhe des aufbesserungsbedürftigen Stelleneinkommens und der Ordinationsaltersverhältnisse der Pfarrer der verschiedenen Diocesen durch eine Matrikel bestimmt.

Die nähere Feststellung der Grundsätze für die Bestimmung der jährlichen Theilbeträge und die Festsetzung der Matrikel erfolgt nach Anhörung der bischöflichen Behörden durch den Finanzminister und den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Die jährlichen Ersparnisse an den Theilbeträgen werden behufs Verwendung zu gleichen Zwecken in den betreffenden Diöcesen in das nächste Jahr ohne Anrechnung auf die für die betreffende Diöcese entfallende Jahresquote übertragen.

Dem Finanzminister und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ist alljährlich eine Nachweisung über die Verwendung der Theilbeträge und der Ersparnisse vorzulegen.

Artikel 8.

Ueber die Bewilligung, die Versagung, den Widerruf und die Kürzung von Beihilfen beschließt die bischöfliche Behörde auf Grund eingehender Prüfung der Leistungsfähigkeit. Bei dieser Prüfung sind neben der Steuerkraft auch die vorhandene Belastung zu öffentlichen Zwecken und die gesamte wirthschaftliche und kirchliche Lage der Gemeinde zu berücksichtigen.

Die bewilligten Beihilfen werden an die Pfarrer unmittelbar gezahlt und auf die von den bedachten Pfarrgemeinden gemäß Artikel 6 zu gewährenden Zuschüsse und Zulagen in Anrechnung gebracht.

Artikel 9.

Behufs Gewährung von Beihilfen an neu zu errichtende leistungsunfähige katholische Pfarrgemeinden, welche zur Aufbringung von Zuschüssen zur Erreichung des Mindest-Stelleneinkommens und von Alters- oder Ortszulagen für die neu zu gründende Pfarrstelle Umlagen ausschreiben müssen, wird ein Betrag von 200 000 Mk. jährlich aus Staatsmitteln bereit gestellt.

Die Bewilligung der Beihilfen hat zur Voraussetzung, daß die bischöfliche Behörde auch ihrerseits Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt und die Pfarrgemeinde nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten der Neugründung beiträgt. Die Bewilligung erfolgt durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten und den Finanzminister.

Die jährlichen Ersparnisse an dem nach Absatz 1 bereit gestellten Betrage fließen in die allgemeinen Staatsfonds zurück.

Artikel 10.

Die allgemeinen Grundsätze über die Berechnung der Erträge des Stellenvermögens und der anderweitigen kirchlichen Einnahmen des Stelleninhabers werden von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten nach Anhörung der bischöflichen Behörden festgestellt.

Der Betrag des Stelleneinkommens wird bei den vorhandenen Pfarrstellen nach dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes, bei neu zu gründenden Pfarrstellen nach dem Zeitpunkte der Errichtung bestimmt. Die bischöfliche Behörde beschließt über die Höhe des mit der Pfarrstelle verbundenen Stelleneinkommens und trägt die mit einem Stelleneinkommen von weniger als 3200 Mark jährlich verbundenen Pfarrstellen und den Betrag des festgestellten Stelleneinkommens derselben in das Kataster der aufbesserungsbedürftigen Pfarrstellen der Diöcese ein.

Die bischöfliche Behörde nimmt nach Ablauf von 12 Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und fernerhin in 12 jährigen Perioden eine allgemeine Revision des Katasters vor.

Artikel 11.

Die Zuschüsse der Pfarrgemeinde zum Mindest-Stelleneinkommen sowie die Orts- und Alterszulagen können im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigegeben werden.

Die bischöfliche Behörde stellt die Höhe der fälligen Beträge fest.

Artikel 12.

Die Beschlüsse der bischöflichen Behörde bedürfen in den Fällen der Artikel 4, 8, 10 Absatz 2 und 3 und des Artikels 11 Absatz 2 der Zustimmung des Regierungs-Präsidenten beziehungsweise des Polizei-Präsidenten in Berlin.

Bei erhobenem Widerspruch oder auf Beschwerde entscheidet der Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Artikel 13.

Der ordentliche Rechtsweg ist gegen die in diesem Gesetze vorgesehenen Beschlüsse (Anordnungen, Entscheidungen etc.) der Kirchen- oder Staatsbehörden ausgeschlossen.

Wegen der Ansprüche der Stelleninhaber auf Zuschüsse zur Erreichung des Mindest-Stelleneinkommens, auf Alters- und Ortszulagen finden die Bestimmungen des ersten Abschnitts des Gesetzes, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) entsprechende Anwendung.

Artikel 14.

Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die Pfarrstellen in Dom-, Militär- und Anstaltsgemeinden keine Anwendung.

Artikel 15.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Finanzminister und der Minister der geistlichen Angelegenheiten beauftragt.

Artikel 16.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1899 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Travemünde an Bord M. Y. „Hohenzollern“, den 2. Juli 1898.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. Thiele. Bosse. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Rode. Brafeld. v. Götter. Gr. v. Posadowsky. v. Bülow. Tirpitz.

b) Zb. Erlaß vom 3. Februar 1899, betreffend Ausführung des vorstehenden Gesetzes.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 2. Juli 1898, betreffend das Dienst-Einkommen der katholischen Pfarrer, lasse ich Ihnen hieneben die allgemeinen Grundsätze zugehen, welche von dem Herrn Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten gemäß Art. 10 des genannten Gesetzes aufgestellt worden sind, und verordne demgemäß, wie folgt:

1. Das Einkommen der einzelnen Pfarreien hat der Stelleninhaber bezw. Pfarr-Administrator nach Maßgabe jener Grundsätze in das hieneben in

vierfacher Zahl angeschlossene Formular A.¹⁾ einzutragen unter Bescheinigung der Richtigkeit seiner Angaben nach Nr. III. des Formulars, alsdann das Verzeichniß dem Kirchen-Vorstande zur Ausfüllung der Bescheinigung Nr. IV. vorzulegen und binnen 14 Tagen, vom Tage der Zustellung an gerechnet, in drei Exemplaren, mit sämmtlichen Nachweisen, welche den Eintragungen zu Grunde liegen, an den zuständigen Erzpriester einzusenden, während das vierte Exemplar im Pfarrarchive aufzubewahren ist.

2. Auf Grund des Ergebnisses des Verzeichnisses A. ist das gleichfalls in vierfacher Zahl angeschlossene Formular B. nach Anleitung des dieser Verordnung angelegten Probe-Exemplars von dem Stelleninhaber bezw. dem Pfarr-Administrator auszufüllen und — ohne weitere Zuziehung des Kirchen-Vorstandes — mit dem Verzeichnisse A. in drei Ausfertigungen an den zuständigen Erzpriester binnen derselben Frist einzusenden. Das vierte Exemplar verbleibt dem Pfarrarchive.

3. Da eine gerechte Vertheilung der durch das Gesetz gewährten Zuschüsse zur Aufbesserung des Pfarr-Einkommens und die möglichste Schonung der weniger leistungsfähigen Gemeinden die gewissenhafte Aufstellung des Einkommen-Verzeichnisses zur Voraussetzung hat, so muß den Pfarrern bezw. Pfarr-Administratoren die peinlichste Genauigkeit in der Berechnung des Stellen-Einkommens und in den Angaben der in Betracht kommenden Verhältnisse um so mehr zur strengsten Pflicht gemacht werden, als andernfalls die Prüfung und Feststellung der Einkommen-Verzeichnisse erschwert, die Zuweisung der Zuschüsse verzögert und die Rechte Anderer geschädigt und verkürzt werden würden.

4. Die Abrechnung der Unterhaltungskosten für einen Hilfsgeistlichen ist nur für den Fall zulässig, wo eine rechtliche Verpflichtung der Pfarrstelle zu einer solchen Leistung vorliegt, z. B. bei Inkorporation des Kaplanei-Vermögens in die Pfarrpfünde oder durch besondere landesherrliche Dotations-Bestimmungen und dergl.

5. In dem Falle, wo leistungsfähige Kirchen-Kassen, soweit es die kirchlichen Interessen irgendwie gestatten, zur Aufbesserung des Pfarr-Einkommens herangezogen werden können, ist nach §§ 17 bis 19 und § 21 Nr. 10 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 zu verfahren und eventuell die Genehmigung des Kirchenpatrons einzuholen. Die bezüglichen Beschlüsse sind dem Formular B. beizulegen.

6. Auch für diejenigen Pfarreien, mit welchen ein Stellen-Einkommen von mindestens 3200 Mark jährlich außer der Vergütung für Manual- und Frühmessen verbunden ist, sind die Einkommen-Verzeichnisse nach Formular A. aufzustellen und dem Erzpriester einzureichen, jedoch ohne die Bescheinigung des Kirchen-Vorstandes (IV.). Auch erübrigt sich in diesem Falle die Ausfüllung des Formulars B., welches unbenutzt in der erhaltenen Zahl an den Erzpriester mit einzusenden ist.

7. Die Erzpriester haben beide Verzeichnisse (A. und B.) derjenigen Pfarrstellen, welche weniger als ein Einkommen von 3200 Mark jährlich außer der Vergütung für Manual- und Frühmessen haben, zu prüfen und

¹⁾ Diese Formulare werden den Pfarrämtern von Amtswegen zugestellt, so daß sich ein Abdruck an dieser Stelle erübrigt.

dieselben mit ihren etwaigen Bemerkungen versehen binnen 3 Wochen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, also spätestens am 15. März d. J. an das fürstbischöfliche General-Vicariat-Amt hierselbst einzusenden, die unter Nr. 1 erwähnten Nachweise aber dem Stelleninhaber zurückzustellen.

8. Dagegen wird für die Prüfung und Einsendung der Einkommen-Verzeichnisse derjenigen Pfarreien, welche ein Einkommen von wenigstens 3200 Mark außer der Vergütung für Manual- und Frühmessen haben, den Erzpriestern eine weitere Frist von 4 Wochen gewährt.

An
die Herren Pfarrer und Pfarr-Administratoren
der Diocese Breslau preussischen Antheils und
des fürstbischöflichen Delegatur-Bezirktes.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

G. K. 651.

zu Nr. F. M. I. 538¹.

= Nr. M. d. g. G. II. 2470¹.

Allgemeine Grundsätze

über die Berechnung der Erträge des Stellen-Vermögens und der anderweitigen kirchlichen Einnahmen des Stelleninhabers gemäß Artikel 10 des Gesetzes vom 2. Juli 1898 betreffend das Dienst-Einkommen der katholischen Pfarrer.

I.

Das Stellen-Einkommen ist für alle am 1. April 1899 vorhandenen, dauernd errichteten katholischen Pfarrstellen und demnächst auch für die später neu zu gründenden katholischen Pfarrstellen — also auch für diejenigen, mit welchen ein Stellen-Einkommen von jährlich 3200 Mk. und darüber verbunden ist — festzustellen.

Ausgenommen hiervon sind jedoch die Pfarrstellen in Dom-, Militär- und Anstaltsgemeinden, auf welche die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung finden.

Ob eine Pfarrstelle als eine „dauernd errichtete“ anzusehen ist, bestimmt sich nach den hierüber getroffenen ausdrücklichen Festsetzungen oder stillschweigenden Anerkennnissen der Aufsichtsbehörden.

Missionspfarreien fallen nicht unter das Gesetz und kommen daher für die Feststellung des Stellen-Einkommens nicht in Betracht. Jedoch ist der Name „Missionspfarre“ oder „Missionspfarrer“ für die Frage der Anwendbarkeit des Gesetzes nicht schlechthin entscheidend. Es giebt auch Missionspfarreien, welche als dauernd errichtete Pfarrämter im Sinne des Art. 2 des Gesetzes anzusehen sind. Ueber die Frage, bei welchen Missionspfarreien die letztere Voraussetzung zutrifft, ist in jedem einzelnen Falle nach Lage der besonderen Verhältnisse Entscheidung zu treffen.

Auch die Stellen der Hilfsgeistlichen (Curatien, Lokalien, Exposituren, Rektorate und Kaplaneien) unterliegen nicht dem Gesetz und kommen für die Feststellung des Stellen-Einkommens nicht in Betracht, selbst wenn mit solchen eine selbstständige Seelsorge verbunden ist.

Sind mehrere Pfarrgemeinden unter einem gemeinsamen Pfarramt verbunden (unio aequae principalis), vergl. auch § 246 II. 11. A. O. R., so ist dieses im Sinne des Gesetzes als eine Pfarrstelle anzusehen. Ebenso gelten dauernd vereinigte Pfarrstellen (unio per confusionem) als eine Pfarrstelle. Eine dauernde Vereinigung ist auch dann anzunehmen, wenn sie zwar nicht

ausdrücklich anerkannt ist, aber thatsächlich mit stillschweigender Anerkennung schon seit längerer Zeit besteht. Aus demselben Grunde ist eine Verbindung mit dem Pfarramte einer Vagantengemeinde (§§ 294—302. II. 11. A. L. R.) als dauernde anzusehen.

II.

Die Feststellung des Stellen-Einkommens erfolgt nach Maßgabe des anliegenden Formulars A.

Der Stichtag für dieselbe ist bei den am 1. April 1899 vorhandenen Pfarrstellen dieser Tag, als der Tag des Inkrafttretens des Gesetzes vom 2. Juli 1898, bei den nach dem 1. April 1899 neu zu gründenden Pfarrstellen der Tag ihrer Errichtung.

Zum Stellen-Einkommen sind alle Einnahmen und Nutzungen zu rechnen, welche dem Stelleninhaber in Rücksicht auf sein kirchliches Amt während der Amtsdauer zufließen, einschließlich der aus Kirchensteuern aufkommenden Beträge und der aus der Kirchenkasse oder von sonstigen Dritten gewährten Zuschüsse.

III.

Bei der Berechnung des Stellen-Einkommens bleiben außer Ansatz:

1. die Dienstwohnung nebst Hausgarten oder die an ihrer Stelle gewährte Miethszentschädigung,
2. die staatlichen, bisher aus dem Fonds Kap. 124 Tit. 2 des Staatshaushaltsetats den Geistlichen gewährten Aufbesserungs- und Alterszulagen,
3. Einnahmen aus Nebenämtern (z. B. Militärseelsorge, Religionsunterricht, Anstaltsseelsorge),
4. das Einkommen aus vorübergehender Verwaltung einer anderen Pfarrstelle,
5. freiwillige Gaben.

Darüber, ob auch die Vergütung für Abhaltung von Manual- und Frühmessen außer Ansatz zu lassen ist, bleibt die Entscheidung vorbehalten.

IV.

Dagegen kommen bei der Berechnung des Stellen-Einkommens insbesondere in Betracht:

1. die Zinsen der Pfarrkapitalien,
2. die Einnahmen aus Grundbesitz, mit Ausschluß der unter Nr. 3 und 4 besonders nachgewiesenen Weinberge und Forstgrundstücke (Schälwaldungen),
 - a) bei Selbstbewirthschaftung oder bei kürzerer Verpachtung oder Vermietung nach dem Durchschnitte des Ertrages der letzten sechs Wirthschaftsjahre. Unter „kürzeren“ Verpachtungen und Vermietungen sind solche von höchstens einjähriger Dauer zu verstehen. Beginn und Beendigung des Wirthschaftsjahres (z. B. 1. Juli, 1. Oktober, Martini) bestimmt sich nach dem geltenden Rechte. Ist der Durchschnittsbetrag nicht zu ermitteln oder entstehen Zweifel über die Höhe desselben, so ist der mittlere Pachtwerth, welchen nach den örtlichen Verhältnissen gleichwerthige Grundstücke haben, anzurechnen;
 - b) bei mehrjähriger Verpachtung oder Vermietung nach dem laufenden Pacht- oder Miethzinse, mit Einschluß des ortsüblichen Werthes vertragsmäßiger Nebenleistungen (z. B. einer Verpflichtung des Pächters von Pfarrland zur Gestellung von Fuhrwerk oder Pferden),

3. die Einnahmen aus Weinbergen nach dem Durchschnitte des Ertrages der letzten vierzehn Wirthschaftsjahre mit Ausnahme des besten und des schlechtesten Jahres oder, wenn der Durchschnittsbetrag nicht zu ermitteln ist, nach angemessener Schätzung,
4. die Einnahmen aus Forstgrundstücken (Schälwaldungen) nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers unter Berücksichtigung des Werthes des selbstverbrauchten Holzes,
5. der Werth der Naturalbezüge, und zwar der Holzbezüge nach der Forsttage des nächsten Königlichen Forstreviers, der sonstigen Bezüge, insbesondere an Getreide, Früchten, lebenden Thieren oder Fleischwaaren, Eiern u. s. w. nach dem Durchschnitt der Marktpreise des nächsten Marktes der letzten sechs Jahre oder, wenn dieser Maßstab nicht anwendbar ist, nach dem Martini-Marktpreise der Kreisstadt. In natura zu leistende Dienste (Holzanfuhr u. dergl.) sind nach dem ortsüblichen Werthe einzuschätzen;
6. die Einnahmen an Stolgebühren und Accidentien nach dem Durchschnitte der letzten sechs Jahre, und zwar:
 - a) die Stolgebühren, Opfer, Attestgebühren, letztere abzüglich der Formularkosten, sofern und soweit diese nicht aus der Kirchenkasse bestritten werden,
 - b) die Bezüge für höchstens 180 gestiftete Messen,
 - c) die stiftungsmäßigen Bezüge für sonstige gottesdienstliche Handlungen, als Bruderschaften, Maiandachten, Fürbitten und dergl.
 Ist der Durchschnittsbetrag nicht zu ermitteln, so ist derselbe durch Schätzung festzustellen;
7. die öffentlichen Geldabgaben an die Pfarrei ohne Unterschied, ob sie persönlicher oder dinglicher Art sind, sowie die Real-, (Renten-) Abgaben und zwar, soweit sie fixirt sind, nach dem Jahresbetrage am 1. April 1899, anderenfalls nach dem Durchschnitte der letzten sechs Jahre oder, wenn der Durchschnittsbetrag nicht zu ermitteln ist, nach angemessener Schätzung,
8. die dauernden Stellenzuschüsse und die auf die Amtsdauer des gegenwärtigen Stelleninhabers gewährten Zuschüsse von Dritten (nicht von der Pfarrgemeinde), z. B. Dotations-Zuschüsse aus kommunalen und Stiftungsfonds, die Zuschüsse aus Kap. 116 des Staatshaushaltsetats, insbesondere auch die sogenannten Staatsgehälter für die auf dem linken Rheinufer belegenen katholischen Pfarrstellen der Rheinprovinz, die bisher in den Provinzial-Etats unter Kap. 124 Tit. 2 ausgebracht, von Alters her gewährten festen Stellenzuschüsse (nicht aber die Aufbesserungs- und Alterszulagen aus dem Fonds Kap. 124 Tit. 2 des Staatshaushaltsetats). Als Bewilligungen für die Amtsdauer sind auch solche zeitliche oder widerrufliche Zuschüsse anzusehen, welche mit der Absicht der Weiterbewilligung auf die Dienstzeit oder bis zu einer anderweitigen Erhöhung des Dienst-Einkommens gewährt worden sind, oder bei deren Wegfall eine anderweitige dauernde Ersatzpflicht, z. B. der Pfarrgemeinde, vorliegt;
9. die dauernden Stellenzuschüsse und die auf die Amtsdauer des gegenwärtigen Stelleninhabers gewährten Zuschüsse der Pfarrgemeinde, und zwar diejenigen Leistungen welche der Pfarrgemeinde auf Grund be-

sonderer rechtlicher Verpflichtung der Stelle gegenüber obliegen, ferner diejenigen Leistungen, welche bisher auf Grund der allgemeinen Unterhaltungspflicht zur Herstellung eines auskömmlichen Gehalts gewährt worden sind, endlich diejenigen Bezüge, welche der Stelle oder dem Stelleninhaber dauernd oder auf die Amtsdauer aus anderweitigen Fonds der Pfarrgemeinde, sei es auf Grund besonderer Beschlüsse der Pfarrgemeinde oder auf Grund besonderer Rechtstitel, zustehen.

In denjenigen Fällen, in welchen die Einkommens-Beträge durch Schätzung festgestellt sind, ist in der Spalte „Bemerkungen“ des Formulars A. anzugeben, bezüglich welcher Beträge, aus welchen Gründen und nach welchen Grundsätzen dies geschehen ist.

V.

Von dem Stellen-Einkommen sind abzusetzen:

1. Die aus demselben auf Grund specieller rechtlicher Verpflichtung dauernd zu leistenden Zahlungen.

Die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung eines Meliorations-Darlehn oder für die Refundirung eines zu gleichem Zwecke aus dem Stellen-Einkommen entnommenen Kapitals sind nicht abzugsfähig, da sie keine dauernde Belastung darstellen. Wie weit eine technische Grund-sätzen entsprechende Verzinsungs- und Tilgungs- bzw. Refundierungsquote eine entsprechende Minder-Einschätzung des Einkommens aus Grundbesitz (vergl. IV. 2, 3 und 4) rechtfertigt, muß der Entscheidung im Einzelfalle vorbehalten bleiben.

2. Die zum Stellen-Einkommen gerechneten Gebühren für gestiftete Gottesdienste, welche nachweislich von Hilfsgeistlichen regelmäßig gehalten werden (vergl. IV. 6. c).
3. Die Abgaben und Lasten, welche auf den zur Stelle gehörigen Grundstücken ruhen, (z. B. Kanon, Beiträge zu den landwirthschaftlichen Kammern, Grund- und Gebäudesteuern), sofern sie nicht nach der Art der Berechnung des Einkommens aus Grundbesitz (wie z. B. die Grundsteuer bei dem Pachtzinse) bereits in Betracht gezogen sind.

Die Abrechnung persönlicher Abgaben, der Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer, der Ergänzungssteuer, der Beiträge zu der Kasse der Diöcesan-Pensions-Anstalt und dergl. ist nicht zulässig. Ebensovienig ist ein Abzug von Amtskosten zulässig.

4. Die bei Erhebung der Stellen-Einkünfte unvermeidlichen Kosten und Verluste.
5. Die Fuhrkosten zu Gottesdiensten und anderen Amtshandlungen, soweit sie bisher aus dem Stellen-Einkommen zu bestreiten gewesen sind. Es setzt dies eine bereits ergangene amtliche Festsetzung der Berechtigung der Geistlichen zur Benutzung von Fuhrn, sowie die Verpflichtung zur Bestreitung der hierdurch erwachsenden Kosten aus dem Stellen-Einkommen voraus.

Sofern gewisse Einkommenstheile, z. B. Naturalien, Geldabgaben von Außenorten, Ablösungsrenten (Decem) oder Accidentien (Begegelder, Zuschläge zu den Stipendien und Stolzgebühren), zur Deckung der Fuhrkosten bestimmt und auf das Stellen-Einkommen angerechnet sind, ist ein entsprechender Abzug statthaft.

In anderen, als den gedachten Fällen, ist ein Abzug von Fuhrkosten nicht zulässig.

Die Höhe der Abzüge ist, soweit angängig, nach dem Durchschnitte der letzten sechs Jahre zu berechnen.

VI.

Für jede selbständige Pfarrstelle ist ein besonderes Formular auszufüllen. Bei dauernd vereinigten Pfarrstellen und solchen, deren Verbindung als eine dauernde anzusehen, ist ebenfalls nur ein Formular auszufüllen, die Verbindung aber durch einen Vermerk auf dem Vordruck zu bezeichnen. Sind unter einem gemeinsamen Pfarramte mehrere Pfarrgemeinden verbunden, so ist dies auf dem Vordrucke ebenfalls ersichtlich zu machen.

c) G. B. Nr. 363. VII.

Nach Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Juli 1898 haben die seit ihrer Ordination mehr als fünf Jahre im Amte befindlichen Pfarrer Anspruch auf Alterszulagen, für welche aus dem staatlichen Zuschußfonds Beihilfen gewährt werden. Die Anweisung dieser Beihilfen erfolgt auf Bewilligung und Antrag der bischöflichen Behörde. Es ist daher erforderlich, daß diejenigen Herren Pfarrer, auf welche diese gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, mindestens drei Monate vor dem Termine, an welchem sie in eine höhere Dienstaltersstufe treten, die weitere Alterszulage bei uns in Anregung bringen. In dem diesbezüglichen Gesuche bedarf es nur der Angabe des Tages der erfolgten Ordination und des Tages, an dem das 5., 10., 15., 20., 25. Dienstjahr vollendet wird.

Nr. 291. Führung der Kirchenbücher.

G. B. Nr. 228. VI. vom 16. Februar 1884.

Vant der erzpriesterlichen Visitations-Verhandlungen wird an sehr vielen Orten die Führung der Kirchenbücher lediglich den Küstern ohne sofortige Controлле überlassen, und die Herren Seelsorger begnügen sich damit, am Ende des Jahres oder kurz vor der erzpriesterlichen Visitation die geschehenen Eintragungen insgesammt zu beglaubigen.

Abgesehen davon, daß bei einem solchen Verfahren, welches nur den Duplikaten der Kirchenbücher gegenüber gestattet war (cf. Verordnung Nr. 13. IV. 5), leicht Irrthümer mit unterlaufen können, ist es auch leicht möglich, daß eine rechtsgiltige Beglaubigung in Folge des Todes des betr. Herrn Geistlichen überhaupt unausführbar wird.

Solche unbeglaubigte Kirchenbuchs-Eintragungen werden aber die Eigenschaften von Urkunden nicht mehr haben, also auch für kirchliche Atteste nicht mehr als gültige Grundlage zu betrachten sein.

Daher halten wir es für angezeigt, die Beachtung der Verordnung Nr. 13. IV. 1. mit dem Bemerken in Erinnerung zu bringen:

- a) daß die Eintragung kirchlicher Akte in die Kirchenbücher sofort erfolge, und
- b) daß in dem Falle des Einschreibens durch den Küster der Priester, welcher den Akt vollzogen hat, die betr. Eintragung sofort unterschreibe.

Die Herren Erzpriester aber weisen wir an, die Beobachtung dieser Vorschriften bei den Visitationen stets im Protokoll festzustellen.

Nr. 292. Gebührenfreiheit von kirchlichen Zeugnissen¹⁾.

G. B. Nr. 149. XIII. vom 10. Mai 1864.

Von den in der Verordnung Nr. 140. II. angezogenen gesetzlichen Bestimmungen, deren Bekanntmachung mehrfach beantragt worden, lauter:

1. Die K^{ab.}-Ordre vom 5. August 1833 (Gesetz-Sammlung S. 87):

„ setze ich fest, daß die Geistlichen verpflichtet sind, die bei der vormundschaftlichen Verwaltung erforderlichen Atteste aus den Kirchenbüchern, namentlich Tauf-, Trau- und Todtenscheine, nach dem Verlangen der Gerichte, gebührenfrei auszustellen, wenn die betheiligten P^{fle}gebefohlenen entweder gar kein Vermögen haben, oder die Vormundschaft zu denjenigen gehört, für deren Verwaltung keine Gerichtskosten ange^{se}zt werden dürfen.“

2. Das Justiz-Ministerial-Rescript vom 22. April 1838 (v. Kamph, Jahrbücher, Bd. 51, S. 488): „Nach § 3 litt. c des Stempelgesetzes und der K^{ab.}-O. vom 5. August 1833 müssen die zum Gebrauche in Vormundschaftssachen auszustellenden kirchlichen Zeugnisse stempel-²⁾ und gebührenfrei aus^{ge}fertigt werden, wenn die unter Vormundschaft stehenden Personen arm sind, oder ihre Einkünfte nach Abzug der Verpflegungs- und Erziehungskosten keinen Ueberschuß gewähren.“

Damit hierdurch das Stempelinteresse und dasjenige der Geistlichkeit nicht gefährdet wird, ist von dem K. Staatsministerium beschloffen worden, daß alle Geistlichen die von ihnen in Vormundschaftssachen stempel- und gebührenfrei auszufertigenden kirchlichen Zeugnisse mit einer Liquidation der eventuell zum Aufsaß zu bringenden Stempel und Gebühren versehen sollen, wogegen den Gerichten, welche in dem Falle, daß das Vermögen der unter Vormundschaft stehenden Personen dies zuläßt, die Nachliquidation der Kosten zu veranlassen haben, die Verpflichtung obliegt, hierbei jene Liquidationen zu beachten und die Gebühren der Geistlichen mit einzuziehen und diesen kostenfrei zu übersenden.“

Hiernach wird in Vormundschaftssachen ein stempel- und gebührenfreies Attest nur gegen Vorzeigung der dasselbe fordernden gerichtlichen Verfügung, unter bestimmter Angabe des Zweckes der Ausstellung, so wie des eventuellen Stempel- und Gebührenbetrages, zu ertheilen sein.

Nr. 293. Convertitenlisten.

Zb. Verordnung vom 27. November 1899 Nr. 5.

Die Convertitenlisten³⁾ sind jährlich bis zum 1. Februar an die Herren Erzpriester einzusenden. Von diesen ist die Zusammenstellung für das Archipresbyterat bis zum 1. Mai an das Hochwürdig General-Vicariat-Amt einzureichen.

¹⁾ Vergl. oben Nr. 133, S. 127 und Brandenburg, Geschäfts-Verwaltung des katholischen Pfarramtes, 3. Aufl. S. 85 f.

²⁾ Nach dem Preussischen Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 sind Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Todten- und Beerdigungsscheine von Stempelsteuer befreit. Vergl. G. B. Nr. 324. VII.

³⁾ Vergl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz S. 9—10.

Nr. 294. Parochial-Geschichten.

G. B. Nr. 151. III. vom 19. December 1864.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich haben sich in Folge Gesuchs des hiesigen königlichen Provinzial-Archivs für Schlesien und im allgemeinen Diöcesan-Interesse bewogen gefunden, anzuordnen, daß von den in unserer Diöcese erscheinenden Parochial-Geschichten oder Chroniken je ein Exemplar an das bezeichnete Archiv und ebenso je ein Exemplar an die Alumnats- und Domkapitels-Bibliothek als Freie Exemplare zu senden ist. Indem wir die resp. Herren Herausgeber hiervon zur Nachachtung in Kenntniß setzen, bemerken wir, daß diese Anordnung zwar nicht für die Vergangenheit gilt, daß, wenn jedoch Exemplare von bereits erschienenen Werken dieser Art noch vorrätig und dieselben als Freie Exemplare zu verwenden wären, dieselben von den genannten Anstalten mit Dank entgegengenommen werden würden.

Nr. 295. Anschaffung des Diöcesan-Schematismus.

G. B. Nr. 164. I.

Es ist Uns schon seit längerer Zeit unangenehm aufgefallen, daß der in unserer Diöcese ohnehin nicht wie in anderen Bisthümern alljährlich¹⁾, sondern nur alle zwei Jahre erscheinende Schematismus nicht einmal von allen Pfarrern gekauft wird.

Wir müssen hierin einen beklagenswerthen Mangel an Theilnahme für die Lokal- und Personal-Verhältnisse der Diöcese, insoweit der Schematismus über dieselben Aufschluß giebt, finden und sind zudem der Ansicht, daß das gedachte Handbuch für den pfarramtlichen Geschäftsverkehr nicht entbehrt werden kann. Wir finden uns deshalb veranlaßt, anzuordnen, daß von jetzt ab für jeden Pfarrer und selbständigen Lokalisten oder Curatus der Diöcese, sowie des Delegaturbezirks die Anschaffung des Diöcesan-Schematismus obligatorisch werde, und beauftragen unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt, dieses dem Ehrwürdigen Clerus in geeigneter Weise bekannt zu machen.

Breslau, den 15. Januar 1867.

Fürst-Bischof.

An

† Heinrich.

unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 3817. hiersebst.

Nr. 296. Statistische Erhebungen über kirchliche Angelegenheiten.

G. B. Nr. 277. II.

Da die hochwürdige Diöcesan-Geistlichkeit bezw. die Kirchenvorstände mitunter um statistische Mittheilungen angegangen werden, über deren Zulässigkeit oder Art und Weise der Erledigung Zweifel auftauchen, welche ein ungleichmäßiges Verfahren der einzelnen Herren Geistlichen bezw. Kirchenvorstände zur nothwendigen Folge haben, so sehen wir uns veranlaßt, den hochwürdigen Clerus sowie die Kirchenvorstände darauf hinzuweisen, daß etwaigen Erhebungen irgend welcher Art, sofern dieselben

¹⁾ Seitdem ist die Anordnung getroffen, daß ein ausführlicher Schematismus nur alle fünf Jahre, in den Zwischenjahren aber ein kürzeres Namens-Verzeichniß erscheint, wodurch die durchschnittlichen Anschaffungskosten geringer geworden sind.

auf kirchliche Angelegenheiten direct oder indirect Bezug haben, nur mit unserer speciell nachzuforschenden Einwilligung Folge gegeben werden dürfe.

Insofern daher derartige Erhebungen, sei es in der ganzen Diöcese, sei es in einem Theile derselben angestellt zu werden wünschen, wollen die theilhaftigen Herren Geistlichen bezw. Präsidenten der Kirchenvorstände umgehend an uns berichten. Wir werden alsdann zur Vermeidung von unliebsamen Differenzen in dem Verhalten der einzelnen Herren Geistlichen bezw. Kirchenvorstände die Zulässigkeit der betreffenden Erhebungen prüfen und behufs einheitlicher Stellungnahme zu denselben entsprechende Instructionen ergehen lassen.

Breslau, den 28. October 1891.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 297. Verweigerung des gerichtlichen Zeugnisses.

G. V. Nr. 260. III.

Ueber die Verweigerung gerichtlichen Zeugnisses gelten folgende Bestimmungen:

Civil-Prozeß-Ordnung.

§ 348. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt:

— 4. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei der Ausübung der Seelsorge anvertraut ist.

§ 351. Der Zeuge, welcher das Zeugniß verweigert, hat vor dem zu seiner Vernehmung bestimmten Termine schriftlich oder zum Protokolle des Gerichtsschreibers oder in diesem Termine die Thatfachen, auf welche er die Weigerung gründet, anzugeben und glaubhaft zu machen. Zur Glaubhaftmachung genügt — die mit Berufung auf einen geleisteten Diensteid abgegebene Versicherung.

Hat der Zeuge seine Weigerung schriftlich oder zum Protokolle des Gerichtsschreibers erklärt, so ist er nicht verpflichtet, in dem zu seiner Vernehmung bestimmten Termine zu erscheinen.

§ 352. Ueber die Rechtmäßigkeit der Weigerung wird von dem Prozeßgerichte nach Anhörung der Parteien entschieden.

— Gegen das Zwischenurtheil findet sofortige Beschwerde statt.

§ 354. — Zur mündlichen Verhandlung vor dem Prozeßgerichte werden der Zeuge und die Parteien von Amtswegen geladen. —

Nach dem Vortrage des Berichterstatters können der Zeuge und die Parteien zur Begründung ihrer Anträge das Wort nehmen; neue Thatfachen oder Beweismittel dürfen nicht geltend gemacht werden.

§ 540. Die Beschwerde (§ 352) ist binnen einer Nothfrist von zwei Wochen, welche mit der Zustellung der Entscheidung beginnt, einzulegen. Die Einlegung bei dem Beschwerdegerichte genügt zur Wahrung der Nothfrist.

Strafprozeß-Ordnung.

§ 52. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind — berechtigt:

1. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist.

§ 55. Die Thatfache, auf welche der Zeuge die Verweigerung des Zeugniffes stützt, ist auf Verlangen glaubhaft zu machen.

Es genügt die eidliche Versicherung des Zeugen.

Wenn in einem Falle der Weigerungsgrund für unerheblich erklärt werden sollte, wollen die Herren Geistlichen — neben Einlegung der Beschwerde — zugleich alsbald an mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt eingehenden Bericht erstatten.

Breslau, den 6. November 1889.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 298. Kreis-Vicarc.

a) G. B. Nr. 90. XXII. vom 23. März 1857.

Da in neuerer Zeit verschiedene Anfragen über Verwendung der Kreis-Vicare von Pfarrern wie von Gemeinden an uns ergangen sind, finden wir uns veranlaßt, denjenigen Passus der Circular-Verordnung vom 30. Januar 1819, welcher über die Kreis-Vicare das Weitere enthält, hier vollständig zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung mitzutheilen:

Um den Zweifeln und Bedenkllichkeiten zu begegnen, welche in Ansehung der neu dotirten Kreis-Vicare entstehen können, setzen wir, nachdem nun die meisten derselben angestellt sind, hiermit Folgendes fest:

- a) Nachdem nur an verschiedenen solchen Orten, wo sich früher Stifter oder Klöster befanden, deren Mitglieder den Seelsorgern Assistenz leisteten, Kreis-Vicare fundirt worden sind, so kann deren Aushilfe nicht bloß auf das Archipresbyterat, in welchem sie wohnen, beschränkt werden, sondern es muß solche auch den umliegenden benachbarten Archipresbyteraten, welche keinen andern Kreis-Vicar näher haben, zu Theil werden¹⁾.
- b) Um zu bewirken, daß nur der Seelsorger, welcher die Assistenz des Kreis-Vicars wirklich und am nöthigsten bedarf, solche erhalte, so hat jeder Pfarrer, welcher eine Aushilfe braucht, sich an den Herrn Erzpriester des Sprengels, in welchem der Vicar wohnt, zu wenden und unter Angabe der Ursachen zu bitten, daß der letztere beauftragt werde, sich zu ihm zu verfügen. Findet der Erzpriester, daß das Bedürfniß der Assistenz in der Seelsorge hinreichend begründet ist, so ertheilt er dem Kreis-Vicar den Auftrag, sich zu dem Pfarrer hinzubegeben und seine Stelle zu vertreten.

Suchen mehrere Pfarrer zugleich um den Kreis-Vicar nach, so muß der Erzpriester nach sorgfältiger Erwägung der Umstände letzteren dahin anweisen, wo er am nöthigsten ist.

- c) Jeder Kreis-Vicar muß dem ihm vom Erzpriester ertheilten Auftrage ungesäumt nachkommen und den kranken oder sonst verhinderten Pfarrer in allen den Amtsverrichtungen, die er nicht selbst versehen kann, ohne Ausnahme vertreten.
- d) Jeder Pfarrer, welchem der Kreis-Vicar zur Aushilfe zugewiesen wird, muß ihn unentgeltlich abholen und zurückbringen lassen, oder falls dieser sich selbst eine Fuhre mietten müßte, ihm die Reisekosten ersetzen. Ferner hat er dem Kreis-Vicar durch die

¹⁾ G. B. Nr. 61. III.

Zeit, als er ihn braucht, freie Wohnung, Beköstigung, Beheizung und Bedienung zu besorgen. Auf ein Salarium darf der Kreis-Vicar keinen Anspruch machen, indem er fortdauernd den ihm angewiesenen jährlichen Gehalt bezieht.

- e) Ohne Vorwissen und Genehmigung des Erzpriesters darf der Kreis-Vicar sich nicht auf längere Zeit von seinem Wohnorte entfernen, damit nicht Verlegenheit entsteht, wenn seine Hülfe gebraucht wird.
- f) So lange der Kreis-Vicar nicht auswärts gebraucht wird und deshalb von dem Erzpriester keine Anweisung erhält, ist er verbunden, dem Pfarrer seines Wohnortes die nöthige geistliche Hülfe zu leisten und ganz die Stelle eines Kaplans zu vertreten.

Auch ist es der Ordnung angemessen, daß jeder Kreis-Vicar, so wie alle neu dotirten Kapläne zu dem Pfarrer ihres Wohnortes in die Kost gehen und ihm hierfür von ihrem Gehalte ein angemessenes Quantum, worüber sich beide Theile nach Grundsätzen der Billigkeit zu einigen haben, bezahle.

- g) Wenn der Pfarrer des Wohnortes des Kreis-Vicars zugleich Erzpriester ist, so darf derselbe, wenn ein anderer Pfarrer um den Vicar nachsucht, und solchen z. B. wegen Krankheit, die ihn hindert, den Gottesdienst zu verrichten und die Seelsorge zu verwalten, dringend bedarf, den Vicar nicht zurückhalten, sondern es muß eher der Gottesdienst im Wohnorte beschränkt und nöthigenfalls die Frühmesse ausgesetzt werden, damit nicht eine andere Gemeinde ganz ohne Seelsorger bleibe.
- h) Da es ohnedies in jeder Gegend bekannt ist, wo ein Kreis-Vicar in der Nähe sich befindet, so wäre es unnöthig, hier dieselben aufzuführen; bemerken müssen wir aber, daß an den Orten, wo zwei Kapläne dotirt worden, wenn auch keiner den Namen „Kreis-Vicar“ führen sollte, dennoch bei eintretenden Nothfällen einer derselben auf die Anweisung des Erzpriesters in anderen Parochieen die nöthige Aushülfe leisten muß.

Als Beispiele führen wir hier die Parochieen Trebnitz, Grüssau, Wartha i. Schl., Camenz, die Kreuzkirche in Reisse, die Parochieen Rauden O/Schl. und Ratibor an.

Jeder Herr Erzpriester wird am richtigsten zu beurtheilen wissen, wo die Aushülfe am dringendsten ist und am ehesten der Kaplan auf eine Zeit entbehrt werden kann. Der zunehmende Mangel an Geistlichen erlaubt nicht mehr, hierbei auf Bequemlichkeit Rücksicht zu nehmen.

b) Circular vom 13. Juni 1872.

Durch den hohen Erlaß Sr. Fürstlichen Gnaden vom 25. Januar 1866 sind wir von einem zwischen dem Fürstbischöflichen Stuhl und dem Königlichen Cultus-Ministerium getroffenen Abkommen, durch welches die nach den Regierungsmaßnahmen vom 11. November 1825 und 13. Januar 1826 früher bestandene Observanz über die Verwendung der Interkalar-Ueberschüsse aus den Vacanzen der nach der Säkularisation sogenannten neu dotirten Kreis-Vicar- und Kaplanstellen alterirt worden, zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt worden.

Nach diesem Abkommen treten bezüglich der bezeichneten Stellen an Stelle der früheren Observanz folgende Bestimmungen:

1. Wird der Inhaber einer solchen Stelle zu einer anderweitigen Verwendung kommittirt und ihm ein besonderer Administrator bestellt, so tritt derselbe in den Vollgenuß der mit der verlassenen Stelle verbundenen Einkünfte, so daß von einem Interkalare keine Rede sein kann.
2. Wirkliche mit einem selbständigen Etat dotirte Kreis-Vicare behalten, so lange sie einen kranken oder sonst behinderten Priester vertreten oder eine vakante Stelle administrieren, ihren vollen Gehalt und im letzteren Falle aus den Revenüen der administrierten Stelle ein nach Ort und sonstigen Verhältnissen bemessenes, von uns festzusetzendes Adjutum.

Ein Anspruch auf Entschädigung steht der Geistlichkeit ihres ständigen Wohnortes außer etwaigen Bezügen, die dem Kreis-Vicar pro labore zugesichert waren, nicht zu.

Der in dieser Weise kommissarisch abwesende Kreis-Vicar ist berechtigt, die ihm nach dem Etat obliegenden heiligen Messen, welche er nicht lesen kann, für das justum dioecesanum von Andern persolviren zu lassen und den etwaigen Ueberschuß für sich zu behalten.

Ein Interkalare für eine dergleichen Kreis-Vicarstelle tritt demnach nur ein, wenn dieselbe durch Tod erledigt wird, oder Inhaber derselben solche definitiv verläßt.

3. Kaplanstellen, mit denen eine kreisvicarliche Vertretung verbunden ist, sind nicht als reine Kreis-Vicarien, sondern als Kaplaneien zu behandeln.

Unternimmt ein dergleichen Kreisvicar-Kaplan oder ein mit dieser Aushilfe nicht belasteter wirklicher Kaplan die Administration einer vakanten Pfarrei oder eine sonstige Vertretung, so kommt es darauf an:

- a) ob ihm seine bisherige Stelle für die Dauer der Abwesenheit ausdrücklich reservirt worden, oder
- b) er dieselbe definitiv aufgegeben hat?

Im ersten Falle (a) behält der Kaplan seinen bisherigen Gehalt, kann aber verpflichtet werden, von diesem der Pfarrgeistlichkeit seines Wohnortes für die durch seine Abwesenheit erwachsende Mehrarbeit eine Entschädigung zu geben und ist dann seine Administrationsgebühr darnach zu bemessen. Wird diese Stelle wirklich neu besetzt, so verliert der Kaplan seinen ganzen Kaplangehalt und muß aus der administrierten Stelle vollständig sustentirt werden.

Im zweiten Falle (b) wird der Gehalt der aufgegebenen Stelle als Interkalare aufgesammelt und derselben, wenn es 25 Thaler oder mehr beträgt, als Dotations-Verbesserung überwiesen, von welchem der jedesmalige Inhaber der Stelle den Zinsgenuß hat. Beträge unter 25 Thaler werden nach unserem Ermessen entweder in gleicher Art zu Kapital oder zur persönlichen Unterstützung des Nachfolgers, beispielsweise zur Erleichterung der Umzugskosten u. verwendet.

Eine besondere Entschädigung aus dem Interkalare kann der Ortsgeistlichkeit für die derselben aus der vakanten Stelle erwachsene Mehrarbeit außer den Stolgebühen und Fundationsbezügen, wo

solche herkömmlich bestehen, nicht gewährt werden, da diesfällige auf eine neue Vereinbarung über diesen Punkt abzielende Schritte vom Herrn Cultus-Minister abgelehnt worden sind.

4. Der nach Maßgabe der Administrations-Rechnung von uns festgesetzte Interkalar-Ueberschuß ist nicht beim Kirchenärar beziehungsweise in der Kirchenlaffen-Rechnung in Einnahme zu stellen, sondern in das Vermögens-Inventarium der Pfarrei, Curatie oder Kaplanei einzutragen und als Dotations-Kapital zu belegen und zu verwalten.

Wir bringen diese Bestimmungen zur Kenntniß der betreffenden Seelsorgerstellen mit der Anweisung in jedem einzelnen eintretenden Falle, ohne daß es einer besonderen Verfügung unsererseits bedarf, genau darnach zu verfahren.

Nr. 299. Regulativ über das Verhältniß zwischen den Pfarrern und Kaplänen.

G. V. Nr. 202. IX. vom 20. Juni 1873.

Das Verhältniß zwischen den Pfarrern und Kaplänen ist in der neuesten Zeit vielfach zum Gegenstande öffentlicher und privater Besprechung gemacht worden. Um bezüglich desselben wünschenswerthe, den Zeitverhältnissen entsprechende Anordnungen zu treffen, wurde von Sr. Fürstb. Gnaden eine Commission erfahrener, mit den dabei zur Sprache kommenden Fragen wohlvertrauter Geistlichen ernannt, deren Berathungen das nachstehende, von dem hochw. Herrn Fürstbischöfe approbirte Regulativ entsprungen ist, welches wir im hohen Auftrage des hochw. Herrn Ordinarius hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen:

Regulativ

über das Verhältniß zwischen den Pfarrern und Kaplänen.

§ 1.

Der Inhaber eines Pfarr-Beneficiums hat als solcher die Pflicht, für die Pastoration der gesammten Pfarrgemeinde zu sorgen. Ist er wegen der Zahl der Gemeindeglieder oder wegen der räumlichen Ausdehnung der Parochie außer Stande, der an ihn gestellten Forderung zu genügen, so ist er verpflichtet, einen Hilfsgeistlichen anzunehmen, nicht um sich durch diesen vertreten oder übertragen, sondern in der Ausübung seines Amtes zum Besten der Parochianen unterstützen zu lassen.

§ 2.

Die Anordnung und Vertheilung der Arbeit liegt dem Pfarrer ob, wobei vorausgesetzt wird, daß er sich der pflichtmäßigen Thätigkeit nicht entzieht und, wo es möglich ist, mit dem Caplan die Arbeit theilt.

§ 3.

Rücksichtlich der Besoldung der Kapläne sind nachstehende Kategorien zu unterscheiden:

1. Kapläne, deren Anstellung durch die Bedürfnisse der Parochie nothwendig gemacht wird und welche

a) vom Pfarrer,

b) aus öffentlichen Fonds besoldet werden.

2. Kapläne, deren Anstellung durch die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers zu dessen Vertretung erforderlich ist.

- ad 1. a) Bei einem Bruttoertrag des Beneficiums bis 1200 Thlr. soll der Kaplan einen baaren Gehalt von 100 Thlr. erhalten.
 b) Bei einem Bruttoertrag des Beneficiums von 1200 Thlr. bis 2000 Thlr. soll der Kaplan einen baaren Gehalt von 125 Thlr. erhalten.
 c) Bei einem Bruttoertrag des Beneficiums über 2000 Thlr. soll der Kaplan einen baaren Gehalt von 150 Thlr. erhalten.

Wo mehrere Kapläne angestellt sind, gilt dieser Satz für den ältesten, resp. ersten Kaplan.

- ad 2. An solchen Orten, wo der Kaplan zur persönlichen Vertretung des Pfarrers angestellt ist, erhält derselbe einen Minimalgehalt von 125 Thlr.

Ob mit Rücksicht auf den Ertrag des Beneficiums ein höherer Gehalt dem Kaplan zuzubilligen ist, hat vorkommenden Falls das General-Vicariat-Amt zu entscheiden.

- ad 1. b) Ist an einem Orte die Anstellung eines Kaplans nicht durch die Größe der Pfarrei noch durch das persönliche Bedürfnis des Pfarrers nothwendig, sondern nur durch den Wunsch der Gemeinde, um vermehrten Gottesdienst zu erhalten, herbeigeführt, und bezieht in Folge dessen der Kaplan seinen Gehalt aus der Gemeindekasse, so ist von dieser die Aufbesserung bis zum Minimalgehalt von 100 Thlr. zu übernehmen, anderenfalls der Kaplan abberufen werden müßte.

Ist die Kaplanstelle staatlich dotirt, so wird ihr Inhaber bei der Königl. Regierung um Aufbesserung einzukommen haben. Ist demselben etatsmäßig ein Drittheil der Accidentien zugesichert, so muß dieses nicht nach dem Ansatze des Etat, sondern nach dem wirklichen Ertrage der Accidentien berechnet werden.

§ 4.

Wenn an einem Orte eine Kaplan-Fundation besteht oder observanzmäßig von der Gemeinde Zuschüsse zum Caplangehalt geleistet werden, soll nach wie vor — mit Ausnahme des ad 1. b) vorgesehenen Falles der Pfarrer welcher den Kaplan zu besolden hat, zu seinem Unterhalt den Betrag beziehen.

§ 5.

Die Kapläne haben — mit Ausnahme der staatlich dotirten — neben ihrem baaren Gehalt freie Station. Dieselbe besteht in Frühstück, Mittagessen, Vesper und Abendbrot, Bedienung und Beheizung. Dabei wird die alte Vorschrift bezüglich des gemeinsamen Mittag- und Abendtisches erneuert.

§ 6.

Für die Funktionen, welche in dem Stolgebühren-Reglement als Ritualhandlungen ad B bezeichnet werden, hat der Kaplan, der sie vornimmt, den vollen, in der Tare verzeichneten Betrag, sobald derselbe eingeht, zu erhalten. Dasselbe gilt von den von dem Kaplan abgehaltenen Manualfürbitten ausschließlich derer am Allerseelentage.

Für den Gang bei Begräbnissen hat der Kaplan nur dann eine Gebühr zu beanspruchen, wenn dieselbe auf Grund von § 18 des Stolgebühren-Reglements liquidirt und entrichtet worden ist.

§ 7.

Die Collende ist ein pfarrliches Einkommen. Wenn sich der Pfarrer bei Abhaltung derselben durch den Kaplan vertreten lassen will, hat er sich mit diesem über eine angemessene Entschädigung zu vereinigen. Wo der Kaplan eine fixirte Collende bisher bezogen hat, ist dieselbe in Zukunft in den fixen Gehalt einzurechnen.

§ 8.

Wenn der Pfarrer Foundationen durch den Kaplan persolviren läßt, hat er diesem den für den celebrirenden Geistlichen bestimmten Betrag unverkürzt zu geben, gemäß der in den Verordnungen des General-Vicariat-Amtes Nr. 114. II. mitgetheilten Entscheidung der Congregatio Concilii vom 28. März 1859 und einer anderen vom 18. Juli 1868. Nur wenn eine Foundation nach dem Tenor der Urkunde ausdrücklich zur Verbesserung des Beneficii gemacht worden ist, kann für das justum dioecesanum die betreffende Messe abgegeben werden.

§ 9.

Wenn der Pfarrer die missa pro parochianis¹⁾ durch den Kaplan persolviren läßt, hat er diesem ein Stipendium von 10 Sgr. zu geben.

§ 10.

Es steht dem Kaplan frei Manuallstipendien für stille heil. Messen anzunehmen, Hochämter und gesungene Requiem müssen von den Gläubigen beim Pfarrer nachgesucht werden, da solche in die Ordnung des Gottesdienstes eingreifen und über diese zu bestimmen lediglich Sache des Pfarrers als rector ecclesiae ist.

§ 11.

Die Kaplanwohnung soll standesgemäß sein. Abwendbare Uebelstände sollen durch die resp. Herren Erzpriester beim General-Vicariat-Amt zur Anzeige gebracht werden. Bei Neubauten an Pfarrhäusern ist es wünschenswerth, für den Kaplan ein Zimmer nebst Cabinet herzustellen.

Nr. 300. Kaplan-Reisekosten.

a) G. B. Nr. 227. VII. vom 9. November 1883.

Da die Kaplan-Reisekosten-Kasse vollständig erschöpft ist, sehen wir uns genöthigt, neue Beiträge, die auch aus der Pfarr-Revenüen-Kasse der verwaissten Parochien zu leisten sind, auszusprechen.

Die Herren Erzpriester wollen die Beträge, und zwar von Beneficien erster Klasse 450 Mk., der zweiten 3 Mk., der dritten 1,50 Mk. und der vierten 60 Pf., baldigst einziehen und in gewöhnlicher Weise einsenden. (Nach G. B. Nr. 43. II: Beneficien vierter Klasse bei 1800 Mk. Einkommen, dritter Klasse bei mehr als 1800 Mk. bis 2400 Mk., zweiter Klasse bei mehr als 2400 Mk. bis 3000 Mk., erster Klasse bei mehr als 3000 Mk.)

b) G. B. Nr. 250. IV. vom 18. August 1888.

Um den vielfachen irrigen Ansichten der Herren Kaplane in Zukunft vorzubeugen, welche in ihren Gesuchen um Reisekosten-Entschädigung oft

¹⁾ propter causam legitimam.

Liquidationen von ganz ungerechtfertigter Höhe aufstellen, haben wir uns veranlaßt gefunden, die Normen bekannt zu geben, nach welchen solche Gesuche in Erwägung gezogen werden:

1. Eine Entschädigung kann nur denjenigen Kaplanen gewährt werden, welche unfreiwillig und ohne eigenes Verschulden, lediglich im amtlichen Interesse auf eine andere Kaplan-Station versetzt werden.
2. Keine Entschädigung wird gewährt bei der ersten Anstellung; ferner denjenigen, welche auf eigenen Wunsch oder Antrag versetzt oder auf ihrer Stelle sich unmöglich gemacht, sowie denjenigen, welche auf eine selbständige Stelle, Pfarrei, Curatie oder Localie befördert, oder denen die Administration einer solchen Stelle übertragen wird.
3. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach der Weite der Entfernung und nach den Communications-Verhältnissen, so zwar, daß da, wo die Eisenbahn benutzt werden kann, pro Kilometer 25 Pf., wo aber die Post oder andere Fahrgelegenheit in Anspruch genommen werden muß, pro Kilometer 50 Pf. Reisekosten gewährt werden sollen.
4. In dem betreffenden Gesuche ist demzufolge genau anzugeben und nachzuweisen, wieviel Kilometer der neue Bestimmungsort von der früheren Station entfernt ist und wieviel davon per Eisenbahn resp. per besondere Fahrgelegenheit zurückgelegt werden müssen.

Hierbei machen wir die Hülfsgeistlichen wiederholt darauf aufmerksam, daß dieselben sich bei Anschaffung von Mobiliar auf das Allernothwendigste beschränken mögen, damit bei eintretenden Veränderungen nicht erhebliche Mehrkosten erwachsen, welche sie selbst zu tragen hätten.

Nr. 301. Urlaubsgesuche.

a) G. B. Nr. 166. III.

Wenn ein Seelsorger inmitten seiner Gemeinde jahrelang treu und redlich gearbeitet hat, liegt für ihn das Bedürfniß nahe, daß er sich durch eine Erholungsreise Geist und Körper zu erfrischen oder durch den Gebrauch einer Bade- oder Brunnentour die angegriffene Gesundheit wiederherzustellen sucht, und ist den Herren Geistlichen die nachgesuchte Genehmigung dazu auch niemals verweigert worden. Das öftere und alljährliche Reisen der Priester aber, wie es in unserer Zeit immer mehr zur Gewohnheit und durch die Billigkeit und Schnelligkeit der Verkehrsmittel auch anlockend gemacht wird, können Wir nur beklagen, denn ein frommer und eifriger Seelsorger verläßt seine Gemeinde nicht gern und fühlt sich bei längerer Trennung von derselben beunruhigt. Am tadelnswertheften aber ist das Reisen der Geistlichen in jener Zeit des Kirchenjahres, in welche die Hauptfeste fallen und in welcher der meiste Gottesdienst abzuhalten ist, die Spendung der heiligen Sakramente am häufigsten begehrt wird, und die Jugend den Beicht- und Abendmahls-Unterricht empfangen soll, also vom Advent bis zum Frohnleichnamsfeste. Daher bestimmen Wir ein für alle Male, daß in dieser Zeit — dringende und unabweisbare Fälle ausgenommen, Urlaubs- gesuche nicht bewilligt werden sollen.

Breslau, den 8. Juni 1867.

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

b) G. B. Nr. 272. IV. vom 8. Juni 1891.

Unter Hinweis auf den Erlaß des verewigten Herrn Fürstbischofs Heinrich vom 8. Juni 1867 (Verordnung Nr. 166. III.), betreffend die Urlaubsgesuche der Herren Geistlichen, machen wir, um öfters vorkommenden Weiterungen vorzubeugen, darauf aufmerksam, daß dergleichen Gesuche, falls sie zur Berücksichtigung kommen sollen, gehörig motivirt sein müssen und zwar:

1. durch specielle Angabe des Zweckes des Urlaubs, ob derselbe zur Erholung dienen, oder wegen Krankheit nothwendig ist; im letzteren Falle wird durch ein Kreisphysikats- oder ein von dem Kreisphysikus bescheinigtes ärztliches Attest die Nothwendigkeit einer Kur darzuthun sein;
2. durch Angabe der Zeit, von wann ab und auf wie lange der Urlaub gewünscht wird;
3. durch Benennung des Kurortes bezw. des Zieles der Reise;
4. durch specielle Bezeichnung derjenigen Geistlichen, welche während der Abwesenheit die seelsorgerlichen und pfarramtlichen Geschäfte übernehmen werden;
5. durch die Angabe, ob für den Vertreter die Ertheilung der facultas binandi nothwendig ist.

Kapläne haben die Zustimmung ihres Pfarrers beizubringen¹⁾.

Den Herren Erzpriestern ist in jedem Falle Anzeige von der Bewilligung des Urlaubs, über die Zeitdauer der Abwesenheit und über die Vertretung zu machen.

c) G. B. Nr. 282. VI. vom 18. Mai 1892.

Die in unserer Verordnung Nr. 272. IV. sub 1 enthaltene Bestimmung über Beibringung eines Kreisphysikalischen Attestes bei Urlaubsgesuchen wird dahin abgeändert, daß von jetzt ab die Einsendung eines einfachen ärztlichen Zeugnisses als zulässig erachtet werden soll.

d) G. B. Nr. 295. XI. vom 3. Januar 1894.

In Folge eines Specialfalles weisen wir zur Vermeidung unliebsamer Zwischenfälle diejenigen Herren Geistlichen, welche im Nebenamte an höheren Lehranstalten der Provinz Schlesien den katholischen Religionsunterricht ertheilen, hierdurch an eventuelle Urlaubsgesuche nicht nur für ihr Hauptamt, an die geistliche Behörde, sondern auch für das Nebenamt an das Königliche Provinzial-Schul-Collegium zu richten.

Nr. 302. Bade=Unterstützungen.

G. B. Nr. 359. II.

Johannesberg, den 17. Juli 1899.

In öfteren Gesuchen wird von der Meinung ausgegangen, daß bei hiesiger Diöcesan-Verwaltung Bade-Stipendien — sogar in bestimmter Höhe — bestehen. Diese Meinung ist eine völlig irrtümliche, da keine Stiftung für dergleichen Stipendien vorhanden ist. Wenn in einzelnen

¹⁾ G. B. Nr. 150. IV.

Fällen bedürftige Herren Geistliche mit Beihilfen für ihre Badereisen versehen wurden, so waren dies nur persönliche Unterstützungen, wie hiermit zur Aufklärung ausdrücklich bekannt gemacht wird.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 303. Pensions-Verhältnisse.

a) Fb. Erlaß vom 23. December 1893.

Nach Anhörung des Hochwürdigen Diöcesan-Clerus habe ich mich veranlaßt gefunden, die Pensions-Verhältnisse desselben gemäß dem anliegenden Reglement zu ordnen.

Dasselbe entspricht nicht allen geäußerten Wünschen und Vorschlägen, insbesondere was die Höhe der Pensionen angeht, da selbst bei den jetzt festgesetzten Pensions-Beiträgen weder diese noch die Fondszinsen und Priesterhauszuschüsse den Durchschnittsbedarf an Pensionen decken und daher Zuschüsse meinerseits erforderlich sein werden. Indes darf ich darauf vertrauen, daß das Interesse des Hochwürdigen Clerus an dieser denselben so nahe berührenden Angelegenheit mit der Zeit die Deckungsmittel verstärken wird. Ich bemerke dabei, daß etwaige Zuwendungen für diesen Zweck, solange als der Pensionsfonds noch nicht die Rechte einer juristischen Persönlichkeit besitzt, auf den fürstbischöflichen Stuhl hieselbst für den Pensionsfonds lauten müssen.

Auch kann bei einem künftigen Anwachsen des Pensionsfonds statt einer Verminderung der Pensions-Beiträge eine Erhöhung der Pension vorgenommen werden.

Jedenfalls wird der Hochwürdige Clerus aus dem Reglement erkennen, daß für dasselbe das Bestreben leitend gewesen ist, die Pensions-Verhältnisse der Diöcesan-Geistlichkeit auf eine feste, geregelte Grundlage zu stellen, was allen billigen Ansprüchen gegenüber erreicht sein dürfte.

Einem jeden Diöcesan-Geistlichen, welcher nach § 5, bezw. 6 dem Pensionsfonds angehört oder beizutreten hat, wird ein Exemplar dieses Reglements von meinem Hochwürdigen General-Vicariat-Amte zugestellt werden.

In
die Hochwürdige Diöcesan-Geistlichkeit
des Bisthums Breslau preussischen Antheils
und des Delegatur-Bezirktes.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

G. K. 7414.

Pensions-Reglement für die Geistlichkeit der Diöcese Breslau.

1. Der bisherige Priester-Pensionsfonds für die Diöcese Breslau bleibt bestehen und trägt sämtliche Ruhegehälter, sowohl die bisher angewiesenen als auch diejenigen, welche auf Grund dieses Reglements künftig werden angewiesen werden. Dagegen fließen in denselben die Zinsen des von dem Sperrgeld-Ueberschusse abgezweigten Kapitalstockes und der Hohenlohe'schen Tischtitelstiftung, ferner ein Zuschuß aus dem Fonds des Meißner Priesterhauses und die Beiträge der Geistlichkeit.

2. *) (Die jährlichen Pensionen werden festgesetzt wie folgt:

für die Pfarrer	2400 Mk.,
für die Curaten und Lokalisten	2000 "
für die Kaplanen	1500 "

und in Quartalsraten postnumerando bis zum Ende des Sterbemonats ausgezahlt).

*) Abgeändert durch Artikel 1 des nachstehenden Erlasses.

3. Bei der Bemessung des Ruhegehaltes wird künftig weder das Einkommen heran- noch das etwaige Privatvermögen des Pensionärs in Berechnung gezogen.

4. *) (An den Pensionsfonds haben diejenigen Diöcesangeistlichen, welche nach § 5 Ansprüche an denselben haben, folgende feste Jahresbeiträge zu entrichten:

- a) Die Curaten, Lokalisten und Kaplanen mit einem Einkommen
 - aa) bis zu 1500 Mk. (einschließlich Beköstigung) 10 Mk.,
 - bb) über 1500 Mk. (einschließlich Beköstigung) . 20 "
- b) die Pfarrer

I. mit einem Einkommen bis zu	3000 Mk.	25 Mk.,
II. " " " " "	4500 "	40 "
III. " " " " "	6000 "	60 "
IV. " " " " "	7500 "	80 "
V. " " " " "	9000 "	100 "
VI. " " " " "	12000 "	200 "
VII. " " " " "	über 12000 "	400 "

Die Zahlung muß halbjährlich, zum 2. Januar und zum 1. Juli, an die Bisthums-Hauptkasse erfolgen und zwar Seitens des Pfarr-Clerus durch Vermittelung der Erzpriester.

Diese Jahresbeiträge werden sich und zwar zunächst für die Curaten, Lokalisten und Pfarrer der untern Stufen in dem Maße vermindern, wie der Pensionsfonds durch Ueberschüsse und Zuwendungen wächst.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Jahresbeiträge erlischt mit dem Tage, von welchem ab der Geistliche in den Ruhestand versetzt und seines Beneficiums, bezw. seiner Stelle enthoben wird.

Gezahlte Jahresbeiträge werden in keinem Fall zurückerstattet).

5. Dem Pensionsfonds gehört mit den Rechten und Pflichten, welche dieses Reglement feststellt, jeder Diöcesanpriester an, welcher ein Curat-Beneficium inne hat oder ein seelsorgerliches Amt bekleidet.

Das Gleiche gilt von den geistlichen Mitgliedern der bischöflichen Behörden und den Dompredigern, welche nicht Mitglieder des Hochwürdigen Domkapitels sind, ferner von den Domvicaren und Domsacristanen, von den Curaten und Spiritualen der Orden und religiösen Genossenschaften, welche nicht Priester des betreffenden Ordens sind, und von den geistlichen Vorstehern der bischöflichen Anstalten.

(Von den im Absatz 2 aufgeführten Geistlichen erhalten die Rechte und Pflichten der Pfarrer die wirklichen und Ehren-Geistlichen Räthe, die geistlichen Mitglieder der Bischoflichen Behörden, die Domprediger und die Domvikare, alle übrigen die Rechte und Pflichten der Curaten und Lokalisten bezüglich der Beiträge und Pensionsansprüche¹⁾).

6. Diejenigen Diöcesan-Priester, welche an staatlichen, provincial-ständischen, städtischen oder sonstigen nichtkirchlichen Anstalten angestellt sind, besitzen die mit ihren Stellen verbundene Pensionsberechtigung und fallen daher nicht unter dieses Pensions-Reglement. Wenn dieselben jedoch aus jenen Stellungen in die Pfarrseelsorge zurücktreten, sind sie verpflichtet, die Pensionsbeiträge bis zum Schlusse des Jahres 1893 nach dem alten Be-

*) Abgeändert durch Artikel 2 des nachstehenden Erlasses.

¹⁾ Abgeändert durch Artikel 3 des nachstehenden Erlasses.

trage, vom 1. Januar 1894 ab nach den Bestimmungen dieses Reglements, bezw. nach ihrem früheren Stelleneinkommen nachzuzahlen.

7. Die in Nr. 5 aufgeführten Geistlichen sind berechtigt, ihre Pensionsansprüche geltend zu machen nach zurückgelegtem 40. Jahre in der Diöcesanseelsorge, bezw. im Dienste der Diöcese und nach vollendetem 65. Lebensjahre, sowie im Falle dauernder Inhabilität.

Der Pensionierungsantrag ist dem Vorstande des betreffenden Archipresbyterats einzureichen, welcher denselben nach Einholung des Gutachtens des Archipresbyterats-Clerus dem General-Vicariat-Amte vorzulegen hat.

Die Entscheidung darüber, ob und zu welchem Zeitpunkte dem Antrage eines Geistlichen auf Versetzung in den Ruhestand stattzugeben ist, steht nach Anhörung des im § 11 erwähnten Curatoriums dem Fürstbischof zu ¹⁾.

8. Will der Pensionsberechtigte auf seinem Beneficium verbleiben und zu seiner Unterstützung einen Hilfsgeistlichen annehmen, so ist dieses gestattet, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, und kann derselbe in diesem Falle zur Unterhaltung des Hilfsgeistlichen einen Beitrag von 1000 Mark aus dem Pensionsfonds oder einem Stiftungsfonds beanspruchen.

9. Dem Pensionsberechtigten steht es frei, in das Priesterhaus in Reisse einzutreten, soweit die Räumlichkeiten und die Verhältnisse desselben es gestatten; in diesem Falle haben

die Kapläne	1000 Mk.,
die Curaten und Lokalisten	1200 "
die Pfarrer	1500 "

von ihrer Pension jährlich an das Priesterhaus für ihre volle Verpflegung zu entrichten, sind aber damit von allen Verpflichtungen gegen dasselbe befreit.

10. Das Recht auf den Bezug der Pension kann weder abgetreten noch verpfändet oder sonst übertragen werden. Es erlischt im Falle der Verurtheilung durch Disciplinar-Erkenntniß eines Bisthums-Consistoriums zum Verluste der Pensionsberechtigung oder des Amtes.

11. Für die Ueberwachung der Pensionsverhältnisse und die Verwaltung, bezw. Vertretung des Pensionsfonds ernannt der Fürstbischof aus den dem Pensionsfonds angehörenden Diöcesan-Geistlichen (§ 5) ein Curatorium von drei bis fünf Mitgliedern.

Für den Fall, daß bei einer Sedisvacanz die Diöcese eines Capitular-Vicars oder einer kirchenrechtlichen Administration zeitweilig entbehrt, sind die Pensionsanträge diesem Curatorium einzureichen und gehen die nach § 7, bezw. 11 von dem Fürstbischofe wahrzunehmenden Rechte und Befugnisse an ein Comité über, welches entweder aus sämmtlichen Fürstb. Commissarien des preussischen Diöcesan-Antheils einschließlich des Fürstb. Delegaten zu Berlin besteht oder von denselben aus ihrer Mitte gewählt und bestellt wird.

12. Dieses Pensions-Reglement tritt mit dem 1. Januar 1894 in Geltung, hat jedoch mit Ausnahme des in § 6 erwähnten Falles keine rückwirkende Kraft. Falls besondere Verhältnisse vorliegen, z. B. Belastung des Stelleneinkommens mit Pensionszuschüssen, werden dieselben im Verhandlungswege vom Fürstbischof geordnet werden.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

¹⁾ Siehe Artikel 4 des nachstehenden Erlasses.

b) Fb. Verordnung, betreffend die **Abänderung des Pensions-Reglements** für die Geistlichkeit der Diöcese Breslau vom 23. December 1893 nach Maßgabe der Beschlüsse der am 11. und 12. October 1899 im fb. theologischen Convict hier selbst abgehaltenen Diöcesan-Conferenz.

Artikel 1. § 2 des Pensions-Reglements für die Geistlichkeit der Diöcese Breslau vom 23. December 1893 wird aufgehoben.

An die Stelle desselben tritt folgende Bestimmung:

§ 2. Die jährlichen Pensionen werden festgesetzt wie folgt:
für die Pfarrer und die selbständigen (d. h. die mit einer
selbständigen Pfarrseelsorge betrauten) Curaten 2400 Mk.,
für die nicht selbständigen Curaten und die Lokalisten 2000 "
für die Kapläne 1500 "

und in Quartalsraten postnumerando bis zum Ende des Sterbemonats ausbezahlt.

Art. 2. § 4 des Pensions-Reglements wird aufgehoben.

An die Stelle desselben treten folgende Bestimmungen:

§ 4. An den Pensionsfonds haben diejenigen Diöcesan-Geistlichen, welche nach § 5 Ansprüche an denselben haben, folgende feste Jahresbeiträge zu entrichten:

a) die nicht selbständigen Curaten, Lokalisten und Kapläne mit einem Einkommen

aa) bis 1500 Mk. (einschließlich Beföstigung) 15 Mk.,

bb) über 1500 bis 2000 Mk. und darüber (einschließlich Beföstigung) 25 "

b) die selbständigen Curaten (vergl. § 2) und Pfarrer

I.	mit einem Einkommen bis zu	2000 Mk.		25	Mk.,
II.	"	"	über 2000 bis zu	2500 Mk.	30 "
III.	"	"	"	2500 " " 3000 "	1 $\frac{1}{2}$ % 45 "
IV.	"	"	"	3000 " " 3500 "	" 52,50 "
V.	"	"	"	3500 " " 4000 "	" 60 "
VI.	"	"	"	4000 " " 4500 "	" 67,50 "
VII.	"	"	"	4500 " " 5000 "	2% 100 "
VIII.	"	"	"	5000 " " 5500 "	" 110 "
IX.	"	"	"	5500 " " 6000 "	" 120 "
X.	"	"	"	6000 " " 6500 "	2 $\frac{1}{2}$ % 162,50 "
XI.	"	"	"	6500 " " 7000 "	" 175 "
XII.	"	"	"	7000 " " 7500 "	" 187,50 "
XIII.	"	"	"	7500 " " 8000 "	3% 240 "
XIV.	"	"	"	8000 " " 8500 "	" 255 "
XV.	"	"	"	8500 " " 9000 "	" 270 "
XVI.	"	"	"	9000 " " 9500 "	3 $\frac{1}{2}$ % 332,50 "
XVII.	"	"	"	9500 " " 10000 "	" 350 "
XVIII.	"	"	"	10000 " " 10500 "	" 367,50 "
XIX.	"	"	"	10500 " " 11000 "	4% 440 "
XX.	"	"	"	11000 " " 11500 "	" 460 "
XXI.	"	"	"	11500 " " 12000 "	" 480 "
XXII.	"	"	"	12000 Mk.	5% 600 "

Die Zahlung muß halbjährlich, zum 2. Januar und zum 1. Juli, an die Bisthums-Hauptkasse erfolgen und zwar seitens des Pfarrclerus durch Vermittelung der Erzpriester.

Die Ueberschüsse sind zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden, aus dem in den folgenden Rechnungsjahren sich ergebende Fehlbeträge gedeckt werden.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Jahresbeiträge erlischt mit dem Tage, von welchem ab der Geistliche in den Ruhestand versetzt und seines Beneficiums bzw. seiner Stelle enthoben wird.

Gezahlte Jahresbeiträge werden in keinem Fall zurückerstattet.

Art. 3. § 5 Absatz 3 wird, wie folgt, abgeändert:

Von den im Absatz 2 aufgeführten Geistlichen erhalten die Rechte und Pflichten der Pfarrer und selbständigen Curaten (vergl. § 2) die wirklichen und Ehren-Geistlichen Räte, die geistlichen Mitglieder der bischöflichen Behörden, die Domprediger und die Domvicare, alle übrigen die Rechte und Pflichten der nicht selbständigen Curaten und Lokalisten bezüglich der Beiträge und Pensionsansprüche.

Art. 4. Zu § 7 wird als Absatz 4 folgende Bestimmung hinzugefügt:

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Fürstbischofs darf kein in den Ruhestand versetzter Diöcesan-Priester außerhalb der Diöcese seinen Wohnsitz nehmen.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Breslau, den 25. November 1899.

G. K. 7675.

Dritter Abschnitt. Fakultäten.

Nr. 304. Fakultäten, welche dem Seelsorgs-Clerus verliehen sind.

G. B. Nr. 248. I. vom 8. Mai 1888.

Se. Fürstliche Gnaden, der Hochwürdigste Herr Fürstbischof, haben geruht, nachstehende Fakultäten dem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus zu verleihen resp. zu erneuern:

1. Den Herren Commissarien, Erzpriestern und Archipresbyterats-Verweßern, in dringenden Fällen, besonders da, wo es sich um die nachgesuchte kirchliche Trauung von Personen, welche bereits eine Civilehe eingegangen sind, handelt, oder auch da, wenn der Civilakt vor dem Standesbeamten noch nicht vollzogen ist, die erforderliche Zeit aber weder zur Vornahme des dreimaligen kirchlichen Aufgebots, noch zum Refusus an das Ordinariat übrig bleibt, die Vollmacht vom zweiten und dritten Aufgebot kirchlich zu dispensiren.
2. Ebenfalls den Herren Commissarien, Erzpriestern und Archipresbyterats-Verweßern die Vollmacht:

I. Absolvendi ab Haeresi et Apostasia a fide et a Schismate quoscunque etiam Ecclesiasticos tam Saeculares quam Regulares, non tamen eos, qui ex locis fuerint, ubi Sanctum Officium exercetur.

- II. Absolvendi ab omnibus casibus tam S. Sedi Apostolicae¹⁾, quam Sedi Ordinariae Wratislaviensi reservatis.
- III. Restituendi jus petendi debitum conjugale quocunque modo amissum.
- IV. Paramenta et alia Utensilia ad Sacrificium Missae necessaria, in quibus non intervenit sacra unctio, benedicendi.
- V. Ecclesias pollutas aqua ab Episcopo benedicta et in casu necessitatis etiam aqua non benedicta ab Episcopo reconciliandi et lapidem primarium pro aedificanda Ecclesia imponendi.
- VI. Cruces et imagines quascunque et Capellas privatas ad celebrandum destinatas, si indulta habuerint, nec non
- VII. Novum Coemeterium benedicendi et violatum reconciliandi.

Alle diese Fakultäten dürfen jedoch von den damit Betrauten nur in ihren eigenen Commissariats- und Archipresbyterats-Sprengeln ausgeübt und selbstverständlich an Andere nicht subdelegirt werden.

- 3. Den Pfarrern und Pfarrverweßern die Vollmacht, das bei der heil. Messe in Anwendung kommende Leinenzeug, sowie auch die Paramente nach Vorschrift der Diöcesan-Ordnung (§. 354—356 zu benediciren²⁾).
- 4. Ebendenselben da, wo der Erzpriester weit entfernt oder durch Krankheit verhindert ist, die Vollmacht zur Einweihung der in ihren Pfarochieen errichteten Kreuze, mit der Verpflichtung jedoch, in jedem einzelnen Falle die Anzeige über den vorzunehmenden Akt an den Erzpriester zu erstatten, welcher Letzterer in dem jährlichen Kirchenvisitations-Protokolle über die neu errichteten Kreuze Mittheilung zu machen hat.
- 5. Den Pfarrern, Pfarrverweßern, Curaten, Lokalisten und im Fall der Verwaisung einer Pfarochie den die Seelsorge wahrnehmenden Geistlichen die Vollmacht zur widerruflichen Ertheilung der Missio canonica an die Elementar-Lehrer und Lehrerinnen ihres Sprengels unter Abnahme des Tridentinischen Glaubensbekenntnisses mit dem ergänzenden Vaticanischen Zusatz und unter entsprechender Hinweisung auf die Pflichten, sowie der Ermahnung zu einem religiös-sittlichen Lebenswandel.
- 6. Jeder mit der Jurisdiction zum Beichtthören versehene Priester ist zur Ertheilung der Benedictio Apostolica in articulo mortis berechtigt.
- 7. Demjenigen auswärtigen Geistlichen, welcher an Patrocinien-, Kirchweih- und Ablassfesten das Hochamt beim festlichen Gottesdienste hält, wird die facultas binandi ertheilt, so daß derselbe im Stande ist, zuvor in seiner eigenen Gemeinde die heil. Messe zu celebriren.

Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind diejenigen Geistlichen, in deren Kirchen sonntäglich ohnedies mehr wie zwei heil. Messen gelesen werden.

¹⁾ Vergl. oben §. 188 und §. 193.

²⁾ Im neuen Rituale pag. 343—348.

Dabei kommen die Bestimmungen in Anwendung, welche in den gedruckten Verordnungen Nr. 135. III. und Nr. 200. I.¹⁾ enthalten sind.

Vorstehende Vollmachten gelten widerruflich bis auf Weiteres und erlöschen selbstverständlich mit der Niederlegung des betreffenden Amtes.

Nr. 305. Gesuche um Fakultäten beim hl. Stuhle.

G. B. Nr. 233. X.

Es kommt wiederholt vor, daß Priester meiner Diocese mir verschiedene Weihe-, Aufnahme- und Jurisdictionsvollmachten zur Genehmigung oder Kenntnißnahme vorlegen, welche sie bei den betreffenden Congregationen des hl. Stuhles oder Ordensgeneralaten in Rom durch dortige Mittelspersonen erlangt haben. Wie man in Rom hierin keine Schwierigkeiten macht, so will auch ich besondere Einschränkungen dafür nicht erlassen, es sei denn, daß in einzelnen Fällen ganz besondere Gründe dafür vorliegen. Gleichwohl wünsche ich im Interesse der Ordnung, zumal die Ausübung vieler solcher Fakultäten von meiner oberhirtlichen Genehmigung geradezu abhängt, daß fernerhin Gesuche um derlei römische Vollmachten oder Privilegien immer nur an meine Geheime Kanzlei ergehen. Von hier aus werden dieselben meinem Herrn Geschäftsträger beim hl. Apostolischen Stuhle, welcher zudem diese Rücksicht vollauf verdient, zu entsprechender Erledigung überwiesen werden.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle dies dem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus zur Nachachtung bekannt geben.

Breslau, den 1. December 1884.

Fürst-Bischof.

† Robert.

Nr. 306. Reffort für Fakultäten für Militärpersonen.

G. B. Nr. 253. VI.

Die Hochwürdige Geistlichkeit der Diocese setze ich davon in Kenntniß, daß mit dem Amtsantritte des Herrn Feldpropstes Dr. Aßmann, Bischof von Philadelphia i. p. i., alle für die Militärpersonen verliehenen kirchlichen Fakultäten²⁾ an den genannten Hochwürdigsten Herrn übergegangen sind.

Breslau, den 22. Februar 1889.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 307. Militär-Gemeinden.

G. B. Nr. 28. XII. vom 11. November 1851.

Nachdem im Bereiche der Breslauer Diocese mehrere selbstständige katholische Militär-Geistliche angestellt worden sind, hat es angemessen geschienen, hierdurch aufs Neue bekannt zu machen, was der § 34 der Militär-Kirchen-Ordnung vom 12. Februar 1832 bezüglich der Grenzen der Militär-Seelsorge, resp. bezüglich der Militär-Gemeinden festsetzt. Gedachter Paragraph lautet nämlich:

„Zu den Militär-Gemeinden überhaupt gehören:

1. sämtliche im aktiven Dienste befindlichen Officiere, Unterofficiere und Soldaten;

¹⁾ Siehe Nr. 144 und Nr. 145.

²⁾ z. B. Fasten- und Ehedispensen.

2. die mit Inaktivitäts-Gehalt, Wartegeld oder Pension entlassenen Officiere, so lange sie den Militär-Gerichtsstand behalten;
3. alle Militär-Beamte und Militär-Handwerker, welche ihrer Bestimmung nach den Truppen ins Feld und beim Garnisonwechsel folgen müssen;
4. die Festungs-Beamten und die in den Festungen angestellten Militär-Defonomie-Beamten;
5. die Zeughaus-Beamten sowohl in Festungen als in offenen Städten;
6. die Militär-Lazareth-Beamten;
7. die Militär-Kirchendiener und Garnison-Schullehrer;
8. die Frauen sämmtlicher unter 1 bis 7 genannten Personen und ihre Kinder, so lange letztere sich im väterlichen Hause befinden.

Die unter 2 bis 6 und 8 erwähnten Personen gehören jedoch nur dann zu den Militär-Gemeinden, wenn an ihrem Aufenthalts-orte ein Militärprediger oder ein mit der Seelsorge für das Militär ausdrücklich beauftragter Civil-Geistlicher sich befindet.“

Durch spätere Rescripte ist noch festgesetzt worden, daß zu den Militär-Gemeinden auch die Telegraphen-Beamten und Land-Gensdarmen und zu den Militär-Defonomie-Beamten alle etatsmäßigen und auf Kündigung angestellten Magazin-Beamten gehören.

Vierter Abschnitt. Uebergabe von Benefizien¹⁾.

(Auseinandersetzung zwischen an- und abziehendem Inhaber eines Benefiziums, bezw. dessen Rechtsnachfolger.)

Nr. 308. Grundsätze bei Uebertragung eines Benefiziums.

G. B. Nr. 15. III. vom 25. April 1850.

Wir finden uns veranlaßt, die in Bezug auf Administration von Pfarrbenefizien geltenden Grundsätze zu republicircen, wie folgt:

1. Die Administration beginnt bei Sterbefällen mit dem Todestage des letzten Benefiziaten, im Falle des Wechsels mit dem Tage der Uebergabe und sind von da ab Einkünfte und Ausgaben der Administration zu berechnen.
2. Die Uebergabekosten trägt der Abgehende, event. die Masse des Verstorbenen.
3. Sind die pfarrlichen Grundstücke vom Benefiziaten selbst ganz oder theilweise bewirthschaftet worden, so genießt die Ernte, wer am Tage Margareth, also am 13. Juli, im Besitze des Benefiziums sich befindet. Derselbe hat aber auch die verhältnißmäßigen Steuern und Lieferungen vom lezt verflossenen 1. April bis zum nächsten lezten März zu entrichten.
4. Bei verpachteten Grundstücken ist das Pachtjahr maßgebend und wird der Pächtertrag pro rata temporis vertheilt; desgleichen die davon zu entrichtende Steuer, wenn sie Verpächter zu entrichten hat.
5. Der Zehnten wird für das vergangene Jahr entrichtet und ist bei dem Sackzehntel Martini der Terminus a quo et ad quem,

¹⁾ Das mit G. B. Nr. 191. VIII. ausgegebene Schema für Traditions-Verhandlungen wird demnächst den neueren Bestimmungen entsprechend abgeändert als Beilage der G. B. neu erscheinen.

bei dem Garbenzehnten aber der 1. September. Darnach ist der Dezem sowohl als davon zu entrichtende Steuer zu repartiren.

6. Das auf der Widmuth gewonnene Stroh und Heu, insoweit es Erzeugniß des letzten Fruchtjahres ist, ingleichen der vorhandene Dünger bleibt bei der Pfarrei; doch sind, wenn der Dünger schon auf dem Felde liegt, die Fuhr- und von dem vorhandenen Heu die Erntekosten nach der Lokalobservanz zu vergütigen. Das Fruchtjahr, nach welchem die Fütterung zu berechnen ist, beginnt und endet in Bezug auf Heu und Grummet mit Ende Mai, in Bezug auf Stroh mit Ende Juni. Bestände an Heu, Grummet und Stroh über den Ertrag eines Jahres hinaus, gehören dem abgehenden Benefiziaten, event. der Administration. Bei der Uebergabe hat der Uebergabe-Commissarius in der Verhandlung den Betrag des bei der Pfarrei vorhandenen Heues, Strohes und Düngers wenigstens approximativ anzumerken. Kommt etwas auf das Gewicht des Strohes an, so ist das Gebund zu 14 bis 15 Pfund zu rechnen.
7. Die Fructus pendentes genießt, wer zur Zeit ihrer Reife das Benefizium verwaltet.
8. Sind inventarische Viehkorpora vorhanden, so sind sie auf Kosten der Administration zu erhalten und ist ihr Nutzen in der Administrations-Rechnung betreffenden Orts in Einnahme zu bringen. Erscheint jedoch ihr Verkauf vortheilhafter, so ist dazu besondere Autorisation einzuholen. Hat der Abgehende inventarische Viehkorpora erhalten, so sind auch solche in natura zu übergeben. Im entgegengesetzten Falle hat er den empfangenen Geldwerth zu ersetzen.
9. Nicht inventarische Viehkorpora, sowie das zur Pflege derselben nöthige Gesinde sind bis zur Versteigerung der ersteren auf Kosten der Nachlassmasse zu unterhalten. Von da ab kann das Gesinde nur in soweit in Lohn und Kost der Administration genommen werden, als es wegen der Pflege der inventarischen Viehkorpora und Einbringung der Ernte, sofern diese der Administration zufällt, erforderlich ist. Dagegen ist das entbehrliche Gesinde zu entlassen und demselben anheim zu geben, seine Ansprüche wegen ihm etwa noch zustehender Entschädigung an den Abgehenden, resp. an die Masse des Verstorbenen zu machen.
10. Hat die Administration die Einsaat zu besorgen, so muß dies miethweise geschehen, sofern sich ein Vortheil davon versprechen läßt; im entgegengesetzten Falle sind die Aecker auf ein Jahr zu verpachten.
11. Bezieht die Administration die Ernte, so hat sie an den Abgehenden sowohl die Ausfaat nach den damaligen Getreidepreisen, als auch die Ackerbestellungskosten nach den ortsüblichen Preisen zu vergütigen. Der Einerntung und dem Ausdruck mit gedungenen Leuten ist der Verkauf der Ernte auf dem Halme vorzuziehen.
12. Macht die Administration von dem nicht inventarischen Viehe und Wirthschaftsgeräth Gebrauch, so hat die Nachlassmasse des Verstorbenen Anspruch auf Remuneration und Entschädigung. Dasselbe

- gilt von den Diensten des lediglich im Interesse des Nachlasses fortzuführenden Gesindes, welche zum Vortheil der Administration geleistet werden. Die Disposition über diesen Theil des Gesindes, Viehes und Wirthschaftsgeräthes kompetirt prinzipaliter den Nachlass-Executoren. Dagegen sind, was die Hausordnung anbelangt, die Anordnungen des Administrators maßgebend.
13. Salarium und Kostgeld für Gesinde kann in die Administrationsrechnung nur insoweit gebracht werden, als das Gesinde zur Pflege des inventarischen Viehes, zur Ernte oder Aussaat erforderlich ist. Dagegen ist Kost und Lohn der lediglich zum Dienste des Administrators erforderlichen Wirthschafterin von dem Administrationsgehalte zu bestreiten.
 14. An Sonn- und Feiertagen ist der Administrator verpflichtet pro Parochianis zu celebriren, wenn nicht der Benefiziat selbst noch lebt und es thut.
 15. Die Neujahrsabgabe gilt als eine Leistung für das vergangene Jahr und ist daher pro rata temporis zu theilen. Wird sie bei dem üblichen kirchlichen Umgange gereicht, so hat der den Umgang haltende Geistliche Anspruch auf eine entsprechende Remuneration und behält den Betrag ganz, wenn ihn der Antecessor am Orte seiner zeitigen Wirksamkeit ebenfalls ganz erhebt.
 16. In der Verwaltung der Spiritualien darf der Administrator ohne Noth und ohne Anfrage bei seinen Vorgesetzten Nichts ändern; dagegen hat er zu untersuchen, ob und welche Verpflichtungen dem Abgehenden in Bezug auf Beilatz, Dachreparatur zc. etwa noch obliegen und darüber event. betreffenden Orts Anzeige zu machen.
 17. Mit dem Tage der Uebergabe des Benefiziums an den künftigen Benefiziaten hört natürlich die Administration auf und ist mit diesem Tage die Rechnung so abzuschließen, daß daraus auch die Resteinnahmen in ihrer Höhe und Natur ersichtlich sind; sodann ist die Rechnung mit den erforderlichen Einnahme- und Ausgabe-Belägen dem Archipresbyterats-Vorstande vorzulegen, von diesem zu revidiren und dann mit der Revisionsverhandlung, event. mit dem Revisionsvermerke zur Superrevision an uns einzusenden. So oft Administrations-Ueberschüsse aufgesammelt sind, sind uns solche sofort zu übersenden.

Nr. 309. Abschätzung der Pfarrbeilatzstücke.

G. B. Nr. 55. VII. vom 21. Juni 1854.

Es haben sich schon seit längerer Zeit die früher vorgenommenen Abschätzungen der Pfarrbeilatzstücke als unzulänglich, weil unseren Verhältnissen nicht angemessen, erwiesen.

Nicht selten nämlich geschieht es, daß die einzelnen Inventarienstücke nicht in Natur zurückgewährt werden können, darum deren beigefügter Taxwerth gesetzlichen Vorschriften zufolge angenommen werden muß. Da jedoch diese Taxbestimmung aus Zeiten herrührt, wo der Werth des Geldes ein viel höherer war, als er heute ist; so geschieht es, daß der Beilatz vieler Pfarreien statt wie es kirchliche Vorschrift ist, vermehrt, immer mehr ver-

mindert wird. Wir finden uns darum veranlaßt, die Herren Erzpriester anzuweisen, die Inventarien-Verzeichnisse der in ihren Sprengeln gelegenen Pfarreien unter Zuziehung der betreffenden Benefiziaten und erforderlichen Falls der Kirchenvorsteher zu erneuern und die einzelnen Beilafgegenstände durch einen vereideten Taxator abschätzen zu lassen, sowie diese Verzeichnisse für jede Pfarrei einzeln von sämmtlichen Interessenten und dem Taxator unterschrieben anher einzusenden. Hierbei bemerken wir, daß ganz unbrauchbare und werthlose Sachen, welche von den jetzigen Benefiziaten nur übernommen worden sind, weil sie eben vorhanden waren, ganz außer Berücksichtigung gelassen werden dürfen. Die Kosten der neuen Taxation haben die Inhaber der Benefizien zu tragen, und werden wir ihnen dies als die pflichtschuldige Verbesserung des Benefiziums anrechnen ¹⁾).

Nr. 310. Declaration zu G. B. Nr. 15. III.

G. B. Nr. 77. V. vom 14. November 1855.

Zur Beseitigung der Zweifel über die Auslegung der Verordnung Nr. 15 vom 25. April 1850 ad III. erklären wir hiermit, daß die Vorschriften dieser Verordnung auf alle Fälle Anwendung finden, in denen ein kirchliches Benefizium anderweit übergeben wird, gleichviel ob dasselbe bis dahin bloß administriert worden ist, oder unter selbstständiger Verwaltung und Nugnießung gestanden hat; ferner ad 6, daß außer dem im letzten Fruchtjahre auf der Wiedmuth gewonnenen Stroh und Heu auch die Spreu und Ueberkehr, desgleichen der gewonnene animalische, sowie aus den Substanzen des Benefiziums künstlich bereitete Dünger dem Letzteren verbleibt, ohne daß dabei auf die Zeit der Gewinnung etwas ankommt.

In den Uebergabe-Verhandlungen darf die wenigstens annäherungsweise Angabe des Betrages des auf dem Benefizium vorgefundenen Strohes und Heues, der Spreu und Ueberkehr, sowie des Düngers nie fehlen.

Ad 8, daß unter allen Umständen die übernommenen inventarischen Viehkorpora principaliter mindestens in Stücken von gleicher Beschaffenheit zurückzugewähren sind und nur eventualiter, d. h. dann, wenn jenes durchaus nicht möglich sein sollte, statt derselben deren in Gemäßheit der Verordnung Nr. 55. VII. festgestellter Werth zu ersetzen ist.

Eine freie Wahl in der Art der Rückgewähr findet also hier nicht statt.

Werden die übernommenen Viehkorpora in Natur retradirt, so muß der wegen veränderter Beschaffenheit eingetretene Minderwerth besonders vergütet werden.

Verbrauchbare Sachen müssen durch Sachen von gleicher Gattung und Güte ersetzt werden.

Ad 15, daß die Offertorien und Accidenziensteuer pro rata temporis des Civiljahres vertheilt wird.

Ad 16, daß bei der Rückgewähr der übrigen Beilafstücke in Betracht der allmählichen Abnutzung derselben ein Ersatz nach Verhältniß des Zeitverlaufs, von der Uebernahme an, zu leisten ist. Der Bestimmung seiner

¹⁾ Vergl. hierzu G. B. Nr. 9. III. weiter unten Nr. 314.

Höhe wird die Taxe des Inventars zu Grunde gelegt und angenommen, daß landwirthschaftliches Geräth innerhalb 10 Jahren untauglich wird. §§ 467—469, Tit. 21 Th. I. A. L. R.

Die Herren Erzpriester resp. deren Stellvertreter haben hiernach bei Ausführung unserer allgemeinen Verordnung Nr. 13. VI. jedesmal unter Zuziehung der Erben oder Hausgenossen des abgegangenen Benefiziaten, resp. Administrators und mindestens eines Sachverständigen eine genaue Beschreibung der Inventarienstücke vorzunehmen und dieselbe unverzüglich an uns einzureichen.

Nr. 311. Rückgewähr von Wiedmuthsnaturalien.

a) G. B. Nr. 109. VIII. vom 16. November 1858.

Um den unangenehmen und oft kostspieligen Weiterungen ein für allemal zu begegnen, welche leider nur zu häufig von den Rechtsnachfolgern verstorbenen Benefiziaten bei der Rückgewähr der Benefizien namentlich in Aufsehung des im letzten — d. i. bei dem Abgange des Benefiziaten laufenden — Fruchthahre auf der Wiedmuth gewonnenen Strohes, Heues, Grummets, so wie der Spreu und Ueberkehr und endlich des Düngers gemacht worden, tragen wir den Herren Erzpriestern resp. deren Stellvertretern hiermit auf, bei der Uebergabe eines jeden Benefiziums an den neu eintretenden Benefiziaten dessen Erklärung ausdrücklich mit zum Protokoll zu nehmen.

(Den Wortlaut des Reverses für Benefizien a) ohne Landdotation siehe unten unter Nr. 312. a., ß) mit Landdotation unten unter Nr. 312. b.)

Nach den angezogenen Verordnungen hat der abgehende Benefiziat an Stroh, Spreu und Ueberkehr den Bedarf — oder wieviel mehr von der Wiedmuth in dem letzten Fruchthahre wirklich gewonnen worden — bis zum nächsten letzten Juni und an Heu und Grummet den Bedarf — oder etwaigen Mehrertrag bis zum nächsten letzten Mai für so viel Vieh, als von dem auf der Wiedmuth gewonnenen Futter nach gewöhnlichen landwirthschaftlichen Grundsätzen durchwintert werden kann, aus dem letzten Fruchthahre zurückzulassen.

Ist der Bedarf nicht vorhanden, oder von dem Mehrertrage des laufenden Fruchthahres erweislich ein Theil verkauft oder wirtschaftswidrig verbraucht worden, so muß das Fehlende ersetzt werden.

Von Rückgewähr des Bedarfs werden die Rechtsnachfolger des abgegangenen Benefiziaten nur dann frei, wenn sie nachweisen, daß durch unverschuldete andere, als Feuer- oder Hagel-Unglücksfälle, für welche auch eine Versicherung unmöglich war, der Ertrag bis unter den Bedarf vermindert worden.

Aller auf der Wiedmuth gewonnene Dünger verbleibt der Pfarrei (Verordnung Nr. 15. III. § 6 und Verordnung Nr. 77. V). Sollte aber wegen stattgefundenen Verpachtung der Wiedmuth Dünger fehlen, so hat der abgehende Benefiziat für so viel Entschädigung zu gewähren, als dergleichen vorhanden sein müßte, wenn das von dem auf der Wiedmuth gewonnenen Futter zu durchwinternde Vieh seit dem Beginne des Wirthschaftsjahres, d. i. seit dem letzten 1. Juli, bis zur Zeit der Retradition des Benefiziums, auf demselben gehalten worden wäre.

Wieviel nach diesen Grundsätzen an Stroh, Heu u. s. w. in jedem einzelnen Falle zurückzugewähren ist, wird durch zwei ernannte Sachverständige unter Leitung des Erzprieesters, seines Stellvertreters, oder eines anderen von uns bestellten Commissarius maßgebend geschätzt, ohne daß hiergegen von irgend einer Seite ein Einwand zulässig ist. Einer der beiden Sachverständigen, welche alle Eigenschaften eines völlig glaubwürdigen Zeugen besitzen müssen, wird von uns, der andere dagegen von den Rechtsnachfolgern des abgegangenen Benefiziaten binnen einer Präklusivfrist, nach deren fruchtlosem Ablaufe aber ebenfalls von uns gewählt.

Auf Benefizien, bei denen die Verpachtung die einzige mögliche Nutzungsart ist, weil entweder nur einzelne Grundstücke, oder zwar eine Wiedmuth, aber keine Wirthschaftsgebäude vorhanden sind, erstreckt die qu. Observanz sich nicht.

Das Brennholz wird zwischen dem abgehenden Benefiziaten und seinem Amtsnachfolger pro rata temporis vertheilt, wobei jedoch auf die sechs Monate vom 1. October bis letzten März zwei Drittel und auf die anderen sechs Monate ein Drittel gerechnet werden.

Für die vollständige Aufnahme der obigen Erklärung in das Traditionsprotokoll bleiben die Herren Erzprieester resp. deren Stellvertreter verantwortlich.

Einigungen zwischen dem abgehenden und eintretenden Benefiziaten werden, unbeschadet der Rechte des Benefiziums gegen Letzteren, durch diese Verordnung nicht ausgeschlossen.

b) G. B. Nr. 123. VIII. vom 15. Juni 1860.

Die Verordnung Nr. 109. VIII. bezieht sich nach ihrem Wortlaute nur auf die künftig neu in den Genuß eines Benefiziums eintretenden Pfründner was die protokollarische Verpflichtung bei der Uebergabe anlangt und hat nicht rückwirkende Kraft auf diejenigen Benefiziaten, welche zur Zeit der Verkündung der Verordnung Nr. 109¹⁾ schon im Genuße sich befanden und die Wiedmuth ganz oder theilweise verpachtet von dem Vorgänger übernommen hatten, soweit sie dieselbe oder einen nicht größern Theil dereinst verpachtet zurückgewähren. Bezüglich dieser verpachteten Grundstücke bewendet es bei der Vertheilung des Pachtzinses pro rata temporis gemäß Verordnung Nr. 15. III. 4 ohne die Verbindlichkeit zur Ablieferung von Naturalien, wenn nicht in dem Uebergabe-Protokolle schon eine dergleichen Verbindlichkeit festgestellt worden war. Es bleibt jedoch eine unabweißbare Pflicht der Herren Benefiziaten, nach Kräften dazu beizutragen, daß die Grundsätze der Verordnung vollständig durchgeführt und in den künftigen Pachtverträgen nicht nur die gesetzliche Bedingung des § 451, Tit. 21, Th. I. A. L. R., wonach Stroh und andere zur Vermehrung des Düngers dienliche Materialien auch Seitens des Pächters nicht verkauft oder sonst von dem Gute weggenommen werden dürfen, sondern auch andere entsprechende Maßgaben im Sinne der fraglichen Verordnung eingerückt werden.

¹⁾ Jetzt dagegen kann dieser Revers auch rückwirkende Kraft haben. Vergl. nachstehenden Erlaß.

Pachtverträge sind stets zu unserer Bestätigung einzureichen.

Die Herren Erzpriester haben bei ihren jährlichen Visitationen auch die in Rede stehenden Verhältnisse und den beständig guten Kultur- und Düngungsstand der Wiedmuth ins Auge zu fassen und namentlich unverzüglich an uns zu berichten, wenn ein Benefiziat die bisherige Selbstbewirthschaftung der Wiedmuth in Pacht umwandelt. In letzterem Falle nämlich muß (nach dem übereinstimmenden Vorschlage vieler Archipresbyterate) Stroh, Spreu, Ueberkehr, Heu und Grummet nebst Dünger abgeschätzt und der Tagwerth als Pfarrkapital, von welchem dem Pfarrer die Zinsen gebühren, sichergestellt, das Kapital auch, wenn und soweit die Tage bei dem Abgange des Benefiziaten sich höher gestaltet, bis zu dieser Höhe ergänzt werden. Wenn ein nachfolgender Benefiziat die Selbstbewirthschaftung wieder herstellen will, so hängt die Verabsolung und Verwendung jenes Pfarrkapitals zu den nöthigen Anschaffungen von unserer Entscheidung ab.

Von Niederlegung des Kapitals seitens des Pfarrers kann nur dann abgesehen werden, wenn die Wiedmuth nebst Gebäuden im Ganzen verpachtet und seitens des Pächters eine ausreichend hohe und sichere Caution erlegt wird.

Unter dem zu übergebenden Heue ist nur Wiesenheu, nicht auch, wo Wiesen nicht vorhanden sind, Kleeheu gemeint.

Wenn die zwei Sachverständigen sich nicht einigen, so giebt der leitende Erzpriester als Obmann den Ausschlag.

Bei Vertheilung des Brennholzes muß zugleich die verhältnißmäßige Vergütung des etwaigen Holzschläger- und Fuhrlohnes geschehen. Ebenso sind die behufs der Versicherung gegen Feuer- und Hagelschäden gezahlten Prämien nach Verhältniß des zurückgewährten Strohes und Futters zu erstatten.

Bei Gartenfrüchten, deren Ernte der Benefiziat nicht genießt, tritt die Entschädigung nach den Bestimmungen über die Feldfrüchte ein. Verordnung Nr. 15. III. 11.

Die Zubereitung des aus den Substanzen des Benefiziums künstlich präparirten und demselben verbleibenden Düngers ist angemessen zu vergüten.

Diese zur Beseitigung der Zweifel über die Auslegung der Verordnung Nr. 109. VIII. von Seiner Fürstbischöflichen Gnaden, unserem Hochwürdigsten Fürstbischofe Heinrich genehmigte Erklärung wird hiermit zur Kenntniß und Nachachtung bekannt gemacht.

Nr. 312. Revers bei Uebernahme eines Benefiziums.

a) G. B. Nr. 241. V. vom 11. September 1886.

Um vielfachem Verlangen entgegen zu kommen, haben Se. Fürstbischöfliche Gnaden unserem Antrage auf Abänderung des in rubro erwähnten Reverses zu entsprechen und anzuordnen geruht, daß in Zukunft von den ein Benefizium übernehmenden Priestern der in Rede stehende Revers in folgender Fassung ausgestellt werde:

a) Für Benefizien ohne Land-Dotation.

„Ich verpflichte mich resp. meine Erben resp. Rechtsnachfolger, bei meinem dereinstigen Abgange vom hiesigen Benefizium mit letzterem mich lediglich nach den mir genau bekannten Diöcesan-Vorschriften, wie solche

in den gedruckten Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes in Breslau Nr. 15. III., 77. V. und 109. VIII. festgestellt, auseinanderzusetzen.“

ß) Für Benefizien mit Land-Dotation. (Abgeändert durch folgenden Erlaß G. B. Nr. 363. V.)

Vorstehender Verordnung darf event. bezüglich der Einschränkung der Revers-Verpflichtung rückwirkende Kraft beigemessen werden, soweit nicht vorher volle Entschädigung stattgefunden hat.

b) G. B. Nr. 363. V.

In Betreff der Uebergabe der Benefizien mit Land-Dotationen werden folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die Kosten für innerhalb des Wirthschaftsjahres verwendete künstliche Düngemittel, für Gründung und die Hagelversicherungs-Prämie sind den Bestellungskosten zuzurechnen.

2. Der in der Verordnung Nr. 109. VIII. von den ein Benefizium mit Land-Dotation übernehmenden Priestern geforderte Revers ist in Zukunft in folgender Fassung auszustellen:

Ich verpflichte mich, bezw. meine Erben und Rechtsnachfolger, bei meinem dereinstigen Abgange vom hiesigen Benefizium mit letzterem mich lediglich nach den mir genau bekannten Diöcesan-Vorschriften, wie solche in den gedruckten Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes in Breslau Nr. 15. III., 77. V. und 109. VIII. festgestellt sind, auseinanderzusetzen.

Insbesondere verpflichte ich mich, meine Erben und Rechtsnachfolger, von der selbstbewirthschafteten Wiedmuthsfläche mindestens jetzigen Umfangs, nämlich . . . ha . . . a, zurückzulassen:

a) an Dünger Alles, was aus den Erträgen der Wiedmuth hiervon producirt worden,

b) an Wiesenheu, Grummet, Stroh, Ueberkehr und Spreu aus dem laufenden Wirthschaftsjahre Alles, was nicht an das nach landwirthschaftlichen Grundsätzen von der selbstbewirthschafteten Fläche zu unterhaltende Vieh verfüttert und gestreut wurde. Verkauf dieser Produkte ist erst erlaubt nach Ablauf des Wirthschaftsjahres, d. i. für Wiesenheu und Grummet vom 1. Juni, für Stroh pp. vom 1. Juli. Hat wirthschaftswidriger Verkauf oder Verbrauch stattgefunden, so ist das Quantum durch Zeugen, eventuell durch zwei Sachverständige mit Zuziehung des Erzpriesters oder dessen Stellvertreters als Obmann mit Ausschluß jedes prozeßualischen Verfahrens festzusetzen, und das Fortgeschaffte oder Fehlende nach dessen Qualität in gleicher Waare oder in Geld nach dem am Tage der Erledigung des Benefiziums gestandenen mittleren Marktpreise des nächsten Markttortes zurückzuerstatten.

Breslau, den 6. December 1899.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 313. Erlös aus verkauften Wiedmuthsnaturalien.

G. B. Nr. 227. IV. vom 9. November 1883.

Verpachten die Benefiziaten, deren Dotation zum Theil oder ganz in Ländereien besteht, bisher selbstbewirthschaftete Wiedmuths-Aecker, so sind

die entsprechenden landwirthschaftlichen Produkte (Wiedmuths-Naturalien gemäß G. B. Nr. 109. VIII.) zu veräußern und der Erlös, dessen Zinsertrag selbstverständlich dem Benefiziaten zusteht, in der Pfarr-Weilafasse zu hinterlegen.

Im Fall der Wiederherstellung der Selbstbewirthschaftung ist der Pfarrer auch berechtigt, den hinterlegten Betrag zurückzunehmen.

Nr. 314. Erhaltung und Verbesserung pfarrlicher Inventar-Gegenstände.

G. B. Nr. 9. III. vom 5. April 1849.

Es giebt bei manchen Pfarren der Diöcese inventarische Hausgeräthe und Wirthschafts-Effekten, die für die betreffenden Benefiziaten deshalb mehr eine Last als eine Wohlthat geworden sind, weil seitens der früheren Nutznießer nichts zur Erhaltung und Verbesserung dieser Effekten geschehen und daher ein Zustand völliger Unbrauchbarkeit derselben eingetreten ist. Eine solche Sorglosigkeit steht im entschiedenen Widerspruche mit der löblichen Absicht der ursprünglichen Wohlthäter, wie auch mit dem Zwecke der Institution und den ergangenen Ordinariats-Verordnungen, schließt aber auch insbesondere Impietät und Undank gegen die Antecessoren, wie Rücksichtslosigkeit gegen die Successoren in sich. Wir fühlen uns daher veranlaßt, die in Vergessenheit gerathene Verordnung, wonach jeder Benefiziat, der ein solches Inventarium zu benützen hat, gehalten ist, nicht nur dasselbe möglichst zu conserviren, resp. in dem Werthe, in welchem es von ihm übernommen worden, zu übergeben, sondern auch nach Bedürfniß zu verbessern und zu vermehren, hiermit aufs neue in Erinnerung zu bringen mit dem Erwarten, daß ihr die gebührende Beachtung künftighin nicht werde versagt werden.

Bei Todesfällen von Geistlichen, die ein solches Inventarium zu benützen gehabt haben, wird es Sache der betreffenden Erzpriester und Kirchen-Collegien sein, darauf zu sehen, ob ein Inventarium vorhanden sei, resp. übergeben werde, das dem Werthe nach mindestens dem alten gleichkommt, event. die erforderlichen Entschädigungs-Ansprüche an die Masse des Verstorbenen zu formiren.

Nr. 315. Inventar-Verzeichnisse.

G. B. Nr. 147. III. vom 7. November 1863.

Es geschieht nicht selten, daß Ab- und Zugänge von Inventarien-Gegenständen in den betreffenden Verzeichnissen nicht bemerkt und dadurch unnütze Anfragen, wie mancherlei Unzukömmlichkeiten hervorgerufen werden. Wir sehen uns daher genöthigt, die Ehrwürdige Curat-Geistlichkeit ernstlich anzuweisen, diese Ab- und Zugänge, auf welche Art sie auch entstanden sein mögen, in die Inventarien-Verzeichnisse aufzunehmen, und die resp. Herren Erzpriester zu beauftragen, bei den kanonischen Visitationen über Befolgung dieser Verfügung zu wachen.

Nr. 316. Investitur-Gebühren.

a) G. B. Nr. 239. II.

Meinem Hochwürdigem General-Bicariat-Amte ist es nicht entgangen, daß die bisherigen Investitur-Gebühren für Pfarren und Curatien zu Unzuträglichkeiten führten, weil der Betrag derselben für alle Benefizien gleichmäßig war. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß der bisherige

Betrag von 51,55 Mk. für kleinere Benefizien zu hoch bemessen ist, während er für besser dotirte allzu niedrig erscheint. Ich habe mich daher entschlossen, vom Tage der Bekanntmachung dieses meines Erlasses ab die Investitur-Gebühren nach den Erträgen des Benefiziums zu bemessen und zu erheben, und ordne darum gemäß den Vorschlägen meines Hochwürdigem General-Vicariat-Amtes Nachstehendes an:

Die Investitur-Gebühren betragen fortan:

1.)	(von Benefizien mit einer Einnahme bis zu . . .	1800 Mk. incl.	20 Mk.
2.	" " " " " " " " " " " "	von mehr als 1800—3000 Mk.	50 =
3.	" " " " " " " " " " " "	3000—4500 =	120 =
4.	" " " " " " " " " " " "	4500—6000 =	200 =
5.	" " " " " " " " " " " "	6000—9000 =	300 =
6.	" " " " " " " " " " " "	9000 =	500 =).

Wenn auch die Steigerung der Investitur-Gebühren für die besser dotirten Benefizien nicht unerheblich ist, so wird sie doch, wie ich nicht zweifle, von den Benefiziats als billig und gerecht ohne Widerstreben getragen werden, zumal ich sonstige finanzielle Anforderungen an meinen hochwürdigem Diöcesan-Clerus nicht stelle und insbesondere die Erhebung des Diöcesan-Adjutums ¹⁾ bislang nicht wieder eingeführt habe. Zudem wird mein hochwürdiger Diöcesan-Clerus sich nicht verhehlen, daß die Bedürfnisse der großen Diöcese stetig wachsen und immer größeren Aufwand erfordern, daß es darum auch die Pflicht der reichlicher dotirten Benefiziats sei, zur Bestreitung der wachsenden Ausgaben mehr als bisher beizutragen.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle diese meine Verordnung in üblicher Weise bekannt machen und das Weitere zur Ausführung derselben veranlassen.

Breslau, den 15. Mai 1886.

Fürst-Bischof.

† Robert.

b) G. B. Nr. 364. VII. vom 15. Januar 1900.

Bezüglich der in Verordnung Nr. 239. II. mitgetheilten Zusammenstellung der zu entrichtenden Investitur-Gebühren ist wegen einzelner darin vorkommenden größeren Stufenabstände eine Neuauftellung für nothwendig erachtet worden, welche im hohen Auftrage Sr. Eminenz hiermit zur Kenntniß gebracht wird. Demnach sind von jetzt ab:

1.	von Benefizien mit einer Einnahme bis zu	1800 M. incl.	20 M.
2.	" " " " " " " " " " " "	von mehr als 1800—2400 M.	50 =
3.	" " " " " " " " " " " "	2400—3200 =	80 =
4.	" " " " " " " " " " " "	3200—4500 =	120 =
5.	" " " " " " " " " " " "	4500—6000 =	200 =
6.	" " " " " " " " " " " "	6000—9000 =	300 =
7.	" " " " " " " " " " " "	9000 u. darüber	500 =

zu entrichten.

Nr. 317. Maßgebende Bestimmungen über die Intercalare.

Aus dem fb. Circular vom 19. März 1883.

Alle durch Erledigung eines geistlichen Benefiziums frei gewordenen Einkünfte gebühren nach Abzug der unter Genehmigung meines Hoch-

*) Abgeändert durch nachstehenden Erlass.

¹⁾ G. B. Nr. 66. I. und 67. I.

würdigen General-Bicariat-Amtes für die vertretungsweise geleistete Seelsorge bewilligten Ausgaben dem Bischof, nicht zu seinem Nutzen, sondern zur Verwendung im kirchlichen Interesse der Diöcese nach seinem Ermessen. Es sind zwei Klassen, in welche die genannten Intercalare fließen, der Baufonds und der neue Intercalarfonds. Zu dem Baufonds gehören die Revenüen sämmtlicher erledigter Pfarreien Privat-Patronats, um dem Bischof die Mittel zu gewähren, die zahlreichen kleinen Gemeinden mit wenigen katholischen Besitzern bei Herstellung von Kirchen-, Pfarr- und Küstergebäuden zu unterstützen. In den neuen Intercalarfonds aber fließen die Einkünfte der Pfarreien, welche früher dem Bischof, dem Domkapitel, Stiftern und Klöstern als Patronen unterstanden oder alt-königlichen Patronats sind mit Ausnahme der geringer dotirten Pfarreien dieser Klasse; die Revenüen dieser Pfarreien werden aufgesammelt und sollen zur Aufbesserung derselben dienen. Aus dem neuen Intercalarfonds erhalten gering dotirte geistliche Stellen Dotationszulagen in Kapital, farg gestellte Geistliche Unterstützungen, und der noch verbleibende Rest wird zu Verwaltungsausgaben im kirchlichen Dienste verwendet. Diese Verwendung beruht auf dem oben angeführten Abkommen mit der Königl. Staatsregierung vom 10. Januar 1866; ich bin als Bischof im Gewissen verpflichtet, für dessen Innehaltung Sorge zu tragen.

Die pfarrlichen Intercalare sind kein Gemeinde-, sondern Kirchengut, kommen von der Kirche und fallen, wie sie vom Bischof bei der kanonischen Einsetzung dem Pfarrer überwiesen werden, bei Erledigung der Pfarrei an den Bischof zu oben genannten Zwecken zurück. Die Kirche belegt darum in der XXII. Sitzung des heil. Kirchenraths von Trient Cap. 11 de reformatione Priester und Laien, welche auf irgend eine Weise kirchliche Güter, Zinsen, Einkünfte u. s. w. in ihrem Nutzen verwenden oder deren Abführung an den, dem sie zustehen, behindern, mit der Strafe der Exkommunikation.

Indem ich dieses Alles den Kirchenvorständen hierdurch zur Kenntniß bringe, erwarte ich von ihnen, als meinen Diöcesanen, daß sie die Stimme ihres Bischofs hören und in gewissenhafter Treue das ihnen anvertraute Gut der Kirche nach der bestehenden Ordnung verwalten, keine eigenmächtigen Verwendungen sich gestatten und ihre diesfallsigen Pflichten jederzeit so erfüllen werden, wie sie es einst vor Gott verantworten können.

An
sämmliche katholische Kirchen-Vorstände
der Diöcese Breslau.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Fünfter Abschnitt. Stolgebühen¹⁾.

Nr. 318. Angabe der einzelnen Aktus in Gebühren-Liquidationen.

G. B. Nr. 2. X. vom 18. Februar 1848.

Oft müssen wir wegen Liquidationen, die zur Festsetzung an uns eingereicht werden, deshalb weitere Berichte erfordern, weil sie nicht spezifircirt sind. Aus demselben Grunde dürften überhaupt oft Beschwerden

¹⁾ Vergl. Lämmer a. a. O. S. 280 und 685 und G. B. Nr. 174. I.

erhoben und eingereicht werden. Wir verordnen daher hiermit, daß die Liquidation über kirchliche Aktus speciell und mit Hinweis auf die maßgebenden Taxbestimmungen und Klassen angefertigt werden.

Nr. 319. Prüfung der Liquidationen seitens der Pfarrer.

G. B. Nr. 264. VI. vom 30. September 1890.

Es sind bei uns wiederholt Beschwerden über zu hohe Accidentienforderungen, namentlich seitens der Rüster resp. Glöckner, erhoben worden, und bringen wir daher aufs neue in Erinnerung, daß allein die Herren Pfarrer zur Detaxation der betreffenden Funktionen berechtigt und dafür verantwortlich sind. Es ist daher nothwendig, daß die Liquidationen der Kirchenbeamten von den Herren Pfarrern geprüft, event. bei besondern Ansprüchen, die in der Stoltaxe nicht vorgesehen sind, die Interessenten angewiesen werden, sich mit den Berechtigten vorher zu verständigen¹⁾.

Nr. 320. Anspruch des kompetenten Pfarrers auf Stolzgebühren, falls ein Geistlicher einer anderen Confession die Amtshandlung verrichtet.

G. B. Nr. 48. V. vom 26. August 1853.

Um weiteren Rückfragen darüber, ob Pfarrer und andere Kirchendiener auch nach Wegfall der Bestimmung des § 431 Tit. 11 Th. 2 des A. L. R.²⁾ berechtigt sind, von Eingepfarrten ihrer Parochieen Stolzgebühren für kirchliche Amtshandlungen zu erheben, welche durch einen Geistlichen anderer Confession vorgenommen worden, zu begegnen, machen wir hiermit bekannt, daß durch den Wegfall der gedachten landrechtlichen Bestimmung in den sonstigen Parochialrechten der einzelnen Geistlichen nichts geändert worden, und daß namentlich der Anspruch des parochus competens auf Zahlung der Stolzgebühren als beseitigt nicht anzusehen ist, wenn auch der Parochian ohne Vorwissen und Dimissoriale seines Pfarrers den betreffenden Akt durch den Geistlichen einer anderen Confession hat vornehmen lassen.

(Entnommen aus Min.-Erlaß vom 6. October 1851, Bern. Min.-Bl. S. 280.)

Nr. 321. Parochialrechte bei Tausen aus gemischten Ehen.

G. B. Nr. 77. III. vom 14. November 1855.

Es ist mehrfach die Frage zur Sprache gekommen, ob die Taufe von Kindern aus gemischten Ehen dem Pfarrer des Vaters oder dem der Mutter gebühre.

Die Minister der Justiz und der geistlichen Angelegenheiten haben in dieser Beziehung bisher als Prinzip festgehalten³⁾,

daß bei einem in gemischter Ehe erzeugten Kinde die Parochialrechte hinsichtlich der Taufe dem Pfarrer derjenigen Confession zu-

¹⁾ Vergl. §§ 23 und 41 des Stolzgebühren-Reglements vom ^{3. August} 26. September 1868.

²⁾ Dieser Paragraph lautet: Soll aber bei einem protestantischen Eingepfarrten die Handlung von einem katholischen Geistlichen, oder umgekehrt, verrichtet werden, so ist dazu die Erlaubniß des Staates erforderlich. Vgl. hierzu M.-G. vom 11. März 1849 und 6. October 1851 bei Vogt, Kirchen- und Ehe-recht, I. S. 341.

³⁾ Vergl. G. B. Nr. 49. IV.

stehen, in welcher das Kind nach der Uebereinkunft der Eltern, oder in Ermangelung einer solchen, nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erziehen ist.

Was nun die confessionelle Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen anlangt, so gilt nach der Allerhöchsten Declaration vom 21. November 1803 als Regel, daß dieselben ohne Unterschied des Geschlechts in der Religion des Vaters erzogen werden; zugleich bestimmt aber der in dieser Declaration von neuem anerkannte und bestätigte § 78, Tit. 2, Th. II. des Allg. Landrechts, daß, so lange die Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind, niemand ein Recht hat, ihnen darin zu widersprechen. Demnach wird die Verrichtung der Taufe von Kindern aus gemischten Ehen der Regel nach dem Pfarrer des Vaters zustehen, dem Pfarrer der Mutter nur alsdann, wenn die Erziehung der Kinder nach dem übereinstimmenden Willen beider Eltern in dem Glaubensbekenntniß der Mutter erfolgen soll.

Diesen Grundsätzen steht die Vorschrift im § 447, Tit. 11, Th. II. des Allg. Landrechts:

daß, wenn die Eltern verschiedenen Religionsparteien angehören, die Taufe bei Söhnen der Regel nach dem Pfarrer des Vaters, und bei Töchtern dem Pfarrer der Mutter gebührt,

nicht entgegen. Denn es beruht diese Vorschrift offenbar auf der Bestimmung des § 76, Tit. 2, Th. II. des Allg. Landrechts,

wonach bei gemischten Ehen die Söhne in der Religion des Vaters, die Töchter aber in dem Glaubensbekenntniß der Mutter unterrichtet werden sollen;

diese Bestimmung aber hat durch die Declaration vom 21. November 1803 eine Abänderung in dem oben angedeuteten Sinne erfahren. Hierzu kommt, daß der § 447, Tit. 11 a. a. O. nur die Regel enthält; wenn daher, wie hier, durch anderweitige gesetzliche Vorschriften eine Ausnahme begründet ist, so muß die letztere unbeschränkte Anwendung finden.

Von den vorstehenden Grundsätzen wird den Gerichtsbehörden hierdurch mit dem Bemerken Kenntniß ertheilt, daß Se. Majestät der König sich mit denselben in einem Allerhöchsten Erlasse vom 28. December 1853 einverstanden zu erklären geruht haben.

Berlin, den 27. October 1855.

Der Justiz-Minister.

An sämtliche Gerichtsbehörden

Simons.

L. 4193. K. I. Vol. V.

Nr. 322. Zuständigkeit eines Pfarrers zur Trauung, falls die Braut minderjährig oder Diensthote ist.

G. B. Nr. 136. III. vom 8. Januar 1862.

Für die Fälle, wo die Zuständigkeit eines Pfarrers zur Trauung einer Frauensperson nicht etwa aus der nach § 275, Tit. 11, Th. II. des Allg. Landrechts durch den Gesindedienst begründeten Parochial-Angehörigkeit folgt, sondern nach § 260 *ibid.*¹⁾ auf den ordentlichen Wohnsitz der Braut zurückgeführt werden muß, ergeben sich folgende Verschiedenheiten:

¹⁾ § 26 10. c. Wer innerhalb eines Kirchspiels seinen ordentlichen Wohnsitz aufgeschlagen hat, ist zur Parochialkirche des Bezirks eingepfarrt.

1. Minorennen, unter väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehende Frauenspersonen können nur durch die Heirath selbst oder durch förmliche Auswanderung ihren gesetzlichen Wohnsitz am letzten Wohnorte ihrer Eltern verändern, und gebührt daher die Trauung derselben nach § 435, Tit. 11, Th. II. des Allg. Landrechts dem Pfarrer dieses gesetzlichen Wohnsitzes auch dann, wenn die Braut schon vor der Hochzeit, mit Bewilligung ihrer Eltern oder Vormünder, an den Wohnort ihres Bräutigams verzogen ist.
2. Großjährige, unter väterlicher Gewalt stehende Frauenspersonen können dagegen mit Bewilligung ihres Vaters, und großjährige, keiner väterlichen Gewalt unterworfenen Frauenspersonen, nach alleiniger Willensbestimmung ihren ursprünglichen Wohnsitz vor der Hochzeit verändern und nach Maßgabe der Cirkular-Befugung vom 23. September 1819¹⁾ von dem Pfarrer des neuen Wohnsitzes getraut werden.

Hiernach haben die Königlichen Regierungen in denjenigen Landestheilen, in welchen das Cirkular-Rescript vom 23. September 1819 Anwendung findet, zu verfahren. Für die Kgl. Regierungen in andern Landestheilen dient diese Mittheilung zur bloßen Kenntnißnahme.

Berlin, den 19. Januar 1843.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten.
Eichhorn.

¹⁾ Bei mehreren Königl. Regierungen sind Zweifel über die richtige Anwendung des § 435, Tit. 11, Thl. II. des Allg. Landrechts (die Trauung gebührt der Regel nach dem Pfarrer der Braut) entstanden, besonders hinsichtlich der Trauung der weiblichen Dienstboten, wenn diese kurz vor der Trauung den Dienst und ihren bisherigen Aufenthaltsort verlassen haben.

Es wird daher, in Uebereinstimmung mit dem Königl. Justizministerium, der Königl. Regierung eröffnet, daß bei der Bestimmung, welcher Pfarrer als der Pfarrer der Braut und deshalb als derjenige, welchem die Trauung gebührt, anzusehen sei, auf den § 260 I. c. und §§ 9—11, Tit. 2, Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordnung zurückgegangen werden muß, zugleich aber auch in Erwägung zu ziehen ist, daß § 435 schon durch die Worte „der Regel nach“ auf die ihm zu Grunde liegende Voraussetzung hinweist, daß die Hochzeit, wie dies in der Regel der Fall ist, in dem Aufenthaltsorte der Braut vollzogen wird. Hieraus folgt nun, daß, wenn die Braut vor der Trauung ihr bisheriges Dienstverhältniß aufgibt, sie dadurch allein noch nicht aus der bisherigen Pfarodie ausscheidet, daß aber, falls sie zugleich ihren bisherigen Aufenthaltsort verläßt, eben dadurch ihre bisherige Pfarodie aufhört und ihr bisheriger Parochus keinen Anspruch auf die Trauung hat, daß vielmehr die Braut, wenn sie schon vor der Hochzeit sich an den Ort begibt, wo sie künftig als Ehefrau leben wird, eben dadurch schon vor der Trauung ihren Wohnsitz im rechtlichen Sinne, mithin auch ihre Pfarodie begründet, folglich der Pfarrer dieses ihres neuen Wohnsitzes allein zur Trauung berechtigt ist. Auf gleiche Weise ist, wenn die Braut nach aufgehobenem Dienst-Verhältniß noch vor ihrer Verheirathung in den Aufenthaltsort ihrer Eltern oder Verwandten zurückkehrt, und dort die Hochzeit stattfindet, der dasige Pfarrer als der zur Trauung berechtigte anzusehen. Der Königl. Regierung bleibt überlassen, hiernach die Geistlichen ihres Departements durch die Amtsblätter mit der nöthigen Anweisung zu versehen.

Berlin, den 23. September 1819.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten.

v. Altenstein.

An

sämmtliche Königl. Regierungen.

Sechster Abschnitt. Auswärtige Geistliche.

(Vgl. hierzu oben S. 163 Nr. 174, S. 176 f. Nr. 194 und Nr. 195, S. 212 Nr. 222, sowie unten Abschnitt: Ordenspersonen und Abschnitt: Sammlungen.)

Nr. 323. Zulassung auswärtiger Priester zu seelsorgerlichen Verrichtungen und zum Celebriren.

G. B. Nr. 369. I.

Gewisse Vorkommnisse in jüngster Zeit veranlassen mich, über die Zulassung fremder Priester zu seelsorgerlichen Verrichtungen und zur Celebration der heiligen Messe folgende Bestimmungen zu treffen:

1. Die etwa an einzelne Pfarren ertheilte Ermächtigung zur Jurisdiction fremder Priester wird hiermit ausdrücklich und ausnahmslos zurückgenommen. Die etwa von ihnen ertheilte Jurisdiction erlischt mit dem Tage, an welchem dieses Rundschreiben ihnen mitgetheilt wird.

2. Fortan sind nur solche Priester zu geistlichen Amtshandlungen und seelsorgerlichen Verrichtungen zuzulassen, die von mir oder meinem General-Vicar bezw. dem fürstbischöflichen Delegaten Jurisdiction erhalten haben und sich darüber durch ein schriftliches Document ausweisen können¹⁾.

3. Diejenigen fremden Priester, welche bereits ein solches schriftliches Jurictions-Document besitzen, fallen nicht unter diese Verordnung, die ebenfalls auch nicht die mit der Erzdiocese Gnesen-Posen bestehende Vereinbarung wegen der gegenseitigen Hülfeleistung der Nachbarggeistlichen berührt.

4. Die Pfarrgeistlichen bezw. Rectoren der Kirchen können fremden Priestern, die sich genügend bei ihnen legitimirt haben, das Celebriren der heiligen Messe in ihren Kirchen nur für höchstens fünf Tage gestatten, wobei es sich von selbst versteht, daß diese Frist nicht für jede einzelne Pfarrei, sondern für die ganze Diocese gilt, sodaß, wenn der fremde Priester in eine andere Pfarrei innerhalb der Diocese Breslau sich begiebt, ihm diese Erlaubniß nicht auf weitere fünf Tage erstreckt werden kann. — Für eine längere Dauer ist stets bei mir oder meinem General-Vicar und im Bereiche der sb. Delegatur bei dem sb. Delegaten eine besondere Erlaubniß zu beantragen²⁾.

5. Die Pfarrgeistlichen haben darauf zu achten, ob fremde Geistliche in Privatwohnungen das heilige Messopfer darbringen, und solche Fälle mir sofort zur Anzeige zu bringen.

6. Es bleibt dem Ermessen der Pfarrgeistlichen überlassen, solchen Clerikern, die aus der Diocese Breslau behufs Uebertrittes in eine andere Diocese entlassen worden sind, die Feier der Primiz in ihrer Heimathspfarrei zu gestatten und sie nach derselben für höchstens weitere acht Tage zur Celebration der heiligen Messe zuzulassen. Die Herren Pfarrgeistlichen haben aber darauf zu achten, daß diese Neopresbyter ihren Aufenthalt in der Heimath nicht zum Collectiren, wozu auch das Sammeln von Mess-Stipendien zu rechnen ist, mißbrauchen. In jedem Falle, wo sie eine derartige Wahrnehmung machen, haben dieselben sofort Anzeige zu erstatten und die licentia celebrandi zugleich zurückzunehmen.

Breslau, den 25. Mai 1900.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

¹⁾ G. B. Nr. 23. II.

²⁾ G. B. Nr. 147. II.

Nr. 324. Aufenthalt von Geistlichen in Rom.

G. S. Nr. 307. II.

Decretum S. C. Concilii quoad clericos et sacerdotes alienae dioecesis. Anteactis temporibus non defuerunt apud Apostolicam Sedem Episcoporum querelae de clericis, qui suam deserentes dioecesim ad Urbem citra necessitatem et iustam causam pro lubitu demigrabant, et in singulis casibus, prout ferebat occasio, provisum tunc fuit. At nostra aetate hic abusus invalescere et eo gravior fieri visus est, quo magis in pluribus dioecesibus sacerdotum imminutus est numerus: et idcirco ab Ordinariis non semel postulationes exhibitae sunt, ut eidem prospiceretur. Profecto tum ex veteri Ecclesiae disciplina, tum praesertim ex praescriptionibus S. Conc. Trid. cap. 2^o. sess. 21 et cap. 16^o. sess. 23 de reform. ac subsequentibus S. Congregationis resolutionibus liquet non deesse Episcopis iuris remedia, quibus hanc clericorum licentiam coerceant.

Ob suarum enim ecclesiarum necessitatem Ordinariis perspicue ius est interdicens, ne sacerdotes quamvis ad patrimonii titulum ordinati propriam dioecesim deserant, eosque revocandi, quamvis alibi, et adeo etiam in Urbe, per Apostolicas literas residentiale beneficium assequutos, si citra Ordinarii beneplacitum discesserint, eisque praebeatur unde honeste in sua dioecesi vivere possint.

Hoc constanti disciplina retinuit S. Congregatio uti inter alia luculenter patet ex resolutione in causa Reatina diei 26. Januarii 1833.

Quapropter praedictis Episcoporum postulationibus S. Congregationis iudicio nuperrime subiectis, Emi Patres responderunt, satis provisum per superius memoratas sacrorum canonum dispositiones.

Nihilominus cum plures Episcopi, praesertim e proximis Urbi regionibus, etiam in unum collecti, postulationibus alias oblati institerint, et impense a Summo Pontifice efflagitaverint, ut aliquid hac in re peculiariter decerneretur, quo efficacius huic ecclesiasticae disciplinae perturbationi occurrì posset, Sanctissimus Dominus Noster Leo PP. XIII., omnibus mature perpensis, et iuxta ea quae sequuntur per Sacram Concilii Congregationem praescripsit ac statuit:

1^o. Clerici et sacerdotes saeculares alienae dioecesis aut etiam regulares extra claustra degentes nequibunt in posterum stabile domicilium in Urbe statuere absque expressa venia Summi Pontificis per officium S. Congregationis Concilii impetranda.

2^o. Qui vero in praesens Romae degunt, si nullo beneficii aut officii titulo ad residendum adstricti sunt nec per diuturnam commorationem et tacitam aut expressam suorum Episcoporum licentiam domicilium Romae acquisierint, post mensem a die huius decreti elapsum ad suam dioecesim redire debebunt.

3^o. Nullus ex clericis et sacerdotibus alienae dioecesis ad ecclesiasticum officium, quod residentiam in Urbe requirat, eligi a quoquam in posterum poterit, nisi praeter testimoniales commendatitias sui Episcopi literas exhibeat quoque veniam a Summo Pontifice iam obtentam Romae manendi: itemque nemini beneficium conferetur, si assensum Ordinarii sui ad hoc non obtinuerit: atque aliter facta beneficii collatio nulla et irrita erit.

4^o. Qui ad literarum scientiarumque studiis operam dandam vel ad honesta negotia peragenda, vel ex alia iusta causa in Urbe cum Ordinarii

licentia versantur, statim ac temporaria huiusmodi causa cessaverit vel a proprio Episcopo revocentur, ad propriam dioecesim redire debebunt, exclusa omni futile excusatione, ac praesertim, ob peculiarem dioecesium his temporibus conditionem, nullatenus eisdem suffragante exceptione sive ex susceptis studiis sive ex praetensa tenuitate sustentationis ab Episcopo oblatae desumpta: quod si durante hac eorum commoratione in Urbe sese, uti decet, non gesserint, per Vicariatum Urbis propriis Ordinariis denunciabuntur, et ab Urbe discedere cogentur.

5". Quicumque denique, quolibet modo, praesentibus dispositionibus se non conformaverit, aut, quod Deus avertat, eisdem contraiverit, ipso facto suspensioni a divinis obnoxius fiet.

Ceterum Episcopi omnium clericorum suorum aequae curam gerant, neque, uti saepe dolendum, e sua diocesi eos abire facile sinant, qui seu vitae ratione, seu aliis quibuscumque causis sese reprehensione dignos aut molestos exhibeant.

Haec itaque omnia Sanctitas Sua ab omnibus ad quos spectat, custodiri et inviolabiliter servari mandavit, contrariis quibuscumque etiam peculiari mentione dignis minime obstantibus.

Romae ex aedibus S. C. Concilii die 22. Decembris 1894.

A. Card. Di Pietro, Praefectus.

L. Salvati, Secretarius.

Siebenter Abschnitt. Standesrechte und -Pflichten der Geistlichen.

Nr. 325. Verpflichtung zu geistlichen Übungen¹⁾.

Fb. Erlaß vom 27. November 1899 Nr. 2.

Jeder Diöcesan-Priester ist bis zum 70. Lebensjahre verpflichtet, wenigstens einmal im Zeitraum von drei Jahren sich an einem Cours geistlicher Übungen für Priester zu betheiligen, oder eine Bescheinigung über die private Vornahme von Exercitien in einem Kloster vorzulegen.

Nr. 326. Verbot des Besuchs öffentlicher Wirthshäuser.

a) G. V. Nr. 149. III.

In Folge vieler zur Kenntniß Sr. Fürstbischöfl. Gnaden gekommenen Fälle, daß Geistliche wiederholt öffentliche Wirthshäuser besucht haben und stets besuchen, haben Hochdieselben uns beauftragt, nachstehende Verfügung der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit wiederholt bekannt zu machen:

Gegen keine Unsitte der Cleriker eifern die Bestimmungen der Kirche so einstimmig und entschieden, als gegen den Besuch öffentlicher Vergnügungs-orte, namentlich der Wirthshäuser. Obsecro, carissime, ut multitudinem hominum et officia et salutationes et convivia veluti quasdam catenas fugias voluptatum, sagt der heil. Hieronymus seinen Gläubigen; für die Priester aber bestimmt schon die Synode zu Tours unter Karl d. Gr.: servandum presbyteris firmiter statuimus, ne tabernas ingrediantur comedendi bibendique causa. Quod si contra haec statuta facere praesumpserint, canonica decernimus sententia feriendos. Der heil. Alphons von Liguori ging so weit, daß er einen Fürsten bat, durch seine Diener darauf achten

¹⁾ Vergl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz S. 4 und 5.

zu lassen, ob ein Geistlicher in einem Wirthshause gefunden würde, damit er nach St. Agatha gebracht werde, wo sein General-Vicar ihm den Prozeß machen und ihn ins Gefängniß schicken würde. In Belgien verwirkt ein Priester, der des Essens, Trinkens oder Spielens wegen ein Wirthshaus besucht, die Suspension. Die neuesten Provinzial-Concilien von Wien, Köln und Prag haben die alten Vorschriften erneuert, und wir selbst haben in unseren Diöcesan-Conferenzen ernst und wiederholt eine Verjündigung wider den geistlichen Anstand untersagt, vor welcher berechter als alle canones das Gefühl der Würde des katholischen Priesterthums jeden Cleriker zurückhalten sollte. Wir hoffen, es werde diese wohlwollende und väterliche Mahnung genügen, um in unserer Diöcese eine Unsitte vollends abzustellen, die, wenn auch selten, doch von Einzelnen noch nicht überwunden ist, und welche diejenigen, die ihr nicht völlig entsagen, nicht nur an jeder Beförderung hindern, sondern sie auch straffällig machen würde. In omnibus exhibeamus nosmetipsos sicut Dei ministros. 2. Cor. VI. 3.

Vorstehende Mahnung, zu welcher uns leider neuerdings mehrfach Veranlassung gegeben worden ist, wolle unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt unserem Ehrwürdigen Clerus communiciren.

Breslau, den 30. März 1864.

Fürstbischof.

An

† Heinrich.

unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
hier.

b) G. B. Nr. 166. II.

In Folge der durch den Wirthshausbesuch der Geistlichen gegebenen Aergernisse haben Seine Fürstbischöflichen Gnaden sich veranlaßt gefunden, die diesfälligen kirchlichen Vorschriften nachstehend in Erinnerung zu bringen:

Gegen keine Unsitte der Geistlichen eifern die kirchlichen Vorschriften so sehr und gegen keine treten sie mit so empfindlichen Strafen auf, als gegen den Wirthshausbesuch. Die Apostolischen Canones (can. 53) haben schon bestimmt: Si quis Clericus in caupona cibum capere deprehensus fuerit, a communione excluditur. Die Synode von Tours unter Karl d. Gr. schreibt vor: Servandum presbyteris firmiter statuimus, ne tabernas ingrediantur comedendi bibendique causa. Quod si contra haec statuta facere praesumpserint, canonica decernimus sententia feriendos. In diesen Bestimmungen ist sich die Kirche durch alle Jahrhunderte gleich geblieben, und der heil. Alphons von Liguori geht soweit, einen Fürsten zu bitten: durch seine Beamten darauf achten zu lassen, ob sie einen Cleriker in einem Wirthshause antreffen. In diesem Falle sollen sie ihn nach St. Agatha bringen, damit ihm der Prozeß gemacht und er eingesperrt werde. Nicht minder streng sind die allernuesten Vorschriften, die auf den verschiedenen Synoden gegeben worden sind. Wir haben in den drei Diöcesan-Conferenzen, welche wir abgehalten, sehr entschieden darauf hingewiesen und die nöthigen Weisungen darüber veröffentlicht. In Frankreich und Belgien verwirkt in den meisten Diöcesen ein Priester, welcher Wirthshäuser besucht, ipso facto die Suspension. Das im Jahre 1858 zu Wien abgehaltene Provinzial-Concil bestimmt Tit. V.: Tabernas sive cauponas recreationis ergo non accedant (Clerici); cibum ibi potumve non capiant, nisi necessitas urgeat, praecipue cum in itinere constituti etiam refectionis opportunitatem non habeant. Und das in Köln 1860

abgehaltene Provinzial-Concil sagt: *Cauponas sine necessitate Clerici nec in itinere ingrediantur, ne vero eas, quae sunt in propria parochia, vel in locis proxime vicinis, nisi ministerii causa adire necesse sit, frequentent, graviter prohibemus.* Der beredteste Canon gegen den Wirthshausbesuch sollte aber das Bewußtsein von der Würde und Erhabenheit des katholischen Priesterthums sein. Wie verträgt sich die Heiligkeit des Altardienstes, die Verkündigung des göttlichen Wortes von der Kanzel, das Richteramt im Beichtstuhle mit dem Verkehr in Schankhäusern. Wie sehr muß einem Priester das Gefühl seiner Stellung und Aufgabe in der Gemeinde abhanden gekommen sein, der seine Erholung in den Tabernen sucht und findet. Können wir zu solchen Priestern noch Vertrauen haben? Dürfen wir ihnen die selbständige Verwaltung eines Beneficiums lassen oder gar erst anvertrauen? Verschließen sie sich nicht selbst jede Aussicht auf Beförderung, und sind wir nicht unserer eigenen Verantwortung wegen gezwungen, die ganze Schärfe der kirchlichen Strafbestimmungen gegen sie in Anwendung zu bringen?

Das ist es, was wir in Erinnerung bringen wollen, wobei wir aber unseren Ehrwürdigen Clerus und insbesondere die Herren Erzpriester dringend ermahnen, über die Ehre ihres Standes treu und sorgsam zu wachen, strauchelnde Brüder wohlwollend zurecht zu weisen und, wenn es vergeblich wäre, zu thun, was die Pflicht fordert, damit Aergernisse vermieden werden und die heilige Sache der Kirche nicht Schaden leide.

Breslau, den 19. Juni 1867.

Fürstbisch. of.
+ Heinrich.

Nr. 327. De vita et honestate clericorum.

Circular vom 18. Februar 1891.

Aus Anlaß mehrerer Beschwerden, welche jüngst bei mir eingingen, mache ich wiederholt auf den Erlaß meines in Gott ruhenden Herrn Vorgängers Fürstbisch. of. Heinrich vom 4. November 1856 Tit. I. Cap. 2 § 21 aufmerksam:

Etiam atque etiam monemus definite praecipiendo, ne apud clericos rerum domesticarum dispensatrices reperiantur quae aetatem a regula ecclesiastica praescriptam non habent, nisi sint sorores aliaeve arta propinquitae conjunctae. Omnino autem providendum erit, — ne parochi qui artam propinquitatem excusare nequeant, mensae et ejusquam recreationis socias eas habere neve in eodem curru praesertim ad munus quoddam pastorale explendum vectari audeant.

Ebenso will ich bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch den § 18 jenes Erlasses in Erinnerung zu bringen:

Neque illas leges, quae tabernas aliaeve loca publica spectant, recte esse intellectas, sed in obliquum sensum distortas, moleste ac pergraviter ferimus. Quoniam enim omne praeceptum, quod est de externa clericorum conversatione, plane inutile erit, nisi ipse spiritus clericalis divinae vocationis dignitate ornatus vitae mores atque consuetudinem in certam quandam normam redegerit sacerdotalem, non quamlibet prorsus hominum in locis publicis

societatem vitandam et fugiendam esse arbitrabamur, sed dilucide verbisque apertissimis exceptio data est, quando scilicet, quid decorum atque honestum sit, ipsum clericale iudicium et conscientia valeat discernere; verumtamen interdicere, ne potandi causa tabernae frequententur, hoc non est onus importunum humeris vestris imponere, sed in memoriam tantum revocare, quod per omnem aetatem disciplina ecclesiastica sancitum noscitur. Ita enim Innocentius III in quarto Lateranensi concilio iubet: „Clerici edendi vel bibendi causa tabernas non ingrediantur, nisi peregrinationis necessitate compulsi,“ et similiter est monitum a synodo Tridentina: „Ab illicitis venationibus, aucupiis, choreis, tabernis lusibusque absterneant.“

und im Anschluß hieran auf die Erlasse im Verordnungs-Blatte Nr. 149. III. sowie Nr. 166. II. hinzuweisen.

Erw. Hochwürden wollen bei dem Convent und sonst, wo die Gelegenheit sich darbietet, diese Mahnungen zur Kenntniß bringen und deren sorgfältigste Beobachtung überwachen.

An
die Herren Erzpriester.
G. R. 1082.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 328. Titulatur und Kleidung der Geistlichen.

G. B. Nr. 66. II.

In Erwägung, daß eine Vereinfachung der amtlichen Titulatur der Herren Geistlichen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend und feste Bestimmungen für die amtliche Kleidung derselben bei manchen entstandenen Abweichungen nothwendig erscheinen, haben wir uns bewogen gefunden, Nachstehendes zu verordnen:

I. Was die Titulatur der Geistlichen betrifft, so gebührt:

- a) jedem Priester als solchen ohne Ausnahme der Titel „Ehrwürden“ und soll ihm gegeben werden;
- b) der Titel „Hochehrwürden“ soll den Herren bischöflichen Commissarien, Erzpriestern und Schulen-Inspectoren, ebenso den Vicariat-Amtsräthen, Assessoren, außerordentlichen Professoren, Schulräthen und Seminarien-Directoren;
- c) endlich der Titel „Hochwürden,“ wie bisher, den Herren Domherren und wirklichen Professoren an der Universität ertheilt werden.

Anderweitige Titulaturen der Geistlichen sollen hinfüro wegfallen¹⁾.

II. Was die amtliche Kleidung der Geistlichen betrifft, so ist zwar von mehreren Seiten der Wunsch laut geworden, die seitherige weite und

¹⁾ Abweichend hiervon ist der jetzige Gebrauch folgender:

I. a) fällt weg,

b) der Titel „Hochehrwürden“ wird den Kaplanen, Pfarradministratoren und allen nicht fest angestellten Geistlichen und

c) der Titel „Hochwürden“ den Domherren, wirklichen Professoren an der Universität, den Pfarrern und allen fest angestellten Geistlichen beigelegt.

II. a) Es darf sowohl die römische Soutane als der schlesische Diöcesan-Talar mit weißem Kollar getragen werden.

faltige Diöcesan-Reverende mit der engeren römischen Coutane zu vertauschen. Wir haben uns aber zu einer solchen Abweichung von dem uralten ehrwürdigen Brauche unserer Vorfahren auf einige lautgewordene Desiderate hin nicht bewogen finden können, und verordnen daher:

- a) daß der schlesische Diöcesan-Talar beibehalten werde, dagegen haben wir der Mehrheit der Stimmen darin nachgegeben, daß statt dem blauen oder schwarzen Kollar der weiße getragen werde, wie solches nicht nur in Rom und ganz Italien, sondern fast in allen deutschen Diöcesen der Fall ist;
- b) daß es den Herren Pfarrern und allen wirklichen Inhabern selbständiger Benefizien, ferner den Benefiziaten, Vicarien an der Cathedrale, Religionslehrern an Gymnasien und Realschulen, den Curaten bei Klöstern und den Doctoren der Theologie gestattet sein soll, den Kragen auf der Diöcesan-Reverende zu tragen;
- c) daß die Herren Erzpriester, Kreis-Schulen-Inspectoren, Vicariat-Amts-Assessoren, der Spiritual und Subregens des Alumnats, die Seminararien-Directoren und der Vice-Dechant am Dome den Kragen und die Doppelärmel tragen;
- d) daß die bischöflichen Commissarien, Vicariat-Amts-Räthe und Consistorial-Räthe, die Regierungs- und Schul-Räthe, die außerordentlichen Professoren an der theologischen Facultät den Kragen, die Doppelärmel und Dependenz tragen;
- e) endlich, daß die ordentlichen Professoren der Theologie mit dem Kragen, den Doppelärmeln und Dependenz — die Bäschen tragen.

Hierbei bringen wir die Vorschrift der Kirche — in Betreff der Corona clericalis conf. cap. 23. D. XXIII. — in Erinnerung und gewärtigen deren Beachtung.

Zu weiteren Bestimmungen auch über die außeramtliche Tracht der Cleriker glauben wir darum nicht veranlaßt zu sein, weil die Geistlichkeit unserer Diöcese seit längerer Zeit ohne äußere Anregung zu einer lobenswerthen Beachtung dessen, was der priesterliche Anstand fordert, zurückgekehrt ist.

Die sogenannten Clerikalröcke werden allgemein und auch die übrigen Kleider nur schwarz getragen. Etwaige kleine und vereinzelte Verstöße aber wird der gesunde Sinn der großen Mehrzahl und die väterliche Belehrung der Herren Erzpriester gewiß in kurzer Frist vollends ausmerzen.

Breslau, den 6. Februar 1855.

Fürstbischof.
(gez.) † Heinrich.

Nr. 329. Aufsichtsrecht der Erzpriester über die Geistlichen ihres Sprengels.

G. B. Nr. 187. V.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben mittelst Erlasses vom 23. Juli 1870 gnädigst bestimmt, daß die regelmäßigen Conduiten-Listen von jetzt ab in Wegfall kommen sollen. Diese Bestimmung hat selbstverständlich nicht den Zweck, die Aufsicht der Herren Erzpriester über den Ehrw. Clerus ihrer resp. Sprengel aufhören zu lassen. Erstere werden es vielmehr als ihre Pflicht zu erachten haben, in den Berichten zu den alljährlich einzusendenden Visitations-Protokollen unter Zugrundelegung der in ihren

Händen befindlichen „Advertenda in visitatione parochiarum, B. Visitatio personalis“ sowohl über etwaige Mißstände oder Ungehörigkeiten, als auch über besondere Auszeichnung einzelner Geistlichen uns genaue Mittheilungen zu machen.

Nr. 330. Anticipation der Matutin und der Laudes.

G. B. Nr. 292. Ib.

Sacra Rituum Congregatio, utendo facultatibus sibi specialiter a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. tributis, ad enixas preces Eminentissimi et Reverendissimi Domini Cardinalis Georgii Kopp hodierni Archiepiscopi Wratislaviens. potestatem fecit eidem Eminentissimo Viro ad proximum Quinquennium permittendi, nomine et auctoritate Sanctae Sedis, singillatim petentibus suae Archidieceps Sacerdotibus, qui aut sacri ministerii curis detinentur, aut inventutis educationi operam navant, privatam Matutini cum Laudibus recitationem quocumque anni tempore pridie ab hora secunda pomeridiana anticipare. Contrariis non obstantibus quibuscumque. Die 30. Maji 1893¹⁾.

† Caj. Cardinalis Aloisi Masella, Praef.

Vinc. Nussi, Secr.

Nr. 331. Testamente der Geistlichen.

a) Circular vom 3. April 1866.

Wir haben in unserem oberhirtlichen Erlasse vom 4. November 1856 § 26 bezüglich der Testamente unserer Ehrwürdigen Geistlichkeit daran erinnert, daß, quae clerici ecclesiae ministrando sibi paraverint, partim saltem ecclesiae etiam debeant — und in Cap. II. § 1 unseres Pastoral vom 4. November 1859 wiederholt:

Direptis ecclesiae thesauris quum in paupertatem et inopiam depressa sit nec fortunae ejus reliquae et valde tenues sufficiant, ut aedes sacrae et scholae sufficienter queant sustentari et, quae ad cultum divinum pertinent, subministrari, eo magis venerabilem clerum nostrum adhortamur, ut benignitate et munificentia in posterum Dioecesi opem ferre studeat.

Wenngleich wir Gott danken dürfen, daß unser Mahnwort nicht unbeachtet geblieben ist, und die Geistlichkeit unserer Diöcese den Gläubigen mit anerkennenswerthem Opferfinne vorleuchtet, so sind wir doch durch wiederholte Erfahrungen zu einer nochmaligen Anregung in Betreff der Testamente veranlaßt.

Es ist ein bekannter kirchlicher Grundsatz, daß der Priester nicht in seinem, sondern im Namen der Kirche und des göttlichen Heilandes selbst, welchem das Eigenthum des Vermögens der Kirche gebührt, über die Erparnisse aus den kirchlichen Einkünften leibwillig verfügt,

und dem Bischöfe legt das Kirchenrecht die Pflicht auf, daß er der Vollzieher der frommen Verfügungen sei (Conc. Trid. Sess. 22 de reform. c. 8 und Clem. Quia cont. 2 de relig. dom. III. 11).

Oft läßt jedoch eine nicht zweifelloste Fassung des Testamentes Raum für verschiedene Auslegungen, und es liegen uns soeben mehrere Fälle vor,

¹⁾ Ad aliud proximum quinquennium verlängert am 2. Mai 1898. G. B. Nr. 344. Ic.

in welchen durch solche Auslegung weltlicher Behörden die offenbare Absicht der Erblasser vereitelt und der Bischof von dem obengedachten Rechte der Vollziehung ausgeschlossen wurde. — Aus den allgemeinen Titeln der Staatshoheitsrechte, der staatlichen Aufsicht über die Schule, der den Stadtbehörden zustehenden Armenpflege u. s. w. wurde ohne ängstliche Rücksicht auf den Wortlaut der Testamente, auf die Erklärung von Testaments-Executoren, auf langjährigen Besitzstand und auf die von uns eingelegten nachdrücklichsten Verwahrungen die Verwaltung einer Reihe von Stiftungen anderweit geordnet, so daß Verwaltung und Aufsicht an Behörden überging, welche von den Stiftern dazu mit keinem Worte berufen worden waren, und an welche die Stifter daher sicher nicht gedacht hatten — anderer Einschränkungen, Belästigungen und Veränderungen zu geschweigen, welche wider die kirchlich zu vermuthende Absicht der Erblasser im Wege der staatlichen Auslegung festgestellt wurden.

Außer dem amtlichen Interesse an Aufrechthaltung und genauer Ausführung frommer Zuwendungen liegt uns auch am Herzen, daß unsere Ehrwürdige Geistlichkeit nicht um die Beobachtung ihrer letztwilligen Bestimmungen Besorgnisse hegen dürfe. Es wird daher der sehr genauen Fassung des Testaments — unter möglichster Verathung mit erfahrenen Persönlichkeiten — eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle hiernach — unbeschadet etwa mehrerer Erläuterungen, welche noch wünschenswerth erscheinen — unsere Ehrwürdige Geistlichkeit in Kenntniß setzen.

An
unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 1524. hier.

Fürstbischof.
† Heinrich.

b) G. B. Nr. 291. III. vom 15. Mai 1893.

Wiederholte neuere Fälle, in denen Priester ohne Testament verstorben und langgehegte fromme Pläne für immer unausgeführt geblieben sind, nöthigen mich, an die Pflicht der rechtzeitigen gerichtlichen Niederlegung des Testaments recht dringend zu erinnern und auf die bischöflichen Erlasse vom 4. November 1856 § 26, 4. November 1859 Cap. II. § 1, 3. April 1866 nochmals hinzuweisen. Entwürfe für Testamente sind in weiland Domherrn Dr. Sauer's pfarramtlicher Geschäfts-Verwaltung und in der Juristischen Rundschau für das katholische Deutschland Band III. Heft 4 S. 9 zu sehen.

Bekanntlich hat aber das Testament keine Gültigkeit, wenn es nicht gerichtlich niedergelegt ist¹⁾.

Die Herren Erzpriester wollen daher, wie ich hiermit verordne, bei der jährlichen Kirchen-Visitation sich die gerichtliche Niederlegungs-Bescheinigung vom Herrn Pfarrer vorlegen lassen und, daß dies geschehen, unter Anführung von Datum und Actenzeichen der Bescheinigung in dem Protokolle vermerken, damit Streitigkeiten über den dereinstigen Nachlaß²⁾ und Verfügungen wider die Absicht des Erblassers verhütet werden.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

¹⁾ Vergl. nachstehenden Erlaß.

²⁾ Vergl. auch G. B. Nr. 340. II. oben S. 284.

c) G. B. Nr. 361. II.

Testamente können zwar nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuche auch durch eine von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig ge- und unterschriebene Erklärung gültig errichtet werden. Unvergleichlich sicherer aber erscheint die Errichtung vor einem Richter oder einem Notar gemäß § 2231 Nr. 1 B. G. B. Wenn auch im § 2259 bestimmt ist:

„Wer ein Testament, das nicht in amtliche Verwahrung gebracht ist, im Besitz hat, ist verpflichtet, es unverzüglich, nachdem er von dem Tode des Erblassers Kenntniß erlangt hat, an das Nachlaßgericht abzuliefern“

und wenn auch nach § 83 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit das Nachlaßgericht durch Ordnungsstrafen und Offenbarungseid den Besitzer des Testaments zu Ablieferung desselben anhalten kann, so erscheint doch nach vielfacher Erfahrung bei der Wichtigkeit der Testamente auch zu Gunsten der Erblasser selbst und der Ausführung ihrer Bestimmungen keine Sicherheit groß genug und wiederhole ich daher meine Anordnung vom 15. Mai 1893 (Verordnungsblatt Nr. 291. III.), daß die Herren Erzpriester sich bei der jährlichen Kirchen-Visitation die Bescheinigung über die gerichtliche oder nach Renjahr 1900 über die notarielle Niederlegung der Testamente der Herren Pfarrer¹⁾ vorlegen lassen und den näheren Vermerk darüber dem Protokolle einrücken wollen.

Breslau, den 29. September 1899.

Der Fürstbischof.

G. R. 6374.

G. Card. Kopp.

Nr. 332. Testaments-Vollstrecker.

G. B. Nr. 372. I.

Aus Anlaß mehrerer neuerer Nachlaßfälle mache ich meine Hochwürdige Geistlichkeit auf die Nothwendigkeit aufmerksam, in dem Testament einen oder mehrere Testaments-Vollstrecker zu ernennen, damit nicht durch gerichtliche Sicherung, Siegelung und Nachlaß-Pflegschaft Weiterungen und Kosten entstehen, wenn kein Erbe alsbald anwesend ist oder wenn die Zuwendung an eine kirchliche Anstalt mehr als 5000 Mark beträgt und daher erst der landesherrlichen Genehmigung bedarf, und damit auch nicht durch Einsprüche oder Anfechtungsklagen unzufriedener Verwandten die Ausführung letztwilliger milder Bestimmungen möglicher Weise Jahre lang verzögert werde. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist nämlich der Testaments-Vollstrecker berechtigt, den Nachlaß zu verwalten, in Besitz zu nehmen, über die Nachlaßgegenstände zu verfügen (§ 2205), also auch Forderungen einzuziehen, zu kündigen, abzutreten, — und hat die letztwilligen Verfügungen des Erblassers zur Ausführung zu bringen (§ 2203) — auch gegen den etwa abweichenden Willen der Erben. (Vergl. Verordnungsblätter Nr. 291. III. und Nr. 361. II.)

Johannesberg, den 13. August 1900.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

¹⁾ Auch die Einsendung dieser Testamente an das sb. Gen.-Vic.-Amt zur Aufbewahrung im Archive ist zulässig.

Achter Abschnitt. Wehrpflicht der Geistlichen.

Nr. 333. Reichsgesetz vom 8. Februar 1890 über die Wehrpflicht der Geistlichen.

G. B. Nr. 261b. V. vom 26. März 1890.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Einziger Paragraph.

Militärpflichtige römisch-katholischer Confession, welche sich dem Studium der Theologie widmen, werden in Friedenszeiten während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärjahres zurückgestellt. Haben dieselben bis zu dem vorbezeichneten Zeitpunkte die Subdiaconats-Weihe empfangen, so werden diese Militärpflichtigen der Ersatz-Reserve überwiesen und bleiben von Uebungen befreit.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben im Schloß zu Berlin, den 8. Februar 1890.

(L. S.)

Wilhelm.
von Boetticher.

Nr. 334. Abänderung der Deutschen Wehrordnung.

G. B. Nr. 263. III. vom 16. August 1890.

Nachstehend bringen wir den in einem Nachtrag zu Nr. 12 des „Central-Blattes für das Deutsche Reich“ veröffentlichten Kaiserlichen Erlaß vom 14. März 1890, durch welchen die in einer Anlage zusammengestellten, zum Theil auch die Theologiestudirenden und Geistlichen betreffenden Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung genehmigt werden, durch Abdruck zur Kenntniß:

Militär-Wesen.

Auf Ihren Bericht vom 11. März d. J. will Ich die in der Anlage zusammengestellten Abänderungen und Ergänzungen der deutschen Wehrordnung genehmigen und Sie gleichzeitig ermächtigen, die durch Organisations-Veränderungen erforderlich gewordenen Berichtigungen des Textes der Wehrordnung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 14. März 1890.

Wilhelm.
von Bismarck.

An den Reichskanzler.

Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung.

§ 29 Nr. 4b.

Militärpflichtige römisch-katholischer Confession, welche sich dem Studium der Theologie widmen, sind während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärpflichtjahres zurückzustellen.

§ 40 Nr. 3a.

Taugliche Militärpflichtige römisch-katholischer Confession, welche die Subdiaconats-Weihe empfangen haben (§ 29, 4b), sind der Ersatz-Reserve zu überweisen, im Uebrigen siehe § 117.

G. v. 8. 2. 90.

§ 117 Nr. 4.

Der Ersatz-Reserve überwiesene Personen, welche auf Grund der Ordination dem geistlichen Stande angehören, sollen zu Uebungen nicht herangezogen werden, auch bleiben Ersatz-Reservisten, welche die Subdiaconats-Weihe empfangen haben, von Uebungen befreit.

G. v. 1. 2. 88. Art. II. § 13. G. v. 8. 2. 90.

Zur Erläuterung des § 29 Nr. 4b wird bemerkt, daß der 1. April des siebenten Militärpflichtjahres der 1. April desjenigen Jahres ist, in welchem der Militärpflichtige das 26. Lebensjahr vollendet. (§ 93 Nr. 6a der Wehrordnung.)

Nr. 335. Control-Versammlungen.

(Theilnahme und Befreiungen.) a) G. B. Nr. 259. II.

Die militärpflichtigen Herren Geistlichen mache ich aus Anlaß eines besonderen Falles aufmerksam, daß sie Versäumnisse gegen die bestehenden Vorschriften in ihrem eigenen Interesse sorgfältig vermeiden und namentlich die Pflicht bezüglich des Erscheins bei den in dem Controlscheine angegebenen Control-Versammlungen genau beobachten müssen. Die diesbezügliche Bestimmung III. 12b lautet:

Wer durch Krankheit oder dringende Geschäfte von der Theilnahme an der Control-Versammlung abgehalten wird, muß vorher oder spätestens zur Stunde derselben durch ein Attest der Orts- oder Polizeibehörde entschuldigt werden.

Öffentlich wird die rechtzeitige schriftliche Entschuldigung bei dem Bezirks-Commando genügen.

Johannesberg, den 21. September 1889.

Der Fürstbischof.
† Georg.

b) G. B. Nr. 380. III.

Aus Anlaß einzelner bei den Control-Versammlungen vorgekommener Vorfälle mache ich diejenigen Herren Geistlichen, die als Ersatz-Reservisten oder als dem Sanitätspersonal angehörend in militärischer Controle stehen, darauf aufmerksam, daß die Gesuche um Befreiung von der Control-Versammlung auf dem vorgeschriebenen Dienstwege, d. i. an die zuständigen Melde-Abtheilungen, einzureichen und dabei die öffentlich bekannt gegebenen Termine einzuhalten sind.

Breslau, den 15. April 1901.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 336. Befreiung von militärischen Uebungen.

G. B. Nr. 271. II. vom 28. April 1891.

Kriegsministerium.

Berlin, den 19. März 1891.

Euer Fürstbischöflichen Gnaden beehrt sich das Kriegsministerium auf das gefällige Schreiben vom 16. Februar 1891 (G. R. 972) ganz ergebend zu erwidern, wie dasselbe bereits unterm 5. März 1890 durch Erlaß an die zuständigen Militärbehörden verfügt hat, Anträge, welche von den dem Beurlaubtenstande angehörigen Studirenden der römisch-katholischen Con-

fession auf Befreiung von Uebungen gestellt werden, allgemein zu berücksichtigen. Hiernach wird der Gegenstand als diesseits geregelt angesehen.

An
den Fürstbischhof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Fürstbischöfliche Gnaden
Nr. 402/3.91 A. 1. zu Breslau.

von Kaltenborn.

Nr. 337. Unabkömmlichkeits-Listen.

a) G. B. Nr. 249. IX. vom 28. Juni 1888.

Breslau, den 19. Juni 1888.

Der Herr Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat mittelst Circular-Erlasses vom 20. März cr. die Königlichen Regierungen, Provinzial-Schul-Collegien und Consistorien wiederholt darauf hingewiesen, daß die in Gemäßheit des § 21, 1 der Control-Ordnung — II. Theil der Deutschen Wehrordnung — vom 28. September 1875 aufzustellenden Listen bezw. Nachtragslisten über die Unabkömmlichkeit nicht einzeln stehender Lehrer und Geistlicher für den Fall einer Mobilmachung des Heeres vor Ablauf der Monate October und April jedes Jahres¹⁾ einzureichen sind, und hierbei bemerkt, daß diese Vorschrift während der letzten drei Jahre in den wenigsten Fällen beachtet worden ist.

Der Herr Minister empfiehlt daher, durch eine alljährlich rechtzeitig sich wiederholende Prüfung der Verhältnisse der Pfarochieen zu ermitteln, welche noch militärpflichtigen nicht allein stehenden Geistlichen im Kriegsfall zur nothdürftigen Versorgung der Gemeinden unbedingt erforderlich und somit von der Einberufung zur Fahne zu dispensiren sind.

Indem ich Ew. Fürstlichen Gnaden auf Veranlassung des Herrn Ministers die Innehaltung der vorerwähnten Termine bei Einreichung der Anträge auf Dispensirung nicht allein stehender Geistlicher an den Herrn Minister ganz ergebenst anheimstelle, erlaube ich zugleich ebenmäßig, die vorstehenden Andeutungen auch bei den an mich zu stellenden Gesuchen um Unabkömmlichkeits-Erklärung einzeln stehender Geistlicher geneigtest berücksichtigen zu wollen.

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath.

An
den Fürstbischhof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Fürstliche Gnaden
hier.

b) G. B. Nr. 251. V.

Die Herren Erzpriester wollen künftig die gemäß General-Vicariats-Berordnung Nr. 249. IX. erforderlichen Listen nach folgendem Schema:

Civil- Stellung	Vor- und Zuname	Militär- Charge und Truppen- gattung	Wann und bei welchem Truppen- theil in das stehende Heer ein- getreten	Wohnort			Als unab- kömmlich an- erkannt	Das Unab- kömm- lichkeits- Attest liegt bei	Be- merkungen
				Ort	Kreis	Bezirks- (Com- mando ¹⁾)			

einreichen.

Breslau, den 30. October 1888.

Der Fürstbischhof.
† Georg.

¹⁾ Siehe unten c) Verordnung Nr. 255. II.

c) G. B. Nr. 255. II. vom 28. Mai 1889.

Gemäß der Bestimmungen der Deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 sind die Termine betreffs der Anträge auf Entbindung nicht allein stehender Geistlichen von ihrer Heerespflicht für den Mobilmachungsfall geändert worden. Die Herren Erzpriester wollen daher die in der General-Vicariats-Verordnung Nr. 251. V. bezeichneten Unabkömmlichkeitslisten mir künftig bis 1. Juni, bezüglich 1. November jeden Jahres einreichen.

Zugleich mache ich aufmerksam, daß die Herren Geistlichen, welche gemäß Wehrordnung § 118 Nr. 5 vom Waffendienst zu befreien sind, durch den Bezirks-Commandeur zu dem Sanitätspersonal übergeführt werden (Heerordnung vom 22. November 1888, Abschn. VII., § 36, Nr. 11), an Herrn Bezirks-Commandeur daher alsbald nach Empfang der heil. Priesterweihe der diesbezügliche Antrag zu stellen ist.

Breslau, den 6. April 1889.

Der Fürstbischof.
† Georg.

d) G. B. Nr. 260. II. vom 16. Januar 1890.

Behufs des Gesuches um die Unabkömmlichkeits-Erklärung wollen künftig die Herren Erzpriester die Listen

1. der einzeln stehenden und — getrennt davon — der nicht einzeln stehenden militärpflichtigen Herren Geistlichen bis 1. Juni und 1. November,
2. der unausgebildeten Landsturmpflichtigen Herren Geistlichen bis 1. November

jährlich an mich einreichen. Den mehrseitig geäußerten Zweifel, ob die einmalige Anzeige ein- für allemal genüge, muß ich verneinend beantworten, da die Königliche Staatsregierung an jedem Jahres-Termine eine neue Liste erwartet; ich nehme aber gern als ausreichend an, wenn vor dem Juni-Termine nur die Bezugnahme auf die betreffende frühere Anzeige, vor dem November-Termine eine etwaige Nachtrags-Liste mir eingereicht wird.

Von denjenigen Archipresbyteraten, aus denen eine Liste nicht eingeht, wird angenommen, daß militär- oder landsturmpflichtige Geistliche dort nicht angestellt sind; besonderer verneinender Anzeigen bedarf es nicht.

Breslau, den 30. November 1889.

Der Fürstbischof.
† Georg.

e) G. B. Nr. 303. IV. vom 15. December 1894.

Da nur von Jahr zu Jahr die Unabkömmlichkeit der militärpflichtigen Herren Geistlichen auf den Fall einer Mobilmachung des Heeres staatsseitig zugestanden wird, so sind die Listen gemäß meiner Verfügung vom 30. November 1889 (Gen.-Vic.-Verordn. Nr. 260. II.) nach wie vor einzureichen.

Die Unabkömmlichkeits-Bescheinigungen für die unausgebildeten Landsturmpflichtigen allein werden dauernd ausgestellt; die Inhaber dieser Bescheinigungen dürfen dann in den Listen ausgelassen werden.

Breslau, den 1. December 1894.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

¹⁾ So bestimmt am 25. October 1889 laut Verordnung Nr. 260. I.

Neunter Abschnitt. Ordenspersonen.

Nr. 338. Decretum S. C. Episcoporum et Regularium

circa admissionem alumnorum ex ordinibus et congregationibus quibuscunque
ad sacros ordines et circa eorundem ordinatum dimissionem.

G. B. Nr. 287. I. vom 3. Januar 1893.

Auctis admodum ex singulari Dei beneficio votorum simplicium Institutis, uti multa inde bona oriuntur, ita aliqua parit incommoda facilis alumnorum huiusmodi societatum egressus, et consequens, ex iure constituto, regressus in dioecesim originis. Haec autem graviora efficit temporalium bonorum inopia qua nunc Ecclesia premitur, unde Episcopi saepe providere nequeunt ut illi vitam honeste traducant. Haec aliaque id genus, etiam de alumnis Ordinum votorum solemniurn, perpendentes nonnulli Sacri locorum Antistites pro Ecclesiastici ordinis decore et fidelium aedificatione ab Apostolica Sede enixis precibus postularunt, remedium aliquod adhiberi. Cum ergo totum negotium Sanctissimus D. N. Leo PP. XIII. detulisset Sacrae huic Congregationi Episcoporum et Regularium Negotiis et Consultationibus praepositae, Eminentissimi Patres in Conventu Plenario habito in Vaticanis aedibus die 29. mens. Augusti anni 1892, praevio maturo examine ac discussione perpensaque universa rei ratione, opportunas edere censuerunt dispositiones per generale decretum ubique locorum perpetuis futuris temporibus servandas. Quas cum SS. D. N. in Audientia d. 23. Sept. huius anni 1892 infrascripto Secretario benigne impertita probare et confirmare dignatus fuerit, ea quae sequuntur per praesens decretum Apostolica Auctoritate statuuntur et decernuntur.

I. Firmis remanentibus Constitutione S. Pii V. diei 14. Oct. anni 1568, incipien. Romanus Pontifex, et declaratione sa. me. Pii PP. IX. edita die 12. mens. Junii anni 1858, quibus Superioribus Ordinum Regularium prohibetur, ne litteras dimissoriales concedant Novitiis aut professis votorum simplicium triennialium, ad hoc ut titulo Paupertatis ad SS. Ordines promoveri valeant, eadem dispositiones extenduntur etiam ad Instituta votorum simplicium, ita ut horum Institutorum Superiores non possint in posterum litteras dimissoriales concedere pro SS. Ordinibus, vel quomodocumque ad sacros Ordines alumnos promovere titulo Mensae communis, vel Missionis, nisi illis tantum alumnis, qui vota quidem simplicia, sed perpetua iam emisierint, et proprio Instituto stabiliter aggregati fuerint; vel qui saltem per triennium permanserint in votis simplicibus temporaneis quoad ea Instituta quae ultra triennium perpetuam differunt professionem. Revocatis ad hunc effectum omnibus indultis ac privilegiis iam obtentis a S. Sede, necnon dispositionibus contrariis in respectivis Constitutionibus contentis, etsi tales Constitutiones fuerint a S. Sede Apostolica approbatae.

II. Hinc notum sit oportet de generali regula haud in posterum dispensatum iri, ut ad Maiores Ordines alumnus Congregationis votorum solemniurn promoveatur quin prius solemnem professionem emisierit, vel per integrum triennium in votis simplicibus perseveraverit, si alumnus Instituto votorum simplicium sit addictus. — Quod si interdum causa legitima occurrat, cur quispiam Sacros Ordines suscipiat triennio nondum expleto, peti poterit ab Apostolica Sede dispensatio, ut Clericus vota

solemnia nuncupare possit quamvis non expleverit triennium, quoad Instituta vero votorum simplicium, ut vota simplicia perpetua emitte possit, quamvis non expleto tempore a respectivi Instituti Constitutionibus praescripto pro professione votorum simplicium perpetuorum.

III. Dispositiones contentae in decreto S. C. Concilii iussu sa. me. Urbani VIII. edito die 21. Septembris 1624 incipien. Sacra Congregatio, ac in decreto eiusdem S. C. iussu sa. me. Innocentii XII. edito die 24. mens. Julii anni 1694, incipien. Instantibus, ac in aliis decretis generalibus, quibus methodus ordinatur a Superioribus Ordinum Regularium servanda in expellendis propriis alumnis, nedum in suo robore manent, sed servandae imponuntur etiam Superioribus Institutorum votorum simplicium, quoties agatur de aliquo alumno vota simplicia quidem sed perpetua professo, vel votis simplicibus temporaneis adstricto ac in sacris insuper Ordinibus constituto dimittendo; ita ut horum neminem et ipsi dimittere valeant, ut nunc dictum est, nisi ob culpam gravem, externam et publicam, et nisi culpabilis sit etiam incorrigibilis. Ut autem quis incorrigibilis revera habeatur, Superiores praemittere debent, distinctis temporibus, trinam admonitionem et correctionem; qua nihil proficiente Superiores debent processum contra delinquentem instruere, processus resultantia accusato contestari, eidem tempus congruum concedere, quo suas defensiones sive per se, sive per alium eiusdem Instituti religiosum, exhibere valeat; quod si accusatus ipse proprias defensiones non praesentaverit, Superior sen Tribunal defensorem, ut supra, alumnum respectivi Instituti ex officio constituere debebit. Post haec Superior cum suo Consilio sententiam expulsionis aut dimissionis pronuntiare poterit, quae tamen nullum effectum habebit si condemnatus a sententia prolata rite ad S. C. EE. et RR. appellaverit, donec per eandem S. C. definitivum iudicium prolatum non fuerit. — Quoties autem gravibus ex causis procedendi methodus supradicta servari nequeat, tunc recursus haberi debeat ad hanc S. C. ad effectum obtinendi dispensationem a solemnitatibus praescriptis, et facultatem procedendi summario modo iuxta praxim vigentem apud hanc S. C.

IV. Alumni votorum solemnium, vel simplicium perpetuorum, vel temporalium in Sacris Ordinibus constituti, qui expulsi vel dimissi fuerint, perpetuo suspensi maneant, donec a S. Sede alio modo eis consulatur; ac praeterea Episcopum benevolum receptorem invenerint, et de ecclesiastico patrimonio sibi providerint.

V. Qui in Sacris Ordinibus constituti et votis simplicibus obstricti sive perpetuis, sive temporalibus, sponte dimissionem ab Apostolica Sede petierint et obtinuerint, vel aliter ex Apostolico privilegio a votis simplicibus vel perpetuis vel temporaneis dispensati fuerint, ex claustro non exeant, donec Episcopum benevolum receptorem invenerint, et de ecclesiastico patrimonio sibi providerint, secus suspensi maneant ab exercitio susceptorum Ordinum. Quod porrigitur quoque ad alumnos votorum simplicium temporalium qui quovis professionis vinculo iam forent soluti, ob elapsam tempus quo vota ab ipsis fuerunt nuncupata.

VI. Professi tum votorum solemnium, tum simplicium ab Ordinariis locorum ad Sacros Ordines non admittantur, nisi praeter alia a iure statuta testimoniales litteras exhibeant, quod saltem per annum sacrae

theologiae operam dederint si agatur de subdiaconatu, ad minus per biennium, si de diaconatu, et quoad presbyteratum, saltem per triennium, praemisso tamen regulari aliorum studiorum curriculo.

Haec de expresso Sanctitatis Suae mandato praefata Sacra Congregatio constituit atque decernit, contrariis quibuscumque, etiam speciali et individua mentione dignis, minime obstantibus.

Datum Romae, ex Sacra Congregatione Episcoporum et Regularium, die 4. Novembris 1892.

I. Card. Verga, Praef.

† Ios. M. Arch. Caesarien., Secretarius.

Nr. 339. De Religiosis saecularizatis.

An Episcopus excipere cogatur Religiosos saecularizatos, et an eosdem valeat adhibere in sacris ministeriis.

G. B. Nr. 362. I. vom 15. November 1899.

Difficili Regularium hodiernae conditioni occurrere satagens, S. Congr. super Disciplina Regulari pro illis Religiosis, qui gratia vocationis destituti vel de alia rationabili causa muniti extra claustra degere voluerunt et tractu temporis vellent, — auditis Superioribus Generalibus Ordinibus, maturo consilio, statuit atque decrevit: — „ut ipsis facultas tribueretur manendi extra claustra habitu regulari dimisso ad annum: quo tempore S. Patrimonium sibi constituerent; Episcopum benevolum receptorem invenirent; atque deinde, pro saecularizatione perpetua, iterum recurrerent, et interim Sacra facientes, verbum Domini praedicantes, fidelibus populis pia conversatione prodesse valerent.“

Quibus autem dispositionibus iurisdictio episcopalis nulli subest detrimento: namque Ordinarius invitus non cogitur illos in suum Clerum cooptare neque Beneficiis ecclesiasticis proponere; sed perdurante gratia concessionis, eiusdemque a Sede Apostolica consecuta prorogatione, ad sancta obeunda ministeria pro lubitu in sua Dioecesi habilitare potest, si velit. Neque ullam huic agendi rationi dubitationem infert Decretum Auctis admodum 1892, quia hoc per regulam generalem afficit Instituta recentia votorum simplicium; ac tantum per exceptionem respicit Ordines proprie dictos, in quibus vota solemnia religiosi nuncupantur. Quae tamen exceptio, si fieri contigerit, in singulari decreto adamussim notatur, ita ut speciale Rescriptum eiusque condiciones legem pro individuo constituent: et solummodo ab eo Ordinarius sui agendi rationem quaerere debeat.

Iam vero litteris, quas die 4. Iulii cur. an. Amplitudo tua ad hanc S. Congregationem mittere existimavit, relate ad PP. Ordinis Sanctissimae Trinitatis — et pro quibus ut ait, — „quin onera Episcopi benevoli receptoris in se suscipiat, aliquod levamen ipsis offerre desiderat; ideoque licentiam exposcit, ut Ordinem exercere valeant ad suum beneplacitum etc“, hic S. Ordo respondit: „Religiosos huiusmodi esse saecularizatos ad annum et interim etc. ut supra: pertinere ad Ordines votorum solemnium; proinde nisi sint aliqua speciali censura irretiti, nulla ipsi indigent nova facultate, ut Sacris ministeriis Episcopi auctoritate in respectiva Dioecesi possint vacare.“

Et haec dicta sint, ut ius et regula agendi in re Tibi proponatur; cui a Deo Optimo Maximo cuncta felicia adprecamur.

Romae, die 16. Aug. 1898.

Amplitudinis tuae Uti Frater Addictissimus

S. Card. Vannutelli, Praefectus.

Nr. 340. Constitutio Apostolica Leonis PP. XIII.

de Religiosorum Institutis vota simplicia profitentium.

G. B. Nr. 377. II. vom Februar 1901.

Conditae a Christo Ecclesiae ea vis divinitus inest ac fecunditas, ut multas anteaetis temporibus, plurimas aetate hac elabente utriusque sexus tamquam familias ediderit, quae, sacro votorum simplicium suscepto vinculo, sese variis religionis et misericordiae operibus sancte devovere contendunt. Quae quidem pleraeque, urgente caritate Christi, singularis civitatis vel dioecesis praetergressae angustias, adeptaeque, unius eiusdemque vi legis communisque regiminis, perfectae quamdam consociationis speciem, latius in dies proferuntur. — Duplex porro earundem est ratio: aliae, quae Episcoporum solummodo approbationem naetae, ob eam rem dioecesanæ appellantur; aliae vero de quibus praeterea romani Pontificis sententia interessit, seu quod ipsarum leges ac statuta recognoverit, seu quod insuper commendationem ipsis approbationemve impertiverit.

Iam in binas huiusmodi religiosarum Familiarum classes quaenam Episcoporum iura esse oporteat, quaeque vicissim illarum in Episcopos officia, sunt qui opinentur incertum controversumque manere. — Profecto, ad dioecesanæ consociationes quod attinet, res non ita se dat laboriosam ad expediendum; eae quippe unâ inductae sunt atque vigent Antistitum sacrorum auctoritate. At gravior sane quaestio de ceteris oritur, quae Apostolicae Sedis comprobatione sunt auctae. Quia nimirum in dioeceses plures propagantur, eodemque ubique iure unoque utuntur regimine; ideo Episcoporum in illas auctoritatem opus est temperationem quamdam admittere certosque limites. Qui limites quatenus pertinere debeant, colligere licet ex ipsa decernendi ratione Sedi Apostolicae consueta in eiusmodi consociationibus approbandis, scilicet certam aliquam Congregationem approbari ut piam Societatem votorum simplicium, sub regimine Moderatoris generalis, salva Ordinariorum iurisdictione, ad formam sacrorum canonum et Apostolicarum constitutionum. — Iamvero perspicuum inde fit, tales Consociationes neque in dioecesanis censi, neque Episcopis subesse posse nisi intra fines dioecesis cuiusque, incolumi tamen supremi earundem Moderatoris administratione ac regimine. Qua igitur ratione summis societatum harum Praesidibus in Episcoporum iura et potestatem nefas est invadere; eâdem Episcopi prohibentur ne quid sibi de Praesidum ipsorum auctoritate arrogant. Secus enim si fieret, tot moderatores istis Congregationibus accederent, quot Episcopi, quorum in dioecesibus alumni earum versentur; actumque esset de administrationis unitate ac regiminis. — Concordem atque unanimum Praesidum Congregationum atque Episcoporum auctoritatem esse oportet; at ideo necesse est alteros alterorum iura pernoscere atque integra custodire.

Id autem ut, omni submota controversia, plene in posterum fiat, et ut Antistitum sacrorum potestas, quam Nos, uti par est, inviolatam

usquequaque volumus, nihil uspiam detrimenti capiat; ex consulto sacri Consilii Episcopis ac Religiosorum ordinibus praepositi duo praescriptionum capita edicere visum est: alterum de Sodalitatibus quae Sedis Apostolicae commendationem vel approbationem nondum sunt assecutae, alterum de ceteris, quarum Sedes Apostolica vel leges recognovit vel institutum commendavit aut approbavit.

Caput primum haec habet servanda:

I. Episcopi est quamlibet recens natam sodalitatem non prius in dioecesim recipere, quam leges eius constitutionesque cognorit itemque probarit; si videlicet neque fidei honestative morum, neque sacris canonibus et Pontificum decretis adversentur, et si apte statuto fini convenient.

II. Domus nulla novarum sodalitatum iusto iure fundabitur, nisi annuente probante Episcopo. Episcopus vero fundandi veniam ne impertiat, nisi inquisitione diligenter acta quales sint qui id poscant: an recte probeque sentiant, an prudentia praediti, an studio divinae gloriae, suaeque et alienae salutis praecipue ducti.

III. Episcopi, quoad fieri possit, potius quam novam in aliquo genere sodalitatem condant vel approbent, utilius unam quamdam adsciscant de iam approbatis, quae actionis institutum profiteatur adsimile. — Nullae fere, ni forte in Missionum regionibus, probentur sodalitates, quae certo proprioque fine non praestituto, quaevis universe pietatis ac beneficentiae opera, etiamsi penitus inter se disiuncta, exercenda amplectantur.

Episcopi sodalitatem condi ullam ne siverint, quae redditibus careat ad sodalium victum necessariis. — Sodalitia, quae stipe collaticia vivant; item muliebres familias, quae aegrotis, domi ipsorum, interdiu noctuque adsint, cautissime, quin etiam difficulter comprobent. — Si quae autem nova feminarum sodalitas eo spectet ut suis in aedibus valetudinaria aperiatur viris promiscue mulieribusve excipiendis; vel similes domos excipiendis sacerdotibus, qui Sororum curâ atque opera aegrotantes levantur; eiusmodi proposita Episcopi ne probent, nisi maturo adhibito severoque consilio. — Praeterea Episcopi religiosarum domus, ubi viris feminisve peregre advenientibus hospitium victusque accepto pretio suppeditetur, nequaquam permittant.

IV. Sodalitas quaevis dioecessana ad dioeceses alias ne transgrediatur, nisi consentiente utroque Episcopo, tum loci unde excedat, tum loci quo velit commigrare.

V. Sodalitatem dioecesanam si ad dioeceses alias propagari acciderit, nihil de ipsius natura et legibus mutari liceat, nisi singulorum Episcoporum consensu, quorum in dioecesibus aedes habeat.

VI. Semel approbatae sodalitates ne extinguantur, nisi gravibus de causis, et consentientibus Episcopis, quorum in ditione fuerint. Singulares tamen domos Episcopis, in sua cuique dioecesi, tollere fas est.

VII. De puellis habitum religiosum petentibus, item de iis quae, probatione expleta, emissurae sint vota, Episcopus singulatim certior fiat: eiusdem erit illas et de more explorare et, nihil si obstat, admittere.

VIII. Episcopo alumnas sodalitatum dioecesanarum professas dimittendi potestas est, votis perpetuis aequae ac temporariis remissis, uno dempto (ex auctoritate saltem propria) colendae perpetuo castitatis. Cavendum tamen ne istiusmodi remissione ius alienum laedatur; laedetur autem, si insciis moderatoribus id fiat iusteque dissentientibus.

IX. Antistitae, ex constitutionum iure, a Sororibus eligantur. Episcopus tamen, vel ipse vel delegato munere, suffragiis ferendis praeerit: peractam electionem confirmare vel rescindere integrum ipsi est pro conscientiae officio.

X. Dioecesanæ cuiusvis sodalitatæ domos Episcopus invisendi ius habet, itemque de virtutum studio, de disciplina, de oeconomicis rationibus cognoscendi.

XI. Sacerdotes a sacris, a confessionibus, a concionibus designare, item de sacramentorum dispensatione statuere munus Episcoporum est, pro sodalitatibus dioecesanis pariter ac pro ceteris; id quod in capite consequenti (num. VIII) explicate praefinitur.

Alterum praescriptionum caput, de Sodalitatibus, quarum Apostolica Sedes vel leges recognovit vel institutum commendavit aut approbavit, haec habet servanda:

I. Candidatos cooptare, eosdem ad sacrum habitum vel ad profitenda vota admittere, partes sunt Praesidum sodalitatum; integrâ tamen Episcopi facultate, a Synodo Tridentina tributa ¹⁾, ut, quum de feminis agitur, eas et ante suscipiendum habitum et ante professionem emittendam ex officio exploret. Praesidum similiter est familias singulas ordinare, tirones ac professos dimittere, iis tamen servatis quaecumque ex instituti legibus pontificiisque decretis servari oportet. — Demandandi munera et procurationes, tum quae ad universam sodalitatem pertinent, tum quae in domibus singulis exercentur, Conventus seu Capitula, et Consilia propria ius habent. In muliebrum autem sodalitatum Conventibus ad munerum assignationem Episcopus, cuius in dioecesi habentur, per se vel per alium praeerit, ut Sedis Apostolicae delegatus.

II. Condonare vota, sive ea temporaria sint sive perpetua, unius est romani Pontificis. Immutandi constitutiones utpote quae probatae a Sede Apostolica, nemini Episcoporum ius datur. Item regimen, quod penes moderatores est sive sodalitatæ universae sive familiarum singularum ad constitutionum normam, Episcopis mutare temperare ne liceat.

III. Episcoporum sunt iura, in dioecesi cuiusque sua, permittere vel prohibere novas domos sodalitatum condi; item nova ab illis templa excitari, oratoria seu publica seu semipublica aperiri, sacrum fieri in domesticis sacellis, Sacramentum augustum proponi palam venerationi fidelium. Episcoporum similiter est sollemnia et supplicationes, quae publica sint, ordinare.

IV. Domus sodalitatum huiusmodi si clausura episcopali utantur, Episcopis iura manent integra, quae de hac re a pontificiis legibus tribuuntur. Si quae autem clausura, ut inquit, partiali utantur, Episcopi erit curare ut rite servetur, et quidquid in eam irreat vitii cohibere.

V. Alumni alumnaeve sodalitatum harum, ad forum internum quod attinet, Episcopi potestati subsunt. In foro autem externo, eidem subsunt quod spectat ad censuras, reservationem casuum, votorum relaxationem quae non sint uni summo Pontifici reservata, publicarum precum indictionem, dispensationes concessionisque ceteras, quas Antistites sacrorum fidelibus suis impertire queant.

VI. Si qui vero ad sacros ordines promoveri postulent, eos Episcopus,

¹⁾ Sess. XXV, cap. XVII, de Regul. et Monial.

etsi in dioecesi degentes, initiare caveat, nisi hisce conditionibus: ut a moderatoribus quisque suis proponatur; ut quae a iure sacro sancita sunt de litteris dimissorialibus vel testimonialibus, sint rite impleta; ut titulo sacrae ordinationis ne careant, vel certe eo legitime eximantur; ut theologiae studiis operam dederint, secundum decretum „Auctis admodum“, die datum IV novembris anno MDCCCXCII.

VII. In sodalitates, quae mendicato vivunt, ea Episcopis stent iura, quae habet decretum „Singulare quidem“, a sacro Consilio Episcopis et Religiosorum ordinibus praeposito promulgatum die XXVII martii anno MDCCCXCVI.

VIII. In iis quae ad spiritualia pertinent subduntur sodalitates Episcopis dioecesium in quibus versantur. Horum igitur erit sacerdotes ipsis et a sacris designare et a concionibus probare. Quod si sodalitates muliebres sint, designabit item Episcopus sacerdotes a confessionibus tum ordinarios tum extra ordinem, ad normam constitutionis „Pastoralis curae“, a Benedicto XIV decessore Nostro editae, ac decreti „Quemadmodum“, dati a sacro Consilio Episcopis et Religiosorum ordinibus praeposito, die XVII decembris anno MDCCCXC; quod quidem decretum ad virorum etiam consociationes pertinet, qui sacris minime initiantur.

IX. Bonorum, quibus Sodalitia singula potiuntur, administratio penes Moderatorem supremum maximamve Antistitam eorumque Consilia esse debet: singularum vero familiarum redditus a praesidibus singulis administrari oportet, pro instituti cuiusque legibus. De iis nullam Episcopus rationem potest exigere. Qui vero fundi certae domui tributi legative sint ad Dei cultum beneficentiamve eo ipso loco impendendam; horum administrationem moderator quidem domus gerat, referat tamen ad Episcopum, eique se omnino praebat obnoxium: ita nimirum ut neque Praeposito neque Antistitae sodalitii universi liceat quidquam ex iis bonis Episcopo occultare, distrahere, vel in alienos usus convertere. Talium igitur bonorum Episcopus rationes accepti impensique, quoties videbitur, expendet; idem ne sortes minuantur, redditus ne perperam erogentur, curabit.

X. Sicubi sodalitatum aedibus instituta curanda adiecta sint uti gynaecea, orphanotrophia, valetudinaria, scholae, asyla pueris erudiendis; Episcopali vigilantiae ea omnia subsint quod spectat ad religionis magisteria, honestatem morum, exercitationes pietatis, sacrorum administrationem, integris tamen privilegiis, quae collegiis, scholis, institutisve eiusmodi a Sede Apostolica sint tributa.

XI. In quarumlibet sodalitatum domibus vota simplicia profitentium, Episcopis cuiusque dioecesis ius est invisendi templa, sacraia, oratoria publica, sedes ad sacramentum poenitentiae, de iisque opportune statuendi iubendi. — In presbyterorum sodalitiis, de conscientia ac disciplina, item de re oeconomica uni praesides cognoscent. In consociationibus vero feminarum aequae ac virorum qui sacerdotio abstinent, Episcopi erit inquirere num disciplina ad legum normam vigeat, num quid sana doctrina morumve probitas detrimenti ceperit, num contra clausuram peccatum, num sacramenta aequâ statâque frequentia suscipiantur. — Reprehensione dignum si quid Episcopus forte offenderit, ne decernat illico: moderatores uti prospiciant moneat; qui si neglexerint, ipse per se consulat. Si quae tamen maioris momenti occurrant quae moram non expectent, decernat

statim: decretum vero ad sacrum Consilium deferat Episcopis ac Religiosorum ordinibus praepositum.

Episcopus, in visitatione potissimum, iuribus, quae supra diximus, utatur suis quod spectat ad scholas, asyla ceteraque memorata instituta. — Ad rem vero oeconomicam quod attinet muliebrum sodalitatum itemque virorum sacerdotio carentium, Episcopus ne cognoscat nisi de fundorum legatorumve administratione, quae sacris sint attributa, vel loci aut dioecesis incolis iuvandis.

His porro, quae hactenus ediximus sancivimus, nihil penitus derogari volumus de facultatibus vel privilegiis, tum Nostro aut quovis alio Sedis Apostolicae decreto concessis, tum immemorabili aut saeculari consuetudine confirmatis, tum etiam quae in alicuius Sodalitatis legibus a romano Pontifice approbatis contineantur.

Praesentes vero litteras et quaecumque in ipsis habentur nullo unquam tempore de subreptionis aut obreptionis sive intentionis Nostrae vitio aliove quovis defectu notari vel impugnari posse, sed semper validas et in suo robore fore et esse, atque ab omnibus cuiusvis gradus et prae-eminentiae inviolabiliter in iudicio et extra observari debere decernimus: irritum quoque et inane declarantes si secus super his a quoquam, quavis auctoritate vel praetextu, scienter vel ignoranter contigerit attentari; contrariis non obstantibus quibuscumque.

Volumus autem ut harum litterarum exemplis, etiam impressis, manu tamen Notarii subscriptis et per constitutum in ecclesiastica dignitate virum sigillo munitis, eadem habeatur fides, quae Nostrae voluntatis significationi his praesentibus ostensis haberetur.

Datum Romae apud Sanctum Petrum anno Incarnationis Dominicae millesimo noningentesimo, sexto idus decembris, Pontificatus Nostri vicesimo tertio.

C. Card. ALOISI-MASELLA, Pro-Dat. — A. Card. MACCHI.

Visa DE CURIA I. DE AQUILA E VICECOMITIBUS.

Loco † Plumbi.

Reg. in Secret. Brevium.

I. CUGNONIUS.

Nr. 341. Canonische Prüfung der Ordens-Candidatinnen und Novizen.

3b. Erlaß vom 24. December 1870.

Bei der Zulassung von Candidatinnen zur Einkleidung oder von Novizen zur Profess, sowie bei dem hierfür vorgeschriebenen canonischen Examen kommen in der Diöcese häufig Ungleichmäßigkeiten und Ungenauigkeiten vor, welche uns veranlassen, in der beifolgenden, allgemeinen Verordnung von Neuem auf die canonischen Bestimmungen aufmerksam zu machen und zu deren Ausführung die nöthige Anweisung zu geben.

Dem mit Abhaltung des canonischen Examens betrauten Herrn Commissarius ist diese Verordnung jedesmal vorher vorzulegen.

An
die Frau Oberin

Fürst-Bischof.
† Heinrich.

Verordnung.

1. Einen Monat vor der Aufnahme einer Candidatin als Novize (Einkleidung) ist die Erlaubniß hierzu unter Beifügung des Tauf- und

Firmungs-Attestes und eines Sitten-Zeugnisses des letzten Seelsorgers bei uns nachzusehen.

2. In den Klöstern der Elisabethinerinnen, Ursulinerinnen und zur heil. Maria Magdalena von der Buße hat der Einkleidung in Gemäßheit des c. XVII. Sess. XXV. de reg. et mon. Conc. Trid. ein Examen vorherzugehen, zu welchem Wir jedesmal einen Commissarius ernennen werden; das Examen ist in derselben Weise vorzunehmen, wie unten in Betreff der Profess verordnet ist.
3. Mindestens einen Monat vor der zur Profess bestimmten Zeit ist die Erlaubniß zur Ablegung der Gelübde bei uns zu erbitten, Zeugnisse dürfen dazu nicht eingereicht werden, wohl aber ist unser Erlaß, in welchem die Genehmigung zur Einkleidung gegeben wurde, nach Datum und Journal-Nummer zu bezeichnen.
4. In dem canonischen Examen (vor der Profess, bei den Klöstern auch vor der Einkleidung) ist sorgfältig zu erforschen, ob die Jungfrau zum Eintritt in die religiöse Gemeinschaft von irgend Jemandem gezwungen oder irgendwie verleitet wurde, ob ihr Wille ganz frei und überlegt ist, ob sie weiß, was sie thut, und ob sie die Statuten, namentlich aber die Bedeutung der Gelübde, kennt. Hierüber hat der Commissarius sich durch eine genaue Unterredung mit der Schwester Gewißheit zu verschaffen und ein Protokoll aufzunehmen, welches die Schwester mit ihrem vollen Namen unterschreibt.

Die übliche Beantwortung der, größtentheils ganz unzureichenden Fragen in den Formularen genügt keineswegs, der Commissarius muß sich von der Richtigkeit der Antworten und zwar besonders in Betreff der Willensfreiheit und der Kenntniß der Bedeutung der Gelübde durch die gepflogene Besprechung überzeugen.

Nr. 342. Form der feierlichen Ablegung resp. Erneuerung der Gelübde.

Fb. Erlaß vom 4. November 1896.

Ew. Ehrwürden theile ich folgendes Decret der hl. Ritencongregation vom 14. bezw. 27. August 1894 bezüglich der Gelübde-Ablegung und -Erneuerung zur Kenntnißnahme und Nachachtung mit:

Schon öfters ist an die hl. Ritencongregation die Frage gerichtet, ob und wie die feierliche Ablegung der Gelübde und deren Erneuerung, welche bei den meisten religiösen Genossenschaften, männlichen sowohl wie weiblichen stattfindet, während der hl. Messe vorgenommen werden kann. Die Antwort war in den besonderen Fällen nicht immer dieselbe, ohne daß jemals ein allgemeines Decret in dieser Angelegenheit erlassen worden ist. Um daher alle Ungewißheit zu beheben und eine einheitliche Praxis einzuführen, hat die hl. Ritencongregation auf den Vortrag des unterzeichneten Cardinal Präfecten nach reiflicher Erwägung, besonders dessen, was in der Bulle des Papstes Gregor XIII. sel. And. „Quanto fructuosius“, die am 1. Februar 1583 für die Approbation der Constitutionen der Gesellschaft Jesu erlassen wurde, über diese Sache enthalten ist, als Regel bestimmt: „Der celebrirende Geistliche, der die Gelübde entgegennimmt, wendet sich nach der Communion, nachdem das Confiteor und die übrigen bekannten Gebete vor der Communion der Gläubigen gesprochen sind, mit der heiligen Hostie in der Hand zu denen, die die Profess ablegen: Diese sollen einzeln

mit lauter Stimme ihre Profeß lesen, und nachdem jeder einzelne dieselbe gelesen hat, soll er die hl. Communion empfangen. — Bei der Gelübde-Erneuerung jedoch wartet der Celebrans, zum Altare gewendet, bis diejenigen, welche die Gelübde erneuern, die Formel gelesen haben. Dieselben sollen im Falle, daß es nicht nur wenige sind, alle zugleich, indem einer vorbetet, die Worte der Formel nachsprechen und nachher der Reihe nach den allerheiligsten Leib des Herrn empfangen. Diese Methode soll jedoch keineswegs in die betreffenden Constitutionen der Congregationen aufgenommen werden. Dieses Decret gilt ungeachtet aller besonderen entgegenstehenden Decrete, die hiermit widerrufen und abgeschafft sein sollen.“ 14. August 1894.

Nachdem dem hl. Vater Papst Leo XIII. durch mich den unterzeichneten Cardinal Präfecten über diese Angelegenheit Vortrag gehalten ist, hat eben derselbe hl. Vater den Beschluß der hl. Congregation genehmigt, bestätigt und erklärt, daß alle entgegenstehenden Bestimmungen durch gegenwärtiges Decret aufgehoben sein sollen. Am 27. desselben Mts. und Jahres.

(L. S.)

Caj. Card. Aloisi-Masella, S. R. C. Praef.
Aloisius Tripepi, Secretarius.

Auf eine Anfrage an die hl. Ritencongregation, „ob obiges Decret bei allen religiösen Genossenschaften beiderlei Geschlechts mit verpflichtender Kraft gelten solle“, antwortete diese am 5. Juni dieses Jahres: „Zawohl, wo die Gelübde abgelegt und erneuert werden während der hl. Messe vor dem Priester, der die hl. Hostie in der Hand hält.“

Der Fürstbisch. of.
G. Card. Kopp.

An

die Ehrwürdigen Obern (Oberinnen) sämmtlicher
Genossenschaften der Diocese Breslau.

Nr. 343. Dienstanweisung

für die fürstb. Commissarien über die Niederlassungen der Orden und religiösen Genossenschaften der Diocese Breslau einschließlich des Delegaturbezirkes.

1. Für jede selbständige Ordensniederlassung sowie für die einzelnen Gruppen der in der Diocese bestehenden Niederlassungen der verschiedenen religiösen Genossenschaften werden vom Diöcesan-Bischof Commissarien bestellt. Ausgenommen hiervon sind die Niederlassungen der exemten Orden.

2. Die Thätigkeit und Befugnisse der fürstb. Commissarien regelt sich im Allgemeinen nach den Bestimmungen der Regeln und Statuten (Constitutionen) der betreffenden Ordensgenossenschaft.

3. Insbesondere aber haben dieselben die Pflicht, die Beobachtung der klösterlichen Disciplin zu überwachen und den Klostervorständen in allen äußern, namentlich Vermögensangelegenheiten als Berather zur Seite zu stehen.

4. Die fürstb. Commissarien haben ferner die Einhaltung der Termine für die Jurisdiction der Beichtväter zu controlliren und die rechtzeitige Erneuerung bezw. Verleihung derselben zu veranlassen.

Dabei ist es nicht zulässig, daß die fürstb. Commissarien zugleich das Beichtvateramt in denjenigen Ordensniederlassungen oder Genossenschaften wahrnehmen, für welche sie das Commissorium erhalten haben.

5. Hinsichtlich der Aufnahme der Candidaten bezw. Candidatinnen, der Anträge um Einkleidung und Zulassung zu den heiligen Gelübden

haben die fürstb. Commissarien den Ordens-Vorständen beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Für die Bornahme der canonischen Prüfung, sowie der Einkleidung, der Entgegennahme der Gelübde und der Gelübde-Erneuerung bedarf es besondern Auftrages des Ordinarius.

6. Die fürstb. Commissarien haben alljährlich an den Diöcesan-Bischof einen Bericht über die von ihnen vertretenen Ordenshäuser bezw. Genossenschaften einzusenden, welcher nebst den allgemeinen statistischen Angaben sich über das äußere religiöse Leben und die specielle Ordens-thätigkeit zu erstrecken hat. Wichtige Vorfälle aber sind sofort zur Kenntniß des Diöcesanbischofs zu bringen.

7. Die fürstb. Commissarien haben die fürstb. Visitatoren bei canonischen Visitationen zu unterstützen.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 4. April 1898.

G. Card. Kopp.

Nr. 344. Der dritte Orden des hl. Franziskus.

a) Aus dem sb. Erlaß vom 3. Juli 1899.

. Folgende Vorschriften bringe ich in Erinnerung:

1. Die zur Einführung (Errichtung) des dritten Ordens in einer Gemeinde erforderliche Erlaubniß des Diöcesanbischofs wird hiermit allgemein für jede einzelne Gemeinde der Diöcese Breslau ertheilt.

2. Die Ermächtigung des Provinzials der Franziskaner zur Einführung (Errichtung) des dritten Ordens in einer Gemeinde, sowie die facultas recipiendi in III. Ordinem et impertiendi absolutionem generalem et benedictionem papalem ist nur durch die Vermittelung des hochw. P. Commissarius in Carlowitz bei Breslau nachzusuchen.

3. Die sub Nr. 2 erwähnten, rite erhaltenen Ermächtigungen bezw. Vollmachten sind mir in singulis casibus zur Ertheilung des Exequatur vorzulegen.

4. Die feierliche Einführung (Errichtung) des dritten Ordens in einer Gemeinde hat, wenn irgend möglich, durch einen Franziskaner-pater stattzufinden.

Der Fürstbischof.

G. K. Nr. 1866.

G. Card. Kopp.

b) Decretum S. C. Indulg. de absolutione Generali a sacerdotibus Tertiariis lucranda.

G. V. Nr. 374. I. vom 15. November 1900.

Frater Petrus ab Arce Papae, Procurator Ordinis Minorum, ad S. V. Pedes provolutus exponit quod Emus Card. Venetiarum Patriarcha quae sequuntur litteris suis Rmo P. Ministro Generali significavit, nempe: „Quosdam Sacerdotes Tertiarios Franciscanos, moderatores Congregationum III Ordinis illius Patriarchatus, saepe saepius suum desiderium illi exposuisse supplices epistolas ad S. Sedem mittendi ad effectum ut quemadmodum ex Decreto diei 18. Junii 1870 Fratres Minores vel Sacerdotes Tertiarii legitime deputati Absolutionem Generalem seu Benedictionem Papalem Monialibus publice impertiendo omnes gratias adnexas ipsi consequuntur, ita pariter huiusmodi privilegio perfrui valeant quotiescumque dictam Absolutionem vel Benedictionem quibuslibet Tertiariis

utriusque sexus respective Sodalibus publice impertiuntur. Ratio est, quia non raro evenit ut dum Sacerdotes Tertiarii qui Congregationibus III Ordinis praesunt Sodalibus Absolutionem aut Papalem Benedictionem statutis diebus impertiuntur, ipsi ministerii curis detenti alium Sacerdotem adire nequeunt ad easdem spirituales gratias pro se consequendas, quod praesertim in ruralibus parocciis vel Sacerdotum penuria vel itineris longitudine contingere potest.“ Rebus ita stantibus nomine etiam P. Ministri Glis FF. Minorum instantissime a S. V. humilis Orator petit, ut non solum pro spiritali bono praedictorum Sacerdotum voto ab Emo Card. Patriarcha exposito satisfacere velit, sed etiam ad totum Tertium Poenitentiae saecularem Ordinem imploratum privilegium extendere dignetur.

Quam gratiam etc.

Sanctissimus Dominus Noster Leo Pp. XIII. in Audientia habita die 14. Julii 1900 ab infrascripto Cardinali Praefecto S. C. Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae benigne indulsit, ut qui Sacerdotes deputati ad moderandam aliquam ex Congregationibus Tertii Ordinis saecularis S. Francisci legitime impediuntur quominus, statutis diebus, recipere valeant ab alio Sacerdote Generalem Absolutionem seu Papalem Benedictionem cum adnexa plenaria Indulgentia, eandem Indulgentiam lucrari valeant in ipso actu quo Tertiariis sibi subditis praefatam Generalem Absolutionem aut Benedictionem Papalem impertiuntur dummodo sint rite dispositi, eaque praestiterint pia opera, quae praescripta sunt. Praesenti in perpetuum valituro.

Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae ex Secretaria eiusdem S. Congr., die 14. Julii 1900.

D. Card. Ferrata, Praef.

Joseph Maria Coselli, Substitutus.

Nr. 345. Pfarrliche Aufsicht über Sammler.

G. V. Nr. 12. I. vom 19. December 1849.

Se. Fürstbischöflichen Gnaden, unser Hochwürdigster Herr Fürstbischof Melchior haben uns beauftragt, die Herren Pfarrgeistlichen der Diöcese darauf aufmerksam zu machen, daß der Orden der Barmherzigen Brüder in hiesiger Diöcese unter der unmittelbaren oberhirtlichen Aufsicht des Hochwürdigsten Herrn Ordinarius steht, mit der Weisung, die Führung der Sammler des Ordens während ihrer Reisen, jedoch ohne ihnen dies bemerkbar zu machen, zu überwachen, event. anstößiges Betragen und Vergehungen an Se. Fürstbischöflichen Gnaden anzuzeigen, übrigens auf das Volk in geeigneter Weise einzuwirken, daß die Spenden an die Sammler des Ordens in Rücksicht auf die große Wohlthätigkeit desselben und die fortwährende Zunahme der hilfsbedürftigen Armuth recht ergiebig ausfallen. Indem wir diese hohe Verordnung hiermit zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bringen, gewärtigen wir deren genaue Beobachtung.

Zehnter Abschnitt. Kirchenbeamte.

(Organisten- und Küsterstellen in Verbindung mit Lehrerstellen.)

Nr. 346. Vertretung der Pfarrschulen in vermögensrechtlicher Beziehung.

G. B. Nr. 33. I. vom 3. Juni 1852.

Die Erfahrung lehrt täglich, daß unsere Ehrwürdige Geistlichkeit nicht im Klaren darüber ist, wer die Schule in vermögensrechtlicher Beziehung zu vertreten hat. In der Regel wird der Schul-Vorstand für deren natürlichen Vertreter gehalten. Diese Ansicht ist jedoch nicht richtig, weshalb wir folgenden Grundsatz hiermit in Erinnerung bringen.

Überall, wo es sich um das Vermögen einer Pfarrschule überhaupt, oder um die Erhaltung der nutzbaren Gerechtsame derselben insbesondere handelt, sei es in Prozessen, bei Ablösung von Reallasten, oder in Rechts-Angelegenheiten anderer Art, sind die Rechte der Schule unter Zugiehung des Nießbrauchers der Schulgüter durch das betreffende Kirchen-Collegium ¹⁾ wahrzunehmen.

Dabei versteht es sich indeß von selbst, daß hinsichtlich der Verwaltung der Schulfundationen lediglich der Wille des Stifters entscheidet.

Für Pfarrschulen müssen aber alle Schulen gelten, welche entweder

1. aus der Zeit vor dem katholischen Schulreglement von 1801 herühren, (Westphälischer Friede, Art. V. § 7 und 31; Reglement de gravaminibus vom 8. August 1750 § 11a. und f. und Güntersblumer Edict vom 14. Juli 1793, Eingang und II. 2. a. b. d. 16. V. und VI.), oder
2. zwar jüngeren Ursprungs sind, aber als kirchliche Anstalten einer katholischen Kirche gewidmet worden, oder ganz oder theilweise aus kirchlichen Mitteln gegründet sind, oder — sei es rücksichtlich der Lehrerbesoldung, sei es, daß der vermögenden Kirchenkasse nur, gleichviel, ob das Schulgebäude zugleich Küsterwohnung ist, eine Bauverpflichtung obliegt, — aus kirchlichen Mitteln, wenngleich nur theilweise, unterhalten werden."

Wir erwarten, daß bei den die Schule betreffenden Rechts-Angelegenheiten künftig hierauf sorgfältig wird geachtet werden.

Nr. 347. Anzeige der Erledigung von Lehrer- bezw. Kirchenbeamtenstellen.

a) G. B. Nr. 222. VI. vom 6. Februar 1883.

Die Herren Pfarrer resp. deren Vertreter werden hierdurch veranlaßt, diejenigen Schulstellen, welche der Alternativa mensium oder dem Turnus stabilis unterstehen, sobald sie durch Todesfall oder durch Versetzung resp. Entsetzung erledigt worden sind, uns baldigst anzuzeigen.

b) G. B. Nr. 237. VII.

Schon am 6. Februar 1883 (G. B. Verordnungen Nr. 222. VI.) hatte mein Hochwürdiges General-Vicariat die Herren Pfarrer und deren Vertreter beauftragt, die jeweilige Erledigung derjenigen Lehrerstellen baldigst anzuzeigen, welche vor der Säkularisation von Bischof, Dom-

¹⁾ Jetzt Kirchen-Vorstand gemäß Gesetz vom 20. Juni 1875.

kapitel oder einem der geistlichen Stifter und Klöster besetzt worden waren und nun der abwechselnd staatlichen und bischöflichen Besetzung unterliegen. Durch mehrere neuere Fälle veranlaßt, ersuche ich mein Hochwürdiges General-Vicariat, jene Anordnung in Erinnerung zu bringen.

Breslau, den 30. Januar 1886.

Fürst-Bischof.

+ Robert.

Nr. 348. Bestimmungen über die Einkommens-Nachweise.

a) G. B. Nr. 102. IV. vom 24. März 1858.

Es geschieht nicht selten, daß bei Fassung der Genußzettel für Schul-lehrer und Organisten auf die Verschiedenheit der Emolumente nicht sorgfältige Rücksicht genommen und dabei das Statut Sr. Fürstbischöflichen Gnaden vom 1. März 1855 § 104 außer Acht gelassen wird. Wenn dies nun aber lautet:

„Curent Parochi, ut inventaria et emolumenta quibus utuntur ludimagistri ut tales, ab eis, quibus ut ministri ecclesiastici fruuntur, diligentissime separentur“,

so weisen wir die Pfarrer, Kirchen-Collegien und Schulen-Inspectoren wie Erzpriester hierdurch an, bei Feststellung des Genußzettels für Lehrer und Organisten genau zu erforschen, was ihnen als Kirchenbeamten und was ihnen lediglich als Lehrer zusteht, alsdann aber auch darauf zu sehen, daß jede dieser Kategorien im Genußzettel vermerkt und die betreffenden Emolumente genau bezeichnet werden.

Bei Zweifeln¹⁾, welchem Institute die betreffende Dotation, bestehe sie in Grundstücken, festen oder zufälligen Einnahmen oder Renten, gebührt, sind die alten Inventarien-Verzeichnisse, Visitations-Berichte und Bescheide, sowie Proventenbücher einzusehen und ist uns vor Vollziehung des Genußzettels unter klarer Auseinandersetzung des Sachverhältnisses zu berichten.

b) G. B. Nr. 238. VII. vom 31. März 1886.

Wir sehen uns veranlaßt, die Verordnung Nr. 102. IV. vom 24. März 1858 in Erinnerung zu bringen, wonach bei der Aufstellung der Genußzettel für Lehrer und Organisten (Küster) genau erforscht, sowie streng unterschieden werden muß, was ihnen als Kirchenbeamten und was ihnen lediglich als Lehrern zusteht.

Diese Vorschrift und die weiter dort enthaltene, daß uns vor Vollziehung des Genußzettels unter klarer Auseinandersetzung des Sachverhältnisses Bericht zu erstatten ist, findet auch Anwendung, wenn das Schulamt mit dem Kirchenamt organisch oder herkömmlich dauernd verbunden ist.

c) G. B. Nr. 280. VIII. vom 5. März 1892.

Zahlreiche bei der Aufstellung der Einkommens-Nachweisungen für erledigte Lehrer-, Küster- und Organistenstellen vorkommende Unrichtigkeiten veranlassen uns, unter Hinweis auf unsere Verordnungen Nr. 102. IV. und 238. VII. den Kirchenvorständen resp. den Vorsitzenden derselben nochmals die strikte Sonderung der Einkünfte aus Schul- und Küsteramt mit der Maßgabe zur Pflicht zu machen, daß künftig nicht

¹⁾ Vergl. G. B. Nr. 280. VIII.

blos bei Zweifeln, sondern in jedem Falle das Einkommens-Verzeichniß uns vor der Vollziehung durch den Kirchenvorstand unter klarer Auseinandersetzung des Rechtsverhältnisses zu übersenden ist.

Hierbei sind nicht blos frühere Verzeichnisse zu berücksichtigen, sondern ist auch im Pfarr- und event. Archipresbyterats-Archiv, nöthigenfalls selbst in den im Besitz des Ortsvorstandes befindlichen Ablösungs- und Umlegungs-Rezeissen nach Material zu forschen, ja sogar die protokollarische Vernehmung älterer glaubwürdiger Personen zu bewirken.

Namentlich ist festzustellen, ob Dienstgrundstücke der Küsterei (Organistei) oder der Schule oder den beiden Instituten gemeinschaftlich gehören, wobei unsere Verordnung Nr. 33. I. nicht übersehen werden darf.

Damit bei einer eintretenden Personal-Veränderung im Schul- und Küsteramte in dieser Hinsicht möglichst Alles vorbereitet ist, so wollen die Herren Pfarrer, bezw. Pfarrverweser bei Zeiten die nöthigen Recherchen und Feststellungen vornehmen.

Die Herren Erzpriester aber ersuchen wir, bei den jährlichen Kirchen-Visitationen die diesbezüglichen speciellen Angaben unter der Rubrik: „Sonstige Grundstücke“ oder, wie in den neueren Formularen vorgesehen ist, „Dotations-Grundstücke für Küster, Organisten und sonstige Kirchenbeamte“ aufzunehmen.

d) G. B. Nr. 294. VI. vom 25. October 1893.

Zu der in G. B. Nr. 280. VIII. vorgeschriebenen Prüfung des Rechtsverhältnisses ist in jedem einzelnen Falle aus den Pfarr- und den Archipresbyterats-Archiven, aus den im Besitz der Ortsvorstände befindlichen Urbarien, Ablösungs- und Landumlegungs- (Separations-)Rezeissen, aus den in den Händen der Lehrer, Küster und Organisten befindlichen Einkommens-Verzeichnissen, nöthigenfalls auch durch protokollarische Vernehmung glaubwürdiger und mit den Verhältnissen bekannter Personen, sowie aus anderem zugänglichen Material festzustellen, welches Einkommen jeder mit einem Küster- oder Organistenamt an einer Kirche ihres Bezirks verbundenen Lehrerstelle zusteht, was von diesem Einkommen auf jedes der drei Aemter — das Schul-, das Küster- und das Organistenamt — entfällt, was der Stelleninhaber dafür in jedem der drei Aemter zu leisten hat.

Nr. 349. Lehrerbefoldungs-Gesetz. § 4.

Circular des Hb. General-Vicariat-Amtes vom 30. December 1897.

In der Beilage theilen wir Euer Hochwürden den § 4 des Lehrerbefoldungs-Gesetzes vom 3. März cr. und die dazu ergangenen ministeriellen Ausführungs-Bestimmungen vom 20. desselben Monats zur Information mit. Das in § 4 Absatz 3 des Gesetzes erwähnte „Benehmen mit der kirchlichen Behörde“ wird voraussichtlich nächstens erfolgen. Wir beabsichtigen, hierbei unter Berücksichtigung „der mit dem kirchlichen Amte verbundenen Mühewaltung“ im Allgemeinen darauf hinzuwirken, daß das in den §§ 1 und 2 bestimmte Grundgehalt um die kirchlichen Einkünfte bis 500 Mark einschließlich voll und, soweit diese Einkünfte 500 Mark jährlich übersteigen, noch um die Hälfte des Mehrbetrages erhöht werde.

Ew. Hochwürden ersuchen wir, bei sich darbietender Gelegenheit hierzu

mitzuwirken, Sich zu den berechtigten Interessen der Lehrer als Kirchenbeamten möglichst freundlich zu stellen und, falls im Einzelnen Zweifel entstehen, uns darüber zu berichten. Speil.

Gesetz,

betreffend das Dienst-Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Vom 3. März 1897.

§ 4.

Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes¹⁾.

Bei dauernder Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes soll das Grundgehalt der Stelle entsprechend der mit dem kirchlichen Amte verbundenen Mühewaltung ein höheres sein, als in den §§ 1 und 2 bestimmt ist.

In dieses Grundgehalt sind auch die Einkünfte aus dem zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmten Schul-, Kirchen- und Stiftungs-Vermögen einschließlich der Zuschüsse aus Kirchen-Kassen und von Kirchen-Gemeinden, sowie der sonstigen Einnahmen aus dem Kirchendienst einzurechnen. Dabei findet die Vorschrift des Artikels I. § 4 Absatz 4 des Gesetzes, betreffend die Pensionirung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 6. Juli 1885 (Gesetz-Samml. S. 298) sinngemäße Anwendung.

Der Mehrbetrag (Absatz 1) darf die Gesamtsumme dieser Einkünfte und Einnahmen (Absatz 2) zuzüglich des Nutzungswerthes des den kirchlichen Interessenten gehörigen Anthells an dem Schul- und Küsterhaus oder Küstergehöft nicht übersteigen. Die Feststellung des Mehrbetrages hat nach Benehmen mit der kirchlichen Behörde zu geschehen.

Im Falle der Trennung des kirchlichen Amtes von dem Schulamte hat der Lehrer, welcher zum Bezuge des mit dem vereinigt gewesenen Amte verbundenen Dienst-Einkommens berechtigt gewesen ist, Anspruch auf die fernere Gewährung eines Dienst-Einkommens in gleichem Betrage, sofern nicht seine Anstellung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgt ist, daß und bis zu welchem Betrage er für diesen Fall eine Kürzung seines Dienst-Einkommens sich gefallen lassen müsse.

Ministerial-Erlaß

vom 20. März 1897 zur Ausführung des Lehrerbefoldungs-Gesetzes vom 3. März 1897.

5. Der § 4 des Gesetzes behandelt den Fall der dauernden (organischen) Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes. Auf Fälle, in denen ein Lehrer nur nebenamtlich eine kirchliche Stellung versieht, finden die Bestimmungen keine Anwendung.

Entsprechend der historischen Entwicklung werden die eigenen Einkünfte solcher dauernd verbundenen Aemter (§ 4 Absatz 2 des Gesetzes) als Theile des festzusetzenden einheitlichen Grundgehalts behandelt und gemäß der in den §§ 1 und 20 des Gesetzes aufgestellten allgemeinen Regel in dasselbe eingerechnet.

Dieses einheitliche Grundgehalt soll (§ 4 Absatz 1 des Gesetzes), „entsprechend der mit dem kirchlichen Amte verbundenen Mühe-

¹⁾ Vergl. hierzu die Circular-Verfügung des General-Vicariat-Amtes vom 1. Februar 1898, Nr. 1434, betreffend Feststellung des Einkommens der verschiedenen Aemter.

waltung“ höher bemessen werden, als es der Lehrer nach den örtlichen Verhältnissen beziehen würde, wenn mit seinem Lehramte nicht ein kirchliches Amt verbunden wäre. Damit aber durch die höhere Bemessung des Grundgehalts nicht die Schulunterhaltungspflichtigen zu Unrecht bedrückt werden, begrenzt das Gesetz (§ 4 Absatz 3) den Betrag, um welchen das Grundgehalt erhöht wird, auf die Vortheile, welche den Unterhaltungspflichtigen aus den den Zwecken des vereinigten Amtes gewidmeten eigenen Einnahmen der Stelle erwachsen.

Bei der Berathung des Gesetzes kam in Frage, ob nicht für die Summe, um welche das Grundgehalt der kirchlichen Mühewaltung entsprechend zu erhöhen ist, ein gewisser Mindestbetrag in dem Gesetze festzustellen sei, wobei daran erinnert wurde, daß sich in einzelnen Provinzen eine dahin gehende Praxis herausgebildet hat. Es ist hiervon abgesehen worden, weil das Maaß der Arbeit, welche dem Lehrer aus dem kirchlichen Amte erwächst, ein zu verschiedenes ist. Dagegen hat in den § 4 Absatz 3 die Bestimmung Aufnahme gefunden, daß die Feststellung des Mehrbetrages „nach Benehmen mit der kirchlichen Behörde“ zu geschehen hat.

Für die Ausführung des Gesetzes kommt aber namentlich bei § 4 die Bestimmung des § 28 Absatz 2 in Betracht, welche besagt:

„Für diejenigen Stellen, deren Gehaltsbezüge bereits den Vorschriften dieses Gesetzes (§§ 2, 4 und 6) entsprechen, sind diese Gehaltsbezüge zu leisten, ohne daß es einer Neuregelung der Besoldungsverhältnisse bedarf.“

Nach der Begründung, welche dieser auf einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses beruhenden Bestimmung gegeben worden ist, soll vorzugsweise für diejenigen vereinigten Aemter, in denen, insbesondere bei Hinzutritt der erhöhten Alterszulagen, das Gesamt-Einkommen durchaus angemessen ist, das ganze Feststellungsverfahren nach § 4 des Gesetzes erübrigt werden. Dabei bliebe es den kirchlichen Behörden überlassen, eine anderweite Festsetzung in denjenigen Fällen selbst in Anregung zu bringen, in denen sie im Gegensatz zu der Anschauung der Schulaufsichtsbehörde bei der seitherigen Einkommensregelung das kirchliche Interesse nicht ausreichend gewahrt findet. . . .

Nr. 350. Vermeidung von Collisionen der Funktionen bei vereinigten Lehrer- und Kirchenbeamtenstellen.

G. B. Nr. 194. VII. vom 4. December 1871.

Es ist mehrfach Klage erhoben worden, daß durch die den Lehrern als Organisten und Küstern obliegenden Funktionen der Schulunterricht häufig Verkürzungen erleidet. Um solchen Mißständen zu begegnen, beauftragen wir die Herren Pfarrer, die heilige Messe an Wochentagen zu einer solchen Zeit anzusetzen, daß nach deren Abhaltung die gesetzmäßigen Unterrichtsstunden Vormittags noch stattfinden können und durch die Mitwirkung der Lehrer in der Kirche keine Veranlassung zu Versäumnissen gegeben werde.

Anlangend die feierlichen Begräbnisse und Trauungen, so sind allerdings Unterbrechungen des Unterrichts in manchen Fällen nicht zu vermeiden, indeß werden auch hier die Herren Pfarrer auf die Schule Bedacht zu nehmen haben und diese Fälle durch eine entsprechende Ansetzung der betreffenden Akte möglichst zu beschränken beflissen sein, um der in gegenwärtiger Zeit

vielfach behaupteten Unvereinbarkeit der Kirchen- und Schulämter nicht unnöthig Vorschub zu leisten.

Die Herren Erzpriester wollen unsere diesfällige Anordnung überwachen und ob ihr genügt worden, im Kirchen-Visitations-Protokoll vermerken.

Nr. 351. Küsterdienst-Ordnung.

G. B. Nr. 292. IV. vom 26. Juni 1893.

Die Königlichen Bezirks-Regierungen der Provinz haben an einigen Stellen der in Nr. 271. VII. der Verordnungen publicirten Küsterordnung Anstoß genommen, weil dieselbe mißverstanden werden und zu Schwierigkeiten zwischen den staatlichen und kirchlichen Behörden führen könnten. Zur Beseitigung dieser Anstände ist zwischen Sr. Eminenz, dem Herrn Cardinal-Fürstbischof, und dem Herrn Cultusminister eine Vereinbarung bezüglich einer Abänderung der gedachten Küsterordnung, welche die Sache selbst nicht berührt, sondern nur auf die Fassung sich bezieht, getroffen worden.

Indem wir diese abgeänderte Küsterordnung in Anlage der Hochwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit zur Kenntniß bringen, bemerken wir gleichzeitig, daß Abdrücke derselben von uns gegen Einsendung von 20 Pf. pro Exemplar bezogen werden können.

Dienstordnung für die Küster in der Diöcese Breslau.

Dem Küster (Custos, Hüter und Beschützer des Heiligthums Gottes) liegen größtentheils die Verrichtungen ob, welche die Leviten des alten, die Ostiarien und Acoluthen des neuen Testaments wahrzunehmen hatten; sein Amt, zu dem später zumeist das des Lehrers und Organisten hinzugetreten, ist daher ein sehr ehrenvolles und sollen zu demselben auch nur Männer von erprobter kirchlicher Gesinnung und tadellosem Wandel erwählt werden, welche Eifer für die Ehre Gottes, Liebe zum Hause des Herrn, sowie Sinn für Ordnung und Reinlichkeit besitzen.

Hinsichts des Amtes gelten fortan nachstehende Bestimmungen:

§ 1.

Wer sich um ein Küsteramt bewirbt, hat zuvor seine Befähigung dazu durch das Seminarzeugniß nachzuweisen oder sich vor dem Erzpriester einer Prüfung zu unterwerfen, insbesondere da, wo mit der Küsterstelle der Organistendienst oder das Amt eines Kantors oder Chorrectors verbunden ist.

§ 2.

Beim Antritt seines Amtes hat der Küster vor dem Pfarrer, sowie in Gegenwart wenigstens zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes als Zeugen das katholische Glaubensbekenntniß abzulegen und, nachdem er auf die Bestimmungen der gegenwärtigen Dienstordnung hingewiesen worden, zur gewissenhaften Erfüllung aller Obliegenheiten seines Amtes sich eidlich zu verpflichten¹⁾.

¹⁾ Die Form des Eides wird dahin festgestellt:

Ich, N. N., schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß, nachdem ich zum Küster (und Organisten) bei der katholischen Kirche zum heil. N. hieselbst bestellt worden bin, ich alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen.

Er erhält vom Pfarrer ein Verzeichniß aller seiner Obhut anvertrauten Gegenstände vorgelegt, welches von ihm, nachdem er sich von der Richtigkeit desselben überzeugt hat, zu unterschreiben ist. Von diesen Gegenständen darf er weder etwas verleihen noch veräußern.

§ 3.

Der Küster ist dem Pfarrer als seinem unmittelbaren Vorgesetzten in allen zu seinem Amte gehörigen Angelegenheiten Gehorsam schuldig; die ihm von demselben etwa ertheilten Ermahnungen und Zurechtweisungen muß er willig und ohne Widerrede hinnehmen ¹⁾).

Allen Priestern soll er die gebührende Ehrerbietung erweisen. Gegen die Mitglieder der Kirchengemeinde sei er freundlich und gefällig; in amtlichen Angelegenheiten bewahre er Verschwiegenheit.

§ 4.

Der Küster muß die Schlüssel zur Kirche und Sakristei aus der Wohnung des Pfarrers holen, die Kirche und Sakristei öffnen und schließen, dabei auch jedesmal die Kirche, die Sakristei und die übrigen Räumlichkeiten absuchen. Die Schlüssel zur Kirche und Sakristei darf er ohne Erlaubniß des Pfarrers Niemandem anvertrauen.

§ 5.

Der Küster hat das Läuten zum öffentlichen Gottesdienste und bei sonstigen Gelegenheiten, insbesondere auch das tägliche Morgen-, Mittag- und Abendläuten zum Engel des Herrn nach den bestehenden Vorschriften und nach Ortsitte zu besorgen.

Wo mehrere Glocken sind und er Gehilfen zum Läuten bedarf, liegt ihm ob, darauf zu achten, daß dieses in rechter Weise geschehe, damit die Glocken nicht Schaden leiden. Hindern darf er das Läuten nicht überlassen, wenigstens nicht ohne specielle Aussicht.

§ 6.

Vor Beginn des Gottesdienstes oder einer sonstigen kirchlichen Funktion hat der Küster die nöthigen Paramente und Bücher zurechtzulegen, die Messkännchen selbst mit Wein und Wasser zu füllen, die Kerzen aufzustecken und anzuzünden, den Altar abzudecken, sowie dem funktionirenden Priester beim Anlegen der hl. Gewänder behilflich zu sein, überhaupt die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Auch ist von ihm darauf zu achten, daß das ewige Licht vor dem Tabernakel niemals verlösche. Darum soll er Morgens und, wenn nöthig, auch Abends neues Del hinzugießen, den Docht erneuern, sowie allwöchentlich die Ampel reinigen und frisches Bodenwasser in das Glas gießen.

§ 7.

Bei Ausspendung der hl. Sakramente, bei Vornahme der kirchlichen Weihen und Segnungen, bei Krankenprovisuren, Exequien u. s. w. ist er dem Priester in ehrerbietiger Weise zu assistiren verpflichtet.

§ 8.

Nach beendigtem Gottesdienste hat der Küster die gebrauchten Paramente und anderen Gegenstände am bestimmten Orte mit Sorgfalt aufzubewahren

¹⁾ Vergl. § 566 II. 11. A. L. R.

und event. zu verschließen; die Ueberreste der Kerzen sind von ihm zu sammeln und in Verwahrung zu nehmen. Das Auf- und Abzieren der Altäre ist nicht unmittelbar vor oder nach dem Gottesdienste, sondern vielmehr in solchen Abständen davon vorzunehmen, daß es die Gläubigen in ihrer Andacht nicht stört.

§ 9.

Der Küster muß in der Sakristei auf Ordnung, Sauberkeit und Ruhe halten. Alle Gegenstände sollen ihren bestimmten Platz haben; insbesondere müssen die für die Krankenprovisuren nöthigen Requisite (Burse, Agende, Laterne, Schlüssel zum Schrank der hl. Oele) an ihrem Orte bereit gehalten werden.

Der Wein und die Hostien sind in passenden, sauberen Gefäßen unter Verschuß zu halten; auch dürfen die Hostien nach kirchlicher Vorschrift von ihrer Bereitung bis zum Gebrauch nicht über einen Monat alt werden.

Das Gefäß für die Handwaschungen des Priesters muß stets mit reinem Wasser versehen sein. Die Messkönnchen und Teller sind sauber zu halten und öfters zu putzen; ebenso die Altar- und Kronleuchter, sowie die Weihwasserbehälter.

Das Taufbecken muß jährlich vor Ostern und Pfingsten zur benedictio fontis gereinigt und gescheuert, das noch darin befindliche Taufwasser ins Sakrarium gegossen werden.

§ 10.

Der Küster darf die hl. Gefäße, wie den Kelch, die Patene, das Ciborium, die Monstranz, ferner die beim hl. Messopfer bereits gebrauchten Corporalien und Purificatorien nicht mit der bloßen Hand berühren; wenn er diese Gegenstände anfassen muß, so soll er es mittels eines weißen, sauberen Tüchleins thun.

Den Tabernakel, worin das Allerheiligste aufbewahrt wird, darf er weder auf- noch zuschließen, da solches bloß dem Priester zusteht.

§ 11.

Dem Küster liegt ob, auf die Reinlichkeit der Paramente und Kirchewäsche ein sorgfältiges Augenmerk zu haben, zu der vom Pfarrer bestimmten Zeit reine Alben, Humeralien 2c. auszulegen und die Altartücher zu wechseln. Die zur Wäsche bestimmten Corporalien, Pallen und Purificatorien hat er zuvor dem Geistlichen zum ersten Durchwaschen vorzulegen. cfr. § 10.

Die an Paramenten, Wäsche und sonstigen kirchlichen Gegenständen sich zeigenden Schäden, sowie das Fehlen einzelner Stücke muß er dem Pfarrer unverzüglich anzeigen.

§ 12.

Der Küster hat dafür zu sorgen, daß wenigstens in der Woche einmal alle Gänge der Kirche, sowie der Fußboden unter den Bänken, die Sakristei und das Chor ordentlich ausgefegt werden. Hierbei ist besonders das oberflächliche Kehren zu vermeiden, wodurch nur Staub aufgewirbelt wird, der sich auf den Altären, Bildern und Seitenwänden der Kirche festsetzt und großen Schaden anrichtet.

Ebenso hat er Fürsorge zu treffen, daß allwöchentlich die Altäre, die Kanzel, die Beichtstühle, die Kirchenbänke und Chorbühnen abgestäubt werden und hierbei namentlich in der Reinigung der Gemälde, Standbilder und

Zierathen schonend und behutsam zu Werke gegangen wird. Die Fenster- und Seitenwände der Kirche sind, soweit sich mit einem Staubbesen reinigen läßt, von Zeit zu Zeit von Staub und Spinnweben zu reinigen.

Im Frühjahr und Sommer sind bei trockenem Wetter Kirche und Sakristei zu lüften, auch zu demselben Zweck die Paramente wenigstens zweimal ins Freie zu bringen.

§ 13.

Der Küster hat die Aufsicht über die Ministranten zu führen und dafür zu sorgen, daß dieselben in der Kirche und Sakristei sich eines wohl-
ständigen Betragens befleißigen, auch hat er sie die Ministratur zu lehren und dieselbe von Zeit zu Zeit mit ihnen wieder einzuüben.

§ 14.

Der Küster soll in der Regel am Orte anwesend sein, um bei eintretenden kirchlichen Amtshandlungen, namentlich Krankenprovifuren, die erforderlichen Dienste leisten zu können. Soweit, als er Dienstleistungen nicht persönlich zu verrichten vermag, muß er einen geeigneten Vertreter stellen, den er vorher dem Pfarrer bezeichnet hat und der von diesem nicht be-
anstandet worden ist.

Will er einen ganzen Tag oder länger sich vom Kirchorte entfernen, so kann dies nur mit Erlaubniß des Pfarrers geschehen. Ist der Küster zugleich Lehrer und als solcher dienstlich genöthigt, sich vom Kirchorte einen Tag und länger zu entfernen, so hat er dieses dem Pfarrer vorher anzuzeigen.

§ 15.

Ist der Küster lediglich als solcher angestellt, so ist er von Amtswegen verbunden, Aufträge und Bestellungen des Pfarrers in kirchlichen Angelegenheiten pünktlich auszurichten.

§ 16.

Auch außer Dienst muß der Küster sich der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, würdig zeigen und demgemäß verhalten; er hat eines kirchlichen Wandels sich zu befleißigen, den Gläubigen ein gutes Beispiel zu geben, sowie darauf zu achten, daß in seinem Hause christliche Sitte herrsche.

Neben seinem Amte darf er kein Geschäft betreiben, welches sich mit seiner Stellung nicht verträgt.

Die ihm zugewiesene Dienstwohnung darf er ohne ausdrückliche Genehmigung des Kirchenvorstandes und des Fürstbischöflichen General-Vicariats-Amtes auch nicht theilweise an andere Personen vermietthen.

§ 17.

Sofern dem Küster auf Grund eines besonderen Abkommens oder alt-hergebrachter Observanz noch andere Verpflichtungen obliegen, welche in den vorstehenden Paragraphen nicht erwähnt sind, so hat er auch diesen Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen.

§ 18.

Fühlt sich der Küster durch Anordnungen des Pfarrers oder durch Beschlüsse des Kirchenvorstandes in seinem Recht verletzt, so steht ihm da-
gegen die Beschwerde an den Erzpriester und gegen dessen Entscheidung

die weitere Beschwerde an die unterzeichnete Behörde zu, welche auch bei Dienstvergehen des Klüsters zur Untersuchung und Bestrafung derselben, nöthigenfalls durch Entlassung aus dem Amt, kompetent ist¹⁾.

Breslau, den 9. Mai 1893.

Fürstbischöfliches General-Vicariat-Amt.

Gleich.

Knoff.

Vorstehende Dienstordnung wird von mir genehmigt.

Breslau, den 18. Mai 1893.

Der Fürstbischof.

G. R. 1872a.

G. Card. Kopp.

Nr. 352. Versicherungspflicht kirchlicher Beamten.

G. B. Nr. 270. VI. vom 31. März 1891.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts-
und Medicinal-Angelegenheiten.

G. I. Nr. 266 G. III.

Berlin, den 5. März 1891.

Erw. Fürstlichen Gnaden theile ich ergebenst mit, daß ich aus einer Anfrage des Herrn Bischofs von Culm Veranlassung genommen habe, den Herrn Staatssekretär des Innern um eine Aeußerung darüber zu ersuchen, ob die Versicherungspflicht nach Maßgabe des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 sich auch auf die folgenden Personen, insofern deren Jahres-Einkommen 2000 Mk. nicht übersteigt, erstrecke:

1. auf die in der Bischöflichen Kanzlei als Sekretäre, Kalkulatoren, Registratoren und Registraturgehülfen, Kanzlisten, Kanzleiboten zc. beschäftigten Beamten und Bediensteten,
2. auf den Organisten, die Chorsänger und Sakristane bei der Kathedrakirche zu Pöplin,
3. auf die Organisten, Klüster und Todtengräber bei den einzelnen Kirchen der Diöcese.

Nach der mir hierauf zugegangenen Erwiderung dürften diese Personen der Versicherungspflicht nach Maßgabe des angezogenen Gesetzes unterliegen. Eine Ausnahme wird indessen auch nach Ansicht des Herrn Staatssekretärs hinsichtlich solcher Personen zu machen sein, welche entweder durch den Empfang der Weihen oder anderweit durch höhere, insbesondere wissenschaftliche Bildung über den Stand der Berufsarbeiter und der unteren Betriebsbeamten hinausgehoben und in Stellungen der bezeichneten Art nur vorübergehend, etwa zur Aushülfe, zur Ausbildung oder aus ähnlichen Gründen eingetreten sind. Denn der Versicherungszwang soll sich nach der Begründung des Gesetzentwurfs und den aus den Verhandlungen auch sonst erkennbaren Absichten des Gesetzes nur auf solche Personen erstrecken, welche ihren Lebensunterhalt berufsmäßig als Arbeiter oder untere Betriebsbeamte erwerben oder in socialer Beziehung diesen Personenklassen wenigstens annähernd gleichstehen.

Indem ich schließlich auf die von dem Reichsversicherungs-Amtc erlassene, in den Regierungs-Amtsblättern abgedruckte Anleitung, betreffend

1) Vergl. §§ 158 und 567 a. a. O.

den Kreis der nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz versicherten Personen, vom 31. October 1890 Bezug nehmen, gebe ich Ew. Fürstlichen Gnaden ergebenst anheim, die Entscheidung des Herrn Staatssekretärs des Innern den betheiligten Kreisen bekannt zu geben.

An

den Fürstbischof von Breslau Herrn Dr. Kopp
Fürstliche Gnaden
zu Breslau.

Gößler.

Nr. 353. Unterstützungs-Gesuche von Kirchenbeamten bezw. Lehrern.

G. B. Nr. 110. V. vom 15. Januar 1859.

Nicht selten gehen bei Sr. Fürstbischöflichen Gnaden oder bei uns unmittelbar Unterstützungs- und ähnliche Gesuche von Lehrern und Kirchendienern ohne Bescheinigung ihrer geistlichen Vorgesetzten ein. Da auf solche Gesuche in der Regel erst dann Beschluß gefaßt werden kann, wenn zuvor das Erforderliche über die Würdigkeit des Bittstellers, sowie über den ganzen Sachverhalt festgestellt worden ist, so haben Se. Fürstbischöfliche Gnaden, weil dadurch die diesseitigen vielfachen drückenden Geschäfte unnöthig vermehrt werden, sich veranlaßt gefunden, zu eröffnen, daß auf die ohne Bescheinigung der geistlichen Vorgesetzten eingereichten Gesuche in Zukunft keine Rücksicht genommen werden würde. Indem wir die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit hiervon in Kenntniß setzen, beauftragen wir die Herren Pfarrer und Erzpriester, ihren untergeordneten Lehrern und Kirchendienern von dieser Bestimmung Mittheilung zu machen.

Zusatz. 1. An Stelle der nach dem Reglement vom 8. August 1750 lit. I. und nach dem Güntersblumer Edict vom 14. Juli 1793 Art. I. bei jeder Kirche zu ernennenden Kirchenväter (Kirchenvorsteher) als Mitverwalter des peculium ecclesiae, über deren Einführung und Vereidigung die G. B. Nr. 2. XI. und 91. V. handeln, ist nunmehr der gesetzliche Kirchenvorstand getreten nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. Juni 1875. Wo sogenannte Kirchenväter noch vorhanden sind, verrichten dieselben beim Gottesdienste verschiedene sonst dem Küster oder Glöckner obliegende Functionen, sind aber keine Kirchenbeamte (vergl. auch Stolzgebühren-Reglement vom Jahre 1868).

2. Nach A. L. R. II. 11. § 556 werden Küster und andere dergleichen niedere Kirchenbediente der Regel nach vom Patron bestellt. Dieser muß aber den Pfarrer mit seinem Gutachten über das zu bestellende Subjekt hören, ist aber an dessen Vorschläge nicht gebunden (§ 557); doch darf dem Pfarrer kein Subjekt aufgedrungen werden, welches mit ihm in offenbarer Feindschaft lebt, oder sich gröblich wider ihn vergangen hat (§ 558).

Elfter Abschnitt. Bruderschaften und Vereine.

(Vergleiche hierzu die Abschnitte: Ablässe, Gebete und besondere Andachten und Collecten.)

Nr. 354. Errichtung von Bruderschaften und deren Anschluß an Erzbruderschaften.

G. B. Nr. 333. II. vom 15. Juni 1897.

Decretum Sacrae Congregationis Indulgentiarum. (Ex formulario ab eadem S. C. edito pag. 12.) Urbis et Orbis. „Per Decretum hujus Sac. Congregationis Indulgentiarum editum die 8. Januarii 1861, confirmata et pristinae observantiae restituta

Constitutione Clementis VIII super institutionibus vel aggregationibus Confraternitatum, inter caetera cautum fuit, ut in Formula Aggregationum quae concordare deberet saltem in substantialibus cum illa praescripta a Clemente VIII, hujus eiusdem Constitutionis saltem praecipua capita insererentur cum variationibus a Sanctitate Sua approbatis.

Nunc vero SS. D. N. Pius PP. IX, enixe postulantibus nonnullis tum Superioribus Ordinum regularium, tum Rectoribus Archiconfraternitatum, ut hujusmodi Litterae Aggregationum commodius exaratae respectivis Confraternitatibus expediantur, in Audientia habita ab Eminentissimo Card. Praefecto die 19 Octobris 1866 benigne indulsit, ut praefata capitum expositio in posterum etiam separatim a Litteris Aggregationum dari possit, ita tamen ut simul cum praefatis Litteris adnexa omnino communicetur, et in eadem Formula exprimatur. Servatis et in suo robore permanentibus reliquis omnibus, quae tam in laudata Constitutione Clementis VIII, quam in praefato Decreto praescribuntur. Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae, ex Secretaria S. C. Indulgentiarum et SS. Reliquiarum, die 19 Octobris 1866.

Ant. M. Card. PANEBIANCO, Praef.
Phil. Can. Cossa, Substitutus.

In Formulario a S. C. Indulgentiarum super Confraternitatum aggregationibus edito, praefata capitum expositio cum dictis variationibus sequentis est tenoris (pag. 17):

„1. Quod unica tantum Confraternitas ejusdem instituti et generis institui et aggregari possit in Ecclesiis tam Saecularium, quam Regularium.

2. Quod id fiat de consensu Ordinarii et cum Litteris testimonialibus ejusdem.

3. Quod Confraternitati institutae vel aggregatae expresse et in specie communicentur Privilegia et Indulgentiae Archiconfraternitati instituenti vel aggreganti nominatim concessae, non vero ea quibus per privilegium communicationis gaudet.

4. Quod Statuta Confraternitatum examinentur et approbentur ab Ordinario loci, et ab eodem corrigi possint.

5. Quod gratiae et indulgentiae Confraternitati communicatae, praevia cognitione Ordinarii dumtaxat promulgentur.

6. Quod Confraternitas eleemosynas excipiat et eroget juxta formam per Ordinarium praescribendam.

7. Quod Litterae erectionis et aggregationis gratis omnino, ac nulla prorsus mercede etiam a sponte dantibus sub praetextu quoque merae eleemosynae accepta, expediri et concedi possint; et solummodo titulo expensarum pro pergamina, scriptura vel impressionis stipendio, sigillorum expensis, chordulis, cera, Secretarii Notariiue labore vel mercede, aliisque omnibus, eam quantitatem quae non excedat summam scutorum sex monetae Romanae in Italia, et extra Italiam non excedat summam libellarum vulgo francis triginta, pro singula aggregatione vel institutione, sive confirmatione, recipere liceat.

8. Quod singula hic mandata et expressa in omnibus suis partibus fideliter observentur; secus institutiones vel aggregationes, et communicationes Privilegiorum et Indulgentiarum nullius sint roboris et momenti, et quilibet Superiorum atque Officialium privationis officiorum quae obtinent, atque inhabilitatis ad illa et alia in posterum obtinenda, poenam eo ipso incurrant, quae ab alio quam a Romano Pontifice remitti non possit.“

NOTA. — Hoc Folium in Archivio Sodalitatis diligenter asservetur.

Nr. 355. Afrika-Verein.

a) Fürstbischöfl. Erlaß vom 24. November 1888.

G. B. Nr. 251. II.

Das hochwürdigste General-Vicariat-Amt beauftrage ich hiermit, das anliegende Breve des heil. Vaters Leo XIII. sowie die ebenfalls hieneben angeschlossenen Statuten des „Afrika-Vereins“ im nächsten Verordnungsblatte zu veröffentlichen.

Der Zweck des genannten Vereins hat seine Empfehlung in sich selbst, so daß ich der ernststen Mahnung des heil. Vaters nichts beizufügen brauche.

An

das Hochwürdigste General-Vicariat-Amt
G. R. 6231.

hier selbst.

Der Fürstbischöf.

† Georg.

Dilecto Filio Nostro Carolo Martiali S. R. E. Presbytero Cardinali
Lavigerie, archiepiscopo Carthaginiensi et Algeriensi

LEO PP. XIII.

Dilecte Fili Noster salutem et Apostolicam benedictionem.

Opus tibi sane magnum et arduum, urgente Nos caritate, mandavimus: scilicet ut omnia fidenter experiri, quaecumque in tua essent potestate, velles, ad prohibendam tot miserorum in Africa servitutem. — Quod tamen ita suscepisti libens, ut facile appareret, qualem animum, ubi salus hominum agitur, quamque excelsum geras. Nunc vero ex litteris tuis intelleximus, et alacriorem te et ardentiorum ea in re quotidie fieri, ut vel summos pro eadem labores non modo non recusare, sed appetere etiam ac deprecari videaris; proptereaue non possumus, aut etiam non debemus continere Nos, quin his apud te litteris testemur, probari Nobis vehementer coeptis istos tuos, in quibus ipsis pro merito commendandis haud segnes extitisse Episcopos, et scimus et laetamur. Ceterum eum tibi optamus precamurque exitum, quem par est in caussa tam nobili bonaque consequi. — Atque initia quidem satis iubent confidere, si Deo placet, de reliquis. Consentiant enim summi Europae Principes, quod anno MDCCCLXXVIII in conventu Berolinensi sponponderant, obviam animosius eundum tam ingenti malo. — In privatis autem hominibus videmus plurimorum misericordiam litteris abs te ac sermone commotam: idque, ut epistola tua confirmat, non modo apud magnanimum genus cives tuos, sed etiam apud Belgas in alienarum solatia calamitatum et ipsos naturâ paratissimos; et apud Britannos de mancipiis Aethiopum diu multumque meritos, et apud catholicos e Germania, de quorum pietate, quemadmodum etiam de Lusitanorum, nihil est tam magnum quod non

iure expectemus. Pari autem propensione voluntatis et Italos et Hispanos fautores operis adiutoresque futuros, nullo pacto ambigimus. Si servitutis Afrorum indignissimae teterrimaeque plenior aliquanto cognitio continuo inflammavit animos, et ad quaerenda remedia fecit alacres, humanitatis simul caritatisque christianae sensibus magnopere excitatis, non inepte coniiicimus, quantur ex Europa approbationis gratiaequae haecenus impetravisti, tantumdum operae ac liberalitatis te posthac impetraturum. — Itaque non hortabimur te, neque enim hortatione indiget tam actiosa virtus, sed potius gratulabimur, quod pergas isto animo constantiaque, Deo auspice, coepta persequi. Certe nusquam episcopalem caritatem tuam utilius collocaveris, nec ulla propemodum re merueris de christiano nomine melius. Est enim cunctorum aequae hominum, non minus christiano quam naturali iure, sancita libertas: Ecclesiamque si qui criminantur aut ullo tempore fuisse servituti conniventem, aut non satis de eadem tollenda laboravisse, ii nec gratos se, nec gnaros rerum probant, cum luculente historia loquatur quid hanc ad rem viri apostolici in ipsa Africa, quid ex urbe Roma, principe catholici orbis, summi Pontifices praestiterint. Tu vero ne dubites quin rebus omnibus, quibus possumus, consilia Nos industriadque tuam simus adiuturi. Cuius voluntatis Nostrae quasi pignus habeto argenteos italicos nummos ad ter centum millia: quam tibi summam perlibentes destinamus, ut in collegia, seu comitatus abolendae Afrorum servituti institutos, opportune cures partiendam. Nihil profecto optatius esse Nobis potest, quam ferre opem hominibus tam inhumane vexatis: ipsosque ex omni gente catholicos, quorum eximia erga Nos, hoc nominatim anno, liberalitas extitit, nosse iuverit, munificentiae suae fructus huc etiam adhibitos, nimirum ad propulsandas tam immanes iniurias, tuendamque in tot fratribus nostris humanae personae dignitatem. — Macte animo, dilecte Fili Noster, spemque maximam in parente ac servatore cunctorum hominum Deo repone: cuius munerum auspicem paternaeque Nostrae benevolentiae testem tibi et clero populoque tuo universo Apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus.

Datum Romae apud Sanctum Petrum die XVII. Octobris An. MDCCCLXXXVIII, Pontificatus Nostri Undecimo. LEO PP. XIII.

Afrika-Verein deutscher Katholiken.

§ 1.

Der Verein bezweckt:

1. Die Förderung der in Artikel 6 und 9 der General-Acte der Berliner Conferenz vom 26. Februar 1885 von den Signatarmächten übernommenen Aufgaben zur Erhaltung und Hebung der Bevölkerung Afrikas durch Unterdrückung des Sklavenhandels und der Sklaverei.
2. Die Civilisation der Neger durch Befehrung zum Christenthum.

Der Verein wird seine Thätigkeit in erster Linie auf Deutsch-Ostafrika richten.

§ 2.

Zur Erreichung dieser Zwecke wird der Verein:

1. Sowohl durch die Presse wie durch Abhaltung von Versammlungen und, wenn erforderlich, durch Petitionen an die maßgebenden Stellen das

Interesse an den Zielen des Vereins in weitem Kreise Deutschlands wachzuerwecken und fruchtbar zu machen suchen;

2. durch Sammlung von Beiträgen Mittel beschaffen zur Unterstützung von Expeditionen, zur Bildung fester und gesicherter Wohnsitze für die bedrohten Neger, zur Gründung von Missionen, von Waisen-, Kranken- und Erziehungshäusern, überhaupt zur Christianisirung der Neger und Verbesserung ihrer moralischen und wirthschaftlichen Verhältnisse.

§ 3.

Der Verein, welcher seinen Sitz in Köln hat, steht unter dem Protectorate des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Köln als Ehrenpräsident.

Der Ehrenpräsident hat das Recht, allen Sitzungen des Vorstandes sowie des Verwaltungsausschusses (§§ 7 und 9) mit beschließender Stimme beizuwohnen.

§ 4.

Jedes Mitglied des Vereins zahlt mindestens 1 Mark per Jahr.

§ 5.

Zur Bildung von Zweigvereinen ist der Zusammentritt von 20 Mitgliedern erforderlich, welche einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und einen Schatzmeister zu erwählen haben. Der Vorsitzende hat den Anschluß des Zweigvereins bei dem Präsidenten des Central-Vereins anzuzeigen, und der Schatzmeister die gesammelten Beiträge dem Schatzmeister des Central-Vereins einzusenden.

§ 6.

Eine größere Anzahl von Zweigvereinen in derselben Diöcese kann unter dem Ehrenpräsidium des betreffenden Herrn Bischofs zu einem Diöcesanverein vereinigt werden, welcher direkte Beziehungen zum Centralvorstand (§ 7) unterhält.

§ 7.

An der Spitze des Gesamtvereins steht ein Centralvorstand. Derselbe besteht, außer dem Ehrenpräsidenten, aus einem Verwaltungsausschuß (§ 9) und den Vorsitzenden (bezw. deren Delegirten) der Diöcesan-Vereine.

§ 8.

Der Centralvorstand tritt mindestens einmal in jedem halben Jahre zu ordentlicher Sitzung zusammen, zu welcher sämtliche Vorstandsglieder spätestens vierzehn Tage vorher unter Angabe der Tagesordnung einzuladen sind.

Er beschließt mit einfacher Mehrheit der Anwesenden über alle Anträge auf dauernde Bewilligungen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 9.

Der Verwaltungsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden sowie dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister; die beiden Letzteren sowie einer der Vorsitzenden müssen in Köln wohnhaft sein.

Der Verwaltungsausschuß erledigt die laufenden Geschäfte und entscheidet selbstständig über Verwaltungskosten sowie über dringende Angelegenheiten.

§ 10.

Der Erzbischof von Köln als Ehrenpräsident ernennt die Mitglieder des ersten Verwaltungs-Ausschusses, welcher sich in der Folge durch Cooptation unter Zustimmung des Ehrenpräsidenten ergänzt.

§ 11.

Jährlich wird von Seiten des Verwaltungs-Ausschusses über die Thätigkeit des Vereins Bericht erstattet und vom Schatzmeister Rechnung gelegt. Der Jahresbericht ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

§ 12.

Sind nach dem Ermessen des Centralvorstandes unter Zustimmung des Ehrenpräsidenten die Zwecke des Vereins nicht ferner erfüllbar, so beschließt der Vorstand unter gleicher Zustimmung die Auflösung des Vereins und verfügt über das vorhandene Reinvermögen zu wohlthätigen Zwecken.

b) Jahrescollecte. G. B. Nr. 267. I. vom 23. December 1890.

Unten unter Abschnitt 15.

Nr. 356. Verein für Befreiung der Sklaven in Afrika. (Petrus-Claver-Verein.)

G. B. Nr. 294. II.

Leo PP. XIII. ad futuram rei memoriam. Cum, sicuti ad Nos relatum fuit in pluribus Imperii Austro-Hungarii Dioecesisibus canonice instituta societates seu pia Unio extet pro redimendis Africae manicipiis; Nos quo id sanctum et frugiferum opus maiora in dies incrementa suscipiat, de Omnipotentis Dei misericordia ac BB. Petri et Pauli Ap̄lorum eius auctoritate confisi, omnibus et singulis utriusque sexus fidelibus, qui cuique ex piis huiusmodi Unionibus intra Austro-Hungarici Imperii fines actu existentibus nomen dederint, vel etiam pio operi redemptionis mancipiorum, vel precibus, vel stipe, vel alio quolibet modo emolumentum attulerint, si vere poenitentes et confessi ac S. Communione refecti, die festo S. Petri Claver, nempe nona Septembris mensis die, propriam cuiusque Ecclesiam Parochialem, vel aliud publicum templum aut Sacellum, a primis vesperis usque ad occasum solis diei huiusmodi singulis annis devote visitaverint, ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, peccatorum conversione, ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, Plenariam omnium peccatorum suorum indulgentiam et remissionem, quam etiam animabus Christifidelium in Purgatorio detentis per modum suffragii applicare possint, misericorditer in Domino concedimus. Praesentibus ad Septennium tantum valituris. Volumus autem ut praesentium litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicuius Notarii publici subscriptis et sigillo personae in Ecclesiastica dignitate constitutae munitis eadem prorsus habeatur fides, quae habeatur ipsis praesentibus si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud Sanctum Petrum sub annulo Piscatoris die XXVI. Septembris MDCCCXCIII, Pontificatus Nostri Anno Decimo sexto.

Pro Domino Card. Serafini
Nicolaus Marini, Sub.

(L. S.) Concordat Originali.

Salisburgi, 15. Octobris 1893. — † Joannes, Archiepiscopus.

Nr. 357. Deutscher Verein vom heiligen Lande.

Der Palästinaverein der katholischen Deutschlands und der Verein vom heiligen Grabe sind zu einem Vereine unter dem Namen „Deutscher Verein vom heiligen Lande“ zusammengetreten, und dieser hat durch Allerhöchsten Erlaß vom 11. März 1895 die Rechte einer juristischen Person erlangt.

a) Abfaß-Vergünstigung.

G. B. Nr. 317. I. vom 15. Februar 1896.

Leo PP. XIII. ad futuram rei memoriam. Dilectus filius Noster Philippus S. R. E. Presbyter Cardinalis Kremenz ex dispensatione Aplica Archiepiscopus Coloniensis retulit ad Nos Societates a Sancto Sepulchro et Catholicorum Germanorum de Palaestina nuncupatas nuper in unam coaluisse „Societatem Germanicam de Terra Sancta“ appellatam; novaeque ipsius Congregationis Sociis in votis admodum esse, ut et veteres indulgentias quibus illae Societates fruebantur, confirmare et novas addere de benignitate Aplica velimus. Nos quo frugifera huiusmodi Societas maiora in dies incrementa suscipiat et propositum sibi finem facilius consequi valeat, de Omnipotentis Dei misericordia ac BB. Petri et Pauli Apostolorum Eius auctoritate confisi, omnibus et singulis fidelibus, qui dictam Germanicam de Terra Sancta Societatem in Coloniensi Dioecesi institutam in posterum ingredientur, die primo eorum ingressus, si vere poenitentes et confessi SS^mum Eucharistiae Sacramentum sumpserint, Plenariam; ac tam inscriptis quam pro tempore inscribendis praedicta in Societate fidelibus, in cuiuslibet eorum mortis articulo, si vere quoque poenitentes et confessi ac S. Communionem refectioni, vel, quatenus id facere nequiverint, saltem contriti nomen Jesu, ore, si potuerint, sin minus corde devote invocaverint, etiam Plenariam; denique iisdem nunc et pro tempore existentibus in praedicta Congregatione Sociis, qui vere poenitentes et confessi ac S. Communionem refectioni diebus festis Inventionis et Exaltationis SS^{mae} Crucis, Epiphaniae Domini Nostri Jesu Christi, Immaculatae Conceptionis Deiparae Virginis, S. Helenae Imperatricis, ac die vigesimotertio mensis Iulii propriam cuiusque parochialem ecclesiam, a primis vesperis ad occasum solis dierum huiusmodi, singulis annis devote visitaverint ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, peccatorum conversione ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, quo ex iis die id egerint, Plenariam similiter omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem misericorditer in Dno elargimur. Eisdem vero sociis, corde saltem contritis, quo die vel Angelicam salutationem vel orationem a Nobis probatam iam inde a die VI. Octobris anno MDCCCLXXXII pro recuperanda Terra Sancta recitaverint, centum dies de iniunctis eis seu alias quomodolibet debitis poenitentiis in forma Ecclesiae consueta relaxamus. Quas omnes et singulas indulgentias, peccatorum remissiones ac poenitentiarum relaxationes etiam animabus Christifidelium quae Deo in charitate coniunctae ab hac luce migraverint, per modum suffragii applicari posse in Dno pariter concedimus. Praesentibus ad Decennium tantum valituris. Datum Romae apud S. Petrum sub amulo

Piscatoris die XX. Decembris Anni MDCCCXCV, Pontificatus
Nostri Anno Decimo octavo. Pro Domino Card. de Ruggiero
Nicolaus Marini, Sub.

b) Jahrescollecte am Charfreitag und Char Samstag.
G. B. Nr. 330. III. Unten unter Abschnitt 15.

Nr. 358. Bonifatius-Verein.

a) Jahrescollecte. G. B. Nr. 63. V. vom 2. December 1854. Unten unter Abschnitt 15.

b) Bonifatius-Stiftung des Bisthums Breslau.

Fürstbischöflicher Erlaß vom 4. März 1871. G. B. Nr. 191. VII.

Ich will auf Ihren Bericht vom 31. v. Mts. die von dem Erzprieester Lic. Welz zu Striegau, dem Domcapitular Pejske, dem Professor der Rechte Dr. Gizler und dem Alumnats-Rector Lic. Storch zu Breslau nach Inhalt des nebst der nachträglichen Erklärung der Stifter vom 16. September 1870 zurückfolgenden Statuts vom 1. Juli 1870 unter dem Namen „Bonifatius-Stiftung des Bisthums Breslau“ gegründete milde Stiftung, welche die Katholiken in den gemischten Gegenden Deutschlands und der Schweiz, namentlich der Diöcese Breslau, in Beziehung auf Seelsorge und Schule werththätig unterstützen soll, hierdurch landesherrlich genehmigen, auch dieser Stiftung die Rechte einer juristischen Person beilegen.

H. D. Versailles, den 6. Januar 1871.

(gez.) **Wilhelm.**

An (gez.) v. Mühler. Graf z. Eulenburg. Leonhardt.
den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten, den
Minister des Innern und den Justiz-Minister.

Mit dem Original gleichlautend.

Berlin, den 25. Januar 1871.

(L. S.)

(gez.) Rasch, Kanzlei-Rath.

Vorstehende Abschrift erhält Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt mit dem Anheimplacen des Abdruckes in den Verordnungen und mit dem Bemerken, daß die erhofften leztwilligen und sonstigen Zuwendungen an die wichtige Stiftung, welche aus den Spenden der Mitglieder des Bonifatius-Vereins gebildet ist, künftig auch der Kosten- und Stempel-Freiheit sich erfreuen werden.

An Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt hieselbst. Fürstbischof + Heinrich.

c) Privilegia pro sacerdotibus.

G. B. Nr. 379. I. vom 1. April 1901.

Leo PP. XIII. ad perpetuam rei memoriam. Dilectus Filius Noster Georgius S. R. E. Presbyter Cardinalis Kopp retulit ad Nos in votis sibi admodum esse ut sacerdotibus in piam associationem a Sancto Bonifacio rite adlectis facultatem de Nostra benignitate faciamus quam Antistites Germaniae Fuldæ coadunati flagitarunt, nempe altaris personalis privilegium et veniam tribuendi aegrotis in mortis articulo constitutis benedictionem cum plenaria indulgentia admissorum omnium; nec non benedicendi cruces, crucifixos, coronasque precatorias, et parvas Sanctorum statuas et nonnulla scapularia benedicendi ac fidelibus consueto ritu imponendi. Nos autem ut tam frugifera societas uberiora

capiat in Domino incrementa, de Omnipotentis Dei misericordia ac B. B. Petri et Pauli Apostolorum ejus auctoritate confisi, per praesentes concedimus ut omnes et singuli sacerdotes nunc et in posterum dictam in associationem S. Bonifacii legitime adlecti, quandocumque pro anima cujuscumque christifidelis in purgatorio detenta ad quodlibet altare missam celebraverint, missae sacrificium hujusmodi ter tantum qualibet hebdomada animae pro qua celebratum fuerit perinde suffragetur ac si ad altare privilegiatum fuisset peractum. Praeterea concedimus ut quoties aliquem ex utroque sexu christifidelem in mortis articulo constitutum esse contigerit, si vere poenitens et confessus ac S. Communionis refectus vel quatenus id facere nequiverit saltem contritus nomen Jesu ore si potuerit, sin minus corde devote invocaverit et mortem tamquam peccati stipendium de manu Domini patienti animo susceperit, toties per quemcumque e presbyteris nunc et pro tempore existentibus in ipsa associatione benedictionem Apostolicam Nostro et Romani Pontificis pro tempore existentis nomine cum plenaria omnium peccatorum suorum indulgentia et remissione recipere servatis servandis queant: veniam insuper facimus ut omnes et singuli presbyteri nunc et pro tempore pariter in dicta S. Bonifacii societate inscripti extra urbem de loci respectivi Ordinarii consensu cruces, crucifixos, sacra numismata, coronas precatorias et parvas Domini Nostri Jesu Christi, B. Mariae Virg. omniumque Sanctorum metallicas statuas cum indulgentiarum applicatione, quae in elencho edito typis S. Congregationis de Propaganda fide die XXIII. Februarii MDCCCLXXVIII numerantur, et quoad coronas precatorias non excepta indulgentiarum applicatione S. Birgittae nuncupatarum in forma ecclesiae solita tempore missionum dumtaxat atque spiritualium exercitiorum publice, aliis vero temporibus privatim benedicere possint. Tandem largimur ut ipsi presbyteri dictae associationis socii dummodo consensus accedat Moderatorum Ordinum Religiosorum, ad quos similis facultas spectat, benedicere et imponere fidelibus queant scapularia SSmae Trinitatis, B. Mariae Virginis a Monte Carmelo, Septem Dolorum, Immaculatae Conceptionis, dummodo tamen ipsa scapularia confecta sint ad normam a S. Sede probatam et quod ad ipsorum benedictionem et impositionem ea omnia servantur quae ab ecclesiae legibus servanda praescribuntur. Non obstantibus Nostra et Cancellariae Apostolicae regula de non concedendis indulgentiis ad instar aliisque Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis ceterisque contrariis quibuscumque. Praesentibus perpetuo valituris. Volumus autem ut praesentium litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis et manu alicujus Notarii publici subscriptis et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae praemunitis eadem prorsus adhibeatur fides quae adhiberetur ipsis praesentibus, si forent exhibitae vel ostensae. Datum Romae apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die XV. Martii MDCCCCL, Pontificatus Nostri Anno vigesimo quarto.

Pro Domino Card. Macchi

Nicolaus Marini, Sub.

(L. S.)

Nr. 359. Verein vom hl. Carl Borromäus.

a) Empfehlung. G. B. Nr. 21. II. vom 18. November 1850.

Es ist der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit gewiß schon anderweitig bekannt geworden, daß seit dem Jahre 1846 in Bonn ein Verein des hl. Carl Borromäus zur Verbreitung guter katholischer Schriften besteht. Nach Angabe des Central-Verwaltungs-Ausschusses zählt der Verein schon 266 Hilfsvereine und 12350 Mitglieder. Um die Verbreitung dieses Vereines auch in unserer Diöcese zu erzielen, hat sich der genannte Central-Verwaltungs-Ausschuß an Se. Eminenz, unsern Hochwürdigsten Herrn Ordinarius, mit der Bitte gewendet, den Verein in der Diöcese zu empfehlen und die zum Zweck des Beitritts, resp. zum Zweck der Gründung eines Hilfsvereines mitüber sandten Schreiben unter den Herren Diöcesangeistlichen verbreiten zu lassen. Wenn uns nun das diesfällige Gesuch zur Berücksichtigung übermacht worden ist, so machen wir hiermit auf den in Rede stehenden Verein und seinen löblichen Zweck aufmerksam und schließen zugleich die uns mitgetheilten Schreiben und deren Beilagen, soweit sie zureichen, behufs der Betheiligung bei.

b) Volksbibliotheken. G. B. Nr. 131. I. vom 9. Juli 1861.

Der von uns in Nr. 21. II. dieser Verordnungen empfohlene Carl Borromäus-Verein vertheilt außer Ablassung gegen einen niedrigeren Ladenpreis auch an die einzelnen Vereine noch gratis Bücher, welche von dem Vereinsvorstande ausgewählt werden. Wir sind nun aufmerksam gemacht worden, daß in nicht wenigen Gemeinden aus diesen Gratis-Gaben Volksbibliotheken gebildet worden seien.

Um diese Bibliotheken, wo sie bestehen, zu erhalten und darauf zu sehen, daß sie nicht in das Privat-Eigenthum des Vorstands-Mitgliedes oder dessen, der die Vertheilung der Bücher übernommen hat, übergehen, beauftragen wir die resp. Herren Erzpriester, bei den Kirchen-Visitationen auf solche Bibliotheken zu achten und für deren Bewahrung zum allgemeinen Besten zu sorgen, sowie, wie dies geschehen, im Visitations-Protokolle zu bemerken.

Nr. 360. Cäcilien-Verein.

G. B. Nr. 193. III. vom 8. September 1871.

Um die lobwürdigen Bestrebungen des bekanntlich auch in unserer Diöcese bestehenden deutschen Cäcilien-Vereines zur Hebung der Kirchenmusik zu ermuntern und zu fördern, hat der hl. Vater sich bewogen gefunden, das nachstehende Breve zu erlassen.

(Uebersetzung).

Pius IX., Papst. Zu ewigem Gedächtniß.

Mächtig werden die Gemüther ergriffen und zur Andacht erregt durch die hl. Gefänge, welche den feierlichen Gottesdienst der Kirche begleiten, vorausgesetzt, daß dieselben in solchem Geiste erdacht und mit solcher Sorgfalt ausgeführt sind, daß sie der Heiligkeit des Hauses Gottes und der Majestät des Ritus entsprechen. In dieser überaus edlen Kunst haben nicht Wenige hohes Lob durch ihre Compositionen sich errungen, welche, angemessen der erhabenen Pracht des Gotteshauses und der ersten Würde der Ceremonieen, in dem Grade, als sie von den weltlichen und weltlichen

Sangweisen des Theaters sich ferne hielten, auch die Gemüther von dem Reize der irdischen Dinge abziehen und zur Beachtung und Betrachtung der himmlischen Güter begeistern. Nun aber hat sich, was nicht genug bedauert werden kann, unter Beiseitzung dieser trefflichen Meister der hl. Musik, in die meisten Kirchen, sowohl hier zu Lande als auch auswärts, eine Musikgattung eingedrängt, welche durchaus nur für das Spiel der Bühne geeignet, und deswegen mit Recht durch die kanonischen Satzungen, und von unsern Vorfahren ebenso wie von uns selbst mißbilligt und verboten ist. In tiefer Erwägung dessen haben die ehrwürdigen Oberhirten mehrerer Diöcesen deutscher Zunge es für heilsam und erspriesslich erachtet, fromme Vereine, St. Cäcilien-Vereine genannt, in ihren Diöcesen einzuführen, deren Hauptaufgabe darin besteht, den Kirchengesang wieder nach wahren, kirchlichen Normen einzurichten. Diese Vereine haben sich die Congregation, welche unter dem Namen der hl. Cäcilia in dieser erhabenen Stadt besteht, zum Vorbilde genommen, und für ihr Wirken und ihre Einrichtung folgende Gesetze sich angeeignet:

„Allgemeine Statuten des St. Cäcilien-Vereines zur Förderung der Kirchenmusik in allen Ländern deutscher Zunge. I. Der Verein erfreut sich des Protectorates Sr. Eminenz des Cardinals, welchen der hl. Vater gnädigst ernennt, und der Aufsicht des Ordinarius derjenigen Diöcesen, in welchen sich Vereinsmitglieder befinden. Die Vereins-Angelegenheiten leitet ein Generalpräses, dem die Präsidcs der einzelnen Diöcesen zur Seite stehen. Der Generalpräses wird gemäß eines speciellen Wahl-Statuts und mit vorhergehender Zustimmung Sr. Eminenz des Cardinal-Protectors bestellt. Ferner wählen die Mitglieder acht Männer von erprobten Kenntnissen in der Tonkunst, welche die Compositionen, die der Aufführung in den Tempeln des Herrn würdig sind, prüfen; ihre Zahl kann bis zwanzig vermehrt werden.

II. Damit der Zweck des Vereines, die liturgische und kirchliche Musik nach dem Geiste der Kirche und den genauest einzuhaltenen kirchlichen Gesetzen zu fördern, erreicht werde, wird sich der Verein angelegen sein lassen: daß 1) der Gregorianische Gesang oder Choral überall gepflegt, und der figurirte, polyphone Gesang, soweit er den kirchlichen Gesetzen entspricht, verbreitet werde, mögen nun die Compositionen der älteren oder neueren Zeit angehören; 2) die hl. Gesänge, welche das Volk bei gewissen Andachten zu singen pflegt, werden soweit geduldet, als es die kanonischen Gesetze gestatten; 3) die kirchlichen Gesetze in Betreff des Gebrauchs der Orgel und der übrigen zulässigen Instrumente werden genau beobachtet werden; 4) wofern in gewissen Kirchen, besonders den kleineren und Landkirchen, nicht sogleich diese Bestimmungen durchgeführt werden können, ist wenigstens dahin kräftigst zu wirken, daß die liturgische Musik allmählich auf einen besseren Stand zurückgeführt werde.

III. Der Generalpräses wird Sr. Eminenz dem Cardinalprotector jährlich Bericht erstatten über das Wirken und die Fortschritte des Vereines, und in ähnlicher Weise die Diöcesan-Präsidcs dem hochwürdigsten Ordinarius.“

Da nun die oben erwähnten Oberhirten kürzlich in unserer Stadt zum allgemeinen Vaticanischen Concil zusammengekommen waren, haben sie uns dringend gebeten, Wir möchten obige Statuten durch Unsere apostolische Machtvollkommenheit bestätigen. Dieser Bitte bereitwilligst entsprechend

haben Wir den Gegenstand mit Unsern ehrwürdigen Brüdern, den Cardinälen der hl. römischen Kirche, welche der Congregation der Riten zugetheilt sind, reiflich erwogen und gemäß dem Rathe dieser Unserer ehrw. Brüder die oben erwähnten Statuten hervorragenden Männern, Mitgliedern der in Unserer Stadt eingesetzten sogenannten Commission für den Gregorianischen Gesang, zur Prüfung und Erwägung übergeben. Nachdem Wir sodann das Urtheil der genannten Männer entgegengenommen haben, und auf den Rath Unserer obengenannten ehrwürdigen Brüder, heißen Wir gut und bestätigen Wir kraft Unserer apostolischen Auctorität mit dieser Urkunde die Gesetze oder Statuten, von denen oben die Rede war, und die in diesem Unseren Schreiben wörtlich angeführt sind, und verleihen ihnen für ewige Zeiten alle Rechtsfolgen Unserer Gutheißung und Bestätigung; überdies bestimmen Wir: es solle unser vorliegendes Schreiben zu Recht beständig, kräftig und wirksam sein und bleiben; es solle demselben ohne Beschränkung und Verkürzung Achtung und Folge geleistet werden; es solle allen denjenigen, zu deren Gunsten es erlassen ist, jetzt und in Zukunft in seiner ganzen Ausdehnung zu Gute kommen; es solle hierüber von allen Richtern, den ordentlichen sowohl als den außerordentlichen, auch von Auditoren des apostolischen Palastes in diesem Sinne geurtheilt und entschieden werden, und es soll Alles unwirksam und nichtig sein, was etwa von wem immer, aus welcher Machtvollkommenheit es auch sein möge, gleichviel ob mit oder ohne Wissen hiergegen vorgenommen werden wollte. Dieser Unserer Bestimmung soll weder irgend welches apostolische Gesetz oder Gebot, noch sonst Anderes, das ihr etwa entgegensteht, Abbruch thun.

Wir wollen aber, daß den Abschriften, sowie den Abdrücken des vorliegenden Schreibens, welche von einem öffentlichen Notar unterzeichnet und mit dem Siegel eines kirchlichen Dignitars versehen sind, dieselbe Glaubwürdigkeit zukomme, welche dem vorliegenden Schreiben zukäme, wenn es eingereicht oder vorgezeigt würde.

Gegeben zu Rom bei St. Peter mit dem Siegel des Fischerringes den 16. December 1870.

(L. S.)

Für den H. Cardinal Paracciani Clarelli
der Substitut Felix Profili.

Nr. 361. Canisius-Verein.

G. B. Nr. 231. II. vom 16. August 1884.

Indem wir nachstehend den Aufruf des Canisius-Vereins vom 1. November v. J., sowie das Kindergebet, für dessen Recitation der hl. Vater durch Decret der Congregation der Ablässe vom 15. December v. J. einen Ablass von 100 Tagen verliehen hat, mittheilen, hoffen wir, daß die Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit sich die Verbreitung dieses Gebetes werde angelegen sein lassen, und bemerken zugleich, daß in der Herder'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg Bildchen des seligen Petrus Canisius mit beigebedrucktem Kindergebeten erschienen sind, die zum Preise von 1 Mk. 50 Pf. pro 100 und 1½ Pf. pro Stück durch jede Buchhandlung bezogen werden können.

Aufruf an die deutschen Katholiken.

„Durch die schwierige Zeitlage werden wir Tag für Tag mehr gemahnt und fast gedrängt, um so eifriger für den Schutz und die Unversehrtheit der Kirche zu sorgen, je schwerere Uebel auf ihr lasten. Zu diesem Zweck

empfehlte sich nichts mehr, als daß wir in inniger Frömmigkeit die Unterstützung der großen Gottesmutter, der Jungfrau Maria, anrufen, auf daß sie den durch so viele Mühen und Gefahren zur Einigkeit strebenden Menschen ihren Schutz und Schirm zuwende.“

Dies sind die Worte, mit denen unser glorreich regierender hl. Vater Papst Leo XIII. alle Kinder der katholischen Kirche vor Kurzem zum Gebete, und speciell zum Rosenkranzgebet, aufrief.

Ueberall sind die Katholiken der liebevollen dringenden Einladung des gemeinsamen Vaters der Christenheit gefolgt. Und auch die Katholiken Deutschlands haben sich in allen Gemeinden, in den Städten und auf dem Lande, eifrig in den Gotteshäusern versammelt, um in der allgemeinen Noth zur allerheiligsten Jungfrau ihre Zuflucht zu nehmen, sowie auch namentlich zu beten für die Erleuchtung derjenigen, welche, vom Irrthum geblendet, vor der Wahrheit bisher ihre Augen verschlossen. Vielsach ist im Verlauf der letzten Woche der Wunsch ausgesprochen worden, es möge die besondere Anrufung der Gottesmutter, zu der der hl. Vater anregte, mit dem Beschluß des Monats October nicht aufhören, sondern dem Gebete, welches wir auf Anregung des obersten Hirten der Kirche begonnen haben, soviel als möglich Dauer verliehen werden.

Die Anliegen, um derenwillen uns der gemeinsame Vater in Rom zur Anrufung Mariens auffordert, dauern fort. „Das schwerste Unheil liegt“, wie der hl. Vater in den betreffenden Encycliken sagt, „darin, daß so viele mit dem kostbaren Blute Christi erkaufte Seelen, wie vom Strudel eines von Gott abgewendeten Jahrhunderts erfaßt, jählings in den Abgrund getrieben und dem ewigen Verderben preisgegeben werden.“

Wo immer es sich nun um bedeutsame Erfolge handelt, da pflegt man auch jene Mächte zur Mitwirkung heranzuziehen, welche besonderen Erfolg versprechen. Und dies ist, so oft vom Beten die Rede ist, ohne Zweifel besonders vom Gebete der Kinder der Fall. Das Gebet unschuldiger Kinder besitzt eine ganz eigenthümliche Macht. Zudem werden sich die Kinder selbst stets recht lebhaft bewußt werden, was für ein Glück sie selbst im römisch-katholischen Glauben besitzen, wenn sie täglich für die Bekehrung der Irrgläubigen beten, welche von diesem hl. Glauben getrennt sind.

Was könnten wir also in diesen Tagen Besseres thun, als daß wir das große wichtige Anliegen unserer Herzen unseren unschuldigen Kindern anvertrauen? Die Kinder mögen sich vereinigen, um mit ihren Bitten vom Himmel jene Gnaden zu erhalten, welche an das Gebet geknüpft sind.

Von diesem Glauben geleitet, wenden sich nun die Unterzeichneten, nachdem für das nachfolgende Gebet die kirchliche Approbation erwirkt ist, an die deutschen Katholiken, sowie insbesondere an alle katholischen Väter und Mütter mit der Bitte, dahin zu wirken, daß das Gebet tagtäglich von den Kindern verrichtet werde.

Mainz, 1. November 1883.

(Unterschriften.)

Gebet.

Liebreichster Jesu! ich danke Dir, daß Du mir den wahren Glauben geschenkt hast; gieb, daß ich ihn niemals verliere; und führe Alle zurück zu unserer hl. Kirche.

Liebe Mutter Gottes, bitte für unser Vaterland! Heilige Schutzengel, helfet uns! Seliger Petrus Canisius, bitte für uns!
Gegrüßet seist Du, Maria u. s. w.

Nr. 362. Eucharistischer Verein.

Ö. B. Nr. 341. I. vom 15. Februar 1898.

S. Paschalis Baylon coetuum societatumque eucharisticorum patronus constituitur.

Leo PP. XIII. Ad perpetuam rei memoriam. Providentissimus Deus fortiter suaviterque disponens omnia, singulari quadam cura Ecclesiae suae ita prospexit, ut quum inclinatae maxime res viderentur, ex ipsa temporum acerbitate insperata eidem solatia suscitaret. Id, quum saepe alias, tum potissimum videre licet his rei christianae ac civilis temporibus. Quum enim communis tranquillitatis osores, insolentius se in dies efferentes quotidiano impetu eoque validissimo adnitantur Christi fidem omnemque paene societatem evertere, placuit divinae bonitati his rerum fluctibus praeclara studia pietatis obiiicere. Quod quidem plane declarant et sanctissimi Cordis Iesu longe lateque propagata religio, et excitatus ardor ubique terrarum provehendi cultus Marialis, et inclyti eiusdem Deiparae Sponsi adaucti honores, et catholicorum coetus in vario rerum genere ad omnemque fidei defensionem parati. aliaque complura, promovendo divino honori et mutuae caritati fovendae, sive amplificata, sive primum invecta. Quae quidem omnia etsi animum Nostrum suavissime afficiant, nihilominus divinorum munerum summam hanc esse putamus, auctam in populis in Eucharistiae sacramentum religionem post habitos in eam rem coetus per haec tempora celeberrimos. Nihil enim efficacius videtur Nobis, quod alias significavimus, catholicorum animis excitandis tum ad fidem strenue profitendam, tum ad virtutes christiano nomine dignas exercendas, quam ut alantur et acuantur studia populi in admirabile illud amoris pignus, quod pacis vinculum est atque unitatis. Quum igitur tanta res maximae Nobis curae sit, quemadmodum coetus eucharisticos saepe laudavimus, ita nunc uberiorum spe fructuum permoti, faciendum ducimus ut iis patronus coelestis assignetur ex sanctis coelitibus, qui in augustissimum Corporis Christi sacramentum vehementiore affectu flagrant. Inter eos vero, quorum ardor pietatis in praecelsum hoc fidei mysterium efferbuisse magis visus est, locum obtinet dignissimum Paschalis Baylon.

Qui animum sortitus rerum coelestium apprimè studiosum, postquam adolescentiam in custodia gregis transegit innocentissime, severior vitae institutum amplexus in Ordine Minorum strictioris observantiae, eam ex contemplatione divini convivii meruit haurire scientiam, ut rudis ac litterarum expers potuerit et de rebus fidei difficillimis respondere et pios etiam libros conscribere. Idem Eucharistiae veritatem publice palamque professus inter haereticos multa et gravia perpressus est, ac Tharsicii martyris aemulus, ad necem quoque crebro petitus. Eum denique pietatis affectum defunctus etiam retinere visus est: quippe iacens in feretro ad duplicem sacrarum specierum elevationem, bis oculos dicitur reserasse.

Igitur apparet, coetus catholicorum, de quibus loquimur, nullius in tutela melius esse posse. Propterea qua ratione Thomae Aquinati cupidam litterarum iuventutem; Vincentio a Paulo consociationes caritatis causa initas; Camillo de Lellis et Ioanni de Deo aegrotos et quotquot aegrotis adiuvandis dant operam, opportune commendavimus, ita quod bonum faustumque sit et rei christianae benevertat, suprema auctoritate Nostra, praesentium vi sanctum Paschalem Baylon peculiarem coetuum eucharisticorum, item societatum omnium a sanctissima Eucharistia, sive quae hactenus institutae, sive quae in posterum futurae sunt, Patronum coelestem declaramus et constituimus. Atque ab eiusdem Sancti exemplis patrociniisque hunc fructum fidenter petimus, ut e populo christiano quotidie plures animum, consilia, amorem ad Iesum Christum servatorem referant, omnis salutis summum augustissimumque principium. Praesentibus perpetuis futuris temporibus valituris. Non obstantibus in contrarium facientibus quibuscumque. Volumus autem, ut praesentium litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis, manu alicuius Notarii publici subscriptis, et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae adhiberetur ipsis praesentibus, si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die XXVIII. Novembris MDCCCXCVII, Pontificatus Nostri Anno Vicesimo.

A. Card. Macchi.

Nr. 363. Verein der Christlichen Familien zu Ehren der hl. Familie von Nazareth¹⁾.

a) Litterae Apostolicae de institutione consociationis S. Familiae.

G. B. Nr. 284. I.

Leo Papa XIII. ad perpetuam rei memoriam. Neminem fugit rei privatae et publicae faustitatem a domestica potissimum institutione pendere. Quo enim altiores domi egerit radices virtus, quo solertius parentum voce et exemplo fuerint puerorum animi ad religionis praecepta informati, eo uberiores in rem communem fructus redundabunt. Quapropter summopere interest ut domestica societas non solum sancte sit constituta, sed sanctis etiam regatur legibus; in eaque religionis spiritus et christianae vitae ratio diligenter constanterque foveatur. Hinc profecto est quod misericors Deus cum humanae reparationis opus, quod diu saecula expectabant, perficere decrevisset, ita eiusdem operis rationem ordinemque disposuit, ut prima ipsa eiusdem initia augustam mundo exhiberent speciem Familiae divinitus constitutae, in qua omnes homines absolutissimum domesticae societatis, omnisque virtutis ac sanctitatis intuerentur exemplar. Talis quidem Familia extitit Nazarethana illa, in qua, antequam gentibus universis pleno lumine emicuisset, Sol iustitiae erat absconditus: nimirum Christus Deus Servator Noster cum Virgine Matre et Ioseph viro sanctissimo, qui erga

¹⁾ Organ dieses Vereins in der Diöcese Breslau ist das „Sonntagsblatt der Diöcese Breslau“. Fürstbischöflicher Erlaß vom 20. December 1894.

Iesum paterno fungebatur munere. Minime dubium est quin ex iis laudibus, quae in societate et consuetudine domestica ex mutuis caritatis officiis, ex sanctitate morum, ex pietatis exercitatione proficiscuntur, maxima quaeque enituerit in sacra illa Familia, quae siquidem earum futura erat ceteris documento. Ac propterea benigno providentiae consilio sic illa constitit; ut singuli christiani qualicumque conditione vel loco, si ad eam animum advertant, facile possint cuiuscumque virtutis exercendae habere causam et invitantum. Habent revera patresfamilias in Ioseph vigilantiae providentiaeque paternae praeclarissimam normam: habent matres in sanctissima Virgine Deipara amoris, verecundiae, submissionis animi perfectaeque fidei insigne specimen: filii vero familias in Iesu, qui erat subditus illis, habent divinum obedientiae exemplar quod admirentur, colant, imitentur. Qui nobiles nati sunt, discent a Familia regii sanguinis quomodo et in edita fortuna se temperent, et in afflicta retineant dignitatem: qui dites, noscent ab ea quantum sint virtutibus posthabendae divitiae. Operarii autem et ii omnes, qui, nostris praesertim temporibus, familiarum rerum angustiis ac tenuiore conditione tam acriter irritantur, si ad sanctissimos illius domesticae societatis consortes respectent, non deerit eis causa cur loco, qui sibi obtigit, delectentur potius quam doleant. Communes enim cum sacra Familia sunt illis labores; communes curae de vita quotidiana: debuit et Ioseph de mercede sua vitae rationibus consulere; imo ipsae divinae manus se fabrilibus exercuerunt. Nec mirum sane est si sapientissimi homines divitiis affluentes, eas abicere voluerint, sociamque cum Iesu, Maria et Ioseph sibi eligere paupertatem. Quibus e rebus iure meritoque apud catholicos sacrae Familiae cultus mature inventus, maius in dies singulos incrementum capit. Id quidem probant tum christianorum sodalitates sub invocatione Sacrae Familiae institutae, tum singulares honores ei reddit, tum potissimum a decessoribus Nostris ad excitandum erga eam pietatis studium impertita privilegia et gratiae. Huiusmodi cultus magno in honore habitus est iam inde a saeculo decimo septimo, lateque per Italiam, Galliam et Belgium propagatus, totam fere Europam, pervasit: deinde praeteregressus vastos Oceani tractus, in America per Canadensem regionem, cura praesertim atque opera Venerabilis Servi Dei Francisci de Montmorency-Laval primi Quebecensis Episcopi, et Venerabilis Servae Dei Margaritae Bourgeois, sese extendit, faustisque effloruit auspiciis. Postremis hisce temporibus dilectus filius Franciscus Philippus Francoz Societatis Iesu piam Consociationem a Sacra Familia Lugduni fundavit, quae fructus laetos atque uberes, Deo iuvante, de se pollicetur. Consociationi tam auspicio conditae illud est salutare propositum: nimirum familias christianas arctiori pietatis nexu Sacrae Familiae devincire, vel potius omnino devovere, eo etiam consilio, uti scilicet Iesus, Maria et Ioseph familias sibi deditas tamquam rem propriam tueantur et foveant. Qui sociorum in numerum sunt adsciti, debent ex instituto cum iis qui domi commorantur, in unum convenire, coram imagine Sacrae Familiae decreta pietatis officia praestare:

providere, ea opitulante, ut inter se colligatis fide mentibus, caritate voluntatibus in amore Dei atque hominum, vitam ad propositum exigant exemplar. Piam hanc consociationem Bononiae ad instar Lugdunensis institutam decessor Noster felicitis recordationis Pius IX. similibus litteris approbavit, deinceps Epistola die V. Ianuarii MDCCCLXX. ad pium auctorem data, singularis laudis proeconio est prosequutus. Ad Nos quod attinet, cum summopere curemus, et diligamus quaecumque ad animarum salutem iuvandam maxime valent, noluimus desiderari laudem et commendationem Nostram; datisque ad dilectum Filium Nostrum Augustinum S. R. E. Cardinalem Bausa, ex dispensatione Apostolica Archiepiscopum Florentinum, litteris eam Consociationem utilem ac salutarem, nostrisque temporibus valde accomodatam esse significavimus. Quas vero Nostra sacrorum Rituum Congregatio, suffragante dilecto Filio Nostro Caietano S. R. E. Presbytero Cardinali Aloisi-Masella eidem Congregationi Praefecto, consecrationis christianarum familiarum formulam et precationem coram imagine Sacrae Familiae recitandam Nobis proposuerat, probavimus, et utramque ad locorum Ordinarios transmittendam curavimus. Deinde veriti ne germanus memoratae devotionis spiritus tractu temporis oblanguesceret, eidem Nostrae Sacrorum Rituum Congregationi mandavimus, ut Statuta concinnaret, quibus in universo catholico orbe piae consociationes sacrae Familiae instituendae adeo inter se coniunctae forent, ut unus omnibus praeficeretur praeses, qui eas auctoritate summa regeret et moderaretur. Statuta post accuratum examen ab eadem Sacra Congregatione exarata, sunt eadem quae subscribuntur.

Statuten

des allgemeinen Vereins der christlichen Familien zu Ehren der hl. Familie von Nazareth.

1. Der Zweck des Vereins besteht darin, die christlichen Familien der hl. Familie von Nazareth zu weihen und dieselbe als Gegenstand besonderer Verehrung und Nachahmung vor Augen zu haben, indem man vor einem Bilde derselben ein tägliches Gebet verrichtet und den herrlichen Tugenden nachstrebt, in welchen sie Allen, zumal aber dem Handwerkerstande, als Beispiel voranleuchtet.

2. Der Verein hat seinen Sitz und Mittelpunkt in Rom bei Sr. Eminenz dem jeweiligen Cardinal-Bicar Sr. Heiligkeit, der zugleich Protector des Vereines ist. Ihm zur Seite steht der Secretär des hl. Congregation der Riten nebst zwei anderen von ihm erwählten Prälaten, sowie ein Geistlicher als Secretär. Mit diesem Beirathe leitet er den Verein, wo immer er sich verbreitet, und trägt Sorge, daß der Verein den Geist, aus welchem er hervorgegangen, und den ihm eigenthümlichen Charakter stets bewahre und sich immer mehr ausbreite.

3. In jedem Bisthum oder Apostolischen Vicariate ernennt der Bischof einen Priester zum Diöcesan-Director zum Zwecke der Verbreitung des Vereines unter den Gläubigen.

4. Die Diöcesan-Directoren setzen sich in Verbindung mit den Pfarrern, welche allein die Aufnahme der in ihren Pfarreien wohnenden Familien zu vermitteln haben. Alljährlich im Monate Mai werden die Pfarrer dem

Diöcesan-Director und dieser nach Weisung des Bischofs dem Central-Vorstand zu Rom die Zahl der neuen Familien mittheilen, welche sich in den Verein haben aufnehmen lassen.

5. Die Weihe der Familien an die hl. Familie geschieht nach dem vom hl. Vater Papst Leo XIII. genehmigten und vorgeschriebenen Formulare, entweder durch jede einzelne Familie für sich, oder von mehreren Familien gemeinsam in der Pfarrkirche vor dem Pfarrer oder dessen Stellvertreter.

6. Das Bild der hl. Familie soll sich in jedem zum Verein gehörenden Hause vorfinden, und sollen sich die Familienglieder wenigstens einmal täglich, wenn möglich Abends, zum gemeinsamen Gebete vor demselben vereinigen. Dafür empfiehlt sich besonders das vom jetzigen Papste gutgeheißene Gebet und die öftere Uebung der drei bekannten Schutzgebetein:

Jesús, Maria und Joseph! Euch schenke ich mein Herz und meine Seele.

Jesús, Maria und Joseph! stehet mir bei im letzten Todeskampfe.

Jesús, Maria und Joseph! möge meine Seele mit Euch im Frieden scheiden¹⁾.

7. Das Bild der hl. Familie kann entweder jenes sein, dessen im Schreiben Pius IX. s. a. vom 5. Januar 1870 Erwähnung geschieht, oder was immer für eines, welches unsern Herrn Jesus Christus in seinem verborgenen Leben, das Er mit seiner gebenedeiten Mutter und ihrem jungfräulichen Bräutigam, dem hl. Joseph, führte, darstellt; doch bleibt stets auf Grund der Anordnungen der Kirchenversammlung von Trient den Bischöfen das Recht vorbehalten, solche Bilder auszuschließen, welche dem Geiste des Vereins weniger zutreffend scheinen.

8. Die in den Verein aufgenommenen Familien haben an all' den Ablassen und geistlichen Gnaden Antheil, welche die Päpste demselben bewilligt haben, wie dies auf dem Aufnahmescheine angegeben ist.

9. Der Cardinalprotector wird im Einvernehmen mit seinem Beirath nach Bedarf die Anordnungen erlassen, in welchen die einzelnen Bestimmungen zur Förderung des Vereins, die besonderen Vereinsfeste, der Tag des Titelfestes, die gemeinschaftliche jährliche Erneuerung der Weihe an die hl. Familie, die abzuhaltenden Versammlungen u. s. w. kundgegeben werden.

Leo Papa XIII. ad perpetuam rei memoriam. Quum nuper Nobis obtigisset, ut nova Statuta Consociationis Sacrae Familiae Apostolicis litteris probarem et sancirem, satis muneri atque Officio Nostro facturos esse duximus, si eandem Consociationem amplissimis verbis collaudarem, eamque christianis Familiis summopere commendarem. Laudavimus autem, et commendavimus ea voluntate eoque proposito, ut nimirum populus christianus, cuius aeterna salus est Nobis commissa, ad christianarum virtutum laudem exemplo sacrae Familiae et invitatione Nostra tempestive revocaretur. Christiana quippe virtus tam est efficax, tantumque pollet, ut in ea magnam partem posita sit vel sanatio malorum, quae premunt, vel depulsio periculorum, quae metuuntur. Ad virtutem vero mirifice excitantur homines exemplo: quod quidem eo magis

¹⁾ 300 Tage Ablass jedesmal, so oft man diese drei Gebete betet, 100 Tage jedesmal, wenn man eines davon betet. — Pius VII. 28. April 1807.

imitatione dignum iudicatur, quo integrior et sanctior est persona, unde petitur. Quare haud mirum est si Nos, qui nihil magis cupimus atque optamus, quam posse, excitata ubique virtute christiana, praesentibus malis mederi, et proxima pericula deprecari, Consociationem Sacrae Familiae singulari benevolentia et studio prosequimur, utpote quae sanctitatem divinae illius Familiae sibi proponit exemplar. Omnes enim ii, qui in huiusmodi Consociationem adsciti sunt, praeclarissimas Iesu, Mariae et Ioseph virtutes contemplantes, necesse est ut similitudinem earum aliquam adripiant, fierique studeant imitatione meliores. Quare vigeat floreatque haec pia Consociatio quum sodalium numero, tum recte factorum laude; augeatur et ad plures in dies singulos propagetur: ea enim florente, facile fides, pietas, et omnis christiana laus in Familiis revirescent. Quum vero soleant homines permoveri maxime praemio; Nos, quod in facultate Nostra est, praemium spiritualium bonorum, non quidem fragile et caducum, illis, quasi invitamentum, proponimus. Ceterum maiora expectent ab iis, quibus se doverunt, nimirum a Iesu, Maria et Ioseph, qui sint servis suis praesentes propitii in omni vitae cursu, et postmodum efficiant, ut sua sanctissima ac suavissima nomina illorum morientium labris insideant. Quare quod bonum sanctumque sit, Deique gloriae, et animarum saluti benevertat, Nos auctoritate Nostra Apostolica, his litteris, poenarum remissionibus seu indulgentiis, privilegiisque, quae infra in apposito indice recensentur, omnes et singulos sodales Consociationis sacrae Familiae tam praesentes quam futuros uti posse volumus et iubemus.

Index Indulgentiarum et Privilegiorum Piae Consociationi Sacrae Familiae Tribuendorum.

*Indulgentiae Plenariae.**

Sodalibus Consociationis Sacrae Familiae ex utroque sexu singulis, qui admissorum confessione ritu christiano expiati sacram Eucharistiam sumpserint, et Parochialem aedem, vel oratorium publicum, devote visiterint, ibique aliquandiu ad mentem Nostram orando perstiterint, indulgentiam plenariam consequendi ius esto diebus, qui infra scripti sunt:

I. Die quo Consociationem adierint, emissa Consecrationis formula a Nobis per Nostram Rituum Congregationem probata, et in fine huius indicis relata.

II. Quo die in anno generalis conventus habebitur, iuxta cuiusque loci, in quo extat Consociatio, consuetudinem, ad sodalium pactum renovandum.

III. Diebus festivitatum

- | | |
|---------------------------|---------------|
| 1. Nativitatis | } D. N. I. C. |
| 2. Circumcisionis | |
| 3. Epiphaniae | |
| 4. Resurrectionis | |
| 5. Ascensionis | } B. M. V. |
| 6. Immaculae Conceptionis | |
| 7. Nativitatis | |
| 8. Annuntiationis | |

9. Purificationis }
10. Assumptionis } B. M. V.
item diebus festis

11. S. Ioseph Sponsi B. M. V. die undevigesima mensis Martii.

12. Patrocinii eiusdem, Dominica tertia post Pascha.

13. Desponsationis B. M. V. die vigesima tertia mensis Ianuarii.

IV. Die festo titulari universae Consociationis.

V. Die per menses singulos sodalium arbitrio eligendo, dummodo mense ipso in Familiis praescriptas preces coram Sacrae Familiae imagine una simul recitaverint.

VI. Morituris si, non compotes sacra Confessione atque Eucharistia, animi dolore culpas expiaverint, et sanctum nomen Iesu aut voce, aut si loqui posse desierint, voluntate imploraverint.

Partiales.

I. Sodales Consociationis Sacrae Familiae ex utroque sexu singuli, qui corde saltem contriti Parochialem Ecclesiam, in qua est sedes Consociationis constituta, vel aliquod templum sacrariumve celebraverint, Deoque pro rei christianae incolumitate supplicaverint, lucrari possint et valeant partiales indulgentias septem annorum totidemque quadragenarum:

1. Die Visitationis }
2. Die Praesentationis } B. M. V.
3. Die Patrocinii }

4. Quolibet die iidem sodales una simul in propriis Familiis adscriptis congregati, ante imaginem sacrae Familiae statas preces, corde contrito recitaverint.

5. Diebus, quibus sodales interfuerint conventibus, quos haberi contigerit.

II. Iidem sodales indulgentias lucentur trecentorum dierum quoties corde contrito sequentem Orationem ante imaginem Sacrae Familiae quocumque idiomate recitaverint.

Oratio.

Quotidie recitanda ante imaginem Sacrae Familiae.

„O amantissime Iesu, qui ineffabilibus tuis virtutibus et vitae „domesticae exemplis Familiam a te electam in terris consecrasti, clementer „aspice nostram hanc domum, quae ad tuos pedes provoluta propitium „te sibi deprecatur. Memento tuam esse hanc domum; quoniam tibi se „peculiari cultu sacravit ac devovit. Ipsam benignus tuere, a periculis „eripe, ipsi in necessitatibus occurre, et virtutem largire, qua in imitatione „Familiae tuae sanctae iugiter perseveret; ut mortalis suae vitae tempore „in Tui obsequio et amore fideliter inhaerens, valeat tandem aeternas „tibi laudes persolvere in caelis.

„O Maria, Mater dulcissima, tuum praesidium imploramus, certi „divinum tuum Unigenitum precibus tuis obsecuturum.

„Tuque etiam, gloriosissime Patriarcha sancte Ioseph, potenti tuo „patrocinio nobis succurre et Mariae manibus vota nostra Iesu Christo „porrigenda submitte.“

Ji vero sodales, qui vel infirmitate, vel alia caussa impediti hanc

Orationem recitare nequiverint, eandem indulgentiam lucrari poterunt, si devote quinquies recitaverint Orationem dominicam, et salutationem Angelicam cum Gloria Patri.

III. Ducentorum dierum indulgentiam sodales Consociationis consequantur semel in die, si iaculatorias preces quocumque idiomate effuderint ut infra:

„Gesù Maria, Giuseppe illuminateci, soccorreteci, salvateci. Così sia.“

IV. Centum dierum indulgentiam lucrificent sodales, qui operam dederint, ut Christianae Familiae huic piaae et universali Consociationi sese adscribant.

V. Indulgentiam sexaginta dierum lucentur sodales, quoties hi: 1. in Ecclesia Parochiali, in qua sedem habet Consociatio, sacrosancto Missae sacrificio, aliisque divinis officiis devote adstiterint; 2. vel quinquies recitaverint Orationem dominicam et salutationem Angelicam pro sodalibus defunctis; 3. vel familiarum dissidia composuerint, vel componenda curaverint; 4. vel Familias a iustitiae tramite devias, in viam salutis reducere studuerint; 5. vel pueros sive puellas christianis praeceptis imbuere sategerint; 6. vel aliud quodcumque pium opus peregerint, quod in bonum Consociationis cedat.

Sodalibus, si maluerint, omnibus et singulis indulgentiis supra dictis sive plenariis, sive partialibus labes poenasque defunctorum expiare liceat.

Privilegia.

Pro Sodalibus universis.

Missae, quae pro sodalibus defunctis quocumque in altari celebrantur, iisdem suffragentur ac si in altari privilegiato celebrarentur.

Pro parochis.

I. Privilegium altaris personalis tribus in qualibet hebdomada diebus; dummodo simili privilegio alia de causa non perfruantur.

II. Facultas benedicendi extra Urbem Coronas, Rosaria, Cruces, Crucifixos, parvas statuas ac numismata, eisque applicandi omnes et singulas indulgentias, quas Summi Pontifices adtribuere iisdem solent, ut describitur in apposito elencho; sed tantummodo exercenda pro sodalibus in Consociationem adscitis, die quo 1. christiani piam ingrediuntur Consociationem: et 2. sollemniter renovatur pactum Consociationis.

Formula

recitanda quocumque idiomate a christianis familiis quae se sacrae Familiae consecrant.

„O Iesu Redemptor noster amabilissime, qui e caelo missus ut „mundum doctrina et exemplo illustrares, maiorem mortalis tuae vitae „partem in humili domo Nazarena traducere voluisti, Mariae et Iosepho „subditus, illamque Familiam consecrasti, quae cunctis christianis familiis „futura erat exemplo; nostram hanc domum, quae Tibi se totam nunc „devovet, benignus suscipe. Tu illam protege et custodi, et sanctum tui „timorem in ea confirma, una cum pace et concordia christianae caritatis: „ut divino exemplari Familiae tuae similis fiat, omnesque ad unum „quibus ea constat, beatitudinis sempiternae sint compotes.

„O amantissima Iesu Christi Mater et mater nostra Maria, tua pietate et clementia fac ut consecrationem hanc nostram Iesus acceptam habeat, et sua nobis beneficia et benedictiones largiatur.

„O Ioseph, sanctissime Iesu et Mariae custos, in universis animae et corporis necessitatibus nobis tuis precibus succurre; ut tecum una et beata Virgine Maria aeternas divino Redemptori Iesu Christo laudes et gratias rependere possimus.“

Atque haec omnia et singula, uti supra decreta sunt, ita firma, stabilia, rata in perpetuum esse volumus: non obstantibus Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum Romae apud S. Petrum, sub annulo Piscatoris, die XX. Iunii MDCCCXCII, Pontificatus Nostri Anno XV.

S. Card. Vannutelli.

Decretum.

Dubia.

Postquam litterae a Sacra Rituum Congregatione, die 10. Decembris 1890, de cultu Sacrae Familiae singularum Dioecesium Ordinariis transmissae fuerunt, eidem Sacrae Congregationi sequentia Dubia proposita sunt, nimirum:

I. An Seminaria, Collegia, Congregationes et Religiosae Familiae possint per formulam novissime a Sanctissimo Domino Nostro Leone Papa XIII. approbatam semet Sacrae Familiae consecrare, itemque Paroeciae, Dioeceses ac Regiones?

II. Preces ab eodem Sanctissimo Domino Nostro itidem approbatae atque indulgentiis ditatae a singulis Familiis coram imagine Sacrae Familiae recitandae, possuntne in Ecclesiis publicis usurpari?

III. Licet ne familiis, quae iam speciali ratione Sancto Ioseph se consecrarunt, semet Sacrae Familiae dedicare?

IV. Quum permultae orationes, litaniae, formulae consecrationis Sacrae Familiae et alia huiusmodi in pluribus locis circumferantur, quomodo providendum?

Et Sacra eadem Congregatio in Ordinario Coetu ad Vaticanum sub-signata die coadunata, referente me infrascripto Cardinali Praefecto, omnibus rite perpensis, sic rescribere rata est:

Ad I. Quoad Seminaria, Collegia et singulas Domos Congregationum ac Familiarum Religiosarum, Affirmative; quoad Paroecias, provisum per consecrationem familiarum in singulis Paroeciis; quoad cetera Non expedire:

Ad II. Affirmative, sed coram Imagine Sacrae Familiae:

Ad III. Affirmative:

Ad IV. Quoad litanias, comprehendendi sub universali vetito Litaniarum, quae explicite approbatae non fuerint a Sede Apostolica; quoad orationes, formulae consecrationis aliasque preces sub quovis titulo ad Sacram Familiam honorandam adhibitas, mittendas esse ab Ordinariis locorum necnon a Superioribus Religiosarum Congregationum, ut debito examini subiciantur; secus in posterum licite usurpari nequeant. Die 13. Februarii 1892.

De his autem facta Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII. per me infrascriptum Cardinalem Praefectum relatione, Sanctitas Sua resolutiones Sacrae eiusdem Congregationis ratas habuit, et confirmavit. Die 18, iisdem mense et anno.

L. + S.

Caietanus Card. Aloisi-Masella, S. R. C. Praef.
Vincentius Nussi, S. R. C. Secretarius.

b) Ernennung eines Diöcesan-Directors.

G. B. Nr. 295. VII. vom 3. Januar 1894.

Nach § 3 der von Sr. Heiligkeit bestimmten Statuten des allgemeinen Vereins der christlichen Familien zu Ehren der hl. Familie von Nazareth soll in jedem Bisthum ein Priester als Diöcesan-Director behufs der Verbreitung des Vereins unter den Gläubigen ernannt werden. Se. Eminenz der Hochwürdigste Herr Cardinal-Fürstbischof haben deshalb den Herrn Pfarrer Schade bei St. Matthias in Breslau, nachdem derselbe seine Bereitwilligkeit dazu erklärt hat, als Diöcesan-Director des Vereins ernannt und uns beauftragt, dies der Hochwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit unter Bezugnahme auf Verordnung Nr. 284. I. mitzutheilen.

c) Dubia circa piam associationem a Sacra Familia.

G. B. Nr. 302. II. vom 22. November 1894.

Emus Card. Parocchi Piae Associationis a S. Familia Praeses, per me infrascriptum responsa dimittit ad nonnulla Dubia proposita.

I. Ad Dubium III. n. 1, relatum in Eph. Analecta Ecclesiastica p. 413 —: „An pro lucrandis Indulgentiis requiratur, ut a singulis parochis obtineatur pagina aggregationis a Card. Praeside subscripta uti innuere videntur Regulae (II. a) ad modum aggregationis Confraternitatum proprie dictarum?“ — Responsum est „Affirmative et ad mentem. Mens vero est, ut Episcopus, uno accepto ab Emo Praeside diplomate, reliqua ipse curabit imprimi ad normam illius, et singulis familiis consociatis tradet“. — Nunc autem quaeritur, utrum haec res imperativa, vel directiva tantum? — Resp. Directiva tantum et ad mentem. Mens vero est, quod nullomodo indigeant episcopi nec parochi talibus diplomatibus (quae frequentiora fuerunt requisita), quum in Brevi Neminem fugit res apprimè definiantur. Unde responsio mere directiva fuit, ad unitatem scilicet a Summo Pontifice commendatam magis magisque servandam.

II. Ad 2^{um} Dubium in eadem Ephemeride relatum p. 413 —: „An sufficiat, ut parochus solum nomen patris vel capitis familiae in tabula Consociationis S. Familiae referat vel singula familiae membra inscribere debeat?“ — Responsum est Negative ad 1^{am} partem, affirmative ad 2^{am}. — Nunc quaeritur, quid sit intelligendum per singula familiae membra? — Resp. Intelligi debet pro numero totali membrorum, non autem pro singulis eorundem nominibus.

III. Utrum negligente vel invito patrefamilias, possit mater vel aliqua ex praecipuis familiae personis v. gr. avus, familiam adscribere P. A.? — Affirmative.

IV. Utrum possint filiifamilias, servi, milites, sese adscribere P. A. seorsim a propria familia? — Negative et ad mentem. Mens vero est, ut singuli cum suis simul adscribantur, quibus negligentibus vel recusantibus, poterunt seorsim sese adscribere.

V. Utrum aliquis possit sese valide adscribere in aliena paroecia? — Resp. Negative. Nec proinde potest parochus valide alienos adscribere, et qui taliter fuerunt adscripti, debent denuo in propria paroecia adscribi.

Romae ex Aed. Vicar. d. 12. Dec. 1893.

R. Chimenti, Pro-Secr. C. S. F.

Emus Card. Vicarius Praeses P. Consociationis S. Familiae per infrascriptum Prosecretarium respondet Emo Rmo Cardinali Archiepiscopo Coloniensi decisionem relatam in literis sub die 2. Januarii 1894 intelligendam esse pro numero totali membrorum, non autem pro singulis eorumdem nominibus, ita ut in registro sufficit inscribere nomen capituli familiae cum ex. gr. quinque membris.

Romae ex Aedibus Vicariatus die 23. Febr. 1894.

Emo Rmo Domino Raphael Chimenti,
Card. Krementz, Archiep. Coloniensi. Prosecretarius P. Cons. S. Familiae.

Nr. 364. Gebets-Verein zur Wiedervereinigung der getrennten Christen.

Ö. Z. Nr. 148. XII. vom 4. März 1864.

Eine der größten Calamitäten für die Christenheit war die, wir können wohl sagen, frivole Trennung der orientalischen von der occidentalischen Kirche. Jene verlor hierdurch ihre innere Kraft, diese wurde in ihrer äußeren Ausdehnung nach Osten hin besonders im russischen und türkischen Reiche gehindert. Um diese Kluft zu füllen und die orientalischen Christen wieder zu gewinnen, haben fromme und eifrige Männer sich bestrebt, einen Gebets-Verein zu gründen, um mittelst dessen diesen Zweck zu erreichen. Der Hochwürdigste Bischof von Münster hat diesen Verein unter seinen Schutz genommen, Statuten für ihn entworfen und Seine Heiligkeit, den jetzt glorreich regierenden Papst, um Genehmigung des Vereins und um Indulgenzen für denselben gebeten. Da auch Seine Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich sehrwünscht, daß dieser Verein auch in unserer Diöcese Ausbreitung finde, so theilen wir unserem Ehrwürdigen Diöcesen-Clerus

1) die Statuten des Vereins nachstehend mit:

1. Der Gebets-Verein zur Wiedergewinnung der getrennten Christen, namentlich der morgenländischen im russischen Reiche, für die kirchliche Einheit wird den hl. Petrus, den der Herr zum sichtbaren Mittelpunkt der kirchlichen Einheit gesetzt hat und der in seinen Nachfolgern auf dem hl. Stuhle zu Rom fortlebt, als Schutz-Patron verehren und deshalb auch den Namen St. Petrus-Verein tragen. Der Verein empfiehlt aber das Werk der Wiedervereinigung noch ganz insbesondere der Fürbitte der unbefleckt empfangenen Jungfrau und Gottesmutter Maria.

2. Am Feste der hl. Apostelfürsten Petrus und Paulus findet gemeinschaftliche Communion der Mitglieder des St. Petrus-Vereins statt. Für das Fest der unbefleckten Empfängniß der allerseligsten Jungfrau wird den Mitgliedern der Empfang der hl. Communion dringlich empfohlen.

3. Jedes Mitglied verpflichtet sich zu einem täglichen Gebete, welches den Mitgliedern des Vereins auf einem besondern, bei ihrer Aufnahme ihnen einzuhandigenden gedruckten Zettel überreicht werden wird.

4. Da der St. Petrus-Verein das Werk der Wiedervereinigung auch durch Schriftwerke, vorzugsweise in Beziehung auf die morgenländische russische Kirche, zu fördern beabsichtigt, und ihm auch andere Ausgaben, die für seine Zwecke unumgänglich sind, entstehen werden, so verpflichtet sich jedes erwachsene Mitglied zur jährlichen Beisteuer von einem Silbergrroschen.

5. Um den Eifer des Gebetes zu dem so großen und wichtigen Zwecke möglichst zu beleben und bei dem gesammten gläubigen Volke zu wecken und zu unterhalten, haben wir bereits unterm 28. October v. J. angeordnet, daß an jedem Sonn- und Festtage eine diesen Zweck betreffende Stelle dem j. g. allgemeinen Gebete angefügt werde. Zu demselben Zwecke verordnen wir ferner,

6. daß die christliche Schuljugend schon frühe mit den Zwecken des St. Petrus-Vereins bekannt gemacht und über die hohe Wichtigkeit und Gottgefälligkeit des Werkes, welches der Verein zu fördern bestrebt ist, belehrt werde.

7. Der Pfarrer ist der geborene Vorsteher des in dem Umkreise seiner Pfarre sich bildenden Vereins; an ihn sind die Beiträge einzuzahlen und durch ihn erhält der Verein die für denselben bestimmten Mittheilungen. Wo eine bestimmt umgrenzte Rectorat-Gemeinde besteht, gilt das eben Gesagte von dem Rector.

8. Für die Diöcese wird unter unserem Voritze ein Diöcesan-Vorstand bestehen, dessen Mitglieder durch uns ernannt werden. Nähere Bekanntmachung wird noch vorbehalten.

9. Jeder Gläubige, welcher dem St. Petrus-Verein angehört, von dem einen und andern Geschlechte, kann in jedem Monate einen vollkommenen Ablass gewinnen, wenn er täglich entweder zu Hause oder in der Kirche zur Erlangung der Wiedervereinigung aller von der heiligen, katholischen, apostolischen und römischen Kirche Getrennten und für die Erhöhung dieser Kirche betet (s. Nummer 3) und nach Empfang der hl. Sacramente der Buße und des Altars einmal im Monat in irgend einer nach Belieben zu wählenden Kirche zu dem angegebenen Zwecke noch besonders zu dem Herrn sein Gebet richtet. Dieser Ablass kann auch den im Reinigungsorte befindlichen Seelen fürbittweise zugewendet werden.

2) Das Breve des hl. Vaters:

Pius P. P. IX. Venerabilis Frater, Salutem et Apostolicam Benedictionem. Expositum Nobis est tum voce, tum scriptis, piam in ista Tua Dioecesi, et in Dioecesisbus Hildeshemiensi ac Paderbornensi fidelium existere Societatem, qui Deo Optimo Maximo offerunt preces, ut ii omnes, qui a catholicae Apostolicae ac Romanae Ecclesiae gremio misere sunt seiuncti ad ipsam confugiant ac redeant Ecclesiam. Atque nobis enixe petitum est, ut eandem Societatem sacrarum Indulgentiarum thesauris benigne ditare vellemus. Itaque cum nihil Nobis potius, nihil optatius esse possit, quam ut omnes errantes, discussa mentis caligine, et errorum tenebris dispulsis, occurrant in unitatem fidei, et catholicam religionem profiteantur, ac Nobis et huic Petri Cathedrae omnium Ecclesiarum matri ac magistrae firmiter, constanterque adhaereant, hujusmodi petitioni perlibenter annuendum censuimus. Quocirca hisce Litteris omnibus et singulis utriusque sexus Christifidelibus ejusdem Societatis, qui vel domi, vel

in templo quotidie pias ad Deum pro omnium dissidentium ad sanctam catholicam Apostolicam Romanam Ecclesiam conversione, et ipsius Ecclesiae exaltatione preces effuderint, quique vere poenitentes et confessi, sacraque Communionem refecti aliquam Ecclesiam eorum arbitrio eligendam semel in mense devote visitaverint, ibique eadem de causa Deum supplices exoraverint, Plenariam omnium peccatorum suorum Indulgentiam et remissionem singulis mensibus una tantum vice ad unius cujusque libitum lucranda, quae etiam Animabus christifidelium in Purgatorio degentibus per modum suffragii applicari possit, misericorditer in Domino perpetuum in modum Auctoritate Nostra Apostolica concedimus, ac largimur, non obstantibus in contrarium facientibus quibuscumque. Tuum autem erit, Venerabiles Fratres Episcopum Hildeshemiensem, et Episcopum Paderbornensem de hac Nostra concessione certiores facere. Denique praecipiam Nostram erga Te benevolentiam iterum testamur et confirmamus, cujus quoque pignus esse volumus Apostolicam Benedictionem, quam intimo cordis affectu Tibi ipsi, Venerabilis Frater, et gregi Tuae curae commisso peramanter impertimur.

Datum Romae apud S. Petrum die 3. Maii Anno 1858, Pontificatus Nostri Anno Duodecimo.

sig. Pius P. P. IX.

Pro copia cum Originali concordante
Monasterii, die XXX. Martii 1863.

Adolphus Tibus,
Secretarius Vicariatus Generalis Episcopalis.

Wir zweifeln nicht, daß es unseren Herren Seelsorgspriestern gelingen werde, in ihren Gemeinden solche Vereine zu gründen und sehen wir demnach den desfallsigen Anzeigen entgegen.

Nr. 365. Gesellen-Verein.

G. B. Nr. 307. I. vom 15. April 1895.

De indulgentiis societati iuvenum opificum concessis.

Leo PP. XIII. ad futuram rei memoriam. Expositum est Nobis piam iuvenum opificum societatem in Coloniensi Dioecesi primum institutam ea incrementa, Deo fautore, suscepisse, ut nunc in universae Germaniae, Austriae et Helvetiae dioecesibus reperiatur erecta. Societas in sectiones partitur, unaquaeque sectio sacerdote gaudet Praeside. Nunc vero, cum, sicuti ad Nos adnotae praeseferunt preces, tum Coloniensi Antistiti, tum sectionum Praesidibus, tum reliquis Christifidelibus eandem in Societatem adscitis in votis admodum sit, ut tam frugiferum institutum, caelestium munerum, quorum dispensatores Nos voluit Altissimus, largitione augere velimus, Nos votis huiusmodi benigne obsecundandum censuimus. Quare de Omnipotentis Dei misericordia ac BB. Petri et Pauli Apostolorum eius auctoritate confisi, omnibus et singulis Christifidelibus, qui dictam Societatem in quacumque Germaniae, Austriae et Helvetiae Dioecesi in posterum ingredientur, die primo eorum ingressus, si vere poenitentes et confessi Ssimum Eucharistiae Sacramentum sumpserint, Plenariam, ac tam inscriptis quam pro tempore adscribendis in dictam Societatem Sodalibus, sacerdotibus Praesidibus,

Magistris et Benefactoribus pariter in Germaniae, Austriae et Helvetiae Dioecesisibus existentibus si vere quoque poenitentes et confessi ac S. Communione refecti respectivam parochialem ecclesiam, vel respectivae sectionis oratorium die festo Patrocinii S. Josephi et die anniversario foundationis eiusdem Societatis vel Dominica immediate sequenti a primis vespers usque ad occasum solis dierum huiusmodi singulis annis devote visitaverint, et ibi pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, peccatorum conversione ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, quo die praefatorum id egerint, Plenariam similiter omnium peccatorum suorum indulgentiam et remissionem misericorditer in Domino concedimus. Insuper dictis fidelibus nunc et pro tempore eandem in Societatem adlectis, aliisque supra recensitis, qui corde saltem contriti qualibet per annum feria secunda psalmum „Miserere“ recitaverint, et quoties quodlibet bonum opus vel iuxta Societatis statuta, vel in eius utilitatem et incrementum exercuerint, centum dies de iniunctis eis seu alias quomodolibet debitis poenitentiis in forma Ecclesiae consueta relaxamus. Quas omnes et singulas indulgentias, peccatorum remissiones, ac poenitentiarum relaxationes etiam animabus Christifidelium, quae Deo in charitate coniunctae ab hac luce migraverint, per modum suffragii applicari posse largimur. Praesentibus valituris ad Decennium. Volumus autem ut praesentium literarum transumptis seu exemplis etiam impressis, manu alicuius Notarii publici subscriptis et sigillo Personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus habeatur fides, quae haberetur ipsis praesentibus, si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die XIX. Decembris MDCCCXCIV, Pontificatus Nostri Anno Decimoseptimo.

Pro Domino Card. de Ruggiero
Nicolaus Marini, Sub.

Nr. 366. St. Jfidor-Verein.

W. B. Nr. 279. I. vom 30. Januar 1892.

Von obereschlesischen Geistlichen und Laien ist ein Verein gebildet worden, welcher den Namen St. Jfidor-Verein trägt und den Zweck hat, die ländlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts, besonders die jugendlichen und ledigen, soviel als möglich in der Heimath zurückzubehalten, anderenfalls für die in andere Provinzen unseres Vaterlandes arbeits halber Fortziehenden vor Allem in religiös-sittlicher Beziehung Sorge zu tragen. Ich kann daher keinen Anstand nehmen, diesen Verein der Beachtung des Hochwürdigsten Clerus zu empfehlen und ersuche mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ergehenst, dies bekannt zu geben.

Breslau, den 2. Januar 1892.

An
das Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
W. R. 7601. hiersebst.

Der Fürstbischof.
† Georg.

Nr. 367. Kindheit-Jesu-Verein.

a) Privilegien für die geistlichen Leiter.

Ö. B. Nr. 290. II. vom 8. April 1893.

Nonnulla privilegia sacerdotibus in societatem a sacra Jesu infantia adscitis jam alias ad tempus concessa in perpetuum confirmantur.

Leo PP. XIII. ad perpetuam rei memoriam. Humani generis Ecclesia parens cum de omnibus filiis suis aequae sit sollicita, et pari caritate singulos complectatur, tum praecipuo quodam misericordiae sensu respicere solet ad infantes pueros, qui ex parentibus orti Evangelicae lucis expertibus, rerumque omnium inopia plerumque vexatis, vel ab ipsis incunabulis in gravissimo et vitae et salutis aeternae discrimine versantur. Materna haec caritas non nova quidem neque inusitata est in Ecclesia, sed tradita est ei et quasi haereditate transmissa ab auctore Jesu Christo, qui mortalem dum vitam vixit pueros mirifice dilexit, et numquam passus est eos ab se prohiberi. Quapropter non mirum est sic Romani Pontifices summopere diligere omnique studio semper fovere soliti sunt quaecumque ad juvandam puerulorum salutem sunt in Ecclesia sancte instituta. Haec inter jure meritoque peculiarem Pontificum benevolentiam sibi comparavit, eximiaque apud omnes opinione floret Societas, quae Parisiis ad incolunitatem et bonum, Sinensium praesertim puerorum, coaluit, sacra Jesu Christi infantia nomine et auspicio felix. Hujus exordia cum Nos memoria repetimus, suavi quadam jucunditate et delectatione perfundimur. Quum enim faustis sed parvis exorta est initiis. Nos, qui apud augustum Belgarum Regem Apostolica Legatione fungebamur, omni studio prosequuti sumus, omni, qua potuimus, ope juvimus; salutare enim jam tum visum est nobis opus, plenum humanitatis et caritatis. Nunc vero Apostolicae Dignitatis, Deo volente, ad fastigium evecti Societatem sacrae Dei Infantiae et sociorum numero et recte factorum laude florentem veteri amore complectimur, et laetamur eam quinquagesimum natalem suum eodem hoc anno, quo Nos consecrationis Nostrae, celebrare. Quamobrem cum jam studium Nostrum in hac Societate provehenda anno tertio Pontificatus Nostri confirmaverimus, libet nunc in fausto hoc eventu perpetuum illi dilectionis Nostrae impertire testimonium. Propterea votis etiam obsecundantes dilecti Filii Nostri Vincentii S. R. E. Cardinalis Vannutelli universae istius Societatis Patroni nonnulla privilegia dictae Societati ad tempus alias concessa perpetua esse volumus. Itaque de Omnipotentis Dei misericordia ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus auctoritate confisi omnibus et singulis Sacerdotibus in quibuslibet Societatis Consiliis, directoribus, praefectis seriei duodecim sociorum, et qui vel aere proprio consuetam duodecim sociorum eleemosynam persolverint, vel juxta Apostolicam concessionem diei XV. Julii MDCCCLXXXV statuta pecuniae vi semel soluta, inter socios, perpetuos nuncupatos, cooptati fuerint facultatem facimus de respectivi loci Ordinarii consensu (quem nisi quisque eorum obtinuerit hujus privilegii concessionem nullam esse volumus) in forma Ecclesiae consueta privatim benedicendi, extra Urbem, Cruces,

Crucifixos, sancta Numismata, Coronas precatorias, et parvas Domini Nostri Jesu Christi, Beatissimae Virginis Mariae, Sanctorumque ahenas statuas cum applicatione omnium et singularum indulgentiarum, quae in elencho edito typis S. Congregationis de Propaganda Fide die XXIII. Februarii MDCCCLXXVIII numerantur, et quod ad coronas precatorias attinet non excepta Indulgentiarum applicatione, quae a S. Birgitta nomen habent, dummodo ipsi sacerdotes ad sacramentales confessiones excipiendas sint rite approbati. Praeterea omnibus et singulis Sacerdotibus superius enumeratis, ut quancumque sacrosanctum Missae sacrificium pro anima cujuscumque Christifidelis, quae Deo in charitate conjuncta ab hac luce migraverit, ad quodlibet Altare celebrabit, Missae sacrificium hujusmodi ter tantum singulis hebdomadis animae seu animabus, pro qua seu pro quibus celebratum fuerit, perinde suffragetur ac si ad privilegium Altare fuisset celebratum auctoritate Apostolica indulgemus, dummodo tamen alio simili indulto non fruuntur. Insuper eisdem Presbyteris supra dictis facultatem tribuimus, cujus vi ipsi dummodo sint confessarii ab Ordinario approbati, nec non praevia ejusdem Ordinarii licentia (quae si desit hujus privilegii concessio nulla sit) consueto ritu benedicere et fidelibus imponere valeant scapularia Confraternitatum SSmae Trinitatis, B. M. V. de Monte Carmelo, et Septem Dolorum, nec non Imm. Conceptionis ejusdem Deiparae Virginis cum communicatione privilegiorum et indulgentiarum, quibus adscripti memoratis sodalitatibus fruuntur et gaudent, sed eis tantum in locis in quibus non extent conventus Ordinum Religiosorum ad quos ex speciali privilegio Apostolicae Sedis pertinet praefata Scapularia benedicere et imponere. Tandem singulis Presbyteris, quos superius memoravimus, ut de respectivi Ordinarii consensu (quem nisi consequantur hoc indultum nullum decernimus) Christifidelibus in mortis articulo constitutis si vere poenitentes et confessi ac S. Communione refecti, vel quatenus id facere nequiverint saltem contriti nomen Jesu ore, si potuerint, sin minus corde devote invocaverint, et mortem tamquam peccati stipendium de manu Domini patienti animo susceperint, Benedictionem Apostolicam Nostro et Romani Pontificis pro tempore existentis nomine cum plenaria omnium peccatorum suorum indulgentia et remissione impertire possint, servatis tamen ritu et formula a Benedicto XIV. decessore Nostro praescriptis facultatem concedimus et indulgemus. In contrarium facientibus, etiam quoad Indulgentias ad instar, non obstantibus quibuscumque. Praesentibus valituris in perpetuum. Volumus autem ut praesentium litterarum transumptis etiam impressis, manu alicujus Notarii publici subscriptis et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus habeatur fides, quae haberetur ipsis praesentibus si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die III. Februarii MDCCCXCIII, Pontificatus Nostri Anno Decimoquinto.

(L. † S.)

S. Card. Vannutelli.

b) Ausdehnung seiner Aufgabe auf die Kinder der Diaspora.

G. B. Nr. 306. III. vom 15. März 1895.

Durch Se. Eminenz, den Hochwürdigsten Herrn Cardinal-Fürstbischof, sind wir beauftragt, nachstehende Circulare der Hochwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit mitzutheilen:

An

Köln, den 16. Januar 1895.

den Vorstand des Kindheit-Jesu-Vereins
für Deutschland — in Aachen.

Der verehrliche Vorstand des „Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland“ hegt die edle Absicht, fortan neben den Heidenkindern der fernen Missionsgebiete auch die zahlreichen Kinder katholischer Eltern, die in der Zerstreuung (Diaspora) sich aufhalten, seiner Fürsorge theilhaftig zu machen. Gehen doch alljährlich Tausende von diesen Kindern für die katholische Kirche verloren. Ja, viele derselben empfangen nicht einmal das hl. Sakrament der Taufe. Um diesem dringenden Nothstande thunlichst Abhülfe zu bereiten, ladet der Vorstand die Mitglieder des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland ein, ihre Beiträge um ein Geringes zu erhöhen und dadurch ihren in der Zerstreuung lebenden Altersgenossen den Segen einer katholischen Erziehung zu verschaffen.

Die Hochwürdigsten Herren Bischöfe Preußens haben von diesem neuen, bedeutsamen Unternehmen des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland mit lebhafter Freude Kenntniß genommen. Sie glauben den verehrlichen Vorstand zur Weiterverfolgung dieses edlen Zweckes auf das Wärmste ermuntern zu sollen. Sie hegen aber zugleich die feste Zuversicht, daß die katholischen Kinder, ohne den Heidenkindern ihre Theilnahme zu entziehen, auch den betreffs ihres katholischen Glaubens gefährdeten Kindern des engeren Vaterlandes ihre Gebete und ihre kleinen, aber von Gott besonders gesegneten Gaben freudig zuwenden werden. Ihre eigenen Schutzengel sowie diejenigen der bezeichneten Kinder mögen dem neuen Werke zur Erhaltung des katholischen Glaubens ihren mächtigen Schutz angedeihen lassen! Allen aber, die zu demselben mitwirken, insbesondere dem verehrlichen Vorstande des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland ertheilen wir gern unsern oberhirtlichen Segen.

Im Namen und Auftrag der Hochwürdigsten Herren Bischöfe Preußens:

≠ Ph. Cardinal Klement, Erzbischof von Köln.

Aachen, am Feste der Geburt des göttlichen Jesukindes, 1894.

Der Centralvorstand des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland beschäftigt sich schon seit langer Zeit mit dem Gedanken, in welcher Weise für die in den Missions-Gegeuden Norddeutschlands lebenden Katholiken Hilfe zu schaffen sei. Jedes Jahr werden Tausende der dort geborenen Kinder aus Mangel an Seelsorgern gar nicht getauft und die meisten von denjenigen, die getauft werden, wachsen später ohne Religionsunterricht und ohne den Empfang der hl. Sakramente auf.

Seit Jahren war diese betäubende Wahrnehmung Gegenstand ernster Erwägungen von Seiten des Hochwürdigsten Episkopates wie von Seiten des Vorstandes des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland.

Da die Statuten des Kindheit-Jesu-Vereins ausschließlich Verwendung der gesammelten Beiträge für die Heidenkinder der überseeischen Missionen vorschreiben, und die Gründung eines neuen Vereins eine schwere Schädigung

dieses segensreichen Werkes christlicher Liebe herbeiführen könnte, so glaubt der Vorstand nach allseitiger Erwägung den in der Zerstreuung (Diaspora), besonders in den Missions-Gebieten Norddeutschlands, wohnenden Katholiken durch folgenden Vorschlag bedeutende Hilfe sichern zu können.

Den Herren Directoren des Kindheit-Jesu-Vereins in den einzelnen Pfarrgemeinden wird empfohlen, die Kinder anzuregen, ihren monatlichen Beitrag von 5 Pfennige um 1 oder 2 Pfennige zu erhöhen; außerdem aber die Kinder, welche zur ersten hl. Communion gehen, zu ermahnen, an einem zu bestimmenden Tage eine Sammlung zu halten und das Ergebniß derselben für ein Kind in der Diaspora zu bestimmen, damit auch diesem die Gnade der ersten hl. Communion zu theil werde. Daß auf diese Weise erzielte Geld soll zur Gründung und Unterhaltung von Communikanten-Anstalten, zur Unterbringung von Kindern aus der Diaspora in katholischen Familien oder Anstalten, zur Ermöglichung katholischen Religionsunterrichts für auswärtige Kinder eines Missionsbezirks verwendet werden, oder, wenn dies nicht möglich ist, um Priester anzustellen, welche in der Diaspora die katholischen Kinder auffuchen, sie unterrichten und für die hl. Communion vorbereiten. Welch großer Segen würde sich dadurch verbreiten lassen unter den armen Kindern, die ohne Religion, ja vielsach ohne den Empfang der hl. Taufe aufwachsen. Welchen Lohn dürfen aber auch die Kinder und Eltern von Gott erwarten, die durch ihre Gaben dazu beitragen, daß diese Seelen vom Heiland gewonnen werden. Wer eine Seele rettet für das ewige Leben, der rettet auch seine eigene Seele. In Deutschland gehen alljährlich aus Mangel an materiellen Mitteln viel mehr Seelen verloren, als in manchen großen Heidenmissionen bekehrt werden. Die in dem Hilferuf im 2. Hefte der Annalen dargelegten Thatfachen sprechen zu laut, als daß es eines Wortes der Empfehlung des neuen Werkes von unserer Seite bedürfte.

Die Herren Directoren, welche die Güte haben wollen, ihre Vereinsgenossen zur Betheiligung an dem neuen Werke anzuspornen, bitten wir, bei Einsendung der Beiträge anzugeben, welcher Betrag für empfohlenen Zweck verwandt werden soll. Wir beabsichtigen, diesen neuen Zweig der Thätigkeit des Kindheits-Vereins unter den besonderen Schutz der hl. Schutzengel der beitragenden wie der zu unterstützenden Kinder zu stellen, und könnten der Kürze halber und zur Vermeidung aller Kosten die betreffenden Geldsendungen als für den Schutzengel-Verein bestimmt bezeichnet werden.

Wir werden baldigst ein schönes Bild des hl. Schutzengels anfertigen lassen als Belohnung für die Kinder, die eine jährliche Beisteuer oder einen einmaligen größeren Beitrag liefern.

Für den Vorstand des Kindheit-Jesu-Vereins für Deutschland.

Vorsman, Kapl., Schriftführer. Heinr. Oster, Rendant.

Die katholischen Kinder in den Missionen Deutschlands.

Das heutige Hefte eures Vereins, liebe Kinder, bringt euch etwas ganz Neues. Ihr seht es schon an der Ueberschrift. Gibt es denn in Deutschland auch Missionen? werdet ihr fragen; wir meinten, es gäbe deren nur in China und sonst in Asien und Afrika. Ja, liebe Kinder, auch in Deutschland giebt es Missionen. Es sind dies jene großen Länderstrecken des deutschen Vaterlandes, wo die Katholiken in der Zerstreuung (Diaspora)

leben, wie z. B. an der Nord- und Ostsee, in den Gegenden der sogenannten nordischen Missionen. Heute will ich euch etwas über diese nordischen Missionen Deutschlands erzählen.

Einst hat im Norden Deutschlands die katholische Kirche geblüht, wie auch in manchen Theilen Asiens und Afrikas. Durch die Glaubensspaltung im sechszehnten Jahrhundert aber wurden diese Gegenden protestantisch. Nur allmählich haben sich hie und da wieder kleine katholische Gemeinden gebildet. Besonders in unserm Jahrhundert und vor allem in den letzten dreißig Jahren sind viele Katholiken in die nördlichen Gegenden gezogen, Leute, die dort Arbeit suchten, wie ja auch viele zu demselben Zwecke nach Amerika auswandern. In den nordischen Missionen nun giebt es weite Länderstrecken, wo gar keine katholische Kirche ist, noch auch ein Priester, der den Kranken beisteht und den Sterbenden die hl. Sakramente spendet. Am schlimmsten sind jedoch die Kinder dieser Katholiken dran. Ihr könnt es euch schon denken. Wer soll sie in der heiligen katholischen Religion unterrichten? wer ihnen die erste hl. Communion reichen? Es fehlen die Priester. Viele, viele Kinder werden gar nicht einmal getauft. Denkt euch, Kinder von katholischen Eltern!

Hört nun, wie traurig es in Hamburg, der größten Stadt der Missionen Deutschlands, aussieht, und zwar wollen wir nur von solchen Kindern sprechen, die katholische Eltern haben oder wenigstens einen katholischen Vater oder eine katholische Mutter. Mehr als 1000 dieser Kinder gehen alljährlich schon bei der Taufe der heiligen katholischen Kirche verloren. Jüngst hat der Vertreter des hl. Vaters in den nordischen Missionen, der apostolische Provikar, wie man den Bischof einer Mission nennt, dieses in öffentlichen Blättern kundgethan, vielleicht habt ihr's gelesen. — Ihr werdet nun fragen, ob dieser traurige Zustand der katholischen Kinder in jenen Gegenden schon lange gedauert hat. Leider ja, liebe Kinder, schon viele Jahre! Im Jahre 1892 haben unsere Missionspriester von den in Hamburg geborenen 1678 Kindern, von welchen wenigstens Vater oder Mutter katholisch waren, nur 594 aufgefunden, um ihnen die hl. Taufe spenden zu können; 545 sind von protestantischen Predigern getauft worden; die übrigen 539 sind gar nicht getauft, sind Heidenkinder von katholischen Eltern in Deutschland! Im Jahre zuvor, 1891, blieben 489 dieser Kinder katholischer Eltern ohne die hl. Taufe. Und das allein in Hamburg! Dazu kommen noch andere Städte, das Landgebiet der Mission und der Diaspora! Wie viele Heidenkinder!

Das Allertraurigste kommt aber noch. Von den Kindern, die in Hamburg getauft werden, kommen viele doch nicht zur ersten hl. Communion. Warum nicht? Weil sie nicht in der hl. Religion unterrichtet werden können. Solcher Kinder leben in Hamburg über 1000.

Ja, liebe Kinder, ich sehe die Thränen perlen in euren Augen. Am meisten rührt dieses Elend diejenigen von euch, welche bald das Glück haben werden, den lieben Heiland zum erstenmal zu empfangen, und auf den zitternden Lippen schwebt die Frage: „Wie können wir da helfen?“ — Antwort: Durch den Verein der hl. Kindheit. Hört einmal. Das Gebetchen, welches der Verein vorschreibt, müßt ihr von nun an mit gesteigerter Gewissenhaftigkeit und Inbrunst verrichten. Dann müßt ihr die monatliche Liebesgabe von 5 Pf., die ihr dem Jesukinde opfert, um 1 oder 2 Pf.

erhöhen. Wenn ihr nett sparsam seid, könnt ihr das wohl. Dem Herrn Director eures Vereins sagt ihr dann, das, was ihr über 5 Pf. gebt, sei von nun an für die katholischen Kinder in den Missionen Deutschlands bestimmt. Dieses möge er auch den Herren schreiben, denen er eure Liebesgaben zusendet, damit sie dieselben weiterbefördern. Wir, der Centralvorstand des Kindheit-Vereins für Deutschland, werden eurem Auftrage gemäß handeln und eure Gaben nach der Anweisung, welche unsere hochwürdigsten Herren Bischöfe uns geben, für die katholische Erziehung eurer Glaubens- und Altersgenossen in den Missionen und der Diaspora des deutschen Vaterlandes verwenden.

Noch Eines. Manche von euch bereiten sich vor auf die erste hl. Communion, auf den schönsten Tag des Lebens. Ich meine, die Communionskinder müßten etwas ganz Besonderes thun für die armen Kinder in den nordischen Missionen, die in der größten Gefahr sind, der großen Gnade der ersten hl. Communion verlustig zu gehen. Eure guten Eltern machen euch gewiß gern am Tage der ersten hl. Communion ein Geschenk. Wie wäre es, liebe Kinder, wenn ihr nun für den Tag von euren Eltern ein hübsches Geldgeschenk euch erbitten wolltet für die armen Kinder in den nordischen Missionen? Wie manchem armen Kinde könnte damit die Gnade der ersten hl. Communion verschafft werden! Welche Freude für das göttliche Kind, das für euch so gut gesorgt, wie würde es euch dafür segnen!

Für den Vorstand des Kindheit-Jesu-Vereins in Deutschland.

Birdman, Kapl., Schriftführer. Heinr. Oster, Rentant.

Im Anschluß hieran bemerken wir, daß der Fürstbischöfliche Ceremoniar, Geistliche Rath Sambale hiersebst, von dem Central-Vorstande des Kindheit-Jesu-Vereins bevollmächtigt worden ist, die in der Diöcese Breslau für die Kinder in der deutschen Diaspora eingehenden Gaben dem Fürstbischöflichen Stuhle zur Verwendung für die Diöcese Breslau zu überweisen.

Nr. 368. St. Josephs-Verein.

G. B. Nr. 194. XV. vom 4. December 1871. Siehe unten unter Abschnitt 15.

Nr. 369. Leo-Verein.

G. B. Nr. 236. V. vom 7. September 1885.

In Frankfurt a. M. hat sich unter dem Voritze des dortigen Stadtpfarrers und Geistlichen Rathes Herrn Münzenberger der Leo-Verein constituirt, welcher sich die Aufgabe stellt, dem drückenden Priesterangel durch Unterstützung würdiger, zum priesterlichen Beruf geneigter, talentvoller Knaben aus allen deutschen Diöcesen nach Kräften abzuhefen.

Indem wir diesen Verein im hohen Auftrage Sr. Fürstbischöflichen Gnaden empfehlen, bemerken wir, daß die Statuten von dem genannten Herrn Vorsizenden bezogen werden können.

Nr. 370. Mäßigkeits-Verein.

a) Statut der Gesellschaft der Enthaltfamkeit von gebrannten Getränken.

§ 1. Ein Jeder, welcher dieser Gesellschaft beitreten will, verpflichtet sich für sein ganzes Leben, sich aller und jeder gebrannter Getränke, als Branntwein, Araf, Rum, Spiritus, oder was daraus bereitet wird, zu enthalten.

§ 2. Jedes Mitglied verpflichtet sich ferner, Wein, Bier, Meth und dergleichen geadohrene Getränke nur mäßig zu genießen.

§ 3. Fernere Verpflichtung für jedes Mitglied ist, im Geiste christlicher Liebe aus allen Kräften dahin zu wirken, auch andere Personen, Freunde, Verwandte, Bekannte, insbesondere aber solche, welche der Trunkenheit sich ergeben haben, für den Verein zu gewinnen.

§ 4. Der Beitritt zum Vereine geschieht in folgender Weise:

Die Betreffenden melden sich bei dem Pfarrer des Ortes oder dessen Stellvertreter, welcher als das erste Mitglied des Vorstandes des Vereins anzusehen ist, und legen, nachdem dieser sie mit den Pflichten der Vereinsmitglieder bekannt gemacht hat, in dessen Hände und in der Regel vor dem Altare in der Kirche folgendes Nüchternheitsgelübde ab: Ich, N. N. verspreche vor Gott, der seligsten Jungfrau, vor meinem Schutzengel und der Kirche Gottes hiermit feierlich, mit Gottes Hilfe mich streng zu enthalten von allen gebrannten Getränken, mäßig zu sein in allen andern, und zu gleicher Nüchternheit aus allen Kräften auch meinen Nächsten zu bewegen. Züchtigung von Gott, Schande vor den Menschen und Ausstoßung aus der Bruderschaft würde ich verdienen, das erkenne und bekenne ich, wenn ich je dieses wohlbedacht gegebene, heilsame Versprechen leichtsinnig bräche.

§ 5. Ist die Aufnahme in vorstehender Weise erfolgt, so erinnert der Pfarrer das neue Mitglied, daß es mindestens alle Sonn- und Feiertage des Jahres das Gebet des hl. Bernardus: „Gedenke u.“ oder, wer nicht lesen kann, 3 Ave Maria zu beten habe, um dadurch an seine Vereinspflichten sich zu erinnern und die mächtige Fürbitte der hl. Jungfrau anzuflehen, auf daß sie ihm und allen Mitgliedern die Gnade der Standhaftigkeit bewirke.

§ 6. Hierauf wird das neue Mitglied in die Vereinsbücher eingetragen und demselben der Gelöbnißschein eingehändigt, auf welchem dieses Statut nebst dem Gebete des hl. Bernardus, sowie der Vor- und Zuname und der Tag der Aufnahme in den Verein eingetragen ist.

§ 7. Der Verein feiert das Fest Mariä Lichtmeß als sein Haupt- und Stiftungsfest mit Predigt und feierlichem Hochamt, an einem folgenden Tage aber wird ein feierliches Anniversarium für alle verstorbenen Mitglieder des Vereins, welche ihr Gelübde treu bis an ihr Lebensende gehalten haben, gelesen.

§ 8. Die Genehmigung dieser Statuten und die den Vereinsgliedern gewährten Ablässe sind in dem nachfolgenden Decret Sr. Heiligkeit Pius IX. vom 28. Juli 1851 enthalten.

Decret Sr. Heiligkeit Paps Pius IX.

Unser Herr und hl. Vater, Paps Pius IX., gern geneigt, die Wünsche Sr. Eminenz des Cardinal-Fürstbischofs von Breslau zu erfüllen, und voll der tröstlichen Hoffnung, daß die Gläubigen durch die Mäßigkeits-Vereine und frommen Genossenschaften von dem Laster der Trunkenheit abgehalten und zur Tugend der Mäßigkeit hingezogen werden, hat, nach Anhörung der Cardinäle der hl. römischen Kirche und auf den Rath dieser für die Angelegenheiten und Geschäfte der Bischöfe und Ordensgeistlichen niedergelegten heiligen Versammlung, den Mäßigkeits-

Berein unter dem Schutze der seligsten Jungfrau Maria zu einem wirklichen und wahren Verein, zu einer kirchlichen Genossenschaft und Bruderschaft, kraft dieses Decrets erhoben und für erhoben erklärt und die Statuten dieser Bruderschaft, wie solche im Vorstehenden enthalten sind, genehmigt und bestätigt; zugleich auch Sr. Eminenz, dem Cardinal-Fürstbischof von Breslau, die Vollmacht verliehen, noch weitere fromme Vereine und Genossenschaften, welche künftig unter demselben Titel und mit denselben Statuten rechtmäßig gegründet werden sollten, der vorerwähnten frommen Bruderschaft, unter Beachtung der kirchlichen Vorschriften, einzuverleiben und sie so der unten genannten Ablässe theilhaftig zu machen. Endlich hat Se. Heiligkeit, um der mehrfach erwähnten frommen Bruderschaft einen Beweis Seines vorzüglichen Wohlwollens zu geben, allen gläubigen Mitgliedern des Mäßigkeits-Vereins für ewige Zeiten die nachfolgenden Ablässe, welche auch den Verstorbenen zuwendet werden können, verliehen; als:

1. Vollkommenen Ablass am Tage der Aufnahme in die Mäßigkeits-Bruderschaft unter der Bedingung: daß die Aufzunehmenden reuig beichten, das hl. Sacrament des Altars empfangen, die Bruderschaftskirche des Ortes besuchen und einige Zeit dort nach der Meinung des hl. Vaters beten.

2. Vollkommenen Ablass am Titularfeste der Bruderschaft unter den bei Nr. 1 genannten Bedingungen.

3. Vollkommenen Ablass in der Sterbestunde, wenn der Sterbende die hl. Sterbesakramente würdig empfängt und die heiligsten Namen: Jesus und Maria, wenigstens im Herzen, anruft.

4. Ablass von sieben Jahren und sieben mal vierzig Tagen an denjenigen Festen im Jahre, welche der Diöcesan-Bischof, jedoch nur für ein Mal bestimmen wird, unter der Verpflichtung: die Bruderschaftskirche des Ortes zu besuchen und unter Beachtung der oben angeführten Bedingungen.

5. Ablass von 60 Tagen für jedes einzelne gute Werk.

6. Ablass von 300 Tagen für diejenigen Vereins-Glieder, welche Andere, die noch dem Trunke ergeben sind, von diesem Laster abwendig machen und sie bewegen, der Mäßigkeits-Bruderschaft beizutreten und die Verpflichtungen derselben fest und heilig zu halten.

7. Die Vergünstigung, daß alle Messen, welche in der Bruderschaftskirche des Ortes gelesen werden, dieselbe Wirkung haben sollen, als wenn sie an einem privilegierten Altare celebriert würden.

Dieses hat Se. Heiligkeit beschlossen, festgesetzt und bewilligt, ohne daß irgend Etwas dagegen sein könne.

Gegeben zu Rom im Sekretariat der erwähnten hl. Congregation der Bischöfe und Ordensgeistlichen, am 28. Juli 1851.

(L. S.)

Jos. Alphons Cardinal Orioli, Präfekt.

Daß vorstehende Statuten und das Decret mit dem lateinischen römischen Original genau und vollständig übereinstimmen, wird von Notariats wegen hierdurch bescheinigt und bestätigt.

Breslau, den 1. September 1851.

Dr. C. J. Herber, Dom-Capitular und apostolischer Notar.

Imprimatur. Wratislaviae, die 28. Novembris 1898.

Princeps Episcopus Georgius Card. Kopp.

b) Organisation. Fürstbischöflicher Erlaß vom 14. Februar 1900.

Im Anschlusse an meinen diesjährigen Fastenhirtenbrief wende ich mich an den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus mit der dringenden Bitte, der Verbreitung und Förderung der Mäßigkeitsbestrebungen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ueberall regt sich der Eifer, die Trunksucht, diesen gefährlichen Feind der menschlichen Gesellschaft, zu bekämpfen, und erst jüngst wieder ist nach dem Vorgange des schweizerischen Episcopates auch der bayerische auf diesen Kampfplatz getreten und hat die Gläubigen zu diesem Kampfe aufgerufen. Soll diejenige Diöcese zurückbleiben dürfen, von der einst die Mäßigkeitsbestrebungen in Deutschland ihren Ausgang nahmen und in der sie sich zu so schönen Blüthen entwickelten? Aber nicht allein in kirchlichen, auch in Laienkreisen haben diese Bestrebungen in neuerer Zeit großen Anklang gefunden und ergreifen alle Stände; darf die Kirche in einer so hochwichtigen, die Sittlichkeit und das christliche Leben so sehr beeinflussenden Sache ruhig zusehen?

Darum halte ich es für eine Ehrenpflicht des Breslauer Diöcesan-Clerus, der Sache der Mäßigkeit von neuem seine Mitarbeit zu widmen. Ich wünsche zunächst, daß er sich gegen die Laienbestrebungen nicht ablehnend verhalte, sondern sich diesen anschließe und auch geeignete Mitglieder seiner Pfarrgemeinden zum Anschlusse bewege. Diese Laienvereine haben neben der unmittelbaren Bekämpfung der Trunksucht noch die weitere Aufgabe, diesen Kampf in Gebiete hineinzutragen, wo sich der kirchliche Einfluß nicht wirksam genug geltend machen kann, insbesondere auf dem Gebiete der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung, sowie in denjenigen Kreisen, welche den kirchlichen Vereinen nicht beitreten.

Freilich liegt die eigentliche Aufgabe des Hochwürdigen Clerus auf dem religiösen Gebiete, und hier eine fruchtbringende Thätigkeit zu entfalten, kann bei dem frommen Sinne der Diöcesanen nicht schwer halten. Das Mittel zu einer erfolgreichen Einwirkung in der Mäßigkeitsbruderschaft ist vorhanden, und die Vergangenheit weist die schönsten Erfolge auf. Wenn diese in jüngster Zeit weniger hervortreten, sind wir zum Theil selbst daran schuld, da wir jenes Mittel nicht eifrig genug benutzt und gepflegt haben. Es ist daher nothwendig, diese Bruderschaft mit neuem Eifer in unsern Gemeinden zu verbreiten; sie ist das Werk eines der gefeiertesten Oberhirten der Diöcese Breslau, dessen Name noch immer mit Liebe und Ehrfurcht genannt wird; sie ist von der Kirche besonders anerkannt, von ihrem Segen begleitet und bietet allen Mitgliedern viele und große kirchliche Gnaden.

Um aber diese schöne und segensreiche Einrichtung von neuem zu beleben, wird es erforderlich sein, sie in ihrer äußeren Form den Ansprüchen der Zeit etwas anzupassen und ihrer äußeren Organisation eine größere Einheit zu geben.

Die einzelne Bruderschaft umfaßt für gewöhnlich den Bezirk einer Pfarrei; der Pfarrer ist der geborene Localdirector, dem sogenannte Zelatoren, von ihm aus den eifrigsten Mitgliedern der Gemeinde ausgewählt, helfend zur Seite stehen. Die Localdirectoren unterstehen in der Leitung der Bruderschaft dem Subdirector, der vom Ordinarius für einen größeren Bezirk ernannt wird. An der Spitze aller Bruderschaften der Diöcese steht ein vom Fürstbischof ernannter Diöcesandirector. Insbesondere haben nun

1. die Zelatoren die Mitglieder der Bruderschaft zu überwachen, sie zur Beharrlichkeit anzuregen, neue Mitglieder zu gewinnen und alle Vorgänge, die sich auf die Bruderschaft beziehen, dem Localdirector mitzutheilen. Auch haben die Zelatoren die Einladungen zu den Versammlungen und die Vertheilung der Vereinsblätter und Schriften zu besorgen.

2. Die Localdirectoren, für gewöhnlich also die Pfarrer, haben die Leitung und Aufsicht über die Bruderschaft, die Aufnahme und Entlassung, die Führung der Bruderschaftsverzeichnisse, die Vertheilung der Aufnahmezettel.

3. Den Subdirectoren liegt die Leitung und Beaufsichtigung sämtlicher Bruderschaften des ihnen überwiesenen Bezirkes ob. Sie versammeln wenigstens einmal im Jahre alle Localdirectoren zu gemeinschaftlichen Berathungen, haben das Recht, die einzelnen Bruderschaften zu visitiren, und die Pflicht, die Jahresberichte der Localdirectoren einzuziehen und ihrerseits wieder an den Diöcesan-Director Bericht zu erstatten. Für diese Berichte soll ein besonderes Formular vorbereitet werden.

4. Der Diöcesan-Director vermittelt den Verkehr der Bruderschaften mit den Diöcesanbehörden, besorgt die Errichtungs- und Aggregations-Urkunden, hat die Oberleitung und Oberaufsicht über alle Bruderschaften der ganzen Diöcese und nimmt die Berichte der Subdirectoren entgegen, die er zu seinem Jahresberichte an den Ordinarius benutz.

Indem ich mir die Ernennung zu den unter 3 und 4 genannten Stellen vorbehalte, will ich einstweilen zum Subdirector der ober-schlesischen Mäßigkeitsbruderschaften — also des Regierungsbezirkes Oppeln, Breslauer Diöcesananteils — hiermit den Pfarrer Kapitzka in Tichau ernennen, an welchen sich die Herren Pfarrer wegen Einführung bezw. Organisirung der Bruderschaft wenden wollen. Hierbei dürfte es sich empfehlen, möglichst durch Wanderprediger die Pfarrgemeinden dazu vorzubereiten, von welcher Maßregel um so mehr ein Erfolg zu erwarten ist, je mehr die Herren Pfarrgeistlichen selbst die Gläubigen dafür empfänglich machen.

Zur weiteren Pflege der Bruderschaft wird die Verbreitung von Vereinsblättern und Flugschriften dienen, die Belehrungen und Anregungen in der Mäßigkeitsache ertheilen; auch das katholische Sonntagblatt wird künftig in einer besonderen Beilage diesen Zweck verfolgen.

Nicht weniger wird ein reges Interesse an der Bruderschaft geweckt und erhalten werden, wenn die Localdirectoren sich angelegen sein lassen, die Bruderschaftsfeste mit möglichster Feierlichkeit zu begehen und dieselben benutzen, den Eifer der Mitglieder rege zu erhalten.

Ueber den Bezug der Berichtsformulare, der Aufnahmescheine und eines neu aufgelegten Handbüchleins der Bruderschaft wird weitere Mittheilung erfolgen.

An
den Hochwürdigsten Clerus der Diöcese Breslau
einschließlich der Delegation.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

c) Canonische Errichtung. G. B. Nr. 261a. V. vom 5. Februar 1890.

Von mehreren Archipresbyterats-Conventen ist an mich das Ansuchen ergangen, die Mäßigkeits-Vereine in der Diöcese gegenüber der wieder zunehmenden Trunksucht von neuem zu beleben und anzuregen. Wie der Hochwürdige Diöcesan-Clerus aus meinem diesjährigen Fastenhirtenbriefe ersieht, bin ich im Allgemeinen diesem Wunsche nachgekommen, und hege ich die Hoffnung, daß unter dem Segen Gottes diese Mahnung nicht unwirksam sein, vielmehr die seelsorgerlichen Bemühungen für die Mäßigkeits-Sache unterstützen werde. Auf letztere kommt es vor Allem an, und diese haben neben wiederholter Belehrung von der Kanzel besonders auf die Behandlung der Pönitenten und der Neocommunikanten sich zu richten. Die löbliche Sitte in manchen Gegenden, wonach die Neocommunikanten ohne Unterschied in die Bruderschaft aufgenommen werden, wünsche ich in alle Pfarreien meiner Diöcese eingeführt zu sehen, wobei ich hoffen darf, daß auch die Lehrer mitwirken werden, in den Schülern die Theilnahme für die Mäßigkeits-Vereine zu wecken.

Es erübrigt aber noch, auch nach einer anderen Richtung die Mäßigkeits-Sache in der Diöcese wieder zu beleben.

Auf das Gesuch meines hochseligen Amtsvorgängers, des Cardinals Melchior von Diepenbrock, wurden durch Decret des Papstes Pius IX. vom 28. Juli 1851 die damals in vielen Pfarreien Oberschlesiens durch den Eifer der Pfarrer gebildeten Enthaltensamkeits-Vereine zu einer kirchlichen Bruderschaft mit den für solche bestimmten Privilegien und Gnaden erhoben.

Zugleich wurde dem Fürstbischof von Breslau die Vollmacht erteilt, künftig zu errichtende neue Vereine dieser Bruderschaft anzuschließen.

Danach sind also die zum 28. Juli 1851 bereits gegründeten Mäßigkeits-Vereine durch jenes päpstliche Decret rechtmäßig errichtet und bestehen seitdem als kirchliche Bruderschaften. Die nach jenem Zeitpunkte ins Leben gerufenen Mäßigkeits-Vereine tragen aber nur in dem Falle jenen Charakter, daß sie wie jede andere Bruderschaft von dem Ordinarius canonisch errichtet und der Mäßigkeits-Bruderschaft aggregirt sind. Wo dieses nicht der Fall ist oder nicht durch die Erections-Urkunde nachgewiesen werden kann, sind jene Mäßigkeits-Vereine nur als bloße Vereine anzusehen und entbehren der kirchlichen Privilegien und Gnaden, weshalb die canonische Errichtung nachgeholt werden muß.

Ich beauftrage demnach den Hochwürdigen Pfarr-Clerus,

1. bei der Gründung neuer Mäßigkeits-Bruderschaften die canonische Erection und Aggregation bei mir zu beantragen;

2. da, wo eine solche bereits besteht, die Rechtmäßigkeit der canonischen Errichtung zu prüfen und darüber an mich Bericht zu erstatten.

Breslau, den 3. Februar 1890.

Der Fürstbischof.
† Georg.

d) Canonische Errichtung. G. B. Nr. 379. IV. vom 1. April 1901.

Georgius Kopp, divina miseratione et Sanctae Sedis Apostolicae gratia Tit. S. Agnetis extra muros S. R. E. Presbyter Cardinalis, Princeps Episcopus Wratislaviensis, eidem Sanctae Sedi immediate subiectus, S. Theologiae Doctor. — Jam die 28. m.

Julii a. 1851 f. r. Pius PP. IX. coetus quosdam in dioecesi Wratislaviensi ad retrahendos Christifideles ab ebrietatis vitio opera et studio Eminentissimi Praedecessoris Nostri Melchioris Cardinalis de Diepenbroek potissimum constitutos in veram et proprie dictam confraternitatem pro abstinencia a potu quovis cremato sub tutela Beatissimae V. Mariae erexit, ejusque statuta approbavit, et Episcopo Wratislaviensi facultatem tribuit alias confraternitates sub eodem titulo erigendas servata Bulla „Quaecumque“ Clementis PP. VIII. aggregandi eisque indulgentias eodem Apostolico Rescripto concessas communicandi, videlicet:

1. Indulgentiam plenariam die receptionis in praefatam Confraternitatem, dummodo iidem vere poenitentes et confessi ac S. Eucharistia refecti ecclesiam Sodalitii loci visitaverint, ibique juxta mentem Sanctitatis Suae per aliquod temporis spatium oraverint.

2. Indulgentiam plenariam die festo Titularis nempe Purificationis Beatissimae Mariae Virginis, vel juxta Apostolicum indultum d. d. 21. Januarii 1859 uno ex septem diebus continuis immediate subsequentibus uniuscujusque praefatorum Christifidelium arbitrio sibi eligendo, servatis conditionibus sub No. 1 expressis.

3. Indulgentiam plenariam in articulo mortis, dummodo rite, ut supra, dispositi Sanctissima Jesu et Mariae nomina saltem corde devote invocaverint.

4. Indulgentias septem annorum, ac totidem quadragenarum pro quatuor festis in anno ab Ordinario semel tantum designandis, dummodo ecclesiam Sodalitii loci, ut supra, visitaverint.

5. Indulgentiam sexaginta dierum pro singulis operibus piis.

6. Indulgentiam dierum trecentum ab iis Sodalibus lucrandam, qui ebrietati deditos ab hujusmodi vitio averterint, aut eos permoverint, ut pio Sodalitio adscribantur et obligationes illius firme et sancte observent.

7. Indultum, ut singulae Missae, quae in ecclesia Sodalitii loci pro defunctis Sodalibus offeruntur, suffragentur perinde ac si in altari privilegiato celebrentur.

Porro cum nulla certa societas designata esset, cui ceterae aggregarentur, dubiumque a Nobis expositum fuisset S. Congregationi Indulgentiarum et Ss. Reliquiarum, cui tandem societati aggregationes fieri deberent, an etiam extra dioecesim Wratislaviensem societates ejusdem finis et tituli Nostrae Confraternitati aggregari possent, an huic competeret nomen Archiconfraternitatis, et denique sanatio omnium erectionum et aggregationum dubie vel invalide hucusque factarum petita esset, haec eadem S. Congregatio die 15. Martii 1901 respondit:

1. „Posse Eminentissimum Episcopum Wratislaviensem enuntiatæ Societatis sedem principem figere ubicumque illi placuerit;

2. „Posse item eidem aggregare (servata Bulla „Quaecumque“ Clementis PP. VIII.) alios coetus; et quidem etiam extra suam Dioecesim;

3. „Quod vero ad Archiconfraternitatis titulum attinet, cum „f. r. Pius PP. IX., Societatem immediate erigens, eidem jura quae

„Archiconfraternitates constituunt, contulerit, haec Sacra Congregatio, vi facultatum sibi specialiter collatarum, declarat, Sodali-
tatem ipsam etiam titulum Archiconfraternitatis jure merito posse
sibi assumere;

4. „Denique, ubi dubium de canonica alicujus coetus vel erectione, vel aggregatione exoritur, ejusmodi erectio vel aggregatio renovetur, si commode fieri potest; sin minus, Eminentissimus Orator sanationem petet.“

Quapropter considerantes studium promovendae dilatandaeque piaae abstinenciae societatis a loco vulgo Deutsch-Piekar, dioecesis Wratislaviensis, exordium potissimum sumpsisse, tenore praesentium
pium coetum pro abstinentia a potu cremato in dicto loco jam diu
florentem in veram et propriam confraternitatem cum titulo Archiconfraternitatis pro abstinentia a potu quovis cremato sub titulo Purificationis Beatissimae V. Mariae et cum sede in ecclesia parochiali S. Nominis B. Mariae V. ejusdem loci erigimus et erectam declaramus, ipsique competere indulgentias privilegiaque supra enumerata, eidemque omnes alias quocumque loco sub eodem titulo erigendas vel erectas confraternitates ad hoc, ut indulgentiarum privilegiorumque, ut supra, participes fieri possint, esse aggregandas statuimus, decernimus, declaramus.

Directores vero hujus Archiconfraternitatis in ecclesia parochiali tit. S. Nominis B. Mariae V. loci vulgo Deutsch-Piekar tenore praesentis decreti canonice erectae designamus parochum sive rectorem dictae ecclesiae ejusque pro tempore successores et provisores cum facultate subdelegandi, ipsam Archiconfraternitatem Nobis ac Successoribus Nostris subijcimus ac subjectam declaramus juxta Constitutionem fel. rec. Clementis PP. VIII. d. d. 7. Decembris 1604 „Quaecumque“.

In quorum fidem praesentes manu propria subscriptas sigilloque Nostro munitas dedimus.

Wratislaviae, die 23. mensis Martii anni 1901.

Georgius Card. Kopp.

Indem ich vorstehendes Decret dem Hochwürdigem Pfarr-Clerus zur Kenntniß bringe, ordne ich an, daß für alle diejenigen Pfarrorte, in denen Mäßigkeits-Bruderschaften bestehen, deren canonische Errichtung sich nicht durch ein diesbezügliches Document nachweisen läßt, die Neuerrichtung mit der Aggregation an die Deutsch-Piekar'er Erzbruderschaft, und für diejenigen Pfarrorte, in denen die canonische Errichtung der Mäßigkeits-Bruderschaft durch eine Erectionsurkunde nachweisbar ist, nur die neue Aggregation an die Deutsch-Piekar'er Erzbruderschaft alsbald hier nachgesucht werde.

Ich bemerke, daß zur gültigen Aufnahme von Mitgliedern in die Mäßigkeits-Bruderschaft (wie bei allen wirklichen Bruderschaften) nach dem Decrete der hl. Ablatzcongregation vom 16. Juli 1887 die Einschreibung der Namen derselben in ein besonderes Bruderschaftsbuch ein wesentliches Erforderniß ist. Die materielle Einschreibung der Namen braucht aber nicht nothwendig durch den Rector der Bruderschaft, oder wer

sonst zur Aufnahme berechtigt ist (Delegirter des Rector), selbst zu geschehen, wenn nur der Rector bezw. dessen von ihm delegirter Stellvertreter die eigentliche Aufnahme, bei der die aufzunehmende Person gegenwärtig sein muß (S. Cong. Indulg. 13. April. 1879), persönlich vollzieht.

Breslau, den 23. März 1901.

Der Fürstbisch. of.
G. Card. Kopp.

e) Empfehlung. Fürstbischöflicher Erlaß vom 27. November 1899. Nr. 14.

Im Anschlusse an die oberhirtlichen Mahnungen wird der Hochwürdigen Pfarrgeistlichkeit die Verbreitung und Pflege der Mäßigkeits-Bereine dringend ans Herz gelegt¹⁾.

Nr. 371. St. Michaelis-Verein.

a) Einwendung der Vereinsbeiträge. G. B. Nr. 267. III. vom 23. December 1890.

Im Anschlusse an unsere Verordnung Nr. 266. IV. 6. machen wir die Diöcesan-Geistlichkeit darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung vom 31. December 1860 Nr. 125. I. die Beiträge für den St. Michaelis-Verein von den Herren Erzpriestern unter Specificirung der Gaben aus den einzelnen Pfarochieen vierteljährlich einzureichen sind²⁾, und daß nach der Verordnung vom 21. December 1881 Nr. 215. VIII. in Folge genauer Mittheilungen des Herrn Nuntius in Wien angeordnet worden ist, die große Nothlage des hl. Vaters den Gemeinden zum Bewußtsein zu bringen und den Sammlungen für den St. Michaelis-Verein eifrigst sich zu unterziehen, weil es eine heilige Gewissenspflicht für Priester und Laien ist, des hart bedrängten Papstes, an den bezüglich der Regierung große Ansprüche erhoben werden, in werththätiger Liebe eingedenk zu bleiben und von dem katholischen Glauben Zeugniß zu geben.

b) Jährliche Collecten an den Orten, wo der Verein nicht existirt.

G. B. Nr. 331. IV.

Die Bedrängniß, in welche der hl. Stuhl seit der frevelhaften Entreißung des Patrimonium Petri versetzt worden ist und die dem Oberhaupt der Christenheit dadurch bereitete Sorge für Aufbringung der zur Verwaltung der Kirche des Erdkreises erforderlichen, durch die Zeitverhältnisse sich immer mehr steigenden, insbesondere neuerdings zur Herbeiführung der Wiedervereinigung der schismatischen mit der römisch-katholischen Kirche aufzuwendenden Mittel, haben unseren hl. Vater bewogen, sich aufs Neue an die Bischöfe zu wenden, und dieselben zu veranlassen, die ihnen anvertrauten Gläubigen auf die Nothlage des hl. Stuhles aufmerksam zu machen, dieselben zur Theilnahme an dem St. Michaelis-Vereine anzuregen, bezw. ihnen die Spendung des Peterspfennigs, welcher in den letzten Jahren immer spärlicher geflossen, dringend ans Herz zu legen.

Se. Eminenz haben uns deshalb beauftragt, dem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus dies bekannt zu geben und gleichzeitig anzuordnen, daß in denjenigen Pfarreien, wo der St. Michaelis-Verein nicht eingeführt

¹⁾ Vgl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899 S. 36—41.

²⁾ und zwar an die Bisthumshauptkasse. G. B. Nr. 335. II.

ist und seine Einführung nicht angängig erscheint, wenigstens zwei Mal im Jahre eine Collecte für den hl. Vater gehalten werde.

Wir zweifeln nicht, daß die Gläubigen, obgleich ihre Opferwilligkeit ohnehin vielfach in Anspruch genommen wird, bei dem Hilferufe des hl. Vaters gern ihr Scherflein zu spenden sich bereit finden werden.

Die Herren Erzpriester ersuchen wir, die Erträge der Collecten bis spätestens Ende November jeden Jahres an uns einzusenden.

Nr. 372. Paramenten-Verein.

G. B. Nr. 144. II. vom 16. März 1863.

Auch in Unserer Diöcese hat sich nunmehr die Bruderschaft gebildet, deren Zweck die ewige Anbetung des Allerheiligsten Altarsakramentes und die Unterstützung armer Kirchen durch Paramente und Wäsche zc. ist, daher sie die Bruderschaft zur ewigen Anbetung des Allerheiligsten Sakramentes oder auch die Paramenten-Bruderschaft genannt wird. Approbirt und mit Ablässen von Sr. Heiligkeit ausgestattet, hat diese Bruderschaft ihren Hauptsitz in München, welcher sich die Unsere angeschlossen hat. Frau Baronin von Ohlen-Adlerskron¹⁾ hier selbst ist Präsidentin und Herr Geheimkämmerer Sr. Heiligkeit, Rath von Braunschweig²⁾, geistlicher Vorstand derselben, von welchem Letzteren Ein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ein Exemplar der Statuten und ein Verzeichniß der Ablässe erhalten wird. Gesuche um Unterstützung armer Kirchen können nach den Bestimmungen dieser Bruderschaft nur dann Berücksichtigung finden, wenn dieselben von Einem Hochwürdigem General-Vicariat-Amt beglaubigt sind. Indem Wir Wohl demselben hiervon Mittheilung machen, wünschen Wir, daß Ein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt sich der Prüfung und Beglaubigung der eingehenden Gesuche unterziehe und Unseren Hochwürdigem Diöcesan-Clerus wie von der Begründung und dem Zwecke dieser Bruderschaft, so von den nothwendigen Erfordernissen zur Erlangung der Vortheile und Unterstützungen derselben in geeigneter Weise benachrichtige.

Breslau, den 24. Februar 1863.

Fürst-Bischof.
+ Heinrich.

Nr. 373. Priester-Verein der Anbetung.

G. B. Nr. 291. IV. vom 15. Mai 1893.

Durch Decret vom heutigen Tage habe ich Herrn Pfarrer Augustin Kühn zu Lorzendorf, Post Mettkau, zum Diöcesan-Präsidenten des Vereins der „Priester der Anbetung“ ernannt. Ich wünsche diesem Vereine eine recht große Verbreitung unter den Priestern meiner Diöcese.

Breslau, den 15. April 1893.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 374. St. Raphael-Verein.

a) Statuten. G. B. Nr. 194. XIV. vom 4. December 1871.

Bei der diesjährigen General-Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Düsseldorf sind die Angelegenheiten des Comité's zur Obforge der deutschen Auswanderer, worüber wir der Diöcesan-Geistlichkeit in unserem Circular vom 16. October 1868 und der Verordnung Nr. 185. V. Mittheilungen gemacht, wiederholt Gegenstand reiflicher

¹⁾ Jetzt Fräulein Adele von Scholz. ²⁾ Jetzt Herr Domkapitular Scholz.

Discussionen gewesen, und konnte die Berichterstattung die erfreulichsten Resultate constatiren. Namentlich haben die in der citirten Verordnung erwähnten Legitimationskarten zur Empfehlung an die in Amerika bestellten Vertrauensmänner viel Segen gestiftet; mancher arme Auswanderer ist geistig und körperlich vom Untergange gerettet worden. Die Generalversammlung hat das bisherige Comité für die Auswanderer-Angelegenheit wieder gewählt. Dasselbe hat nun, um diese Sache zu fördern, sich an die hochw. Herren Bischöfe mit der Bitte gewendet, die Abhaltung einer Kirchen-Collecte, sowie die Einführung des Raphaels-Vereines in den Diöcesen zu genehmigen. Se. Fürstbischöfl. Gnaden haben dieser Bitte gewillfahrt und uns angewiesen, die erbetene Collecte für die deutschen Auswanderer auszuschreiben. Wir fordern daher die Herren Pfarrer und selbständigen Curaten auf, diese Collecte an einem der nächsten Sonntage abzuhalten und den Ertrag derselben durch die Herren Erzpriester in gewohnter Weise an uns einzusenden. Ebenso machen wir nachstehend die Statuten des Raphaels-Vereins bekannt und ermächtigen die Herren Pfarrer u. zur Einführung desselben unten den Gläubigen, mit dem Bemerken, daß etwa eingehende Beiträge der Mitglieder dieses Vereines ebenfalls an uns einzusenden sein werden.

Statuten für den St. Raphael-Verein.

Es wird ein Verein gebildet unter dem Schutze und dem Namen des hl. Erzengels Raphael, welcher sich zur Aufgabe stellt, für die religiös-sittlichen und thunlichst auch die materiellen Bedürfnisse der Auswanderer Sorge zu tragen und zunächst die Gründung von besondern Missionsstellen für die Auswanderer in den Einschiffungshäfen ins Auge faßt.

§ 1. Die Mitglieder des Vereines verpflichten sich zur Erreichung des genannten Zweckes des Vereines durch Gebet und Geldbeiträge zu wirken.

§ 2. Jedes Mitglied verpflichtet sich, täglich für den Zweck der Vereines zu beten: „Erhöre, o Herr, unsere Bitten und beschütze mit Deinem Segen die Reise Deiner Diener, auf daß sie in allen Wechselfällen des Weges und des Lebens sich Deines beständigen Schutzes erfreuen. Amen.“ Und „Heilige Maria, Beschützerin der Seefahrer, heiliger Raphael, bitte für uns!“ oder nur ein Vater unser und Ave Maria mit dem Zusatz: „Heiliger Erzengel Raphael, bitte für uns!“

§ 3. Jedes Jahr wird an allen Orten, wo der Verein besteht, am Feste des hl. Raphael, oder dem darauf folgenden Sonntage eine hl. Messe für die Mitglieder gelesen.

§ 4. Die beitragenden Mitglieder zerfallen in zwei Klassen, in wirkliche Mitglieder und Wohlthäter.

- a) Die Wohlthäter zahlen jährlich 4 Thaler und sind als solche in die Aufnahme-Listen als Gründer zu verzeichnen.
- b) Die Mitglieder zahlen wenigstens 10 Sgr. pro Jahr, also 10 Pf. oder 3 Kr. per Monat.
- c) Diejenigen, welche nur eine einmalige Gabe von 8 Thalern oder 14 Gulden entrichten, werden auch Theil haben an den geistlichen Vortheilen des Vereines.

§ 5. Die Gaben werden in den einzelnen Pfarreien von den Pfarrern und von den von denselben beauftragten Personen eingesammelt.

b) Jahrescollecte. G. B. Nr. 211. XVII. vom 12. Februar 1870.
Unten unter Abschnitt 15.

c) Vertrauensmann in Hamburg. G. B. Nr. 201. VII. vom 12. März 1873.

Dem Ehrwürdigen Curatelerus Unserer Diöcese machen Wir hiermit bekannt, daß es dem Comitee zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer gelungen ist, in Hamburg einen Vertrauensmann in Person des Herrn Theodor Meynberg, wohnhaft in Hamburg, Dornbusch Nr. 3, zu gewinnen, welcher die Aufgabe hat, die katholischen Auswanderer, welche mit Empfehlungskarten für New-York oder Baltimore versehen sind, mit Rath und That zu unterstützen. Derselbe wird sich zu den Zügen, mit welchen gewöhnlich Auswanderer in Hamburg eintreffen, auf dem betreffenden Bahnhofe befinden.

Da diese Einrichtung für die Auswanderer so günstig ist, so beauftragen wir die Herren Pfarrer, denjenigen, welche Empfehlungskarten von ihnen entnehmen, davon Kenntniß zu geben.

Breslau, den 25. Januar 1873.

Fürst-Bischof
† Heinrich.

d) Empfehlungskarten. G. B. Nr. 204. XI. vom 17. December 1873.

In einem Circular, welches der Präsident des Comitees zum Schutze der Auswanderer nach Amerika an die Vertrauensmänner in den einzelnen Diöcesen Deutschlands gerichtet hat, wird die wiederholte dringende Bitte ausgesprochen, den Ehrw. Clerus zu veranlassen, die Gemeindeglieder auf die Einrichtung aufmerksam zu machen, daß von dem oben genannten Comitee Empfehlungs-Karten für rechtlichaffene deutsche Auswanderer nach Amerika ausgegeben werden, welche ihnen den Schutz von zuverlässigen Agenten diesseits und jenseits des Oceans sichern. Unter Hinweis auf unsere Verordnung Nr. 197. VII.¹⁾ theilen wir der Ehrw. Diöcesan-Geistlichkeit mit, daß dem Herrn Domvicar Schmolke²⁾ kürzlich eine Anzahl derartiger sehr praktisch eingerichteter Empfehlungs-Karten für Auswanderer aus der Diöcese Breslau übermittelt worden ist, durch welchen dieselben zu beziehen sind. Im Interesse der armen Auswanderer wolle der Ehrw. Diöcesan-Clerus von dieser Einrichtung allgemeine Kenntniß geben²⁾.

Nr. 375. Rosenkranz-Verein und Rosenkranz-Bruderschaft.

Constitutio Apostolica Leonis P. P. XIII. de legibus, juribus et privilegiis.

G. B. Nr. 351. I. vom 15. December 1898.

Ubi primum, arcano divinae providentiae consilio, ad supremam Petri Cathedram fuimus evecti, oblato conspectu ingruentium in dies malorum, Apostolici muneris esse duximus expediendae salutis agitare consilia ac studere, quibus maxime modis Ecclesiae tutelae et catholicae fidei incolumitati prospici posset. — Inter haec ad magnam Dei Matrem eandemque reparandi humani generis consortem ultro animus convolvavit, ad quam trepidis in rebus confugere catholicis hominibus praeceptum semper ac solemne fuit. Cuius

¹⁾ Es wird dort der Geistlichkeit die kleine Schrift „Gute Rätze für Auswanderer“ empfohlen.

²⁾ Ist gestorben. Die Ernennung eines anderen Vertrauensmannes steht bevor.

fidei quam tuto sese crediderint, praeclara testantur ab ipsa collata beneficia inter quae plura constat fuisse impetrata per probatissimam illam precandi formulam titulo Rosarii ab eadem invectam et Dominici Patris ministerio promulgatam. — Solemnnes autem honores eo ritu Virgini habendos summi Pontifices decessores Nostri haud semel decrevere. Quorum Nos etiam aemulati studia, de Rosarii Marialis dignitate ac virtute satis egimus copiose, Encyclicis Litteris pluries datis, vel inde a kalendis Septembribus anni MDCCCLXXXIII, cohortantes fideles, ut, sive publice sive suis in domibus, saluberrimum hoc pietatis officium augustissimae Matri persolverent et Marianis ab eo titulo Sodalitatibus sese aggregarent. Ea vero omnia nuperrime, datis litteris die V. Septembris huius anni, veluti in unum collecta, paucis memoravimus; simulque consilium Nostrum patefecimus edendae Constitutionis de iuribus, privilegiis, indulgentiis, quibus gaudent qui piaei isti Sodalitati dederint nomina. Nunc vero ut rem absolvamus, votis obsecundantes Magistri generalis Ordinis Praedicatorum, Constitutionem ipsam edimus, qua leges de huiusmodi Sodalitate latas itemque beneficia recensentes a summis Pontificibus eidem concessa, modum decernimus quo in perpetuum salutifera haec institutio regatur.

I. Sacratissimi Rosarii Sodalitas in eum finem est instituta, ut multos fraterna caritate coniunctos per piissimam illam precandi formulam, unde ipsa consociatio nomen mutuatur, ad beatæ Virginis laudationem et eiusdem patrocinium unanimi oratione impetrandum alliciat. Quapropter, nullo quaesito lucro aut imperata pecunia, cuiusvis conditionis excipit homines, eosque per solam Rosarii Marialis recitationem mutuo devincit. Quo fit, ut pauca singuli ad communem thesaurum conferentes multa inde recipiant. Actu igitur vel habitu dum ex instituto Sodalitii suum quisque pensum recitandi Rosarii persolvit, sodales omnes eiusdem societatis mentis intentione complectitur, qui idem caritatis officium ipsi multiplicatum reddunt.

II. Sodalium Dominicanorum Ordo, qui, vel inde ab suo initio beatæ Virginis cultui maxime addictus, instituendae ac provehendae Sodalitatis a sacratissimo Rosario auctor fuit, omnia, quae ad hoc genus religionis pertinent, veluti hereditario iure sibi vindicat.

Uni igitur Magistro generali ius esto instituendi Sodalitates sacratissimi Rosarii: ipso a Curia absente, subeat Vicarius eius generalis; mortuo vel amoto, Vicarius generalis Ordinis. — Quamobrem quaevis Sodalitas in posterum instituenda, nullis gaudeat beneficiis, privilegiis, indulgentiis, quibus Romani Pontifices legitimam verique nominis Sodalitatem auxerunt, nisi diploma institutionis a Magistro generali vel a memoratis Vicariis obtineat.

III. Quae anteacto tempore Sodalitates sacratissimi Rosarii ad hanc usque diem sine Magistri generalis patentibus litteris institutae sunt, litteras huiusmodi intra anni spatium expediendas curent; interim vero (dummodo hoc uno tantum defectu laborent) sodalitates ipsas, donec eadem litterae expediantur, tamquam ratas et legitimas, ac privilegiorum, beneficiorum et indulgentiarum omnium participes, auctoritate apostolica benigne declaramus.

IV. Instituendae Sodalitati in designata aliqua ecclesia Magister generalis deputet per consuetas litteras sacerdotem sui Ordinis: ubi Conventus Sodalium Dominicanorum desint, alium sacerdotem episcopo acceptum. — Eidem Magistro generali ne liceat facultates, quibus pollet, in universum et absque limitatione committere Provincialibus, aliisve aut sui aut alieni Ordinis vel Instituti sacerdotibus.

Facultatem revocamus a fel. rec. Benedicto XIII. Magistris Ordinis concessam¹⁾, delegandi generatim Provincialis transmarinos. Indulgemus tamen, rei utilitate perspecta, ut earundem provinciarum prioribus, vicariis, praepositis missionalibus potestatem faciant instituendi certum Sodalitatum numerum, quarum accuratam rationem iis reddere teneantur.

V. Sodalitas a sacratissimo Rosario in omnibus ecclesiis publicisque aediculis institui potest, ad quas fidelibus accessus libere pateat, exceptis monialium aliarumque piarum mulierum vitam communiter agentium ecclesiis, prout sacrae romanae Congregationes saepe declararunt.

Quum iam ab Apostolica Sede cautum sit ne in uno eodemque loco plures existant sacratissimi Rosarii Sodalitates, Nos eiusmodi legem iterum inculcamus, et ubique observari iubemus. In praesenti tamen, si quo in loco plures forte existant, rite constitutae, sodalitates, facultas sit Magistro generali Ordinis ea de re pro aequitate iudicandi. Ad magnas vero urbes quod attinet, plures in iis, uti iam ex indulgentia provisum est, haberi possunt titulo Rosarii Sodalitates, ab Ordinariis pro legitima institutione Magistro generali proponendae²⁾.

VI. Quum nulla habeatur sacratissimi Rosarii Sodalitas princeps, cui aliae minores aggregentur, hinc nova quaevis huiusmodi consociatio per ipsam sui canonicam institutionem particeps fit indulgentiarum omnium ac privilegiorum, quae ab hac Apostolica Sede aliis per orbem sodalitatibus eiusdem nominis concessa sunt. — Eadem ecclesiae adhaeret, in qua est instituta. Quamvis enim Sodalitatis privilegia homines spectent, tamen indulgentiae complures, eius sacellum vel altare adeuntibus concessae, uti etiam privilegium altaris, loco adhaerent, ideoque sine speciali Apostolico indulto neque avelli possunt neque transferri. Quoties igitur Sodalitas, quavis de causa, in aliam ecclesiam deduci contigerit, ad id novae litterae a Magistro generali expetantur. Si autem, destructâ ecclesiâ, nova ibidem aut in vicinia aedificetur eodem titulo, ad hanc, quum idem esse censeatur locus, privilegia omnia atque indulgentiae transeunt, nullâ requisita novae sodalitatis institutione. — Sicubi vero, post institutam canonicè in aliqua ecclesia Sodalitatem, Conventus cum ecclesia Praedicatorum fuerit extructus, ad ecclesiam eius Conventus Sodalitas ipsa, prout de iure, transferatur. Quod si, peculiari aliquo in casu, de hac lege remittendum videatur, facultas esto Magistro generali Ordinis pro sua aequitate et prudentia opportune providendi; integro tamen sui Ordinis iure.

¹⁾ Constit. Pretiosus, die 26. Maii 1727. ²⁾ S. C. Indulg., die 20. Maii 1896.

VII. Ad ea, quae supra decreta sunt, quaeque naturam ipsam et constitutionem Sodalitatis attingunt, quaedam accedere poterunt, quae ad bonum societatis regimen conferre videantur. Integrum est enim sodalibus statuta sibi condere, sive quibus tota regatur societas, sive quibus aliqui ad peculiaria quaedam christianae pietatis officia, collatâ etiam pecuniâ, si placuerit, saccis assumptis vel secus, excitentur. Ceterum quaevis horum varietas non obest quominus indulgentiae possint acquiri a sodalibus, dummodo ea praestent, quae iis lucrandis ab Apostolica Sede praecepta sunt. Addita tamen huiusmodi statuta episcopo dioecesano probentur, eiusque moderationi maneant obnoxia; quod Constitutione Clementis VIII. Quaecumque sancitum est.

VIII. Rectorum electio, qui nempe Sodalitatis membra in piam societatem recipiant, eorum rosariis benedicant, omnibus denique fungantur muneribus praecipuis, ad Magistrum generalem vel eius Vicarium, uti antea, spectet: de consensu tamen Ordinarii loci, pro ecclesiis clero saeculari concredit.

Quo autem Sodalitati conservandae melius prospiciatur, Magistri generales ei rectorum praeficiant sacerdotem aliquem, in ecclesia, ubi est instituenda Sodalitas, certo munere fungentem vel certo fruentem beneficio, illiusque in hoc sive beneficio sive munere in posterum successores. Si, qualibet ex causa, desint, Episcopis, uti iam est ab hac Apostolica Sede sancitum¹⁾, facultas esto ad id muneris deputandi parochos pro tempore.

IX. Quum haud raro peropportuno, quin etiam necessario videatur, ut sacerdos alius legitimi rectoris loco nomina inscribat, coronis benedicat aliaque praestet, quae ad ipsius rectoris officium pertinent, Ordinis Magister rectori facultatem tribuat subdelegandi, non generatim quidem, sed in singulis casibus, alium idoneum sacerdotem, qui eius vices gerat, quoties iusta de causa id opportunum iudicaverit.

X. Item, ubi Rosarii Sodalitas eiusque rector institui nequit, Magistro generali facultas esto designandi alios sacerdotes, qui fideles, indulgentias lucrari cupidos, Sodalitati propinquiore aggregent, et Rosariis benedicant.

XI. Formula benedicendi Rosarii, seu Coronae, usu sacrata, inde a remotis temporibus in Ordine Sodalium Dominicanorum praescripta et in appendice romani Ritualis inserta, retineatur.

XII. Etsi quovis tempore nomina possint legitime inscribi, optandum tamen ut solemniior illa receptio, quae, sive primis cuiusque mensis dominicis, sive in festis maioribus Deiparae haberi solet, apprime servetur.

XIII. Unicuique sodalibus impositum onus, citra tamen culpam, est Rosarium unaquaque hebdomada cum quindecim mysteriorum meditatione recitandum.

Ceterum sua Rosario genuina forma servetur, ita ut coronae non aliter quam ex quinque aut decem aut quindecim granorum

¹⁾ S. C. Indulg., die 8. Jan. 1861.

decadibus coalescant: item ne aliae cuiusvis formae rosarii nomine appellentur; denique ne humanae reparationis mysteriis contemplandis, usu receptis, meditationes aliae sufficiantur, contra ea, quae iamdiu ab hac Apostolica Sede decreta sunt, id est, qui ab his consuetis mysteriis meditandis recesserint, eos Rosarii indulgentias nullas lucrari¹⁾.

Sodalitatum rectores sedulo curent ut, si fieri possit, quotidie, vel saltem quam saepissime, maxime in festis beatae Virginis, ad altare eiusdem Sodalitatis, etiam publice Rosarium recitetur; retenta consuetudine huic Sanctae Sedi probata, ut per gyrum cuiuslibet hebdomadae singula mysteria ita recolantur: gaudiosa in secunda et quinta feria: dolorosa in tertia et sexta: gloriosa tandem in dominica, quarta feria et sabbato²⁾.

XIV. Inter pios Sodalitatis usus merito primum obtinet locum pompa illa solemnis, qua, Deiparae honorandae causa, vicatim proceditur, prima cuiusque mensis dominica, praecipue vero prima Octobris; quem morem, a saeculis institutum, S. Pius V. commendavit, Gregorius XIII. inter laudabilia instituta et consuetudines Sodalitatis recensuit, multi denique summi Pontifices indulgentiis locupletarunt³⁾.

Ne autem huiusmodi supplicatio, saltem intra ecclesiam, ubi temporum iniuria extra non liceat, unquam omittatur, privilegium a Benedicto XIII. Ordini Praedicatorum concessum, eam transferendi in aliam dominicam, si forte ipso die festo aliqua causa impediatur⁴⁾, ad omnes Sodalitatum sacratissimi Rosarii rectores extendimus.

Ubi autem propter loci angustiam et populi accursum ne per ecclesiam quidem possit ea pompa commode duci, indulgemus, ut, per interiorem ecclesiae ipsius ambitum sacerdote cum clericis piae supplicationis causa circumeunte, Sodales, qui adstant, indulgentiis omnibus frui possint eidem supplicationi adnexis.

XV. Privilegium Missae votivae sacratissimi Rosarii, Ordini Praedicatorum toties confirmatum⁵⁾, servari placet, atque ita quidem ut non solum Dominiciani sacerdotes, sed etiam Tertiarii a Poenitentia, quibus Magister generalis potestatem fecerit Missali Ordinis legitime utendi, Missam votivam „Salve Radix Sancta“ celebrare possint bis in hebdomada, ad normam decretorum S. Rituum Congregationis.

Ceteris vero sacerdotibus in Sodalium album adscitis, ad altare Sodalitatis tantum Missae votivae celebrandae ius esto, quae in Missali romano pro diversitate temporum legitur, iisdem diebus ac supra et cum iisdem indulgentiis. Harum indulgentiarum sodales

¹⁾ S. C. Indulg., die 13. Aug. 1726. ²⁾ S. C. Indulg., die 1. Jul. 1839 ad 5.

³⁾ S. Pius V. Consueverunt, die 17. Sept. 1569; Gregorius XIII. Monet Apostolatus, die 1. Apr. 1573; Paulus V. Piorum hominum, die 15. Apr. 1608.

⁴⁾ Constit. Pretiosus, die 26. Maii 1727, § 18.

⁵⁾ Decr. S. C. Rit., die 25. Jun. 1622; — Clemens X. Caelestium munerum, die 16. Febr. 1671; Innocentius XI. Nuper pro parte, die 31. Jul. 1679, cap. X, nn. 6 et 7; Pius IX. in Summarium Indulg., die 18. Sept. 1862, cap. VIII, nn. 1 et 2.

etiam e populo participes fiunt, si ei sacro adstiterint, culpisque rite expiatis vel ipsa confessione vel animi dolore cum confitendi proposito, pias ad Deum fuderint preces.

XVI. Magistri generalis curâ et studio, absolutus atque accuratus, quamprimum fieri potest, conficiatur index indulgentiarum omnium ¹⁾, quibus romani Pontifices Sodalitatem sacratissimi Rosarii, ceterosque fideles illud pie recitantes cumularunt, a sacra Congregatione Indulgentiis et SS. Reliquiis praeposita expendendus et Apostolica auctoritate confirmandus.

Quaecumque igitur in hac Apostolica Constitutione decreta, declarata, ac sancita sunt, ab omnibus ad quos pertinet servari volumus ac mandamus, nec ea notari, infringi et in controversiam vocari posse ex quavis, licet privilegiata causa, colore et nomine: sed plenarios et integros effectus suos habere, non obstantibus praemissis et, quatenus opus sit, Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, Urbani VIII. aliisque apostolicis, etiam in provincialibus ac generalibus Conciliis editis Constitutionibus, nec non quibusvis etiam confirmatione apostolica vel quavis alia firmitate roboratis statutis, consuetudinibus ac praescriptionibus: quibus omnibus ad praemissorum effectum specialiter et expresse derogamus et derogatum esse volumus, ceterisque in contrarium facientibus quibuscumque.

Datum Romae apud Sanctum Petrum anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo nonagesimo octavo, sexto nonas Octobris, Pontificatus Nostri anno vicesimo primo.

C. Card. Aloisi Masella, Pro Dat. — A. Card. Macchi.

Loco † Plumbi.

Visa De Curia I. de Aquila e Vicecomitibus.

Reg. in Secret. Brevium.

I. Cugnionius.

Nr. 376. St. Franz-Xaverius-Missions-Verein.

a) Aufnahme-Scheine. G. B. Nr. 261a. IV. vom 5. Februar 1890.

Für die Mitglieder des St. Xaverius-Vereins zur Verbreitung des Glaubens sind mir sieben Aufnahme-Scheine zugegangen, welche, kunstvoll ausgestattet, ein Verzeichniß der zahlreichen vollkommenen Ablässe enthalten. Mitglied des Vereins wird schon bekanntlich, wer außer dem täglichen Gebete nur ein Almosen von wöchentlich 4 Pfennigen oder jährlich 2 Mark 8 Pfennige für den Verein zu entrichten, übernimmt. Die Herren Geistlichen und die frommen Einsammler der Vereinsbeiträge erhalten durch meine Geheime Kanzlei die Aufnahme-Scheine für die Mitglieder in der nöthigen Anzahl unentgeltlich.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 29. Januar 1890.

† Georg.

b) Privilegia für Priester. G. B. Nr. 268. III. vom 23. Januar 1891.

Von dem Centralrathe des St. Xaverius-Missions-Vereins werden mir sieben in einer amtlichen Sammlung reichen Inhaltes

¹⁾ Dieser Index indulgentiarum ist inzwischen erschienen und in G. B. Nr. 361. I. abgedruckt. Siehe unten unter „Nachtrag“.

die Privilegia et Potestates a Sancta Sede concessa cunctis Sacerdotibus qui pio operi propagationis fidei operam suam impendunt für die Herren Geistlichen zur Verfügung gestellt. Gern werde ich aus meiner Geheimen Kanzlei die Urkunden, mit meiner besonderen Zu-eignung versehen, zu frommer Förderung des Werkes entnommen wissen.

Auch von den einladenden schönen Aufnahme-Scheinen für die Mitglieder des Vereins (General-Vicariat-Verordnung Nr. 261a. IV.) ist noch ein Vorrath vorhanden.

Breslau, den 15. Januar 1891.

Der Fürstbischof.
† Georg.

c) Einsendung der Beiträge. G. V. Nr. 309. II. vom 15. Juni 1895.

Unter Bezugnahme auf die Verordnungen Nrn. 261a. IV. und 268 III. betreffend die Aufnahme-Scheine für die Mitglieder des St. Kaverius-Vereins zur Verbreitung des Glaubens, sowie die Privilegia et Potestates Sacerdotibus concessa mache ich aufmerksam, daß nicht an auswärtige Stellen, sondern — der mit dem Centralrathe des Vereins getroffenen Vereinbarung gemäß — an meine hiesige Bisthums-Hauptkasse nach wie vor die gesammelten Vereins-Beiträge zu senden sein werden.

Breslau, den 6. Juni 1895.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 377. Sammel-Verein für Schlesien.

G. V. Nr. 237. IV. vom 9. Februar 1886.

Unter dem Voritz des Herrn Rechtsanwalts Werner hierselbst hat sich ein katholischer Sammel-Verein für die Provinz Schlesien gebildet, dessen Zweck dahin geht, durch Sammlung von Geldbeiträgen und an sich werthlosen Gegenständen Mittel zur Förderung der katholischen Waisen-, Kranken- und Armenpflege aufzubringen. Der Verein verdient die wärmste Theilnahme und die thatkräftige Unterstützung meines hochwürdigen Diöcesan-Clerus. Ich zweifle auch nicht, daß mein hochwürdiger Clerus mit regem Eifer die Bestrebungen des Vereins fördern werde. Es wird darum genügen, wenn mein hochwürdiges General-Vicariat-Umt, worum ich ersuche, diese meine Verfügung in den amtlichen Verordnungen bekannt macht.

Breslau, den 24. October 1885.

Fürst-Bischof.
† Robert.

Nr. 378. Arbeiter-Vereine.

a) Pastorale vom 3. Februar 1890.

Ehrwürdige Mitbrüder! Eine Anzahl katholischer Männer aus allen Theilen des Reiches, die sich zur Förderung der sittlichen wie materiellen Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung vereinigt haben, hat in den jüngsten Tagen auf das ernste Gesicht hingewiesen, welches Gegenwart und Zukunft uns zeigen; auf die steigende Zahl gewissenloser Agitatoren, die Haß und Feindschaft unter den Arbeitern schüren und nicht das wahre Interesse der Arbeiter, sondern ganz andere Zwecke im Auge haben, zu denen die Arbeiter mißbraucht werden sollen; auf das heranwachsende glaubenslose Geschlecht, in welchem die Erkaltung des religiösen Sinnes, die Lockerung des Familienlebens, die Trunksucht, der Geist der Auflehnung gegen Eltern und Vorgesetzte immer mehr an Boden ge-

winnen. In der Rückkehr zum Christenthume finden jene wahren Arbeiterfreunde mit Recht den einzigen Rettungsweg und rufen zu dem gemeinsamen Rettungswerke Alle auf, denen das Wohl der Menschheit am Herzen liegt.

Auch an die Kirche und die Seelsorge wendet sich ihr ernstester Aufruf; darf ich denselben angesichts der Lage meiner eigenen Diocese überhören?

Erinnert Euch, ehrwürdige Mitbrüder, der eindringlichen Mahnung, mit welcher das Oberhaupt der Kirche die Fürsorge für die Arbeiterbevölkerung in dem herrlichen Rundschreiben vom 20. April 1884 „*Humanum genus*“ empfahl. „*Diejenigen*,“ so rief uns der hl. Vater zu, „welche vom Lohne ihrer Handarbeit ihr armes Leben fristen, sind ja zunächst eben durch ihre Lage vor allen Andern der Liebe und des Trostes besonders würdig; sie sind aber auch den Lockungen derjenigen, welche Ränke und List anwenden, besonders zugänglich. Darum sind sie mit möglichst großem Wohlwollen zu unterstützen und zu ehrenhaften Verbindungen einzuladen, damit sie nicht zu schändlichen verleitet werden. Es gereicht uns zur großen Freude, daß schon an manchen Orten solche Vereine gegründet sind, und daß man durch dieselben sich bemüht, die achtbare arme Klasse zu unterstützen, ihren Kindern und Familien Hilfe und Schutz angedeihen zu lassen, und bei ihnen Liebe zur Frömmigkeit, Kenntniß in der Religion und Unbescholtenheit der Sitten zu fördern.“

In diesen Worten findet sich das ganze Programm der Arbeitervereine. Wohl will der hl. Vater die Bestrebungen derselben auch auf die Förderung der materiellen Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung, auf die Hebung ihrer materiellen Lage gerichtet wissen; aber als die Hauptaufgabe gilt ihm mit Recht die sittlich-religiöse Hebung derselben, und diese fällt vorzugsweise der Kirche zu.

Dieser Mahnung des Oberhauptes der Kirche entsprechend hat denn auch mein verehrtester Vorgänger, der Fürstbischof Robert, in seinem herrlichen Fastenhirtenbriefe vom Jahre 1885 zur Gründung von Arbeitervereinen aufgefordert. Der Erfolg hat den Erwartungen freilich bislang nicht entsprochen; nur in Breslau und Reisse haben sich solche Vereinigungen gebildet; gerade da aber, wo die Verhältnisse solche dringend fordern, ist ihre Bildung unterblieben oder hat sich dem kirchlichen Einflusse entzogen. Nun weiß ich wohl, was diese Zurückhaltung des hochwürdigen Clerus veranlaßt hat — es ist nicht allein die erdrückende Arbeitslast, welche auf seinen Schultern in Folge der so sehr verminderten Zahl der Seelsorger ruht, es sind auch manche bittere und trübe Erfahrungen der Vergangenheit: die Herabminderung des seelsorgerlichen Ansehens, die reiche Ernte von Undank und Verkennung, das Mißtrauen und der Argwohn gegen die bestgewollten Bestrebungen! Ich beklage dieses Alles mit dem hochwürdigen Clerus; ich beklage mit ihm die Kurzsichtigkeit, welche in der Bekämpfung des seelsorgerlichen Einflusses einen Gewinn für das Gemeinwohl zu finden glaubte; ich beklage den Undank und die Verkennung, welche den aufreibenden Arbeiten des Clerus für die höchsten Güter der Menschheit zu Theil wurden; ich beklage den Argwohn und das Mißtrauen, welche die allein den religiös-sittlichen Interessen geltenden Bestrebungen oft begleiten.

Allein die Empfindungen, welche diese Erfahrungen hinterlassen haben, dürfen niemals stärker sein als unser Pflichtgefühl, und der Druck derselben darf uns nicht gleichgültig machen gegen die Gefahren, welche die unserer Sorge anvertrauten Heerden bedrohen, auch selbst dann nicht, wenn wir diese Gefahren, ohne Gehör zu finden, vorausgesagt hätten. Nun droht aber den heutigen Bestrebungen der Arbeiter die große Gefahr, daß sie immer mehr und mehr auf der Bahn lediglich materieller Interessen hinabgleiten und aller höheren Ziele wie auch sittlichen Mittel entkleidet werden. Gewiß wird diese Gefahr wachsen, wenn der seelsorgerliche Einfluß sich von den Arbeitern und ihren Vereinigungen zurückhält oder die Leitung derselben aus der Hand giebt und den Händen überläßt, welche die Arbeiter nur zu Werkzeugen ihrer verderblichen Pläne mißbrauchen wollen.

Wir können also, ehrwürdige Mitbrüder, die ernststen Mahnungen nicht überhören, welche das Oberhaupt der Kirche, verständige und wahre Freunde der Arbeiterbevölkerung und vor Allem die gegenwärtige Lage an uns richtete. Wir müssen in den Wettkampf mit eintreten, der in der Arbeiterbevölkerung entbrannt ist zwischen Glauben und Unglauben, zwischen wahren und falschen Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter; wir dürfen uns die Führerschaft nicht entreißen lassen, wo es sich um die höchsten Güter und die heiligsten Interessen der Menschheit handelt; wir dürfen nicht abwartend zur Seite treten, wo wir sehen, wie den uns anvertrauten Heerden die Gefahr droht, auf falsche Wege geleitet zu werden und die Führung mit christlichen Grundsätzen und christlicher Sitte allmählich zu verlieren.

Wo immer demnach die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, da gründet Arbeiter-Vereine; die in Bildung begriffenen nehmen unter Eure Obhut und Fürsorge und die schon bestehenden zieht an Euch heran. Im Allgemeinen wird jeder einzelne Verein sich an den Pfarrbezirk anzuschließen haben. Wie sodann die einzelnen Vereine mit einander in Verbindung treten, ob es sich empfiehlt, einzelne Vereinsgruppen zu bilden und alle Gruppen zu einem Central-Verbande der Diöcesan-Vereine zusammen zu fassen, kann vorbehalten bleiben.

Was aber die Vereinsarbeit selbst angeht, so ist selbstverständlich die wichtigste und Hauptaufgabe, wie der hl. Vater sagt, die Liebe zur Frömmigkeit, die Kenntniß der Religion, die Unbescholtetheit der Sitten zu fördern. Jeder Versuch zur Besserung der socialen Verhältnisse ohne religiöses Leben und christliche Moral ist erfolglos; darum müssen die Arbeiter vor Allem durch ihren Verein zu einem wahrhaft religiösen Leben und einer streng moralischen Haltung angeleitet werden. Dieses wird erstrebt durch gemeinsame Andachten, durch gemeinsamen Sacramentenempfang, durch öftere Unterweisungen über ihre Christen- und Standespflichten und durch periodische Belegung des religiösen Lebens (Missionen).

Es wird jedoch nicht genügen, die Kenntniß und Uebung der Religion zu fördern und zu erweitern; die Arbeiter müssen heutzutage auch über ihre irdischen Verhältnisse, über ihre materielle Lage, ihre Aussichten und Hoffnungen belehrt werden. Gegenüber den Täuschungen und Hirngespinnsten, mit denen socialistische Agitatoren an sie herantreten, ist es unerlässlich, daß die Arbeiter über die Grundirrhümer der socialistischen

Lehren, über die Richtigkeit und Hohlheit ihrer Verheißungen, über die letzten Ziele jener Verführer unterwiesen, dahingegen auf die christliche Auffassung der Arbeit, auf den wahren Werth derselben, auf die wichtige und achtbare Stellung des Arbeiterstandes in der göttlichen Weltordnung hingewiesen werden. Auch dem Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber muß eine sorgfältige und nach beiden Seiten hin vorsichtige Aufmerksamkeit gewidmet werden, und rathend wie helfend soll der Arbeiter-Verein diesen wichtigen Beziehungen gegenüber stehen.

Man muß ferner, fährt der hl. Vater fort, den Kindern und der Familie Schutz und Hilfe angedeihen lassen. Und in der That, je glücklicher das Familienleben ist, desto festern Halt gewährt dasselbe gegen alle Versuchungen. Es gilt daher, das Familienleben des Arbeiterstandes vor Gefahren zu schützen durch Bekämpfung der Trunksucht und des Wirthshausgehens — darüber habe ich bereits bei einer anderen Gelegenheit mich ausgesprochen — durch Fernhaltung aller Feinde des häuslichen Friedens und der ehelichen Einigkeit. Es gilt das Familienleben zu heben durch Ausbildung der jungen Mädchen und angehenden Hausfrauen in den sogenannten Haushaltungsschulen, durch Förderung aller für die Lebens- und Haushaltsführung nützlichen Wohlfahrtseinrichtungen, durch Empfehlung und Vermittelung des Sparwesens. Es gilt die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gut zu leiten und zu überwachen, sie über ihre Pflichten und die Wege zu einem glücklich-irdischen wie ewigen Leben zu unterrichten, sie von zu frühen Heirathen zurückzuhalten und darum vor leichtsinnigen Bekanntschaften und zu freiem Umgange rechtzeitig zu warnen. Es gilt auch der kleinen Arbeiterkinder sich anzunehmen und in Bewahrschulen ihnen Schutz und Fürsorge und Anleitung an Ordnung, Gehorsam, gesittetes Betragen zu Theil werden zu lassen. Und da im Menschen das Bedürfniß nach geselliger Freude nicht verkannt werden darf, muß sowohl der Jugend wie auch den Familien zuweilen Gelegenheit zu einer anständigen Erholung in einer gemeinsamen Festlichkeit gewährt werden.

Endlich erinnert auch der hl. Vater an die Nothwendigkeit, die achtbare arme Klasse der Arbeiter zu unterstützen. Auch dieses gehört zu den Aufgaben des Arbeiter-Vereins; er muß hilfsbedürftige und würdige Arbeiter unterstützen, arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu vermitteln suchen, in Unfällen und Krankheiten die Hilfe ergänzen, welche aus öffentlichen Kassen geleistet wird — kurz nicht allein der Noth vorbeugen, sondern auch da, wo sie eingezogen ist, dieselbe lindern.

Es ist ein großes Arbeitsfeld, erwürdige Mitbrüder, welches sich den Arbeiter-Vereinen eröffnet, und ich sollte im Hinblick auf die erdrückenden Anforderungen, welche die Seelsorge bereits an Euch stellt, billigerweise Bedenken tragen, Euch auf dieses Arbeitsfeld zu führen, ohne daß ich zugleich Euch Hilfe gewährte. Letzteres kann ich nicht, wie ihr selbst wißt; aber gleichwohl bitte ich Euch, die Fürsorge für die Arbeiter-Vereine nicht von Euch zu weisen. Urtheilet selbst, ob dieselbe ein unwichtiger Theil Eurer seelsorglichen Aufgaben ist, und danach entscheidet, wie viel an Zeit und Kraft Ihr dieser Fürsorge widmen müßt. Die Herren Erzpriester werden in ihre Visitationsberichte den Erfolg Eurer Bemühungen aufnehmen.

Breslau, den 3. Februar 1890.

Der Fürstbischof. † Georg.

b) Fürstbischöfliches Circular vom 8. März 1890.

In Folge meines Pastoral Schreibens vom 3. Februar d. J. sind zu meiner großen Freude an mehreren Orten Seitens des hochwürdigen Clerus bereits einleitende Schritte geschehen, um die Gründung von Arbeitervereinen zu bewerkstelligen. Ich wünsche von Herzen, daß diese Bemühungen von bleibendem Erfolge gekrönt werden, und ermahne nochmals, der Gründung und Pflege dieser Vereine die möglichste Förderung angedeihen zu lassen. Denn der Aufgabe, die Interessen des Arbeiterstandes mit besonderer Fürsorge im Auge zu behalten und zu fördern, kann sich der Seelsorger um so weniger entziehen, als von anderer Seite Alles versucht wird, um die Arbeiter von der treuen Anhänglichkeit an die Kirche abwendig zu machen. Diese Aufgabe fällt mit den Pflichten der Seelsorge zusammen. Die Mittel und Wege, den seelsorgerischen Einfluß zum Heile des Volkes auszuüben und geltend zu machen, haben sich mit dem Wechsel der Zeiten geändert. In unseren Tagen ist es meist unmöglich, den Arbeiterstand für die Segnungen der Kirche zugänglich zu machen, ohne mit demselben auch außerhalb des Gotteshauses in Vereinen, welche die Standesinteressen zu wahren und zu fördern suchen, in steter Verbindung zu bleiben.

Ich zweifle nicht, daß mein hochwürdiger Clerus diese meine Anschauungen vollständig theilt und es darum freudig begrüßen wird, wenn ich ihm die Gelegenheit biete, über die Lösung seiner socialen Aufgaben in Berathung zu treten, um alsdann das, was sich bei gewissenhafter und von Seeleneifer getragener Erwägung der Verhältnisse als zweckmäßig, rathlich und nothwendig herausstellt, mit muthigem Gottvertrauen auszuführen. Ich bestimme daher, daß bei den diesjährigen Archipresbyterats-Conventen über die nachstehende hochwichtige Frage berathen werden soll:

Wie kann und soll der Clerus seine Aufgabe in der Arbeiterfrage lösen?

Wenn ich dieses Thema zur Berathung für die Convente ausschreibe, so wünsche ich nicht bloß, daß sich der hochwürdige Clerus theoretisch über seine Pflichten klar werde, sondern ich hoffe bestimmt, daß in jedem Archipresbyterat diejenigen praktischen Maßnahmen zur Besprechung und zur Ausführung gelangen werden, die sich unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse als Mittel zur Lösung dieser Aufgabe ergeben. In den Berathungen ist sonach das Hauptgewicht auf das Letztere zu legen. Dieselben werden sich mit nachstehenden Punkten befassen müssen:

1. Welche Einrichtungen in der Abhaltung des Gottesdienstes sind zu treffen, um den Besuch des Gottesdienstes seitens der Arbeiter zu fördern?
2. Welche Wohlfahrtseinrichtungen sind zum Besten der Kinder der Arbeiterfamilien zu treffen?
3. Ist es möglich, Vereine für den Arbeiterstand zu gründen? Und zwar:
 - a. Arbeiter-Vereine,
 - b. Arbeiterinnen-Vereine,
 - c. Vereine für jugendliche Arbeiter?

4. Dem Clerus ist die Kenntniß der staatlichen socialen Gesetzgebung nothwendig.

ad 1. Die erste Aufgabe des Seelsorgers ist die Pflege des religiösen, kirchlichen Lebens. Er wird daher Alles aufbieten müssen, um seine dem

Arbeiterstände angehörigen Pfarrkinder im kirchlichen Leben zu erhalten und die demselben entfremdeten wieder zu gewinnen. Es ist zu erwägen, ob nicht hier und da die Gottesdienste so gelegt werden sollen, daß sie von Arbeitern leichter besucht werden können. An einem Orte der Diöcese ist im vergangenen Jahre für die Glashüttenarbeiter, denen in Folge des Hüttenbetriebes der Besuch des vormittägigen sonntäglichen Gottesdienstes meist unmöglich ist, am späten Nachmittag ein Gottesdienst (Segen und Erhorte) mit gutem Erfolg eingerichtet worden. Kann nun auch dieser Nachmittagsgottesdienst die Erfüllung des zweiten Kirchengebotes nicht ersetzen, so bietet er doch wenigstens den Arbeitern eine Gelegenheit zur Heiligung des Sonntags sowie zur religiösen Erbauung und Belehrung.

Bei geeigneten Gelegenheiten werden Standespredigten für Arbeiter angebracht sein, jedenfalls ist in Pfarreien mit mehr oder minder starker Arbeiterbevölkerung auf die socialen Irrthümer und Bewegungen in angemessener Weise bei den Predigten Rücksicht zu nehmen.

Wo sich vorübergehend oder zu bestimmter Zeit alljährlich von auswärts herangezogene Arbeiter ansammeln, sind Vorkehrungen für deren Pastoration zu treffen.

ad 2. Von großer Bedeutung sind die Kleinkinder- oder Bewahrschulen, durch welche den Arbeiterfamilien in materieller wie moralischer Hinsicht eine wirksame Hilfe geleistet wird, und deren Segnungen daher nicht hoch genug angeschlagen werden können.

ad 3. a—c. An Orten, wo die Zahl der industriellen und sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen sehr gering ist, wird zu erwägen sein, ob sich dieselben den etwa am Orte bestehenden Gesellen-, Lehrlings-, Jungfrauen-Vereinen anschließen können. Wo es immer angeht, sind selbstständige Vereine zu gründen, auch wenn die Mitgliederzahl relativ gering ist.

Die Organisation der Vereine hat sich nach den lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen zu gestalten; stets wird aber ein Geistlicher den Verein leiten müssen. Wenn der Pfarrer die Leitung nicht übernehmen kann, wird er dem Vereine doch immer sein lebendiges Interesse thatsächlich bekunden müssen.

Ueber die Organisation der Vereine giebt das „Arbeiterwohl, Organ des Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde“ (Cöln, Bachem) in den Jahrgängen 1884 Heft 3, 1885 Heft 1, 1886 Heft 10, 11, 12, 1887 Heft 7 reiche Auskunft. Das genannte Organ, welches seit 1881 erscheint, bietet ebenso wie die vortrefflichen „Christlich-socialen Blätter“ (Neuß, Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei) zweckmäßige Anleitungen für die Vereine und Erörterungen über die socialen Bedürfnisse und die sociale Gesetzgebung. Für Arbeiterinnen-Vereine ist das „Handbüchlein zur Gründung und Leitung von Arbeiterinnen-Vereinen“ von Dr. P. Morrenberg (Mainz 1881) zu empfehlen, sowie der „Wegweiser zum häuslichen Glück für Mädchen“ (Gladbach, Riffarth 1888).

Die vortrefflichen Schriften, welche der Verband „Arbeiterwohl“ herausgegeben hat, enthalten ein werthvolles Material zur Verwendung für die Vereine. So: „Das häusliche Glück.“ „Kompaß für den verheiratheten Arbeiter.“ „Die Krone des häuslichen Glückes (Kinder-

erziehung).“ „Kompaß für den jungen Arbeiter.“ Eine lithographirte Correspondenz, welche von den Präsidien der katholischen Arbeitervereinigungen bezogen werden kann, erscheint in Köln bei dem Präses des dortigen Arbeiter-Vereins.

An Orten, wo sich Industrieen mit weiblichen Arbeitern befinden, wird sich neben Arbeiterinnen-Vereinen die Einrichtung von Haushaltungs- und Nähschulen, sowie von Hospizen für jugendliche Arbeiterinnen empfehlen.

Den jugendlichen Arbeitern ist eine besondere Fürsorge zu widmen.

Wenn die Vereine einen guten Fortgang nehmen, wird zu erwägen sein, ob nicht in denselben Unterstützungen in Krankheit (neben den gesetzlichen Krankenkassen) und bei Sterbefällen gewährt werden sollen. Der hiesige katholische Arbeiter-Verein gewährt solche Unterstützungen.

Die Einrichtung von selbständigen Vereins-Sparkassen wird meist unthunlich sein; dagegen ist zu erwägen, ob die Vereine nicht die Sparpfennige der Mitglieder in den kleinsten Beträgen annehmen und an die öffentlichen Sparkassen übermitteln sollen. Mit gutem Erfolge geschieht dies in dem hiesigen katholischen Arbeiterinnen-Vereine.

Für die Arbeit in den Vereinen würde die Hilfe von Laien, besonders auch von Lehrern sehr wünschenswerth sein.

ad 4. Abgesehen von dem allgemeinen Interesse, welches jeder Gebildete der socialen Gesetzgebung entgegenbringen muß, liegt es nahe, daß der Clerus sich eine gründliche Kenntniß derselben zu verschaffen hat. Die Gesetze über die Krankenkassen und die Unfallversicherung treffen alle industriellen und landwirthschaftlichen Arbeiter; das Gesetz über die Alters- und Invaliden-Versicherung umfaßt rund 11 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Es kann daher nicht ausbleiben, daß der Seelsorger vielfach von Arbeitern und Dienstleuten um Belehrung und Rath angegangen wird. Dem wird sich der Seelsorger um so lieber unterziehen, als ihm hierbei Gelegenheit geboten wird, mit seinen Pfarrkindern in Berührung zu kommen und seinen Einfluß in religiöser und socialer Beziehung geltend zu machen.

Für die Leitung von Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen ist die Kenntniß der socialen Gesetzgebung unbedingt nothwendig.

Den nach den vorstehend verzeichneten Punkten zu leitenden Berathungen wünsche ich von Herzen Gottes Segen. Ich hoffe zuversichtlich, aus den mir darüber zu erstattenden Berichten ersehen zu können, daß mein hochwürdiger Clerus bereit ist, mit Seeleneifer und Gottvertrauen die großen Aufgaben, die ihm auch auf socialem Gebiete obliegen, zu lösen.

Breslau, den 8. März 1890.

Der Fürstbisch. of.

An

† Georg.

den hochwürdigen Diöcesan-Clerus.

Nr. 379. Bahnhofsmiſſion.

G. B. Nr. 369. II. vom 15. Juni 1900.

Nachdem in Berlin eine katholische Bahnhofsmiſſion eingerichtet worden, erscheint es dringend erwünscht, daß diesem neuen die Fürsorge für das Wohl der in Berlin Unterkunft suchenden katholischen Mädchen bezweckenden Werke christlicher Liebesthätigkeit insbesondere seitens jener

Seelsorger der Diöcese, aus deren Pfarreien Mädchen nach Berlin zu verziehen pflegen, die verdiente Aufmerksamkeit und entsprechende Mitwirkung zugewendet werde. Letztere dürfte darin zu bestehen haben, daß

1. in der eindringlichsten Weise und recht oft vor der Uebersiedelung nach Berlin gewarnt, die Mädchen, deren Eltern und Angehörige auf die vielfältigen großen Gefahren für Glauben, Sitten und Wohlergehen in der Großstadt aufmerksam gemacht und alles aufgeboten wird, um die Mädchen in der Heimath zurückzuhalten,

2. die dessen ungeachtet zur Auswanderung nach Berlin fest entschlossenen Mädchen auf die getroffenen Einrichtungen zu ihrem Schutze hingewiesen, zu deren Benutzung aufgefordert werden und daß zu dem Ende die Anbringung geeigneter Plakate an den Kirchenthüren oder sonst zweckdienlichen Orten gestattet wird, dem Propst bei St. Hedwig in Berlin möglichst genau und recht bald Mittheilung gemacht werde, zu welchen Terminen die Mädchen in größerer Anzahl sich nach Berlin zu begeben pflegen, da erfahrungsmäßig diese Zeiten in den verschiedenen Gegenden sehr verschieden sind und nur bei solchen Bahnzügen, die eine größere Anzahl von dienstsuchenden Mädchen nach Berlin führen, die Anwesenheit der Missions-Damen, welche an der von ihnen an der linken Achsel getragenen weißgelben Schleife erkennbar sind, auf den Bahnhöfen möglich ist.

Die Herren Erzpriester ersuche ich, gelegentlich der demnächstigen Convente diese Angelegenheit mit den Herren Concircularen eingehend zu behandeln; zu den Herren Seelsorgern jedoch hege ich das gerechtfertigte Vertrauen, daß sie der mit der beregten Mitwirkung verbundenen Mühewaltung bereit- und opferwillig sich unterziehen werden.

Schließlich bemerke ich, daß Vorstehendes auch auf die in Breslau bereits bestehende katholische Bahnhofsmission entsprechende Anwendung findet.

Breslau, den 19. Mai 1900.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 380. Katholischer kaufmännischer Verein.

G. B. Nr. 354. II. vom 15. März 1899.

Die segensreiche Wirksamkeit der katholischen kaufmännischen Vereine Deutschlands veranlaßt mich dem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus die Gründung solcher Vereine in größeren Städten angelegentlichst zu empfehlen. Nähere Auskunft wird von der Leitung des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, dem Vereine Assindia in Essen-Ruhr, bereitwillig erteilt werden. Berichte über die Gründung solcher Vereine werde ich gern entgegennehmen.

Breslau, den 10. Februar 1899.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 381. Gesellschaft für christliche Kunst.

a) Statuten. G. B. Nr. 287. VI. vom 5. Januar 1893.

Auf Grund der Beschlüsse der 39. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands hat sich eine „Gesellschaft für christliche Kunst“ mit dem Sitze in München gebildet. Der nachstehende Statuten-Entwurf bezeichnet die Ziele der Gesellschaft. Indem ich dieselbe hiermit einem

Hochwürdigen Clerus angelegentlich empfehle, bemerke ich, daß Meldungen an den Herrn Hof-Stiftsvicar Standhamer in München, Pro-menadenplatz 3 IV¹⁾, zu richten sind.

Der Fürstbischöf.

Breslau, den 24. November 1892.

† Georg.

Erster Statutenentwurf.

Gesellschaft für christliche Kunst.

§ 1. Die Gesellschaft für Pflege der christlichen Kunst hat den Zweck, einen Mittelpunkt zu bilden für alle diejenigen Künstler und Kunstfreunde, welche gewillt sind, die Kunst im christlichen Sinne zu pflegen und in weitere Kreise Interesse und Verständniß für dieselbe zu tragen.

§ 2. Mitglied kann werden, wer sich mit den Zwecken der Gesellschaft einverstanden erklärt und einen Jahresbeitrag von 10 Mk. entrichtet²⁾.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn Jemand seinen Austritt erklärt oder seinen Jahresbeitrag nicht bezahlt.

§ 3. Außerdem kann Personen, welche sich um die Gesellschaft verdient gemacht haben, die Ehrenmitgliedschaft verliehen werden.

§ 4. Jedes Jahr findet eine Generalversammlung statt; eine außerordentliche Generalversammlung kann außerdem auf Vorstandsbeschuß berufen werden.

§ 5. Die Geschäfte der Gesellschaft leitet eine Vorstandschaft, welche von der Generalversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt wird. Zweidrittel der Vorstandschaft müssen stets ausübende Künstler sein. Präsident und Vicepräsident können nur ausübende Künstler sein; sie werden aus den Vorstandsmitgliedern ebenfalls auf 3 Jahre gewählt. Außerdem wählt der Vorstand aus seiner Mitte einen Schriftführer und einen Kassirer.

§ 6. Der Präsident nimmt die Anmeldungen entgegen und bestimmt im Verein mit dem Vorstand den Ort und die Zeit der jährlichen Generalversammlungen.

§ 7. Der Schriftführer hat die laufenden schriftlichen Arbeiten zu erledigen und das Mitgliederverzeichnis in Stand zu halten.

§ 8. Der Kassirer verwaltet die Kasse und hat jährlich zwei von der Generalversammlung gewählten Revisoren Rechnung abzulegen.

§ 9. Die Gesellschaft giebt jährlich eine Vereinsmappe heraus. Dieselbe enthält mindestens sechs Kunstblätter, welche Vervielfältigungen von Werken der Mitglieder bieten. Die Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

§ 10. Der Vorstand wählt eine Jury. Dieselbe besteht aus 5 Künstlern, worunter der Präsident der Gesellschaft ist, und zwei Kunstfreunden.

§ 11. Die Jury hat die Aufgabe, über die Aufnahme von Kunstwerken in die Vereinsmappe zu entscheiden und bei der jeweiligen Ausstellung für christliche Kunst sich mit der Ausstellungs-Commission in Verbindung zu setzen.

§ 12. Außer den regelmäßigen Ausgaben für die Jahresmappe und eventuelle Ausstellungen kann der Ueberschuß an Vereinsvermögen verwendet werden zur Unterstützung bei Ausführung von größeren Werken christlicher Kunst, bei welchen es das öffentliche Interesse verlangt. Auch kann der Vorstand Werke von Mitgliedern ausloosen lassen.

¹⁾ Meldungen sind jetzt an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst in München, Karlstraße 6, zu richten.

²⁾ Der Beitrag soll bis 1. Juni bezahlt sein; ist er bis 1. Juli nicht eingeschickt, so wird er durch Postvorschuß erhoben.

b) Empfehlung der Zeitschrift für christliche Kunst.

G. B. Nr. 374. II. vom 15. November 1900.

Unter Hinweis auf Nr. 266. III. und 286. III. der Amtl. Verordnungen nehme ich Veranlassung, die von dem Herrn Domcapitular Schnütgen zu Köln im Verlage von L. Schwann in Düsseldorf seit etwa 14 Jahren gemäß Beschlusses der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands herausgegebene „Zeitschrift für christliche Kunst“ aufs Neue angelegentlich zu empfehlen. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, wie nothwendig es ist, daß auch auf dem Gebiete der Kunst die katholische Auffassung ihre wissenschaftliche Vertretung finde. Diesem Zwecke hat die genannte Zeitschrift bislang mit großem Erfolge gedient. Das besondere Interesse des Hochwürdigen Clerus aber beansprucht sie besonders auch deswegen, weil sie bezüglich des Baues, der Restauration und Ausschmückung der Kirchen, der Herstellung der Altäre, der Paramente und kirchlichen Geräthschaften schätzenswerthe Winke ertheilt. Ich werde es daher freudig begrüßen, wenn der Hochwürdige Clerus dieses verdienstvolle Werk in jeder Weise, vor allem aber durch zahlreiche Abonnements unterstützt, da nur auf diese Weise das Fortbestehen und die erhöhte Leistungsfähigkeit der Zeitschrift gesichert erscheint.

Breslau, den 5. November 1900.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Nr. 382. Landwirthschaftliche Vereine, Volksbureau-Verein und Volks-Verein für das katholische Deutschland.

Fürstbischöfliches Circular vom 11. November 1896.

Das „Schlesische Pastoralblatt“ brachte in den Nummern 10 bis 13 des laufenden Jahres eine Reihe von Aufsätzen, welche für wichtige Fragen des öffentlichen Lebens unserer Zeiten Anregung und Belehrung geben.

Die hier behandelten Fragen stehen nicht allein im Vordergrunde der allgemeinen Bewegung, sondern auch mit der Wohlfahrt wichtiger Berufsstände der menschlichen Gesellschaft in engster Verbindung. Auch der Hochwürdige Clerus kann sich der Pflicht nicht entziehen, an der Lösung derselben nach Maßgabe seiner Stellung als Seelsorger sich zu betheiligen.

Wiederholt ist diese Pflicht in dem Rundschreiben des obersten Hirten der Kirche und von den Diöcesan-Obern wie auch von der Presse eindringlich betont; der sachkundige Verfasser jener Artikelreihe im Schlesischen Pastoralblatte hat dieselbe für einige besondere Verhältnisse, bei denen die Nothwendigkeit der seelsorgerlichen Mitwirkung vorzugsweise hervortritt, eingehend erläutert. Damit aber die hier ertheilten Winke die verdiente Beachtung in den weitesten Kreisen finden, will ich nicht unterlassen, auf dieselben hiermit ganz besonders aufmerksam zu machen und dem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus die eifrige Mitarbeit an der Lösung dieser Fragen von neuem ans Herz zu legen, wobei ich die bisherigen opferwilligen Bemühungen vieler Diöcesan-Geistlichen auf diesem Gebiete gern anerkenne.

Vor Allem ist es die Nothlage der Landwirthschaft, welche heutzutage die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zieht und zu gerechten Besorgnissen um so mehr Veranlassung bietet, als die bestehende Gesellschaftsordnung in diesem Stande ihre Hauptstütze findet. Es unterliegt daher

keinem Zweifel, daß die Beseitigung oder Milderung dieses Nothstandes eine der wichtigsten und dringendsten Zeitfragen ist, und daß nichts unterlassen werden darf, was diesem für das Wohl der menschlichen Gesellschaft unentbehrlichen Berufsstande Hilfe bringen kann. Ein Theil der erforderlichen Maßregeln liegt auf staatlichem Gebiete und ist der Privatthätigkeit entrückt; es giebt aber daneben eine Reihe von Hilfsactionen, welche der Privatthätigkeit überlassen bleiben. Mag man sie immerhin „kleine Mittel“ nennen, es vermindert das die Bedeutung derselben nicht, da sie unleugbar geeignet sind, in mancher Beziehung den Druck zu erleichtern, welcher auf der Landwirthschaft ruht, und dem weiteren Niedergange derselben entgegen zu arbeiten.

Zunächst ist es nothwendig, die kleineren und mittleren Grundbesitzer auf dem Lande zu wirthschaftlichen Genossenschaften zu vereinigen, damit dieselben auf dem Wege der Selbsthilfe sich gegenseitig schützen und sich die Vortheile der modernen Verkehrs- und gewerblichen Verhältnisse mit gemeinsamen Kräften sichern. Zu diesem Zwecke besteht unter Anderm in der Provinz Schlesien

„der Verband schlesischer ländlicher Genossenschaften mit dem Sitze in Reisse.“

Dieser Verband umfaßt zur Zeit 108 Raiffeisen'sche Darlehnskassen-Vereine, deren Aufgabe die Befriedigung des ländlichen Personalcredits durch Heranziehung von Spargeldern ist, sowie eine Wirthschafts-Genossenschaft des Schlesischen Bauern-Vereins „zum gemeinschaftlichen Einkaufe von Bedürfnissen des landwirthschaftlichen Betriebes im Großen und Abgabe derselben im Kleinen an ihre Mitglieder“. Beide Einrichtungen, Darlehnskassen und Wirthschafts-genossenschaft, sind vom Schlesischen Bauern-Verein gegründet worden.

Wohl ist der nächste Zweck derselben die materielle Hilfe, welche der Landwirthschaft auf diesen Wegen gebracht werden soll; dabei darf aber auch die ethische Seite bei der Thätigkeit dieser Vereinigungen nicht außer Acht gelassen werden, indem sie nicht nur auf Creditfähigkeit, sondern auch auf Creditwürdigkeit sehen, die Sparsamkeit — besonders auch unter den dienenden Klassen — anregen, den Gemeinsinn fördern, Muth und Schaffensfreudigkeit erhöhen. Nicht zu unterschätzen ist auch der moralische Einfluß, den sowohl die Thätigkeit des Seelsorgers überhaupt, als besonders dessen oberste aufsichtsführende und oft ausschlaggebende Stellung im Vereine auf die Haltung der Gemeindeglieder ausübt. Aus diesen Gründen fällt auch die Förderung der genannten Vereinigungen in den Pflichtkreis der Seelsorger. Daher empfehle ich meinem Hochwürdigen Diöcesan-Clerus die Gründung von Bauern-Vereinen und Wirthschafts-Genossenschaften, besonders aber die Errichtung von Raiffeisen'schen Darlehnskassen-Vereinen in den ländlichen Pfarreien¹⁾.

Wie der Bauern-Verein mit den Raiffeisen'schen Darlehnskassen und der wirthschaftlichen Genossenschaft dem kleineren und mittleren Grundbesitze, so will der Volksbureau-Verein den Handwerkern und

¹⁾ Aufschlüsse über Bauern-Verein, Wirthschafts-genossenschaft und Darlehnskassen-Verein ertheilt der Geschäftsführer des Schlesischen Bauern-Vereins Herr Director H. Osterath in Reisse, Berlinerstraße, Schwan.

Arbeitern mit Rath und That zur Seite stehen, insbesondere in der richtigen Anwendung und Benützung der socialen Gesetzgebung. Das Volksbureau will der Anwalt für die genannten Berufsstände in ihren Beziehungen zu den Arbeitgebern, Unternehmern und Behörden sein, Streitigkeiten auf gütlichem Wege beilegen, Eintracht und Vertrauen fördern, für die Unterbringung der Jugend jener Stände sorgen — kurz, es ist eine der segensreichsten Einrichtungen für letztere, auch deshalb, weil es verhindert, daß dieselben Schutz und Rath bei solchen Elementen suchen und nehmen, deren letztes Ziel der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung ist, weshalb auch die Förderung dieses Vereins empfohlen werden muß.

Bei diesen Empfehlungen leitet mich selbstverständlich die Voraussetzung, daß nicht Alles für Alle sein könne, daß vielmehr die örtlichen Verhältnisse die Art der Fürsorge bestimmen müssen.

Während aber die im Vorstehenden empfohlene Fürsorge an erster Stelle die materielle Wohlfahrt zum Ziele hat, verfolgt ein anderer Verein, der „Volks-Verein für das katholische Deutschland“ solche Ziele, welche den materiellen Bestrebungen zur Seite stehen müssen, damit diese sich nicht auf Irrwege verlaufen. Der „Volks-Verein“ will die idealen Güter schützen und pflegen, den katholischen Glauben erhalten und vertheidigen, zur praktischen Bethätigung desselben im privaten wie im öffentlichen Leben anregen, die Irrthümer und Umsturzbestreben auf socialen Gebiete bekämpfen und die christliche Gesellschaftsordnung vertheidigen. Das sucht der Volks-Verein zu erreichen durch Verbreitung von Flugblättern, welche die brennenden Tagesfragen behandeln, durch Broschüren, welche über die Lage der einzelnen Volksklassen Aufklärung verschaffen, besonders aber durch Versammlungen, deren Abhaltung sich nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande empfiehlt, und in denen nicht nur die Vertreter des Volkes im Parlamente, sondern jeder Gebildete, sei er Geistlicher oder Laie, durch sein Wort seinen Antheil zur Lösung jener wichtigen Fragen beitragen kann und soll. Hierzu versammelt der Volks-Verein in sich alle Katholiken ohne Unterschied des Standes, des Berufes und der Lebensstellung als ein festgefügtes, einiges Heer in den schweren Kämpfen unserer Zeit.

Während nun der Volks-Verein für das katholische Deutschland überall einen recht erfreulichen Aufschwung nimmt, hat derselbe in Schlesien trotz mehrjährigem Bestehen nur erst geringe Fortschritte gemacht. Und doch bedürfen auch die schlesischen Katholiken einer solchen festen Organisation, um jene Gefahren abzuwehren, Glauben, christliche Sitte, Liebe zur Ordnung und zum Vaterlande zu pflegen und insbesondere ihre bisher gerühmte Einheit zu bewahren.

Ich richte daher an den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus die dringende Bitte, überall den Volks-Verein zu fördern und da, wo er noch nicht besteht, denselben einzuführen¹⁾.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

¹⁾ Auskunft über den Volks-Verein ertheilt Herr Pfarrer Stull in Polnisch-wette, Post Deutschwette.

Nr. 383. Betheiligung der Krieger-Vereine an kirchlichen Feiern.

G. B. Nr. 362. IV. vom 15. November 1899.

Ich finde mich veranlaßt, für die Betheiligung der Krieger-Vereine an kirchlichen Feiern, besonders bei Begräbnissen der Vereinsmitglieder, folgende Bestimmungen zu treffen:

1. Den Trauerzug eröffnet der Krieger-Verein mit seiner Fahne, die sogenannte Trauerparade, dann folgen die kirchlichen Vereine, wo es üblich ist, daß sie dem Rituale Rom. Tit. VI. cap. 3 No. 1 gemäß der Leiche vorangehen; hieran schließt sich sofort das Prozessionskreuz und der kirchliche Leichenzug in der Ordnung, welche durch die Vorschriften des Rituals und den Ortsgebrauch bestimmt ist, sodaß der Kreuzträger, die Kirchendiener und die dienstthuenden Geistlichen dem Sarge unmittelbar vorangehen und die Leidtragenden mit den übrigen Theilnehmern an dem Leichenzuge einschließlich der kirchlichen Vereine, wo es üblich ist, daß dieselben hinter der Leiche gehen, demselben folgen.

2. Es ist Sache der zuständigen Pfarrgeistlichen, dafür Sorge zu tragen, daß die kirchliche Ordnung des Leichenbegängnisses eingehalten wird, und daß die rituellen Gesänge und Gebete nicht durch die die Trauerparade etwa begleitende Musik gestört werden. Daher ist darauf zu sehen, daß zwischen dem Pfarrer bezw. dessen Vertreter und den Vorständen der Krieger-Vereine vorher ein Einvernehmen getroffen wird über bestimmte Zeitabschnitte, während welcher die Musik spielen kann. Ein solcher Zeitabschnitt läßt sich auf dem Wege zum Kirchhofe dadurch herbeiführen, daß der Psalm Miserere theilweise recitirt wird.

3. Bei dem Gottesdienste für den Verstorbenen in der Kirche hat der Krieger-Verein weder für die Mitglieder, noch für seine Fahne, noch für die Waffen einen besonderen Platz zu beanspruchen; auch soll die nicht geweihte Fahne in der Kirche nicht feierlich getragen werden; gegen die Aufstellung derselben und der Waffen in der Nähe des Eingangs (im Innern) der Kirche ist nichts zu erinnern, was auch Geltung hat, wenn der Krieger-Verein in corpore an andern Gottesdiensten theilnimmt.

4. Am Grabe sollen die etwaigen militärischen Ehren erst eintreten, nachdem die kirchliche Feier beendet ist.

Breslau, den 4. November 1899.

Der Fürstbischof.

gez. G. Card. Kopp, Fürstbischof von Breslau.

Zwölfter Abschnitt. Fürsorge-Erziehung.

Nr. 384. Anlegung von Waisentlisten, Uebernahme des Waisenrathsamtes und Betheiligung an den Waisenrathssitzungen seitens der Pfarrer.

G. B. Nr. 317. IV. vom 15. Februar 1896.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

G. II. No. 228/95. G. I.

Berlin, den 13. Januar 1896.

Von dem Evangelischen Ober-Kirchenrath ist im Laufe der Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Thätigkeit der Waisenräthe sich durch die Betheiligung der Geistlichkeit in einer für die Mündel sehr erwünschten Weise heben und beleben lasse.

Insbefondere ist als erstrebenswerth bezeichnet worden, daß die Waisenräthe selbst eine genaue Kenntniß über alle in ihrem Bezirke wohnenden bevormundete Minderjährigen erhalten und die Waisenräthe den Ortsgeistlichen von den in ihrem Amtsbezirke wohnenden Mündeln behufs Anlegung und Fortführung einer pfarramtlichen Waisenliste Kenntniß geben möchten.

Wo die Uebernahme des Amtes eines Waisenrathes durch die Geistlichen gesetzlich möglich¹⁾, erscheine diese ebenso im Interesse der Sache liegend, wie die Einrichtung von jährlich ein bis zwei Mal abzuhaltenden Waisenrathssitzungen unter Zuziehung von Geistlichen. Der Herr Minister des Innern hat dieser Anregung im Einvernehmen mit den betheiligten Ressorts Folge gegeben und die Herren Oberpräsidenten ersucht, dahin zu wirken, daß in den größeren Städten die Waisenräthe durch die polizeilichen Meldeämter von dem Wohnungswechsel der Mündel regelmäßig benachrichtigt, sowie daß von den Waisenrathen Waisenlisten geführt und diese Listen regelmäßig den Geistlichen mitgetheilt werden. Da der angestrebte Zweck noch besser durch unmittelbare Betheiligung der Geistlichen an der Waisenspflege erreicht werden würde, wenn die Geistlichen selbst das Amt der Waisenräthe übernehmen, so sei den Gemeindebehörden zu empfehlen, thunlichst den Geistlichen die Uebernahme des Waisenrathsamtes zu übertragen. Ferner sei es erwünscht, daß thunlichst überall Waisenrathssitzungen eingeführt werden, und daß die Geistlichen an diesen Zusammenkünften Theil nehmen. Derartige Sitzungen würden je nach Bedürfniß etwa ein bis zwei Mal jährlich abzuhalten sein. Da indessen staatliche Mittel nicht zur Verfügung ständen, um den Vormundschaftsrichtern und den Waisenrathen und Geistlichen Reise- und Zehrungskosten zu gewähren, so würden die Sitzungen nur an den Orten der Gerichtssitze oder an Orten, wo Gerichtstage abgehalten werden, und im Anschluß an diese stattfinden können, falls nicht von den Kreisverbänden oder den Gemeinden Mittel zur Bestreitung der entstehenden Kosten bewilligt würden, oder die Richter und andere Theilnehmer sich bereit finden lassen würden, auf jede Entschädigung zu verzichten. Den Vorsitz würde, wo die Sitzungen im Gerichtsgebäude stattfinden, der Vormundschaftsrichter zu führen haben.

Indem ich Euer Eminenz hiervon ganz ergebenst in Kenntniß setze, darf ich zugleich gefälliger Erwägung anheimgeben, ob nicht auch die katholische Geistlichkeit auf die Wichtigkeit der Anlegung von Waisenlisten seitens der Pfarrer hinzuweisen und derselben die Uebernahme des Waisenrathsamtes und die Betheiligung an den Waisenrathssitzungen an das Herz zu legen sein dürfte.

Durch eine gefällige Benachrichtigung über Ihre Stellungnahme zur Sache würden Ew. Eminenz mich zu Dank verpflichten.

An

Im Auftrage: (gez.) Bartsch.

den Cardinal und Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Eminenz, zu Breslau.

¹⁾ Bereits durch Erlaß des Ministers des Innern vom 21. April 1876 (Min.-Bl. f. d. i. B. 1876 S. 97) als zulässig erklärt.

Meine Hochwürdigste Pfarrgeistlichkeit ersuche ich im Interesse der katholischen Waisen um möglichste Uebernahme der neuen Bemühungen, welche sich aus Vorstehendem ergeben.

Troppau, den 25. Januar 1896.

Der Fürstbisch. of.

G. Card. Kopp.

Nr. 385. Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von erfolgter Bestellung eines Vormundes.

G. B. Nr. 250. II. vom 18. August 1888.

Gemäß einer Benachrichtigung des Herrn Ober-Präsidenten ist den Waisenrathen seitens der Herren Regierungs-Präsidenten aufgegeben worden, in jedem Falle dem zuständigen Ortsgeistlichen von der erfolgten Bestellung eines Vormundes Kenntniß zu geben. Indem ich dies meinem Hochwürdigsten General-Vicariat-Amt mit dem Ersuchen um Publikation mittheile, spreche ich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß mein Hochwürdigster Diöcesan-Clerus sich beeifern wird, sein thatkräftiges Interesse dem geistigen und materiellen Wohle der Waisen zu widmen.

Johannesberg, den 21. Juli 1888.

Der Fürstbisch. of.

+ Georg.

An
das Hochwürdigste General-Vicariat-Amt
G. K. 4123. zu Breslau.

Nr. 386. Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von der Unterbringung eines der Zwangs-Erziehung (jetzt Fürsorge-Erziehung) unterstehenden Kindes seiner Pfarrei.

G. B. Nr. 230. III. vom 20. Juni 1884.

Ew. Fürstliche Gnaden beehre ich mich unter Bezugnahme auf das sehr gefällige Schreiben vom 6. September 1882 in der Anlage Abschrift eines Ministerial-Erlasses vom 7. März cr., betreffend die Zwangserziehung verwahrloster Kinder, mit dem ganz ergebensten Ersuchen zu übersenden, die katholische Geistlichkeit wegen des Schlußsatzes des gedachten Rescripts gefälligst mit Weisung versehen zu wollen.

Hierbei bemerke ich ergebenst, daß ich die königlichen Regierungs-Präsidenten der Provinz, sowie den Herrn Landeshauptmann hierselbst ersucht habe, hinsichtlich der Benachrichtigung der Geistlichen der betreffenden Confession sowohl von der Unterbringung, wie von jedem Wechsel des Aufenthaltes eines Zwangszöglings weitere Verfügung zu treffen.

Breslau, den 19. März 1884.

Der Ober-Präsident.

An
den Fürstbisch. of von Breslau
Herrn Dr. Herzog, Fürstliche Gnaden, hier.

In Vertretung
von Ikenplis.

Berlin, den 7. März 1884.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß den theilhaftigen Geistlichen nicht immer hinreichende Gelegenheit geboten wird, um bei der Fürsorge für die in Zwangserziehung gegebenen verwahrlosten Kinder mitwirken zu können, wie es ihr Beruf mit sich bringt, und daß die Pfarrgeistlichen, in deren Bezirk solche Kinder untergebracht werden, häufig nicht einmal Kenntniß von deren Anwesenheit erhalten. Im Anschlusse

an meinen, des Ministers des Innern, Erlaß vom 8. Februar 1879 (II. S. 3. 85.) ersuchen wir Ew. Excellenz ganz ergebenst, gefälligst veranlassen zu wollen, daß entweder der nach § 7 des Gesetzes vom 13. März 1878 verpflichtete Provinzial-Verband oder die Behörden der Orte, in denen verwahrloste Kinder untergebracht worden, den Geistlichen der betreffenden Confession sowohl von der Unterbringung, wie von jedem Wechsel des Aufenthaltes Kenntniß geben und sie hierdurch in den Stand setzen, bei der Aufsicht und Fürsorge für die in Zwangserziehung untergebrachten Kinder ihre wünschenswerthe Mitwirkung eintreten zu lassen. Auch empfiehlt es sich, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die Geistlichen den Ortsbehörden Mittheilung machen, wenn sie von Fällen Kenntniß erhalten, in denen ein Einschreiten nach Maßgabe des gedachten Gesetzes im wohl verstandenen Interesse der Kinder geboten erscheint.

Der Minister des Innern.

Der Minister der geistlichen,

gez. v. Puttkamer.

Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.

An den Königl. Ober-Präsidenten,

(gez.) v. Goßler.

Wirklichen Geheimen Rath

Herrn v. Seydewitz, Excellenz, zu Berlin.

II. S. J. 11992 M. d. g. A.

U. IIIa. 232 M. d. J.

Nr. 387. Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von strafgerichtlichen Untersuchungen gegen Kinder der Pfarrei.

G. B. Nr. 265. II. vom 10. November 1890.

Nachstehende Circular-Verfügung des Herrn Justiz-Ministers an sämtliche Oberstaatsanwälte wird der Hochwürdigem Diöcesan-Geistlichkeit zur Kenntnißnahme mitgetheilt:

Berlin, den 21. August 1890.

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat es im Interesse der Seelsorge als dringend erwünscht bezeichnet, daß die zuständigen Geistlichen von strafgerichtlichen Untersuchungen gegen Kinder im konfirmationspflichtigen Alter amtlich Kenntniß erhalten.

Im Anschlusse an die Vorschrift in Nr. 16 der allgemeinen Verfügung vom 25. August 1879, betreffend die von den Beamten der Staatsanwaltschaft an andere Behörden zu machenden Mittheilungen (J. M. Bl. S. 251), bestimme ich daher, daß die Beamten der Staatsanwaltschaft von der Erhebung der öffentlichen Klage gegen Personen evangelischer oder katholischer Confession im Alter von dem vollendeten zwölften bis zum vollendeten sechszehnten Lebensjahre sowie von der rechtskräftigen Verurtheilung solcher Personen dem ersten Pfarrgeistlichen des Ortes, bezw. der Gemeinde, zu welcher das Kind gehört, Mittheilung zu machen haben.

Euer Hochwohlgeboren wollen hiernach die Ihnen nachgeordneten Beamten der Staatsanwaltschaft mit Weisung versehen.

An

den Königl. Herrn Oberstaatsanwalt in zc.

I. 2545.

Der Justiz-Minister.

In dessen Vertretung

(gez.) Rebe-Pfugstaedt.

Nr. 388. Gesetz über Fürsorge-Erziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900.

G. B. Nr. 379. II. vom 1. April 1901.

Breslau, den 22. März 1901.

Am 1. April d. J. tritt das Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 in Kraft.

Bei der Begründung dieses Gesetzes wurde auf die bedauerliche Zunahme der jugendlichen Verbrecher und der überhandnehmenden Verwahrlosung der Jugend hingewiesen, wogegen die gesetzlich geordnete Zwangserziehung, namentlich das Gesetz vom 13. März 1878 keine wirksame Abhilfe mehr gewähre. Es wurde deshalb eine Erweiterung der staatlichen Befugnisse hinsichtlich der Zwangserziehung verwahrloster Minderjähriger als erforderlich bezeichnet, zumal dazu die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches in den §§ 1666 und 1838 eine Anregung geben.

Diese Erweiterung enthält nun das Gesetz vom 2. Juli 1900 insofern, als es eine untere Altersgrenze nicht bestimmt, folglich schon vor dem sechsten Jahre den Behörden ein rechtzeitiges Eingreifen möglich macht und zwar so früh, als die Verwahrlosung bemerkt wird. Die Bestimmung der oberen Altersgrenze (18 Jahre), die schon durch das Gesetz vom 23. Juni 1884 gegeben war, hat aber den unleugbaren Vortheil, daß der Verwahrlosung der Jugend nach ihrer Schulentlassung entgegengewirkt werden kann.

Die der Fürsorge-Erziehung unterstehenden Minderjährigen theilt das Gesetz in drei Gruppen: die unter das Gesetz vom 13. März 1878 fallenden Minderjährigen, die einer strafbaren Handlung sich schuldig gemacht haben, ohne untere Altersgrenze; die durch Schuld der Eltern in ihrer sittlichen Erziehung gefährdeten Kinder und die wegen unzulänglicher erzieherischer Einwirkung der Eltern in Folge wirtschaftlicher und sonstiger Verhältnisse vernachlässigten Kinder. Die Voraussetzungen der zweiten und dritten Gruppe sind möglicherweise schon vorhanden, wenn Handlungen anderer Personen gegen die Minderjährigen gerichtet werden (Mißhandlung von Seiten der Eltern, Vornahme unzüchtiger Handlungen, Kuppelei u. dergl.), ja schon, wenn verbrecherische Personen ihre Kinder oder andere Minderjährige in ihrem Haushalte verbergen. (Vergl. Allgem. Verf. des Justiz-Ministers vom 6. Februar 1901 [Just.-Bl. S. 31.])

Die Anordnung der Fürsorge-Erziehung erfolgt vom Vormundschaftsgerichte auf Antrag des Landrathes, in Stadtkreisen des Gemeindevorstandes und des Vorstehers der königlichen Polizeibehörde. Geistliche und Lehrer sind vorher zu hören, sind aber leider zu einer unmittelbaren Antragstellung gesetzlich nicht berechtigt, obwohl gerade sie am meisten durch ihren Beruf befähigt sind, die sittliche Gefährdung, Verwahrlosung oder Verwilderung zu beobachten. Es bleibt ihnen daher nur übrig, ihre Wahrnehmungen den gesetzlich berufenen Antragstellern mitzutheilen.

Die Ausführung dieser Fürsorge-Erziehung ist dem Provinzialverbande zugewiesen und diesem die Wahl zwischen Familien- und Anstaltserziehung freigestellt. Wie die Familie die erste und natürliche Pflegestätte der Erziehung ist, so kann auch darüber kein Zweifel bestehen, daß sie an sich auch in dem vorliegenden Falle den Vorzug

verdient. Aber die Schwierigkeit liegt in der Möglichkeit, geeignete Familien zu finden. Diejenigen Familien, welche nur des Nutzens oder Gewinnes wegen ein solches Kind aufnehmen, dürften meist nicht geeignet sein. Viele aber werden sich scheuen, in ihre sittlich gesunden Familienverhältnisse einen möglichen Ansteckungsstoff aufzunehmen. Es ist also fraglich, ob sich viele bereitwillige und zugleich geeignete Familien finden werden, wenigstens für Kinder im jüngeren und noch schulpflichtigen Alter. Die der Schule entlassenen Kinder werden schon leichter Aufnahme finden, da sie, namentlich auf dem Lande, nützlich verwendet werden können.

Wo die Familienerziehung nicht zu erreichen oder nicht rathlich ist, muß die Anstaltserziehung eintreten. Dankenswerth ist, wesentlich gleichlautend mit § 8 des Gesetzes von 1878, die Bestimmung im § 10 des Gesetzes vom 2. Juli 1900, daß derartige Zöglinge nicht in Arbeitshäusern, auch nicht in Landarmenhäusern oder in Anstalten, die für Kranke, Gebrechliche, Idioten, Taubstumme und Blinde bestimmt sind, untergebracht werden dürfen.

Unter Umständen wichtig und wohlthätig ist auch die Bestimmung, daß die Fürsorge-Erziehung in der eigenen Familie widerruflich angeordnet werden darf, was wohl besonders in solchen Fällen stattfinden kann, wo nur der eine Elternteil die Gefahr der Verwahrlosung für die Kinder verschuldet, der unschuldige Theil aber einen erzieherischen Einfluß gewährleistet.

Stets findet aber die Fürsorge-Erziehung unter strenger Ueberwachung statt, sowohl in den Anstalten wie in den Familien; insbesondere ist für jeden in einer Familie untergebrachten Zwangszögling ein Fürsorger zu bestellen, welches Amt auch Frauen übertragen werden kann.

Hinsichtlich der religiösen Erziehung ist im Gesetze bestimmt, daß im Falle der Anstaltserziehung der Zögling so weit als möglich in einer Anstalt seines Bekenntnisses untergebracht werden soll. Im Falle der Familienerziehung ist der Zögling mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses unterzubringen.

Die Kosten der Fürsorge-Erziehung tragen zum Theil ($\frac{2}{3}$) der Staat, zum Theil ($\frac{1}{3}$) die Communalverbände.

Diejenigen, welche einen Minderjährigen, gegen den die Fürsorge-Erziehung eingeleitet worden ist, dieser entziehen oder ihn verleiten, sich ihr zu entziehen, setzen sich schweren Strafen aus.

Im Vorstehenden sind die wichtigsten Bestimmungen des Fürsorge-Erziehungs-Gesetzes kurz zusammengestellt. Aus ihnen ist zu ersehen, wie dabei auf die freiwillige Mitwirkung weiter Kreise gerechnet wird, und wie namentlich der Hochwürdige Pfarrklerus bei der Ausführung des Gesetzes eine wichtige Stelle einnimmt, wenn dieses den erwarteten Erfolg bringen soll. Insbesondere handelt es sich darum, die Anordnung einer solchen Fürsorge-Erziehung für sittlich gefährdete jugendliche Personen in der Pfarrgemeinde durch die im Gesetze berufenen Antragsteller zu bewirken, für ihre Aufnahme geeignete Familien ausfindig zu machen, taugliche Personen für das Amt der Fürsorger oder Fürsorgerinnen zu bezeichnen und dafür zu sorgen, daß die katholischen Zwangszöglinge in

katholischen Familien und Anstalten untergebracht werden, da gerade den sittlich Verwahrlosten die Vertiefung der religiösen Ueberzeugung und thatsächliche Uebung der Religion den festen Boden für den Kampf gegen die sittlichen Gefahren des Lebens schaffen muß.

Auch werden die Mitglieder der charitativen Vereine beiderlei Geschlechtes hier eine neue Gelegenheit finden, an der Lösung dieser wichtigen Frage mitzuwirken. Ebenso kann ich nur wünschen, daß der Hochwürdige Diöcesan-Clerus sich von Organisationen nicht ausschließt, die den Zweck haben, die durch das Gesetz mit dieser Fürsorge-Erziehung beauftragten Organe zu unterstützen. Wünschenswerth würde es sein, wenn durch die Bemühungen des Clerus und der katholischen Vereine eine Centralstelle geschaffen werden könnte, welche die Auskunft über die aufnahmewilligen und geeigneten katholischen Familien und katholischen Anstalten vermitteln würde. Dabei ist zu bemerken, daß die Unterbringung dieser Zwangszöglinge in Waisen- und Communikanten-Anstalten unzulässig ist.

Ich darf die Erwartung hegen, daß der Pfarrclerus seine Mitarbeit auch dieser hochwichtigen socialen Aufgabe widmen und der Fürsorge-Erziehung die verdiente Aufmerksamkeit zuwenden wird.

Nachstehend erfolgt der Abdruck des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern vom 18. December 1900.

An

die Hochwürdigste Geistlichkeit der Diöcese Breslau,
preuß. Antheils, einschließlich des Delegaturbezirkes.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Ein Minderjähriger, welcher das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann der Fürsorge-Erziehung überwiesen werden:

1. wenn die Voraussetzungen des § 1666¹⁾ oder des § 1838²⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen und die Fürsorge-Erziehung erforderlich ist, um die Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich

¹⁾ § 1666. Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen und unsittlichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

Hat der Vater das Recht des Kindes auf Gewährung des Unterhalts verlehrt und ist für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Unterhalts zu besorgen, so kann dem Vater auch die Vermögensverwaltung sowie die Nutznießung entzogen werden.

²⁾ § 1838. Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird. Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Mündels zu, so ist eine solche Anordnung nur unter den Voraussetzungen des § 1666 zulässig.

nicht verfolgt werden kann, und die Fürsorge-Erziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist;

3. wenn die Fürsorge-Erziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen nothwendig ist.

§ 2. Die Fürsorge-Erziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.

§ 3. Die Unterbringung zur Fürsorge-Erziehung erfolgt, nachdem das Vormundschaftsgericht durch Beschluß das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 1 unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Thatfachen festgestellt und die Unterbringung angeordnet hat.

§ 4. Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amtswegen oder auf Antrag. Zur Stellung des Antrags sind berechtigt und verpflichtet: der Landrath, in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann, in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern, sowie in den nach § 28 der Kreisordnung für die Provinz Hannover vom 6. Mai 1884 (Gesetz-Samml. S. 181) denselben gleichgestellten Städten auch der Gemeindevorstand, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand und der Vorsteher der königlichen Polizeibehörde.

Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeit geschehen kann, die Eltern, den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und in allen Fällen den Gemeindevorstand, den zuständigen Geistlichen und den Leiter oder Lehrer der Schule, welche der Minderjährige besucht, hören; auch hat, wenn die Beschlußfassung nicht auf Antrag erfolgt, das Vormundschaftsgericht zuvor dem Landrathe (Oberamtmann, Gemeindevorstand, Vorsteher der königlichen Polizeibehörde) unter Mittheilung der Akten Gelegenheit zu einer Aeußerung zu geben.

Der Beschluß ist dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, diesem selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, dem Landrathe (Oberamtmann, Gemeindevorstand, Vorsteher der königlichen Polizeibehörde) und dem verpflichteten Communalverbande (§ 14) zuzustellen.

Gegen den Beschluß steht den in Absatz 3 Genannten die sofortige Beschwerde zu, dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen oder diesem selbst jedoch nur dann, wenn der Beschluß auf Unterbringung zur Fürsorge-Erziehung lautet. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

§ 5. Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen. Die Polizeibehörde des Aufenthaltsorts hat in diesem Falle für die Unterbringung des Minderjährigen in einer Anstalt oder in einer geeigneten Familie zu sorgen.

Die durch die vorläufige Unterbringung erwachsenden Kosten fallen, sofern die Ueberweisung zur Fürsorge-Erziehung demnächst endgültig angeordnet wird, dem verpflichteten Communalverbande (§ 14), andernfalls demjenigen zur Last, welcher die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung

zu tragen hat. Die Polizeibehörde hat in allen Fällen die durch die vorläufige Unterbringung entstehenden Kosten vorzuschießen.

Streitigkeiten über die Angemessenheit der dem Erstattungspflichtigen in Rechnung gestellten Vorschüsse der Polizeibehörde entscheidet der Bezirksausschuß im Beschlußverfahren. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

§ 6. Hat die im § 4 angeordnete Anhörung der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters nicht stattfinden können, so sind dieselben berechtigt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verlangen.

§ 7. Soweit nicht in diesem Gesetz ein Anderes bestimmt ist, finden auf das gerichtliche Verfahren die allgemeinen Vorschriften über die durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung.

§ 8. Die gerichtlichen Verhandlungen sind gebühren- und stempelfrei; die baaren Auslagen fallen der Staatskasse zur Last. Ist nach dem Ermessen des Vormundschaftsgerichts die Vernehmung der nach § 4 Absatz 2 zu hörenden Personen erforderlich gewesen, so haben sie Anspruch auf Erstattung der nothwendigen baaren Auslagen aus der Staatskasse; dies gilt jedoch nicht für die Eltern des Minderjährigen.

Verträge über die Unterbringung von Zöglingen sind stempelfrei.

§ 9. Die Ausführung der Fürsorge-Erziehung liegt dem verpflichteten Communalverbande ob (§ 14); er entscheidet darüber, in welcher Weise der Zögling untergebracht werden soll. Im Falle der Anstalts-erziehung ist der Zögling, so weit möglich, in einer Anstalt seines Befernnißes unterzubringen. Im Falle der Familien-Erziehung muß der Zögling mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Befernnißes untergebracht werden.

Der Communalverband hat dem Vormundschaftsgerichte von der Unterbringung und von der Entlassung des Zöglings Mittheilung zu machen.

Die Ueberführung des Zöglings liegt der Polizeibehörde des Aufenthaltsorts ob.

§ 10. Die Zöglinge dürfen nicht in Arbeitshäusern und nicht in Landarmenhäusern, in Anstalten, welche für Kranke, Gebrechliche, Idioten, Taubstumme oder Blinde bestimmt sind, nur so lange untergebracht werden, als es ihr körperlicher oder geistiger Zustand erfordert.

In Ausführung einer eingeleiteten Fürsorge-Erziehung kann die Erziehung in der eigenen Familie des Zöglings unter Aufsicht des Communalverbandes widerruflich angeordnet werden.

§ 11. Für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling ist zur Ueberwachung seiner Erziehung und Pflege von dem Communalverband ein Fürsorger zu bestellen. Hierzu können auch Frauen bestellt werden.

§ 12. Auf Antrag des verpflichteten Communalverbandes kann, unbeschadet der Vorschriften des Art. 78, § 1¹⁾ des Ausführungsgesetzes

¹⁾ Art. 78 § 1. Der Vorstand einer unter der Verwaltung des Staates oder einer Gemeindebehörde stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt hat für die in der Anstalt untergebrachten Minderjährigen die Rechte und Pflichten eines Vormundes.

Die Rechte und Pflichten des Anstaltsvorstandes bestehen nur, so lange das Vormundschaftsgericht nicht einen anderen Vormund bestellt hat. Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten des Vormundes auch nach der Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels.

zum Bürgerlichen Gesetzbuche, der Vorstand einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungsanstalt vor den nach § 1776¹⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuches als Vormünder berufenen Personen zum Vormunde der auf Grund der §§ 3 ff. in der Anstalt untergebrachten Zöglinge bestellt werden.

Das Gleiche gilt für Zöglinge, die unter der Aufsicht des Vorstandes der Anstalt in einer von ihm ausgewählten Familie erzogen werden; liegt die Beaufsichtigung der Zöglinge einem von dem verpflichteten Communalverbande bestellten Beamten ob, so kann dieser auf Antrag des Communalverbandes statt des Vorstandes der Anstalt zum Vormunde bestellt werden.

Neben dem nach den Vorschriften der Abj. 1, 2 bestellten Vormund ist ein Gegenvormund nicht zu bestellen. Dem Vormund stehen die nach § 1852²⁾ des bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu.

§ 13. Die Fürsorge-Erziehung endigt mit der Minderjährigkeit.

Die frühere Aufhebung der Fürsorge-Erziehung erfolgt durch Beschluß des Communalverbandes von Amtswegen oder auf Antrag der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen, wenn der Zweck der Fürsorge-Erziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweit sichergestellt ist. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden.

Gegen den ablehnenden Beschluß des Communalverbandes kann der Antragsteller binnen einer Frist von zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anrufen. Gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichts findet die Beschwerde statt. Die Beschwerde des Communalverbandes hat aufschiebende Wirkung.

Ein abgewiesener Antrag darf vor dem Ablaufe von sechs Monaten nicht erneuert werden.

§ 14. Die Provinzialverbände, in der Provinz Hessen-Nassau die Bezirksverbände der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cassel, der Lauenburgische Landescommunalverband, der Landescommunalverband der Hohenzollernschen Lande sowie der Stadtkreis Berlin sind verpflichtet, die Unterbringung der durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts zur

¹⁾ § 1776. Als Vormünder sind in nachstehender Reihenfolge berufen:

1. wer von dem Vater des Mündels als Vormund benannt ist;
2. wer von der ehelichen Mutter des Mündels als Vormund benannt ist;
3. der Großvater des Mündels von väterlicher Seite;
4. der Großvater des Mündels von mütterlicher Seite.

Die Großväter sind nicht berufen, wenn der Mündel von einem andern als dem Ehegatten seines Vaters oder seiner Mutter an Kindesstatt angenommen ist. Das Gleiche gilt, wenn derjenige, von welchem der Mündel abstammt, von einem andern als dem Ehegatten seines Vaters oder seiner Mutter an Kindesstatt angenommen ist und die Wirkungen der Annahme sich auf den Mündel erstrecken.

²⁾ § 1852. Der Vater kann, wenn er einen Vormund benennt, die Bestellung eines Gegenvormundes ausschließen.

Der Vater kann anordnen, daß der von ihm benannte Vormund bei der Anlegung von Geld den in den §§ 1809, 1811 bestimmten Beschränkungen nicht unterliegen und zu den im § 1812 bezeichneten Rechtsgeschäften der Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts nicht bedürfen soll. Diese Anordnungen sind als getroffen anzusehen, wenn der Vater die Bestellung eines Gegenvormundes ausgeschlossen hat.

Fürsorge-Erziehung überwiesenen Minderjährigen in einer den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Weise zu bewirken. Sie haben für die Errichtung von Erziehungs- und Besserungsanstalten zu sorgen, soweit es an Gelegenheit fehlt, die Zöglinge in geeigneten Familien sowie in öffentlichen, kirchlichen oder privaten Anstalten unterzubringen, auch so weit nöthig für ein angemessenes Unterkommen bei der Beendigung der Fürsorge-Erziehung zu sorgen.

Zur Unterbringung verpflichtet ist derjenige Communalverband, in dessen Gebiete der Ort liegt, als dessen Vormundschaftsgericht das Gericht Beschluß gefaßt hat.

§ 15. Die Kosten, welche durch die Ueberführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt durch die dabei nöthige reglementsmäßige erste Ausstattung, durch die Beerdigung des während der Fürsorge-Erziehung verstorbenen und durch die Rückreise des aus der Fürsorge entlassenen Zöglings entstehen, fallen dem Ortsverband, in welchem er seinen Unterstützungswohnsitz hat, zur Last. Ist ein solcher Ortsarmenverband nicht vorhanden, so fallen diese Kosten dem verpflichteten Communalverbände (§ 14 Abs. 2) zur Last. Die übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung sowie der Fürsorge für entlassene Zöglinge tragen in allen Fällen die Communalverbände.

Die Communalverbände erhalten zu den nach Abs. 1 von ihnen zu tragenden Kosten aus der Staatskasse einen Zuschuß in Höhe von zwei Dritteln dieser Kosten. Der Betrag des Zuschusses wird jährlich auf Liquidation der im Vorjahr aufgewendeten Kosten oder im Einverständnisse mit den einzelnen Communalverbänden periodisch als Bauschsumme von dem Minister des Innern festgesetzt.

§ 16. Die Communalverbände sind berechtigt, die Erstattung der während der Fürsorge-Erziehung entstandenen Kosten des Unterhalts eines Zöglings von diesem selbst oder von dem auf Grund des Bürgerlichen Rechtes zu seinem Unterhalte Verpflichteten zu fordern. Dieselbe Berechtigung steht den Ortsarmenverbänden hinsichtlich der ihnen nach § 15 Abs. 1 zur Last fallenden Kosten zu.

Für die Erstattungsforderung der Communalverbände sind Tarife zu Grunde zu legen, welche von dem Minister des Innern nach Anhörung der Communalverbände festgesetzt werden. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung der Fürsorge-Erziehung, des Baues und der Unterhaltung der von den Communalverbänden errichteten Anstalten bleiben hierbei außer Ansaß.

Wird gegen den Erstattungsanspruch Widerspruch erhoben, so beschließt darüber auf Antrag des Communalverbandes oder Ortsarmenverbandes der Bezirksauschuß.

Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig. Zwei Drittel der durch die Communalverbände von den Erstattungs-pflichtigen eingezogenen Beträge sind auf den Beitrag des Staates § 15 Abs. 2 anzurechnen.

§ 17. Die Communalverbände haben für die Ausführung der Fürsorge-Erziehung und für die Verwaltung der von ihnen errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten Reglements zu erlassen.

Diese Reglements bedürfen der Genehmigung der Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in Betreff derjenigen Bestimmungen, welche sich auf die Aufnahme, die Behandlung, den Unterricht und die Entlassung der Zöglinge beziehen.

Hinsichtlich der Privatanstalten behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

§ 18. Die gesetzlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder finden auch auf die Fürsorge-Erziehung Anwendung.

§ 19. Wenn schulpflichtige Zöglinge der öffentlichen Volksschule ohne sittliche Gefährdung der übrigen die Schule besuchenden Kinder nicht zugewiesen werden können, so hat der Communalverband dafür zu sorgen, daß diesen Zöglingen während des schulpflichtigen Alters der erforderliche Schulunterricht anderweitig zu Theil wird. Im Streitfalle entscheidet der Oberpräsident.

§ 20. Die zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden der Communalverbände und in höherer Instanz der Minister des Innern haben die Oberaufsicht über die zur Unterbringung von Zöglingen getroffenen Veranstellungen zu führen; sie sind befugt, zu diesem Zwecke Revisionen vorzunehmen.

§ 21. Wer, abgesehen von den Fällen der §§ 120, 235¹⁾ des St.-G.-B., einen Minderjährigen, bezüglich dessen das gerichtliche Verfahren auf Unterbringung zur Fürsorge-Erziehung eingeleitet oder die Unterbringung zur Fürsorge-Erziehung angeordnet ist, dem Verfahren oder der angeordneten Fürsorge-Erziehung entzieht, oder ihn verleitet, sich dem Verfahren oder der Fürsorge-Erziehung zu entziehen, oder wer ihm hierzu vorsätzlich behilflich ist, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu Eintausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 22. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

§ 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkte wird das Gesetz vom 13. März 1878, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, aufgehoben.

Communalverbände, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes über geeignete Anstalten nicht in ausreichendem Maße verfügen, sollen bis zum 1. April 1903 bei der Unterbringung der Zöglinge den im § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes ausgesprochenen Beschränkungen nicht unterliegen.

¹⁾ § 120. Wer einen Gefangenen aus der Gefangenenanstalt oder aus der Gewalt der bewaffneten Macht, des Beamten oder desjenigen, unter dessen Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung er sich befindet, vorsätzlich befreit oder ihm zur Selbstbefreiung vorsätzlich behilflich ist, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 235. Wer eine minderjährige Person durch List, Drohung oder Gewalt ihren Eltern, ihrem Vormunde oder ihrem Pfleger entzieht, wird mit Gefängniß, und wenn die Handlung in der Absicht geschieht, die Person zum Betteln oder zu gewinn-süchtigen oder unsittlichen Zwecken oder Beschäftigungen zu gebrauchen, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Wilhelmshaven, den 2. Juli 1900.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. v. Thielen. Frhr. v. Hammerstein.
Schönstedt. Bresfeld. v. Gösler. Graf v. Posadowsky. Graf v. Bülow.
Studt. Frhr. v. Rheinbaben.

**Ausführungsbestimmungen vom 18. December 1900 zu dem Gesetze vom
2. Juli 1900 über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger.**

Das Fürsorge-Erziehungsgesetz ist eine Erweiterung des Gesetzes vom 13. März 1878 über die Unterbringung verwahrloster Kinder, wie sie durch die §§ 1666 und 1838 des B. G.-B. und Art. 135 des Einführungsgesetzes zum B. G.-B. angeregt und bedingt ist. Das neue Gesetz verfolgt denselben Zweck wie das alte: gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um der Verwahrlosung jugendlicher Personen und ihrem Verfall in Verbrechen vorzubeugen oder verwahrloste und verbrecherische Jugendliche vor weiterem oder völligem sittlichen Verderben zu bewahren. Die Fürsorge-Erziehung auf Grund dieses Gesetzes ist nur eine der mannigfachen gesetzlichen und Verwaltungsmaßregeln zur Sicherung einer geordneten Erziehung Jugendlicher. Sie greift so tief in das Verhältniß des Jugendlichen zu seinen Eltern und seiner Familie ein, daß sie in vielen Fällen eine vollständige Loslösung von der Familie zur Folge hat; sie soll daher nur zur Anwendung kommen, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Maßregeln, eine geordnete Erziehung herbeizuführen, versagen. Bevor die Maßregel in Aussicht genommen wird, ist daher sorgfältig zu prüfen, ob nicht durch Anwendung anderer Maßnahmen, der kirchlichen Einwirkung, der Schulzucht, der Armenpflege, freiwilliger Liebesthätigkeit oder vormundschaftlicher Anordnungen, für welche der § 1666 B. G.-B. den weitesten Spielraum gewährt, der Verwahrlosung vorgebeugt oder ihr Fortgang aufgehalten werden kann. Hat die Verwahrlosung ihren Grund in wirtschaftlicher Noth der Eltern oder Erzieher oder in mangelhafter Fürsorge für ein verwaisetes Kind, so sind die verpflichteten Armenbehörden von Aussichtswegen anzuhalten, ihre Schuldigkeit zu thun.

I. Personen, die in Fürsorge-Erziehung genommen werden können (§ 1).

Der Kreis der Personen, welche in Fürsorge-Erziehung genommen werden können, ist gegenüber dem Gesetze vom 13. März 1878 wesentlich erweitert. Jenes beschränkte sie auf Kinder, die nach Vollendung des sechsten und vor Vollendung des zwölften Lebensjahres eine nach Reichs- oder Landesrecht mit Strafe bedrohte Handlung begangen hatten, wegen deren sie strafrechtlich nicht verfolgt werden konnten (§ 55 St.-G.-B.), und ließ die Unterbringung in einer Familie oder Besserungsanstalt auch dann nur zu, wenn die Fürsorge-Erziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der strafbaren Handlung, auf die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher des Kindes und auf dessen übrige Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich war. Das neue Gesetz behält diese Bestimmung bei (§ 1, Nr. 2), hat jedoch eine erste Erweiterung dadurch eingeführt, daß in Uebereinstimmung mit § 55 des Str.-G.-B. die untere Altersgrenze beseitigt ist.

Eine weit größere Ausdehnung gewinnt jedoch die Fürsorge-Erziehung durch die vollständig neuen Bestimmungen der Nr. 1 und 3 des § 1.

Danach ist die Ueberweisung zur Fürsorge-Erziehung zulässig gegen Minderjährige bis zum vollendeten 18. Lebensjahre:

- 1) wenn Kinder, die unter elterlicher Gewalt stehen, durch schuldhaftes Verhalten der Eltern in Gefahr gerathen, zu verwahrlosen.

Ein schuldhaftes Verhalten liegt vor, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Vater (§ 1666 B. G.-B.) oder die Mutter, wenn dieser die elterliche Gewalt oder deren Ausübung zusteht (§§ 1684 bis 1686 B. G.-B.), das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht;

- 2) wenn bei bevormundeten Minderjährigen die Fürsorge-Erziehung zur Verhütung der Verwahrlosung nothwendig ist.

Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Bevormundeten zu, so muß ihnen jedoch ein schuldhaftes Verhalten, wie unter Nr. 1, nachgewiesen werden;

- 3) wenn Minderjährige, auch ohne daß ein Verschulden der Eltern vorliegt, verwahrlosen und die erziehlische Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule nicht ausreichen, um ein völliges sittliches Verderben des Minderjährigen zu verhüten, § 1, Nr. 3 (Art. 135 des Einführungsgesetzes zum B. G.-B.).

Da unter Verwahrlosung nicht nur die sittliche, sondern auch die geistige und körperliche zu verstehen ist, so gehören unter die Nr. 1 alle die Fälle, in denen Eltern ihre Kinder mißhandeln, ihnen die körperliche Pflege versagen, sie zu überanstrengenden, der leiblichen und geistigen Entwicklung schädlichen Arbeiten zwingen, sie in einer die Zwecke der Schule gefährdenden Weise vom Schulbesuche abhalten, die ihnen gebotene Gelegenheit zur Pflege und zum Unterrichte ihrer nicht vollsinnigen Kinder hartnäckig zurückweisen oder sie vom Verkehr mit verbrecherischen Personen und der Begehung von Strafthaten nicht abhalten. Das Gleiche gilt, wenn der Vater oder die Mutter der Trunksucht, Landstreicherei, Bettelei, des gewohnheitsmäßigen Diebstahls, der Gewerbsunzucht, Kuppelei oder eines anderen ehrlosen Verhaltens sich schuldig machen. Für Nr. 3 werden besonders die Minderjährigen in Frage kommen, die sich der Aufsicht der Eltern und Erzieher entziehen oder widersetzen, gegen deren Willen in schlechter Gesellschaft sich bewegen, wo sie Anreizung zu lüderlichem Leben und zur Begehung von Strafthaten finden; weibliche Minderjährige, die der Gewerbsunzucht sich ergeben haben oder ihr zu verfallen drohen.

Da durch eine untere Altersgrenze die Anordnung der Fürsorge-Erziehung nicht beschränkt ist, so können ihr auch Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, überwiesen werden. Von dieser Befugniß wird aber nur dann Gebrauch zu machen sein, wenn keine andere Maßnahme sich finden läßt, um der Verwahrlosung des Kindes vorzubeugen.

Durch die Bestimmung in § 2, daß die Erziehung auf öffentliche Kosten erfolgt, ist nicht ausgeschlossen, Kinder vermögender Eltern oder

vermögende Minderjährige in Fürsorge-Erziehung zu nehmen, auch wenn sie die dadurch entstehenden Kosten ersetzen (§ 16).

II. Das Verfahren für die Anordnung der Fürsorge-Erziehung (§§ 3 u. 4).

Die Fürsorge-Erziehung kann nur vom Vormundschaftsgerichte im Beschlußverfahren angeordnet werden, und zwar sowohl von Amtswegen, wenn ihm Thatfachen bekannt werden, welche die Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes begründen, als auf Antrag.

Recht und Pflicht zur Stellung des Antrages ist beschränkt in Landkreisen auf den Landrath (in den Hohenzollernschen Landen den Oberamtmann), die Gemeindevorstände der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie der diesen gleichgestellten Städte der Provinz Hannover, in Stadtkreisen auf den Gemeindevorstand und die Vorsteher königlicher Polizeibehörden.

Diese Beschränkung hat den Zweck, eine zuverlässige und gleichmäßige Handhabung des Gesetzes sicher zu stellen. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere Behörden, Beamte und Privatpersonen beim Vormundschaftsgerichte unter Mittheilung von Thatfachen die Fürsorge-Erziehung eines Minderjährigen in Anregung bringen können.

Die Anträge sind beim Vormundschaftsgerichte zu stellen, in dessen Bezirke der Minderjährige zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz (§§ 7, 11 B. G.-B.) oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. Ist für den Minderjährigen eine Vormundschaft oder Pflegschaft anhängig, oder ist der Mutter, unter deren elterlicher Gewalt er steht, ein Beistand bestellt, so ist der Antrag bei dem Gerichte zu stellen, bei welchem die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft anhängig ist (Reichsgesetz über die Angelegenheit freiwilliger Gerichtsbarkeit vom 17./20. Mai 1898, §§ 36, 43).

Die nachgeordneten Polizei- und Gemeindeorgane, die Waisenträte und Armenpfleger sind anzuweisen, den zur Stellung des Antrags verpflichteten Behörden (§ 4) alle die Fälle zur Kenntniß zu bringen, in denen Kinder von Eltern und Erziehern mißhandelt, vernachlässigt oder körperlich oder geistig verwahrloßt werden, wenn Minderjährige eine strafbare Handlung begangen haben oder sich einem ungeordneten, lüderlichen Lebenswandel ergeben, dem zu wehren die Kirche, die Schule und das Elternhaus machtlos sind. Ganz besonders sind Geistliche, Aerzte und Lehrer berufen, da, wo ihnen auf Grund dieses Gesetzes die Anordnung der Fürsorge-Erziehung nothwendig erscheint, die geeigneten Anträge zu stellen.

Es ist dahin zu wirken, daß bei den Anzeigen und Mittheilungen die den Antrag begründenden Thatfachen bestimmt bezeichnet und, soweit möglich, die erforderlichen Beweismittel und Zeugen angegeben werden. Die Anzeigen und Mittheilungen sind rechtzeitig, d. h. nicht erst bei vorgeschrittener, sondern schon bei beginnender Verwahrlosung zu machen, weil dann die Fürsorge-Erziehung am meisten Aussicht auf Erfolg hat.

Die Vorsteher der Gefängnisse, in denen jugendliche Verurtheilte ihre Strafe verbüßen, haben mit der Conferenz der Oberbeamten, zu denen der Geistliche, der Arzt und der Lehrer gehören, oder wo solche Con-

ferenzen nicht bestehen, mit dem Anstaltsgeistlichen und Lehrer zu erörtern, ob die Fürsorge-Erziehung für einen Jugendlichen nach verbüßter Strafe nothwendig erscheint. Bejahendensfalls ist der Conferenzbeschluß oder das Gutachten mit den Akten der zuständigen Behörde (§ 4) so rechtzeitig mitzutheilen, daß womöglich das Verfahren vor Ablauf der Strafe beendet sein und die Unterbringung zur Fürsorge sich unmittelbar an die Verbüßung der Strafe anschließen kann.

Die Staatsanwaltschaften werden die zu ihrer Kenntniß kommenden Fälle, in denen nach ihrer Ansicht ein Anlaß zur Fürsorge-Erziehung vorliegt, den zur Antragstellung berechtigten Behörden (§ 4) unter Beifügung der Akten mittheilen.

Werden Minderjährige vor vollendetem 18. Lebensjahr auf Grund der Bestimmungen des durch das Reichsgesetz vom 25. Juni 1900 (R.-G.-Bl. S. 301) abgeänderten § 362 des St.-G.-B. und des § 361 des Str.-G.-B. der Landespolizeibehörde überwiesen, so haben die Regierungspräsidenten die zuständigen Behörden (§ 4) anzuweisen, den Antrag auf Fürsorge-Erziehung zu stellen, wenn in anderer Weise die Unterbringung des Minderjährigen in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder in einem Asyl nicht sicher gestellt werden kann.

Der Landrath (Oberamtmann, Gemeindevorstand, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) hat, sobald ihm der Beschluß des Vormundschaftsgerichts auf Ueberweisung zur Fürsorge-Erziehung zugestellt ist, dem Landesdirektor (Landeshauptmann) des zur Unterbringung verpflichteten Communalverbandes (in Berlin dem Magistrat) unverzüglich eine Mittheilung über die persönlichen, häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ueberwiesenen zu machen, worin er sich zugleich gutachtlich darüber äußert, ob die Unterbringung in einer Familie oder in einer Anstalt zweckmäßiger erscheint.

III. Vorläufige Unterbringung (§ 5).

Das Vormundschaftsgericht kann bei Gefahr im Verzuge eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen. Bei ihren Anträgen haben die zuständigen Behörden (§ 4) anzugeben, ob sie eine solche Gefahr für vorliegend erachten. Da diese vorläufige Unterbringung sich häufig als nothwendig erweisen wird, namentlich in solchen Fällen, wo gegen den die Fürsorge-Erziehung anordnenden Beschluß des Vormundschaftsgerichts Beschwerde eingelegt wird, so ist mit geeigneten, im Kreise oder in den Städten belegenen Anstalten über die Aufnahme solcher Minderjährigen ein Abkommen zu treffen, damit die Polizeibehörde in der Lage ist, die Anordnung des Gerichts ohne Verzug und zutreffend auszuführen. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß der Minderjährige sich nicht aus eigenem Antriebe oder durch Vermittelung seiner Angehörigen dem vormundschaftsgerichtlichen Verfahren entzieht. Die Letzteren sind von der Polizeibehörde auf die Strafbestimmungen des § 21 ausdrücklich aufmerksam zu machen. Gefängnisse dürfen zur Unterbringung solcher Minderjährigen unter keinen Umständen benutzt werden.

IV. Ueberführung (§ 9, Abs. 3).

Die Ueberführung des Bögling's in die von dem Communalverbande zu seiner Aufnahme bestimmte Familie oder Anstalt hat die Polizeibehörde

des Aufenthaltsorts zu veranlassen. Die Begleiter sind mit besonderer Sorgfalt auszuwählen; weibliche Zöglinge sind in der Regel durch weibliche Begleiter zu überführen.

V. Ausführung der Fürsorge-Erziehung (§§ 9, 10, 14).

Die Ausführung der Fürsorge-Erziehung liegt wie bisher den Communalverbänden ob; sie bestimmen darüber, ob der Zögling in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt untergebracht werden soll und führen über ihn die Aufsicht bis zur Beendigung der Fürsorge-Erziehung. Bei der Fürsorge-Erziehung ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die Zöglinge, der Verwahrlosung entnommen, zu religiös-sittlichen Menschen erzogen und zu brauchbaren Arbeitern, vorzugsweise für die Landwirthschaft ausgebildet werden.

a. Familien-Erziehung.

So lange die Zwecke der Fürsorge-Erziehung durch Unterbringung in einer Familie nur irgend erreicht werden können, ist dieser der Vorzug zu geben. Sie wird von vornherein zur Anwendung zu bringen sein, wenn der Zögling das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten hat und eine erhebliche sittliche Verderbniß nicht vorliegt, oder nach vorausgegangener Anstaltserziehung, wenn der Zögling durch sie an Zucht und Ordnung gewöhnt, körperlich, geistig und sittlich gekräftigt ist. Bei der Auswahl der Familien ist in erster Linie darauf zu sehen, daß sie für eine ernst religiös-sittliche Erziehung der Zöglinge Gewähr bieten. Es sind ferner nur solche Familien zu wählen, die in geordneten Verhältnissen leben und eine ausreichende Wohnung haben. Familien, die auf dem Lande oder in kleinen Städten wohnen und den Zöglingen Gelegenheit bieten, sich mit Land- und Gartenarbeit zu beschäftigen, sind besonders zu bevorzugen. Von Familien, die in großen Städten oder dichtbevölkerten Industriebezirken wohnen, wird möglichst abgesehen sein. Die Familie muß dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings angehören. Bei nicht mehr schulpflichtigen Kindern kann von dieser Bestimmung ausnahmsweise abgesehen werden, wenn eine geeignete Familie ihres Bekenntnisses überhaupt nicht oder nur an solchen Orten gefunden werden kann, wo die Beaufsichtigung des Zöglings besondere Schwierigkeiten bietet. Dann ist jedoch die regelmäßige Theilnahme des Zöglings am Gottesdienste seines Bekenntnisses sicher zu stellen.

Mit dem Familienhaupte ist über die Aufnahme des Zöglings ein Vertrag abzuschließen, in welchem sich derselbe verpflichtet, den Zögling in seinen Familienkreis aufzunehmen, ihn in religiös-sittlichem Sinne zu erziehen, zum regelmäßigen Besuche des Gottesdienstes und der Schule, und Anfertigung der in der Schule gegebenen Aufgaben, sowie zu Ordnung, Reinlichkeit und Arbeitsamkeit anzuhalten, ihm eine angemessene Unterkunft mit besonderem Bett, gesunde, ausreichende Beköstigung, den Verhältnissen angemessene, reinliche Kleidung, in Krankheitsfällen Pflege und ärztliche Hilfe zu gewähren, ihn zu den für sein Alter und Geschlecht passenden häuslichen und ländlichen Arbeiten anzuleiten und zu verwenden, soweit dies ohne Schädigung der Gesundheit des Zöglings und des Schulunterrichts geschehen kann. Die Verwendung des Zöglings in Fabriken und ähnlichen Betrieben

ist zu untersagen, bei der Hausindustrie nur mit Genehmigung des Fürsorgers zuzulassen.

Es ist möglichst darauf zu sehen, daß die Familie dem bisherigen Aufenthaltsorte des Zöglings nicht zu nahe wohnt und daß nicht mehrere Zöglinge in derselben Familie untergebracht werden.

Zur Ermittlung geeigneter Familien werden die Gemeindevorstände, die Pfarrämter und Waisenräthe den Communalverbänden behülflich sein und die erforderliche Auskunft geben.

Auch die Unterbringung des Zöglings in der eigenen Familie ist zulässig. Vorbedingung dafür ist, daß die Erziehung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt den Zögling sittlich gebessert hat und daß die Verhältnisse der eigenen Familie, durch welche die Verwahrlosung des Zöglings verschuldet ist, beseitigt sind, etwa durch Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, durch Ausscheiden des schuldigen Elternteils, durch Verziehen der Familie in eine andere social gesündere Umgebung. Durch diese Maßregel wird die Fürsorge-Erziehung nicht aufgehoben, der Zögling untersteht der vom Communalverbande angeordneten Aufsicht und kann der Familie jederzeit genommen und anderweit untergebracht werden, wenn sie sich ungeeignet erweist.

Von der Unterbringung des Zöglings in einer Familie ist vorher dem Gemeindevorstande, sowie dem zuständigen Geistlichen Anzeige zu machen. Ist der Zögling schulpflichtig, so ist auch die Schulbehörde zu benachrichtigen und festzustellen, daß die Aufnahme des Zöglings in die Volksschule gesichert ist (§ 19).

b. Anstalts-Erziehung.

Die Unterbringung in Anstalten erscheint vorzugsweise angebracht für Minderjährige, die zu geschlechtlichen Ausschweifungen, zum Landstreichen und Verbrechen neigen oder in anderer Weise sittlich verwahrlost sind, sowie solche, deren körperlicher Zustand eine besondere Pflege unter ärztlicher Aufsicht fordert. Die Zöglinge sollen aber in der Anstalt nur so lange bleiben, als unbedingt nothwendig ist, um sie an Zucht und Ordnung zu gewöhnen, leiblich und geistig zu kräftigen. Sobald dieser körperliche und sittliche Reinigungsproceß beendet ist, sind sie in Familien, wenn möglich unter Aufsicht des Anstaltsvorstehers, der ihren Charakter kennt, unterzubringen, die Schulpflichtigen in Pflege, die Schulentlassenen im GefindeDienst oder als Lehrlinge. Führen sie sich schlecht oder erweist sich die Familie als ungeeignet, so sind sie in die Anstalt zurückzunehmen, um geeigneten Falles nach einiger Zeit einen erneuten Versuch mit der Familien-Erziehung zu machen. Für die Anstalts-Erziehung sind geeignete kirchliche oder Privatanstalten zu benutzen und, soweit diese nicht vorhanden, von den Communalverbänden eigene Anstalten zu errichten. Als geeignete werden nur solche Anstalten anzusehen sein, die Sicherheit für eine Erziehung der Zöglinge auf religiös-sittlicher Grundlage bieten und deren Leiter für die Lösung der Aufgabe der Fürsorge-Erziehung befähigt sind.

Die Anstalten müssen durch ihre Lage, baulichen und gesundheitlichen Einrichtungen und die Gelegenheit, die Zöglinge mit Feld-, Garten-, Haus- und anderen geeigneten Arbeiten außerhalb der Unterrichtsstunden zu beschäftigen, den besonderen Anforderungen der Fürsorge-Erziehung

entsprechen und den Zöglingen einen ausreichenden, den Vorschriften für die Volksschule gemäßen Unterricht gewähren. Die Anstalten sollen nicht zu klein sein, weil dann die wirthschaftliche Lage meist nicht gestattet, einen pädagogisch geschulten Leiter an die Spitze zu stellen und einen ausreichenden Schuldienst einzurichten, und nicht zu groß, weil dann der Leiter nicht im Stande ist, die Eigenart jedes Zöglings genau kennen zu lernen und ihn dementsprechend zu behandeln. Erfahrungsgemäß ist für nicht öffentliche Anstalten die Einrichtung für 50—100 Zöglinge die zweckmäßigste.

Es empfiehlt sich nur solche Anstalten zu benutzen, die auf confessioneller Grundlage stehen und entweder nur für Knaben oder nur für Mädchen bestimmt sind. Zöglinge, die das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten haben, können unter Umständen auch in Anstalten, die für Kinder beiderlei Geschlechts bestimmt sind, untergebracht werden, wenn die Aufenthaltsräume für Tag und Nacht, und die Spielplätze vollständig von einander getrennt sind. Von der Benutzung solcher Anstalten, die in Mitten großer Städte oder industrieller Bezirke liegen, wird möglichst abzusehen sein. Die Staats- und Gemeindebehörden werden angewiesen, den Communalverbänden bei der Ermittlung von Anstalten behülflich zu sein und ihnen jede gewünschte Auskunft über deren Einrichtung und Verwaltung nach bestem Vermögen zu ertheilen.

Für die den Communalverbänden gehörenden Anstalten wird es sich empfehlen, sie auf eine Zahl von 80—200 Zöglingen confessionell und entweder nur für männliche oder nur für weibliche Zöglinge einzurichten. Als Leiter der für männliche Zöglinge bestimmten Anstalt ist ein pädagogisch gebildeter Geistlicher oder im öffentlichen Schuldienste bewährter Lehrer zu wählen, dem die erforderliche Zahl von Lehrern und Führern beizugeben ist, um unter den Zöglingen zur besseren Uebersicht und Erziehung verschiedene Abtheilungen bilden zu können. Ein ausreichendes Gelände, um darauf die Zöglinge mit Garten-, Feldarbeit und Viehwirthschaft gründlich zu beschäftigen, einige Werkstätten, um männliche Zöglinge in Handfertigkeiten, welche für ihr späteres Fortkommen von Werth sind, durch sachkundige Beamte unterweisen zu lassen, dürfen nicht fehlen.

In den Erziehungsanstalten für weibliche Zöglinge sollen außer dem Geistlichen und dem Arzte nur weibliche Beamte thätig sein. Die Anstalt muß die Möglichkeit bieten, die Zöglinge in der Haus-, Garten-, Feld- und Viehwirthschaft gründlich zu beschäftigen. Außerdem sind sie in den gewöhnlichen weiblichen Handarbeiten: Nähen, Stricken, Flickern u. auszubilden.

Die Anstalten müssen den schulpflichtigen Zöglingen den vorchriftsmäßigen Volksschulunterricht gewähren. Die Schulentlassenen sind in den Zeiten, wo sie nicht mit Arbeiten in der Haus- und Feldwirthschaft beschäftigt werden, in den Unterrichtsgegenständen der Volksschule weiter zu fördern.

Den Communalverbänden ist gestattet, zur Errichtung eigener Erziehungsanstalten Gebäude, die bei Landarmen- und Arbeitshäusern überflüssig werden, zu benutzen. Diese Gebäude müssen jedoch von den zur Aufnahme der Landarmen und Corrigenden bestimmten vollständig abgeschlossen werden; die Erziehungsanstalt muß ihren eigenen pädagogisch gebildeten Leiter und ein besonderes Lehr- und Aufsichtspersonal haben; das

Personal des Landarmen- und Arbeitshauses darf bei den Zöglingen nicht zur Verwendung kommen. Die Zöglinge müssen unter allen Umständen, auch bei der Arbeit, von den Insassen des Landarmenhauses oder Correctionshauses so getrennt gehalten werden, daß irgend eine Berührung zwischen ihnen nicht stattfindet.

Dagegen kann die wirtschaftliche Verwaltung beider Anstalten unter der Oberleitung des Vorstehers des Arbeitshauses gemeinsam sein.

Bis zum 1. April 1903 ist es den Communalverbänden, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes über geeignete Anstalten nicht in ausreichendem Maße verfügen, gestattet, Fürsorge-Zöglinge auch in Arbeitshäusern und Landarmenhäusern unterzubringen. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß diese Maßregel nur zur Anwendung kommt bei Minderjährigen, welche das schulpflichtige Alter überschritten haben; daß den Zöglingen besondere Aufenthaltsräume für den Tag und die Nacht angewiesen werden, so daß sie mit den Häuslingen nicht in Berührung kommen, und daß für sie ein besonderes Aufsichtspersonal, das der erzieherischen Aufgabe gewachsen ist, bestimmt wird.

Der Zögling ist, soweit irgend möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Ist eine solche Anstalt, die zugleich den Aufgaben der Fürsorge-Erziehung gewachsen ist, im Bezirke des verpflichteten Communalverbandes nicht vorhanden, so ist die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt im Bezirke eines anderen Communalverbandes anzustreben. Läßt sich die Unterbringung eines Zöglings in einer geeigneten Anstalt seines Bekenntnisses nicht ermöglichen, so ist der Religionsunterricht und die regelmäßige Theilnahme am Gottesdienste nach den Ordnungen seines Bekenntnisses sicher zu stellen. Zöglinge, die wegen ihres krankhaften Zustandes in Anstalten, welche für Kranke, Gebrechliche, Idioten, Epileptische, Taubstumme oder Blinde bestimmt sind, untergebracht werden müssen, fallen dadurch nicht ohne Weiteres aus der Fürsorge-Erziehung. Für die Aufhebung dieser Maßregel gelten auch bei diesen Zöglingen die Bestimmungen des § 13 Abs. 2.

VI. Dienst oder Lehre.

Vor Ablauf des schulpflichtigen Alters ist rechtzeitig für eine den Fähigkeiten und Verhältnissen des Zöglings passende und thunlichst seinen Wünschen entsprechende Dienst- oder Lehrstelle zu sorgen.

Als Dienst- oder Lehrherren sollen nur durchaus zuverlässige und tüchtige Personen ausgewählt werden. Bei etwa abzuschließenden Lehrverträgen ist die tüchtige Ausbildung im Handwerk innerhalb einer bestimmten Zeit sicher zu stellen.

Im Uebrigen sind bei Abschließung des Lehrvertrages die Bestimmungen der §§ 126—132a der Gewerbeordnung, Reichsgesetz vom 26. Juli 1897 (Reichsgesetzblatt S. 663) zu beachten. Die Unterbringung in Lehre und Dienst ist Familien-Erziehung, und finden dafür die bezüglichlichen Vorschriften dieser Ausführungsbestimmungen, insbesondere auch über die confessionelle Erziehung, sinngemäße Anwendung (Nr. Va.).

VII. Fürsorge (§ 11).

Für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling ist von dem verpflichteten Communalverbande ein Fürsorger zu bestellen, dessen Auf-

gabe es ist, sowohl die Führung als auch die Erziehung und Behandlung der ihnen zugewiesenen Zöglinge zu überwachen.

Die noch nicht schulentlassenen Zöglinge hat er von Zeit zu Zeit persönlich in der Familie aufzusuchen, sich von der Art der Unterkunft, Verpflegung, Erziehung, Beschäftigung zu überzeugen, durch Benehmen mit dem Ortsgeistlichen und der Schulbehörde sich zu vergewissern, daß Schul- und Kirchenbesuch regelmäßig ist und die vertraglichen Bestimmungen gewissenhaft erfüllt werden, und für Abstellung etwaiger Mängel zu sorgen. Den Anordnungen des Fürsorgers müssen der Familienvorstand und der Zögling vorbehaltlich der Beschwerde an den Communalverband nachkommen.

Bei den in Dienst oder Lehre Stehenden hat er darauf zu halten, daß der Verdienst der Zöglinge in angemessener Weise verwendet und ein Theil desselben auf der Sparkasse belegt wird. Halbjährlich hat der Fürsorger an den vom Communalverbande bezeichneten Beamten über seine Wahrnehmungen kurz zu berichten.

Dem Fürsorger ist für die Ausübung seines Amtes vom Communalverbande eine gedruckte Anweisung zu geben; Abschriften der über die Unterbringung der Zöglinge abgeschlossenen Verträge sind ihm auszuhandigen. Der Fürsorger ist so zu wählen, daß er am Orte selbst, wo der Zögling untergebracht ist, oder doch so nahe wohnt, daß die persönliche Aufsicht nicht erschwert wird, und daß er, wenn irgend möglich, dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings angehört. Um die Uebernahme des Amtes sind in erster Linie die zuständigen Ortsgeistlichen, Lehrer, Mitglieder von Waisenträthen oder Erziehungs-Vereinen zu ersuchen; andere geeignete Persönlichkeiten sind mit Hülfe der Geistlichen und Gemeindevorstände zu ermitteln. Ist der Zögling bevormundet und wohnt der Vormund am Orte oder in der Nähe, so ist dieser zunächst als Fürsorger zu bestellen. Für Kinder im Alter unter 12 Jahren und weibliche Zöglinge sind vorzugsweise Frauen als Fürsorger zu bestellen. Das Amt des Fürsorgers ist ein Ehrenamt, nothwendige baare Auslagen werden erstattet.

VIII. Vormundschaft (§ 12).

Der Vorstand einer unter Verwaltung des Communalverbandes stehenden Erziehungsanstalt übt nach Artikel 78 § 1 des Ausführungsgesetzes zum B. G.-B. ohne Weiteres die Rechte und Pflichten eines Vormundes über die Anstaltszöglinge aus; der Vorstand einer kirchlichen oder Privatanstalt kann ebenfalls auf Antrag des Communalverbandes zum Vormunde der Zöglinge bestellt werden. In beiden Fällen darf dem Vormund dieses Amt auch über die Zeit der Entlassung des Zöglings aus der Fürsorge-Erziehung bis zu dessen Volljährigkeit belassen werden.

IX. Entlassung aus der Fürsorge-Erziehung.

Die Fürsorge-Erziehung endigt mit der Minderjährigkeit. Vorher kann die Aufhebung angeordnet werden durch Beschluß des Communalverbandes von Amtswegen oder auf Antrag der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Zöglings. Bedingung dafür ist, daß der Zweck der Fürsorge-Erziehung erreicht oder anderweit sicher gestellt ist. Vor der Beschlußfassung ist der Fürsorger oder Vorsteher der Anstalt, in

welcher der Zögling untergebracht ist, zu hören. Die Entlassung erfolgt endgültig oder auf Widerruf. Die erstere soll nur dann statthaben, wenn der Zögling in vollständig gesicherte Verhältnisse eingetreten ist, welche eine abermalige Verwahrlosung so gut als ausgeschlossen erscheinen lassen. Die Aufhebung der Fürsorge-Erziehung unter Vorbehalt des Widerrufs soll erfolgen, wenn die Führung des Zöglings und die Verhältnisse, in welche er eintritt, zur Zeit die Aufhebung rechtfertigen, es aber zweifelhaft erscheint, ob beide von Dauer sein werden.

Die Aufhebung der Fürsorge-Erziehung auf Widerruf ist an die Bedingung zu knüpfen, daß sich der Minderjährige der vom Communalverbande über ihn angeordneten Aufsicht unterstellt. Entzieht er sich dieser Aufsicht oder lassen seine Führung und Lebensverhältnisse eine abermalige Verwahrlosung befürchten, so ist er in die Fürsorge-Erziehung zurückzunehmen. Die Ueberwachung des Minderjährigen wird am zweckmäßigsten dem bisherigen Fürsorger übertragen, sie darf nicht durch polizeiliche Organe ausgeübt werden.

X. Kosten (§ 15).

Die Ortsarmenverbände und die denselben gleichstehenden Gesamtarmenverbände (Pr. Ges. betr. Ausführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 §§ 9—15), in denen der Zögling seinen Unterstützungswohnsitz hat, haben wie bisher die Kosten der Ueberführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt, der ersten Ausstattung, der Beerdigung des während der Fürsorge-Erziehung verstorbenen und der Rückreise des aus der Fürsorge-Erziehung entlassenen Zöglings zu tragen. Ist ein solcher Ortsarmenverband nicht vorhanden, so fallen diese Kosten dem verpflichteten Communalverbande zur Last.

Die Communalverbände tragen die übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung, sowie der Fürsorge für entlassene Zöglinge. Der Staat giebt zu diesen Kosten einen Zuschuß in Höhe von zwei Drittel derselben.

Die Kostenaufstellungen sind am Schlusse jedes Etatsjahres den Oberpräsidenten einzureichen, welche dieselben prüfen und feststellen lassen und zur Zahlung bei einer Regierungshauptkasse anweisen. Mit der Zahlung ist stets dieselbe Regierungshauptkasse zu beauftragen. Die Kostenaufstellungen sind nach erfolgter Zahlung der Beträge dem Minister des Innern zur Prüfung einzureichen; sie gelangen hierauf zur Rechnungslegung an die Regierungspräsidenten zurück.

Die Erstattung der Kosten des Unterhalts eines Zöglings während der Fürsorge-Erziehung kann der Communalverband von dem Zöglinge selbst oder von dem auf Grund bürgerlichen Rechts zu seinem Unterhalte Verpflichteten fordern. Es wird sich empfehlen, wie bisher das Vermögen des Zöglings nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn und insoweit es den Betrag von 300 Mark übersteigt. Dagegen wird die Rückforderung der Kosten des Unterhalts der Zöglinge von den zu ihrem Unterhalte Verpflichteten, insbesondere von den Eltern, mit voller Strenge zu betreiben sein. Ist nach der Vermögenslage der Ersatzpflichtigen eine Beitreibung der vollen Kosten nicht angezeigt, so ist die Forderung auf einen Theil der Kosten zu ermäßigen; es muß aber Regel sein, einen wenn auch

kleinen Theil der Kosten beizutreiben, um bei den zum Unterhalt Verpflichteten das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für den Zögling aufrecht zu erhalten und ein frivoles Abschieben der Kinder zu verhindern. Dieselben Grundsätze finden auch auf die Einziehung der von den Ortsarmenverbänden verauslagten Kosten Anwendung. Die Beitreibung geschieht im Verwaltungszwangsverfahren.

In den Kostenaufstellungen sind die von den Communalverbänden wieder eingezogenen Beträge besonders ersichtlich zu machen; zwei Drittel derselben sind auf den Beitrag des Staates anzurechnen.

XI. Aufsicht über die Fürsorge-Erziehung (§ 17–20).

Von den Communalverbänden sind für die Ausführung der Fürsorge-Erziehung und für die von ihnen errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten neue Reglements zu erlassen und durch die Oberpräsidenten dem Minister des Innern und dem Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten zur Genehmigung vorzulegen. Bei Abfassung der Reglements sind die in diesen Ausführungsbestimmungen gegebenen Anweisungen zu beachten.

Die Oberpräsidenten führen die Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes durch die Communalverbände und die Schulaufsicht über die von letzteren errichteten Erziehungsanstalten nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses vom 12. Mai 1897 und des Erlasses der Minister des Innern und der geistlichen pp. Angelegenheiten vom 15. November 1897.

Alljährlich ist über die Ausführung der Fürsorge-Erziehung von den Communalverwaltungen dem Oberpräsidenten ein Bericht nebst den erforderlichen Nachweisungen einzureichen und dem Minister des Innern vorzulegen.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden vom 1. April 1901 ab auch Anwendung auf die nach dem Gesetze vom 13. März 1878 in Zwangserziehung befindlichen Personen.

Von der Sorgfalt und der Umsicht der bei der Ausführung dieses Gesetzes beteiligten Behörden und Personen, insbesondere der zur Stellung des Antrags berechtigten und verpflichteten, wird wesentlich der Erfolg des Gesetzes abhängen. Es darf daher zuversichtlich gehofft werden, daß sie sich dieser neuen Aufgabe, die von hoher sittlicher und socialer Bedeutung ist, mit voller Hingebung widmen. Sie werden ihr um so eher gerecht werden, wenn sie sich der Mitwirkung der an dem Werke interessirten Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Geistlichen, Lehrer und Aerzte, der Vereine zum Jugendschutz und geeigneter Privatpersonen versichern.

Berlin, den 18. November 1900.

Der Minister des Innern. Freiherr von Rheinbaben.

Nr. 389. Katholisches Krieger-Waisenhaus zu Canth.

Circular vom 12. Mai 1893.

Der „Provinzial-Krieger-Verband für Schlesien“ versendet an die Kriegervereine nachstehenden Aufruf:

Das katholische Krieger-Waisenhaus zu Canth wird am 1. Juli d. J. eröffnet, ohne daß bis zur Stunde bei demselben die vorgesehene Anzahl Zöglinge angemeldet ist.

Aufnahme finden in Canth alle vollen resp. halben Waisen, deren Väter bis zu ihrem Tode Mitglied eines, dem deutschen Kriegerbunde zugehörigen Vereins gewesen sind resp. noch sind. Bei bestehender Concurrenz genießen die Vollwaisen den Vorzug vor den Halbwaisen.

Die Anmeldung der Kinder (Knaben wie Mädchen im Alter von 7 bis 12 Jahren) erfolgt durch den localen Kriegervereins-Vorstand beim Bundes-Vorstande in Berlin W., Kurfürstenstraße 97. Die dazu, nach Anlage 6, Seite 30 und 31 der Bundes-Satzungen, nothwendigen Formulare sind unentgeltlich zur Ausfüllung ebenfalls vom Bundes-Vorstande zu beziehen.

Rath, Auskunft und Beihilfe leistet auf Verlangen zudem der Vorsitzende des Curatoriums, General v. Trapp, Breslau, Zimmerstr. 3.

Die Waisenspflege des deutschen Krieger-Bundes war bis zu dessen vorjährigem Abgeordnetentage zu Flensburg simultan. Erst nach schweren Kämpfen gelang eine confessionelle Trennung und wurde in Folge der Letzteren für die katholischen Vereinsmitglieder ein eigenes Haus mit einem Kostenaufwande von mehr als 120 000 Mark aus Bundesmitteln in Canth erbaut.

Dieses Haus oder richtiger gesagt, diese Anstalt (es sind zunächst drei Häuser) soll am 1. Juli d. J. 40 Knaben und 20 Mädchen aufnehmen, während bis zur Stunde in Berlin unbegreiflicher Weise nur vier Knaben und zwei Mädchen angemeldet wurden.

Wird da nicht Abhilfe geschaffen, dann flammt der kaum beschwichtigte, sich immer noch regende confessionelle Gegensatz wieder auf und das Haus ist als rein und ausschließlich katholische Anstalt verloren.

Die berufenen Organe des Bundes (Bundes- und Provinzial-Vorstand) haben wiederholt in der Presse auf die Eröffnung des Canther Hauses am 1. Juli aufmerksam gemacht. Genuzt hat das nichts. Und dennoch müssen Kinder, für die es eine große Wohlthat wäre, nach Canth zu kommen, in Schlesien in größerer Zahl vorhanden sein, denn dem Provinzial-Verbande dieser Provinz gehören 85 600 Mitglieder an. Aus vorwiegend katholischen Gegenden wie z. B. der Grafschaft Glatz mit 56 Vereinen und etwa 6000 Mitgliedern, oder Ratibor mit 44 Vereinen und nahezu 5000 Mitgliedern u. A. m. liegt auch noch nicht eine einzige Anmeldung vor.

Wir bitten also in erster Linie nicht um eine Geldbeihilfe, sondern um Zuweisung von Kindern.

Zum Schluß wird bemerkt, daß besonders in Ober-Schlesien auch Kriegervereine existiren, die sich „entgegen diesseitigem Erstreben, dem deutschen Krieger-Bunde noch nicht angeschlossen haben. Für diese ist das Canther Haus nicht zugänglich.“

Indem ich dies meinem Hochwürdigen Clerus mittheile, beauftrage ich denselben, von der Kanzel in geeigneter Weise die Gläubigen auf den Zweck des Canther Krieger-Waisenhauses und dessen confessionellen Charakter, sowie über die Aufnahme-Bedingungen in Kenntniß zu setzen. Zugleich ersuche ich, etwaigen Bewerbern um eine Stelle in dem bezeichneten Waisenhanse hilfreiche Hand zu leisten.

Breslau, den 12. Mai 1893.

Der Fürst-Bischof
G. Card. Ropp.

Nr. 390. Anstalt für schwachsinrige Kinder in Leschniz.

G. B. Nr. 230. IV. vom 20. Juni 1884.

Die seit einer Reihe von Jahren in Leschniz bestehende Anstalt für schwachsinrige, aber bildungsfähige Kinder aus dem Regierungsbezirk Oppeln bedarf einer Erweiterung. Der Vorsitzende des Vereins, unter dessen Verwaltung diese Anstalt steht, Herr Rittergutsbesitzer Elsner von Gronow auf Kalinowiz, hat sich an Se. Fürstbischöfliche Gnaden mit der Bitte gewandt, dem ehrwürdigen Clerus des Oppelner Regierungsbezirk's das fromme und segensreiche Unternehmen zu empfehlen, und Hochdieselben haben dieser Bitte um so lieber entsprechen zu müssen geglaubt, als der Verein bereitwilligst die Hindernisse, welche seit längerer Zeit dem Clerus eine Mitarbeit unmöglich machten, in der letzten Zeit beseitigt hat und die Bürgschaft gewährt, daß die religiöse Belehrung und Uebung der katholischen Kinder in jeder Weise gefördert werde.

In Folge dessen sind wir von Sr. Fürstbischöflichen Gnaden angewiesen worden, die Unterstützung des Vereins und der Leschnitzer Anstalt in diesen Verordnungen, wie hiermit geschieht, zu empfehlen.

Nr. 391. Sorge für taubstumme Kinder.

Fürstbischöflicher Erlaß vom 27. November 1899 Nr. 13.

Diesenigen Pfarrer, in deren Sprengel taubstumme Kinder sich befinden, haben, so lange der Taubstummen-Unterricht noch nicht allgemein verpflichtend eingeführt worden ist, dafür zu sorgen, daß jene taubstummen Kinder frühzeitig in Taubstummen-Anstalten angemeldet werden. Auch der Pastoration der erwachsenen Taubstummen ist nach Möglichkeit von den zuständigen Pfarrgeistlichen eine eifrige Fürsorge zu widmen¹⁾.

Nr. 392. Religiöse Erziehung unehelicher Kinder²⁾.

G. B. Nr. 255. XII.

Uneheliche Kinder sind in der Religion zu erziehen, welcher die Mutter bei Geburt des Kindes, bezw. bei dessen Aufnahme in die religiöse Gemeinschaft angehörte. Wendet die Mutter später ihr religiöses Bekenntniß, so darf deswegen für das Kind ein Wechsel des religiösen Bekenntnisses nicht stattfinden.

(Kammergerichts-Entscheid. v. 5. März 1888, vollständig abgedruckt in G. B. Nr. 255. XII).

Nr. 393. Erziehungsrecht der Mutter³⁾.

G. B. Nr. 256. XVII.

Das Gesetz sichert der Mutter die Erziehung ihrer Kinder. Der Pflicht, die Kinder in einer anderen Religion zu erziehen, gemißt sie, wenn sie denselben Religions-Unterricht ertheilen läßt, ohne daß sie eine Schule dieser anderen Religion besuchen. Nur aus erheblichen Gründen (sittlicher Gefährdung, körperlicher oder geistiger Verwahrlosung), wenn also der Gesamtzweck der Erziehung nicht mehr erreichbar ist, kann verlangt werden, daß das Kind auch einer Schule dieser anderen Religion zugeführt wird eventuell der Mutter die Erziehung entzogen werde.

(Kammergerichts-Entscheid. v. 6. März 1885, vollständig abgedruckt in G. B. Nr. 256. XVII).

¹⁾ Vgl. Protokoll der Diöcesan-Conferenz v. J. 1899 S. 32, 33.

²⁾ Vgl. oben S. 54. ³⁾ Vgl. oben S. 52.

Nr. 394. Theilnahme an Waisenrathssitzungen und Uebernahme des Waisenrathsamtes.

G. B. Nr. 381. II. vom 15. Juni 1901.

Die Königliche Staatsregierung hat sich darüber anerkennend ausgesprochen, daß die Geistlichen im Allgemeinen der Waisenpflege mehr und mehr eine lebhaftere Theilnahme zuwenden, ja neben der Betheiligung an den Waisenrathssitzungen vielfach auch das Amt eines Waisenrathes selbst übernommen haben.

Dabei wird aber auch bemerkt, daß in verschiedenen Bezirken die Betheiligung eine noch regere sein könne.

Indem ich meinen Erlaß vom 21. Juni 1888 (Verordn. des General-Vicariat-Amtes Nr. 250. II.¹⁾ in Erinnerung bringe, wiederhole ich die zuversichtliche Erwartung, daß die Hochwürdige Pfarargeistlichkeit an der Fürsorge für die Waisen durch Uebernahme des Amtes der Waisenräthe und an den Waisenrathssitzungen sich noch reger betheiligen werde.

Breslau, den 13. Mai 1901.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Anmerkung: Ueber die religiöse Erziehung von Kindern aus Mischehen siehe oben S. 51—55.

Ueber Eintragung unehelicher Kinder, deren Mütter sich später verheirathen, siehe oben S. 125 und 218.

Die in den „Gedruckten Verordnungen des Fürstbischöfl. General-Vicariat-Amtes“ enthaltenen Bestimmungen der früheren Vormundschafts-Ordnung sind durch das Bürgerliche Gesetzbuch außer Kraft getreten. Dafür mögen hier folgende **vormundschaftliche Bestimmungen** hinsichtlich der religiösen Erziehung der Minderjährigen und hinsichtlich der Geistlichen Platz finden. Nach § 1779 des B. G. B. ist bei der Auswahl (soweit eine solche stattfindet § 1776) des Vormunds auf das religiöse Bekenntniß des Mündels Rücksicht zu nehmen. Diese Vorschrift bezieht sich aber nur auf den vom Richter auszuwählenden Vormund, nicht auf den kraft des Familienrechtes (§ 1776 ff.) zu berufenden Vormund (Kammergerichts-Entscheidung v. 15. August 1882 — in G. V. Nr. 256. XV.). Die Sorge für die religiöse Erziehung des Mündels kann dem Vormunde von dem Vormundschaftsgerichte entzogen werden, wenn der Vormund nicht dem Bekenntniß angehört, in dem das Mündel zu erziehen ist (§ 1801).

Insbefondere kommt der Geistliche durch Bestellung zum Waisenrath in die Lage, seine Sorge für das Wohl der Minderjährigen zu bethätigen. Der Ausdruck Waisenrath oder Gemeindewaisenrath bezeichnet sowohl die einzelne Person als das Amt selbst, wenn es collegialisch besetzt ist. Das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 sagt darüber:

Gemeindewaisenrath.

Artikel 77.

§ 1. Für jede Gemeinde oder für örtlich abzugrenzende Gemeindetheile sind ein oder mehrere Gemeindeglieder als Gemeindewaisenrath zu bestellen. Für benachbarte Gemeindebezirke können dieselben Personen bestellt werden.

Das Amt eines Waisenrathes ist ein unentgeltliches Gemeindeamt.

¹⁾ Oben S. 427. Vgl. auch G. B. Nr. 317. IV. oben S. 425.

Durch Beschluß der Gemeindebehörde können die dem Gemeindewaisenrath obliegenden Einrichtungen besonderen Abtheilungen oder schon bestehenden Organen der Gemeindeverwaltung übertragen werden.

Auf selbständige Gutsbezirke finden diese Vorschriften mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Waisenrath von dem Gutsvorsteher ernannt wird.

Die bisherigen Waisenräthe bleiben im Amte.

§ 2. Zur Unterstützung des Gemeindewaisenraths können Frauen, die hierzu bereit sind, als Waisenpflegerinnen widerruflich bestellt werden. Die Zuständigkeit für die Bestellung bestimmt sich nach den für die Bestellung der Waisenräthe maßgebenden Vorschriften.

Die Waisenpflegerinnen haben unter der Leitung des Gemeindewaisenraths bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Mündel und bei der Ueberwachung weiblicher Mündel mitzuwirken.

Nach dem Erlaß vom 13. Januar 1896¹⁾ wünscht der Minister die Uebernahme des Amtes eines Waisenrathes durch Geistliche, Theilnahme derselben an den Waisenrathssitzungen und Führung der Waisenlisten durch Geistliche.

Die Aufgaben des Gemeindewaisenrathes sind in den hier folgenden Paragraphen des B. G. B. angegeben²⁾:

§ 1779. Ist die Vormundschaft nicht einem nach § 1776 Berufenen zu übertragen, so hat das Vormundschaftsgericht nach Anhörung des Gemeindewaisenraths den Vormund auszuwählen.

Das Vormundschaftsgericht soll eine Person auswählen, die nach ihren persönlichen Verhältnissen und ihrer Vermögenslage sowie nach den sonstigen Umständen zur Führung der Vormundschaft geeignet ist. Bei der Auswahl ist auf das religiöse Bekenntniß des Mündels Rücksicht zu nehmen. Verwandte und Verschwägerte des Mündels sind zunächst zu berücksichtigen.

§ 1849. Der Gemeindewaisenrath hat dem Vormundschaftsgerichte die Personen vorzuschlagen, die sich im einzelnen Falle zum Vormunde, Gegenvormund oder Mitglied eines Familienraths eignen.

§ 1850. Der Gemeindewaisenrath hat in Unterstützung des Vormundschaftsgerichts darüber zu wachen, daß die Vormünder der sich in seinem Bezirk aufhaltenden Mündel für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen. Er hat dem Vormundschaftsgerichte Mängel und Pflichtwidrigkeiten, die er in dieser Hinsicht wahrnimmt, anzuzeigen und auf Erfordern über das persönliche Ergehen und Verhalten eines Mündels Auskunft zu erteilen.

Erlangt der Gemeindewaisenrath Kenntniß von einer Gefährdung des Vermögens eines Mündels, so hat er dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu machen.

§ 1851. Das Vormundschaftsgericht hat dem Gemeindewaisenrath die Anordnung der Vormundschaft über einen sich in dessen Bezirk aufhaltenden Mündel unter Bezeichnung des Vormundes und des Gegenvormundes, sowie einen in der Person des Vormundes oder des Gegenvormundes eintretenden Wechsel mitzutheilen.

Wird der Aufenthalt eines Mündels in den Bezirk eines anderen Gemeindewaisenraths verlegt, so hat der Vormund dem Gemeindewaisenrath des bisherigen Aufenthaltsorts und dieser dem Gemeindewaisenrath des neuen Aufenthaltsorts die Verlegung mitzutheilen.

¹⁾ Oben S. 425.

²⁾ Eine weitere Thätigkeit des Gemeindewaisenrathes schafft das Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900. Siehe oben.

Uebrigens hat der Pfarrer schon kraft seines Amtes, auch ohne Gemeindevaisenrath zu sein, ein Beschrwerderecht, wenn es sich um die religiöse Erziehung handelt (Kammergerichts-Entscheidung vom 20. Januar 1890). Der hierbei zu beachtende Instanzenzug ist bereits oben S. 53 angegeben.

Beamte und Geistliche als Vormünder. Unter diesem Titel bestimmt das Ausführungsgesetz unter Hinweis auf §§ 1784, 1888 im Artikel 72:

Wer ein Staatsamt oder ein besoldetes Amt in der Communal- oder Kirchenverwaltung bekleidet, bedarf zur Uebernahme einer Vormundschaft oder zur Fortführung einer vor dem Eintritt in das Amt übernommenen Vormundschaft der Erlaubniß der zunächst vorgesetzten Behörde. Das Gleiche gilt für die Uebernahme oder die Fortführung des Amtes eines Gegenvormundes, Pflegers oder Beistandes.

Die Erlaubniß kann zurückgenommen werden.

Notare bedürfen der Erlaubniß nicht.

Dieses ist jedoch nur eine Ordnungsvorschrift, welche die Verpflichtung zur Annahme der Vormundschaft nicht schlechthin hindert, aber zur Entlassung des verpflichteten Geistlichen oder kirchenbeamten führt, wenn die erforderliche Genehmigung der vorgesetzten Behörde versagt wird (Kammergerichts-Entscheidung vom 8. März 1880 — in G. V. Nr. 254. VIII.).

Dreizehnter Abschnitt. Sorge für Strafgefangene¹⁾.

Nr. 395. Gottesdienst und Seelsorge in Strafanstalten und Gefängnissen ohne besonderen Anstaltsgeistlichen.

a) G. B. Nr. 80. X. vom 31. März 1856.

Schon seit längerer Zeit haben Se. Fürstbischöfliche Gnaden mit den betreffenden königlichen Ministerien über eine den in den gerichtlichen Gefängnissen Detinirten zu gewährende Seelsorge in Unterhandlung gestanden. Welches Resultat diese Unterhandlungen erzielt haben, ist in einem Rescript des Herrn Justizministers Simons, Excellenz, vom 21. Februar ex. an das königliche Appellations-Gericht zu Ratibor enthalten. Indem wir im Auftrage Sr. Fürstbischöflichen Gnaden das gedachte Rescript nachstehend mittheilen, müssen wir zugleich bemerken, daß, wenn auch die für die gewünschte Seelsorge erzielte Remuneration, wie wir gern anerkennen, nur sehr gering ist, wir keinen Zweifel hegen, die Ehrwürdige Curatgeistlichkeit werde, wo es sich um das Heil solcher Unglücklichen handelt, bereitwillig ihre opferwillige Thätigkeit eintreten lassen. Das oben erwähnte Ministerial-Rescript lautet aber seinem wörtlichen Inhalte nach folgendermaßen:

Ueber die Grundsätze, nach welchen bei Errichtung des Gottesdienstes und der Seelsorge in den gerichtlichen Gefängnissen der Provinz Schlesien zu verfahren ist, und wie die den Geistlichen für ihre Bemühungen zu bewilligenden Remunerationen zu normiren sind, hat eine Berathung mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten stattgefunden. Auf Grund derselben erläßt der Justiz-Minister folgende Bestimmungen, nach welchen sich das königliche Appellations-Gericht zu achten hat.

¹⁾ Visitation der Strafanstalten seitens der Erzpriester s. oben S. 274.

I. Wo ein Abkommen mit Geistlichen über Abhaltung des Gottesdienstes in den gerichtlichen Gefängnissen und über die Seelsorge für die Gefangenen bereits besteht, behält es dabei, so lange sich die Umstände nicht wesentlich verändern, sein Bestehen.

II. Besteht ein solches Abkommen nicht, so gilt als Regel:

- 1) in den Gefängnissen, welche durchschnittlich 50 und mehr Gefangene enthalten, wird alle 14 Tage, in Gefängnissen, in welchen die Durchschnittszahl der Gefangenen geringer ist, alle 4 Wochen Gottesdienst abgehalten; in den größten Gefängnissen bleibt die Einrichtung eines allwöchentlichen Gottesdienstes vorbehalten.

Wo sich dagegen nur eine kleine Anzahl von Gefangenen befindet, oder wo es sonst die Lokalverhältnisse angemessen erscheinen lassen, können die Gefangenen unter gehöriger Aufsicht in eine der Ortskirchen geführt werden, um entweder an dem öffentlichen Gemeinde-Gottesdienste Theil zu nehmen, oder bei dem für die Gefangenen besonders abzuhaltenen Gottesdienste gegenwärtig zu sein.

- 2) Diejenigen Geistlichen, sowohl der evangelischen als der katholischen Confession, welche sich zur Abhaltung eines regelmäßigen Gottesdienstes für die Gefangenen bereitwillig finden lassen, und sich zugleich verpflichten, den einzelnen Gefangenen auf ihr Verlangen oder in sonst geeigneten Fällen besonderen geistlichen Zuspruch, sowie jugendlichen Verbrechern Unterricht in der Religion zu gewähren, sollen Remunerationen aus Staatskassen bewilligt werden.

Diese Remunerationen können nicht nach absoluten Kategorien abgemessen werden, sondern ihre Festsetzung erfolgt nach den besonderen Verhältnissen in jedem einzelnen Falle auf Grund eines, nach Anhörung der geistlichen Behörden mit den Geistlichen zu schließenden Abkommens, welches der Genehmigung des Justiz-Ministers bedarf.

Es wird hierbei auf die durchschnittliche Zahl ¹⁾ der Tagesgefangenen, sowie auf die Lokalverhältnisse und andere erschwerende oder erleichternde Umstände die geeignete Rücksicht zu nehmen sein.

- 3) Die Kosten für die Lokalien im Gefängnisse, welche zum Gottesdienste benutzt werden, für die Aufstellung des Altars, wo dieselbe erforderlich ist, sowie die übrigen Kosten für die Einrichtung des Gottesdienstes im Gefängnisse werden auf die Staatskasse übernommen.
- 4) Zur Bestreitung der Gratifikationen für die assistirenden Personen (Kantor, Küster, Chorknaben u. s. w.), ingleichen zur Bestreitung der Auslagen für alle sonstigen laufenden Kultusbedürfnisse, z. B. Wein, Oblaten, Paramente u. s. w., erhält der Geistliche ein Pauschquantum,

¹⁾ Nach der Preussischen Gefängniß-Ordnung für die Justizverwaltung vom 21. December 1898 (§ 82, 2) kann nur in denjenigen Gefängnissen eine geregelte Seelsorge gegen Entgelt eingerichtet werden, in denen sich durchschnittlich mindestens zehn Gefangene der betreffenden Confession befinden. Erst wenn diese Durchschnittszahl vorhanden ist, soll auf Gewinnung eines Seelsorgers und Einrichtung regelmäßiger Gottesdienste Bedacht genommen werden, die dann honorirt werden. In den kleineren Gefängnissen, in denen die genannte Durchschnittszahl nicht erreicht wird, soll aber auf die geistliche Versorgung der Gefangenen nach Möglichkeit Bedacht genommen werden. „Den Gefangenen ist Gelegenheit zur Theilnahme an den kirchlichen Heilmitteln im Gefängnisse zu geben; ein Zwang zur Theilnahme darf nicht stattfinden.“

welches nach den obwaltenden Verhältnissen abzumessen ist, keinesfalls aber ein Fünftheil der dem Geistlichen bewilligten jährlichen Remuneration übersteigen darf.

Die erforderlichen Wachskerzen können dagegen aus der Staatskasse angeschafft und sollen in einem dazu eingerichteten Lokale aufbewahrt werden, um den wiederholten Transport zu vermeiden.

III. Die Kosten für Anschaffung von Bibeln, Gesang-, Gebet- und Erbauungsbüchern werden auf die Staatskasse angewiesen. Vor der Anschaffung sind die geistlichen Behörden über die Wahl der Bücher zu hören.

Zur Anschaffung von Bibeln, namentlich neuer Testamente, zweckmäßiger Auszüge aus denselben, von Gesang- und Gebetbüchern, sind die Obergerichte ermächtigt.

Zur Anschaffung anderer Erbauungsbücher aber bedarf es der speciellen Genehmigung des Justiz-Ministers in jedem einzelnen Falle.

IV. Da ein für die Gefangenen-Anstalt behufs der Seelsorge angenommener Geistlicher in ein amtliches Verhältniß zu der Anstalt tritt, so ist demselben auch der Zutritt zu den Gefangenen, ohne daß er hierzu in jedem einzelnen Falle eine Erlaubniß schriftlich einzuholen braucht, zu gestatten, wovon nur insoweit eine Ausnahme zu machen sein wird, als bei gewissen Gefangenen besondere Gründe obwalten, sie zu isoliren. Dergleichen Gefangene sind den Aufsichtsbeamten zu bezeichnen, damit rücksichtlich ihrer der Geistliche, wenn er sie besuchen will, die Genehmigung hierzu besonders nachsuche. Bei den übrigen Gefangenen genügt eine generelle Anweisung an das Aufsichtspersonal, dem Geistlichen den Zutritt zu gestatten.

Ueberhaupt muß darauf gesehen werden, daß den Geistlichen die Ausübung ihres Berufs bei der Seelsorge über die Gefangenen nicht erschwert werde.

V. Schließlich wird noch bemerkt, daß für ganz besondere Fälle, in welchen die Mühewaltungen der Geistlichen in ungewöhnlichem Maaße in Anspruch genommen werden, wozu auch der Fall gehört, daß der Geistliche nicht am Orte des Gefängnisses wohnt, und daher, behufs der Ausübung seiner Amtsfunktionen bei den Gefangenen, reisen muß, eine von den zu II. aufgestellten Grundsätzen abweichende singuläre Regulirung der Bedingungen vorbehalten bleibt.

Das Königliche Appellations-Gericht hat nunmehr in Gemäßheit der vorstehenden Vorschriften das Weitere in seinem Departement anzuordnen, an denjenigen Orten, wo es noch nicht geschehen, mit den dazu bereiten Geistlichen das Abkommen über den abzuhaltenden Gottesdienst und die Seelsorge für die Gefangenen nach den oben getroffenen Bestimmungen zu schließen, und diese Verträge zur Genehmigung des Justiz-Ministers einzureichen.

Die Remunerationen für die Geistlichen und die ihnen zu bewilligenden Pauschquantia für die Nebenausgaben sind auf die Criminalfonds der betreffenden Gerichte anzuweisen, aus welchen Fonds auch die Kosten für Einrichtung der Lokalien zum Gottesdienste und die übrigen zur Einrichtung der letzteren erforderlichen Kosten (soweit sie nicht als Baukosten anzusehen sind und deshalb zu ihrer Zahlung höhere Genehmigung erfordert wird), ingleichen die Kosten für die Wachskerzen gezahlt werden.

Berlin, den 21. Februar 1856.

An das Königliche Appellations-Gericht zu Ratibor.

I. 485.

Der Justiz-Minister.
(gez.) Simons.

Hiernach weisen wir die Ehrwürdige Curatgeistlichkeit an, da, wo es nicht bereits geschehen, mit den betreffenden Königlich Kreisgerichts-Directoren wegen der gedachten Seelsorge in Verhandlung zu treten und die desfallsigen Contracte uns zur Genehmigung einzusenden.

b) G. B. Nr. 284. III. vom 9. September 1892.

Abgesehen von denjenigen Strafanstalten und Gefängnissen, in welchen eine besondere katholische Seelsorge für die katholischen Gefangenen, sei es durch einen eigenen Anstaltsgeistlichen oder im Nebenamte eingerichtet ist, giebt es mehrere Anstalten, in denen sich katholische Gefangene ohne alle religiöse Versorgung befinden. Es kann sich dabei, namentlich wo nur eine geringe Anzahl katholischer Gefangenen vorhanden ist, zunächst nicht um die Einrichtung eines regelmäßigen Gottesdienstes handeln, sondern nur um seelsorglichen Zuspruch und um Gestattung desselben unter Wahrung der häuslichen Ordnung der Anstalt. Die Hochwürdige Geistlichkeit wolle in solchen Fällen den Gefangenen von Anstalten, für welche keine katholische geordnete Seelsorge besteht, ihre seelsorgerliche Fürsorge im Einvernehmen mit den Anstaltsvorständen zuwenden, welche gewiß bereitwillig die Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörden erbitten werden, zumal Kosten durch jenen Zuspruch nicht erwachsen.

Johannesberg, den 6. Juli 1892.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 396. Vereidigung der Strafanstalts-Geistlichen.

a) G. B. Nr. 159. IV. vom 1. Juni 1866.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben uns nachstehende Zuschrift des Königlich Ministeriums der geistlichen, Schul- und Medicinal-Angelegenheiten nebst einem Eidesformulare zur Veröffentlichung für die Herren Interessenten mitgetheilt:

Um in Betreff der Vereidigung der katholischen Strafanstalts-Geistlichen ein gleichmäßiges Verfahren in allen Theilen der Monarchie herbeizuführen, hat zwischen dem Herrn Minister des Innern und mir unter Berücksichtigung der bei der Vereidigung der katholischen Militairgeistlichen üblichen Praxis eine Verständigung in folgender Art stattgefunden.

Mit der Vereidigung der katholischen Strafanstalts-Geistlichen soll in jedem einzelnen Falle von der betreffenden Regierung ein Civilcommissarius beauftragt werden, welcher nicht nothwendig grade immer der Director der betheiligten Anstalt zu sein braucht, und welcher hierbei den Erzpriester (Decan) oder einen anderen von dem Ordinariat zu diesem Zwecke bestimmten Geistlichen des betreffenden kirchlichen Verwaltungskreises zuzuziehen hat. Durch den Erzpriester (Decan) resp. den an seiner Stelle zu bestimmenden Geistlichen erfolgt hierauf in Gegenwart des Civilcommissarius die eigentliche Eidesabnahme nach dem in Abschrift beifolgenden Formular, wogegen der Commissarius der Regierung zu dem Act einzuladen und die Verhandlung über denselben aufzunehmen hat.

In dieser Weise soll nicht blos in allen künftigen Fällen der Anstellung von katholischen Strafanstalts-Geistlichen verfahren werden, sondern auch nachträglich die Vereidigung aller derjenigen zur Zeit bereits in Function stehenden katholischen Strafanstalts-Geistlichen erfolgen, welche erweislich nicht schon früher einen Staatseid geleistet haben.

Ev. Fürstliche Gnaden ersuche ich mit Bezug auf diese Vereinbarung ergebenst, behufs der Vereidigung der Geistlichen an den in Hochdero Diöcese belegenen Strafanstalten ein und für alle Mal die betreffenden Erzpriester (Decane) oder die sonst etwa dazu zu bestimmenden Geistlichen anzuweisen, sich auf erhaltene Einladung des Regierungs-Commissarius der Eidesabnahme zu unterziehen, auch den betreffenden Bezirksregierungen hiervon gefälligst Kenntniß geben zu wollen.

Berlin, den 8. Mai 1866.

v. Mähler.

Ich schwöre einen Eid zu Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich Sr. Königlichen Majestät von Preußen, meinem gnädigsten Könige und Herrn, und nach Sr. Königlichen Majestät Abgang dessen rechtmäßigen Leibes- und Lehnserben und Nachfolgern auf dem Throne unterthänig, treu und ergeben sein, Sr. Königlichen Majestät Bestes nach Kräften befördern, Schaden und Nachtheil abwenden, auch meine Untergebenen dazu anhalten und nie in meinem Leben eine Handlung begehen will, wodurch der höchsten Person Sr. Majestät, dem Königlichen Hause, dem Lande und dem Königlichen Dienste irgend ein Nachtheil zugefügt werden könnte. Desgleichen schwöre und gelobe ich, die mir anzuvertrauende christliche Gemeinde und alle meine Beichtkinder¹⁾ bei gegebener Veranlassung zu gleicher unverfälschter Treue und Ergebenheit gegen Se. Majestät den König und das ganze Königliche Haus aufzufordern und zu ermahnen, selbst mit gutem Beispiele voranzugehen und überhaupt mich so zu betragen, wie es einem rechtschaffenen Geistlichen und treuen Unterthan gebührt. Alles so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.

b) G. B. Nr. 161. II. vom 26. Juli 1866.

Unter Hinweis auf Nr. 159. IV. dieser Verordnungen haben uns Se. Fürstbischöfliche Gnaden beauftragt, nachstehenden Ministerial-Erlaß zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung zu bringen:

Zu Verfolg meines, die Vereidigung der katholischen Strafanstalts-Geistlichen betreffenden Schreibens vom 8. Mai c. (K. 664) beehre ich mich, Ev. Fürstliche Gnaden ergebenst zu benachrichtigen, daß, dem von einigen Herren Bischöfen geäußerten Wunsch entsprechend, der Herr Minister des Innern in dem mitgetheilten Eidesformulare den Passus

„die mir anvertraute christliche Gemeinde und alle meine Beichtkinder“ in die Worte

„die meiner Seelsorge anzuvertrauenden Gläubigen“ modificirt und danach sämtliche Königliche Regierungen der Monarchie mit Anweisung versehen hat.

Berlin, den 17. Juli 1866.

v. Mähler.

Nr. 397. Correspondenz der Pfarrer mit den Strafanstalts-Seelsorgern.

G. B. Nr. 181. IX. vom 5. November 1869.

Ein Strafanstalts-Seelsorger der Diöcese hat sich bei Sr. Fürstbischöflichen Gnaden darüber beschwert, daß die Requisitionen der Strafanstalts-Directionen und Geistlichen in Betreff der Gefangenen seitens

¹⁾ Siehe nachstehende Verordnung Nr. 161. II.

der Pfarrämter häufig ohne jede Beantwortung bleiben, was um so tadelnswerther ist, als in den meisten Fällen, wo die pfarramtliche Mitwirkung in dieser Beziehung nachgesucht wird, gewöhnlich gedruckte Formulare beigelegt werden, welche die nöthigen Anfragen über die Corrigenden enthalten und von den Pfarrern lediglich ausgefüllt zu werden brauchen. Der Hochwürdige Herr Fürstbischof erwartet mit Bestimmtheit, daß die Herren Pfarrer künftighin derartige Requisitionen der Strafanstalts-Behörden pünktlich und ungesäumt erledigen werden.

**Nr. 398. Seelsorgliche Einwirkung auf entlassene Strafgefangene.
(Ueberverdienstgelder).**

a) G. B. Nr. 242. V. vom 29. Januar 1887.

Indem ich das nachstehende an den hochseligen Herrn Fürstbischof Robert gerichtete Schreiben des Herrn Oberpräsidenten vom 10. v. M. mittheile, zweifle ich nicht, daß der Hochwürdige Diöcesan-Clerus bereitwilligst seine Mitwirkung zur Ausführung einer dem Wohle der entlassenen Strafgefangenen dienenden Maßregel leihen werde. Die Herren Pfarrer und Seelsorger werden demnach die Ueberverdienstgelder in Empfang nehmen und gemäß der bestehenden Vorschriften und nach bestem Ermessen den Strafgefangenen aushändigen. Es wird den Herren Seelsorgern dadurch eine erwünschte Gelegenheit geboten werden, auf die entlassenen Strafgefangenen seelsorgerisch einzuwirken und die Besserung derselben zu fördern.

Die Herren Erzpriester wollen über die bei Ausführung der bezeichneten Maßnahmen gemachten Wahrnehmungen auf Grund der Mittheilungen der Herren Pfarrer und Seelsorger bis zum 15. December d. J. Bericht erstatten.

Weibbischof und Capitular-Vicar.

Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Gleich.

J.-Nr. 10343.

Erw. Fürstliche Gnaden beehre ich mich auf die gefällige Zuschrift vom 13. v. M. Nr. 5862 ergebenst mitzutheilen, daß der Herr Minister des Innern durch Erlaß vom 29. v. M. (II. S. J. 2805) genehmigt hat, daß auch die Ueberverdienstgelder von entlassenen Zuchthausstrafgefangenen katholischer Confession, sofern sie den Betrag von 3 Mark übersteigen, in der Regel an die Ortsseelsorger bezw. Pfarrer der betreffenden Gemeinden übersendet werden, damit letztere die Auszahlung in einer Weise bewirken, wie es im Interesse des künftigen ehrlichen Fortkommens der Entlassenen am dienlichsten erscheint.

Wo indeß, wie in der Stadt Breslau, Lokalvereine zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene evangelischer und katholischer Confession bestehen, wird es sich meistens empfehlen, die Ueberverdienstgelder an diese Vereine zu übersenden.

Die Königlichen Regierungs-Präsidenten habe ich ersucht, die Polizeibehörden sowohl, als auch die Directionen der Strafanstalten mit entsprechender Instruction zu versehen und insbesondere die letzteren anzuweisen:

1. von der Einlieferung sowie von der bevorstehenden Entlassung eines jeden katholischen Strafgefangenen, von ersterer alsbald, von letzterer thunlichst 4 bis 6 Wochen zuvor an den katholischen Seelsorger bezw. Pfarrer der betreffenden Heimathsgemeinde und, falls der Gefangene

nach einem anderen Orte entlassen zu werden beantragt, auch an den Seelsorger bezw. Pfarrer dieses letzteren, und zwar durch den katholischen Anstaltsgeistlichen, eine Benachrichtigung gelangen zu lassen, und

2. die Ueberverdienstgelder von entlassenen Zuchthaussträflingen katholischer Confession, sofern diese Gelder den Betrag von 3 Mk. übersteigen, ebenfalls an die betreffenden katholischen Seelsorger bezw. Pfarrer zu übersenden.

Euer Fürstliche Gnaden darf ich mit Bezug auf die bereits zu erkennen gegebene Geneigtheit ergebenst ersuchen, die Herren Geistlichen der Breslauer Diocese von dieser veränderten Einrichtung gewogentlichst in Kenntniß setzen und dieselben zur Mitwirkung an der Lösung der schwierigen Aufgabe veranlassen zu wollen. Es wird sich empfehlen, daß die Ueberverdienstgelder erst dann verabreicht werden, wenn die betreffenden Personen eine kurze Bescheinigung der Polizeibehörde über die gehörig erfolgte polizeiliche Meldung vorlegen.

Ueber die Wirksamkeit dieser Einrichtung erwartet der Herr Minister nach Jahresfrist Bericht und würde ich Euer Fürstliche Gnaden für eine bezügliche Nachricht Anfang Januar 1888 über die gemachten Wahrnehmungen und erzielten Erfolge sehr verbunden sein.

Breslau, den 10. December 1886.

An den Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Robert Herzog,
Fürstliche Gnaden hier.

Der Ober-Präsident Wirkliche Geheime Rath
(gez.) von Seydewitz.

b) G. B. Nr. 284. IV. vom 8. September 1892.

Die Verabfolgung der Ueberverdienstgelder an die entlassenen Strafgefangenen hat, wie natürlich, für den Hochwürdigen Clerus mehrlei Belästigungen herbeigeführt. Ich zweifle indessen nicht, daß sich mein Hochwürdiger Clerus gerne der Mühewaltung weiter unterziehen wird. Zur Beseitigung mancher Unzuträglichkeiten wird es beitragen, wenn die Herren Geistlichen dem Wunsche des Herrn Ober-Präsidenten nachkommen, der in einem Schreiben vom 5. August ausgedrückt wird. Der in Frage kommende Passus lautet:

„Ich möchte hierbei den Wunsch wiederholen, daß die Herren Geistlichen in den bezeichneten Fällen die Ueberverdienstgelder erst dann verabfolgen, wenn der betreffende Sträfling eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über die gehörig erfolgte polizeiliche Meldung vorgelegt hat, und in dem Falle, daß ein Entlassener angiebt, an einen anderen Ort ziehen zu wollen, nicht den ganzen Betrag des Arbeitsverdienstgeldes auszahlen, sondern den Rest nach Abzug des Portos an den Pfarrer desjenigen Ortes senden, wohin sich der Strafgefangene bei der Polizeibehörde abgemeldet hat.“

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt ersuche ich ergebenst, dies dem Hochwürdigen Clerus bekannt zu geben.

Johannesberg, den 13. August 1892.

Der Fürstbischof.
† Georg.

c) G. B. Nr. 311. II. vom 15. August 1895.

Ober-Präsidium der Provinz Schlesien.

Z.-Nr. O. P. I. 6641.

Auf die Bedeutung der Fürsorge für die entlassenen Gefangenen wird von den Herren Ministern des Innern und der Justiz erneut hin-

gewiesen. Wenn auch in der Provinz Schlesien seit langer Zeit kirchliche Organe, Privatpersonen und Vereine in anerkennenswerther Weise bemüht sind, den Gefangenen die Rückkehr zu einem geordneten Leben zu bahnen und sie vor Rückfällen zu bewahren, so haben die darauf verwendeten Arbeiten, Mühen und Geldmittel doch nicht überall die erwünschten Erfolge gehabt. Neben dem Mangel an Zusammenhang zwischen den einzelnen Veranstaltungen zur Fürsorge für die Entlassenen ist meines Erachtens ein Theil der Schuld dem Umstande zuzuschreiben, daß das Netz der Vereine und Anstalten zur Fürsorge noch recht lückenhaft ist. Ehe ich daher die schon von meinem Amtsvorgänger eingeleiteten Verhandlungen zur Herbeiführung eines engeren Zusammenschlusses der Fürsorgevereine weiter betreibe, ist es mein Bestreben, darauf hinzuwirken, daß auch in den Kreisen, in denen bisher keine derartigen Vereine bestehen, sie ins Leben gerufen werden mögen. Ich habe dazu die Herren Regierungs-Präsidenten beauftragt, durch Vermittelung der Landräthe in den bisher nicht theilhaftigen Bezirken derartige Vereinsgründungen anzuregen und den Herrn Oberlandesgerichts-Präsidenten gebeten, die Unterstützung dieser Unternehmungen den Justizbeamten zu empfehlen.

In der Ueberzeugung, daß ich mir einen Erfolg von der gegebenen Anregung nur versprechen kann, wenn diese Bestrebungen auch seitens der kirchlichen Behörden unterstützt werden, richte ich an Euer Eminenz die ergebene Bitte, den Geistlichen Ihres Amtsgebietes die Beförderung der auf die Begründung von Fürsorgevereinen gerichteten Bestrebungen gefälligst ans Herz legen zu wollen.

Breslau, den 5. Juli 1895.

Der Ober-Präsident.

An den Cardinal Fürstbischof von Breslau,

(gez.) Fürst Hatzfeldt.

Herrn Dr. Kopp, Eminenz, Breslau.

Indem ich vorstehendem Antrage entspreche, ersuche ich meine Hochwürdige Geistlichkeit um möglichste Mitwirkung bei dergleichen Fürsorgevereinen. Zugleich nehme ich wiederholt auf meine Verordnungen Nr. 284. IV. und 242. V. Bezug.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 29. Juli 1895.

G. Card. Kopp.

Nr. 399. Ausbildung von weiblichem Aufsichtspersonal.

G. B. Nr. 286. V. vom 21. November 1892.

Der Mangel an geeignetem weiblichen Aufsichtspersonal in den Weibergefängnissen hat Veranlassung gegeben, die Frage der Ausbildung des bezeichneten Personals in Erwägung zu nehmen. Der Verein für die „innere Mission“ läßt geeignete weibliche Personen evangelischen Bekenntnisses zunächst in einem „Magdalenenstift“ ausbilden. Die weitere Ausbildung erfolgt in einem Polizeigegefängnisse und endlich in einem größeren Weibergefängnisse. Zur ersten Ausbildung mangelte es bisher auf katholischer Seite an einem Institute. Auf meine Veranlassung hat sich die Oberin des Klosters „Zum guten Hirten“ hieselbst bereit erklärt, unbescholtene, von ihren Ortsgeistlichen empfohlene katholische Mädchen in gesetztem Alter aufzunehmen, um denselben bei der ersten Vorbereitung für den Gefängnißdienst behilflich zu sein. Die Bewerberinnen würden nach Ablauf eines viermonatlichen Aufenthaltes im Kloster „Zum guten

Hirten“ ihre weiteren Vorbereitungsstationen in einem Polizeigefängnisse und einem größeren Weibergefängnisse durchzumachen haben. Diese Mädchen dürfen nicht unter 24 Jahre und nicht über 35 Jahre alt sein und müssen eine gute Schulbildung nachweisen. Die gesammte Ausbildung würde etwa acht Monate in Anspruch nehmen. Ich bemerke dabei, daß der Nachweis einer Vorbereitung in dem bezeichneten Kloster noch nicht zur Annahme in den Probendienst oder zur Anstellung in Gefängnissen berechtigt; Letzteres hängt vielmehr von dem Ermessen der zuständigen Behörden ab, welche dabei die physischen und moralischen Eigenschaften der Bewerberinnen und die Bewährung derselben im Probendienst in Betracht ziehen müssen.

Meinen Hochwürdigem Clerus ersuche ich, sich für die Ausbildung katholischer Gefangenaufsicherinnen zu interessiren und geeigneten Personen mit Rath und That beizustehen. Ich halte es für nothwendig, daß katholischerseits den Behörden eine ausreichende Zahl tüchtiger katholischer Bewerberinnen für die Aufseherinnenstelle in Weibergefängnissen geboten werden kann.

Ueber die Bedingungen zur Aufnahme in das Kloster „zum guten Hirten“ wird die Oberin desselben Auskunft ertheilen.

Breslau, den 4. November 1892.

Der Fürstbischof.

G. R. 6579.

† Georg.

Vierzehnter Abschnitt. Milde und sociale Stiftungen.

Nr. 400. Nothwendigkeit der bischöflichen Genehmigung zu Einrichtung kirchlicher Institute.

G. B. Nr. 194. IX. vom 4. December 1871.

Es kommt öfter vor, daß eifrige Seelsorger eine Station einer klösterlichen Genossenschaft gründen, Hospitalstiftungen machen und dergleichen, ohne vorher Unsere Zustimmung dazu eingeholt zu haben, dieselbe vielmehr erst nach vollendeter Thatsache erbitten.

Aus diesem voreiligen Vorgehen, bei welchem nicht selten auch Unsere bischöflichen Rechte verletzt werden, erwachsen häufig erhebliche Nachtheile, namentlich weil bei der Gründung neuer Institute die Substanzmittel und die rechtlichen Erfordernisse nicht genügend oder gar nicht erwogen sind.

Wir bestimmen deshalb, daß vor jeder neuen Einrichtung, wenn dieselbe auch dem Priester, der sie unternimmt, ganz einfach und unbezweifelnd erscheint, Unsere Zustimmung und weitere Anweisung eingeholt wird, und erwarten, daß Uns hierbei eine wohlerrungene Darstellung der vorhandenen Mittel und des gehegten Planes vorgelegt wird. Unser hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle dies dem ehrwürdigen Clerus im Wege der Verordnungen bekannt machen.

Fürstbischof.

An Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt hier.

† Heinrich.

Nr. 401. Kuratoren kirchlicher Anstalten sind öffentliche Behörden im Sinne der Grundbuchordnung.

G. B. Nr. 244. VII. vom 7. Juli 1887.

Das Amtsgericht zu N. lehnte die Eintragung einer vom Kurator des Rettungshauses zu N. — H. unterschriebenen und unteriegelten

Entpändungserklärung ab, weil die Unterschrift des Kurators nicht gerichtlich oder notariell beglaubigt worden. Das Landgericht zu Sch. wies die Beschwerde dagegen zurück. Das Kammergericht gab jedoch durch Beschluß vom 28. September 1885 der diesseits unter dem Beitritt des Kurators erhobenen weiteren Beschwerde statt, indem es u. A. Folgendes ausführte:

Die verwaltenden Organe der zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten und unter die Verwaltung oder Aufsicht katholisch kirchlicher Organe gestellten Anstalten . . . vertreten unter eigener Verantwortung nach außen hin, soweit ihre Rechte nach dem Statut reichen, die betreffende Anstalt, sind sonach für eine öffentliche Behörde zu erachten (vgl. A. L. R. II. 19. §§ 42, 43, 76, 80—83) . . . Die von dem Kurator F. als „öffentliche Behörde“ unterschriebene und unterschielte Urkunde bedurfte nach § 35 der Grundbuchordnung¹⁾ einer Beglaubigung nicht und ist das desfallsige Bedenken des Grundrichters hinfällig.

Diese Entscheidung ist abgedruckt in Johow, Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts B. IV. S. 124.

Nr. 402. Katholisches Mädchenheim in Berlin.

G. B. Nr. 315. IV. vom 15. December 1895.

Dem Hochwürdigen Diöcesan=Clerus bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß die Herren Regierungs=Präsidenten zu Breslau, Liegnitz und Oppeln die ihnen unterstehenden Landrathsämter und Polizeibehörden angewiesen haben, die nach Berlin gehenden weiblichen Dienstboten auf die daselbst bestehenden katholischen Mädchenheime in den Niederlassungen der Marienschwestern, Michael-Kirchplatz Nr. 3 und Ackerstraße Nr. 117, sowie der Dominikanerinnen, Karlstraße Nr. 30 und Greifswalderstraße Nr. 18, aufmerksam zu machen. Wir nehmen hierbei Veranlassung, den Herren Seelsorgern besondere Fürsorge für die nach Berlin sich wendenden Dienstboten ans Herz zu legen.

Nr. 403. Landwirthschaftliche Haushaltungsschule in Grottkau.

G. B. Nr. 347. II. vom 15. August 1898.

Der Vorstand der Landwirthschaftskammer für die Provinz Schlesien hat in Grottkau eine zweite landwirthschaftliche Haushaltungsschule errichtet, welche am 1. October d. J. eröffnet werden soll. Der Zweck derselben ist vorzugsweise jungen katholischen Mädchen aus ländlichen Kreisen nach Beendigung der Schulzeit Gelegenheit zu geben, sich zur Führung eines ländlichen Haushaltes auszubilden. Das von dem Vorstände aufgestellte Programm besagt das Nähere. Die Anmeldungen sind an die Vorsteherin der landwirthschaftlichen Haushaltungsschule zu Grottkau unter Beifügung eines Schulabgangszeugnisses, sowie eines Taufscheines und eines vom Pfarrer wie Gemeindevorstande ausgestellten Zeugnisses zu richten.

Die Pflege religiösen Sinnes und kirchlichen Lebens nach den Lehren und Grundsätzen unserer heiligen Religion ist vollkommen gesichert und wird der fürstbischöfliche Commissarius Hein zu Grottkau bereit sein,

¹⁾ Der Paragraph lautet: Urkunden und Anträge öffentlicher Behörden bedürfen, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und unterschielte sind, keiner Beglaubigung.

darüber jede gewünschte Auskunft zu geben. Die Wichtigkeit einer guten Ausbildung zur Führung eines ländlichen Haushaltes tritt umso mehr hervor, als der letztere nicht wenig zur Milderung der ungünstigen landwirthschaftlichen Verhältnisse beitragen kann.

Die Hochwürdige Pfarargeistlichkeit wolle daher die Haushaltungsschule in Grottkau wärmstens empfehlen.

Johannesberg, den 12. August 1898.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Fünftehnter Abschnitt. Sammlungen und Beiträge für kirchliche Zwecke.

Nr. 404. Feststehende jährliche Collecten.

G. B. Nr. 266. IV. vom 2. December 1890.

(Nach Maßgabe der neueren Bestimmungen ergänzt.)

Die vielfach bei Einwendung der Collectengelder vorkommenden Unregelmäßigkeiten und die dadurch entstehende Erschwerung einer geordneten Kassenverwaltung veranlassen uns, die bereits in früheren amtlichen Verordnungen mitgetheilten Bestimmungen in Erinnerung zu bringen. Darnach sind abzuhalten:

a) Bestimmte Collecten:

1. Für den Afrika-Verein am Feste der Erscheinung des Herrn. G. B. Nr. 267. I.
2. Für den Bonifatius-Verein an dem auf den 5. Juni folgenden Sonntag. G. B. Nr. 63. V.
3. Für den deutschen Verein vom heiligen Lande am Charfreitag. G. B. Nr. 330. III.
4. Für das hl. Grab in Jerusalem am Charstanstag. G. B. Nr. 90. VIII. Nr. 121. V. und Nr. 330. III.
5. Für den St. Josephs-Verein für die Deutschen im Auslande, besonders die deutsche Mission in Paris am Sonntage nach dem Patrocinium S. Josephi, 4. Sonntag nach Ostern. G. B. Nr. 194. XV.
6. Für den St. Michael-Verein wenigstens zwei Mal im Jahre. G. B. Nr. 331. IV. Vgl. auch G. B. Nr. 267. III. oben S. 404.
7. Für den Raphael-Verein am Sonntage nach dem Feste der hl. Schutzengel im September. G. B. Nr. 211. XVII. und 218. IV.
8. Für geistliche Bildungsanstalten und zur Behebung des Priester-mangels vierteljährlich. G. B. Nr. 307. V. und 313. II.

b) Unbestimmte Collecten und andere Beiträge:

Die in unseren amtlichen Verordnungen zeitweise ausgeschriebenen Kirchencollecten für speciell kirchliche Bedürfnisse können an beliebigen Sonntagen abgehalten werden, jedoch soll die Abhaltung derselben nicht über drei Monate hinausgeschoben werden, sodas die Einwendung der Erträge durch die Herren Erzpriester spätestens nach Ablauf eines halben Jahres vom Beginn der Ausschreibung erfolgen kann.

Die Priester-Pensionsbeiträge sind gemäß Reglement vom 23. December 1893 bzw. 25. November 1899 halbjährig praenumerando, den

2. Januar und 1. Juli einzusenden; die Vinations- und Festtags-Messstipendien am Ende jeden Jahres, G. B. Nr. 272. I.; die Beiträge zu den Rechnungs-Revisionskosten jährlich bis zum 1. Juli, G. B. Nr. 311. I.

Die Beiträge der Mitglieder des St. Michaelis-Vereins (Peters-Pfennig) sollen vierteljährlich eingesendet werden. G. B. Nr. 267. III., oben unter Abschnitt 10, S. 404.

Bei Einsendung der vorstehend bezeichneten Collectengelder und Beiträge machen wir noch darauf aufmerksam¹⁾:

1. daß die Gelder nicht nach und nach aus einzelnen Pfarreien, sondern aus sämtlichen Pfarreien eines Archipresbyterates zusammen einzusenden sind;
2. daß die Einsendung rechtzeitig zu den oben bestimmten Terminen erfolgen muß;
3. daß denselben genaue Nachweisungen über den Zweck und den Termin, für welchen die Collecten gelten, beizufügen sind;
4. daß, wenn die Einsendung durch Postanweisung erfolgt, stets ein Begleitschreiben nebst der speciellen Nachweisung beizulegen ist (Verordnung 179. VI., 240. VI.);
5. daß die Sendung immer an die betreffende Kasse, nicht an Mittelspersonen gerichtet werden muß.

Endlich empfehlen wir im Interesse der Kassenverwaltung dringend, daß die Herren Erzpriester sich bei Einsendung der Collectengelder der bisher üblichen Consignations-Formulare bedienen. Wir fügen nachstehend ein solches Formular bei:

**Consignation der Kirchencollecte für pro
aus dem Archipresbyterate N. N.**

	Namen der Pfarreien.	Betrag. M. Pf.
1.		
2.		
3.		

Die Richtigkeit vorstehenden Nachweises bescheinigt:

..... den.....

N. N. Erzpriester.

Nr. 405. Collecte für den Afrika-Verein.

G. B. Nr. 267. I. vom 23. December 1890.

In einem Rundschreiben an sämtliche katholische Bischöfe vom 20. November cr. hat unser hl. Vater Papst Leo XIII. angeordnet, daß für die Befreiung der Sklaven in Afrika und für die Errichtung von Anstalten zur Heranbildung von Missionären, sowie für deren Reisen nach jenem entfernten Welttheil und Erbauung von Häusern und Kirchen daselbst alljährlich am Feste der Erscheinung des Herrn Sammlungen von Almosen stattfinden sollen.

Im hohen Auftrage Sr. Fürstlichen Gnaden des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs eruchen wir deshalb die Hochwürdige Diöcesan-

¹⁾ Vgl. oben S. 281.

Geistlichkeit, alljährlich an dem gedachten Festtage in sämmtlichen Kirchen unserer Diöcese eine Kirchencollecte zu diesem Zwecke abzuhalten und die Gläubigen unter Hinweis auf das große Elend und die unmenbliche Behandlung, welcher jene unglücklichen Menschen ausgesetzt sind, zu reichlichen Beiträgen aufzufordern.

Nr. 406. Collecte für den St. Bonifatius-Verein.

G. B. Nr. 63. V. vom 2. December 1854.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich haben dem so segensreich wirkenden St. Bonifatius-Verein eine jährlich abzuhaltende Kirchencollecte bewilligt und angeordnet, daß hierfür ein geeigneter Sonntag bestimmt und dies der Ehrwürdigen Curat-Geistlichkeit bekannt gemacht werde. Indem wir dieser Anordnung hierdurch nachkommen und den Sonntag, welcher auf den 5. Juni jeden Jahres folgt oder auf den bezeichneten Tag fällt, zur Abhaltung dieser Collecte bestimmen, sprechen wir zugleich die Zuversicht aus, daß die betreffenden Herren Geistlichen bei dieser Gelegenheit die Gemeinden auf die Wichtigkeit, ja Nothwendigkeit dieses Vereins aufmerksam machen, dessen lobwürdigen Zweck auseinander setzen und zu reichlichen Beiträgen auffordern werden. Die Collecten sind in gewöhnlicher Art durch die Kreis-Erzpriester unmittelbar an den Vorstand des Diöcesan-Comitees¹⁾ zu senden.

Nr. 407. Collecte für den Verein vom hl. Grabe und für den deutschen Verein vom hl. Lande.

G. B. Nr. 330. III. vom 15. März 1897.

Indem ich es bei der jährlichen Charfreitags-Collecte für den nunmehrigen deutschen Verein vom hl. Lande bewenden lasse, wünsche ich, daß, wie in anderen Diöcesen, auch am Charfamstage den Gläubigen durch besonders aufgestellte Büchsen Gelegenheit gegeben werde, ihre Liebe für die hl. Stätten durch weitere Opfer zu beweisen. Der Ertrag der Collecte wird dann für jeden Tag besonders zu berechnen und einzusenden sein.

Breslau, den 3. März 1897.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Nr. 408. Collecte für den St. Josephs-Verein.

G. B. Nr. 194. XV. vom 4. December 1871.

Der Ausschuß für christliche Charitas empfahl in der dritten geschlossenen Sitzung der XXI. General-Versammlung der deutschen Katholiken zu Mainz den Antrag:

„Die General-Versammlung wolle den St. Josephs-Verein zur Unterstützung der kirchlichen Bedürfnisse der Deutschen im Auslande, insbesondere zur Aufrechterhaltung der deutschen Mission in Paris, neuerdings den Katholiken Deutschlands empfehlen; zugleich aber die Hochwürdigsten Herren Bischöfe bitten, für die stets wachsenden Bedürfnisse des Vereins die Abhaltung einer jährlichen Kirchencollecte gewähren zu wollen.“

Dieser Antrag wurde auf Grund der von verschiedenen Rednern gegebenen Mittheilungen über den traurigen Zustand der genannten

¹⁾ 3. B. Herr Domcapitular Scholz, Breslau, Domstraße 7.

Missionsstationen von der Versammlung zum Beschluß erhoben. Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben auf Ansuchen des Präsidenten des Central-Comitees der gedachten Versammlung, Fürsten Carl zu Löwenstein, die Abhaltung der erbetenen Collecte genehmigt, welche jedes Jahr an dem auf das Festum Patrocinii S. Josephi folgenden Sonntage vorzunehmen und deren Ergebniß in gewöhnlicher Weise durch die Herren Erzpriester an uns einzusenden ist¹⁾.

Nr. 409. Collecte für den St. Michael-Verein.

Siehe oben Abschnitt 10. S. 404.

Nr. 410. Collecte für den St. Raphael-Verein.

G. B. Nr. 211. XVII. vom 12. Februar 1875.

In unseren Verordnungen 194. XIV., 197. VII. und 204. XI. haben wir der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit das so segensreiche Werk des St. Raphael-Vereins zum Schutze der deutschen Auswanderer nach Amerika warm und dringend empfohlen, weil dasselbe die Bewahrung der armen Emigranten vor zeitlichem und ewigem Elend im Auge hat und bereits viele dankenswerthe Erfolge erzielte. Um diesem gottgefälligen Werke noch mehr materielle Hilfe zuzuwenden, hat sich das Central-Comitee zum Schutze der deutschen Auswanderer an die Hochwürdigsten Oberhirten mit der Bitte gewendet, die dem Werke gewidmete, in unserer Verordnung 194. XIV. ausgeschriebene einmalige Collecte in eine alle Jahre wiederkehrende zu verwandeln. Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben diesem Ansuchen gewillfahrt und uns angewiesen, den Herren Pfarrern bekannt zu machen, daß fortan jährlich einmal, und zwar am Sonntage nach dem Feste St. Angelorum custodum im September, eine Kirchencollecte zum Besten des Raphael-Vereins zum Schutze der deutschen Auswanderer nach Amerika abzuhalten und deren Ertrag durch die Herren Erzpriester in gewohnter Weise an uns abzuführen ist.

Nr. 411. Collecten für geistliche Bildungsanstalten und zur Hebung des Priester mangels.

a) G. B. Nr. 307. V. vom 15. April 1895.

Es ist zu meiner Kenntniß gelangt, daß ungeachtet meines in den Amtlichen Verordnungen Nr. 259. IV. veröffentlichten Erlasses vom 11. October 1889 die vierteljährlichen Collecten für arme Studirende der Theologie mehrfach noch unter der früheren Bezeichnung „Für Königliche Freitische“ von der Kanzel vermeldet werden.

Aus dem genannten Erlasse sowie aus meinem Erlasse vom 21. Januar 1891, aus der Rechnungslegung vom 20. Januar 1892 (Amtl. Verordn. 291. V.) und aus der Rechnungslegung pro 1894 im „Katholischen Sonntagsblatte“ vom 17. Februar d. J. ist aber klar zu erkennen, daß an die hiesige Universitäts-Kasse für Freitische jährlich nur ein vertragsmäßig fixirter Betrag²⁾ gezahlt wird, während der ganze Rest, der bei weitem größte Theil des Collectenertrages zur Unterhaltung der geistlichen Bildungsanstalten und zur Unterstützung armer Gymnasiasten und Theologiestudirender dient. Daher bestimme ich, daß diese Collecte

¹⁾ Ueber Ausdehnung der Vereinsthätigkeit auf Italien siehe G. B. Nr. 386. II. unten im Nachtrag. ²⁾ Siehe folg. Verordn. (G. B. Nr. 313. II.).

fortan stets als „Collecte für die geistlichen Bildungsanstalten und zur Hebung des Priester mangels in der Diöcese“ vermeldet werde, und daß sich an die jedesmalige Verkündigung derselben ein Hinweis auf den so beklagenswerthen Priester mangel und auf die Nothwendigkeit der Unterstützung der geistlichen Bildungsanstalten sowie einzelner Studirender und Gymnasiasten, welche sich dem geistlichen Stande widmen wollen, und eine dringende Empfehlung der Collecte anschliesse.

Mein Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle diese Anordnung in der nächsten Nummer der Amtlichen Verordnungen bekannt geben.

Breslau, den 28. März 1895.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

b) G. B. Nr. 313. II. vom 15. October 1895.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Oberpräsidenten sind die bisherigen Freitisch-Collecten, in soweit deren Erträge von dem Curatorium der hiesigen Universität zu Freitischen für Studirende der katholischen Theologie verwandt wurden, vom 1. October d. J. ab aufgehoben und fallen von da ab die Erträge der vierteljährlichen Collecten zu Gunsten der geistlichen Bildungsanstalten ausschließlich der Verfügung des Fürstbischofs für den letztgenannten Zweck zu.

Durch dieses Abkommen sind demnach die bisherigen Quartal-Collecten nicht aufgehoben, sondern nur deren Erträge voll und ganz der fürstbischöflichen Verfügung überlassen worden, und hege ich das Vertrauen, daß die Diöcesanen fortan um so mehr ihre Theilnahme und Opferwilligkeit dem vorgenannten Zwecke zuwenden werden.

Breslau, den 7. October 1895.

Der Fürstbischof
G. Card. Kopp.

Nr. 412. Einendung der Collecten¹⁾.

G. B. Nr. 148. IV. vom 4. März 1864.

Es sind seitens der Interessenten wiederholt Klagen eingegangen, daß die Beträge der abgehaltenen Kirchen-Collecten ebenso unregelmäßig als zu spät eingesendet werden. Können auch bei besonders ausgeschriebenen Collecten solche Unregelmäßigkeiten ihre guten Gründe haben, so ist dies jedoch bei den stehenden Collecten nicht der Fall; wir beauftragen daher die Herren Erzpriester, für eine promptere Einendung der betreffenden Collectengelder zu sorgen, die säumigen Pfarrer nöthigenfalls durch Strafboten zur Einreichung der eingegangenen Beträge anzuhalten.

Nr. 413. Wegfall von Collecten.

a) für Schullehrer-Seminare. G. B. Nr. 292. II. vom 26. Juni 1893.

Nachdem der Ministerial-Erlaß vom 3. d. Mts. sich damit einverstanden erklärt hat, fallen vom 1. April 1894 ab die Kirchen-Collecten hinweg, welche bisher noch für die Schullehrer-Seminare zu Breslau und Ober-Glogau bestanden.

Breslau, den 20. Mai 1893.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

b) für Blinden- und Taubstommen-Unterrichtsanstalten.

G. B. Nr. 342. II. vom 15. März 1898.

Die Hochwürdige Seelsorgs-Geistlichkeit benachrichtigen wir hierdurch, daß mit Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten die bisher alljährlich

¹⁾ Vgl. hierzu oben S. 281 Nr. 278. und S. 462 Nr. 404.

in den katholischen Kirchen abgehaltenen Collecten für die Blinden-Unterrichts- sowie auch Taubstummen-Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu Breslau künftig in Wegfall kommen dürfen.

c) für die Propaganda. G. B. Nr. 353. V. vom 15. Februar 1899.

Wenngleich die Kirchen-Collecte zum Besten der Propaganda gemäß Verordnungsblattes Nr. 266. IV. 7. bisher noch fortgesetzt abgehalten worden ist, so war sie doch am 5. Januar 1885 (Verordnung Nr. 234. I.) nur zu einmaliger Abhaltung in damaligem Jahr ausgeschrieben worden und darf sie nunmehr in Abgang gestellt werden, zumal die großen Bedürfnisse in Unserer weiten Diöcese täglich wachsen und immer neue Kirchen-Collecten nöthig machen, welche nicht allzu sehr gehäuft werden dürfen, damit nicht über das Maas die Wohlthätigkeit der Gläubigen in Anspruch genommen wird.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 15. Februar 1899.

G. Card. Kopp.

Nr. 414. Nothwendigkeit der bischöflichen Genehmigung zu Sammlungen außerhalb der Diöcese.

G. B. Nr. 143. II. vom 30. Januar 1863.

Es haben in neuester Zeit mehrfache Sammlungen außerhalb der Diöcese für Kirchen- und Schulzwecke stattgefunden, ohne daß die betreffenden Herren Geistlichen die Erlaubniß dazu bei Uns nachgesucht haben. Wir können dies wegen der daraus entstehenden Folgen nicht ferner gestatten und bestimmen hierdurch, daß in Zukunft für alle außerhalb der Diöcese projectirten Sammlungen sowohl, als auch für die zu diesem Zwecke zu stellenden Gesuche an Bischöfe und Landesfürsten Unsere ausdrückliche Genehmigung nachgesucht werden muß¹⁾.

Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle diesen Erlaß durch die gedruckten Verordnungen zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bringen.

Fürst-Bischof.

Breslau, den 24. November 1862.

† Heinrich.

Nr. 415. Sammlungen seitens Ordenspersonen.

Fürstbischöflicher Erlaß vom 10. Juli 1896.

Das nachstehende Decret der hl. Congregation der Bischöfe und Orden, welches bereits im Originaltexte in Nr. 320. I. des amtlichen Verordnungsblattes veröffentlicht worden ist, theilen wir im Nachstehenden in deutscher Uebersetzung zur Kenntnißnahme und Nachachtung für die betreffenden Ordensgenossenschaften unserer Diöcese mit:

„Besonderen Schutz und Beistand verdienen ohne Zweifel diejenigen weiblichen Personen, welche sich in frommen und religiösen Genossenschaften Gott weihen, um zum Heile des Nächsten nicht nur persönlich allenthalben Werke der Barmherzigkeit zu verrichten, sondern dieselben auch durch Sammeln von Almosen zu fördern und hierdurch in vorzüglichem Maße die Tugenden der Demuth, Geduld, Liebe, sowie andere Tugenden zu üben. Da jedoch dieses Einsammeln von Almosen für die Sammlerinnen mit Rücksicht auf ihr Geschlecht, sowie die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände Gefahren in sich birgt, sofern es nicht durch

¹⁾ Vgl. S. 470 Nr. 6.

geeignete Maaßnahmen geregelt wird, so hat die hl. Congregation der Bischöfe nach sorgfältiger und reiflicher Erwägung folgendes beschlossen und festgesetzt:

I. Die Mitglieder der Genossenschaften mit einfachen Gelübden sollen die Collecten im Geiste des Glaubens halten, der lehrt, daß sie die Almosen nicht für sich, sondern für Christus selbst erbitten, stets eingedenk Seiner Worte: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder gethan, das habt ihr mir gethan.“ Sie sollen ferner, wenn sie ein Bisthum auch nur durchreisen, ohne demselben anzugehören, dem zuständigen Bischöfe gleich wie ihrem geistlichem Vater und Beschützer, den sie in jeglicher Noth vertrauensvoll um Rath, Hilfe und Schutz angehen können, Gehorsam, Ehrfurcht und Ergebung entgegenbringen.

II. Diesen Schwestern aus Genossenschaften mit einfachen Gelübden soll es nicht gestattet sein, ohne Erlaubniß ihres Diöcesanbischofs innerhalb oder außerhalb ihrer Diöcese zu collectiren.

III. Falls dieselben außerhalb ihrer eigenen Diöcese eine Collecte abzuhalten beabsichtigen, bedürfen sie überdies der Erlaubniß des betreffenden Diöcesanbischofs.

IV. Den Oberinnen ist es jedoch nicht verwehrt, ohne besondere Erlaubniß Almosen, die ihnen zum Besten der ihnen unterstellten Häuser oder milden Anstalten freiwillig dargeboten werden, anzunehmen oder solche auch selbst von ehrenhaften, wohlgesinnten Personen schriftlich zu erbitten, sofern ihnen dies nicht von dem rechtmäßigen Vorgesetzten aus einem vernünftigen Grunde untersagt wird.

V. Der Bischof, innerhalb dessen Diöcese die Niederlassung der Schwestern sich befindet, welche eine Collecte abzuhalten wünschen, soll ihnen die Erlaubniß hierzu verweigern: 1. wenn ein wirkliches Bedürfniß, für das betreffende Kloster oder das in Frage stehende gute Werk eine Sammlung zu veranstalten, nicht besteht; 2. wenn die Collecte füglich durch andere von ihm zu bezeichnende Personen abgehalten werden kann. Falls dem jeweiligen Bedürfnisse durch eine Collecte an dem Wohnsitze der Schwestern oder innerhalb der betreffenden Diöcese abgeholfen werden kann, soll der Bischof ihnen die Erlaubniß zu einer Collecte außerhalb der Diöcese vorenthalten.

VI. Die Erlaubniß soll in beiden Fällen unentgeltlich und schriftlich erteilt werden, wobei der Bischof Maaßnahmen und Anordnungen treffen kann, welche er gemäß den örtlichen, zeitlichen und persönlichen Verhältnissen für zweckmäßig erachtet. Diese von dem Diöcesanbischof ausgestellte Bevollmächtigung soll für die innerhalb der Diöcese collectirenden Schwestern eine Anweisung an die betreffenden Pfarrer oder andere einsichtsvolle Personen, und für die außerhalb der Diöcese collectirenden eine Empfehlung an die betreffenden Bischöfe enthalten. Durch diese Anweisung soll den Pfarrern, sowie anderen zuverlässigen Personen aufgetragen werden, durch Rath und That den Schwestern beizustehen, ihre Thätigkeit zu überwachen und etwas Tadelnswerthes sofort dem Bischofe zu berichten. Zu dem Empfehlungsschreiben sollen die Bischöfe ersucht werden, die in ihrer Diöcese zum Collectiren zugelassenen Schwestern ebenso zu beschützen und in ihrem Unternehmen zu fördern, als wären sie Angehörige des eigenen Bisthums.

VII. Jeder Bischof soll die aus einer anderen Diöcese kommenden Schwestern zum Collectiren erst dann zulassen, wenn sie ihm das Erlaubnißschreiben ihres Diöcesanbischofs vorgelegt haben. Den Schwestern, die ihm eine solche schriftliche Erlaubniß vorgelegt haben, wird er dann seinerseits, falls er es für gut befindet, die Erlaubniß zur Abhaltung der Collecte in seiner Diöcese ertheilen. Würden die Schwestern sich aber bei Abhaltung der Collecte etwas zu Schulden kommen lassen, so soll der Bischof, auch wenn dieselben die erforderliche doppelte Erlaubniß besitzen, die sofortige Rückkehr in ihr Kloster anordnen und selbst, falls es nothwendig erscheint, durch geeignete Mittel erzwingen.

VIII. Die Oberinnen sollen, namentlich außerhalb der Orte, wo sie ihre Niederlassung haben, zum Collectiren niemals weniger als zwei gereifte und gesezte Schwestern ausschicken, welche innerhalb der Diöcese nicht länger als einen Monat, außerhalb der Diöcese nicht länger als zwei Monate ihrer Thätigkeit obliegen und stets so viel Geld bei sich führen sollen, daß sie im Nothfalle sofort nach Hause zurückkehren können. Die collectirenden Schwestern sollen stets und überall durch geziemende Bescheidenheit sich auszeichnen und jeden vertraulichen Umgang mit männlichen Personen, sowie unnütze Reden vermeiden. Geräuschvolle Plätze, Gasthäuser, sowie andere ungeziemende Orte sollen sie fliehen; in den Häusern sollen sie nicht länger, als zum Collectiren nothwendig, verweilen. Niemals sollen sie einzeln gehen und sich nur im Nothfalle von einander trennen. Auf der Reise sollen sie, wo möglich, die Eisenbahn benutzen und thunlichst bei Nacht weder abreisen noch ankommen. Von ihrer bevorstehenden Ankunft sollen sie denjenigen in Kenntniß setzen, an welchen das Schreiben des Bischofs gerichtet ist, und sich demselben nach ihrer Ankunft mit der Bitte vorstellen, er möge behilflich sein, für sie in einem Frauenkloster oder doch bei einer achtbaren Frau, niemals aber in einem Hause, in welchem ihnen Gefahr drohen könnte, ein Unterkommen ausfindig zu machen. Morgen- und Abendgebet sollen sie nicht unterlassen, täglich in der Frühe eine nahegelegene Kirche aufsuchen und dem hl. Messopfer beivohnen, wöchentlich die hl. Sacramente der Buße und des Altars empfangen. Vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang sollen sie keine Collecten halten. Nach Ablauf der ihnen für das Collectiren festgesetzten Zeit sollen sie unverzüglich auf dem nächsten Wege zu ihrer Oberin zurückkehren. Die Almosen sollen sie niemals anmaßend oder als etwas Geschuldetes fordern, sondern nach kurzer und bescheidener Darlegung der betreffenden Nothlage das freiwillig Dargebotene annehmen oder aber in Geduld auf die göttliche Vorsehung vertrauen. Andere zweckmäßige Anordnungen, welche von der rechtmäßigen Oberin getroffen werden können, sollen sie aufs Genaueste beobachten.

Gegeben zu Rom auf dem Secretariate der oben erwähnten Congregation der Bischöfe und Ordensleute am 27. März 1896.

J. Cardinal Verga, Präfect.

A. Can. Voccafogli, Unter-Secr."

Zur Erläuterung des vorstehenden Decrets fügen wir folgende Bestimmungen hinzu:

1. Das Decret geht dem Wortlaute nach zunächst nur die weiblichen Ordensgenossenschaften mit einfachen Gelübden an, welche sich mit

der Ausübung der Werke der christlichen Barmherzigkeit beschäftigen. Von demselben werden daher die Klöster mit feierlichen Gelübden, welche gemäß ihrer Regel von Almosen leben und solche regelmäßig sammeln, nicht betroffen.

2. Auch auf diejenigen Sammlungen, welche nicht von Mitgliedern der betreffenden Orden oder Genossenschaften, sondern zu Gunsten derselben von beauftragten Sammlern bezw. Sammlerinnen abgehalten werden, findet das Decret keine Anwendung.

3. Für diejenigen Sammlungen, welche von Mitgliedern der Ordensgenossenschaften auf Grund ihrer Ordenssatzungen oder in Folge eines bisherigen Gebrauches in regelmäßig wiederkehrenden Terminen vorgenommen werden, soll die bisherige schriftliche Genehmigung der kirchlichen Diöcesan-Behörde oder die von derselben stillschweigend geduldete Uebung Geltung behalten, ohne daß es der Einholung einer neuen Genehmigung bedarf.

Jedoch ist es erwünscht, daß die Ordensobern uns ein Verzeichniß dieser regelmäßigen Sammlungen mit Angabe des Bezirkes, in welchem dieselben vorgenommen werden sollen, jährlich einreichen.

4. Für die zeitweilig vorzunehmenden außergewöhnlichen Sammlungen ist stets unsere Genehmigung einzuholen und in dem Antrage der Sammelbezirk wie auch der Zweck der Sammlung anzugeben. Ist für eine solche Sammlung auch die staatliche Genehmigung erforderlich, so ist vorher erst unsere Genehmigung einzuholen, bevor der Antrag an die zuständige staatliche Behörde eingereicht wird.

5. Sammlungen bezw. Entgegennahme von Unterstützungen in beschränktem Kreise, welche sich nur auf einzelne wohlthätige Personen und Familien erstrecken, bedürfen unserer besonderen Genehmigung nicht, sondern bleiben nach wie vor dem pflichtmäßigen Ermessen der Ordensobern bezw. der Pfarrgeistlichen anheimgestellt.

6. Zu Sammlungen in einer fremden Diöcese ist, bevor die Erlaubniß des zuständigen Diöcesanobern eingeholt wird, zunächst unsere Genehmigung zu beantragen, und sind in dem schriftlichen Antrage die Gründe und näheren Umstände anzugeben. Jedoch soll sich diese Bestimmung nicht auf die schlesischen Antheile der Erzbisthümer Olmütz und Prag beziehen, vielmehr für diese die Genehmigung der dortseitigen Diöcesanobern genügen.

7. Auswärtige Ordenspersonen dürfen ohne unsere ausdrückliche Erlaubniß in unserer Diöcese zum Sammeln von Almosen und Unterstützungen nicht zugelassen werden, selbst wenn sie mit der staatlichen Genehmigung und der Erlaubniß ihres Diöcesanobern versehen sind.

Daselbe gilt auch von den Angehörigen bezw. Beauftragten der Missionsgesellschaften, soweit nicht die unter Nr. 5 berührten Umstände in Betracht kommen.

8. Die staatlichen Vorschriften, welche für die Veranstaltung von Collecten bestehen oder künftig gegeben werden, bleiben selbstverständlich von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

9. Die Ordensobern werden die Auswahl der Sammler bezw. Sammlerinnen mit pflichtmäßiger Umsicht vornehmen, denselben die genaue Beachtung des von der hl. Congregation der Bischöfe und Orden in

Nr. VIII. des vorstehenden Decretes eingeschränkten Verhaltens zur Pflicht machen und die Wahl der Sammelbezirke sowohl ohne Ueberbürdung der Bevölkerung als auch ohne Verletzung vorgehender Rücksichten treffen.

Indem wir das vorstehende Decret der hl. Congregation der Bischöfe und Orden mit den von uns beigefügten Bestimmungen allen Ordensobern unserer Diöcese in der zur Vertheilung an jede Niederlassung der betreffenden Ordensgenossenschaft entsprechenden Anzahl von Exemplaren übermitteln, ordnen wir zugleich an, daß der Inhalt des Decrets allen Mitgliedern bekannt gegeben werde. Für die genaue Befolgung der in dem Decrete gegebenen, sowie der von uns beigefügten Bestimmungen bleiben uns die Ordensobern verantwortlich.

Gleichzeitig lassen wir hiermit auch den Hochwürdigen Herren Pfarrern, Pfarradministratoren und selbständigen Pfarrcuraten (Votalisten und Expositen) sowie Spiritualen der Ordenshäuser je ein Exemplar zur Nachachtung und Aufbewahrung im Pfarrarchive zugehen, indem wir zugleich die Hoffnung aussprechen, dieselben werden den rechtmäßig collectirenden Ordenspersonen bezw. den Beauftragten die thünlichste Förderung und Unterstützung angedeihen lassen und ihnen mit Rath und That zur Seite stehen.

Der Fürstbischof.

Johannesberg, den 10. Juli 1896.

G. Card. Kopp.

G. K. Nr. 4507.

Nr. 416. Verbot unbefugter Sammlungen¹⁾.

a) Fürstbischöflicher Erlaß vom 2. Mai 1892.

Trotz den vom preussischen wie österreichischen Episkopate erlassenen Verordnungen und den von meinem verewigten Amtsvorgänger wie von mir ergangenen Mahnungen²⁾ vergeht kaum ein Tag, an welchem nicht von auswärtigen Ordensangehörigen oder deren Freunden und Freundinnen in Kirchen wie Häusern meiner Diöcese Collecten abgehalten werden. Gewiß ist dieses Vertrauen auf die Mildthätigkeit meiner Diöcesanen für letztere ein ehrenndes Zeugniß und würde ich, abgesehen von den Unzuträglichkeiten, welche das Collectiren herumziehender Ordenspersonen im Gefolge hat, der Bethätigung dieses mildthätigen Sinnes keine Grenzen ziehen, wenn mir dieses nicht die Bedürfnisse der eigenen Diöcese zur Pflicht machten. Diese Bedürfnisse sind aber so groß und schreiend, daß ich an meine Diöcesanen die dringende Bitte richten muß, zunächst auf die Befriedigung dieser Bedacht zu nehmen. Ich darf nur hinweisen auf die Kirchennoth in den großen Städten, namentlich in Berlin und Breslau; auf den Mangel von mehr als 500 Geistlichen, um nur in etwa die vorhandenen und durch unerwartete Todesfälle täglich sich mehrenden Lücken im Clerus auszufüllen; auf den Bonifatius-Verein, um die Tausende katholischer Kinder in den Diaspora-Gegenden wenigstens nothdürftig mit Religions-Unterricht versorgen zu können u. s. f.

Auch mein jüngster Erlaß verfehlt, wie mir neuere Vorgänge be-

¹⁾ Nach einer Verfügung des Cultusministers vom 29. December 1900 sind auch Agenten von Buch- und Verlags-handlungen, welche anlässlich der Colportage für angeblich fromme Zwecke sammeln, von der Polizeibehörde wegen unbefugten Collectirens zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen.

²⁾ Vgl. G. B. Nr. 233. II., 263. VIII., 281. VII.

weisen, diesen Zweck, da er rücksichtslos umgangen und unbeachtet gelassen wird. Ich finde mich daher veranlaßt, nachstehende Bestimmungen zu treffen:

1. Ohne meine schriftliche Erlaubniß oder ohne Anordnung meines General-Vicariat-Amtes sind die Herren Pfarrer bezw. Pfarrgeistlichen nicht befugt, in ihren Kirchen Collecten für irgend welche Zwecke zu veranstalten oder veranstalten zu lassen. Die bestehenden regelmäßigen Collecten sowie Sammlungen für die Bedürfnisse der eigenen Kirche werden durch diese Bestimmungen nicht getroffen.
2. Bei der vorgängigen Verkündigung solcher Collecten ist die amtliche Erlaubniß oder Anordnung von der Kanzel zu verlesen.
3. Die Herren Pfarrer und Pfarrgeistlichen sind gehalten, vor unbefugten Sammlern und Sammlerinnen ihre Gemeinde von der Kanzel zu warnen, denselben in keiner Weise Vorschub zu leisten, sondern dieselben mir zur Anzeige zu bringen, damit die Befolgung der erlassenen Bestimmungen nöthigenfalls durch kirchliche Strafen erzwungen werden kann.
4. Dieser Erlaß ist am nächsten Sonntage nach der Zustellung desselben und sodann jährlich auf Epiphanie von der Kanzel zu verlesen.

Breslau, den 2. Mai 1892.

Der Fürstbischof.

G. K. 3001.

† Georg.

b) G. B. Nr. 306. IV. vom 15. März 1895.

Noch immer kommt es vor, daß durch Mitglieder klösterlicher Genossenschaften aus fremden Diöcesen, insbesondere durch Laienbrüder aus der Diöcese Krakau, Sammlungen in diesseitigen Parochien trotz des Verbotes der betreffenden Pfarrer abgehalten werden. Dem Hochwürdigen Herrn Fürstbischof von Krakau ist eine diesbezügliche Vorstellung bereits unterbreitet worden. Gleichwohl jehen wir uns veranlaßt, auf die in dieser Angelegenheit ergangenen Verbote, insbesondere auf den Erlaß Sr. Eminenz vom 2. Mai 1892 (G. K. 3001) wiederholt aufmerksam zu machen und die Herren Pfarrer anzuweisen, vorkommenden Falls die Gläubigen von der Kanzel vor den betreffenden Collectanten nachdrücklich zu warnen.

c) G. B. Nr. 314. IV. vom 15. November 1895.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß junge Leute aus Schlesien, die trotz recht mangelhafter Kenntnisse in italienischen Klöstern und Seminarien Aufnahme gefunden haben, sich auf längere Zeit beurlauben lassen und in ihrer Heimath in geistlicher Kleidung, in römischem Hute und Soutane, Unterstützungen in Geld sammeln, ja sogar in ihrem geistlichen Gewande Wirthshäuser aufsuchen.

Indem wir den Hochwürdigen Curat-Clerus hierauf aufmerksam machen, weisen wir denselben an, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln diesem Aergerniß gebenden Treiben entgegenzutreten und das unbefugte Tragen geistlicher Kleidung zu verhindern.

Nr. 417. Erneutes Verbot unbefugter Sammlungen für kirchliche Zwecke.

(Nachstehender fürstbischöflicher Erlaß soll an die Thüren sämmtlicher Kirchen der Diöcese angeheftet sein.)

Gegenüber den fortdauernden unbefugten Sammlungen für kirchliche Zwecke, welche trotz aller Verbote unter den verschiedensten Formen

nach wie vor in der Diöcese Breslau veranstaltet werden, sehe ich mich veranlaßt, im Anschlusse an die früher erlassenen Verordnungen das Nachstehende zu verfügen:

1. Es ist nach einem Beschlusse des Gesamt-Episcopates sowie durch einen Erlaß des hl. Stuhles vom 27. März 1896 verboten, ohne Erlaubniß der kirchlichen Obern Sammlungen für kirchliche Zwecke vorzunehmen. Gegen diese Anordnung der kirchlichen Obrigkeit erweisen sich auch alle diejenigen als ungehorsam, welche solche unbefugte Sammlungen fördern, unterstützen und dulden.
2. Unter dieses Verbot fallen auch

- a) der Verkauf religiöser Bücher, Kalender, Haussegens, Gebetszettel u. s. w. durch solche Sammler im geistlichen und weltlichen Kleide, unter dem Vorgeben, daß der Erlös nach Abzug der Kosten einem Kirchenbau oder sonst einem frommen Zwecke zufallen solle;
- b) diejenigen Vereinigungen, welche sich in manchen Pfarreien zu dem Zwecke gebildet haben, regelmäßige Beiträge für auswärtige kirchliche und Missionsanstalten in Empfang zu nehmen und an die letzteren zu befördern.

Bei dieser Gelegenheit seien die in der Diöcese bestehenden kirchlichen Vereine, des Kaverius-Missions-Verein, der Bonifatius-Verein, der Michaels-Verein, der Verein der hl. Kindheit Jesu, der Verein vom hl. Lande, sowie die Diöcesan-Bildungs- und Erziehungs-Anstalten der Freigebigkeit der frommen Gläubigen auf das Wärmste empfohlen.

Breslau, den 27. Januar 1899.

Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

Sechzehnter Abschnitt. Kirchenvorstand und Kirchengemeinde-Vertretung.

Nr. 418. Gesetz über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Vom 20. Juni 1875. (G.-S. S. 241.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. In jeder katholischen Pfarrgemeinde sind die kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch einen Kirchen-Vorstand und eine Gemeinde-Vertretung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu besorgen.

§ 2. Die Vorschrift des § 1 findet auch auf Missions-Pfarrgemeinden, sowie auf solche anderen Kirchengemeinden (Filial-, Kapellen- u. Gemeinden) Anwendung, für welche besonders bestimmte kirchliche Vermögensstücke vorhanden sind oder deren Gemeindeglieder besondere Leistungen zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse dieser Gemeinden obliegen.

§ 3. Zu dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören:

1. das für Cultusbedürfnisse bestimmte Vermögen, einschließlich des Kirchen- und Pfarrhausbau-Fonds, der zur Besoldung der Geistlichen und anderer Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke und der Anniversarien;

2. die zu irgend einem sonstigen kirchlichen Zwecke oder zu wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke;
3. die Erträge der durch kirchliche Organe zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken des Gemeindebezirks innerhalb und außerhalb der Kirchengebäude veranstalteten Sammlungen, Collecten &c.;
4. die zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und unter die Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Stiftungen.

§ 4. Die dem Staate oder den bürgerlichen Gemeinden zustehenden Rechte an Begräbnisplätzen oder solchen Vermögensstücken, welche zu kirchlichen Zwecken bestimmt sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Unter kirchlichem Vermögen im Sinne dieses Gesetzes ist dasjenige nicht begriffen, welches zwar zu kirchlichen Zwecken bestimmt, aber unter dauernde Verwaltung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden und Communalverbände gestellt ist.

I. Kirchenvorstand.

§ 5. Der Kirchenvorstand besteht:

1. in Pfarrgemeinden aus dem Pfarrer, in Filial-, Kapellen- &c. Gemeinden, welche eigene Geistliche haben, aus dem der Anstellung nach ältesten;
2. aus mehreren Kirchenvorstehern, welche durch die Gemeinde gewählt werden;
3. in dem Falle des § 39 aus dem daselbst bezeichneten Berechtigten oder dem von ihm ernannten Kirchenvorsteher.

§ 6. Die Zahl der für jede Gemeinde zu wählenden Kirchenvorsteher beträgt in Gemeinden bis 500 Mitgliedern vier, bei mehr als 500 bis 2000 Mitgliedern sechs, bei mehr als 2000 bis 5000 Mitgliedern acht, bei mehr als 5000 Mitgliedern zehn.

Eine Abänderung der Zahl kann durch Beschluß der Gemeindevertretung bewirkt werden; die Zahl soll jedoch nicht mehr als zwölf und nicht weniger als vier betragen.

Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten bis auf zwei herabgesetzt werden.

§ 7. Das Amt der Kirchenvorsteher ist ein Ehrenamt.

Für außergewöhnliche Mühewaltungen kann auf Antrag des Kirchenvorstandes eine angemessene Entschädigung durch die Gemeindevertretung bewilligt werden.

§ 8. Der Kirchenvorstand verwaltet das kirchliche Vermögen.

Er vertritt die seiner Verwaltung unterstehenden Vermögensmassen und die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung.

Die Rechte der jeweiligen Inhaber an den zur Besoldung der Geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücken werden hierdurch nicht berührt.

§ 9. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes haften für die Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters.

§ 10. Die Kassenverwaltung und die Rechnungsführung ist einem Kirchenvorsteher zu übertragen, welcher von dem Kirchenvorstande gewählt wird.

Durch Beschluß des Kirchenvorstandes kann ein demselben nicht angehöriger besonderer Rendant oder Rechnungsführer angestellt werden. Ein solcher Rendant oder Rechnungsführer gehört zu den Kirchendienern im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1873¹⁾.

§ 11. Der Kirchenvorstand hat ein Inventar über das von ihm verwaltete kirchliche Vermögen (§ 3) zu errichten und fortzuführen.

Er hat einen Voranschlag der Jahres-Einnahmen und Ausgaben aufzustellen und einen vollständigen Bericht über den Stand des kirchlichen Vermögens alljährlich an die Gemeindevertretung zu erstatten.

Am Schlusse jedes Rechnungsjahres hat der Kirchenvorstand die Rechnung zu prüfen.

§ 12. Der Kirchenvorstand wählt aus seinen in § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern bei dem Eintritt der neuen Kirchenvorsteher einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre²⁾).

§ 13. Der Kirchenvorstand versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht. Durch Beschluß können regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden.

§ 14. Der Kirchenvorstand ist zu berufen, wenn dies verlangt wird:

1. von der bischöflichen Behörde,
2. von dem Landrath (Amtshauptmann, Amtmann), in Stadtkreisen von dem Bürgermeister,
3. von der Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes,
4. durch Beschluß der Gemeindevertretung,

in den beiden letzten Fällen, sofern ein innerhalb der Zuständigkeit des Kirchenvorstandes liegender Zweck angegeben wird.

§ 15. Kommt der Vorsitzende dem Verlangen nicht nach oder ist ein Vorsitzender nicht vorhanden, so kann die Berufung sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch die in § 14 Nr. 2 genannten Beamten erfolgen.

In diesen Fällen bestimmt die berufende Behörde den Vorsitzenden aus den in § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern des Kirchenvorstandes.

§ 16. Zu den Sitzungen sind sämmtliche Mitglieder des Kirchenvorstandes einzuladen. Die Einladung ist, wenn der Beschluß der Zustimmung der Gemeindevertretung bedarf, schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung zuzustellen.

¹⁾ Den letzten Satz hat Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze vom 21. Mai 1886, durch folgende Bestimmung beseitigt: „Kirchendiener im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1873 sind nur solche Personen, welche die mit einem geistlichen oder jurisdictionellen Amt verbundenen Rechte und Einrichtungen ausüben.“

²⁾ Der Paragraph ist abgeändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Mai 1886, welcher lautet:

„In denjenigen Landestheilen, in welchen der Vorsitz im Vorstande einer katholischen Kirchengemeinde — Kirchenrath — nicht bereits vor dem Erlaß des Gesetzes vom 20. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 241) einem weltlichen Mitgliede zustand, geht der Vorsitz auf den ordnungsmäßig bestellten Pfarrer und Pfarrverweser, in Filial-Gemeinden auf die für dieselben ordnungsmäßig bestellten Pfarrgeistlichen über. In der Erzdiocese Gnesen-Posen und in der Diocese Kulm erfolgt die Regelung im Wege königlicher Verordnung.“

§ 17. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Loos.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes an der Abstimmung Theil genommen hat.

Mitglieder, welche an dem Gegenstand der Beschlußfassung persönlich theilgenommen sind, haben sich der Abstimmung zu enthalten.

Bei nicht vorschriftsmäßig erfolgter Einladung kann eine Beschlußfassung nur dann stattfinden, wenn der Kirchenvorstand vollzählig versammelt ist und Widerspruch nicht erhoben wird.

§ 18. Die Beschlüsse sind unter Angabe des Tages und der Anwesenden in ein Protokollbuch zu verzeichnen. Die Protokolle werden von dem Vorsitzenden und mindestens noch einem Mitgliede des Kirchenvorstandes unterschrieben.

§ 19. Zu jeder die Gemeinde und die von dem Kirchenvorstande vertretenen Vermögensmassen verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Kirchenvorstandes bedarf es der Unterschrift des Vorsitzenden und noch zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes, sowie der Beidrückung des Amtssiegels. Hierdurch wird Dritten gegenüber die ordnungsmäßige Fassung des Beschlusses festgestellt, so daß es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse desselben, insbesondere der erfolgten Zustimmung der Gemeindevertretung, wo eine solche nothwendig ist, nicht bedarf.

II. Gemeindevertretung.

§ 20. Die Zahl der Gemeindevertreter soll drei Mal so groß sein wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher.

Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten herabgesetzt werden.

§ 21. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb¹⁾, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum, bei der Vermiethung oder Verpachtung desselben auf länger als zehn Jahre und bei der Vermiethung oder Verpachtung der den Geistlichen und anderen Kirchendienern zum Gebrauch oder zur Nutzung überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus;
2. bei Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben;
3. bei außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie bei Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;
4. bei Anleihen, sofern sie nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
5. bei Anstellung von Prozessen, soweit dieselben nicht die Eintreibung

¹⁾ Sofern das Grundeigenthum mehr als 500 Mk. werth ist. Siehe G. B. Nr. 364. V. und VI. weiter unten.

fortlaufender Zinsen und Gefälle oder die Einziehung ausstehender Kapitalien, deren Zinsen rückständig geblieben sind, betreffen, und bei Abschließung von Vergleichen;

6. bei Neubauten oder erheblichen Reparaturen an Baulichkeiten, sofern nicht über die Nothwendigkeit der Bauausführung bereits durch die zuständigen Behörden endgiltig entschieden ist. Für erheblich gelten Reparaturen, deren Kostenschlag 200 Mark übersteigt. Im Falle des Bedürfnisses kann die Gemeindevertretung ein für alle Mal die Vollmacht des Kirchenvorstandes zur Vornahme höher veranschlagter Reparaturen, jedoch nicht über die Summe von 1000 Mark hinaus, erweitern;
7. bei Beschaffung der zu kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Geldmittel oder Leistungen, soweit solche nicht nach dem bestehenden Rechte aus dem Kirchenvermögen oder von dem Patron oder von sonst besonders Verpflichteten zu gewähren sind;
8. bei Festsetzung der auf die Gemeindeglieder zu vertheilenden Umlagen und bei Bestimmung des Vertheilungsmaßstabes; letzterer ist entweder nach Maßgabe der direkten Staatssteuer oder der Kommunalsteuer festzusetzen;
9. bei Einführung oder Veränderung der Gebührentaxen;
10. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur Ausstattung neuer Stellen für den Dienst der Gemeinde, sowie zur dauernden Verbesserung des Einkommens bestehender Stellen, und bei Umwandlung von veränderlichen Einnahmen der Geistlichen und anderer Kirchendiener in feste Hebungen oder von Naturaleinkünften in Geld, letzteres, soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt;
11. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft;
12. bei Feststellung des Etats und der Voranschlagsperiode;
13. bei Abnahme der Jahresrechnung und Ertheilung der Entlastung.

Der Etat ist nach erfolgter Feststellung, die Jahresrechnung nach ertheilter Entlastung auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszulegen.

§ 22. Die Gemeindevertretung wählt bei dem Eintritt der neuen Gemeindevertreter einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre.

Sie versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht.

In Betreff der Berufung der Gemeindevertretung finden die Vorschriften der Paragraphen 14 und 15 sinngemäße Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß auf Verlangen eines Dritttheils der Mitglieder der Gemeinde-Vertretung die Berufung erfolgen muß.

§ 23. Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder ein von ihm abgeordneter Kirchenvorsteher (§ 5 Nr. 2 und 3) sind befugt, den Sitzungen der Gemeindevertretung mit beratender Stimme beizuwohnen.

§ 24. Zu den Sitzungen sind sämtliche Gemeindevertreter, sowie der Vorsitzende des Kirchenvorstandes schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung einzuladen.

Im Uebrigen finden die Bestimmungen der Paragraphen 17 und 18 sinngemäße Anwendung, jedoch genügt zur Beschlußfähigkeit der Versammlung die Anwesenheit eines Drittheils der Mitglieder.

Die Gemeindevertretung hat das Recht, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen zu beschließen.

Die Beschlüsse werden dem Kirchenvorstande in einem von dem Vorsitzenden und zwei Gemeindevertretern unterschriebenen Auszuge aus dem Protokollbuche zugestellt.

III. Wahl der Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter.

§ 25. Wahlberechtigt sind alle männlichen, volljährigen, selbstständigen Mitglieder der Gemeinde, welche bereits ein Jahr in derselben, oder wo mehrere Gemeinden am Orte sind, an diesem Orte wohnen und zu den Kirchenlasten nach Maßgabe der dazu bestehenden Verpflichtung beitragen.

Selbstständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben oder ein öffentliches Amt bekleiden oder ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen.

Als selbstständig sind nicht anzunehmen diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, oder welche im letzten Jahre vor der Wahl armuthshalber aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten oder Erlaß der kirchlichen Beiträge genossen haben.

§ 26. Von der Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen diejenigen:

1. welche nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden;
2. welche wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens, welches die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, in Untersuchung sich befinden;
3. welche im Concurse sich befinden;
4. welche mit der Bezahlung kirchlicher Umlagen über ein Jahr im Rückstande sind.

§ 27. Wählbar sind die wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach § 26 von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind.

§ 28. Geistliche und andere Kirchendiener gehören nicht zu den wahlberechtigten und wählbaren Mitgliedern der Gemeinde.

§ 29. Niemand kann zugleich Mitglied des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sein.

§ 30. Das Wahlverfahren bestimmt sich nach der nachstehenden Wahlordnung.

§ 31. Die Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sind in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.

§ 32. Die Gewählten können das Amt eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters nur ablehnen oder niederlegen:

1. wenn sie das sechzigste Lebensjahr vollendet, oder
2. schon sechs Jahre das Amt bekleidet haben, oder
3. wenn andere erhebliche Entschuldigungsgründe vorliegen, z. B. Krankheit, häufige Abwesenheit, oder Dienstverhältnisse, welche mit dem Amte unvereinbar sind.

Ueber die Erheblichkeit und thatsächliche Richtigkeit entscheidet der Kirchenvorstand und auf eingelegte Berufung, für welche von Zustellung der Entscheidung an eine Ausschlussfrist von zwei Wochen läuft, die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Regierugs-Präsidenten (Landdrosten)¹⁾.

Wer ohne solchen Grund die Uebernahme oder die Fortführung des Amts verweigert, verliert das durch dieses Gesetz begründete kirchliche Wahlrecht. Dasselbe kann ihm auf sein Gesuch von dem Kirchenvorstande wieder beigelegt werden.

§ 33. Das Amt der gewählten Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter dauert sechs Jahre.

Von drei zu drei Jahren scheidet die Hälfte aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar und bleiben jedenfalls bis zu dem Eintritt ihrer Nachfolger im Amt.

Der Austritt wird durch die Dienstzeit, das erste Mal durch Ausloosung bestimmt.

§ 34. Ist das Amt eines gewählten Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters außer der Zeit erledigt, so wählt die Gemeindevertretung für die Restzeit der Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Erzhmann.

IV. Fortfall der Gemeindevertretung.

§ 35. In Gemeinden, in denen besondere Verhältnisse, z. B. geringes Vermögen, zerstreute Wohnsitze u., die Bildung einer Gemeindevertretung unzumuthig oder unthunlich erscheinen lassen, kann die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten anordnen; daß eine Gemeindevertretung nicht zu bilden, sofern in einer hierzu anzuberaumenden Versammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder²⁾ die Mehrheit derselben nicht widerspricht.

¹⁾ An die Stelle der Landdrosten in der Provinz Hannover sind nach § 25 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 Regierungs-Präsidenten getreten.

²⁾ Für die Zusammenberufung der wahlberechtigten Gemeindeglieder ist maßgebend nachstehendes

Gesetz, betreffend die Form der Zusammenberufung von Kirchengemeinden. (Vom 23. Januar 1846 (G.-S. S. 23).

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u.

Um in der Art und Weise, wie die Zusammenberufung von Kirchengemeinden zu bewirken ist, eine Erleichterung eintreten zu lassen, verordnen Wir für diejenigen Theile Unserer Monarchie, in welchen das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsrathes, was folgt:

§ 1. Die Einladung der Mitglieder einer Kirchengemeinde zu einer Versammlung, in der ein Gemeindebeschluss gefaßt werden soll, kann nicht blos, wie bisher, durch die im § 57 Titel 6 Theil II des Allgemeinen Landrechts vorgeschriebene Insinuation an jedes Gemeindeglied, sondern mit gleicher rechtlicher Wirkung auch dadurch geschehen, daß solche der zum Hauptgottesdienst in der Kirche versammelten Gemeinde, auf die im § 2 näher bestimmte Weise, bekannt gemacht wird.

§ 2. Die Einladung muß den Gegenstand, über welchen beschlossen werden soll, sowie die Zeit und den Ort zu der Versammlung angeben.

Sie muß in der Pfarrkirche der Gemeinde an drei auf einander folgenden Sonntagen, an welchen ein Hauptgottesdienst gehalten wird, bei demselben vorgelesen werden.

§ 36. In dem Falle des § 35 werden die der Gemeindevertretung nach § 7 zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvorstande wahrgenommen. Ersatzmänner werden durch die Gesamtheit der Wahlberechtigten gewählt.

V. Entlassung und Auflösung.

§ 37. Die Entlassung eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters erfolgt:

1. wegen Verlust einer zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaft;
2. wegen grober Pflichtwidrigkeit.

In dem letzteren Falle kann die Wahlberechtigung dauernd oder auf Zeit entzogen werden.

Die Entlassung kann sowohl von der bischöflichen Behörde, als auch von dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) nach Anhörung des Beschuldigten und des Kirchenvorstandes verfügt werden. Gegen die Entscheidung steht dem Beschuldigten binnen einer Ausschußfrist von vier Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zu. Die Berufung kann auf neue Thatfachen und Beweise gegründet werden.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der Paragraphen 13 bis 23 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 sinngemäße Anwendung¹⁾.

§ 38. Wenn der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung beharrlich die Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigen oder verweigern oder wiederholt Angelegenheiten, welche nicht zu ihrer Zuständigkeit gehören, zum Gegenstande einer Erörterung oder Beschlußfassung machen, so können sie sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch den Ober-Präsidenten unter gegenseitigem Einvernehmen, aufgelöst werden.

Mit der Auflösung sind sofort die erforderlichen Neuwahlen anzuordnen.

Besitzt dieselbe Gemeinde noch andere Kirchen, in welchen an Sonntagen Hauptgottesdienst gehalten wird, so muß auch in diesen Kirchen die Vorlesung der Einladung wenigstens an einem Sonntage beim Hauptgottesdienste geschehen.

Sind jedoch mehrere Gemeinden, deren jede eine Kirche besitzt, unter einem Pfarrer vereinigt, so muß die Vorlesung in der Kirche jeder dieser Gemeinden, insofern die Einladung auch an sie gerichtet ist, bei drei aufeinander folgenden sonntäglichen Hauptgottesdiensten erfolgen.

§ 3. Ueber die geschehene Vorlesung hat der ordentliche Pfarrer ein Attest zu erteilen, welches den Inhalt der Einladung, sowie die Sonntage, an welchen, und die Kirchen, in welchen das Vorlesen erfolgt ist, angegeben und mit dem Kirchensiegel versehen sein muß. Ein diesen Vorschriften gemäß ausgestelltes Attest hat volle Beweisraft.

§ 4. Wo es nach dem Ermessen der einladenden Behörde den örtlichen Verhältnissen entsprechend erscheint, kann die Einladung, außer deren Verkündung in der Kirche, auch noch durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

§ 5. Die Ordre vom 9. Mai 1829 (Gesetzsammlung 1829 Seite 40) wegen Zusammenberufung der Kirchengemeinden in großen Städten, wird hierdurch aufgehoben. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Berlin, den 23. Januar 1846.

Friedrich Wilhelm.

(L. S.) v. Rochow. Eichhorn. v. Savigny. Ulden.

¹⁾ Die Bestimmungen sind abgeändert durch Artikel 10 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886, welcher lautet:

„Im Fall des § 37 im Gesetz vom 20 Juni 1875 (Gesetzsammlung Seite 241) findet nur noch Beschwerde an den Minister der geistlichen Angelegenheiten statt.“

VI. Stellung der Patrone und anderer Berechtigter.

§ 39. Der Patron, welchem auf Grund des Patronats, oder ein anderer Berechtigter, welchem auf Grund eines besonderen Rechtstitels die Mitgliedschaft in dem Kirchenvorstande oder die Berechtigung zugestanden hat, Kirchenvorsteher zu ernennen, zu bestellen oder zu präsen- tiren, ist fortan befugt, entweder selbst in den Kirchenvorstand einzutreten oder einen Kirchenvorsteher zu ernennen.

Der Berechtigte, welcher in den Kirchenvorstand eintritt, und der von ihm ernannte Kirchenvorsteher müssen die in den §§ 27 bis 29 vorgeschriebene Wählbarkeit besitzen.

§ 40. Außer der im § 39 festgesetzten Befugniß zur Betheiligung an dem Kirchenvorstande verbleiben dem Patron da, wo derselbe Patronatslasten für die kirchlichen Bedürfnisse trägt, die Aufsicht über die Verwaltung der Kirchenkasse und das Recht der Zustimmung zu den nach den bestehenden Gesetzen seiner Genehmigung unterliegenden Geschäften der Vermögensverwaltung.

Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sind dem Patron abschriftlich mitzuthemen. Erklärt er sich auf dieselben nicht binnen 30 Tagen nach dem Empfange, so gilt er als zustimmend. Widerspricht der Patron, so steht dem Kirchenvorstande die Berufung an die Bezirksregierung, in der Provinz Hannover an das Königl. katholische Consistorium¹⁾ zu, welche den Widerspruch verwerfen und die Zustimmung des Patrons ergänzen können.

Eine solche Ergänzung ist unzulässig, wenn es sich um Ausgaben handelt, für welche die Kirchenkasse bisher nicht bestimmt gewesen ist.

Kommt es für Urkunden auf die formelle Feststellung der Zustimmung des Patrons an und ist die letztere wegen Verabsäumung der dem Patron offenstehenden Frist für ertheilt zu erachten, so wird die fehlende Unterschrift durch die im Absatz 2 genannten Aufsichtsbehörden ergänzt.

§ 41. In den Landestheilen, in welchen die bürgerliche Gemeinde zur Aufbringung der Kosten für die kirchlichen Bedürfnisse der Pfarrgemeinden gesetzlich verpflichtet ist, muß sowohl der Etat, als auch die Jahresrechnung zugleich mit der im § 21 angeordneten öffentlichen Auslegung dem Bürgermeister abschriftlich mitgetheilt werden.

VII. Ausführungsbestimmungen.

§ 42. Anweisungen über die Geschäftsausführung können dem Kirchenvorstande oder der Gemeindevertretung sowohl von der bischöflichen Behörde, als auch von dem Ober-Präsidenten, unter gegenseitigem Einvernehmen, ertheilt werden²⁾.

§ 43. Macht die bischöfliche Behörde in denjenigen Fällen, in welchen sie eine Anordnung oder Entscheidung im Einvernehmen mit der Staatsbehörde zu treffen hat, von ihren Befugnissen keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der Staatsbehörde aufzufordern.

¹⁾ Durch § 26 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 sind die Königl. katholischen Consistorien in der Provinz Hannover aufgehoben und die zu ihrem Geschäftskreise gehörig gewesenen Angelegenheiten den betreffenden Regierungen überwiesen worden.

²⁾ Vergl. S. 487.

Leistet sie dieser Aufforderung binnen 30 Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die Staatsbehörde über.

In denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche oder die Staatsbehörde, jede jedoch im Einvernehmen mit der andern, eine Anordnung oder Entscheidung zu treffen hat, muß die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen 30 Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend.

Bei erhobenem Widerspruch entscheidet in allen Fällen über Meinungsverschiedenheiten zwischen der bischöflichen Behörde und dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) der Ober-Präsident, über Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem und der bischöflichen Behörde der Minister der geistlichen Angelegenheiten.

§ 44. In den getroffenen Anordnungen ist erkennbar zu machen, ob das Einvernehmen erreicht oder ob die Zustimmung wegen Verabsäumung der Frist für ertheilt zu erachten oder ob die Entscheidung in Folge erhobenem Widerspruch getroffen ist.

§ 45. Weigert sich ein Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist eine Neuwahl anzuordnen.

Weigert sich auch der neu gewählte Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist der Regierungs-Präsident (Landdrost) befugt, den Kirchenvorsteher aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde zu bestellen.

§ 46. Kommt die Wahl der Kirchenvorsteher überhaupt nicht zu Stande oder weigert sich die Mehrzahl der gewählten Kirchenvorsteher, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß der nach erfolgter Auflösung neu gewählte Kirchenvorstand aufgelöst werden, so ist der Regierungs-Präsident (Landdrost) befugt, eine kommissarische Besorgung der kirchlichen Vermögens-Angelegenheiten unter sinngemäßer Anwendung der §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874¹⁾ anzuordnen.

Kommt die Wahl der Gemeindevertretung nicht zu Stande, oder weigert sich die Mehrzahl der Gemeindevertreter, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß die nach erfolgter Auflösung neu gewählte Gemeindevertretung aufgelöst werden, so ist der Regierungs-Präsident (Landdrost) befugt, sowohl die Geschäfte des Kirchenvorstandes, als auch die der Gemeindevertretung kommissarisch besorgen zu lassen.

VIII. Aufsichtsrechte.

§ 47. Die gesetzlichen Verwaltungsnormen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Die den vorgesetzten Kirchenbehörden gesetzlich zustehenden Rechte der Aufsicht und der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung werden mit den in den nachfolgenden Bestimmungen enthaltenen Einschränkungen geübt.

¹⁾ Die §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 sind durch Artikel 6 des Gesetzes, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, vom 29. April 1887 aufgehoben.

§ 48. Macht die vorgesetzte Kirchenbehörde von den ihr gesetzlich zustehenden Rechten der Aufsicht oder der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der staatlichen Aufsichtsbehörde¹⁾ aufzufordern. Leistet sie dieser Aufforderung binnen 30 Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die staatliche Aufsichtsbehörde über.

§ 49. Gegen Verfügungen der vorgesetzten Kirchenbehörde, durch welche die Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung versagt wird, steht dem Kirchenvorstande die Berufung an den Ober-Präsidenten zu, welcher endgiltig entscheidet.

§ 50. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde¹⁾ in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb²⁾, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum;
2. bei Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben;
3. bei Anleihen im Sinne des § 21 Nr. 4;
4. bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude;
5. bei der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnißplätzen;
6. bei Einführung oder Veränderung von Gebühren taxen;
7. bei Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Collecten u. für kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke, außerhalb der Kirchengebäude;
8. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft.

In dem Falle zu 8 gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen 30 Tagen nach Mittheilung des Beschlusses widerspricht.

9. Bei Umlagen auf die Gemeindeglieder.

In dem Falle zu 9 ist die Genehmigung insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auserlegung, der Angemessenheit des Beitragsfußes oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen.

Wegen der Schenkungen und leibwilligen Zuwendungen bewendet es sich bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870³⁾.

§ 51. Der Kirchenvorstand bedarf zur Führung von Processen keiner Ermächtigung von Seiten einer Staats- oder Kirchenbehörde⁴⁾.

¹⁾ Vgl. § 55 des Gesetzes und unten S. 487.

²⁾ Sofern der Werth des zu erwerbenden Grundstückes mehr als 5000 Mk. beträgt.

³⁾ Vgl. G. B. Nr. 185. II und Nr. 364. V u. VI weiter unten.

⁴⁾ Hiernach bedarf zwar der Kirchenvorstand zur Führung von Processen keiner Ermächtigung von Seiten einer Staats- oder Kirchenbehörde. Wegen der Verantwortlichkeit und zur Verhütung von Nachtheilen ist jedoch daran festzuhalten, daß der Kirchenvorstand keinen Proceß beginnen soll, bevor er die kirchliche Behörde darüber gehört hat. Unterläßt er dieses, so wird der Proceß auf seine Gefahr und Kosten geführt und der Kirche kann daraus kein Nachtheil erwachsen (Publicandum der Kgl. Regierung zu Breslau vom 4. Januar 1825 bei Simons Kirchenrecht von Schlesien S. 90). Auch wenn die Kirche von anderen rechtlich belangt wird, soll der Kirchenvorstand sofort der kirchlichen Aufsichtsbehörde Anzeige machen.

Atteste über die Legitimation des Kirchenvorstandes zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatfachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde¹⁾ erheilt werden.

§ 52. Die staatliche Aufsichtsbehörde¹⁾ ist berechtigt, Einsicht von dem Etat zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden.

§ 53. Weigert sich der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung, Leistungen, welche aus dem kirchlichen Vermögen zu bestreiten sind, oder den Pfarreingesessenen oder sonstigen Verpflichteten obliegen, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, so ist sowohl die bischöfliche Behörde, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde¹⁾, unter gegenseitigem Einvernehmen, befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die weiter erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Unter derselben Voraussetzung sind diese Behörden befugt, die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Kirche, der Pfarrei, der Gemeinde und der in der Verwaltung des Kirchenvorstandes befindlichen Vermögensmassen, insbesondere auch der aus der Pflichtwidrigkeit eines Geistlichen oder anderen Kirchendieners entstehenden Entschädigungsforderung, anzuordnen und die hierzu nöthigen Maßregeln zu treffen.

§ 54. Die Jahresrechnung ist der staatlichen Aufsichtsbehörde¹⁾ zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist, mitzuthellen.

§ 55. Welche Staatsbehörden, die in den §§ 48, 50 bis 52, 53, 54 angegebenen Befugnisse der Aufsicht auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt²⁾.

IX. Schluß- und Uebergangs-Bestimmungen.

§ 56. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf Dom-, Militär- und Anstaltsgemeinden keine Anwendung.

§ 57. Vom 1. October 1875 ab können die dem Kirchenvorstande und der Gemeindevertretung nach diesem Gesetze zustehenden Befugnisse nicht durch andere Personen oder Behörden, als durch die in diesem Gesetz bezeichneten, wahrgenommen werden.

Sofern nach bisherigem Rechte den kirchlichen Organen (Kirchenvorständen, Kirchencollegien, Fabrikräthen, Kirchenmeistern, Repräsentanten 2c.) noch andere Befugnisse, als die der Vermögensverwaltung zugestanden haben, gehen diese, wenn sie von den unmittelbar zur Vermögensverwaltung berufenen Organen ausgeübt worden sind, auf den Kirchenvorstand, in allen anderen Fällen auf die Gemeindevertretung über. Ist eine solche nicht vorhanden, so werden auch die der Gemeindevertretung zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvorstande wahrgenommen.

§ 58. Die den bischöflichen Behörden gesetzlich zustehenden Rechte in Bezug auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden ruhen, so lange die bischöfliche Behörde diesem Gesetze Folge zu leisten ver-

¹⁾ Vgl. § 55 des Gesetzes.

²⁾ Vgl. unten S. 487.

weigert, oder so lange das betreffende Amt nicht in gesetzmäßiger Weise besetzt oder verwaltet ist.

Eine solche Weigerung ist als vorhanden anzunehmen, wenn die bischöfliche Behörde auf eine schriftliche Aufforderung des Ober-Präsidenten nicht binnen 30 Tagen die Erklärung abgibt, den Vorschriften dieses Gesetzes Folge leisten zu wollen.

Die den bischöflichen Behörden zustehenden Befugnisse gehen in solchen Fällen auf die betreffende Staatsbehörde über.

§ 59. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben in dem in den verschiedenen Landestheilen geltenden allgemeinen Rechte, in Provinzialgesetzen, in Lokalgesetzen und Lokalordnungen enthalten, oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, werden aufgehoben.

§ 60. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Derselbe ist befugt, mit Rücksicht auf besondere örtliche oder sonstige Verhältnisse und besonders für die Vermögensverwaltung bestehende Einrichtungen, den im § 57 Absatz 1 festgesetzten Termin der Ausführung zu verlängern.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 20. Juni 1875.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg. Leonhardt.
Falk. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

Wahlordnung.

Artikel 1. Der Kirchenvorstand ordnet die Wahl der Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter an, stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt dieselbe in einem Jedermann zugänglichen Lokale zwei Wochen lang öffentlich aus.

Zeit und Ort der Auslegung sind der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt zu machen, mit dem Beifügen, daß nach Ablauf der Auslegungsfrist Einsprüche gegen die Liste nicht mehr zulässig sind. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen.

Zur Erhebung des Einspruchs ist jedes wahlberechtigte Mitglied der Kirchengemeinde befugt.

Artikel 2. Der Kirchenvorstand entscheidet über die Einsprüche und berichtigt die Liste. Gegen den ablehnenden Bescheid steht dem dadurch von der Wahl Ausgeschlossenen binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an die Gemeindevertretung, in dem Falle, daß eine solche nicht vorhanden ist, an die bischöfliche Behörde zu. Letztere hat im Einvernehmen mit dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) die Entscheidung zu treffen. Durch Einlegung der Berufung wird die anstehende Wahl nicht aufgehoben. Zwischen dem Ablauf der Einspruchsfrist und dem Tage der Wahl müssen mindestens zwei Wochen in der Mitte liegen.

Artikel 3. Die Einladung zur Wahl muß die Zeit und den Ort der Wahl, sowie die Zahl der zu wählenden Personen enthalten und ist der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt zu machen. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen.

Artikel 4. Aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes und aus vier Beisitzern, welche der Vorsitzende aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde beruft, wird ein Wahlvorstand gebildet.

Artikel 5. Die Wahlhandlung wird durch den Vorsitzenden geleitet.

Artikel 6. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Artikel 7. Wird in dem ersten Wahlgange eine Mehrheit für die zur Bildung des Kirchenvorstandes oder der Gemeindevertretung erforderliche Zahl von Personen nicht erreicht, so findet eine engere Wahl zwischen denjenigen statt, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. Beläuft sich die Zahl derselben auf mehr als das Doppelte der zu wählenden Kirchenvorsteher oder Gemeindevertreter, so scheiden von denjenigen, welche die wenigsten Stimmen erhalten haben, so viele aus, daß die Zahl der Wählbaren die doppelte Zahl der zu Wählenden beträgt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet überall das Loos.

Artikel 8. Nachdem der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen erklärt hat, darf eine Stimmabgabe nicht mehr zugelassen werden.

Artikel 9. Ueber die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand.

Artikel 10. Ueber die Wahlhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches den wesentlichen Hergang beurfundet. Dasselbe ist von dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben.

Artikel 11. Die Wahl der Kirchenvorsteher muß derjenigen der Gemeindevertreter vorangehen.

Artikel 12. Die Namen der Gewählten werden der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt gemacht. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen.

Artikel 13. Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb einer von dem letzten Tage des Aushanges ab zu berechnenden Ausschlussfrist von zwei Wochen bei dem Kirchenvorstande zu erheben, welcher über dieselben entscheidet. Gegen den ablehnenden Bescheid steht binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an die bischöfliche Behörde zu, welche im Einvernehmen mit dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) die Entscheidung zu treffen hat.

Artikel 14. Für die erste Wahl ernennt die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) den Wahlvorstand und den Vorsitzenden desselben. Der Wahlvorstand übernimmt die dem Kirchenvorstande obliegenden Berrichtungen.

Dasselbe gilt für den Fall der Auflösung des Kirchenvorstandes.

Nr. 419. Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Vom 30. Januar 1893. (G.-S. S. 13.)

G. B. Nr. 291. IX. vom 15. Mai 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. v. ordnen in Gemäßheit des § 55 des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, für den Umfang der Monarchie, unter Aufhebung der Verordnung vom 27. September 1875 (G.-S. S. 571) was folgt:

Artikel I. Die in den §§ 48, 50 bis 52, 53 und 54 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 angegebenen Aufsichtsrechte des Staats werden ausgeübt:

1. von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum (§ 50 Nr. 1), wenn der Werth des zu erwerbenden oder des zu veräußernden Gegenstandes, oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von 100000 Mk. übersteigt, bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben (§ 50 Nr. 2), bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (§ 50 Nr. 4);
2. von dem Ober-Präsidenten in den Fällen des § 50 Nr. 7;
3. von dem Regierungs-Präsidenten in den übrigen Fällen des § 50, sowie in den Fällen des § 48 und der §§ 51 bis 54.

Artikel II. Die Beschwerde findet statt:

gegen Verfügungen des Ober-Präsidenten — Artikel 1 Nr. 2 — an den Minister der geistlichen Angelegenheiten und Minister des Innern, gegen Verfügungen des Regierungs-Präsidenten — Artikel 1 Nr. 3 — an den Ober-Präsidenten, welcher endgiltig entscheidet.

Artikel III. Diese Verordnung tritt am 1. April 1893 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, Schloß, den 30. Januar 1893.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf zu Eulenburg. v. Bötticher. v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch. Graf v. Caprivi. Miquel. v. Kaltenborn. v. Heyden. Thiesen. Vosse.

Nr. 420. Geschäfts-Anweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Schlesien.

(Außerordentliche Beilage zum R.-A.-Bl. Breslau Stück 38, Liegnitz Stück 37 und Oppeln Stück 38 pro 1878.)

Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 ertheile ich im Einvernehmen mit dem Königlichem Commissarius für die fürstbischöfliche Vermögensverwaltung in der Diocese Breslau, sowie mit den bischöflichen Behörden für die Grafschaft Glatz und für

den Distrikt Ratscher, soweit nicht über den von den beiden Letzteren gegen einzelne Punkte erhobenen Widerspruch von dem Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten gemäß § 43 Absatz 3 jenes Gesetzes Entscheidung getroffen ist, für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Schlesien die nachfolgende Geschäfts-Anweisung:

I. Allgemeine Bestimmungen.

(Zu den Paragraphen 13—19, 22—24, 31 und 33 des Gesetzes.)

Art. 1. Funktionen des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung hat in den Sitzungen die Verhandlung zu leiten, die Reihenfolge der Berathungsgegenstände und der Bestimmungen zu bestimmen, für die Protokollführung durch ein Mitglied des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung zu sorgen, auch die Ruhe und Ordnung in den Sitzungen aufrecht zu erhalten.

Erfolgt ausnahmsweise die Zuziehung eines besonderen Schriftführers, so muß das Protokoll nicht nur von diesem Schriftführer, sondern auch von dem Vorsitzenden und von mindestens zwei Mitgliedern des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung unterschrieben werden.

Art. 2. Geschäftsvertheilung. Ausfertigung.

Der Vorsitzende hat für den ordnungsmäßigen Fortgang der Geschäfte des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung, für gründliche Vorbereitung der Berathungsgegenstände, sowie für die Ausführung der Beschlüsse Sorge zu tragen. Er kann dabei die Mitwirkung der übrigen Mitglieder in Anspruch nehmen. Der Vorsitzende bestimmt die Geschäftsvertheilung.

Die Ausfertigungen des Kirchenvorstandes ergehen unter der Unterschrift des Vorsitzenden, sofern es nicht Schriftstücke der im § 19 des Gesetzes bezeichneten Art sind, oder für einzelne Fälle im Wege der Geschäfts-Anweisung etwas Anderes bestimmt wird.

Art. 3. Amtsverschwiegenheit.

Die Mitglieder des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung sind zur Verschwiegenheit über solche Angelegenheiten verpflichtet, welche von der staatlichen oder kirchlichen Aufsichtsbehörde unter gegenseitigem Einvernehmen, oder durch ausdrücklichen Beschluß der Versammlung als vertraulich bezeichnet werden.

Art. 4. Versammlungslokal.

Die Bestimmungen des regelmäßigen Lokals für die Sitzungen bleibt der Beschlußfassung des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung vorbehalten.

Ausnahmsweise kann der Vorsitzende, wenn er aus dringenden Gründen die Abhaltung einer Sitzung in dem regelmäßigen Sitzungslokal für unthunlich erachtet, unter kurzer Angabe des Grundes die Sitzung in einem anderen, von ihm zu bestimmenden Lokale anberaumen. Auch in diesem Falle sind die Kirchenvorsteher, bezw. Gemeindevertreter verpflichtet, der Einladung Folge zu leisten.

Die Abhaltung der Kirchenvorstands-Sitzungen in Wirthshäusern ist unzulässig. Auch die Gemeindevertretungen dürfen ihre regelmäßigen Sitzungen ohne Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde in Wirthshäusern nicht abhalten. Die Abhaltung der Sitzungen im Pfarrhause ist nur mit Zustimmung des Pfarrers zulässig.

Falls durch Beschluß des Kirchenvorstandes regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden (§ 13 des Gesetzes), so müssen dieselben in jedem Monat wenigstens einmal stattfinden. Auch zu diesen regelmäßigen Sitzungen sind die Einladungen den Mitgliedern des Kirchenvorstandes, wenn der Beschluß der Zustimmung der Gemeindevertretung bedarf, schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung zuzustellen (§ 16 des Gesetzes).

Art. 5. Registratur.

Der Kirchenvorstand hat dafür zu sorgen, daß ihm die Acten und Documente, welche sich auf das kirchliche Vermögen (§ 3 Nr. 1 bis 4 des Gesetzes) beziehen, von den bisherigen Verwaltern desselben überliefert werden. Im Falle der Weigerung hat er sich an den königlichen Regierungs-Präsidenten oder an die bischöfliche Behörde zu wenden. Beziehen diese Acten u. sich auf die zur Besoldung der Geistlichen oder anderer Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke (§ 3 Nr. 1), so hat der Kirchenvorstand die Einsicht der Acten u. dem jeweiligen Inhaber der betreffenden Stelle jederzeit zu gestatten. Für die Aufbewahrung der Acten u. ist von dem Kirchenvorstande ein geeignetes Lokal zu bestimmen. Für die Ordnung der Registratur ist der Vorsitzende verantwortlich.

Art. 6. Beschlußfähigkeit.

Wenn die Mitglieder des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung zu einer gehörig berufenen Sitzung nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind, so hat der Vorsitzende unter Hinweis auf die §§ 37, 38 und 46 des Gesetzes die Mitglieder nochmals zu einer zweiten Sitzung ordnungsmäßig vorzuladen. Erscheinen die Mitglieder auch dann nicht in beschlußfähiger Anzahl, so ist dies sowohl dem königlichen Regierungs-Präsidenten, als der bischöflichen Behörde durch den Vorsitzenden anzuzeigen.

Art. 7. Neuwahlen.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes ist dafür verantwortlich, daß die Wahlen rechtzeitig vorgenommen werden.

Die erste Wahlperiode ist vom 1. October 1875 ab zu berechnen, gleichviel an welchem Tage die Wahlen stattgefunden haben oder die Gemeinde-Organe in Wirksamkeit getreten sind; je nach 3 Jahren (1878, 1881, 1884, 1887 u. s. w.) sind also regelmäßige Neuwahlen vorzunehmen.

Zum Zweck der Neuwahlen ist mit Aufstellung der Wahlliste so früh zu beginnen, daß dieselbe spätestens zum 15. August des betreffenden Jahres offen gelegt wird.

Dem Protokollbuche (§§ 18 und 24 des Gesetzes) ist ein Verzeichniß der Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter beizufügen, aus welchem zugleich deren Wahlperiode ersichtlich ist. Nach jeder Neuwahl ist das Verzeichniß zu ergänzen.

Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung auf diejenigen Kirchenvorstände, welche etwa nach § 38 des Gesetzes aufgelöst werden sollten. In solchen Fällen wird vielmehr von Aussichtswegen die erforderliche Anordnung wegen der Neuwahlen erlassen werden.

Neu eintretende Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sind in der ersten Sitzung des Kirchenvorstandes, bezw. der Gemeindevertretung, an welcher sie theilnehmen, vor Eintritt in die Geschäfte durch den Vorsitzenden in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittelst Handschlags zu verpflichten (§ 31 des Gesetzes).

Die Namen ausgeschiedener und neugewählter Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter, sowie neugewählter Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender sind alsbald nach stattgehabter Wahl dem königlichen Regierungs-Präsidenten und der bischöflichen Behörde anzuzeigen.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Inventar. (Zum § 11 des Gesetzes.)

Art. 8. Inventar.

Das Inventar ist die Grundlage des Voranschlags und der gesamten Verwaltung des kirchlichen Vermögens. Auf die Aufstellung des Inventars, die Prüfung seiner Vollständigkeit und auf die regelmäßige Berichtigung desselben ist daher besondere Sorgfalt zu verwenden.

In das Inventar sind alle zum kirchlichen Vermögen gehörenden, unbeweglichen und beweglichen Vermögensstücke gemäß § 3 Nr. 1—4 des Gesetzes in der dort beobachteten Reihenfolge einzutragen. Das Inventar muß demgemäß mindestens nachstehende vier Abtheilungen umfassen, nämlich:

1. Kirchenvermögen (einschließlich der zu Cultuszwecken dienenden Bezüge),
2. Pfarrvermögen,
3. Küstereivermögen und
4. Stiftungsvermögen,

soweit Vermögensobjecte der betreffenden Abtheilung vorhanden sind. Innerhalb jeder Abtheilung können zum Zwecke der besseren Uebersicht Unterabtheilungen gebildet werden.

In dem Inventar ist demnach bei jedem Gebäude und Grundstücke die Art der Benutzung anzugeben, ob es verpachtet, ob es Dienstgrundstück ist u. s. w. In dem Inventar sind auch solche Vermögensstücke aufzuführen, welche einen Ertrag nicht geben oder deren Nutzungen nicht durch die Rechnungen laufen. Ebenso müssen alle Schulden und Lasten in dem Inventar angegeben werden, und zwar die Schulden unter Bezeichnung der Schuldsomme, des Zinsfußes, des Gläubigers und des Schulddokuments. Wo ein besonderer Kirchenbaufonds, Pfarrhausbaufonds, Küstereibaufonds oder ein der Verwaltung des Kirchenvorstandes (nicht eines besonderen Kapellenvorstandes) unterstehender Kapellenfonds vorhanden ist, muß derselbe in dem Inventar unter besonderem Titel aufgeführt und specialisirt werden.

In dem Inventar über das Stiftungsvermögen muß das Vermögen jeder einzelnen Stiftung abgesondert unter Angabe des Stifters, des Stiftungszweckes und des Datums der Stiftungsurkunde eingetragen werden.

Das Inventar ist in einem festen Umschlage aufzubewahren.

Art. 9.

Die Aufstellung des Inventars erfolgt durch den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes unter Zuziehung des Rechnungsführers (Kirchenvorstehers, bezw. Rendanten).

Nach der Fertigstellung wird dasselbe dem gesammten Kirchenvorstande vorgelegt. Ewaige Erinnerungen sind zu erledigen. Demnächst ist am Schlusse des Inventars durch den Vorsitzenden und zwei Mitglieder des Kirchenvorstandes unter Bezugnahme auf den, die Feststellung des Inventars betreffenden Beschluß des Kirchenvorstandes und unter Beidrückung des Amtssiegels zu bescheinigen,

daß das Inventar vollständig und richtig sei.

Kosten, welche durch die erste Aufstellung, bezw. Umarbeitung des Inventars entstehen, sind auf die Kirchenkasse anzuweisen.

Art. 10.

Das Inventar ist sowohl dem Königlichen Regierungs-Präsidenten, als der bischöflichen Behörde auf Verlangen jederzeit einzureichen. Die von diesen Aufsichtsbehörden in gegenseitigem Einvernehmen gegen das Inventar gezogenen Erinnerungen hat der Kirchenvorstand zu erledigen.

Art. 11.

Jede spätere, in dem Vermögensstande eintretende Veränderung muß sofort an der betreffenden Stelle in dem Inventar eingetragen werden. Jede solche Nachtragung ist nach Vorschrift des Art. 9 (Absatz 2) zu bescheinigen.

Für die richtige Fortführung des Inventars ist der Vorsitzende des Kirchenvorstandes zunächst verantwortlich.

Art. 12. Außerordentliche Revision des Inventars.

Eine außerordentliche Revision des Inventars ist von dem Kirchenvorstande vorzunehmen, wenn eine Veränderung in den Mitgliedern des Kirchenvorstandes oder in der Person des Nutznießers eines Fonds eintritt, dessen Vermögen Gegenstand des Inventars ist. Dabei ist zugleich die Sicherheit der ausgeliehenen Kapitalien, das Vorhandensein der inventarisirten Inhaberpapiere, die ordnungsmäßige Versicherung der Gebäude und alles dasjenige zu prüfen, was zur ordnungsmäßigen Sicherung und Erhaltung des von dem Kirchenvorstande verwalteten Vermögens gehört.

B. Voranschlag.

(Zu den §§ 11, 21 Nr. 12, 41, 52, 53 des Gesetzes.)

Art. 13. Rechnungsjahr.

Als Rechnungsjahr für die kirchliche Vermögensverwaltung gilt das Kalenderjahr.

Nachdem indeß durch § 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1876 (G.-S. S. 177) das Etatsjahr für den Staatshaushalt vom 1. April 1877 ab in der Art verlegt ist, daß dasselbe mit dem 1. April beginnt und mit dem 31. März jedes Jahres schließt, bleibt dem Kirchenvorstande überlassen, mit Zustimmung der Gemeindevertretung auch für den Haushalt der Kirchengemeinde das veränderte Etatsjahr durch Beschluß anzunehmen.

Art. 14. Einreichung des Voranschlags.

Bis zum 1. November jedes Jahres ist der für das nächste Rechnungsjahr bestimmte Voranschlag (Etat) durch den Kirchenvorstand aufzustellen. Der Aufstellung ist ein durch den Rechnungsführer (Kirchenvorsteher bezw. Rendanten) im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden zu fertigender Entwurf zu Grunde zu legen. Ist eine mehrjährige Voranschlagsperiode, die jedoch nicht über drei Jahre ausgedehnt werden darf, mit Zustimmung der Gemeindevertretung (§ 21 Nr. 12 des Gesetzes) beschlossen, so erfolgt die Aufstellung durch den Kirchenvorstand bis zum 1. November des letzten Jahres dieser Voranschlagsperiode.

Der von dem Kirchenvorstande aufgestellte Voranschlag ist bis zum 20. November von der Gemeindevertretung festzustellen. Nach dieser Feststellung ist der Voranschlag gemäß § 21 (Schlußsatz) auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszulegen.

Sodann ist der Voranschlag in zwei Exemplaren nebst etwaigen Kostenanschlägen für Bauten und sonstigem Zubehör bis zum 10. December der bischöflichen Behörde einzureichen, welche ihn der staatlichen Aufsichtsbehörde mittheilt.

Die vorbezeichneten Termine werden für diejenigen Kirchengemeinden, in denen das veränderte Rechnungsjahr nach Art. 13 (Absatz 2) angenommen ist, um je drei Monate hinausgeschoben. Es tritt also an die Stelle des 1. und 20. November der 1. und 20. Februar, an die Stelle des 10. December der 10. März des nächstfolgenden Kalenderjahres.

Auf Erfordern ist der Voranschlag auch im Laufe des Rechnungsjahres der staatlichen Aufsichtsbehörde jederzeit vorzulegen.

Art. 15. Einrichtung des Voranschlags.

Der Voranschlag muß die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, nach Titeln geordnet, speciell ersichtlich machen.

Werden die Einnahmen durch die Ausgaben überschritten, so muß das Fehlende — falls nicht ausnahmsweise die Aufnahme einer Anleihe beschlossen und genehmigt wird — durch Umlagen auf die Gemeindeglieder aufgebracht werden. In diesem Falle ist der Ertrag der Umlagen in die Einnahme des Voranschlags einzustellen und gleichzeitig in den Vorbemerkungen der Vertheilungsmaßstab anzugeben, nach welchem die Umlagen aufgebracht werden sollen.

Voranschläge, in denen die Aufbringung von Gemeinde-Umlagen vorgesehen ist, müssen außerdem in den Vorbemerkungen den Betrag der von den Gemeindegliedern aufzubringenden directen Staatssteuern ersichtlich machen, und falls die Umlagen nach dem Maßstabe besonderer Communalsteuern aufgebracht werden sollen, auch den Betrag dieser von den Gemeindegliedern aufzubringenden Communalsteuern.

C.assenverwaltung und Rechnungsführung.

(Zu den §§ 8–10, 11, 21 Nr. 13, 41, 54 des Gesetzes.)

Art. 16. Verantwortlichkeit der Kirchenvorsteher.

Die nach § 8 des Gesetzes dem Kirchenvorstande obliegende Vermögensverwaltung ist von den Mitgliedern desselben gemeinschaftlich

wahrzunehmen, soweit nicht die Kassenverwaltung und die Rechnungsführung nach § 10 des Gesetzes einem Kirchenvorsteher oder einem besonderen Rechnungsführer (Rendanten) übertragen ist.

Der Kirchenvorstand ist jedoch auch in diesem Falle verpflichtet, die Geschäftsführung des Rechnungsführers (Kirchenvorstehers, bezw. Rendanten) sorgfältig zu beaufsichtigen; die Beobachtung der dem Letzteren erteilten Anweisungen zu überwachen und wahrgenommene Unregelmäßigkeiten abzustellen. In soweit ist der Kirchenvorstand für die Handlungen und Unterlassungen des Rechnungsführers (Kirchenvorstehers, bezw. Rendanten) wie für seine eigenen verantwortlich.

Art. 17. Stellung des Rechnungsführers (Rendanten).

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes führt den rechnungsführenden Kirchenvorsteher in sein Amt ein, und verpflichtet den etwa angestellten besonderen Rendanten mittelst Handschlags auf die getreue und gewissenhafte Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten.

Der Name des Rechnungsführers (Kirchenvorstehers, bezw. Rendanten) ist sowohl der staatlichen, als der kirchlichen Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Bestellung des Pfarrers zum Rechnungsführer ist unzulässig. Dem Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendanten) liegt ob:

1. die Erhebung sämtlicher Einnahmen und Einkünfte der Kirche, sowie der mit ihr verbundenen geistlichen Stellen, soweit die Einkünfte der Stellen nicht dem jeweiligen Inhaber zukommen, und von diesem direct zu erheben sind, ferner die Erhebung der Einnahmen und Einkünfte aller der Verwaltung des Kirchenvorstandes unterliegenden sonstigen Anstalten, Stiftungen und Fonds;
2. die Leistung der Ausgaben dieser Institute, und zwar Beides (zu 1 und 2) nach Maßgabe des Voranschlags und der Anweisungen des Kirchenvorstandes (vergl. Art. 20);
3. die Führung der Kassenbücher (des Journals, des Verzeichnisses der Werthpapiere, des Porto- und des Collectenverzeichnisses und event. des Manuals), sowie die Beschaffung, Ordnung und Aufbewahrung der Rechnungsbeläge;
4. die Entwerfung des Inventars und des Voranschlags (Art. 9 und 14);
5. die Aufstellung der Jahresrechnung und die Erledigung der gegen dieselbe gezogenen Erinnerungen;
6. die Mitwirkung bei allen Verwaltungsgeschäften des Kirchenvorstandes, welche auf das Kassen- und Rechnungswesen Bezug haben;
7. die Kontrolle der Ausloosung von Werthpapieren, für deren sorgfältige Beachtung neben dem Rechnungsführer insbesondere auch der Vorsitzende des Kirchenvorstandes verantwortlich ist.

Art. 18. Kaution des Rechnungsführers.

Ob und welche Kaution der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendant) zu bestellen hat, hängt von dem pflichtmäßigen Ermessen des Kirchenvorstandes ab. Eine Kaution ist zu bestellen, sobald dies von dem königlichen Ober-Präsidenten oder von der bischöflichen Behörde unter gegenseitigem Einvernehmen für erforderlich erachtet wird.

Art. 19. Kassenbücher.

In jeder Gemeinde ist über die kirchliche Kassenverwaltung ein Kassenbuch (Journal) zu führen, in welches alle Einnahmen und Ausgaben sofort, nachdem sie stattgefunden haben, nach der Zeitfolge einzutragen sind.

Neben dem Journal ist bei größeren Vermögensverwaltungen ein Manual zu führen, welches die Einnahmen und Ausgaben, und zwar geordnet nach den Titeln des Voranschlags enthält, auch zugleich die einzelnen Ansätze des letzteren ersichtlich macht.

Außerdem hat der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendant) über alle geldwerthen, auf den Inhaber lautenden Papiere ein Verzeichniß aufzustellen und pünktlich fortzuführen, welches an einem von der Kasse getrennten Orte (bei dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes oder einem Mitgliede des letzteren) aufbewahrt wird.

Art. 20. Anweisungen. Etatsüberschreitungen.

Der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendant) darf ohne besondere Anweisung nur solche Einnahmen annehmen und nur solche Ausgaben leisten, deren Betrag nach dem Voranschlage feststeht (z. B. Gehälter, Zinsen, Renten, Pachtgelder etc.). Alle anderen Einnahmen und Ausgaben dagegen, deren Betrag nur überschläglich oder gar nicht in dem Voranschlage enthalten ist, dürfen nur auf Grund besonderer Anweisung des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes erhoben oder gezahlt werden.

Ergiebt die Vergleichung des Voranschlags mit dem Kassenbuche bezw. dem Manual, daß eine Position des Voranschlags durch eine bevorstehende Ausgabe überschritten werden wird, so hat der Rechnungsführer den Vorsitzenden hierauf behufs Herbeiführung der erforderlichen Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung aufmerksam zu machen.

Alle von dem Vorsitzenden ausgestellten Anweisungen werden der Jahresrechnung (zugleich mit den Quittungen) als Beläge beigelegt.

Art. 21. Kontrollverzeichniß des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes führt ein fortlaufendes Verzeichniß, in welches er alle von ihm ertheilten Einnahme-Anweisungen nach der Zeitfolge einträgt.

Art. 22. Revision der Kasse.

Mindestens einmal im Jahre hat der Vorsitzende des Kirchenvorstandes in Gemeinschaft mit einem hierfür von dem Kirchenvorstande zu erwählenden Kirchenvorsteher die Kasse unvermuthet zu revidiren. Es ist dabei insbesondere darauf zu sehen, ob der vorhandene Baarbestand mit derjenigen Summe übereinstimmt, welche sich aus dem Kassen-Journal durch Abrechnung der gesammten Ausgabe von der Einnahme als Soll-Bestand ergibt. Dabei ist die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, insbesondere der Einnahmen, unter Vergleichung der eingetragenen Posten mit den Belägen und mit dem nach Art. 21 zu führenden Kontrollverzeichnisse zu prüfen. Die Prüfung muß mindestens für die Buchungen zweier Monate Post für Post geschehen und hat sich zugleich darauf mitzuerstrecken, ob die gesammte Kassenverwaltung ordnungsmäßig geführt wird.

Ueber die Revision ist eine Verhandlung aufzunehmen, welche das Ergebniß ersichtlich macht. Die Verhandlung ist von dem Rechnungsführer (Kirchenvorsteher bezw. Rendanten) zu unterschreiben, von den beiden Revisoren zu vollziehen und sodann der bischöflichen Behörde einzureichen.

Die Revision hat sich auch auf das von dem Rechnungsführer zu führende Verzeichniß der Werthpapiere zu erstrecken, insbesondere ob die Werthpapiere richtig verzeichnet und sämmtlich vorhanden sind, ob Ausloosungen derselben stattgefunden haben, bezw. was etwa in Folge dessen wegen der Realisirung noch zu veranlassen ist. Es bleibt dem Beschlusse des Kirchenvorstandes überlassen, ob weitere, namentlich auch regelmäßig wiederkehrende Kassenrevisionen abzuhalten sind.

Art. 23. Aufbewahrung der Kasse.

1. Die Kasse ist an einem sicheren, durch Vorstandsbeschluß festzustellenden Orte aufzubewahren.
2. Der Kirchenvorstand hat für die nöthigen Behälter (Schränke, feste, mit Eisen beschlagene Kisten etc.) zu sorgen. Den Schlüssel dazu führt der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendant).
3. Geldwerthe Documente, welche auf den Inhaber lauten, sind außer Cours zu setzen und¹⁾ thunlichst in einem besonderen Behälter aufzubewahren.
4. Werden diese Behälter (zu 2 und 3), was bei größeren Kassenverwaltungen zu empfehlen, unter mehrfachem Verschlusse gehalten, so führt den einen Schlüssel der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendant). Wer die, bezw. den anderen Schlüssel führen soll, hat der Kirchenvorstand zu beschließen. Er ist jedoch dabei auf die im § 5 Nr. 2 und 3 des Gesetzes bezeichneten Kirchenvorsteher beschränkt.

Wird die Kasse unter mehrfachem Verschlusse gehalten, so ist dem Rechnungsführer zur Bestreitung der laufenden Ausgaben ein eiserner, von Zeit zu Zeit zu ergänzender Geldbestand zu belassen, dessen Höhe von dem Kirchenvorstande bestimmt wird.

5. Es ist unzulässig, daß andere, als die nach Vorstehendem hiezuhberechtigten Personen einen der Schlüssel zur Kasse oder zum Documentenbehälter führen.

Art. 24. Jahresrechnung.

Aus der Jahresrechnung müssen die Einnahmen und Ausgaben speciell, und zwar im Anschluß an die Titel des Voranschlags und in Vergleichung mit den Anätzen des letzteren, ersichtlich sein. Jede Ueberschreitung des Voranschlags ist durch Hinweisung auf die betreffenden Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung zu rechtfertigen. Der Rechnung sind die Beläge über die Einnahmen und Ausgaben, geheftet und nach Nummern geordnet, beizufügen. Bei denjenigen Einnahmen und Ausgaben, zu denen nach § 50 des Gesetzes die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, ist in den Belägen auf die betreffende Genehmigungsverfügung Bezug zu nehmen.

Dasselbe gilt in Betreff der Genehmigungs-Verfügungen der bischöflichen Behörde.

¹⁾ Jetzt B. G.-B. § 806 und E.-G. Art. 176.

Art. 25.

Die Jahresrechnung ist bis zum 1. März des auf das Rechnungsjahr folgenden Jahres von dem Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendanten) aufzustellen und dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen.

Dem Letzteren bleibt es überlassen, mit Vorprüfung der Rechnung einzelne Kirchenvorsteher zu beauftragen.

Bis spätestens zum 15. April wird die Jahresrechnung mit dem betreffenden Etat, den Belägen und mit dem Nachweise über die Erledigung der etwa von dem Kirchenvorstande gezogenen Erinnerungen, sowie unter Beifügung aller Revisionsbemerkungen des Vorjahres und deren Beantwortung von dem Kirchenvorstande an den Königlichen Regierungs-Präsidenten zur Prüfung eingereicht, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist.

Der Regierungs-Präsident wird demnächst die Rechnung mit der Bemerkung, daß er nichts dagegen zu erinnern hat, bezw. nachdem er den Kirchenvorstand zur Erledigung der gegen die Etatsmäßigkeit der Verwaltung sich ergebenden Erinnerungen veranlaßt hat, an die bischöfliche Behörde gelangen lassen.

Die vorbezeichneten Termine werden für diejenigen Kirchengemeinden, in denen das veränderte Rechnungsjahr nach Art. 13 (Absatz 2) angenommen ist, um je drei Monate hinausgeschoben. Es tritt also an die Stelle des 1. März der 1. Juni, an die Stelle des 15. April der 15. Juli.

Art. 26. Entlastung des Rechnungsführers.

Nach Erledigung der von der staatlichen und bischöflichen Behörde gegen die Rechnung gezogenen Erinnerungen hat der Kirchenvorstand die Rechnung der Gemeindevertretung vorzulegen. Nachdem diese der Abnahme und Ertheilung der Entlastung (§ 21 Nr. 13 des Gesetzes) zugestimmt hat, ist die Rechnung auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszulegen.

Nach Ablauf der vorbezeichneten Frist hat der Kirchenvorstand dem Rechnungsführer (Kirchenvorsteher, bezw. Rendanten) schriftlich die Entlastung wegen der Rechnung auszusprechen.

Die geschehene öffentliche Auslegung und die Entlastung wird auf der Rechnung durch den Vorsitzenden des Vorstandes vermerkt.

Art. 27.

Der Rechnungsführer (Kirchenvorsteher bezw. Rendant) hat

1. über die Jahresausgaben an Porto,
 2. über die Jahreseinnahmen aus Collecten und aus dem Klingelbeutel
- je ein von dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes zu beglaubigendes Verzeichniß aufzustellen und der Jahresrechnung als Beläge beizufügen.

Der Ankauf und Verkauf von Werthpapieren ist stets durch eine Kursbescheinigung zu belegen.

D. Verwaltungsgrundsätze.

Art. 28. Belegung von Geldern.

Bei der zinsbaren Belegung von kirchlichen Geldern sind die Vorschriften des § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 zur Richtschnur zu nehmen¹⁾.

¹⁾ Vgl. weiter unten Abschnitt: Belegung kirchlicher Gelder.

Art. 29. Postsendungen.

Postsendungen des Kirchenvorstandes an die Aufsichtsbehörden sind unter der Rubrik „Portopflichtige Dienstsache“ zu frankiren¹⁾.

Art. 30. Verkauf von Werthpapieren.

Auf die Inhaber lautende Werthpapiere dürfen unter dem Ankaufspreise nur mit Genehmigung der Gemeindevertretung verkauft werden.

E. Uebergangsbestimmungen.

Art. 31.

Das Inventar und der Voranschlag für 1878 sind gemäß Art. 10 und 14 der bischöflichen Behörde, soweit dies nicht bereits geschehen ist, binnen 14 Tagen nach der Ausgabe desjenigen Regierungs-Amtsblattes einzureichen, durch welches die gegenwärtige Geschäftsanweisung veröffentlicht wird.

Denjenigen Kirchenvorständen, welche von der Befugniß des Art. 13 (Abs. 2) Gebrauch machen, bleibt es überlassen, durch Beschluß unter Zustimmung der Gemeindevertretung den Voranschlag für das Jahr, in welchem der Beschluß gefaßt wird, auf das erste Vierteljahr des folgenden Kalenderjahres zu verlängern. In den Kassenbüchern und Rechnungen ist alsdann für das bezeichnete Vierteljahr der vierte Theil der Ansätze des Voranschlags des vorhergegangenen Jahres als Soll-Einnahme, bezw. Soll-Ausgabe vorzutragen. In diesem Falle kann die Rechnung für das bezeichnete Vierteljahr mit der Rechnung für das vorhergegangene Jahr verbunden und mit dieser zugleich gelegt werden.

Art. 32.

Obsolet²⁾.

Breslau, den 30. Juli 1878.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Ar. 421. Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Brandenburg.

Vom 10. Juni 1879.

(Außerordentliche Beilage zum R.-A.-Bl. Frankfurt a. O. Stüd 26 und Potsdam Stüd 27 pro 1879.)

Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 ertheile ich im Einvernehmen mit dem Königlichen Commissarius für die fürstbischöfliche Vermögensverwaltung der Diocese Breslau für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Brandenburg die nachstehende Geschäftsanweisung:

Art. 1 bis 31.

Wörtlich, wie in der Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände zc. in der Provinz Schlesien vom 30. Juli 1878.

¹⁾ Vgl. G. B. Nr. 363. VI. oben S. 19 und G. B. Nr. 364. IV. unten S. 516.

²⁾ Die der Geschäftsanweisung beigelegten, in derselben nur empfohlenen Formulare sind in der Diocese Breslau nicht in Übung.

Art. 32.

Die in den übrigen Theilen der Provinz den Regierungs-Präsidenten in Potsdam und Frankfurt a. O. mit Bezug auf die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden zustehenden Befugnisse werden in Berlin und Charlottenburg von dem Königlichen Polizeipräsidenten in Berlin ausgeübt.

In den Archipresbyteraten Berlin, Frankfurt a. O., Potsdam und Wittenberge werden die der bischöflichen Behörde gesetzlich zustehenden Aufsichtsrechte, soweit dieselben sich auf das Stats- und Rechnungswesen der Kirchengemeinde beziehen, durch den Propst zu St. Hedwig in Berlin als fürstbischöflichen Delegaten ausgeübt. Bei der Anwendung der gegenwärtigen Geschäftsanweisung auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden der vorbezeichneten Archipresbyterate ist demnach unter der bischöflichen Behörde in den Artikeln 10, 14, 18, 23, 24, 26 und 31 der fürstbischöfliche Delegat in Berlin zu verstehen.

Art. 33.

Obsolet.

Potsdam, den 10 Juni 1879.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.
In Vertretung: Freiherr von Schlotheim.

Nr. 422. Instruction für den Geschäftsgang bei der Rechnungslegung und die Revision der Rechnungen katholischer Kirchengemeinden und Institute der Provinz Schlesien.

Vom 21. October 1883.

(N.-M.-Bl. Breslau S. 333, Liegnitz S. 340 und Oppeln S. 345 pro 1883.)

Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden — G.-S. S. 241 — ertheile ich im Einvernehmen mit den bischöflichen Behörden für die Diocese Breslau, die Grafschaft Glatz und den District Ratischer nachstehende

Instruction

- A. für den Geschäftsgang bei der Rechnungslegung katholischer Kirchengemeinden der Provinz Schlesien;
- B. für die Revision der Rechnungen.

A. Rechnungslegung.

Bezüglich der Rechnungslegung resp. der Einsendung der Rechnungen katholischer Kirchengemeinden kommen die §§ 8—11 und 21 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 und die Artikel 16, 17, 24—26 der Geschäftsanweisung vom 30. Juli 1878 zur Geltung.

Danach ist der Gang folgender:

1. Der Rendant legt auf Grund seiner Kassenbücher, der Anweisungen und Beläge für sämtliche vom Kirchenvorstande verwalteten Kassen und Fonds die Original-Jahresrechnung und übergibt dieselbe mit Belägen binnen zwei Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres dem Kirchenvorstande zu Händen des Vorsitzenden.

2. Der Kirchenvorstand kann zunächst einen oder mehrere Kirchenvorsteher mit der Vorprüfung der Rechnung beauftragen. Nach gedachter

Vorprüfung prüft der gesammte Kirchenvorstand in ordentlicher Sitzung die Rechnung selbst, läßt die etwaigen Bemängelungen, soweit es möglich, sofort beheben, nimmt die Rechnung ab und vollzieht dieselbe.

3. Demnächst läßt der Kirchenvorstand:

- a. bei Kirchen landesherrlichen Patronats zwei und
 - b. bei allen übrigen Kirchen eine
- Ausfertigung der gesammten Rechnungen anfertigen.

4. Auf den Rechnungs-Ausfertigungen ist stets zu vermerken, bis zu welchem Jahre die Rechnungen

- a. vom Patronat resp. Regierungs-Präsidenten und der bischöflichen Behörde revidirt worden,
- b. der Gemeindevertretung zur Zustimmung und Entlastung vorgelegen und
- c. für die Gemeinden öffentlich ausgelegen haben.

5. Der Kirchenvorstand überreicht demnächst die sub 3 oben gedachten Rechnungs-Ausfertigungen

im Falle ad 3a oben der staatlichen Patronatsbehörde, und
im Falle ad 3b oben dem zuständigen Herrn Regierungs-Präsidenten nebst den dazu gehörigen Belägen c. zur Prüfung und zwar bis spätestens den 15. April, bezw. den 15. Juli.

6. Die staatlichen Patronatsbehörden nehmen die eine Rechnungs-Ausfertigung zu ihren Acten und übersenden das zweite Exemplar derselben unter Mittheilung der aufgestellten Notaten dem Herrn Regierungs-Präsidenten.

7. Die Herren Regierungs-Präsidenten geben demnächst nach erfolgter Einsicht und Prüfung bezüglich der etatsmäßigen Verwaltung die bei ihnen eingegangenen Rechnungs-Ausfertigungen nebst Belägen und Revisionsverhandlungen zur Schlußprüfung an die bischöfliche Behörde ab.

Bemerkungen ad 3—7 vorstehend.

- a. Bezüglich der dem Privat-Patron zustehenden Einsicht der kirchlichen Rechnungen verbleibt es bei dem bisher beobachteten Verfahren.

Dem Patronate sind nur diejenigen Rechnungen über besondere Stiftungen und Fonds nicht mit vorzulegen, bezüglich deren die patronatliche Aufsicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

- b. Hat das Patronat Erinnerungen vor der Rechnungs-Einsendung an den Regierungs-Präsidenten aufgestellt, so sind diese Erinnerungen dem Regierungs-Präsidenten mitzutheilen resp. den Belägen beizufügen.
- c. Kann über Erinnerungen des Patronats zwischen diesem und dem Kirchenvorstande eine Einigung nicht erzielt werden, so hat Letzterer die Entscheidung der geistlichen Aufsichtsbehörde einzuholen, deren Entscheidung dem Patronat und dem Königlichen Regierungs-Präsidenten mitzutheilen ist. Findet sich aber, daß Geschäfte der Vermögens-Verwaltung, welche nach den bestehenden Gesetzen der Genehmigung des Patronats bedürfen, ohne dessen Zustimmung vorgenommen sind, so ist in dieser Beziehung lediglich nach § 40 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 zu verfahren.

Weichen die Auffassungen der staatlichen und geistlichen Aufsichtsbehörde von den Erinnerungen des Patronats ab, so müssen die letzteren dagegen ebenso zurückstehen, wie die der Gemeinde.

d. Stimmen aber Regierungs-Präsident und bischöfliche Behörde in ihren Revisionsansichten nicht überein, so ist nach Absatz 3 des § 43 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 von derjenigen Aufsichtsbehörde, welche Widerspruch gefunden hat, die Entscheidung des Herrn Ober-Präsidenten oder des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten einzuholen.

8. Die revidirenden Aufsichtsbehörden theilen je selbst ihre Prüfungs-Verhandlungen dem Kirchenvorstande mit, soweit nicht die Mittheilung der bischöflichen Behörde überlassen wird.

9. Der Kirchenvorstand erledigt die gezogenen Erinnerungen resp. beantwortet dieselben in zwei Exemplaren nach folgendem Schema:

Notaten von Seiten der Aufsichts- Behörde.	Beantwortung von Seiten des Kirchen- vorstandes.	N ^o der Beläge.	Entscheidung durch die Aufsichts- Behörde.
(Vertheilt auf die zwei innern Seiten eines Bogens.)			

10. Nachdem die Schluß-Entscheidungen der Revisionsbehörden bei dem Kirchenvorstande eingegangen, übergiebt letzterer der Gemeindevertretung die zurückbehaltene Originalrechnung nebst Belägen und den bisherigen Revisionsverhandlungen und Bescheiden.

11. Die Gemeindevertretung prüft in ordentlicher Sitzung nunmehr die Rechnung ebenfalls und stimmt eventuell der Rechnungsabnahme und Entlastung zu. Im Falle die Gemeindevertretung neue Erinnerungen gegen die Rechnung aufstellt und sich eine Erledigung ohne Abänderung der Rechnungsergebnisse nicht bewirken läßt, so sind diese Erinnerungen eventuell dem königlichen Regierungs-Präsidenten resp. durch diesen auch der bischöflichen Behörde zur Kenntniß und eventuell Entscheidung mitzutheilen.

ad 11 ist zu bemerken:

Seitens der Aufsichtsbehörde ist nichts einzuwenden: wenn die vom Kirchenvorstande vollzogene Rechnung vor Einsendung an die Aufsichtsbehörden der Gemeindevertretung zugestellt wird, so daß deren Prüfungsergebnisse von vornherein den Aufsichtsbehörden mit vorgelegt werden kann.

Die Zustimmung zur Ertheilung der Entlastung kann aber seitens der Gemeindevertretung erst nach der Rechnungsprüfung durch die Aufsichtsbehörde erfolgen. Es ist also in diesem Falle die Rechnung der Gemeindevertretung zweimal zuzustellen und zwar das letzte Mal mit den Revisionsbescheiden der Aufsichtsbehörden.

12. Demnächst hat der Kirchenvorstand nach ortsüblicher Bekanntmachung die Rechnungen durch 14 Tage öffentlich auszulegen.

13. Schließlich erteilt der Kirchenvorstand dem Rechnungsführer resp. dem Rendanten schriftlich die Entlastung wegen der Rechnung. Der Vorsitzende vermerkt auf jeder die stattgehabte Auslegung und erteilte Entlastung. Die Rechnungen sind darauf vom Kirchenvorstande aufzubewahren.

B. Revision der Rechnungen.

Bei der Revision der Rechnungen von Kirchengemeinden und kirchlichen Instituten ist Folgendes zu beachten:

1. Zunächst ist festzustellen, ob bei den Aufsichtsacten die vorgeschriebenen Inventar-Verzeichnisse und Etats vorhanden resp. noch geltend sind. Eventuell sind dieselben resp. in neuer Bearbeitung zu erfordern.

2. Es ist zu prüfen, ob die unterschriebenen Rechnungsleger die legitimen Verwalter der verrechneten Fonds sind oder nicht, und ob die verrechneten Fonds unter das Gesetz vom 20. Juni 1875 oder das Gesetz vom 7. Juni 1876 fallen.

3. Ferner ist zu prüfen, ob der betreffende Rechnungsleger alle von ihm verwalteten und unter die Aufsicht der revidirenden Behörde fallenden Fonds in seiner Rechnungslegung aufgenommen hat.

4. Alsdann ist festzustellen, ob und inwiefern die Revisionsnotate zu den bereits revidirten Rechnungen beachtet und erledigt sind, resp. was in dieser Richtung noch zu veranlassen ist.

5. Demnächst ist zu beachten, ob bei der Verwaltung die Vorschriften:

- a. des Allgemeinen Landrechts Theil II Titel 11 resp.
 - b. des Reglements de gravaminibus vom 8. August 1750 und des Günthersblum'schen Edicts vom 14. Juli 1793, — soweit solche nicht durch andere Gesetze abgeändert sind,
 - c. des Gesetzes vom 20. Juni 1875 resp. vom 7. Juni 1876,
 - d. der ergangenen Geschäftsanweisungen für die Kirchenvorstände vom 30. Juli 1878 und der gegenwärtigen
- beachtet sind.

Zu b ist zu bemerken:

Die wichtigsten noch geltenden Bestimmungen des genannten Reglements resp. Edicts sind kurz¹⁾ folgende:

a. aus dem Reglement vom 8. August 1750.

Ar. 11a. Wann nöthig befunden wird, daß an der Kirche, den Pfarr- und Schulgebäuden entweder ganz neue Bauten oder doch namhafte Reparaturen geschehen müssen, so ist solches dem Patron anzuzeigen und um die deshalb nöthige Veranstaltung zu bitten.

f. Wenn der Bau oder die Reparaturen nöthig erfunden werden, und die Kirche selbst ein Peculium hat, so ist festzusetzen, wie viel zu solchem Bau oder Reparatur aus dem Kirchenvermögen, ohnbeschadet der sonstigen Verpflichtungen der Kirchkasse — zu verwenden sei. Die Entscheidung steht eventuell der Königlichen Regierung zu.

g. Damit aber diese Entscheidungen treffen können, so haben dieselben zuvörderst mit dem Bischof zu communiciren und von demselben den Zustand des Peculi ecclesiae und der jährlichen kirchlichen Ausgaben abzuverlangen, wobei sich von selbst versteht, daß, wenn das Peculium ecclesiae weder in totum noch in tantum zu den Baukosten hinreicht, der Patron und die Parochianen solchen Bau ex propriis zu bestreiten schuldig sind.

h. Es wird festgesetzt, daß die Pfarrherren an den Pfarrgebäuden alle diejenigen Reparaturen, so sie ohne baare Auslagen und durch ihre

¹⁾ auszugsweise.

eigenen Leute bestreiten können, selbst und ohne Concurrenz des Patrons und der Parochianen machen lassen müssen.

Hingegen bekommt der Pfarrer die bei Reparatur abgehenden Späne und altes Stroh von den Dächern. Insonderheit sind die Pfarrer schuldig, zur Reparatur der Dächer das nöthige Stroh insoweit solches nicht ein Schock Schoben überschreitet, herzugeben. Ein etwaiges Mehr an Schoben haben die Parochianen herzugeben.

ß. aus dem Edict vom 14. Juli 1793.

Nr. II. 5. Alle willkürlichen Dispositionen über das Vermögen der Kirchen wird den Pfarrern und Kirchenvorstehern schlechterdings verboten, und sie sollen

6. für sich nur autorisirt sein:

- a. zu den fixirten (resp. auch etatirten) und
- b. solchen Ausgaben, wo eine schleunige Verwendung nothwendig ist, und ein Verzug Schaden brächte.

7. Zu allen anderen Ausgaben ist die Einwilligung des Kirchenpatrons erforderlich, und wenn die Ausgabe mehr als 30 Thaler (= 90 Mk.) beträgt, noch überdies die Approbation des bischöflichen Amtes.

8. Die Kirchenpatrone und das bischöfliche Amt müssen keine Ausgaben bewilligen, die nicht nothwendig oder nützlich sind.

14. In der Kirchenkasse müssen in der Regel nie über 20 Thaler (= 60 Mk.) baar ungenutzt liegen bleiben, es wäre denn, daß mehrere Gelder zu nöthigen Ausgaben bestimmt wären. Die Vorsteher müssen sich vielmehr Mühe geben, solche zinsbar anzulegen.

16. Die zur Kirche, Pfarre und Schule gehörigen Fundationsbriefe und anderen wichtigen Dokumente, desgleichen die Pfandbriefe, Hypotheken zc. und baaren Gelder müssen in einem besonderen Kasten, der mit drei Schlössern versehen ist, verwahrt werden.

18. Eine gleiche Sorgfalt muß wegen der, der Kirche zugehörigen, zum Gottesdienste bestimmten Kostbarkeiten, die nur an Festtagen gebraucht zu werden pflegen, angewandt werden.

19. Wenn Inhaber-Papiere in die Kirchkasse gelegt werden sollen, müssen sie vorher außer Kurs gesetzt werden¹⁾.

III 18. Entstände über die Administration der Kirchengelder oder deren Berechnung ein Streit und es kann solcher gütlich nicht beigelegt werden, so muß das bischöfliche Amt solchen gründlich untersuchen und rechtlich entscheiden.

III 20. Uebrigens müssen bei jeder Kirchenrechnungs-Abnahme

- a. die zur Kirche und dem Gottesdienste gehörigen Kostbarkeiten und Sachen;
- b. desgleichen auch die Forsten der Kirche und Pfarre und
- c. die Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude nachgesehen, und der Befund im Rechnungs-Abnahme-Protokoll beim Schluß desselben mit vermerkt werden.

6. Speciell zu prüfen ist auch, ob

- a. die Bestimmungen sub A dieser Instruction berücksichtigt;
- b. die Stats und die urkundlichen Stiftungsbestimmungen innegehalten resp. die Abweichungen von der Gemeindevertretung resp. den betreffenden

¹⁾ Aufgehoben durch B. G.-B. § 806 und E.-G. Art. 176.

Aufsichtsbehörden genehmigt sind, oder ob und inwieweit die Abweichungen wegen Geringfügigkeit des Betrages unbeanstandet zu lassen;

- c. die im Gesetz vom 20. Juni 1875 — §§ 7, 21, 40, 47 und 50 — resp. im Gesetz vom 7. Juni 1876 — § 2 — vorgeschriebenen Genehmigungen beigebracht, resp. als beigebracht zu erachten sind.

7. Bei neuen Stiftungen und Schenkungen ist zu prüfen, ob dieselben die Bestätigung der bischöflichen Behörde und bei Stiftungen zc. über mehr als 3000 Mark¹⁾ auch die Genehmigung der Staatsbehörde erhalten haben und ob die erforderlichen Urkunden vorhanden sind.

8. Auch ist darauf zu sehen, daß das Rechnungs-Schema ein geordnetes und übersichtliches ist.

Insbefondere wird darauf zu halten sein, daß die baaren Gelder von den Activbeständen, d. i. von den zinstragenden Kapitalien resp. Werthpapieren in besonderen Colonnen getrennt gehalten sind, und zwar derart, daß im Abschluß zunächst nur der baare Kassenbestand sich ergibt, zu welchem alsdann das Activ-Vermögen hinzuzurechnen ist.

9. Im Uebrigen wird die Aufmerksamkeit des Revisors neben der Richtigkeit des Kalküls noch auf folgende Gegenstände gerichtet sein müssen:

- a. Auf dem Titelblatt der Rechnung muß vermerkt sein, ob ein besonderer Rendant angestellt ist und ob dieser Kaution geleistet hat, event. worin die Kaution besteht und wo solche verwahrt ist.
- b. Ist zu prüfen, ob die Geldbestände, Reste und Activ-Kapitalien aus der Vorrechnung richtig übertragen und nachgewiesen worden sind.
- c. Der Titel an Zinsen von Activ-Kapitalien muß nicht nur nach dem Stat, sondern auch nach der Vorrechnung geprüft werden und zwar in Betreff des Betrages der Kapitalien und der Zinsen, des Zinszahlungstermins und der richtigen Bezeichnung der Kapitalien. Ferner ist bei der Vorrechnung nachzusehen, ob im Vorjahre neue Kapitalien ausgeliehen worden, und ob diese in der neuen Rechnung aufgeführt und die Zinsen vom Tage der Ausleihung an gehörig in Einnahme gestellt worden sind.
- d. Die unbestimmten Einnahmen, als Gefälle nach der Stolatre, für Grabstellen, für Kirchensitze, aus dem Klingelbeutel, aus dem Gotteskasten, müssen mit ordnungsmäßigen und als richtig bescheinigten Registern belegt sein.
- e. Bei den der Kirche zufallenden Vermächtnissen muß darauf gesehen werden, ob jedes derselben der Kirche unbedingt vermacht oder zu einem besonderen Zwecke angesetzt worden. In ersterem Falle muß es unter den Dispositions-Kapitalien, im letzteren Falle aber unter den Foundations-Kapitalien aufgeführt werden.
- f. Wenn Activ-Kapitalien zurückgezahlt worden sind, so muß geprüft werden:
 - α. ob die Zinsen bis zum Tage der Rückzahlung resp. bis nach Ablauf der Kündigungsfrist in Einnahme gestellt worden sind, und
 - β. ob das Kapital wieder zinsbar angelegt resp. warum nicht.
- g. Jede Ausgabe muß mit Quittung des legitimirten Empfangsberechtigten belegt sein.

¹⁾ Jetzt 5000; G. B. Nr. 364. V. und VI. weiter unten S. 520 und 522.

- h. Auf den Liquidationen über Kirchenbedürfnisse zc. ist die Nothwendigkeit und Richtigkeit vom Pfarrer oder dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes zu attestiren.
 - i. Die Kosten für die Unterhaltung des Kirchhofs incl. Umzäunung können nur auf den Fall aus der eigentlichen Kirchkasse entnommen werden, wenn der Kirche die Grabstellengelder zufließen und nicht etwa nach besonderer Lokal-Observanz die Kosten demungeachtet von Dritten zu tragen sind.
 - k. Die ausgeführten Bauten müssen rücksichtlich der richtigen, guten und anschlagsmäßigen Ausführung von einem Bauverständigen bescheinigt sein. Bei baulichen Reparaturen von geringem Umfange genügt die Bescheinigung des Kirchenvorstandes.
 - l. Ist bei einem größeren Bau oder baulichen Reparatur eine besondere Baurechnung geführt, so ist dieselbe ebenfalls einzufordern und bezüglich derselben zu prüfen:
 - α. ob die Beiträge der Kirchkasse resp. der Bauverpflichteten und die etwaigen Zuwendungen von Geschenkgebern zc. richtig in Einnahme gestellt sind und
 - β. ob der übrig gebliebene Bestand der Kirchkasse zugeführt ist resp. was mit demselben geschehen ist oder geschehen soll.
 - m. Bei Ausgaben über Inventar-Gegenstände muß auf den Belägen vermerkt sein, unter welchem Titel und welcher Nummer die Gegenstände im Inventar eingetragen worden sind.
 - n. Bei neuen Ausleihungen sind die erworbenen Werthpapiere und das mit erworbene Zinsrecht genau zu bezeichnen. Bei Hypothekenbriefen ist die eingeholte Genehmigung des Patrons und der bischöflichen Behörde darzuthun. Eventuell ist die pupillarishe Sicherheit des Darlehns nachträglich festzustellen.
- Bei Erwerbung von Inhaberpapieren ist der Tageskurszettel als Belag erforderlich. Banquiernoten mit Kursangabe können den Kurszettel ersetzen.
- Demnächst ist bei neu ausgeliehenen Kapitalien zu prüfen:
- α. ob die Zinsen von dem Tage der Ausleihung schon in Einnahme gestellt worden sind, oder erst in nächster Rechnung zur Einnahme kommen werden, und
 - β. ob das Kapital bei der Kapitalien-Nachweisung richtig aufgeführt worden ist.
- Auch ist zu prüfen, ob das Kapital nicht früher hätte ausgeliehen werden können.
- o. Bei verspäteter Anlegung von Kirchengeldern ist der betreffende Verwalter für die entgangenen Zinsen event. verantwortlich zu machen.
 - p. Die Rechnungen müssen am Schluß bezüglich der Richtigkeit und Vollständigkeit der Einnahmen und bezüglich der Außerkurssetzung der Inhaberpapiere¹⁾ vom Kirchenvorstande resp. dem betreffenden Fonds-Verwalter attestirt sein.

10. Von Beibringung von Abschriften von Urkunden, Genehmigungen zc. kann abgesehen werden, wenn der Inhalt der betreffenden Schriftstücke bei den Acten der Aufsichtsbehörde bereits bekannt ist.

11. Bei der Revision durch die bischöfliche Behörde ist die Berufung auf die bisher ergangenen bischöflichen Verordnungen zulässig,

¹⁾ Siehe Anm. 1 S. 502.

sofern solche nicht durch anderweitige Bestimmungen höherer Instanzen abgeändert oder beseitigt sind, resp. sich im Einklange mit den neueren gesetzlichen Bestimmungen befinden oder diesen nicht widerstreiten.

12. Im Falle abweichender Ansichten zwischen der verwaltenden Behörde und der Aufsichtsbehörde resp. den Aufsichtsbehörden selbst in Betreff von Rechnungsnotaten, ist zunächst zwischen den betreffenden Behörden selbst ein entsprechendes Einverständniß resp. ein Ausgleich der Differenzpunkte soweit als möglich anzustreben.

Eventuell ist die abweichende Meinung im Revisionsprotokoll näher zu begründen und dem Kirchenvorstande resp. dem betreffenden Verwalter aufzugeben, die nach Bemerkungen Litt. c und d ad A 3—7 dieser Instruction gedachten höheren Entscheidungen einzuholen und vorzulegen.

Breslau, den 21. October 1883.

Instruction
ad O.-P. 7706.

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath
von Seydewitz.

Kr. 423. Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen.

Vom 7. Juni 1876. (G.-S. S. 149.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die Aufsicht des Staats über die Verwaltung

1. der für die katholischen Bischöfe, Bisthümer und Kapitel bestimmten Vermögensstücke,
 2. der zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten und unter die Verwaltung oder Aufsicht katholisch-kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Fonds, welche nicht von dem Gesetze vom 20. Juni 1875 betroffen werden,
- wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeübt.

§ 2. Die verwaltenden Organe bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in nachstehenden Fällen:

1. zu dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum;
2. zu der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben;
3. zu außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie zu der Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;
4. zu Anleihen, sofern sie nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
5. zu der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude;
6. zu der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnißplätzen;
7. zu der Einführung oder Veränderung von Gebühren taxen;
8. zu der Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Collecten u. außerhalb der Kirchengebäude;

Eine auf Anordnung der bischöflichen Behörde jährlich stattfindende Hauscollekte zum Besten bedürftiger Gemeinden der Diöcese bedarf nicht der besonderen Ermächtigung einer Staatsbehörde; die Zeit der Einsammlung muß aber dem Ober-Präsidenten vorher angezeigt werden.

9. zu der Verwendung der Einkünfte erledigter Stellen (Vacanzeinkünfte, Interkalarrüchte);
10. zu der Verwendung des Vermögens für nicht stiftungsmäßige Zwecke.

In dem Falle zu 10 gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen dreißig Tagen nach Mittheilung von der beabsichtigten Verwendung widerspricht.

Ist die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht erteilt, so sind die in den vorstehenden Fällen vorgenommenen Rechtsgeschäfte ungültig.

§ 3. Die verwaltenden Organe bedürfen zur Führung von Processen keiner Ermächtigung von Seiten der Staatsbehörde.

Atteste über die Legitimation der verwaltenden Organe zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatfachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde erteilt werden.

§ 4. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Aufstellung und Vorlegung eines Inventars zu fordern, Einsicht von den Etats zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden.

Die Etats solcher Verwaltungen, welche Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten, sind der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Diese Behörde bestimmt den Zeitpunkt der Einreichung, sie regelt die formelle Einrichtung der Etats und setzt die Fristen zur Erledigung der Erinnerungen fest.

§ 5. Weigern sich die verwaltenden Organe

1. Leistungen, welche aus dem im § 1 bezeichneten Vermögen zu bestreiten oder für dasselbe zu fordern sind, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen,
 2. Ansprüche des im § 1 bezeichneten Vermögens, insbesondere auch Entschädigungsforderungen aus der Pflichtwidrigkeit des Inhabers einer für die Vermögensangelegenheiten bestehenden Verwaltungsstelle, gerichtlich geltend zu machen,
- so ist in denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche Behörde das Recht der Aufsicht hat, sowohl diese, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitigem Einvernehmen, in allen anderen Fällen die staatliche Aufsichtsbehörde allein befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche anzuordnen, auch die hierzu nöthigen Maßregeln zu treffen.

In denjenigen Fällen, in welchen das Einvernehmen der bischöflichen Behörde und der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, muß die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreißig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend. Bei erhobenem Widerspruch entscheidet die der staatlichen Aufsichtsbehörde vorgesetzte Instanz.

§ 6. Bestreiten die verwaltenden Organe die Gesetzwidrigkeit der nach § 4 beanstandeten Posten oder das Vorhandensein der Verpflichtung zu den im § 5 sub 1 erwähnten Leistungen, so entscheidet auf die Klage der verwaltenden Organe im Verwaltungsstreitverfahren hierüber das Ober-Verwaltungsgericht.

§ 7. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Einsicht von der Jahresrechnung zu nehmen.

Die Jahresrechnung solcher Verwaltungen, deren Etats der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen, ist dieser Behörde zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist, einzureichen.

§ 8. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Vermögensverwaltung Revisionen zu unterwerfen.

§ 9. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Befolgung der in den §§ 4, 5, 7 und 8 enthaltenen Vorschriften und der zu ihrer Ausführung getroffenen Anordnungen von den verwaltenden Organen durch Geldstrafen bis zu dreitausend Mark zu erzwingen.

Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist.

Außerdem können die zu Zwecken des in § 1 bezeichneten Vermögens bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln ganz oder theilweise einbehalten oder unmittelbar an die Empfangsberechtigten verabsolgt werden.

Erweisen sich die vorstehenden Maßregeln als erfolglos oder unanwenbar, so ist die staatliche Aufsichtsbehörde berechtigt, eine commissarische Besorgung der Vermögensangelegenheiten unter sinngemäßer Anwendung der §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874¹⁾ anzuordnen.

§ 10. Welche Staatsbehörden die in den §§ 2 bis 5 und 7 bis 9 angegebenen Aufsichtsrechte auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt²⁾.

§ 11. Wegen der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870³⁾.

§ 12. In Betreff des Vermögens der Orden und ordensähnlichen Congregationen bewendet es bei den §§ 3 und 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1875.

§ 13. Die dem Staate zustehenden Eigenthums- oder Verwaltungsrechte an den im § 1 bezeichneten Vermögen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 14. Dieses Gesetz tritt am 1. October 1876 in Kraft.

§ 15. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 7. Juni 1876.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg. Leonhardt.
Fall. Achenbach. v. Kameke. Friedenthal.

¹⁾ Vgl. Anmerkung zu § 46 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.

²⁾ Siehe S. 508.

³⁾ Jetzt B. G. B. vgl. G. B. Nr. 364. V. und VI. weiter unten S. 520 ff.

Nr. 424. Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen.

Vom 30. Januar 1893. (G.-S. S. 11.)

G. B. Nr. 291. VIII. vom 15. Mai 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen in Gemäßheit des § 10 des Gesetzes über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen vom 7. Juni 1876¹⁾ auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für den Umfang der Monarchie, unter Aufhebung der Verordnung vom 29. September 1876 (G.-S. S. 401), was folgt:

Artikel 1.

Die in den §§ 2 bis 5, 7 und 8 des Gesetzes vom 7. Juni 1876 angegebenen Aufsichtsrechte des Staats werden ausgeübt:

1. von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, und zwar, soweit das Ressort des Ministers des Innern theilhaftig ist, unter Zuziehung des letzteren
bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum (§ 2 Nr. 1), wenn der Werth des zu erwerbenden oder des zu veräußernden Gegenstandes, oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von einhunderttausend Mark übersteigt,
bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben (§ 2 Nr. 2),
bei der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (§ 2 Nr. 5);
2. vom dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und dem Finanzminister
in den Fällen des § 4 Absatz 2;
3. von der Ober-Rechnungskammer
in den Fällen des § 7 Absatz 2;
4. von dem Ober-Präsidenten
in den übrigen Fällen der §§ 2, 4 und 7, sowie in den Fällen der §§ 3, 5 und 8.

In den Fällen des § 5 entscheidet bei erhobenem Widerspruch der Minister der geistlichen Angelegenheiten, und zwar, soweit das Ressort des Ministers des Innern theilhaftig ist, unter Zuziehung des letzteren.

Artikel 2.

Die im § 9 des Gesetzes vom 7. Juni 1876 angegebenen Befugnisse werden ausgeübt, und zwar:

- die im Absatz 1 und 2 angegebenen von denjenigen staatlichen Aufsichtsbehörden, welche im Artikel 1 für die Fälle der §§ 4, 5, 7 und 8 bestimmt sind,
- die im Absatz 3 und 4 angegebenen von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten,
- in den Fällen des § 4 Absatz 2 und des § 7 Absatz 2 von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und dem Finanzminister.

¹⁾ Vgl. S. 505.

Artikel 3.

Gegen die Verfügungen des Ober-Präsidenten — Artikel 1 Nr. 4 und Artikel 2 — findet die Beschwerde statt
in denjenigen Fällen, in welchen das Ressort des Ministers des Innern betheiligt ist, an diesen und den Minister der geistlichen Angelegenheiten,
in allen übrigen Fällen an den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Artikel 4.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1893 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Berlin, Schloß, den 30. Januar 1893.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf zu Eulenburg. v. Bötticher. v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch. Graf v. Caprivi. Miquel. v. Kastenborn. v. Heyden. Thielen. Bosse.

Nr. 425. Rechte und Pflichten des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes.

G. B. Nr. 240. II. vom 14. Juli 1886.

Der Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Mai d. J. über den Uebergang des Vorſitzes in den Vorständen der Pfarrkirchen auf die ordnungsmäßig bestellten Pfarrer oder Pfarrverweser und der Filialkirchen auf die für dieselben ordnungsmäßig bestellten Pfarrgeistlichen hat mehrfache Anfragen veranlaßt. Zur Erledigung derselben bemerken wir Folgendes:

Der Uebergang vollzieht sich ohne Weiteres auf Grund des Gesetzes, sodaß, wo ein Pfarrer oder Pfarrverweser, bezw. Pfarrgeistlicher ordnungsmäßig bestellt ist, die auf eine Wahl sich gründenden Rechte und Pflichten des bisherigen Vorsitzenden auch ohne Weiteres erlöschen und derselbe lediglich die Befugnisse und Obliegenheiten eines Kirchenvorstehers behält. Allerdings kann er vom Kirchenvorstande bis zum Ablauf der Wahlperiode (1. October 1887) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden, jedoch nur, nachdem der bisherige stellvertretende Vorsitzende dieses Amt niedergelegt hat. Wo ein Pfarrer oder Pfarrverweser, bezw. Pfarrgeistlicher nicht ordnungsmäßig bestellt ist, bleibt bis zu der erfolgenden Bestellung der bisherige Vorsitzende im Amt.

Der Uebergang bestimmt sich nach der Mitgliedschaft des Pfarrers oder Pfarrverwesers, bezw. Pfarrgeistlichen im Kirchenvorstande. Wir nehmen hierzu auf unsere Verordnung Nr. 231. III. Bezug¹⁾.

Im Uebrigen umfaßt der Uebergang alle nach dem Gesetze vom 20. Juni 1875, der demselben beigefügten Wahlordnung, den Geschäftsanweisungen für die Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz ^{Schlesien vom 30. Juli 1878} Brandenburg v. 10. Juni 1879, sowie der Rechnungs-Instruction vom 21. October 1883 mit dem Vorſitz verbundenen Rechte und Pflichten. Der Pfarrer oder Pfarrverweser, bezw. Pfarrgeistliche hat also als Vorsitzender des Kirchenvorstandes namentlich

¹⁾ G. B. Nr. 231. II. ist inzwischen gegenstandslos geworden.

1. den Kirchenvorstand zu den Sitzungen einzuladen, für gründliche Vorbereitung der Berathungsgegenstände zu sorgen, in den Sitzungen die Verhandlungen zu leiten, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Reihenfolge der Berathungsgegenstände und der Abstimmungen festzusetzen, bei Stimmengleichheit durch seine Stimme die Entscheidung herbeizuführen, die Protokollführung einem Kirchenvorsteher zu übertragen, die Sitzungen zu schließen, das Sitzungsprotokoll und die schriftlichen Willenserklärungen, welche die Kirchengemeinde und die von dem Kirchenvorstande vertretenen Vermögensmassen verpflichten, an erster Stelle zu vollziehen, für die Ausführung der Beschlüsse, wobei er die Mitwirkung der Kirchenvorsteher in Anspruch nehmen kann, Sorge zu tragen, sowie das Protokollbuch und das Siegel des Kirchenvorstandes zu verwahren; er darf ausnahmsweise, wenn er aus dringenden Gründen die Abhaltung einer Sitzung in dem regelmäßigen, durch Beschluß des Kirchenvorstandes gewählten Sitzungslokale für unthunlich erachtet, unter kurzer Angabe des Grundes die Sitzung in einem anderen, von ihm zu bestimmenden Lokale anberaumen, und sind die Kirchenvorsteher auch in diesem Falle verpflichtet, der Einladung Folge zu leisten;
2. die Befugniß, den Sitzungen der Gemeindevertretung, zu denen er schriftlich unter Angabe des Gegenstandes eingeladen werden muß und die stets getrennt von den Sitzungen des Kirchenvorstandes abzuhalten sind, mit beratender Stimme beizuwohnen oder zu diesem Zwecke einen Kirchenvorsteher abzuordnen;
3. für den ordnungsmäßigen Fortgang der Geschäfte des Kirchenvorstandes zu sorgen, die Geschäftsvertheilung zu bestimmen, mit dem Rechnungsführer den Voranschlag (Etat) zu entwerfen, auf den Liquidationen über Kirchenbedürfnisse u. die Nothwendigkeit und Richtigkeit zu bescheinigen, die Einnahmen und Ausgaben, deren Betrag nur überschläglich oder gar nicht in dem Voranschlage enthalten ist, zur Erhebung oder Zahlung anzuweisen, ein fortlaufendes Verzeichniß der von ihm erteilten Einnahme-Anweisungen (Kontrollverzeichniß) zu führen, mindestens einmal im Jahre in Gemeinschaft mit einem hierfür von dem Kirchenvorstande erwählten Kirchenvorsteher unvermuthet die Kassen zu revidiren und das Revisionsprotokoll uns einzureichen, die öffentliche Auslegung der Jahresrechnung und die Entlastung des Rechnungsführers auf der Rechnung zu vermerken und das von diesem über die Jahresausgaben an Porto, sowie über die Jahreseinnahmen aus Kollekten und aus dem Klingelbeutel aufzustellende Verzeichniß zu beglaubigen; er ist für die Ordnung der Registratur und vorzugsweise für die richtige Fortführung des Inventars, sowie die sorgfältige Beaufsichtigung des Rechnungsführers in der Kontrolle der Ausloosung von Werthpapieren verantwortlich¹⁾;
4. die rechtzeitige Vornahme der kirchlichen Wahlen zu veranlassen, bei den regelmäßigen Neuwahlen und, wo eine Gemeindevertretung nicht

¹⁾ Vgl. Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Schlesien vom 30. Juli 1878, Art. 17 Nr. 7, oben S. 493; auch G. B. Nr. 280. IX. weiter unten.

gebildet ist, auch bei Ersatzwahlen als Vorsitzender des Wahlvorstandes zu fungiren und die Mitglieder desselben zu berufen, die Wahlhandlung zu leiten, die Abstimmung zu schließen und die neu eintretenden Kirchenvorsteher in der ersten Sitzung des Kirchenvorstandes, an welcher sie theilnehmen, vor Eintritt in die Geschäfte in ihr Amt einzuführen, sowie auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittels Handschlags zu verpflichten; auch die Einführung und Verpflichtung des Rechnungsführers liegt ihm ob, mag derselbe dazu als Kirchenvorsteher gewählt oder als dem Kirchenvorstande nicht angehörig besonders bestellt worden sein.

Wir wünschen, daß die Kapläne und anderen Hilfsgeistlichen Gelegenheit erhalten, sich auch in der kirchlichen Vermögensverwaltung praktisch auszubilden, indem wir auf unsere Verordnungen Nr. 26. II. zu g und h, Nr. 235. VII. und Nr. 238. VI. Bezug nehmen, sowie hervorheben, daß die Hilfsgeistlichen mit ihrer Zustimmung zu den Sitzungen der Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen von denselben als Schriftführer zugezogen werden können.

Nr. 426. Ersatz-Wahlen.

G. B. Nr. 293. XI. vom 16. August 1893.

Unter Bezugnahme auf § 60 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 theilen wir den Kirchenvorständen und Gemeindevertretungen nachstehenden Ministerial-Erlaß mit:

Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.

G. II. Nr. 795.

Berlin, den 17. Mai 1893.

Mit den Ausführungen des gefälligen Berichts vom 26. April d. J. — J.-Nr. 4562 — erkläre ich mich unter entsprechender Abänderung des Erlasses meines Herrn Amtsvorgängers vom 18. September 1876 — G. II. 2853/76 — bei Wiederanschluß der Anlagen dahin einverstanden, daß bei den von der kirchlichen Gemeindevertretung nach § 34 des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 (G.-S. S. 241) vorzunehmenden Ersatzwahlen die Artikel 1 und 2 der Wahlordnung keine Anwendung finden. Obwohl die Wahlordnung grundsätzlich im Allgemeinen auch für Ersatzwahlen Geltung hat, so ergeben sich doch aus dem Umstande, daß an diesen Wahlen nicht alle wahlberechtigten Gemeindeglieder, sondern nur die Mitglieder der Gemeindevertretung Theil nehmen, naturgemäß einige Abweichungen, welche die Anwendung der Artikel 1 und 2 der Wahlordnung ausschließen. Dagegen kann ich Ev. Excellenz auch in der weiteren Annahme nur beipflichten, daß auch bei den erwähnten Ersatzwahlen gemäß Artikel 4 der Wahlordnung aus dem Vorsitzenden und aus vier Mitgliedern der Gemeindevertretung ein Wahlvorstand zu bilden ist und daß auch die Artikel 9 und 10 der Wahlordnung bei Ausführung des § 34 zu beachten sind. Auch darin stimme ich Ev. Excellenz zu, daß die Wählbarkeit von der Eintragung in die Wählerliste nicht abhängig ist. Mit dem weiteren Vorschlage, bei der Ersatzwahl von Kirchenvorstehern und Gemeindevertretern behufs Ergänzung des Wahlkörpers die Wahl der Gemeindevertreter derjenigen der Kirchenvorsteher vorhergehen zu lassen, bin ich gleichfalls unter der Voraussetzung ein-

verstanden, daß zur Vermeidung eines dem Artikel 11 der Wahlordnung widersprechenden Verfahrens die Wahl der Kirchenvorsteher nicht in demselben, sondern erst in einem späteren Wahltermin vorgenommen wird. Auch die Auffassung, daß bei der gemäß § 24 des gedachten Gesetzes vorzunehmenden schriftlichen Einladung zur Ersatzwahl die Tagesordnung nicht nur die Zahl der zu wählenden Personen, sondern auch die Namen der ausgeschiedenen Mitglieder des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung, sowie die Angabe des Ablaufs der Amtsperiode der letzteren enthalten müsse, erachte ich für zutreffend.

Ev. Excellenz gebe ich hiernach das Weitere ganz ergebenst anheim.

An den

(Unterschrift.)

Königlichen Ober-Präsidenten Herrn Rasse, Excellenz, Coblenz.

Abschrift theile ich Ev. Excellenz zur gefälligen Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung ganz ergebenst mit. (gez.) Boffe.

An den Königlichen Ober-Präsidenten, Wirklichen Geheimen Rath
Herrn Dr. von Sendewitz, Excellenz, Breslau.

Nr. 427. Neuwahlen.

G. B. Nr. 358. I. vom 15. Juli 1899.

Am 1. October d. J. läuft die achte Wahlperiode für die kirchlichen Vermögens-Verwaltungsorgane ab. Die Neuwahlen sind deshalb spätestens im Monat September vorzunehmen, während die Auslegung der Wahllisten Anfang August erfolgen muß. Die Kirchenvorstände haben das Verzeichniß ihrer Mitglieder und derjenigen der zugehörigen Gemeindevertretung auf Grund der Neuwahlen nach dem durch unsere Circular-Verfügung vom 22. Juli 1890 Nr. 8050 a vorgeschriebenen Schema dem vorgelegten Herrn Erzpriester bis zu dem von demselben zu bestimmenden Tage zu übersenden. Die Herren Erzpriester werden uns die Zusammensetzung der Vermögens-Verwaltungsorgane in dem ihnen unterstellten Archipresbyterat für die Wahlperiode vom 1. October 1899 bis dahin 1902 gemäß dem Schema, welches unserer Circular-Verfügung vom 22. Juli 1890 Nr. 8050 b beigelegt war, bis Ende October d. J. nachweisen.

Hierbei machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß auch in denjenigen Gemeinden, welche innerhalb der letzten Wahlperiode zu Pfarr- oder Kapellen-Gemeinden erhoben worden sind, ebenfalls Neuwahlen vorzunehmen sind.

Nr. 428. Wahlrecht der von Kirchenlasten befreiten Parochianen.

G. B. Nr. 349. V. vom 15. October 1898.

Der Herr Cultusminister hat in einem Specialfalle über die Auslegung des § 25, Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1875; betreffend die kirchliche Vermögensverwaltung unter dem 28. Juli d. J. (G. II. 1658) folgende Entscheidung abgegeben, die wir den Kirchenvorständen zur Kenntnißnahme und Beachtung bekannt geben.

„Auf die Beschwerde des x. wird, in Erwägung, daß der Beschwerdeführer . . . auf Grund der Thatfache, daß derselbe in dem Rechnungsjahre 1896/97 keine Beiträge zu den Kirchenlasten der katholischen Pfarrgemeinde zu . . . geleistet hat, wegen Verlustes einer zur Wählbarkeit

erforderlichen Eigenschaft aus dem Amte als Mitglied des katholischen Kirchenvorstandes auf Grund der §§ 25, Abf. 1, 27 und 37 Abf. 1 und 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 (G.-S. S. 241) entlassen worden ist, daß die angezogenen Bestimmungen die Entlassung nicht rechtfertigen, da der Beschwerdeführer im genannten Rechnungsjahre zu den Kirchenlasten überhaupt nicht herangezogen ist, für ihn nach zutreffender Auslegung der Vorschrift des § 25 Abf. 1 des citirten Gesetzes demgemäß auch eine „Verpflichtung“, zu den Kirchenlasten beizutragen, nicht bestand, daß hiernach in dem vorliegenden Falle auch von einer den Verlust der Wahlberechtigung bezw. Wählbarkeit bewirkenden Verletzung einer solchen Verpflichtung keine Rede sein kann und die Anwendung der gedachten Gesetzesstellen wegen Mangels ihrer Voraussetzungen nicht gerechtfertigt ist, zum Bescheide ertheilt, daß die Beschwerde für begründet zu erachten.“

Nr. 429. Amtseinführung der Kirchenvorstands- und Gemeindevertretungs-Mitglieder.

G. B. Nr. 244. IV. vom 7. Juli 1887.

Zur Ausführung des § 31 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 bestimmt der Artikel 7 Abf. 6 der für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen erlassenen Geschäftsanweisung, daß neu eintretende Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter in der Sitzung vor Eintritt in die Geschäfte durch den Vorsitzenden in ihr Amt einzuführen und auf die treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittelst Handschlags zu verpflichten sind. Sofern nun in Kirchengemeinden, in welchen gemäß Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 der Vorsitz im Kirchenvorstande auf den Pfarrgeistlichen übergegangen ist oder übergehen wird, der Wunsch gehegt werden sollte, daß die Einführung und Verpflichtung der Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter in der Kirche erfolge, würde, wie die Herren Ober-Präsidenten der Provinzen Schlesien, Brandenburg und Pommern im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen pp. Angelegenheiten mir mittheilen, der Ausführung eines solchen Wunsches von Seiten der staatlichen Behörden auch ohne ausdrückliche Abänderung der bezeichneten Geschäftsanweisung nicht entgegengetreten werden.

Indem ich den Hochwürdigen Diöcesan-Clerus davon in Kenntniß setze, stelle ich den Herren Pfarrern anheim, je nach den obwaltenden Verhältnissen die Einführung der neu eintretenden Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter in der Kirche oder in der Sitzung vorzunehmen.

Der Kapitulär-Vicar. J. B.: Sockel.

Nr. 430. Form der Willenserklärung der Kirchenvorstände und Nachweis ihrer Legitimation zu derartigen Erklärungen.

(Kirchenvorstände sind öffentliche Behörden im Sinne des Gesetzes vom 4. Mai 1843.)

G. B. Nr. 254. X. vom 26. März 1889.

Das Amtsgericht in G. wies den Antrag auf Löschung eines Hypothekenkapitals der katholischen Filialkirche in W., dessen Abzahlung der Kirchenvorstand in einer vom Vorsitzenden und zwei Mitgliedern unterschriebenen, sowie von einem Notar beglaubigten Quittung bekannt hatte, als unzulänglich begründet zurück, weil die im § 19 des Gesetzes vom

20. Juni 1875 geforderte Form nicht beobachtet, nämlich das Amtssiegel des Kirchenvorstandes der Quittung nicht begedrückt worden und dieser Mangel durch die erfolgte notarielle Beglaubigung der Quittung nicht gehoben werde. Das Landgericht in B. hielt die Verfügung des Amtsgerichts auf die vom Eigenthümer des Pfandgrundstücks dagegen eingelegte Beschwerde aufrecht. Das Kammergericht wies durch Beschluß vom 24. März 1880 die weitere Beschwerde zurück aus folgenden

Gründen:

Die Beschwerde sieht mit Unrecht . . . eine Verletzung des § 19 (des Gesetzes vom 20. Juni 1875). Es wird darin festgestellt, in welcher Form Beschlüsse und Erklärungen des Kirchenvorstandes mit verbindlicher Kraft für die von ihm vertretenen juristischen Personen Dritten gegenüber abgegeben werden können und müssen. Die Bestimmung bezweckt die Erleichterung und Sicherung des Abschlusses von Rechtsgeschäften, bindet die Gültigkeit der Erklärung an einfache Formlichkeiten, macht aber die Verbindlichkeit der Erklärung auch von strikter Beobachtung der vorgeschriebenen Form abhängig. Hieraus folgt, daß der Mangel der letzteren nicht durch anderweitige Beglaubigung ersetzt werden kann. Geben nach § 19 an sich legitimirte Personen des Kirchenvorstandes geschäftliche Erklärungen ab, so genügt die notarielle Beglaubigung . . . nicht . . . zu ihrer Legitimation als Mitglieder des collegialisch gebildeten Kirchenvorstandes. Diese bleibt noch immer zu führen durch eine nach § 19 auszustellende Urkunde, . . . Die Legitimation bleibt also stets von strikter Beobachtung der in § 19 geforderten Form abhängig. Da diese nach dem eigenen Vortrage der Beschwerde nicht beobachtet ist, kann dem Antrage derselben nicht stattgegeben werden.

Dieser Beschluß ist abgedruckt in Johow und Künzel, Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts Bd. I. S. 104. Die mit Kosten verbundene notarielle Beglaubigung war im vorliegenden Falle ohne jede Rechtswirkung und somit ganz entbehrlich, da die Kirchenvorstände öffentliche Behörden im Sinne des § 35 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 sind, welcher bestimmt, daß Urkunden und Anträge öffentlicher Behörden, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und unterschiegelt sind, keiner Beglaubigung bedürfen¹⁾.

Auch ein Legitimationsattest ist zu Willenserklärungen der Kirchenvorstände in Rechtsangelegenheiten meist nicht erforderlich. In Bezug darauf hat ein Gericht II. Instanz ausgeführt und entschieden:

„Aus der Eigenschaft des Kirchenvorstandes als einer öffentlichen Behörde folgt ferner, daß die Legitimation derjenigen Mitglieder, welche die Urkunde gemäß § 19 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 unterschrieben haben, nicht noch anderweitig nachgewiesen zu werden braucht. Zwar bestimmt der § 51 des allegirten Gesetzes, daß Atteste über die Legitimation des Kirchenvorstandes zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde, welche in diesem Falle gemäß § 55 des alleg. Gesetzes und Artikel I

¹⁾ Vgl. die Verordnung 244. VII. oben S. 459.

Nr. 3 der Verordnung vom 27. September 1875 durch den betreffenden Regierungs-Präsidenten repräsentirt werden würde, ertheilt werden können. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nicht auf eine Legitimation der Personen, sondern auf die Legitimation in sachlicher Beziehung d. h. eine Bescheinigung der Befugniß des Kirchenvorstandes zur Besorgung der konkreten Rechtsangelegenheit“ . . .

Ein Legitimationsattest wäre also bloß dann erforderlich, wenn es sich um eine Rechtsangelegenheit handeln würde, zu deren Besorgung der Kirchenvorstand nicht schon gesetzlich (durch die §§ 3 und 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875), sondern nur durch einen besonderen Rechtstitel, z. B. durch Statuten berufen wäre.

Daß die Kirchenvorstände als öffentliche Behörden im Sinne des § 35 der Grundbuchordnung anerkannt worden, hat der Herr Justizminister sämmtlichen Justizbehörden durch die allgemeine Verfügung vom 21. Mai 1882 (Justizministerialblatt pro 1882 S. 56) mitgetheilt.

Nr. 431. Legitimationsbescheinigung über die Zusammensetzung des Kirchenvorstandes.

G. B. Nr. 301. X. vom 15. October 1894.

Nachstehendes Rescript des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Breslau vom 15. November 1893 wird hierdurch den Kirchenvorständen zur Kenntnißnahme mitgetheilt:

Breslau, den 15. November 1893.

Auf das Gesuch vom 10. d. M. wird unter Hinweis auf die diesseitige Amtsblatt-Bekanntmachung vom 3. März 1881 (Amtsblatt für 1881, S. 62) hiermit erwidert, daß es der Ausfertigung einer Bescheinigung über die Zusammensetzung des Kirchenvorstandes nicht bedarf, nachdem die Kirchenvorstände seitens der zuständigen Herren Minister als öffentliche Behörde im Sinne des § 35 der Grundbuchordnung anerkannt worden sind.

Eine Legitimations-Bescheinigung wird vielmehr nur dann erforderlich sein, wenn die fragliche Rechtshandlung außerhalb des dem Kirchenvorstande durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 zugewiesenen Geschäftsfreies liegt, es sich also z. B. um ein Vermögensstück handelt, welches nicht zum kirchlichen Vermögen im Sinne des § 3 a. a. O. gehört, welches aber der katholische Kirchenvorstand auf Grund eines besonderen Titels z. B. Statuten zu verwalten hat.

Königlicher Regierungs-Präsident, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath

An den
katholischen Kirchenvorstand in Michelau.

(gez.) Jander.

(gez.) Schnalke.

Pr. II. IX. 2438.

Nr. 432. Zustellung von Possendungen an die katholischen Kirchenvorstände.

G. B. Nr. 298. III. vom 31. Mai 1894.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz, des Hochwürdigsten Herrn Cardinal-Fürstbischofs, theilen wir nachstehendes Ministerial-Rescript den Vorsitzenden der Kirchenvorstände zur Kenntnißnahme mit:

Ministerium der geistlichen, Unterrichts-
und Medizinal-Angelegenheiten.
G. II. Nr. 484. G. III.

Berlin, den 2. April 1894.

Auf das gefällige Gesuch vom 12. Februar d. J. — G. K. 782 — betreffend die Zustellung von Postsendungen an die katholischen Kirchenvorstände, benachrichtige ich Ew. Eminenz ganz ergebenst, daß der Herr Staatssecretair des Reichspostamts sich bereit erklärt hat, eine Aenderung in dem jetzigen Verfahren insoweit eintreten zu lassen, daß Postvollmachten, welche von dem Stellvertreter des Vorsitzenden und zwei anderen Mitgliedern des Kirchenvorstandes auf den Vorsitzenden ausgestellt sind, in Zukunft nicht beanstandet werden sollen. Die Reichspostanstalten werden mit entsprechender Anweisung versehen werden. Durch diese Anweisung dürften die practischen Unzuträglichkeiten und Weitläufigkeiten, welche mit dem bisherigen Verfahren verbunden waren, in der Hauptsache beseitigt werden.

An den Cardinal-Fürstbischof von Breslau
Herrn Dr. Kopp, Eminenz, in Breslau.

Im Auftrage:
(gez.) Bartsch.

Nr. 433. Postsendungen der Kirchenvorstände an die Staatsbehörden.

G. B. Nr. 364. IV. vom 15. Januar 1900.

Die Bekanntmachung vom 18. November 1898 über die unfrankirte Absendung der Postsendungen der Kirchenvorstände an die Staatsbehörden (Verordnungsblatt Nr. 363. VI.)¹⁾ gilt auch für Pommern gemäß der mit dortigen Herrn Ober-Präsidenten getroffenen Vereinbarung.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

Nr. 434. Abänderung der Geschäftsanweisung für die kirchlichen Körperschaften der Delegatur.

G. B. Nr. 343. VI. vom 15. April 1898.

Im Einverständniß mit Herrn Ober-Präsident der Provinz Pommern wird die Geschäfts-Anweisung der fürstbischöflichen Delegatur zu Berlin für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeinde-Vertretungen in der Provinz Pommern vom 8. September 1889 folgendermaßen abgeändert beziehungsweise ergänzt:

1 Art. 48 Abs. 2: „Bei allen Neubauten und Umbauten von Kirchen und Pfarrhäusern sind die Kostenanschläge und Zeichnungen dem fürstbischöflichen Delegaten in Berlin zur Prüfung und zur Erwirkung der erforderlichen oberhirtlichen Genehmigung des Fürstbischofs von Breslau einzusenden.“

2. Art. 60 Abs. 3 und 4: „Mit dem Eigenthümer des aus-
ersehenen Grundstücks hat der Kirchenvorstand demnächst vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde einen schriftlichen Kaufvertrag abzuschließen und denselben dem fürstbischöflichen Delegaten in Berlin zur Prüfung und Erwirkung der erforderlichen oberhirtlichen Genehmigung des Fürstbischofs von Breslau einzusenden.“

Nach erhaltener Genehmigung des Fürstbischofs ist sodann diejenige der staatlichen Aufsichtsbehörde bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Antrag zu bringen.“

¹⁾ Siehe oben S. 19.

3. Art. 63 letzter Satz: „ . . . Beide Urkunden sind demnächst dem fürstbischöflichen Delegaten in Berlin zur Einholung der Genehmigung der Abtretung seitens des Fürstbischofs von Breslau einzureichen.“

Breslau, den 9. April 1898.

Der Fürstbischof.
G. Card. Ropp.

Nr. 435. Die Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde ist stets vor derjenigen des Staates einzuholen¹⁾.

G. B. Nr. 246. IV. vom 19. December 1887.

Breslau, den 3. December 1887.

Bei Kirchhofs-Erweiterungen oder Neuanlagen und in anderen Fällen, in welchen Beschlüsse der kirchlichen Gemeinde-Organen der staatlichen Genehmigung bedürfen, ist doch der Natur der Sache nach, damit zuvor alle einschlagenden kirchlichen Rücksichten geprüft werden können, sowie zur Vereinfachung des Verfahrens, damit die staatliche Aufsichtsbehörde alsbald eine erschöpfende Vorlage erhalte und nicht zu Rückfragen und neuen Erörterungen genöthigt erscheine, und zur Ermöglichung des sich zumeist empfehlenden unmittelbaren Benehmens der bischöflichen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde — gerathen, daß die Kirchenvorstände an die kirchliche Behörde den ersten Bericht erstatten, ehe die weiteren Schritte geschehen. Bei anderem Vorgehen sind wiederholt Weiterungen entstanden, durch welche die Sache nicht gefördert wird²⁾. Mein Hochwürdiges General-Vicariat wolle hierauf in nächster Nummer der gedruckten Verordnungen die Kirchenvorstände zur Nachachtung aufmerksam machen.

An mein Hochwürdiges General-Vicariat

Der Fürstbischof.

G. R. 5232. I. C. 16.

hierselbst.

† Georg.

Siebzehnter Abschnitt. Erwerb von Kirchenvermögen³⁾ (Kauf, Schenkung, Vermächtniß).

Nr. 436. Form der Zuwendungen an den fürstbischöflichen Stuhl.

G. B. Nr. 139. III. vom 9. April 1862.

In neuerer Zeit haben zu Unserem Troste die kirchlichen Bestimmungen über die letztwilligen Verwendungen des aus kirchlichen Beneficien gewonnenen Vermögens bei Unserem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus größere Geltung erlangt und geschieht es demnach, daß geistliche Testatoren ihren Nachlaß zu frommen christlichen Zwecken verwendet wissen wollen. Um dies zu erreichen, sind Wir von mehreren Testatoren zu Universalerben eingesetzt worden. Wissen Wir nun auch, daß dieses nicht geschieht, um die mensa episcopalis zu bereichern, sondern um Diöcesan-Bedürfnisse zu befriedigen, weil Wir als Bischof das, was für die Diöcese am nothwendigsten ist, auch am besten kennen; so wissen dies jedoch die Königlichen Nachlaß-Regulirungsbehörden nicht, welche

¹⁾ Vgl. § 125 des Anhanges (zu § 197 II 11) des Allg. L.-R. und Rescript des Ministers der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten vom 15. Mai 1851 bei Vogt, Kirchenrecht I, S. 238. Siehe auch unten S. 522.

²⁾ Vgl. G. B. Nr. 364. V. unten S. 522 Note 1.

³⁾ Vgl. hierzu weiter unten Abschnitt über „Kirchhöfe“.

nur den Buchstaben des Gesetzes vor Augen haben. Um unnütze Kosten zu vermeiden, sehen Wir Uns genöthigt, darauf aufmerksam zu machen, daß diejenigen Herren Geistlichen, welche ihren Nachlaß der Kirche testamentarisch überweisen wollen, nicht sowohl Uns selbst, als vielmehr Unseren bischöflichen Stuhl mit dem Beifügen: „für kirchlich fromme Zwecke“ zum Erben einsetzen wollen. Unser Hochwürdiges General-Bicariat-Amt wolle diese Unsere Erklärung zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bringen.

Breslau, den 30. März 1862.

Der Fürstbischof.
† Heinrich.

Nr. 437. Verfahren bei Annahme von Erbschaften und Schenkungen.

G. B. Nr. 204. VI. vom 17. December 1873.

Im Anschluß an unsere Verordnung Nr. 185. II.¹⁾ wird Folgendes zur genauen Beachtung empfohlen:

1. Wenn einer Kirche, Pfarrei oder einer anderen unter unserer Oberaufsicht stehenden Anstalt eine Erbschaft zufällt, oder eine Schenkung zugewendet wird, so ist solche ohne Rücksicht auf die Höhe, so wie darauf, ob Fundations-Verpflichtungen damit verbunden oder nicht, sofort, spätestens aber nach 14 Tagen nach erlangter Kenntniß, gemäß unserer Verordnung Nr. 32. VII., durch das Kirchen-Collegium resp. den betreffenden Instituts-Vorstand bei uns anzumelden.

Die Unterlassung oder Verspätung der Anmeldung zieht nicht bloß die in gedachter Verordnung angedrohten, sondern im entsprechenden Falle²⁾ die im § 5 des Gesetzes vom 23. Februar 1870 (Verordnung 185. II.) gedachte Strafe von 300 Thlr. oder Gefängniß für den Säumnigen nach sich.

2. In der Anmeldung ist die Zuwendung dem Geldbetrage nach zu bezeichnen, möglichst genau zu berechnen und anzugeben, ob etwa die Zuwendung von einem Dritten angefochten und in Anspruch genommen wird. In letzterem Falle ist zugleich der Grund der Inanspruchnahme und das Verwandtschaftsverhältniß des Prätendenten zum Erblasser etc. anzugeben.

Die vorhandenen Urkunden über die Zuwendung sind stets beizulegen, bei Erbschaften — wenn möglich — auch das Inventar.

3. Die etwa erforderliche Einholung der Staatsgenehmigung ist lediglich uns zu überlassen.
4. Hat der Erblasser einen Testaments-Executor nicht ernannt, so hat das Kirchen-Collegium resp. der Instituts-Vorstand selbst, oder durch einen Bevollmächtigten ohne jede Zeitversäumniß
 - a) den Nachlaß an sich zu nehmen, zu verwahren und zu verwalten,
 - b) das erforderliche Inventar aufzunehmen,
 - c) den Mobilar-Nachlaß event. zu verauctioniren und
 - d) die sonstigen Testamentsbestimmungen auszuführen.

In zweifelhaften Fällen sind zur Vermeidung persönlicher Verletzungen Verhaltens-Maßregeln rechtzeitig bei uns einzuholen.

¹⁾ Jetzt G. B. Nr. 364. V. und VI. unten S. 520.

²⁾ eine Geldstrafe von 900 M. nach sich. Siehe unten S. 522.

5. Ist ein Testaments-Exekutor ernannt, so hat dieser die sub 4 gedachten Verpflichtungen zu erfüllen.

6. Bezüglich der Aufnahme des Inventariums wird bemerkt:

a) Das Verfahren und die Form ist in der Allg. Gerichts-Ordnung Th. II. Tit. 5 § 47 u. ff. beschrieben.

b) Bei Aufführung zinsbarer Kapitalien sind die ruhenden resp. laufenden und rückständigen Zinsen bis zum Todestage des Erblassers zu berechnen. Lettres au porteur sind in einer Vor-
kolonne mit dem Nominalwerthe und in der Hauptkolonne mit dem Courswerthe am Todestage auszuwerfen.

c) Die dem Erblasser aus einer amtlichen Verwaltung zustehenden Ansprüche sind im Titel II und die etwaigen amtlichen Vertretungen im Titel XXI zu specificiren.

d) Legate sind in einem besonderen Abschnitte des Titels XXI aufzuführen.

7. Das Auktionsprotokoll hat bei jedem Gegenstande dessen Nr. und Titel im Inventar, den Ersteher und den Kaufpreis anzugeben.

8. Die Erbtheilungsberechnung ist nach Realisirung der Masse aufzustellen und nebst den sämtlichen Belägen, wozu folgende Schriftstücke gehören:

a) eine beglaubigte Abschrift des Testaments,

b) das Inventar und

c) das Auktions-Protokoll

zur Revision und zwar zu den Grund-Acten an uns einzusenden.

Eine solche Berechnung ist in folgende Abschnitte einzutheilen:

I. Einleitung — enthaltend kurze Angaben

a) über den Erblasser und dessen Todestag,

β) " den Hauptinhalt des Testaments.

γ) " der Erbschaftsantritt,

δ) " die Staatsgenehmigung, ob und wann sie ertheilt worden und dergleichen.

II. Activ-Masse { a) Grundstücke,

b) Baar

c) ausstehende Forderungen und

d) Mobiliar-Nachlaß.

III. Passiv-Masse { a) bezahlte Passiva,

b) nicht bezahlte Passiva.

Die Abschnitte II. und III. haben an das Inventar und das Auktions-Protokoll sich anzuschließen und über die weitere Verwaltung und Zinsen-Einziehung, sowie über weitere Ermittlungen über den Nachlaß Auskunft zu geben.

IV. Abschluß.

V. Massen-Nachweis eingetheilt in Baar und Kapitalien, letztere systematisch nach Gattungen geordnet und unter Vermerkung des laufenden Zinsrechtes.

VI. Zutheilung der Masse an die Erben und an die noch zu befriedigenden Legatäre und Nachlaß-Gläubiger.

9. Auf Grund der diesergestalt gelegten, revidirten und dechargirten Rechnung ist das Erbe u. in die betreffenden Instituts-Jahres-Rechnungen nach Maßgabe der Zutheilung aufzunehmen.

10. Bei schwierigen Nachlaßregulirungen und Erbschafts-Berechnungen empfiehlt es sich, rechtzeitig einen geeigneten Sachverständigen zuzuziehen, oder bei uns um weitere Instruction nachzusuchen.

Nr. 438. Schenkungen und Zuwendungen von Todeswegen¹⁾.

G. B. Nr. 364. V. vom 15. Januar 1900.

Es lautet Artikel 86 des Einführungsgesetzes zu dem mit dem 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (Reichs-Gesetzblatt für 1896 S. 195 ff.):

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen, soweit diese Vorschriften Gegenstände im Werthe von mehr als fünftausend Mark betreffen. Wird die nach dem Landesgesetze zu einem Erwerbe von Todeswegen erforderliche Genehmigung erteilt, so gilt sie als vor dem Erbfall

¹⁾ Das Gesetz über Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an Anstalten und Gesellschaften vom 13. Mai 1833 ist durch das Gesetz vom 23. Februar 1870 und dieses durch das Preussische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 aufgehoben worden. Die zu diesen Gesetzen ergangenen Erlasse sind aber auch jetzt noch von Bedeutung.

a) Damit es nicht den Anschein gewinne, als ob die vorgeschriebene landesherrliche Genehmigung von bloßer Willkür abhängt, soll nach dem Allerhöchsten Erlasse vom 1. Februar 1834 in jedem Falle erörtert werden:

1. ob nicht das Vermögen des betreffenden Instituts durch die Zuwendung zum Nachtheil des öffentlichen Verkehrs im allgemeinen übermäßig vermehrt werde;
2. ob nicht die betreffende Anstalt Mittel anhäufe, welche deren durch ihre Bestimmung begrenztes Bedürfnis überschreiten;
3. ob keine gemeinschädliche Anordnung an die Zuwendung geknüpft sei;
4. ob dabei keine Verletzung einer Pflicht gegen hilfsbedürftige Angehörige, oder
5. eine Ueberredung zur Kränkung der Rechte dritter Personen stattfinde.

b) Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 10. April 1836, mitgetheilt durch das Rescript des Justizministers vom 28. Mai 1836, betreffend die landesherrliche Genehmigung der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen an Anstalten und Gesellschaften. (v. R., Jahrb. Bd. 47, S. 504.)

Nachdem von Sr. Königl. Majestät unter dem 10. April d. J. in Beziehung auf das Gesetz vom 13. Mai 1833 (G.-S. S. 49 ff.) folgende Allerhöchste Cabinets-Ordre

In Beziehung auf die Zweifel, welche gegen die im § 2 des Gesetzes vom 13. Mai 1833 über Zuwendungen an Anstalten und Gesellschaften enthaltenen Bestimmungen angeregt sind, trete ich den hierüber geäußerten Ansichten des Staatsministeriums dahin bei, daß, wenn in einer Schenkungs-Urkunde oder in letztwilligen Verordnungen Zuwendungen an verschiedene inländische Anstalten oder Corporationen gemacht werden, die unmittelbare landesherrliche Genehmigung nur in Betreff derjenigen Zuwendungen erforderlich ist, welche einzeln genommen den Betrag von 1000 Thalern übersteigen, daß ferner, wenn Jemand zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Urkunden, oder durch verschiedene Handlungen einer und derselben Anstalt oder Corporation Zuwendungen macht, der landesherrlichen Genehmigung es nur in sofern bedarf, als eine einzelne Schenkung mehr als die Summe von 1000 Thalern beträgt, wogegen, wenn in letztwilligen Verordnungen aus verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Urkunden auf den Todesfall Zuwendungen an eine und dieselbe Anstalt oder Corporation gemacht sind, diese Zuwendungen als ein Ganzes und als aus einer Urkunde hervorgegangen anzusehen sind, mithin die Summen, die einer und derselben Anstalt oder Corporation hinterlassen worden, zusammen zu rechnen sind, um hiernach zu beurtheilen, ob die landesherrliche Genehmigung hinzutreten müsse. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, wenn mehrere Personen in einer und derselben Urkunde, z. B. Mit-

ertheilt; wird sie verweigert, so gilt die juristische Person in Ansehung des Ausfalls als nicht vorhanden; die Vorschrift des § 2043 des Bürgerlichen Gesetzbuchs¹⁾ findet entsprechende Anwendung.

Mit Rücksicht hierauf bestimmt das Preussische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1889 (G.-S. für 1899 S. 177 ff.) in

Artikel 6.

§ 1. Schenkungen oder Zuwendungen von Todeswegen an juristische Personen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit ihrem vollen Betrage nach der Genehmigung des Königs oder der durch Königliche Verordnung bestimmten Behörde, wenn sie Gegenstände im Werthe von mehr als fünftausend Mark betreffen. Wiederkehrende Leistungen werden mit vier vom Hundert zu Kapital gerechnet.

§ 2. Die Genehmigung kann auf einen Theil der Schenkung oder der Zuwendung von Todeswegen beschränkt werden.

erben einer und derselben Anstalt oder Corporation etwas zuwenden, und die Zuwendungen dieser mehreren Personen 1000 Thaler übersteigen, nur der Betrag der Zuwendungen und nicht die Person entscheidet, von welcher solche herkommt. Ich überlasse den betreffenden Ministern, die Provinzialbehörden hiernach über den Sinn der Verordnung zu belehren, da es einer besonderen Declaration nicht bedarf.
Berlin, den 10. April 1836. Friedrich Wilhelm.

erlassen worden ist; so werden diese Allerhöchsten Bestimmungen sämmtlichen Gerichtsbehörden zu ihrer Belehrung hierdurch bekannt gemacht.

c) Ministerial-Erlaß vom 10. Februar 1872. Auf die Anfrage wegen der fortwährenden Anwendbarkeit der Allerhöchsten Ordre vom 1. Februar 1834 erwidern wir der zc. Folgendes:

Nach § 3 al. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 1870 (G.-S. S. 118) kann die landesherrliche Genehmigung der einer Corporation oder anderen juristischen Person gemachten Schenkung resp. letztwilligen Zuwendung auf einen Theil derselben beschränkt werden.

Durch diese Bestimmung hat, wie die gedruckten Motive des bezüglichlichen Gesetzesentwurfes Seite 7 und 9 des Näheren ergeben, der Staatsregierung die Möglichkeit gewährt werden sollen, einer übertriebenen, auf die Förderung öffentlicher Zwecke abzielenden Freigebigkeit und einer damit verbundenen Verletzung wenigstens moralischer Pflichten gegen hilfsbedürftige Angehörige, sei es auch nur unter der Voraussetzung besonderer Härte oder Unbilligkeit und ohne Rücksicht auf deren gesetzliche Pflichttheilsberechtigung, entgegenzutreten. Es hat demgemäß unzweifelhaft nicht in der Absicht gelegen, hinsichtlich der durch Circular-Rescript vom 20. Juli 1834 den königlichen Regierungen zur Nachachtung mitgetheilten Allerhöchsten Ordre vom 1. Februar ej., welche auch auf Ermittlung und nähere Feststellung von Fällen der gedachten Art gerichtet ist, irgend eine Aenderung herbeizuführen.

Die Minister

des Innern.

der geistlichen zc. Angelegenheiten.

In Vertretung: Bitter.

Im Auftrage: Keller.

Dabei ist auch stets daran festzuhalten, daß die Genehmigung nur ertheilt oder ganz oder theilweise versagt, nicht aber unter einer Bedingung ertheilt wird, welche der Absicht des Erblassers die des Staates substituirt. Ur. d. R.-G. v. 26. Febr. 1883.

¹⁾ Ihr Inhalt ist folgender: Soweit die Erbtheile wegen der zu erwartenden Geburt eines Miterben noch unbestimmt sind, ist die Auseinandersetzung bis zur Hebung der Unbestimmtheit ausgeschlossen.

Das Gleiche gilt, soweit die Erbtheile deshalb noch unbestimmt sind, weil die Entscheidung über eine Ehelichkeitserklärung, über die Bestätigung einer Annahme an Kindesstatt oder über die Genehmigung einer vom Erblasser errichteten Stiftung noch aussteht.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark wird bestraft:

1. wer für eine juristische Person, die in Preußen ihren Sitz hat, als deren Vorsteher eine Schenkung oder eine Zuwendung von Todeswegen in Empfang nimmt und nicht binnen vier Wochen die erforderliche Genehmigung nachsucht;
2. wer einer juristischen Person, die nicht in Preußen ihren Sitz hat, eine Schenkung oder Zuwendung von Todeswegen verabsolgt, bevor die erforderliche Genehmigung erteilt ist.

§ 4. Die Vorschriften der §§ 1 bis 3 gelten nicht für Familien-Stiftungen.

Artikel 89.

Die nachstehenden Vorschriften werden, soweit sie nicht schon in Folge Reichsgesetz außer Kraft treten, unbeschadet der Uebergangsvorschriften, aufgehoben.

26. Das Gesetz, betreffend die Genehmigung zu Schenkungen und leibwilligen Zuwendungen, sowie zur Uebertragung von unbeweglichen Gegenständen an Corporationen und andere juristische Personen, vom 23. Februar 1870 (G.-S. S. 118)¹⁾.

Nr. 439. Erwerb von Grundstücken durch juristische Personen

G. B. Nr. 364. VI. vom 15. Januar 1900.

Mit Rücksicht auf den vorstehend mitgetheilten Artikel 86 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmt das Preussische Ausführungsgesetz zu diesem Gesetzbuche weiter in

Artikel 7.

§ 1. Juristische Personen, die in Preußen ihren Sitz haben, bedürfen zum Erwerbe von Grundstücken im Werthe von mehr als fünftausend Mark der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Dies gilt nicht für Familienstiftungen, für juristische Personen, deren Rechtsfähigkeit auf einem neben dem Bürgerlichen Gesetzbuche bestehenden Reichsgesetze beruht, sowie für solche juristische Personen des öffentlichen Rechtes, welche nach den für sie geltenden Gesetzen ohne die im Abs. 1 bezeichnete Genehmigung Grundeigenthum erwerben können.

Spartassen, die durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt haben, können ein von ihnen beliehenes Grundstück im Zwangsversteigerungsverfahren ohne die Genehmigung erwerben.

§ 2. Juristische Personen, die in einem anderen Bundesstaat ihren Sitz haben, bedürfen zur Erwerbung von Grundstücken im Werthe von mehr als fünftausend Mark der Genehmigung des Königs oder der durch Königliche Verordnung bestimmten Behörde.

¹⁾ Vgl. Verordnung Nr. 185. II, deren Schlusssatz nach wie vor gilt und lautet: Die Anträge auf Erweiterung der staatlichen Genehmigung von Schenkungen und Grunderwerben zu Gunsten katholischer Kirchen, kirchlicher Anstalten und Stiftungen erfordern stets unsere vorher erfolgte Genehmigung der in Frage stehenden Rechtsgeschäfte. (Verf. des Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 15. Mai 1851. Ministerialblatt für innere Verwaltung S. 110 Nr. 126.) Dieselben sind daher unter gleichzeitiger Einreichung der ihnen zu Grunde liegenden Urkunden niemals unmittelbar an die betreffende Königliche Regierung, sondern immer nur an uns, mittelst motivierten Berichtes, zu richten. — (Vgl. G. B. Nr. 246. IV. oben S. 517.)

Der gleichen Genehmigung bedürfen ausländische juristische Personen zum Erwerbe von Grundstücken ohne Rücksicht auf den Werth.

§ 3. Die in den §§ 1, 2 vorgeschriebene Genehmigung ist nicht erforderlich zu einem Erwerbe, der auf Grund einer nach Maßgabe des Artikels 6¹⁾ genehmigten Schenkung oder Zuwendung von Todeswegen erfolgt.

Nr. 440. Bezeichnung der Grundstücke nach dem gesetzlich gültigen Flächenmaße.

G. B. Nr. 261 b. II. vom 26. März 1890.

Nachstehend theilen wir den Kirchenvorständen einen durch die Königliche Regierung uns übermittelten Erlaß des Ministeriums der geistlichen pp. Angelegenheiten vom 6. Januar cr. zur Kenntnißnahme und Nachachtung mit, indem wir gleichzeitig auf Nr. 246. IV. unserer Verordnungen²⁾ verweisen:

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Berlin, den 6. Januar 1890.

G. I. Nr. 3926. II. Ang. G. II.

In den hier zur Vorlage gelangten Beschlüssen der Organe von Kirchengemeinden wegen Erwerbs und Veräußerung pp. von Grundstücken sind bisher die Größen der betreffenden Grundstücke oder der Kaufpreisberechnung zu Grunde gelegten Maßeinheit noch vielfach nach den alten, nicht mehr gültigen Flächenmaßen bezeichnet worden.

Es muß Werth darauf gelegt werden, daß alle derartigen Beschlüsse auf die gesetzlich gültigen Flächenmaße (ha, a, qm) lauten und veranlasse ich die Königliche Regierung, demgemäß das Erforderliche hinsichtlich der katholischen Kirchengemeinden Ihres Verwaltungsbezirks zu verfügen.

Im Auftrage: (gez.) Barkhausen.

Nr. 441. Kirchlicher Anspruch auf Grundfuxe.

G. B. Nr. 69. VI. vom 5. Juni 1855.

Die zwei Grundfuxe des Grundherrn wurden früher namentlich in Oberhessen dem Gutsherrn zugestanden, gebühren aber nach neuerer Auslegung dem Grundeigenthümer, auf dessen Grund und Boden die Fundgrube eines Bergwerks, insbesondere der Fundespunkt, d. i. der erste Punkt, wo für die Muthung das Fossil zuerst gefunden worden, liegt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß noch jetzt mancher Gutsherr die Grundfuxe besitzt, obschon die Fundgrube ganz oder zum Theil auf kirchlichem Grunde und Boden liegt, zumal früher den Bergwerks-Einkünften geringere Aufmerksamkeit zugewendet worden ist. Indem wir die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit hierauf aufmerksam machen, veranlassen wir sie, sich genau und gewissenhaft zu erkundigen und das Ergebnis bejahenden Falles zu berichten, wie weit für kirchliche Anstalten etwa noch Grundfuxe in Anspruch zu nehmen seien. Diese Grundfuxe sind zugleich Freifuxe, haben also keine Zubeße zu entrichten.

¹⁾ Vgl. S. 521.

²⁾ Oben S. 517.

Achtzehnter Abschnitt. Zinsbare Belegung von kirchlichen Geldern.

In dieser Beziehung sind für die kirchliche Vermögensverwaltung nach Artikel 28 der Geschäftsanweisungen die Vorschriften des § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 zur Richtschnur zu nehmen. Diese Vorschriften sind aber seit 1. Januar 1900 — Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches — aufgehoben und an deren Stelle sind folgende gesetzliche Vorschriften getreten:

Nr. 442.

a. Aus dem Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896.

§ 1807. Die im § 1806 vorgeschriebene Anlegung von Mündelgeldern soll nur erfolgen:

1. in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Grundstücke besteht, oder in sicheren Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken;
2. in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat sowie in Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind;
3. in verbrieften Forderungen, deren Verzinsung von dem Reiche oder einem Bundesstaat gewährleistet ist;
4. in Werthpapieren, insbesondere Pfandbriefen, sowie in verbrieften Forderungen jeder Art gegen eine inländische communale Körperschaft oder die Creditanstalt einer solchen Körperschaft, sofern die Werthpapiere oder die Forderungen von dem Bundesrathe zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind;
5. bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist.

Die Landesgesetze können für die innerhalb ihres Geltungsbereichs belegenen Grundstücke die Grundsätze bestimmen, nach denen die Sicherheit einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld festzustellen ist.

§ 108. Kann die Anlegung den Umständen nach nicht in der im § 1807 bezeichneten Weise erfolgen, so ist das Geld bei der Reichsbank, bei einer Staatsbank oder bei einer anderen durch Landesgesetz dafür geeignet erklärten inländischen Bank oder bei einer Hinterlegungsstelle anzulegen.

b. Aus dem Preussischen Ausführungsgesetze vom 20. September 1899.

Artikel 73.

§ 1. Eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld an einem in Preußen belegenen Grundstück ist für die Anlegung von Mündelgeld als sicher anzusehen, wenn sie innerhalb des Fünfzehnfachen oder, sofern ihr kein anderes der Eintragung bedürftendes Recht im Range vorgeht oder gleichsteht, innerhalb des Zwanzigfachen des staatlich ermittelten Grundsteuer-Reinertrages oder bei einem ländlichen Grundstück innerhalb der ersten zwei Drittel, bei einem städtischen Grundstück innerhalb der ersten Hälfte des Werthes zu stehen kommt.

Der Werth ist bei ländlichen Grundstücken durch Tage einer Preussischen öffentlichen Creditanstalt, die durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet ist und durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt

hat, oder durch Taxe einer Preussischen provincial-(communal-)ständischen öffentlichen Grundcreditanstalt oder durch gerichtliche Taxe, bei städtischen Grundstücken in gleicher Weise oder durch Taxe einer öffentlichen Feuer-versicherungsanstalt festzustellen.

§ 2. Statt des Zwanzigfachen des Grundsteuer-Reinertrages ist bei Grundstücken, die von einer Creditanstalt der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Art satzungsgemäß ohne besondere Ermittlungen bis zu einem größeren Vielfachen beliehen werden können, das größere Vielfache, sofern es jedoch den dreißigfachen Betrag übersteigt, dieser Betrag maßgebend.

Für einzelne Bezirke kann durch Königliche Verordnung statt des Zwanzigfachen des Grundsteuer-Reinertrages ein das Vierzigfache nicht übersteigendes größeres Vielfaches bestimmt werden.

Artikel 74.

Zur Anlegung von Mündelgeld sind außer den im § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Forderungen und Werthpapieren geeignet:

1. die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken;
2. die Schuldverschreibungen, welche von einer deutschen communalen Körperschaft oder von der Creditanstalt einer solchen Körperschaft oder mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde von einer Kirchengemeinde oder einem kirchlichen Verband ausgestellt und entweder von Seiten der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Tilgung unterliegen;
3. die mit staatlicher Genehmigung ausgegebenen Pfandbriefe und gleichartigen Schuldverschreibungen einer Creditanstalt der im Artikel 73 § 1 Abs. 2 bezeichneten Art;
4. die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, welche von einer Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank auf Grund von Darlehen an Preussische Körperschaften des öffentlichen Rechtes, oder von Darlehen, für welche eine solche Körperschaft die Gewährleistung übernommen hat, ausgegeben sind.

Artikel 75.

§ 1. Eine in Preußen bestehende öffentliche Sparkasse kann durch den Regierungs-Präsidenten im Einvernehmen mit dem Landgerichts-Präsidenten zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt werden. Die Erklärung kann zurückgenommen werden.

Die Erklärung und die Rücknahme sind durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

§ 2. Ist vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Sparkassenbuch außer Cours gesetzt, so ist zur Erhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts erforderlich.

Artikel 76.

Im Falle des § 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die Anlegung von Mündelgeld bei der Preussischen Central-Genossenschaftskasse oder einer sonstigen Preussischen öffentlichen Bankanstalt (Landesbank, landschaftlichen, ritterschaftlichen Darlehnskasse u. s. w.) und, wenn die

von einer Preussischen Privatbank ausgestellten Werthpapiere durch den Bundesrath zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind oder eine Preussische Privatbank nach Maßgabe des Artikels 85 für die Hinterlegung von Werthpapieren als Hinterlegungsstelle bestimmt ist, bei einer solchen Privatbank erfolgen.

Die Anlegung bei den ordentlichen Hinterlegungsstellen (Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, G.-S. S. 249) findet nicht statt.

Diese Vorschriften werden künftighin zur Richtschnur zu nehmen sein.

Des Weiteren gelten hinsichts der zinsbaren Belegung von kirchlichen Geldern noch folgende Bestimmungen aus den amtlichen Verordnungen:

Nr. 443.

a. Hypothekarische Ausleihung.

G. B. Nr. 1. III. vom 20. November 1847.

Zwischen Sr. Fürstbischöflichen Gnaden, unserm Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof und dem Königlichen Hohen Ministerium schweben Verhandlungen darüber: ob bei Ausleihung von Kirchengeldern fernerhin die Bestimmung des Edicts d. d. Günthersblum, den 14. Juli 1793 No. 11, wonach dazu die Genehmigung des Patrons genügt, resp. unsere nicht erforderlich ist, oder die ältere des Edicts de gravaminibus vom 8. August 1750 sub No. 11, litt. L, wonach absque consensu episcopi et patroni kein Geld aus dem Peculio ecclesiae ausgeliehen werden darf, maßgebend sein soll. Letzteres ist wie bisher immer so auch jetzt Seitens des Ordinariates beansprucht worden, und zwar außer anderen Gründen vorzüglich aus dem: weil die bloße Genehmigung des Patrons nicht für die genügende Sicherheit der auszuleihenden Kirchengelder bürgt, vielmehr Erfahrungen vorliegen, daß theils unter Nichtbeachtung, theils unter Beachtung der Vorschrift des Edicts von 1793 sub No. 10, wonach Hypotheken durch die erste Hälfte des Kaufgeldes gedeckt sein sollen, Ausleihungen patronatlich genehmiget worden, in beiden Fällen aber für die Kirchfassen Verluste entstanden sind.

Nr. 444.

G. B. Nr. 2. VIII. vom 18. Februar 1848.

Wir haben in neuerer Zeit wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß die außer und namentlich dorigerichtlichen Taxationen oft mit wenig Sachkenntniß angefertigt und dadurch Tax-Quanta erzielt werden, die ganz illusorisch sind.

Die Folge davon ist gewesen, daß wir auf solche Taxationen basirte Gesuche um Genehmigung zur Ausleihung von Kirchen- und Fundationsgeldern zurückgewiesen und dadurch den Betreffenden wider unsere Absicht unnöthige Kosten verursacht haben. Sowohl diese als auch unnöthige Schreibereien für die Zukunft zu vermeiden, halten wir es für angemessen, uns bezüglich der bei Darlehnsgenehmigungen uns leitenden Grundsätze auszusprechen, wie folgt:

1. auf bloße Patronatsgenehmigungen hin werden von uns keine Darlehen genehmigt;
2. auf bloße Häuser, selbst wenn sie verhältnißmäßig versichert sind, werden von uns in der Regel keine Darlehen bewilligt, da es außer

bei der Landfeuer-Societät schwer ist, Garantie für die fortwährende Versicherung zu erlangen, aber auch die Versicherung vor Verlust nicht schützt, wenn der Baustand des Hauses vernachlässigt wird.

3. Endlich können wir kein Darlehen genehmigen gegen Verpfändung von Grundstücken, die mit den Darlehen erst erkaufte werden sollen und den betreffenden Darlehnsuchern noch nicht gerichtlich zugeschieden sind, weil, so lange dies nicht geschehen, den Käufern auch kein Dispositionsrecht darüber zusteht, wenigstens kein unbeschränktes, vielmehr auch nach Abschluß der gerichtlichen Käufe die Grundstücke erst nach Abwicklung der weitläufigsten Verhandlungen in den vollen Besitz der Käufer übergehen.

Wir erwarten nun, daß die Verwaltungen von Kirchen- und Fundationskassen bei Gesuchen um Darlehen selbst erst nach diesen Grundsätzen die Sicherheit prüfen und die Darlehnsucher darnach bescheiden werden, bevor sie sich wegen Genehmigung an uns wenden; bei eigener Vertretung aber es ablehnen werden, Darlehen zu realisiren, bevor sie nicht von uns genehmigt, und die den gestellten Anforderungen entsprechenden Schuld-Instrumente dafür ausgestellt und den Kassenverwaltungen ausgehändigt worden sind.

Nr. 445.

G. B. Nr. 11. VI. vom 8. November 1849.

Wir haben neuerdings erst wieder und zwar mehrfach die Erfahrung gemacht, daß den Kirchen- und Fundations-Kapitalien bei deren Eintragung in die Hypothekenbücher resp. bei Ausfertigung der Hypotheken-Instrumente nicht immer der ihnen in unseren Genehmigungen bestimmte lucus angewiesen wird, indem in den diesfälligen Hypothekenscheinen oft noch Vorschulden intabulirt erscheinen, die nach Angabe der Debitoren abgezahlt und resp. gelöscht sein sollen.

Wir machen es, dieser Erfahrung gegenüber, hiermit den kirchlichen Kassen-Verwaltungen und zwar bei eigener Vertretung aller Verluste und Nachtheile im Falle des Zuwiderhandelns strenge zur Pflicht, unter allen Umständen die verheißenen Kapitalien nicht eher zu zahlen, als bis dafür den gestellten Anforderungen durchweg entsprechende Schuld-Instrumente offerirt worden, also in dem Falle noch eingetragener Vorschulden, deren Löschung bei der Genehmigung des Darlehns vorausgesetzt worden, diese Vorschulden wirklich gelöscht und Certifikate über diese Löschung, welche dem Schuld-Instrumente beigegeschlossen werden können, beigebracht worden sind. Höchstens kann auf dergleichen Schuld-Instrumente bis auf Weiteres der Kapitalbetrag gezahlt werden, der nach Abzug der noch zu löschenden Vorschulden übrig bleibt.

Nr. 446.

G. B. Nr. 164. X. vom 1. Februar 1867.

In Folge der Ausführung des Gesetzes, betreffend die Regulirung der schlesischen Zehntverfassung vom 10. April 1865, erhalten die berechtigten Anstalten die Abfindung zumeist durch Vermittelung der Rentebanken in 4 procentigen Rentenbriefen nach deren Kennwerthe. Ueber die Verwendung derselben enthält bereits unsere Verordnung Nr. 155 I. 9 eine sehr beachtenswerthe Andeutung. Wo oder in so lange aber der

Ankauf von Grund und Boden nicht möglich oder angemessen erscheint, empfiehlt es sich, den Anstalten die Rentenbriefe zu erhalten, theils weil die Einhebung der Zinsen mit Schwierigkeiten nicht verbunden ist, theils weil die allmähliche und spätestens in 56 Jahren beendete Ausloosung und Baarzahlung der Rentenbriefe zu deren Nennwerthe die dereinstige Ausleihung des Kapitals zu höheren Zinsen als 4 pCt. ermöglichen wird.

Der Verwerthung von Rentenbriefen behufs Anlegung der dadurch gewonnenen Gelder in Hypotheken zur Erreichung höherer Zinsen läßt sich hiernach nicht wohl das Wort reden. Dieselbe wird von uns daher auch nur ausnahmsweise und nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß der zum Zinsgenusse Berechtigte mit dem Bezuge von 4 pCt. so lange sich begnügt, bis aus den Mehrzinsen die Differenzsumme zwischen dem beim Umfaze der Rentenbriefe empfangenen Geldebetrage und dem Nennwerthe derselben gewonnen und dem Kapitale zugeschlagen worden ist.

Nur auf diese Weise werden die resp. Anstalten vor ungerechtfertigten Verlusten an ihren Abfindungskapitalien geschützt werden.

Sollten Rentenbriefe inzwischen schon zum Erwerbe von Hypotheken verwandt worden sein und die erlangte Summe den Nennwerth der ersteren nicht erreicht haben, so ist der Ausgleich auf die vorangegebene Art und Weise zu bewirken, worauf bei den jährlichen Kassenvisitationen von Seiten der Herren Erzpriester und Commissarien zu achten sein wird.

Was hinsichtlich der Rentenbriefe der Dotationsklassen gilt, gilt auch hinsichtlich der Fundations-Kassen und aller übrigen Werthpapiere. Bei den einzelnen Foundationen ist an dem alten Grundsatz festzuhalten, daß das ursprünglich legitirte Kapital auch dem Nennwerthe nach erhalten bleibt.

Nr. 447.

G. B. Nr. 201. XIV. vom 12. März 1873.

Ungeachtet der mehrfachen und wiederholt durch die Verordnungen bekannt gemachten Vorschriften über die bei Einholung der amtlichen Genehmigung zur Ausleihung von Geldern aus kirchlichen Kassen, bei Quittungsleistungen über zurückgezahlte Hypotheken-Kapitalien, Pfandentlassungen u. beizubringenden Requisite sind die diesfälligen Gesuche häufig so mangelhaft und die denselben beigegebenen Beilagen so unvollständig, daß die Prüfung der Sicherheit ungemein erschwert wird, und in vielen Fällen erst nach Einforderung weiterer Documente und Schriftstücke möglich ist.

Zur Vermeidung der dadurch entstehenden Weitläufigkeiten und Zeitverluste bringen wir nachstehende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung:

I. Bei Ausleihungen.

In den diesfälligen Gesuchen um Genehmigung zur Ausleihung von Geldern aus kirchlichen Kassen muß vor Allem die Höhe des gesuchten Darlehns und des Zinsfußes unter Bezeichnung der Kasse, aus welcher die Valuta gegeben werden soll, bestimmt angegeben werden. Anträge auf eine unbestimmte Summe bis zur Höhe des zulässigen Credits können nicht berücksichtigt werden. Sodann ist die Hypotheken-Nummer des oder der mehreren zu verpfändenden Grundstücke unter genauer Bezeichnung der Stelle, an welcher resp. nach welcher Vor-

schuld das Darlehn zu stehen kommen soll, sowie die Höhe der Summe, mit welcher die zum Pfandgrundstück gehörigen Gebäulichkeiten gegen ein Brandunglück versichert sind, und die Gesellschaft, bei welcher diese Versicherung stattgefunden, anzugeben. Mit diesem Berichte haben die Herren Berichterstatter eine gutachtliche Aeußerung über die Sicherheit des gesuchten Darlehns nach Maßgabe der ortsüblichen Preise der zum Pfand angebotenen Grundstücke zu verbinden.

Zur Prüfung der Sicherheit sind den diesfälligen Berichten beizuschließen:

1. eine vom Grundbuchamte in jüngster Zeit ertheilte beglaubigte Abschrift des vollständigen Grundbuchblattes von dem oder den zur Verpfändung angebotenen Grundstücken;
2. ein Auszug aus der Grundsteuer-Mutterrolle, aus welchem der Flächeninhalt des oder der zu verpfändenden Grundstücke und der jährliche Grundsteuer-Reinertrag derselben ersichtlich ist;
3. eine Lage oder eine Abschrift derselben, welche dem ausgefertigten Hypotheken-Instrumente zum Nachweise der Sicherheit annectirt werden kann.

Sollen bereits eingetragene Forderungen durch Cession erworben werden, so treten im Allgemeinen dieselben Bestimmungen ein. Wird dabei vom Besitzer des Pfandgrundstücks behauptet, daß vorrechtlich eingetragene Posten inzwischen bezahlt und auch gelöscht worden, so muß dies durch eine Bescheinigung des Grundbuchamtes in der Art nachgewiesen werden, daß von demselben am Rande des Instrumentes die geschehene Löschung der Posten vermerkt wird.

Dabei machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß die Eintragung der Cession im Grundbuche zwar nicht unbedingt nothwendig, aus mehreren Gründen aber stets zu bewirken ist.

II. Bei Pfandentlassungen.

Sollen eine oder mehrere Parzellen von dem verpfändeten Grundstücke abgeschrieben und dieselben bezüglich des auf denselben haftenden Kapitals oder einer anderen Verbindlichkeit aus dem Schuld- und Pfandverbande entlassen werden, so kommt es zunächst nicht auf den Werth des Trenn- als vielmehr des Restgrundstücks an. Behufs Feststellung des letzteren und Prüfung der verminderten Sicherheit finden die oben unter 1. aufgestellten Vorschriften ihre volle Anwendung.

Ueber Form und Inhalt derartiger Erklärungen verbreitet sich bereits die Verordnung Nr. 25. V. insbesondere das unter Nr. 3. aufgestellte Schema.

Nach den gemachten Erfahrungen sehen wir uns zu der wiederholten Mahnung veranlaßt: bei Ausstellung und formeller Ausstattung von dergleichen Erklärungen, wozu auch Quittungen über zurückgezahlte Hypothekenskapitalien und Cessionen gehören, die größte Sorgfalt anzuwenden. Dieselben sind, da sie durch unsere Genehmigung den Charakter einer Urkunde annehmen, nicht auf einem halben, sondern einem ganzen Bogen zu fertigen, deutlich und leserlich unter Vermeidung von Korrekturen zu schreiben, und am Schlusse von den Mitgliedern des betreffenden Verwaltungskörpers eigenhändig zu unterschreiben. Bezüglich der des

Schreibens unkundigen oder der deutschen Sprache nicht mächtigen Verwaltungsmitglieder verweisen wir auf die Verordnung Nr. 170. V. Da gegen letztere insofern häufig gefehlt wird, daß über Kapitalien, welche im Hypothekenbuche für die Kirche eingetragen sind, in der That aber zum Fundationsvermögen gehören, von dem Pfarrer als dem alleinigen Verwalter des letzteren ohne Zuziehung der Kirchenvorsteher quittirt wird, so machen wir wiederholt und dringend darauf aufmerksam, daß eine solche mit dem Inhalte des Grundbuche nicht übereinstimmende Quittung beim Antrage auf Löschung der betreffenden Posten zurückgewiesen werden würde. Wir haben deshalb auch dergleichen Quittungen stets beanstandet und zur Remedur zurückgesandt, was bei Beachtung dieser Verordnung leicht zu vermeiden war. Endlich bestimmen wir, daß künftig, wie dies zeither bei Cessionen und Entpfändungs-Erklärungen schon vorgeschrieben war, alle derartige Erklärungen, also auch Quittungen über zurückgezahlte Hypotheken-Kapitalien stets auf einem besonderen Bogen ausgestellt und nicht unter das Hypotheken-Instrument gesetzt werden. § 115 Grundbuch-Ordnung vom 5. Mai 1872¹⁾. Schließlich machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß alle das Vermögen der Kirche oder deren sonstige Angelegenheiten betreffenden Berichte vom gesammten Kirchenvorstand, also auch von den Kirchenvorstehern zu unterschreiben sind. Da die Namen der letzteren häufig unleserlich sind, so machen wir den Herren Berichterstattern noch zur besonderen Pflicht, die Namen der Kirchenvorsteher in dem Begleitberichte deutlich und vollständig zu bezeichnen.

Nr. 448.

G. B. Nr. 244. V. vom 7. Juli 1887.

Nach der Verfassung der katholischen Kirche sind nicht die Kirchengemeinden, sondern die Kirchen und Pfarreien selbst als die Träger des kirchlichen Vermögens anzusehen. Sowohl vielfach in dem allgemeinen Landrechte, als in den nachher ergangenen Gesetzen bis zu neuester Zeit werden die Kirchen und Pfarreien als Rechtssubjecte anerkannt. Altem Herkommen und dem Interesse aller Betheiligten entspricht es, daß je nach dem Antrage Eintragungen auch für Kirchen und Pfarreien in dem Grundbuche geschehen; so erachtete es der Beschluß des Königl. Kammergerichtes in Berlin vom 25. September 1882 als zulässig (Johow u. Kuenzel, Jahrbuch der Kammergerichts-Entscheidungen, Band III. S. 117 Nr. 57). Auf Grund der Entscheidung Sr. Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten Dr. von Gossler vom 15. December 1886 (G. II. 4061) wurde, wie längst in einer Reihe anderer Fälle, zu dem Erwerbe von Grundstücken für die katholische St. Barbara-Pfarrkirche in Königshütte die Staatsgenehmigung ertheilt. In diesem Sinne wollen die Herren Geistlichen zur Wahrung der kirchlichen Grundätze bei Abschluß von Verträgen, Ausleihung von Kapitalien, Eintragungen in das Grundbuch u. s. w. sorgfältig darauf achten, daß nicht die Kirchengemeinden, sondern Kirchen und bezüglich Pfarreien als die Berechtigten bezeichnet werden.

¹⁾ Jetzt § 9 Grundbuchordnung vom 24. März 1897, neu publicirt N. G.-Bl. 1898 Seite 754.

Nr. 449.**b. Abtretung, Entpfändung¹⁾, Löschung von Hypotheken-Capitalien.**

G. B. Nr. 25. V. vom 20. Juni 1851.

Schemata.

1. Das aus der Schuld- und Hypothekenverschreibung des N. vom . . . ten auf dem Bauergute Nr. . . zu N. Abtheilung III. Nr. . . für das (. sche Fundations-) Aerar der katholischen Kirche zu N. eingetragene [für eingetragene und durch die Abtretung vom . . . ten auf das (. sche Fundations-) Aerar der katholischen Kirche zu N. gediehene] Kapital von . . . Mk. (in Worten) hat der jetzige Besitzer des verpfändeten Bauergutes N. N. nebst allen Zinsen und Kosten zurückgezahlt; wir quittiren Namens der gedachten Kirche (Fundation, Stiftung, Armenanstalt) darüber und willigen in die Löschung dieser Post im Grundbuche.
- den . . . ten

Der katholische Kirchen-Vorstand.

(L. S.)

N. N.

N. N. N. N.

Pfarrer u. Vorsitzender. Mitglieder.

2. Auf dem Bauergute Nr. . . . zu N. stehen Abtheilung III. Nr. . . . für das (. sche Fundations-) Aerar der katholischen Kirche zu N. aus der Schuld- und Hypothekenverschreibung vom . . . ten bzw. der Abtretungs-Urkunde vom . . . ten, Mk. (in Worten), zu . . . pro Cent verzinslich eingetragen. Diese Forderung nebst Zinsen seit treten wir Namens der gedachten Kirche (Fundation, Stiftung) dem N. N. zu N., so daß derselbe dieses Forderungsrecht von nun an als das Seinige auszuüben befugt sein soll. Die Baluta haben wir baar bezahlt erhalten.
- den . . . ten

Der katholische Kirchen-Vorstand.

(L. S.)

N. N.

N. N. N. N.

Pfarrer u. Vorsitzender. Mitglieder.

Nr. 450.

G. B. Nr. 193. VI. vom 8. September 1871.

Um unnötige Rückfragen wegen der Capitals-Veränderungen bei den Rechnungs-Revisionen zu vermeiden, finden wir uns zu der allgemeinen Anordnung veranlaßt:

Daß die Herren Rechnungsleger bei Uebersendung von Quittungen über zurückgezahlte Hypotheken-Capitalien in den Berichten anzugeben haben:

- genaue Bezeichnung des zurückgezahlten Capitals,
- Tag der Kündigung und der Kündigungsfrist,
- Tag der Zahlung, und
- welche Kassen dabei betheiligt sind.

¹⁾ Wegen der Entpfändungserklärung vergl. Nr. 451, S. 532.

Nr. 451.

G. B. Nr. 244. VI. vom 7. Juli 1887.

Das Formular für Entpfändungs-Erklärungen, Verordnungen Nr. 25. V. Nr. 3, wird den inzwischen eingetretenen mehrfachen Veränderungen gemäß folgendermaßen berichtigt:

Auf dem Grundstück (Bauergut 2c.) Grundbuch-Nr. zu Kreis stehen laut des Hypothekenbriefes vom Ziffer der dritten Abtheilung für die katholische Pfarrkirche (Pfarrei, Stiftung) Mark Darlehn (Kaufgeld nebst Zinsen) eingetragen. Wir entlassen aus der Pfandhaft für diese Forderung das abzuzweigende Trennstück Kartenblatt Nr. von Hectar Ar ☐ Meter mit Mark Pf. Reinertrag (nebst den darauf errichteten Gebäuden mit Mark Pf. Nutzungswerth) und bewilligen die pfandsfreie Abschreibung des Trennstückes von dem Grundbuchblatte des Stammgrundstückes.

. den 18

Der katholische Kirchen-Vorstand.

(Siegel.)

Pfarrer und Vorsitzender.

Kirchenvorsteher.

Nr. 452.**c. Entbehrlichkeit der Patronats-Genehmigung bei Quittungen.**

G. B. Nr. 69. V. vom 5. Juni 1855.

Nach § 19 Abschnitt II. und dem Schlußsaze des Edicts d. d. Günthersblum, den 14. Juli 1793 sollen Zahlungen von Kirchengeldern nur gegen eine von dem Pfarrer und den Kirchenvorstehern ausgestellte Quittung geschehen, und nur eine solche Quittung soll für den Zahler gültig sein und effectum liberationis haben.

Da nun aus dieser klaren Bestimmung die Nothwendigkeit eines besonderen Consenses des Kirchenpatrons zur Quittungsleistung über zurückgezahlte Kirchen-Kapitalien, so wie zur Bewilligung der Löschung derselben im Hypothekenbuche, nicht zu entnehmen ist, und das Reglement de gravaminibus vom 8. August 1750 dem Widersprechendes nicht enthält, so weisen wir die Kirchen-Collegien hiermit an, Consense bezeugter Art von den resp. Patronen wieder zu extrahiren, noch auch anzunehmen. Sollte ein Hypothekenrichter aber einen solchen Consens fordern, so wird derselbe auf die bestehenden Provinzial-Gesetze aufmerksam zu machen, und wenn dies vergeblich geschehen sein sollte, an uns, unter Einreichung der betreffenden gerichtlichen Verfügung, zu berichten sein.

Unser Consens ist und bleibt stets unerläßlich nothendig, wie schon aus unserer Verordnung Nr. 25. V. zu erkennen ist, weil die Kirchen-Collegien das Kirchenvermögen nach den Grundsätzen des kanonischen Rechtes nur Namens und im Auftrage resp. unter Aufsicht des Diöcesan-Bischofs und seiner Behörden verwalten.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß die Verordnung Nr. 25. V. allgemein zur Anwendung gebracht und genauer, als leider so häufig geschieht, beachtet werden möchte.

Nr. 453.

G. B. Nr. 95. III. vom 30. October 1857.

Auf Grund der in Schlesien geltenden Provinzialrechte hatten wir in Nr. 69. V. dieser Verordnung die Ehrwürdige Pfarrgeistlichkeit resp. Kirchencollegien angewiesen, Patronats=Consense zur Quittungsleistung über zurückgezahlte Kirchenkapitalien, sowie zur Bewilligung der Löschung derselben im Hypothekenbuche weder zu extrahiren, noch anzunehmen. Da in jüngster Zeit mehrere Hypothekenbehörden die beantragte Löschung wegen mangelnden Patronats=Consenses verweigerten: so sahen sich Schuldner genöthigt, gegen Kirchencollegien klagbar zu werden und zu beantragen, dieselben zu verurtheilen, den Patronats=Consens zu beschaffen. Der eine dieser Proceßes ist durch alle Instanzen geführt worden, aber auch unsere Rechtsanschauung durch alle Gerichtshöfe als begründet erachtet worden. Indem wir auf Grund dieser Entscheidung hoffen, daß kein Hypothekenrichter einen Schuldner mehr zum Proceßes wider ein Kirchencollegium verweisen werde, theilen wir nachstehend den betreffenden Rechtsfall nebst den Gründen des Königlichen Ober=Tribunals zu Berlin zur Kenntniß mit:

Auf der Freigärtnerstelle Nr. 28 zu Eichau haftete für das Aerar der katholischen Pfarrkirche zu Weigelsdorf ein Kapital von 115 Thlr., das von den Reichelt'schen Erben als Besitzern der Stelle an das Kirchencollegium genannter Kirche zurückgezahlt und worüber von diesem am 1. December 1855 mit unserer Genehmigung Quittung und Löschungs=bewilligung ertheilt worden ist.

Die Hypothekenabtheilung des Königlichen Kreis=Gerichtes zu Münsterberg hat die Löschung dieses Kapitals wegen mangelnden Patronats=Consenses verweigert. Die Reichelt'schen Erben haben deshalb gegen das Kirchencollegium mit dem Antrage geklagt, dasselbe zur Beschaffung des Patronats=Consenses, eventuell zur Rückzahlung der empfangenen 115 Thlr. zu verurtheilen, und zum Beweise darüber, daß der Königliche Fiskus Patron der Kirche sei, auf Notorietät sich berufen.

Das verklagte Kirchencollegium hat diesen Antrag mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Provinzialrechtes (sfr. Verordnung Nr. 69. V.), wie des Allg. Landrechtes (Th. II. Tit. 11 §§ 632 und 633) als unbegründet angefochten, auch zugleich bestritten, daß dem Königlichen Fiskus das qu. Patronat zustehe. Die erste Abtheilung des schon gedachten Kreisgerichtes hat hierauf die Kläger mit ihrer Klage laut Erkenntnisses vom 4. Juli 1856 gänzlich abgewiesen.

Diese Entscheidung ist von dem Königlichen Appellationsgerichte zu Breslau am 8. Januar d. J. bestätigt und die von den Klägern dagegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde von dem Königlichen Ober=Tribunale zu Berlin am 14. September d. J. verworfen worden.

Die Gründe der Verwerfung lauten:

„Die hier erhobenen Angriffe sind unbegründet. Es liegt im Allgemeinen nicht in der Stellung des Patrons, daß er bei gewöhnlichen Akten der Verwaltung, wie bei Ausstellung von Quittungen über Zahlungen, die an das Kirchen-Merar geleistet werden, mitwirke.

Die Verwaltung des Kirchenvermögens steht sowohl nach dem Allg. Landrechte Th. II. Tit. 11 §§ 156 und 157, als auch nach dem für Schlesien erlassenen Edicte dd. Günthersblum den 14. Juli 1793 II. 1. (Korn's neue Edicten-Sammlung Bd. 4, S. 418 und folg.) dem Kirchen-collegium, d. h. dem Pfarrer und den Kirchenvorstehern zu. Das Kanonische Recht legt dem Patrone die *advocatio seu protectio ecclesiae* bei (cfr. Böhmer's *principia juris Canonici* § 535), worin eine gewisse Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens, die Sorge für die fundationsmäßige Verwendung desselben, nicht aber die Theilnahme an gewöhnlichen Akten der Verwaltung enthalten ist. (cfr. Eichhorn's Grundsätze des Kirchenrechts II. S. 711 und Walter's Lehrbuch des Kirchenrechts S. 358).

Diesem Grundsatz ist auch das schon gedachte Edict vom 14. Juli 1793 gefolgt. Die Wahl der Kirchenvorsteher steht dem Patron zu (I. 1). Derselbe hat die Kirchenvorsteher anzuhalten, daß sie das vorgeschriebene Verzeichniß des Kirchenvermögens anfertigen und ihm vorlegen (II. 3), das Kirchencollegium ist nur befugt, fixirte und solche Ausgaben zu machen, wo eine schleunige Verwendung nothwendig ist; zu allen anderen Ausgaben ist die Einwilligung des Patrons erforderlich (II. 6 und 7). Darlehne aus dem Kirchenvermögen können nur mit Genehmigung des Patrons gegeben werden (II. 11); im Allgemeinen steht dagegen die Verwaltung des Kirchenvermögens, wie schon oben erwähnt worden, dem Kirchencollegium zu (II. 1). In demselben Abschnitt II. des Edicts ist sub 19 hinsichtlich der Quittungen noch besonders vorgeschrieben:

Um allen Unterschleifen mit den Kirchengeldern vorzubeugen, sollen alle Zahlungen nur gegen eine von dem Pfarrer und den Kirchenvorstehern ausgestellte Quittung geschehen und nur eine solche Quittung soll für den Zahlenden gültig sein und effectum liberationis haben, und am Schlusse des Edicts wird noch verordnet:

Uebrigens soll dieses Edict, damit sich Niemand mit der Unwissenheit entschuldige, nicht nur gewöhnlicher Maßen publicirt, sondern auch jedem geistlichen Commissario und Erzpriester, jedem Parocho zu den Kirchen-Akten, jedem Patrone, denen Kirchenvorstehern jeder Parochie und jeder Gemeinde, wo eine Parochie ist, durch den Landrath des Kreises zugefertigt und der Inhalt des § 19 des II. Abschnitts durch ein besonderes Publicandum in den Zeitungen dahin bekannt gemacht werden, daß bei Zahlungen an Kirchen nur die vom Parocho und denen Kirchenvorstehern gemeinschaftlich ausgestellten Quittungen gelten und Effectum liberationis für den Debiten haben sollen.

Hier ist die sub 19 des zweiten Abschnitts enthaltene Bestimmung in einer Weise wiederholt, daß nicht daran gezweifelt werden kann, es solle die vom Pfarrer und den Kirchenvorstehern ausgestellte Quittung auch in dem Falle genügen und effectum liberationis haben, wenn ein Kirchenpatron vorhanden ist, welcher Fall überhaupt in dem Edicte als

Regel vorausgesetzt wird, indem darin verschiedentlich die Verpflichtungen des Patrons erwähnt worden, bei den vorstehenden Bestimmungen über die Ausstellung von Quittungen aber der Mitwirkung des Patrons nicht gedacht wird. Das Publikum, welches durch die Zeitungen über das, was bei Ausstellung von Quittungen über Zahlungen an Kirchen erforderlich sei, noch besonders belehrt werden sollte, würde auf eine unglaubliche Weise in Irrthum versetzt werden, wenn dabei die Mitwirkung des Patrons nothwendig sein sollte, die doch in dem Publicando ganz unerwähnt geblieben ist. Ein solches Verfahren läßt sich nicht denken und deswegen muß unbedingt angenommen werden, daß dasjenige, was das Gesetz als Gegenstand des Publikandums vorschreibt, auch ausreichend sei, um den effectum liberationis hervorzubringen.

Dem entsprechend hat auch Wenzel in dem § 68 seines Entwurfs des schlesischen Provinzialrechts die Bestimmung aufgenommen:

Nur gegen Quittungen, die vom Pfarrer und den Kirchenvorstehern ausgestellt sind, kann an die Kirchentasse gültig gezahlt werden.

Die gerügte Verletzung des Edicts vom 14. Juli 1793 ist hiernach nicht vorhanden.

Die vorstehend entwickelten Grundsätze des für Schlesien gegebenen Edicts genügen aber vollkommen, die Entscheidung des Appellationsrichters zu rechtfertigen, ohne daß es auf dessen aus den landrechtlichen Bestimmungen entnommene Ausführung und die dagegen gerichteten Angriffe ankommt.

Uebrigens sind auch diese Angriffe verfehlt und man muß der Ausführung des Appellationsrichters darin beipflichten, daß auch das Allg. Landrecht bei Ausstellung von Quittungen über eine an Kirchen geleistete Zahlung die Mitwirkung des Patrons nicht erfordert.

Hiernach mußte die Richtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen werden.“

Es kann hiernach keinem Bedenken unterliegen, daß die Quittungen der Kirchencollegien über an dieselben zurückgezahlte Kirchenkapitalien weder in Schlesien, in welchem das Edict von Günthersblum gilt, noch auch in denjenigen Theilen unseres Bisthums, in denen nur das Allg. Landrecht Geltung hat, der patronatischen Genehmigung zu ihrer Löschungsfähigkeit bedürfen und demgemäß kein Hypothekenrichter zur Löschung eines solchen Kapitals den Patronats-Consens rechtlich fordern darf.

Was in dieser Beziehung von Kirchenkapitalien gilt, gilt selbstverständlich auch von zurückgezahlten Fundationskapitalien.

Nr. 454.

d. Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung (Subhastation).

Die Zwangsvollstreckung und Zwangsverwaltung in das unbewegliche Vermögen ist geregelt durch Reichsgesetz vom 24. März 1897, neu publizirt im R. G. Bl. 1898 Seite 713 und das Preuß. Ausführungsgesetz über die Zwangsvollstreckung und Zwangsverwaltung vom 23. September 1899 G. S. S. 291.

Es erfolgt die Zwangsvollstreckung unter Leitung des Amtsgerichts entweder durch öffentliche Zwangsversteigerung des Grundstücks oder

durch Zwangsverwaltung unter Verwendung der Einnahmen aus der Verwaltung zur Befriedigung der Gläubiger.

Nach § 10 des Reichsgesetzes gewähren ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke nach folgender Rangordnung, bei gleichem Range nach dem Verhältniß ihrer Beträge:

1. der Anspruch eines die Zwangsverwaltung betreibenden Gläubigers auf Ersatz seiner Ausgaben zur Erhaltung oder nöthigen Verbesserung des Grundstücks, im Falle der Zwangsversteigerung jedoch nur, wenn die Verwaltung bis zum Zuschlage fort dauert und die Ausgaben nicht aus den Nutzungen des Grundstücks erstattet werden können;
2. bei einem land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke die Ansprüche der zur Bewirthschaftung des Grundstücks oder zum Betrieb eines mit dem Grundstücke verbundenen land- oder forstwirtschaftlichen Nebengewerbes angenommenen, in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehenden Personen, insbesondere des Gesindes, der Wirthschafts- und Forstbeamten, auf Lohn, Kostgeld und andere Bezüge wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahre rückständigen Beträge;
3. die Ansprüche auf Entrichtung der öffentlichen Lasten des Grundstücks wegen der laufenden und der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Beträge;
4. die Ansprüche aus Rechten an dem Grundstücke, soweit sie nicht in Folge der Beschlagnahme dem Gläubiger gegenüber unwirksam sind, die Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen jedoch, mit Einschluß derjenigen, welche als Zuschlag zu den Zinsen behufs allmählicher Kapitalstilgung zu entrichten sind, nur wegen der laufenden und der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Beträge;
5. der Anspruch des Gläubigers, soweit er nicht in einer der vorhergehenden Klassen zu befriedigen ist;
6. die Ansprüche der vierten Klasse, soweit sie in Folge der Beschlagnahme dem Gläubiger gegenüber unwirksam sind;
7. die Ansprüche der dritten Klasse wegen der älteren Rückstände.
8. die Ansprüche der vierten Klasse wegen der älteren Rückstände;

Das Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke besteht auch für die Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstücke bezweckenden Rechtsverfolgung.

Die Ansprüche aus einem und demselben Rechte haben nach § 12 a. a. O. unter einander folgende Rangordnung:

1. die Ansprüche auf Ersatz der im § 10 Abs. 2 bezeichneten Kosten;
2. die Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen und andere Nebenleistungen;
3. der Hauptanspruch.

Da es in der Natur der Sache liegt, daß das zu beobachtende Verfahren für jeden einzelnen Fall nicht vorgeschrieben werden kann, so ist es für die Theiligten von der höchsten Wichtigkeit, sich mit den Bestimmungen dieser neuen Gesetze vertraut zu machen. Die Reichsgesetz-Blätter und Landesgesetz-Sammlungen müssen sich in jedem Archipresbyterats-Archiv befinden. Es kann nur empfohlen werden, keinen Zwangsvollstreckungsfall unbeachtet zu lassen und in zweifelhaften Fällen besonders zu berichten.

Nr. 455.**e. Ankauf von Werthpapieren.**

G. B. Nr. 202. XI. vom 20. Juni 1873.

Um Anfragen und Ankäufen nicht kassenmäßiger Papiere vorzubeugen, theilen wir zur Beachtung folgendes Verzeichniß mit:

Verzeichniß derjenigen Werthpapiere, welche zur Erwerbung für kirchliche Kassen geeignet sind.

Laufende Nr.	Bezeichnung des Werth-Papiers.	o/o	Zins- Termin pro		Vorhanden in Arcents		Die Kassenmäßigkeit beruht auf der Urkunde			
			I.	II.	von	bis	vom	Gesetz- Sammlung	Jahr	Seite
I.	Hypothesen (innerhalb der ersten Hälfte des realen bescheinigten Grundstücks-Werthes).....						nach Maßgabe der amtl. Genehmigung und des Hypothesen-Instrument's.			
II.	Lettres au porteur									
A.	Besonders zum Ankauf geeignet									
1.	Freiwillige Staatsanleihe	4 $\frac{1}{2}$	1/4	1/10	1000	20	17. 1. 20.	20	10	
	a)	—	1/7	1/1			14. 6. 48.	48	156	
	b) 4 $\frac{1}{2}$ o/o.....	—	1/4	1/10	1000	25	resp. den weiteren Emiff.-Urkunden.			
	und	—								
	c) consolidirte	—	—	—	1000	50				
	d) 4 o/o.....	4	1/7	1/1	}	—				
	und	—	1/4	1/10						
2.	Staats-Prämien-Anleihe	3 $\frac{1}{2}$	1/4	1/4	100	—	15. 1. 55.	55	67	
3.	Pfandbriefe der schlesischen Landschaft a) litt. A.....	3 $\frac{1}{2}$	24/6	28/12	1000	20	resp. den weiteren Emiff.-Urkunden.			
	und	4	—	—	—	—	27. 5. 38.	38	280	
	b) = C.....	—	—	—	—	—	22. 11. 58.	58	583	
	c) neue (Rustikale)	3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	11. 5. 49.	49	182	
	und	4	—	—	—	—				
4.	Pfandbriefe des kgl. Kredit-Instituts für Schlesien	4	1/7	1/1	1000	25	8. 6. 35.	35	101	
	und	3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	31. 3. 43.	43	185	
5.	Schlesische Rentenbriefe	4	1/4	1/10	1000	10	2. 3. 50.	50	112	
B.	Zugelassen werden zum Anlauf:	5	24/6	28/12						
1.	Die Pfandbriefe der Landschaften und der kgl. Kredit-Institute der übrigen Provinzen d. Staats	4 $\frac{1}{2}$	resp.		1000	10	Cfr. A. Nr. 4 u. 5.			
		4								
		3 $\frac{1}{2}$	1/7	1/1						
2.	Die Rentenbriefe der übrigen Provinzen	4	1/4	1/10	1000	10	Cfr. A. Nr. 6.			
3.	Schuldverschreibungen der Kur-Mark	3 $\frac{1}{2}$	1/5	1/11	1000	50	27. 5. 38.	38	280	
	= " = Neu-Mark	—	1/7	1/1	—	—				
4.	Königl. Bank-Obligationen	nach der Obligation.					3. 4. 15.	15	31	
5.	Städtische und Kreis-Sparkassen-bücher	nach dem Buch.					12. 12. 38.	39	5	

Hierzu bemerken wir Folgendes:

- a) Wegen der Erfordernisse zur Einholung der amtlichen Ausleihungs- und Quittungs=Genehmigungen etc., conf. die Verordnungen 1. III., 2. VIII., 11. VI., 12. III., 13. V., 48. II., 193. VI., 201. XIV. sowie wegen Berichte bei Kapitalsveränderungen die Verordnungen 2. IX., 144. VIII., 193. VI.
- b) Andere als die vorstehend aufgeführten Werth=Papiere werden nur zugelassen, wenn:
 1. dieselben durch Schenkung zur Kasse kommen, oder
 2. pupillarische Sicherheit resp. Staats=Garantie bestimmt nachgewiesen wird.
- c) Kursbeträge, welche beim Ankauf über den Nominalbetrag gezahlt werden, sind nach Verordnung 164. X. aus den künftigen Zinsen zur Substanz zu erstatten.

Nr. 456.

G. B. 211. XVI. vom 12. Februar 1875.

Im Anschluß an die Verordnung 202. XI. Nr. 5 bestimmen wir, daß nur diejenigen Sparkassen benützt werden dürfen, deren Statuten dem Gesetz vom 12. 12. 1838 G.=S. 1839. S. 5 entsprechen, und zwar nur insoweit, als eine anderweite Anlegung nicht möglich ist, und nur bei jeder Kasse bis zu einer Höhe von 150 Mark Einlage.

Letzterer Betrag darf nur überschritten werden, wenn

- a) die Gelder zu einer bevorstehenden Ausgabe bestimmt sind, oder
- b) eine hypothekarische Ausleihung in Aussicht ist.

Die Umgehung der vorgeschriebenen Höhe durch Erwerbung mehrerer Sparkassenbücher ist unzulässig, und die Benützung der Vor schußvereins=Sparkassen zu Kapitals=Anlagen unter allen Umständen untersagt.

Im Uebrigen bleibt den Rechnungs=Revisoren das Recht vorbehalten, unpraktische und unzulässige Kapitals=Anlegungen zu beseitigen.

Nr. 457.

G. B. Nr. 235. III. vom 1. Juli 1885.

Da die kleinen Pfandbriefe bis zu 150 Mark sehr häufigen Ausloosungen unterliegen und die Valuten nur schwer, jedenfalls nur mit dem unverhältnißmäßigen Aufwande der Agio=Zahlung weit über den Kurswerth hinaus sich in den nämlichen Werthpapieren wieder anlegen lassen, so empfiehlt es sich, dergleichen kleine Beträge, wenn nicht die Anlegung gemeinsam mit anderen Kapitalien möglich ist, den nächsten städtischen oder Kreis=Sparkassen gegen Sparkassenbuch zur Verzinsung zu übergeben. Mein Hochwürdiges General=Vicariat wolle die kirchlichen Verwaltungen hierauf aufmerksam machen.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 26. Juni 1885.

† Robert.

Nr. 458.

f. Hinterlegungsstellen.

G. B. Nr. 371. I. vom 15. August 1900.

Als Hinterlegungsstellen für Werthpapiere insbesondere von Mündelvermögen sind Seitens der zuständigen königlichen Ministerien zu Aus=

führung von Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zu dem Bürgerlichen Gesetzbuche außer der Reichsbank

die Seehandlung

die Preussische Central-Genossenschaftskasse

die Kur- und Neumärktische Ritterschaftliche Darlehnskasse

die Schlesiische landchaftliche Bank

die Städtische Bank

die Communalstädtische Bank für die Preussische Oberlausitz in Görlitz,

die Pommersche landchaftliche Darlehnskasse in Stettin

innerhalb des hiesigen Amtsbereiches am 17. Dezember 1899 bestimmt worden (Zust.-Min.-Bl. 1899 Nr. 116 S. 805).

Der Fürstbischof.

Johannesberg, den 4. August 1900.

G. Card. Kopp.

Nr. 459.

g. Betreffend den Begriff „gerichtliche Taxe“.

Nach Artikel 119 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 G.-S. S. 249 sind die Vorschriften über die Aufnahme von Taxen unberührt geblieben. Die in dieser Beziehung maßgebenden Bestimmungen sind in den §§ 1 bis 11 Titel 6 der A. G.-O. und in den Gesetzen vom 15. Juli 1840 und bez. 4. Mai 1857 G.-S. S. 445 enthalten. Danach hängt es von dem Ermessen der das Verfahren leitenden Gerichtsbehörde ab, ob die Taxe von den als Taxatoren ein- für allemal vereideten Sachverständigen schriftlich eingereicht werden, oder deren Aufnahme zum Protokoll und bezw. an Ort und Stelle erfolgen soll. Das Gericht hat also zunächst über das einzuschlagende Verfahren zu bestimmen; die freie Befugniß der ein- für allemal vereideten Sachverständigen, die Taxe schriftlich einzureichen, also auch die gleiche Befugniß der Dorfgerichte — jetzt Gemeinde-Vorstände — hat aufgehört. Eine ohne diesen vorangängigen Beschluß des Gerichts angenommene Taxe ist werthlos, wo es sich um die Beschaffung einer gerichtlichen Taxe handelt. Die gesetzlichen Bestimmungen und Grundsätze über die Herstellung einer gerichtlichen Taxe sind kurz folgende:

1. Bei Grundstücken zum Werthe von über 15000 Mark
ist das in den §§ 1 bis 11 Titel 6 Theil II. A. G.-O. vorgeschriebene formelle Verfahren zu beachten; es bedarf einer genauen Ertragstaxe und der Ausfertigung eines förmlichen Tax-instrumentes.
2. Bei Grundstücken im Werthe bis zu 15000 Mark
 - a. ist eine specielle Ertragstaxe nicht nothwendig; es bedarf nur einer genauen Beschreibung des Grundstücks, worauf und auf die weiteren örtlichen Verhältnisse die summarische Werthschätzung gestützt wird,
 - b. das Gericht befindet zunächst, ob eine Vernehmung der Sachverständigen bezw. Dorfgerichte — Gemeinde-Vorstände — zu Protokoll stattfinden soll und ob in loco abzugeben oder ob schriftliche Taxe einzureichen ist. Im ersteren Falle bildet Ausfertigung des Protokolls die gerichtliche Taxe, im letzteren Falle die eingereichte mit dem Prüfungs- bezw. Bestätigungsvermerke des Gerichts versehene schriftliche Taxe.

Neunzehnter Abschnitt. Ablösung von Realberechtigungen.

Reallast ist die dingliche Belastung eines Grundstücks mit wiederkehrenden, aus dem Grundstück zu entrichtenden Leistungen, die zugleich auch den Eigenthümer persönlich verhaften für die während der Dauer seines Eigenthums fällig gewordenen einzelnen Leistungen.

In Preußen sind durch das Ablösungsgesetz vom 2. März 1850 alle Realasten (mit Ausnahme der öffentlichrechtlichen und der den Gemeinden aus allgemeinen Rechtsverhältnissen, gutherrlichen Verhältnissen, Zehntrecht u. entstehenden Leistungen) für ablösbar erklärt. Neue Reallasten dieser Art dürfen nicht begründet werden. Nur feste Geldrenten können neu bestellt werden, aber auch sie sind ablösbar. Das Alles gilt nur für beständige Lasten und Abgaben; andere Belastungen sind frei bestellbar und nicht ablösbar. Die Ablösung erfolgt im Auseinanderetzungsverfahren; hier wird eine Ablösungsrente festgestellt, die von den Rentenbanken finanziert wird.

Nr. 460. Ablösungsgesetz vom 27. April 1872.

G. S. Nr. 197. IX. vom 7. Juni 1872.

Das Gesetz, betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten, sowie den frommen und milden Stiftungen u. s. w. zustehenden Realberechtigungen, vom 27. April 1872 lautet (G. S. S. 417.):

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für diejenigen Landestheile, in welchen das Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, vom 2. März 1850 Giltigkeit hat, was folgt:

§ 1. Das Gesetz, betreffend die Ergänzung und Abänderung des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 bezüglich der Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten, sowie den frommen und milden Stiftungen u. zustehenden Reallasten vom 15. April 1857 (Gesetz-Samml. S. 363 ff.) wird aufgehoben.

§ 2. Das Gesetz vom 2. März 1850, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (Gesetz-Samml. S. 77 ff.), kommt fortan auch in Ansehung derjenigen Berechtigungen, welche Kirchen, Pfarren, Klöstereien, sonstigen geistlichen Instituten, kirchlichen Beamten, öffentlichen Schulen und deren Lehrern, höheren Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten, frommen und milden Stiftungen oder Wohlthätigkeitsanstalten, sowie den zur Erhaltung aller vorgedachten Anstalten bestimmten Fonds zustehen, mit nachfolgenden Bestimmungen zur Anwendung.

§ 3. Alle im § 2 bezeichneten Realberechtigungen sind, soweit sie nicht bereits in feste Geldrente verwandelt worden, auf den Antrag sowohl des Berechtigten als des Verpflichteten nach den Grundsätzen des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 auf ihren jährlichen Geldwerth zu berechnen und demnächst unter Anwendung der in den §§ 19 bis 25 a. a. D. bestimmten Preise in eine Roggenrente zu verwandeln. Der im § 26 a. a. D. angeordnete Abzug von 5 Procent wegen der geringeren Beschaffenheit der Getreideabgabe im Verhältniß zum markt-

gängigen Getreide, bleibt dabei ausgeschlossen. Die Roggenrente ist in Gelde nach dem jährlichen nach Maßgabe der §§ 20, 21 und 23 bis einschließlich 25 a. a. O. ermittelten Marktpreise abzuführen.

§ 4. Die nach § 3 ermittelten, sowie die schon rechtsverbindlich feststehenden Renten (§§ 3 bis 6 des Gesetzes vom 15. April 1857) können auf den Antrag des Berechtigten wie des Verpflichteten abgelöst werden.

Zu diesem Behufe wird der jährliche Geldwerth der Roggenrenten nach dem Durchschnitt der bei der Abführung maßgebenden Marktpreise berechnet. Bei Ermittlung dieses Durchschnitts werden die Preise der letzten vierundzwanzig Jahre vor Anbringung des Ablösungsantrages mit Weglassung der beiden theuersten und der beiden wohlfeilsten zu Grunde gelegt.

§ 5. Der nach § 4 festgestellte Jahreswerth der Reallasten wird:

- a) wenn der Antrag von dem Verpflichteten ausgeht, zum 25fachen Betrage,
- b) wenn der Antrag von dem Berechtigten ausgeht, zum 22 $\frac{2}{3}$ fachen Betrage

durch Kapital abgelöst.

Die Abfindung erfolgt durch die Vermittelung der Rentenbanken. Dem Verpflichteten steht jedoch frei, baar zum 25fachen, beziehungsweise zum 22 $\frac{2}{3}$ fachen Betrage abzulösen.

§ 6. Bei der Ablösung durch Baarzahlung ist der Verpflichtete befugt, das Kapital in vier aufeinanderfolgenden Terminen, von dem Ablaufe der Kündigungsfrist an gerechnet, zu gleichen Theilen abzutragen. Doch ist der Berechtigte nur solche Theilzahlungen anzunehmen verbunden, die mindestens 100 Thaler betragen. Der jedesmalige Rückstand ist mit 4 Procent jährlich zu verzinzen.

§ 7. Für die Vermittelung der Rentenbank ist das Gesetz vom 1. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 112 ff.) maßgebend. Dabei bleiben aber diejenigen Bestimmungen, welche eine Tilgungsperiode von 41 $\frac{1}{2}$ Jahren voraussetzen, ohne Anwendung, und außerdem treten nachfolgende Abänderungen des Rentenbankgesetzes ein:

1. Der Berechtigte erhält den nach § 5 berechneten Betrag in Rentenbriefen nach deren Nennwerthe, und soweit dies durch solche nicht vollständig geschehen kann, oder es von der Verwaltung der Rentenbank vorgezogen wird, in baarem Gelde.
2. Der Besitzer des pflichtigen Grundstücks hat vom Zeitpunkt der Rentenübernahme und während der Tilgungsperiode von 56 $\frac{1}{2}$ Jahren an die Rentenbank eine Jahresrente zu entrichten, welche 4 $\frac{1}{2}$ vom Hundert der an den Berechtigten zu gewährenden Abfindung beträgt; Rententheile unter einem vollen Silbergroschen werden von der Rentenbank nicht übernommen, vielmehr wird der 25= oder 22 $\frac{2}{3}$ fache Betrag derselben, je nachdem die Abfindung gemäß § 5 a oder 5 b erfolgt, von dem Besitzer des verpflichteten Grundstücks unmittelbar an den Berechtigten gezahlt.
3. Die Ueberweisung von Abgabenrückständen auf die Rentenbank nach Vorschrift des § 99 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 ist unzulässig.

§ 8. Die nach dem Gesetze vom 26. April 1858 (Gesetz-Samml. S. 273) erfolgte Schließung der Rentenbanken steht der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes nicht im Wege. Jedoch findet die Vermittelung der Rentenbanken nur bei denjenigen Kapitalablösungen statt, welche bei der zuständigen Auseinandersetzungsbehörde bis zum 31. December 1873 beantragt worden. Für den Berechtigten geht mit Ablauf dieser Frist die Befugniß, auf Kapitalablösung anzutragen, mit Ausnahme des im folgenden Paragraphen gedachten Falles überhaupt verloren.

§ 9. Bei einer Zerstückelung von Grundstücken sind die Berechtigten zu fordern befugt, daß ihre Geld- und Roggenrenten, welche nach der Vertheilung unter 4 Thaler, beziehungsweise 2 Neuschefel Roggen betragen, durch Erlegung des 25fachen Barbetrages abgelöst werden. Zu diesem Behufe wird der Jahreswerth der Rente auf die im § 3 angegebene Weise berechnet.

§ 10. Die Provokation auf Umwandlung (§ 3) oder Ablösung (§ 4) Seitens des Berechtigten muß sich mit Ausnahme des im § 9 gedachten Falles stets auf alle Reallasten erstrecken, welche für ihn auf den Grundstücken desselben Gemeindeverbandes haften. Sind mit den Provokaten Grundbesitzer einer anderen Gemeinde zum Natural-Fruchtzehnten oder zu Diensten gemeinschaftlich verpflichtet, so muß der Berechtigte seine Provokation zugleich auch gegen die Grundbesitzer dieser Gemeinde hinsichtlich aller auf deren Grundstücken für ihn haftenden Reallasten richten.

Die Provokation auf Umwandlung der Ablösung Seitens des Verpflichteten muß sich auf sämtliche, seinen Grundstücken gegen alle im § 2 bezeichnete Berechtigte obliegende Reallasten erstrecken. Die Zurücknahme einer angebrachten Provokation ist unzulässig.

§ 11. In allen Auseinandersetzungs-Angelegenheiten (Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und Regulirungen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse) steht die Vertretung und Wahrnehmung der Rechte der im § 2 gedachten Berechtigten den betreffenden ordentlichen Behörden zu.

Sind vor Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes Festsetzungen, welche mit demselben nicht im Einklange stehen, bereits auf rechtsverbindliche Weise zu Stande gekommen, so behält es bei denselben sein Bewenden.

Ueber die Befugniß, auf Verwandlung der Reallasten in eine Roggenernte oder auf vollständige Ablösung anzutragen, entscheiden jedoch nicht jene Festsetzungen, sondern die Bestimmungen dieses Gesetzes.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Berlin, den 27. April 1872

(L. S.)

Wilhelm.

Graf v. Bismarck. Graf v. Roon. Graf v. Stenplitz. v. Selchow.

Graf zu Eulenburg. Camphausen. Falk.

Indem § 9 ganz besonderer Beachtung empfohlen wird, wird bezüglich des § 10 darauf aufmerksam gemacht, daß die Provokation auf Umwandlung oder Ablösung von Seiten eines berechtigten Instituts nur mit unserer ausdrücklichen Genehmigung stattfinden darf.

Nr. 461. Sicherstellung der Realrechte der kirchlichen Anstalten.

G. B. Nr. 199. V. vom 14. September 1872.

Durch die Bestimmungen des Gesetzes über den Eigenthumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke vom 5. Mai d. J. und der Grundbuch-Ordnung vom gleichen Tage (G.-S. S. 433 und 446) ist eine Aenderung in dem bisherigen Rechtszustande bezüglich der dinglichen Wirkung der Realrechte eingetreten, welche das Interesse der kirchlichen Anstalten und milden Stiftungen besonders berührt.

Soweit diesen Instituten Realrechte zustehen, die den Charakter der gemeinen Lasten haben, bedürfen dieselben auch künftig nach § 11 der Grundbuchordnung zu ihrer Erhaltung nicht der Eintragung im Grundbuche. Anders dagegen steht es mit denjenigen Realrechten, die bisher auch ohne Eintragung auf einzelnen Grundstücken aus privatrechtlichen Titeln hafteten und deren dingliche Wirkung gegen spätere Eigenthümer nach der bisherigen gerichtlichen Praxis als gültig angesehen wurde, wenn der Eigenthümer des belasteten Grundstücks die Existenz solcher Rechte gekannt hatte. Dieser Rechtszustand ändert sich künftig nach § 12 des Gesetzes über den Eigenthumserwerb¹⁾; ihre dingliche Wirkung kann den zuletzt erwähnten Rechten nur durch Eintragung erhalten werden, und deshalb hat § 73 der Grundbuchordnung einen Präklusivtermin bis zum 1. October 1873 vorgegeschrieben, um die Eintragung solcher Rechte noch herbeiführen zu können. Kirchliche Anstalten und milde Stiftungen sind hierbei besonders betheiligt und sie könnten leicht der Gefahr ausgesetzt werden, dergleichen Berechtigungen zu verlieren, wenn sie nicht rechtzeitig deren Eintragung herbeiführen.

Nr. 462. Gesetz, betreffend die Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten²⁾ vom 17. Januar 1881.

(G.-S. S. 5.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Zur Ablösung der Reallasten nach Maßgabe

1. des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 77),

¹⁾ § 12 des Gesetzes über den Eigenthumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke vom 5. Mai 1875.

„Dingliche Rechte an Grundstücken, welche auf einem privatrechtlichen Titel beruhen, erlangen gegen Dritte nur durch Eintragung Wirksamkeit und verlieren dieselbe durch Löschung.“

Der Eintragung bedürfen jedoch nicht die gesetzlichen Verkaufsrechte, die Grundgerechtigkeiten, die Miethe und Pacht und diejenigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach §§ 8 und 142 des allgemeinen Verggesezes vom 24. Juni 1865 im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können.“

²⁾ Nach § 14. des Gesetzes vom 7. Juli 1891 (G.-S. S. 279) ist das Gesetz vom 17. Januar 1881, betreffend Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten wieder in Kraft gesetzt und zwar ohne Bestimmung einer Frist, bis zu welcher die Ablösungsanträge zu stellen sind.

2. des § 44 des Gesetzes, betreffend die Ablösung von Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein, vom 3. Januar 1873 (Gesetz-Samml. S. 3),
3. des Gesetzes, betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten, sowie den frommen und milden Stiftungen u. s. w. in der Provinz Hannover zustehenden Realberechtigungen, vom 15. Februar 1874 Gesetz-Samml. S. 21),
4. des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gesetze vom 5. April 1869 (Gesetz-Samml. S. 517) und vom 15. Februar 1872 (Gesetz-Samml. S. 165), vom 16. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 369),
5. des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Cassel, ausschließlich der zu demselben gehörigen vormal's Großherzoglich Hessischen Gebietstheile, vom 26. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 357)

wird die Vermittelung der Rentenbanken in gleicher Art wieder zugelassen, wie dieselbe nach den vorbezeichneten Gesetzen für die bis zum 31. December 1859, beziehungsweise 31. December 1874 und 31. December 1878 beantragten Ablösungen gestattet war.

§ 2. In Ansehung der nach diesem Gesetze zur Vermittelung der Rentenbanken wieder geeigneten Auseinandersetzungsgeschäfte tritt die Befugniß zur Ablösung durch Kapital für den Berechtigten wie für den Verpflichteten im gleichen Umfange wieder ein, wie dieselbe nach den im § 1 zu 1 bis 5 bezeichneten Gesetzen bestanden hat.

§ 3. Rückstände der auf Grund dieses Gesetzes abzulösenden Reallasten dürfen auf die Rentenbanken nicht überwiesen werden.

§ 4. Die nach § 1 zugelassene Vermittelung der Rentenbanken findet nur bei denjenigen Kapitalablösungen statt, welche bei der zuständigen Auseinandersetzungsbehörde bis zum 31. December 1883 beantragt werden.

§ 5. Für die nach Ablauf der im § 4 bestimmten Frist auf Grund der im § 1 bezeichneten Gesetze und Gesetzesvorschriften beantragten Ablösungen kommen diejenigen gesetzlichen Bestimmungen unverändert zur Anwendung, welche bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes maßgebend gewesen sind.

§ 6. Für den Geltungsbereich des Gesetzes vom 27. April 1872, betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten, sowie den frommen und milden Stiftungen u. s. w. zustehenden Realberechtigungen (Gesetz-Samml. S. 417), wird das Ergänzungsgesetz vom 15. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 123) von Neuem mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß an Stelle der im § 2 desselben bestimmten Frist eine neue Frist bis zum 31. December 1883 gewährt wird.

§ 7. Festsetzungen, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in rechtsverbindlicher Weise zu Stande gekommen sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 17. Januar 1881.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf zu Stolberg. v. Kamcke. Graf zu Eulenburg. Maybach.
Bitter. v. Puttkamer. Lucius. Friedberg. v. Boetticher.

Zwanzigster Abschnitt. Kirchliche Bauten¹⁾.

(Vergleiche hierzu Abschnitt: Patronats-Rechte und Pflichten.)

Nr. 463. Verfahren bei kirchlichen Bauten.

G. B. Nr. 317. V. vom 15. Februar 1896.

Wir nehmen hiervon²⁾ Veranlassung; nochmals auf das bei kirchlichen Bauten einzuhaltende Verfahren hinzuweisen, weil dagegen noch oft zum Schaden der Kirchengemeinden verstoßen wird.

Die Ausführung der Neubauten und Reparaturen muß rechtzeitig vorbereitet werden. Wir erwarten, daß auch die Herren Erzpriester bei den von ihnen vorzunehmenden Visitationen darauf streng achten, die erforderlichen Anordnungen treffen und, daß dies geschehen, in den Visitationsprotokollen vermerken. Stellt sich die Nothwendigkeit einer Baulichkeit heraus, so ist immer ein Kostenanschlag, in welchem die Hand- und Spanndienste ausgeworfen und besonders berechnet sind, sowie

¹⁾ Für kirchliche Bauten in Schlesien gelten noch als Provinzialgesetze das Reglement de gravaminibus und das Güntersblum'er Edict, soweit deren Bestimmungen in neuerer Zeit nicht abgeändert sind.

1. Reglement de gravaminibus vom 8. August 1750, Artikel 11.

a) Wenn ein Parochus nöthig findet, daß an der Kirche, denen Pfarr- und Schul-Gebäuden, welche letztere ebenfalls für beständig zu denen Pfarrkirchen gehören, entweder ganz neue Baue, oder doch namhafte Reparaturen geschehen müssen, so liegt demselben zuvörderst ob, solches dem Patrono ecclesiae in gebührenden Terminis anzuzeigen, und um die deshalb nöthige Veranlassung zu bitten.

b) Der Patronus ecclesiae muß darauf mit Zuziehung derer Parochianorum den ihm angetragenen Bau oder Reparatur ohne Zeit-Verlust untersuchen, und, wenn er solches nöthig findet, alsbald veranstalten.

c) Sollte aber Patronus und Parochiani mit dem Parocho des verlangten Baues oder Reparaturen halber nicht einig werden können, so muß der Parochus, wenn er zu aquiesciren nicht gemeinet, die Sache an die Ober-Amts-Regierung gehörig gelangen lassen.

d) Die Ober-Amts-Regierung muß sofort nach eingelangter Klage dem Justiz-Rath des Kreises auftragen, daß er sich in locum versügen, und in Gegenwart des Patroni, Parochianorum und Pfarrers, theils die Necessitatem des Baues untersuchen, theils aber auch einen genauen Ueberschlag von denen dazu nöthigen Kosten machen, und demnächst davon die Ober-Amts-Regierung pflichtmäßig berichten solle.

Er. Liebden dem Herrn Bischof steht frei, seiner Seits gleichfalls jemanden zu deputiren, welcher bei dieser Commission mit gegenwärtig sei, und müssen dahero die Ober-Amts-Regierungen, wenn sie dergleichen Commission veranlassen, vorgedachter Er. Liebden davon zugleich Notification thun.

e) Auf den von dem Justiz-Rath abgestatteten Bericht soll das Ober-Amt sowohl über die Frage, ob der Bau nöthig sei, oder nicht? als auch über dessen Einrichtung selbst, rechtlich erkennen.

f) Wenn der Bau oder die Reparaturen, es sei bei der Kirche, Pfarr- oder Schulgebäuden, nöthig erfunten werden, und die Kirche selbst ein Peculium hat, so müssen die Ober-Amts-Regierungen in sententia zugleich mit festsetzen, wie viel zu solchem Bau oder Reparatur aus dem Kirchen-Vermögen, jedoch denen jährlichen expensis ecclesiae necessariis ohnbeschadet zu verwenden sei.

g) Damit aber dieselbe hierunter mit desto mehrerer Zuverlässigkeit etwas gewisses determiniren können, so haben sie deshalb zuvörderst mit des Herrn Bischofs Liebden

²⁾ Nämlich von der Mittheilung eines Urtheils des Reichsgerichts vom 21. Januar 1895 (Entsch. Bd. 34 S. 306), wonach im Streitfalle der Rechtsweg vor Feststellung der Nothwendigkeit der Baulichkeit durch die Bezirksregierung unzulässig ist. Vgl. weiter unten S. 553.

nöthigenfalls eine Zeichnung durch einen Sachverständigen zu beschaffen. Darauf hat der Kirchenvorstand auf Grund des Anschlags und event. der Zeichnung über die Nothwendigkeit der Baulichkeit, die Art ihrer Ausführung, die Aufbringung der Kosten und die Vertheilung derselben unter die Interessenten Beschluß zu fassen und zwar — wenn es sich um einen Neu- oder An- oder Erweiterungs- oder Umbau (wozu namentlich Veränderungen in baulichen Einrichtungen der Kirchengebäude gehören) handelt oder wenn die Kosten 150 Mk. übersteigen oder das Soll des Voranschlags für die Kirchenkasse, betreffend Unterhaltung der Gebäude, überschritten oder bei der Unzulänglichkeit der Kirchenkasse subsidiarisch Baupflichtige (Eingepfarrte, Patron und aus einem besonderen Rechtsgrunde Verpflichtete) zu Leistungen herangezogen werden müssen — vorbehaltlich unserer Genehmigung. Bei dem Kostenpunkte kommt in Betracht, daß den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen nach § 710 II. 11 des Allg. Landrechts Verträge, rechtskräftige Entscheidungen, ununterbrochene Gewohnheiten (Observanzen) und Provinzialgesetze vorgehen. Es ist daher vor der Beschlußfassung stets festzustellen, ob solche besondere Rechts-

zu communiciren, und von demselben den Zustand des *peculii ecclesiae*, und was die jährlichen Kirchen-Ausgaben betragen, abzufordern; wobei sich von selbst versteht, daß, wenn das *peculium ecclesiae* weder in totum noch in tantum zu dem vorstehenden Bau hinreichend wäre, die Patroni und Parochiani solchen Bau *ex propriis* zu bestreiten schuldig und verbunden sind; jedoch können Catholische Wirth zu denen zum Unterhalt des Bet-Baus und andern dabei vorkommenden Unkosten nicht angehalten werden.

h) Weilen auch viele von denen Parochis so weit gehen, daß sie an ihren Pfarr-Gebäuden nicht die allergeringste Besserung thun, sondern alle Kleinigkeiten denen Patronis und Parochianis aufbürden wollen, so wird hierdurch ausdrücklich festgesetzt, daß die Pfarrer an denen Pfarr-Gebäuden alle diejenigen Reparaturen, so sie ohne baare Auslagen und durch ihre eigene Leute bestreiten können, selbst und ohne Concurrenz des Patroni und Parochianorum machen lassen müssen.

Insonderheit sind die Pfarrer schuldig, zur Reparatur derer Dächer das nöthige Stroh, in soweit solches nicht ein Schock Schoben überschreitet, herzugeben; dahingegen, wenn die Reparatur des Daches mit einem Schock Schoben nicht verrichtet werden kann, die Parochiani das übrige dazu liefern müssen; wobei noch zu gedenken, daß, wenn bei denen Pfarr-Gebäuden ein Bau oder Reparatur vorgenommen wird, die Holz-Spähne und das von denen alten Dächern gerissene Stroh dem Pfarrer überlassen werden soll.

i) Da auch dieser gemachten Verordnung ohnerachtet, es dennoch leicht geschehen könnte, daß die Pfarrer diejenigen Reparaturen, so sie anfänglich ohne baare Auslagen und mit ihren eigenen Leuten bestreiten können, dergestalt negligiren, daß deren Remidierung *ex post* nach vorstehenden Principis dem Patrono und Parochianis zu Last fiele; so haben, um diesem Mißbrauch vorzukommen, des Herrn Bischofs Liebben, ihrem Erbiethen gemäß, die Verfügung zu machen, daß die bestellten Erz-Priester bei ihren jährlich vorzunehmenden Kirchen-Visitationen hierauf sogleich Achtung geben, und wenn Patronatus oder Parochiani sich deshalb über den Pfarrer beschweren würden, ihn dazu gehörig und mit Nachdruck anhalten sollen.

k) Wenn auch endlich die Frage entstanden, vor wem und an welchem Orte die Catholischen Kirchen-Rechnungen abgelegt werden sollen? Des Herrn Bischofs Liebben aber nebst der Catholischen Geistlichkeit hierunter selbst nicht unbillig gefunden haben, daß die Kirchen-Rechnungen alljährlich dem patrono ecclesiae in dessen Behausung von dem Parocho und denen Kirchen-Vätern abgelegt, diese Abnahme der Rechnung auch allein dergestalt vor gültig angesehen werden müsse, daß, obgleich auch *ex post* der Erz-Priester sothane Rechnungen revidiren und nachsehen könne, solches doch nur bloß, um des Herrn Bischofs Liebben davon Bericht zu erstatten, geschehe, und derselbe darwider einige Monita zu machen nicht befugt sei; als soll es dabei auch vors künftige

normen bestehen. Um diese Feststellung bewirken zu können, müssen die Vorstände Verträge, Entscheidungen und Beweismittel über Observanzen, insbesondere über die frühere Leistung von Baubeiträgen, an einer Stelle, an welcher sie gegen Verlust und Beschädigung gesichert sind, verwahren, die Verwahrung aktenkundig machen und überhaupt ihre Bauakten auf das Sorgfältigste führen, zu denselben also auch die Concepte der von ihnen gestellten Anträge und erstatteten Berichte, nicht blos die Erklärungen des Patronats und die Verfügungen der Behörden heften. Unterlassungen dieser Maßregeln haben später schon vielfach große Verlegenheiten bereitet und die kirchlichen Interessen für immer geschädigt.

Liegt § 21 Nr. 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 vor, so hat der Kirchenvorstand den zustimmenden Beschluß der Gemeindevertretung zu seinem Beschlusse einzuholen. Demnächst muß er, wenn zwischen beiden Körperschaften die nothwendige Einigung zu Stande gekommen ist, dem Patron, welcher an der Beschlußfassung nicht selbst zustimmend Theil genommen hat, sofern die Kosten das Soll des Kirchenfassen-Stats für

sein Bewenden haben, und dagegen der Erz-Pfarrer nicht gehalten sein, bei der Abnahme derer Kirchen-Rechnungen in *domo patroni* zu erscheinen.

1) Und damit auch vors künftige feststehen möge, von wem eigentlich das Kirchenvermögen zu administriren sei, so sollen bei einer jeden Pfarr-Kirche wo solches bis dato noch nicht observiret worden, zwei taugliche Kirchen-Väter bestellt, und solche von dem *patrono ecclesiae* des Herrn Bischofs Lieben zur Confirmation präsentiret werden.

Die Rechnungen über das Kirchenvermögen sollen von diesen bestellten Kirchen-Vätern, jedoch mit Inziehung des Parochi, geführt, und die baaren Gelder nebst denen Obligationen in einem besonderen Kasten, worzu Parochus und die Kirch-Väter zusammen jeder einen Schlüssel hat, verwahrt, auch *absque consensu episcopi et patroni* kein Geld aus dem *peculio ecclesiae* ausgelehnet werden.

2. Edict von Güntersblum, den 14. Juli 1793. Nr. V.

1. Ehe das Rechnungs-Abnahme-Protokoll geschlossen wird, muß der Kirchen-Patronus entweder selbst, oder durch seine Beamten mit Inziehung des Pfarrers und der Kirchen-Vorsteher, auch sämtliche Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude in Augenschein nehmen, ob und was für Reparaturen und Bauten nöthig sind, und den Befund in gedachtem Protokoll vermerken lassen.

2. Ist der Fall einer solchen Reparatur vorhanden, die der Pfarrer mit seinen Leuten bestreiten kann, so muß der Kirchen-Patronus dem Pfarrer bedeuten, daß er, nach Anleitung des Reglements vom 8. August 1750 schuldig ist, diese Reparatur zu übernehmen. Ist dieser in Befolgung solcher Schuldigkeit nachlässig, so muß jener das Bischöfliche Amt requiriren, den Pfarrer dazu mit Nachdruck anzuhalten.

3. Ist dies der Fall nicht, die Reparatur oder der Bau kann aber aus dem Kirchen-Aerario bestritten werden, und der Kirchen-Patronus, Parochus, und die Kirchen-Vorsteher sind über die Nothwendigkeit und Art und Weise, wie der Bau oder die Reparatur geschehen soll, einig, und die Kosten betragen, nach einem von einem Bauverständigen gemachten Anschläge, nicht über fünfzig Reichsthaler, so kann die Ausgabe sofort beschossen werden. Die Vorsteher übernehmen mit Inziehung des Pfarrers die Sorge, daß der Bau oder die Reparatur tüchtig und mit möglichster Ersparniß aller überflüssigen Ausgaben geschehe.

Es versteht sich von selbst, daß, wenn ein Bau, oder eine Reparatur vor Abnahme der Kirchen-Rechnung nöthig wäre, der diesfällige Beschluß nicht bis zur Kirchen-Rechnungs-Abnahme ausgesetzt bleiben dürfe; es muß aber alsdann ein besonderes Protokoll darüber ausgenommen, solches zu den Kirchen-Akten genommen und in dem künftigen Rechnungs-Abnahme-Protokoll sich darauf bezogen werden.

4) Beträgt der Bau mehr, als fünfzig Reichsthaler, oder man ist bei einer unter dieser Summe betragenden Reparatur etc., über die Nothwendigkeit oder die Art und Weise, wie sie geschehen soll, uneins, alsdann wird nach Vorschrift des Reglements vom 8. August 1750 verfahren.

Unterhaltung der Gebäude überschreiten, und, wo ein Anderer aus einem besonderen Rechtsgrunde zu einem Beitrage verpflichtet ist und denselben zu leisten hat, auch diesem eine gemäß § 19 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 beglaubigte Abschrift seines Beschlusses und, falls die Zuziehung der Gemeindevertretung erforderlich war, noch des Beschlusses dieses Organs, ferner den Kostenanschlag und die Bauzeichnung übersenden. In dem Uebersendungs schreiben sind die Beschlüsse zu begründen, während es einer Begründung in den Beschlüssen selbst regelmäßig nicht bedarf. Weil der Patron nach § 40 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 als zustimmend gilt, wenn er sich auf die Beschlüsse nicht binnen 30 Tagen erklärt, so muß der Tag der Absendung des an ihn gerichteten Schreibens, welcher ebenso, wie der des Empfanges, nicht mitgerechnet wird, festgestellt werden. Widerspricht der Patron innerhalb der erwähnten Frist den Beschlüssen in irgend einem Punkte, so ist dies unter Beifügung der Beschlußabschriften, des Kostenanschlages, der Bauzeichnung und des Widerspruchs uns anzuzeigen. Dasselbe gilt, falls der aus einem besonderen Rechtsgrunde Verpflichtete widerspricht. Auch bedarf es der Anzeige, wenn dieser sich nicht in angemessener Frist auf eine Erinnerung erklärt oder wenn, ohne daß ein Widerspruch des Patrons erfolgt, einer der oben erwähnten Fälle vorliegt, in denen unsere Genehmigung vorzubehalten ist. Die Anzeige muß die Beschlüsse ebenfalls begründen und sich immer über das Bestehen besonderer Rechtsnormen äußern; wo solche vorliegen, sind sie zugleich eingehend nachzuweisen.

Es wird sodann in der Regel im Fall eines Widerspruchs nach den allgemeinen Bestimmungen des Reglements de gravaminibus und des Güntersblumer Edicts bei der Bezirksregierung vom Kirchenvorstande die Regelung des Interimistitums nachzusuchen sein.

Im Uebrigen verweisen wir auf die einzusehenden Verordnungen Nr. 148. I., 206. V., 246. IV., 247. I., 265. I. und 277. VI., indem wir wiederholen, daß, zumal sich oft die Nothwendigkeit einer Baulicheit nach der Ausführung von der Bezirksregierung nicht mehr feststellen läßt, kein Neu- (An-, Erweiterungs-, Um-) Bau und keine Reparatur unternommen werden darf, bevor nicht die Uebereinstimmung der Interessenten in allen Punkten proceßmäßig nachweisbar beigebracht oder durch behördliche Entscheidung ergänzt ist, sowie daß für die Kosten eigenmächtig ausgeführter Baulichkeiten die Betreffenden und unter ihnen namentlich die Vorsitzenden der Kirchenvorstände werden verantwortlich gemacht werden.

Nr. 464. Nothwendigkeit der kirchenbehördlichen Genehmigung zur Vornahme von Baulichkeiten und Reparaturen, sowie zur Anschaffung von kirchlichen Gegenständen. Einreichung von Bauplänen und Kostenanschlägen und Nachweis der Mittel zur Kostendeckung.

a) G. S. Nr. 36. I. vom 10. September 1852.

Obgleich nach den gesetzlichen Bestimmungen zu Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten und Reparaturen die Genehmigung der geistlichen Behörde erforderlich ist: so geschieht es doch häufig, daß dergleichen Bauten begonnen und ausgeführt werden, ohne deren Anschläge und Zeichnungen zu unserer Prüfung und Genehmigung eingereicht zu haben.

Wir finden uns veranlaßt, den Kirchenkollegien und insbesondere den Herren Pfarrern aufzugeben, in Zukunft vorkommenden Falls die betreffenden Anschläge und Zeichnungen an uns zur gehörigen Zeit einzusenden, da sie ansonst für jeden Nachtheil, der aus einer solchartigen Vernachlässigung für das betreffende kirchliche Institut hervorgehen könnte, verantwortlich bleiben.

b) G. B. Nr. 247. I. vom 6. März 1888.

Für kirchliche Bauten enthielt schon das Günthersblumer Edict von 1793 V. 4. die Bestimmung, daß, wenn die Kosten eines Baues mehr als 50 Thaler betragen, die Ausführung nicht ohne bischöfliche Genehmigung geschehen darf. (Vergl. Reglement vom 8. August 1750 § 11 d. Abs. 2.) Auch der § 704 II. 11 Allg. Landrecht schreibt vor, daß für die Verwendung von mehr als 50 Thaler zu einem Baue oder einer Reparatur allemal die Genehmigung der geistlichen Oberen erfordert wird. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften Seitens eigenmächtiger Kirchenvorstände hat in einer Reihe von Fällen theils Verunstaltungen und Schäden an Gebäuden und an deren Schmuck, theils Ueberschreitung des Bedürfnisses, theils, wenn nach verfrühtem Beginne die Mittel nicht hinreichten, überaus peinliche Verlegenheiten herbeigeführt. Unter Erneuerung und Erweiterung der alten Bestimmungen ersuche ich die Herren Pfarrgeistlichen, sorgfältig darüber zu wachen, daß, bevor Bauten und Instandsetzungen an kirchlichen, pfarrlichen und Stiftungs-Gebäuden unternommen oder Bilder, kirchliche Gewänder und Geräthe angeschafft oder ausgebessert werden, — die Vorlegung genauer Kosten-Anschläge und bezüglich Zeichnungen, die Namhaftmachung der zu wählenden Künstler, Werkmeister und Werkstätten, die Einreichung der Vertrags-Entwürfe an die bischöfliche Behörde behufs der Genehmigung erfolge und gleichzeitig die Mittel zur vollständigen Deckung der Kosten nachgewiesen werden.

Der Fürstbischof.

c) G. B. Nr. 265. I. vom 10. November 1890. † Georg.

Ich finde mich veranlaßt, meine Erlasse in Nr. 247. I. bezw. 249. IV. der amtlichen Verordnungen¹⁾ wiederholt in Erinnerung zu bringen, und werde für die Kosten eigenmächtiger baulicher Vornahmen und Aenderungen bezw. Anschaffungen die Betreffenden verantwortlich machen.

Johannesberg, den 18. August 1890.

Der Fürstbischof.

† Georg.

d) G. B. Nr. 277. VI. vom 28. November 1891.

Der Grundsatz, daß, bevor die Mittel zu vollständiger Deckung der Kosten nachgewiesen sind, ein kirchlicher Bau nicht unternommen werden darf (Verordn. Nr. 247. I.), ist in neueren Fällen wiederholt außer Acht gelassen worden; an großen Verlegenheiten, welche hieraus folgten, hat es nicht gefehlt. Ich sehe mich daher genöthigt, jenen Grundsatz im eigenen Interesse der Kirchen- und Anstalts-Vorstände dringend in Erinnerung zu bringen. Insbesondere auch dürfen kirchliche Bauten, zu welchen die Aufnahme eines Darlehns erforderlich ist, das der staatlichen Genehmigung bedarf, selbstverständlich nicht eher begonnen werden, bis die staatliche Zustimmung eingeholt und erteilt worden ist.

Breslau, den 20. November 1891.

Der Fürstbischof.

† Georg.

¹⁾ G. B. Nr. 249. IV. oben S. 115.

e) G. B. Nr. 332. II. vom 15. Mai 1897.

Durch neuere Erfahrungen veranlaßt, ersuche ich die Herren Erzpriester, bei ihren Visitationen, wenn inzwischen eine kirchliche Baulichkeit ausgeführt oder eine Neuanschaffung von Bildwerken, Gewändern, Geräthen erfolgt ist, den Nachweis der von der bischöflichen Behörde ertheilten Genehmigung zu erfordern und das Nähere in dem Visitationsprotokolle zu vermerken (Verordn. Nr. 247. I., 277. VI).

Breslau, den 1. Mai 1897.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

f) G. B. Nr. 335. IV. vom 15. August 1897.

In Folge mehrfacher an uns gerichteter Anfragen über die Tragweite des in Verordnung Nr. 332. II. an die Herren Erzpriester gerichteten Erlasses, betreffend den bei den Visitationen zu erfordernden Nachweis über die Seitens der kirchlichen Behörde ertheilte Genehmigung zur Ausführung von Baulichkeiten, Neuanschaffungen von Bildwerken, Gewändern, Geräthen u. s. w. sehen wir uns veranlaßt, die gedachte Verordnung dahin zu deklariren, daß zu Baulichkeiten und Reparaturen unter 150 Mark innerhalb des betreffenden Etats-Titels, sofern dieselben nicht etwa Gegenstände betreffen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben, es einer besonderen Genehmigung nicht bedarf, dagegen zu Neuanschaffungen von Bildwerken, Gewändern, Geräthen aus der Kirchenkasse oder aus Sammlungen freiwilliger Gaben und Geschenken unter Vorlegung genauer Kostenanschläge nebst Zeichnungen und unter Benennung der zu wählenden Künstler oder Werkstätten die Genehmigung der bischöflichen Behörde einzuholen, auch möglichst dahin zu wirken ist, daß Wohlthäter dergleichen Gegenstände in der Regel nicht ohne vorherige Berathung mit ihrem Pfarrer erwerben, vielmehr seine Vermittelung in Anspruch nehmen.

Nr. 465. Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde¹⁾.

G. B. Nr. 263. VI. vom 16. August 1890.

Ich mache die katholischen Kirchenvorstände meiner Diocese darauf aufmerksam, daß bei kirchlichen Restaurationsbauten größeren Umfanges, namentlich sobald Baudenkmäler oder sonstige architectonische Rückfichten in Betracht kommen, die Pläne vorgängig dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten zur Prüfung vorzulegen sind.

Johannesberg, den 26. Juli 1890.

Der Fürstbischof.
† Georg.

¹⁾ Nach § 50 des Vermögens-Verwaltungs-Gesetzes vom 20. Juni 1875 ist die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nur beim Bau neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude erforderlich. Bloße Ersetzungenbauten, welche an Stelle bereits vorhandener gottesdienstlicher Gebäude treten, auch wenn sie auf einem anderen Grundstücke oder in veränderten Dimensionen aufgeführt werden, bedürfen dieser Genehmigung nicht (Erlass des Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 24. Juli 1876 und 26. November 1894). — Zur Wahrung des staatlichen Interesses für Erhaltung von Kunstdenkmälern sind aber zutreffenden Falls auch die Pläne von Umbauten und Veränderungen vor Ausführung der staatlichen Aufsichtsbehörde vorzulegen. G. B. Nr. 249. IV., 283. V., 293. III. u. 314. III. oben S. 110—120.

Nr. 466. Flächenmaße der Plätze in Kirchen.

G. B. Nr. 190. III. vom 8. März 1871.

Berlin, den 24. Januar 1871.

Im Hinblick auf die Maß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 hat der Herr Minister für Handel u. im Einverständniß mit mir die bei den Bauten des diesseitigen Ressorts bisher üblichen Normaldimensionen, soweit dazu ein Bedürfniß vorzuliegen schien, unter angemessener Abrundung der Zahlen auf Metermaß reduciren lassen. Die königlichen Regierungen, die königlichen Landdrosteien und die hiesige königliche Ministerial-Bau-Commission sind angewiesen, die veränderten Maßbestimmungen bei allen nach dem 1. Januar 1872 zur Ausführung gelangenden Bauten der gedachten Art zum Anhalt zu nehmen und die Baubeamten entsprechend zu instruiren.

Ew. Fürstliche Gnaden benachrichtige ich hiervon ergebenst unter Beifügung der aufgestellten Tabelle über die Umrechnung der bei Kirchen-Bauten bisher üblichen Normalmaße in Metermaß.

Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und

An den Medicinal-Angelegenheiten.

Keller.

Fürstbischof von Breslau Herrn Dr. Förster,
Fürstliche Gnaden zu Breslau.

**Tabelle über die Umrechnung der bei Kirchenbauten bisher üblich
gewesenen Normalmaße in Metermaß.**

	Bisheriges Normal- maß.	Genau übertragen in Metermaß.	Neues Normal- maß.	Differenz des neuen Normal- maßes mit dem bisherigen.
Bank-Entfernung in evangelischen Kirchen	2' 8"	0,8369 M.	0,84 M.	0,112" größer.
Bank-Entfernung in katholischen Kirchen	3'	0,9416 M.	0,94 M.	0,05" kleiner.
Länge eines Sitzplatzes in evangelischen und katholischen Kirchen	1' 6"	0,4708 M.	0,5 M.	1,116" größer.
Flächeninhalt eines Sitzes in evangelischen Kirchen.	4 □ F.	0,394 □ M.	0,42 □ M.	0,263 □ F. größer.
Flächeninhalt eines Sitzes in katholischen Kirchen.	4 1/2 □ F.	0,443 □ M.	0,47 □ M.	0,27 □ F. größer.
Flächeninhalt eines Stehplatzes für Erwachsene u. eines Kinderplatzes	3 □ F.	0,2955 □ M.	0,3 □ M.	0,045 □ F. größer.

Berlin, den 20. Juli 1870.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Abtheilung für das Bauwesen.

**Nr. 467. Behandlung streitiger Kirchen-, Pfarrei- und Küsterei-Bausachen.
(Interimisticum und resolutorische Entscheidung.)**

a) G. B. Nr. 148. I. vom 4. März 1864.

Seine Fürstbischöfliche Gnaden, unser Hochwürdigster Fürstbischof Heinrich, haben uns nachstehendes Ministerial-Rescript, betreffend das Verfahren bei einem Interimisticum kirchlicher Bauten, zur Kenntniß des Ehrwürdigen Curatclerus zu bringen, mitgetheilt:

Die in Folge Ew. Fürstlichen Gnaden gefälligen Schreibens vom 19. Januar v. J. veranlaßten Erörterungen haben ergeben, daß nicht nur für die Bezirke der königlichen Regierungen zu Breslau und Oppeln, sondern auch für den Bezirk der königlichen Regierung zu Liegnitz eine allgemeine, beziehentlich unter dem 10. Februar und 13. Juni 1823 und 29. November 1822 erlassene Verordnung besteht, nach welcher die Landräthe bei der Instruction der Interimistica in streitigen Bausachen, sofern die Regulirung eine katholische Kirche betrifft, die competenten Erzpriester zuziehen sollen, sowie, daß diese Vorschrift zwar vielfach unbeachtet geblieben, indessen niemals ganz außer Übung gekommen ist. In Consequenz der in meinem Schreiben vom 8. Mai v. J. dargelegten Auffassung der Sache habe ich daher jetzt angeordnet, daß in Zukunft jene Vorschrift der Zuziehung der Erzpriester nicht allein gleichmäßig zu beachten, sondern auch bei der Regulirung der Interimistica in katholischen Pfarr-, Küster- und Pfarrschulbausachen zur Anwendung zu bringen ist.

Dagegen vermag ich auch nach nochmaliger Erwägung die unmittelbare Anwendbarkeit der Vorschrift des § 11 lit. d. des Reglements de gravaminibus vom 8. August 1750 auf das Verfahren bei Regulirung der Interimistica in streitigen Bausachen nicht anzuerkennen. Inzwischen werden Ew. Fürstliche Gnaden Selbst hierauf kaum noch ein Gewicht zu legen geneigt sein, nachdem die Zuziehung der Erzpriester in den bezeichneten Angelegenheiten allgemein angeordnet worden ist.

Berlin, den 4. Januar 1864.

v. Mähler.

An den

Fürstbischöf von Breslau, Herrn Dr. Förster,
Nr. 21876. Fürstliche Gnaden, zu Breslau.

Nach Vorstehendem verpflichten wir

1. die Kirchencollegien, über die Einleitung jedes Interimisticums unter vollständiger Darlegung des Sachverhaltes ungefäumt anher zu berichten, und
2. die Herren Erzpriester, den resp. Instructions-Terminen unfehlbar beizuwohnen.

Ferner wird hierbei zur Beachtung bekannt gemacht, wie der Herr Minister der geistlichen u. Angelegenheiten unterm 16. December 1862 rescribirt hat (Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, 1863, S. 6), „daß den einzelnen Interessenten auf deren (bei der betreffenden königl. Regierung zu stellenden) Antrag die kostenfreie Mittheilung der sie angehenden Resolute, sowohl nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen, als auch insbesondere, weil die Vorlegung der interimistischen Entscheidung der Verwaltungsbehörde zur Substantirung der Klage vor Gericht gehört, nicht vorenthalten werden darf“.

Die Resolute sind übrigens stets an uns einzureichen.

b) G. B. Nr. 206. V. vom 15. April 1874.

Am Anschlusse an die Vorschriften im § 135 X. Nr. 3 der Kreisordnung vom 13. December 1872 (G.-S. S. 661) hat der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten auch für die Provinz Schlesien über die

Behandlung der bezeichneten Bausachen, unter Aufhebung der entgegenstehenden Vorschriften, am 13. Januar 1874 bestimmt, was folgt:

1. Gegen die von den Regierungen in Angelegenheiten der bezeichneten Art erlassenen Resolute, soweit sie die Nothwendigkeit des Baues oder die Art seiner Ausführung betreffen, ist der Recurs an den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zulässig.
2. Zur Anbringung und Rechtfertigung des Recurses ist eine präclussivische Frist zu bewilligen, welche in der Regel auf 21 Tage nach Publication des Resoluts zu bemessen ist, aus besonderen Gründen aber um 14 Tage verlängert oder bis auf 10 Tage abgekürzt werden darf.
3. Soweit die Resolute die Aufbringung der Kosten oder ihre Vertheilung unter die Interessenten zum Gegenstande haben, findet gegen die von der Regierung getroffene Entscheidung, welche sofort interimistisch vollstreckbar ist, nur der Rechtsweg statt.
4. In Betreff der Bauten an vereinigten Rükster- und Schulhäusern verwendet es bis auf Weiteres bei den Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1846.

Diese auch durch die Regierungs-Amtsblätter bekannt gemachte Verordnung wird gehöriger Beachtung empfohlen und zu Nr. 2 derselben bemerkt, daß die Ertheilung einer kostenfreien beglaubigten Abschrift des Resoluts in jedem Falle, so wie, wenn gegen letzteres recurrirt werden soll, zugleich die etwa nothwendige Verlängerung der Recursfrist von den resp. Interessenten bei der Königl. Regierung unverzüglich nachzusuchen und die Recurschrift auch nur dieser Behörde, unter gleichzeitiger Anzeige bei der Lokalbehörde, durch welche die Publikation des Resoluts erfolgte, einzureichen ist (R. v. 23. August 1828. Vogt's Kirchenrecht. S. 494.)

Im Uebrigen wird auf unsere Verordnung Nr. 148. I. verwiesen und dabei noch ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Thatfachen und Beweismittel, welche zur Begründung einer Behauptung (z. B. der Beitragspflicht) dienen können, schon in erster Instanz anzuführen sind, weil die spätere Berufung darauf, nach der Ansicht des Herrn Kultus-Ministers, im Hinblick auf das Wesen und den Zweck des Interimisticums in streitigen Bausachen und auf die Analogie der gegenwärtigen Bestimmungen über den Recurs in Civilsachen (G. v. 20. März 1854 § 6, G.-S. S. 115), in der Beschwerdeinstanz keine Berücksichtigung weiter finden soll. (R. v. 29. November 1871 und v. 21. Juni 1872 Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen, 1872, S. 61 und 708.)

c) G. B. Nr. 253. XVII. vom 23. Februar 1889 und G. B. Nr. 317. V. vom 15. Februar 1896.

In diesen Verordnungen sind die Urtheile des Reichsgerichts vom 27. Mai 1881 (Entsch. Bd. V. S. 239) und vom 21. Januar 1895 (Entsch. Bd. XXXIV. S. 306) ausführlich mitgetheilt, woraus sich die Verpflichtung der Kirchenvorstände ergibt, die Nothwendigkeit der kirchlichen Baulichkeit im Streitfalle vor der Ausführung durch die Bezirksregierung feststellen zu lassen. Die Frage der Nothwendigkeit und des Umfangs der Nothwendigkeit von Kirchen- und

Pfarrbauten ist nicht im Rechtswege, sondern von der Oberen- und Aufsichtsbehörde zu entscheiden. — Wenn seit Menschengedenken für Pfarrländereien Wirthschaftsgebäude nicht vorhanden waren, so ist deren Nothwendigkeit bei unveränderten Voraussetzungen nicht erweisbar.

Nr. 468. Gangreben'scher Unterstützungsfonds zum Bau katholischer Kirchen.

G. B. Nr. 2. VII. vom 8. Februar 1848.

Es gereicht uns zur Freude, im Interesse armer katholischer Kirchen und resp. Kirchgemeinden der Diöcese mittheilen zu können, daß wir seit dem Jahre 1846 durch eine fromme Stiftung in Stand gesetzt sind, armen katholischen Gemeinden zum Bau und zur Instandsetzung katholischer Kirchen einen nicht unbedeutenden Zinsertrag als Unterstützung zu gewähren.

Indem wir dies der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bekannt machen, bemerken wir jedoch noch, daß desfallsige Gesuche um Unterstützung, vorausgesetzt, daß noch Mittel vorhanden sind, nur dann Berücksichtigung finden können,

1. wenn das Baubedürfniß und der Geldbedarf durch technische Kostenanschläge genügend festgestellt,
2. die Armuth des Kirchen-Aerars und der Kirchen-Gemeinde überzeugend dargethan, und
3. ein Certificat über die Bereitwilligkeit des Kirchen-Patrons, seinen Theil der Kosten aufzubringen, erreicht und beigebracht worden.

Nr. 469. Öffentliche Auspielungen und Lotterien zu Kirchenbauten.

G. B. Nr. 255. XIV. vom 28. Mai 1889.

Eine Abschrift des nachstehenden, an den Ober-Präsidenten der Provinz Pommern gerichteten Erlasses ist allen übrigen königlichen Ober-Präsidenten zur Kenntnißnahme und Beachtung zugegangen:

Erw. pp. erwidern wir auf den gefälligen Bericht vom 19 December v. J. bei Rückanschluß der Anlage ganz ergebenst, daß nach einem in der Ministerial-Instanz seither festgehaltenen Grundsatz den zu Kirchenbauten beabsichtigten öffentlichen Lotterien und Auspielungen die Genehmigung versagt wird, wenn solche lediglich zur Erleichterung der bestehenden Kirchenbaupflicht dienen sollen. Erw. pp. ersuchen wir ganz ergebenst, diesen Grundsatz künftighin auch Ihrerseits zur Anwendung zu bringen.

Berlin, den 23. März 1889.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

Der Minister des Innern.

An

von Götter.

Herrfurth.

den königlichen Ober-Präsidenten Herrn N. zu S.

Das Circular ist abgedruckt im Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den königlich Preussischen Staaten pro 1889, S. 65.

Nr. 470. Verwendung des durch Abbruch kirchlicher Gebäude erzielten Erlöses.

G. B. Nr. 317. VI. vom 15. Februar 1896.

Bisher ist angenommen worden, daß der Fiskus in denjenigen Fällen, in welchen er als Patron, Gutsherr oder auf Grund eines sonstigen

Rechtstitels zu Kirchen-, Pfarr-, Küster-, Kantor-, Organisten- und Schulbauten Baumaterialien herzugeben hat, auf die durch Abbruch verfügbar gewordenen Materialien oder auf den durch Veräußerung derselben gewonnenen Erlös einen Anspruch habe.

Dieser Grundsatz läßt sich nicht aufrecht erhalten.

Durch Hergabe der gedachten Materialien zu Gunsten eines Dritten (der betreffenden Kirchen- oder Schul- oder politischen Gemeinde und dergl.) hat sich der Fiskus seines Eigenthums an den Materialien begeben, und es steht ihm keine gesetzliche Bestimmung zur Seite, nach welcher sein Eigenthumsrecht wieder in Kraft treten könnte. Der Erlös aus dem Verkaufe der nicht wieder verwendbaren Baumaterialien ist mithin, wie ich gleichzeitig in Abänderung der betreffenden Vorschrift des Erlasses vom 11. December 1846 (Min.-Bl. 1847 S. 253) hierdurch bestimme, nicht mehr zu Gunsten des Fiskus zur Staatskasse zu vereinnahmen, sondern, je nachdem eine Kirchen-, Schul- oder politische Gemeinde Eigenthümerin des Gebäudes ist, an die Kirchen-, Schul- oder Gemeindekasse abzuführen.

In denjenigen Fällen, in denen die Kirchenkassen in erster Linie baupflichtig sind und die Beitragspflicht des Fiskus nur eine subsidiäre ist, wird des Letzteren Beitrag durch die Abführung des Erlöses der nicht wieder verwendbaren Materialien verhältnißmäßig verringert, weil die Kirchenkasse in Höhe dieses Betrages in Stand gesetzt wird, die Baukosten selbst zu übernehmen. Bei Feststellung der Unzulänglichkeit des Kirchenvermögens ist also die Einnahme aus dem gedachten Erlöse zu berücksichtigen.

Sollte die veränderte Praxis bei den übrigen Baupflichtigen ein unberechtigtes Bestreben gegen die Wiederverwendung alter Baumaterialien hervorrufen, so ist demselben mit den gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Insbesondere wird es sich bei Kirchen landesherrlichen Patronats dann, wenn die Erhaltung des alten Gebäudes während des Neubaus lediglich im Interesse der übrigen Baupflichtigen liegt, empfehlen, das Interesse des Fiskus möglichen Falls durch ein entsprechendes Abkommen zu wahren.

Endlich will ich nicht unerwähnt lassen, daß es in denjenigen Fällen, in denen es sich um ein auf Grund besonderen Rechtstitels im Eigenthume des Fiskus stehendes kirchliches Gebäude handelt, hinsichtlich der Vereinnahmung des Erlöses aus dem Verkaufe alter, nicht wieder verwendbarer Baumaterialien handelt, selbstverständlich bei dem bisherigen Verfahren, wonach jener Erlös der Staatskasse zu Gute kommt, sein Bewenden behält.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

Berlin, den 3. October 1895. In Vertretung: von Weirauch.

An sämtliche Königliche Regierungen mit Ausschluß von Trier,
Aachen, Sigmaringen und Auriich.

G. III. A. 2114. U. III. E.

Die Verfügung ist abgedruckt in dem vom Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten herausgegebenen Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1895 S. 730.

Nr. 471. Baukosten im Sinne des § 47 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.

G. B. Nr. 292. VIII. vom 26. Juni 1893.

Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 5. Juni 1889 (Entsch. Bd. 18 S. 107). Nicht die Kosten jeder baulichen Untersuchung eines Gebäudes sind als Baukosten anzupprechen, sondern nur die Kosten, welche durch Ausarbeitung des Bauprojekts und die hierfür erforderliche Besichtigung und Aufnahme des Gebäudes Seitens des Sachverständigen, sowie durch die spätere Bauleitung und Abnahme des Baues Seitens desselben bedingt werden, können als den Bau betreffende Kosten, als „Baukosten“ gelten.

Nr. 472. Observanz in Kirchenbauangelegenheiten. Einfluß des Irrthums auf Bildung einer Observanz.

G. B. Nr. 256. XIII. vom 11. Juli 1889.

Aus einem Urtheil des Reichsgerichts vom 8. December 1884 (Entsch. Bd. XII. S. 292).

Die Observanz, als lokales und korporatives Gewohnheitsrecht und als Quelle des objektiven Rechtes, verlangt — wenn sonst die thatsächlichen Voraussetzungen vorliegen — zu ihrer Bildung die fortdauernde und gleichmäßige Uebung einer bestimmten Rechtsnorm innerhalb einer korporativen Gemeinschaft. Wie das objektive geschriebene Recht auf den urkundlichen Willen des Gesetzgebers zurückgeführt wird, so ist der innere Grund für die Entstehung des Gewohnheitsrechtes die Ueberzeugung der Uebenden, daß das, was sie üben und gleichmäßig befolgen, für das gegebene Verhältniß das aus den zwingenden Umständen geschöpfte — nothwendige — Recht ist. Die gleichmäßige Uebung, consuetudo, usus, stellt sich daher nur als die Thätigkeit dar, durch welche jene innere Ueberzeugung in die äußere Erscheinung tritt, der Satz, als Rechtsatz, erkennbar gemacht und verkörpert wird. Fehlt jene Ueberzeugung, so können die äußerlich vorgenommenen Handlungen für sich allein nicht zu einem Gewohnheitsrechte führen, und das muß auch der Fall sein, wenn die Uebenden bei der Uebung von einer unrichtigen, auf Irrthum beruhenden thatsächlichen Voraussetzung ausgegangen sind, die Meinung, daß das Geübte eine zwingende Folge gegebener Verhältnisse und daher Recht sei, auf einem faktischen Irrthum beruht, sodaß die Annahme berechtigt ist, daß, wenn die Uebenden ihren Irrthum erkannt, sie die Uebung des vermeintlichen Rechtes nicht so — wie sie gethan — vorgenommen hätten. Es findet auf diesen Fall recht eigentlich die Rechtsregel der I. 39 Dig. de legibus 1, 3¹) Anwendung. Jener, bei allen betheiligten und interessirten Personen über die provincialrechtliche Befreiung des Patronus von der

¹) Die Gesetzesstelle lautet: „Quod non ratione introductum, sed errore primum, deinde consuetudine obtentum est, in aliis similibus non obtinent.“ Vgl. über die freitige Frage: v. Savigny, System Bd. 1 S. 178; Fuchta, Gewohnheitsrecht S. 99, 100; Windscheid, Lehrb. der Pandekten Bd. 1 § 16; Zitelmann, Gewohnheitsrecht und Irrthum, im Archiv für civil. Praxis Bd. 66 S. 223 und die dort eingehend mitgetheilte Literatur; Entsch. des Obertrib. Bd. 35 S. 143; Entsch. des R.-G. in Civilsachen Bd. 3 S. 212.

Kirchenbaupflicht und über die Fortdauer dieser Befreiung nach Einführung des Allgemeinen Landrechts obwaltende Irrthum ist daher — vorliegend — die alleinige Veranlassung und der einzige Beweggrund für die bis zum Jahre 1856 erfolgte Uebung gewesen, sodaß sich die letztere — wie der Berufsrichter zutreffend annimmt — nicht als die Uebung eines Gewohnheitsrechtes, sondern als die Befolgung eines irrthümlich als bestehend angenommenen Gesetzes darstellt. Es kann möglich sein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein beim Beginne der Uebung bestehender faktischer Irrthum in seiner Wirkung abgeschwächt und selbst beseitigt werden kann durch eine langjährige, Generationen umfassende Uebung, allein zu einer solchen Annahme ist der vorliegende Fall ganz ungeeignet, da sich die Uebungsfälle auf wenige Bauten und auf wenige Jahre beschränken. Ein Rechtsirrthum kann daher dem Berufsrichter nicht vorgeworfen werden, da — nach beseitigtem Irrthume — nur ein einziger Baufall vorgekommen ist.

Nr. 473. Bau- und Unterhaltungspflicht an katholischen Pfarrschulen.
(Schul- und Küsterhäuser.)

a) G. B. Nr. 33. I. vom 3. Juni 1852.

Vertretung der Pfarrschulen in vermögensrechtlicher Beziehung. Siehe oben S. 354.

b) Gesetz, betreffend den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser.

Vom 21. Juli 1846.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u.

Da die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts im § 37 Theil II. Titel 12 wegen des Baues und der Unterhaltung derjenigen Schulhäuser, welche zugleich Küsterwohnungen sind, dem mit der Entwicklung des Schulwesens erweiterten Bedürfnisse nicht mehr überall entsprechen, so verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach Anhörung unserer getreuen Stände und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsrathes für die Landestheile, in welchen das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, was folgt:

§ 1. Die Bestimmung des § 37 Theil II. Titel 12 des Allgemeinen Landrechts, nach welcher der Bau und die Unterhaltung derjenigen Schulhäuser, die zugleich Küsterwohnungen sind, auf eben die Art, wie bei Pfarrbauten vorgeschrieben, zu besorgen ist, soll fortan nur unter nachstehenden Beschränkungen und Maaßgaben (§§ 2 bis 6) zur Anwendung kommen.

§ 2. Einzelne Ortschaften, Gemeinden, Theile von Gemeinden, oder Einwohnerklassen, welche innerhalb der Pfarodie, zu der die Küsterei gehört, mit Genehmigung der Behörden eine eigene öffentliche Schule haben, sind von Beiträgen zu denjenigen Bauten und Reparaturen an dem Schul- und Küsterhause frei, welche allein durch das Bedürfniß der Schulanstalt veranlaßt werden.

§ 3. Tritt bei dem mit der Küsterwohnung verbundenen Schullokale das Bedürfniß ein, die Schultube zu erweitern, oder Räume für neue Schulklassen oder zu Wohnungen für Lehrer zu beschaffen, so können weder die Kirchencasse, noch der Patron und die Eingepfarrten angehalten

werden, die hierzu erforderlichen Bauten zu bewirken. In einem solchen Falle sind vielmehr diejenigen, welchen in Ermangelung eines Küsterhauses der Bau und die Unterhaltung einer gemeinen Schule am Orte obliegen würde, verpflichtet, jene Bauten nöthigenfalls durch Herstellung besonderer Gebäude auszuführen, und auch künftig zu unterhalten.

Insbesondere müssen dieselben, wenn ein solcher Erweiterungsbau mit dem bestehenden Schul- und Küsterhause in Verbindung gebracht wird, nach Verhältniß dieses Erweiterungsbaues zur Unterhaltung des Schul- und Küsterhauses, sowie im Falle eines Neubaus dieses Hauses zu dessen Wiederherstellung beitragen.

§ 4. Ist eine Schule in Gemäßheit des § 101 der Gemeintheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 mit Land dotirt worden, so sind nur die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten schuldig, die dem Schullehrer zur Benutzung jenes Landes etwa nöthigen Wirthschafts-räume: als Scheune und Stallung, zu bauen und zu unterhalten.

§ 5. Inzwischen aufgehoben.

§ 6. Soweit ein Provinzial- oder ein Lokalgesetz, oder das Herkommen mit dem § 37 Theil II. Titel 12 des Allgemeinen Landrechts übereinstimmen, treten auch an ihre Stelle die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes §§ 2 bis 5. Jedoch soll da, wo das bisherige, mit der gedachten Vorschrift des Allgemeinen Landrechts übereinstimmende Rechtsverhältniß auf einem besondern Rechtstitel beruht, durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert werden.

Urkundlich unter unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Sanssouci, den 21. Juli 1846.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

v. Rochow. Eichhorn. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Uhden.

c) G. B. Nr. 184. V. vom 4. März 1870.

Entscheidung des königlichen Ober-Tribunals zu Berlin vom 29. Juni 1868, wonach das Gesetz vom 21. Juli 1846 bei Erweiterung katholischer Pfarrschulen Anwendung findet. Dabei über Begriff „Pfarrschule, Schul- und Küsterhaus“. Vgl. G. V. Nr. 90. XXI. und 143. IX.

d) G. B. Nr. 260. XVII. vom 16. Januar 1890.

Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 27. Juni 1888 (Entsch. Bd. XVI. S. 262). Hieraus ergeben sich folgende Grundsätze:

1. Den bei Inkrafttreten des Gesetzes vom 21. Juli 1846 vorhandenen Zustand durch Reparatur oder Neubau zu erhalten, sind die kirchenbaupflichtigen (Kirchenkasse, bezw. Patron und Eingeparrte, bezw. besonders Verpflichtete) verbunden.
2. Einen Erweiterungsbau, d. i. einen über den sub 1 bezeichneten Umfang hinausgehenden Bau, sofern diese Erweiterung lediglich durch das Schulinteresse veranlaßt ist, haben die Schulbaupflichtigen herzustellen und zu unterhalten.
3. Ob ein bloßer Erneuerungsbau oder Erweiterungsbau vorliegt, ist nach dem Zwecke, welchem der Bau dient, zu beurtheilen.

4. Innerhalb der Dimensionen vom Jahre 1846 lediglich durch das Schulinteresse nothwendig gewordene Veränderungen liegen bezüglich der ersten Einrichtung den Schulbaupflichtigen ob, bezüglich der weiteren Unterhaltung den Kirchenbaupflichtigen.
5. Einen erweiterten Neubau haben die Kirchenbaupflichtigen mit den Schulbaupflichtigen nach Maßgabe des Verhältnisses des alten Schul- und Küsterhauses zum Erweiterungsbau herzustellen und zu unterhalten.

e) G. B. Nr. 259. VIII. vom 16. October 1889.

Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 19. November 1887 (Entsch. Bd. XV. S. 273). Wie zu Erweiterungsbauten an katholischen Pfarrschulen, welche durch das Schulinteresse nothwendig geworden, so sind auch zu Anschaffung von Utensilien für die neuerrichtete Schulkasse die schulunterhaltungspflichtigen (politischen) Gemeinden in Concurrenz mit der Guts Herrschaft verbunden.

Nr. 474. Baupflicht an Schul- und Küsterhäusern in Dörfern mit Tochterkirchen.

Nach einem Urtheile desselben Gerichts vom 20. Februar 1886 (Entscheidungen Bd. XIII. S. 260) finden die Vorschriften des Gesetzes vom 21. Juli 1846 auf Schulhäuser, die erst ist in Ausführung der Königlichen Verordnung vom 2. Mai 1811 über die Trennung der Küstereien an Tochterkirchen von den Küstereien an den Mutterkirchen zugleich zu Küsterwohnungen geworden sind, keine Anwendung, und erleiden die für Schulhäuser in Dörfern mit Tochterkirchen zur Zeit der Ausführung jener Verordnung bezüglich der Baulast bestehenden Normen durch Uebertragung der Küsterdienste an die Lehrer in derartigen Dörfern nur insofern eine Aenderung, als die Unterhaltung der Wohnräume — im Gegensatz zu sonstigen, zur Schule gehörigen Räume und Baulichkeiten —, soweit sie dem Schulverbande oblag, auf die zur Tochterkirche eingepfarrten Dörfer übergeht. (G. B. Nr. 260. X. S. 14).

Nr. 475.

G. B. Nr. 253. XIV. vom 23. Februar 1889.

Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 21. October 1876 (Entsch. Bd. I. S. 192).

Die Schulaufsichtsbehörde kann nur die Befriedigung des gegenwärtigen Bedürfnisses verlangen. Für die in Folge einer möglichen künftigen Vermehrung der Kinderzahl erforderliche Anstellung eines zweiten Lehrers u. im Voraus zu sorgen, ist die Schulgemeinde nicht verpflichtet.

Nr. 476.

G. B. Nr. 240. III. vom 14. Juli 1886.

Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 4. November 1885 (Entsch. Bd. XII. S. 226).

Die königliche Bezirks-Regierung ist zur Beschlußfassung über die strittige Nothwendigkeit eines Schulbaues und Vertheilung der Kosten auch dann verpflichtet, wenn der Bau bereits ausgeführt ist¹⁾.

Die vorstehend nur kurz auszugsweise mitgetheilten Urtheile oberster Gerichte sind an den angeführten Orten der gedruckten Verordnungen des Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes ausführlich abgedruckt und erforderlichen Falls dort einzusehen.

¹⁾ Vgl. hierzu Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 30. December 1885 in G. B. Nr. 256. XVI., wonach bei Schulbauten die Regulierung des Interimistitums vor einem Rechtsstreite nicht absolute Bedingung ist; anders bei streitigen Kirchen-, Pfarrei- und Küsterei-Bauten, oben S. 551 ff.

Außerdem sind ebenda mehrere Urtheile mitgetheilt, welche die katholischen Schulreglements Schlesiens betreffen, und folgende Punkte klarstellen:

Die Vorschriften des Allg. Landrechts, namentlich die §§ 34—36 Titel 12 Theil II. finden auf die katholischen Schulen Schlesiens keine Anwendung (Ob.-Verw.-Ger. 21. April 1886, Entsch. Bd. XIII. S. 279 und G. V. Nr. 256. XVIII.). Für Schlesien gelten vielmehr als Provinzialrecht das General-Landschulreglement vom 3. November 1765 und das Schulreglement vom 18. Mai 1801 für die niederen katholischen Schulen Schlesiens (a. a. O. und Ob.-Verw.-Ger. 23. September 1885, Entsch. Bd. XII. S. 229 bezw. G. V. Nr. 240. IV.). Das Landrecht ist hier auch nicht subsidiäre Rechtsquelle (Ob.-Verw.-Ger. 7. Januar 1891, Entsch. Bd. XX. S. 175 bezw. G. V. Nr. 293. XII.). Die katholischen Schulreglements vom 3. November 1765 und 18. Mai 1801 kennen keine Schulgemeinde mit juristischer Persönlichkeit (Ob.-Verw.-Ger. 27. Februar 1888, Entsch. Bd. XIII. S. 253 bezw. G. V. Nr. 256. XIV.), keine der landrechtlichen Schulgemeinde entsprechende Hausvatersozietät (Ob.-Verw.-Ger. 21. Februar 1880, Entsch. Bd. VI. S. 174 bezw. G. V. Nr. 255. VIII. und G. V. Nr. 293. XII.). Beitragspflichtig sind also die Guts herrschaften mit den Ortsgemeinden und zwar die Guts herrschaften des Schulbezirks einerseits und die Stellenbesitzer der Gemeinde außerhalb des Gutsbezirks andererseits (G. V. Nr. 255. VIII. und 256. XVIII.):

- a) zu Schulbauten; wobei über den Vertheilungsmaßstab der Kosten zwischen Gemeinde und Herrschaft (G. V. Nr. 240. IV. und 256. XVIII.);
 - b) zur Unterhaltung der Lehrer (G. V. Nr. 255. XIII.);
 - c) zur Befoldung neuer Lehrer, bezw. einer Industrie-Lehrerin (G. V. Nr. 253. XVI.);
 - d) zu Mietfien der Schulhäuser und zur Heizung der Schulklassen (G. V. Nr. 293. XII.).
- Das Getreide deputat entrichten alle wirklichen Ackerbesitzer (G. V. Nr. 259. VI.).

Zu § 30 Allg. Landrecht Titel 12 Theil II. „Sind für die Einwohner verschiedener Glaubensbekenntnisse an Einem Orte mehrere gemeine Schulen errichtet, so ist jeder Einwohner nur zur Unterhaltung des Schullehrers seiner Religionspartei beizutragen verbunden“ ist ein erläuterndes Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 15. April 1882 in G. V. Nr. 255. XIII. abgedruckt.

Einundzwanzigster Abschnitt. Kirchhöfe (Begräbnißplätze).

Vorbemerkung. a) Die erste Nachricht über Kirchhofs-Erweiterungen oder Neuanlagen ist an die kirchliche Aufsichtsbehörde zu richten. G. V. Nr. 240. IV. oben S. 517 und 522.

b) Ueber Betheiligung von Kriegervereinen bei Leichenbegängnissen siehe G. V. Nr. 362. IV. oben S. 425.

c) Quibus non licet dare ecclesiasticam sepulturam. Siehe Rituale Wratislaviense pag. 165.

Nr. 477. Veräußerung pfarrerlicher Grundstücke zur Anlegung oder Erweiterung von Kirchhöfen.

G. B. Nr. 55. I. vom 21. Juni 1854.

Die vielen Anzweiflungen, welche staatlicherseits den kirchlichen Gerechtsamen, namentlich rücksichtlich der Begräbnißplätze, in jüngster Zeit erhoben worden sind, haben Se. Fürstbischöfliche Gnaden zu der Entschliebung geführt,

die Veräußerung pfarrlicher Grundstücke zur Erweiterung resp. neuen Anlegung von Begräbnißplätzen nur dann zu genehmigen, wenn der neue, resp. erweiterte Begräbnißplatz Eigenthum der betreffenden Kirche und für das abgetretene Grundstück ein anderes in quali et quanto gleiches Grundstück der Pfarrei als Eigenthum erworben, und hier wie dort der Besitztitel für die Pfarrei resp. Kirche berichtigt wird.

Indem wir diese Ordinariats-Anordnung hierdurch zur Kenntniß der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit bringen, erwarten wir, daß in Zukunft Anträge auf Veräußerungen pfarrlicher Grundstücke zu dem angegebenen Zwecke nur dann bei uns erhoben werden, wenn die bezeichneten Bedingungen bereits festgestellt worden sind, und bemerken wir, daß bei Veräußerungen kirchlicher Grundstücke überhaupt stets darauf zu sehen ist, daß für die erhaltene Summe ein anderes Grundstück für das betreffende kirchliche Institut erworben wird.

Nr. 478. Berechtigung der Kirchengemeinde zur Anlegung confessioneller Kirchhöfe.

G. V. Nr. 112. IV. vom 29. März 1859.

Um den bisherigen Schwankungen und wohl auch Willkürlichkeiten zu begegnen, mit denen bisher die Erweiterungen resp. Anlegungen von Kirchhöfen nicht selten behandelt wurden, theilen wir der Ehrwürdigen Curatgeistlichkeit zwei Ministerial-Rescripte, in denen die desfalligen Grundsätze ausgesprochen werden, zur Kenntnißnahme und vorkommenden Falls zur Nachachtung nachstehend mit:

Auf den Bericht vom 10. Januar d. J. A. II. VII. 6. erwidere ich der Königl. Regierung, daß, sofern die Erweiterung des vorhandenen resp. die Anlage eines neuen Kirchhofes nothwendig ist, nicht außer Betracht zu lassen sein wird, daß der Kirchhof im vorliegenden Falle nicht der politischen Gemeinde gehört, sondern kirchliches Eigenthum ist. Die Kirchengesellschaften werden daher auch für das erweiterte Bedürfniß Sorge zu tragen haben (Rescript vom 30. November 1832 — von Kampz, Annalen, Band 16, Seite 927), wobei zu beachten, daß die Anlegung und Beibehalten von Begräbnißplätzen für verschiedene Confessionen grundsätzlich zu vermeiden ist. Keiner Kirchengemeinde kann überdies verjagt werden, für ihre Angehörigen einen Leichenhof anzulegen, keine Confession aber ohne speciellen Rechtsgrund angehalten werden, dies gemeinschaftlich mit einer andern zu thun oder für das Bedürfniß der Befenner einer andern Confession mit Sorge zu tragen. Wenn daher im vorliegenden Falle die katholische Kirchengemeinde mit Genehmigung des Herrn Fürstbischöfs ihrem Bedürfniße abzuhelpen bereit ist, so ist ihr dies zu gestatten. Es würden alsdann die Evangelischen von Steine und Margareth anzuhalten sein, ihrerseits für sich einen Begräbnißplatz zu beschaffen. Die bedeutende Anzahl der Evangelischen an den genannten Orten — 211 — dürfte es gerechtfertigt erscheinen lassen, für sie einen besondern Kirchhof anzulegen, event. würde darauf Bedacht zu nehmen sein, daß ihnen die Mitbenutzung des evangelischen Kirchhofes zu Schwoitsch eingeräumt werde.

Wenn die Evangelischen das Miteigenthum des Kirchhofes zu Margareth in Anspruch nehmen, so eignet sich diese Frage nicht zur Entscheidung im Verwaltungswege, und es ist daher den Interessenten zu überlassen, dieselbe im Wege Rechts zur Ausführung zu bringen.

Nach diesen Grundsätzen wolle die Königliche Regierung die weiteren Verhandlungen leiten und das katholische Kirchen-Collegium zu Margareth auf die wieder angeschlossene Vorstellung vom 4. December v. J. unter Rückgabe deren Anlagen vorläufig bescheiden.

Berlin, den 17. April 1858.

An
die Königliche Regierung
1783 E./173 K. zu Breslau.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
(gez.) von Raumer.

Auf den Bericht vom 11. Mai d. Js. A. II. VII. 81,
den Kirchhof zu Margareth betreffend,
erwidere ich der Königlichen Regierung, daß zu einer Abänderung meines
Erlasses vom 17. April d. Js. — 1783 E./173 K. — keine Veran-
lassung vorliegt.

Das Allgemeine Landrecht betrachtet die Begräbnißplätze nicht als sanitäts-
polizeiliche, sondern als nach gesetzlicher Regel kirchliche Anstalten. Es geht
dies ebensowohl aus den Specialbestimmungen, Theil II. Titel 11. §§ 183
bis 190 und 761—765, als auch daraus hervor, daß es von denselben
ausschließlich im Titel „von den Rechten und Pflichten der Kirchen und
geistlichen Gesellschaften“ und in den Abschnitten „von den Gütern und
dem Vermögen der Kirchengesellschaften“ und „von der Verwaltung der
Güter und des Vermögens der Pfarrkirchen“ handelt. Das Allgemeine
Landrecht stellt hiermit nichts Neues auf, sondern folgt lediglich dem kano-
nischen und dem gemeinen Rechte. Und wie noch jetzt die christliche Kirche
die Bestattung ihrer Todten als eine wesentlich religiöse Handlung ansieht,
so läßt sich mit Recht sagen, daß die Beschaffung des dazu erforderlichen
Raumes nicht weniger im kirchlichen Bedürfnisse liege, als die Herstellung
der Kirchengebäude selbst.

Communal-Begräbnißplätze sind in den östlichen Provinzen der Monarchie
nur als eine Ausnahme von der Regel zu betrachten, und schon aus diesem
Grunde wird deren Anlage nicht zu begünstigen sein.

Es ist daher bei Einrichtung der für nöthig erachteten fernerweitigen
Begräbnißanlage in Margareth die evangelische Gemeinde in Ermangelung
gütlicher Einigung zur abgesonderten Befriedigung ihres Bedürfnisses
anzuhalten.

Die Königliche Regierung hat demgemäß der Anweisung vom 17. April d. J.
zu genügen, und sollten die weiteren Verhandlungen zu keinem befriedigenden
Ergebniß führen, sofern nicht anderweite, event. anzuzeigende Bedenken ent-
gegentreten, durch förmliches Resolut über die Beschaffung des erforderlichen
Begräbnißraumes und Tragung der Kosten zu befinden.

Berlin, den 31. December 1858.

An
die Königliche Regierung
1294 K./10550 E. zu Breslau.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
(gez.) von Bethmann-Hollweg.

Zusatz, betreffend die Sicherstellung der religiösen Interessen der theiligten
Confessionen bei Anlegung kommunaler Friedhöfe.

a) Ein neueres an die Regierung in Breslau gerichtetes und den
übrigen Regierungen abschriftlich mitgetheiltes Ministerial-Rescript vom

26. Juli 1864 (Min.-Bl. f. i. B. S. 154) spricht sich in einem besonderen Falle dahin aus, „daß die Civilgemeinde nicht zwangsweise angehalten werden kann, dem Verlangen der katholischen Gemeinde-Angehörigen, daß für dieselben ein besonderer Raum auf dem Kirchhofe bestimmt und mit einem Crucifix bezeichnet werde, da der Gemeinde die Staatsgenehmigung zur Anlage eines Begräbnißplatzes ohne eine die Theilung desselben nach Confectionen betreffende Bedingung ertheilt worden ist“, nimmt aber unter Bezugnahme auf das Rescript vom 30. November 1832 (v. Rapph, Annalen Bd. 16, S. 296) Veranlassung, „im Allgemeinen darauf hinzuweisen, daß bei der Anlage neuer Kirchhöfe so viel als möglich auf die Einrichtung von Confections-Kirchhöfen Bedacht zu nehmen, falls aber die Anlage eines Communal-Kirchhofes nicht zu vermeiden sein sollte, in geeigneter Weise wenigstens dafür zu sorgen ist, daß über eine die religiösen Interessen der theilgenommenen Confectionen sicherstellende Begräbnißordnung bei Zeiten und jedenfalls vor Ertheilung der erforderlichen Staatsgenehmigung eine entsprechende Verständigung resp. Festsetzung herbeigeführt werde“.

b) Bei Anlage von Communal-Friedhöfen ist zwar die Einwilligung der geistlichen Oberen aus § 764, Theil II. Titel 11 Allg. Landrecht nicht erforderlich. Die Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern haben aber in einem den Ober-Präsidenten, Königl. Regierungen und Regierungs-Präsidenten mitgetheilten Erlaß vom 27. April 1886 (Min.-Bl. S. 92) Folgendes ausgesprochen: „Daß bei der Errichtung der Letzteren (communalen Begräbnißplätze) jedoch auf die kirchlichen Interessen gebührend Rücksicht zu nehmen und geeigneten Falls mit den geistlichen Oberen in Communication zu treten ist, haben wir in Anlaß von Specialfällen bereits wiederholt angeordnet und ist auch in Zukunft vor der Ertheilung der Genehmigung demgemäß zu verfahren“.

Nr. 479. Die Kosten für die sanitätspolizeiliche Untersuchung fallen der Staatskasse zur Last.

G. B. Nr. 260. XVIII. vom 16. Januar 1890.

Eine Abschrift der nachstehenden, an den Königl. Regierungs-Präsidenten zu N. gerichteten Verfügung ist den übrigen Königl. Regierungs-Präsidenten, Königl. Regierungen und dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zugegangen:

Auf den gefälligen Bericht vom 14. Juni d. J. erwidern wir Erw. zc. ergebenst, daß wir die in demselben dargelegten Ansichten nur für zutreffend erachten können.

Bei der Prüfung der zu öffentlichen Begräbnißplätzen bestimmten Grundstücke zu dem Zwecke, um die Entscheidung über die erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorzubereiten, wird die Thätigkeit der Medizinalbeamten in erster Linie nicht für Interessen in Anspruch genommen, deren Befriedigung den Gemeinden gesetzlich obliegt. Diese Prüfung geht vielmehr über die örtlichen Interessen hinaus und betrifft

hauptsächlich allgemeine landespolizeiliche Interessen, so daß es Sache der staatlichen Verwaltungsbehörden ist, das Gutachten des Kreisphysikus zu erfordern, und die Zahlung der hierfür erwachsenden Kosten aus der Staatskasse sich rechtfertigt.

Ev. zc. ersuchen wir ergebenst, gefälligst der Ober-Rechnungskammer unter Bezug auf die in der Ministerial-Instanz geltende Auffassung zu antworten.

Berlin, den 10. September 1889.

Der Minister der geistlichen zc. Angelegenheiten.

In Vertretung: Rasse.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: v. Zastrow.

Die Verfügung ist abgedruckt im Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten pro 1889 S. 163. Die diesseitigen Verordnungen Nr. 112. IV. und 246. IV. werden hierdurch selbstredend nicht berührt¹⁾.

Nr. 480. Entwurf einer Begräbnißordnung.

G. S. Nr. 334. III. vom 15. Juli 1897.

Bei der sanitätspolizeilichen Prüfung der Begräbnißordnungen ist nicht selten die sorgfältige Beachtung der Beschlüsse der Königl. Wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen vom 1. October 1890 vermißt worden. Um die mit der hierdurch vielfach erforderlich gewordenen Umarbeitung derselben für alle Betheiligten verbundenen Weiterungen thunlichst zu vermeiden, hat der Herr Regierungs-Präsident von Breslau uns einen Entwurf für die in die Begräbnißordnungen bei ihrer Neuaufstellung zweckmäßig aufzunehmenden Bestimmungen überandt, welchen wir nachstehend den kirchlichen Körperschaften zur Beachtung mit dem Bemerken mittheilen, daß, obgleich derselbe zunächst für den Regierungsbezirk Breslau bestimmt und maßgebend ist, gleichwohl als Norm auch für Aufstellung von Begräbnißordnungen in den übrigen Bezirken dienen dürfte.

Entwurf von Bestimmungen, welche in einer Begräbnißordnung bei deren Neuaufstellung zweckmäßig Aufnahme zu finden haben.

§ 1. Die Beerdigungen haben auf allen Begräbnißplätzen in fortlaufender Reihenfolge zu geschehen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn die Beerdigung in einem Familienbegräbniß statthat²⁾.

§ 2. Für Erwachsene und Kinder sind besondere Gräberreihen anzulegen.

§ 3. Jede Grabstelle ist dauerhaft zu bezeichnen.

§ 4. Es ist ein zweckmäßig mit einem Grundplan versehenes Register anzulegen und ordnungsmäßig zu führen, aus welchem sich der Name, das Lebensalter, die Tage des Todes und der Beerdigung des Begrabenen, sowie im Falle der Tod an einer Infektionskrankheit eingetreten ist, die Art der letzteren ergeben.

§ 5. Die Anlegung von Gräben ist thunlichst einzuschränken und von der besonderen Genehmigung der Orts-Polizei-Behörde im Einzelfalle abhängig zu machen. Letztere erscheint nur zulässig, wenn die Gruft allseitig, also auch nach oben hin, durch Mauerwerk dicht umschlossen und mit Ein-

¹⁾ Oben S. 517 bezw. 561.

²⁾ Hinsichtlich der Selbstmörder siehe S. 574.

richtungen versehen wird, welche die stete Erneuerung der Grabluft ermöglichen, ohne den Abzug derselben in die Nähe von Wohnungen zu gestatten.

§ 6. In jedes Grab ist nur soviel Leichenmaterial zu bringen, als der Körpermasse eines Erwachsenen entspricht. Erweist sich die Anlage von Massengräbern als unabweisbar nothwendig, so ist bei ihrer Herstellung durch Hinzufügung geeigneter Substanzen, wie Kalk, Holzkohle u. a. zu den Leichen eine unschädliche Bindung der Leichenfäulnißprodukte anzustreben.

§ 7. Jede gewöhnliche Grabstelle muß eine Länge von 2,50 m und eine Breite von 1,30 m haben. Die Tiefe der Gräber ist durch Bestimmung der Entfernung zwischen dem höchsten Punkte des eingestellten Sarges und dem Niveau der Erdoberfläche festzusetzen. Bei günstiger Bodenbeschaffenheit ist dieselbe mit 0,9 m hinreichend bemessen, wenn über dem Grabe noch ein Hügel aus der dem Sargraum entsprechenden Erde aufgeworfen wird.

§ 8. Bei Gräbern für Leichen von Kindern kann zwar hinsichtlich der Länge und Breite die Größe des Sarges maßgebend sein, doch gilt in Ansehung der Tiefe auch für diese Gräber die im vorigen Paragraph enthaltene Bestimmung.

§ 9. Die ausgeworfenen Erdschollen sind vor der Zufüllung aufzulockern und die Gräber dann sorgfältig zu füllen.

§ 10. Zwischen je zwei Einzelgräbern ist eine Erdschicht zu belassen, welche genügt, um die von der Leiche seitwärts ausgehenden Zersetzungsstoffe aufzunehmen und zu verarbeiten. Bei günstiger Bodenbeschaffenheit genügt eine Dicke von 0,3 m.

§ 11. Die Eröffnung einer Grabstelle in der Absicht, dieselbe anderweitig zu Beerdigungen zu benutzen, darf das erste Mal erst erfolgen, wenn die Leiche darin 20 Jahre gelegen hat. Die endgiltige Festsetzung des Turnus wird bis zum Ablauf dieser ersten Frist vorbehalten.

§ 12. Da die Entfernung der Leichen aus der Umgebung der Lebenden für die öffentliche Gesundheitspflege von großer Wichtigkeit ist, so ist auf die Errichtung von Leichenhallen auf dem Begräbnißplatze behufs Aufbewahrung der Leichen vor der Beerdigung thunlichst hinzuwirken.

Die Leichenräume der Halle sollen zu verschließen, gut zu lüften, vor dem Zutritt von den Insekten möglichst zu schützen, mit leicht zu reinigenden Fußböden und Wänden zu versehen, zu desinfizieren und kühl zu halten sein.

Nr. 481. Recht zur Aufstellung des Todtengräbers.

G. B. Nr. 169. VI. vom 16. Januar 1868.

In der Habersdorfer Kirchhofs-Angelegenheit theilen wir Euer Fürstbischöflichen Gnaden in Folge höhern Auftrags ergebenst mit, daß die Frage wegen Besetzung des Todtengräber-Amtes Seitens des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten ihre Entscheidung dahin gefunden hat, daß die Todtengräber, wenn schon zu den kirchlichen Beamten im weiteren Sinne des Wortes gehörig, doch nicht zu denjenigen Kirchenbeamten zu zählen seien, auf welche § 556 Tit. 11 Theil 2 Allg. Landrecht Anwendung finde, daß dieselben vielmehr als lediglich zur Verrichtung mechanischer Dienste angenommen, in einem einfachen Vertragsverhältnisse zu dem Eigenthümer des Kirchhofs stehend anzusehen, letzterem mithin, beziehungsweise bei Kirchhöfen,

welche zu einer Kirche gehören, dem Kirchenkollegium, das Recht, jenen zu berufen, zusehe, nicht aber dem Patrone, welchem überlassen bleibe, seine Ansprüche im Rechtswege geltend zu machen.

Breslau, den 3. Juni 1859.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen.

An den

(Unterschriften.)

Fürstbischof von Breslau Herrn Dr. Förster,
Fürstliche Gnaden.

Was hier vom Patrone gesagt ist, gilt auch von der Kirchhofs- resp. Dorfgemeinde.

Die Kirchenkollegien werden beauftragt, überall nach vorstehendem Ministerialerlasse zu verfahren und in keinem Falle das ihnen zustehende Recht der etwaigen Erhaltung eines doch nur faulen Friedens zu opfern.

Nr. 482. Verwaltung und Beaufsichtigung der Kirchhöfe. Recht des Pfarrers auf Anweisung von Grabstellen.

a) G. B. Nr. 40. V. vom 24. December 1852.

Da eine ordnungsmäßige Verwaltung und Beaufsichtigung der Kirchhöfe eben so sehr im Interesse der betreffenden Kirchfassen, als der auf dieselben begrabenden Gemeinden wünschenswerth und nothwendig ist; da ferner den Kirchen in der Regel das Eigenthumsrecht auf die zu ihnen gehörenden Kirchhöfe zusteht, und das Gegentheil bewiesen werden muß: so haben uns Seine Eminenz, unser Hochwürdigster Cardinal und Fürstbischof Melchior angewiesen, nachstehende Anordnungen und Vorschriften bekannt zu machen:

1. Die Herren Pfarrer resp. Kirchenkollegien haben die zu den ihrer Verwaltung unterstellten Kirchen gehörige Kirchhöfe sorgfältig zu beaufsichtigen; die entfernt liegenden sind der Aufsicht der Rister oder anderer geeigneter Personen anzuvertrauen, diese Beaufsichtigung aber genau zu controlliren;
2. es darf kein gemauertes Grab, keine Familiengruft errichtet und kein Grabdenkmal gesetzt werden ohne Genehmigung des Pfarrers resp. des Kirchenkollegiums und ohne vorgängige Erlegung der hierfür festgesetzten Gebühren.

Der hier folgende Tarif ist inzwischen durch das Stolzgebühren-Reglement vom 3. August/26. September 1868 ersetzt.

Seine Eminenz verlangen um so mehr genaue Befolgung vorstehender Anordnung, als durch dieselbe kein Recht verletzt wird und wohlbegründete Rechte, sobald sie uns nachgewiesen werden, keineswegs verletzt werden sollen.

Indem wir Vorstehendes den Herren Pfarrern resp. Kirchenkollegien zur gewissenhaften Nachachtung bekannt machen, tragen wir den Herren Fürstbischöflichen Commissarien und Erzpriestern auf, über die Befolgung dieser Anordnung zu wachen.

b) G. B. Nr. 91. I. vom 25. Mai 1857.

In der Nr. 40. V. dieser Verordnungen ist die Ehrwürdige Curatgeistlichkeit angewiesen worden, die Gerechtsame der betreffenden Kirchen rücksichtlich der Grabdenkmäler u. s. w. wahrzunehmen. Da wegen mancherlei

¹⁾ In einem besonderen Falle ist indeß zu Gunsten des Patrons entschieden worden.

ungünstigen Entscheidungen vielleicht Zweifel über die Giltigkeit der gedachten Verordnung entstanden sind: so theilen wir hier diejenigen Gründe, auf welche hin das hiesige Königliche Appellationsgericht in einem Falle zu Gunsten der klagenden Kirche entschieden hat, zur Kenntniß- und vorkommenden Falls Rücksichtnahme mit.

Das kirchliche Recht ist hiernach auf folgende Sätze gegründet:

1. die Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung an die Kirche als Eigenthümerin des Kirchhofes ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen vom Baue auf fremdem Boden (§ 327 flg. I. 9. Allg. Landrecht) von selbst;
2. die Taxe — abgesehen von der anderweiten verbindlichen Kraft derselben — vertritt, wenn Jemand ein Denkmal errichten läßt, ohne vorher mit dem Kirchenkollegium Abkommen zu treffen, nach § 82 I. 5 des Allg. Landrechts die Stelle eines Vertrages.

c) G. B. Nr. 214. III. vom 12. September 1875

Dem Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amt übersenden wir anbei einen Abdruck der von uns heute erlassenen Circular-Befugung, betreffend die Anmeldung von Sterbefällen, zur gefälligen Kenntniß, mit der ergebenen Anheimgabe, dieselbe im kirchlichen Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Breslau, den 31. Juli 1875.

An das
Fürstbischöfliche General-Vicariat-Amt
2. K. IX. 4177.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
v. Wilnowski.

hieselbst.

Breslau, den 31. Juli 1875.

In Veranlassung eines Specialfalles machen wir darauf aufmerksam, daß durch das Gesetz vom 9. März d. J. über die Beurkundung des Personenstandes, speciell durch die Bestimmungen im 4. Abschnitt, §§ 39 bis 43 bezüglich der Begräbnisse nur die eine Aenderung gegenüber den bisherigen Vorschriften getroffen worden ist, daß keine Beerdigung stattfinden darf, bevor der Sterbefall Seitens des Standesbeamten in das Sterberegister eingetragen worden ist¹⁾; es sei denn, daß die Ortspolizeibehörde die Beerdigung gestattet hätte.

In allen übrigen Beziehungen sind die früheren Vorschriften in Kraft geblieben.

Den Standesbeamten als solchen steht durchaus keine Einwirkung auf den Todtengräber zu, ebenso wenig hat er die Aufsicht über die Begräbnisse und überhaupt über die Kirchhofsangelegenheiten zu führen. Das Ressort des Standesbeamten ist völlig von dem Polizei-Ressort und dem Ressort der kirchlichen Angelegenheiten getrennt.

Der Todtengräber steht nach wie vor unter derjenigen Behörde, welche die Aufsicht über den Kirchhof und dessen Verhältnisse führt.

Um nun den bisherigen Kirchenbuchführern die Fortführung der Todtenregister im kirchlichen Interesse zu ermöglichen, ordnen wir hierdurch an:

¹⁾ Das Landgericht Ratibor verurtheilte am 31. Januar 1894 einen Pfarrer wegen vorzeitiger Beerdigung auf Grund des § 60 des Gesetzes über Beurkundung des Personenstandes und § 367 Nr. 2 des Strafgesetzbuches, weil dieser als Vorsitzender des Kirchenvorstandes über den Begräbnisplatz disponire. Das Oberlandesgericht Breslau erkannte ebenso.

daß die Kirchhofbeamten eine Beerdigung nicht eher gestatten resp. vornehmen dürfen, bevor der Sterbefall dem Geistlichen der Pfarodie angezeigt, und von diesem eine Bescheinigung hierüber ertheilt ist.

Die Beamten der Pfarochial- wie der Communal-Begräbnißplätze sind hiernach alsbald ressortmäßig in Kenntniß zu setzen.

Die Herren Landräthe wollen dieses Circular in der nächsten Nummer des Kreisblattes zur Kunde des Publikums bringen.

An die Herren
Landräthe und den Herrn Polizei-Präsidenten
in Breslau, sowie an die Herren Superinten-
denten und Erzpriester des Regierungsbezirks.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.
v. Wilmowski.

2 K. IX. 4177.

d) Ministerialrescript vom 29. Januar 1891.

Auf den gefälligen Bericht vom 4. März v. J. erwidern wir Ew. Hochwohlgeboren im Einverständniß mit dem Evangelischen Oberkirchenrath Folgendes: Im Allgemeinen, und wenn dem nicht, wie es im französisch-rechtlichen Theile der Rheinprovinz der Fall ist, bestimmte Vorschriften entgegenstehen, ist die Anweisung von Grabstellen auf Begräbnißplätzen nicht als Ausfluß des staatlichen Aufsichtsrechtes oder als Befugniß der Ortspolizeibehörden anzusehen, sondern als ein Akt der Verwaltung, welcher dem Eigenthümer des Platzes gebührt, unbeschadet der namentlich in gesundheitlicher Beziehung in Betracht kommenden allgemeinen polizeilichen Befugnisse. Unter diesen Umständen und da derjenige Platz in der Umgebung der Kirche zu O., auf welchem die Grabstätte der verstorbenen Wittve Z. durch den Pfarrer A. angewiesen worden ist, sich unzweifelhaft im Eigenthum der Kirche zu O. befindet, liegt kein Anlaß vor, den Pfarrer zu O. zurechtzuweisen oder über sein künftiges Verhalten hinsichtlich der Gräberanweisung auf dem kirchlichen Begräbnißplatze zu verständigen.

An den
Herrn Regierungs-Präsidenten
zu N.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.
J. B.: (gez.) Barkhausen.
Der Minister des Innern. (gez.) Herrfurth.

Nr. 483. Erhaltung alterthümlicher Grabdenkmäler.

G. S. Nr. 254. II. vom 26. März 1889.

Se. Fürstbischöfliche Gnaden haben uns beauftragt, nachstehende Ministerial-Erlasse den Kirchenvorständen zur Kenntniß und Nachachtung mitzutheilen:

Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.

U. IV. 4361. G. I. II.

Berlin, den 14. Februar 1889.

Es ist verschiedentlich die Beobachtung gemacht worden, daß der Erhaltung der aus alter Zeit herrührenden Grabsteine, soweit sie von urkundlichem oder künstlerischem Werthe sind, nicht diejenige Aufmerksamkeit zugewendet wird, welche im Interesse der Denkmalspflege wünschenswerth ist.

Ich sehe mich daher veranlaßt, den an die Königlichen Regierungen gerichteten Erlaß vom 12. Juni 1855 — Nr. 11504 E — ergebens in Erinnerung zu bringen, wobei ich bemerke, daß derselbe, wie auch aus der Begründung ersichtlich wird, nur auf alte Grabsteine von urkundlichem

oder künstlerischem Werthe zu beziehen ist. Unter dieser Voraussetzung wird aber auch das häufig bemerkte Anstreichen und Uebertüncchen alter Leichensteine möglichst zu unterbleiben haben.

(Unterschrift.)

An die Königlichen Regierungen zu Posen und Bromberg,
sowie an die Herren Präsidenten der übrigen Königl.
lichen Regierungen in den alten Provinzen.

Nach mir zugegangenen Mittheilungen ist neuerlich der Fall wiederholt vorgekommen, daß alte Leichensteine von den Kirchenvorständen veräußert oder anderweitig verwendet worden sind. Da diese Steine durch die auf ihnen befindlichen Inschriften häufig einen urkundlichen Werth haben, auch nicht selten durch künstlerische Ausstattung und Darstellung beachtenswerth sind, und nicht vorauszusetzen ist, daß die nächst theilhaftigen Behörden überall diese Beziehungen genügend zu würdigen im Stande sind, so bestimme ich hiermit, daß von jeder Veräußerung oder anderweitigen Verwendung von Leichensteinen Abstand genommen wird, bis darüber an mich berichtet und die Entscheidung meinerseits erfolgt ist. Die Königliche Regierung hat das hiernach Erforderliche zu verfügen.

Auch sind mehrfach alte, außer Gebrauch gekommene Taufsteine in ungeeigneter Weise beseitigt oder veräußert worden. Ich veranlasse die Königliche Regierung, dafür zu sorgen, daß derartige Taufsteine, wo solche noch vorhanden sind, in den kirchlichen Räumen in angemessener Weise wieder aufgestellt werden.

Berlin, den 12. Juni 1855.

An die Königlichen Regierungen.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts-
und Medicinal-Angelegenheiten.

Nr. 11504 E.

(gez.) von Raumer.

Hiernach wollen — zugleich im Sinne von § 50 Nr. 2, Gesetz vom 20. Juni 1875 und § 2 Nr. 2, Gesetz vom 7. Juni 1876 — die Kirchenvorstände und sonstigen Verwalter kirchlicher Stiftungen vor jeder beabsichtigten Veräußerung oder anderweiten Verwendung von Leichensteinen rechtzeitig der Königlichen Bezirksregierung Anzeige erstatten, auch die bischöfliche Behörde mit Bericht versehen.

Breslau, den 28. Februar 1889.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Nr. 484. De sepultura danda membris humanis amputatis.

G. B. Nr. 346. I. vom 15. Juli 1898.

Superiorissa Generalis Sororum a Matre Dolorosa, quarum Domus matrix Romae exstat, devotissime exponit, in Hospitalibus Congregationis, quae in America Septentrionali exstant, singulis hebdomadibus evenire ut unius vel alterius aegroti brachium seu crus amputetur. Sorores adhuc bona fide ejusmodi membra recisa sive in terra profana sepelierunt, sive, suadente medico, igne combusserunt. Quum vero humilis Oratrix anxia haereat, num Sorores in hac parte recte egerint, devotissime quaerit, utrum ejusmodi agendi ratio etiam in futuro prosequi possit vel non: sive agatur de aegrotis catholicis, sive de acatholicis seu infidelibus. Invat forsan adnotare ejusmodi membrorum sepulturam in aliquo coemeterio saepissime moraliter et haud semel physice impossibilem evadere. Et Deus, etc.

Feria III loco IV, die 3. Augusti 1897.

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis habita ab EEmis et RR. DD. Cardinalibus in rebus fidei et morum Generalibus Inquisitoribus, propositis suprascriptis precibus, praehabitoque RR. DD. Consultorum voto, iidem EE. ac RR. Patres rescribendum mandarunt:

Quoad membra amputata acatholicorum, Sorores praxim suam tuto servare possunt. Quoad membra amputata fidelium baptizatorum, pro viribus curent ut in loco sacro sepeliantur. Sin vero graves obstant difficultates quominus in loco sacro condi possint, circa praxim hucusque servatam non sunt inquitandae. Quoad membrorum combustionem praecipientibus medicis, prudenter dissimulent et obediant. Et ad mentem. — „Mens est quod, si fieri potest, in proprio horto domui adnexo, deputetur aliquod parvum terrae spatium, ad sepelienda membra catholicorum amputata, postquam fuerit benedictum.“

Feria vero VI die 6 eiusdem mensis et anni, in solita audientia R. P. D. Adessori S. O. impertita, facta de his omnibus SSmo D. N. Leoni Div. Prov. PP. XIII relatione, SSmus resolutionem EEmorum Patrum approbavit.

J. CAN. MANCINI, S. R. et U. Inquis. Not.

Nr. 485. Beerdigung unbekannter Leichen.

G. B. Nr. 129. III. vom 18. April 1861.

Seine Fürstbischöfliche Gnaden haben nachstehende, mit der Königlichen Regierung getroffene Vereinbarung über Beerdigung unbekannter Leichen genehmigt und uns beauftragt, dieselbe der Ehrwürdigen Curatgeistlichkeit mit dem Bemerken mitzutheilen, daß dergleichen Leichen auf einen besondern Ort des Kirchhofes zu beerdigen sind. Die desfallsige Vereinbarung aber lautet:

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß es in den an der Oder gelegenen Ortschaften üblich gewesen, unbekannte, aufgefundenene, menschliche Leichname, sobald die Gerichtsbehörde oder die Staats-Anwaltschaft die Beerdigungserlaubnis erteilt hat, ohne Sarg am Fundorte zu beerdigen.

Dieses ungehörige Verfahren kann für die Zukunft nicht mehr geduldet werden und weisen wir deshalb im Einverständniß mit dem Königlichen Consistorium und dem Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amt das Königliche Landrathsamt an, darauf zu halten, daß jeder menschliche Leichnam in einem nothdürftigen Sarge auf einem öffentlichen Kirchhofe begraben werde.

Da aber bei unbekannten Leichnamen nicht zu ermitteln ist, zu welcher Religion sich der Lebende bekannt hat, nach § 189 Theil II. Titel 11 Allgemeinen Landrechts die im Staat aufgenommenen Kirchengesellschaften einander wechselweise in Ermangelung eigener Kirchhöfe das Begräbniß nicht versagen können, so wird ein solcher Leichnam auf Antrag der betreffenden Polizei-Behörde auf dem nächsten Kirchhofe zu begraben sein.

Hierbei weisen wir das Königliche Landraths-Amt zugleich an, sich dieserhalb mit den Kirchenbehörden des Kreises in Verbindung zu setzen.

Breslau, den 2. März 1861.

Circular-Befehl
an sämtliche Landraths-Ämter des
Regierungs-Bezirks Breslau und das
Königliche Polizei-Präsidium

A. I. III. 829.

hier.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.
(Unterschrift.)

Nr. 486. Zulässigkeit der Errichtung eines Kreuzes auf Simultankirchhöfen.

G. B. Nr. 162. V. vom 6. September 1866.

Auf dem von Katholiken und Protestanten als Begräbnißplatz benutzten Kirchhofe zu D., auf welchem bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine katholische Kirche gestanden, errichtete der Pfarrer S. zu S. am 21. September 1864 mit unserer Genehmigung ein Kreuz. Die Dorfgemeinde, daran Aergerniß nehmend, forderte die Entfernung desselben mit der Drohung, daß sie selbst es sonst wegschaffen würde. Der Pfarrer S. wies dieses Ansinnen unter dem Schutze der Königl. Verwaltungsbehörden natürlich zurück und dies hatte zur Folge, daß die Dorfgemeinde unter dem Vorgeben, seit unvordenklichen Zeiten sich im alleinigen Besitze des qu. Begräbnißplatzes befunden zu haben, gegen den Pfarrer S. die Besitzstörungsklage erhob und die Verurtheilung desselben zur Entfernung des Kreuzes beantragte, welche auch ungeachtet der gegen die Klage geführten Einreden, durch das Erkenntniß des Kreisgerichts zu Grünberg vom 7. October 1865 erfolgte. Gegen diese ungerechtfertigte Entscheidung erhob der Pfarrer S. die Nichtigkeitsbeschwerde, das Ober-Tribunal zu Berlin vernichtete die erstere durch das Erkenntniß vom 11. Mai d. J. und wies die Klägerin mit ihrer Possessorienklage zurück. Die Gründe dieses Erkenntnisses, welche allgemein bekannt zu werden verdienen, lauten:

„Daß nicht jede eigenmächtige Handlung an einer fremden Sache, vielmehr nur eine solche zu einer Besitzklage geeignet ist, welche gegen den Besitz sich richtet, entweder um ihn aufzuheben und sich selbst anzueignen, oder um ihn zu stören oder zu beunruhigen; daß jedoch eine solche turbatorische Absicht in der vom Verklagten erfolgten Aufrichtung eines Kreuzes auf dem zither zur Beerdigung von Katholiken sowohl, als von Protestanten benutzten, wenn auch sonst im klägerischen Besitze befindlichen Kirchhofe nicht gefunden werden kann, weil die zur Genügung eines religiösen Bedürfnisses Seitens des Verklagten vorgenommene Handlung weder als auf Erwerb eines eigenen, noch als auf die Beeinträchtigung des klägerischen Besitzes abzielend sich kundgiebt; daß hiernach aber wegen Verkennung der Natur der Besitzstörung das angefochtene Urtheil nichtig und wegen Mangels der Turbation die Possessorienklage hinfällig erscheint.“

Nr. 487. Mitbenutzung katholischer Kirchhöfe seitens der A katholiken.

a) G. B. Nr. 158. I. vom 27. März 1866.

Durch das Gesetz, nach welchem die A katholiken die katholischen Kirchhöfe benützen können, sind dieselben oft so überfüllt, daß katholische Gemeinden neue Kirchhöfe beschaffen oder die alten erweitern müssen. Wenn nun auch das Königl. Ministerium anerkannt hat¹⁾, daß in solchen Fällen die Evangelischen sich einen besonderen Kirchhof zu beschaffen haben, so scheinen doch viele katholische Kirchenkollegien hierauf

¹⁾ Der Erlaß des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten vom 27. April 1855 an die Regierung in Piegitz in der Ober-Hafelbacher Kirchhofs-Sache spricht sich dahin aus, „daß das Mitbenutzungsrecht seiner Natur nach und nach §§ 189 und 761 Allg. Landrechts Theil II, Titel 11 dadurch bedingt, daß es den Angehörigen der anderen Confectionen an einem Begräbnißplatz fehlt. Es kann ohne Unbilligkeit nicht soweit ausgedehnt werden, daß derjenigen Kirchengemeinde, welche einen eigenen Kirchhof besitzt, der Gebrauch dieses ihres kirchlichen Eigenthums durch den Mitgebrauch der Gemeinden

nicht zu achten: sie beantragen vielmehr die Erweiterung der Kirchhöfe, ohne zu bemerken, daß die Ueberfüllung wegen Aufnahme der Katholiken auf dieselben eintrete. Wir beauftragen daher die Kirchenkollegien, darauf zu achten, daß die evangelischen Gemeinden sich eigene Kirchhöfe beschaffen. Dies ist besonders bei sich darbietenden Gelegenheiten und namentlich bei Errichtung evangelischer Pfarreien durch Kündigung der Mitbenutzung des Kirchhofes zu bewirken.

b) G. V. Nr. 333. III. vom 15. Juni 1897.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz theilen wir nachstehendes Schreiben des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien den Kirchenvorständen zur Kenntnißnahme und Nachachtung mit:

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Breslau, den 10. Mai 1897.

J.-Nr. O. P. I. 3916.

Auf die an den Herrn Cultusminister gerichtete, von diesem an mich zur Entscheidung nach Maßgabe des Artikels 24 Nr. 4 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (G.-S. S. 125) und des Artikels III Nr. 4 und Schlußsatz der Verordnung vom 9. September 1876 (G.-S. S. 395) abgegebene Beschwerde vom 28. April 1896 — G. K. 2502a — beehre ich mich Ew. Eminenz sehr ergebenst zu erwidern, daß ich nicht in der Lage bin, die Beschlüsse der evangelischen Kirchengemeinde in Seidenberg wegen Abänderung der Gebührenordnung für den Kirchhof daselbst für ungiltig zu erklären und die diese Beschlüsse bestätigende Verfügung des Regierungs-Präsidenten zu Liegnitz vom 2. März 1896 — II. 2152 — aufzuheben.

Die genannten Beschlüsse, in welchen für alle nicht der evangelischen Kirchengemeinde in Seidenberg angehörigen Personen — also nicht bloß für die Katholiken — die Gebühr für Grabstellen Erwachsener auf 20 Mk. und für Grabstellen von Kindern auf 10 Mk. festgesetzt worden ist, widersprechen nach meiner Ansicht nicht der im § 189 II, 11 Allg. Landrechts getroffenen Bestimmung. Denn es ist darin nicht ausgesprochen, daß die Kirchengemeinden die Benutzung ihrer Kirchhöfe den fremden Confessionsverwandten unter denselben Bedingungen gestatten müssen, wie ihren eigenen Gemeindemitgliedern. Es würde hierin auch insofern eine Unbilligkeit liegen, als die letzteren für die durch die Gebühren nicht gedeckten Unterhaltungskosten des Kirchhofes aufkommen müssen, während die fremden Confessionsverwandten an dieser Verpflichtung nicht Theil nehmen. Eine solche kann hier aus § 761 II, 11 Allg. Landrechts nicht hergeleitet werden. (Vgl. Hirschius not. 43 zu diesem Paragraph.) Mit Rücksicht auf die Erhebung von Grabstellengebühren würde übrigens im vorliegenden Falle nicht der § 761 sondern § 762 a. a. O. zur Anwendung kommen. Ein besonderes Recht der Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde in Seidenberg auf Benutzung des evangelischen Kirchhofes daselbst unter denselben Bedingungen, unter denen die Benutzung

anderer Confession gänzlich entzogen, resp. sie daraus völlig verdrängt werden. Vielmehr wird in Fällen, wo der vorhandene kirchliche Begräbnißplatz für das Bedürfniß beider Confessionen nicht mehr ausreicht, diejenige Kirchengemeinde, welche eines eigenen Kirchhofes entbehrt, für verpflichtet erachtet werden müssen, einen solchen, nöthigenfalls auf eigene Kosten, zu beschaffen.

den Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinde freisteht, kann Mangels dahingehender vertraglicher Abmachungen nicht anerkannt werden. Da die katholische Kirchengemeinde in Seidenberg erst seit wenigen Jahren besteht, wird von dem Erwerb eines solchen Rechtes durch Verjährung nicht die Rede sein können.

Es fragt sich also nur, ob etwa die für die Nichtmitglieder der evangelischen Kirchengemeinde festgesetzten Kirchhofsgebühren so hoch bemessen sind, daß durch dieselben thätssächlich das Recht der Katholiken aus § 189 II, 11 Allg. Landrechts illusorisch gemacht wird. Im Einverständnis mit dem Regierungs-Präsidenten nehme ich dies hier nicht an, und zwar um so weniger, als bei Armenbeerdigungen der Armenverband für die Gebühren einzutreten hat, und als der Gemeindefkirchenrath bisher die Tage bei Bedürftigen schon mehrfach bis auf den vierten Theil zu ermäßigen bereit gewesen ist.

Für die evangelische Kirchengemeinde in Seidenberg liegt insofern eine begründete äußere Veranlassung dazu vor, die Kirchhofsgebühren für Nichtparochianen zu erhöhen, als die räumlichen Verhältnisse des evangelischen Kirchhofes sehr beschränkt sind und bei der ausgedehnten Benutzung desselben durch Nichtparochianen die Gemeinde möglicherweise bald nöthigen werden, sich unter Aufwendung erheblicher Kosten einen neuen Begräbnißplatz zu beschaffen. Es wäre unter diesen Umständen erwünscht, wenn die katholische Kirchengemeinde in Seidenberg die Errichtung eines eigenen Begräbnißplatzes in Erwägung nähme.

An den Cardinal-Fürstbischöf Herrn Dr. Kopp,
Eminenz,

Fürst Haysfeldt.

hier.

Nr. 488. Bestattung der Leichen ist ein Recht der Kirchengemeinde.

G. B. Nr. 272. IX. vom 8. Juni 1891.

Das Leichenbestattungsgewerbe ist beschränkt durch das Recht der Kirchengemeinden, die Bestattung der Leichen der Eingepfarrten auszuführen. Letztere haben die Verpflichtung, in einer die Kirche betreffenden Angelegenheit eintretenden Falls sich nur der Institute der Kirche zu bedienen, womit ein kirchlicher Zweck verfolgt wird. Die für die von der Kirche gewährten Leistungen zu entrichtenden Abgaben haben den Charakter einer kirchlichen Abgabe. (Urtheil des Reichsgerichts vom 28. Januar 1889, Entsch. Bd. 23, S. 22.)

Nr. 489. De usu comburendi hominum cadavera.

G. B. Nr. 241. IV. vom 11. September 1886.

Non pauci Sacrorum Antistites cordatique Christifideles animadvertentes, ab hominibus vel dubiae fidei, vel massonicae sectae addictis magno nisu hodie contendit, ut ethnicorum usus de hominum cadaveribus comburendis instaretur, atque in hunc finem speciales etiam societates ab iisdem institui: veriti, ne eorum artibus et cavillationibus fidelium mentes capiantur, et sensim in eis imminuat existimatio et reverentia erga christianam constantem et solemnibus ritibus ab Ecclesia consecratam consuetudinem fidelium corpora humandi: ut aliqua certa norma iisdem fidelibus praesto sit, qua sibi a memoratis insidiis caveant; a Suprema S. Rom. et Univ. Inquisitionis Congregatione declarari postularunt:

1. An licitum sit nomen dare societatibus, quibus propositum est promovere usum comburendi hominum cadavera?

2. An licitum sit mandare, ut sua aliorumve cadavera comburantur?

Eminentissimi ac Reverendissimi Patres Cardinales in rebus fidei Generales Inquisitores supra scriptis dubiis serio ac mature perpensis, praehabitique DD. Consultorum Voto respondendum censuerunt:

Ad 1.^m Negative, et si agatur de societatibus massonicae sectae filialibus, incurri poenas contra hanc latas.

Ad 2.^m Negative.

Factaque de his Sanctissimo Domino Nostro Leoni Papae XIII relatione, Sanctitas Sua resolutiones Eminentissimorum Patrum adprobavit et confirmavit, et cum locorum Ordinariis communicandas mandavit, ut opportune instruendos curent Christifideles circa detestabilem abusum humana corpora cremandi, utque ab eo gregem sibi concreditum totis viribus deterreant.

Ios. Mancini, S. Rom. et

Feria, IV, die 19. Maii 1886.

Univ. Inquis. Notarius.

Ueber den Schutz, welchen das Strafgesetzbuch den Vertheidigungsplätzen gewährt siehe oben S. 120.

Für Civilkirchhöfe entschied das Reichsgericht am 16. September 1891, daß ein Gemeindebeschluß, die Selbstmörder in einer Reihe für sich zu begraben, ebenso wenig die Rechte der Gemeindeglieder verletze, wie die Anordnung, Erwachsene und Kinder in gesonderten Reihen beizusetzen. (Marr, Das Kirchenvermögensrecht S. 275.) Analog muß dies auch für die kirchlichen Begräbnißplätze gelten.

Zweiundzwanzigster Abschnitt. Versicherung.

Nr. 490. Diöcesan-Feuerversicherungs-Gesellschaft¹⁾.

a) G. B. Nr. 237. X. vom 9. Februar 1886.

Die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit, soweit solche nicht bereits Mitglied der Diöcesan-Feuerversicherungs-Gesellschaft ist, machen wir auf das Bestehen gedachter Gesellschaft seit dem Jahre 1809 hiermit mit folgenden Bemerkungen aufmerksam:

- a) Die Versicherung beruht auf Gegenseitigkeit der Mitglieder und es waren ult. December 1884 Objecte im Werthe von 2 547 900 Mk. versichert.
- b) Versichert können werden:
 1. Bücher, Kleidungsstücke und Meubles,
 2. Haus- und Wirthschaftsgeräthe,
 3. Nutz- und Ackervieh,
 4. Feldfrüchte.

¹⁾ Für die Diöcesan-Feuersocietät, durch ein Reglement vom 11. April 1809 begründet, ist jetzt das „Revidirte Statut“ vom ^{28. Mai} 17. October 1884 maßgebend, welches den zum Eintritt in die Gesellschaft sich Meldenden vom Director zugesandt wird. Jeder Diöcesanpriester ist befugt, mit einer seinen Verhältnissen entsprechenden Summe sich zu versichern. Ueber die Vermögensverhältnisse der Diöcesan-Feuerversicherungs-Gesellschaft, welche wiederholt als die beste, billigste und vortheilhafteste Versicherungsgesellschaft empfohlen worden ist, wird in den gedruckten Verordnungen des General-Vicariat-Amtes periodisch Rechnung gelegt.

- c) An Beiträgen sind zu entrichten von je 3 Mk. Versicherung 1 Pf.:
 1. beim Eintritt in die Gesellschaft als einmaliger Verwaltungskosten-Beitrag und
 2. bei Ausschreibungen von Beiträgen nach Maßgabe des Bedürfnisses.
 d) Anträge auf Annahme als Mitglied sind dem betr. Bezirks-Erzpriester zuzustellen.

Erfahrungsgemäß ist besagte auf Gegenseitigkeit gegründete und nur mit ganz geringen Verwaltungskosten verknüpfte Versicherungs-Gesellschaft die billigste, die zur Zeit besteht. Da auch der Beitritt sowie die Ermittelung von Brandschäden von allen Erschwernissen und Belästigungen befreit ist, so wird besagte Gesellschaft hiermit bestens empfohlen.

b) G. B. Nr. 353. VI. vom 15. Februar 1899.

Mit großer Stimmenmehrheit haben die Mitglieder der Diöcesan-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft den Beneficianten Paul Kruttschek in Reisse für die Jahre 1899/1904 als Director gewählt. Derselbe ist als solcher von uns am 30. December 1898 Nr. 15279 bestätigt worden. In Behinderungsfällen wird während der obigen Amtsperiode der Herr Curatus Gustav Ziegen in Reisse den Herrn Director vertreten.

Nr. 491. Versicherung kirchlicher Gebäude gegen Feuergefähr.

a) G. B. Nr. 236. IV. vom 7. September 1885.

Aus Anlaß eines neueren, ganz unerwarteten Falles lassen wir im hohen Auftrage Sr. Fürstbischöflichen Gnaden die Mahnung ergehen, daß die Versicherung kirchlicher Gebäude gegen Feuergefähr seitens der Kirchen-Vorstände nicht verabsäumt und seitens der Herren Erzpriester und Ortsseelsorger sorgfältig überwacht werde, da sonst, wenn ein Brandunglück eintritt, den verpflichteten Gemeinden oft unerschwingliche Kosten drohen und dringende Verlegenheiten um den Wiederaufbau entstehen.

b) G. B. Nr. 153. I. vom 25. April 1865.

Das Königl. Ministerium der geistlichen Angelegenheiten hat unterm 29. October 1864 folgendes Cirkular erlassen (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 278).

„Auf den Bericht vom 26. Juni d. J. erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Bestimmungen des Staats-Ministerial-Beschlusses vom 19. November 1850 (Minist.-Bl. 1851 S. 14) über die Versicherung fiskalischer Gebäude gegen Feuergefähr analog auch auf die Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude dahin zur Anwendung gebracht werden, daß die Theile derselben, in Ansehung deren dem Fiskus principaliter die Pflicht der Unterhaltung und Wiederherstellung obliegt, gegen Feuergefähr in der Regel nicht zu versichern sind, und daß eine Ausnahme von dieser Regel nur da eintreten darf, wo besondere Ortsverhältnisse nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Königlichen Regierung solches nothwendig machen. In diesen Fällen ist der Grund der ausnahmsweisen Versicherung in den betreffenden Zahlungsanweisungen zu vermerken.

Insoweit hiernach eine theilweise Versicherung von Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden aus fiskalischen Fonds zu bewirken ist, muß dieselbe bei den betreffenden öffentlichen Provinzial-Societäten erfolgen, falls nicht etwa deren Statuten einer solchen theilweisen Versicherungsnahme entgegenstehen.

¹⁾ Herr Ziegen ist inzwischen als Pfarrer nach Brieg versetzt.

Ist letzteres der Fall, so ist auf eine Einigung mit den übrigen Bauverpflichteten hinzuwirken, um die gleichzeitige Versicherung des ganzen Gebäudes bei der öffentlichen Provinzial-Societät bewerkstelligen zu können. Nur wenn auch dies als unausführbar sich erweisen sollte, kann die aus fiskalischen Fonds zu bezahlende Versicherung bei Privatgesellschaften genommen werden, da die Gründe, welche zu dem Staatsministerial-Beschluß vom 13. October 1846 (Minist.-Bl. S. 251) geführt haben, gegenwärtig in noch höherem Grade Beachtung erheischen, und die Höhe der Versicherungsprämien gegenüber allen andern in Betracht zu ziehenden Rücksichten nicht entscheidend sein kann, zumal nach der Eingangs getroffenen Bestimmung der Umfang der Versicherungsnahmen auf fiskalische Kosten voraussichtlich nicht erheblich sein wird.

Wie bei den Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden, bei deren Unterhaltung der Fiskus gar nicht theilhaftig ist, so hat die Königliche Regierung auch bei denjenigen dieser Gebäude, bei denen die Versicherung des fiskalischen Theils nach Vorstehendem zu unterlassen ist, nach wie vor darauf hinzuwirken, daß die von anderen Verpflichteten zu unterhaltenden Theile regelmäßig von denselben gegen Feuergefährdung versichert werden, da bei ihnen die Gründe, welche in Ansehung des Fiskus das entgegengesetzte Verfahren rechtfertigen, nicht zutreffen, und die Versicherung gegen Feuergefährdung im Allgemeinen als eine in guter hausväterlicher Verwaltung begründete Obliegenheit anzusehen ist.

Aus demselben Grunde, und weil hier auch das finanzielle Interesse des Fiskus eventuell wesentlich theilhaftig ist, hat die Königliche Regierung endlich die ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel dahin anzuwenden, daß die Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude, bei denen dem Fiskus nur eine subsidiarische Bauverpflichtung obliegt, in dem Falle nach ihrem ganzen Werthe ausnahmslos gegen Feuergefährdung versichert werden, wo es bei dem Vorhandensein anderer verwendbarer Mittel z. B. der principaliter verpflichteten Kirchenkasse, der Zahlung von Beiträgen zur Versicherungsprämie aus fiskalischen Fonds nicht bedarf. In Ermangelung solcher Mittel ist das Verhältniß dagegen dasselbe und daher auch ebenso zu verfahren, wie da, wo dem Fiskus die theilweise Baupflicht principaliter obliegt.“

Da durch diesen Circularerlaß viele Kirchen, Pfarreien und Schulen unserer Diözese betroffen werden, so theilen wir denselben den resp. Kirchenkollegien mit dem Auftrage hierdurch mit, in allen Fällen, in welchen die Versicherung der qu. Gebäude von Seiten des Königl. Fiskus fernerhin unterlassen werden sollte, darauf hinzuwirken, daß von den beitragspflichtigen Gemeinden, in deren eigenem Interesse, die sämmtlichen Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude nach Maßgabe der Höhe des von ihnen subsidiär zu leistenden Baubeitrages gegen Feuergefährdung, wo möglich bei der von uns empfohlenen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, versichert werden.

Nr. 492. Empfehlung der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft.

G. B. Nr. 25. VII. vom 20. Juni 1851.

Die Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft hat sich für den Fall, daß dieselbe in der Breslauer Diözese von Ordinariatswegen zur Versicherung von Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Stiftungsgebäuden nebst den darin enthaltenen beweglichen Gegenständen empfohlen

würde, erboten, den Theil ihrer Gewinnhälfte, welcher auf die bei ihr versicherten katholischen kirchlichen Gebäude und Gegenstände der Provinz Schlesien fällt, dem Hochwürdigsten Herrn Ordinarius zu überweisen und schon im Voraus, sobald die betreffende Uebereinkunft zu Stande kommt, zu demselben Zweck die Summe von 500 Thaler zu erlegen. Der besagte kirchliche Gewinn=Antheil soll zu dem gesammten Gewinn=Antheil der Provinz Schlesien sich verhalten wie die Versicherungssumme auf die erwähnten Gebäude und Gegenstände zu der gesammten Versicherungssumme der Gesellschaft in der Provinz Schlesien und Solches alljährlich durch Rechnung nachgewiesen werden. Se. Eminenz, unser Hochwürdigster Herr Cardinal und Fürstbischof Melchior haben kein Bedenken getragen, der Voraussetzung dieses Anerbietens zu entsprechen und zwar um so weniger, als genannte Versicherungs=Gesellschaft sowohl durch die Ausdehnung ihrer Geschäfte, wie durch ihre namhaften Mittel und billigen Versicherungs=Stipulationen sich selbst empfiehlt.

Die genannte Gesellschaft ist dem gegebenen Versprechen stets nachgekommen, hat noch für das Jahr 1900 den Betrag von 800,90 Mk. ad pias causas dem Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amte überwiesen (G. V. Nr. 383. IV.) und ist erneut empfohlen worden.

Nr. 493. Versicherung kirchlicher Institute gegen die Haftpflicht aus Unfällen.

a) G. B. Nr. 332. VI. vom 15. Mai 1897.

Wir machen die kirchlichen Vermögens=Verwaltungsorgane und Vorstände kirchlicher oder Wohlthätigkeits-Institute darauf aufmerksam, daß es sich empfehlen wird, die Kirchen und sonstigen kirchlichen Gebäude, als Pfarr-, Küster-, Organisten- und Stiftungs-Gebäude gegen die gesetzliche Haftpflicht aus Unfällen zu versichern, um bei etwa vorkommenden Unglücksfällen, die aus Nichtbeachtung irgend einer Polizeiverordnung, wie durch Unterlassen des Streuens mit Sand oder Asche bei Glätteis, schlechter Unterhaltung des Trottoirs, ungenügender Beleuchtung der Treppen, Offenlassen von Gruben und Kellereingängen, Herabfallen von Ziegeln oder Mauerpuß, Unterlassen der Säuberung der Dachrinnen, Nichtentfernung von Eiszapfen und Nichtüberwachung von Leuten, die diese Arbeiten auszuführen haben, — entspringen, nicht zu Entschädigungszahlungen, welche zum Theil eine beträchtliche Höhe erreichen, verurtheilt zu werden.

Durch Beitritt zu einer Versicherungsgesellschaft gegen Haftpflicht, deren mehrere in jüngster Zeit gebildet worden sind, werden bei einer verhältnißmäßig nur geringen Prämienzahlung die betreffenden Institute und deren Vorstände nicht nur von Führung von Haftpflichtsprozessen und von Tragung der daraus erwachsenden Kosten entbunden, sondern auch von jeder durch Urtheil in strafrechtlicher und vermögensrechtlicher Beziehung zu leistenden Entschädigung an die Verunglückten.

Als Versicherungsgesellschaften gedachter Art bezeichnen wir:

„den Allgemeinen deutschen Versicherungs-Verein gegen Haftpflicht aus Unfällen in Stuttgart“,

sowie

„die Allgemeine Versicherungs=Actien=Gesellschaft Wilhelma in Magdeburg“.

b) G. B. Nr. 344. II. vom 15. Mai 1898.

Unter Bezugnahme auf die in unserer Verordnung Nr. 332. VI. bezeichneten Versicherungsgeellschaften gegen Haftpflicht aus Unfällen machen wir die Kirchenvorstände und Vorstände kirchlicher Institute auch auf die

„Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
zu Köln a. Rh.“

hierdurch aufmerksam, welche sich bereit erklärt hat, bei möglichst niedriger Prämienzahlung den Kirchenvorständen Versicherungsschutz gegen die gesetzliche Haftpflicht zu gewähren.

Nähere Auskunft in Bezug auf Prämien und sonstige Bedingungen ertheilt der Vertreter der gedachten Gesellschaft, Subdirektor Meurer, Zwingerstraße 5 in Breslau, welchem auch die General-Agentur der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft übertragen ist.

Nr. 494. Sicherheitsmaßregeln gegen Diebstähle.

G. B. Nr. 8. III. vom 2. März 1849.

Die in neuester Zeit sich in beklagenswerther Weise mehrenden Kirchendiebstähle beweisen es, daß Schloß und Riegel noch weniger als die Ehrfurcht vor dem Heiligen die werthvollen, Gott geweihten Gegenstände vor Raub und Verunehrung schützen, mahnen aber auch nachdrücklich, die Maßregeln zum Schutze gedachter Gegenstände möglichst zu vermehren und zweckentsprechend einzurichten. Zu diesem Behufe geben wir den resp. Kirchen-Collegien hiermit zu erwägen, ob und wie eine sorgfältigere Bewachung der betreffenden Kirchen zu bewerkstelligen, oder ob es nicht vorzuziehen sei, die werthvolleren Kirchensachen unter die unmittelbare Obhut der Pfarrgeistlichen in ihren Amtswohnungen zu stellen. Die Herren Erzpriester werden angewiesen, bei ihren Visitationen darauf zu sehen, und in dem Protokolle zu vermerken, ob und wie für dergleichen Sicherheitsmaßregeln gesorgt sei, event. sachgemäße Vorschläge zu machen und Anordnungen zu treffen.

Nr. 495. Verfahren zur Entdeckung von Kirchendiebstählen.

G. B. Nr. 11. VIII. vom 8. November 1849.

Unsere Circular-Verfügung vom 28. Mai 1831 Nr. II. schreibt vor, daß bei einem vorgekommenen Kirchendiebstahle sofort durch einen Expressen

1. dem Gerichtsamte des Orts zur Feststellung des Thatbestandes,
2. unter Einreichung eines Verzeichnisses der entwendeten Gegenstände und möglichst genauer Beschreibung der letzteren, sowohl der königlichen Regierung, als der betreffenden Polizeibehörde (in Breslau dem Polizei-Präsidio, in den übrigen Städten dem Magistrat, auf dem Lande dem Landrathlichen Amte) wie auch uns Anzeige gemacht und zugleich die Vermuthung über den oder die vermeintlichen Thäter ausgesprochen werden soll.

Indem wir im Hinblick auf die immer noch in beklagenswerther Weise vorkommenden Kirchendiebstähle diese Verfügung hiermit aufs Neue einschränken, verordnen wir zugleich:

1. bei jedem desfalligen Berichte an uns zugleich anzugeben, ob die vorstehend vorgeschriebenen Anzeigen gemacht worden sind;

2. von allen inventarischen Kirchensachen, die der Entwendung ausgesetzt sind, zwei Verzeichnisse an verschiedenen Orten aufzubewahren;
3. in diesen Verzeichnissen die werthvolleren Gegenstände genau zu beschreiben und
4. von den einzelnen goldenen und silbernen Gegenständen, wo dies noch nicht geschehen, Gewicht und Werth zu ermitteln und in erwähnten Verzeichnissen betreffenden Ortes zu notiren. Das ad 3 und 4 Verordnete gilt auch von den beim Wechsel der Pfarrgeistlichen anzufertigenden und einzureichenden Verzeichnissen.

Die Herren Erzpriester und Aktuarien haben bei den Visitationen und Uebergaben darauf zu sehen und zu halten, daß dieser Verordnung genau nachgekommen werde.

Dreihundzwanzigster Abschnitt. Kirchliche Abgaben.

Nr. 496. Verfahren bei kirchlichen Umlagen.

G. B. Nr. 257. VI. vom 5. August 1889.

Im Betreff des Umlageverfahrens wird Folgendes zu beobachten sein:

1. Der Beschluß des Kirchenvorstandes über die auf die Gemeindeglieder zu vertheilende Umlage und über die Bestimmung des Vertheilungs-Maßstabes, welcher letztere nach einem bestimmten Procentsatz der directen Staats- oder der Communalsteuer festzusetzen ist, bedarf der Zustimmung der Gemeinde-Vertretung (§ 21 Nr. 8 Gesetzes vom 20. Juni 1875).
2. Diese Umlage-Beschlüsse müssen:
 - a) die mit der Umlage zu belastende Kirchengemeinde,
 - b) den Zweck der Umlage,
 - c) den Gesamtbetrag derselben,
 - d) den zur Anwendung zu bringenden Vertheilungs-Maßstab für die Beiträge der einzelnen verpflichteten Gemeindeglieder,
 - e) die Fälligkeits-Termine der Umlage bestimmt bezeichnen.
3. Die Beschlüsse sind nebst den zu ihrer Prüfung erforderlichen Nachweisen meinem Hochwürdigem General-Vicariats-Amte, in dem Delegaturbezirke Herrn Delegaten zu überreichen mit der Bitte um die kirchliche Bestätigung und um Erwirkung der Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten. (§ 50 Nr. 9 a. a. D.)

Erst wenn diese beiderseitigen Genehmigungen erteilt sind, darf zu Ausführung des Umlage-Beschlusses geschritten werden.

4. Die staatliche Vollstreckungs-Behörde ergiebt sich aus Verordnung vom 7. September 1879 (Gesetz-Sammlung 1879, Seite 591) und Ministerial-Anweisung vom 15. desselben Monats (Breslauer Amtsblatt Beilage zu Stück 48).

Im Uebrigen nehme ich auf General-Vicariats-Verordnungen Nr. 228. X. und 238. III. Bezug¹⁾.

Johannesberg, den 2. August 1889.

Der Fürstbischof.
† Georg.

¹⁾ Unten S. 582.

Nr. 497. Vertheilungs-Maßstab bei kirchlichen Umlagen.

a) G. B. Nr. 262. VIII. vom 10. Juni 1890.

Nachstehendes Circular ist u. A. den Königl. Regierungs-Präsidenten und Königl. Regierungen der alten Provinzen, sowie dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zugegangen:

Bereits durch den Circular-Erlaß vom 28. November v. J. — Min.-Bl. S. 257 — habe ich Veranlassung genommen, über die Handhabung des Beschlusses des Königl. Staatsministeriums vom 13. Februar 1882, betreffend den Anschluß der Grund- und Gebäudesteuer bei der Vertheilung kirchlicher Lasten, nähere Bestimmung zu treffen¹⁾. Inzwischen hat sich insbesondere bei den unlängst im Hause der Abgeordneten deswegen gepflogenen Verhandlungen herausgestellt, daß über die Absicht und Tragweite des Beschlusses gleichwohl noch Mißverständnisse obwalten.

1. Die Namens der Königl. Staatsregierung im Landtage abgegebenen Erklärungen stellen es außer Zweifel, daß in Uebereinstimmung mit dem in analogen Fragen eingenommenen Standpunkt die Königl. Staatsregierung lediglich die Absicht verfolgt, den Grundbesitz vor der Auflegung neuer Lasten zu schützen. Dieser Erfolg darf daher durch die Ausführung der Maßregel in keiner Weise verkümmert und muß vielmehr bei der Entscheidung hervortretender Zweifel stets im Auge behalten werden.

2. Hieraus ergibt sich, daß der Staatsministerial-Beschluß seine eigentliche Bestimmung findet in Anwendung auf Beschlüsse kirchlicher Organe wegen Festsetzung des Beitragsfußes für solche Lasten, welche erst durch die neuere Gesetzgebung ermöglicht oder eingeführt sind . . .

3. Was die seit Alters für die Zwecke der Einzel-Kirchengemeinde erhobenen Lasten, insbesondere die kirchliche Baulast, die Leistungen zur Unterhaltung der Geistlichen und Kirchenbeamten, sowie die Ausbringung der Cultuskosten betrifft, so ist zunächst zu prüfen, ob für diese specielle Verpflichtete im Sinne . . . des § 21 Nr. 7 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vorhanden sind. Darunter sind solche Verpflichtete zu verstehen, deren Leistungspflicht — mag sie auf Vertrag, Observanz oder Gesetz beruhen — nicht oder nicht allein durch die persönliche Parochialangehörigkeit bedingt ist. Verpflichtungen dieser Art können, auch soweit sie auf dem Grundbesitz haften, selbstredend nur durch Vertrag oder Gesetz verändert oder aufgehoben werden.

4. Abgesehen hiervon finden sich vieler Orten auch für die nur von den Parochianen aufzubringenden Lasten Vertheilungsmaßstäbe, welche auf Grund eines Uebereinkommens der Betheiligten, genehmigter Beschlüsse der Gemeindevertretungen, Observanzen oder specieller Gesetze zu Recht bestehen. Die fortdauernde Giltigkeit solcher Maßstäbe ist durch die Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe (zu vergleichen Erkenntnisse des Obertribunals vom 7. November 1887, Entscheidungen Bd. 81 S. 75, des Reichsgerichts vom 8. Januar 1880, Bd. I. S. 140 . . .) anerkannt, so daß diese, bis etwa mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden die kirchlichen Gemeindeorgane kraft ihrer autonomen Befugniß abweichende Umlagebeschlüsse fassen, auch ferner in Anwendung kommen müssen.

¹⁾ Vergl. die Verordnung Nr. 228. X.

5. Da die althergebrachten Vertheilungsmaßstäbe aber, sofern sie nicht auf dem staatlichen Steuersysteme fußen, häufig eine ungerechte Vertheilung zur Folge haben, hat sich mannigfach die Nothwendigkeit ihrer Abschaffung herausgestellt. Solchenfalls kann nach dem angezogenen . . . § 21 Nr. 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 nur der Staatssteuerfuß an die Stelle treten.

Derartige Vertheilungsmaßstäbe durch Beschlußnahme der kirchlichen Organe zu beseitigen, pflegt jedoch auf Schwierigkeiten zu stoßen, wenn durch die Einführung des Staatssteuerfußes bestehende Lasten dem Grundbesitze abgenommen werden. In diesen Fällen würden daher durch den gänzlichen Ausschluß der Grund- und Gebäudesteuer bei Anwendung des Staatssteuerfußes — zum Nachtheil des Grundbesitzes jene althergebrachten, unbilligen Vertheilungsmaßstäbe nur noch länger festgehalten werden.

Um dem zu begegnen, erscheint es unbedenklich, in solchen Fällen der Umwandlung eines bestehenden Beitragsfußes in den Staatssteuerfuß die Mitheranziehung der Grund- und Gebäudesteuer¹⁾ zu gestatten. Ihre Grenze muß jedoch auch hier die Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer darin finden, daß dadurch das Maß der dem Grundbesitze bereits obliegenden Lasten keinesfalls erhöht, sondern nur eine gerechtere Vertheilung derselben unter die einzelnen Grundbesitzer herbeigeführt werden darf.

Sollten aber die kirchlichen Gemeindeorgane die Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer überhaupt nicht beschließen, so wird auch hier in der Regel kein Anlaß vorhanden sein, ihnen darin von Aussichtswegen entgegenzutreten, und die Umlagebeschlüsse etwa deshalb zu beanstanden, weil die Grund- und Gebäudesteuer nicht berücksichtigt ist.

6. Da die vorstehenden Grundsätze auch für die katholischen Kirchengemeinden . . . Platz greifen, so ist auch dort die Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer jedenfalls für die Befriedigung der durch die neuere Gesetzgebung erwachsenen Bedürfnisse ausgeschlossen.

Sollten irgendwo besondere tatsächliche Verhältnisse eine Ausnahme von dem Staats-Ministerial-Beschlüssen zu begründen scheinen, so würde darüber gegebenen Falls hierher zu berichten sein.

Berlin, den 30. August 1884.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
In Vertretung: Lucanus.

Dieses Circular ist abgedruckt im Ministerialblatte für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten pro 1884 S. 197. Nach ihm sind die gemäß der Verordnung Nr. 257. VI. einzuführenden Umlage-Beschlüsse im Uebersendungsbericht zu begründen.

b) G. B. Nr. 283. IV. vom 11. Juli 1892.

Das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 enthält folgende Bestimmung:

§ 74. „Sind zu den Beiträgen und Lasten, welche communale und andere öffentliche (Schul-, Kirchen- u. s. w.) Verbände nach dem Maßstabe der Einkommensteuer aufzubringen beziehungsweise zu vertheilen

¹⁾ Eventuell auch der Betriebssteuer, jedoch mit Ausschluß der Haussteuer.

haben, Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 Mark heranzuziehen, so erfolgt deren Veranlagung auf Grund nachstehender fingirter Normalsteuersätze:

bei einem Jahreseinkommen		Jahressteuer
von mehr als	bis einschließlich	
— Mark	420 Mark	$\frac{2}{100}$ Procent des ermittelten steuerpflichtigen Einkommens bis zum Höchstbetrage von 1,20 Mark
420 =	660 =	2,40 =
660 =	900 =	4,00 =

Die vorbezeichneten Personen können, wenn die Deckung des Bedarfs des betreffenden Verbandes ohne deren Heranziehung gesichert ist, von der Beitragspflicht entbunden oder mit einem geringeren Procentfaze als das höhere Einkommen herangezogen werden; ihre Freilassung muß erfolgen, sofern sie im Wege der öffentlichen Armenpflege fortlaufende Unterstützung erhalten.“

Hiernach werden künftig in jedem einzelnen Falle, wenn nach dem Maßstabe der Einkommensteuer allein¹⁾ oder gemeinsam mit anderen Steuern die Vertheilung der Beiträge zu kirchlichen Bauten oder anderen Lasten erfolgen soll, die kirchlichen Vermögens-Verwaltungs-Organen besonders erwägen und in dem Beschlusse aussprechen müssen, ob und wie die Veranlagung der Gemeindeglieder, welche nicht mehr als 900 Mark Jahreseinkommen haben, geschehen solle.

Auch wird, wenn nicht diese Gemeindeglieder gänzlich freigelassen werden, es sich empfehlen, daß die Kirchen-Vorstände bei Vorlegung der Beschlüsse den Gesamt-Sollbetrag

1. der Einkommensteuer der Mitglieder der Kirchengemeinde,

2. der in obigem § 74 vorgesehenen Steuersätze

für das bei der Beschlußfassung in Betracht kommende Etatsjahr mit anzeigen.

Der Fürstbischof.

† Georg.

Breslau, den 14. Mai 1892.

Nr. 498. Vermeidung der Doppelbesteuerung bei mehrfachem Wohnsitz.

G. B. Nr. 238. III. vom 31. März 1886.

Der diesseitige Circular-Erlaß vom 28. November 1883 — abgedruckt im Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung Seite 257²⁾ — enthält unter Nr. 2 Anordnungen zur Beschränkung der Doppelbesteuerung von Personen, welche in Folge mehrfachen Wohnsitzes in verschiedenen Pfarochien eingepfarrt sind. Nachdem durch das mit dem 1. April d. J. bevorstehende

¹⁾ Mit Ausschluß der Ergänzungs-(Vermögens-)Steuer (§ 51 des Gesetzes vom 14. Juli 1893 — G.-S. S. 134).

²⁾ Vgl. unsere gedruckte Verordnung Nr. 228. X. Die Anordnungen unter Nr. 2 jenes Erlasses lauten: „Personen, welche einen doppelten Wohnsitz haben, sind zwar nach Lage der Gesetzgebung bei der Pfarrkirche eines jeden derselben als Eingepfarrte zu Pfarochialabgaben verpflichtet. Daraus folgt jedoch nicht, daß dieselben in jeder Pfarochie mit ihrem vollen Einkommen heranzuziehen seien.“

Für den Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts stehen solchem Verfahren vielmehr die ausdrücklichen Vorschriften desselben Theil 2, Titel 11, §§ 265 und 739 entgegen, wonach „wer in zwei Kirchspielen eingepfarrt ist, in jedem nur nach Verhältnis der in demselben besitzenden Grundstücke oder des in demselben betreibenden

Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Juli 1885 (G.-S. S. 327) die Doppelbesteuerung ein und desselben Einkommens bei mehrfach domizilirten Personen auf dem Gebiete der Communalabgaben beseitigt sein wird, kann solche auch in der jetzt vorhandenen Beschränkung auf dem Gebiete des kirchlichen Veranlagungswesens nicht mehr zugelassen werden.

Ich hebe deshalb vom 1. April d. J. ab die Nr. 2 des Circular-Erlasses vom 28. November 1883 hierdurch auf und bestimme statt dessen Folgendes:

1. Für die kirchliche Besteuerung von mehrfach eingepfarrten Personen kommt auch ferner in erster Linie die auch außerhalb seines Geltungsbereiches als Verwaltungsgrundsatz zu beobachtende Vorschrift des Allg. Landrechts Theil II. Titel 11, §§ 265, 739 in Betracht. Wenn dort bestimmt wird, daß, „wer in zwei Kirchspielen eingepfarrt ist, in jedem nur nach Verhältniß der in demselben besitzenden Grundstücke und des in demselben treibenden Gewerbes beiträgt“, so ist damit einmal die Doppelbesteuerung mehrfach eingepfarrter Personen bereits grundsätzlich verworfen und andererseits das Theilungsprincip gegeben, nach welchem unter diesem Gesichtspunkte die Besteuerungsobjecte solcher Personen für den Fall der Repartition der Kirchenlasten nach Grundbesitz oder Gewerbebetrieben unter die concurrirenden Pfarochieen zu vertheilen sind.
2. Dieses Princip läßt sich auf die Vertheilung der Kirchenabgaben nach dem Einkommen, also auch auf die Vertheilung nach der jetzigen Staats-Klassen- und Einkommensteuer insoweit ohne Weiteres übertragen, als das Einkommen der Censiten aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb innerhalb der betreffenden Pfarochieen herrührt.

Dagegen fehlte es bisher an einem Theilungsprincipe für das aus auswärtigem Grundbesitze oder Gewerbebetriebe, sowie aus anderen Quellen, namentlich aus Kapitalvermögen, fließende Einkommen.

Der § 11 des angezogenen Gesetzes hat ein solches Princip jetzt für die Communalabgaben aufgestellt. Es ist unbedenklich dasselbe in denjenigen Fällen auch auf die Kirchensteuer anzuwenden, wo es nach Obigem noch an einem Theilungsprincipe fehlt. Demnach sind künftig mehrfach eingepfarrte Personen mit demjenigen Einkommen, welches nicht aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb innerhalb der betreffenden Pfarochieen herrührt, in jeder Pfarochie nur von einem der Zahl der theiligten Pfarochieen entsprechenden Bruchtheile heranzuziehen.

Diejenigen Bestimmungen des § 11, welche auf die den Communen gestattete Besteuerung der Forenser zurückzuführen sind, leiden hier selbstverständlich nur dann Anwendung, wenn — was regelmäßig nicht der Fall — durch besonderes Provinzialrecht oder Lokalobservanzen Kirchengemeinden die Besteuerung von Grundeigenthum ohne Rücksicht auf den Wohnsitz und die dadurch bedingte Gemeindeangehörigkeit des Besitzers gestattet ist.

Gewerbes beiträgt.“ Dies allein entspricht den allgemeinen Besteuerungsgrundsätzen, und muß daher — auch außerhalb des Geltungsbereichs jener Vorschriften — auf alle für die Zwecke einer Kirchengemeinde ausgeschriebenen Umlagen dergestalt Anwendung finden, daß Eingepfarrte, welche einen doppelten Wohnsitz haben, nach ihrem Einkommen aus Grundvermögen nur in derjenigen Pfarochie besteuert werden, in welcher die betreffenden Grundstücke liegen.“

Nach diesen Bestimmungen sind die Beschwerden wegen Doppelbesteuerung derjenigen Personen, welche in Folge mehrfachen Wohnsitzes in verschiedenen Pfarochien eingepfarrt sind und nach dem Eingangs bezeichneten Termine zu Kirchenumlagen herangezogen werden, zu erledigen.

Berlin, den 5. Februar 1886. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

An sämtliche Herren Regierungs-Präsidenten zc. gez.: von Gossler.

G. I. No. 3417. G. II.

Der vorstehende Erlaß ist abgedruckt im Ministerialblatt für die innere Verwaltung pro 1886 Seite 18.

Nr. 499. Freilassung der Verstümmelungszulagen von kirchlichen Steuern.

G. B. Nr. 294. XIII. vom 25. October 1893.

Die Kirchenvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die auf Grund der §§ 13, 56, 72, 89 bis 93 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 den Militärpersonen der Ober- und Unterclassen gewährten Verstümmelungszulagen nach Art. 18 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893 (R.-G.-Bl. S. 171 ff.) vom 1. April d. J. ab bei der Veranlagung zu kirchlichen Steuern und Abgaben jeder Art außer Ansaß bleiben.

Nr. 500. Geheimhaltung der Veranlagung oder Zustellung verschlossener Zettel bei kirchlichen Umlagen.

G. B. Nr. 348. IV. vom 15. September 1898.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

G. I. No. 1631. G. II.

Berlin, den 9. August 1898.

Die Herren Minister der Finanzen und des Innern haben wegen der Zustellung der Benachrichtigungen über die Veranlagung zu Communalsteuern in verschlossenen Schreiben den in Abschrift beigefügten Erlaß vom 18. April d. J. — F. M. II. 4002 — M. d. J. I. B. 3686^{II} — an die Herren Regierungs-Präsidenten gerichtet.

Wie durch die Zustellung unverschlossener Benachrichtigungen über die Veranlagung zu Communalsteuern, so kann auch durch die Zustellung derartiger Benachrichtigungen über die Veranlagung zur Kirchensteuer die Geheimhaltung der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer beeinträchtigt werden. Es erscheint daher erwünscht, auch für die Benachrichtigungen über die Veranlagung zur Kirchensteuer thunlichst die geschlossene Form zu wählen.

Ich ersuche demzufolge, den Ihrer Aufsicht unterstellten Kirchengemeinden, insoweit ein Bedürfnis nach den örtlichen Verhältnissen anzuerkennen ist, insbesondere insoweit Unzuträglichkeiten aus der bisherigen offenen Zustellung der fraglichen Mittheilungen sich ergeben haben, den Uebergang zu der verschlossenen Zustellung derselben zu empfehlen.

An den Herrn Cardinal Fürstbischof von Breslau Im Auftrage: Bernstorff.
in Breslau.

Abschrift zu G. I. 1631. G. II. von Abschrift.

Der Minister des Innern. F. M. II. 4002.

M. d. Inn. I. B. 3686^{II}.

Berlin, den 18. April 1898.

Es ist bei uns Beschwerde darüber geführt worden, daß durch die Zustellung unverschlossener Benachrichtigungen über die Veranlagung zu

Communalsteuern, mögen dieselben in Form einer besonderen Mittheilung im Sinne des § 65 des Communalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 oder durch sogen. Steuerzettel erfolgen, die vom Gesetzgeber beabsichtigte Geheimhaltung der Steuerveranlagung, insbesondere der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in vielen Fällen beeinträchtigt wird.

Wenn auch das Communalabgabengesetz eine dem Art. 60 Ziffer I der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 entsprechende Anordnung verschlossener Benachrichtigungsschreiben nicht enthält, so läßt sich doch die Begründung der erwähnten Beschwerde um so weniger verkennen, als nach § 65 des Communalabgabengesetzes schon die nach dem früheren Rechte in Geltung gewesene Oeffentlichkeit der Heberrolle in wesentlichen Beziehungen eingeschränkt worden ist und deshalb die Zustellung verschlossener Veranlagungs-Benachrichtigungen nur eine weitere Consequenz des gleichen Grundsatzes geficherter Geheimhaltung der Staatseinkommensteuer-Veranlagung bedeuten würde.

Nachdem aus diesen mit den Interessen der Gemeindeeingesessenen zusammenfallenden Rücksichten eine größere Anzahl von Gemeinden bereits zu einer Zustellung verschlossener Benachrichtigungen übergegangen ist, erscheint es erwünscht, daß auch in denjenigen Gemeinden, in welchen eine derartige Zustellung noch nicht in Uebung ist, indessen ein gleiches Bedürfniß sich geltend macht, die Mittheilungen über die Veranlagung zu den Gemeindesteuern thunlichst verschlossen bewirkt werden.

Demgemäß ersuchen wir Sie, den Ihrer Aufsicht unterstellten Gemeinden, insoweit ein Bedürfniß nach den örtlichen Verhältnissen anzuerkennen ist, insbesondere insoweit Unzuträglichkeiten aus der bisherigen offenen Zustellung der fraglichen Mittheilungen sich ergeben haben, den Uebergang zu der verschlossenen Zustellung derselben zu empfehlen, und in entsprechendem Sinne die Landräthe Ihres Bezirks hinsichtlich der, der landrätthlichen Aufsicht unterstellten Communalverbände mit Weisung zu versehen.

Der Finanzminister.

Im Auftrage: (gez.) Burghart.

An sämtliche Regierungs-Präsidenten
(außer Sigmaringen).

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Braunbehrens.

Nr. 501. Verpflichtung der Kirchengemeinde, die auf die Pfarrländereien ausge schriebenen Deichkastenbeiträge aufzubringen.

G. B. Nr. 253. XII. vom 23. Februar 1889.

Urtheil des Reichsgerichts vom 7. October 1880 (Entsch. Bd. 2, S. 329), worin ausgeführt ist, daß dem Pfarrer der Nießbrauch der Wiedmuth auf Grund eines onorosen Titels und als Theil seines Dienst Einkommens überwiesen ist, so daß er unmöglich mit den sehr weitgehenden Verpflichtungen des gewöhnlichen Nießbrauchers nach §§ 47 ff. Allg. Landrechts II. 11 belastet sein kann. Auch der Patron hat über die ihm Theil II Titel 11 auferlegte Pflicht, zur Erhaltung der Pfarr- und Kirchengebäude, hinaus die Lasten der Pfarrländereien nicht zu tragen. Vielmehr liegt die Verpflichtung zu Zahlung der Deichkastenbeiträge (zur Unterhaltung der Ufer, Dämme, Deiche) der Kirchengesellschaft ob, welche gemäß § 164 Allg. Landrechts II. 11 zur Sürsorge für den Unterhalt des Pfarrers verpflichtet ist. (Vgl. G. V. Nr. 79. V. und 123. VII.)

**Nr. 502. Verpflichtung der Kirchengemeinde, die sogen. Separations-
Nebenkosten für Pfarr- und Küsterländereien zu tragen.**

G. B. Nr. 253. XIII. vom 23. Februar 1889.

Der Königlichen Regierung erwidere ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Landwirthschaft u. auf den Bericht vom 19. Februar d. J. — II. Bd. I. 432 — betreffend die Beschwerde des Lehrers und Kantors H. in Sch. wegen der ihm angesonnenen Zahlung von Separations-Nebenkosten für das Schuldotationsland unter Rückgabe der Anlagen, wie allerdings in den Circularverfügungen vom 8. Juni und 31. August 1842 — abgedruckt im Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung S. 226 und 346 — sich ausgesprochen findet, daß die sogenannten Separations-Nebenkosten, welche durch die Anlegung von Grenzsteinen, neuen Wegen, Triften, Entwässerungs- und Grenzgräben bei Gemeintheitstheilungen entstehen, nach den Regeln des Nießbrauchs von den Inhabern der betheiligten Pfarr-, Küster- und Lehrerstellen persönlich getragen werden müssen.

Inzwischen hat das Reichsgericht in einem die Zahlung von Deichkassen-Beiträgen für Pfarrländereien behandelnden Erkenntniß vom 7. October 1880 — Entscheidungen in Civilsachen Bd. 2, S. 329 — den Grundsatz aufgestellt, daß die Regeln des Nießbrauchs nicht schlechthin, sondern nur insoweit auf die Rechtsverhältnisse der Inhaber einer Pfarrpfründe angewendet werden können, als sie mit dessen sonstiger Stellung sich vereinigen lassen. In Folge dessen ist, obwohl gesetzlich der Nießbraucher derartige Lasten zu tragen hat, doch der Pfarrer von der Verpflichtung zur Zahlung der Deichkassenbeiträge freigesprochen und die Kirchengemeinde . . . hierzu für verpflichtet erachtet worden, weil bei der unbegrenzten Höhe dieser Beiträge die Belastung des Pfarrers mit denselben sich durch die Nothwendigkeit verbiete, ihm mit der Pfründe ein ständig gesichertes Einkommen zu gewähren.

Dieser Grundsatz ist unbedenklich einerseits auf die Inhaber der Küster- und der Lehrerstellen, andererseits auch auf die Separations-Nebenkosten auszudehnen.

Die Königliche Regierung wolle hiernach der Beschwerde — event. im Wege des § 48 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 — dahin Abhilfe schaffen, daß die fraglichen Kosten von der Schulgemeinde übernommen werden.

Berlin, den 3. Juli 1886.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
In Vertretung: gez. Greiff.

An die Königl. Regierung zu F.

M. f. Ldw. I. 9295.

M. d. g. Angl. G. I. 5769. U. IIIa.

Diese Verfügungen sind abgedruckt in der Zeitschrift für Landesculturgebgebung der preussischen Staaten Bd. XXX. S. 40.

Von den eigentlichen Separationskosten haben nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1875 Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen die auf sie fallenden Beträge nur insoweit zu entrichten, als diese aus dem verfügbaren Vermögen und Einkommen des betheiligten Instituts nach Abzug der zur ordnungsmäßigen Unterhaltung des letzteren

erforderlichen Ausgaben entnommen werden können und insofern dieses Vermögen oder Einkommen nicht dem amtlichen Nießbrauch der kirchlichen oder Schulbeamten unterworfen ist ¹⁾.

Nr. 503. Verpflichtung der Kirchengemeinde den Miethzins für den Pfarrer und die Kosten für den Bauplatz zu zahlen.

G. B. Nr. 255. VII. vom 28. Mai 1889.

Urtheil des Reichsgerichts vom 12. April 1888 (Entsch. Bd. 9, S. 253), worin Solgendes ausgeführt wird: Für die Unterhaltung der bei einer Kirchengesellschaft angestellten Beamten muß die Gesellschaft selbst sorgen (§§ 164, 252 Allg. Landrecht II. 11). Zu der Kirchengesellschaft, welche für diesen Unterhalt zu sorgen hat, gehört der Patron nicht; derselbe steht vielmehr den Eingepfarrten gegenüber (§ 731 a. a. O.). Von dieser Sorge ist die Kirchengesellschaft nur soweit frei, als dieselbe einem Dritten, namentlich dem Patrone, kraft des Gesetzes oder besonderer Rechtstitel obliegt. In der dem Patrone gesetzlich obliegenden Baupflicht (§§ 584, 710, 720, 748, 779 a. a. O.) liegt nur die Pflicht, durch Bauen Wohnung zu verschaffen. Es folgt aber daraus nicht die Pflicht, den Miethzins für den Pfarrer bis zur Fertigstellung des Baues zu zahlen, auch nicht die Pflicht, den Kaufpreis für den Bauplatz zu zahlen. Wo ein besonderer Rechtstitel dem Patron oder einem Dritten eine solche Pflicht nicht auferlegt, ruht sie auf der Kirchengemeinde bezw. Pfarrgemeinde.

Nr. 504. Beitragspflicht des katholischen Besitzers eines mit einem Baukanon behafteten Gutes.

G. B. Nr. 138. VI. vom 28. Februar 1862.

Beim Verkaufe der in Folge der Säkularisation auf den königlichen Fiskus übergegangenen geistlichen Güter hat der Staat sich gewöhnlich die Patronat-Befugnisse und Lasten ausdrücklich vorbehalten und zur Bestreitung der letzteren diesen Gütern einen jährlich an die königlichen Regierungen zu zahlenden Kanon, auch Patronatbaukanon genannt, kontraktlich aufgelegt. Von bei solchen Gütern verbliebenen Patronatlasten kann hiernach nicht mehr die Rede sein; diese sind vielmehr, wie die resp. Kaufverträge und die Abz.-Ordre vom 9. Januar 1812 (G.-S. S. 3) außer Zweifel setzen, allein vom königlichen Fiskus zu tragen. Wenn nun dem ungeachtet katholische Besitzer derartiger Güter, blos mit Rücksicht auf den darauf haftenden Kanon, die Befreiung von den bei Kirch-, Pfarr- und Schulbauten sie in ihrer Eigenschaft als Eingepfarrte treffenden Leistungen in Anspruch nehmen, so verräth dies eine gänzliche Verkennung der Natur dieses Kanons und widerstreitet den Bestimmungen der §§ 720, 721, 731, 740, 719 Tit. 11, Th. 2 Allg. Landrechts.

Wir beauftragen daher die resp. Herren Pfarrer, falls bei Kirch-, Pfarr- oder Schulbauten ein katholischer Besitzer eines mit einem sog. Patronatbaukanon behafteten Gutes die auf ihn entfallenden Beiträge und sonstigen Leistungen verweigert, weil er sich von denselben um jenes Kanons willen davon befreit hält, die sämmtlichen Bauinteressenten über die Lage der Sache aufzuklären und zu veranlassen, daß schon vor

¹⁾ Vgl. die Verordnung Nr. 33. IV. und § 51 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.

Beginn des Baues die interimistische Regulirung, bezüglich der Vertheilung der den Eingepfarrten subsidiär obliegenden Leistungen, durch die betreffende Königl. Regierung stattfinden.

Nr. 505. Vertheilung der Abgaben und Leistungen an geistliche Institute bei Dismembration von Grundstücken.

a) G. V. Nr. 55. II. vom 21. Juni 1854.

Bei Dismembrationen von Grundstücken sollen die auf denselben haftenden Abgaben an Kirchen, Pfarreien, Klöstereien und Schulen, sowie die Beiträge und Leistungen zu den Bauten und Reparaturen der diesen geistlichen Instituten gehörigen Gebäude auf das Restgut und die Trennstücke verhältnißmäßig vertheilt, und zur Regulirung dieser Vertheilung die Vertreter jener Institute zugezogen werden.

(Gesetz vom 3. Januar 1845. Gesetz-Sammlung S. 24 und folgende Circular-Verfügung vom 5. Juni 1848. Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 195.)

Die Zuziehung der Letzteren hat indeß bisher nicht immer stattgefunden; dieselbe ist hauptsächlich dann häufig unterblieben, wenn die dismembrirten Grundstücke von Katholiken besessen wurden, und Abgaben und Leistungen an katholische Institute auf denselben nicht eingetragen waren.

Um den daraus für die Folge erwachsenden Nachtheilen vorzubeugen, machen wir den Vertretern gedachter kirchlicher Anstalten, insbesondere also den Kirchen-Collegien zur unerläßlichen Pflicht, an jeder Dismembration von Grundstücken, welche im Parochialbezirke vorkommen, sich zu betheiligen und sobald dieselbe auf irgend eine Weise zu ihrer Kenntniß gelangt, ohne daß von Seiten des betreffenden Landrathamtes die vorschriftsmäßige Zuziehung eingetreten sein sollte, bei diesem, eventuell aber, wenn das besagte Abgaben-Regulirungsgeschäft schon beendet wäre, bei dem zuständigen Gerichte als Interessent sich zu melden, und die Nachholung des Versäumten zu beantragen.

Ueber die Abgaben-Vertheilung wird ein der nachmaligen Bestätigung der Königl. Regierung unterliegender Regulirungsplan aufgenommen, und über denselben jeder Betheiligte mit seiner Erklärung gehört. Wer sich binnen einer Frist von längstens vier Wochen nicht erklärt, gegen den wird angenommen, daß er gegen diesen Plan nichts einzuwenden hat. Werden aber Einwendungen erhoben, und zwar über die Art der Vertheilung von sonst unstreitigen Abgaben und Leistungen, so entscheidet darüber die betreffende Regierung, mag der Streit zwischen den Dismembranten allein, oder unter Theilnahme der geistlichen Institute stattfinden. Dagegen gehört ein Streit zwischen den Dismembranten und dem geistlichen Institute über die Existenz der Verpflichtung ohne Rücksicht darauf, ob die Abgabe nur bestritten, oder die Befreiung auf einem besonderen Titel gegründet wird, im Allgemeinen zur Cognition der Gerichte. Im letzten Falle setzt die Regierung bloß ein Interimistikum fest, gegen welches ein Rekurs nicht stattfindet.

Gegen die definitive Entscheidung der Regierung über die erhobenen Einwendungen und gegen den von derselben bestätigten Regulirungsplan ist nur der Rekurs an das Königl. Ministerium des Innern zulässig, welcher rücksichtlich der geistlichen Institute binnen zwölf Wochen, von dem

Tage nach Zustellung der Entscheidung oder des Vertheilungsplanes an gerechnet, eingelegt werden muß.

Sobald der Abgaben-Regulierungsplan die Rechtskraft beschritten, hat er die Wirkung einer gerichtlich bestätigten und vollstreckbaren Urkunde. Er wird, wie durch den in Folge einer von uns geführten Beschwerde ergangenen Erlaß des Königlich-Ministeriums des Innern vom 3. Februar d. J. (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 26) bestimmt worden ist, den geistlichen Instituten in beglaubigter, also mit der Unterschrift und dem Siegel der Königl. Regierung oder des betreffenden Landrathamtes versehenen Abschrift insoweit, als er ihr Interesse berührt, im Auszuge an Stelle der Publikation kostenfrei zugesertigt. Geschieht dies nicht, so ist ein solcher Extrakt in der angegebenen Urkundenform von dem Landrathsamte gesuchsweise zu fordern, und sodann als eine für die geistlichen Institute höchst wichtige und unentbehrliche Urkunde, wie ein geldwerthes Dokument, vorschriftsmäßig aufzubewahren. Denn durch den Regulierungsplan werden die auf dem Restgute und den Parzellen aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande ihrer Besitzer oder aus besonderen Titeln haftenden Abgaben und Verpflichtungen, welche im letzten Falle von jedem, im ersten dagegen nur von jedem katholischen Possessor geleistet resp. erfüllt werden müssen, für alle Zukunft endgiltig festgestellt.

Wenn es nun unstatthaft ist, daß für die beregten Abgaben das Restgut und die Trennstücke eines dismembrirten Gutes solidarisch verhaftet bleiben, so ist doch eine Einigung mit dem Dismembranten in der Art erlaubt, daß einer dieser Besitzer die einzelnen gesonderten Beiträge sammelt und im Ganzen an das berechnigte Institut abführt. Dabei ist jedoch alsdann zu vereinbaren, daß die einzelnen Kontribuenten erst durch die wirkliche Abführung an den Berechtigten, nicht aber durch die Abführung ihrer Theile an den Einsammler, von ihrer Verbindlichkeit befreit werden.

Werden Parzellen von einem Gute, auf welchem das Patronat geistlicher Institute haftet, abverkauft, so haben die Vertreter der letzteren bei dem Abgaben-Regulierungsverfahren darauf zu dringen, daß die Patronatsverpflichtung auf die Trennstücke verhältnißmäßig vertheilt wird; eventuell haben sie bei dem betreffenden Kreisgerichte anzutragen, daß die den Trennstücken auferlegten festen Geldabgaben, oder das verabredete Kaufgeld in Beziehung auf das berechnigte Institut, als Real-Interessenten des Hauptgutes, an die Stelle der Trennstücke treten, und das Weitere wegen der Verwendung jener Abgaben oder jenes Kaufgeldes regulirt wird. (Gesetz vom 3. März 1850. Gesetz-Sammlung S. 145.)

Den Kirchen-Collegien und sonstigen Vorstehern geistlicher Institute steht das Recht zu, für die Abwartung der in Dismembrations-Angelegenheiten zum Zwecke der Feststellung des Abgaben-Regulierungsplanes nöthigen Termine Reise- und Versäumniskosten zu fordern, und nach der Verordnung vom 29. März 1844 (Gesetz-Sammlung S. 73) zu liquidiren.

Dieselben müssen von denen, in deren Interesse die Zerstückelung eines Grundstückes erfolgt, also vom Verkäufer und den Erwerbern der Parzellen getragen werden. (Rescript vom 28. Februar 1846, Minist.-Blatt für die innere Verwaltung S. 39.)

b) G. B. Nr. 81. II. vom 15. April 1856.

Indem wir die Ehrwürdige Pfarrgeistlichkeit wiederholt und dringend auf die Beobachtung der Nr. 55. II. dieser Verordnungen, betreffend die Dismembration von Grundstücken, aufmerksam machen, fordern wir zugleich dieselbe auf, uns diejenigen Regulirungspläne, welche dieselbe unmittelbar von den königlichen Behörden erhalten, sofort an uns einzusenden.

Nr. 506. Verpflichtung jüdischer Grundbesitzer zu Leistungen bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

G. B. Nr. 138. VII. vom 28. Februar 1862.

Im Anschluß an die Entscheidung des Berliner Ober-Tribunals vom 10. Januar 1862 wird Folgendes mitgetheilt: Das Gesetz vom 23. Juli 1847 § 3 Abs. 4 bestimmte: Wo das Patronat einer Gemeinde zusteht, können deren jüdische Mitglieder an der Ausübung desselben nicht theilnehmen, sie müssen aber die damit verbundenen Reallasten von ihren Besitzungen tragen. Außerdem bleiben die ansässigen jüdischen Mitglieder einer Stadt- oder Dorfgemeinde verpflichtet, die nach Maßgabe des Grundbesitzes zu entrichtenden Beiträge zur Erhaltung der Kirchensysteme zu tragen; auch sind alle jüdischen Grundbesitzer zur Leistung der auf ihren Grundstücken haftenden kirchlichen Abgaben verbunden.

Durch das Gesetz vom 14. Mai 1873, betreffend Austritt aus der Kirche, ist jedoch die Beitragspflicht, soweit sie eine persönliche war, aber nach Maßgabe des Werthes des Grundstückes repartirt wurde, weggefallen. Die beiden anderen Bestimmungen sind dagegen bestehen geblieben; denn diese betreffen Reallasten, welche nach Abs. 3 § 3 a. a. O. durch den Austritt aus der Kirche nicht beseitigt werden.

Nr. 507. Beitreibung verweigerter pfarrlicher und kirchlicher Abgaben.

a) G. B. Nr. 15. II. vom 25. April 1850.

Bei der leider immer mehr um sich greifenden Neigung, Abgaben an Pfarreien, Kirchen und Klöstern zu verweigern, halten wir es für zeitgemäß, aufs Neue auf einige desfalls bestehende ältere Verordnungen aufmerksam zu machen. Nach dem Rescripte der Breslauer Oberamts-Regierung vom 26. Februar 1775 (Korn's Edicten-Sammlung, Band 14, Seite 287) können Nichtconfections-Verwandte in Folge des Dezemgesetzes vom 8. März 1758 von Entrichtung von Fundationalen, Zinsen und Abgaben, welche auf Verjährung und Verträgen beruhen, nicht entbunden werden; es sollen vielmehr dergleichen Zinse fortentrichtet werden, bis der Zinspflichtige dargethan hat, sie seien Pfarrdezem oder sonst eine durch das Gesetz aufgehobene Parochial-Abgabe. (Currende der Breslauer Ober-Amts-Regierung vom 19. Februar 1781.) Die Beitreibung solcher Abgaben, wenn sie verweigert werden, kann jedoch nur im Wege des Prozeßes erfolgen. Dagegen unterliegen der executivischen Beitreibung durch die betreffenden Verwaltungsbehörden sowohl hinsichtlich der laufenden, als der aus den letzten zwei Jahren rückständig verbliebenen Beträge alle beständige dingliche oder persönliche Abgaben und Leistungen, welche an Kirchen und öffentliche Schulen oder deren Beamte vermöge einer allgemeinen gesetzlichen, oder auf notorischer Orts- oder Bezirksverfassung beruhenden Verbindlichkeit zu entrichten sind. (Cabinet's-Ordre vom 19. Juni 1836, § 1, Gesetz-Sammlung vom Jahre 1836, pag. 198.) Bei mehr als zweijährigen Rückständen bedarf es der gerichtlichen Einschreitung.

b) G. B. Nr. 131. V. vom 9. Juli 1861.

Durch das Gesetz, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861 (G.-S. S. 241), hat die Cabinets-Ordre vom 19. Juni 1836, auf welche unsere Verordnung Nr. 15. II. verweist, eine wesentliche Abänderung erlitten. Es wird nämlich im vierten Abschnitte in Beziehung auf Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben verordnet:

„§ 15. Das rechtliche Gehör ist in Beziehung auf die in Nr. 1 der Allerh. Ordre vom 19. Juni 1836 (G.-S. S. 198) aufgeführten Abgaben und Leistungen, welche für Kirchen und öffentliche Schulen oder für deren Beamte auf Grund einer notorischen Orts- oder Bezirksverfassung erhoben werden, desgleichen in Beziehung auf Forderungen öffentlicher Schulanstalten an Schulgeld dem Verpflichteten fortan unbedingt gestattet. In Beziehung auf solche Abgaben und Leistungen, welche auf einer allgemeinen gesetzlichen Verbindlichkeit, bezüglich auf einer von der aufsichtführenden Regierung in Gemäßheit gesetzlicher Bestimmung angeordneten oder executorisch erklärten Umlage beruhen, findet der Rechtsweg aber nur insoweit statt, als dies bei öffentlichen Abgaben der Fall ist.

§ 16. Die Bestimmung in der Nr. 3 der Allerh. Ordre vom 19. Juni 1836 wird aufgehoben.“

Hiernach bleibt zwar die Säumnigkeit des Debenten sowohl hinsichtlich der laufenden, als der aus den letzten zwei Jahren rückständig verbliebenen Beträge der vermöge einer allgemeinen, auf notorischer Orts- oder Bezirksverfassung beruhenden Verbindlichkeit zu entrichtenden beständigen dinglichen oder persönlichen Abgaben und Leistungen qu. Art die executivische Beitreibung durch die betreffende Verwaltungsbehörde nach wie vor zulässig; allein dem Debenten ist nunmehr unbedingt freigegeben, über die Verbindlichkeit an sich im Prozeßverfahren auf richterliche Entscheidung anzutragen.

Dies wird zur Kenntnißnahme hierdurch mitgetheilt.

Dreundzwanzigster Abschnitt. Verpachtung.

Nr. 508. Kirchliche und pfarrliche Ländereien dürfen nur mittels schriftlicher von der geistlichen Aufsichtsbehörde zu genehmigender Verträge verpachtet werden.

a) G. B. Nr. 162. II. vom 6. September 1866.

Während den Pfründnern nach den allgemeinen Vorschriften des kanonischen Rechts die selbständige Verpachtung der ihnen zur Nutznießung überwiesenen Ländereien ad modicum tempus, worunter ein Zeitraum von höchstens drei Jahren verstanden wird, gestattet und nur jede längere Verpachtung ohne Vorwissen und Genehmigung der geistlichen Obern bei der Strafe, welche die eigenmächtige Alienation nach sich zieht, verboten ist, sollen nach den besonderen Vorschriften unserer Diöcese Pfarrländereien niemals, also ohne Rücksicht auf die Dauer der Zeit, ohne diesseitigen Consens verpachtet werden. So bestimmt z. B., älterer

Diöcesanverordnungen nicht zu gedenken, die bekannte *Sanctio pragmatica* des Fürstbischofs Franz Ludwig vom 26. October 1699 ausdrücklich: „*Agri Ecclesiae aut parochiales sine consensu Vicarii Nostri Generalis non elocentur.*“

Diese Vorschrift ist im Laufe der Zeit wiederholt, zuletzt durch unsere Verordnung Nr. 123. VIII. in Erinnerung gebracht worden¹⁾. Gleichwohl wird dieselbe vielfach ganz unbeachtet gelassen, was aber fernerhin nicht mehr geduldet werden kann. Wir verordnen daher, daß die Ländereien der Kirchen, Pfarreien und sonstigen kirchlichen Anstalten, beziehungsweise frommen und milden Stiftungen fortan nur mittelst schriftlicher und von uns zu genehmigender Verträge zu verpachten sind.

Ueberall wo dergleichen Ländereien auf andere Weise, z. B. bloß mündlich, oder zwar schriftlich, jedoch ohne unsere Genehmigung verpachtet sein sollten, ist das Veräußerte unverzüglich nachzuholen und die vorstehende Verordnung in Ausführung zu bringen.

Die Herren Erzpriester und fürstbischöflichen Commissarien werden hierdurch beauftragt, bei den canonischen Visitationen der resp. Herren Geistlichen zur gewissenhaften Erklärung darüber, ob bei Verpachtung der Ländereien der Kirchen, Pfarreien u. s. w. in vorstehender Weise verfahren worden, zu veranlassen und dieselbe ins Protokoll aufzunehmen, damit eventuell der Diöcesanvorschrift Geltung verschafft werden kann.

b) G. B. Nr. 173. VII. vom 8. August 1868.

Diejenigen Herren Pfründner, welche der Verordnung Nr. 162. II. vom 6. September 1866 bis jetzt nicht genügt haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, die Verträge um sämtliche verpachtete Pfarr- resp. ihrem Nießbrauche unterworfenen Ländereien zur Prüfung und Genehmigung an uns einzureichen²⁾. Ungern würden wir uns gezwungen sehen, mit ernststen Maßnahmen gegen die Säumnigen vorzugehen. Außerdem bleibt der Pfründner seinem Amtsnachfolger und dem Institute selbst, als dem Eigenthümer der betreffenden Ländereien, für allen Schaden, welcher diesem aus einem bloß mündlich oder zwar schriftlich errichteten, unsererseits aber nicht genehmigten Vertrage erwachsen sollte, verantwortlich.

Nr. 509. Formular eines Pachtvertrages.

a) G. B. Nr. 163. I. vom 30. October 1866.

Pachtverträge, welche ebenso vollständig in ihren, den Verabredungen der Interessenten entsprechenden Bestimmungen, genau und bestimmt im

¹⁾ oben Seite 320.

²⁾ Nach dem kirchlichen Sprachgebrauche fallen auch die Verpachtungen unter die Kategorie der *alienatio*, indem unter der Veräußerung eines kirchlichen Eigenthums nicht bloß die gänzliche Uebertragung des Eigenthums auf einen Anderen durch Schenkung, Verkauf u. s. w., sondern auch alle Handlungen oder Geschäfte verstanden werden, durch welche ein kirchliches Gut auf längere oder kürzere Zeit aus dem unmittelbaren Besitze der Kirche, Pfarrei u. s. w. tritt, wie es bei Verpachtungen der Fall ist. (Cfr. Engel: *Collegium universi juris canonici*. Lib. III. tit. XIII. Nr. 11. — Ferrari: *Prompta Bibl. canon.* s. v. — Pichler: *Candidatus juris prudentiae sacrae*. Lib. III. tit. XIII. Nr. 4. — Ders.: *Jus canon.* Lib. III. tit. XIII. de rebus Ecclesiae alienandis. § 1, Nr. 4. — Reiffenstül: *Jus canon. univers.* lib. III. tit. XIII. § 1, Nr. 2 u. folg. — Schmalzgrüber: *Clerus saecularis*. Lib. III. tit. XIII. Nr. 9.

Ausdrücke, als frei von unnöthigen Satzungen und Klauseln sind, werden im Ganzen nur selten hier eingereicht. Die Folge davon ist, daß sehr viele Pachtverträge umgearbeitet werden müssen, ehe sie für brauchbar erachtet und genehmigt werden können. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes wird nachstehendes Formular für einen gewöhnlichen Pachtvertrag mitgetheilt, das wir mit dem Bemerken zur Beachtung empfehlen, daß durch dasselbe andere oder weitere sachgemäße Festsetzungen durchaus nicht ausgeschlossen sein sollen.

N. den . . . ten 1 . . .

Der Pfarrer Anton B. hieselbst hat mit dem Bauer C. und Genossen folgenden Pachtvertrag verabredet und, vorbehaltlich der Genehmigung des Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes zu Breslau, abgeschlossen.

§ 1. Der Pfarrer A. B. verpachtet von der der hiesigen katholischen Pfarrei¹⁾ eigenthümlich gehörigen Wiedmuth

1. das am Wege nach rechts gelegene, westlich an den Pfarrgarten und südlich an die Aecker des Bauers J. grenzende Ackerstück von 6 (sechs) Morgen an den Bauer C. hieselbst für . . Mk., in Worten
 2. das dahinter liegende Ackerstück von 14 (vierzehn) Morgen an den Gärtner D. hieselbst für . . Mk., in Worten
- jährlichen Zins auf sechs Jahre vom 1. October 1 . . . bis dahin 1 . . .

§ 2. Die Pächter übernehmen die Pachtgrundstücke auf den²⁾ ohne alles Inventar in dem Zustande, in welchem sich dieselben an diesem Tage befinden, ohne wegen etwaiger Mängel die Uebernahme verweigern, Ausstellungen oder Ansprüche auf Herstellung in brauchbaren Zustand, oder auf Ersatz der Kosten, welche diese Herstellung verursacht, machen zu können.

§ 3. Das Pachtgeld wird in halbjährigen Terminen und zwar jedesmal am 1. October und 1. April voraus bezahlt. Die Zahlung des ersten Pachtgeldes muß vor der Uebergabe geleistet werden, widrigenfalls der Verpächter die letztere verweigern und auf Zahlung gegen Leistung der Uebergabe wider den betreffenden Pächter klagen, oder auch nach seinem Gutdünken einseitig vom Pachtvertrage zurücktreten und nach näherer Bestimmung des § 4 gegen den Pächter verfahren kann.

§ 4. Wird die Zahlung des zweiten oder eines späteren Termins über acht Tage verzögert, oder irgend eine der contractlichen Verbindlichkeiten nicht erfüllt, so steht dem Verpächter frei, nach seiner Wahl auf Erfüllung des Vertrages zu klagen, oder denselben aufzuheben, die sofortige Räumung der Pacht zu fordern, ohne daß der Pächter wegen der noch übrigen Pachtzeit, oder wegen Einrichtungen und Vorbereitungen, die erst später den Ertrag der Ernte erhöhen sollen, die geringste Vergütung zu beanspruchen berechtigt ist und auf Gefahr und Kosten desselben (Pächters) die resp. Grundstücke anderweit zu verpachten. Compensation findet nicht statt.

¹⁾ Kirchenländereien müssen durch den Kirchenvorstand verpachtet werden.

²⁾ Ueber die Uebergabe ist eine besondere Verhandlung aufzunehmen.

§ 5. Eine Garantie für den Flächeninhalt oder die Beschaffenheit der Pachtgrundstücke wird den Pächtern nicht geleistet, wie denn dieselben überhaupt aus dem Grunde der Gewährleistung schlechterdings keinen Anspruch an den Verpächter haben.

§ 6. Für Verbesserungen können die Pächter nur dann und insofern Vergütung fordern, als ihnen solche vom Verpächter mit ausdrücklicher Genehmigung des Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amtes zu Breslau schriftlich zugesichert wird.

§ 7. Die Pächter sind verpflichtet, die Pachtgrundstücke in gutem Zustande zu erhalten und die Aecker alle drei Jahre gut zu düngen, die stattgefundene Düngung aber vor der Einackerung dem Verpächter zur Vermeidung einer Strafe von 6 Mk. für den Morgen anzuzeigen.

§ 8. Ein Erlass am Pachtzinse findet unter keinerlei Umständen und bei keinerlei Unglücksfällen, also auch dann nicht statt, wenn gesetzlich ein Anspruch darauf begründet sein würde. Die Pächter verzichten hierdurch auf jede Art von Remission sowohl überhaupt, als auch wegen der Kriegs- und sonstigen, insbesondere die Substanz resp. den Verpächter treffenden Schäden. Das Retentionsrecht soll den Pächtern unter keinerlei Vorwände zustehen.

§ 9. Eine Cession des Pachtrechts, ebenso eine Afterverpachtung ist ohne schriftliche Genehmigung des Verpächters unzulässig. Sollte die letztere auch ertheilt werden, so bleibt dennoch der Pächter für die Erfüllung aller Pachtbedingungen verhaftet.

§ 10. Die Umwandlung von Aeckern in Wiesen, oder von Wiesen in Aecker ist den Pächtern nicht erlaubt. Auch dürfen Wege und Raine nicht verändert oder gar beseitigt werden. Die vorhandenen Gräben müssen von den Pächtern, durch deren Pachtgrundstücke dieselben führen, gut im Stande gehalten werden.

§ 11. Im letzten Pachtjahre hat jeder Pächter die gepachteten Grundstücke nur bis nach der Ernte zu benützen, so daß es dem Verpächter oder dem neuen Pächter freisteht, dieselben gleich nach der Ernte zu bestellen.

§ 12. Wenn ein Pächter im Laufe der Pachtperiode stirbt, so sind dessen Erben zur Fortsetzung der Pacht verpflichtet; doch soll der Verpächter berechtigt sein, entweder wegen der Fortsetzung der Pacht an alle Erben sich zu halten, oder einen aus ihnen in der Art auszuwählen, daß dieser allein die Pacht fortsetze und alle Verpflichtungen des Erblassers erfülle, oder endlich die Pacht mit Ablauf des Pachtjahres, in welchem der Todesfall sich ereignete, aufzuheben, ohne daß er (Verpächter) zu einer Vergütung für etwaige Verbesserungen verbunden sein soll.

§ 13. Verläßt der Verpächter innerhalb der Pachtzeit die Pfarrei, so tritt sein Amtsnachfolger¹⁾ (gleichviel ob Administrator oder wirklicher Pfarrer) gerade so in alle Rechte des Vertrages ein, als ob er demselben von Anfang an ausdrücklich beigetreten wäre.

§ 14. In dem Pachtjahre, in welchem der Verpächter die Pfarrei verläßt, ist dem Amtsnachfolger desselben in dem von diesem zu bestimmenden Termine von jedem Pächter von jedem Morgen des Pacht-

¹⁾ Vgl. G. B. Nr. 217. VIII. unten unter d. S. 596.

ackers Roggenstroh im Gewichte von, unbeschadet des Pachtgeldes, zu verabfolgen und ebenso ohne Vergütung auf der Pfarrei abzuliefern.

§ 15. Die Entstehung eines Krieges gilt nicht als Aufkündigungsgrund.

§ 16. Die Steuern im jährlichen Betrage von . . . Mk. übernehmen die Pächter pro rata ¹⁾. Ein Gleiches geschieht bezüglich aller gesetzlich zu verwendenden Stempel, wogegen die Kosten der Genehmigung des Vertrages vom Verpächter getragen werden.

A. B., Pfarrer, als Verpächter.

C. D., als Pächter.

Durch die Bestimmung des § 14 erleichtert sich der Verpächter die Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtung bezüglich des zurückzulassenden Strohes. Sollte der Amtsnachfolger auf diese Weise mehr Stroh erhalten, als ihm mit Rücksicht auf die Zeit vom Abgange seines Vorgängers bis zum letzten Juni des laufenden Wirthschaftsjahres ordnungsmäßig gebührt, so versteht es sich von selbst, daß der qu. Mehrbetrag dem Antecessor resp. dessen Erben herauszugeben ist.

Mit Analphabeten muß gerichtlich oder notariell contrahirt werden ²⁾.

Die Einreichung eines Duplikats des Vertrags ist nicht nothwendig, hängt vielmehr lediglich von der Vereinbarung der Interessenten ab ³⁾.

Wie der Werthstempel berechnet wird, besagt die Verordnung Nr. 324. VII. unten S. 607.

Bei der Genehmigung des Vertrages werden für unseren Verwaltungsfonds liquidirt:

1. Die sog. Confirmationsgebühren mit $\frac{1}{100}$ % des Pachtgeldes.

2. Die Copialien mit 25 Pf.

a) für jede Genehmigung,

b) für das Uebersendungsschreiben.

3. Für Seide und Siegel 25 Pf. ad 2 litt. a.

4. Die Abtragsgebühr mit 25 Pf.

Sollten mittelst eines Berichts auch mehrere Verträge zur Genehmigung eingereicht werden, so wird dennoch die Abtragsgebühr nur einfach in Ansatz gebracht.

Ist der Verpächter vor Beendigung der contractlichen Pachtzeit von der Pfarrei abgetreten, so hat derselbe resp. dessen Erbe vom nachfolgenden Administrator oder Pfarrer pro rata temporis Ersatz der bestrittenen Auslagen zu fordern.

b) G. B. Nr. 181. I. vom 5. November 1869.

Bei Verpachtungen von Kirchenländereien sind in den von den resp. Kirchenvorständen aufzunehmenden Verträgen die §§ 13 und 14 des in der Verordnung Nr. 163. I. enthaltenen Formulars wegzulassen.

Hinsichtlich der zu den Pachtverzeichnissen gesetzlich zu verwendenden Stempel und der für die Ordinariatsgenehmigung der Verträge zu zahlenden Kosten empfiehlt sich zur Erleichterung der Pächter folgende Verabredung und Festsetzung:

¹⁾ Falls Steuern von dem fraglichen Grundstück zu entrichten sind. Vgl. Abschnitt: Vorrechte des kirchlichen Vermögens.

²⁾ Wenigstens soll das Handzeichen vom Ortsgericht beglaubigt sein. G. B. Nr. 210. VII. unten S. 596. ³⁾ Siehe Nr. 510 folgende Seite.

Der Pächter übernimmt nur die Hälfte der zu diesem Vertrage erforderlichen Stempel¹⁾, so wie der für dessen Genehmigung und sonst noch entstehenden Kosten, verpflichtet sich dagegen zur Tragung sämtlicher durch die Extrahirung dieser Genehmigung erwachsenden Portoausslagen²⁾.

c) G. B. Nr. 210. VII. vom 9. November 1874.

Bei Pachtverträgen, in denen die Pächter außer den Pachtzinsen noch verschiedene Leistungen, z. B. die Stellung von Fuhrern, Lieferung von Stroh und anderen Naturalien jeder Art für jedes Jahr übernehmen, ist es zur richtigen Berechnung des Werthstempels unerlässlich, daß bei jedem Pächter die resp. Leistung oder Lieferung in Gelde, ebenso auch die für jede gepachtete Parzelle jährlich zu entrichtende Grundsteuer³⁾, sofern letztere nicht vom Verpächter übernommen worden ist, besonders angegeben wird.

Bei Analphabeten sind die Handzeichen mindestens durch das Ortsgericht zu beglaubigen. Von den Verträgen ist immer eine einfache, jedoch genaue Abschrift für unsere Acten einzusenden.

Soll ein Pachtvertrag verlängert werden, so hat der Verpächter mit den Pächtern eine diesbezügliche Verhandlung aufzunehmen, und selbige nebst einer Abschrift mit dem abgelaufenen Pachtvertrag zur Genehmigung einzureichen. Bei Verpachtung von Kirchenäckern ist die Verordnung Nr. 181. I. zu beachten.

d) G. B. Nr. 217. VII. vom 14. März 1882.

In Bezug auf Pachtverträge über Pfarrländereien ist zu bemerken, daß auch diese nicht bloß vom Kirchen-Vorstande, sondern auch von der Gemeinde-Vertretung und vom Kirchen-Patron durch Siegel und Unterschrift zu vollziehen sind, wenn der § 13 des Schemas zu Pachtverträgen in der amtlichen Verordnung Nr. 163. I. aufgenommen, oder wenn überhaupt durch eine Bemerkung im Vertrage der Nachfolger des Verpächters resp. des Pfarrers an den Pachtvertrag gebunden wird.

Nr. 510. Beifügung von Abschriften bei Einsendung von Pachtverträgen.

G. B. Nr. 218. XI. vom 7. Juli 1882.

Die Verordnungen Nr. 210. VII. Abs. 3 und 214. IV., wonach jedesmal genaue Abschriften der Pachtverträge den Anträgen auf Genehmigung von (Original-)Pachtverträgen beizulegen sind, wird aufs Neue in Erinnerung gebracht.

Da nach dem Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 nicht mehr die Pacht- und Miethsverträge, sondern die Pacht- und Miethsverzeichnisse zu versteuern sind (vgl. G. B. Nr. 324. VII. weiter unten), so können statt der einfachen Abschriften auch Duplikate oder beglaubigte Abschriften beigelegt werden, was sogar vorzuziehen ist.

Nr. 511. Tabelle zur Berechnung der Lsggebühren.

G. B. Nr. 246. VI. vom 19. December 1887.

Zur Erleichterung der bei Pachtverträgen nothwendigen oft zeitraubenden Berechnung der Gebühren, sowie zur klaren Uebersichtlichkeit

¹⁾ Vgl. G. B. Nr. 324. VII. weiter unten S. 611 ff.

²⁾ Vgl. oben Seite 19 und 516.

³⁾ Falls nämlich solche zu entrichten ist. Vgl. 26. Abschnitt.

der von den einzelnen Pächtern zu erstattenden Kosten fügen wir ein Schema bei, welches die Verpächter fortan den Pachtverträgen beizulegen haben:

Zusammenstellung der Verpflichtungen der einzelnen Parzellen-Pächter zum Zwecke der Kosten-Berechnung.

Laufende Nr.	Pächter.	cfr. § 1. Nr. des Vertrages	Pächter zahlt jährlich		Summa von Col. 4. u. 5.	Stroh zu liefern Gebd.	Werth einmaliger Stroh- Lieferung	Object für den Kosten- Aufs.	Taxe.				
			Pacht	Steuer.									
			M. S.	M. S.									
1	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.				
1.	Anton Baum	1.	50	—	1	—	51	—	3	—	90		
2.	Benno Haber	2.	30	—	—	75	1	50	7	2	10		
	Derjelbe.	5.	30	—	—	75							
	Derjelbe.	8.	50	—	1	—							
3.	u. f. w.												

Wegen Benutzung dieses Schemas ist Folgendes zu bemerken:

1. Dasselbe ist in zwei Exemplaren, wovon eins zurückzusenden, einzureichen.
2. Die Columnen 9 und 10 werden von der Kalkulatur ausgefüllt.
3. Wird Stroh alljährlich geliefert, so ist die Colonne 7 und 8 vor Colonne 6 zu setzen; ist Stroh aber nur im Falle eines Beneficiaten-Wechsels zu liefern, so fällt qu. Colonne gänzlich weg.
4. Sonstige Natural-Lieferungen werden wie Stroh behandelt.
5. Sind Natural-Lieferungen nicht ausbedungen oder wird die Grundsteuer vom Pächter getragen, so fallen die betr. Columnen hinweg.

Nr. 512. Angabe über theilweise Aufgabe der Selbstbewirthschaftung.

G. B. Nr. 334. IV. vom 15. Juli 1897.

Mit Bezug auf die Verordnungen Nr. 123. VIII. und 241. V., betreffend das Zurücklassen von Naturalien bei Umwandlung von selbstbewirthschafteter Wiedmuth in Pacht¹⁾, verordnen wir hierdurch, daß fortan bei Einreichung von pfarrlichen Wiedmuths-Pachtverträgen an uns zur Bestätigung in dem Begleitschreiben jedesmal genau angegeben werde, ob, und bejahendenfalls, welche Fläche aus der bisherigen Selbstbewirthschaftung mit zur Verpachtung gelangt ist.

Das Muster eines Protokolls für Versteigerung eines Kirch- oder Pfarrbusches ist in G. V. Nr. 178. V. vom 5. März 1869 mitgetheilt.

¹⁾ Siehe oben S. 318 und 319 bezw. Nr. 311.

Fünfundzwanzigster Abschnitt. Veräußerung.

Nach kirchlichem Recht soll Kirchengut, sowohl bewegliches als auch unbewegliches, in der Regel nicht veräußert werden. Zulässig ist die Veräußerung nur aus einem sehr wichtigen Grunde (*urgens necessitas ecclesiae, evidens ecclesiae utilitas, christiana charitas*) und mit Zustimmung der zuständigen geistlichen Aufsichtsbehörde.

Ueber das Verbot, kirchliche Gegenstände zu verschenken oder zu veräußern, siehe G. V. Nr. 259. VI. und 316. VI. oben S. 116, 117.

Für ein veräußertes kirchliches Grundstück soll ein anderes, in *tali et quanto* gleiches, Grundstück für das betreffende kirchliche Rechtssubjekt erworben werden (G. V. Nr. 55. I., oben S. 560). Das neu erworbene Grundstück ist jedoch von Communallasten nicht frei, außer wenn es zu einem Kirchhof verwendet wird.

Auch das staatliche Kirchenrecht verlangt für die Veräußerung eine dringende Nothwendigkeit unter Zustimmung des Staates und der geistlichen Oberen. Hinsichtlich kirchlicher Gegenstände vgl. Allg. Landrecht II. 11, §§ 179—182, und § 50 des Vermögens-Verwaltungs-gesetzes vom 20. Juni 1875, hinsichtlich der Grundstücke §§ 219 ff. und 648 a. a. O. Nach § 221 kann die Genehmigung zur Veräußerung von Grundstücken nur alsdann nachgesucht werden, wenn die Veräußerung zum Besten der Kirche nothwendig oder von erheblichem Nutzen ist.

Nr. 513. *Rescriptum Apostolicum circa bona ecclesiastica saecularizata.*

G. B. Nr. 302. I. vom 22. November 1894.

Sanctitas Tua ad preces tam meo quam Reverendissimorum Episcoporum Treviren. et Monasterien. nomine die 5. Septembris anni praeteriti humillime Tibi prolatas die 27. Novembris ejusdem anni per Eminentissimum Cardinalem Poenitentiarium Maiorem benignissime rescribere dignata est:

„condonationem, quam gl. m. Pius PP. VII. Concordato die 15. mensis Julii 1801 art. XIII. concessit, etiam ad occupationes in sinistra Rheni ripa usque ad finem a. 1814 continuatas benigne extendi.“

Insuper nobis significari mandasti:

„hortatoriam ad pia onera, si quae bonis ecclesiae abreptis forte inhaereant, quod ad fideles spectat, qui ea bona possident, consilium secum ferre, non praeceptum, quod vero attinet ad Episcopos, eam specialium inquisitionum non imponere obligationem, sed tantum, ut hae particularibus in casibus fiant data opportunitate.“

Porro in dextera quoque Rheni ripa, quae quidem ad Dioeceses Regni Borussici spectat, necnon in omnibus fere Regni ejusdem Dioecesibus variis inde ab a. 1770 usque ad a. 1824 temporibus bona ecclesiastica, ut dicunt, saecularizata sunt. Quorum quidem pars longe major adhuc a Fisco Regali detinetur. Attamen pars haud spernenda tractu temporis alienata a privatis jam possidetur vel etiam postea alienanda ad privatos transiet. Unde mihi meisque in Episcopatu Regni Borussici collegis iisdem de causis, quibus condonationem praefatam pro sinistra Rheni ripa obtinuimus, pergratum foret, si S. T. condonationem similem circa ea bona eccle-

siastica benigne concedere dignaretur, quae in toto Regno Borussico usque ad finem 1824 saecularizata sunt et a privatis nunc temporis tamquam sua cuiusque bona propria possidentur vel futuris temporibus possidebuntur.

Pro qua gratia

Regni Borussici Episcoporum nomine humillime subscribit
Coloniae, die 31. Augusti 1892.

Philippus,
Archiepiscopus Colonien.

Sacra Poenitentiaria de speciali et expressa Apostolica Auctoritate, benigne sic annuente Sanctissimo Domino Nostro Leone PP. XIII. Reverendissimo in Christo Patri S. R. E. Cardinali Archiepiscopo Colonien. ceterisque Borussiae Episcopis indulget, ut condonatio, quam S. M. Pius PP. VII. per conventionem diei 15. mensis Julii 1801 art. XIII. concessit, quamque Sanctissimus D. N. Leo XIII. per Rescriptum diei 27. Novembris 1891 ad occupationes in sinistra Rheni usque ad finem anni 1814 continuatas ampliavit, juxta preces ad bona ecclesiastica, quae in toto regno Borussiae usque ad finem anni 1824 saecularizata sunt, et de praesenti a privatis tamquam propria possidentur, vel in posterum possidebuntur, per praesens Rescriptum extendatur extensaue censeatur. Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae in Sacra Poenitentiaria die 7. Februarii 1894.

(L. S.)

N. Averardius, S. P. Reg.

A. C. Martini, S. P. Secretarius.

Nr. 514. Vermeidung von Verjährungsnoththeilen.

G. B. Nr. 149. XII. vom 10. Mai 1864.

Das Königl. Ober-Tribunal zu Berlin hat in seinem Plenarbeschlusse vom 5. October v. J. (Justiz-Minist.-Blatt 1863, S. 282) den Grundsatz angenommen,

„daß die Verjährung gegen den Pfarrer zum Nachtheile der Pfarrei sowohl angefangen, als fortgesetzt werden könne.“

Im Interesse der Pfarreien (Kuratien und Lokalien), sowie der resp. Herren Geistlichen, welchen letzteren aus einem in Beziehung hierauf ihnen zur Last fallenden Versehen bei der Verwaltung des Pfarrvermögens die größte Verantwortlichkeit erwachsen kann, nehmen wir gern Veranlassung, auf die Bedeutung und Tragweite dieses vom obersten Gerichtshofe aufgestellten Rechtsgrundsatzes aufmerksam zu machen.

Früher war von dem genannten Gerichtshofe zum § 91, Tit. 21 Th. I. Allg. Landrecht das Präjudiz aufgestellt worden, daß gegen den Pfarrer zum Nachtheile der Pfarrei (des Pfarrbenefiziums) nicht verjährt werden könne und es galt demnach bisher der Rechtsgrundsatz, daß der Pfarrer als Nießbraucher des Pfarrvermögens durch sein Verschulden dem Pfarrbenefizium im Wege der Verjährung ein Recht niemals vergeben könne. Bei Annahme des neuen Rechtsgrundsatzes ist jedoch davon ausgegangen worden, daß einerseits der Pfarrer nach §§ 778 und 779, Tit. 11 Th. II. a. a. O. nicht bloß Nießbraucher, sondern auch zugleich, unter Aufsicht des Patrons und der Kirchenvorsteher, Verwalter der Pfarrgüter ist und gegen den Verwalter zum Nachtheile des Eigenthümers nach § 521, Tit. 9 und

§ 173, Tit. 14 Th. I. a. a. O. die Verjährung angefangen werden kann, andererseits aber das Kirchengut, zu welchem im weitern Sinne auch das Pfarrvermögen gehört, der 44-jährigen Verjährung¹⁾ unterworfen ist.

Aus diesem neuen Rechtsgrundsatz ergiebt sich die große Verantwortlichkeit des Pfarrers, welcher als Verwalter auf die Erhaltung und ordentliche Administration aller Pfarrgüter, auf Abwendung alles denselben drohenden Schadens und möglichst vortheilhafte Benutzung derselben Bedacht zu nehmen verpflichtet ist und unter Umständen sogar für ein geringes Versehen regresspflichtig werden kann. §§ 110 und 112, Tit. 14 a. a. O.

Das Pfarrvermögen kann auf doppelte Weise durch Verjährung benachtheiligt werden, nämlich:

1. Durch Verschulden des Pfarrers können dritte Personen Rechte auf das Pfarrvermögen durch Verjährung erwerben. So kann z. B. ein Nachbar durch Wasserholen aus dem Pfarrbrunnen, durch Gehen oder Fahren über die Wiedmuth, durch Abgrasen eines Raines u. s. w., wenn dergleichen Handlungen frei, offen und wiederholt von demselben (nachbarlichen) Grundstücke aus 44 Jahre lang geschehen, eine Grundgerechtigkeit gegen die Pfarrei erwerben.

Zu solchen Fällen ist es Pflicht des Pfarrers, dergleichen Handlungen zu verbieten und wenn dies fruchtlos geschehen sollte, an uns ungesäumt zu berichten, damit über die weiteren Maßnahmen, insbesondere aber über die etwaige Beschreitung des Rechtsweges befunden werden kann.

Sollen einem Dritten Handlungen beregter oder ähnlicher Art aus besonderen Gründen gunstweise gestattet werden, wodurch rechtlich jede Verjährung ausgeschlossen bleibt, so kann dies nur mit unserer ausdrücklichen Genehmigung geschehen, so wie unter Sicherung des Beweises für die Zukunft, daß nur bittweise dem Dritten die qu. Benutzung gestattet, oder aus rein persönlichem Verhältnisse die qu. Verbindlichkeit übernommen worden ist. Mit derselben Vorsicht ist zu verfahren, wenn z. B. der Pfarrer einen gemeinschaftlichen Zaun oder Graben um des Friedens willen ausbessern resp. räumen läßt. Wenn dagegen die Grenzen der Pfarrgrundstücke durch Ueberbau oder Abpflügen u. s. w. verändert oder verdunkelt werden, so ist sofort auf Wiederherstellung des früheren Zustandes mit polizeilicher oder gerichtlicher Hilfe zu dringen.

2. Durch Verschulden des Pfarrers können Rechte der Pfarrei Dritten gegenüber durch Nichtgebrauch verloren gehen. Hierher gehören insbesondere die jährlichen Abgaben und Leistungen, welche auf Grundstücken für die Pfarrei lasten. Jede einzelne Abgabe resp. Leistung verjährt durch Nichtgebrauch zum Nachtheile des zeitigen Pfarrers in vier Jahren, das Recht selbst aber, alljährlich die Abgabe resp. Leistung zu fordern, zum Nachtheile des Pfarrbenefiziums erst in 44 Jahren. Auch hier ist es Pflicht jedes Pfarrers, die Verjährung gleich beim Beginne zu hindern, oder doch in ihrem Laufe zu unterbrechen. Dies geschieht durch ausdrückliches Anerkennniß des Verpflichteten über die Existenz der Verbindlichkeit, durch eine Bescheinigung desselben, daß ihm nur gunstweise, oder aus rein persönlichen Gründen eine Abgabe oder Leistung zeitweise erlassen werde, durch Fristgesuche, welche in den resp. Pfarracten sorgfältig aufzubewahren

¹⁾ Nach § 195 B. G.-B. beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre.

sind, endlich durch Anmeldung der Klage bei Gericht. Wird eine bisher ausgeübte Grundgerechtigkeit der Pfarrei, z. B. ein Wegerecht, einseitig vom Besitzer des verpflichteten Grundstücks gehindert, so empfiehlt es sich, sofort im Possessorienprozeß wegen Besitzstörung zu klagen, um der Pfarrei den Besitz der Berechtigung zu sichern.

Die Herren Pfarrer haben hiervon Kenntniß zu nehmen und die Herren Erzpriester bei den jährlichen Visitationen zu recherchiren und zu protokolliren, ob überall pflichtmäßig verfahren wird.

Hinsichtlich der Verjährung gelten jetzt die Vorschriften des B. G. B. §§ 193–225.

§ 195. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt dreißig Jahre.

Das Privileg der 44-jährigen Verjährung für Siskus und Kirche nach dem Landrecht ist nicht ins B. G. B. aufgenommen.

Nur in der Uebergangszeit bis 1930 kann zutreffenden Falls die 44-jährige Verjährung noch Platz greifen. Einführungsgezet Artikel 169.

§ 196. In zwei Jahren verjähren die Ansprüche:

1.–14.

15. . . . sowie aller Personen, die zur Besorgung gewisser Geschäfte öffentlich bestellt oder zugelassen sind, wegen ihrer Gebühren und Auslagen, soweit nicht diese zur Staatskasse fließen.

§ 197. In vier Jahren verjähren die Ansprüche auf Rückstände von Zinsen, mit Einschluß der als Zuschlag zu den Zinsen zum Zwecke allmählicher Tilgung des Kapitals zu entrichtenden Beiträge, die Ansprüche auf Rückstände von Mieth- und Pachtzinsen, die Ansprüche auf Rückstände von Renten, Auszugseinkünften, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehalten, Unterhaltsbeiträgen und allen anderen regelmäßig wiederkehrenden Leistungen.

Nach dem Ausführungsgezet vom 20. September 1899.

Artikel 8.

§ 1. In vier Jahren verjähren:

1. Die Ansprüche der Kirchen, der Geistlichen und der sonstigen Kirchenbeamten wegen der Gebühren für kirchliche Handlungen.

Sechszwanzigster Abschnitt. Vorrechte des Kirchenvermögens.

Nr. 515. Mittheilungen aus dem Stempelsteuergesetz.

B. G. Nr. 324. VII. vom 15. September 1896.

Der Hochwürdigsten Diöcesan-Geistlichkeit und den Vertretern kirchlicher Anstalten, Stiftungen und Fonds theilen wir aus dem am 1. April 1896 in Kraft getretenen Preussischen Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 und dem dazu gehörigen Stempeltarif (Gesetz-Sammlung 1895 S. 413), sowie aus der Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 13. Februar 1896, betreffend die Ausführung des gedachten Gesetzes¹⁾, folgende Bestimmungen mit:

¹⁾ Die amtliche Ausgabe dieses Gesetzes nebst Ausführungs-Bekanntmachung und Dienstvorschriften und Sachregister ist bei allen Steuer- und Zollämtern zum Preise von 1,10 Mk. erhältlich.

a. Aus dem Geset.

§ 4. Sachliche Stempelsteuerbefreiungen.

Von der Stempelsteuer sind befreit:

- a) Urkunden über Gegenstände, deren Werth nach Geld geschätzt werden kann, wenn dieser Werth 150 Mk. nicht übersteigt, insoweit nicht der Tarif entgegenstehende Bestimmungen enthält;
- b) alle Urkunden über Gegenstände, denen durch frühere Gesetze oder landesherrliche Privilegien Stempelfreiheit bewilligt worden ist.

§ 5. Persönliche Stempelsteuerbefreiungen.

Von der Entrichtung der Stempelsteuer sind befreit:

- c) deutsche Kirchen und andere Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen;
- d) öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungsanstalten, ferner öffentliche Waisenhäuser, vom Staat genehmigte Hospitäler und andere Versorgungsanstalten, ferner vom Staate genehmigte Vereine für die Kleinkinderbewahranstalten, sowie Stiftungen, welche als milde ausdrücklich anerkannt sind¹⁾;
- e) öffentliche Schulen und Universitäten;
- f) Gemeinden (Gutsbezirke) und Verbände von solchen in Armen-, Schul- und Kirchenangelegenheiten.

Die außerdem gewissen Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. durch frühere Gesetze oder landesherrliche Privilegien bewilligten Steuerbefreiungen bleiben auch fernerhin in Kraft²⁾.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen von der Stempelsteuer befreiten Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. sind nicht befugt, diese Befreiung den Privatpersonen, mit welchen sie Verträge eingehen, einzuräumen, wenn diese Personen an sich nach gesetzlicher Vorschrift zur Entrichtung des Stempels verbunden sind.

Bei allen zweiseitigen Verträgen mit solchen Personen muß für den Vertrag die Hälfte des Stempels und für die Nebenausfertigungen außerdem der vorgeschriebene Stempel (§ 9) entrichtet werden. . . .

¹⁾ Das Finanz-Ministerial-Rescript vom 10. Februar 1899, III 733 überläßt die Entscheidung wegen Steuerfreiheit von Zuwendungen zu milden Zwecken den Provinzial-Steuerdirectoren. Diese entscheiden darüber, ob in einem einzelnen Falle eine Zuwendung, die nicht an eine selbständige, mit juristischer Persönlichkeit ausgestattete oder auszustattende Stiftung gelangt, gemäß § 8 des E. St. G. und Ziffer 2g der Befreiungsvorschriften des Erbschaftsteuer-Tarifs als eine Zuwendung zu mildem Zwecke anzuerkennen und demgemäß den Zuwendungen an anerkannte milde Stiftungen in steuerlicher Hinsicht gleichgestellt und abgabefrei belassen werden kann.

Diese Anerkennung wird bei Vermächtnissen an Kirchen, Schulen zum Zwecke der Verwendung der Zinsen für Arme, arme Schulkinder oder sonstige Hilfsbedürftige vom Fürstbischöflichen General-Vicariat-Amt nachgesucht.

²⁾ Die Stempelfreiheit der Kirchen . . . macht sich auch bei Verträgen geltend, welche über das Pfarrvermögen abgeschlossen werden, kann aber nicht auf Verträge der Pfarrer über die Ausübung ihrer Nutzungsbefugnisse ausgedehnt werden. J. M. R. vom 31. Januar 1832, Nr. 2017.

§ 6. Werthermittlung.

Die Ermittlung des Werthes eines Gegenstandes zum Zwecke der Berechnung der Stempelsteuer ist auf den gemeinen Werth desselben zur Zeit der Beurkundung des Geschäfts zu richten.

Bei Geldforderungen ist der aus der stempelpflichtigen Urkunde ersichtliche Geldbetrag, bei kushabenden Werthpapieren der Tageskurs als Werth anzusehen.

§ 9. Versteuerung mehrerer über denselben Gegenstand ausgestellter Urkunden.

Werden über denselben Gegenstand mehrere Urkunden gleichen Inhalts ausgefertigt, so wird die auf dem Gegenstande ruhende Steuer nur zu einer derselben, und zwar in der Regel zu derjenigen Urkunde, welche als Hauptausfertigung bezeichnet ist, verwendet; die übrigen Ausfertigungen sind mit denjenigen Stempeln zu versehen, welcher nach der Tarifstelle „Duplikate“ beizubringen ist. Eine Ausfertigung einer Verhandlung darf nur dann als Nebenausfertigung versteuert werden, wenn das Vorhandensein einer als Hauptausfertigung versteuerten Urkunde nachgewiesen wird.

Auf jeder zweiten oder weiteren Ausfertigung oder amtlich beglaubigten Abschrift oder jedem amtlich beglaubigten Auszuge muß bescheinigt werden, welcher Stempel zu der Hauptausfertigung oder Abschrift verwendet worden ist. Alle unmittelbaren und mittelbaren Beamten sind verpflichtet, auch die von ihnen gefertigten einfachen Abschriften stempelpflichtiger Urkunden mit dieser Bescheinigung zu versehen.

§ 10. Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltener Gegenstände.

Enthält eine Urkunde verschiedene steuerpflichtige Geschäfte, so ist der Betrag des Stempels für jedes Geschäft besonders zu berechnen und die Urkunde mit der Summe dieser Stempelbeträge zu belegen.

Sofern die einzelnen in einer Urkunde enthaltenen Geschäfte sich als Bestandtheile eines einheitlichen, nach dem Tarife steuerpflichtigen Rechtsgeschäfts darstellen, ist nur der für das letztere vorgesehene Stempelbetrag zu entrichten.

§ 11. Mindestbetrag der Stempelsteuer und Abstufungen derselben.

Die Stempelabgabe beträgt, insoweit der Tarif nicht abweichende Bestimmungen enthält, mindestens 0,50 Mk. und steigt in Abstufungen von je 0,50 Mk., wobei überschießende Stempelbeträge auf 0,50 Mk. abgerundet werden.

§ 15. Zeit der Stempelverwendung bei den von Behörden und Beamten aufgenommenen Verhandlungen.

Behörden und Beamte, einschließlich der Notare, jedoch ausschließlich der Schiedsmänner, haben zu allen von ihnen aufgenommenen Verhandlungen oder ertheilten Ausfertigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Auszügen und Genehmigungen aller Art den Stempel vor deren Aushändigung,

spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Urkunden zu verwenden

§ 16. Zeit der Stempelverwendung bei Verhandlungen der Privatpersonen.

Bei den nicht auf Stempelpapier niedergeschriebenen Verhandlungen der Privatpersonen muß die Besteuerung bewirkt sein:

- c) bei Pacht-, Mieth- und antichretischen Verträgen über unbewegliche Sachen innerhalb der in der Tariffstelle „Pachtverträge“ angegebenen Frist;
- g) in allen übrigen Fällen vom Aussteller binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung.

Bei Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche erst durch die Genehmigung oder den Beitritt einer Behörde oder eines Dritten Rechtswirkksamkeit erlangen, beginnt den Ausstellern gegenüber die Frist für die Verwendung des Stempels mit dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem sie von der Genehmigung oder dem Beitritt Kenntniß erhalten haben.

§ 17. Festsetzung von Geldstrafen gegen Privatpersonen.

Wer den Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer zuwiderhandelt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem vierfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt.

Betreffen die gedachten Zuwiderhandlungen die in der Tariffstelle „Pachtverträge“ aufgeführten Verzeichnisse oder Urkunden, zu welchen Privatpersonen Stempelmarken ohne amtliche Ueberwachung verwenden dürfen, so ist eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zehnfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber 30 Mark beträgt.

Die verwirkten Geldstrafen treffen jeden Unterzeichner oder Aussteller besonders und in vollem Betrage.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer unter a. der Tariffstelle „Pachtverträge“ trifft die Geldstrafe nur den Verpächter, Vermiether oder Verpfänder.

§ 19. Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Beamte und Notare.

Unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte, einschließlich der Notare, welche bei ihren amtlichen Verhandlungen oder bei den im Auftrage oder Namens einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen die ihnen durch dieses Gesetz oder die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Besteuerung auferlegten Pflichten veräumen, sind, sofern nicht nach der Art des Vergehens wegen verletzter Amtspflicht eine höhere Strafe eintritt, mit einer Ordnungsstrafe bis zum Betrage des nicht verwendeten Stempels, jedoch nicht über 150 Mk. zu belegen.

§ 20. Straffreiheit.

Wenn der Stempel entsprechend der Auskunft der zur Verwaltung des Stempelwesens bestellten Behörde verwendet worden ist, so treten die Strafen der §§ 17 bis 19 nicht ein.

b. Aus dem Tarif.

Auszug aus dem neuen Stempeltarif.

Gg. Tarif-Nr.	Gegenstand der Besteuerung.	vom Hundert.	M Pf	
1.	Abchriften, beglaubigte, unter denselben Voraussetzungen wie Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, s. diese.			
2.	Abtretung von Rechten. Beurkundungen über die Abtretungen von Rechten, sofern nicht . . . die Bestimmungen der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge“ 5. bis einschließlich 10. Absatz zur Anwendung kommen	1/50		
	des Werthes der Gegenleistung oder, wenn eine solche in der Urkunde nicht enthalten ist, des Geldbetrages oder des Werthes des abgetragenen Rechtes mindestens aber ist der Werth des abgetretenen Rechtes nicht schätzbar	—	1	—
3.	Pfandmiethen oder Pfandpachtverträge, s. Pachtverträge.	—	5	—
8.	Auflassungen von inländischen Grundstücken, Bergwerken, unbeweglichen Bergwerkstheilen oder selbstständigen Gerechtigkeiten des Werthes des veräußerten Gegenstandes. Die Abgabe wird nur erhoben, falls der Eigenthumsübergang in den Grund- oder öffentlichen Büchern vermerkt worden ist. Die Auflassungserklärung und der Umschreibungsantrag sind dem Werthstempel nicht unterworfen, wenn mit der Verlautbarung oder mit der Einreichung derselben oder innerhalb einer mit dem Tage der Zustellung der Aufforderung zur Zahlung der Gerichtskosten beginnenden Frist von zwei Wochen die das Veräußerungsgeschäft enthaltende, in an sich stempelpflichtiger Form ausgestellte Urkunde in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift vorgelegt wird.	1	—	—
12.	Bestallungen für besoldete Beamte für unbesoldete Beamte . . . frei.	—	1	50
14.	Cessions-Instrumente, s. Abtretung von Rechten.			
16.	Duplicate von stempelpflichtigen Urkunden ¹⁾ jedoch nicht über den zu der stempelpflichtigen Urkunde selbst erforderlichen Stempel hinaus.	—	1	50

¹⁾ Mit Ausnahme der Nebenausfertigungen der Pacht- und Miethsverträge, welche einem besonderen Stempel nicht unterliegen (Beilage 2 zur Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Stempelsteuergesetzes).

Stemp. Gart.-Nr.	Gegenstand der Besteuerung.	vom Hundert.	M. Pf.
31.	Inventarien, welche zum Gebrauch bei stempelpflichtigen Urkunden dienen	—	1 50
32.	Kauf- und Tauschverträge und andere lästige Veräußerungsgeschäfte enthaltende Verträge einschließlich der gerichtlichen Zwangsversteigerungen, insoweit nicht besondere Tariffstellen zur Anwendung kommen, wenn sie betreffen:		
	a) im Inlande befindliche unbewegliche Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte bei Kauf- und Lieferungsverträgen vom Kauf- oder Lieferungspreise unter Hinzurechnung des Werthes der ausbedungenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen; bei anderen Verträgen vom Gesamtwert der Gegenleistung unter Hinzurechnung des Werthes der vorbehaltenen Nutzungen oder, wenn der Werth der Gegenleistung aus dem Vertrage nicht hervorgeht, von dem Werth des veräußerten Gegenstandes;	1 — —	
	c) andere Gegenstände aller Art (auch Lieferungsverträge), falls die Verträge nicht auf Grund der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 der Reichsstempelabgabe unterliegen, oder von dieser befreit sind wie vor.	$\frac{1}{3}$ — —	
	Der Stempel berechnet sich bei Tauschverträgen nach dem Werthe der von Einem der Vertragsschließenden in Tausch gegebenen Gegenstände und zwar derjenigen, welche den höheren Werth haben, . . . bei Zwangsversteigerungen nach dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der von dem Erstseher übernommenen Leistungen Wenn jedoch der erste Erwerber das Veräußerungsgeschäft erweislich auf Grund eines Vollmachtsauftrages oder einer Geschäftsführung ohne Auftrag für einen Dritten abgeschlossen hat, so bedürfen Beurkundungen von Uebertragungen der Rechte dieses ersten Erwerbes an den Dritten nur eines Stempels von	— 1 —	50
	Befreit sind Kauf- und Lieferungsverträge über Mengen von Sachen oder Waaren, sofern dieselben entweder zum unmittelbaren Verbrauch in einem Gewerbe oder zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Bearbeitung oder		

Gde. Zarif-Nr.	Gegenstand der Besteuerung.	vom Hundert	M	Pf
	Verarbeitung dienen sollen oder im Inlande in den Betrieb eines der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind.			
36.	Leibrenten und Rentenverträge, wodurch zu gewissen Zeiten wiederkehrende Zahlungen von Geld für eine oder mehrere bestimmte Personen während der Lebensdauer derselben oder auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen Entgelt erworben werden, mag die Gegenleistung in einer bestimmten Geldsumme oder in der Hingabe von Sachen oder in der Uebnahme von Leistungen oder Verpflichtungen, oder aber in dem Aufgeben von Rechten bestehen, falls nicht die Tarifstelle „Versicherungsverträge“ zur Anwendung kommt . . . des Kapitalswerthes der Renten.	1	—	—
38.	Lieferungsverträge, s. Kaufverträge.			
41.	Mieth- und Aftermiethverträge, s. Pacht- und Aftpachtverträge.			
44.	Nebenausfertigungen von Verträgen, wie Duplicate, s. diese.			
48.	Pacht- und Aftpachtverträge, sowie Mieth- und Aftermiethverträge, sowie antichretische Verträge: a) über unbewegliche Sachen, sofern der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins (Miethzins, antichretische Nutzung) mehr als 300 Mk. beträgt . . . des Pachtzinses (Miethzinses, der antichretischen Nutzung). Der Verpächter und Afterverpächter (Vermiether, Aftervermiether, Verpfänder) hat die vorbezeichneten, während der Dauer des Kalenderjahres ¹⁾ in Geltung gewesenen Verträge bis zum Ablauf des Januar des darauf folgenden Jahres in ein Verzeichniß (Pacht-, Mieth-, Antichrese-Verzeichniß ²⁾), welches die Bezeichnung des Grundstücks, den Namen des Pächters (Miethers, Pfandinhabers), die Dauer des Vertragsverhältnisses während des betreffenden Kalenderjahres,	^{1/10}	—	—

¹⁾ Die Entrichtung des gesetzlichen Stempels ist nicht auf das betreffende Kalenderjahr beschränkt, sondern es ist nach dem Belieben des Steuerpflichtigen die Vorausbesteuerung auf mehrere Jahre oder auf die ganze Vertragsdauer zulässig. Wird in solchem Falle der Vertrag vor Ablauf der Dauer, für welche die Vorausbesteuerung stattgefunden, aufgehoben, so erfolgt Erstattung der Abgabe für die Zeit, in welcher der Vertrag nicht mehr in Geltung war. Der Erstattungsantrag ist innerhalb 2 Jahren nach Auflösung des Vertrages an das zuständige Stempelsteueramt unter Beifügung der Urkunden zu richten.

²⁾ Wegen der Formulare zu den Verzeichnissen vergl. weiter unten c Nr. 2.

Seite auf Nr.	Gegenstand der Besteuerung.	vom Quadrat.	M	Pf
	den Zins (Nutzung), den erforderlichen Stempelbetrag und seine Namensunterschrift enthalten muß, einzeln einzutragen, das Verzeichniß mit der Versicherung, daß er andere unter die vorstehende Bestimmung fallende Verträge nicht abgeschlossen habe, zu versehen und die Besteuerung spätestens innerhalb der vorerwähnten Frist bei einer Steuerstelle zu bewirken.			
	b) über bewegliche Sachen des Zinses (Nutzung).	1/10	—	—
	Der Stempel berechnet sich nach der Dauer der bedungenen Vertragszeit; bei Verträgen auf unbestimmte Zeit ist der Besteuerung eine einjährige Dauer zu Grunde zu legen.			
50.	Policen, s. Versicherungsverträge.			
54.	Punktationen über einen zu errichtenden Vertrag, welche die Kraft eines Vertrages haben und demnach eine Klage auf Erfüllung begründen, sind wie Verträge über denselben Gegenstand und zwar auch dann zu versteuern, wenn darin die Aufnahme einer förmlichen Vertragsurkunde vorbehalten ist. Zu einer Vertragsurkunde, welche auf Grund einer mit dem Werthstempel belegten Punktation demnächst aufgenommen wird und im Wesentlichen denselben Inhalt, wie diese, kommt der zur Punktation verwendete Werthstempel in Anrechnung.			
56.	Schenkungen unter Lebenden, insbesondere auch die belohnenden und die mit einer Auflage belasteten Schenkungen, insofern sie schriftlich beurkundet sind, unterliegen von dem Betrage der Schenkung einer Werthstempelabgabe, welche sich nach den Vorschriften der §§ 6—25, sowie des § 27 erster Absatz des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer vom 30. Mai 1873 und des demselben anliegenden Tarifs bestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen das 25 fache ihres einjährigen Betrages als Kapitalwerth angenommen wird. An Stelle des Verhältnisses des Erblassers und des Erwerbers des Anfalls sind die Verhältnisse des Gebers, beziehungsweise des Beschenkten zu berücksichtigen. Vgl. die Verordnung Nr. 204. VI.			
58.	Schuldverschreibungen. I. Schuldverschreibungen, hypothekarische und persönliche aller Art, insofern es sich nicht um der Reichsstempelabgabe unterworfenen Werthpapiere handelt des Kapitalbetrages der Schuldverschreibung.	1/12	—	—

Steu- erart.	Gegenstand der Besteuerung.	von 1000 M.		
			M	Pf
	Ermäßigungen:			
	a) Schuldverschreibungen über Kaufgelder, Erbgeder oder sonstige Forderungen aus zweiseitigen Verträgen, falls diese Verträge gehörig versteuert sind und alle wesentlichen Bedingungen des Schuldverhältnisses enthalten, wie Nebenausfertigungen derselben (vergleiche die Tariffstelle „Nebenausfertigungen“);			
	b) Schuldverschreibungen über Darlehne, welche innerhalb Jahresfrist oder in einem kürzeren Zeitraume zurückzahlen sind	1/50	—	—
	der dargeliehenen Summe in Abstufungen von 20 Pf. für je 1000 Mk. oder einen Bruchtheil dieses Betrages.			
	III. Der Antrag auf Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld oder einer wiederkehrenden Geldleistung im Grundbuche oder in einem für solche Eintragungen bestimmten öffentlichen Buche	1/12	—	—
	der einzutragenden Summe oder des Kapitalswerthes der Geldleistung.			
63.	Tauschverträge, s. Kaufverträge.			
65.	Testamente, s. Verfügungen von Todeswegen.			
66.	Verfügungen von Todeswegen aller Art, auch in Form von Verträgen	—	1	50
67.	Vergleiche	—	1	50
	Ist jedoch durch den Vergleich ein unter den Parteien bisher nicht in stempelpflichtiger Form zu Stande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im Wesentlichen aufrecht erhalten oder ein anderweites Rechtsgeschäft neu begründet worden, so ist zu dem Vergleiche, wenn diese Geschäfte nach dem gegenwärtigen Tarif einen höheren als dem für Vergleiche verordneten Stempel unterworfen sind, dieser höhere Stempel zu verwenden.			
71.	Verträge,			
	1. durch welche ein früherer stempelpflichtiger Vertrag lediglich aufgehoben wird	—	1	50
	2. über sonstige vermögensrechtliche Gegenstände, wenn keine andere Tariffstelle zur Anwendung kommt	—	1	50
	Ein auf unbestimmte Zeit oder auf Kündigung abgeschlossener Vertrag gilt in betreff der Stempelpflichtigkeit als ein auf ein Jahr abgeschlossener.			
	Befreiungen:			
	a) Lehrverträge,			
	b) Verträge, durch welche Arbeits- und Dienstleistungen			

Gibet. Ziffern.	Gegenstand der Besteuerung.	vom Hundert.	M.	Pf.
	auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen zu ge- wissen Zeiten wiederkehrendes Entgelt (Lohn, Gehalt und dergleichen) versprochen werden, wenn der Jahres- betrag der Gegenleistung 1500 Mk. nicht übersteigt.			
72.	Vocationen der Geistlichen und Schullehrer, wie Bestallungen, i. diese.			
73.	Vollmachten, Ermächtigungen und Aufträge zur Vornahme von Geschäften rechtlicher Natur für den Vollmachtgeber, wenn der Werth des Gegenstandes der Vollmacht			
	500 Mk. nicht übersteigt	—	—	50
	1000 „ „ „	—	1	—
	3000 „ „ „	—	1	50
	6000 „ „ „	—	3	—
	10000 „ „ „	—	5	—
	15000 „ „ „	—	7	50
	bei einem höheren Betrage	—	10	—
	wenn die Vollmacht zur Vornahme aller oder gewisser Gattungen von Geschäften für den Vollmachtgeber er- mächtigt (Generalvollmacht) und der Werth des Gegen- standes 50 000 Mk. übersteigt	—	20	—
	Steht der Bevollmächtigte in einem Dienstverhältnisse zu dem Vollmachtgeber, höchstens	—	1	50
	Wenn der Werth des Gegenstandes der Vollmacht nicht schätzbar ist, wenn es sich insbesondere um Vollmachten zur Ausübung des Stimmrechts in Gesellschaften aller Art handelt	—	1	50
	Bei Proceßvollmachten treten an Stelle der Steuersätze des ersten Absatzes von 3, 5, 7, 50, 10 die Steuersätze von 2, 3, 4, 5 Mk.			
74.	Vorrechtseinräumungen (Prioritätscessionen) . . .	—	1	50
75.	Werkverdingungsverträge, inhalts deren der Ueber- nehmer auch das Material für das übernommene Werk ganz oder theilweise anzuschaffen hat, sind, falls letzteres in der Herstellung beweglicher Sachen besteht, wie Lieferungsverträge unter Zugrundelegung des für das Werk bedungenen Gesamtpreises zu versteuern. Handelt es sich bei dem verdingenen Werk um eine nicht bewegliche Sache (z. B. die Errichtung eines Ge- bäudes), so ist der Werkverdingungsvertrag so zu ver- steuern, als wenn über die zu dem Werke erforderlichen, von dem Unternehmer anzuschaffenden beweglichen Gegen- stände in demjenigen Zustande, in welchem sie mit dem Grund und Boden in dauernde Verbindung gebracht werden sollen, ein dem Steuersatz der Tarifstelle „Kauf-			

77.	9te Tariff-Nr.	Gegenstand der Versteuerung.	vom Hundert.		
				M	Pf
		und Tauschverträge" Buchstabe c oder der Ziffer 3 der „Ermäßigungen und Befreiungen" dieser Tariffstelle unterliegender Lieferungsvertrag und außerdem hinsichtlich des Werthes der Arbeitsleistung ein dem Steuerjahre der Tariffstelle „Verträge" Ziffer 2 unterworfenen Arbeitsvertrag abgeschlossen wäre.			
		Zeugnisse, amtliche, in Privatsachen innerhalb der Zuständigkeit der ausstellenden Behörde oder des ausstellenden Beamten ertheilte	—	1	50
		Befreit sind:			
		b) Zeugnisse aller Art, welche von Geistlichen in Bezug auf kirchliche Handlungen ertheilt werden, insbesondere Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Todten- und Beerdigungsscheine.			
		c) Zeugnisse, welche zum Nachweise der Berechtigung zum Genuße von Wohlthaten, Stiftungen und anderen Bezügen für hilfsbedürftige Personen dienen sollen			

c. Aus der Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers vom 13. Februar 1896 über die Ausführung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 ist in Extrabeilagen den Regierungs-Amtsblättern pro 1896 und zwar für Breslau und Oppeln bei Nr. 13 und für Liegnitz bei Nr. 12 beigelegt.

Besonders wichtig erscheinen nachbezeichnete Bestimmungen unter

Ziffer.	zu § des Gesetzes.	betreffend:	Seite der Amtsblatt- Beilage.
1	5	Befreiungen	1
10, 14, 15	14 u. 15	die Erfüllung der Stempelpflicht und die Folgen der Nichterfüllung	3—5
	zum Tarif Nr.		
28	2 u. 8	Abtretungen und Auflassungen	15
30	8	Auflassungen	15
45—48	48	Pachtverträge	21, 22
50	54	Punktionen	22
51, 52	58	Schuldverschreibungen	23
53	73	Vollmachten	23
sowie die Beilage Nr. 2 zur Tariffstelle 48 des Gesetzes und Ziffer 45 der Bekanntmachung, betreffend die Pachtverzeichnisse			28—30

Bezüglich der Pachten um Kirchen-, Pfarr- und Anstalts-Grundstücke machen wir besonders auf Nachstehendes aufmerksam:

1. Fortan sind nicht die Pacht- und Miethsverträge, sondern die Pacht- und Miethsverzeichnisse zu versteuern, zunächst im Januar 1897, es kann deshalb die Stempelverwendung nicht mehr diesseits erfolgen, sondern sie ist von den Kirchen- resp. Anstalts-Vorständen oder den Nutznießern der betreffenden Grundstücke zu besorgen und zwar:

- a) Seitens der Kirchenvorstände, welche als Behörden anerkannt sind, — von diesen selbst, hinsichtlich der von ihnen abgeschlossenen oder genehmigten Verträge und
- b) seitens der Anstalts-Vorstände oder Grundstücksnutznießer durch das nächste zuständige Steueramt.

2. Formulare zu Pachtverzeichnissen können von allen Zoll- und Steuerämtern sowie Stempelvertheilern unentgeltlich bezogen werden; die darauf befindlichen Bemerkungen sind zu beachten.

Betrifft die Erbschaftsteuer.

Aus dem Tarif zum Gesetz vom ^{19. Mai 1891}_{31. Juli 1895} betreffend die Erbschaftsteuer (Gesetz-Sammlung 1891 S. 93 und 1895 S. 412) bringen wir folgende Bestimmungen zum Abdruck:

Der Anfall wird versteuert:

- A. mit Einem vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an Personen, welche dem Hausstande des Erblassers angehören und in demselben in einem Dienstverhältniß gestanden haben, sofern der Anfall in Pensionen, Renten oder anderen auf die Lebenszeit der Bedachten beschränkten Nutzungen besteht, die ihnen mit Rücksicht auf dem Erblasser geleistete Dienste zugewendet werden;
- B. mit Zwei vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an:
 - a) adoptirte oder in Folge der Einkindschaft zur Erbschaft berufene Kinder und deren Descendenten,
 - b) volle oder halbbürtige Geschwister und deren Descendenten;
- C. mit Vier vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an:
 - a) vorstehend nicht benannte Verwandte bis einschließlich zum sechsten Grade der Verwandtschaft,
 - b) Stiefkinder und deren Descendenten und Stiefeltern,
 - c) Schwiegerkinder und Schwiegereltern,
 - d) natürliche, aber von dem Erzeuger erweislich anerkannte Kinder,
 - e) außerdem sind mit Vier vom Hundert des Betrages zu versteuern alle Anfälle und Zuwendungen, welche ausschließlich zu wohlthätigen, gemeinnützigen oder Unterrichtszwecken bestimmt sind, insofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen und die wirkliche Verwendung zu dem bestimmten Zwecke gesichert ist ¹⁾;

¹⁾ Dies gilt auch hinsichtlich der an Kirchen und milde Stiftungen gelangenden Anfälle und Zuwendungen. Steuerfrei sind dieselben aber nur, wenn sie entweder keine specielle Zweckbestimmung oder nur eine solche für gottesdienstliche Zwecke haben.

D. mit Acht vom Hundert des Betrages:
in allen anderen Fällen¹⁾).

Befreiungen.

Von der Erbschaftssteuer befreit ist:

1. jeder Anfall, welcher den Betrag von 150 Mk. nicht übersteigt, . .
2. jeder Anfall, welcher gelangt an:
 - a) Ascendenten,
 - b) Descendenten, sofern dieselben aus gültigen Ehen abstammen oder legitimirt sind. Auch uneheliche Kinder haben von dem Nachlasse der Mutter oder deren Ascendenten keine Erbschaftssteuer zu entrichten,
 - c) Ehegatten,
 - d) Personen, welche dem Hausstande des Erblassers angehört und in demselben in einem Dienstverhältniß gestanden haben, sofern der Anfall den Betrag von 900 Mk. nicht übersteigt,
 - g) öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits-, Straf- und Besserungsanstalten; ferner öffentliche Waisenhäuser, vom Staate genehmigte Hospitäler und andere Versorgungsanstalten, ferner vom Staate genehmigte Vereine für die Kleinkinderbewahranstalten, sowie Stiftungen, welche als milde ausdrücklich anerkannt sind²⁾,
 - h) öffentliche Schulen und Universitäten, öffentliche Sammlungen für Kunst und Wissenschaft,
 - i) Deutsche Kirchen und andere Deutsche Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen,
 - k) Rassen oder Anstalten, welche die Unterstützung der Arbeitnehmer oder Bediensteten des Erblassers, sowie der Angehörigen derselben bezwecken,
 - l) insoweit noch außerdem nach den bestehenden Bestimmungen sub-jective Befreiungen vom Erbschaftsstempel, bezw. von der Erbschaftsabgabe bestehen, welche nach den Landesgesetzen nur gegen Entschädigung aufgehoben werden können, oder auf besonderem landesherrlich verliehenen Privilegium beruhen, finden dieselben gleichmäßig auch auf die fernerhin zu entrichtende Erbschaftssteuer Anwendung.

Nr. 516. Unterschriftsbeglaubigungen von Geistlichen sind stempelfrei.

G. B. Nr. 331. VI. vom 15. April 1897.

Im Anschluß an unsere Publikation, betreffend die Stempelsteuer, cf. Verordnung Nr. 324. VII., bringen wir nachstehende Verfügung des Herrn Finanzministers vom 18. October 1896 zur Kenntniß der Hochwürdigen Geistlichkeit:

¹⁾ Nach einer Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 18. März 1884, IIIa. 594, ist eine für eine kirchliche Anstalt beabsichtigte Schenkung, wenn sie einer Privatperson vermacht wird, welche demnächst nach mündlichen Anweisungen verfährt, dem vollen Schenkungsstempel (also event. 8%) unterworfen. Siehe S. 614.

²⁾ Vgl. Anmerkung 1 zu § 5d des Stempelsteuergesetzes a.

Berlin, den 18. October 1896.

Unterschriftsbeglaubigungen, wenn sie von anderen Behörden als Gerichten und Notaren, als insbesondere von Polizeiverwaltungen, Magistraten, Dorfgerichten, Gemeindevorständen, Amts- und Bezirksvorstehern u. s. w. ertheilt werden, sind in der Regel stempelfrei. Dem Zeugnißstempel gemäß der Tarifstelle 77 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 unterliegen derartige Beglaubigungen indessen insoweit, als besondere Gesetze oder Verordnungen den ausstellenden Behörden die Beglaubigungsbefugniß ausdrücklich beilegt haben.

Ausführlich mitgetheilt in der oben genannten Verordnung.

Hiernach sind Unterschriftsbeglaubigungen von Geistlichen, da dieselben zur Vornahme von Beglaubigungen nicht ausdrücklich für zuständig erklärt worden sind, stempelfrei.

Nr. 517. Stempelpflichtigkeit von gewissen Zuwendungen an Kirchen und Kirchengemeinden.

G. B. Nr. 244. III. vom 7. Juli 1887.

Nachstehendes durch den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten an mich gesendetes Circular theile ich dem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus und Kirchenvorständen zur Kenntnissnahme und Beachtung in event. eintretenden Fällen hierdurch mit:

Berlin, den 9. Mai 1887.

Nach einer Mittheilung des Herrn Finanz-Ministers ist die Erfahrung gemacht worden, daß die den Kirchengemeinden bezw. Kirchen u. aus schließlich zu wohlthätigen, gemeinnützigen und Unterrichtszwecken ausgesetzten Zuwendungen und Anfälle u., welche nach § 4 des Erbschaftssteuergesetzes vom 30. Mai 1873 in Verbindung mit Position C^o der allgemeinen Vorschriften des Tarifs zu diesem Gesetze, mit 4 Procent stempelpflichtig sind, fast ausnahmslos erst in Folge einer Aufforderung des Stempelfiscals zur Versteuerung gelangen. Um den Uebelständen, welche mit Nachforderungen derartiger Schenkungssteuern verknüpft zu sein pflegen, vorzubeugen, veranlassen wir die Königliche Regierung, bei der Benachrichtigung von der, einer Schenkung der in Rede stehenden Art zu Theil gewordenen landesherrlichen Genehmigung die Organe der Kirchengemeinden gleichzeitig auf die entsprechende Versteuerungspflicht aufmerksam zu machen.

Zugleich wolle die Königliche Regierung den sämtlichen Kirchenvorständen der katholischen Kirchengemeinde Ihres Bezirks die rechtzeitige Anmeldung der Zuwendungen gedachter Art zum Zwecke der Versteuerung unter Hinweis auf die bezüglichlichen Bestimmungen des Erbschaftssteuergesetzes vom 30. Mai 1873 zur Pflicht machen.

Der Minister der geistl., Unterrichts- und
Medicinal-Angelegenheiten.
(gez.) von G o ß l e r.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage.
(gez.) von Z a s t r o w.

An sämtliche Königliche Regierungen.

An den Kapitulär-Bicar von Breslau Weihbischof
Herrn Dr. Gleich, Bischöfl. Hochw. zu Breslau.

Abchrift erhalten Ew. Bischöfliche Hochwürden zur gefälligen Kenntnissnahme und mit dem ergebensten Ersuchen, in geeignet scheinenden Fällen auf die rechtzeitige Anmeldung derartiger Zuwendungen zum Zwecke der Versteuerung hinzuwirken.

von G o ß l e r.

Nr. 518. Gerichtskostenfreiheit in kirchlichen Angelegenheiten.

a) G. B. Nr. 314. V. vom 15. November 1895.

Der Hochwürdigsten Diöcesan-Geistlichkeit und den Vertretern kirchlicher Anstalten, Stiftungen und Fonds theilen wir aus dem am 1. October d. J. in Kraft getretenen Preussischen Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895 folgende Bestimmungen¹⁾ auszugsweise mit:

„§ 7. Bei den besonderen Anordnungen, durch welche für gewisse Rechtsfachen eine gänzliche oder theilweise Gebührenfreiheit bewilligt ist, behält es sein Verwenden. Gebührenfrei sind insbesondere . . . Verfügungen und Verhandlungen, welche begründet befundene Beschwerden betreffen.

Die Gerichte sind befugt, Gerichtsgebühren, welche durch eine unrichtige Behandlung der Sache ohne Schuld der Betheiligten entstanden sind, niederzuschlagen und für abweisende Bescheide, sowie im Falle der Zurücknahme eines Antrages, wenn der Antrag auf nicht anzurechnender Unkenntniß der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht, Gebührenfreiheit zu gewähren.

§ 8. Von der Zahlung der Gerichtsgebühren sind befreit:

1.
2. alle öffentlichen Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungs-Anstalten und Waisenhäuser; ferner milde Stiftungen, insofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen oder in bloßen Studien-Stipendien bestehen, sowie endlich die Gemeinden in Armenangelegenheiten;
3. alle öffentlichen Volksschulen;
4. alle öffentlichen gelehrten Anstalten und Schulen, Kirchen, Pfarreien, Kaplaneien, Vikarien und Küstereien, jedoch nur insoweit, als nach dem Zeugnisse der zuständigen Staatsbehörde²⁾ die Einnahmen derselben die etatsmäßige Ausgabe einschließlich der Besoldung oder des statt dieser überlassenen Vießbrauchs nicht übersteigen; insoweit jedoch eine Angelegenheit zugleich solche Ansprüche betrifft, welche lediglich das zeitige Interesse der für ihre Person zur Nutzung des betreffenden Vermögens Berechtigten berühren, haben letztere die auf ihren Theil verhältnißmäßig fallenden Kosten zu tragen;
5.
6.
7. . . Privatunternehmungen, welche nicht auf einen besonderen Geldgewinn der Unternehmer gerichtet sind, sondern einen gemeinnützigen, nicht auf einzelne Familien oder Korporationen beschränkten Zweck haben, sofern denselben durch besondere gesetzliche Bestimmung Gebührenfreiheit bewilligt ist. . . . Wenn in einzelnen Fällen die Befreiung zweifelhaft ist, so ist darüber gemeinschaftlich von den Ministern der Finanzen und der Justiz zu entscheiden.

Die einem Betheiligten bewilligte Befreiung soll in keinem Falle einem anderen Betheiligten zum Nachtheile gereichen.

¹⁾ Die hier folgenden Bestimmungen stimmen mit den diesbezüglichen Bestimmungen des auf Grund des B. G.-B. erlassenen Preussischen Gerichtskostengesetzes vom 6. October 1899 (Gesetz-Samml. S. 325) wörtlich überein.

²⁾ Vgl. Artikel 1 Nr. 4 der Königlichen Verordnung vom 30. Januar 1893 (G.-S. S. 11) und Artikel 1 Nr. 3 der Königlichen Verordnung vom demselben Tage (G.-S. S. 13), abgedruckt in unserer Verordnung Nr. 291. VIII. und IX.

§ 9. Die Gebührenfreiheit entbindet nicht von der Zahlung der baaren Auslagen.

Das Gericht kann anordnen, daß Auslagen, welche durch eine von Amtswegen veranlaßte Verlegung eines Termins oder durch eine begründet befundene Beschwerde entstanden sind, von der Partei nicht erfordert werden. Dasselbe gilt von den Schreib- und Postgebühren, falls in Gemäßheit des § 7 Absatz 2 die Gerichtsgebühren niederge schlagen werden.

§ 17. . . . Ueber Beschwerden wegen verweigerter Niederschlagung oder Stundung wird im Aufsichtswege entschieden.

§ 108 (113). An baaren Auslagen werden erhoben:

1. die Schreibgebühren;
2. die Postgebühren einschließlich der Telegraphengebühren;
3. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;
4. die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren;
5. die bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle den Gerichtsbeamten zustehenden Tagegelde, Reisekosten und Commissionsgebühren;
6. die an andere Behörden oder Beamte oder an Rechtsanwälte für deren Thätigkeit zu zahlenden Beträge, insbesondere auch die an Dorf-, Feld- oder Ortsgerichte zu zahlenden Beträge;
7. die Rechnungsgebühren;
8. die Kosten eines Transports von Personen oder Sachen;
9. die Haftkosten.

§ 109 (114). Schreibgebühren werden für Ausfertigungen und Abschriften erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite, welche mindestens 20 Zeilen von durchschnittlich 12 Silben enthält, 10 Pfennig, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege stattgefunden hat. Jede angefangene Seite wird voll berechnet. Die auf die besondere Ausstattung einer Urkunde verwendeten Auslagen, insbesondere diejenigen, welche durch Verwendung von Pergamentpapier entstehen, sind besonders zu erstatten.

§ 112 (117). Für Rechnungsarbeiten, welche durch einen zur Anfertigung derselben bestellten Beamten vorgenommen werden, ist eine Stundengebühr zu erheben, welche unter Berücksichtigung des Werthes des Gegenstandes auf 60 Pfennig bis 2 Mark für die Stunde zu bemessen ist. Dieselbe wird nach der Zahl der Stunden berechnet, welche für die Arbeit erforderlich waren. Wurde mit Unterbrechungen gearbeitet, so wird die nothwendig gewordene Arbeitszeit zusammengerechnet. Mit dieser Maßgabe gilt eine angefangene Stunde als eine volle Stunde.

Dieses Gesetz ist abgedruckt in der Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten pro 1895 S. 203. Durch dasselbe ist das in unserer Verordnung Nr. 33. IV. bezeichnete Gesetz vom 10. Mai 1851 aufgehoben.

b) G. B. Nr. 321. III. vom 15. Juni 1896.

Im Anschluß an unsere Verordnung Nr. 314. V. theilen wir der Hochwürdigsten Diöcesan-Geistlichkeit und den Vertretern kirchlicher Anstalten und Stiftungen aus den preussischen Gerichtskostengesetze vom 6. October 1899¹⁾ noch folgende Bestimmung mit:

¹⁾ Wodurch das Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895 aufgehoben ist.

§ 57. In Grundbuchfachen beträgt, sofern nicht Ausnahmen vorge-
sehen sind, die volle Gebühr

bei einem Werthe des Gegenstandes	nach dem Satz A.	nach dem Satz B.
1. bis 20 Mk. einschließlich	0,40 Mk.	0,20 Mk.
2. von mehr als 20 bis 60 Mk. einschließlich	0,70 =	0,40 =
3. " " " 60 " 120 " " " " "	1,00 =	0,60 =
4. " " " 120 " 200 " " " " "	1,50 =	1,00 =
5. " " " 200 " 300 " " " " "	2,00 =	1,40 =
6. " " " 300 " 450 " " " " "	2,60 =	1,90 =
7. " " " 450 " 650 " " " " "	3,20 =	2,40 =
8. " " " 650 " 900 " " " " "	4,00 =	2,90 =

u. f. w.

§ 62. . . . für die Anlegung eines Blattes für ein noch nicht in
das Grundbuch eingetragenes oder aus dem Grundbuch ausgeschiedenes
Grundstück, . . . für den Vermerk von Rechten, welche dem jeweiligen
Eigenthümer zustehen, werden drei Zehnthelle des Gebührensatzes B erhoben.

Für die Berechnung des Werthes findet die Vorschrift des § 23 Abs. 1
entsprechende Anwendung¹⁾.

Indem wir erläutern und hinzufügen, daß unter Werth im Sinne dieses
Paragraphen der gemeine Werth zu verstehen ist, d. h. der Nutzen,
welchen das Grundstück einem jeden Besitzer gewähren kann (vgl. Th. I,
Titel 2, § 112 Allg. Landrecht), bemerken wir, daß in vorkommenden
Fällen ohne vorherige Rückfrage bei uns dem Gerichte der Werth inner-
halb der vom § 57 bezw. 62 cit. gegebenen Grenzen anzugeben ist, wenn
nicht Thatfachen vorliegen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit recht-
fertigen, worüber wir auf den in der obenerwähnten Verordnung mitge-
theilten § 8 Nr. 4 des Gerichtskostengesetzes verweisen.

Die Anlegung von Grundbuchblättern selbst darf ohne unsere vor-
herige Beziehung nicht erfolgen.

c) G. B. Nr. 22. IV. vom 4. Januar 1851.

Die Ehrwürdige Diöcesan-Geistlichkeit machen wir darauf aufmerksam,
daß, wie in Prozessen, so auch in Auseinandersetzungs-Sachen die den
Kirchen, Pfarreien, Klöstereien und Schulen zur Last fallenden Kosten
nicht gezahlt zu werden brauchen, sondern gegen vom Reg.-Präsident
auszustellende Armuths-Atteste niedergeschlagen werden müssen, wenn
die genannten Anstalten im Sinne des § 713, Tit. 11, Th. II Allg.
Landrecht unvernünftig sind²⁾.

Nr. 519. Befreiung der Geistlichen, Kirchenbeamten und kirchlichen Grund- stücke von Communalabgaben.

G. B. Nr. 307. IX. vom 15. April 1895.

Vom 1. d. Mts. ab erhebt der Staat die Grund-, Gebäude- und
Gewerbesteuer nicht mehr, sondern überläßt sie den Gemeinden (Guts-
bezirken) als Communalabgaben. Aus dem über die Erhebung derselben

¹⁾ § 23 betrifft Berechnung des Werthes bei nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

²⁾ Die Separations-Nebenkosten haben indeß die Kirchengemeinden zu tragen.
Oben S. 586.

und die Forderung von Naturaldiensten ergangenen Communalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 theilen wir folgende Bestimmungen mit:

„§ 4. Die Gemeinden können für die Benutzung der von ihnen im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen (Anlagen, Anstalten und Einrichtungen) besondere Vergütungen (Gebühren) erheben. . . .

Auf Unterrichts- und Bildungsanstalten, auf Krankenhäuser, Heil- und Pflgeanstalten, sowie auf vorzugsweise den Bedürfnissen der unbemittelten Volksklassen dienende Veranstaltungen finden vorstehende Bestimmungen (Absatz 2 und 3) keine Anwendung. . . .

§ 23. Die directen Gemeindesteuern können vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb (Realsteuern), sowie vom Einkommen der Steuerpflichtigen (Einkommensteuer) erhoben werden.

Die Einkommensteuer kann zum Theil durch Aufwandssteuern ersetzt werden. . . .

§ 24. Den Steuern vom Grundbesitz sind die in der Gemeinde belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke unterworfen, mit Ausnahme . .

- c) der dem Staate, den Provinzen, den Kreisen, den Gemeinden oder sonstigen communalen Verbänden gehörigen Grundstücke und Gebäude, sofern sie zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt sind;
- f) der Universitäts- und anderen zum öffentlichen Unterrichte bestimmten Gebäude;
- g) der Kirchen, Kapellen und anderen dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäude, sowie der gottesdienstlichen Gebäude der mit Corporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften;
- h) der Armen-, Waisen- und öffentlichen Krankenhäuser, der Gefängniß-, Besserungs-, Bewahr- und derjenigen Wohlthätigkeitsanstalten, welche die Bewahrung vor Schutzlosigkeit oder sittlicher Gefahr bezwecken (Mäddehäuser und dergleichen), sowie der Gebäude, welche milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden; durch Gemeindebeschluß können auch anderweite Gebäude solcher milden Stiftungen, welche nicht bloß zu Gunsten bestimmter Personen und Familien bestehen, freigelassen werden;
- i) der Grundstücke der unter f, g, h aufgeführten Anstalten und Körperschaften, soweit die Grundstücke für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden;
- k) der Dienstgrundstücke und Dienstwohnungen der Geistlichen, Kirchendiener und Volksschullehrer, soweit ihnen bisher Steuerfreiheit zugestanden hat¹⁾.

Alle sonstigen, nicht auf einem besonderen Rechtstitel beruhenden Befreiungen (§ 21), insbesondere auch diejenigen der Dienstgrundstücke und Dienstwohnungen der Beamten, sind aufgehoben.

Ist ein Grundstück oder Gebäude nur theilweise zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt, so bezieht sich die Befreiung nur auf diesen Theil.

Die Bestimmungen der Kabinettsordre vom 8. Juni 1834 (Gesetz-Sammlung S. 87) bleiben in Geltung und werden auf diejenigen Gemeinden ausgedehnt, in welchen dieselben noch nicht in Geltung sind.

§ 69. Dem Abgabepflichtigen steht gegen die Heranziehung (Veranlagung) zu Gebühren, Beiträgen, Steuern und Naturaldiensten der Einspruch

¹⁾ Vgl. auch § 41 und 68 a. a. O. u. Königl. Verordn. v. 23. September 1867.

zu. Das Rechtsmittel ist binnen einer Frist von vier Wochen bei dem Gemeindevorstande einzulegen.

Der Lauf der Frist beginnt:

1. soweit die Bekanntmachung durch Auslegung der Hebelisten erfolgt ist, mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist;
2. soweit eine besondere Mittheilung vorgeschrieben ist, mit dem ersten Tage nach erfolgter Mittheilung;
3. in allen übrigen Fällen mit dem ersten Tage nach der Aufforderung zur Zahlung, beziehungsweise Leistung.

Einsprüche, welche sich gegen den der Veranlagung zur Grunde liegenden Staatssteuersatz (§§ 26, 30, 36, 38) und bei besonderen Gemeinde-Einkommensteuern (§ 37) gegen die Höhe des zur Staatseinkommensteuer veranlagten Einkommens richten, sind unzulässig.

Vorstehende Bestimmungen finden sinngemäße Anwendung auf Einsprüche wegen Heranziehung oder Veranlagung von Grundbesitzern, Gewerbetreibenden und Einwohnern eines Gutsbezirkes zu den öffentlichen Lasten desselben.

§ 70. Ueber den Einspruch beschließt der Gemeindevorstand.

Gegen den Beschluß steht dem Pflchtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Zuständig in erster Instanz ist für Landgemeinden (Gutsbezirke) der Kreisausschuß, für Stadtgemeinden der Bezirksausschuß. Der Gemeindevorstand kann zur Wahrnehmung der Rechte der Gemeinde einen besonderen Vertreter bestellen. Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses bei den Stadtgemeinden ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Betheiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Verpflichtung zu den im § 69 Absatz 1 bezeichneten Lasten.

§ 75. Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung auf Zahlung oder Leistung nicht aufgehoben.

Das Gesetz ist abgedruckt in der Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten pro 1893 S. 152.

Nr. 520. Aus „Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie“. Vom 3. Juli 1891. (G.-S. S. 233.)

§ 26. Die von der Staats-, Grund- und Gebäudesteuer befreiten Liegenschaften und Gebäude können zu den auf den Grundbesitz gelegten Gemeindeabgaben nur nach Maßgabe der Cabinetsordre vom 8. Juni 1834 herangezogen werden. Die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchendiener und Volksschullehrer sind von den Gemeindeauflagen befreit¹⁾.

¹⁾ Diese Befreiung bezieht sich nicht auf die Quartierleistungspflicht der bezeichneten Gebäude nach dem Reichsgesetz vom 13. Juni 1873, da die Quartierleistung keine Gemeindeaufgabe darstellt.

§ 29. Die Geistlichen und Volksschullehrer bleiben bezüglich ihres Dienst-
einkommens, einschließlich des Ruhegehaltes¹⁾, von den directen persönlichen
Gemeindeabgaben, sowie von allen persönlichen Gemeindediensten, soweit
dieselben nicht auf ihnen gehörigen Grundstücken lasten, befreit; Kirchen-
diener nur insoweit, als ihnen solche Befreiungen bisher zugestanden haben.

**Nr. 521. Abzugsfähigkeit von Ausgaben für Dienstaufwendungen vom
steuerpflichtigen Einkommen.**

G. B. Nr. 309. III. vom 15. Juni 1895.

Die Frage, ob Seitens der Herren Pfarrer bei der Declaration zu
der Einkommensteuer die Kosten der amtlichen Fahren zu auswärtigem
Gottesdienste, zu Krankenversetzungen und anderen geistlichen Verrichtungen
und ähnliche Ausgaben als Dienstaufwendungen von dem Einkommen in
Abzug gebracht werden dürfen, läßt sich nur entschieden bejahen, da nach
der zu Ausführung des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891
erlassenen Anweisung des Herrn Finanzministers vom 5. August 1891
von der Einnahme auch abzurechnen sind und bei der Besteuerung außer
Ansatz gelassen werden:

als Dienstaufwand die Reisekosten-Vergütungen und solche Tagegelder
oder Remunerationen, welche an Beamte für Dienstreisen und für die
Dauer ihrer vorübergehenden Beschäftigung außerhalb ihres Wohn-
ortes gewährt werden (Art. 22, Nr. 4b),

als Geschäftskosten die laufenden Ausgaben der Aerzte für das zur
Beforgung der Praxis gehaltene Fuhrwerk (Art. 21, Nr. 4a).

Auszugsweise Mittheilung mehrerer diesen Gegenstand berührenden Ent-
scheidungen:

§ 174 Allg. Landrecht Theil II, Tit. 11. „Die Kirchengebäude sind von
den gemeinen Lasten des Staates frei, und genießen alle Vorrechte der dem
Staate zustehenden öffentlichen Gebäude.“

Die Grundsteuerfreiheit der genannten Gebäude erstreckt sich auch auf die dazu gehörigen, mit
ihnen in derselben Befriedigung belegenen Hofräume und Gärten. Vogt, Kirchenrecht I S. 217.

Auch die Kirchhöfe sind frei von Gemeindesteuern, während die Kirchen-
grundstücke (mit Ausschluß der Kirchengebäude), sowie die nach Erlaß des
Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 erworbenen gemeindesteuerpflichtigen Pfarr-
grundstücke zu den Communal-Realabgaben der Landgemeinden herangezogen
werden können (Ob.-Verwalt.-Ger. 9. Mai 1879 in G. V. Nr. 255. VII.), sowie zu
Kreisabgaben (Ob.-Verwalt.-Ger. 28. October 1878 in G. V. Nr. 254. VII., siehe
auch 253. XI.).

Pfarrwiedmuthen, Dienstgrundstücke der Geistlichen und Kirchendiener
sind von Gemeindeauflagen frei. Vgl. oben Landgemeindeordnung, ferner Allg.
Landrecht II, 11 § 775 und G. V. Nr. 194. IV.

Wiedmuthshäuser sind frei von Kreis- und Provinzial-Abgaben (Ober-
Verwalt.-Ger. 21. April 1881 in G. V. Nr. 235. IX.), sowie von Communalab-
gaben (G. V. Nr. 309. IV.).

Die Einnahmen einer Kirchengemeinde aus Einräumung von Kirchenplätzen
und Grabstellen (Kirchenbank- und Grabstellengelder) sind frei von den Kreis-
abgaben, während die Einnahme aus Verpachtung der Grasnutzung eines Kirch-

¹⁾ Ob.-Verwalt.-Ger. 14. September 1885 in G. B. Nr. 240. I.

hofes gemeindeabgabepflichtig ist (Ob.-Verwalt.-Ger. 1. Mai 1889 in G. V. Nr. 292. VII.).

Durch einen Min.-Erl. vom 27. Januar 1855 wird den königlichen Landrathen empfohlen, im Falle der Mobilmachung der Armee die Pferde derjenigen Geistlichen, welche wegen Verrichtung kirchlicher Amtshandlungen zur Haltung von Pferden genöthigt sind, von der Aushebung frei zu lassen (G. V. Nr. 66. VI.).

Siebenundzwanzigster Abschnitt. Voranschlag und Rechnung.

Vergleiche hierzu den sechzehnten Abschnitt: Kirchenvorstand und Kirchengemeinde-Vertretung.

Nach amtlicher Vorschrift gefertigte Kirchen-Rechnungs-Formulare sind in der Expedition der Schlesischen Volkszeitung, Breslau, Hummeri 39/40, vorrätzig und ausschließlich zu verwenden.

Nr. 522. Rechnungslegung, Ausloosung von Werthpapieren und Anlegung baarer Kassenbestände.

G. V. Nr. 280. IX. vom 5. März 1892.

Verschiedene Beschwerden, insbesondere Seitens der königlichen Regierung, veranlassen uns, folgende Anordnungen für die Kirchenvorstände und deren Vorstände zur genauen Beachtung zu bringen:

- a) Die Jahresrechnungen über die kirchlichen Fonds sind:
 1. bis zum 1. März jedes Jahres von dem Rendanten abzuschließen und dem Kirchenvorstande vorzulegen.
 2. Bis zum 15. April sind dieselben dem Patronate, soweit letzterem die Prüfung zusteht,
 3. bis zum 15. Juli dem Herrn Regierungs-Präsidenten einzureichen, event. ist letzterem, falls die Rechnungen vom Patronat nicht zurückgelangt, über den Grund der Verzögerung zu berichten.
- b) Die erscheinenden Ausloosungslisten sind sofort mit den Kapitalsnachweisungen zu vergleichen und die ausgelooften Werthpapiere der betreffenden Kasse zur Erhebung der Valuta rechtzeitig einzusenden.
- c) Zurückgezahlte Kapitalien und sonstige baare Kassenbestände sind alsbald in zulässigen Werthpapieren zinsbar anzulegen¹⁾.

Für unangenehme Weiterungen durch Rechnungsverzögerung und für Verluste aus übersehenen Ausloosungen, sowie für Zinsverluste wegen verspäteter Anlegung ist neben dem Rendanten der Vorstehende des Kirchenvorstandes vorzugsweise verantwortlich²⁾.

Nr. 523. Einfindung der Rechnungen und Voranschläge.

G. V. Nr. 362. VI. vom 15. November 1899.

Die Herren Regierungs-Präsidenten führen bei uns darüber Klage, daß es viele Kirchenvorstände an der wünschenswerthen Pünktlichkeit bei

¹⁾ Vgl. oben S. 504 sub o und S. 537.

²⁾ Vgl. oben S. 493 Nr. 7 und S. 510 Nr. 4. Da der Uebernehmer einer Kasse vom Augenblick der Uebernahme verantwortlich wird, so wird er nach dem Regierungs-Amtsblatt zu prüfen haben, ob unter den Werthpapieren ausgeloooste Stücke sind.

Einreichung der Jahresrechnungen sowohl zur patronatlichen als auch zu der von Staatsaufsichtswegen zu bewirkenden Revision fehlen lassen. Leider sind die geführten Klagen nur zu begründet, und wir müssen unsererseits dem noch hinzufügen, daß auch die Voranschläge bei uns zur Revision mit einer Unpünktlichkeit eingehen, die nicht geduldet werden kann. Da durch Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften in den Artikeln 14, 25 der Geschäftsanweisung vom 30. Juli 1878 den Aufsichtsbehörden eine erhebliche Arbeits- und Schreibvermehrung entsteht, sehen wir uns unter gleichzeitigem Hinweis auf unsere bereits in Verordnung Nr. 280. IX. erfolgte Anordnung veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß

1. die Jahresrechnungen bis spätestens den 15. April des auf das Rechnungsjahr folgenden Jahres bei Kirchen landesherrlichen Patronats an die Königlichen Regierungen, und bei allen übrigen Kirchen an die Herren Regierungs-Präsidenten, sowie
2. die Voranschläge bis spätestens den 10. December des letzten Jahres der laufenden Voranschlagsperiode bei Kirchen landesherrlichen Patronats an die Königlichen Regierungen und bei allen übrigen Kirchen an uns¹⁾

einzureichen sind. Wir erwarten die künftige Innehaltung der bezeichneten Fristen, widrigenfalls wir uns in die peinliche Lage versetzt sehen müßten, gegen säumige Kirchenvorstände mit unliebsamen Maßnahmen vorzugehen.

Die Herren Erzpriester und Commissarien werden ersucht, uns in dem Bestreben, die Rechnungsverhältnisse in geordnete Bahnen zu lenken, bei den jährlichen Visitationen zu unterstützen und alle zu Tage tretenden Unregelmäßigkeiten uns ohne Weiteres zur Kenntniß zu bringen.

Nr. 524. Form der kirchlichen Rechnungsbeläge.

G. B. Nr. 325. V. vom 15. October 1896.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz bringen wir nachstehende Bekanntmachung der Königlichen Regierung den Kirchenvorständen behufs Beachtung hiermit zur Kenntniß:

Bekanntmachung.

Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß die Anweisung der Rechnungsbeträge in Folge vielfach erforderlich gewordener Berichtigungen der Beläge, die ihre oft mehrmalige Rückgabe nothwendig machten, erhebliche Verzögerung erfahren hat, sehen wir uns veranlaßt, „in Betreff der Form und Bescheinigung aller Rechnungen über Bauausführungen, bei denen der Staat mit Patronats-, gutherrlichen oder Gnadengeschenksbeiträgen theilhaftig ist“, Folgendes zu bestimmen:

1. Die Rechnungen sind leserlich zu schreiben und so ausführlich aufzustellen, daß sie leicht revidirt werden können. Zu diesem Behufe sind sie in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Räume und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem der Ausführung zu Grunde gelegten Anschlage aufzustellen und etwaige Mehrarbeiten stets in besonderer Rechnung nachzuweisen.

¹⁾ Siehe oben S. 492.

2. Damit ein Theil der Schrift beim Festen der Beläge nicht undeutlich wird, sind letztere nicht in voller Breite zu beschreiben; vielmehr ist der innere Rand beiderseits mindestens 1 cm breit frei zu lassen.
1. Auf allen Rechnungsbelägen ist, sofern die Ausführung den Kirchen- bezw. Schulvorständen aufgetragen worden ist, von letzteren zu bescheinigen, „daß die in dem Belage aufgeführten Arbeiten bezw. Lieferungen zu dem Zwecke, zu welchem sie geschehen, nothwendig gewesen, daß sie gut und zweckentsprechend ausgeführt, daß die in Aufsat gebrachten Preise ortsüblich sind, bezw. nicht billiger haben bedungen werden können, und ev. daß in den berechneten Beträgen Kosten für Hand- und Spandienste nicht enthalten sind.“
- Die Quittung des Rechnungsausstellers muß ebenso wie die vordestehende Richtigkeitsbescheinigung „stets auf dem Rechnungsbelage selbst“ ausgestellt werden.

Breslau, den 25. August 1896.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 525. Beglaubigung von Quittungen schreibensunkundiger Personen.

G. B. Nr. 378. V. vom 15. März 1901.

2. Die Königliche Ober-Rechnungskammer zu Potsdam hat am September 1900 (G. 803) der Ausführung der Herren Minister, daß die Quittung überhaupt nur die Bedeutung eines Beweismittels hat, nicht aber als Rechtsgeschäft anzusehen ist, und daß nur für Rechtsgeschäfte, für welche das Gesetz schriftliche Form vorschreibt, die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung nach §§ 126, 368 B. G. B. Anwendung zu finden hat, zugestimmt und daher gemäß § 14 Abs. 3 des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes vom 27. März 1872 die Zustimmung dazu erklärt, daß das bisherige Verfahren, wonach auf Grund der aufgehobenen §§ 93 bis 96, Theil I Titel 16 Allg. Landrecht für Quittungen Schreibensunkundiger die Beglaubigung des Handzeichens durch einen oder durch zwei Zeugen gefordert wird, beizubehalten ist.

Indem ich diesen Grundsatz zur Nachachtung bekannt mache, bemerke ich, daß zwei Zeugen nöthig sind, wenn der Gegenstand der Quittung mehr als 150 Mark beträgt. Die Beglaubigung muß dahin lauten, daß der Zahlungsnehmer das Handzeichen in Gegenwart der Zeugen beigefügt habe.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Nr. 526. Anstellung von Kirchenrendanten.

G. B. Nr. 235. VII. vom 1. Juli 1885.

Es kann nach § 10 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Gesetz bloß den nach seinem § 5 Nr. 1 dem Kirchenvorstande angehörigen Pfarrer oder Geistlichen einer Nebenkirche von dem Amte des Kirchenfassen-Rendanten ausschließt, und ist von uns auf eingegangene Anfragen auch stets so entschieden worden. Zur Vermeidung weiterer Anfragen machen wir dies hierdurch bekannt. Zugleich bringen wir folgende erst vor Kurzem ermittelte Ministerial-Verfügung zum Abdruck:

Ministerium
der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-
Angelegenheiten.
J.-No. 479. G. II.

Berlin, den 28. Februar 1878.

In meinem Erlasse vom 15. November 1875 (G. II. 2907) habe ich dahin Entscheidung getroffen, daß es den Intentionen des Gesetzes vom 20. Juni 1875 (G.-S. S. 241) entsprechen würde, die von dem Kirchenvorstande auf Grund des § 10 Absatz 2 des Gesetzes beschlossene Bestellung eines Geistlichen zum Rendanten ohne Rücksicht darauf, ob derselbe Pfarrer in der Gemeinde sei oder nicht, ausnahmslos nicht zuzulassen.

Nach anderweitiger Erwägung glaube ich an dieser Anordnung in ihrer Allgemeinheit nicht festhalten zu sollen, ersuche vielmehr ergebenst, die Bestellung eines anderen Geistlichen als des Pfarrers zum Rendanten, falls sie von dem Kirchenvorstande beschlossen werden sollte, fernerhin nicht entgegenzutreten.

An den Königl. Oberpräsidenten der Provinz Schlesien,
Herrn v. Puttkamer
Hochwohlgeboren zu Breslau.

gez. Falk.

Die Verfügung enthält im Uebrigen nur noch Bestimmungen über die hiernach nothwendige Abänderung bereits erlassener und die Fassung noch zu erlassender Geschäftsanweisungen. Nach ihr ist es also ebenfalls zulässig, Geistliche, die nicht unter die im § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 bezeichneten gehören, als Kirchenkasten-Rendanten anzustellen, insbesondere Hilfsseelsorger, Vicare und Kaplanen.

Wir bemerken hierzu noch — da auch darüber Zweifel entstanden sind —, daß die Kirchenkasten-Rendanten, mögen sie zu solchen als Kirchenvorsteher gewählt oder als dem Kirchenvorstande nicht angehörig besonders bestellt worden sein, jederzeit berechtigt sind, das Rendanten-Amt niederzulegen.

Nr. 527. Nothwendigkeit von Rechnungs-Journalen und Manualien.

G. B. Nr. 6. XI. vom 3. Januar 1849.

Es herrschen bei manchen Rechnungslegern immer noch Zweifel über die ordnungsmäßige Anlegung und Führung von Rechnungs-Journalen und Manualien¹⁾ und daraus entspringende Verlegenheiten und Unordnungen. Zur Beseitigung derselben ertheilen wir hiermit darüber folgende Belehrung:

Ein Journal ist nichts weiter als ein Verzeichniß aller Einnahmen und Ausgaben, wie sie der Zeit nach von dem Rendanten gemacht werden. In diesem Journale sind an die Spitze der Einnahmen die einzelnen rechnungsmäßigen Bestände, wie sie zur Zeit der Anlegung des Journals vorhanden sind, und an die Spitze der Ausgaben die etwa gemachten Vorschüsse zu stellen, zu Ende jeder Seite aber die Einnahmen und Ausgaben zu summiren und die summirten Beträge auf die nächste Seite zu transportiren, sodaß jederzeit die Balance gezogen und der etwaige Bestand oder Vorschuß ermittelt werden kann.

Manualien dagegen muß jeder Rendant so viele führen als er Fonds zu verwalten und Rechnungen zu legen hat, und sind dieselben nichts anderes als die Conceptrechnungen, die daher in angemessenen Zwischenräumen so viele Titel enthalten, als die Rechnungen selbst, sodaß jede Einnahme und Ausgabe, sobald sie erfolgt, unter dem betreffenden Titel des Manuals ein-

¹⁾ Siehe oben S. 494.

getragen, die Rechnung selbst aber mit dem letzten Tage des Rechnungsjahres ohne Weiteres abgeschlossen, mundirt und zur Revision befördert werden kann. Es versteht sich dabei von selbst, daß jede solche Manual-Rechnung zunächst eine Rubrik für die Solleinnahmen und Sollausgaben, wie sie nach dem Etat oder der letzten Rechnung zu erwarten stehen und nach der Rubrik über die wirklichen Einnahmen und Ausgaben eine Rubrik über die Resteinnahmen und Ausgaben enthalten muß. Wir erwarten nun, daß künftighin nach dieser Belehrung werde verfahren werden, worauf zu sehen und zu halten insbesondere Sache der Herren Erzpriester sein wird.

Nr. 528. Aufertigung von Fraktionsrechnungen.

G. B. Nr. 6. VII. vom 3. Januar 1849.

Wir haben öfters die Erfahrung gemacht, daß in den Fällen, in welchen unsere Genehmigung zur Verwendung von Kirchengeldern erbeten wird oder Armenatteste nachgesucht werden, das Gesuch, insofern es sich um die Zulässigkeit resp. Begründung handelt, nur durch allgemeine Auslassungen oder ungenügende und unrichtige Fraktionsberechnungen über Einnahme und Ausgabe bei dem Kirchenärar unterstützt wird, wodurch zuweilen viel weitere Schreibereien veranlaßt werden und die Erreichung des Zweckes sehr verschoben wird. Diesem Uebelstande zu begegnen, verordnen wir hierdurch, daß den Gesuchen der erwähnten Kategorie jedesmal eine von dem Kirchen-Vorstande anzufertigende und als richtig zu attestirende sechsjährige Fraktionsberechnung aus den Kirchen-Rechnungen beigelegt werde. Da selbstige aber nur den Zweck hat, zu constatiren, in welchem Verhältnisse die currenten, d. h. die alljährlich wiederkehrenden Einnahmen zu den currenten Ausgaben stehen, so scheiden von einer solchen Fraktionsberechnung selbstredend alle außergewöhnlichen Einnahmen und Ausgaben, also auch die baaren Bestände, die zurückgezahlt und neuelocirten, sowie auch die activen Kapitalien selbst, jedoch keineswegs die unbestimmten Einnahmen und Ausgaben, welche einen stehenden Titel bilden, aus, so zwar, daß nur die bestimmten und unbestimmten Einnahmen und Ausgaben, wie sie in den betreffenden sechs Jahren vorgekommen sind, nach den einzelnen Titeln und dann in ihrem Gesamtbetrage aufgeführt und summiert werden, woraus sodann der etwaige sechsjährige und durchschnittliche einjährige Ueberschuß resp. das verwendbare Kapital, zu 5 Prozent berechnet, sich mit Zuverlässigkeit ergibt.

Nr. 529. Rechnungsrevisionskosten.

G. B. Nr. 311. I. vom 15. August 1895.

Die durch die Zeitverhältnisse, den verminderten Geldwerth und die neuere Gesetzgebung vermehrten Ausgaben für die kirchliche Vermögensverwaltung, insbesondere für die Rechnungsprüfungen machen es unvermeidlich, auf die Deckung der erhöhten Kosten nach dem Vorgange anderer Diöcesen Bedacht zu nehmen. Im Einverständnisse mit den Herren Oberpräsidenten bestimme ich daher, daß vom 1. Januar 1895 ab jede Kirchen- und Kapellenkasse sowohl des Bisthums preuß. Antheils als auch der Delegatur eine Revisionsgebühr in der Höhe von einem Prozent der etatsmäßigen laufenden Soll-Einnahme jährlich bis 1. Juli, in gegen-

wärtigem Jahre jedoch erst bis 1. November durch den zuständigen Herrn Erzpriester, welcher jedesmal ein Verzeichniß laut Entwurfes beifügen wolle, als Beitrag zu den Rechnungsrevisions-Kosten an die Bisthums-Hauptkasse in Breslau einjende.

Von der laufenden Etats-Einnahme sind vorweg abzuziehen:

1. die zu den Gehalten der Geistlichen und Kirchendiener verwendeten Zuschüsse aus der Königlichen Regierungs-Haupt-Kasse und
2. die Gemeinde-Umlagen,

welche also von obigen Beiträgen zu den Rechnungsrevisions-Kosten frei bleiben.

Beitragspflichtig ist die Einnahme auch der Bank- oder Kirchstellengelder, der Kirchhofs-, Grabstellen-, Leichenwagen- und anderer kirchlichen Nebenkassen und Mittel, soweit solche den Kirchen selbst, namentlich ihren Bauzwecken zu gut kommen.

Auf die sonstigen Kirchenfondations-Kassen, auf die zu Besoldung der Geistlichen und Kirchendiener bestimmten Mittel und auf die besonderen Stiftungen erstreckt sich gegenwärtige Verordnung nicht.

Breslau, August 1895.

Der Fürstbischof.

Nachweisung des Archipresbyterates

über die Beiträge zu den Rechnungsrevisions-Kosten für 189 . .

1. Nr.	2. Ort der Kirche. (Kapelle.)	3. Name der Kasse.	4. Etatmäßige Eoll-Ein- nahme.		5. Ein Prozent jährlicher Beitrag (rund)		6. Wenn ein Etat nicht besteht, so ist in Spalte 4 die laufende Einnahme des Ver- jahres einzustellen. Bemerkungen.
			Mk.	pf.	Mk.	pf.	
		Kirch- Kirchstellen- Kirchhof-	600	—	6	—	Etatssoll . . Mk., ab . . Mk. Gehalte aus dem Dota- tions-Zuschuß.

Die Richtigkeit bescheinigt.

. den 189 . .

Erlaß G. K. 4721.

. Erzpriester.

Achtundzwanzigster Abschnitt. Patronats-Rechte und -Pflichten.

Vergleiche hierzu besonders Abschnitt: Kirchliche Bauten und
Abschnitt Kirchliche Abgaben.

Nr. 530. Patronatliche Aufsichtsrechte.

G. B. Nr. 331. V. vom 15. April 1897.

Die Königliche Regierung zu Liegnitz hat bei uns darüber Beschwerde geführt, daß Seitens einzelner Vorstände bei Kirchen fiskalischen Patronats die Vorschrift im § 40 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, wonach der gedachten Behörde die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung, welche nach den bestehenden Gesetzen ihrer patronatlichen Zustimmung bedürfen, ohne besondere Aufforderung jedesmal in Abschrift einzureichen sind, nicht beachtet wird.

Wir bringen deshalb diese Vorschrift hiermit in Erinnerung.

Nach dem Allg. Landrecht ist die Genehmigung des Patronen u. a. nothwendig:

Zur Aufnahme von Darlehen, zu hypothekarischen Ausleihungen und Kündigung von Hypotheken, zu Entpfändungs-Erklärungen §§ 629, 637, 645 II. 11 Allg. Landrecht; — zu außerordentlichen Ausgaben § 687; zur Veräußerung von Grundstücken und Rechten, sowie zu diesbezüglichen Vergleichen §§ 647, 62, 63 R. G. Entsch. Bd. 29 S. 150; — zur Prozeßführung §§ 651, 58 R. G. Entsch. Bd. 29 S. 155; — zur Vermiethung oder Verpachtung von Kirchengrundstücken und Pfarrgebäuden §§ 668 ff., 782; — zur Verpachtung von Pfarräckern über die Amtsdauer des jeweiligen Pfarrers hinaus § 803; — zur Veräußerung von überflüssigem Bauholz aus den Pfarrwaldungen § 807; zu Reparaturen und sonstigen Bauten an Kirchen-, Pfarr-, Organisten-, Küster-, Stiftungs-Gebäuden §§ 699, 706, 789; — zur Vertheilung der Kirchstellen bei neu errichteten Kirchen § 680; — zur Vornahme solcher Verbesserungen, welche durch gesetzliche Anordnungen nöthig werden und für welche der Pfarrer Vergütung beansprucht § 824.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß nach der Instruction für den Geschäftsgang bei Rechnungslegung katholischer Kirchengemeinden der Provinz Schlesien vom 21. October 1883 (Regierungs-Amtsblatt Breslau S. 333, Liegnitz S. 340 und Oppeln S. 345) die Jahresrechnungen über sämtliche vom Kirchenvorstande verwalteten Kassen und Fonds, also nicht bloß der Kirchentassen im engeren Sinne, sondern auch der Nebentassen, wie der Fundationskassen excl. derjenigen, bezüglich welcher die patronatische Aufsicht ausgeschlossen ist, ferner der Pfarrei- und Küsterei-Kassen u. der staatlichen Patronatsbehörde einzureichen sind.

Die Seitens der Kirchenvorstände fiskalischen Patronats an die königliche Regierung gerichteten Postsendungen in Angelegenheiten, bei denen es sich um die Erfüllung der patronatischen Aufsichtsbefugnisse handelt, dürfen unfrankirt unter dem Rubrum „Portopflichtige Dienstsache“ oben links in der Ecke auf der Adressseite unter Verschuß des amtlichen Kirchenvorstandesiegels versendet werden¹⁾.

Nr. 531. Patronatische Baulast hinsichtlich eines neuen zweiten Pfarrhauses.

G. B. Nr. 371. II. vom 15. August 1900.

Das Reichsgericht hat durch Urtheil vom 16. November 1899 in Sachen Kirchengemeinde Pankow wider Fiskus entschieden, daß, wenn gleich nur zu Erweiterung der Kirche, nicht auch zu einer zweiten Kirche der Patron beizutragen hat, auf das neue Pfarrgebäude doch, dessen Errichtung infolge der Anstellung eines zweiten Geistlichen zur Bewältigung der vermehrten Seelsorge an derselben Kirche, auf welche das Patronat sich bezieht, erforderlich geworden ist, die Patronatsbaulast sich erstreckt. Fiskus wurde daher verurtheilt, zu dem durch Errichtung einer zweiten Predigerstelle (Diafonat) nothwendig gewordenen, in dem Pfarrgarten zu erbauenden Diafonatsgebäude den Patronatsbeitrag zu leisten, obgleich dasselbe nicht einen Erweiterungsbau, sondern ein für sich bestehendes Gebäude bilden soll, während zugleich das vorhandene Pfarrgebäude

¹⁾ Vgl. oben S. 19 und S. 516.

unverändert als Wohnung des Pfarrers erhalten bleibt. (Reichsgerichts-Entscheidungen Band 45 S. 208 Nr. 55.)

Auf diese Entscheidung wird in ähnlichen Fällen Bezug genommen werden können.

Der Fürstbischof.

Johannesberg, den 10. August 1900.

G. Card. Kopp.

Nr. 532. Verpflichtung des Patrons der Tochterkirche hinsichtlich der pfarrlichen Gebäude bei der Mutterkirche.

G. B. Nr. 259. VII. vom 16. October 1889.

Urtheil des Reichsgerichts 6. December 1886 (Entsch. Bd. XVII. S. 13), worin ausgeführt ist, daß der Patron der Tochterkirche zum Bau der bei der Mutterkirche befindlichen Pfarrgebäude beizutragen verpflichtet ist, falls solche bei der Tochterkirche nicht zu unterhalten sind.

Nr. 533. Patronatliche Beitragspflicht hinsichtlich der Pertinenzstücke.

G. B. Nr. 256. XVI. vom 11. Juli 1889¹⁾.

Der § 44, Tit. 2 Th. I. Allg. Landrecht stellt zunächst in Uebereinstimmung mit dem § 42 ebenda die Regel auf:

Dagegen haben sowohl bewegliche als unbewegliche Sachen, die einem Ganzen durch die Handlung oder Bestimmung eines Menschen zugeschlagen werden, die Eigenschaft eines Pertinenzstückes und bestimmen sodann die §§ 46, 75, 77, 79 und 105 ebenda:

- § 46: Die Nebensache, ohne welche die Hauptsache zu ihrer Bestimmung nicht gebraucht werden kann, wird, auch ohne ausdrückliche Erklärung, als Zubehör angesehen.
- § 75: Die Pertinenzstücke der Gebäude müssen nach den verschiedenen Bestimmungen derselben beurtheilt werden.
- § 77: Möbel, Hausrath und Geräthschaften gehören nicht nothwendig zum Hause.
- § 79: Dagegen sind Geräthschaften, welche, nach der Bestimmung eines Gebäudes, zum Betriebe eines gewissen Gewerbes gewidmet sind, für ein Zubehör des Gebäudes anzusehen.
- § 105: Pertinenzstücke nehmen, so lange sie bei der Hauptsache sind, an allen Rechten derselben Theil.

Die §§ 48—102 a. a. O. enthalten ferner specielle Vorschriften über diejenigen Gegenstände, welche als Pertinenzstücke von Landgütern, Wäldern u. s. w. angesehen werden sollen. Der Pertinenzien der Schulhäuser ist hierbei keine Erwähnung gethan.

Wesentlich zur Begründung der Pertinenzqualität einer Sache ist hiernach deren rechtliche Verbindung mit einer anderen durch menschliche Willkür oder deren Nothwendigkeit zur Ermöglichung des bestimmungsmäßigen Gebrauches einer anderen Sache.

Dem entsprechend stellt auch das in der Klage angerufene Erkenntniß des Obertribunals vom 27. Februar 1874 die Verbindlichkeit des Fiskus zur Unterhaltung der Utensilien in dem Schul- und Küsterhause in Neufürch durch den Ausspruch fest: die „Zuschlagung“ der Schulgeräthe zur Schule sei hier außer allem Zweifel. Von einem gleichen Gesichtspunkte geht die Mehrzahl derjenigen Entscheidungen des Obertribunals aus,

¹⁾ Aus Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. v. 20. December 1885 (Entsch. Bd. XIII. S. 264).

welche das mit der Berufungsschrift überreichte Urtheil des Oberlandesgerichts in Breslau vom 22. September 1881 in Bezug nimmt.

Das Erkenntniß des Obertribunals vom 12. März 1858 (Entscheidungen Bd. 38 S. 273) verurtheilt den Patron zur Unterhaltung einer Orgel, weil sie ersichtlich ohne seinen Widerspruch zum Zubehör der Kirche gemacht worden¹⁾. Die Entscheidung vom 5. Februar 1861 (Striethorst's Arch. Bd. 39 S. 351) folgt hinsichtlich der Glocken und Uhren dem Grundsatz, daß zu den Bestandtheilen und Pertinenzien einer Kirche alle diejenigen Gegenstände gerechnet werden müßten, welche wesentlich eine gottesdienstliche Bestimmung haben und deshalb mit dem Kirchengebäude in Verbindung gebracht sind. Absolut, sagt das Urtheil aber, wird sich über die Pertinenzqualität in diesem Sinne kaum etwas bestimmen lassen; vielmehr wird dabei die concrete Lage der Verhältnisse, die Stellung einer Kirche und dergleichen besonders ins Auge zu fassen sein. Die Entscheidung vom 9. November 1863 (Striethorst's Arch. Bd. 52 S. 87) nimmt auf Grund des § 79 Tit. 2 Th. I. Allg. Landrecht an, daß Hausrath und Geräthschaften unter bestimmten factischen Voraussetzungen Pertinenzstücke eines Hauses sein können, und kommt lediglich in Rücksicht der besonderen Verhältnisse des damals vorliegenden Falles zu dem Ergebnisse, daß sich die Bänke in baulicher Beziehung als ein Bestandtheil des Schulgebäudes selbst darstellen.

Das Urtheil vom 8. November 1864 (Entscheidungen Bd. 54 S. 344) endlich, welches den Kirchturm, die Glocken, Thurmuhre und Altäre zum Gegenstand hat, rechnet alle diese Gegenstände deshalb zu den Bestandtheilen des Kirchengebäudes, weil bei dem Begriffe eines solchen nicht nur die Umfassungsmauern und das Dach, sondern auch solche innere und äußere Einrichtungen in Betracht kommen, welche dem Zwecke des Gebäudes, der Ausübung des Gottesdienstes, entsprechen und zu diesem Behufe mit dem Kirchengebäude selbst in dauernder Verbindung stehen.

Nr. 534. Veränderung der patronatlichen Baulast bei Umwandlung einer Stadtgemeinde in eine Landgemeinde.

G. B. Nr. 256. XI. vom 11. Juli 1889.

Nach dem Urtheil des Reichsgerichts vom 8. October 1883 bestimmt sich der gesetzliche Betrag des Beitrags nach der geographischen Lage der Kirche. Wird eine Stadt in eine Landgemeinde umgewandelt, so wird die darin liegende Kirche eine Landkirche und somit ändert sich die patronatliche Beitragspflicht.

Dieses Urtheil ist abgedruckt in den Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen Bd. X. S. 216. Mit den darin allegirten Erkenntnissen des vormaligen Obertribunals befinden sich die desselben Gerichtshofes vom 28. Januar 1835 (Schlesisches Archiv für die praktische Rechtswissenschaft Bd. 3 S. 508), 29. September (Entsch. Bd. 66 S. 153) und 14. October 1871 (Striethorst's Archiv Bd. 85 S. 10) nicht im Einklang und wird auch im Hinblick auf letztere das Urtheil des Reichsgerichts in der juristischen Literatur unter der Ausführung angefochten, daß der Charakter einer Kirche, ob Stadt- oder Landkirche, unter Berücksichtigung der Lage des Kirchengebäudes nach der Qualität der Eingepfarrten, ob Stadt- oder Landbewohner, bezw. wenn Personen beider

¹⁾ Vgl. Schles. Pastoralblatt, Jahrg. 1902.

Kategorien eingepfarrt sind, nach dem Ueberwiegen der einen oder anderen Kategorie zu bestimmen sei; gleichwohl wird das Urtheil in der nächsten Zeit für die Judikatur maßgebend sein.

Die Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern haben ungeachtet der Erkenntnisse des Obertribunals vom 3. November 1865 und 25. April 1873 durch Circular vom 23. November 1878 angeordnet, daß im Geltungsgebiete des Allg. Landrechts den Anträgen auf Annahme der Landgemeindeverfassung bezw. Städteordnung der Regel nach eine Vereinbarung der Interessenten über die patronatliche Verpflichtung vorausgehen soll (Ministerial-Bl. f. d. gesammte innere Verwaltung pro 1879 S. 4).

Nr. 535. Verjährung von Patronats-Rechten und -Pflichten.

G. B. Nr. 253. XV. vom 23. Februar 1889.

Nach einem Urtheil des Reichsgerichtes vom 4. April 1881 beträgt die Dauer zur Erstzung von Patronats-Rechten und -Pflichten 44 Jahr. Nach dem G. B. wird die Verjährungsfrist nur noch 30 Jahre dauern. Vergleiche, was oben S. 601 über die Verjährung gesagt ist.

Nr. 536. Sicherstellung der Patronats-Lasten bei Dismembrationen.

G. B. Nr. 125. VIII. vom 7. Januar 1861.

Durch die Verordnung vom 21. Juni 1854 Nr. 55, II. (Absatz 8) ist vorgeschrieben worden, wie bei Zerstückelung patronatsberechtigter Güter die Sicherstellung der interessirten Kirchen, Pfarreien und Schulen zu bewirken sein möchte¹⁾. Unterm 21. August d. J. hat nun der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten eine hierauf bezügliche Verfügung erlassen, welche nachstehend zur Kenntnißnahme mitgetheilt wird.

„Es ist zu meiner Kenntniß gelangt, daß Zweifel darüber obwalten, ob bei der Zerstückelung patronatsberechtigter Güter die Patronatsverhältnisse nach den Vorschriften des Gesetzes vom 3. Januar 1845 zu reguliren sind oder nicht? In Folge dessen eröffne ich der Königlichen Regierung, daß das Patronat ein Institut des öffentlichen Rechtes ist, daß also die Patronatspflichten in der Regel die Natur öffentlicher Lasten haben und daß mithin die Bestimmung des § 7 Nr. 1 jenes Gesetzes darauf Anwendung findet.

Da die anderweite Ordnung der durch eine Dismembration berührten Patronatsverhältnisse einerseits mit besonderen Schwierigkeiten verbunden und andererseits von großer Wichtigkeit für die Erhaltung der Kirchen, Pfarren und Schulen ist, so empfehle ich der Königlichen Regierung, der zweckmäßigen Regulirung dieser Angelegenheiten eine vorzugsweise Aufmerksamkeit vorkommenden Falls zuzuwenden.

Deshalb ist zunächst dafür zu sorgen, daß den unmittelbaren Vertretern der Kirchen, Pfarren und Schulen durch ihre rechtzeitige Zuziehung zu dem Regulirungsverfahren in Gemäßheit des § 9 l. c. hinlängliche Gelegenheit geboten wird, mit den Trennstücksbesitzern Vereinbarungen über die ihnen geeignet erscheinende Art der neuen Ordnung der Patronatsverhältnisse zu treffen, oder im Mangel einer Vereinigung ihre bezüglichen Anträge zu stellen.

¹⁾ Siehe Abschnitt: Kirchliche Abgaben oben S. 588.

Wenn ein Vergleich zu Stande kommt, so ist zu demselben die Genehmigung der geistlichen Oberen einzuholen und sobald die letztere ertheilt worden ist, wird die Königliche Regierung ohne Weiteres annehmen dürfen, daß das Abkommen der Verfassung nicht entgegen und daß dadurch die nachhaltige Entrichtung der Patronatslasten gesichert ist. Ein solches Abkommen wird daher nach § 18 l. c. ohne fernerer Anstand bestätigt werden können.

Hat eine Vereinigung der Betheiligten nicht stattgefunden, so ist auch dann eine Erklärung der geistlichen Oberen über den Entwurf zum Regulierungsplane vor dessen Festsetzung zu erbitten, damit die Königliche Regierung in den Stand gesetzt wird, bei ihrer Entscheidung die sich widersprechenden Anträge der Interessenten ausreichend zu beurtheilen.

Da ein großer Theil der Patronatslasten sich auf Dienste oder andere in Handlungen bestehende Leistungen zurückführen läßt, so muß insoweit die Vorschrift der §§ 13 und 14 des Gesetzes vom 3. Januar 1845 beobachtet werden. Insbesondere aber kommt es darauf an, daß unter allen Umständen die nachhaltige Erfüllung der Patronatslasten gesichert, daß damit eine möglichst einfache Art der Erhebung derselben in Verbindung gebracht und daß die nöthige Vorsehrung gegen die Ueberbürdung einzelner Trennstücksbesitzer im Vergleiche mit anderen getroffen wird.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß die bei der Regulierung entstehenden und durch eine Vereinbarung der Betheiligten nicht zu beseitigenden Streitigkeiten über die Existenz, den Umfang und die Art der Patronatsrechte und Lasten zufolge §§ 577, 709 und 710, Titel 11, Theil II. Allg. Landrecht, sowie § 20 des Gesetzes vom 3. Januar 1845 der richterlichen Entscheidung vorzubehalten sind und daß in dieser Beziehung nur in dringenden Fällen ein Interimisticum durch den Regulierungsplan festgesetzt werden darf.

Berlin, den 21. August 1860.

Der Minister
für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.
gez. Graf v. Bükeler.

Die Baupflicht des Patrons hinsichtlich der Schul- und Küsterhäuser läßt sich auf die Geräthschaften nicht ausdehnen, um so weniger als der § 786 Allg. Landrecht II, 11 als innere Pertinenzstücke der Pfarrgebäude Thüren, Fenster, Oefen und Schlösser nennt. Auch aus den gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Begründung einer Pertinenzqualität ist eine dem Kirchenpatrone obliegende Last, die Utensilien (Bänke u.) für die Schulklassen eines Schul- und Küsterhauses zu beschaffen, nicht herleiten¹⁾. (Urtheil des Ob.-Verw.-Ger. vom 30. December 1885, Entsch. Bd. XIII. S. 264 und G. V. Nr. 256. XVI. Vergleiche auch G. V. Nr. 151. IV. und 210. IX.).

¹⁾ Vgl. oben S. 628.

Nachtrag.

(Zu S. 4—6 Kurialien.) **Nr. 537. Reffortverhältnisse.**

G. B. Nr. 224. VII. vom 16. Mai 1883.

In der pragmatischen Sanction, welche Fürstbischof Franz Ludwig unter dem 26. October 1699 „pro regula et norma futura“ erlassen, ist Competenz und Geschäftskreis des General-Vicariat-Amtes und des Consistoriums genau geschieden. Beide Behörden sind mit der Ausübung der bischöflichen Jurisdictionsgewalt in der Diöces betraut, aber jede verhandelt ihre Angelegenheiten selbständig im Namen des Diöcesan-Ordinarius. Gehören vor das General-Vicariat-Amt als Administrativ-Behörde alle Gegenstände der Jurisdictio voluntaria, so ist das Consistorium als Justiz-Behörde das Forum für sämmtliche Gegenstände der Jurisdictio contentiosa und besteht aus dem Officialat und dem Ehegericht. Während nun vor das Consistorium als Officialat die Delict-sachen der Cleriker, welche ein canonisches Proceßverfahren und Urtheil erheischen, ressortiren, entscheidet das Consistorium als Ehegericht die streitigen Matrimonialsachen (Sponsalien, Dissidien, Separation, Nullität) durch richterliches Erkenntniß.

Indem wir übrigens bezüglich des behördlichen Geschäftsbereiches auf Dr. J. Sauer's „Pfarramtliche Geschäfts-Verwaltung“ 2. Aufl. Breslau 1868 Seite 30 fg. hinweisen, bemerken wir noch, daß Verfügungen des Consistoriums nicht durch Berichte an das General-Vicariat-Amt und umgekehrt zu erlabigen und daß alle Eingaben an das Consistorium zur Vermeidung von Weiterungen genau mit der Adresse:

An das fürstbischöfliche Consistorium
zu versehen sind.

Nr. 538. Form von Gesuchen.

a) G. B. Nr. 260. VIII. vom 16. Januar 1890.

In Folge vielfacher Verstöße, welche in amtlichen Schriftstücken bezüglich der Form der Abfassung, der Beschaffenheit des Papiers, Angabe der Poststation, Behandlung mehrerer Gegenstände, welche zu verschiedenen Akten gehören u. s. w., noch häufig vorkommen, sehen wir uns veranlaßt, auf die Bestimmungen unserer Verordnungen, insbesondere Nr. 217. VI. und Nr. 237. XI. hierdurch hinzuweisen¹⁾.

b) G. B. Nr. 386. I. vom 15. November 1901.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen in unseren Verordnungen Nr. 260. VIII. bzw. Nr. 217. VI. und 237. XI. bringen wir nachstehenden Erlaß der römischen Congregationen hierdurch zur Kenntniß:

¹⁾ Siehe oben S. 4 und 6.

Eminentissime ac Reverendissime Domine.

Haud raro accidit, ut ad SS. Romanas Congregationes, hac Suprema S. Officii non excepta, a RR. Curiarum Episcopaliū negotiorum Romae Procuratoribus (italice „Agenti Ecclesiastici“) documenta, de rebus etiam gravissimis et maxima observatione dignis, plane resignata atque omnium oculis patentia exhibeantur: eadem vero nonnunquam adeo parvulis atque exiguis chartulis neglectaque forma exarata sunt, ut et erga S. Sedem non parum indecentia atque ad positiones, quas vocant, efformandas minus apta inveniantur.

Haec omnia iure merito lamentantes Eminentissimi Domini Cardinales una mecum Inquisitores Generales, in Congregatione Generali habita fer. IV. die 24. Aprilis anni currentis omnibus Episcopaliū Curiis significandum mandarunt, ut in posterum huiusmodi documenta, in folio communis Romae dimensionis conscripta, vel directim per publica epistolarum diribitoria vel, si quidem rationabili ex causa Procuratorum opera uti velint, ita clausa et sigillo munita transmittant, ut nullus ex parte ipsorum Procuratorum clandestinae apositioni locus esse queat.

Quae dum, ut mei muneris est, ad Em. Tuae notitiam defero, lubenter capta occasione, fausta quaeque ac felicia Tibi precor a Domino.

Datum Romae ex S. O. die 23. Aug. 1901.

Addictissimus obsequentissimus famulus verus
L. M. Card. PAROCCHI.

(Zu S. 21.)

Nr. 539. Knaben-Konvikt in Benthen.

G. B. Nr. 380. IV. vom 15. Mai 1891.

Se. Eminenz haben an Stelle des verstorbenen Herrn Erzpriesters Hofrichter in Godullahütte den Herrn Erzpriester Emil Korus in Eintrachthütte zum Mitgliede und den Geistlichen Rath Herrn Reinhold Schirmeisen in Benthen D.=S. zum Vorsitzenden des Curatoriums des Fürstbischöflichen Knaben-Konvikts in Benthen D.=S. ernannt.

(Zu S. 29.)

Nr. 540. Mißbrauch der Kanzel.

a) G. B. Nr. 148. VIII. vom 4. März 1864.

Es sind schon früher mannichfaltige Beschwerden darüber erhoben worden, daß Geistliche ihre Privatangelegenheiten und Streitigkeiten auf die Kanzel gebracht und, sei es, um andere anzuklagen, sei es, um sich zu rechtfertigen, daselbst besprochen haben. In neuester Zeit aber haben sich diese Beschwerden in höchst bedenklicher Weise gemehrt. Ist nun aber schon im Hinblick auf die Heiligkeit jener Stätte, die allein der Verkündigung des göttlichen Wortes gewidmet ist, sowie im Hinblick auf die strengen kirchlichen Vorschriften, durch welche jede Entheiligung dieser Stätte verhütet werden soll, solch ein Mißbrauch strafwürdig, so wächst das Straffällige desselben noch dadurch, daß durch ihn das christliche, Erbauung suchende Gemüth verletzt, Unzufriedenheit und Widerspruch hervorgerufen, Zwietracht und Feindschaft genährt und in den meisten Fällen das Uebel ärger gemacht und das Vertrauen zum Seelsorger

gestört wird. Wir sehen Uns daher in die traurige Nothwendigkeit versetzt, gegen diejenigen Geistlichen, welche sich dieses Mißbrauches schuldig machen, je nach Lage der Sache mit den strengsten Maßregeln vorzugehen. Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt wolle diese Unsere Verfügung der Ehrwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit in geeigneter Art bekannt machen.

Breslau, den 17. December 1863.

Fürstbischof † Heinrich.

An Unser Hochwürdiges General-Vicariat-Amt
Nr. 5318. hier.

b) G. B. Nr. 390. V. vom 15. März 1902.

Die Klagen und Beschwerden über Geistliche wegen ungebührlicher, die Gemeinde oder einzelne Mitglieder derselben verletzender Ausfälle und Bemerkungen durch Besprechung ihrer persönlichen Angelegenheiten und Streitigkeiten auf der Kanzel haben sich in neuester Zeit so gemehrt, daß Se. Eminenz sich veranlaßt gefunden haben, uns zu beauftragen, unter Bezugnahme auf die diesbezüglichen Erlasse des verewigten Herrn Fürstbischofs Heinrich in Nr. 148. VIII. und Nr. 166. V. der amtlichen Verordnungen¹⁾ wiederholt auf das Ungehörige und Straffällige eines derartigen Treibens an heiliger Stätte, welche zur Verkündigung des Wortes Gottes und der ewigen Heilswahrheiten, sowie zur Förderung der Eintracht und des Friedens unter den Menschen dienen soll, eindringlich aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß in Zukunft bei weiter vorkommenden Beschwerden gegen die betreffenden Geistlichen im Wege des Disciplinarverfahrens aufs strengste vorgegangen werden wird.

(Zu S. 33.)

Nr. 541. Ausbeutung der Sackengänger.

G. B. Nr. 389. XIV. vom 15. Februar 1902.

Pfarrer der Provinz Sachsen haben uns mitgetheilt, daß die polnisch redenden Sommerarbeiter in ihrer Gegend von Devotionalienhändlern und Collectanten in arger Weise ausgebeutet werden. Es werden ihnen selbst Meßstipendien abgeschwindelt und milde Gaben für Kirchenbauten u. a. m., welche niemals abgeliefert werden.

Wir nehmen daher Anlaß, die Herren Geistlichen unserer Diöcese zu ersuchen, daß sie ihre zur Sommerarbeit ausziehenden Parochianen vor der Abreise dahin instruiren, sie möchten keinem Colporteur etwas abkaufen und keinem Collectanten etwas geben, auch wenn derselbe sich geistlich kleidet und polnisch spricht, der sich nicht von Seite des Pfarrers der Gemeinde, in welcher sie Arbeit genommen haben, in unzweideutiger Weise darüber ausweisen kann, daß dieser nichts dagegen hat.

(Zu S. 63.)

Nr. 542. Feststellung der Zahl der katholischen Schulkinder ohne besonderen Religions-Unterricht.

G. B. Nr. 379. III. vom 1. April 1901.

Breslau, den 23. März 1901.

Dem Hochwürdigen Pfarr-Clerus theile ich im Nachstehenden eine Anweisung des Herrn Ober-Präsidenten von Schlesien mit, die nunmehr für die ganze Provinz Geltung hat:

¹⁾ Oben S. 29 und 633.

„Nach dem Erlasse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 3. März 1844 (Centralbl. 1871 S. 47)“¹⁾ ist die Sorge für die religiöse Unterweisung derjenigen confessionellen Minderheiten in Volksschulen, für welche ein besonderer Religions-Unterricht seitens der Schulverwaltung bisher nicht eingebracht werden konnte, dem rechtmäßigen Pfarrer zu überlassen.

Es hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, für die ganze Provinz eine einheitliche Regelung der Art und Weise eintreten zu lassen, in welcher den Geistlichen, denen die Ertheilung des Religions-Unterrichts an die genannten confessionellen Minderheiten obliegt, die diesen angehörenden Kinder namhaft zu machen sind.

Ich bestimme demgemäß, daß für alle Volksschulen, in denen sich eine confessionelle Minderheit befindet, und in denen nicht bereits schulpflichtmäßig für diese besonderer confessioneller Religions-Unterricht eingerichtet ist, die Königlichen Kreis-Schul-Inspectoren hinfort alljährlich vier Wochen nach Beginn des Schuljahres den zuständigen Superintendenten bezw. Erzpriestern ein vollständiges Verzeichniß der der confessionellen Minderheit angehörenden Schulkinder aufstellen und ihnen außerdem jede im Laufe des Schuljahres eintretende Veränderung alsbald zur Kenntniß bringen.

Die Königliche Regierung ersuche ich hiernach das Erforderliche zu veranlassen und dafür Sorge zu tragen, daß die erwähnten Mittheilungen stets rechtzeitig bezw. mit thunlichster Beschleunigung erfolgen.

Breslau, den 22. Februar 1901. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.
Hagfeldt.“

Dazu bemerke ich, daß obige Anordnung ausdrücklich nur für diejenigen katholischen Schulkinder gilt, für die ein besonderer katholischer Religions-Unterricht von der Schulverwaltung nicht eingerichtet worden ist, deren religiöse Unterweisung daher der pflichtmäßigen Sorge des zuständigen Pfarrers überlassen werden muß.

Was die übrigen katholischen Schulkinder angeht, für die ein katholischer Religions-Unterricht amtlich eingerichtet worden ist, so hat der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten durch Erlaß vom 2. Januar d. J. — U. III. A. 3045 — bestimmt,

„daß der Religionslehrer dieser Kinder in der Lage ist, das Schülerverzeichniß selbst einzusehen.“

Danach sind diejenigen Geistlichen und Lehrer, welche einen solchen amtlich eingerichteten Religions-Unterricht ertheilen, berechtigt, die Schülerverzeichnisse der Schulen, denen die von ihnen in Religion unterrichteten Schulkinder angehören, einzusehen, und dadurch in den Stand gesetzt, ein Verzeichniß ihrer Religionschüler selbst aufzustellen. Der Fürstbischof.

G. Card. Kopp.

(Zu S. 69.) **Nr. 543. Religionsunterricht in Handwerker-
Fortbildungsschulen.**

G. B. Nr. 389. VI. vom 15. Februar 1902.

Wenn der an die Volksschule sich anschließende Fortbildungsunterricht das Ziel verfolgt, die in jener vermittelte Erziehung und Ausbildung zu

¹⁾ Siehe oben S. 46, 48 und 63.

vervollständigen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Fortbildung auch in religiöser Beziehung höchst erstrebenswerth ist.

Ich beauftrage daher den hochwürdigen Pfarrclerus, überall, wo Fortbildungsschulen bestehen oder neue errichtet werden, bei deren Curatorien auf die Aufnahme des Religionsunterrichtes in den Lehrplan hinzuwirken.

Die Herren Erzpriester werden in den jährlichen Visitationsberichten hierüber berichten.

Der Fürstbischof.
G. Card. Kopp.

(Zu S. 84.) (Nach Diöcesangewohnheit lesen die Pfarrer am Montag nach Kirchweih eine missa solemnis pro defunctis parochianis. Directorium pag. XIV.)

(Zu S. 89 u. 314.) **Nr. 544. Anwendung des „ne sede vacante aliquid innovetur“ auf die Pfarradministration.**

G. B. Nr. 390. VI. vom 15. März 1902.

Es kommt vielfach vor, daß Geistliche, welchen die Administration einer Pfarrei übertragen worden ist, neue Einrichtungen und Aenderungen bezüglich der Gottesdienstordnung, insbesondere auch durch Einführung bisher nicht ortsüblicher Andachten treffen. Wir machen darauf aufmerksam, daß ein Administrator zur Vornahme solcher Anordnungen und Neueinrichtungen keineswegs befugt ist, und verordnen hiermit, daß in Zukunft derartige Aenderungen ohne die ausdrückliche Genehmigung der kirchlichen Behörde zu unterlassen sind.

(Zu S. 113.) **Nr. 545. Provinzial-Conservatoren.**

a) Für die Provinz Schlesien. G. B. Nr. 389. IX. vom 15. Februar 1902.

An Stelle des in das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten berufenen Provinzial-Conservators, Baurath Lutsch, ist der Königliche Regierungsbaumeister Dr. Burge-
meister hier selbst zum Provinzial-Conservator für die Provinz Schlesien auf die Dauer von fünf Jahren gewählt und ihm auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 19. November 1891 von dem Herrn Minister unter dem 11. Januar d. J. die staatliche Anerkennung für dieses Ehrenamt ertheilt worden, wovon wir die Hochwürdige Geistlichkeit und die Kirchenvorstände unter Hinweis auf unsere Verordnungen Nr. 293. III., 295. VI. und VIII. hierdurch in Kenntniß setzen.

b) Für die Provinz Brandenburg. G. B. Nr. 389. X. vom 15. Februar 1902.

An Stelle des verstorbenen Landesbauraths, Geheimen Bauraths Bluth, ist der Königliche Landesbauinspector Wittner in Berlin zum Provinzial-Conservator der Provinz Brandenburg gewählt und staatlicherseits als solcher bestätigt worden. Das Bureau des Provinzial-Conservators verbleibt Matthäikirchstraße 20/21 in Berlin.

Nr. 546. Diöcesan-Archiv.

Ernennung eines Directors. G. B. Nr. 311. III. vom 15. August 1895.

Im hohen Auftrage Sr. Eminenz, des Hochwürdigsten Herrn Cardinal-Fürstbischofs, theilen wir der Hochwürdigen Diöcesan-Geistlichkeit die Ernennungsurkunde des zum Director eines zu gründenden Diöcesan-Archivs berufenen bisherigen Subregens des Fürstbischöflichen Alumnates Dr. Joseph Jungnick hier selbst zur Kenntnißnahme mit:

Indem Wir die Sorge für die Erhaltung, Ordnung und Bekannthschaft mit den die Diöcesangeschichte bezw. -Verwaltung angehenden Urkunden zc. als eine wichtige Aufgabe Unseres bischöflichen Amtes erachten und deshalb die Gründung eines Diöcesan-Archivs beschlossen haben, ernennen wir den seitherigen Subregens des Fürstbischöflichen Alumnates, Herrn Dr. Joseph Jungnitz hierselbst, zum Director desselben.

Dem neuernannten Archiv-Director steht der Zutritt zu allen Archiven der kirchlichen Behörden, Institute und Stiftungen, sowie der Pfarreien, Curatien und Lokalien in der Diöcese Breslau zu und ist demselben zur Erfüllung seiner Aufgabe jegliche Förderung und Unterstützung zu leisten.

Breslau, den 31. Juli 1895.

gez. G. Card. Kopp.

(Siegel.)

(Zu S. 118.)

Nr. 547. Diöcesan-Museum.

Rechte des Curatoriums. G. B. Nr. 375. V. vom 15. December 1900.

Die Durchsicht der kirchlichen Inventar-Gegenstände durch ein Mitglied des zur Leitung des Diöcesan-Museums eingesetzten Curatoriums hat nicht allein den Zweck, werthvolle kirchliche Alterthümer an Paramenten, Sticereien, Leinen, Spitzen, Bildern und Bildwerken, kirchlichen Geräthschaften, Schnitzereien Münzen u. s. w. behufs deren Erhaltung dem Museum zuzuführen, sondern auch das Vorhandensein solcher festzustellen und zu verzeichnen, wenn sie auch nicht an das Museum übergehen, sondern in Verwahrung der Kirche verbleiben.

Um Unklarheiten über diese Anordnung zu beseitigen, wiederhole ich daher die Weisung, daß den Mitgliedern des genannten Curatoriums¹⁾, insbesondere dem mit dieser Untersuchung beauftragten Pfarrer Buschmann unbeschränkter Zutritt in die Kirchen, Kapellen und Pfarrarchive und Einsicht in die Paramentenschränke und sonstige Aufbewahrungsorte für kirchliche Inventargegenstände zu gewähren ist.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 19. November 1900

G. Card. Kopp.

(Zu S. 123.) (Hinsichtlich des baptismus conditionatus ist lediglich der a. a. O. mitgetheilte Fürstbischöfliche Erlass vom 4. September 1891 maßgebend.)

(Zu S. 141.) Nr. 548. Dubia circa Missas lectas de Requie.

G. B. Nr. 374. I. vom 15. November 1900.

Ad quandam controversiam tollendam circa interpretationem decretorum 3903 Aucto 8. Junii 1896 et 3944 Romana 12. Januarii 1897 quoad Missas lectas de Requie, hodiernus Caeremoniarum magister Basilicae Cathedralis Vicensis in Hispania, de consensu sui Rmi Episcopi, Sacrorum Rituum Congregationi sequentia dubia enodanda humillime exposuit; nimirum:

I. Utrum ex enunciatis decretis Missae lectae, quae a Sacerdotibus celebrantur in Ecclesiis et Oratoriis civitatis pro defuncto, cadavere insepulto vel sepulto non ultra biduum a die obitus seu depositionis, celebrari valeant de Requie, dummodo in parochiali Ecclesia fiat funus cum Missa exequiali; an hoc privilegium sit proprium tantummodo Ecclesiae, in qua funus peragitur cum sua Missa exequiali?

¹⁾ Siehe G. B. Nr. 347. I. oben S. 118.

II. Utrum quilibet Sacerdos possit unam tantum Missam de Requite celebrare, vel plures, diversis diebus, dummodo cadaver sit insepultum non ultra biduum?

III. Utrum pro defuncto, qui morabatur in civitate et obierit extra civitatem, possint etiam in ipsa civitate praedictae Missae lectae de Requite celebrari?

IV. Quomodo intelligenda sit praesentia physica vel moralis requisita in decretis suprarelatis?

Et Sacra eadem Congregatio, ad relationem subscripti Secretarii, exquisita sententia Commissionis Liturgicae, rescribendum censuit:

Ad I. Negative ad primam partem, Affirmative ad secundam.

Ad II. Stetur Decretis.

Ad III. et IV. Provisum in praecedentibus; et Missae privatae de Requite nonnisi in Ecclesia vel Oratorio publico permittuntur, ubi fit funus cum Missa exequiali, in Oratoriis autem privatis Missae, quae ibidem legi permittuntur, possunt esse de Requite, praesente cadavere in domo; servatis ceteris clausulis et conditionibus.

Atque ita rescripsit. Die 3. Aprilis 1900.

L. † S. CAJ. Card. ALOISI-MASELLA, S. R. C. Pro-Praef.
D. PANICI, S. R. C. Secret.

(3u C. 143.)

Nr. 549. Hostien und Weigwein.

G. B. Nr. 387. I. vom 15. December 1901.

De Sanctissimae Eucharistiae specierum genuinitate et conservatione curanda ad Reverendissimos DD. locorum Ordinarios.

Pluries et variis ex locis Supremae huic Congregationi S. Officii dubia proposita sunt circa materiam (panem et vinum) Sanctissimi Eucharistici Sacramenti. Cum enim inhonestorum quorundam mercatorum eo iam malitia pervenerit, ut farinas triticeas aliarum tum vegetalium tum etiam mineralium substantiarum admixtione adulterare, vinaque vel ex toto vel ex parte haud ex genimine vitis conficere passim non vereantur, cumque non raro difficile admodum sit, vel ipsis chimices peritis huiusmodi fraudes agnoscere; non immerito dubitatum est, num ad licitam, imo et validam consecrationem farinae vel hostiae vinaque quae sunt in commercio, tuto adhiberi valeant.

Cum res, ut patet, maximi sit momenti et, ceterum, de farinarum vinorumque frequentibus adulterationibus dubitari nequeat; Eminatissimi DD. Cardinales una mecum Inquisitores Generales pastorem Romanorum DD. Ordinariorum sollicitudinem excitandam censuerunt ut, accuratis institutis investigationibus, si quos abusus irrepsisse compererint, funditus convellere satagant, ac diligenter caveant ne quid in posterum in propriis ditionibus fiat quod a latis nedum circa naturam sed et circa conservationem Sacrarum Specierum dispositionibus, quae a probatis auctoribus traduntur quaeque praesertim in Rubricis Missali Romano praepositis continentur, quomodocumque sit absonum. Quoties vero de venalium farinarum vel hostiarum vinorumque genuinitate rationabile adsit dubium, Sacerdotes sibi sub-

ditos ab eorum usu in conficiendo Sanctissimo Altaris Sacramento omnino prohibeant, eosque practicam rationem doceant genuinam materiam sibi comparandi. Quod demum, spectat ad Missas dubia materia antehac forte celebratas, ad S. Congregationem recurrant.

Quae quidem omnia dum, ut mei muneris est, cum Eminentia Tua communico, libenter occasionem nactus, fausta quaeque ac felicia Tibi precor a Domino.

Datum Romae ex S. O. die 23. Aug. 1901.

Addictissimus obsequentissimus famulus verus

L. M. Card. PAROCCHI.

(Zu S. 161.)

Nr. 550. Meßstipendien an den aufgehobenen Feiertagen und für Vinationsmessen.

G. B. Nr. 381. I. vom 15. Juni 1901.

Der hl. Vater hat mich durch zwei Rescripte der hl. Concils-Congregation vom 24. Mai d. J. für fünf weitere Jahre ermächtigt, die Annahme von Meßstipendien an den aufgehobenen Feiertagen und für Vinationsmessen zu gestatten. Indem ich diese Erlaubniß kraft der mir erteilten Vollmacht allen Betheiligten hiermit allgemein für die nächsten fünf Jahre erteile bezw. verlängere, bringe ich zugleich meinen Erlaß vom 2. Juni 1891 Nr. 3230 (mitgetheilt in den Amtlichen Verordnungen Nr. 272. I.) in Erinnerung¹⁾.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 10. Juni 1901.

G. Card. Kopp.

(Zu S. 176.) **Nr. 551. Facultas audiendi confessiones fidelium navigantium.**

G. B. Nr. 374. I. vom 15. November 1900.

In Congregatione Generali S. Romanae et Universalis Inquisitionis habita fer. IV. die 4. Aprilis 1900, quum disceptatum fuisset super facultate Sacerdotum iter transmarinum facientium excipiendi Fidelium eiusdem itineris comitum Sacramentales Confessiones, Emi ac Rmi DD. Cardinales in universa Christiana Republica Inquisitores Generales, ad omnem in posterum hac super re dubitandi rationem atque anxietatibus occasionem removendam, decreverunt ac declararunt: Sacerdotes quoscumque transmarinum iter arripientes, dummodo a proprio Ordinario Confessiones excipiendi facultatem habeant, posse in navi toto itinere durante Fidelium secum navigantium Confessiones excipere, quamvis forte inter ipsum iter transeundum, vel etiam aliquandiu consistendum sit diversis in locis diversorum Ordinariorum iurisdictioni subiectis.

Hanc autem Emorum Patrum resolutionem SSmus D. N. Leo div. prov. PP. XIII. per facultates Emo D. Cardinali S. Officii Secretario impertitas, benigne adprobare et confirmare dignatus est.

I. Can. MANCINI, S. R. et U. Inquisit. Notarius.

(Zu S. 185.) **Nr. 552. Absolution von Päpstlichen Reservaten.**

G. B. Nr. 377. III. vom Februar 1901.

Relate ad censurarum absolutionem Summo Pontifici reservatarum S. C. R. et U. Inquisitionis die 9. Novembris 1898 sequentia decrevit:

¹⁾ Siehe oben S. 160.

„Quando neque confessarius neque poenitens epistolam ad S. Poenitentiarium mittere possunt, et durum sit poenitenti adire alium confessarium, in hoc casu liceat confessario poenitentem absolvere etiam a casibus S. Sedi reservatis absque onere mittendi epistolam“¹⁾).

His statutis, Episcopus N. N. ad pedes S. V. provolutus, humiliter expostulat: An, ut onus epistolam mittendi cesset, scribendi impedimentum adstringere debeat confessarium simul et poenitentem; vel sufficiat, sicuti aliqui interpretati sunt, quod poenitens scribendi impar eidem confessario, a quo vi decreti 1886 et 1897 absolutus fuerit, se praesentare nequeat, et ipsi durum sit alium confessarium adire; licet confessarius absolvens, pro poenitente, epistolam ad S. Sedem mittere posset.

Quod et Deus etc.

Feria IV, die 5. Septembris 1900.

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis ab EE. mis et RR. mis DD. Cardinalibus Generalibus Inquisitoribus habita, exposito praedicto dubio, praehabitoque RR. DD. Consultorum voto, iidem EE. ac RR. Patres respondendum mandarunt:

Negative ad primam partem; affirmative ad secundam.

Sequenti vero feria VI, die 7. eiusdem mensis et anni, in solita audientia SS. mi. D. N. Leonis Div. Prov. Pp. XIII. a R. P. D. Adessore habita, SS. mus resolutionem EE. ac RR. Patrum adprobavit.

I. Can. MANCINI, S. R. et U. Inquisit. Notarius.

(Zu S. 203 u. 204.) **Nr. 553. Ablass-Verlängerung.**

a) G. B. Nr. 376. II. vom 15. Januar 1901.

Der hl. Vater hat das Indult für die Diöcese Breslau, wonach diejenigen Gläubigen, welche die Gewohnheit haben, alle 8 oder 14 Tage das hl. Bußsakrament zu empfangen, alle vollkommenen Ablässe, welche innerhalb jener Zeit treffen, ohne neue Beicht, welche für den Gewinn eines vollkommenen Ablasses vorgeschrieben ist, gewinnen können, durch Rescript der hl. Ablass-Congregation vom 11. December 1900 für drei Jahre verlängert.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 18. December 1900.

G. Card. Kopp.

b) G. B. Nr. 380. I. vom 15. Mai 1901.

Der hl. Vater hat durch apostolisches Breve vom 23. März d. J. das Privileg, zufolge dessen die Erstcommunicanten der Diöcese Breslau am Tage ihrer ersten hl. Communion, sowie alle diejenigen Gläubigen, welche zusammen mit ihnen in einer öffentlichen Kirche oder Kapelle nach dem Empfang des hl. Bußsakramentes die hl. Communion empfangen, unter den gewöhnlichen Bedingungen (Gebet nach der Meinung des hl. Vaters) einen vollkommenen Ablass gewinnen können, auf zehn Jahre verlängert.

Der Fürstbischof.

Breslau, den 7. April 1901.

G. Card. Kopp.

¹⁾ Siehe G. B. Nr. 365. II. oben S. 185.

(Zu S. 207.) **Nr. 554. Ablass für das Kirchweihfest und Octave.**

G. B. Nr. 388. I. vom 15. Januar 1902.

Leo PP. XIII.

Universis Christifidelibus praesentes Litteras inspecturis salutem et apostolicam Benedictionem. Ad augendam fidelium religionem animarumque salutem procurandam intenti, omnibus ac singulis utriusque sexus Christifidelibus vere poenitentibus et confessis ac S. Communione refectis, qui quamlibet Ecclesiam vel publicum oratorium Dioeceseos Vratislaviensis die respectivae dedicationis anniversario. Si in Dominicam incidat, secus Dominica immediate subsequente, vel uno e septem continuis diebus subsequentibus ad cuiusque fidelis arbitrium eligendo die, devote quotannis visitaverint, ibique pro Christianorum Principum concordia, haeresum extirpatione, peccatorum conversione ac S. Matris Ecclesiae exaltatione pias ad Deum preces effuderint, plenariam omnium peccatorum suorum indulgentiam et remissionem, etiam animabus Christifidelium in Purgatorio detentis per modum suffragii applicabilem misericorditer in Domino concedimus ac largimur. Praesentibus ad septennium tantum valituris. Volumus autem ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicuius notarii publici subscriptis et sigillo Personae in Ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae adhiberetur, ipsis praesentibus, si forent exhibitae vel ostensae. Datum Romae apud Sanctum Petrum sub annulo Piscatoris die IV. Decembris MCMI, Pontificatus nostri anno Vigesimoquarto. Pro Domino Card. Macchi. N. Marini, Sub.

(Zu S. 211.) (Die Anordnung des „Gebetes um würdige Diener des Heiligtums“ ist enthalten im Saftenhirtenbriefe für das Jahr 1896.)

(Zu S. 245.) **Nr. 555. Decretum S. Officii quoad causas matrimoniales evidenti nullitate laborantes.**

G. B. Nr. 385. I. vom 15. October 1901.

Quaeritur:

I. Quoad matrimonia quae in Galliis, seu in locis ubi promulgatum est decretum „Tametsi“, contrahuntur coram parocho et duobus testibus, num liceat appellationem ex officio omittere, quum ex actis evidenter concludi potest parochum non fuisse proprium et nullam delegationem datam fuisse ab Ordinario vel parocho proprio alterutrius contrahentium?

II. Quoad matrimonia quae a catholicis, domicilium retinentibus in loco ubi decretum „Tametsi“ observatur, contrahuntur in loco ubi idem decretum non viget, quin ibi aequisierint domicilium vel quasi-domicilium, num solemnitates processus matrimonialis stricte servandae sint quando evidenter constat eos contraxisse in fraudem legis et praesertim in fraudem legis civilis?

III. Num saltem habito processu cum requisitis solemnitatibus, dataque nullitatis evidentialia, Defensor matrimonii possit abstinere ab appellatione ex officio?

IV. Tandem num sufficiat processus summarius, et omitti possit appellatio, quoties matrimonium contractum est coram ministello acatholico vel coram uno magistratu civili?

Et Deus etc.

Feria IV, die 27. Martii 1901.

In Congregatione Generali S. R. et U. Inquisitionis ab EEmis ac RRmis DD. Cardinalibus Generalibus Inquisitoribus habita, propositis suprascriptis dubiis, praehabitoque RR. D. D. Consultorum voto, EE. ac RR. Patres respondendum mandarunt:

Provisum per Decretum S. R. et U. Inquisitionis 5. Iunii 1889¹⁾ quod intelligendum est tantum de causis, in quibus certo et evidenter constet de impedimentis, de quibus agitur, quae certitudo si desit, a defensore vinculi matrimonialis ad secundam instantiam procedendum erit.

Sequenti vero feria VI, die 29. eiusdem mensis et anni, in solita audientia SSmi D. N. Leonis Div. Prov. Pp. XIII, a. R. P. D. Adessore S. Officii habita, idem SSmus Dnus resolutionem EE. ac RR. Patrum adprobavit.

I. Can. MANCINI,
S. R. et U. Inquisit. Notarius.

(3u S. 262.)

Nr. 556. Erectio stationum viae crucis.

G. B. Nr. 385. II. vom 15. October 1901.

Procurator Generalis Congregationis Sacerdotum SS. a Corde Jesu huic Sacrae Congregationi Indulgentiis Sacrisque Reliquiis praepositae exponit quod a plurimis annis in Gallia mos invaluerit erigendi stationes Viae Crucis cum crucibus ligneis supra quas in conjunctione brachiorum tabellae depictae mysteria consueta repraesentantes applicantur; ita ut tantummodo extremitates brachiorum crucis appareant. Addendum est quod in ipso actu erectionis istarum stationum Viae Crucis jam tabellae crucibus adhaerebant.

Cum hisce de erectionibus sic factis controversia exorta sit, ad omne dubium tollendum humillime quaerit orator:

Num erectiones stationum Viae Crucis de quibus supra, validae et licitae sustineri valeant?

Sacra vero Congregatio proposito dubio, audito unius ex Consultoribus voto, respondendum mandavit:

Affirmative prout exponitur: Verumtamen, cum juxta decreta (30. Jan. 1839; 23. Nov. 1878) Indulgentiae huius sacrosancti exercitii crucibus tantum sint adnexae, S. C. vehementer inculcat ut nihil innovetur sed antiqua et ubique recepta praxis servetur, quae est ut cruces supra de pictas tabulas integre conspicuae emineant.

Datum Romae ex Secretaria ejusdem S. Congregationis die 27. Martii 1901.

L. M. Card. PAROCCHI.
L. + S. FRANCISCUS SOGARO, Archiep. Amiden., Secretarius.

¹⁾ G. B. Nr. 267. II. oben S. 245.

(Zu S. 265.)

Nr. 557. Rosenkranz-Andacht
im November oder December statt im October.

G. B. Nr. 385. III. vom 15. October 1901.

In denjenigen Kirchen, in welchen bisher die für den Monat October angeordnete Rosenkranzandacht mit diesseitiger Erlaubniß im Monat November oder December abgehalten worden ist, kann dieselbe, falls die Gründe für die Verlegung fort dauern, auch in diesem Jahre unbeschadet der annergen Ablässe in den genannten Monaten abgehalten werden.

Johannesberg, den 25. September 1901.

Der Fürstbisch.
G. Card. Kopp.

(Zu S. 280.) (Die Zurücksendung der Investitur-Urkunden ist außer Gebrauch gekommen und wird von Amtswegen nicht mehr verlangt.)

(Zu S. 284.) (Aus G. V. Nr. 378. VII. und 389. XII. ergibt sich, daß nicht nur die Anstellung in einem Curatbeneficium, sondern auch die Zulassung zur Pfarrkonkurs-Prüfung in der Regel nicht vor Ablauf von drei in der Seelsorge zugebrachten Jahren statthaft ist.)

(Zu S. 306.) **Nr. 558. Urlaub der nebenamtlichen Religionslehrer.**

G. B. Nr. 387. II. vom 15. December 1901.

Königl. Provinzial-Schulcollegium.

Nr. 12 220.

Breslau I, den 21. November 1901.

Es ist bei den höheren Lehranstalten unseres Amtsbezirks mehrfach beobachtet, daß der an der Anstalt beschäftigte Religionslehrer den Unterricht ohne unsere Genehmigung außerhalb der Ferien hat ausfallen lassen und sich dabei auf die unmittelbar vorher oder gar erst nachher eingehende Mittheilung an den Director beschränkt hat, es sei ihm Urlaub von der geistlichen Behörde ertheilt. Wenn es nicht überall durchführbar sein wird, daß der nebenamtliche Religionslehrer nur während der Schulferien von seiner ihm im Hauptamt vorgesetzten Behörde Urlaub erhält, so halten wir es doch für geboten, daß der betreffende Lehrer uns so zeitig von dem ihm im Hauptamt bewilligten Urlaub Bericht erstattet und gegebenen Falles für seine Vertretung Vorschläge macht, daß wir in der Lage sind, die zur Verhinderung einer Störung des Unterrichts erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Wir ersuchen Ew. Eminenz ergebenst, sich mit diesem Verfahren, das einer ähnlichen Anordnung des Ministerial-Erlasses vom 21. Mai 1886 (Centralblatt f. d. ges. Unterr.-Verwaltung S. 455) entsprechen dürfte, einverstanden zu erklären und diejenigen Geistlichen, die an unseren Anstalten Religionsunterricht ertheilen, mit der nöthigen Weisung versehen zu wollen.

An den Herrn Cardinal-Fürstbischöf von Breslau
hier.

gez. Mager.

Vorstehendes Schreiben bringe ich den betreffenden Herren Religionslehrern zur Kenntniß, indem ich die Anweisung laut Verordnungsblattes Nr. 295. XI. vom 3. Januar 1894 wiederhole¹⁾.

Breslau, den 30. November 1901.

Der Fürstbischöf.
G. Card. Kopp.

¹⁾ Siehe oben S. 306.

(Zu Nr. 313.) **Nr. 559. De consensu Ordinarii requisito ad exercendam facultatem benedicendi Coronas, Cruces etc. cum applicatione indulgentiarum.**

G. B. Nr. 385. II. vom 15. October 1901.

Instructio.

„1. Convenit ut qui facultatem benedicendi Coronas, Cruces, Rosaria, Numismata etc. cum applicatione Indulgentiarum Apostolicarum et S. Birgittae obtinere cupit, si sit e clero saeculari litteris commendatitiis proprii Ordinarii munitum supplicem libellum exhibeat, si vero sit regularis, Superioris sui Ordinis vel Instituti a S. Sede approbati.

„2. Ut valide praefata facultas exerceatur opus erit, ut Sacerdos ad excipiendas Sacramentales Confessiones, saltem virorum, sit approbatus.

„3. Ad eam facultatem licite exercendam requiritur consensus Ordinarii loci in quo quis ea uti velit, firmo manente, quoad regulares exemptos, decreto huius S. C. diei 8. Iunii 1888. Hic autem consensus optandum ut sit expressus; sufficit tamen etiam tacitus vel implicitus, et in aliquo casu, quando practice aliter fieri nequeat, sufficit etiam consensus prudenter praesumptus.“

Ad II^{um} et III^{um} Provisum in I.

Et SS^{mus} D^{nus} Noster Leo Papa XIII. in audientia habita die 14. Iunii 1901 ab infrascripto Cardinali Praefecto resolutiones Emmorum Patrum ratas habuit et confirmavit.

Datum Romae ex Secretaria eiusdem S. Congregationis die 14. Iunii 1901.

S. Card. CRETONI, Praefectus.

L. † S.

† FRANCISCUS SOGARO, Archiep. Amiden., Secretarius.

(Zu S. 332.) **Nr. 560. Verbot der Jagd seitens der Geistlichen.**

G. B. Nr. 233. V. vom 29. December 1884.

Mein Hochwürdiges General-Bicariat-Amt wolle nachstehende Verordnung dem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus bekannt machen:

Zu meinem lebhaften Bedauern habe ich wiederholt in Erfahrung gebracht, daß Geistliche der Jagd nachgehen und dadurch nicht geringes Aergerniß verursachen. Es ist sogar in einem Falle darüber Beschwerde erhoben worden, daß ein Geistlicher eine Gemeindejagd gepachtet hat. Ich finde mich daher veranlaßt unter Hinweis auf die alten cononischen Bestimmungen und die Diöcesan-Statuten (§ 17 de venatione), meinem Ehrwürdigen Diöcesan-Clerus die Ausübung der Jagd sowie die Pachtung von Jagden zu untersagen. Ich hege die zuversichtliche Erwartung, daß diese Erinnerung genügen wird, um die hie und da eingerissenen Mißbräuche abzustellen.

Breslau, den 24. September 1884.

Fürst-Bischof.

† Robert.

(Zu S. 353.) (In G. V. Nr. 389. I. sind die Ablässe und Privilegien des dritten Ordens vom hl. Franziskus ausführlich abgedruckt, von deren Neudruck hier abgesehen wird, weil sie vielfach und leicht anderweitig zugänglich sind.)

(Zu S. 363.)

**Nr. 561. Organisten- und Küster-
Unterstützungsverein.**

G. B. Nr. 390. III. vom 15. März 1902.

Seit 7. Juli 1898 hat sich in Kattowitz ein Unterstützungsverein römisch-katholischer Organisten und Küster der Provinzen Schlesien, Brandenburg und Pommern gebildet. Obgleich Organisten und Küster, deren Jahreseinkommen 2000 Mark nicht übersteigt, laut Auskunft des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 5. März 1891 bei der Invalidenversicherung versichert werden und dazu pflichtig sind (G.-B.-Verordnungsblatt Nr. 270. VI.)¹⁾, so begrüße ich doch auch jenen Unterstützungsverein und freue mich, daß fast schon die Hälfte der Betheiligten dem Verein beigetreten ist, empfehle auch den übrigen Herren Organisten und Küstern den baldigen Beitritt mit dem Bemerken, daß bei Herrn Organist Rudzki in Kattowitz, zeitigem Vorstehenden, die Satzungen zu erfragen sind und die Anmeldung erfolgen müßte.

Zugleich bestimme ich, daß künftig jeder im Hauptamt neu anzustellende Organist, Chordirigent und Küster vor der Anstellung den Nachweis führen muß, daß er bei dem Unterstützungsverein als Mitglied aufgenommen worden ist.

Mit Bezug auf § 5 der Satzungen:

Römisch-katholische Priester und Laien können als Ehrenmitglieder aufgenommen werden. — Die Ehrenmitglieder sind in den Vorstand wählbar,

und auf § 9:

Ehrenmitglieder zahlen einen beliebigen Jahresbeitrag, jedoch nicht unter 5 Mark, oder nach Belieben einen einmaligen entsprechenden Beitrag,

ersuche ich die Herren Geistlichen, als Ehrenmitglieder das gute Werk fördern zu wollen.

Empfehlenswerth erscheint auch, daß die Vermögensverwaltungsorgane — unter erhoffter Genehmigung der Patronate — aus den Kirchenkassen durch verhältnismäßige Beiträge je nach Vermögen und örtlichen Umständen ihren Organisten und Küstern die Zahlung der Eintrittsgelder oder der jährlichen Beiträge erleichtern.

Breslau, den 12. März 1902.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

(Zu S. 369.) **Nr. 562. Sammlung für ein deutsches Pilgerhaus
mit Schule in Jerusalem.**

G. B. Nr. 382. III. vom 15. Juli 1901.

Der Verein vom heiligen Lande veranstaltet eine Sammlung zur Errichtung eines deutschen Pilgerhauses mit einer Schule am Damaskusthore in Jerusalem.

Wir ersuchen den Hochwürdigsten Diöcesan-Clerus, diese Sammlung in Anbetracht des zeitgemäßen Unternehmens den Gläubigen zu empfehlen.

¹⁾ Oben S. 363.

(Zu S. 370.) **Nr. 563. Consensus Ordinarii zur Ausübung der den Mitgliedern des Bonifatius-Vereins ertheilten Vollmachten.**

G. B. Nr. 384. I. vom 15. September 1901.

Se. Eminenz, der Hochwürdigste Herr Cardinal und Fürstbischof haben uns beauftragt, der Hochwürdigen Geistlichkeit bekannt zu geben, daß Hochdieselben durch die in der Amtl. Verordnung Nr. 379. I. erfolgte Publikation des päpstlichen Breve vom 15. März d. J. zugleich die Zustimmung zum Gebrauch der im genannten Breve den Priestern, welche Mitglieder des Bonifatius-Vereins sind, verliehenen Vollmachten ertheilt haben, daß aber die Zustimmung der Ordensoberen, soweit dieselbe erforderlich ist, im einzelnen nachgesucht werden muß.

(Zu S. 391.) **Nr. 564. Privilegien zu Gunsten des Kindheit-Jesu-Vereins.**

G. B. Nr. 390. IV. vom 15. März 1902.

Se. Eminenz, der Hochwürdigste Herr Cardinal und Fürstbischof haben uns beauftragt, bekannt zu geben, daß alle zum Beichtthören approbirten Diöcesan-Priester die in Nr. 290. II. unserer Verordnungen publicirten vom apostolischen Stuhle den geistlichen Leitern des Kindheit-Jesu-Vereins verliehenen Privilegien ohne weitere specielle Ermächtigung auszuüben befugt sind.

(Zu S. 412.) (Der in G. V. Nr. 361. I. mitgetheilte umfangreiche Index indulgentiarum SS. Rosarii ist leicht anderweitig zugänglich und wird darum hier nicht von neuem abgedruckt.)

(Zu S. 427.) **Nr. 565. Fürsorge-Erziehung.**

G. B. Nr. 390. I. vom 15. März 1902.

Für diejenigen Herren Pfarrgeistlichen, welche bei Einleitung der Fürsorge-Erziehung von Kindern aus ihrer Pfarrei mitgewirkt haben, wird in seelsorglichem Interesse der Wunsch nahe liegen, auch die Pfarrstellen zu erfahren, bei denen die Kinder untergebracht sind, und den Namen des Fürsorgers.

Der Wunsch wird erreichbar sein durch den entsprechenden Antrag bei dem Königlichen Amtsgericht gleichzeitig mit der Äußerung über die Nothwendigkeit der Fürsorge-Erziehung oder durch die Anfrage an Herrn Landeshauptmann.

Auch empfiehlt sich, ein pfarrliches Verzeichniß der Fürsorge-Zöglinge der Pfarrei anzulegen und um dessen Berichtigung und Ergänzung jährlich den Landeshauptmann zu ersuchen.

Die Bereitwilligkeit der Behörden zu den erbetenen Mittheilungen wird aus anderen Diöcesen bestätigt.

Breslau, den 8. März 1902.

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

(Zu S. 457.) **Nr. 566. Fürsorge für entlassene Strafgefangene.**

G. B. Nr. 389. XI. vom 15. Februar 1902.

Se. Eminenz haben uns beauftragt, nachstehenden Ministerial-Erlaß nebst den beigegeführten Bestimmungen über die Fürsorge für entlassene Strafgefangene der Hochwürdigen Geistlichkeit und den kirchlichen Körperschaften zur Beachtung mittheilen:

Ministerium des Innern.

Berlin, den 13. Juni 1895.

Im Kampfe gegen das Verbrechen ist, neben der Strafrechtspflege, die Fürsorge, welche dem entlassenen Gefangenen die Rückkehr zu einem geordneten Leben bahnt und ihn dadurch vor dem Rückfall ins Verbrechen bewahrt, von besonderer Bedeutung. Seit dem Anfange dieses Jahrhunderts sind daher Privatpersonen, Vereine, kirchliche Organe bemüht gewesen, entsprechende Fürsorge zu üben und die Staatsbehörden haben diese Bemühungen gefördert. Leider ist die oft ausgesprochene Klage nicht unberechtigt, daß die Erfolge der Fürsorgethätigkeit nicht den darauf verwandten Arbeiten, Mühen und Geldmitteln entsprechen.

Die Ursache des Mißerfolges ist wohl mit darin zu suchen, daß die Fürsorgethätigkeit nicht überall zweckmäßig organisiert gewesen ist und das richtige Zusammenwirken der Fürsorgeorgane mit den Strafvollzugs- und Polizeibehörden gefehlt hat. Um hierin Abhilfe zu schaffen, sind, im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, die in der Anlage beigefügten Bestimmungen über die Ausübung der Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen aufgestellt worden. Es ist darin besonders darauf Bedacht genommen, das Geschenk aus dem Arbeitsertrage (Arbeitsprämie, Arbeitsverdienst-antheil) in höherem Maße als bisher zu Fürsorgezwecken auszunützen, und Mißbräuchen, welche sich aus der bisherigen Art der Aushändigung an die Entlassenen ergeben haben, entgegen zu treten.

Die Königlichen Regierungs-Präsidenten und die Vorstände der Königlichen Oberlandesgerichte, sowie des Königlichen Kammergerichts ersuchen wir ergebenst, die nachgeordneten Strafvollzugs- bezw. Polizeibehörden anzuweisen, nach diesen Bestimmungen zu verfahren und die Fürsorgethätigkeit, soweit in ihren Kräften steht, zu fördern.

Der Minister des Innern.

Der Justiz-Minister.

gez. v. Köller.

gez. Schönstedt.

An

den Königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn Dr. v. Bitter
Hochwohlgeboren, zu Oppeln.

M. d. J. II. S. 723¹ Ang.

Just. M. I. 3576.

Bestimmungen über die Fürsorge für entlassene Gefangene.

1. Aufgabe der Fürsorge ist, den Gefangenen für den Zeitpunkt ihrer Entlassung Arbeit und Unterkommen in solchen Verhältnissen zu sichern, die geeignet sind, sie vor dem Rückfall in ungesetzliches Leben zu bewahren, auch in geeigneten Fällen sich der Familien der Gefangenen anzunehmen.

2. Es ist dahin zu wirken, daß möglichst jeder Gefangene, bei dem es erforderlich erscheint, sich der Fürsorge unterstellt. Zur Annahme der Fürsorge kann der Gefangene nicht gezwungen werden. Jüngendliche Gefangene sind bei der Fürsorge besonders zu berücksichtigen.

3. Die Fürsorge wird ausgeübt:

- a) durch die kirchlichen Organe,
- b) durch Fürsorgevereine.

Beide haben sich in ihrer Arbeit möglichst zu unterstützen und im engsten Zusammenhange mit den Polizeibehörden zu wirken. Muß nach

den bestehenden Bestimmungen die Entlassung eines Gefangenen der Polizeibehörde angezeigt werden, so ist dabei mitzutheilen, ob für den Entlassenen Fürsorge eintritt, und durch wen sie ausgeübt wird. Fürsorge durch kirchliche Organe eignet sich besonders für solche Gefangene, welche selbst oder durch ihre Familie noch im Zusammenhange mit einer Kirchengemeinde stehen.

Den Vorstehern und Geistlichen der Strafanstalten und Gefängnisse steht es frei, in geeigneten Fällen die Fürsorge selbst auszuüben.

4. Als kirchliche Organe fungiren im Allgemeinen in den evangelischen Kirchengemeinden die Gemeinde-Kirchenräthe, Presbyterien und Kirchenvorstände, in den katholischen die Ortsgeistlichen und die von diesen zur Mitwirkung herangezogenen Gemeindeglieder.

5. Ob und mit welchen Organen wegen Fürsorge für einen Gefangenen Verhandlungen angeknüpft werden sollen, bestimmt der Anstaltsvorsteher nach Anhörung der Oberbeamten, insbesondere der Anstaltsgeistlichen; da, wo Conferenzen bestehen, nach Anhörung dieser.

6. Die Anstaltsvorsteher haben die Verhandlungen mit den Fürsorgeorganen so zeitig — bei längerer Strafverbüßung 6 Wochen vor der Entlassung — einzuleiten, daß bis zum Entlassungstage das Ergebniß feststeht.

Hierbei sind die Fürsorgeorgane von der Höhe des dem Strafentlassenen in Aussicht stehenden Geschenkes aus dem Arbeitsertrage (Arbeitsprämien, Arbeitsverdienstantheil) in Kenntniß zu setzen und zu befragen, ob dasselbe ihnen oder der Ortspolizeibehörde überandt werden soll.

Bei diesen Verhandlungen ist auf die Wünsche der zur Entlassung Kommenden jede billige Rücksicht zu nehmen.

7. Daß den Gefangenen bei der Entlassung zu Theil werdende Geschenk aus dem Arbeitsertrage ist im Interesse der Fürsorge zu verwenden, dasselbe kann gegen den Willen der Entlassenen nicht in Anspruch genommen werden zur Bezahlung von Schulden, oder zur Deckung von Ausgaben, welche die Armen-Verbände für sie selbst oder deren Angehörige geleistet haben. Das Geschenk geht erst dann in das Eigenthum des Entlassenen über, wenn es ihm ausdrücklich zur freien Verfügung ausgehändigt ist.

Das Geschenk ist vorzugsweise zu verwenden zur Bezahlung der Reisekosten des Entlassenen nach seinem demnächstigen Aufenthaltsorte, zur Beschaffung von Kleidern, Wohnung, Unterhalt, Arbeitsgeräth u., sowie in geeigneten Fällen zur Unterstützung der Familie des Entlassenen.

Es empfiehlt sich nicht, den Entlassenen das Geschenk auf einmal auszuzahlen, größere Geldbeträge sind ihnen nur dann auszuhändigen, wenn deren zweckmäßige Verwendung gesichert ist.

8. Ist bei einem Gefangenen die Fürsorge nicht nothwendig, so kann der Anstaltsvorsteher ihm bei der Entlassung das Geschenk auszahlen, oder an die Polizeibehörde des Ortes, wohin der Gefangene entlassen wird, schicken.

Tritt Fürsorge ein, so hat der Anstaltsvorsteher das Geschenk entweder dem Fürsorgeorgane oder der Polizeibehörde des Ortes, wohin der Gefangene entlassen wird, zu übersenden.

Mit der Verwendung des Geschenks dürfen die Fürsorgeorgane nicht eher beginnen, bis der Entlassene sich schriftlich darüber ausweist, daß er sich bei der Ortspolizeibehörde vorschriftsmäßig gemeldet hat.

Die Anstaltsvorsteher können jedoch diesen Gefangenen bei der Entlassung das ganze Geschenk auszahlen, wenn dasselbe so gering ist, daß es nur zur Bestreitung der Reisekosten und des Unterhalts für wenige Tage ausreicht, oder wenn die Persönlichkeit des Entlassenen und die Verhältnisse, in welche er zurücktritt, einen Mißbrauch nicht befürchten lassen.

9. Weigert sich ein Gefangener, die für nothwendig erachtete Fürsorge anzunehmen, so behält die Anstaltsverwaltung von dem nach Abzug der Reise- und Zehrungskosten für einige Tage am Entlassungsorte noch verbleibenden Reste des Geschenks die Hälfte zurück, die andere Hälfte wird der Polizeibehörde des Entlassungsortes überschickt, um für den Entlassenen nach Maßgabe der Bestimmungen in Nr. 7 verwandt zu werden.

10. Wenn ein Entlassener sich weigert, die von den Fürsorgeorganen in Betreff der Verwendung des Geschenks getroffenen Anordnungen anzuerkennen, oder wenn er sich der Fürsorge entzieht, oder eine strafbare Handlung begeht, so ist unter Mittheilung der Thatfachen der noch vorhandene Rest des Geschenks der Ortspolizeibehörde zu übersenden, welche dann nach den in Nr. 7 gegebenen Bestimmungen verfährt.

Weigert sich ein Strafentlassener, die von der Polizeibehörde über Verwendung des Geschenks getroffenen Anordnungen anzuerkennen, so ist der Rest des Geschenks, soweit derselbe nicht im Interesse der Familie des Strafentlassenen Verwendung findet, mit einer Abrechnung der Anstaltsverwaltung zurückzusenden.

Nr. 567. Eintragung der mit Dispens geschlossenen Ehen.

G. B. Nr. 391. II. vom 15. April 1902.

Bei der kanonischen Visitation hat die Prüfung der Kirchenbücher in vielen Pfarreien zu erinnern gefunden, daß bei Ehen, die auf Grund einer besonderen Dispens geschlossen waren, in den Trauungsbüchern entweder nichts, oder ohne nähere Angabe des entgegenstehenden und durch Dispens behobenen kanonischen Ehehindernisses nur vermerkt war: „mit Dispens“.

Dieses Verfahren ist nicht zulässig und muß aufhören. Wir bringen daher die *Forma scribendi conjugatos in libro* von Tit. XIII. Cap. 6 des *Rituale Wratislaviense* zur Nachachtung in Erinnerung und verordnen überdies für sämtliche Pfarreien und Seelsorgsstellen, die eigene Kirchenbücher führen, folgendes:

1. Bei Eintragung der mit Dispens geschlossenen Ehen in das Trauungsbuch ist sowohl das bezügliche Ehehinderniß zu bezeichnen, als auch das Datum der darüber erlangten Dispens zu vermerken.
2. Für Ehedispenen ist ein besonderes Aktenstück anzulegen, in welches alle diesen Gegenstand betreffenden Schriftstücke aufzunehmen sind.
3. Bei der erzpriesterlichen Visitation ist auf die Innehaltung der gegenwärtigen Verordnung zu achten.



Nachweis der aufgenommenen Nummern der gedruckten Verordnungen des fürstbischöflichen General-Vikariat-Amtes.

Nr. 1. v. 20. Novbr. 1847.	Nr. 13. v. 14. Januar 1850.	Nr. 35. v. 19. August 1852.
I. S. 1	I. S. 110	VIII. S. 283
III. = 526	Nr. 14. vom 3. April 1850.	Nr. 36. v. 10. Septbr. 1852.
Nr. 2. v. 18. Februar 1848.	III. S. 145	I. S. 548
IV. S. 282	IV. = 277	Nr. 37. v. 9. October 1852.
VII. = 554	Nr. 15. v. 25. April 1850.	II. S. 283
VIII. = 526	II. S. 590	Nr. 40. v. 24. Decbr. 1852.
X. = 324	III. = 314	V. S. 566
Nr. 6. v. 3. Januar 1849.	Nr. 17. vom 11. Mai 1850.	Nr. 42. v. 8. Februar 1853.
III. S. 269	III. S. 95	V. S. 130
IV. = 7	Nr. 21. v. 18. Novbr. 1850.	Nr. 44. v. 14. April 1853.
VII. = 625	II. S. 373	III. S. 105
VIII. = 89	Nr. 22. v. 4. Januar 1851.	IV. = 35
= = 278	IV. S. 617	= = 280
XI. = 624	Nr. 23. v. 31. Januar 1851.	Nr. 48. v. 26. August 1853.
Nr. 7. v. 19. Februar 1849.	IV. S. 283	V. S. 325
V. S. 280	Nr. 25. v. 20. Juni 1851.	Nr. 49. v. 12. Novbr. 1853.
VI. = 286	V. S. 531	III. S. 203
Nr. 8. vom 2. März 1849.	VII. = 576	Nr. 52. v. 5. Januar 1854.
II. S. 124	Nr. 26. v. 1. August 1851.	I. S. 211
III. = 578	II. S. 275	II. = 244
IV. = 163	Nr. 28. v. 11. Novbr. 1851.	III. = 171
Nr. 9. vom 5. April 1849.	V. S. 31	IV. = 124
II. S. 34	IX. = 65	Nr. 53. vom 7. März 1854.
III. = 322	XII. = 313	I. S. 81
Nr. 10. vom 9. Juli 1849.	Nr. 32. v. 16. März 1852.	Nr. 55. v. 21. Juni 1854.
I. S. 130	I. S. 150	I. S. 560
II. = 282	VII. = 163	II. = 588
Nr. 11. v. 8. Novbr. 1849.	= = 278	III. = 243
VI. S. 527	Nr. 33. vom 3. Juni 1852.	VI. = 151
VII. = 285	I. S. 354	VII. = 316
VIII. = 578	= = 557	Nr. 59. v. 24. August 1854.
Nr. 12. v. 19. Decbr. 1849.	VIII. = 143	VII. S. 285
I. S. 353	IX. = 147	

Nr. 61. v. 29. Septbr. 1854.	Nr. 103. v. 14. Mai 1858.	Nr. 138. v. 28. Februar 1862.
II. S. 207	IV. S. 20	VI. S. 587
Nr. 63. v. 2. Decbr. 1854.	Nr. 105. v. 14. Juli 1858.	VII. = 590
V. S. 371	II. S. 132	Nr. 139. v. 9. April 1862.
= 464	Nr. 109. v. 16. Novbr. 1858.	I. S. 270
Nr. 65. v. 30. Januar 1855.	III. S. 105	III. = 517
I. S. 102	VII. = 279	Nr. 142. v. 20. August 1862.
Nr. 66. v. 28. Februar 1855.	VIII. = 318	III. S. 109
II. S. 333	Nr. 110. v. 15. Januar 1859.	Nr. 143. v. 30. Januar 1863.
VI. = 621	V. S. 364	II. S. 467
Nr. 69. vom 5. Juni 1855.	Nr. 112. v. 29. März 1859.	Nr. 144. v. 16. März 1863.
Ib. S. 174	IV. S. 279	II. S. 405
V. = 532	= 561	VIII. = 168
VI. = 523	Nr. 114. v. 27. Mai 1859.	IX. = 279
Nr. 70. vom 15. Juni 1855.	II. S. 156	Nr. 145. v. 5. Juni 1863.
I. S. 208	Nr. 115. vom 6. Juli 1859.	IV. S. 205
Nr. 71. vom 17. Juli 1855.	II. S. 81	XI. = 86
S. 19	Nr. 117. v. 14. Septbr. 1859.	Nr. 147. v. 7. Novbr. 1863.
Nr. 73. v. 31. August 1855.	I. S. 237	III. S. 322
II. S. 103	IV. = 247	Nr. 148. v. 4. März 1864.
Nr. 77. v. 14. Novbr. 1855.	V. = 174	I. S. 551
I. S. 107	Nr. 121. v. 25. März 1860.	IV. = 466
II. = 110	I. S. 266	V. = 144
III. = 325	VI. = 96	VIII. = 633
V. = 317	Nr. 123. v. 15. Juni 1860.	X. = 145
Nr. 80. vom 31. März 1856.	VIII. S. 279	XII. = 387
III. S. 274	= 319	Nr. 149. vom 10. Mai 1864.
X. = 452	Nr. 125. v. 7. Januar 1861.	III. S. 330
Nr. 85. v. 30. August 1856.	VII. S. 5	IX. = 6
I. S. 84	VIII. = 630	X. = 108
= 130	Nr. 129. v. 18. April 1861.	XII. = 599
Nr. 87. v. 24. Novbr. 1856.	III. S. 570	XIII. = 296
IV. S. 163	Nr. 130. v. 3. Juni 1861.	Nr. 151. v. 19. Decbr. 1864.
Nr. 90. vom 23. März 1857.	I. S. 104	III. S. 297
X. S. 174	Nr. 131. vom 9. Juli 1861.	Nr. 152. v. 29. März 1865.
XXII. = 299	I. S. 373	III. S. 17
Nr. 91. vom 25. Mai 1857.	V. = 591	Nr. 153. v. 25. April 1865.
I. S. 566	VIII. = 270	I. S. 575
Nr. 94. v. 12. Octbr. 1857.	Nr. 134. v. 10. Octbr. 1861.	IV. = 130
II. S. 246	II. S. 134	Nr. 158. v. 27. März 1866.
Nr. 95. v. 30. Octbr. 1857.	III. = 124	I. S. 279
III. S. 533	Nr. 135. v. 12. Decbr. 1861.	= 571
Nr. 99. v. 1. Februar 1858.	I. S. 82	Nr. 159. v. 1. Juni 1866.
I. S. 280	III. = 135	IV. S. 455
Nr. 102. v. 24. März 1858.	Nr. 136. v. 8. Januar 1862.	Nr. 161. v. 26. Juli 1866.
IV. S. 355	III. S. 326	II. S. 456

Nr. 162. v. 6. Septbr. 1866.	Nr. 182. v. 1. Decbr. 1869.	Nr. 202. v. 20. Juni 1873.
II. S. 591	II. S. 13	IX. S. 302
V. = 571		X. = 133
Nr. 163. v. 30. Octbr. 1866.	Nr. 183. v. 28. Januar 1870.	XI. = 537
I. S. 592	III. S. 15	XIII. = 162
Nr. 164. v. 1. Februar 1867.	Nr. 184. v. 4. März 1870.	= = 278
I. S. 297	V. S. 558	
X. = 527	Nr. 185. v. 13. April 1870.	Nr. 204. v. 17. Decbr. 1873.
	III. S. 105	IV. S. 239
Nr. 165. v. 3. April 1867.	X. = 276	VI. = 518
I. S. 3	Nr. 186. v. 12. Juni 1870.	VII. = 104
Nr. 166. v. 2. Juli 1867.	II. S. 18	X. = 41
II. S. 331	Nr. 187. v. 2. August 1870.	XI. = 407
III. = 305	V. S. 334	
IV. = 28	Nr. 189. v. 10. Januar 1871.	Nr. 206. v. 15. April 1874.
V. = 29	VI. S. 165	III. S. 175
XIII. = 284	Nr. 190. v. 8. März 1871.	IV. = 155
Nr. 169. v. 16. Januar 1868.	III. S. 551	V. = 552
VI. S. 565	Nr. 191. v. 3. Mai 1871.	Nr. 207. v. 18. Juni 1874.
Nr. 171. v. 1. April 1868.	VII. S. 371	I. S. 247
II. S. 238	Nr. 193. v. 8. Septbr. 1871.	Nr. 210. v. 9. Novbr. 1874.
Nr. 172. v. 6. Juni 1868.	III. S. 373	II. S. 220
IV. S. 188	VI. = 531	III c. = 230
Nr. 173. v. 8. August 1868.	Nr. 194. v. 4. Decbr. 1871.	V. = 156
IV. S. 164	IV. S. 620	VII. = 596
Nr. 175. v. 23. Octbr. 1868.	VI. = 228	XI. = 193
VII. S. 104	VII. = 358	XII. = 175
Nr. 176. v. 8. Januar 1868.	IX. = 460	XIII. = 236
II. S. 151	XIV. = 405	Nr. 211. v. 12. Februar 1875.
IV. = 66	XV. = 396	XI. S. 165
	= 464	XVI. = 538
Nr. 177. v. 2. März 1869.	Nr. 195. v. 1. März 1872.	XVII. = 407
II. S. 95	VII. S. 280	= 465
Nr. 178. v. 5. März 1869.	VIII. = 238	Nr. 216. v. 25. Januar 1882.
II. S. 4	Nr. 197. v. 7. Juni 1872.	III. S. 151
V. = 597	I. S. 178	VII. = 107
VII. = 248	IX. = 540	
Nr. 179. v. 22. Mai 1869.	XI. = 237	Nr. 217. v. 14. März 1882.
III. S. 282	Nr. 199. v. 14. Septbr. 1872.	III. S. 7
V. = 30	V. S. 543	V. = 145
Nr. 180. v. 5. August 1869.	VIII. = 107	VI. = 4
VI. S. 6	Nr. 200. v. 10. Januar 1873.	VII. = 166
Nr. 181. v. 5. Novbr. 1869.	I. S. 136	= 596
I. S. 595	XII. = 239	Nr. 218. v. 7. Juli 1882.
VI. = 88	Nr. 201. v. 12. März 1873.	II. S. 277
IX. = 456	IV. S. 40	VI. = 282
X. = 217	XIV. = 528	VII. = 82
		X. = 167
		XI. = 596

Nr. 220. v. 31. October 1882.	XII.	£. 273	Nr. 244. v. 7. Juli 1887.		
V.	XIII.	= 250	III.	£. 614	
Nr. 221. v. 6. Decbr. 1882.	Nr. 234. v. 11. März 1885.		IV.	= 513	
V.	III.	£. 231	V.	= 530	
VI.	V.	= 210	VI.	= 532	
Nr. 222. v. 6. Februar 1883.	X.	= 2	VII.	= 460	
VI.	Nr. 235. v. 1. Juli 1885.		Nr. 245. v. 8. Septbr. 1887.		
Nr. 223. v. 14. März 1883.	II.	£. 105	V.	£. 15	
V.	III.	= 538	Nr. 246. v. 19. Decbr. 1887.		
VIII.	VI.	= 239	I.	£. 21	
Nr. 224. v. 16. Mai 1883.	VII.	= 623	II.	= 280	
I.	VIII.	= 129	III.	= 218	
VI.	IX.	= 620	IV.	= 517	
VII.	Nr. 236. v. 7. Septbr. 1885.		VI.	= 596	
IX.	I.	£. 235	Nr. 247. v. 6. März 1888.		
Nr. 225. v. 27. Juni 1883.	III.	= 167	I.	£. 278	
II.	IV.	= 279	=	= 549	
Nr. 227. v. 9. Novbr. 1883.	=	= 575	Nr. 248. v. 8. Mai 1888.		
II.	V.	= 396	I.	£. 209	
IV.	VIII.	= 264	=	= 311	
VI.	Nr. 237. v. 9. Februar 1886.		II.	= 223	
VII.	IV.	£. 413	Nr. 249. v. 28. Juni 1888.		
Nr. 228. v. 16. Februar 1884.	VII.	= 354	II.	£. 80	
II.	X.	= 574	IV.	= 115	
VI.	XI.	= 6	VIII.	= 126	
=	Nr. 238. v. 31. März 1886.		IX.	= 240	
VII.	III.	£. 582	Nr. 250. v. 18. August 1888.		
X.	VII.	= 355	II.	£. 427	
Nr. 229. v. 31. März 1884.	Nr. 239. v. 4. Juni 1886.		IV.	= 304	
I.	II.	£. 322	Nr. 251. v. 27. Novbr. 1888.		
IV.	IV.	= 168	II.	£. 366	
Nr. 230. v. 20. Juni 1884.	Nr. 240. v. 14. Juli 1886.		V.	= 340	
III.	II.	£. 509	VI.	= 176	
IV.	III.	= 559	VII.	= 32	
VI.	VI.	= 17	Nr. 252. v. 16. Januar 1889.		
Nr. 231. v. 16. August 1884.	Nr. 241. v. 11. Septbr. 1886.		I.	£. 80	
II.	I.	£. 147	III.	= 66	
Nr. 232. v. 11. Septbr. 1884.	IV.	= 573	IV.	= 67	
II.	V.	= 320	Nr. 253. v. 23. Februar 1889.		
III.	IX.	= 265	IV.	£. 81	
Nr. 233. v. 29. Decbr. 1884.	Nr. 242. v. 29. Januar 1887.		V.	= 33	
III.	II.	£. 149	VI.	= 313	
V.	V.	= 457	XI.	= 620	
VI.	VII.	= 240	XII.	= 585	
VII.	IX.	= 83	XIII.	= 586	
X.	Nr. 243. v. 6. April 1887.		XIV.	= 559	
	II.	£. 42	XV.	= 630	
			XVII.	= 553	

Nr. 254. v. 26. März 1889.	Nr. 261b. v. 26. März 1890.	III. S. 278
II. S. 568	II. S. 523	IV. = 280
III. = 230	V. = 338	Nr. 272. v. 8. Juni 1891.
VI. = 229	Nr. 262. v. 10. Juni 1890.	I. S. 160
VII. = 620	VIII. S. 580	II. = 137
X. = 513	Nr. 263. v. 16. August 1890.	IV. = 306
Nr. 255. v. 28. Mai 1889.	III. S. 338	V. = 2
II. S. 341	IV. = 16	IX. = 573
III. = 250	VI. = 550	Nr. 274. v. 22. April 1891.
V. = 127	Nr. 264. v. 30. Septbr. 1890.	II. S. 39
VII. = 587	II. S. 27	Nr. 275. v. 30. Septbr. 1891.
= = 620	IV. = 31	IV. S. 107
IX. = 97	VI. = 325	Nr. 277. v. 28. Novbr. 1891.
X. = 244	VII. = 277	I. S. 262
XII. = 449	Nr. 265. v. 10. Novbr. 1890.	II. = 297
XIV. = 554	I. S. 549	III. = 250
Nr. 256. v. 11. Juli 1889.	II. = 428	IV. = 166
I. S. 224	III. = 249	VI. = 278
II. = 228	Nr. 266. v. 2. Decbr. 1890.	= = 549
III. = 285	IV. S. 462	Nr. 278. v. 19. Decbr. 1891.
XI. = 629	Nr. 267. v. 23. Decbr. 1890.	I. S. 208
XIII. = 556	I. S. 369	Nr. 279. v. 30. Januar 1892.
XVI. = 628	= = 463	I. S. 390
= = 631	II. = 245	II. = 44
XVII. = 449	III. = 404	Nr. 280. v. 5. März 1892.
Nr. 257. v. 5. August 1889.	V. = 42	III. S. 339
VI. S. 579	Nr. 268. v. 23. Januar 1891.	VI. = 68
Nr. 259. v. 16. October 1889.	I. S. 278	VIII. = 355
I. S. 41	III. = 412	IX. = 621
II. = 339	IV. = 121	Nr. 281. v. 9. April 1892.
III. = 37	XI. = 41	I. S. 225
VII. = 628	Nr. 269. v. 23. Februar 1891.	II. = 226
VIII. = 559	IV. S. 96	III. = 184
IX. = 229	V. = 113	V. = 97
Nr. 260. v. 16. Januar 1890.	VI. = 146	Nr. 282. v. 18. Mai 1892.
II. S. 341	VII. = 134	II. S. 129
III. = 298	VIII. = 127	V. = 281
V. = 193	Nr. 270. v. 31. März 1891.	VI. = 306
VIII. = 632	II. S. 59	Nr. 283. v. 11. Juli 1892.
IX. = 7	III. = 280	IV. S. 581
X. = 168	IV. = 134	V. = 113
XVII. = 558	V. = 269	Nr. 284. v. 8. Septbr. 1892.
XVIII. = 563	VI. = 363	I. S. 378
Nr. 261a. v. 5. Februar 1890.	VIII. = 204	III. = 455
IV. S. 412	Nr. 271. v. 28. April 1891.	IV. = 458
V. = 401	II. S. 339	V. = 108
VI. = 176		VIII. = 247

Nr. 285. v. 8. October 1892.	VIII.	Σ. 117	Nr. 311. v. 15. August 1895.		
VI.	X.	= 3	I.	Σ. 625	
Nr. 186. v. 21. Novbr. 1892.	XI.	= 306	II.	= 458	
I.	Nr. 296. v. 24. Februar 1894.		III.	= 636	
IV.	VI.	Σ. 125	IV.	= 1	
V.			Nr. 312. v. 15. Septbr. 1895.		
Nr. 287. v. 5. Januar 1893.	Nr. 297. v. 5. April 1894.		II.	Σ. 23	
I.	I.	Σ. 203	Nr. 313. v. 15. October 1895.		
II.	Nr. 298. v. 31. Mai 1894.		I.	Σ. 205	
VI.	I.	Σ. 219	II.	= 466	
X.	III.	= 515	Nr. 314. v. 15. Novbr. 1895.		
XII.	VII.	= 115	III.	Σ. 116	
Nr. 289. v. 21. März 1893.	Nr. 300. v. 27. August 1894.		IV.	= 472	
III.	I.	Σ. 93	V.	= 615	
Nr. 290. v. 8. April 1893.	III.	= 129	Nr. 315. v. 15. Decbr. 1895.		
II.	Nr. 301. v. 15. October 1894.		III.	Σ. 125	
III.	IX.	= 23	IV.	= 461	
Nr. 291. v. 15. Mai 1893.	X.	= 515	Nr. 316. v. 15. Januar 1896.		
I.	Nr. 302. v. 22. Novbr. 1894.		VI.	Σ. 117	
II.	I.	Σ. 598	VII.	= 83	
III.	II.	= 386	Nr. 317. v. 15. Februar 1896.		
"	Nr. 303. v. 15. Decbr. 1894.		I.	Σ. 370	
IV.	I.	Σ. 93	II.	= 138	
VI.	IV.	= 341	III.	= 203	
VIII.	Nr. 305. v. 15. Februar 1895.		IV.	= 425	
IX.	III.	Σ. 83	V.	= 545	
Nr. 292. v. 25. Juni 1893.	Nr. 306. v. 15. März 1895.		"	= 553	
Ib.	III.	Σ. 393	"	= 545	
II.	IV.	= 472	VI.	= 554	
IV.	VII.	= 162	Nr. 320. v. 15. Mai 1896.		
VII.	"	= 278	II.	Σ. 275	
VIII.			III.	= 39	
Nr. 293. v. 16. August 1893.	Nr. 307. v. 15. April 1895.		VI.	= 145	
II.	I.	Σ. 389	Nr. 321. v. 15. Juni 1896.		
III.	II.	= 329	III.	Σ. 616	
VI.	III.	= 100	Nr. 322. v. 15. Juli 1896.		
XI.	V.	= 465	IV.	Σ. 2	
Nr. 294. v. 25. October 1893.	VII.	= 83	Nr. 323. v. 15. August 1896.		
II.	Nr. 308. v. 15. Mai 1895.		I.	Σ. 203	
IV.	III.	Σ. 63	II.	= 24	
V.	Nr. 309. v. 15. Juni 1895.		III.	= 69	
VI.	I.	Σ. 274	VIII.	= 108	
VII.	II.	= 413	Nr. 324. v. 15. Septbr. 1896.		
XIII.	III.	= 620	VII.	Σ. 601	
Nr. 295. v. 3. Januar 1894.	IV.	= 620			
VI.	Nr. 310. v. 15. Juli 1895.				
VII.	I.	Σ. 65			

Nr. 325. v. 15. October 1896.	II.	Σ. 21	Nr. 358. v. 15. Juli 1899.	
III. Σ. 248	=	= 203	I. Σ. 512	
" = 99	Nr. 342. v. 15. März 1898.		Nr. 359. v. 15. August 1899.	
" = 139	II. Σ. 466		I. Σ. 222	
" = 140	Nr. 343. v. 15. April 1898.		II. = 306	
" = 141	VI. Σ. 516		III. = 128	
" = 325	Nr. 344. v. 15. Mai 1898.		IV. = 17	
V. = 622	I. Σ. 139		Nr. 360. v. 15. Septbr. 1899.	
Nr. 326. v. 15. Novbr. 1896.	= = 142		I. Σ. 256	
I. Σ. 69	II. = 578		II. = 203	
III. = 127	Nr. 346. v. 15. Juli 1898.		IV. = 278	
IV. = 22	I. Σ. 569		Nr. 361. v. 15. October 1899.	
Nr. 328. v. 15. Januar 1897.	Nr. 347. v. 15. August 1898.		II. Σ. 278	
II. Σ. 2	I. Σ. 118		= = 337	
Nr. 330. v. 15. März 1897.	II. = 461		Nr. 362. v. 15. Novbr. 1899.	
I. Σ. 70	Nr. 348. v. 15. Septbr. 1898.		I. Σ. 344	
III. = 371	I. Σ. 212		II. = 227	
" = 464	II. = 286		III. = 141	
Nr. 331. v. 15. April 1897.	IV. = 584		IV. = 425	
III. = 69	V. = 30		VI. = 621	
IV. = 404	Nr. 349. v. 15. October 1898.		VII. = 119	
V. = 626	II. Σ. 142		Nr. 363. v. 15. Decbr. 1899.	
VI. = 613	V. = 512		V. Σ. 321	
Nr. 332. v. 15. Mai 1897.	Nr. 350. v. 15. Novbr. 1898.		VI. = 19	
II. Σ. 278	H. Σ. 79		VII. = 295	
" = 550	Nr. 351. v. 15. Decbr. 1898.		Nr. 364. v. 15. Januar 1900.	
VI. = 577	I. Σ. 407		IV. Σ. 516	
Nr. 333. v. 15. Juni 1897.	III. = 284		V. = 520	
I. Σ. 261	Nr. 352. v. 15. Januar 1899.		VI. = 522	
II. = 364	I. Σ. 79		VII. = 323	
III. = 572	III. = 269		Nr. 365. v. 15. Februar 1900.	
Nr. 334. v. 15. Juli 1897.	Nr. 353. v. 15. Februar 1899.		I. Σ. 157	
I. Σ. 253	V. Σ. 467		II. = 185	
II. = 79	VI. = 575		IV. = 200	
III. = 564	Nr. 354. v. 15. März 1899.		Nr. 367. v. 15. April 1900.	
IV. = 597	II. Σ. 420		I. Σ. 228	
V. = 279	Nr. 355. v. 15. April 1899.		Nr. 368. v. 15. Mai 1900.	
Nr. 335. v. 15. August 1897.	I. Σ. 257		I. Σ. 94	
I. Σ. 266	II. = 100		" = 272	
IV. = 550	III. = 142		II. = 229	
Nr. 338. v. 15. Novbr. 1897.	IV. = 262		Nr. 369. v. 15. Juni 1900.	
I. Σ. 8	Nr. 356. v. 15. Mai 1899.		I. Σ. 328	
Nr. 340. v. 15. Januar 1898.	I. Σ. 118		II. = 419	
II. Σ. 283	Nr. 357. v. 15. Juni 1899.		Nr. 370. v. 15. Juli 1900.	
Nr. 341. v. 15. Februar 1898.	I. Σ. 257		I. Σ. 90	
I. Σ. 377				

Nr. 371. v. 15. August 1900.	Nr. 379. v. 1. April 1901.	Nr. 387. v. 15. Decbr. 1901
I. S. 538	I. S. 371	I. S. 638
II. = 627	II. = 429	II. = 643
Nr. 372. v. 15. Septbr. 1900.	III. = 634	Nr. 388. v. 15. Januar 1902
I. S. 278	IV. = 401	I. S. 641
= 337	Nr. 380. v. 15. Mai 1901.	Nr. 389. v. 15. Februar 1902.
Nr. 374. v. 15. Novbr. 1900.	I. S. 641	I. S. 644
I. S. 352	IV. = 633	VI. = 635
= 637	Nr. 381. v. 15. Juni 1901.	IX. = 636
= 639	I. S. 681	X. = 636
II. = 422	II. = 450	XI. = 647
Nr. 375. v. 15. Decbr. 1900.	Nr. 382. v. 15. Juli 1901.	XIV. = 634
V. S. 637	III. = 645	Nr. 390. v. 15. März 1902.
Nr. 376. v. 15. Januar 1901.	Nr. 384. v. 15. Septbr. 1901.	I. S. 646
II. S. 640	I. S. 646	III. = 645
Nr. 377. v. Februar 1901.	Nr. 385. v. 15. October 1901.	IV. = 646
II. S. 345	I. S. 641	V. = 634
III. = 639	II. = 642	VI. = 636
Nr. 378. v. 15. März 1901.	= 644	Nr. 391. v. 15. April 1902.
V. S. 623	III. = 643	II. S. 649
	Nr. 386. v. 15. Novbr. 1901.	
	I. S. 632	

Verichtigung.

S. 527 lies: Hypotheken-Locus statt Lucus.

Sachregister.

(Die Zahl zeigt die Seite an.)

A.

Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft 576.

Abgaben, kirchliche 579 ff. — Verfahren bei kirchlichen Umlagen 579 f. — Vertheilungsmaßstab 580 ff. — Vermeidung der Doppelbesteuerung 582 ff. — Freilassung der Verstümmelungszulagen 584. — Geheimhaltung der Veranlagung 584 f. — Deichlassenbeiträge 585. — Separations-Nebenkosten 586 f. — Miethzins für den Pfarrer, Kaufpreis für den Bauplatz der Pfarrwohnung 587. — Beitragspflicht des kath. Besitzers eines mit einem Bauanon belasteten Gutes 587 f. — Vertheilung der Abgaben bei Dismembrationen 588 ff. — Verpflichtung jüdischer Grundbesitzer 590. — Executorische Vertreibung 590 f.

Abjuratio haeresis 197 f.

Ablässe 200 ff. — De regulis ad dignoscendas veras Indulgentias ab apocryphis 200 f. — Indulgentiarum libri etc. non edantur absque licentia S. C. Indulg. 202 f. — Erneuerung der ad tempus ertheilten 203. — Tempus confessionis ad lucandas indulg. requisitum 203 f., 640. — Translatio indulgentiarum in translatione festi 205 ff.

Ablässe (s. auch Vereine): für die Communicanten 204, 640. — bei Verlegung von Festen 93, 205. — für die jede zweite Woche Beichtenden 203, 640. — für den ersten Freitag jeden Monats 258 f. — beim ewigen Gebete 253 f. — für die Gebete nach der hl. Messe 268. — für das Fest der hl. Hedwig 208 f. — Kirchweihfest 641. — Rosenkranzfest 266 f. — Titularfest 207. — für die Todesstunde 209. — bei Volksmissionen 205.

Ablatzfest 97.

Ablösung von Reallasten 540 ff.

Abshätzung der Pfarrbeitragsstücke 316 f.

Abchiedspredigten nicht festangestellter Geistlicher 30.

Absolutio compliceis 188 ff. — generalis a sacerdotibus Tertiariis lucranda 352. — a casibus Episcopo reservatis 199. — a casibus Rom. Pont. reservatis 184 f., 639 f.

Accusatio falsa de crimine sollicitationis 188 ff.

Actuarius Circuli 273 ff., 284.

Actus ministeriales 228, 325, 326.

Administration der Pfarreien 314 ff. — Verbot von Neueinrichtungen während derselben 636.

Adressirung 8, 11.

Afrika-Verein 366 ff.

Agende s. Rituale.

Aggregation s. Bruderschaften.

Älten, Vertheilung der Schriftstücke zu den verschiedenen 4.

Älterseelen, Betheiligung der Schulkinder am Gottesdienste 42 f.

Altar, Consecration 99. — Visitation desselben 105.

Altarssakrament 130 ff. — Aufbewahrung 145 f., in Filialkirchen und öffentlichen Oratorien 146. — Aussetzung und Vertheilung des Segens 87, 147 ff.

Altterszulagen der Geistlichen 287.

Alterthümer, kirchliche; ihre Conservirung und Inventarisirung 110 ff. — Verschönerung, Veräußerung derselben 116 f.

Altthatholiken, Reconciliation 193 f., 239.

Alumnats-Messen 134.

Ämtliche Berichte s. Kurialien.
Ämteinführung s. Kirchenvorstand.
Ämterferien 19 ff.
Ämterstil 9 f. — s. Kurialien.
Andachten 251 ff. — Andacht zum hl. Geist 259 f.
Anfragen, telegraphische 7, 238.
Anlegung haarer Kassenbestände 504, 524, 621.
Annaberg 269 ff.
Anschaffung kirchlicher Gegenstände 550.
Anschläge s. Bauten.
Anstalt für schwachsinrige Kinder 449.
Anstalten, Bewerbung um Stellen an staatlichen 285.
Anticipation von Matutin und Laudes 335.
Antrittsreden s. Abschiedspredigt.
Anzeige der Erledigung von Lehrer- und Kirchenbeamtenstellen 354 f. — des Wechsels der Verwalter von Benefizien 282 f. — des Todes von Diöcesan-Priestern 282.
Applikationspflicht an den aufgehobenen Feiertagen 130 ff. — bei Vinationsmessen 135 f. — Applikation der Pfarrmesse 133. — s. Missa.
Approbation religiöser Bücher und Druckschriften 70 ff., 79, 81.
Arbeit an Sonn- und Feiertagen 96.
Arbeiter, seelsorgerliche Einwirkung 33.
Arbeiterfrage 417 ff.
Archipresbyterats-Convente 279 f.
Archiv, Diöcesan- 118, 636. — Pfarr- 119, 283, 637.
Armenstiftungen 170, 614. — s. Stempel-pflichtigkeit.
Armuths-Attest 617. — s. Gerichtskosten.
Äscetische Litteratur 269.
Ältermittwoch, Betheiligung der Schulkinder am Gottesdienste 42.
Auferstehungsfeier 94.
Aufgebot der Brautleute 216 f. — der Cleriker 211. — vor Eintreffen der Dispens 237.
Aufgehobene Feiertage 84. — s. Missa.
Aufsichtsrechte des Staates bei der kirchlichen Vermögensverwaltung 487, 505 ff. — Ausübung dieser Rechte 508 f. — patronatliche Aufsichtsrechte 626 f.
Auseinandersetzung zwischen dem abgehenden Pfarrer und der Pfarrei 314 ff.
Ausweise zwischen Civil- und Militärgeistlichen 176. — in den Grenzdistrikten der Diöcese 177.

Ausländische Geistliche s. Geistliche, fremde.
Ausleiher, hypothekarische, von Kirchengeldern 526 ff.
Auslösung von Werthpapieren 621. — s. Kirchenvorstand.
Auswanderer nach Amerika 405. — nach England 32.

B.

Bade-Unterstützungen 306 f.
Bahnhofsmiffion 419.
Bau-Denkmäler, Erhaltung und Inventarisirung 110, 112. — Veränderungen 115 f. — s. Kunstgegenstände.
Bauliche Aenderungen, eigenmächtige 549 f.
Baumaterialien, Verkauf 554.
Bauplatz 587. — s. Abgaben.
Bauprojekte, Kosten dafür 556.
Bauten, kirchliche 545 ff. — Kostenanschlag 545. — Patronatliche Rechte und Pflichten 545 ff., 626 f. — Kirchenbehördliche Genehmigung 548. — Genehmigung der staatl. Aufsichtsbehörde 550. — Interimistitut in streitigen Bausachen 551 f. — Resolutorische Entscheidungen in streitigen Bausachen 552 f. — Verwendung des durch Abbruch kirchl. Gebäude erzielten Erlöses 554 f. — Lottereien für Kirchenbauten 554. — Gaugreben'scher Unterstützungsfonds 554. — Obervanz in Kirchenbausachen 556 f. — Kosten bei baulichen Untersuchungen 556.
Bauten, Feststellung der Nothwendigkeit 553 f., 559.
Beglaubigung 476, 596, 623.
Begleitschreiben bei Geldsendungen 17.
Begräbnis, Vornahme desselben erst nach Eintragung des Sterbefalles durch den Standesbeamten 567 f. — amputirter menschl. Gliedmaßen 569 f. — unbekannter Leichen 570. — ein Recht der Kirchengemeinde 573.
Begräbnisordnung, Entwurf 564 f.
Begräbnisplatz s. Kirchhof.
Behörde im Sinne der Grundbuchordnung 513, 460.
Behörden, Geschäftsverkehr mit Staats- und Communalbehörden 8 ff.

Beicht f. Buße.

Beichtstuhl, Gitter an ^{an} emselben 147, 199.

Beicht- und Communionunterricht 67.

Beilaß f. Pfarrbeilaß.

Beitreibung, exekutorische, verweigerter kirchl. Abgaben 590 f.

Benedictio Apostolica in articulo mortis 209. — mulieris post partum 247.

Benedictionen 246 ff., 644.

Beneficien, Uebergabe 314 ff.

Berichte, Form der amtlichen 3 f., 6, 10, 632. — Falten von Berichten mit mehreren Beilagen 6. — f. Kurialien.

Besoldung der Lehrerinnen und Industrielehrerinnen 560.

Besoldungs-Gesetz der Lehrer 356 ff.

Bewerbung um Pfarreien 284 f., 286, 643. — um Stellen an staatlichen Anstalten 285.

Biblische Geschichte 80.

Bilder, Hausirhandel damit 269. — Neuanschaffung 449 f.

Bination 134 ff., 639. — Applikationspflicht 135 f. — in Nothfällen und bei kirchl. Festen 137. — Purificatio calicis bei Bination 136 f.

Bittandachten coram Sanctissimo f. Wetterandachten.

Bonifatius-Verein f. Verein.

Vote zur Einziehung der Schriftstücke u. f. w. von Säumnigen 283.

Braut-Gramen 217. — -Messe und -Segen 230 f.

Brevi-manu-Befugung, Form der Erwidderung 4 f., 11.

Breviarium, Variationes et additiones in Rubricis Breviarii et Missalis Romani 143.

Bruderschaften 364 ff. — Errichtung und Anschluß an Erzbruderschaften 364 f.

Bücher, liturgische 250 f. — und Druckschriften, Approbation 70 ff., 79, 81. — Verbot 70 ff. — facultas legendi 79.

Buß- und Bettag 91 ff.

Buße (Beicht) 176 ff. — erste Beicht der Kinder 177. — facultas audiendi confessiones fidelium navigantium 639. bezügl. Ablässe 203, 640. — f. Jurisdiction, Ofterbeicht und Reservat.

C.

Celebration der hl. Messe, Zulassung zur 163, 328.

Censurae latae sententiae 178 ff.

Charitas-Zeitschrift 83.

Charwoche, praescriptiones liturgicae 94.

Christenlehre 28, 87 f.

Ciborium, Vergoldung 105.

Civilehe, Drohung mit als Dispensgrund 236 f.

Clandestinitas 220, 228.

Clementina 220.

Cleriker 212 f., 329, 345.

Collecten (f. auch Vereine) 462 ff. — Einwendung 281 f., 466. — feststehende jährliche 462 f. — Wegfall von Collecten 466 f. — Bischöfliche Genehmigung zu Collecten außerhalb der Diocese 467. — seitens Ordenspersonen 467 ff. — Verbot unbefugten Sammelns 471 ff.

Collende 304, 316.

Commorant 283.

Commissarien, f. 273 ff., 351. — Visitation der Erzpriester durch dieselben 273.

Communalabgaben 617 ff., 620. — f. Steuern.

Communalbehörden, Geschäftsverkehr mit den preussischen 8 ff.

Communion, erste, der Kinder 67, 153 ff., 204 f., 640. — Austheilung in Totenmessen 151. — österliche 150.

Communion-Unterricht 67.

Communifanten-Listen 282.

Contubinat 243 ff.

Conservator, Provinzial- 114, 636.

Consistorium 632.

Constitutio Apostolica „Officiorum a munerum“ 70 ff. — „Apostolicae Sedis“ 178 ff.

Controllbücher für Fundationsmessen und Manual-Stipendien 160, 162 f., 170.

Controll-Versammlung 339.

Convent der Archipresbyterats-Mitglieder 279 f.

Conventsarbeit 35, 280.

Convents-Verhandlungen 280.

Convertitenlisten 130, 296.

Convict 21, 23, 633.

Copialien 7.

Copula incestuosa 235 f.

Cordis, Ss., Jesu cultus 256 f.
Couvert, Schließung desselben 6.
Curialien f. Kurialien.

D.

Dämme-Unterhaltung 585.
Darlehnsgefuche f. Gelder, kirchliche.
Darlehnskassen-Verein 423.
Decretum „Tametsi“ 220.
Deichkassenbeiträge 585.
Denkmäler f. Bau-, Grab-, Kunst-
 denkmäler.
Devotionalien, Hausirhandel damit 269.
Diebstähle f. Kirchendiebstähle 578 f.
Dienstaufwand f. Steuer.
Dienstboten, Belehrungen über deren
 Verhältniß zur Herrschaft 31.
Dienst Einkommen der kathol. Pfarrer,
 Gesetz vom 2. Juli 1898, 286 ff.
Diöcesan-Archiv f. Archiv.
Diöcesan-Biblische Geschichte und Kate-
 chismus 80.
Diöcesan-Feuer-Versicherung 574 f.
Diöcesan-Museum 116, 118 ff. 636 f.
Diöcesan-Verband 212, 329, 345.
Dismembration von Grundstücken 588 ff.
 630 f.
**Dispensatio super impedimentis ma-
 trimon. in mortis periculo** 223 ff.
Dispensationum executio 232 f. —
 f. Ehedispens.
Dispensationsgrund 232 ff., 236 f.
Dispensgefuche, Instructio super dis-
 pensationibus matrimonialibus 231 ff.
 — Telegraphische Einholung 238.
Dispenstagen 239, 241.
Druck der Verordnungen 1.
Druckschriften f. Bücher.
Duell f. Mensuren.
Dünger f. Wiedemuthsnaturalien.
Durchschnittsrechnung 625.

E.

Ehe 213 ff. — Grundsätze und Vor-
 schriften der kath. Kirche 213 f.
 — gemischte, Erziehung von Kindern aus der-
 selben 51 ff. — Parochialrechte bei Taufen
 solcher Kinder 325 f. — Nachträgliche
 Einsegnung geschlossener Mischehen 240 f.
Ehedispens in Todesgefahr 223 ff.
Ehedispensgefuche 231 ff. — Tele-
 graphische Einholung 238. — Executio
 dispensationum 223 ff.
Ehedispensstagen 239. 241.
Ehedissiden 244 f.
Ehehinderniß, gesetzliches, Bescheinigung
 des Nichtvorhandenseins 230.
Ehe-Zubiläums-Medaille 241 ff. — Ge-
 schenk 242.
Ehe-Nulitäts-Erklärung 245, 641 f.
Eheschließung von Ausländern 229. —
 f. Trauung.
Ehrenzeichen, militärische 104.
Eid, Belehrungen über denselben 31. —
 f. Vereidigung.
Einführung der Kirchenvorsteher f. Kirchen-
 vorstand.
Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen,
 Gesetz vom 3. März 1897, § 4, 357 ff.
 — kath. Pfarrer, Gesetz vom 2. Juli
 1898, 286 ff.
Einkommens-Nachweisung für Lehrer,
 Organisten und Küster-Stellen 355 f.
Einkommensteuer, Abzug der Kosten für
 Dienstaufwendungen 620. — f. Steuer.
Einsegnung, nachträgliche, geschlossener
 Mischehen 240 f.
Entpfändungs-Erklärung 532.
Erbegräbniß, Familiengruft 566.
Erbschaft, Annahme seitens kirchlicher
 Institute 518. — f. Zuwendungen.
Erbschaftsteuer 612 f.
Erhebungen, statistische 297.
Erinnerungsschreiben 7.
Ernte f. Pfarrei-Uebergabe.
Erwerb f. Kirchenvermögen.
Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen
 51 ff. — unehelicher Kinder 54, 449.
Erziehungs-Recht der Mutter 449.
Erzprieister, deren Rechte und Pflichten
 1, 2, 29, 35, 40, 56, 105, 117, 147,
 168, 172, 210, 229, 241, 268, 272—284,
 296, 300, 306, 311 f., 318, 322, 333 f.,
 334 f., 336 f., 340 f., 463, 466, 552, 575,
 578 f., 626. — Verfahren beim Tode eines
 Pfarrers 283. — f. Visitationsprotokolle.

Stats-Ueberschreitung 494. — f. Voranschlag.

Excardinatio clericorum 212 f.

Excitatorien 7.

Excommunicationes l. s. Episcopis sive Ordinariis reservatae 181. — l. s. nemini reservatae 181. — l. s. Romano Pontifici reservatae 180 f. — speciali modo Romano Pontifici reservatae 178 f.

Execration der Kirche und des Altars 99.

Executor des Testaments f. Testament.

Executorische Beitreibung verweigerter kirchlicher Abgaben 590 f.

Exercitien 330.

Exnegation f. Entpfindung.

F.

Facultas audiendi confessiones fidelium navigantium 639. — benedicendi coronas, cruces etc. 644. — legendi libros prohibitos 79. — transferendi missas fundatas intra 174, extra dioecesim 174 f.

Fahnenweihe 248 f.

Fakultäten der Erzprieister und Seelsorgsgeistlichen 311 ff. — Gesuche um — beim hl. Stuhl 313.

Familiengruft 566.

Feiertage, Gerichtsitzungen an katholischen 95. — aufgehobene 84.

Feiertagsheiligung 96, 97.

Feldpropst 313.

Feria V in Coena Domini 94.

Ferien-Zachen 20. — Amts-Ferien 19 ff.

Festa titularium 90, 207.

Festordnung der Diöcese Breslau 84 f.

Festtagsfeier 84 ff.

Feuerbestattung 573 f.

Feuerversicherung 574 ff. — kirchlicher Gebäude 575. — Diöcesan-Feuerversicherungs-Gesellschaft 574 f. — Empfehlung der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft 576 f.

Figuralmusik 87.

Firmung 130 ff. — Zeugnisse 130.

Flächenmaß 523. — der Plätze in Kirchen 551.

Förster's kirchliche Vermögensverwaltung 83.

Formular zur Glockenweihe 107.

Fortbildungsschulen 69, 635.

Fractionsrechnung 625.

Frankatur von Postsendungen 13 f., 15. — f. Postverlehr.

Franziskus, der dritte Orden des hl. 352 f.

Freifuge 523.

Freimaurer 194 ff.

Freitisch-Collecte 465 f.

Friedhof f. Kirchhof.

Fruetus pendentes f. Pfarrei-Uebergabe.

Fürsorge-Erziehung 425 ff., 646. — Gesetz 429 ff.

Foundation f. Stiftung.

G.

Gaugreeben'scher Unterstützungsfond zum Bau kath. Kirchen 554.

Gebet 251 ff. — ewiges 251 f. — nach der hl. Messe 268. — um würdige Priester 211, 641. — für den hl. Vater 86, 150.

Gebetbuch-Litteratur 269.

Gebühren für Geldsendungen 17.

Gebührenfreiheit kirchlicher Zeugnisse 127 f., 296.

Geburtstagsfeier S. M. des Königs 95.

Gedächtnistafeln für Krieger 104. — Ehrenzeichen militärische 104.

Gefangene, Aushändigung des Überverdienstgeldes, Fürsorge für Entlassene 457 ff., 646 ff.

Gefängnis, = Seelsorge 452 ff. — Ausbildung von weiblichem Aufsichtspersonal 459 f. — = Vereidigung des Seelsorgers 455 f.

Gegenstände, kirchliche (Bilder, Gewänder, Geräte), Neuanschaffung 550. — Veräußerung 115 f.

Hl. Geist, Andacht 259 f.

Geistliche, fremde 328. — f. Cleriker.

Gelder, kirchliche, ihre zinsbare Anlegung 524 ff.

Geldsendungen per Postanweisung, Begleichschreiben, Gebühren 17.

Gelübde-Ablegung in religiösen Genossenschaften 350 f.

Gemeinde-Vertretung 473 ff. — Geschäftsanweisung 487 ff., 497 ff., — Amtseinführung der Mitglieder 513. — Neuwahlen 512. — Ersatzwahlen 511.

Gemeinde-Waisenrath 450 ff.

Genehmigung zur Einrichtung kirchlicher Institute 460. — f. Bauten, Collecten, Kirchenvorstand, Kunstgegenstände, Umlagen, Veräußerung, zinsbare Belegung, Zuwendungen.

— staatliche, zu Schenkungen und Zuwendungen an juristische Personen 520 ff.
— zum Erwerb von Grundstücken durch juristische Personen 522.

Generalabsolution 209.

General-Bisariat-Amt 632.

Genußzettel für Lehrer, Organisten, Küster 355.

Geräte, hl. 105 ff., 115, 550.

Gerichtliche Taxe bei Ausleihungen f. Taxe.

Gerichtskosten-Freiheit 615 ff.

Gerichtssitzungen an kirchlichen Feiertagen 95.

Gesangsübung, konfessionelle 68.

Geschäftsverkehr mit den preussischen Staats- und Communalbehörden 8 ff.

Gesinde und Herrschaft 31.

Gefuche, Form von 4 ff., 632 f. — von Lehrern und Kirchendienern, Einreichung und Bescheinigung derselben durch die vorgesetzten Geistlichen 5, 364. — um Stipendien seitens Gymnasiasten 23.

Glasmalereien 112.

Glocken, Weihe 107. — Sicherheitsvorrichtungen 107 f. — Reparatur gesprungener 108, Erhaltung alter 108 f. Trauergeläut für den Landesfürsten 109.

Gottesdienst während der Schulzeit (Schulmesse) 41, 42, 44. — am Aschermittwoch und Allerheiligen 42.

Gottesdienstordnung 89. — -störung 97 ff., 120.

Grabdenkmäler 566. — Erhaltung alterthümlicher 568 f.

Grabstellen, Anweisung derselben 568. — gemauerte Gräber 566. — Familiengruft 566. — Gebühren 572, 620.

Graduale Romano Wratislaviense 250.

Grenzdistrikte bezüglich Jurisdiction 177.

Gründonnerstag 94.

Grundfuge 523.

Grundsteuer 596. 618. 619. 620.

Grundstücke, Erwerb 522. 598.

Güntersblum'er Edict 547.

Gutachten der Sachverständigen 556.

H.

Haeresis abjuratio 197 f.

Haftpflicht, Versicherung kirchl. Institute gegen 577 f.

Haushälterin 332.

Haushaltungsschule 461.

Haushandel mit Devotionalien 269.

Hebamme 123.

Hedwig, Ablass am Feste der hl. 208 f.

Hl. Vater, Gebete für 86, 150.

Herrschaft und Gesinde 31.

Herz-Jesu-Verehrung 256 ff. — Litanei 258.

Hen f. Wiedmuthsnaturalien.

Hinterlegungsstellen für Werthpapiere 538 f.

Hirtenbriefe 28.

Hochzeiten, goldene f. Ehe-Jubiläum.

Hospitäl 460.

Hostien 143, 638 f.

Hypothek, Hypothekarische Ausleihung von Kirchengeldern 526 ff. — Löschung von Hypotheken-Kapitalien 531. — Hypothekenlocus 527. — f. Entpfändung, Taxe, Zwangsversteigerung.

J.

Jagd 644.

Jahres-Rechnung 496.

Incardinatio f. Diöcesanverband.

Inhaltsangabe eines Berichtes f. Rubrum.

Intentionsbücher 160. 162. 170.

Interdicta l. s. reservata 182 ff.

Institute, kirchliche, bischöfliche Genehmigung zur Einrichtung 460.

Interimistikum in streitigen Bausachen 551 f.

Interkalare 300 ff., 323 f.

Invaliden-Versicherung f. Versicherung.

Inventar, Erhaltung und Verbesserung 316. 318. — Inventarverzeichnisse 322, 490 f.

Investitur eines Pfarrers 280. — Gebühren 322 f. — Urkunden 643.

Hl. Joseph-Verehrung 267 f.

Johannes-Stift für Singknaben 21.

Journal 493 f., 624. — f. Manuale.

Journal-Nummer amtlicher Verfügungen
f. Kurialien.

Irregularität in Folge studentischer
Mensuren 27.

Judentaufen 123, 130.

Jugendchriften 43.

Jurisdiktion für Priester benachbarter
Diöcesen 177.

Jurisdiktionirung fremder Priester 328.

Jurisdiktions-Examen 176.

K.

Kanzel, Mißbrauch derselben 29, 633.

Kanzel-Gürbitte 169.

Kapellen f. Oratorien.

Kaplan, Einführung in die kirchliche Ver-
waltung 276, 511, 624. — Reisekosten
304 f. — Verhältniß zum Pfarrer, Be-
soldung 302 ff.

Kassenbestände, Anlage baarer 524, 621.

Kassenbücher 494. — f. Manuale.

Kassen-Revisionen 275 ff., 494 f.

Kassen-Verwaltung 492 ff. — Anlegung
baarer Kassenbestände 621. — Kautio-
n des Rendanten 493. — Aufbewahrung
495.

Katechese in der Schule 35. — Sonntags
Nachmittags f. Christenlehre.

Katechesen-Stiftung 43.

Katechetische Predigten 28.

Katechismus 80 f.

Kaufmännische Jugend f. Sonntagsfeier.

Kelche, Vergoldung 105. — Restauration
alter 117 f. — Purificatio calicis bei
Vination 136 f.

Kinder aus gemischten Ehen, religiöse
Erziehung derselben 51 ff., unehelicher
54. 449. — Eintragung legitimirter in
Matriken 124. — Paternitätsverhältnisse
unehelicher 217 ff., strafgerichtliche Unter-
suchung 428.

Kirche, Consekration 99.

Kirchen-Abgaben f. Abgaben.

Kirchen-Bauten f. Bauten.

Kirchenbeamter 354 ff., 475.

Kirchenbücher, deren Führung 295 ff. —
f. Standesregister.

Kirchendiebstahl 578 f.

Kirchengebäude, Freiheit von gemeinen
Lasten des Staates 620. — f. Feuer-
versicherung.

Kirchengelder, Anlegung 621.

Kirchengemeinden, Vertretung 473 ff.,
497 ff. — Amtseinführung der Mit-
glieder 490, 513. — Neuwahlen 512. —
Ersatzwahlen 511. — Aenderung der Ge-
schäftsanweisung für Pommeren 516 f.

Kirchengut, Veräußerung 598 ff. — bona
saecularizata 598 ff.

Kirchenrechnung, 491 ff., 621 ff. —
Beläge 622 f. — Formulare 621.

Kirchenrendant 475, 493, 496, 510. —
Geistlicher als Rendant 623 f.

Kirchenvermögen, Erwerb 476, 483, 517 ff.
— Vorrechte 601 ff. — bezüglich Stempel-
steuer 601 ff. — hypothetarische Aus-
leihe 526. — Form testamentarischer
Zuwendung 517 f.

Kirchenvisitation 277 ff.

Kirchenvorstand 473 ff. — Amtsein-
führung der Mitglieder 490, 513. — Ge-
schäftsanweisung 487, 497, 516. —
Rechte und Pflichten der Vorsitzenden
488, 509 f. folgende Rubrik — Wahl-
recht 512. — Neuwahlen 512. — Er-
satzwahlen 511. — öffentliche Behörde
im Sinne der Grundbuchordnung 513.
— Legitimationsattest 515. — Zu-
stellung von Postsendungen 515. —
Postsendungen an Staatsbehörden 19.
516. — Einholung der Genehmigung
der kirchlichen Aufsichtsbehörde vor der
des Staates 517.

— Verantwortlichkeit des Vor-
sitzenden für Erledigung amtlicher
Sachen 7, 491, 493, 510, 621.

Kirchhof 120. 560 ff. — Anlage, Ein-
holung der kirchlichen Genehmigung 517.
Veräußerung pfarrlicher Grundstücke 560.
— Anlegung konfessioneller Kirchhöfe
561 f. — Anweisung von Grabstellen
568. — Mitbenutzung seitens der
Katholiken 571 f. — Entwurf einer
Begräbnisordnung 564. — Kosten für
sanitätspolizeiliche Untersuchung 563. —
Kreuz auf Simultankirchhöfen 571. —
Verwaltung und Beaufsichtigung 566 f.

Kirchhof-Zaxe für Mitgebrauch Anders-
gläubiger 572.

Kirchliche Desiderien, deren Besprechung
in Zeitungen 82.

— Gegenstände, Anschaffung, Ver-
äußerung, Veränderung 110 ff., 115 ff.,
550.

Kirchstellengelder 620.

Kirchväter 364.
Kirchweihfest 641. — mit Rosenfranzfest 93.
Kleidung der Geistlichen 147. 333 f.
Kleinkinder-Schulen 418.
Knabenkonvikt in Breslau und Beuthen 21 ff., 633.
Königs Geburtstagsfeier 95.
Kommunion s. Communion.
Konsekration der Kirche und des Altares 99.
Konvikt, theologisches 23.
Korrespondenz, kirchenamtliche 1 ff.
Kostenanschlag bei kirchlichen Bauten 545, 548.
Kostenniedererschlagung, Kostenfreiheit 615. — s. Gerichtsgebühren.
Kreisabgaben 620.
Kreisvicar 299 ff.
Krieger-Denk Münzen s. militärische Ehrenzeichen.
Krieger-Verein, Theilnahme an kirchlichen Feiern 425.
Krieger-Waisenhaus zu Kanth 447 f.
Kreuze an den Wänden der Kirche 100. — auf Simultankirchenhöfen 571.
Kreuzweg, Errichtung 262 ff., 642. — Ablässe 263. — Andacht 87.
Küster-Dienst-Ordnung 359.
Küsterhaus, Bau- und Unterhaltungspflicht 557 ff.
Küster- und Organisten-Unterstützungs-Verein 645.
Kultus 84 ff.
Kunst, Gesellschaft für christliche 420 f. — Zeitschrift für christliche Kunst 421.
Kunstgegenstände, kirchliche, Conservirung und Inventarisirung 110 ff. — Angabe über Herkunft und Zeit des Erwerbes 113. — eigenmächtiges Verändern 115. — Verschenken, Veräußern 116. — Ueberlassung an Diöcesan-Museum 119.
Kuratoren, kirchliche Anstalten sind öffentliche Behörden im Sinne der Grundbuchordnung 460 f.
Kurialien 3 ff., 632.

L.

Laemmer's Kirchenrecht 83.
Läuten 109, 360.
Landrath 37.

Landgemeindeordnung 619.
Landwirthschaftliche Vereine 422.
Legitimation per subsequens matrimonium 217.
Legitimations-Attest für Kirchenvorstände s. Kirchenvorstand.
Lehramt 21 ff.
Lehrer als Kirchenbeamte 354 ff.
Lehrer-Besoldungs-Gesetz 356.
Lehrer-Conferenzen, Theilnahme der Geistlichen 66.
Lehrer-, Küster- und Organistenstellen 354. — Anzeige der Erledigung 354. — Einkommensnachweis 355. — Vermeidung von Collisionen der Funktionen 42, 358. — Unterstützungsgefuche 5, 364.
Leichen, unbekannte s. Kirchhof.
Leichensteine 566, 568.
Leichenverbrennung 573.
Lettres au porteur 4, 497, 528, 537. — s. Werthpapiere.
Libri prohibiti s. Bücher.
Licht, ewiges 147.
Liquidation über kirchlichen Aktus 324. — deren Prüfung durch die Pfarrer 325.
Litanei vom hl. Herzen Jesu 258.
Liturgische Bücher 250.
Locus, Hypotheken-Locus 527.
Lösungsanträge s. Hypothek.
Lotterien für Kirchenbauten 554.
Luftbarkeiten an Ablass- und Patronatsfesten s. Tanzlustbarkeit.

M.

Mädchenheime in Berlin 461.
Mäßigkeits-Verein 396 ff.
Mahn schreiben s. Erinnerungsschreiben.
Manuale für Rechnung 493 f., 624.
Matutin, Anticipation 335.
Maß- und Gewichtsordnung 551.
Massonum secta 194 ff.
Menjuren, studentische 27.
Mercimonium missae stipendiorum 158.
Messe, Schulmesse s. Gottesdienst.
Mezintentionsbücher 160, 162, 170.
Mezopfer 130 ff. — s. missa.

Reduktion 171 ff.

Rechtsstiftungen, Anmeldung 163 ff. — Erhaltung des ursprünglichen Kapitals nach den Nennwerth 528.

Rechtsstiftungs-Urkunden, Erfordernisse 163 ff. — s. Stiftungsurkunden.

Rechtspendium, justum dioecesanum 155. — bei Stiftungen 155, 169. — bei Weitergabe gestifteter hl. Messen 156. — si pars congruae dotis 157. — Weitergabe 160 — an aufgehobenen Feiertagen und bei Vination 160, 639. — bei Einsendung an das Ordinariat 155, 160, 161. — Verbot der Weitergabe an Laien 160. — Verbot unbefugten Sammelns 163. — Decretum „Vigilanti“ 158.

Reiswein 143. 638.

Michaelis-Bruderschaft s. Vereine.

Mietzszins für Pfarrer 587. — für Schule 560.

Militär-Geistliche 176. — Bewerbung um eine solche Stelle 285.

Militär-Gemeinde 313.

Militärische Ehrenzeichen s. Gedächtnistafeln.

Mischehe 239 s. Erziehung und Kinder.

Missa in ecclesia aliena 138. — in oratorii publicis 139.

Missa pro parochianis 84. — ist eine persönliche Pflicht 133. — an aufgehobenen Feiertagen 84, 130, 160, 639. — am Bußtage 132. — pro defunctis parochianis 636.

— **votiva** für altersschwache oder augenleidende Priester 142.

Missae de Requie cantata 139. — lecta loco cantatae 141. — orationes et sequentia 141. — dubia soluta 637. — coram Sanctissimo 149.

— **pro fundatoribus** des Alumnats und des Priesterhauses 134.

Missale, variationes et additiones 143.

Missarum reductio et translatio 171 ff.

Missio canonica 312.

Missionen s. Volksmission.

Monitorien s. Erinnerungsschreiben.

Mündelgelder, deren Anlegung 524.

Museum s. Diöcesanmuseum.

Musikalien auf Kosten der Kirchkasse 250.

N.

Nachnahmegebühren 16.

Nachmittagsgottesdienst 86 ff., 150.

Nebenkosten bei Separationen 586.

Neuananschaffung kirchlicher Gegenstände 550.

Neujahrs-Umgang s. Collende.

Notatenbeantwortung 496.

Nothtaufe 123.

Novene zum hl. Geist 259 ff.

Nullitäts-Erklärung der Ehe 245. 641 f.

O.

Observanz in Kirchenbauachen, Einfluß des Irrthums 556.

Occurrenz zwischen St. Michaelstest und Rosenkranzfest bezw. Kirchweihfest 93 f.

Del, hl. 210.

Delung, letzte 210.

Oratoria publica, semipublica, privata 100 ff., 146.

Orden 342. — der dritte des hl. Franziskus 352 ff.

Ordenspersonen 342 f.

Ordinatio clericorum 212 f.

Ordnungsstrafen 7.

Organisten 355.

Organisten- und **Küster-Unterstützungs-**Verein 645.

Orgel als Pertinenzstück 629.

Orgelbegleitung bei Prästation 142.

Orgel-Revision 105.

Oster-Communion 150.

Osterzeit 151.

P.

Pachtverträge 320, 591. — Formular 592 ff. — Beifügung der Abschrift bei Anträgen um Genehmigung 596. — Taxgebühren-Tabelle 596 f. — Nothwendigkeit schriftlicher, genehmigter Verträge 591 f.

Paramente, unbrauchbare 105, 117 f. — Ausbesserung alter 118. — Weihe 312.

Paramenten-Verein s. Verein.

Parochial-Geschichten 297.
Patene, Vergeltung 105.
Pathenschaft bei Taufe 124, 240.
Patron, Consens desselben zur Quittungsleistung über zurückgezahlte Kirchenkapitalien 532 ff. — Patronats-Rechte und Pflichten bei kirchlichen Bauten 545 ff. — Patronatliche Aufsichtsrechte 626 f. — Beitragspflicht hinsichtlich der Pertinenzstücke 628 f., 631. — Patronatliche Baulast bei Umwandlung einer Stadt in eine Landgemeinde 629 f., hinsichtlich eines zweiten notwendigen Pfarrgebäudes 627 f. — Verpflichtung des Patrons der Tochterkirche hinsichtlich der pfarrlichen Gebäude bei der Mutterkirche 628. — Patronats-Rechte und -Pflichten, Erziehung und Verjährung 630. — Patronats-Baukosten 587. — Sicherstellung der Patronatslasten bei Disemberationen 630 f. — Theilnahme an Kirchenvisitation 277.
Patronat, fiskalisches 627.
Patronatsfest, Verlegung 90.
Peccata reservata in dioecesi Wr. 198 ff.
Pensions-Neglement 307 ff.
Pertinenzstücke 628, 631.
Peterspfennig f. Michael-Bruderschaft.
Pfandbriefe f. Werthpapiere.
Pfandentlassung (Exneruation) 529, 532.
Pfarradministrator 30, 314 ff.
Pfarrarchiv f. Archiv.
Pfarr-Besoldungs-Gesetz 286.
Pfarrbeilag-Gegenstände 316 f. Pfarrinventar.
Pfarrei-Bewerbung 284 f., 286, 643.
Pfarrei-Übergabe 314 ff.
Pfarrer 284. — Verhältniß zu Kaplan 302.
Pfarrhaus, Bau f. Bauten. — hygienische Revision 280. — Bauplatz f. Abgaben.
Pfarr-Inventarien 316, 318, 322.
Pfarr-Konkurs-Prüfung 276, 284, 643.
Pfarrliche Abgaben 590.
Pfarrliche Grundstücke, Veräußerung 560. — f. Grundsteuer.
Pfarrmesse f. Missa.
Pfarr-Registratur f. Archiv.
Pfarrschulen, Vertretung in vermögensrechtlicher Beziehung 354. — Bau- und Unterhaltungspflicht 557. — f. Bauten.
Pfarrstellen, erledigte, Berichte darüber 282.

Pfarrwohnungs-Miethszins f. Miethszins.
Pferde der Geistlichen, Aushebung 621.
Pfingst-Andacht f. Geist, Heiliger.
Pilgerhaus, deutsches in Jerusalem 645.
Pixis, Segen mit derselben 150.
Pommerngänger 33, 634.
Porto-Auslagen 14 ff.
Porto-Freiheit 18 f. — f. Kirchenvorstand.
Portopflichtige Dienstfache 15.
Portofälle 16.
Postanweisungen 17. — Begleitschreiben 17.
Postitation, Angabe auf Eingaben 6.
Postverkehr 13. — f. Kirchenvorstand.
Prästation mit Orgelbegleitung 142.
Präsentation zu Pfarreien 285.
Predigt 28. — katechetische f. Katechese. — über Eid 31. — Privatangelegenheiten auf Kanzel 29, 633. — Abschiedspredigten 30.
Predigt-Prämien-Stiftung 34.
Priester, fremde 328.
Priesterhaus-Messen f. missa.
Priester-Verein f. Verein.
Priesterweihe 211 ff.
Privat-Oratorien 100.
Procura-Gebühren 167.
Professio fidei pro neoconversis 199.
Provincial-Abgaben 620. — f. Communalabgaben.
Provincial-Conservatoren 113, 636.

Q.

Quasi-domilegium 219 f., 237.
Quittung des Schreibens unfundiger Personen 623. — f. Beglaubigung.

R.

Raisseisen'scher Darlehns-Verein 423.
Raphael-Verein f. Verein.
Reallasten, Ablösung 540. — Vermittelung der Rentenbanken 543.

Realrechte kirchlicher Anstalten, ihre Sicherstellung 543. — f. Dismembration.

Rechnung, Kirchenrechnung 621. — Formulare dazu 621. — Einreichung 621. — Rechnungsbeläge 622. — Rechnungsjournal f. Manuale. — Fraktionsrechnung 625. — Rechnungsrevision 498. — Revisionskosten 625.

Rechnungsführer 475, 493, 496, 510. — Geistlicher als Rechnungsführer 623. — Kaution 493.

Rechnungslegung, Geschäftsgang 498.

Rechnungs-Revision 498. — Kosten 625.

Reduktion f. Meßreduktion.

Registratur, pfarrliche 283. — f. Archiv.

Reglement de gravaminibus 545.

Regularen f. Orden.

Regulativ, Verhältniß zwischen Pfarrer und Kaplan 302.

Regulierungspläne 589 f.

Reisekosten der Kapläne 304.

Refurs an das weltliche Gericht, Exkommunikation 179. — an Minister 53, 553.

Religionslehrer, Prüfung 67. — nebenamtlicher Urlaub 306, 643.

Religions-Prüfung durch die Erzpriester 40, 43, 45. — Benachrichtigung des Kreisschulinspektors 41. — Angabe des Resultats im Visitationsprotokoll 41. — in Gegenwart eines weltlichen Kreisschulinspektors 41. — seitens eines andersgläubigen geistlichen Schulinspektors 43.

Religionsstunden, Vermehrung derselben 39, 67. — Mittheilung der Stundenpläne 39.

Religions-Übungen, Gefänge, Theilnahme andersgläubiger Schüler 68.

Religionsunterricht, an den Volksschulen 35 ff. — Ertheilung 36, 47, 49. — Leitung 36. — Umfang der Leitung 37. — seitens der Kapläne 37. — Anzeige der Ueberrnahme 36 f. — an katholischen Kinder in protestantischen Schulen 44. — Feststellung der Zahl 63, 634. — Einrichtung eines besonderen Unterrichtes 45, 55. — Kosten dafür 48. — Benutzung des öffentlichen Schulklokals 50. — Remuneration 55, 64. — Revision durch den Pfarrer 45. — Theilnahme am Religionsunterricht der anderen Confession 63. — an höheren Schulen, Revision desselben 69. — an Fortbildungsschulen 69, 635. — in sprachlich gemischten Gegenden 44.

Reliquien-Verehrung 271.

Rendant f. Rechnungsführer.

Rentenbank f. Realablösungen.

Rentenbriefe 527. — f. Werthpapiere.

Reparaturen f. Bauten.

Reservate 178.

Resort-Verhältnisse 632.

Revers bei Ueberrnahme eines Beneficiums 320 f.

Revision der Kirchentasse 275 f., 494. — der pfarrlichen Registratur 283. — des Pfarrhauses 280.

Rituale Wratislaviense 250.

Ritus benedictionis in festo S. Urbani 246.

Rom, Aufenthalt fremder Priester 329.

Rongeaner 123.

Rosenkranz-Andacht 87. — Gebet 264, 643. — Fest 93. — Verein 407. — Ablass 266.

Rubrum 5.

Ruhegehalt 620. — f. Pension.

S.

Sachengänger 33, 634.

Säkularisirte Kirchengüter 598 f.

Sammel-Verein für Schlesien 413.

Sammlungen 462 ff. — Bischöfliche Genehmigung bei Sammlungen außerhalb der Diözese 467. — Sammlungen durch Ordenspersonen 467 ff. — Verbot unbefugten Sammelns 471 ff. — Aufsicht der Pfarrer über Sammler 353.

Sanctissimum f. Altarssakrament.

Schaustellungen f. Tanzlustbarkeit.

Schematismus 297.

Schenkungen und Zuwendungen 517 ff.

Scholz-Sachwitz'sche Catechesen-Stiftung 43.

Schule, Vertretung in vermögensrechtlicher Beziehung 354.

Schulen, höhere 67 ff.

Schul-Andachten 68. — f. Schulgottesdienst.

Schulbänke (Schulutenstühlen) 559, 631. — f. Pertinenzstück.

Schulgemeinde 560.

Schulgottesdienst (Schulmesse) 41, 42, 43, 44.

Schulhäuser, Bau- und Unterhaltungspflicht 557 ff. — Kosten für Miethe und Heizung 560. — Vertheilungsmaßstab 560.

Schulinспекtion 65 ff.

Schulsozialität 560.

Schulstellen, Anzeige ihrer Erledigung 354 f.

Schul- und Küsterhäuser (Gesetz vom 21. Juli 1846) 557, 560.

Schulunterricht, Vermeidung von Kollisionen mit kirchlichen Functionen 42, 358.

Schulutenzilen 559. 631. — f. Pertinenzstück.

Schwachköpfige Kinder, Anstalt für dieselben 449.

Selbstbewirthschaftung der Wiedmuth, Aufgabe derselben 597.

Separations-Nebenkosten 586 f.

Sepulcrum 105.

Sollicitatio 188 ff.

Sonntagsfeier 84 ff., 88, 121. — Arbeit an Sonn- und Feiertagen (Sonntagsruhe) 96.

Spreu f. Wiedmuthsnaturalien.

Staats- u. Communalbehörden, Geschäftsverkehr mit ihnen 8 ff.

Stammbaum 231.

Standesamt 129. 216.

Standesrechte und -Pflichten der Geistlichen 330 ff.

Standesregister, ihre Einsichtnahme durch die Geistlichen, Vergleichung mit Taufmatrikel 129, 216.

Statistische Erhebungen in kirchlichen Angelegenheiten 297 f.

Stearin f. Wachskerzen.

Steiner'scher Predigt-Preis 34 f.

Stempelfreiheit der Unterschriftsbeglaubigungen von Geistlichen 613 f.

Stempelsteuerfreiheit kirchlicher Stiftungen 170 f., 614.

Stempelsteuergesetz v. 31. Juli 1895 601 ff.

Stempelpflichtigkeit von Zuwendungen zu wohlthätigen Zwecken 614.

Stempeltarif 605 ff.

Sterbeablaß f. Benedictio Aplica.

Sterbefälle, Anmeldung 282.

Steuer, Erbschaftssteuer 612 f. — Einkommensteuer, Abzug der Kosten für Dienstaufwendungen bei der Deklaration 620. — Gemeindesteuer f. Communal-, Grund- und Kreissteuer.

Stiftungen, milde und sociale 460 ff. — Nothwendigkeit der Bischöflichen Genehmigung zur Errichtung kirchlicher Institute 460.

Stiftungskapitalien 168 f., 528. — Genehmigung zur Annahme 171, 520 f.

Stiftungsurkunden 168 ff. — Annahmevermerke 167. — Ausschluß der patronatischen Aufsicht 166, 170. — Einreichung in triplo 168. — Genaue Bezeichnung der Empfangsberechtigten 166 f. — Genaue Fassung der Urkunden 164 f. — Papier und Schrift 168. — Genaue Bezeichnung der Verwaltung und Aufsicht 165 f. — Zuweisung der Procura-Gebühren 167. — Zusammenstellung der Bestimmungen über Stiftungsurkunden 168 ff.

Stipendien-Gesuche von Gymnasialisten 23. — Meßstipendien f. Meßstipendium.

Stolgebühren 324 ff.

Strafanstalten, Seelsorge darin 452 ff. — Ausbildung weiblichen Aufsichtspersonals 459 f.

Strafanstalts-Geistlicher, seine Vereidigung 455 f.

Strafgefangene, Fürsorge für entlassene 457 ff., 646 ff. — Aushändigung der Ueberverdienstgelder 457 f., 646.

Strafgerichtliche Untersuchung gegen Kinder 428.

Strafgesetzbuch f. Gottesdienststörung.

Stroh f. Wiedmuthsnaturalien.

Studierende der Theologie, Fürsorge für sie seitens der Pfarrgeistlichkeit in den Ferien 25 ff.

Studium, theologisches 21 ff.

Stundenpläne der Volksschulen, Mittheilung derselben an die Pfarrer 39.

Subdialonatsweihe 211.

Substation 535 f.

Sühne-Versuch 244.

Suspensiones l. s. Summo Pontifici reservatae 182.

T.

Tametsi, Decretum 220.

Tanzlustbarkeiten an Parochialfesten 96 f.

Taubstumme, Sorge für dieselben 449.

Taufe 121 ff. — Eintragung der Taufe unehelicher Kinder 124 f., 217. — Gültigkeit der Taufe Andersgläubiger 121 ff. — Taufe von Juden 123, 130. — Nothtaufe 123. — Parochialrechte bei Taufen von Kindern aus gemischten Ehen 325 f. — Pathe 124, 240.

Taufbund, Erneuerung bei der ersten hl. Kommunion 153 ff.

Taufmatrikel, Vergleich mit den standesamtlichen Registern 129. — Eintragung unehelicher Kinder 124, 217 ff.

Taufpachen f. Pachen.

Taufschein 125 f. — gebührenfreie Ausstellung 127 f.

Taufzeugniß f. Taufmatrikel und Taufschein.

Taxe, Bestimmungen über die Herstellung einer gerichtlichen 539.

Taxgebühren, Tabelle für Pachtverträge 596 f.

Te Deum bei der Auferstehungsfeier 94.

Telegraphische Anfragen 7.

Termin-Innehaltung amtlicher Verfügungen 4, 7.

Tertiärer f. Orden.

Testament der Geistlichen 284, 335 ff.

Testamentarische Zuwendungen, Form 517 f.

Testamentsabschrift 165.

Theologische Gegenstände in Zeitungen f. Zeitung.

Theologisches Studium 21 ff. — Fürsorge seitens der Pfarrer für Theologie-Studirende in den Ferien 25 ff.

Titulatur der Geistlichen 333.

Tod, Anzeige des Todes von Diöcesan-Priestern 282. — Pflicht des Erzpriesters bei Tod eines Pfarrers 283.

Tonjur 334.

Totengräber, Recht der Anstellung 565 f.

Tradition f. Uebergabe.

Traktätlein 81 f.

Tranergeläut für den Landesfürsten 109.

Trauerung, Berechtigung dazu in verwaisenen Pfarren 228 f. — ohne Nachweis der standesamtlichen Verbindung 229. —

Zuständigkeit des Pfarrers falls die Braut minderjährig oder Dienstbote 326.

U.

Uebergabe f. Pfarrei-Uebergabe 314 ff.

Ueberkehr f. Wiedmuthsnaturalien.

Ueberrahme f. Bewerbung.

Uebungen, militärische 339 f.

Ufer-Unterhaltung 585.

Umlagen, kirchliche f. Abgaben.

Unabkömmlichkeits-Listen 340 f.

Univerſität 24.

Uneheliche Kinder f. Erziehung, Erziehungsrath der Mutter, Taufmatrikel.

Unterricht f. Religions- und Schul-Unterricht.

Unterschriftsbeglaubigungen 595 f., 613.

Unterstützungsgeſuche 306 f. 364.

Urbanis-Fest und -Segen 246 f.

Urlaubsgeſuche 305, 643.

V.

Vagabundirende Geistliche 163.

Veräußerung von Grundstücken 476, 483, 560 f., 592. — eines Pfarrbusches 597.

— von Kirchengut 598 ff. — Rescriptum Aplicum circa bona ecclesiastica saecularizata 598 f.

Vereidigung 359, 455 f.

Vereine 364 ff.:

Afrika-B. 366 ff.

Arbeiter-B. 413 ff.

Bonifatius-B. 371 f. — Consensus Ordinarii zur Ausübung der den geistlichen Mitgliedern verliehenen Vollmachten 646.

Cäcilien-B. 373 ff.

Canisius-B. 375 f.

Carolus-Borromäus-B. 373.

B. der christlichen Familie 378 ff.

Eucharistischer-B. 377 f.

Gebets-B. zur Wiedervereinigung der getrennten Christen 387 ff.
 Gesellen-B. 389 f.
 Isidor-B. 390.
 Josephs-B. 464 f.
 Kath. kaufmännischer B. 420.
 Kindheit-Jesu-B. 391 ff. — Privilegien für die geistlichen Leiter 646.
 B. vom hl. Lande 370.
 Leo-B. 396.
 Mäßigkeits-B. 396 ff.
 Michael-B. 404 f.
 Missions-B. (Franz Xaver) 412 f.
 Organisten- und Kloster-Unterstützungs-B. 645.
 Paramenten-B. 405.
 Petrus-Claver-B. 369.
 Priester-B. der Anbetung 405.
 Raphael-B. 405.
 Rosenkranz-B. 407 ff. — s. Rosenkranz.
 Sammel-B. für Schlesien 413.
 Volksverein für das kath. Deutschland 424.
Verfahren bei Ableben eines Pfarrers 283.
 — bei kirchlichen Bauten s. Bauten.
Verfügungen, Erwidierungen auf Brevis-manu. — Verf. 4, 11.
Vergoldung 105.
Verjährung 601. — gegen den Pfarrer zum Nachtheile des Benefiziums 599 ff.
Vermögen, kirchliches 473 f. — Aufsichtsrechte des Staates über die Verwaltung 487, 505 ff. — Erwerb durch Erbschaft oder Schenkung 517 ff. — Rechnungsjahr 491. — Sicherung kirchlicher Vermögensstücke beim Tode eines Pfarrers 283. — Voranschlag 491 f. — Vorrechte 601 ff. — Zinsbare Anlegung 524 ff.
Verordnungen, amtliche, Bezug derselben 1. 3. — Mittheilung an die Hilfsgeistlichen, Kirchenvorstände, Religionslehrer und andere Anstaltsgeistliche 1, 2, 29. — Druckkosten 1 f.
Verpachtung 320, 476, 591 ff., 627. — Nothwendigkeit schriftlicher, genehmigter Verträge 320, 591 f. — Formular eines Pachtvertrages 592 ff.
Versicherung 574 ff. — s. Feuerversicherung. — kirchlicher Institute gegen Haftpflicht 577 ff.
Versicherungspflicht kirchlicher Beamter 363 f.
Verwaltung 273 ff.
Vesperandacht 87, 150.

Vicar (Kreis-B.) 299 ff.
Visitationen durch die Erzpriester 274 f. — der Altäre 105. — der Kirchen 277 ff. — Theilnahme seitens der Patrone und Kirchengemeinde 277, und seitens der der Kreischulinspektoren 41.
Visitationsprotokolle 2, 41, 177, 274 bis 279, 334, 336 f., 550, 575, 592, 601, 622. — s. Erzpriester.
 — Veibericht 297, 334.
Volksandachten 251 ff.
Volksbibliotheken 373.
Volksbureau-Verein 423.
Volksmission 205.
Volks- und Jugendschriften 43.
Volkschule 35 ff. — Vermehrung der Religionsstunden in Ober-Schlesien 39.
Volks-Verein für das kath. Deutschland 424.
Vollmachten s. Fakultäten.
Voranschlag 491 f., 621 ff. — Ein-sendung 621 f.
Vormund, Benachrichtigung des Ortsgeistlichen von erfolgter Bestellung 427. — Vormundschaftliche Bestimmungen 450 ff. — Vormundschaft seitens Geistlicher 452. — s. Fürsorge-Erziehung.
Votivmesse s. missa.

W.

Wachskerzen 103.
Wahl s. Kirchenvorstand.
Waisenlisten und -Räthe 425 ff. — Uebernahme des Waisenrath-Amtes, Theilnahme an den Waisenrathssitzungen durch die Geistlichen 450 f.
Wrieger-Waisenhaus zu Canth 447 f.
Waisen-Pflegerinnen 451.
Wallfahrt nach dem Annaberge 269 ff.
Wandkreuze in Kirchen 100.
Wasserweihe an der Vigilie und Epiphanie 246.
Wehrpflicht 338 ff.
Weibergefängnisse s. Strafgefangene.
Weibe s. Fahnen, Glocken Paramente.
Weibrauch 85.

Wein s. *Hofstien*.

Werthpapiere, Verkauf 497, 528. —
Ankauf 537 f. — Hinterlegungsstellen
für 538 f. — Auslösung 7, 493, 510,
621.

Wetterandachten 268.

Wiedmuth, Aufgabe der Selbstbewirth-
schaftung 597.

Wiedmuthshaus, steuerfrei 620.

Wiedmuthsnaturalien 315, 317. 318 ff.
597. — s. *Pacht*.

Wirthschafterin 332.

Wirthshausbesuch seitens Geistlicher 330 ff.

Wöchnerinnen, benedictio post partum
247.

Wohlthätigkeitsanstalten, deren Kura-
toren 460.

Wohnsitze, doppelte s. *Umlagen*.

Z.

Zeichnungen s. *Kostenanschlag*.

Zeiten, heilige 84 ff.

Zeitschrift für christliche Kunst 420 f.

Zeitungen, Besprechung kirchlicher Desi-
derien 82.

Zeugniß, gerichtliche Verweigerung des-
selben 298.

Zeugniffe, kirchliche, Gebührenfreiheit 127 f.
296.

Zinsbare Anlegung von kirchlichen Geldern
524 ff. — s. *Hypotheken* und *Werth-*
papiere.

Zuwendungen 517 ff.

Zwangs-Erziehung, Benachrichtigung
der Ortsgeistlichen von der Unterbringung
eines diesbezüglichen Kindes 427 f. —
s. *Fürsorge-Erziehung*.

Zwangsversteigerung und -Verwaltung
535 f.



KSIĘGARNIA

ANTYKWARIAT

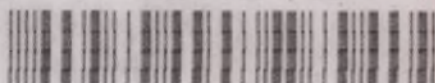


260

E 501443

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

4131 S



001-004131-00-0

